CHRISTOPHER CLARK

Preußen

Aufstieg und Niedergang. 1600–1947

DVA

© privat

Christopher Clark, geboren 1960, lehrt als Professor Neuere Europäische Geschichte am St. Catharine's College in Cambridge. Zu seinen Forschungsgebieten zählt neben der preußischen die deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Er ist Autor einer Biographie des letzten deutschen Kaisers, Wilhelm II.

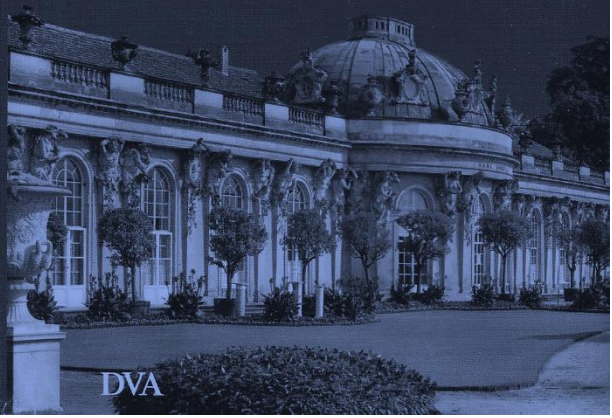
Meisterhaft erzählt Christopher Clark die Geschichte Preußens von den Anfängen bis zur Auflösung des Staates im Jahr 1947. Mit dieser großen, 350 Jahre umfassenden Darstellung gelingt es Clark nicht nur, die äußerst ambivalente Geschichte dieser europäischen Großmacht lebendig und anschaulich zu schildern, sondern diese auch zu entmythologisieren.
Preußen stand stets in einem Spannungsfeld. Es verkörpert nicht nur Aufklärung und Toleranz, sondern auch Militarismus, Maßlosigkeit und Selbstüberschätzung.

»Es ist eine bewundernswerte Leistung, mit der sich Christopher Clark in die erste Riege der britischen Historiker hineingeschrieben hat.«

Volker Ullrich DIE ZEIT

»Wenn es je einen ausländischen Geschichtswissenschaftler gab, der den Staat und die Idee Preußens nicht nur mit dem Intellekt, sondern mit der Seele gesucht hat, ist es Christopher Clark.«

Andreas Kilb FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG



Weitere Informationen zu diesem Buch und unserem Programm unter **www.dva.de**

Deutsche Verlags-Anstalt
Umschlaggestaltung:
independent Medien-Design, München
Umschlagabbildungen:
Vorderseite © ullstein-imagno
Rückseite © akg-images

ISBN 978-3-421-05392-3

DVA

CHRISTOPHER CLARK

Preußen

Aufstieg und Niedergang 1600–1947

Die Auflösung Preußens durch ein alliiertes Kontrollratsgesetz am 25. Februar 1947 setzte einen Schlusspunkt unter eine Jahrhunderte alte wechselvolle Geschichte. Der Name Preußen ist untrennbar verbunden mit Aufklärung und Toleranz, verkörpert etwa in Friedrich dem Großen, verbunden aber auch mit Militarismus, Maßlosigkeit und Selbstüberschätzung Wilhelms II. Das Nachdenken über Preußen stand in den letzten Jahrzehnten im Schatten der hitzigen Debatten über die deutsche Geschichte. Doch die Zeit ist reif für einen neuen, sorgfältig wägenden Blick auf dieses große Kapitel unserer Vergangenheit. Christopher Clark schildert den Aufstieg Preußens vom kleinen, an Bodenschätzen armen Territorium um Berlin zur dominierenden Macht auf dem europäischen Festland.
Seine brillante Darstellung Preußens ist ein Meisterwerk britischer Geschichtsschreibung.

»Es ist nicht möglich, Preußens Triumph und Tragödie besser zu erzählen. Christopher Clarks Geschichte Preußens zeichnet ein lebendiges Panorama europäischer Geschichte.«

OBSERVER

Für Nina

CHRISTOPHER CLARK

Preußen

Aufstieg und Niedergang
1600–1947

Aus dem Englischen von
Richard Barth, Norbert Juraschitz
und Thomas Pfeiffer

Deutsche Verlags-Anstalt
München

Die Originalausgabe erschien 2006 unter dem Titel *Iron Kingdom. The Rise and Fall of Prussia, 1600–1947* bei Allen Lane/Penguin Group.

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte
bibliografische Daten sind im Internet über
http://dnb.ddb.de abrufbar.

Verlagsgruppe Random House FSC-DEU-0100
Das für dieses Buch verwendete FSC-zertifizierte Papier *EOS*
liefert Salzer, St. Pölten.

3. Auflage 2007
Copyright © Christopher Clark, 2006
Copyright © der deutschsprachigen Ausgabe
2007 Deutsche Verlags-Anstalt, München,
in der Verlagsgruppe Random House GmbH
Alle Rechte vorbehalten
Redaktion: Werner Wahls, Köln
Typografie und Satz: DVA/Brigitte Müller
Gesetzt aus der Minion
Druck und Bindearbeit: GGP Media GmbH, Pößneck
Printed in Germany
ISBN 978-3-421-05392-3

www.dva.de

Inhalt

	Einleitung	9
1	Die brandenburgischen Hohenzollern	21
2	Verwüstung	40
3	Ein sonderbares Licht in Teutschland	61
4	Die Rangerhöhung	93
5	Protestanten	144
6	Die Mächte im Land	178
7	Der Kampf um die Vorherrschaft	220
8	*Sapere aude!*	293
9	Hybris und Nemesis: 1789–1806	333
10	Die Welt der Bürokraten	364
11	Eine eiserne Zeit	400
12	»Der Gang Gottes in der Welt«	448
13	Eskalation	500
14	Glanz und Elend der preußischen Revolution	536
15	Vier Kriege	583
16	In Deutschland aufgegangen	635
17	Das Ende	704
	Danksagung	781
	Abbildungsverzeichnis	784
	Verzeichnis der Karten	786
	Anmerkungen	787
	Auswahlbibliographie	865
	Personen-, Orts- und Sachregister	887

EINLEITUNG

Am 25. Februar 1947 unterzeichneten Vertreter der alliierten Besatzungsbehörden in Berlin ein Gesetz zur Auflösung des preussischen Staates. Von diesem Tage an gehörte Preussen der Geschichte an.

Der Staat Preussen, der seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist, hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört. Geleitet von dem Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit der Völker und erfüllt von dem Wunsche, die weitere Wiederherstellung des politischen Lebens in Deutschland auf demokratischer Grundlage zu sichern, erlässt der Kontrollrat das folgende Gesetz:

ARTIKEL I
Der Staat Preussen, seine Zentralregierung und alle nachgeordneten Behörden werden hiermit aufgelöst.[1]

Das Gesetz Nr. 46 des Alliierten Kontrollrats war weit mehr als ein blosser Verwaltungsakt. Indem sie Preussen von der europäischen Landkarte tilgten, fällten die alliierten Behörden zugleich ihr Urteil über dieses Land. Preussen war kein deutsches Land wie jedes andere, auf einer Stufe mit Baden, Württemberg, Bayern oder Sachsen. Preussen war der eigentliche Ursprung der deutschen «Krankheit», die Europa ins Unglück gestürzt hatte. Preussen war der Grund, warum Deutschland den Pfad des Friedens und der politischen Moderne verlassen hatte. «Das Herz Deutschlands schlägt in Preussen», sagte Churchill am 21. September 1943 im britischen Parlament. «Hier liegt der Ursprung jener Krankheit, die stets neu ausbricht.»[2] Dass Preussen von der politischen Landkarte Europas verschwand, war daher zumindest symbolisch eine Notwendigkeit. Seine Geschichte war «zum Alb geworden, der auf dem Gehirne der Lebenden lastete».

Dieses schmachvolle Ende lastet auf dem Gegenstand dieses Buches. Im 19. und frühen 20. Jahrhundert hatte man ein überwiegend positives Bild der preussischen Geschichte gezeichnet. Die protestantischen Historiker der «Preussischen Schule» feierten den preussischen Staat als Vehikel der effektiven Verwaltung und des Fortschritts, als Befreier des protstantischen Deutschlands von

der österreichisch-habsburgischen und der französisch-napoleonischen Plage. Sie sahen den 1871 gegründeten, von Preussen dominierten Nationalstaat als den natürlichen, unvermeidlichen und bestmöglichen Endpunkt der historischen Entwicklung Deutschlands seit der Reformation.

Dieses rosarote Bild der preussischen Vergangenheit verblich nach 1945, als die Verbrechen des NS-Regimes ihren langen Schatten auf die deutsche Geschichte warfen. Der Nationalsozialismus sei kein Zufall gewesen, argumentierte der bekannte Historiker Ludwig Dehio, sondern «das akute Symptom eines chronischen [preussischen] Gebrechens». Der Österreicher Adolf Hitler sei von seiner Mentalität her ein «Wahlpreusse» gewesen.[3] Diese Deutung, derzufolge die deutsche Geschichte der Neuzeit vom «normalen» (d.h. britischen, amerikanischen oder westeuropäischen) Reifeprozess zu weitgehender Liberalität und politischer Stabilität abgewichen sei, fand immer mehr Anhänger. Während in Frankreich, Grossbritannien und den Niederlanden die Macht der traditionellen Eliten und politischen Institutionen durch «bürgerliche Revolutionen» gebrochen worden sei, so die Begründung, sei dies in Deutschland nicht gelungen. Stattdessen sei Deutschland einem «Sonderweg» gefolgt, der in zwölf Jahren nationalsozialistischer Herrschaft gipfelte.

In diesem Szenario der politischen Fehlentwicklung kam Preussen eine Schlüsselrolle zu, denn hier waren die klassischen Kennzeichen des Sonderwegs am deutlichsten ausgeprägt. Das wichtigste dieser Kennzeichen war die ungebrochene Macht der Junker, jener adeligen Gutsbesitzer in den Gebieten östlich der Elbe, deren dominierende Stellung in der Verwaltung, im Militär und in der ländlichen Gesellschaft das europäische Zeitalter der Revolutionen unbeschadet überstanden hatte. Die Folgen für Preussen (und damit für Deutschland) waren, so schien es, verheerend: eine von Engstirnigkeit und Intoleranz geprägte politische Kultur, der Hang, Macht höher einzuschätzen als Recht und Gesetz, und eine ungebrochene militaristische Tradition. Im Zentrum fast aller Diagnosen des Sonderwegs stand der Gedanke einer einseitigen oder «unvollständigen» Modernisierung, bei der die Entwicklung der politischen Kultur mit den Innovationen und dem Wachstum im Bereich der Wirtschaft nicht Schritt gehalten habe. Dieser Lesart zufolge war Preussen der Fluch des neuzeitlichen Deutschlands und der europäischen Geschichte. Preussen habe dem jungen deutschen Nationalstaat den Stempel seiner eigenen politischen Kultur aufge-

drückt, die liberalere politische Kultur Süddeutschlands beiseitegeschoben und so die Grundlagen für politischen Extremismus und ein diktatorisches Regime gelegt. Autoritarismus, Unterwürfigkeit und Gehorsam hätten zum Zusammenbruch der Demokratie geführt und der Diktatur den Weg geebnet.[4]

Dieser Paradigmenwechsel in der historischen Wahrnehmung stiess bei jenen Historikern, die den aufgelösten Staat zu rehabilitieren versuchten, auf energischen Widerspruch (vor allem in der Bundesrepublik, und vor allem bei Historikern, die liberal oder konservativ eingestellt waren). Sie betonten die positiven Errungenschaften Preussens – die unbestechliche Beamtenschaft, die Toleranz gegenüber religiösen Minderheiten, das von den anderen deutschen Staaten bewunderte und nachgeahmte preussische «Allgemeine Landrecht» von 1794, die im 19. Jahrhundert von keinem anderen Staat übertroffene Alphabetisierungsrate und die beispielhafte Effizienz der Bürokratie. Sie lenkten die Aufmerksamkeit auf die Dynamik der preussischen Aufklärung. Sie unterstrichen die Fähigkeit des preussischen Staates, sich in Krisenzeiten zu wandeln und neu zu konstituieren. Der politischen Unterwürfigkeit, immer wieder von den Anhängern des deutschen Sonderwegs in den Vordergrund gerückt, stellten sie bemerkenswerte Fälle von Ungehorsam gegenüber und betonten insbesondere die Rolle der preussischen Offiziere beim Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944. Das von ihnen gezeichnete Preussen war auch nicht frei von Fehlern, aber es hatte wenig mit dem Rassenstaat gemeinsam, den die Nationalsozialisten geschaffen hatten.[5]

Ihren Höhepunkt erreichten diese Bemühungen um eine Rehabilitation Preussens mit der grossen Preussen-Ausstellung, die 1981 in West-Berlin gezeigt wurde und mehr als eine halbe Million Besucher anzog. Auf seinem Rundgang konnte der Betrachter mit Hilfe einer Vielzahl von Objekten und Texttafeln, die von einem internationalen Wissenschaftlerteam zusammengestellt worden waren, die Geschichte Preussens nachverfolgen. Neben militärischen Ausrüstungsgegenständen, Stammbäumen von Adelsfamilien, Darstellungen des höfischen Lebens und Bildern von historischen Schlachten, gab es auch Räume zu den Themen «Toleranz», «Emanzipation» und «Revolution». Die Ausstellungsmacher wollten die Vergangenheit nicht in ein nostalgisches Licht tauchen (gleichwohl war vielen Kritikern auf der politischen Linken das Konzept definitiv zu wohlwollend), sondern abwechselnd Licht und Schatten zeigen und so eine «Bilanz» der preussischen Geschichte ziehen. Die Kommentare zu der Ausstellung

– sowohl in den offiziellen Katalogen als auch in den Medien – beschäftigten sich vorrangig mit der Bedeutung Preussens im heutigen Deutschland. Ein Grossteil der Diskussion kreiste um die Frage, welche Lehren aus der schwierigen Reise Preussens in die Moderne zu ziehen seien. Es sei notwendig, so war zu vernehmen, die «Tugenden» – wie Toleranz oder den uneigennützigen Dienst am Gemeinwohl – in Ehren zu halten und sich gleichzeitig von den weniger appetitlichen Eigenschaften in der preussischen Tradition zu lösen, etwa von autokratischen Einstellungen in der Politik oder der Tendenz, militärische Erfolge zu glorifizieren.[6]

Auch heute noch, über zwei Jahrzehnte später, scheiden sich an Preussen die Geister. Nach der Vereinigung Deutschlands 1990 und der Verlegung des Regierungssitzes vom katholisch geprägten Bonn im «Westen» in das protestantische Berlin im «Osten» kamen Bedenken auf, ob die Macht der preussischen Vergangenheit tatsächlich als «gezähmt» gelten könne. Würde der «altpreussische Geist» wiedererwachen und die deutsche Republik heimsuchen? Der Staat Preussen ist ausgelöscht, doch der Begriff «Preussen» als politisches Symbol hat eine gewisse Renaissance erlebt. Er ist zu einem Slogan der Rechten in Deutschland geworden, die in den «altpreussischen Traditionen» ein tugendhaftes Gegengewicht sehen zur «Orientierungslosigkeit», dem «Werteverfall», der «politischen Korruption» und dem Verlust einer kollektiven Identität im heutigen Deutschland.[7] Für viele in Deutschland ist «Preussen» allerdings auch heute noch ein Synonym für alles Abstossende in der deutschen Geschichte, für Militarismus, Eroberung, Arroganz und Intoleranz. Die Kontroverse über Preussen flackert immer dann wieder auf, wenn preussische Symbole ins Spiel kommen. Ereignisse wie die Umbettung der sterblichen Überreste Friedrichs des Grossen in den Schlosspark von Sanssouci im August 1991 oder der Plan, das Berliner Stadtschloss der Hohenzollern wieder aufzubauen, führen immer wieder zu hitzigen öffentlichen Diskussionen.[8]

Im Februar 2002 wurde der Sozialdemokrat Alwin Ziel, bis dahin eher unauffälliger Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen in Brandenburg, schlagartig bekannt, als er sich in die Debatte um eine mögliche Zusammenlegung der Stadt Berlin mit dem Bundesland Brandenburg einschaltete. «Berlin-Brandenburg», meinte er, sei ein ziemlich sperriger Begriff. Wie wäre es, wenn man das neue Bundesland «Preussen» nennen würde? Der Vorschlag schlug hohe Wellen. Kritische Stimmen warnten vor der Wiedergeburt Preussens, das

Thema wurde landauf, landab in den Talkshows diskutiert, und in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* erschien eine Serie von Artikeln unter der Rubrik: «Darf Preussen sein?» Unter denen, die sich zu Wort meldeten, war auch Hans-Ulrich Wehler, einer der führenden Verfechter des deutschen Sonderwegs. Sein Artikel, in dem er den Vorschlag Ziels vehement zurückwies, war überschrieben mit «Preussen vergiftet uns».[9]

Kein Versuch, die preussische Geschichte zu verstehen, kann sich dieser Debatte entziehen. Die Frage, inwieweit Preussen in die Katastrophen der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert verwickelt war, muss Teil jeder Bewertung der Geschichte dieses Staates sein. Das bedeutet jedoch nicht, dass man die Geschichte Preussens (oder irgendeines anderen Staates) ausschliesslich unter dem Gesichtspunkt der Machtergreifung Hitlers betrachten muss. Ebenso wenig heisst es, dass man Preussen einzig nach ethischen Kategorien bewerten und pflichtbewusst das Gute loben und das Schlechte tadeln muss. Die stark polarisierten Urteile, die in zeitgenössischen Debatten (und in Teilen der geschichtswissenschaftlichen Literatur) immer wieder auftauchen, sind nicht nur deshalb problematisch, weil sie der wechselvollen preussischen Geschichte nicht gerecht werden, sondern weil sie diese Geschichte auf eine teleologische Betrachtungsweise der deutschen Schuld verkürzen. Die Wahrheit ist, dass Preussen ein europäischer Staat war, lange bevor es ein deutscher wurde. Deutschland – hier nehme ich eine der zentralen Thesen dieses Buches vorweg – war nicht die Erfüllung Preussens, sondern sein Verderben.

Aus diesem Grund habe ich gar nicht erst versucht, Laster und Tugenden Preussens herauszuarbeiten und sie gegeneinander abzuwägen. Ich habe nicht den Anspruch, irgendwelche «Lehren» in Form von moralischen oder politischen Ratschlägen für heutige oder zukünftige Generationen abzuleiten. Wer diese Seiten liest, wird weder dem rauen, kriegslüsternen Termitenstaat preussenfeindlicher Abhandlungen begegnen, noch der Lagerfeuerromantik der prussophilen Tradition. Als australischer Historiker, der im Cambridge des 21. Jahrhunderts arbeitet, bin ich glücklicherweise von der Verpflichtung (oder Versuchung) befreit, das historische Erbe Preussens zu beklagen oder zu feiern. Vielmehr stellt dieses Buch den Versuch dar, die Kräfte zu verstehen, die Preussen geformt und zerstört haben.

In jüngerer Zeit wird gerne betont, dass Nationen und Staaten keine naturgegebenen Phänomene sind, sondern mehr oder weniger zufällig entstandene, künstliche Schöpfungen. Man sagt, dass sie erfundene bzw. konstruierte Gebil-

de sind, mit einer kollektiven Identität, die durch bewusste Willensakte «geschmiedet» wird.[10] Kein neuzeitlicher Staat ist besser geeignet, diese Sichtweise zu untermauern, als Preussen. Preussen war eine Ansammlung disparater, weit verstreuter Gebiete ohne natürliche Grenzen, die weder durch eine gemeinsame Kultur verbunden waren, noch durch ihren Dialekt oder ihre Küche. Diese ungünstige Ausgangslage wurde dadurch noch verschärft, dass im Rahmen der territorialen Expansion in unbestimmten Abständen immer wieder neue Bevölkerungsgruppen integriert werden mussten, deren Loyalität zum preussischen Staat nur durch einen langwierigen Assimilationsprozess gewonnen werden konnte – wenn überhaupt. Die Schaffung «preussischer» Untertanen war ein langwieriger Prozess, der immer wieder ins Stocken geriet. Als Preussen sein formales Ende ereilte, hatte dieser Prozess längst an Schwung verloren. Die Bezeichnung «Preussen» selbst hatte ja immer etwas Gezwungenes, weil sie nicht vom Kernland der Hohenzollerndynastie abgeleitet war (der Mark Brandenburg rings um Berlin), sondern von der östlichsten Provinz des Herrschaftsgebiets der Hohenzollern, einem Herzogtum an der Ostsee, das mit den übrigen Territorien gar nicht verbunden war. «Preussen» war sozusagen das Logo, das sich die brandenburgischen Kurfürsten zulegten, nachdem sie 1701 zu Königen aufgestiegen waren. Der eigentliche Kern, die eigentliche Essenz der preussischen Tradition war das Fehlen einer Tradition. Wie diesem abstrakten, leblosen Staatsgebilde Leben eingehaucht wurde, wie es sich von einer Ansammlung schablonenhafter Fürstentitel zu einem lebendigen Ganzen entwickelte, und wie es ihm gelang, die Loyalität seiner Untertanen zu gewinnen – diese Fragen stehen in diesem Buch im Zentrum des Interesses.

Im allgemeinen Sprachgebrauch steht «preussisch» noch heute für eine ganz bestimmte Art von autoritärer Planmässigkeit, und daher ist die Versuchung gross, sich die preussische Geschichte als detailliert ausgearbeiteten Plan vorzustellen, nach dem die Hohenzollern die Macht des Staates immer weiter ausgedehnt, ihr Herrschaftsgebiet erweitert, neue Besitzungen eingegliedert und den regionalen Adel zurückgedrängt haben. In diesem Szenario erhebt sich der Staat aus dem Chaos und der Dunkelheit des Mittelalters, durchtrennt Traditionsstränge und errichtet eine rationale, allumfassende Ordnung. Dieses Buch will dieses Bild ins Wanken bringen. Es möchte dem Leser einen Zugang zur preussischen Geschichte eröffnen, in dem Ordnung und Unordnung gleicher-

massen ihren Platz haben. Die Erfahrung des Krieges, der schrecklichsten Form der Unordnung, zieht sich wie ein roter Faden durch die gesamte preussische Geschichte. Sie hat den Staatsbildungsprozess auf komplexe Weise beeinflusst, ihn mal beschleunigt, mal gebremst. Was die Konsolidierung des Staates im Inneren betrifft, so stellt sich diese als planloser, improvisierter Prozess dar, der sich in einem dynamischen, mitunter instabilen sozialen Umfeld vollzogen hat. Manchmal war «Verwaltung» ein anderes Wort für kontrollierte Umwälzungen. Bis weit ins 19. Jahrhundert hinein gab es viele preussische Gebiete, in denen das Vorhandensein des Staates kaum spürbar war.

Dies bedeutet allerdings nicht, dass man «den Staat» an den Rand der preussischen Geschichte drängen sollte. Man sollte ihn vielmehr als Produkt der politischen Kultur betrachten, als Spiegelbild des kollektiven Bewusstseins. Es gehört zu den bemerkenswerten Kennzeichen der intellektuellen Entwicklung Preussens, dass der Gedanke einer eigenen preussischen Geschichte stets aufs Engste verwoben war mit der Betonung der Legitimität und Notwendigkeit des Staates. Der Grosse Kurfürst zum Beispiel war Mitte des 17. Jahrhunderts der Ansicht, dass die Konzentration der politischen Macht in der Exekutive des monarchischen Staates die beste Sicherheit gegen Angriffe von aussen garantiere. Doch dieses Argument – das von Historikern gelegentlich unter der Rubrik «Primat der Aussenpolitik» aufgegriffen wird – war selbst Teil der Evolution des preussischen Staates. Es war eines der rhetorischen Mittel, mit denen der Fürst seinen Machtanspruch als Landesherr untermauerte.

Anders ausgedrückt: Die Geschichte des preussischen Staates ist zugleich die Geschichte der Geschichte des preussischen Staates, denn der preussische Staat erfand seine Geschichte sozusagen erst beim Erzählen und entwickelte nach und nach eine immer ausgefeiltere Darstellung seines bisherigen Werdegangs und seiner Ziele in der Gegenwart. Im frühen 19. Jahrhundert führte die Notwendigkeit, angesichts der Herausforderung durch die Französische Revolution die preussische Regierungsform zu rechtfertigen, zu einer einzigartigen Eskalation im Diskurs. Der preussischen Staat legitimierte sich als Träger des historischen Fortschritts und bediente sich dabei eines derart überschwänglichen Vokabulars, dass er zum Modellfall einer bestimmten Ausprägung der Moderne wurde. Doch die Autorität und Erhabenheit des Staates in den Köpfen gebildeter Zeitgenossen hatte wenig mit der tatsächlichen Bedeutung zu tun, die er für das Leben der breiten Mehrheit der Untertanen hatte.

Zwischen dem bescheidenen territorialen Erbe Preussens und seiner herausgehobenen Position im Gang der Geschichte besteht ein auffälliger Kontrast. Besucher in Brandenburg, dem historischen Kernland des preussischen Staates, waren seit jeher überrascht angesichts der Spärlichkeit seiner Ressourcen und der Provinzialität seiner verschlafenen Städte. Was sie vorfanden, deutete nicht gerade auf den aussergewöhnlichen historischen Aufstieg Brandenburgs hin – ganz zu schweigen davon, dass es ihn erklärt hätte. «Jemand müsste etwas darüber schreiben, was da gerade geschieht», schrieb Voltaire zu Beginn des Siebenjährigen Krieges (1756-1763), in dem sein Freund Friedrich der Grosse sich gegen die vereinten Kräfte Frankreichs, Russlands und Österreichs behaupten musste. «Es wäre von einigem Nutzen, wenn man erklären könnte, wie es dazu kam, dass das sandige Land Brandenburg so mächtig geworden ist, dass man mehr Streitkräfte gegen Brandenburg mobilisiert hat als jemals gegen Ludwig XIV.»[11] Die offensichtliche Diskrepanz zwischen der militärischen Stärke des preussischen Staates und den spärlichen Ressourcen, die zu ihrer Aufrechterhaltung zur Verfügung standen, erklärt einen der seltsamsten Wesenszüge der Geschichte Preussens als europäische Macht, nämlich die Tatsache, dass sich Phasen frühreifer Stärke mit Phasen gefährlicher Schwäche abwechselten. Im öffentlichen Bewusstsein ist Preussen mit der Erinnerung an militärische Erfolge verbunden: Rossbach, Leuthen, Leipzig, Waterloo, Königgrätz, Sedan. Doch im Laufe seiner Geschichte stand Preussen mehrmals am Rande seiner politischen Auslöschung: während des Dreissigjährigen Krieges, während des Siebenjährigen Krieges, und noch einmal 1806, als Napoleon die preussische Armee vernichtete und den König zur Flucht durch halb Nordeuropa zwang, bis ins Memelgebiet im äussersten Osten seines Königreiches. Zeiten der Aufrüstung und der militärischen Konsolidierung wurden immer wieder von langen Phasen der schrumpfenden Ressourcen und des Niedergangs unterbrochen. Die Kehrseite des unerwarteten preussischen Aufstiegs war ein bleibendes Gefühl der Verwundbarkeit, das die politische Kultur Preussens zutiefst geprägt hat.

Dieses Buch beschreibt, wie Preussen entstanden ist und wie es unterging. Nur wenn man diese beiden Prozesse versteht, wird nachvollziehbar, warum ein Staat, der einst in den Köpfen so vieler Menschen einen so bedeutenden Platz eingenommen hat, ebenso restlos wie abrupt von der politischen Bühne verschwinden konnte, ohne dass ihm jemand eine Träne nachgeweint hätte.

Eine Geschichte von Brandenburg – Preussen in 6 Karten

Das Kurfürstentum Brandenburg zur Zeit seines Erwerbs durch die Hohenzollern im Jahr 1415

Brandenburg-Preussen zur Zeit des Grossen Kurfürsten (1640-1688)

Das Königreich Preussen zur Zeit Friedrichs des Grossen (1740-1786)

Preussen unter Friedrich Wilhelm II. mit den in der zweiten und dritten Teilung Polens (1793/1795) hinzugewonnenen Gebieten

Preussen nach dem Wiener Kongress (1815)

Preußen zur Zeit des Kaiserreichs (1871–1918)

KAPITEL 1

Die brandenburgischen Hohenzollern

Das Kernland

Am Anfang war Brandenburg. Rings um Berlin erstreckte sich auf etwa 40.000 Quadratkilometern das Kernland jenes Staates, der später unter dem Namen Preussen in die Geschichte eingehen sollte.

Die Landschaft Brandenburgs war Teil der trostlosen Ebene, die sich von den Niederlanden bis zum Norden Polens erstreckte, eine Gegend ohne besondere Kennzeichen, die kaum je Besucher anlockte. Ihren Flüssen, die sich träge dahinschlängelten, fehlte die Erhabenheit des Rheins oder der Donau, ein Grossteil der Fläche war von eintönigen Wäldern aus Birken und Föhren bedeckt. Der Verfasser einer frühen Beschreibung Brandenburgs, der Topograf Nicolaus Leuthinger, schrieb 1598 von einem «ebenen, bewaldeten Land mit vielen Sümpfen». Sand, Ebene, Sümpfe und unkultivierte Flächen sind immer wiederkehrende Begriffe in allen frühen Berichten, selbst in den wohlwollendsten.[1]

Die Böden waren in weiten Teilen Brandenburgs von nur geringer Qualität. In einigen Gebieten, vor allem rings um Berlin, war der Boden so sandig und locker, dass nicht einmal Bäume wuchsen. In dieser Hinsicht änderte sich bis Mitte des 19. Jahrhunderts wenig. Ein Engländer, der sich im Hochsommer Berlin von Süden her näherte, berichtete von «ganzen Gegenden voller blankem, heissem Sand; dazwischen hier und da ein Dorf und Wälder aus verkümmerten Föhren, die auf ausgebleichten, dicht von Rentiermoos bedeckten Böden stehen»[2].

Metternich wird der Ausspruch zugeschrieben, Italien sei ein «geografischer Begriff». Von Brandenburg liess sich nicht einmal das behaupten. Es war ein Binnenstaat ohne natürliche Grenzen, die man hätte verteidigen können, ein rein politisches Gebilde aus Landstrichen, die man im Mittelalter heidnischen Slawen abgetrotzt hatte und in denen Einwanderer aus zahlreichen deutschsprachigen Gebieten, sowie aus Frankreich, den Niederlanden, Norditalien und England siedelten. Nach und nach verlor sich das slawische Erbe, aber bis weit ins

20. Jahrhundert hinein gab es in den Dörfern des Spreewalds bei Berlin Enklaven mit Slawisch sprechenden Einwohnern, den Wenden. Der Grenzlandcharakter der Region, ihre Rolle als östliche Grenze der Besiedlung durch deutschsprachige Christen, fand ihren semantischen Niederschlag in der Bezeichnung «Mark», die sowohl für Brandenburg insgesamt verwendet wurde, als auch für vier der fünf Teilgebiete: die Mittelmark um Berlin, die Altmark im Westen, die Uckermark im Norden und die Neumark im Osten (das fünfte Gebiet war die Prignitz im Nordwesten).

Die Voraussetzungen für den Warentransport waren primitiv. Brandenburg hatte keinen Zugang zum Meer und damit auch keinen Seehafen. Zwischen Elbe und Oder, die an der westlichen bzw. östlichen Flanke der Mark Richtung Nord- bzw. Ostsee flössen, gab es keine Wasserstrasse, sodass die Residenzstädte Berlin und Potsdam nicht an die wichtigsten Transportwege der Region angebunden waren. Im Jahr 1548 hatte man mit dem Bau eines Kanals begonnen, der die Spree, die durch Berlin und ihre Schwesterstadt Cölln floss, mit der Oder verbinden sollte. Das Vorhaben erwies sich jedoch als zu teuer und wurde aufgegeben. Da in jener Zeit der Transport zu Lande sehr viel teurer war als zu Wasser, war der Mangel an schiffbaren Wasserwegen in West-Ost-Richtung ein schwerwiegendes Strukturdefizit.

Hochwertige landwirtschaftliche Produkte (Wein, Krapp, Flachs, Barchent, Wolle und Seide), wie sie in anderen deutschen Gebieten hergestellt wurden, suchte man in Brandenburg vergebens, und die Vorkommen der damals wichtigsten Erze (Silber, Kupfer, Eisen, Zink und Zinn) waren gering.[3] Das wichtigste Zentrum der Metallverarbeitung war ein Eisenhüttenwerk, das in den 1550er Jahren in der befestigten Stadt Peitz errichtet worden war. Auf einer zeitgenössischen Darstellung sind solide Gebäude zu sehen, die zwischen schnell fliessenden künstlichen Wasserwegen liegen. Die schweren Hämmer, die das Metall flachschlugen und formten, wurden von einem grossen Wasserrad angetrieben. Für den Kurfürsten hatte diese Eisenhütte eine gewisse Bedeutung, waren seine Garnisonen doch auf Munition aus Peitz angewiesen, aber darüber hinaus war ihr wirtschaftlicher Nutzen gering. Das dort produzierte Eisen war bei Frost wenig bruchfest. Brandenburg war also auf dem regionalen Markt nicht konkurrenzfähig, und ohne Förderung durch den Staat in Form von Aufträgen und Einfuhrbeschränkungen wäre das zarte Pflänzchen eines metallverarbeitenden Sektors nicht lebensfähig gewesen.[4] Brandenburg konnte sich in

keiner Weise mit den florierenden Giessereien messen, die weiter südöstlich im erzreichen Kurfürstentum Sachsen lagen. Ebenso wenig war es im Hinblick auf die Waffenproduktion so autark wie Schweden, das sich im frühen 17. Jahrhundert als Regionalmacht etablieren konnte.

Frühe Berichte über die landwirtschaftliche Topografie in Brandenburg vermitteln einen zwiespältigen Eindruck. Die in weiten Landesteilen schlechte Bodenqualität führte zu niedrigen Erträgen. In manchen Gegenden war der Boden so schnell ausgelaugt, dass man nur alle sechs, neun oder zwölf Jahre aussäen konnte, ganz zu schweigen von den Landstrichen mit «unfruchtbarem Sandboden» oder Sumpfland, in denen gar nichts angebaut werden konnte.[5] Andererseits gab es auch Gebiete – vor allem in der Alt- und Uckermark und im fruchtbaren Havelland westlich von Berlin –, die über genügend Ackerland verfügten, auf dem intensiver Getreideanbau möglich war. Hier gab es um 1600 deutliche Anzeichen von wirtschaftlicher Prosperität. Begünstigt vom langen Aufschwung, den Europa im 16. Jahrhundert erlebte, konnten die Grundbesitzer des brandenburgischen Adels ansehnliche Vermögen anhäufen, indem sie Getreide für den Export produzierten. Zeugnis von diesem Reichtum legten nicht nur die prunkvollen Renaissancehäuser ab, die sich wohlhabende Familien bauen liessen – von denen allerdings kaum

eines erhalten ist –, sondern auch die zunehmende Bereitschaft, Söhne zum Studieren ins Ausland zu schicken, sowie der drastische Anstieg der Grundpreise. Ein weiteres Zeichen der wirtschaftlichen Blüte im 16. Jahrhundert waren die Wellen deutscher Einwanderer aus Franken, den sächsischen Fürstentümern, Schlesien und dem Rheinland, die sich auf leer stehenden Höfen niederliessen.

Doch selbst die Profite der erfolgreichsten Grundbesitzer haben allenfalls auf lokaler Ebene zu Produktionssteigerungen geführt. Gesamtwirtschaftlich haben sie sich kaum ausgewirkt.[6] Wegen der in Brandenburg weit verbreiteten Gutsherrschaft wurden nicht so viele Arbeitskräfte freigesetzt und die Kaufkraft nicht so sehr gesteigert, dass die Stadtentwicklung ähnlich vorangetrieben worden wäre wie im Westen Europas. Die Städte entwickelten sich zwar auch hier zu Verwaltungszentren, aber sie blieben deutlich kleiner als anderswo. Handwerk und Handel hatten lediglich lokale Bedeutung. Bei Ausbruch des Dreissigjährigen Krieges 1618 wohnten in der Hauptstadt, einem Doppelort, der damals Berlin-Cölln genannt wurde, nicht mehr als 10.000 Menschen – die Stammbevölkerung der Stadt London lag zu dieser Zeit bei etwa 130.000.

Die Dynastie

Wie kam es, dass dieses nicht gerade vielversprechende Territorium zum Kernland eines mächtigen europäischen Staates wurde? Der Schlüssel lag nicht zuletzt in der Umsicht und dem Ehrgeiz der herrschenden Dynastie. Die Hohenzollern waren eine aufstrebende Adelsfamilie süddeutscher Magnaten. Friedrich von Hohenzollern, Burggraf des kleinen aber reichen Territoriums Nürnberg, erhielt Brandenburg im Jahr 1415 vom damaligen Landesherren, Kaiser Sigismund, zum erblichen Besitz als Dank für seine Unterstützung bei der Bewerbung um die römische Königskrone. Dieses Geschäft brachte ihm nicht nur Land ein, sondern auch einen Prestigegewinn, war Brandenburg doch eines von sieben Kurfürstentümern des Heiligen Römischen Reiches, eines Flickenteppichs aus Klein- und Kleinststaaten, der sich über den deutschsprachigen Teil Europas erstreckte. Indem Friedrich I. den Titel eines Kurfürsten von Brandenburg erwarb, übernahm er eine wichtige Funktion in einem politischen Gebilde, das heute vollständig von der europäischen Landkarte verschwunden ist: Das «Heilige Römische Reich Deutscher Nation» war im Wesentlichen ein Über-

bleibsel aus dem Mittelalter und fusste auf der christlichen Universalmonarchie, dem Prinzip der Herrschaftsteilung und gemeinsamen Privilegien der Fürsten. Es war kein «Reich» im modernen Sinn, in dem ein Territorium anderen ein Herrschaftssystem aufoktroyiert, sondern ein loser Verband mit dem kaiserlichen Hof als Zentrum, der durch verfassungsrechtliche Regelungen zusammengehalten wurde. Es umfasste über 300 souveräne Territorien, die sich in ihrer Grösse und ihrem rechtlichen Status stark unterschieden.[7] Neben Deutschen gehörten an den Rändern des deutschsprachigen Europas auch Französisch sprechende Wallonen, niederländische Flamen, Dänen, Tschechen, Slowaken, Slowenen, Kroaten und Italiener zu den Untertanen des Reiches.

Das wichtigste politische Organ war der Reichstag. Hier versammelten sich die Gesandten der «Reichsstände», aus denen sich das Reich zusammensetzte: Fürstentümer, Bistümer, Klöster, Grafschaften und freie Reichsstädte – weitgehend unabhängige Kleinststaaten.

An der Spitze dieser buntscheckigen politischen Landschaft stand der römisch-deutsche König, der von den Kurfürsten gewählt wurde. Dieser war zugleich Kaiser des Heiligen Römischen Reiches. Theoretisch hätte also jeder Kandidat aus einer wahlberechtigten Dynastie dieses Amt übernehmen können. In der Praxis fiel die Wahl vom Ende des Mittelalters bis zur offiziellen Auflösung des Reiches 1806 fast immer auf den ältesten männlichen Habsburger.[8] Seit den 1520er Jahren, nach einer Kette vorteilhafter Heiraten und glücklicher Erbfälle (vor allem in Böhmen und Ungarn), waren die Habsburger die mit Abstand reichste und mächtigste deutsche Dynastie. Zu den Besitzungen der böhmischen Krone gehörten das erzreiche Herzogtum Schlesien und die Markgrafschaften Ober- und Niederlausitz, wichtige wirtschaftliche Zentren. Der Habsburger Hof kontrollierte eine beeindruckende Ansammlung von Territorien, die von den westlichen Randgebieten Ungarns bis an die südliche Grenze Brandenburgs reichte.

Durch ihren Aufstieg zu Kurfürsten von Brandenburg gehörten die fränkischen Hohenzollern also einer kleinen Elite deutscher Fürsten an – insgesamt gab es nur sieben Kurfürsten –, die das Recht hatten, den deutschen König und damit Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation zu wählen. Der Titel eines Kurfürsten brachte gewaltige Vorteile mit sich. Er war das Symbol für eine herausgehobene Stellung, die ihren Ausdruck nicht nur in den dynastischen Insignien fand, sondern auch im aufwändigen Zeremoniell, das sämtliche

offiziellen Anlässe des Reiches begleitete. Er ermöglichte es den Fürsten von Brandenburg, ihre Kurstimme regelmässig gegen politische Konzessionen oder Geschenke des Kaisers einzutauschen. Solche Gelegenheiten ergaben sich nicht nur bei jeder Wahl, sondern immer dann, wenn der jeweilige König darauf bedacht war, schon im Vorfeld die Unterstützung für seinen Nachfolger zu sichern.

Die Hohenzollern arbeiteten intensiv daran, ihren Herrschaftsbereich zu konsolidieren und auszubauen. Bis in die Mitte des 17. Jahrhunderts hinein gab es in der Regierungszeit fast jedes Kurfürsten bedeutende territoriale Zugewinne. Ausserdem gelang es den Hohenzollern im Gegensatz zu einigen anderen Adelsfamilien in der Region, eine Teilung ihres Landbesitzes zu vermeiden. Die Unteilbarkeit Brandenburgs wurde durch die so genannte *Dispositio Achillea* gesichert, das Erbfolgegesetz von 1473. Zwar setzte sich Joachim I. Nestor (reg. 1499-1535) über dieses Gesetz hinweg und ordnete an, dass das Land nach seinem Tod zwischen seinen beiden Söhnen aufgeteilt werden sollte, aber der jüngere Sohn starb 1571 ohne Nachkommen, sodass die Einheit der Mark wiederhergestellt war. Kurfürst Johann Georg (reg. 1571-1598) schlug in seinem politischen Testament eine neuerliche Teilung der Mark zwischen seinen Söhnen aus mehreren Ehen vor. Sein Nachfolger, Kurfürst Joachim Friedrich (reg. 1598-1608), konnte nur deshalb das brandenburgische Erbe Zusammenhalten, weil die südliche, fränkische Linie der Familie ausstarb. Dadurch konnte er seine jüngeren Brüder mit Ländereien ausserhalb des brandenburgischen Herrschaftsbereiches entschädigen. Diese Beispiele machen deutlich, dass sich die Hohenzollern im 16. Jahrhundert noch nicht als Landesherren sahen, sondern sich nach wie vor wie Familienvorstände verhielten. Zwar gab es auch nach 1596 die Versuchung, das Wohl der Familie obenan zu stellen, aber sie war nicht mehr stark genug, um die territoriale Integrität des Landes zu gefährden. Während die Territorien anderer Dynastien in dieser Zeit von Generation zu Generation in immer kleinere Staaten zerfielen, blieb Brandenburg intakt.[9]

Der Kaiser aus dem Hause Habsburg nahm auf der politischen Landkarte der Kurfürsten aus dem Hause Hohenzollern eine herausgehobene Position ein. Er war ein mächtiger Fürst von europäischem Rang und zugleich der symbolische Grundpfeiler und Garant des Reiches, dessen tradierte Verfassung die Grundlage aller Herrschaftsausübung im deutschsprachigen Teil Europas war. Der Respekt vor seiner Machtstellung war zugleich Zeichen einer tiefen Verbun-

denheit mit der politischen Ordnung, die er verkörperte. Das bedeutete jedoch keineswegs, dass der Kaiser die Politik im Reich eigenmächtig bestimmen oder kontrollieren konnte. Es gab keine kaiserliche Zentralregierung, kein kaiserliches Recht der Steuererhebung, kein stehendes Heer und keine Reichspolizei. Wollte der Kaiser das Reich nach seinem Willen lenken, so kam er nicht umhin, mit den Territorialfürsten zu verhandeln, zu feilschen und geschickt zu taktieren. Bei aller Kontinuität mit der mittelalterlichen Vergangenheit war das Heilige Römische Reich ein hochflexibles und dynamisches System, das von einer prekären Machtbalance geprägt war.

Die Reformation

In den 1520er und 1530er Jahren brachten die von der Reformation freigesetzten Kräfte dieses komplexe System aus dem Gleichgewicht. Eine einflussreiche Gruppe von Territorialfürsten und etwa zwei Fünftel der freien Reichsstädte traten zum Luthertum über. Doch der habsburgische Kaiser war fest entschlossen, die katholische Ausrichtung des Römischen Reiches zu sichern und seine kaiserliche Machtstellung zu konsolidieren. Karl V. schmiedete eine Allianz gegen die Lutheraner, und im Schmalkaldischen Krieg von 1546/47 konnten diese Truppen eine Reihe bedeutender Siege erringen. Allerdings führte die Aussicht auf einen weiteren habsburgischen Machtzuwachs dazu, dass sich die Gegner der Dynastie innerhalb wie ausserhalb des Reiches zusammenschlossen. Anfang der 1550er Jahre begann Frankreich, das stets darauf bedacht war, die Pläne der Habsburger zu durchkreuzen, die protestantischen deutschen Gebiete militärisch zu unterstützen. Die so entstandene Pattsituation hatte den Kompromiss zur Folge, der 1555 auf dem Reichstag in Augsburg erzielt wurde. Im Augsburger Religiohsfrieden wurde die Existenz lutherischer Gebiete im Reich formell anerkannt und den lutherischen Landesfürsten das Recht zugestanden, für eine einheitliche Konfession ihrer Untertanen zu sorgen.

Während dieser Umwälzungen verfolgten die brandenburgischen Hohenzollern eine neutrale und umsichtige Politik. Weil sie es sich mit dem Kaiser nicht verscherzen wollten, wandten sie sich nur zögernd dem lutherischen Glauben zu. Nachdem sie offiziell übergetreten waren, führten sie die Reformation in ihrem Territorium so langsam und vorsichtig ein, dass sie erst Ende des 16. Jahrhunderts abgeschlossen war.

I. Lucas Cranach d. J., Kurfürst Joachim II. (reg. 1535-1571), gemalt um 1551.

Kurfürst Joachim I. Nestor von Brandenburg (reg. 1499-1535) wollte, dass seine Söhne katholisch blieben, aber 1527 nahm seine Frau Elisabeth von Dänemark die Sache selbst in die Hand und trat zum Luthertum über. Anschliessend floh sie nach Sachsen, wo sie sich dem Schutz des protestantischen Kurfürsten Johann unterstellte.[10] Der nächste Kurfürst, Joachim II. Hektor (reg. 1535-1571), war zwar noch katholisch, als er den brandenburgischen Thron bestieg, folgte aber dem Beispiel seiner Mutter und konvertierte zum Luthertum. Es sollte nicht das letzte Mal sein, dass der Ehefrau eines brandenburgischen Herrschers in Fragen der Konfessionspolitik eine entscheidende Rolle zukam.

Bei aller persönlichen Sympathie für die Ziele der religiösen Reformbewegung zögerte Joachim II., seinen Untertanen offiziell den neuen Glauben vorzuschreiben. Er hing nach wie vor an der alten Liturgie und den prunkvollen katholischen Ritualen. Ausserdem wollte er alles vermeiden, was die Stellung Brandenburgs im Gefüge des immer noch mehrheitlich katholischen Reiches gefährden konnte. Lucas Cranach der Jüngere hat um 1551 beide Seiten dieses Herrschers in einem Porträt eingefangen. Vor uns steht eine imposante, breite Gestalt mit geballten Fäusten, prunkvoll gekleidet im edelsteinbesetzten Ge-

wand jener Tage. Seine Züge zeugen von Wachsamkeit. Aus einem eckigen Gesicht wirft er uns einen misstrauischen Blick zu.

In den grossen politischen Kämpfen des Reiches wuchs Brandenburg mehr und mehr die Rolle des Vermittlers und ehrlichen Maklers zu. Gesandte des Kurfürsten waren an mehreren Versuchen beteiligt, einen Kompromiss zwischen dem protestantischem und dem katholischen Lager zu finden. Joachim ging gegenüber den Falken unter den protestantischen Fürsten auf Distanz und entsandte sogar ein kleines Kontingent berittener Truppen, um den Kaiser im Schmalkaldischen Krieg zu unterstützen. Erst 1563, in den vergleichsweise ruhigen Jahren nach dem Augsburger Religionsfrieden, verlieh Joachim seiner Zuneigung zur neuen Religion formell Ausdruck und bezeugte öffentlich seinen Glauben.

Eine deutlich lutherische Prägung erfuhren die brandenburgischen Lande dann erst unter Kurfürst Johann Georg (reg. 1571-1598), dem Sohn Joachims IL: Lehrstühle an der Universität in Frankfurt an der Oder wurden mit orthodoxen Lutheranern besetzt, die Kirchenordnung von 1540 wurde grundlegend überarbeitet, damit sie in jeder Hinsicht lutherischen Prinzipien entsprach, und zwischen 1573 und 1581 sowie 1594 wurde in zahlreichen Visitationen sichergestellt, dass der Wechsel zum Luthertum auf lokaler Ebene auch umgesetzt wurde. In der Reichspolitik dagegen unterstützte Johann Georg weiterhin loyal den habsburgischen Kaiser. Selbst Kurfürst Joachim Friedrich (reg. 1598-1608), der als junger Mann das katholische Lager gegen sich aufgebracht hatte, indem er offen die protestantische Sache unterstützte, wurde vorsichtiger, nachdem er Kurfürst geworden war. Er hielt sich von den diversen protestantischen Allianzen fern, die dem kaiserlichen Hof religiöse Zugeständnisse abringen wollten.[11]

Die brandenburgischen Kurfürsten handelten sehr umsichtig, aber das bedeutet nicht, dass sie nicht ehrgeizig gewesen wären. Für einen Staat, der weder über natürliche Grenzen verfügte noch über die nötigen Ressourcen, um seine Ziele gewaltsam durchzusetzen, war Heiratspolitik das bevorzugte Instrument. Wenn man sich die Hochzeiten der Hohenzollern im 16. Jahrhundert ansieht, dann sticht ins Auge, auf welch breiter Front sie vorgegangen sind: 1502 und noch einmal 1523 kam es zu Verbindungen mit dem dänischen Herrscherhaus. Der Kurfürst hoffte (allerdings vergeblich), auf diese Weise einen Anspruch auf Teile der Herzogtümer Schleswig und Holstein und damit einen Zugang zur Ostsee zu erwerben. Im Jahr 1530 verheiratete er seine Tochter Margarete mit

dem Herzog von Pommern, Georg I., in der Hoffnung, dass Brandenburg eines Tages das Erbe dieses Herzogtums zufallen würde, das ebenfalls an die Ostsee grenzte. Eine weitere Figur, der bei den brandenburgischen Planspielen eine wichtige Rolle zukam, war der König von Polen. Dieser war der Lehnsherr des Herzogtums Preussen, eines Fürstentums an der Ostsee, das vor der Säkularisation des Ordensstaates 1525 vom Deutschen Orden kontrolliert worden war und seitdem von Herzog Albrecht von Brandenburg-Ansbach regiert wurde, einem Hohenzollern und Cousin des Herzogs von Brandenburg.

Nach diesem attraktiven Gebiet streckte Kurfürst Joachim II. seine Hand aus, als er 1535 Prinzessin Hedwig von Polen heiratete. Als 1564 der Bruder seiner Frau auf dem polnischen Thron sass, konnte Joachim durchsetzen, dass seine beiden Söhne zu Miterben des Herzogtums eingesetzt wurden. Vier Jahre später, nach dem Tod von Herzog Albrecht, wurde dieser Status auf dem polnischen Reichstag in Lublin bestätigt. Dadurch bestand für Brandenburg die Aussicht, das Erbe im Herzogtum anzutreten, falls der neue Herzog, der 15-jährige Albrecht Friedrich, ohne männliche Nachkommen sterben sollte. Wie es der Zufall wollte, ging die Rechnung auf: Albrecht Friedrich lebte weitere 50 Jahre, bei schlechter geistiger Verfassung, aber guter körperlicher Gesundheit. Als er 1618 starb, hinterliess er zwei Töchter, aber keine Söhne.

In der Zwischenzeit liessen die Hohenzollern keine Gelegenheit aus, ihren Anspruch auf das Herzogtum Preussen mit allen möglichen Mitteln zu bekräftigen. Die Söhne machten dort weiter, wo die Väter aufgehört hatten. Im Jahr 1603 konnte Kurfürst Joachim Friedrich den polnischen König überreden, ihm die Regentschaft über das Herzogtum zu übertragen (was aufgrund des instabilen Geisteszustands des Herzogs nötig war). Bereits vorher hatte sein Sohn Johann Sigismund die Verbindungen mit dem Herzogtum Preussen weiter ausgebaut, indem er 1594 die älteste Tochter Herzog Albrecht Friedrichs, Anna von Preussen, geheiratet hatte, trotz der Warnung ihrer Mutter, sie sei «keine der Schönsten»[12]. Schliesslich heiratete der Vater, Joachim Friedrich, nach dem Tode seiner ersten Frau die jüngere Schwester der Ehefrau seines Sohnes – vermutlich, um eine andere Familie daran zu hindern, Erbansprüche zu erwerben. Der Vater war nunmehr der Schwager seines Sohnes, und Annas jüngere Schwester war zugleich ihre Schwiegermutter.

Der Antritt des preussischen Erbes schien damit gesichert. Die Ehe zwischen Johann Sigismund und Anna eröffnete jedoch darüber hinaus die Aussicht auf

Der jülich-klevische Erbfolgestreit
N
W
O
S
Nordsee
Helgoland
Hamburg
Bremen
Ems
Weser
REPUBLIK DER VEREINIGTEN NIEDERLANDE
HOCHSTIFT OSNABRÜCK
MINDEN
RAVENSBERG
HOCHSTIFT
Münster
MÜNSTER
GRAFSCHAFT LIPPE
HZM. KLEVE
SPANISCHE NIEDERLANDE
HOCHSTIFT PADERBORN
Göttingen
GRAF-SCHAFT MARK
HERZOGTUM WESTFALEN
KURKÖLN
HZM. BERG
Köln
HZM. JÜLICH
LÜTTICH
AACHEN
Aachen
Lüttich
GRAFSCHAFT WITTGENSTEIN
SAYN
NASSAU
HOCHSTIFT
HERZOGTUM LUXEMBURG
KURFÜRSTENTUM TRIER
Rhein
Maas
Mosel
0 40 80 km
An den Kurfürsten von Brandenburg
An den Pfalzgrafen von Neuburg (Vertrag von Xanten 1614)

Herzogtum Preußen
Grenze
N
W
O
S
Ostsee
Memel
LITAUEN
Tauroggen
Kurisches Haff
Memel
Tilsit
Ragnit
SAMLAND
Labiau
Stallupönen
Königsberg
Tapiau
Insterburg
Gumbinnen
Pregel
Wehlau
Frisches Haff
Danzig
Bartenstein
ERMLAND
Lyck
MASUREN
Johannisburg
Marienwerder
OBERLAND
Ortelsburg
Weichsel
POLEN
KÖNIGLICHES PREUSSEN
0
40
80 km

eine weitere lukrative Erbschaft im Westen. Anna war nicht nur die Tochter des Herzogs von Preussen, sondern auch die Nichte eines weiteren geisteskranken deutschen Herzogs, Johann Wilhelms von Jülich-Kleve, dessen Besitzungen neben den rheinischen Herzogtümern Jülich, Kleve und Berg die Grafschaften Mark und Ravensberg umfassten. Annas Mutter, Maria Eleonora, war die älteste Schwester Johann Wilhelms. Die Verwandtschaft mütterlicherseits hätte nur wenig gegolten, wenn es im Hause Jülich-Kleve nicht einen Vertrag gegeben hätte, wonach Besitz und Titel der Familie über die weibliche Linie vererbt werden konnten. Durch dieses ungewöhnliche Arrangement wurde Anna von Preussen zur Erbin ihres Onkels, sodass ihr Mann, Johann Sigismund von Brandenburg, Anspruch auf die Gebiete von Jülich-Kleve erheben konnte.[13] Dieser Fall veranschaulicht wie kein anderer die Irrungen und Wirrungen des Heiratsmarktes im Europa der Frühen Neuzeit, der geprägt war von rücksichtslosen Intrigen über die Generationen hinweg. Gleichzeitig macht er deutlich, welche Rolle in dieser entscheidenden Phase der Geschichte Brandenburgs der Heiratspolitik zukam.

Grosse Erwartungen

Die Perspektiven, die sich den Kurfürsten von Brandenburg an der Wende zum 17. Jahrhundert boten, waren ebenso berauschend wie beunruhigend. Weder das Herzogtum Preussen noch die verstreut liegenden Herzogtümer und Grafschaften des jülich-klevischen Erbes grenzten an die Mark Brandenburg. Letztere lagen an der Westgrenze des Heiligen Römischen Reiches, auf Tuchfühlung mit den Spanischen Niederlanden und der Republik der Vereinigten Niederlande. Es handelte sich um ein Konglomerat konfessionell gemischter Gebiete in einer der am stärksten urbanisierten und industrialisierten Regionen Europas. Das lutherische Herzogtum Preussen war ungefähr so gross wie Brandenburg und lag östlich des Heiligen Römischen Reiches an der Ostsee, umgeben von Polen und Litauen, die im Doppelstaat Polen-Litauen vereinigt waren. Es war geprägt von Stränden und Haffs, über die der Wind fegte, von fruchtbaren Ebenen, beschaulichen Seen, düsteren Wäldern und Sümpfen. Im Europa der frühen Neuzeit war es nicht ungewöhnlich, dass ein Herrscher über mehrere, weit verstreute Gebiete gebot, aber in diesem Fall waren die Entfernungen ungewöhnlich gross.

Zwischen Berlin und Königsberg lagen mehr als 700 Kilometer Strassen und Wege, die bei nasser Witterung zum Teil unpassierbar waren.

Die brandenburgischen Ansprüche blieben selbstverständlich nicht unangefochten. Eine einflussreiche Fraktion im polnischen Reichstag wandte sich gegen die brandenburgische Erbfolge, und beim jülich-klevischen Erbe gab es mindestens sieben ernst zu nehmende Konkurrenten, die ebenfalls Ansprüche erhoben. Die beste Legitimation hatte (nach Brandenburg) der Herzog von Pfalz-Neuburg im Westen des Reiches. Hinzu kam, dass sowohl Preussen als auch Jülich-Kleve in, wie wir heute sagen würden, internationalen Spannungsgebieten lagen. In unmittelbarer Nachbarschaft von Jülich-Kleve flammte seit den 1560er Jahren immer wieder der niederländische Unabhängigkeitskampf von Spanien auf, und das Herzogtum Preussen lag im Konfliktgebiet zwischen dem expansionistischen Schweden und Polen-Litauen. Zudem beruhte das militärische Aufgebot des Kurfürsten auf dem veralteten Lehnswesen und befand sich um 1600 bereits seit einem Jahrhundert im Niedergang. Abgesehen von ein paar unbedeutenden Festungsgarnisonen und einigen Kompanien, die als Leibwache dienten, gab es kein stehendes Heer. Selbst wenn es Brandenburg also gelingen sollte, die neuen Territorien zu erwerben, würde man erhebliche Ressourcen mobilisieren müssen, um sie zu sichern.

Aber woher sollte man diese Ressourcen nehmen? Jeder Versuch des Kurfürsten, seine fiskalische Basis zu verbreitern, um den Erwerb neuer Gebiete zu finanzieren, löste im Inneren unweigerlich erbitterten Widerstand aus. Wie viele andere europäische Fürsten mussten sich die brandenburgischen Kurfürsten die Macht mit den so genannten Ständen teilen, regionalen Eliten, die in der Ständeversammlung organisiert waren. Die vom Kurfürsten erhobenen Steuern bedurften der Zustimmung durch die Stände, die (seit 1549) auch für deren Einzug sorgten. Als Gegenleistung erhielten sie weitreichende Befugnisse und Privilegien. Zum Beispiel war es dem Kurfürsten verboten, Bündnisse einzugehen, ohne vorher die Zustimmung der Stände einzuholen.[14] In einer Erklärung von 1540, die bis 1653 bei unterschiedlichen Anlässen bekräftigt wurde, versprach der Kurfürst sogar, er wolle «keine wichtige Sache, doran der lande gedei und vorterb gelegen, ohn unserer gemeiner landstende vorwissen und raht schliessen oder fürnehmen»[15]. Insofern waren ihm die Hände gebunden. Der Löwenanteil des Grundbesitzes im Kurfürstentum war in der Hand des Landadels, der zu-

gleich der wichtigste Kreditgeber des Kurfürsten war. Und der Gesichtskreis dieser Adeligen war sehr beschränkt. Sie hatten kein Interesse daran, den Kurfürsten beim Erwerb weit verstreuter Gebiete zu unterstützen, von denen sie nichts wussten. Und sie waren gegen alles, was die Sicherheit der Mark gefährden könnte.

Kurfürst Joachim Friedrich war sich der Tragweite des Problems bewusst. Am 13. Dezember 1604 rief er einen Geheimen Rat ins Leben, dem neun Berater angehörten und der die «ganz hoch angelegne beschwerliche Sachen» diskutieren sollte, vor allem die Ansprüche auf Preussen und Jülich.[16] Der Geheime Rat sollte kollegial organisiert sein, sodass Themen mit einem einheitlichen Ansatz aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet werden konnten. Das Gremium wurde allerdings nie das Zentrum einer staatlichen Bürokratie – es hatte lediglich beratende Funktionen, und es kam nie zu den regelmässigen Zusammenkünften, die man ursprünglich vorgesehen hatte.[17] Trotzdem zeugte die Bandbreite und Vielfalt seiner Aufgaben von der Entschlossenheit, Entscheidungsprozesse auf höchster Ebene zu konzentrieren.

In ihrer Heiratspolitik wandten sich die Hohenzollern nunmehr nach Westen. Im Februar 1605 wurde der zehnjährige Enkel des Kurfürsten, Georg Wilhelm, mit der achtjährigen Tochter des pfälzischen Kurfürsten Friedrich IV. verlobt. Die Pfalz, ein grosses und reiches Territorium am Rhein, war das wichtigste deutsche Zentrum des Calvinismus, einer strengen Form des Protestantismus, die radikaler mit dem Katholizismus brach als die Lutheraner. Der calvinistische oder reformierte Glaube hatte in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts in Teilen West- und Süddeutschlands Fuss gefasst. In Heidelberg, der Hauptstadt der Rheinpfalz, liefen die Fäden eines militärischen und politischen Netzwerks zusammen, das viele deutsche calvinistische Städte und Fürstentümer einschloss und sich darüber hinaus auch auf calvinistische Mächte ausserhalb des Reiches erstreckte, insbesondere auf die Republik der Vereinigten Niederlande. Friedrich IV. von der Pfalz verfügte über eines der gewaltigsten Heere im Westen des Reiches, und der brandenburgische Kurfürst hoffte, durch engere Beziehungen zu ihm strategische Unterstützung für seine Ansprüche im Westen zu erlangen. Und tatsächlich wurde im April 1605 ein Bündnis zwischen Brandenburg, der Pfalz und der niederländischen Republik besiegelt, in dem die Niederländer sich verpflichteten, 5‘000 Mann in Bereitschaft zu halten, die im Namen des Kurfürsten Jülich besetzen sollten. Im Gegenzug erhielten sie militärische Subsidien.

Diese Allianz war ein Bruch mit der bisherigen Politik Brandenburgs. Indem die Hohenzollern sich mit den militanten Calvinisten verbündeten, überschritten sie die Grenzen des 1555 in Augsburg festgeschriebenen Kompromisses, der explizit nur den Lutheranern einen Anspruch auf Toleranz zugestanden hatte. Brandenburg stellte sich damit an die Seite der entschlossensten Gegner des habsburgischen Kaisers. Die Meinungen bei den Entscheidungsträgern in Berlin waren gespalten. Der Kurfürst und die meisten seiner Berater bevorzugten eine vorsichtige und gemässigte Politik, aber eine einflussreiche Gruppe um den trinkfesten ältesten Sohn des Kurfürsten, Johann Sigismund (reg. 1608-1619), sprach sich für ein energischeres Vorgehen aus. Zu dieser Gruppe zählten der calvinistische Geheimrat Ottheinrich Bylandt zu Rheydt, der aus Jülich stammte, sowie die Trägerin des jülich-klevischen Anspruchs, Anna von Preussen, die Gemahlin Johann Sigismunds. Mit Unterstützung – oder unter dem Druck – dieser Gruppe drängte Johann Sigismund auf engere Beziehungen zur Pfalz. Er sprach sich sogar für die Invasion und Besetzung von Jülich-Kleve aus, um so einer möglichen Auseinandersetzung um das Erbe zuvorzukommen.[18] Es sollte nicht das letzte Mal in der Geschichte des Staates der Hohenzollern sein, dass gegensätzliche aussenpolitische Optionen zu einer Polarisierung innerhalb der politischen Eliten führten.

Im Jahr 1609 war es dann so weit: Der geisteskranke alte Herzog von Jülich-Kleve starb, und der brandenburgische Anspruch wurde virulent. Der Zeitpunkt war allerdings äusserst ungünstig: Der Konflikt zwischen den spanischen Habsburgern und der niederländischen Republik schwelte nach wie vor, und das Erbe lag genau im strategisch wichtigen Korridor, der den Zugang zu den Niederlanden bildete. Die Situation wurde noch dadurch verschärft, dass die konfessionellen Spannungen überall im Reich dramatisch eskaliert waren. Nach einer Reihe erbitterter religiöser Dispute bildeten sich zwei konfessionelle Lager heraus: die protestantische Union von 1608, angeführt von der calvinistischen Pfalz, und die katholische Liga unter der Führung von Herzog Maximilian von Bayern und unter dem Schutz des Kaisers. In ruhigeren Zeiten hätten sich der Kurfürst von Brandenburg und der Herzog von Pfalz-Neuburg zweifellos an den Kaiser gewandt, um den Streit um Jülich-Kleve beizulegen. Aber im aufgeheizten Klima von 1609 war auf die Neutralität des Kaisers kein Verlass. Der Kurfürst entschloss sich deshalb, die Maschinerie der kaiserlichen Vermittlung

zu umgehen, und unterzeichnete mit seinem Rivalen eine separate Vereinbarung: Die beiden Fürsten würden das Land gemeinsam besetzen und die Regelung ihrer jeweiligen Ansprüche auf einen späteren Zeitpunkt verschieben.

Ihr Vorgehen beschwor eine ernste Krise herauf. Aus den spanischen Niederlanden wurden kaiserliche Truppen abkommandiert, um die Verteidigung Jülichs zu überwachen. Johann Sigismund trat der protestantischen Union bei, die prompt den beiden Anwärtern ihre Unterstützung zusagte und eine Armee von 5‘000 Mann mobilisierte. König Heinrich IV. von Frankreich ergriff Partei und intervenierte auf Seiten der Protestanten. Allein das Attentat auf den französischen König vom Mai 1610 verhinderte, dass es zu einem Krieg kam. Eine Streitmacht, die sich aus Truppen der Niederlande, Frankreichs, Englands und der protestantischen Union zusammensetzte, rückte nach Jülich vor und belagerte die dortige katholische Garnison. Währenddessen schlossen sich immer mehr Staaten der katholischen Liga und dem Kaiser an, der in seiner Wut über die beiden Anwärter das gesamte jülich-klevische Gebiet dem Kurfürsten von Sachsen übertrug und damit Befürchtungen auslöste, eine kaiserlichsächsische Invasion Brandenburgs stehe unmittelbar bevor. Schliesslich, im Jahr 1614, konnte der Streit beigelegt werden, und das jülich-klevische Erbe wurde – unter dem Vorbehalt einer endgültigen Klärung – zwischen den beiden Anwärtern aufgeteilt: während der Herzog von Pfalz-Neuburg Jülich und Berg erhielt, konnte Brandenburg sich Kleve, Mark, Ravensberg und Ravenstein sichern.

Für den Kurfürsten waren das bedeutende Erwerbungen. Das Herzogtum Kleve lag beiderseits des Rheins und ragte in das Gebiet der Republik der Vereinigten Niederlande hinein. Im ausgehenden Mittelalter war durch den Bau von Deichen der fruchtbare Boden der Schwemmebene des Rheins urbar gemacht worden, wodurch das Land zur Kornkammer der Niederlande geworden war. Die Grafschaft Mark war weniger fruchtbar und weniger dicht besiedelt, dafür gab es hier bedeutende Erzvorkommen und Metallverarbeitung. Von der kleinen Grafschaft Ravensberg aus konnte man den strategisch wichtigen Transportweg vom Rheinland nach Nordostdeutschland kontrollieren. Ausserdem besass sie rings um die Hauptstadt Bielefeld blühende Leinenmanufakturen. Der kleine Adelssitz Ravenstein an der Maas war eine Enklave in der Republik der Vereinigten Niederlande.

Irgendwann muss dem Kurfürsten klar geworden sein, dass er sich übernommen hatte. Angesichts des mageren Steueraufkommens in seinem Land konnte

er in dem Konflikt um seine Erbansprüche nur eine Nebenrolle spielen.[19] Jetzt war sein Territorium verwundbarer denn je. Und es gab eine weitere Komplikation: Im Jahr 1613 verkündete Johann Sigismund seine Konversion zum Calvinismus und stellte damit sich und seine Dynastie ausserhalb des Augsburger Religionsfriedens von 1555. Den gewaltigen langfristigen Auswirkungen dieses Schrittes werden wir uns im fünften Kapitel zuwenden. Kurzfristig brachte der Kurfürst mit seiner Konversion die lutherische Bevölkerung gegen sich auf, ohne dadurch greifbare aussenpolitische Vorteile für sein Land zu erreichen. Die protestantische Union, die sich von Anfang an nur zögerlich für die brandenburgische Sache eingesetzt hatte, zog 1617 ihre zunächst zugesicherte Unterstützung des brandenburgischen Anspruchs zurück.[20] Als Antwort kehrte Johann Sigismund der Union den Rücken. Wie einer seiner Berater darlegte, war er ihr einzig in der Hoffnung beigetreten, Unterstützung für seine Erbansprüche zu erhalten. Sein eigenes Territorium lag so weit entfernt, «das solche [die Protestantische Union] ihme zu nichts anderm fürtreglich sein könnte»[21]. Brandenburg stand allein.

Vielleicht wurde der persönliche Verfall des Kurfürsten nach 1609 dadurch beschleunigt, dass ihm dieses Dilemma immer deutlicher vor Augen stand. Der Mann, der als Kurprinz so voller Energie und hoch fliegender Pläne gewesen war, schien verbraucht zu sein. Er war immer ein starker Trinker gewesen, aber jetzt war diese Leidenschaft ausser Kontrolle geraten. Die von Friedrich Schiller überlieferte Geschichte, wonach Johann Sigismund die Chance auf eine Heiratsverbindung seiner Tochter mit dem Sohn des Pfalzgrafen von Pfalz-Neuburg zunichte machte, indem er seinem zukünftigen Schwiegersohn in einem Trunksuchtsanfall eine Ohrfeige verabreichte, entbehrt vermutlich jeder Wahrheit.[22] Aber es gibt andere, durchaus glaubwürdige Berichte von unkontrollierten Gewaltausbrüchen in trunkenem Zustand. Johann Sigismund wurde immer fettleibiger und lethargischer. Zwischenzeitlich war er unfähig, seine Regierungsgeschäfte auszuüben. Nach einem Schlaganfall 1616 hatte er einen schweren Sprachfehler. Als im Sommer 1618 in Königsberg der Herzog von Preussen starb und damit ein weiterer hohenzollerischer Anspruch auf ein entlegenes Gebiet relevant wurde, beschrieb ein Besucher Johann Sigismund als «lebendigtot»[23].

Durch ihren beharrlichen Einsatz hatten die Kurfürsten aus dem Hause Hohenzollern im Laufe von drei Generationen die Aussichten Brandenburgs deutlich verbessert. Zum ersten Mal konnte man die embryogleichen Ansätze eines

weit ausgreifenden Territoriums mit abgelegenen Dependancen im Westen und Osten erahnen, das, was einmal als «Preussen» in die Geschichte eingehen würde. Doch was vorerst blieb, war eine eklatante Diskrepanz zwischen Möglichkeiten und Ressourcen. Wie sollte das Haus Brandenburg seine Ansprüche gegen die zahlreichen Konkurrenten verteidigen? Wie sollte es dafür sorgen, dass die neu erworbenen Gebiete sich politisch unterordneten und Steuern zahlten? Das waren schwierige Aufgaben, selbst in Friedenszeiten. Doch die Friedenszeiten waren fürs Erste vorbei, denn alle Bemühungen, einen Ausgleich zwischen den verfeindeten konfessionellen Lagern zu finden, scheiterten. Im Jahr 1618 steuerte das Heilige Römische Reich Deutscher Nation auf einen erbittert geführten Krieg um Religion und Macht zu.

KAPITEL 2

Verwüstung

Während des Dreissigjährigen Krieges (1618-1648) wurden die deutschen Lande zum Schauplatz einer europäischen Katastrophe. Eine Auseinandersetzung zwischen dem habsburgischen Kaiser Ferdinand II. (reg. 1619-37) und protestantischen Mächten innerhalb des Heiligen Römischen Reiches weitete sich derart aus, dass am Ende Dänemark, Schweden, Spanien, die Republik der Vereinigten Niederlande und Frankreich in den Krieg verwickelt waren. Auf dem Gebiet der deutschen Staaten spielten sich Konflikte europäischen Ausmasses ab: der Kampf Spaniens gegen die abtrünnige niederländische Republik, das Wetteifern der Nordmächte um die Kontrolle der Ostsee und die traditionelle Rivalität zwischen dem bourbonischen Frankreich und den Habsburgern.[1]

Zwar kam es auch anderswo zu Schlachten, Belagerungen und Besetzungen, aber der Grossteil der Kämpfe wurde auf deutschem Boden ausgetragen. Für den ungeschützten Binnenstaat Brandenburg wurde der Krieg zum Desaster, das die Schwächen des Kurfürstentums schonungslos aufzeigte. An entscheidenden Wendepunkten des Konflikts blieb Brandenburg nur die Wahl zwischen Pest und Cholera. Das Schicksal des Landes lag voll und ganz in fremden Händen. Der Kurfürst war ausserstande, seine Grenzen zu sichern, seine Untertanen zu befehligen bzw. zu verteidigen, oder auch nur seinen Titel zu sichern. Solange sich die Armeen durch die Provinzen der Mark wälzten, waren Recht und Gesetz ausser Kraft gesetzt. Das Wirtschaftsleben kam zum Erliegen, und jegliche Kontinuität von Arbeit, Wohnsitz und Erinnerung gehörte unwiderruflich der Vergangenheit an. Das Land des Kurfürsten, schrieb Friedrich der Grosse über eineinhalb Jahrhunderte später, wurde «im Verlauf des Dreissigjährigen Krieges verwüstet, und die Spuren, die davon zurückblieben, waren so tief, dass man ihre Merkmale noch jetzt wahrnimmt, wo ich diese Geschichte schreibe»[2].

Zwischen den Fronten (1618-1640)

Brandenburg war auf die Herausforderungen, die dieses Zeitalter mit sich bringen sollte, völlig unvorbereitet. Da seine militärische Schlagkraft nicht der Rede wert war, hatte man in Verhandlungen mit Freund oder Feind weder Gegenleistungen noch Zugeständnisse zu erwarten. Im Süden grenzte das Kurfürstentum direkt an die Lausitz und Schlesien, beides Erblande der böhmischen Krone und damit Besitz der Habsburger (wobei die Lausitz sächsisches Lehen war). Westlich davon, ebenfalls mit einer direkten Grenze zu Brandenburg, lag Kursachsen, das seine Aktionen in den ersten Kriegsjahren eng mit dem Kaiser abstimmte. Die Nordflanke Brandenburgs war den Truppen der protestantischen Ostseemächte Dänemark und Schweden schutzlos ausgeliefert. Alles, was das Kurfürstentum vom Meer trennte, war das geschwächte Herzogtum Pommern unter der Herrschaft des alternden Bogislaw XIV. Dem Kurfürsten von Brandenburg fehlten die Mittel, die neu erworbenen Gebiete im Westen oder das entlegene Herzogtum Preussen gegen Aggressoren zu verteidigen. Er hatte also allen Grund, mit Bedacht zu handeln. Hinzu kam die tief verwurzelte Angewohnheit, sich dem Wunsch des Kaisers zu fügen.

Kurfürst Georg Wilhelm (reg. 1619-40) war ein ängstlicher und unentschlossener Mann, der nicht das nötige Rüstzeug mitbrachte, um die extremen Herausforderungen seiner Zeit zu meistern. In den ersten Kriegsjahren vermied er jegliche Bündnisverpflichtung, um seine spärlichen Ressourcen nicht zu gefährden und sein Territorium nicht der Gefahr von Vergeltungsschlägen auszusetzen. Zwar gewährte er den böhmischen Ständen gegen die Habsburger moralische Unterstützung, doch als sein Schwager, der pfälzische Kurfürst, nach Böhmen marschierte, um für die protestantische Sache zu kämpfen, hielt sich Georg Wilhelm heraus. Mitte der 1620er Jahre, als an den Höfen Dänemarks, Schwedens, Frankreichs und Englands Pläne für eine Koalition gegen Habsburg geschmiedet wurden, begnügte sich Brandenburg weitgehend damit, als Zuschauer die Diplomatie der Grossmächte zu verfolgen. Es gab zwar Bestrebungen, Schweden zu einem Feldzug gegen den Kaiser zu überreden. Im Jahr 1620 hatte der schwedische König die Schwester Georg Wilhelms geheiratet. Sechs Jahre später wurde eine weitere Schwester mit dem Fürsten von Siebenbürgen verheiratet, einem calvinistischen Adeligen, der sich – dank der Unterstützung der Türken – in mehreren kriegerischen Auseinandersetzungen mit Habsburg

als einer der mächtigsten Gegner des Kaisers erwiesen hatte. Gleichzeitig beteuerte Brandenburg jedoch gegenüber dem katholischen Kaiser seine Lehnstreue und blieb auf Distanz zur gegen den Kaiser gerichteten Haager Allianz, die England und Dänemark im Dezember 1624 besiegelten.

All das konnte jedoch nicht verhindern, dass das Kurfürstentum von beiden Seiten bedrängt und wiederholt militärisch besetzt wurde. Nachdem das Heer der katholischen Liga unter General Tilly die protestantischen Truppen 1623 bei Stadtlohn besiegt hatte, wurden Soldaten der Liga in den westfälischen Gebieten Mark und Ravensberg einquartiert. Georg Wilhelm war sich darüber im Klaren, dass er sich nur dann aus den Kämpfen heraushalten konnte, wenn er in der Lage war, sein Territorium nach allen Seiten zu verteidigen. Für eine effektive Politik der bewaffneten Neutralität fehlte ihm jedoch das Geld. Die mehrheitlich lutherischen Stände betrachteten seine calvinistischen Neigungen mit Argwohn und gedachten keineswegs, diese finanziell zu unterstützen. Bis 1620 sympathisierten sie weitgehend mit dem Kaiser. Sie befürchteten, ihr calvinistischer Kurfürst könnte sie in gefährliche internationale Verpflichtungen hineinziehen. Aus ihrer Sicht war es das Beste, das Ende des Sturms abzuwarten und es tunlichst zu vermeiden, sich einen der Kontrahenten zum Feind zu machen.

Während Georg Wilhelm damit beschäftigt war, den Ständen Geld abzuringen, überrannte 1626 der pfälzische General Ernst II., Graf von Mansfeld, die Altmark und die Prignitz. Seine dänischen Verbündeten folgten ihm dicht auf den Fersen. Chaos brach aus. Kirchen wurden geplündert, die Stadt Nauen dem Erdboden gleichgemacht. Auf der Jagd nach verstecktem Geld und Gut wurden ganze Dörfer gebrandschatzt. Als ein brandenburgischer Minister ihn zur Rede stellte, antwortete der dänische Gesandte Mitzlaff mit atemberaubender Arroganz, der Kurfürst möge es wohl oder übel nehmen, sein König [Christian IV.] werde doch fortfahren. Wer nicht mit ihm sei, sei gegen ihn.[3] Aber kaum hatten die Dänen es sich in der Mark gemütlich gemacht, wurden sie von ihren Feinden zurückgedrängt. Im Spätsommer 1626, nach dem Sieg der Kaiserlichen und der Liga am 27. August bei Lutter am Barenberg im Herzogtum Braunschweig, besetzten kaiserliche Truppen die Altmark, während die Dänen sich in die Prignitz und Uckermark nord- bzw. nordwestlich von Berlin zurückzogen. Ungefähr zur gleichen Zeit landete der schwedische König Gustav II. Adolf in Preussen und machte das Herzogtum zu seiner Basis für Operationen gegen Polen, womit er

2. Porträt Georg Wilhelms (reg. 1619-1640). Holzschnitt von Richard Brend'amour nach einem zeitgenössischen Porträt.

die Ansprüche des Kurfürsten völlig überging. Auch die Neumark wurde überrannt und geplündert: Hier fielen kosakische Söldner ein, die im Dienst des Kaisers standen. Wie gross die Bedrohung für Brandenburg war, zeigte das Schicksal des Herzogs im benachbarten Mecklenburg. Als Strafe für seine Unterstützung der Dänen liess der Kaiser die herzogliche Familie deportieren und überliess Mecklenburg seinem mächtigen Feldherrn, dem Kriegsunternehmer Albrecht von Wallenstein, als Beute.

Es schien an der Zeit, sich stärker dem habsburgischen Lager anzunähern. «Wenn dies Wesen lange währt», erklärte Georg Wilhelm, «so muss ich gar närrisch werden; denn ich gräme mich sehr. [...] Ich [...] werde mich zum Kaiser schlagen müssen; ich habe nur einen Sohn; bleibt der Kaiser, so bleibe ich und mein Sohn, auch wohl Kurfürst [...] .»[4] Entgegen allen Protestes seiner Berater und der Stände, die eine strikte Neutralitätspolitik vorgezogen hätten, schloss der Kurfürst am 22. Mai 1626 ein Bündnis mit dem Kaiser. Auf Grundlage dieser Vereinbarung wurde das gesamte Kurfürstentum den kaiserlichen Truppen anheimgegeben. Damit brachen für Brandenburg schwere Zeiten an, denn um seine Truppen zu verpflegen, unterzubringen und zu bezahlen, bediente sich der kaiserliche Generalissimus, Graf Wallenstein, für gewöhnlich bei der Bevölkerung besetzter Gebiete.

Das Bündnis mit dem Kaiser brachte Brandenburg also keine Erleichterung. Ja, als die kaiserlichen Streitkräfte ihre Gegner zurückdrängen konnten und Ende der 1620er Jahre im Zenit ihrer Macht standen, schien Kaiser Ferdinand II. Georg Wilhelm sogar gänzlich zu übergehen. Im Restitutionsedikt von 1629 verkündete der Kaiser, er gedenke, alle Erzbistümer, Bistümer, Prälaturen, Klöster, Hospitäler und Stiftungen, die im Jahr 1552 katholisch waren, zurückzufordern, notfalls mit Gewalt – ein Vorhaben mit äusserst gravierenden Folgen für Brandenburg, wo zahlreiche Kirchenbesitzungen unter protestantische Verwaltung gestellt worden waren. Das Edikt bekräftigte die Regelung von 1555, denn Calvinisten waren weiterhin vom Religionsfrieden im Reich ausgenommen. Nur der katholische und der lutherische Glaube waren offiziell anerkannt, alle anderen Lehren und Sekten waren verboten.[5]

Die Lage der protestantischen Staaten verbesserte sich, als im Jahre 1630 Schweden in den Krieg eingriff. Gleichzeitig wuchs jedoch der politische Druck auf Brandenburg.[6] Im Jahr 1620 war Maria Eleonora, die Schwester Georg Wilhelms, an den schwedischen König Gustav II. Adolf verheiratet worden, in dessen überlebensgrosser Gestalt sich missionarischer Eifer für die protestantische Sache in Europa mit Eroberungslust paarte. Als der König von Schweden immer tiefer in die deutsche Auseinandersetzung hineingezogen wurde, strebte er mangels anderer deutscher Verbündeter ein Bündnis mit seinem Schwager Georg Wilhelm an. Der Kurfürst zögerte, und seine Gründe sind nur allzu verständlich. Gustav Adolf hatte 15 Jahre lang einen Eroberungskrieg im Ostseeraum geführt. In mehreren Feldzügen gegen Russland hatte er für Schweden ein Gebiet erworben, das von Finnland bis ins Baltikum reichte. Im Jahr 1621 hatte Gustav Adolf erneut Krieg gegen Polen geführt. Dabei hatte er das Herzogtum Preussen besetzt und Livland erobert (Teile des heutigen Estlands und Lettlands). Schliesslich hatte er sogar den altersschwachen Herzog von Mecklenburg zu einer Vereinbarung gedrängt, derzufolge beim Tode des Herzogs sein Territorium an Schweden fallen sollte – ein Abkommen, das sich offen gegen den langjährigen Erbschaftsvertrag Brandenburgs mit seinem nördlichen Nachbarn richtete.

Das schwedische Vorgehen legte den Schluss nahe, dass es keinen grossen Unterschied machte, ob man Schweden zum Freund oder zum Feind hatte. Georg Wilhelm kehrte zur Strategie der Neutralität zurück. Er plante, gemeinsam mit Sachsen einen protestantischen Block zu bilden, der sich gegen das Restitutionsedikt wenden und zugleich einen Puffer zwischen dem Kaiser und

seinen Feinden im Norden darstellen sollte. Der Erfolg dieser Politik zeigte sich auf dem Leipziger Konvent im Februar 1631. Allerdings trug dieser Schachzug wenig dazu bei, der Bedrohung zu begegnen, der sich Brandenburg im Norden wie im Süden gegenübersah. Aus Wien kamen wütende Warnungen und Drohungen. Währenddessen kam es in der Neumark immer wieder zu Zusammenstössen zwischen schwedischen und kaiserlichen Truppen. Nach und nach vertrieben die Schweden die Kaiserlichen aus dieser Provinz und besetzten die befestigten Städte Frankfurt an der Oder, Landsberg und Küstrin.

Mit den Erfolgen seiner Truppen im Felde im Rücken forderte der König von Schweden nunmehr offen ein Bündnis mit Brandenburg. Die Beteuerungen Georg Wilhelms, er wünsche neutral zu bleiben, stiessen auf taube Ohren. Gustav Adolf erklärte einem brandenburgischen Gesandten:

«Ich will von keiner Neutralität nichts wissen noch hören. Seine Liebden [von Brandenburg] muss Freund oder Feind sein. Wenn ich an Ihre Grenzen komme, so muss Sie sich kalt oder warm erklären. Hier streitet Gott und der Teufel. Will Seine Liebden es mit Gott halten, so trete Sie zu mir, will Sie es lieber mit dem Teufel halten, so muss Sie fürwahr mit mir fechten; tertium non dabitur, des seid gewiss.»[7]

Georg Wilhelm machte immer neue Ausflüchte, während der schwedische König mit seinen Truppen immer näher an Berlin heranrückte. In Panik sandte der Kurfürst die Frauen der Familie aus, um mit Gustav Adolf zu verhandeln. Sie trafen ihn in Köpenick, einige Kilometer südöstlich der Hauptstadt. Man einigte sich darauf, dass der König als Gast des Kurfürsten mit 1‘000 Mann zu weiteren Verhandlungen in die Stadt kommen sollte. Während sie die Gastfreundschaft des Kurfürsten ausgiebig genossen, sprachen die Schweden in den folgenden Tagen beschwörend von Teilen Pommerns, die man an Brandenburg abzutreten bereit sei, stellten eine Hochzeit der Tochter des Königs mit dem Sohn des Kurfürsten in Aussicht und drängten auf eine Allianz. Am Ende beschloss Georg Wilhelm, sich mit den Schweden zu verbünden.

Ein Grund für diesen Politikwechsel war das Auftreten der schwedischen Truppen. Als die Verhandlungen ins Stocken gerieten, stellten sie sich vor der Berliner Stadtmauer auf und richteten ihre Kanonen auf das Schloss, damit der belagerte Kurfürst sich besser konzentrieren konnte. Eine wichtige Vorentscheidung war allerdings schon durch die Einnahme der protestantischen Stadt Mag-

deburg durch die kaiserlichen Truppen Tillys am 20. Mai 1631 gefallen. Auf die Eroberung Magdeburgs folgte nicht nur die bei solchen Gelegenheiten übliche Plünderung der Stadt, sondern ein Massaker unter der Stadtbevölkerung, das im literarischen Gedächtnis der Deutschen einen dauerhaften Platz einnehmen sollte. Friedrich II. beschrieb die Szene später mit diesen von klassischer Rhetorik geprägten Sätzen.

«Alles, was die entfesselte Willkür des Soldaten zu ersinnen vermag, wenn nichts mehr seine Wut aufhält, alles, was wüsteste Grausamkeit den Menschen eingeben kann, wenn blinde Raserei sich ihrer Sinne bemächtigt, all das ward damals von den Kaiserlichen in der verheerten Stadt verübt. Die Soldaten rannten truppweise mit blanker Waffe durch die Strassen und mordeten unterschiedslos Greise, Weiber und Kinder, solche, die sich verteidigten, und solche, die ihnen keinen Widerstand entgegensetzten. [...] Man sah nichts als noch zuckende Leichname, zu hohen Haufen getürmt oder nackt hingestreckt. Die Todesschreie der Schlachtopfer und das Wutgeschrei der Mörder mischten sich schauerlich in den Lüften.»[8]

Auch für die Zeitgenossen war die Zerstörung Magdeburgs, einer Stadt mit etwa 20.000 Einwohnern und eines der Zentren des deutschen Protestantismus, ein tiefer Schock. Beschreibungen der dort verübten Gräueltaten wurden in Form von Pamphleten, Zeitungen und Flugschriften in ganz Europa verbreitet.[9] Nichts hätte dem Ruf des habsburgischen Kaisers in den protestantischen deutschen Gebieten mehr schaden können als die Nachricht von dieser mutwilligen Auslöschung seiner protestantischen Untertanen. Beim Kurfürsten von Brandenburg sass der Schock besonders tief, war doch sein Onkel, Markgraf Christian Wilhelm, der protestantische Administrator des Erzbistums Magdeburg gewesen. Im Juni 1631 schloss Georg Wilhelm widerwillig einen Vertrag mit den Schweden, in dem er sich bereit erklärte, die Festungen Spandau (nördlich von Berlin) und Küstrin (in der Neumark) den schwedischen Truppen zu übergeben und darüber hinaus monatlich Kontributionen in Höhe von 30.000 Talern zu leisten.[10]

Der Pakt mit Schweden erwies sich als ebenso kurzlebig wie der, den Brandenburg mit dem Kaiser geschlossen hatte. In den Jahren 1631 und 1632 verschob sich das Kräftegleichgewicht zugunsten der protestantischen Mächte. Die Schweden und ihre sächsischen Verbündeten fielen über den Süden und Westen Deutschlands her und fügten der kaiserlichen Seite empfindliche Niederlagen

zu. Ihr Ansturm verlor jedoch an Schwung, als Gustav Adolf am 16. November 1632 in der Schlacht bei Lützen im Kavalleriegedränge den Tod fand. Ende 1634, nach einer schweren Niederlage bei Nördlingen, hatte Schweden seine überlegene Position verloren. Kaiser Ferdinand II. seinerseits war erschöpft vom Krieg und versuchte, einen Keil zwischen Schweden und die deutschen protestantischen Fürsten zu treiben. Er ergriff die Gelegenheit beim Schopfe und bot moderate Friedensbedingungen an. Seine Rechnung ging auf: Der lutherische Kurfürst von Sachsen, der sich im September 1631 den Schweden angeschlossen hatte, kehrte reumütig an die Seite des Kaisers zurück. Für den brandenburgischen Kurfürsten war die Entscheidung schwieriger. Im Entwurf des Friedens von Prag wurden einige besonders weitreichende Forderungen des Restitutionsedikts zurückgenommen und eine Amnestie in Aussicht gestellt, aber von einer Tolerierung des Calvinismus war nach wie vor nicht die Rede. Die Schweden ihrerseits liessen nicht ab, Brandenburg zu einem Vertrag zu drängen. Diesmal versprachen sie, ganz Pommern an Brandenburg abzutreten, sobald die Feindseligkeiten im Reich beigelegt wären.

Nach langem, qualvollem Zögern beschloss Georg Wilhelm, sein Glück an der Seite des Kaisers zu suchen. Im Mai 1635 unterschrieben Brandenburg, Sachsen und Bayern den Frieden von Prag, zahlreiche Reichsfürsten schlossen sich an. Im Gegenzug sagte der Kaiser zu, für die Anerkennung des brandenburgischen Anspruchs auf das Herzogtum Pommern zu sorgen. Zur Sicherung der Mark wurde eine Abordnung kaiserlicher Regimenter entsandt, und Georg Wilhelm wurde mit dem angesichts seiner militärischen Unfähigkeit eher unpassenden Titel «Generalissimus» der kaiserlichen Armee geehrt. Der Kurfürst seinerseits verpflichtete sich, zur Unterstützung der kaiserlichen Truppen ein Heer von 25.000 Mann aufzustellen. Unglücklicherweise kam es gleichzeitig mit dem Schulterschluss zwischen Brandenburg und dem Kaiser im Norden Deutschlands zu einer erneuten Verschiebung der Machtbalance. Nach einem Sieg über das sächsische Heer bei Wittstock am 4. Oktober 1636 waren die Schweden erneut «Herren in der Mark»[11].

In seinen letzten Regierungsjahren versuchte Georg Wilhelm, die Schweden aus Brandenburg zu vertreiben und nach dem Tod des Herzogs von Pommern im März 1637 dessen Land unter seine Kontrolle zu bringen. Das Ergebnis seiner Bemühungen, ein brandenburgisches Heer gegen die Schweden aufzustellen, war eine kleine, schlecht ausgerüstete Truppe. In der Folge wurde das Kur-

fürstentum nicht nur von den Schweden und den Kaiserlichen geplündert, sondern auch von den undisziplinierten Haufen des eigenen Heeres. Als die Schweden erneut in der Mark einfielen, musste der Kurfürst – nicht zum letzten Mal in der Geschichte der brandenburgischen Hohenzollern – in das vergleichsweise sichere Herzogtum Preussen fliehen, wo er im Jahre 1640 starb.

Politik

Friedrich der Grosse beschrieb Georg Wilhelm später als «unfähigen Fürsten», und eine Geschichte Preussens kommt zu dem wenig schmeichelnden Schluss, der schlimmste Fehler dieses Kurfürsten sei nicht seine mangelnde Entschlussfreudigkeit gewesen, sondern der Mangel eines Kopfes, den er sich hätte zerbrechen können. Noch so ein Kurfürst, so die Autoren weiter, und die Geschichte Brandenburgs wäre heute allenfalls für Regionalhistoriker interessant. Die Sekundärliteratur ist voll von derartigen Urteilen.[12] Georg Wilhelm gab sicherlich eine wenig heldenhafte Figur ab, und er war sich dessen auch bewusst. Als junger Mann war er bei einem Jagdunfall schwer verletzt worden. Seine Lebenskraft wurde durch eine chronisch entzündete Wunde am Oberschenkel geschwächt, und er blieb zeitlebens auf eine Sänfte angewiesen. In einer Zeit, in der das Schicksal Deutschlands in den Händen mächtiger Kriegsherren lag, war der Anblick des Kurfürsten in seiner Sänfte sicher wenig dazu angetan, Vertrauen zu erwecken. Ständig war er auf der Flucht vor einem der am Krieg beteiligten Heere, die ohne seine Einwilligung durch sein Territorium zogen. «Ich gräme mich», schrieb er im Juli 1626, «dass nun meine Lande also verdorben und ich so gering geachtet und verhöhnt werde; alle Welt muss mich für eine feige Memme halten.. ,»[13]

Dabei lag das Zögern und Zaudern dieser Jahre weniger an der Persönlichkeit des Kurfürsten als an den objektiv schwierigen Entscheidungen, mit denen er konfrontiert war. Das Dilemma, in dem er sich befand, war strukturbedingt und im Grunde unausweichlich. Für uns ist es deshalb so interessant, weil es unsere Aufmerksamkeit auf eine der Kontinuitäten der brandenburgischen (und später der preussischen) Geschichte lenkt. Immer wieder sollten sich die Entscheidungsträger in Berlin zwischen den Fronten wiederfinden und gezwungen sein, zwischen den Optionen abzuwägen. Und bei jeder dieser Gelegenheiten war der Herrscher dem Vorwurf ausgesetzt, dass er zu zögerlich gewesen sei, unfähig

zu einer klaren Entscheidung. Die Ursache dafür war weniger die geografische Lage als die Position Brandenburgs auf der imaginären Landkarte europäischer Machtpolitik. Wenn man sich die wichtigsten Konfliktlinien zwischen den Machtblöcken auf dem europäischen Kontinent im frühen 17. Jahrhundert vor Augen hält – Schweden-Dänemark, Polen-Litauen, Österreich-Spanien und Frankreich – dann erkennt man, dass Brandenburg mit seinen praktisch schutzlosen Anhängseln im Westen und Osten genau im Schnittpunkt dieser Linien lag. Schweden sollte später seine Machtstellung verlieren, gefolgt von Polen, aber der Aufstieg Russlands zur Grossmacht sollte Berlin erneut vor dasselbe Problem stellen. Jede Regierung würde wählen müssen zwischen Bündnis, bewaffneter Neutralität und unabhängigem Handeln.

Als immer deutlicher wurde, in welchem militärischen und diplomatischen Dilemma Brandenburg sich befand, kristallisierten sich in Berlin zwei Fraktionen mit entgegengesetzten aussenpolitischen Zielen heraus. Sollte Brandenburg wie bisher in Treue zum Kaiser des Heiligen Römischen Reiches stehen und Schutz bei den Habsburgern suchen? Diese Sichtweise wurde von Adam Graf von Schwarzenberg vertreten, einem Katholiken aus der Grafschaft Mark, der den brandenburgischen Anspruch auf Jülich-Berg unterstützt hatte. Schwarzenberg (1583-1641) war ab Mitte der 1620er Jahre der Anführer einer habsburgischen Fraktion in Berlin. Zwei der mächtigsten Geheimräte hingegen, Levin von Knesebeck und Samuel von Winterfeld, waren vehemente Vertreter der protestantischen Sache. Die beiden Lager kämpften verbissen darum, welche Seite die brandenburgische Politik bestimmte. Als sich der Kurfürst 1626 zu einer engeren Zusammenarbeit mit dem habsburgischen Lager gezwungen sah, konnte Schwarzenberg gegen den Protest der Stände durchsetzen, dass Winterfeld des Hochverrats angeklagt und aus dem Land gejagt wurde. Im Herbst 1630 dagegen, als Schweden sich im Aufwind befand, bildete sich eine proschwedische Fraktion aus, die vom calvinistischen Kanzler Sigismund von Götzen angeführt wurde, und Schwarzenberg musste sich nach Kleve zurückziehen. Doch sobald die Initiative 1634 und 1635 wieder bei den Kaiserlichen lag, kehrte er nach Berlin zurück.

Die Damen bei Hofe hatten ihre eigenen aussenpolitischen Überzeugungen. Die junge Frau des Kurfürsten war die Schwester des calvinistischen Kurfürsten Friedrich V. von der Pfalz, dessen Territorium von Truppen der katholischen

Liga und aus Spanien überrannt und verwüstet worden war. Verständlich, dass sie gegen die Kaiserlichen Partei ergriff, genau wie ihre Mutter, die ihr von Heidelberg aus ins Exil gefolgt war, und wie die Tante des Kurfürsten, die den Bruder Friedrichs V. geheiratet hatte. Die protestantische Mutter des Kurfürsten, Anna von Preussen, war ebenfalls eine ausgesprochene Gegnerin Habsburgs. Sie war es, die im Jahr 1620 die Heirat ihrer Tochter Maria Eleonora mit dem lutherischen König von Schweden eingefädelt hatte, ungeachtet der Einwände ihres Sohnes.[14] Ihr Ziel war gewesen, Brandenburg eine bessere Ausgangsposition im Herzogtum Preussen zu verschaffen. Zu diesem Zeitpunkt jedoch war dies ein äusserst provokanter Schritt, denn Schweden führte Krieg gegen Polen, und formal war der polnische König nach wie vor der Souverän des Herzogtums Preussen. In dynastischen Fragen hatten die weiblichen Familienmitglieder, allen voran die Gemahlin des Kurfürsten, ein gewichtiges Wort mitzureden. Frauen dienten in einer Dynastie keineswegs nur als wandelnde Garanten für Erbansprüche. Sie fühlten sich nicht notwendigerweise an die politische Linie des Kurfürsten gebunden, und ihre Beziehungen zu Höfen im Ausland waren nicht selten von entscheidender Bedeutung.

Jenseits des engeren Kreises am kurfürstlichen Hof standen diejenigen, die Macht auf dem Land ausübten: die Landstände, Repräsentanten des lutherischen Adels. Diese waren jedwedem aussenpolitischen Abenteuer gegenüber äusserst skeptisch, vor allem dann, wenn sie den Verdacht hegten, dass calvinistische Interessen dahinterstanden. Schon 1623 warnte eine Delegation von Ständevertretern den Kurfürsten «vor den etwas hitzigen Räthen». Was ihre militärischen Verpflichtungen betraf, erinnerten sie ihn daran, dass sie «nur zu nothdürftiger, nothgedrungener Rettung des Landes verpflichtet seien». Selbst nach wiederholten Einfällen protestantischer und kaiserlicher Truppen zeigten sich die Stände von den eindringlichen Bitten des Landesherrn unbeeindruckt.[15] Aus ihrer Sicht war es ihre Aufgabe, ungerechtfertigte Abenteuer zu unterbinden und die Privilegien der Eliten auf dem Lande gegen kurfürstliche Übergriffe zu verteidigen.[16]

Dieser Art von passivem Widerstand war schon in Friedenszeiten schwer beizukommen. Doch nach 1618 verschärfte sich das Problem, weil der Kurfürst in der frühen Phase des Krieges noch stärker von funktionierenden lokalen Strukturen in seinem Herrschaftsgebiet abhängig war. Georg Wilhelm hatte keinen Verwaltungsapparat zur Verfügung, mit dessen Hilfe er militärische Kontribu-

tionen, Getreide oder andere Vorräte hätte einsammeln können – all das musste über die Stände organisiert werden. Der Einzug von Steuern blieb fest in deren Hand. Durch ihr Wissen und ihre Autorität vor Ort spielten sie ausserdem eine unverzichtbare Rolle, um die Einquartierung und den Durchmarsch von Truppen zu organisieren.[17] Gelegentlich verhandelten sie sogar eigenmächtig mit den Befehlshabern feindlicher Truppen über die Bezahlung von Kontributionen.[18]

Doch je länger der Krieg sich hinzog, desto mehr bröckelten die fiskalischen Privilegien des Landadels.[19] Wenn ausländische Fürsten und Heerführer kein schlechtes Gewissen dabei hatten, Kontributionen aus den brandenburgischen Provinzen herauszupressen, warum sollte dann der Kurfürst nicht auch seinen Teil bekommen? Aber dazu musste man die traditionelle *libertas* der Stände zurückschrauben. Diese Aufgabe übertrug der Kurfürst an Schwarzenberg, der als Ausländer und Katholik keine Verbindungen zum Landadel hatte. Schwarzenberg verlor keine Zeit: Er erhob umgehend eine neue Steuer, beschnitt das Recht der Stände, die Staatsausgaben zu kontrollieren, suspendierte den Geheimen Rat und übertrug dessen Kompetenzen an den Kriegsrat, in den ausschliesslich Mitglieder aufgenommen wurden, die völlig unabhängig von den Ständen waren. Kurz, Schwarzenberg installierte eine steuerliche Autokratie, die entschieden gegen die überkommenen Traditionen der Mark verstiess.[20] In den letzten beiden Regierungsjahren Georg Wilhelms leitete Schwarzenberg praktisch den Krieg gegen Schweden. Er zog die verstreuten Überreste brandenburgischer Regimenter zusammen und führte einen verzweifelten Guerillakampf gegen schwedische Einheiten. Wenn verarmte, vom Krieg zerstörte Städte um einen Steuernachlass baten, wurde ihr Ersuchen ohne Umschweife abgelehnt, und wenn sie mit feindlichen Truppen verhandelten, zum Beispiel über Einquartierungen, wurden sie als Verräter gebrandmarkt.[21]

Schwarzenberg war unter Zeitgenossen sehr umstritten. Anfänglich hatten die Stände seine bedächtige, kaiserfreundliche Aussenpolitik unterstützt, aber mit der Zeit begannen sie ihn für seine Angriffe auf ihre althergebrachten Rechte zu verabscheuen. Seine Intrigen brachten ihm den Hass seiner Gegner im Geheimen Rat ein, und die Tatsache, dass er Katholik war, fachte ihren Zorn nur noch weiter an. In den Jahren 1638/39, als Schwarzenberg im Zenit seiner Macht stand, zirkulierten in Berlin Flugblätter, in denen die «hispanische Dienstbarkeit» seiner Herrschaft angeprangert wurde.[22] Im Rückblick jedoch ist unüber-

sehbar, dass dieser einflussreiche Mann eine ganze Reihe von bedeutenden Präzedenzfällen schuf. Was von seiner fast schon diktatorischen Militärherrschaft blieb, war der Gedanke, dass es in Notzeiten durchaus gerechtfertigt sein kann, wenn der Staat Standesprivilegien und schwerfällige Strukturen der Finanzverwaltung hinwegfegt. Von dieser Warte aus betrachtet, war die Ära Schwarzenberg ein erstes, zögerliches Experiment «absolutistischer» Herrschaft.

Tod und Verwüstung

Der brandenburgischen Bevölkerung brachte der Krieg Gesetzlosigkeit, Elend, Armut, Entbehrung, Unsicherheit, Vertreibung und Tod. Da der Kurfürst 1618 entschied, dass ein Engagement auf protestantischer Seite zu riskant sei, konnte er Brandenburg zunächst aus dem Krieg heraushalten. Die ersten grossen Truppendurchzüge kamen erst mit dem dänischen Feldzug in Norddeutschland 1626. Doch in den folgenden 15 Jahren wurden die brandenburgischen Provinzen dann in kurzen Abständen von den Truppen der Dänen, der Schweden, der Pfalz, des Kaisers und der Liga überrannt.

Städte, die auf dem Weg lagen, mussten sich entscheiden: Entweder ergaben sie sich dem Feind und öffneten die Tore, oder sie verteidigten die Mauern und trugen die Konsequenzen, wenn sie nicht standhielten, oder sie gaben die Stadt komplett auf. Die Stadt Plaue im Havelland zum Beispiel konnte am 10. April 1627 den Angriff einer kleinen kaiserlichen Truppe abwehren. Als der Feind jedoch am nächsten Tag in grösserer Zahl zurückkehrte, floh die Bevölkerung aus der Stadt. Kaum hatten die Kaiserlichen die Stadt in Besitz genommen, da wurde sie von vorrückenden dänischen Truppen angegriffen, erobert und geplündert.

In der Stadt Brandenburg einigten sich Bürgermeister und Rat der Altstadt am rechten Ufer der Havel darauf, den Kaiserlichen die Tore zu öffnen, während die Mitglieder des Rates der Neustadt am anderen Ufer beschlossen, sich abzuschotten. Sie zerstörten sämtliche Brücken zwischen den beiden Stadtteilen, verbarrikadierten die Tore und nahmen die anrückenden Angreifer unter Beschuss. Es kam zu einer erbitterten Schlacht. Der kaiserlichen Artillerie gelang es, den Verteidigungswall der Neustadt zu durchbrechen, und die Truppen stürmten die Stadt und plünderten in allen Vierteln.[23]

Am schwersten betroffen waren Provinzen wie das Havelland oder die Prignitz, weil ihre an den wichtigsten militärischen Durchgangsrouten liegenden Flussübergänge im Verlauf des Krieges immer wieder erobert und zurückerobert wurden. Im Sommer 1627 lieferten sich die dänischen Truppen mit den Kaiserlichen im Havelland ein Katz-und-Maus-Spiel. Dabei wurde eine ganze Reihe von Dörfern geplündert und in Schutt und Asche gelegt: Möthlow, Retzow, Selbelang, Gross Behnitz, Stölln, Wassersuppe.[24]

Die meisten Befehlshaber betrachteten ihre Truppen als Privatbesitz, sodass es ihnen widerstrebte, Männer in den Kampf zu schicken, wenn es nicht unbedingt notwendig war. Offene Schlachten waren daher relativ selten. Die Truppen verbrachten einen Grossteil der Kriegsjahre mit Märschen, Manövern und Belagerungen. Dieses Vorgehen schonte zwar die Truppen, aber für die Bevölkerung bedeutete es eine schwere Last.[25]

Der Krieg führte zu einem drastischen Anstieg der Steuern und anderer Zwangsabgaben. Da war zunächst die reguläre «Kontribution», eine kombinierte Land- bzw. Kopfsteuer, die von der brandenburgischen Regierung eingezogen wurde, um die kurfürstliche Armee zu unterhalten. Dann gab es zahlreiche rechtmässige und unrechtmässige Abgaben, die von ausländischen oder eigenen Truppen erhoben wurden. Diese wurden bisweilen direkt zwischen dem Befehlshaber der belagernden Truppen und Vertretern der Regierung oder Bürgermeistern und Räten belagerter Städte ausgehandelt.[26] Daneben kam es auch zu zahllosen Fällen von glatter Erpressung. Im Winter 1629 beispielsweise forderten die Offiziere von Truppen, die in der Neustadt von Brandenburg einquartiert waren, dass die Bürger den Unterhalt für neun Monate im Voraus ausbezahlen sollten. Als sich diese weigerten, wurden zur Strafe Soldaten bei den Familien des Ortes einquartiert. «Und was sie nicht selber haben aussaufen oder verthun können, das haben sie entzwei geschlagen, das Bier weggegossen, die Fässer zerstossen, Fenster und Thüren und Öfen und alles verdorben, auch alles zugrunde gerichtet.»[27] In Strausberg nördlich von Berlin verlangten die Truppen des Grafen von Mansfeld zwei Pfund Brot, zwei Pfund Fleisch und zwei Liter Bier pro Mann und Tag. Aber vielen Soldaten war die ihnen zugeteilte Ration zu klein, und sie «frassen und soffen so viel sie konnten». Die Folgen waren verheerend: die Bevölkerung hungerte, die Sterblichkeitsrate stieg dramatisch, die Fruchtbarkeit bei Frauen im gebärfähigen Alter ging deutlich zurück, ja sogar der eine oder andere Fall von Kannibalismus wurde bekannt.[28]

Vielen blieb nur noch, ihr Hab und Gut zurückzulassen und aus der Stadt zu fliehen.[29] Wie zahlreiche Augenzeugenberichte bestätigen, gab es durch die räumliche Enge gerade bei längerfristigen Einquartierungen zahllose Gelegenheiten für kleinere Erpressungen und Diebstähle.

Die Konsequenz all dessen war, dass die Menschen in vielen Teilen Brandenburgs von der Last immer neuer Besatzungen nach und nach erdrückt wurden. Einen Eindruck davon vermittelt ein 1634 erstellter Bericht für den Bezirk Oberbarnim nördlich von Berlin. Lag die Zahl der Einwohner 1618 noch bei 13.000, so war sie bis 1631 auf unter 9.000 gesunken. In den Jahren 1627 bis 1630 zahlten die Einwohner von Oberbarnim 185.000 Taler an kaiserliche Befehlshaber, zwischen 1631 und 1634 Kontributionen an die alliierten Truppen von Brandenburg und Schweden in Höhe von 26.000 Talern, im gleichen Zeitraum weitere 50.000 Taler an Verpflegungskosten an die Schweden, 54.000 Taler an verschiedene brandenburgische Befehlshaber sowie diverse andere Steuern und Einmalzahlungen. Nicht mitgerechnet sind hier andere beiläufige Konfiszierungen und Beschlagnahmungen. Und das zu einer Zeit, als ein Pferd gerade mal 20 Taler und ein Scheffel Getreide weniger als einen Taler wert waren, viele Höfe verlassen waren und ein Drittel der von Bauern bewirtschafteten Flächen brach lagen. Weite Teile des verarbeitenden Gewerbes waren den Folgen des Krieges zum Opfer gefallen, und das heranreifende Getreide rings um die Städte wurde regelmässig von durchziehender Kavallerie in den Boden gestampft.[30]

Gräuelberichte, d.h. Erzählungen von extremer Gewalt und Grausamkeit bewaffneter Soldaten gegenüber Zivilisten, spielen in literarischen Darstellungen des Dreissigjährigen Krieges eine so grosse Rolle, dass einige Historiker versucht waren, sie als Ausschmückungen eines «Mythos vom alles zerstörenden Wüten» oder als «Fabel von der allgemeinen Verwüstung und dem Massenelend» abzutun.[31] Zweifellos haben sich in der zeitgenössischen Berichterstattung über diesen Krieg Gräuelberichte zu einem eigenständigen Genre entwickelt; ein gutes Beispiel dafür ist das Buch *Die Wehklagen Deutschlands* von Philip Vincent, das Gräueltaten an Unschuldigen aufzählt sowie Grafiken enthält mit Überschriften wie: «Kroaten essen Kinder», «Abgeschnittene Nasen und Ohren für Hutbänder» usw.[32] Der sensationslüsterne Charakter vieler dieser Gräuelberichte sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie zumindest indirekt auf den tatsächlichen Erfahrungen von Menschen beruhten.[33]

3. Gräueltaten gegen Frauen in den deutschen Landen während des Dreißigjährigen Krieges, Holzschnitt aus: Philip Vincent, *The Lamentations of Germany*, London 1638.

Offizielle Berichte aus dem Havelland verzeichnen zahlreiche Fälle, in denen Menschen zusammengeschlagen, Häuser abgebrannt, Eigentum mutwillig zerstört und Frauen vergewaltigt wurden. Bewohner der Randgebiete von Plaue, wenige Kilometer östlich der Stadt Brandenburg, beschrieben einen Durchmarsch kaiserlicher Truppen auf dem Weg nach Sachsen am Neujahrstag 1639, bei dem «viele alte Leuthe zu Tode gepeinigt, Todt geschossen, unterschiedliche Frawen und Mägde zur Tode geschendet, theils Kinder aufgehencket, theils auch gebrathen, viele aussgezogen, dass sie bei ausgestandener Kälte verrecket und des Todes sein müssten»[34].

In seinen Erinnerungen, die zu den atmosphärisch dichtesten gehören, die uns aus Brandenburg überliefert sind, beschreibt Peter Thiele, Zollbeamter und Stadtschreiber in Beelitz bei Potsdam, das Vorgehen der kaiserlichen Armee, die 1637 durch seine Stadt zog. Um einen Bäcker der Stadt, einen gewissen Jürgen Weber, zu zwingen, das Versteck mit seinem Geld zu verraten, hätten «die Reuber, Mörder und Diebe ihm [...] bona venia [mit Verlaub] ein Holz in den Fisteil [Harnröhre] als 1/2 fingerlang gestochen...»[35] Thiele beschrieb den «Schwedentrunk», der angeblich von den Schweden erfunden, Berichten zufolge aber von allen Armeen verabreicht wurde und zum festen Inventar späterer literarischer Beschreibungen des Krieges gehörte:

«Da haben die reuber und mörder ein Holz genohmmen den armmen leutten solches im halsse gestocken, umbgerühren, wasser eingegossen, sandt darzu eingeschutten, ja wohl mänschen koth und die leutte jämmerlich gequelen umb Gelde, wie den eine Bürger in Beelitz, David Örttel genandt, wiederfahren, undt balde davon gestorben.»[36]

Ein weiterer Mann namens Krüger Möller wurde von kaiserlichen Soldaten gefangen genommen, an Händen und Füssen gefesselt und über einem Feuer geröstet, bis er verriet, wo sein Geld zu finden war. Aber kaum waren seine Peiniger mit dem Geld verschwunden, da traf eine weitere Gruppe plündernder kaiserlicher Soldaten in der Stadt ein. Als sie hörten, dass ihre Kameraden bereits 100 Taler aus Möller herausgebrutzelt hatten, trugen sie ihn zum Feuer zurück und hielten ihn mit dem Gesicht nach unten in die Flammen, «so lange, biss er davon stirbet, ja das ihm die Haut wie einer ganss abgeschlachtet abgehet...». Auch der Viehhändler Jürgen Möller wurde wegen seines Geldes «zu todte gebraten».[37]

Im Jahr 1638 kamen die kaiserlichen und sächsischen Truppen durch die kleine Stadt Lenzen in der Prignitz nordwestlich von Berlin. Dort holten sie al-

les Holz und was sie sonst noch brauchen konnten aus den Häusern, bevor sie sie anzündeten. Was die Hausbesitzer vor den Flammen retten konnten wurde ihnen von den Soldaten mit Gewalt abgenommen. Die Kaiserlichen waren noch nicht lange weg, da wurde die Stadt von den Schweden angegriffen und geplündert, wobei sie «mit den Bürgern, Weibern und Kindern dermassen grausam umbgegangen, das derogleiches vom Türcken nicht gehöret worden». Ein offizieller Bericht der Stadt Lenzen vom Januar 1640 schildert die Vorgänge in düsteren Farben: «Dan über andere vielfältige unmenschliche Marter und Pein, so den Leuten angethan, haben sie unseren ehrlichen Bürger, Hans Betke genant, an einen höltzernen Spiess gebunden, denselben von 7 Uhren frühe bis aufn Abend um 4 Uhr am Feuer gebraten, das er mit grossem Jammergeschrey und Schmertzen den Geist aufgegeben und [hat des] Todes sein müssen.» Die Schweden zerschnitten einem alten Mann die Waden, verbrühten einer alten Frau die Beine mit kochendem Wasser, hängten Kinder nackt in der Kälte auf und trieben die Menschen ins eiskalte Wasser. Insgesamt seien an die «50 Menschen alt und jung, gross und klein jämmerlich hingerichtet und zu Tode gemartert worden»[38].

Die Männer, die vom Kurfürsten selbst aufgeboten wurden, waren nicht viel besser als die Angreifer. Auch sie waren unterernährt und demoralisiert. Offiziere sorgten mit ihrer auf drakonischen Strafen beruhenden Führung für eine Brutalisierung ihrer Männer. Von Oberst Rochows Regiment wird berichtet: «Geringer Uhrsachen halber werden die Knechte gehouwen und gestochen, durch die Spiesgerten gejaget, gebrandtmalet», in einigen Fällen wurden ihnen Nase und Ohren abgeschnitten.[39] Da überrascht es kaum, dass die Truppen im Umgang mit den Zivilisten vor Ort genauso gnadenlos waren, was zu heftigen Protesten gegen die vielen Fälle von «Erpressung, Plünderung, Mord und Raub» führte. Die Beschwerden häuften sich derart, dass Schwarzenberg 1640 eigens eine Versammlung der Befehlshaber einberief und sie dafür schalt, dass sie die Zivilbevölkerung mit Unverschämtheiten und Gewaltakten derart quälten.[40] Die Wirkung seiner Ermahnungen hielt jedoch nicht lange an: Zwei Jahre später heisst es in einem Bericht über den Bezirk Teltow bei Berlin, die Truppen des brandenburgischen Befehlshabers Goldacker hätten die Gegend geplündert, alles Getreide gedroschen, das sie finden konnten, und die Bevölkerung «in der unmenschlichsten [Art] behandelt [...], ärger als der Feind es hätte machen können»[41].

Es ist unmöglich, auch nur ungefähr zu sagen, wie häufig es zu solchen Gräueltaten kam. Die Regelmässigkeit, mit der entsprechende Berichte in zahlreichen zeitgenössischen Quellen auftauchen, von Erzählungen Einzelner über Berichte der offiziellen Stellen vor Ort bis hin zu Petitionen und literarischen Beschreibungen, deutet jedenfalls sehr darauf hin, dass derartige Taten weit verbreitet waren. Ausser Zweifel steht ihre zentrale Rolle im Erleben der Zeitgenossen.[42] Gräueltaten waren das charakteristische Kennzeichen dieses Krieges. Sie drückten etwas aus, das sich tief in das Gedächtnis der Bevölkerung eingrub: die Aufhebung jeglicher Ordnung, die Erfahrung, dass Männer, Frauen und Kinder der Gewalt schutzlos ausgeliefert waren, einer Gewalt, die völlig uneingeschränkt und unkontrolliert wütete.

Das vielleicht aussagekräftigste Zeugnis von all dem Leid, von dem die Menschen in Brandenburg zwischen 1618 und 1648 heimgesucht worden sind, geben die nackten demografischen Zahlen. Die Bevölkerung, deren Abwehrkräfte nach Jahren der Teuerung und der Mangelernährung geschwächt waren, hatte dem Wüten von Krankheiten wie Typhus, Beulenpest, Ruhr und Pocken wenig entgegenzusetzen.[43] Insgesamt fand in der Mark Brandenburg etwa die Hälfte der Bevölkerung den Tod. Die Zahlen schwanken von Bezirk zu Bezirk. Durch Wasser oder Sümpfe vor militärischer Besetzung und Durchmärschen geschützt Gegenden waren tendenziell weniger stark betroffen. Im Oderbruch beispielsweise, dem sumpfigen Überschwemmungsgebiet der Oder, kam eine Untersuchung im Jahr 1652 zu dem Ergebnis, dass nur 15 Prozent der zu Beginn des Krieges bewirtschafteten Bauernhöfe noch immer verlassen waren. Im Havelland hingegen, fast 15 Jahre ununterbrochen Kriegsschauplatz, lag der Anteil bei 52 Prozent. Im Bezirk Barnim, wo die Bevölkerung unter den Kontributionen und Einquartierungen schwer gelitten hatte, waren 58,2 Prozent 1652 immer noch nicht wieder bewirtschaftet, und im Bezirk Löcknitz in der Uckermark am Nordrand Brandenburgs lag dieser Wert gar bei 85 Prozent. In der Altmark westlich von Berlin nahm die Sterblichkeitsrate von Ost nach West ab. In den wichtigen militärischen Durchmarschgebieten an der Elbe kamen schätzungsweise zwischen 50 und 60 Prozent der Bevölkerung um; Richtung Westen sank die Sterbeziffer auf 25-30 Prozent bis hin zu 15-20 Prozent.

Einige der bedeutendsten Städte wurden besonders schwer getroffen: Brandenburg und Frankfurt an der Oder, beide in wichtigen Durchzugsgebieten, verloren mehr als zwei Drittel ihrer Einwohner. Potsdam und Spandau im Umfeld

von Berlin-Cölln verloren jeweils mehr als 40 Prozent. In der Prignitz, einem weiteren Durchmarschgebiet, wohnten 1641 nur noch zehn von 40 Adelsfamilien, denen die grössten Güter der Provinz gehört hatten, und es gab Städte – Wittenberge, Pulitz, Meyenburg, Freyenstein – in denen man keine Menschenseele mehr antraf.[44]

Über die Auswirkungen dieser Katastrophe auf die Alltagskultur kann man nur spekulieren. Viele Familien, die sich nach dem Krieg in den besonders stark verwüsteten Gebieten ansiedelten, kamen von ausserhalb Brandenburgs: Holländer, Ostfriesen und Holsteiner. An einigen Orten war der Schock so gewaltig, dass er Auswirkungen auf das kollektive Gedächtnis hatte. In vielen Teilen Deutschlands hat der «grosse Krieg» die Erinnerung an frühere Konflikte überlagerte. Mittelalterliche, römische oder vorgeschichtliche Erdwälle und Schanzen verloren ihre ursprünglichen Namen und wurden fortan als «Schwedenschanzen» bezeichnet. In einigen Gebieten scheint der Krieg sogar den Faden der persönlichen Erinnerung durchtrennt zu haben, Voraussetzung für die Gültigkeit und Kontinuität des dörflichen Gewohnheitsrechts – es gab einfach niemanden mehr, der sich erinnern konnte an die Zeit «bevor die Schweden kamen»[45]. Vielleicht liegt darin einer der Gründe, dass es in der Mark Brandenburg kaum Volkstraditionen gibt. Als in den 1840er Jahren das Sammeln und Veröffentlichen von Mythen und Gebräuchen in Mode kam, war die Ausbeute der von den Brüdern Grimm inspirierten Enthusiasten in der Mark überaus mager.[46]

Das alles zerstörende Wüten des Dreissigjährigen Krieges wurde zum Mythos – nicht in dem Sinn, dass es keine Entsprechung in der Realität gehabt hätte, sondern in dem Sinn, dass es sich fest ins kollektive Gedächtnis eingegraben und dadurch das Nachdenken über die Welt beeinflusst hat. So wurde das Wüten des religiös motivierten Bürgerkrieges – nicht nur in seiner Heimat England, sondern auch auf dem europäischen Festland – für Thomas Hobbes der Auslöser, im *Leviathan* das staatliche Gewaltmonopol als Rettungsanker der Zivilisation zu feiern. Es sei sicher besser, so Hobbes, die Macht einem monarchischen Staat zu übertragen, wenn im Gegenzug die Sicherheit von Person und Eigentum garantiert wird, als mit anzusehen, wie Gerechtigkeit und Ordnung durch gesellschaftlichen Zwist ausser Kraft gesetzt werden.

Einer der brillantesten Schüler von Hobbes in Deutschland war Samuel Pufendorf, ein Jurist aus Sachsen, der seine Argumentation für die Notwendigkeit eines Staates ebenfalls auf eine Dystopie stützt, die Vision einer Welt, in

der Gewalt und Unordnung allgegenwärtig sind. Das Gesetz der Natur allein genüge nicht, um die soziale Existenz des Menschen zu sichern, argumentierte Pufendorf in seinen *Elementorum iurisprudentiae universalis libri duo.* Ohne etablierte «Souveräne» würden die Menschen ihr Wohlergehen ausschliesslich mit gewaltsamen Mitteln zu erreichen suchen und es komme überall auf der Welt zu Gewalt und Gegengewalt.[47] Deshalb seien Staaten so wichtig. Deren Hauptzweck bestehe darin, «die Menschen durch gegenseitige Vereinigung und Hülffe dermassen in Sicherheit zu stellen, dass sie vor anderer Gewalt und Unrecht sicher seyn, im guten Frieden leben, auch wider allerhand Feinde genügsamen Schutz haben können»[48]. In diesen Sätzen hallt das Trauma des Dreissigjährigen Krieges wider.

Das Argument, der Staat beziehe seine Legitimität aus der Notwendigkeit, durch Machtkonzentration Unordnung abzuwenden, war in der Frühen Neuzeit in Europa oft zu hören. In Brandenburg hatte es jedoch einen besonderen Klang, war es doch eine elegante philosophische Antwort auf den Widerstand, den die Landstände Georg Wilhelm entgegengesetzt hatten. Da es im Frieden wie im Krieg unmöglich sei, den Staat zu lenken, ohne über finanzielle Mittel zu verfügen, schrieb Pufendorf 1672, habe der Herrscher das Recht, alle Untertanen anzuhalten, «von ihren Gütern so viel zusammen zu tragen, als zu Bestreitung erforderter Unkosten nöthig zu seyn erachtet wird»[49].

Auf diese Weise destillierte Pufendorf aus den Erinnerungen an den Bürgerkrieg eine schlagkräftige Begründung für die Ausweitung staatlicher Autorität. Der *libertas* der Stände setzte Pufendorf die *nécessitas* des Staates entgegen. Am Ende seines Lebens, als er als Geschichtsschreiber am Hof in Berlin angestellt war, verwob Pufendorf seine Überzeugungen zu einer Chronik der jüngeren brandenburgischen Geschichte.[50] Seine Erzählung konzentriert sich auf den Aufstieg der monarchischen Exekutive: «Das Maass und der Schwerpunkt aller dieser Erwägungen ist der Staat, zu welchem alle Rathschläge wie die Linien nach dem Centro sich strecken.»[51] Anders als die schlichten Chroniken Brandenburgs, die ab dem späten 16. lahrhundert erschienen, basierte Pufendorfs Werk auf einer Theorie des geschichtlichen Wandels und kreiste um die Fähigkeit des Staates, sich zu verändern und zu erneuern. Das Ergebnis war eine ebenso elegante wie einflussreiche Erzählung, die – im Positiven wie im Negativen – unser Verständnis der preussischen Geschichte bis heute prägt.

KAPITEL 3

Ein sonderbares Licht in Teutschland

Wiederaufbau

Wenn man sich das Elend und die hoffnungslose Situation von 1640 vor Augen hält, dann ist das Wiederaufleben Brandenburgs in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts bemerkenswert. Als die 1680er Jahre anbrachen, besass Brandenburg ein Heer mit einer Stärke zwischen 20.000 und 30.000 Mann, das über die Landesgrenzen hinaus einen guten Ruf hatte.[1] Es hatte sich eine kleine Ostseeflotte zugelegt und sogar eine kleine Kolonie an der westafrikanischen Küste. Eine Landbrücke durch Hinterpommern verband das Kurfürstentum mit der Ostseeküste. Brandenburg war eine bedeutende Regionalmacht, auf Augenhöhe mit Bayern und Sachsen, gefragter Bündnispartner und wichtige Vertragspartei bei grösseren Friedensschlüssen.

Der Mann, unter dessen Führung diese Transformation vonstatten ging, war Friedrich Wilhelm, der «Grosse Kurfürst» (reg. 1640-1688). Friedrich Wilhelm ist der erste brandenburgische Kurfürst, von dem sich zahlreiche Porträts erhalten haben. Die meisten davon hat er selbst in Auftrag gegeben. Sie dokumentieren den Wandel im äusseren Erscheinungsbild eines Mannes, der sein Land 48 Jahre lang regierte – länger als irgendein anderes Mitglied seiner Dynastie. Die Bilder aus den ersten Jahren seiner Herrschaft zeigen eine gebieterische, aufrechte Gestalt mit einem schmalen, von dunklen, wallenden Haaren eingerahmten Gesicht. Auf späteren Abbildungen ist der Körper fülliger geworden, das Gesicht ist aufgedunsen, und die Haare durch Kaskaden künstlicher Locken ersetzt. Eines jedoch haben alle Porträts gemeinsam, die während seiner Lebenszeit entstanden sind: dunkle, intelligente Augen, die den Betrachter mit scharfem Blick fixieren.[2]

Als er im Alter von 20 Jahren die Nachfolge seines Vaters antrat, hatte Friedrich Wilhelm weder eine Ausbildung noch Erfahrung in der Regierungskunst. Er hatte den grössten Teil seiner Kindheit in der Abgeschiedenheit der Festung Küstrin verbracht, inmitten düsterer Wälder, wo er vor feindlichen Truppen si-

cher war. Zwischen den Unterrichtsstunden in modernen Fremdsprachen, Zeichnen, Geometrie und Festungsbau ging er regelmässig auf die Jagd nach Hirschen, Wildschweinen und Wildvögeln. Im Unterschied zu seinem Vater und Grossvater erhielt Friedrich Wilhelm ab dem siebten Geburtstag Unterricht in Polnisch, was die Beziehungen zum polnischen König erleichtern sollte, dem obersten Lehnsherrn des preussischen Herzogs. Mit 14 (1634) wurde er angesichts der ernsten militärische Lage und einer Welle von Epidemien in der Mark in die vergleichsweise sichere Republik der Vereinigten Niederlande geschickt, wo er die nächsten vier Jahre seines Lebens verbringen sollte.

Welchen Eindruck die Jahre in der Republik beim jugendlichen Kurprinzen hinterliessen, ist nur schwer festzumachen, da er kein Tagebuch führte und auch sonst keine persönlichen Aufzeichnungen überliefert sind. Seine Korrespondenz mit seinen Eltern war auf den Austausch von Höflichkeiten in einer äusserst distanzierten, formellen Diktion beschränkt.[3] Allerdings hat seine Erziehung in den Niederlanden die Verbundenheit des Thronfolgers mit der calvinistischen Sache befördert. Friedrich Wilhelm war der erste brandenburgische Kurfürst, der zwei calvinistische Elternteile hatte, und mit dem Doppelnamen Friedrich Wilhelm, ein Novum in der Geschichte des Hauses Hohenzollern, wollte man bewusst die Verbindung zwischen Berlin (Wilhelm war der zweite Vorname seines Vaters) und der Pfalz symbolisieren, wo sein calvinistischer Onkel Friedrich V. regierte. Erst in seiner Generation kam die Neuorientierung der Dynastie der Hohenzollern voll zum Tragen, die sein Grossvater Johann Sigismund mit seiner Konversion 1613 eingeleitet hatte. Friedrich Wilhelm bekräftigte die Verbindung weiter, indem er 1646 die niederländische Calvinistin Louise Henriette heiratete, die 19-jährige Tochter des Statthalters Friedrich Heinrich von Nassau-Oranien.

Der lange Aufenthalt Friedrich Wilhelms in den Niederlanden hat ihn auch in anderer Hinsicht geprägt. Seine Lehrer in Rechtswissenschaft, Geschichte und Politik waren Professoren der Universität Leiden, damals ein angesehenes und sehr gefragtes Zentrum der neostoischen Staatstheorie. In den Lektionen wurden die Erhabenheit des Gesetzes, die Ehrwürdigkeit des Staates als Garant der bestehenden Ordnung und die zentrale Bedeutung von Pflicht und Verpflichtung für das Amt des Souveräns betont. Besonderes Augenmerk richteten die Neostoiker auf die Notwendigkeit, das Militär der Autorität und Aufsicht des Staates unterzuordnen.[4] Die wichtigsten Lektionen lernte Friedrich Will-

helm jedoch nicht im Klassenzimmer, sondern auf den Strassen, Märkten, Paradeplätzen und Häfen niederländischer Städte. Im frühen 17. Jahrhundert stand die Republik im Zenit ihrer Macht und Blüte. In einem mehr als 60 Jahre währenden Krieg gegen die militärische Macht des katholischen Spanien hatte dieses kleine calvinistische Land sich seine Unabhängigkeit erstritten und sich als

4. Friedrich Wilhelm, der Grosse Kurfürst, als Scipio,
gemalt um 1660, Albert van der Eeckhout zugeschrieben.

wichtigstes europäisches Zentrum des Welt- und Kolonialwarenhandels etabliert. Dabei hatte es eine stabile Finanzverwaltung und eine ausgeprägte militärische Kultur mit erkennbar modernen Zügen entwickelt: regelmässiger, systematischer Drill der Truppen in Schlachtmanövern, starke funktionelle Ausdifferenzierung und ein diszipliniertes, professionelles Offizierskorps. Friedrich Wilhelm hatte reichlich Gelegenheit, die militärische Schlagkraft der Republik aus nächster Nähe kennen zu lernen: 1637 besuchte er seinen Gastgeber und Verwandten, den Statthalter Friedrich Heinrich von Nassau-Oranien, im Lager der Niederländer bei Breda, wo die Niederländer eine Festung zurückeroberten, die sie zwölf Jahre zuvor an die Spanier verloren hatten.

Während seiner gesamten Regierungszeit trachtete Friedrich Wilhelm danach, sein Herrschaftsgebiet nach dem Modell umzubauen, das er in den Niederlanden beobachtet hatte. Das Ausbildungssystem, das in seinem Heer ab 1654 angewandt wurde, basierte auf dem Exerzierreglement von Prinz Moritz von Oranien.[5] Friedrich Wilhelm blieb bis zum Ende seiner Herrschaft bei der Überzeugung, dass «Handlung und Seefahrt [...] die fürnehmsten Säulen eines Staates [sind], wodurch die Untertanen beides, zu Wasser als auch durch die Manufakturen zu Lande ihre Nahrung und Unterhalt erlangen»[6]. Er war wie besessen von der Idee, dass ein Zugang zur Ostsee den Handel in Brandenburg beleben und den Reichtum und die Macht bringen würde, die Amsterdam für jeden sichtbar zur Schau stellte. In den 1650er und 1660er Jahren schloss er sogar internationale Handelsabkommen, um sich Privilegien für eine Handelsflotte zu sichern, die er noch gar nicht besass. In den späten 1670er Jahren erwarb er mit Hilfe des niederländischen Kaufmanns Benjamin Raule eine kleine Flotte und verfolgte verschiedene freibeuterische und koloniale Pläne. Im Jahr 1680 gründete Raule den kleinen kolonialen Stützpunkt Friedrichsburg an der Küste des heutigen Ghana und sicherte Brandenburg damit einen Anteil am westafrikanischen Gold-, Elfenbein- und Sklavenhandel.[7]

Friedrich Wilhelm hat das Amt des Kurfürsten sozusagen neu erfunden. Während sich Johann Sigismund und Georg Wilhelm nur sporadisch den Regierungsgeschäften gewidmet hatten, arbeitete Friedrich Wilhelm härter als ein Sekretär. Zeitgenossen erkannten darin etwas Neues und Bemerkenswertes. Seine Minister staunten über sein grosses Detailwissen, sein Urteilsvermögen und seine Fähigkeit, ganztägige Arbeitssitzungen durchzustehen.[8] Sogar der

kaiserliche Botschafter Lisola, ein sehr kritischer Beobachter, war von der Gewissenhaftigkeit des Kurfürsten beeindruckt. Er bewunderte ihn, registrierte dessen Freude an langen und überaus detaillierten Berichten, die er ausdrücklich von seinen Ministern verlange; er lese alles, beschliesse und ordne alles und übersehe nichts.[9] «Ich werde meine Verantwortung als Fürst in dem Bewusstsein wahrnehmen», erklärte Friedrich, «dass es sich um die Angelegenheiten des Volkes handelt, nicht um meine eigenen.»[10] Es waren die Worte des römischen Kaisers Hadrian, aber aus dem Mund des Kurfürsten signalisierten sie ein neues Verständnis von der Rolle des Souveräns. Für ihn erschöpfte sich sein Amt nicht im Tragen eines prestigeträchtigen Titels oder in einem Bündel von Vorrechten und Einkünften. Er hatte eine Berufung, und es war nur recht und billig, dass sie die ganze Person des Herrschers in Anspruch nahm. Die ersten Historiographen seiner Regierungszeit etablierten das Bild dieses Kurfürsten als ein Muster der vollkommenen und uneingeschränkten Hingabe an das Amt. Sein Vorbild wurde zu einer einflussreichen Ikone in der Tradition der Hohenzollern, zur Messlatte, an der seine Nachfolger im Amt des Kurfürsten sich entweder massen oder an ihr gemessen wurden.

Expansion

Im Dezember 1640, beim Regierungsantritt Friedrich Wilhelms, war Brandenburg immer noch ein besetztes Gebiet. Zwar einigte man sich im Juli 1641 mit den Schweden auf einen zweijährigen Waffenstillstand, aber das Plündern, Brandschatzen und die Übergriffe aller Art nahmen dadurch kein Ende.[11] In einem Brief vom Frühjahr 1641 zog Markgraf Ernst, der als Statthalter die Verantwortung für die Verwaltung der verwüsteten Kurmark hatte, eine düstere Bilanz:

«Das ganze Land [haben wir] in einem so erbärmlichen Zustande gefunden, dass mit den unschuldigen Leuten überall ein grösseres Mitleid zu tragen, als davon viel zu schreiben stehet. [...] Wir finden aber ingesamt, dass die Karre so tief, wie man im Sprichwort zu sagen pfleget, in den Koth geschoben, dass sie ohnen sonderbaren Beistand des Allerhöchsten nicht leichtlich wird herausgeschleppt werden können.»[12]

Mit ansehen zu müssen, wie sich in Brandenburg Anarchie breit machte, erwies sich als zu viel für den von Panikattacken, Schlaflosigkeit und Wahnvorstellungen geplagten Markgrafen. Im Herbst 1642 ging er nur noch in seinem

Schloss auf und ab, führte leise Selbstgespräche, oder warf sich schreiend zu Boden. Schliesslich, am 26. September, starb er. Als Todesursache gab der Arzt «Melancholie» an.[13]

Erst im März 1643 kehrte Friedrich Wilhelm aus der relativen Sicherheit von Königsberg in das verwüstete Berlin zurück, in eine Stadt, die er kaum wiedererkannte. Die Bevölkerung war stark dezimiert und unterernährt, und die Gebäude waren entweder den Flammen zum Opfer gefallen oder dringend renovierungsbedürftig.[14] Das Dilemma, an dem schon die Herrschaft seines Vaters gekrankt hatte, war nach wie vor ungelöst: Brandenburg hatte kein Heer, das die Unabhängigkeit des Landes hätte sichern können. Die kleine Truppe, die Schwarzenberg aufgestellt hatte, war am Auseinanderfallen, und um sie zu ersetzen, fehlte das Geld. Der Geheimrat und ehemalige Lehrer des Kurfürsten, Johann Friedrich Leuchtmar, fasste die Zwangslage Brandenburgs 1644 in einem Bericht zusammen. Polen, so sagte er voraus, werde sich Preussen einverleiben, sobald es stark genug sei; Pommern war von den Schweden besetzt und würde es voraussichtlich auch bleiben; Kleve im Westen wurde von der Republik der Vereinigten Niederlande kontrolliert. Brandenburg stand «am Rande des Abgrunds».[15]

Wenn er die Unabhängigkeit seines Territoriums wiederherstellen und seinen Gebietsansprüchen Nachdruck verleihen wollte, brauchte der Kurfürst eine bewegliche, disziplinierte Streitmacht. Die Schaffung eines solchen Instruments wurde eines der Hauptanliegen seiner Herrschaft. Das brandenburgische Heer erlebte einen gewaltigen Zuwachs. Umfasste es 1641/42 3‘000 Soldaten, so waren es 1643 bis 1646 8‘000, während des Ersten Nordischen Krieges von 1655 bis 1660 25.000, und während der niederländischen Kriege der 1670er Jahre 38.000 Soldaten. Im letzten Jahrzehnt der Herrschaft Friedrich Wilhelms schwankte die Stärke zwischen 20.000 und 30.000.[16] Durch Verbesserungen der taktischen Ausbildung und Bewaffnung nach dem Vorbild der französischen, niederländischen, schwedischen und kaiserlichen Armee wurde das brandenburgische Heer auf den neuesten Stand der europäischen Kriegstechnik gebracht. Die Piken wurden ausgemustert, und die unhandlichen Luntenschlossgewehre der Infanterie wurden durch leichtere, schneller feuernde Steinschlossgewehre ersetzt. Bei der Artillerie wurde ein Standardkaliber eingeführt, damit Feldgeschütze flexibler und effizienter eingesetzt werden konnten, eine Methode, die als erste die Schweden angewandt hatten. Die Gründung einer Kadettenschule für Offiziersrekruten war ein wichtiger Schritt hin zu einer stan-

dardisierten Ausbildung der Offiziere. Bessere Bedingungen – einschliesslich der Versorgung von Offizieren mit Kriegsverletzungen oder im Ruhestand – sorgten für eine stabilere Befehlsstruktur. Durch diese Neuerungen wurden zugleich der Zusammenhalt und die Moral der niederen Dienstgrade gestärkt, was sich in den 1680er Jahren an der hervorragenden Disziplin und der geringen Anzahl von Deserteuren ablesen liess.[17]

Aus den improvisierten Truppen, die in den frühen Regierungsjahren für einzelne Feldzüge zusammengestellt wurden, entwickelte sich allmählich eine Art stehendes Heer. Im April 1655 wurde ein Generalkriegskommissar eingesetzt, der die finanziellen und materiellen Ressourcen der Armee überwachen sollte. Vorbild war die kurz zuvor in Frankreich eingeführte Militäradministration unter François-Michel Le Tellier, dem Marquis von Louvois. Die Ernennung eines Generalkriegskommissars war zunächst als vorübergehende Massnahme in Kriegszeiten gedacht und wurde erst später ein fester Bestandteil der Landesverwaltung. Nach 1679 wurde die Zuständigkeit des Generalkriegskommissariats unter der Leitung des pommerschen Adeligen Joachim von Grumbkow auf das gesamte Territorium der Hohenzollern ausgeweitet. Dabei übernahm es nach und nach die Funktion der ständischen Beamten, die traditionell die Aufsicht über Militärsteuern und -disziplin vor Ort innehatten. Als der Kurfürst 1688 starb, waren das Generalkriegskommissariat und die Amtskammer noch relativ kleine Institutionen, aber unter seinen Nachfolgern sollten sie eine zentrale Rolle spielen, mit deren Hilfe die Zügel der Zentralverwaltung im brandenburgisch-preussischen Staat angezogen wurden. Diese Synergieeffekte zwischen Kriegsführung und dem Aufbau von zentralen Staatsorganen waren neu. Sie konnten erst freigesetzt werden, als sich der militärische Apparat von seinen traditionellen provinziell-aristokratischen Wurzeln gelöst hatte.

Dem Aufbau eines solchen Furcht einflössenden militärischen Instruments kam eine grosse Bedeutung zu, denn die Jahrzehnte nach dem Dreissigjährigen Krieg waren im Norden Europas eine Phase heftiger Konflikte. Zwei ausländische Titanen überschatteten die brandenburgische Aussenpolitik unter dem Grossen Kurfürsten. Der erste war Karl X., der rastlose, machtbesessene König von Schweden, der fest entschlossen zu sein schien, mit seinen expansionistischen Träumen die Bilanz seines schillernden Vorgängers Gustav Adolf zu übertrumpfen. Karl X. war es, der mit seinem Einfall in Polen den Ersten Nor-

dischen Krieg von 1655 bis 1660 auslöste. Sein Plan war, die Dänen und Polen zu unterwerfen, das Herzogtum Preussen zu besetzen und dann an der Spitze einer gewaltigen Armee südwärts zu marschieren, wo er es den alten Goten gleichtun und Rom plündern wollte. Doch die Schweden verzettelten sich in einem erbitterten, fünf Jahre währenden Kampf um die Küstenregionen der Ostsee.

Nach dem Tode Karls X. 1660 und dem Niedergang Schwedens war Ludwig XIV. von Frankreich die dominierende Figur in Brandenburg. Kaum hatte der nach dem Tod von Kardinal Mazarin im Jahre 1661 auch faktisch die Herrschaft übernommen (nominell war er seit seinem fünften Lebensjahr 1643 König), da stockte Ludwig (bis 1693) sein Kriegsheer von 70.000 auf insgesamt 320.000 Mann auf und startete eine ganze Reihe von Feldzügen, die ihm die Vorherrschaft in Westeuropa sichern sollten: 1667-1668 gegen die Spanischen Niederlande, 1672-1678 gegen die Vereinigten Provinzen und 1688 gegen die Pfalz.

In diesem gefahrvollen Umfeld erwies sich das wachsende Heer des Grossen Kurfürsten als unverzichtbar. Im Sommer 1656 vereinigte sich ein Heer Friedrich Wilhelms von 8‘500 Soldaten mit dem Karls X. und besiegte in der Schlacht bei Warschau (28.-30. Juli) die gigantische polnische Armee.[18] Zwei Jahre später wechselte er die Fronten, und kämpfte an der Seite von Polen und Österreich gegen die Schweden. Friedrich Wilhelm wurde zum Befehlshaber der vereinigten brandenburgisch-polnisch-kaiserlichen Armee ernannt, die 1658/59 gegen die Schweden aufgeboten wurde – ein Zeichen dafür, dass das politische Gewicht Brandenburgs in der Region zunahm. Es folgte eine Reihe erfolgreicher Feldzüge, zunächst in Schleswig-Holstein und Jütland, sowie später in Pommern.

Der herausragende militärische Erfolg Friedrich Wilhelms war sein ohne fremde Unterstützung errungener Sieg über die Schweden bei Fehrbellin 1675. Im Winter 1674/75 befand sich Friedrich Wilhelm mit einem österreichischen Heer auf einem Feldzug im Elsass und Oberrhein. Brandenburg gehörte einer Koalition an, die sich zum Ziel gesetzt hatte, Ludwig XIV. im französisch-niederländischen Krieg in die Schranken zu verweisen. In der Hoffnung auf französische Subsidien fielen die mit Frankreich verbündeten Schweden mit einem Heer von 14.000 Mann unter dem Befehl von General Gustav Wrangel in Brandenburg ein. Das Szenario beschwor Erinnerungen an den Dreissigjährigen Krieg herauf: Mit den Schweden brach über die leidgeprüfte Bevölkerung der Uckermark nordöstlich von Berlin das übliche Wüten herein. Friedrich Will-

helm reagierte auf die Nachricht vom Einfall der Schweden mit unverhülltem Zorn. «Euch kann ich versichern», schrieb der Grosse Kurfürst am 10. Februar an Otto von Schwerin, «das Ich hidurch zu keiner anderen resolution kan gebracht werden, als nur dahin zu gedencken, mich gegen die Schweden zu rechnen.» In einer Serie wütender Depeschen drängte der von der Gicht geplagte Kurfürst seine Untertanen, «sowohl Adel als Unadel [...], alle Schweden, wo sie selbiger mächtig werden können, nieder[zu]machen und ihnen die Hälse [zu] brechen [...] auch keinen Quartier [zu] geben, sondern alle niedermachen [zu] lassen.»[19]

Friedrich Wilhelm stiess Ende Mai zu seinem Heer, das ihn in Franken erwartete. Seine Truppen legten mehr als 100 Kilometer pro Woche zurück und trafen am 22. Juni in Magdeburg ein, nur 90 Kilometer vom schwedischen Hauptquartier in der Stadt Havelberg entfernt. Hier erfuhren die brandenburgischen Befehlshaber von Informanten vor Ort, dass die Schweden sich jenseits der Havel aufgereiht hatten, mit Schwerpunkten in den befestigten Städten Havelberg, Rathenow und Brandenburg. Da den Schweden die Ankunft der brandenburgischen Armee verborgen geblieben war, hatten der Kurfürst und sein Kommandant Georg Freiherr von Derfflinger den Überraschungseffekt auf ihrer Seite. Siebeschlossen, mit nur 7‘000 berittenen Männern einen der wichtigsten schwedischen Stützpunkte anzugreifen: Rathenow. Zusätzlich wurden 1‘000 Musketiere auf Wagen verladen, sodass sie mit der vorrückenden Kavallerie Schritt halten konnten. Starker Regen und matschiger Untergrund behinderten ihr Vorwärtskommen, verbargen sie aber zugleich vor dem ahnungslosen schwedischen Regiment in Rathenow. Am frühen Morgen des 25. Juni gingen die Brandenburger zum Angriff über und vernichteten die schwedischen Truppen mit nur minimalen eigenen Verlusten.

Das Zusammenbrechen der schwedischen Linie bei Rathenow war der Auftakt für die Schlacht bei Fehrbellin, den meistgefeierten militärischen Erfolg des Grossen Kurfürsten. Mit dem Ziel, erneut eine zusammenhängende Stellung zu erlangen, zog sich das schwedische Regiment in der Stadt Brandenburg weit ins Land zurück. Von dort wollten sie einen Bogen nach Nordwesten schlagen und sich so rasch wie möglich mit der Hauptstreitmacht in Havelberg vereinen. Das erwies sich als schwieriger als erwartet, denn die heftigen Regenfälle des Frühjahrs und Sommers hatten die Sumpfgebiete der Gegend in ein trügerisches Wasserreich verwandelt, das lediglich von einigen Inseln aus Sand oder durch-

weichten Wiesen unterbrochen und von schmalen Dämmen durchzogen war. Unter der Anleitung von Ortskundigen blockierten Vorauskommandos des kurfürstlichen Heeres die wichtigsten Ausgänge aus diesem Gebiet und zwangen die Schweden, sich in die kleine Stadt Fehrbellin am Rhin zurückzuziehen. Hier brachte der schwedische Befehlshaber, General Wrangel, seine 11.000 Soldaten in Stellung, mit der 7‘000 Mann starken Infanterie im Zentrum und der Kavallerie an den Flügeln.

Gegen 11.000 Schweden hatte der Kurfürst nur etwa 6‘000 Soldaten aufzubieten (ein erheblicher Teil seines Heeres, einschliesslich des Grossteils seiner Infanterie, war noch nicht eingetroffen). Ausserdem hatten die Schweden etwa dreimal so viele Feldgeschütze zur Verfügung. Aber die Brandenburger machten die zahlenmässige Unterlegenheit durch einen taktischen Vorteil wett. Wrangel hatte es versäumt, einen niedrigen Sandhügel an seiner rechten Flanke zu besetzen. Sofort postierte der Kurfürst seine Geschütze auf diesem Hügel und nahm die schwedischen Linien unter Beschuss. Als Wrangel seinen Fehler erkannte, schickte er seine Kavallerie zur rechten Flanke, wo sie mit der Unterstützung der Infanterie den Hügel einnehmen sollte. Mehrere Stunden wurde die Schlacht bestimmt vom Hin und Her der Attacken und Gegenattacken. Immer wieder wurden die Schweden von der brandenburgischen Kavallerie zurückgeworfen. In dem Sommernebel, wie er oft über den Sümpfen des Havellandes zu beobachten ist, hatten beide Seiten Schwierigkeiten, ihre Aktionen abzustimmen, aber die schwedische Kavallerie gab zuerst auf und räumte das Schlachtfeld. Zurück blieb die Infanterie – das Regiment Dalwigk –, die nunmehr den Säbeln der brandenburgischen Reiter schutzlos ausgeliefert war. Von den 1‘200 Soldaten des Regiments gelang 20 die Flucht und 70 wurden gefangen genommen. Die Übrigen wurden niedergemacht.[20] Am nächsten Tag wurde die von einer kleinen schwedischen Besatzung gehaltene Stadt Fehrbellin erobert. Danach waren überall in der Mark Brandenburg Schweden auf der Flucht. Eine beträchtliche Anzahl von ihnen, vielleicht mehr als auf dem Schlachtfeld fielen, wurde auf dem Weg nach Norden von Bauern aufgegriffen und erschlagen. Einem zeitgenössischen Bericht zufolge erschlugen Bauern in der Gegend von Wittstock, unweit der Grenze zu Pommern, etwa 300 Schweden, darunter auch Offiziere: «Unerachtet einige darunter 2‘000 [Reichstaler] für ihr Leben gebotten, [wurden sie] von den ergrimten Bauern caputirt.»[21] Dabei spielten Erinnerungen an den «schwedischen Schrecken» eine Rolle, die in der älteren

Generation noch allzu lebendig waren. Bis zum 2. Juli hatte auch der letzte Schwede, der nicht gefangen genommen oder umgebracht worden war, das Gebiet des Kurfürstentums verlassen.

Für den Kurfürsten und sein Gefolge hatten Siege wie die von Warschau und Fehrbellin eine enorme symbolische Bedeutung. Zu einer Zeit, in der erfolgreiche Kriegsherren regelrecht verherrlicht wurden, mehrten die Siege des brandenburgischen Heeres das Prestige und das Ansehen des Landesherrn. In Warschau hatte Friedrich Wilhelm mitten im Kampfgetümmel gestanden und war dabei wiederholt feindlichem Beschuss ausgesetzt gewesen. Hinterher verfasste er einen Bericht über diese Schlacht und liess ihn in Den Haag veröffentlichen. Seine Anmerkungen bildeten die Grundlage der entsprechenden Passagen in Samuel Pufendorfs Geschichte seiner Herrschaft – ein umfassendes und ausgefeiltes Werk, das wegweisend für die spätere brandenburgische Geschichtsschreibung wurde.[22] All das zeugte von einem geschärften historischen Selbstbewusstsein, von dem Gefühl, dass Brandenburg begonnen hatte, seine eigene Geschichte zu machen – und zu erzählen. In seinen «königlichen Memoiren» für seinen Nachfolger bemerkte Ludwig XIV., ein König habe allen Zeitaltern Rechenschaft abzulegen über seine Taten.[23] Zwar entfaltete der Grosse Kurfürst keinen Kult historisierender Selbstdarstellung, der es mit dem seines französischen Zeitgenossen hätte aufnehmen können, aber auch er begann, sich und seine Taten bewusst mit den Augen einer vorgestellten Nachwelt zu sehen.

In Warschau hatte sich Brandenburg 1656 als brauchbarer Koalitionspartner erwiesen. Neunzehn Jahre später behielt das kurfürstliche Heer in Fehrbellin ohne fremde Unterstützung die Oberhand über einen in ganz Europa gefürchteten Gegner, obwohl es zahlenmässig unterlegen war und in Windeseile hatte vorrücken müssen. Auch hier hielt sich der Kurfürst, mittlerweile ein korpulenter Herr von 55 Jahren, im Zentrum der Ereignisse auf. Er ritt mit seiner Kavallerie Angriffe gegen die schwedischen Linien, bis er von feindlichen Truppen eingekreist war und von neun seiner eigenen Dragoner befreit werden musste. Es war nach dem Sieg bei Fehrbellin, dass erstmals in einem gedruckten Werk der Beiname «der Grosse Kurfürst» erschien. Dies war zunächst wenig bemerkenswert, da es im Europa des 17. Jahrhunderts nicht ungewöhnlich war, in Flugblättern die Grösse eines Herrschers zu preisen. Aber im Gegensatz zu vielen anderen «Grossen» der Frühen Neuzeit hat sich «der Grosse Kurfürst» eingebürgert. (Beim Sonnenkönig Ludwig XIV. setzte sich das von speichellecken-

den Pamphletschreibern propagierte «der Grosse» ebenso wenig durch wie bei Leopold von Österreich, und der Name «Maximilian der Grosse» wird heute eigentlich nur noch von bayerischen Monarchisten verwendet.) Friedrich Wilhelm ist damit der einzige ungekrönte europäische Herrscher der Frühen Neuzeit, bei dem dieser Beiname heute noch allgemein üblich ist.

Gleichzeitig wurde mit Fehrbellin ein Band zwischen Geschichte und Legende geknüpft. Die Schlacht ist im kollektiven Gedächtnis fest verankert. Heinrich von Kleist lässt vor ihrem Hintergrund sein Stück *Prinz Friedrich von Homburg* spielen, eine phantastische Version der historischen Ereignisse. Darin wird ein impulsiver Heerführer zum Tod verurteilt, weil er eine erfolgreiche Attacke gegen die Schweden geführt hat, obwohl er ausdrücklichen Befehl hatte, sich zurückzuhalten. Erst als er seine Schuld eingesteht, wird er vom Kurfürsten begnadigt. Für die nachgeborenen Brandenburger und Preussen sollten die Vorgänger Friedrich Wilhelms schattenhafte, antike Gestalten bleiben, Gefangene einer längst vergangenen Zeit. Der «Grosse Kurfürst» dagegen wurde zum Status eines dreidimensionalen Gründervaters erhoben, dessen überragende Persönlichkeit die Geschichte des Staates symbolisierte und ihr Bedeutung verlieh.

Bündnisse

«Alliancen seind zwahr gutt», schrieb Friedrich Wilhelm 1667, «aber eigene Krefte noch besser, darauff kan man sich sicherer verlassen, undt ist ein Herr in keiner consideration, wan er selber nicht mitteil undt volck hatt, den das hatt mich, von der zeit das Ichs also gehalten, Gott sey gedanck(t) considerabell gemacht.»[24] In diesen Überlegungen, entstanden zur Erbauung des Sohnes und Nachfolgers des Kurfürsten, lag viel Wahrheit. Nach dem Sieg von Fehrbellin war er ein Mann, mit dem man rechnen musste. Er war ein attraktiver Bündnispartner, der sich auf beträchtliche Subsidien stützen konnte. Darüber hinaus war er ein gleichberechtigter Partner bei wichtigen Friedensverträgen in der Region – eine Auszeichnung, die seinen Vorgängern verwehrt geblieben war.

Das Heer war jedoch nur einer der Faktoren, die den Wiederaufbau und die Expansion Brandenburgs nach 1640 ermöglichten. Noch bevor er ein Heer besass, das in regionalen Konflikten den Ausschlag zu geben vermochte, sicherte

sich Friedrich Wilhelm bedeutende Landgewinne durch sein geschicktes Agieren auf der internationalen Bühne. Dass Brandenburg auf dem Westfälischen Frieden seine Position derart stärken konnte, verdankte es allein der Unterstützung Frankreichs, das zur Umsetzung seiner antiösterreichischen Pläne auf der Suche nach einem deutschen Satellitenstaat war. Mit französischer Hilfe konnte Friedrich Wilhelm mit Schweden (einem Verbündeten Frankreichs) einen Kompromiss aushandeln, durch den Brandenburg den östlichen Teil Pommerns (mit Ausnahme der Oder) erhielt. Anschliessend drängten Frankreich und Schweden den Kaiser mit vereinten Kräften, Brandenburg für die nach wie vor schwedischen Teile Pommerns mit Gebieten der ehemaligen Bistümer Halberstadt und Minden und denen des ehemaligen Erzstiftes Magdeburg zu entschädigen. Es handelte sich dabei um die mit Abstand wichtigsten Gebietsgewinne in der langen Regentschaft Friedrich Wilhelms. Nach 1648 erstreckte sich das Territorium der Hohenzollern in grossem Bogen von der Westgrenze der Altmark bis hinauf zum östlichen Ende der Küste Pommerns – die Lücke zwischen den Kerngebieten und dem Herzogtum Preussen verringerte sich auf weniger als 120 Kilometer. Zum ersten Mal in der Geschichte war Brandenburg grösser als der Nachbar Sachsen. Somit war es das zweitgrösste deutsche Territorium nach jenem der Habsburger Monarchie. Alles das wurde ohne einen einzigen Schuss aus einer Muskete erreicht, zu einer Zeit, als Brandenburgs winzigem Heer noch wenig Bedeutung zukam.

Das Gleiche gilt für den Erwerb der vollen Souveränität über das Herzogtum Preussen im Jahr 1657. Sicherlich: Das kurfürstliche Heer wurde im Verlauf des Ersten Nordischen Krieges von 1655 bis 1660 auf 25.000 Mann aufgestockt. Indem er zunächst auf der schwedischen, dann auf der polnisch-kaiserlichen Seite kämpfte, konnte der Kurfürst verhindern, dass die Konfliktparteien ihn aus seinem exponierten Herzogtum im Osten hinausdrängten. Nach der Niederlage bei Warschau 1656 gab Karl X. seinen Plan auf, das Herzogtum Preussen zu einem schwedischen Lehen zu machen und gestand Brandenburg die volle Souveränität über dieses Gebiet zu. Als die Schweden jedoch nach Dänemark zurückgedrängt worden waren, wurde dieses Versprechen bedeutungslos – es lag nicht mehr an ihnen, über das Schicksal Preussens zu entscheiden. Jetzt kam es darauf an, auch Polen dazu zu bringen, Brandenburg die volle Souveränität zuzugestehen. Wieder einmal profitierte der Kurfürst von internationalen Entwicklungen, auf die er keinen Einfluss hatte. Aufgrund einer Auseinandersetzung zwischen der polnischen Krone und dem russischen Zaren war das Terri-

torium des Doppelstaates Polen-Litauen russischen Angriffen ausgesetzt. Dem polnischen König Johann II. Kasimir war daher sehr daran gelegen, Brandenburg auf seine Seite zu ziehen und als militärische Bedrohung auszuschalten.

Ein weiterer glücklicher Zufall war der Tod von Kaiser Ferdinand III. im April 1657, weil Friedrich Wilhelm dadurch seine Kurstimme gegen Konzessionen im Hinblick auf das Herzogtum Preussen eintauschen konnte. In der Folge drängten die Habsburger den polnischen König, der Forderung des Kurfürsten nach Souveränität über das Herzogtum Preussen nachzugeben. Die Stimme der Habsburger hatte in Polen einiges Gewicht, zählte man doch im Falle eines erneuten schwedischen oder russischen Angriffs auf österreichische Schützenhilfe. In einem am 19. September 1657 bei Wehlau unterzeichneten Geheimvertrag erklärte Polen sich bereit, dem Kurfürsten das Herzogtum Preussen zu überlassen, und zwar «mit absoluter Macht und ohne die bisherigen Beschränkungen». Im Gegenzug sagte der Kurfürst zu, Johann II. Kasimir gegen die Schweden zu unterstützen.[25] Nichts könnte die Feinheiten und die geografische Reichweite der Mechanismen besser illustrieren, die Brandenburgs Aufstiegschancen bestimmten. Für das Ergebnis war die Tatsache, dass Friedrich Wilhelm mittlerweile ausreichend Soldaten unter seinem Kommando hatte, um ein nützlicher Verbündeter zu sein, eine wichtige Voraussetzung, aber die Frage der Souveränität wurde weniger durch die eigenen Anstrengungen des Kurfürsten zu seinen Gunsten entschieden als durch die internationalen Rahmenbedingungen.

Umgekehrt nutzte die einseitige Anwendung militärischer Gewalt in Fällen, in denen die brandenburgischen Ziele *nicht* von der Dynamik des internationalen Mächtesystems gestützt wurden, nur wenig – auch dann nicht, wenn sie militärisch gesehen durchaus erfolgreich war. In den Jahren 1658/59 stand Friedrich Wilhelm an der Spitze eines gemeinsamen Feldzuges von Österreich, Polen und Brandenburg gegen Schweden, der ausserordentlich günstig verlief. Es gab eine lange Reihe erfolgreicher militärischer Vorstösse, zuerst in Schleswig-Holstein und Jütland, später in Pommern. Als der Feldzug 1659 zu Ende ging, kontrollierten brandenburgische Truppen praktisch den gesamten schwedischen Teil Pommerns, mit Ausnahme der Städte Stralsund und Stettin. Aber diese Erfolge reichten nicht aus, um die Position des Kurfürsten in diesem umstrittenen Teil seines pommerschen Erbes dauerhaft zu sichern. Frankreich intervenierte

auf Seiten der Schweden, und der Frieden von Oliva vom 3. Mai 1660 bestätigte im Wesentlichen die drei Jahre zuvor in Wehlau vereinbarten Zugeständnisse. Das Engagement des Kurfürsten in der Allianz gegen Schweden brachte Brandenburg also keinen Vorteil ein, abgesehen von einer breiteren internationalen Anerkennung seiner souveränen Stellung in Preussen. Die Angelegenheit unterstrich einmal mehr den Primat des internationalen Systems, gegen den ein kleines, unwichtiges Mitglied wenig ausrichten konnte.

Genau das Gleiche geschah 1675 nach dem Sieg über die Schweden bei Fehrbellin. Der Kurfürst hatte alle Anstrengungen unternommen, um im Verlauf eines vier Jahre andauernden Feldzuges auch den letzten Schweden aus Vorpommern zu vertreiben. Aber selbst das genügte nicht, um seinen Anspruch durchzusetzen, denn Ludwig XIV. gedachte keineswegs, seinen schwedischen Verbündeten auf Gedeih und Verderb an Brandenburg auszuliefern. Frankreich, das gestärkt aus den niederländischen Kriegen hervorging, bestand darauf, dass alle in Pommern eroberten Gebiete an Schweden zurückgegeben wurden. Wien war der gleichen Ansicht: «Es gefiel dem Kaiser durchaus nicht, dass ein neuer König der Wenden an der Ostsee emporkomme.» Ein schwaches Schweden war ihm wesentlich lieber als ein starkes Brandenburg.[26] Der Kurfürst schäumte vor Wut, musste aber am Ende seine Ohnmacht eingestehen. Im Juni 1679 verzichtete er auf den Anspruch, für den er so schwer gekämpft hatte, und ermächtigte seinen Gesandten, mit Frankreich den Frieden von St. Germain zu unterzeichnen.

Dieser entmutigende Schlusspunkt eines langwierigen Kampfes erinnerte Brandenburg wieder einmal daran, dass es trotz aller Anstrengungen und Erfolge immer noch eine Nebenrolle in einer Welt spielte, in der die wichtigen Entscheidungen von den Hauptakteuren getroffen wurden. Friedrich Wilhelm hatte mit einigem Erfolg die sich verschiebende Machtbalance im Regionalkonflikt zwischen Polen und Schweden ausnutzen können, aber in einer Auseinandersetzung, von der die Interessen der Grossmächte direkt betroffen waren, stiess er rasch an seine Grenzen.

Um das System für die eigenen Ziele zu nutzen, musste man im richtigen Moment auf der richtigen Seite sein. Und das bedeutete, dass man jederzeit bereit sein musste, den Bündnispartner zu wechseln, wenn eine bestehende Verpflichtung sich als lästig oder inopportun erwies. Während der späten 1660er und frühen 1670er Jahre pendelte der Kurfürst hektisch zwischen Frankreich und Österreich hin und her. Im Januar 1670 kulminierten drei Jahre andauernde

Verhandlungen und Vereinbarungen in einem Zehnjahresvertrag mit Frankreich. Doch im Sommer 1672, als die Franzosen die niederländische Republik angriffen und dabei auch Kleve überfielen und plünderten, wandte sich der Kurfürst Kaiser Leopold I. in Wien zu. Ende Juni 1672 wurde ein Vertrag unterzeichnet, in dem Brandenburg und der Kaiser übereinkamen, einen gemeinsamen Feldzug zu unternehmen, mit dem die Westgrenze des Heiligen Römischen Reiches gegen französische Übergriffe verteidigt werden sollte. Im Sommer 1673 nahm der Kurfürst Verhandlungen über ein erneutes Bündnis mit Frankreich auf, doch schon im Herbst desselben Jahres näherte er sich einer neuerlichen Koalition gegen Frankreich an, die sich um ein Dreierbündnis von Kaiser Leopold mit den Niederländern und den Spaniern formierte. Das gleiche Muster einer schnellen Abfolge von Bündniswechseln lässt sich in den letzten Jahren der Herrschaft Friedrich Wilhelms beobachten. Einerseits schloss er mehrere Bündnisse mit Frankreich (im Oktober 1679, im Januar 1682 und im Januar 1684), andererseits entsandte er 1683 ein brandenburgisches Kontingent, um die Befreiung Wiens von der Belagerung durch die Türken zu unterstützen. Im August 1685 schloss Friedrich Wilhelm sogar einen Vertrag mit der Republik der Vereinigten Niederlande, dessen Bestimmungen sich hauptsächlich gegen Frankreich richteten (während er gleichzeitig die Franzosen seiner Loyalität versicherte und sie zur fristgerechten Zahlung der Subsidien drängte).

Es liege in der Natur der Bündnisse, so die weise Erkenntnis des österreichischen Militärstrategen Graf Raimund Montecuccoli, dass sie sich bei der geringsten Unbequemlichkeit auflösen.[27] Aber selbst in einer Zeit, in der Bündnisse generell als kurzfristige Lösungen angesehen wurden, war das «Wechselfieber» des Kurfürsten bemerkenswert. Allerdings: Der Wahnsinn hatte Methode. Um sein ständig wachsendes Heer bezahlen zu können, war Friedrich Wilhelm auf Subsidien aus dem Ausland angewiesen. Die ständigen Bündniswechsel führten dazu, dass sich interessierte Partner gegenseitig überboten und so den Preis in die Höhe trieben. Aber der schnelle Wechsel der Partner spiegelte auch die komplexen Sicherheitsbedürfnisse Brandenburgs wider. Der Zusammenhalt der Gebiete im Westen setzte gute Beziehungen zu Frankreich und den Vereinigten Provinzen voraus. Der Zusammenhalt des Herzogtums Preussen erforderte gute Beziehungen zu Polen. Um die brandenburgische Ostseeküste zu sichern, war es notwendig, Schweden in Schach zu halten. Und um den Status des Kurfürsten und die Durchsetzung seiner Erbansprüche im Reich zu

sichern, bedurfte es guter (oder zumindest funktionsfähiger) Beziehungen zum Kaiser. All diese Fäden überkreuzten sich mehrfach und bildeten sozusagen ein neuronales Netz, das ständig zu neuen und unvorhergesehenen Ergebnissen kam.

Dieses Problem war in der Regierungszeit des Grossen Kurfürsten besonders akut, aber es bestand auch nach seinem Tode weiter. Immer wieder sollten preussische Souveräne und Staatsmänner zwischen sich widersprechenden Bündnisverpflichtungen hin- und hergerissen sein. Das Dilemma war eine erhebliche Belastung für alle, die als Entscheidungsträger dem Thron nahestanden. Während der Kurfürst zum Beispiel zu Beginn des Ersten Nordischen Krieges im Winter 1655/56 abwägte, welche Seite er unterstützen sollte, bildeten sich unter den Ministern, den Beratern, und sogar in der kurfürstlichen Familie «schwedische» und «polnische» Fraktionen heraus. In dieser von Unsicherheit und Unentschlossenheit geprägten Atmosphäre stellte einer der einflussreichsten Berater des Kurfürsten fest, «man wollte, was man nicht wollte und that, was man nicht zu thun gedachte»[28] – ein Vorwurf, der schon Georg Wilhelm gemacht worden war und der auch später vielen brandenburgischen Landesherren gemacht werden sollte. Regelmässige Spaltungen des politischen Establishments sollten eine der strukturellen Konstanten preussischer Politik bleiben.

Mit seinem ständigen Wechsel von einem Verbündeten zum anderen folgte der Kurfürst dem Rat des calvinistischen Geheimen Rats Paul von Fuchs aus Pommern, der ihn drängte, sich nicht dauerhaft an einen Bündnispartner zu binden, sondern stets eine «Schaukelpolitik» zu verfolgen.[29] Es gab in dieser Frage einen entscheidenden Bruch mit der Politik des Vorgängers: Auch Georg Wilhelm hatte zwischen Wien und Stockholm hin- und hergewechselt, aber nur, wenn die Umstände ihn dazu zwangen. Das Wort «Schaukelpolitik» dagegen implizierte eine bewusst unstete Politik, die voraussetzte, dass der Kurfürst sich dem Kaiser nicht mehr so stark verpflichtet fühlte. Die wiederholten Bemühungen während der 1670er Jahre, eine gemeinsame brandenburgisch-habsburgische Antwort auf die Bedrohung durch Frankreich zu finden, hatten offengelegt, dass die geopolitischen Interessen beider Mächte sich grundlegend unterschieden (ein Problem, das die österreichisch-preussischen Beziehungen bis weit ins 19. Jahrhundert hinein begleiten sollte). Auch zeigte sich bei mehr als einer Gelegenheit, dass es dem habsburgischen Hof nicht unrecht war, wenn der Kurfürst mit seinen ehrgeizigen Plänen Schiffbruch erlitt. Als Wien im August 1679 die

Rückgabe von Vorpommern an Schweden unterstützte, sagte Friedrich Wilhelm zum wichtigsten Mitglied des Geheimen Rates, Otto von Schwerin: «Wie der Kaiser und das Reich mit Uns gehandelt, lieget am Tage, und weil selbige Uns zum ersten abandonniret und Unserer Feinde Willen überlassen, haben Wir dieselbe weiterhin nicht zo consideriren, alss soviel unser eigen Interesse mit sich bring.»[30]

Auf der anderen Seite ist augenfällig, wie sehr es dem Kurfürsten widerstrebte, die Brücken nach Wien abzubrechen. Er war weiterhin ein loyaler Reichsfürst, unterstützte bei der Kaiserwahl 1657 den habsburgischen Kandidaten Leopold I. und brachte sich aktiv und konstruktiv in die Reichspolitik ein.[31] Der auf der brandenburgischen Flagge des 17. Jahrhunderts abgebildete hohenzollerische Adler trug stets einen Schild, der mit dem goldenen Zepter des Reichserbkämmerers geschmückt war, dem Symbol der herausgehobenen Stellung, die der Kurfürst im Zeremoniell des Reiches innehatte. Friedrich Wilhelm betrachtete das Reich als unverzichtbar für das zukünftige Wohl seines Landes. Selbstverständlich waren die Interessen des Reiches nicht identisch mit denen des habsburgischen Kaisers, und der Kurfürst war sich sehr wohl bewusst, dass es zuzeiten vonnöten sein konnte, die Institutionen des Reiches gegen den Kaiser zu verteidigen. Dennoch blieb der Kaiser ein Fixstern am brandenburgischen Firmament. Es sei unbedingt erforderlich, so der Kurfürst in der an seinen Nachfolger gerichteten «Väterlichen Ermahnung» von 1667, «das Ihr den Respeckt, welchen Ihr, als ein Churfürst, auff das Reich undt den Kaiser haben müsset, nicht äusser augen setzet.»[32] Dieses seltsame Nebeneinander von rebellischem Groll gegen den Kaiser und einem tief verwurzelten Respekt für die altehrwürdigen Institutionen des Reiches (oder zumindest dem Zögern, diese abzuschaffen) war ein weiteres Kennzeichen preussischer Aussenpolitik, das sich bis ins späte 18. Jahrhundert erhalten sollte.

Souveränität

Am 18. Oktober 1663 versammelten sich vor dem Königsberger Schloss zahlreiche Ständevertreter in farbenprächtigen Gewändern. Sie waren gekommen, um den Lehnseid auf den brandenburgischen Kurfürsten zu leisten. Es war ein feierlicher Anlass. Der Kurfürst stand auf einer erhöhten Plattform, angetan mit

einem scharlachroten Gewand. Neben ihm vier ranghohe Beamte der herzoglichen Verwaltung, welche die Insignien seines Amtes trugen: Herzogshut, Schwert, Zepter und Feldherrnstab. Nach der Zeremonie öffneten sich die Tore zum Schlosshof, und der Landesherr stellte nach altem Brauch seine Grosszügigkeit zur Schau. Die Stadtbevölkerung strömte herbei und feierte mit. Haushofmeister warfen Gedenkmünzen aus Gold und Silber in die Menge. Aus einem Brunnen, der dem hohenzollerischen Adler nachgebildet war, strömte den ganzen Tag lang der Wein – aus einem Schnabel Rot- und aus dem anderen Weisswein. In den Empfangsräumen des Palastes wurden die Stände an 20 grossen Tischen bewirtet.[33]

Die gesamte Choreografie des Anlasses folgte einer uralten Tradition. Der Lehnseid sicherte in Westeuropa seit dem 12. Jahrhundert die Machtstellung eines Herrschers. Er war ein rechtlich bindender Akt, durch den die grundlegende Beziehung zwischen Herrscher und Untertan «vergegenwärtigt, erneuert und bekräftigt» wurde.[34] Nach althergebrachter Tradition schworen die Ständevertreter, dass sie den Bund mit dem neuen Herrn «unter keinen erdenklichen Umständen» brechen würden. Dabei knieten sie vor dem Kurfürsten, die linke Hand auf der Brust, die rechte hoch erhoben, mit ausgestrecktem Daumen, Zeige- und Mittelfinger. Es hiess, der Daumen stehe für Gott Vater, der Zeigefinger für den Sohn und der Mittelfinger für den Heiligen Geist. «Die letzten zween Finger werden unter sich geneiget in die Handt, deren einer nemblich der vierte bedeutet die Köstliche Seele, als die unter der Menschheit verborgen ist, der 5te und kleine Finger bedeutet den Leib, als der da kleinigst zu verstehen gegen der Seelen. Undt bey der gantzen Handt wird bedeutet ein Gott, ein Schöpfer, der alle Kreaturen auff Erden geschaffen hatt.»[35] Der konkrete Akt politischer Unterordnung wurde so Teil der permanenten Unterwerfung des Menschen unter den göttlichen Willen.

Diese Beschwörungen der Zeitlosigkeit und der Tradition standen im Widerspruch dazu, wie fragil die Herrschaft der Hohenzollern in Preussen war. Als im Jahre 1663 in Königsberg der Lehnseid abgelegt wurde, da war es noch nicht lange her, dass der Kurfürst die volle Souveränität über das Herzogtum Preussen erlangt hatte. Erst drei Jahre zuvor war sie im Frieden von Oliva formell bestätigt, seitdem allerdings von der Bevölkerung mit allen Mitteln bekämpft worden. In Königsberg kam es zu einer Volksbewegung, die den Bemühungen der kurfürstlichen Verwaltung, ihre Autorität durchzusetzen, grossen Widerstand entgegenbrachte. Erst als einer der politischen Führer der Stadt verhaftet und kur-

fürstliche Kanonen auf das Stadtzentrum gerichtet wurden, konnte der Frieden wiederhergestellt werden, und der Weg war frei für die Übereinkunft, die am 18. Oktober 1663 im Schlosshof feierlich unterzeichnet wurde. Doch schon ein Jahrzehnt später kam es erneut zum offenen Widerstand gegen die kurfürstliche Verwaltung, und erneut wurde die Stadt von Truppen belagert. Nicht nur in Preussen, sondern auch in Kleve und sogar in Brandenburg waren die Jahrzehnte nach dem Dreissigjährigen Krieg gekennzeichnet von Auseinandersetzungen zwischen der kurfürstlichen Verwaltung und den Wächtern lokaler Privilegien.

Der Konflikt zwischen dem Landesherrn und den Ständen war keineswegs unausweichlich. Im Grunde genommen waren Herrscher und Adel voneinander abhängig. Die Adeligen kümmerten sich um die Verwaltung auf lokaler Ebene und den Einzug der Steuern. Sie liehen dem Landesherrn Geld – 1631 zum Beispiel schuldete Georg Wilhelm dem brandenburgischen Adeligen Johann von Arnim 50.000 Taler. Als Sicherheit hatte er zwei Güter verpfändet.[36] Im Kriegsfall wurde von den Adeligen erwartet, dass sie für die Landesverteidigung Pferde und bewaffnete Männer zur Verfügung stellten. Im Laufe des 17. Jahrhunderts jedoch gestaltete sich das Verhältnis zwischen beiden zunehmend schwieriger. Konflikte zwischen dem Herrscher und den Ständen schienen von der Ausnahme zur Regel geworden zu sein.[37]

Letztlich war es eine Frage der Perspektive. Friedrich Wilhelm argumentierte, dass die Stände und die von ihnen repräsentierten Regionen sich als Teil eines Ganzen sehen sollten, was sie dazu verpflichte, den Landesherrn beim Erhalt und der Verteidigung aller seiner Besitzungen ebenso zu unterstützen wie bei der Durchsetzung seiner legitimen Gebietsansprüche.[38] Diese Sichtweise war den Ständen jedoch völlig fremd. Für sie waren die jeweiligen Territorien voneinander unabhängige Teile, die zwar mit der Person des Kurfürsten, nicht jedoch miteinander verbunden waren. Für die Stände der Mark Brandenburg waren Kleve und Preussen fremde, weit entfernte Gebiete, die keinerlei Anspruch auf brandenburgische Ressourcen hatten.[39] Die Kriege Friedrich Wilhelms um Pommern waren nach derselben Logik rein private «Fehden» des Fürsten, für die er – ihrer Meinung nach – kein Recht hatte, das Geld seiner hart arbeitenden Untertanen zu konfiszieren.

Die Stände erwarteten vom Kurfürsten, dass er für den Fortbestand und die Einhaltung aller «gemeine[n] und sonderbare[n] Privilégia, Freiheiten, Unio-

nen, fürstliche[n] Begnadigungen, Ehepacten, Reversalen, altes Herkommen, Recht und Gerechtigkeit» Sorge trage.[40] In ihrer Vorstellungswelt waren die Loyalitäten gemischt und überschnitten sich. Die klevischen Stände unterhielten bis 1660 eine diplomatische Vertretung in Den Haag und holten sich bei der niederländischen Republik, beim Reichstag und gelegentlich sogar in Wien Unterstützung gegen unrechtmässige Übergriffe aus Berlin.[41] Sie berieten sich permanent mit den Ständen von Mark, Jülich und Berg, wie man am besten auf die Forderungen des Kurfürsten reagieren (und sie zurückweisen) sollte.[42] Die preussischen Stände ihrerseits sahen im benachbarten Polen den Garanten ihrer althergebrachten Privilegien. Ein kurfürstlicher Beamter bemerkte gereizt, die Anführer der preussischen Stände seien den Polen wahrlich gute Nachbarn, aber die Verteidigung ihres Landes kümmere sie wenig.[43]

Es dauerte nicht lange, bis der zunehmende Ehrgeiz des Kurfürsten zu einem Kollisionskurs mit den Ständen führte. Die Besetzung der einflussreichsten Stellen in der Territorialverwaltung mit – in der Regel calvinistischen – Ausländern war für den überwiegend lutherischen Adel ein Affront. Diese Praxis widersprach einer überkommenen Tradition, die in allen Provinzen hochgehalten wurde: dem *Indigenat*, demzufolge in der Verwaltung nur «Einheimische» tätig sein durften. Eine weitere heikle Angelegenheit war das stehende Heer, das von den Ständen nicht nur aus finanziellen Gründen abgelehnt wurde. Durch das stehende Heer wurde nämlich das alte System der Provinzmilizen verdrängt, die unter der Aufsicht der Stände standen. Besonders scharf wurde diese Auseinandersetzung im Herzogtum Preussen geführt, wo die Milizen als Symbol althergebrachter Rechte galten. Als die Stände 1655 von Plänen der kurfürstlichen Verwaltung erfuhren, die Milizen abzuschaffen und durch ein stehendes Heer zu ersetzen, das direkt Berlin unterstellt sein sollte, reagierten sie mit heftigen Protesten. Wenn die bisherigen Mittel für eine wirkungsvolle Verteidigung nicht ausreichten, so die Stände, «möge [der Kurfürst] allgemeine Buss- und Bettage ansetzen» und «zu Gott seine Zuflucht nehmeit»[44]. Hier zeigt sich eine interessante Parallele zur unverblümten Kritik des englischen Landadels, der *Country Whigs*, an der Vergrösserung des stehenden Heeres in Grossbritannien. Auch sie setzten sich für den Erhalt lokaler Milizen ein und argumentierten, die Aussenpolitik eines Staates müsse sich an seinen Streitkräften orientieren, nicht umgekehrt.[45] Die Cou/itry-Ideologie war in England wie in Preussen ein starkes Gebräu aus Lokalpatriotismus, Verteidigung der *libertas* und Wider-

stand gegen die Ausdehnung staatlicher Macht.[46] Wenn ein englischer Pamphletschreiber von 1675 die Macht des Adels und das stehende Heer mit zwei Eimern verglich (je voller der eine sei, desto leerer der andere), so hätten ihm die meisten preussischen Adeligen sicherlich begeistert zugestimmt.[47]

Am heftigsten umstritten waren die Steuern. Die Stände bestanden darauf, dass Geldleistungen und andere Abgaben nicht ohne die vorherige Zustimmung der Ständevertreter erhoben werden dürften. Da sich Brandenburg nach 1643 aber immer tiefer in die regionale Machtpolitik verstrickte, reichten die traditionellen fiskalischen Mechanismen nicht mehr aus, um den Finanzbedarf der Regierung zu decken.[48] Die Militärausgaben des Grossen Kurfürsten beliefen sich zwischen 1655 und 1688 auf insgesamt 54 Millionen Taler. Ein Teil dieser Summe war durch Subsidien aus dem Ausland gedeckt, die in verschiedenen Bündnissen vereinbart worden waren. Ein weiterer Teil stammte aus dem Ertrag der Ländereien des Kurfürsten sowie aus Hoheitsrechten wie Postzustellung, Münzprägung und der Erhebung von Zöllen. Aber alle diese Einnahmen zusammen summierten sich auf höchstens zehn Millionen Taler. Der Rest musste in Form von Steuern von der Bevölkerung aufgebracht werden, die auf dem Territorium des Kurfürsten lebte.[49]

Die Stände in Kleve, Preussen und sogar in Brandenburg, dem Kernland der Hohenzollern, widersetzten sich den Bemühungen des Kurfürsten, seine Einkünfte zu erhöhen und so den Bestand des Heeres zu sichern. Im Jahr 1649 weigerten sich die brandenburgischen Stände, die Mittel für den gegen Schweden gerichteten Feldzug in Pommern zu bewilligen. Die eindringliche Mahnung des Kurfürsten, alle seine Gebiete seien *membra unius capitis* («Glieder eines Hauptes») und Pommern müsse daher behandelt werden, als sei es «eine Provinz der Churmark Brandenburg»[50], stiess auf taube Ohren. In Kleve, wo das reiche Stadtpatriziat den Kurfürsten immer noch als ausländischen Eindringling betrachtete, besannen sich die Stände auf das traditionelle Bündnis mit Mark, Jülich und Berg; einige Wortführer verglichen die Situation sogar mit den Umwälzungen in England und stellten dem Kurfürsten die gleiche Behandlung in Aussicht, die das englische Parlament König Charles I. hatte zukommen lassen. Da half es Friedrich Wilhelm wenig, mit «militärischer Exekution» zu drohen, hatten die Stände doch die Unterstützung der niederländischen Treppen, von denen das Herzogtum nach wie vor besetzt war.[51] Auch in Preussen traf der

Kurfürst auf entschlossenen Widerstand. Dort waren die Stände traditionell die wichtigste politische Institution. Sie hielten regelmässige Landtage ab und hatten das Militär, die Finanzen und die Regierung auf zentraler wie lokaler Ebene fest im Griff. Da sie traditionell das Recht hatten, die polnische Krone als Vermittler anzurufen, konnten sie nicht leicht zur Kooperation gezwungen werden.[52]

Durch den Ausbruch des Ersten Nordischen Krieges im Jahre 1655 wurde die Auseinandersetzung um die Steuererhebung auf die Spitze getrieben. Zunächst sollte der Widerstand gewaltsam gebrochen werden. Die jährlichen Abgaben wurden ohne Rücksprache erhöht und per militärischer Exekution eingezogen – vor allem in Kleve, wo die jährlich zu entrichtenden Kontributionen schneller anstiegen als irgendwo sonst im Kurfürstentum. Führende Ständevertreter wurden eingeschüchtert oder verhaftet, Proteste ignoriert.[53] Der Kurfürst profitierte beim Kampf um höhere Abgaben von Entwicklungen im weiteren gesetzlichen Umfeld, die dazu beitrugen, die Ansprüche der ländlichen Eliten zu untergraben. Auf Druck der deutschen Kurfürsten, die fast alle in irgendeiner Form mit den Ständen zu kämpfen hatten, verfügte der Kaiser, dass alle Untertanen im Heiligen Römischen Reich zu Steuerleistungen verpflichtet seien, um die Landesverteidigung und den Festungsbau zu sichern. Auch wenn die Bezeichnung «Magna Charta des Absolutismus» möglicherweise übertrieben ist, markiert dieses Dekret von 1654 einen wichtigen Einschnitt. Für die Stände war es ein klares Signal, dass das politische Klima im ganzen Heiligen Römischen Reich für die Durchsetzung ihrer Rechte ungünstig war.[54]

Von allen Konflikten um die Rechte der Stände wurde der im Herzogtum Preussen am heftigsten geführt. Auch hier war es der Ausbruch des Nordischen Krieges, der zur offenen Konfrontation führte. Schon im April 1655 berief der Kurfürst den preussischen Landtag ein, aber noch im August, als die Bedrohung durch die Schweden offensichtlich war, weigerten sich die Stände, mehr als 70.000 Taler zu bezahlen – eine mickrige Summe, wenn man bedenkt, dass das ärmere und dünner besiedelte Brandenburg zu diesem Zeitpunkt jährlich militärische Kontributionen in Höhe von 360.000 Talern leistete.[55] Als Friedrich Wilhelm im Winter 1655 mit seinem Heer in Königsberg eintraf, änderte sich die Situation schlagartig. Zwangsabgaben wurden alsbald die Regel, sodass in der Zeit von 1655 bis 1659 ein steiler Anstieg der jährlichen militärischen Kontributionen auf 600.000 Taler zu verzeichnen war. Es kam zu einer Reihe von

Verwaltungsreformer!) mit deren Hilfe der Kurfürst die Stände umgehen konnte. Die beiden wichtigsten Massnahmen waren die Gründung des zur Steuererhebung und Beschlagnahme befugten Kriegskommissariats und die Einsetzung eines kurfürstlichen Statthalters, des Fürsten Boguslaw Radziwill, der die mächtigen und weitgehend unabhängigen Oberräte überwachen sollte, die Preussen bis dahin im Auftrag der Stände verwaltet hatten.

Nachdem die Frage der vollen Souveränität im Vertrag von Wehlau (1657) und im Frieden von Oliva (1660) eindeutig geregelt worden war, strebte der Kurfürst entschlossen eine dauerhafte Einigung mit den preussischen Ständen an. Doch die Stände fochten die Gültigkeit der Verträge an. Veränderungen im verfassungsmässigen Gefüge der Provinz, so ihre Begründung, könnten nur auf der Basis von trilateralen Verhandlungen zwischen dem Kurfürsten, den preussischen Ständen und der polnischen Krone vorgenommen werden.[56] Auf dem Landtag, der im Mai 1661 in Königsberg zusammentrat und sich über ein ganzes Jahr hinzog, unterbreiteten die Stände eine lange Liste von Forderungen. Dazu gehörten das dauerhafte Recht, Berufung bei der polnische Krone einzulegen, der Abzug aller kurfürstlichen Truppen mit Ausnahme einiger Garnisonen an der Küste, der Ausschluss nicht-preussischer Bewerber von offiziellen Ämtern, regelmässige Landtage und die automatische Vermittlung Polens bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Ständen und dem Kurfürsten. Es war extrem schwierig, in diesen Fragen eine Einigung zu erzielen, zumal die Stimmung unter der Königsberger Bürgerschaft immer unruhiger und unnachgiebiger wurde. Um zu verhindern, dass die Turbulenzen in der Hauptstadt des Herzogtums die Verhandlungen beeinflussen, veranlasste der Verhandlungsführer des Kurfürsten, Otto von Schwerin, dass der Landtag im Oktober 1661 in den weiter südlich gelegenen, ruhigeren Ort Bartenstein umzog. Erst als im März 1662 eine Gesandtschaft in Warschau keine konkrete Unterstützung durch Polen erreichen konnte, gab es bei den Ständevertretern Anzeichen für ein Einlenken.

In der Zwischenzeit hatte sich die Atmosphäre in Königsberg noch erheblich radikalisiert – ein Muster, das sich auch in anderen Teilen Europas beobachten lässt. Täglich kam es zu Protestkundgebungen. Einer, der sich besonders stark für den Erhalt städtischer Privilegien einsetzte, war Hieronymus Roth. Roth war Kaufmann und Schöffenmeister in Kneiphof, einem der drei Stadtteile des alten Königsberg. In der Hoffnung, er könne Roth zu einer moderateren Position

5. Ansicht der Stadt Königsberg (um 1690)

überreden, lud ihn Otto von Schwerin am 26. Mai 1661 zu einer privaten Unterredung in das herzogliche Schloss zu Königsberg ein. Das Treffen verlief äusserst unglücklich. Dem Bericht Schwerins zufolge gab sich Roth aufrührerisch und unnachgiebig. Unter anderem soll er gesagt haben: «Es ist kein Fürst so fromm: er trägt einen Tyrannen in seinem Busen» – ein Satz, der später in der Anklageschrift gegen ihn zitiert wurde. In Roths Erinnerung hingegen heisst es, er habe die althergebrachten Rechte Königsbergs höflich und vernünftig verteidigt. Schwerin sei es gewesen, der wütend geworden sei und ihn mit erhobenem Arm bedroht habe.[57]

Ungeachtet aller Drohungen und Schikanen fuhr Roth fort, gegen die kurfürstliche Verwaltung zu agitieren. Rückendeckung erhielt er dabei vom Rat der Stadt, der sich weigerte, ihn zu verhaften oder seinen Aktivitäten Einhalt zu gebieten. Er reiste nach Warschau und traf sich mit dem polnischen König. Vermutlich wollte er ausloten, ob die Stände mit der Unterstützung Polens rechnen konnten. In der letzten Oktoberwoche 1661 war der Kurfürst mit seiner Geduld am Ende und marschierte mit 2‘000 Mann in Königsberg ein. Roth wurde verhaftet, vor Gericht gestellt und schliesslich von einer kurfürstlichen Kommission verurteilt. Man brachte ihn auf die Festung Peitz, die in der abgelegenen hohenzollerischen Enklave Cottbus im Kurfürstentum Sachsen lag. In den ersten Jahren waren die Haftbedingungen nicht allzu streng. Roth bekam sechsgängige Mittagsmenüs serviert, man wies ihm komfortable Räume zu und erlaubte ihm, entlang der inneren Festungsmauer spazieren zu gehen.

Seine Bewegungsfreiheit wurde allerdings deutlich eingeschränkt, als im Jahr 1668 ans Licht kam, dass er heimlich mit seinem Stiefsohn in Königsberg korrespondiert und in seinen Briefen gegen die «arroganten Calvinisten» gewettert hatte, von denen die Stadt jetzt im Auftrag des Kurfürsten regiert werde. Bestraft wurde auch der Überbringer der Briefe, ein Soldat aus Königsberg, der in der Festungsgarnison diente. Ursprünglich hatte Friedrich Wilhelm erklärt, er werde Roth freilassen, sobald dieser seine «Schuld» gestehe, echte Reue zeige und um Gnade bitte. Aber Roth blieb seinen Prinzipien treu und erwiderte, er habe nicht aus böser Absicht heraus gehandelt, sondern aus Pflichtgefühl gegenüber dem «Vaterland». Nach dem Skandal mit den abgefangenen Briefen beschloss der Kurfürst, dass der ungestüme Ratsherr niemals freikommen solle. Erst viel später, im Alter von 70 Jahren, bat Roth Friedrich Wilhelm in einem Brief um seine Freilassung und empfahl sich selbst als des Kurfürsten «getrewen und gehorsamen unterthan»[58]. Doch die erhoffte Begnadigung blieb aus. Im Sommer 1678, nach 17-jähriger Gefangenschaft, starb der Schöffenmeister in seiner Festung.

Durch die Gefangennahme Roths war der Weg frei für eine vorläufige Einigung mit den preussischen Ständen. Zwar gab es in Sachen Besteuerung auch in den frühen 1670er Jahren noch Konflikte, in deren Verlauf Truppen entsandt wurden, um Druck auf die Stände auszuüben. Im Januar 1672 kam es im Herzogtum Preussen sogar zu einer politischen Hinrichtung – der einzigen während der Herrschaft des Kurfürsten.[59] Letztendlich erkannten die Preussen jedoch die Souveränität des Kurfürsten an und fügten sich in die kurfürstliche Finanzverwaltung. Als die achtziger Jahre des 17. Jahrhunderts anbrachen, war von der politischen Herrschaft der Stände nichts übrig geblieben ausser nostalgischen Träumen von Friede und Freiheit, die man unter der milden Oberhoheit des Königs von Polen genossen habe.[60]

Der Hof und die Landstände

Nach und nach wurde die kurfürstliche Verwaltung von den Eliten in den Provinzen immer unabhängiger. Da dem Kurfürsten ein Drittel Brandenburgs und etwa die Hälfte des Herzogtums Preussen gehörten, konnte er seine Einkünfte erheblich steigern, indem er die Verwaltung der kurfürstlichen Güter verbesserte. Während des Zweiten Nordischen Krieges Mitte der 1670er Jahre wurde

die Verwaltung dieser Güter unter der Aufsicht der neu gegründeten Amtskammer vereinheitlicht. Ein weiterer wichtiger Schritt war die Einführung der Akzise, einer Verbrauchssteuer auf Güter und Dienstleistungen, die bereits Ende der 1660er Jahre Schritt für Schritt in den brandenburgischen Städten eingeführt und später auf Pommern, Magdeburg, Halberstadt und Preussen ausgedehnt wurde. Nachdem es mancherorts Auseinandersetzungen um die Form ihrer Erhebung gegeben hatte, wurde sie der Aufsicht von weisungsgebundenen Steuerräten unterstellt, die alsbald weitere Verwaltungsaufgaben an sich zogen. Die Erhebung der Akzise war insofern ein kluger Schachzug, als sie nur in den Städten veranschlagt wurde und so für Unternehmungen auf dem Lande einen Wettbewerbsvorteil darstellte; sie ermöglichte es dem Kurfürsten, den Reichtum der einzelnen Regionen abzuschöpfen, ohne die mächtigen Familien des Landadels gegen sich aufzubringen.

Ein weiteres Mittel, mit dem Friedrich Wilhelm seine Autorität untermauerte, war die Besetzung von Schlüsselpositionen in der Verwaltung mit Calvinisten. Diese Politik war weniger eine Frage der religiösen Präferenz; sie richtete sich direkt gegen die Ansprüche der lutherischen Stände. Unter den höchsten Beamten Friedrich Wilhelms waren einige calvinistische Fürsten aus dem Ausland. Der langjährige Statthalter von Kleve, Johann Moritz von Nassau-Siegen, fiel ebenso in diese Kategorie wie Georg Friedrich, Graf (später Fürst) von Waldeck, der schillernde Landesherr eines kleinen westfälischen Fürstentums, der in der niederländischen Armee gedient hatte und zum einflussreichsten Minister der ersten Hälfte der Herrschaft aufstieg. Weitere Beispiele sind Johann Georg II. von Anhalt-Dessau, Befehlshaber des Feldzuges von 1672 und zeitweise Statthalter in der Mark, sowie der polnisch-litauische Fürst Boguslaw Radziwill, der während des Ersten Nordischen Krieges Mitte der 1660er Jahre zum Statthalter im Herzogtum Preussen ernannt wurde. Der brandenburgische Minister Otto von Schwerin, ab 1658 einer der wichtigsten Männer am Berliner Hof, war ein Adeliger aus Pommern, der ebenfalls zum Calvinismus übergetreten war und der für den Kurfürsten unter anderem Adelsgüter aufkaufte und sie in die Staatsgüter eingliederte. Insgesamt bekannten sich etwa zwei Drittel aller höheren Beamten, die der Grosse Kurfürst im Laufe seiner Regierungszeit ernannte, zum reformierten Glauben.[61]

Der Einsatz von Beamten aus dem Ausland war eine weitere bedeutsame Entwicklung. In Brandenburg stammte von den führenden Ministern, die nach 1660

eingesetzt wurden, kaum einer aus dem Kurfürstentum. Durch die Aufnahme talentierter Leute (v. a. Juristen) aus dem Bürgertum in die höheren Ränge der Zivil- und Militärverwaltung wurde der Graben zwischen den Regierungsorganen und den Eliten auf dem Lande weiter vertieft. Gegen Ende des 17. Jahrhunderts waren in der entstehenden Bürokratie des Hohenzollernstaates kaum noch Junker aus dem brandenburgischen Adel vertreten. Dieser Trend wurde unter anderem durch die desolate finanzielle Situation der ländlichen Eliten beschleunigt, die sich nur langsam von den Folgen des Dreissigjährigen Krieges erholten. Von allen höheren Stellen bei Hofe, in diplomatischen Vertretungen oder beim Militär, die in den 100 Jahren zwischen dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms 1640 und dem seines Enkels Friedrichs des Grossen besetzt wurden, gingen nur zehn Prozent an Mitglieder des brandenburgischen Landadels.[62] Der Rückzug dieser Gruppe schuf Platz für einen neuen Typus des Staatsdieners, der sich zunehmend dem Monarchen und seiner Verwaltung verpflichtet fühlte.

Es ging in diesem Kampf nicht darum, dass eine Seite vor der anderen bedingungslos kapitulierte. Die Zentralgewalt versuchte keineswegs, die ländlichen Eliten zu dominieren, sondern bestimmte Mechanismen der traditionellen Machtstrukturen.[63] Zu keinem Zeitpunkt war es das Ziel des Kurfürsten, die Stände abzuschaffen oder gänzlich seiner Macht unterzuordnen. Die Ziele seiner Regierung waren stets begrenzt und pragmatisch. Oftmals waren es auch die höchsten Beamten, welche die Regierung zu einem flexiblen und behutsamen Umgang mit den Ständen drängten.[64] Der Statthalter in Kleve beispielsweise, Fürst Johann Moritz von Nassau-Siegen, war ein Mensch, der von Natur aus eher den Ausgleich suchte. Er verbrachte einen Grossteil seiner Zeit damit, zwischen dem Landesherrn und den Eliten vor Ort zu vermitteln.[65] Die beiden wichtigsten Vertreter Friedrich Wilhelms im Herzogtum Preussen, Fürst Radziwill und Otto von Schwerin, waren ebenfalls gemässigte Persönlichkeiten, die den Anliegen der Stände einiges an Sympathie entgegenbrachten. Wenn man sich die Protokolle des Geheimen Rates genauer ansieht, stösst man auf eine wahre Flut von Beschwerden Einzelner oder Anfragen bestimmter Stände, die der Landesherr zum grössten Teil umgehend positiv beschieden hat.[66]

Es dauerte nicht lange, bis die Stände, oder doch die in den Ständen organisierten Adeligen, Mittel und Wege fanden, um ihre Interessen mit den Ansprüchen des Kurfürsten in Einklang zu bringen. Dabei gingen sie taktisch vor und

schreckten nicht davor zurück, mit ihren Standesgenossen zu brechen, wenn es ihnen dienlich war. Ihr Widerstand gegen ein stehendes Heer liess rasch nach, als sie erkannten, dass ein hoher militärischer Rang eine attraktive Möglichkeit bot, den eigenen Status und ein regelmässiges Einkommen zu sichern.[67] Das Recht des Kurfürsten, in Absprache mit seinen Beratern die Aussenpolitik zu formulieren, stellten sie grundsätzlich gar nicht in Abrede. Ihrer Vorstellung nach sollten sich die Organe der Zentralgewalt und die Granden auf dem Lande gegenseitig ergänzen. Wie die klevischen Stände 1684 in einem Memorandum ausführten, könne vom Kurfürsten nicht erwartet werden, dass er über die Vorgänge in allen seinen Herrschaftsgebieten Bescheid wisse. Deshalb sei er von seinen Beamten abhängig. Da diese jedoch auch nur Menschen seien, unterlägen sie naturgemäss gewissen Schwächen und Versuchungen. Die Aufgabe der Stände sei es daher, gegenüber den Organen der Provinzialverwaltung ein Korrektiv und Gegengewicht zu bilden.[68] Seit den hitzigen Briefwechseln der 1640er Jahre war viel Zeit vergangen.

Zwang und Gewalt spielten durchaus eine Rolle, wenn es darum ging, die lokalen Eliten gefügig zu machen. Weniger aufsehenerregend, aber viel wichtiger waren dagegen langwierige Verhandlungen und Vermittlungsbemühungen sowie die Suche nach gemeinsamen Interessen.[69] Die brandenburgische Regierung verfolgte dabei einen flexiblen, zweigleisigen Ansatz: In unbestimmten Abständen übte der Kurfürst persönlich Druck aus, um entscheidende Zugeständnisse zu erwirken, und in den Zwischenphasen bemühten sich seine Beamten, den Konsens wiederherzustellen. Auch Städte profitierten von diesem pragmatischen Ansatz. Die kleine westfälische Stadt Soest in der Grafschaft Mark zum Beispiel leistete 1665 formell den Lehnseid auf den Kurfürsten. Im Gegenzug durfte sie ihre traditionelle «Verfassung» behalten, zu der ein einzigartiges System der Selbstverwaltung und städtischen Rechtsprechung gehörte. Getragen wurde dieses System von gewählten Funktionären, die sich aus den ständischen Eliten rekrutierten.[70]

Wenn wir die Lage am Ende des Jahrhunderts aus Sicht der kleineren Städte und Dörfer betrachten, wird deutlich, dass der Adel hier seine sozioökonomische Machtposition weitgehend verteidigt hatte und die dominierende Kraft geblieben war. Abzulesen ist dies u.a. an der adeligen Gerichtsbarkeit. Ausserdem hatte er das Recht, auf eigenes Geheiss Versammlungen einzuberufen und über

Themen zu beraten, welche die Wohlfahrt der jeweiligen Region betrafen. Er kontrollierte die Bewilligung und den Einzug der Steuern. Noch wichtiger war, dass die Kreisstände weiterhin das Recht hatten, den Landrat zu wählen. Dadurch war sichergestellt, dass diesem mächtigen Beamten bis ins späte 18. Jahrhundert hinein eine Mittlerrolle zukam, da er nicht nur dem Monarchen, sondern auch den Ständen vor Ort verantwortlich war.[71]

Wenn wir hingegen das Augenmerk auf die politische Machtverteilung in den Territorien der Hohenzollern richten, dann erkennen wir, dass sich das Verhältnis zwischen der Zentralverwaltung und den Landständen unumkehrbar gewandelt hatte. Vollversammlungen der Ständevertreter des Adels in den Provinzen waren selten geworden – das letzte derartige Treffen des Adels in der Alt- und Mittelmark fand 1683 statt. Danach wurden die Interessen der Stände gegenüber der Regierung von den «engeren Ausschüssen» wahrgenommen, kleinen Abordnungen ständiger Delegierter. Der in den Ständen organisierte Adel hatte sich aus der Führung des Staates verabschiedet. Er hatte seine politischen Ambitionen auf Staatsebene aufgegeben und richtete seine Aufmerksamkeit stattdessen auf die Lokalpolitik. Hof und Landstände hatten sich auseinanderentwickelt.

Das Erbe

Als das 17. Jahrhundert zu Ende ging, war Brandenburg-Preussen nach Österreich das zweitgrösste deutsche Fürstentum. Seine weit verstreuten Gebiete waren in einer unregelmässigen Kette vom Rheinland bis zur Ostseeküste aufgereiht. Vieles von dem, was Heirats- und Erbverträge des 16. Jahrhunderts verheissen hatten, war realisiert geworden. Zwei Tage vor seinem Tod, am 7. Mai 1688, sagte der Kurfürst zu den an seinem Krankenbett Versammelten, durch Gottes Gnade sei seine Herrschaft lang und glücklich gewesen, wenn auch «voll Krieg und Unruhe». «Jeder weiss, in wie trauriger Zerrüttung das Land gewesen, als ich die Regierung begann; durch Gottes Hilfe habe ich es in besseren Stand gebracht, bin von meinen Freunden geachtet und von meinen Feinden gefürchtet worden.»[72] Sein gefeierter Urenkel, Friedrich der Grosse, sollte später erklären, der Aufstieg seines Landes habe mit der Herrschaft des Grossen Kurfürsten begonnen, denn dieser sei es gewesen, der die Grundlagen für seine spätere Grösse gelegt habe. In den grossen Erzählungen der Preussischen Schu-

le des 19. Jahrhunderts wurde diese Sichtweise vielfach aufgegriffen.

Unbestreitbar stellten die militärischen und aussenpolitischen Leistungen seiner Regierungszeit für Brandenburg einen Neuanfang dar. Ab 1660 war Friedrich Wilhelm der souveräne Herrscher über das Herzogtum Preussen, ein Gebiet, das ausserhalb des Heiligen Römischen Reiches lag. Damit war er über seinen ererbten politischen Rang hinausgewachsen. Er war jetzt mehr als ein mächtiger Reichsfürst: Er war ein Potentat von europäischem Rang. Wie viel ihm dieser neu erworbene Status bedeutete, zeigt sich daran, dass er am Hofe Ludwigs XIV. um die offizielle Anrede *mon frère* ersuchte, die traditionell nur souveränen Fürsten zugestanden wurde.[73] Während der Herrschaft seines Nachfolgers, des Kurfürsten Friedrich III., sollte die Souveränität im Herzogtum Preussen als Grundlage dienen, um dem Hause Hohenzollern den Königstitel zu verschaffen. Schliesslich sollte sogar der altehrwürdige Name Brandenburg hinter dem Begriff «Königreich Preussen» zurücktreten. Im 18. Jahrhundert bezeichnete man damit zusehends die Gesamtheit der hohenzollerischen Lande im Norden des Reiches.

Dem Kurfürsten selbst war das Gewicht der Veränderungen, die seine Regierungszeit gebracht hatte, voll bewusst. Im Jahr 1667 verfasste er eine *Väterliche Ermahnung* für seinen Nachfolger. Wie beim Testament eines Fürsten üblich, beginnt das Dokument mit der Ermahnung, ein frommes und gottesfürchtiges Leben zu führen, wächst sich aber alsbald zu einem politischen Traktat aus, das in der Geschichte der Hohenzollern ohne Vorläufer ist. Vergangenheit und Gegenwart werden in scharfem Kontrast einander gegenübergestellt. Der Kurfürst erinnerte seinen Sohn daran, wie der Erwerb der Souveränität über das Herzogtum Preussen dem «unerträglichen Zustande» ein Ende gemacht habe, dass seine Vorfahren Vasallen der polnischen Krone gewesen seien. «Solches kan nicht beschriben werden, das Archiwum undt die Rechnungen werden etwas davon zeugen.»[74] Zugleich wird der zukünftige Kurfürst gedrängt, die Probleme der Gegenwart stets aus der historischen Perspektive zu betrachten. Friedrich Wilhelm stellt die Bedeutung der neuen Ordnung heraus, die der Westfälische Frieden etabliert habe, und betont, dass dieser gegen jede Macht oder Gruppe von Mächten verteidigt werden müsse, die ihn ausser Kraft zu setzen versuchten.[75] Kurz, es handelte sich um ein Dokument, das sich seiner Stellung im Gang der Geschichte zutiefst bewusst war. Das Bewusstsein von der Spannung zwi-

schen historischer Kontinuität und den Kräften der Veränderung wird auf jeder Seite deutlich.

Das Bewusstsein des Kurfürsten für die historische Bedingtheit seiner Erfolge war gepaart mit dem Sinn für ihre Zerbrechlichkeit: Was geschehen war, konnte jederzeit wieder rückgängig gemacht werden. Die Schweden würden beständig auf die nächste Chance lauern, Brandenburg die Kontrolle über die Ostseeküste «mitt list oder gewaldt» abzuringen. Die Polen ihrerseits würden gemeinsam mit den Preussen die erste Gelegenheit beim Schopf ergreifen, um das Herzogtum in «vorigen stände» zurückzuversetzen.[76] Daraus folgte, dass die Aufgabe seiner Nachfolger nicht darin bestehen würde, den Herrschaftsbereich des Hauses Hohenzollern weiter auszudehnen, sondern darin, das zu bewahren, was ihnen bereits gehörte:

«So ist dahin alzeitt zu sehen, das mitt allen Chur, Fürsten undt Stende des Reichs, so vieil nur immer muglich, Ihr in gutter Vertraulichkeit, freundschafft undt correspondens lebet, undt ihnen keine Ursache zu einigen Widerwillen gebet undt gutter fried unterhalten werde, undt weill Gott unser Hauss mit viellen Landen reichlich gesegnet, So habt Ihr auff deren conservation alleine zu gedencken, undt huttet Euch, das Ihr durch appetirung mehrer Lande, nicht grossen neidt und feindtschafft auff Euch ladet und dadurch auch was Ihr schon habet in gefahr setzet.»[77]

Bemerkenswert an diesen Ausführungen ist die Unruhe, die hier spürbar wird und die ein Charakteristikum brandenburgisch-preussischer Aussenpolitik bleiben sollte. Die Weitsicht Berlins war und blieb von einem scharfen Unterton der Verwundbarkeit geprägt. Der rastlose Aktivismus, der ein Markenzeichen preussischer Aussenpolitik wurde, hat seine Wurzeln im Trauma des Dreissigjährigen Krieges. Es ist ein Echo jenes Traumas, wenn es in der *Väterlichen Ermahnung* heisst: «Den das ist einmahll gar gewiss, wan Ihr darzu stille sitzen wurdet, undt gedencken, Das feuer sei noch ferne von Eueren grensen: Euere Lande Das theatrum sein wurden, Darauff man die tragedi spillen».[78] Und auch in den Worten, die Friedrich Wilhelm 1671 an seinen wichtigsten Minister, Otto von Schwerin, schreibt, hallt es wider: «Was neutral zu sein ist, hab ich schon vor diesem erfarhren, und wenn man die allerbesten conditiones hat, wird man doch übel tractiret, ich habe verschworen, mein Leben lang nicht neutral zu sein».[79] Es gehört zu den zentralen Problemen der Geschichte Brandenburg-Preussens, dass es dieses Gefühl der Verwundbarkeit niemals überwinden konnte.

KAPITEL 4

Die Rangerhöhung

Die Krönung

Am 18. Januar 1701 wurde Kurfürst Friedrich III. von Brandenburg in Königsberg zum «König in Preussen» gekrönt. Die Prachtentfaltung bei diesem Ereignis war in der Geschichte des Hauses Hohenzollern ohne Beispiel. Einem zeitgenössischen Bericht zufolge waren insgesamt 30.000 Pferde vonnöten, um die kurfürstliche Familie samt Gefolge und Gepäck in 1‘800 Kutschen von Berlin aus zum Krönungsort im Osten zu bringen. Die Reise dauerte zwölf Tage. Unterwegs kamen sie durch reich geschmückte Dörfer, deren Hauptstrassen von Fackeln gesäumt oder gar mit feinem Tuch ausgelegt waren. Am 15. Januar begannen die Feierlichkeiten in Königsberg. An diesem Tag zogen Herolde durch die Stadt, die blausamtene Livree geziert vom neuen königlichen Wappen, und verkündeten, dass das Herzogtum Preussen nunmehr ein souveränes Königreich sei.

Die Krönung nahm ihren Anfang am Morgen des 18. Januar im Audienzzimmer des Kurfürsten, in dem speziell für diesen Anlass ein Thron aufgebaut worden war. Im kleinen Kreis der männlichen Familienmitglieder sowie einiger Höflinge und hochrangiger Beamter des Ortes, setzte sich der Kurfürst, angetan mit einem scharlachrot-goldenen Gewand, an dem Diamanten als Knöpfe glitzerten, und einem kaminroten Hermelinmantel, eigenhändig die Krone auf, griff nach dem Zepter und nahm die Huldigung der Anwesenden entgegen. Dann begab er sich in die Gemächer seiner Gemahlin und krönte sie in Gegenwart ihres Hofstaates zu seiner Königin. Nachdem ihnen Ständevertreter ihre Ehrerbietung erwiesen hatten, zog das Königspaar an der Spitze einer Prozession zur Salbung in die Schlosskapelle. Dort wurden sie am Eingang von zwei Bischöfen begrüsst, einem lutherischen und einem calvinistischen, denen ihre Ämter speziell für diesen Zweck verliehen worden waren, um dem bikonfessionellen Charakter des brandenburgisch-preussischen Staates Rechnung zu tragen. Nach einigen Kirchenliedern und der Predigt kündigten ein Trommelwirbel und eine

königliche Fanfare den Höhepunkt des Gottesdienstes an. Der König erhob sich von seinem Thron und kniete vor dem Altar nieder. Dann tauchte der calvinistische Bischof Ursinus zwei Finger in das Öl und salbte dem König die Stirn und beide Handgelenke. Anschliessend wurde das gleiche Ritual bei der Königin vollzogen. Danach zog der gesamte am Gottesdienst teilnehmende Klerus bei Musikbegleitung am Thron vorbei und huldigte dem Königspaar. Es folgten weitere Lieder und Gebete, und schliesslich stand ein hochrangiger Hofbeamter auf und verkündete eine Generalamnestie für alle Missetäter, mit Ausnahme von Gotteslästerern, Mördern, Schuldnern und Hochverrätern.[1]

Gemessen an der damaligen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes dürfte die Krönung von 1701 das teuerste Ereignis in der brandenburgisch-preussischen Geschichte gewesen sein. Selbst nach den Massstäben einer Zeit, in der das Hofzeremoniell ein bevorzugter Ausdruck von Macht war, war die preussische Krönung ungewöhnlich extravagant. Um die Ausgaben zu decken, wurde eine einmalige Kronsteuer erhoben, die jedoch nur 500.000 Taler einbrachte – drei Fünftel dieser Summe wurden allein für die Krone der Königin ausgegeben, und der Rest reichte nicht einmal für die Königskrone aus wertvollem Metall, die über und über mit Diamanten bedeckt war. Was die Feierlichkeiten insgesamt gekostet haben, ist schwer zu rekonstruieren, da keine Aufstellung aller Ausgaben überliefert ist. Man schätzt, dass die Zeremonie und die damit verbundenen Feiern summa summarum etwa sechs Millionen Taler verschlungen haben, das Doppelte der jährlichen Einnahmen der Hohenzollern.

Die Krönung war noch in anderer Hinsicht einzigartig. Es handelte sich nämlich um eine massgeschneiderte Zeremonie, die so gestaltet wurde, dass sie den Erfordernissen eines bestimmten historischen Augenblicks exakt entsprach. Der Gestalter war Friedrich selbst. Er legte jedes Detail persönlich fest, von den königlichen Insignien, den weltlichen Ritualen und der Liturgie in der Schlosskapelle bis hin zur Farbe der Gewänder der wichtigsten Akteure. Es gab einen Stab von Experten für monarchisches Zeremoniell. Der wichtigste von ihnen war der Dichter Johann von Besser, der seit 1690 als Hofpoet und Zeremonienmeister am Hofe Friedrichs diente und über die höfischen Traditionen in England, Frankreich, Deutschland, Italien und Skandinavien bestens Bescheid wusste. Die wichtigsten Entscheidungen jedoch traf stets der Kurfürst.

Die so entstandene Zeremonie war ein einzigartiges Amalgam ganz bewusster Anleihen bei historischen Krönungen in Europa, teils aus jüngerer, teils aus

älterer Zeit. Friedrich hatte bei der Ausgestaltung seiner Krönung nicht nur ästhetische Gesichtspunkte im Blick. Er wollte zum Ausdruck bringen, was für ihn das Entscheidende an seinem königlichen Status war. Die Form der Krone – kein offenes Band, sondern eine gewölbte, oben geschlossene Metallkonstruktion – symbolisierte die allumfassende Gewalt eines Monarchen, der in seiner Person weltliche und geistliche Souveränität vereinte. Die Tatsache, dass sich der König im Gegensatz zur vorherrschenden Praxis in Europa im Rahmen einer eigenen Zeremonie selbst krönte und erst danach vom Klerus gesalbt wurde, betonte ebenfalls den autonomen Charakter seines Amtes und seine Unabhängigkeit von jeglicher weltlicher oder geistlicher Autorität (mit Ausnahme von Gott). Eine Beschreibung der Krönung von Johann Christian Lünig, einem anerkannten zeitgenössischen Experten für «Zeremonialwissenschaft», erläutert die Bedeutung dieses Schritts:

«Könige, die von den Ständen das Reich und die Ober-Gewalt empfangen, pflegen nicht eher als *nach* der Salbung mit Purpur, Cron und Scepter zu gehen, noch den Königlichen Thron zu besteigen. [...] Aber Se. Majestät, die Dero Königreich nicht durch der Stände noch anderer Vorschub, hatten dieser und dergleichen Übergebungen keineswegs vonnöthen; indem Sie ja durchgehends alle Regalien, Krafft Ihrer Souveränität, schon vorhim besassen. [...] Ihre Crönung und Inthronisation konnte keine andere denn diejenige seyn, welche Sie selbst an sich und dero Gemahlin verrichteten.»[2]

Vor dem Hintergrund der jüngst vorausgegangenen Geschichte Brandenburgs und des Herzogtums Preussen ist die Bedeutung dieser symbolischen Gesten nur allzu offensichtlich. Die beunruhigende Erinnerung an die Auseinandersetzung des Grossen Kurfürsten mit den preussischen Ständen, insbesondere mit der Stadt Königsberg, war nach wie vor lebendig – die Tatsache, dass die preussischen Stände wegen der Krönung nie konsultiert und über das bevorstehende Fest erst im Dezember 1700 informiert wurden, spricht Bände. Genauso wichtig war die Unabhängigkeit des neuen Königreiches gegenüber etwaigen polnischen oder kaiserlichen Ansprüchen. Der britische Gesandte George Stepney hatte 1698 ans Aussenministerium berichtet:

«Jeder weiss, wie wichtig dem Kurfürsten seine absolute Souveränität im Herzogtum Preussen ist, denn in dieser Hinsicht überragt seine Macht die aller anderen Kurfürsten und Fürsten des Reiches, die nicht so unabhängig sind, sondern ihre Würde vom Kaiser verliehen bekommen. Deshalb wünscht sich der

6. Friedrich I., König in Preussen (Kurfürst 1688-1701, König 1701-13), gemalt nach seiner Krönung, Samuel Theodor Gericke zugeschrieben.

Kurfürst durch einen aussergewöhnlichen Titel von den anderen Fürsten abzusetzen.»[3]

Den Titel «König in Preussen» – ein ungewöhnlicher Titel, der an den Höfen Europas für Heiterkeit sorgte – nahm Friedrich I. unter anderem deshalb an, weil er die neue Krone vor etwaigen Ansprüchen Polens schützen wollte, die sich auf «Königlich Preussen» bezogen, das nach wie vor zum Doppelstaat Polen-Litauen gehörte. In den Verhandlungen mit Wien wurde besondere Sorgfalt darauf verwendet, dass aus dem Wortlaut eindeutig hervorging, dass der Kaiser den neuen Königstitel nicht «creirt», sondern lediglich anerkennt («agnosziert»). Eine vieldiskutierte Passage der endgültigen Vereinbarung zwischen Berlin und Wien enthält ein Lippenbekenntnis zur besonderen Vorrangstellung des Kaisers als höchsten Monarchen der Christenheit, stellt jedoch gleichzeitig klar, dass die preussische Krone eine völlig unabhängige Stiftung sei, die sich der Zustimmung des Kaisers erfreue, ihrer aber nicht bedürfe.

Im Jahr 1701 verdankte Berlin sein Glück wieder einmal internationalen Entwicklungen. Wahrscheinlich hätte der Kaiser der Rangerhöhung des Kurfürsten nicht ohne Weiteres zugestimmt, wenn er die Unterstützung Brandenburgs nicht so dringend gebraucht hätte. Der epochale Kampf zwischen den Habsburgern und den Bourbonen trat in eine neue, blutige Phase ein: Eine Koalition europäischer Mächte stellte sich gegen französische Pläne, einen Enkel Ludwigs XIV. auf den vakanten spanischen Thron zu setzen. In Erwartung einer heftigen Auseinandersetzung war der Kaiser sich bewusst, dass er erhebliche Zugeständnisse machen musste, um sich die Unterstützung Friedrichs zu sichern. Der Kurfürst, von beiden Seiten mit attraktiven Angeboten umworben, zögerte und schwankte zwischen den Optionen hin und her. Schliesslich ging er ein Bündnis mit dem Kaiser ein, der als Gegenleistung am 16. November 1700 den Krontraktat unterzeichnete. Darin verpflichtete sich Friedrich, dem Kaiser ein Kontingent von 8‘000 Mann zur Verfügung zu stellen, und machte verschiedene allgemeine Zusagen, dass er das Haus Habsburg unterstützen werde. Der Wiener Hof wiederum versprach nicht nur, die Stiftung des neuen Titels anzuerkennen, sondern auch, sich im Heiligen Römischen Reich und bei den europäischen Mächten für seine allgemeine Anerkennung einzusetzen.

Der Königstitel brachte eine massive Vergrösserung des Hofes und die Einführung aufwendiger Zeremonien mit sich. Viele davon hatten eine offensichtlich historische Dimension: Am Jahrestag der Krönung, am Geburtstag der Kö-

nigin, am Geburtstag des Königs, zur Verleihung des Hohen Ordens vom Schwarzen Adler oder anlässlich der Enthüllung einer Statue des Grossen Kurfürsten kam es stets zu besonderen Feierlichkeiten. Das geschärfte historische Bewusstsein, das für das Amtsverständnis seines Vorgängers charakteristisch gewesen war und das seit dem späten 16. Jahrhundert an den Höfen Westeuropas um sich griff, wurde unter Friedrich gewissermassen institutionalisiert.[4] Friedrich war es, der Samuel Pufendorf 1688 zum Hofhistoriografen ernannte. Pufendorfs bemerkenswerte Geschichte der Herrschaft des Grossen Kurfürsten war die erste, die systematisch auf archivierte Regierungsdokumente zurückgriff.

Während andere Höfe mit den Schlachten und Belagerungen des Spanischen Erbfolgekrieges beschäftigt seien, bemerkte ein englischer Beobachter mit einem Anflug von Frustration, sei das Leben in Berlin eine endlose Reihung von «Ausstellungen, Tänzen und anderen Zerstreuungen»[5]. Für die ausländischen Gesandten, die in Berlin lebten, bedeutete dieser Quantensprung an höfischer Prachtentfaltung vor allem, dass das Leben teurer wurde. In einem Bericht vom Sommer 1703 schreibt der britische ausserordentliche Gesandte (und spätere Botschafter) Lord Raby, dass seine «Equipage, die man in London für sehr fein gehalten hatte, den Hiesigen nichts gilt». Die britischen Depeschen aus dieser Zeit sind voll von Beschwerden über die übertriebenen Ausgaben, die nötig seien, um ein angemessenes Auftreten an einem Hof zu gewährleisten, der plötzlich einer der prachtvollsten Europas geworden war. Appartements mussten neu möbliert, Bedienstete frisch eingekleidet, Kutschen und Pferde neu ausgerüstet werden, um dem höheren und teureren Standard gerecht zu werden. «Ich werde durch meinen Dienst in der Botschaft sicher nicht reich werden», so Raby in einer seiner vielen versteckten Bitten um eine höhere Vergütung.[6]

Der sinnfälligste Ausdruck der neu gewonnenen Vorliebe für aufwendiges Zeremoniell dürfte die Trauer sein, die im Februar 1705 nach dem Tod der zweiten Ehefrau des Königs, Sophie Charlotte von Braunschweig-Lüneburg, verordnet wurde. Zum Zeitpunkt ihres Todes war die Königin zu Besuch bei ihren Verwandten in Hannover gewesen. Ein ranghöher Hofbeamter wurde beauftragt, mit zwei Bataillonen des brandenburgischen Heeres nach Hannover zu reiten und den Leichnam nach Berlin zu überführen. Dort sollte er sechs Monate lang auf einem Prunkbett aufgebahrt werden. Es erging strikte Order, dass im gesamten Herrschaftsgebiet des Königs «grösstmögliche Trauer» einzuhalten

sei. Jeder, der an den Hof kam, musste sich mit einem langen, schwarzen Mantel verhüllen, und in allen Appartements, Kutschen und von allen Equipagen, einschliesslich derer von ausländischen Gesandten, musste «tiefe Trauer» angelegt werden.

«Bei Hofe herrschte tiefere Trauer, als ich je erlebt hatte. Die Frauen verhüllten sich mit schwarzen Kopftüchern und schwarzen Schleiern. Kein einziges Gesicht war zu sehen. Die Männer trugen lange, schwarze Mäntel, alle Zimmer waren von oben bis unten verhängt, und in jedem Raum gab es nur vier Kerzen, sodass man den König kaum von den anderen unterscheiden konnte und nur an der Länge seines Mantels erkannte, der von einem Kammerdiener hochgehalten wurde.»[7]

Aber nicht nur Hofzeremoniell und höfische Prachtentfaltung erreichten ein ungeahntes Niveau. Parallel zu dieser Entwicklung kam es zu Investitionen im kulturellen Bereich, die in der Geschichte der Dynastie ohne Beispiel waren. Schon in den letzten Jahrzehnten der Herrschaft des Grossen Kurfürsten hatte die Hauptstadt einen Aufschwung bei der repräsentativen Bautätigkeit erlebt, aber das Ergebnis verblasste angesichts der Projekte, die von seinem Nachfolger in Angriff genommen wurden. In Charlottenburg entstand unter der Leitung des schwedischen Baumeisters Johann Friedrich Eosander ein riesiger Schlosskomplex mit einem ausgedehnten Lustgarten. Überall in der Stadt wurden repräsentative Skulpturen aufgestellt. Das bedeutendste Beispiel hierfür ist das beeindruckende Reiterstandbild des Grossen Kurfürsten von Andreas Schlüter. Nach und nach verschwand das alte, vom Krieg gezeichnete Berlin unter den breiten, gepflasterten Strassen und Staatsbauten einer eleganten Residenzstadt.

Als sich im Juli des Jahres 1700 abzeichnete, dass sein Streben nach dem Königstitel von Erfolg gekrönt sein würde, gründete Friedrich die «Churfürstlich-Brandenburgische Societät der Wissenschaften», die alsbald umbenannt wurde in «Königlich-Preussische Societät der Wissenschaften» (die spätere «Akademie der Wissenschaften»), und legte sich damit ein damals überaus hoch geschätztes dynastisches Statussymbol zu.[8] Ein vom Philosophen Leibniz entworfenes Medaillon, das an die Gründung der Gesellschaft erinnern sollte (die offiziell am 11. Juli stattfand, dem Geburtstag des Monarchen), zeigte auf der einen Seite ein Porträt des Kurfürsten und auf der anderen den brandenburgischen Adler, der sich zum gleichnamigen Sternbild aufschwingt. Darunter das Motto: *Cognata ad sidéra tendit,* etwa: Das Wissen strebt zu den Sternen.[9]

War der preussische Königstitel und all der Prunk und Glanz, den er mit sich brachte, nun das Geld wert, das ausgegeben werden musste, um ihn zu erlangen und um sich seiner würdig zu erweisen? Die berühmteste Antwort auf diese Frage war ein vernichtendes Nein. Für den Enkel Friedrichs, Friedrich II., diente der ganze Aufwand lediglich dazu, die Eitelkeit des Kurfürsten zu befriedigen, wie er in einer erstaunlich boshaften Charakterisierung des ersten preussischen Königs darlegt:

«Er war klein und verwachsen; seine Miene war stolz, seine Physiognomie gewöhnlich. Seine Seele glich den Spiegeln, die jeden Gegenstand zurückwerfen. [...] Er verwechselte Eitelkeiten mit echter Grösse. Ihm lag mehr an blendendem Glanz als an Nützlichem, das bloss gediegen ist. [...] Er begehrte [die Königskrone] nur deshalb so heiss, weil er seinen Hang für das Zeremonienwesen befriedigen und seinen verschwenderischen Prunk durch Scheingründe rechtfertigen wollte. [...] Alles in allem: er war gross im Kleinen und klein im Grossen. Und sein Unglück wollte es, dass er in der Geschichte seinen Platz zwischen einem Vater und einem Sohne fand, die ihn durch überlegene Begabung verdunkeln.»[10]

Es ist sicherlich richtig, dass die Hofhaltung Friedrichs Kosten verursachte, die längerfristig nicht zu tragen waren, und dass der erste König eine grosse Schwäche für rauschende Feste und aufwendig choreografierte Zeremonien hatte. Aber das Herausstreichen seiner persönlichen Eigenheiten ist aus mehreren Gründen fehl am Platz. Friedrich I. war nicht der einzige europäische Herrscher seiner Zeit, der eine Rangerhöhung anstrebte – so hatte der Grossherzog der Toskana 1691 das Recht erworben, mit «Königliche Hoheit» angesprochen zu werden; das gleiche Recht sicherten sich in den folgenden Jahren die Herzöge von Savoyen und Lothringen. Bedeutsamer war aus der Sicht Berlins, dass mehrere rivalisierende deutsche Dynastien in den 1690er Jahren ebenso auf einen Königstitel aus waren. Der Kurfürst von Sachsen konvertierte zum Katholizismus, damit er sich 1697 zum König von Polen wählen lassen konnte. Ungefähr zur gleichen Zeit fanden die ersten Verhandlungen über eine mögliche Thronfolge des Kurhauses Hannover in Grossbritannien statt. Die bayerischen und pfälzischen Wittelsbacher verfolgten ebenfalls (schlussendlich erfolglose) Pläne, einen Königstitel zu erwerben: Die Bayern strebten nach einer Rangerhöhung, während sich die Pfälzer einen Anspruch auf den armenischen Königsthron zu sichern versuchten. Anders ausgedrückt: Die Krönung von 1701 er-

folgte nicht aus einer persönlichen Laune heraus, sondern sie war Teil einer ganzen Welle von Rangerhöhungen, von der am Ende des 17. Jahrhunderts die mit Königen nicht gerade reich gesegneten Territorien des Heiligen Römischen Reiches und Italiens erfasst wurden. Der Königstitel war wichtig, weil er im Kreis der Staatengemeinschaft nach wie vor einen privilegierten Status mit sich brachte. Und da die Vorrangstellung gekrönter Häupter auch bei den Verhandlungen zu den grossen Friedensverträgen der Zeit berücksichtigt wurde, konnte sich eine Königskrone als sehr wertvoll erweisen.

In jüngster Zeit ist das Interesse an den europäischen Höfen der Frühen Neuzeit als politische und kulturelle Institutionen deutlich angewachsen. Dabei ist herausgearbeitet worden, worin die eigentliche Bedeutung höfischer Rituale lag: Höfische Feste erfüllten entscheidende kommunikative und legitimierende Funktionen. Der Philosoph Christian Wolff stellte 1721 fest, der «gemeine Mann», der sich eher auf seine Sinne als auf seinen Verstand verlasse, sei völlig unfähig zu verstehen, «was die Majestät des Königs ist». Aber indem man ihn mit «Dingen» konfrontiere, «so in die Augen fallen und seine übrige Sinnen rühren [sic]», könne man ihm ein Gefühl für die Macht des Monarchen vermitteln. Ein ansehnlicher Hof mit entsprechendem Hofzeremoniell, schloss Wolff, sei daher «nichts überflüssiges, viel weniger etwas tadelhaftes»[11]. Darüber hinaus waren die einzelnen Höfe durch ein engmaschiges Netz familiärer, diplomatischer und kultureller Bande miteinander verknüpft. Sie waren nicht nur Brennpunkte des sozialen und politischen Lebens der Eliten innerhalb ihres jeweiligen Territoriums, sondern zugleich Knotenpunkte eines internationalen Netzwerks. An den prunkvollen Festen, die beispielsweise anlässlich des Jahrestages der Krönung gefeiert wurden, nahmen zahlreiche Besucher aus dem Ausland teil, ganz zu schweigen davon, dass das ganze Jahr über viele Gesandte und Mitglieder verwandter Dynastien bei Hofe zugegen waren.

Um die internationale Resonanz auf derartige Ereignisse im System der europäischen Höfe noch zu verstärken, brachte man offizielle oder halboffizielle Berichte in Umlauf, in denen Details wie Rangordnung, Kleidung, Zeremoniell und generell der Prachtentfaltung bei einem bestimmten Spektakel höchste Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Das Gleiche galt für die bis ins Detail festgelegten Rituale bei Trauerfällen. Die Anordnungen nach dem Tode von Königin Sophie Charlotte sollten nicht in erster Linie den persönlichen Schmerz der Angehörigen ausdrücken, sondern das Gewicht und die Bedeutung des Hofes signa-

lisieren, der den Verlust zu beklagen hatte. Diese Signale richteten sich nicht nur an die Untergebenen des jeweiligen Territoriums, sondern auch an andere Höfe, von denen erwartet wurde, dass sie ihre Anteilnahme ausdrückten, indem sie ihrerseits einen gewissen Grad an Trauer verordneten. Diese Erwartungen waren so eindeutig, dass Friedrich I. wütend wurde, als er erfuhr, dass Ludwig XIV. beschlossen hatte, wegen des Todes von Sophie Charlotte am Hof von Versailles keine Trauer anzuordnen. Vermutlich wollte Ludwig XIV. damit sein Missfallen darüber ausdrücken, dass Berlin im Spanischen Erbfolgekrieg eine österreichfreundliche Politik verfolgte.[12] Wie die anderen Zeremonien, die das Leben bei Hofe prägten, war auch die Trauer Teil eines politischen Kommunikationssystems. Vor diesem Hintergrund war der Hof ein Instrument, der vor den Augen der internationalen «höfischen Öffentlichkeit» den Rang eines Fürsten dokumentieren sollte.[13]

Das Überraschendste an der Krönungszeremonie von 1701 ist die Tatsache, dass sie keine Tradition sakraler Krönungen in Preussen begründete. Der unmittelbare Nachfolger Friedrichs, Friedrich Wilhelm, hatte schon als Jugendlicher eine tiefe Abneigung gegen die spielerische Vornehmheit entwickelt, die seine Mutter kultiviert hatte, und zeigte als Erwachsener keinerlei Interesse an den öffentlich zur Schau gestellten Ritualen, die ein prägendes Merkmal der Herrschaft seines Vaters gewesen waren. Als er den Thron bestieg, schaffte er jegliches Krönungsritual ab und demontierte den von seinem Vater etablierten Hofstaat. Auch unter Friedrich II., der von seinem Vater die Abneigung gegen dynastischen Pomp übernommen hatte, wurde das Zeremoniell nicht wieder eingeführt. Brandenburg-Preussen wurde ein Königreich ohne Krönungen. Das entscheidende Ritual anlässlich der Thronbesteigung blieb, wie in früherer Zeit, die Huldigung der preussischen Stände in Königsberg bzw. der Stände der übrigen von den Hohenzollern beherrschten Gebiete in Berlin.

Dennoch läutete der Erwerb des Königstitels aus heutiger Sicht eine neue Phase in der brandenburgischen Geschichte ein. Erstens ist festzustellen, dass die mit der Krönung verbundenen Rituale im kollektiven Gedächtnis der Dynastie stets latent blieben. Ein Beispiel hierfür ist der Hohe Orden vom Schwarzen Adler, den Friedrich am Vorabend seiner Krönung begründet hatte und mit dem besonders verdienstvolle Freunde und Diener des Königreichs ausgezeichnet werden sollten. Zwar wurde er im Lauf der Zeit mehr und mehr seiner hö-

fischen Funktion entfremdet, doch in den 1840er Jahren, während der Regierung von Friedrich Wilhelm IV., wurde er wiederbelebt, und einige der ursprünglichen Verleihungsrituale wurden aus den Archiven rekonstruiert und wiedereingeführt. Wilhelm I. schaffte bei seiner Thronbesteigung 1861 die Huldigung ab (die viele Zeitgenossen nicht mehr für zeitgemäss hielten) und liess stattdessen die Praxis der Selbstkrönung in Königsberg wieder aufleben.[14] Derselbe Monarch setzte 1871 die Proklamation des Deutschen Reiches im Spiegelsaal von Versailles für den 18. Januar an, den Jahrestag der ersten Krönung. Der kulturelle Widerhall der Krönungszeremonie war im Leben der Dynastie also nachhaltiger, als es ihre plötzliche Abschaffung nach 1713 vermuten lässt.

Zweitens signalisierte die Krönung von 1701 einen subtilen Wandel in der Beziehung zwischen dem Monarchen und seiner Gemahlin. Unter den Ehefrauen und Müttern der brandenburgischen Kurfürsten waren im 17. Jahrhundert mehrere einflussreiche und unabhängige Persönlichkeiten gewesen. Besonders bemerkenswert war in dieser Hinsicht Anna von Preussen, die Frau Johann Sigismunds, eine temperamentvolle Frau mit eisernem Willen, die ihrem Gatten als Reaktion auf seine gelegentlichen Trunksuchtsanfälle Teller und Gläser an den Kopf warf. Nachdem ihr Ehemann zum Calvinismus konvertiert war, spielte Anna eine wichtige Rolle in der schwankenden brandenburgischen Konfessionspolitik. Darüber hinaus unterhielt sie ihr eigenes diplomatisches Netzwerk und verfolgte damit sozusagen ihre eigene Aussenpolitik, auch nach 1619, als ihr Ehemann starb und ihr Sohn Georg Wilhelm den Thron bestieg. Im Sommer 1620 nahm Anna eigenmächtig Verhandlungen mit dem König von Schweden bezüglich dessen Hochzeit mit ihrer Tochter Maria Eleonora auf, ohne ihren Sohn, der schliesslich das Staatsoberhaupt war, auch nur zu konsultieren. Im Jahr 1631, auf dem Höhepunkt der schwersten brandenburgischen Krise im gesamten Dreissigjährigen Krieg, war es nicht Georg Wilhelm, sondern seine pfälzische Ehefrau Elisabeth Charlotte und ihre Mutter Louise Juliane, die das schwierige diplomatische Verhältnis zwischen Brandenburg und Schweden ins Lot brachten.[15] Kurz: Die Frauen bei Hofe verfolgten Interessen, die von ihrem familiären Netzwerk bedingt waren und sich deutlich von denen ihrer Ehegatten unterschieden. Das gleiche gilt für die hochintelligente Prinzessin Sophie Charlotte: Auch nachdem sie 1684 Friedrich III./I. geheiratet hatte, hielt sie sich oft und gerne am Hofe ihrer Mutter in Hannover auf (wo sie ja 1705 auch gestorben

ist) und blieb zeitlebens eine Anwältin Hannoveraner Interessen.[16] Sie stand dem Vorhaben der Königskrönung ablehnend gegenüber, weil sie glaubte, es schade dem Hause Hannover. (Es wird berichtet, dass sie die Zeremonie so langweilig gefunden habe, dass sie sich zwischendurch die eine oder andere Prise Schnupftabak genehmigte.)[17]

Vor diesem Hintergrund ist es offensichtlich, dass die Beziehung zwischen dem Kurfürsten und seiner Gattin durch die Krönung auf eine neue Grundlage gestellt wurde. Nachdem der Kurfürst sich selbst gekrönt hatte, krönte er auch seine Gemahlin und machte sie dadurch zu seiner Königin. Diese Reihenfolge war natürlich nur ein symbolisches Detail ohne praktische Konsequenzen, und da es im 18. Jahrhundert keine weiteren Krönungen gab, wurde sie auch nicht wiederholt. Nichtsdestotrotz markierte die Krönung den Anfang einer Entwicklung, in deren Verlauf die dynastische Identität der Ehefrau teilweise in der des Mannes, des gekrönten Oberhauptes des königlichen Haushalts, aufgehen sollte. Die Monarchie wurde somit mehr und mehr eine männliche Angelegenheit. Hinzu kam, dass die Hohenzollern nunmehr eine eindeutige Vorrangstellung vor den anderen protestantischen deutschen Herrscherhäusern genossen, aus denen ihre Ehefrauen rekrutiert wurden. Die Konsequenz war, dass die Bewegungsfreiheit der «First Ladies» von Brandenburg-Preussen spürbar eingeschränkt wurde. Zwar waren auch die Vertreterinnen im 18. Jahrhundert nicht ohne Begabung und politischen Weitblick, aber sie konnten kein unabhängiges politisches Gewicht entwickeln, wie es für das vorangegangene Jahrhundert so prägend gewesen war.

Die volle, vom Reich unabhängige Souveränität, die der Grosse Kurfürst seiner Dynastie gesichert hatte, war auf denkbar spektakuläre Weise feierlich begangen worden. Die herausgehobene Stellung unter den kleineren europäischen Mächten, die Brandenburg seit 1640 durch seine militärische Stärke und die Entschlossenheit seiner Führungsriege erworben hatte, spiegelte sich jetzt auch in seiner offiziellen Position in der internationalen Rangordnung wider.[18] Der Wiener Hof musste diese Tatsache anerkennen und bedauerte wenig später, dass er zur Rangerhöhung des Kurfürsten von Brandenburg beigetragen hatte. Im Inneren entfaltete der neue Titel eine psychologische Integrationskraft: Das Gebiet an der Ostsee, das früher als Herzogtum Preussen bezeichnet worden war, war jetzt nicht mehr eine Besitzung ausserhalb des brandenburgischen Kernlandes, sondern ein wesentlicher Bestandteil des neuen königlich-kurfürst-

lichen Verbunds, der zunächst Brandenburg-Preussen, später einfach Preussen genannt werden sollte. Der Zusatz «Königreich Preussen» wurde Teil der offiziellen Bezeichnung sämtlicher Gebiete, die von den Hohenzollern beherrscht wurden. Kritiker des Krönungsprojekts hatten nicht ganz Unrecht, wenn sie im Vorfeld anmerkten, der brandenburgische Souverän verfüge doch längst über uneingeschränkte königliche Macht und habe es nicht nötig, sich mit zusätzlichen Titeln zu schmücken. Diese Sichtweise verkennt jedoch, dass es sehr wohl einen grossen Unterschied macht, bei welchem Namen wir die Dinge nennen.

Kulturrevolution

Zwei gegensätzlichere Menschen als den ersten und zweiten preussischen König kann man sich kaum vorstellen. Friedrich war weltmännisch, offen, höflich, gesellig und umgänglich. Er sprach mehrere Fremdsprachen, darunter Französisch und Polnisch, und förderte bei Hof nach Kräften die Künste ebenso wie die Wissenschaft. Nach dem Urteil des Earl of Strafford, der unter seinem früheren Titel Lord Raby viele Jahre als Botschafter in Berlin verbracht hatte, war er «gutmütig, freundlich [...] grosszügig und gerecht [...] freigebig und gütig»[19]. Friedrich Wilhelm I. dagegen war extrem misstrauisch, schroff, mitunter geradezu roh im Umgang und tendierte zu Wutausbrüchen und akuten Anfällen von Melancholie. Obwohl er über eine messerscharfe Intelligenz verfügte, bereitete ihm das Lesen und Schreiben schon in seiner Muttersprache grosse Mühe (gut möglich, dass er Legastheniker war). Jegliche Form von kultureller oder intellektueller Betätigung, die keinen unmittelbaren praktischen (und damit meinte er im Wesentlichen: militärischen) Nutzen hatte, betrachtete er mit grosser Skepsis. Sein mitunter scharfer, verächtlicher Umgangston wird in den folgenden Randnotizen auf eingegangenen Regierungsdokumenten spürbar:

10. November 1731: Ivatyhoff, brandenburgischer Gesandter in Kopenhagen, bittet um eine höhere Vergütung. [Friedrich Wilhelm: «Der s[ch]urke will zu läge haben, auf den Puckel soll er sie haben.»]

27. Januar 1733: In einem Brief wird vorgeschlagen, von Holtzendorff nach Dänenmark zu entsenden. [Friedrich Wilhelm: «Hotzedorff [sic] an Galgen, sollen mir den Schelm doch nit in Vorschlack bringen, wohl aber an Galgen denn

er ist ein Hundespfot sollen Ihn sagen.»] 5. November 1735: Bericht von Kuhlwein [Friedrich Wilhelm: «Kuhlwein ist ein Narre, soll mir im arss lequen.»] 19. November 1735: Order an Kuhlwein [Friedrich Wilhelm: «Ihr Canaille melieret Euch nicht in meine Familie oder Ihr sollet wissen dass in Spandow die Schubkarre euch erwartet.»][20]

Innerhalb weniger Tage nach seiner Thronbesteigung im Februar 1713 legte Friedrich Wilhelm beim Hofstaat, den sein Vater etabliert hatte, die Axt an. Wie bereits erwähnt, kam es zu keiner Neuauflage der Krönung von 1701. Der König nahm die finanziellen Verhältnisse des Hofstaates unter die Lupe, und dann führte er eine ganze Reihe drastischer Kürzungen durch. Zwei Drittel der bei Hofe angestellten Dienerschaft – einschliesslich des *Chocolatiers*, der beiden Kastraten, der Cellisten, Komponisten und Orgelbauer – wurden fristlos entlassen; die Übrigen mussten Gehaltskürzungen von bis zu 75 Prozent hinnehmen. Ein nicht unerheblicher Teil des Schmucks, Tafelsilbers und Goldgeschirrs, der erlesenen Weine, Möbel und Kutschen, die sich im Laufe der Herrschaft seines Vaters angesammelt hatten, wurde meistbietend verkauft. Die Löwen der königlichen Menagerie wurden dem König von Polen zum Geschenk gemacht. Die meisten Bildhauer, die für Friedrich gearbeitet hatten, kehrten Berlin umgehend den Rücken, als sie von den neuen Arbeitsbedingungen hörten. Bei Hofe machte sich Panik breit. In einem Bericht vom 28. Februar 1713 stellte der britische Gesandte William Breton fest, dass der König «zum grossen Schrecken vieler vornehmer Herren eifrig damit beschäftigt sei, Pensionen zu kürzen und grosse Einschnitte bei seiner Zivilliste vorzunehmen». Besonders hart getroffen habe es den Haushalt der Königswitwe: «Die armen Mägde kehrten schweren Herzens zu ihren Freunden nach Hause zurück.»[21]

Besonders traumatisch müssen die ersten Wochen nach der Thronbesteigung für Johann von Besser gewesen sein, der Friedrich III./I. seit 1690 als Zeremonienmeister und Hofpoet gedient hatte. Besser hatte wesentlichen Anteil an der Ausformung der höfischen Zeremonien gehabt und einen ausführlichen offiziellen Bericht über die Krönung verfasst. Er musste mit ansehen, wie sein Lebenswerk in Trümmer fiel; er selbst wurde ohne Abschiedszeremonie von der Gehaltsliste gestrichen. Sein Brief an den neuen König mit der Bitte um Berücksichtigung für eine andere Stelle landete umgehend im Kaminfeuer. Besser floh aus Berlin und erhielt 1717 eine Anstellung als Berater und Zeremonienmeister am Hofe Augusts des Starken in Dresden, wo man noch Sinn für Prachtentfaltung hatte.

Der Hof, wie er unter Friedrich gewachsen war, verkümmerte nach und nach. An seine Stelle trat eine höfische Szenerie, die wesentlich weniger kostspielig, rauer und stärker männlich geprägt war. «Während der frühere preussische König peinlich genau auf die Einhaltung der Etikette achtete, sind unter Seiner Majestät kaum noch die Fussstapfen des Vorgängers zu erkennen», berichtete der britische Gesandte Charles Whitworth im Sommer 1716.[22] Im Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens des Monarchen stand das «Tabakskollegium», eine Gruppe von acht bis zwölf Beratern, höheren Beamten, Offizieren und handverlesenen Abenteurern, Gesandten und Literaten, die sich des Abends um den König scharte und bei Hochprozentigem und Tabakspfeife parlierte. Der Umgangston war informell, oft derb, und es gab keine Hierarchien – zu den Regeln des Tabakskollegiums gehörte es, dass man sitzen blieb, wenn der König eintrat. Die Diskussionsthemen reichten von Bibelstellen, Zeitungsberichten, politischem Klatsch und Jagdanekdoten bis hin zu pikanteren Angelegenheiten wie den von Frauen abgesonderten natürlichen Aromen. Von den Teilnehmern wurde erwartet, dass sie kein Blatt vor den Mund nahmen, und manchmal kam es zu heftigen Streitereien; gelegentlich scheint der König diese sogar provoziert zu haben. Im Herbst 1728 zum Beispiel artete ein theologischer Disput zwischen einem gewissen Friedrich August Hackemann, Gastprofessor von der Universität Helmstedt, und dem populären Berliner Schriftsteller David Fassmann – zum grossen Amüsement der übrigen Gäste – zu einer veritablen Schlammschlacht aus. Dem Bericht eines in Berlin wohnenden Gesandten zufolge liess sich Hackemann schliesslich dazu hinreissen, Fassmann einen Lügner zu nennen, woraufhin «[...] dieser ihm aber dafür mit der flachen Hand also prompt! und dergestalt! solide respondiret, dass [Hackemann] fast auf den König getummelt; worauf er dann Se. Majestät fraget: ob es sich schicke und nicht vielmehr höchst straffbahr wäre, sich solchergestalt in allerhöchster Gegenwart aufzuführen?» Friedrich Wilhelm, der an dem ganzen Tumult sichtliche Freude hatte, meinte nur, ein Schurke verdiene die Schläge, die er erhalte.[23]

Ein Beispiel für den raueren Ton, der im Umfeld des Thrones nach 1713 üblich wurde, war das Schicksal Jacob Paul von Gundlings. Gundling stammte aus Hersbruck, studierte an den Universitäten Altdorf, Halle und Helmstedt und gehörte zu den vielen Akademikern, die es während des Aufschwungs des intellektuellen Lebens unter Friedrich I. nach Berlin gezogen hatte. Neben seiner

Lehrtätigkeit an einer neu gegründeten Schule für Söhne aus Berliner Adelsfamilien hatte Gundling eine ehrenamtliche Stelle bei Hof als offizieller Historiograf des Oberheroldsamts inne, einer 1706 gegründeten Institution, welche die genealogischen Referenzen adeliger Bewerber für den öffentlichen Dienst überprüfte. Die Katastrophe brach 1713 über ihn herein: In den ersten Wochen der Regentschaft Friedrich Wilhelms wurden beide Institutionen hinweggefegt. Es gelang Gundling, sich mit dem neuen System zu arrangieren. Er übernahm

7. Satirisches Porträt Jacob Paul von Gundlings (anonymer Stich aus dem Buch *Der Gelehrte Narr* von David F. Fassmann, Berlin 1729).

die Ansichten des Königs und arbeitete einige Jahre als freischaffender Berater für Wirtschaftspolitik. Dabei machte er sich als Gegner der fiskalischen und wirtschaftlichen Adelsprivilegien einen Namen. Als Lohn für seine Dienste erhielt er verschiedene Ehrentitel (u.a. wurde er Kommerzienrat und Präsident der «Königlich-Preussischen Societät der Wissenschaften») und wurde ein gern gesehener Gast im Tabakskollegium. Gundling blieb bis zu seinem Tode im Jahre 1731 Höfling und war finanziell vom König abhängig.

Doch weder seine Verdienste als Erzieher und Höfling, noch der Vorsitz der Akademie der Wissenschaften, noch die stetig anwachsende Liste seiner Veröffentlichungen konnten Gundling davor bewahren, dass er am Hof Friedrich Wilhelms I. der Lächerlichkeit preisgegeben wurde. Im Februar 1714 verlangte der König von ihm, vor den versammelten Gästen eine Vorlesung über die (Nicht-)Existenz von Geistern zu halten und dabei regelmässig grosse Schlucke von Hochprozentigem zu sich zu nehmen. Nachdem er so für reichlich schallendes Gelächter gesorgt hatte, eskortierten zwei Grenadiere den betrunkenen Kommerzienrat zu seiner Kammer, wo er vor Schreck laut aufschrie, als aus einer Ecke des Zimmers eine mit einem weissen Laken bekleidete Gestalt auf ihn zutaumelte. Bald waren derartige Provokationen an der Tagesordnung. Gundling wurde in einen Raum mit mehreren jungen Bären eingeschlossen, während von oben Feuerwerkskörper abgeschossen wurden; er wurde gezwungen, ausgefallene Kleidung zu tragen, die entfernt an den Stil des französischen Hofs erinnerte, dazu eine hoch aufragende Perücke, die dem vormaligen König gehört hatte und völlig aus der Mode war; man flösste ihm gewaltsam Abführmittel ein und sperrte ihn über Nacht in eine Zelle; man zwang ihn zu einem Duell mit einem seiner ärgsten Peiniger, wobei alle ausser Gundling wussten, dass die Pistolen nicht geladen waren. Als Gundling sich weigerte, zur Waffe zu greifen, feuerte sein Gegner zur Erheiterung der Anwesenden eine Salve brennendes Schiesspulver auf sein Gesicht ab, sodass seine Perücke Feuer fing. Seine Schulden hinderten ihn daran, Berlin zu verlassen, und die Willkür seines Herrn, des Königs, zwang ihn, täglich an den Ort seiner Erniedrigung zurückzukehren, wo seine Ehre und sein Ruf zum Amüsement des gesamten königlichen Hofes mit Füssen getreten wurden. Unter diesem Druck wurde aus Gundlings Vorliebe für Alkohol alsbald purer Alkoholismus – eine Schwäche, die ihn in den Augen der Lästerer für die Rolle des Hofnarren nur noch geeigneter erscheinen liess.

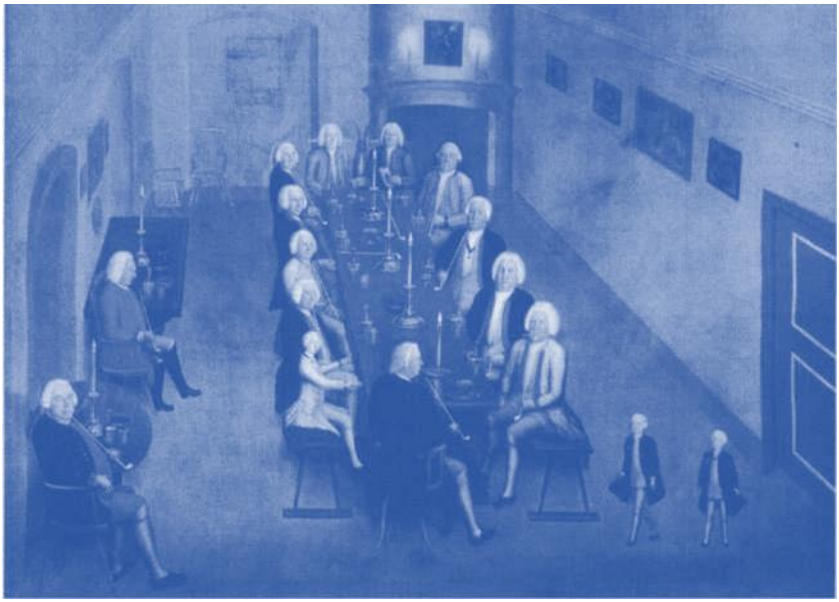
Trotz alledem produzierte Gundling weiterhin einen steten Strom wissenschaftlicher Veröffentlichungen zu Themen wie die Geschichte der Toskana, das deutsche Reichsrecht oder die Topografie des Kurfürstentums Brandenburg.

Gundling wurde sogar zugemutet, dass er die Schlafkammer mit einem Sarg in der Form eines lackierten Weinfasses teilte, auf dem der folgende Spottvers zu lesen war:

> Hier liegt in seiner Haut,
> Halb Schwein, halb Mensch, ein Wunder-Ding, In seiner Jugend klug, in seinem Alter toll, Des Morgens voller Witz, Des Abends toll und voll, Bereits ruft Bacchus laut:
> Diss theure Kind, ist Gundeling
> [...]
> Sage Leser! wann dus liest,
> Ob das nicht ein Schwein-Peltz ist?[24]

Als man Gundlings Leichnam nach seinem Tod am 11. April 1731 in einem von Kerzen erleuchteten Raum in Potsdam ausstellte, steckte man ihn aufrecht in eben dieses Fass, setzte ihm eine Perücke auf, die ihm bis zu den Knien reichte, und zog ihm eine Kniehose aus Brokat nebst schwarzen Socken mit roten Streifen an – lauter eindeutige Anspielungen auf die Barockkultur am Hofe Friedrichs I. Das makabere Spektakel wurde unter anderem von Handlungsreisenden begafft, die auf dem Weg zum grossen Markt in Leipzig waren. Wenig später wurde Gundling mit seinem Fass ausserhalb der Stadt unter dem Altar der Dorfkirche begraben. Da sich die örtlichen lutherischen und reformierten Geistlichen weigerten, hielt der Schriftsteller Fassmann, der Gundling so oft verhöhnt hatte, die Trauerrede.

Das «Martyrium» Gundlings war die Kehrseite der rauen Männerkameradschaft, von der die neue Monarchie geprägt war. Die «Vermännlichung», die sich schon bei der Krönungszeremonie vorsichtig angedeutet hatte, hatte mittlerweile das soziale Leben bei Hofe völlig umgekrempelt. Hatten Frauen am Hofe Friedrichs I. noch eine zentrale Rolle gespielt, so wurden sie unter Friedrich Wilhelm I. an den Rand des öffentlichen Lebens gedrängt. Ein Besucher aus Sachsen, der 1723 einige Monate in Berlin residierte, berichtete, dass bei den höfischen Festen im Jahreslauf Frauen und Männer «nach jüdischer Art»



8. Das Tabakskollegium. Georg Lisiewski zugeschrieben, um 1737.

voneinander getrennt wurden, und stellte überrascht fest, dass bei vielen Festessen bei Hofe überhaupt keine Frauen zugegen waren.[25]

Wenn man den Führungswechsel von 1713 näher betrachtet, ist man versucht, von einer Kulturrevolution zu sprechen. Sicherlich, es gab Kontinuitäten auf dem Gebiet der Verwaltung und der Finanzen, aber auf dem Gebiet der Repräsentation und der Kultur kann man von einer vollständigen Umkehrung aller Werte und Umgangsformen sprechen. Die ersten beiden preussischen Könige markierten die beiden Extreme, zwischen denen sich alle nachfolgenden einordnen sollten. Am einen Ende des Spektrums finden wir den hohenzollerischen Monarchen vom Typ A: den leutseligen, pompösen Verschwender, in erster Linie auf sein Image bedacht und der täglichen Regierungsarbeit eher abgeneigt; am anderen Ende seinen Antipoden vom Typ B: den asketischen und sparsamen Workaholic.[26] Wie wir gesehen haben, blieb die «barocke» Form der Monarchie, wie sie unter Friedrich I. eingeführt worden war, im kollektiven Gedächtnis der Dynastie stets präsent, und durch den ewigen Wechsel des so genannten guten Geschmacks war sichergestellt, dass die Freigebigkeit bei Hofe in regel-

mässigen Abständen wieder auflebte – unter Friedrich Wilhelm II. stiegen die Ausgaben für den Hof erneut explosionsartig an, auf etwa zwei Millionen Taler pro Jahr, was etwa einem Achtel des Staatsbudgets entsprach (unter seinem Vorgänger, Friedrich dem Grossen, waren es 220.000 gewesen).[27] Und nach einer Zeit relativer Sparsamkeit sollten die letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts noch einmal eine späte Blüte der Hofkultur erleben, die um die Person des letzten Kaisers Wilhelm II. kreiste. Aber auch das Königtum vom Typ B lebte in der Geschichte der Dynastie fort. Die scharfen Randnotizen Friedrich Wilhelms I. wurden (geistreicher) nachgeahmt von seinem berühmten Sohn Friedrich II., sowie (ausladender und dafür weniger geistreich) von seinem späteren Nachfahren Kaiser Wilhelm II. Die Angewohnheit Friedrich Wilhelms I., eine Militäruniform anstelle der teureren zivilen Alternative zu tragen, wurde von seinem Sohn übernommen und blieb bis zum Ende der preussischen Monarchie nach dem Ersten Weltkrieg ein auffälliges Merkmal dynastischer Repräsentation der Hohenzollern. Die Geschichtsmächtigkeit des Typs B lag nicht nur darin, dass dieser mit dem späteren Aufstieg Preussens in Deutschland assoziiert wurde. Er passte auch in besonderer Weise zu den Werten und Vorlieben einer entstehenden preussischen Öffentlichkeit, für die das Bild des gerechten und sparsamen Herrschers als Diener des Staates eine spezifisch preussische Vision des Königtums darstellte.

Die Verwaltung

Die Herrschaft Friedrich Wilhelms, des Grossen Kurfürsten, und die seines Enkels, König Friedrich Wilhelms I., werden oft als zueinander komplementär beschrieben. Das Verdienst des Grossen Kurfürsten lag in erster Linie in der Ausdehnung der Macht nach aussen. Friedrich Wilhelm hingegen hat man als den grössten «inneren König» Preussens bezeichnet. Damit soll seine Rolle als Gründungsvater des preussischen Verwaltungsstaates gewürdigt werden. Aber wir wollen den Gegensatz zwischen den beiden nicht überzeichnen. Einen epochalen Bruch, vergleichbar mit der kulturellen Revolution bei Hofe, sucht man auf dem Gebiet der Verwaltungspraxis vergeblich. Angemessener erscheint es, von einem Konsolidierungsprozess innerhalb der Verwaltung zu sprechen, der das Jahrhundert von 1650 bis 1750 in Anspruch nahm. Am ausgeprägtesten war dieser Prozess zunächst beim Einzug von Abgaben und bei der Militärverwal-

tung. Der Grosse Kurfürst war es, der die Vereinfachung und Zentralisierung des unstrukturierten Einzugs der kurfürstlichen Einnahmen in Angriff nahm. Dazu gehörten die Einkünfte aus den kurfürstlichen Gütern, aus Zöllen, aus den Bergwerken (die Eigentum des Landesherrn waren) und Monopolen. Ein erster Schritt in diese Richtung war die Schaffung einer Kurfürstlichen Verwaltung in den 1650er Jahren, die für den Einzug der königlichen Einkünfte in Brandenburg zuständig war. Doch erst 1683, unter der Führung des zupackenden ostpreussischen Adeligen Dodo von Knyphausen, gelang es dieser zentralen Einzugsstelle, die direkte Kontrolle über die kurfürstlichen Einnahmen in allen Territorien des Hohenzollernstaates an sich zu ziehen. Die Konsolidierungsarbeit Knyphausens ging nach dem Tode des Grossen Kurfürsten weiter: 1689 entstand unter seiner Leitung eine zentrale brandenburgisch-preussische Einzugsbehörde mit einer stabilen institutionellen Struktur. Die Folge dieser Neuerung war, dass man für das Jahr 1689/90 die erste vollständige Bilanz aller Einnahmen und Ausgaben in der brandenburgisch-preussischen Geschichte aufstellen konnte.[28] Ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg hin zur Zentralisierung war 1696 die Gründung einer zentralen Verwaltungsstelle für sämtliche Güter des Landesherrn.[29]

Zu einem vergleichbaren Konzentrationsprozess kam es parallel dazu bei den Stellen, die für den Unterhalt des Heeres und für die Kriegsführung zuständig waren. Im April 1655 wurde ein Generalkriegskommissariat geschaffen, das mit der Verwaltung, Finanzierung und logistischen Unterstützung des Heeres betraut war. Unter einer Reihe von fähigen Leitern konnte sich das Kommissariat als Schlüsselinstitution der kurfürstlichen Verwaltung etablieren. Es kontrollierte alle Einnahmen, die zur Deckung der Militärausgaben bestimmt waren (Kontribution, Akzise und ausländische Subsidien), und unterminierte nach und nach das Steuereinzugsrecht der Stände, indem es deren Beamte vor Ort unter seine Kontrolle brachte. Anfang der 1680er Jahre begann das Kommissariat, sich ausserdem um das Wohlergehen der einheimischen Manufakturen zu kümmern. Es nahm ein Programm in Angriff, das Brandenburg auf dem Gebiet der Textilien aus Schafswolle autark machen sollte, und etablierte sich in lokalen Konflikten zwischen den traditionellen Zünften und neuen Unternehmen als Vermittler. Dieses Zusammenwachsen der finanziellen, wirtschaftlichen und militärischen Verwaltung war keine originär preussische Erfindung. Man ahmte lediglich den mächtigen *contrôleur général* Ludwigs XIV. nach, Jean-Baptiste Colbert.

Mit der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms 1713 erhielt der Reformprozess neuen Schwung. Bei allem Mangel an sozialer Kompetenz war Friedrich Wilhelm sehr begabt, wenn es darum ging, Institutionen aufzubauen, und er hatte eine klare Vorstellung vom Aufbau der Verwaltung. Die Wurzeln dieser Leidenschaft reichen zurück bis zur umfassenden Ausbildung, die er als Kurprinz unter seinem Vater genossen hatte. Mit nur neun Jahren war Friedrich Wilhelm mit der Verwaltung seines eigenen Gutes betraut worden, Wusterhausen, südöstlich von Berlin. Er hatte diese Aufgabe mit erstaunlicher Energie und Gewissenhaftigkeit erfüllt und so aus erster Hand die täglichen Aufgaben kennen gelernt, die mit der Führung eines Gutes verbunden waren – und Güter waren nach wie vor die entscheidenden Grundbausteine der brandenburgisch-preussischen Wirtschaft. Er war gerade einmal 13, als er 1701 den ersten Sitzungen des Geheimen Rates beiwohnte, und kurze Zeit später wurde er in andere Regierungsinstitutionen eingeführt.

Friedrich Wilhelm war also mit den Mechanismen des Regierens bereits vertraut, als 1709/10 der gleichzeitige Ausbruch der Pest und einer Hungersnot in Ostpreussen die Monarchie in eine ernste Krise stürzte. Die Epidemie, die vermutlich beim Durchzug sächsischer, schwedischer und russischer Truppen in die Region eingeschleppt worden war, kostete etwa 250.000 Menschen das Leben, das war ungefähr ein Drittel der ostpreussischen Bevölkerung. In einer Chronik der kleinen Stadt Johannisburg im Süden des Königreiches unweit der polnischen Grenze hielt ein Zeitgenosse fest, dass die Stadt zwar 1709 von der Pest verschont geblieben sei, doch sei diese 1710 mit noch grösserer Heftigkeit zurückgekehrt und habe «beide Prediger, beide Lehrer der Schule und die meisten Mitglieder des Magistrats in das Grab [gebracht]. Die Stadt war von Menschen so entleeret worden, dass der Markt ganz mit Gras bewachsen war, und überhaupt nur vierzehn Bürger am Leben blieben.»[30] Die Folgen der Epidemie wurden dadurch noch verschlimmert, dass eine Hungersnot die Bevölkerung bereits dezimiert und die Widerstandskräfte der Überlebenden geschwächt hatte. Tausende von Bauernhöfen und Hunderte von Dörfern wurden aufgegeben. In den besonders schwer betroffenen Gebieten kam das wirtschaftliche Leben vollständig zum Erliegen. Da die Gegenden mit den höchsten Sterblichkeitsziffern im östlichen Ostpreussen lagen, wo der grösste Teil des Landes im Besitz der Krone war, kam es bei den Einnahmen zu einem plötzlichen Einbruch. Es erwies sich, dass weder die Zentral- noch die Provinzverwaltung in

der Lage waren, effektive Massnahmen gegen das Fortschreiten der Katastrophe einzuleiten. Einige der wichtigsten Minister versuchten sogar, das Ausmass der Krise vor dem Monarchen zu verheimlichen.

Durch das Desaster in Ostpreussen traten die Ineffektivität und Korruptheit der Minister und hochrangigen Beamten, von denen nicht wenige Günstlinge des Königs waren, mit aller Macht zutage. Am Hofe des Königs formierte sich eine Fraktion – zu der auch Kronprinz Friedrich Wilhelm gehörte –, die es sich zum Ziel setzte, den führenden Minister Kolbe von Wartenberg und seine Spiessgesellen zu stürzen. Im Rahmen einer offiziellen Untersuchung wurden Veruntreuungen und Unterschlagungen von gigantischen Ausmassen aufgedeckt. Wartenberg musste zurücktreten. Sein enger Vertrauter Wittgenstein wurde in der Festung Spandau eingekerkert, mit einer Geldstrafe von 70.000 Talern belegt und anschliessend verbannt. Diese Episode war für Friedrich Wilhelm prägend. Zum ersten Mal war er unmittelbar in das politische Geschehen verwickelt. Zugleich war es ein Wendepunkt in der Herrschaft seines Vaters, der von diesem Zeitpunkt an die Macht langsam an seinen Sohn übertrug. Vor allem aber löste das Debakel in Ostpreussen beim Kronprinzen einen Feuereifer für institutionelle Reformen und einen tief sitzenden Hass auf Korruption, Verschwendung und Ineffizienz aus.[31]

Wenige Jahre nach seiner Thronbesteigung hatte Friedrich Wilhelm I. die brandenburgisch-preussische Verwaltungslandschaft verwandelt. Der organisatorische Konzentrationsprozess, der unter dem Grossen Kurfürsten eingeleitet worden war, wurde weitergeführt und beschleunigt. Mit Ausnahme der Steuern wurde die Verwaltung aller Abgaben im gesamten brandenburgisch-preussischen Staatsgebiet zentralisiert. Am 27. März 1713 wurden das Oberdomänendirektorium, das die Krongüter verwaltete, und die Hofkammer zum Generalfinanzdirektorium zusammengelegt. Die Kontrolle über die Staatsfinanzen lagen nunmehr in den Händen von nur zwei Institutionen: des Generalfinanzdirektoriums, das vor allem mit den Einkünften aus den Krongütern befasst war, und des Generalkommissariats, deren Aufgabe die Erhebung der Akzise in den Städten und der Kontribution auf dem Land war. Dadurch kam es allerdings auch zu neuen Spannungen, denn die beiden Behörden, deren Zuständigkeiten sich an mehreren Stellen überschnitten, wurden bald erbitterte Konkurrenten. Das Generalfinanzdirektorium und seine nachgeordneten Provinzbehörden be-

schwerten sich regelmässig, die überzogenen Forderungen des Kommissariats würden dazu führen, dass Pächter mit der Zahlung ihrer Raten in Rückstand gerieten. Das Generalfinanzdirektorium seinerseits versuchte, seine Pachteinnahmen zu erhöhen, indem es Pächter dazu ermunterte, auf dem Lande kleine Unternehmungen wie Brauereien und Manufakturen zu gründen – woraufhin das Kommissariat einwandte, derartige Unternehmungen würden für städtische Steuerzahler einen Wettbewerbsnachteil darstellen, da sie ausserhalb von Städten lägen und nicht der Akzise unterworfen seien. Nach reiflicher Überlegung beschloss Friedrich Wilhelm 1723, dass die Lösung darin bestand, die Kompetenzen beider Konkurrenten in einem Superministerium zu vereinen, das den sperrigen Namen «General-Ober-Finanz- Kriegs-und-Domänen-Direktorium» trug, in der Regel aber einfach als Generaldirektorium bezeichnet wurde. Zwei Wochen später war die so entstandene Behörde derart ausgedehnt worden, dass sie auch alle nachgeordneten Ämter der beiden Mutterbehörden auf der Ebene der Provinzen und Kommunen umfasste.[32]

An der Spitze des Generaldirektoriums installierte Friedrich Wilhelm eine «kollegiale» Struktur der Entscheidungsfindung. Jedes Mal wenn eine Entscheidung anstand, mussten sich alle Minister am Beratungstisch der jeweiligen Abteilung versammeln. An der einen Seite des Tisches sassen die Minister, an der anderen die Geheimräte der betroffenen Abteilung. An der Stirnseite wurde ein Stuhl für den König freigelassen – eine reine Pro-forma-Massnahme, da der König so gut wie nie an den Sitzungen teilnahm. Dieses kollegiale System hatte mehrere Vorteile: Es sorgte für Transparenz bei Entscheidungsprozessen und verhinderte damit (in der Theorie), dass einzelne Minister sich eigene Imperien aufbauen konnten, wie es für die vorangegangene Regierungszeit so charakteristisch gewesen war. Es stellte sicher, dass regionale und persönliche Interessen und Vorurteile sich gegenseitig die Waage hielten. Es führte zu einem Maximum an relevanten Informationen, die den Entscheidungsträgern zur Verfügung standen. Vor allem aber regte es die Beamten zu einer ganzheitlichen Sichtweise an. Friedrich Wilhelm versuchte dieser Entwicklung Vorschub zu leisten, indem er die ehemaligen Beamten des Generalfinanzdirektoriums dazu anhielt, ohne jede Scheu von ihren Kollegen vom Generalkommissariat zu lernen, und umgekehrt. Er drohte sogar damit, interne Untersuchungen durchzuführen, um zu überprüfen, ob der Informationsaustausch zwischen den Beamten ehemals konkurrierender Behörden reibungslos vonstatten ging. Das Ziel war

letztlich, die Spezialkenntnisse vieler Einzelner in einer organischen, überregionalen Organisation zu bündeln.[33]

Nichtsdestotrotz unterschied sich das Generaldirektorium ganz erheblich von einer modernen Ministerialbürokratie. Wie in den meisten Regierungsorganen der Exekutive im damaligen Europa waren die Zuständigkeiten nicht in erster Linie nach Tätigkeitsbereichen aufgeteilt, sondern nach einem Mischsystem, bei dem regionale Geschäftsbereiche durch die Verantwortung für bestimmte Politikfelder ergänzt wurden. Das II. Departement des Generaldirektoriums zum Beispiel war zuständig für die Kurmark und Magdeburg sowie für Unterhalt und Einquartierung der Truppen. Im III. Departement war neben der Verantwortung für Kleve, Mark und verschiedene andere Enklaven die Verwaltung des Salzmonopols und der Post angesiedelt. Zudem blieb die Abgrenzung der verschiedenen Kompetenzbereiche innerhalb der neuen Behörde schwammig, sodass es bis weit in die 1730er Jahre hinein immer wieder zu internen Konflikten über Zuständigkeitsfragen kam. Mit anderen Worten: Die Querelen zwischen den Institutionen, die der eigentliche Grund für die Schaffung des Generaldirektoriums gewesen waren, wurden nicht gelöst, sondern internalisiert und überkreuzten sich ausserdem mit neuen strukturellen Spannungen zwischen den Städten, Provinzen und der Zentralregierung.[34]

Die Anstellungsbedingungen und das allgemeine Ethos des Generaldirektoriums hingegen wirken aus heutiger Sicht durchaus vertraut. Von den Ministern wurde erwartet, dass sie im Sommer morgens um sieben zusammentraten, im Winter um acht. Es wurde vorausgesetzt, dass sie an ihren Schreibtischen blieben, bis alle anstehenden Aufgaben erledigt waren. Samstags mussten sie ins Büro kommen und die Buchführung für die vergangene Woche prüfen. Wenn sie an einem Tag eine bestimmte Anzahl von Arbeitsstunden überschritten, war ihnen auf Kosten der Verwaltung eine warme Mahlzeit zuzubereiten. Diese wurde allerdings in zwei Schüben serviert, sodass die eine Hälfte der Minister weiterarbeiten konnte, während die andere Hälfte ass. Hier liegen die Ursprünge jener von Überwachung, Regulierung und Routine geprägten Welt, die allen modernen Bürokratien gemeinsam ist. Im Vergleich zu den Ministerposten zur Zeit des Grossen Kurfürsten oder Friedrichs I. bot sich im Generaldirektorium weniger Gelegenheit zur unrechtmässigen Selbstbereicherung. Ein System der heimlichen Überwachung und Berichterstattung, von der jede Ebene der Hierar-

chie erfasst wurde, stellte sicher, dass der König – zumindest in der Theorie – über Unregelmässigkeiten umgehend unterrichtet wurde. Schwere Vergehen wurden mit Strafen geahndet, die von Entlassung und Bussgeldern über Schadenersatzleistung bis hin zur exemplarischen Hinrichtung am Arbeitsplatz reichten. Berüchtigt war der Fall des ostpreussischen Kriegs- und Domänenrats von Schlubhut, der wegen Unterschlagung vor dem Sessionszimmer der Kriegs- und Domänenkammer in Königsberg erhängt wurde.

Nach der Katastrophe von 1709/10 war Friedrich Wilhelm vor allem um den Zustand Ostpreussens besorgt. Noch unter seinem Vater wurde damit begonnen, verlassene Höfe mit Siedlern aus dem Ausland bzw. aus anderen hohenzollerischen Gebieten zu besetzen. Im Jahr 1715 beauftragte Friedrich Wilhelm einen Adeligen aus einer der führenden Familien der Provinz, Karl Heinrich Truchsess von Waldburg, die Provinzverwaltung zu reformieren. Das Hauptaugenmerk Waldburgs galt den Ungerechtigkeiten des bestehenden Steuersystems, durch das Kleinbauern tendenziell schlechtergestellt wurden. Nach den bisherigen Bestimmungen musste jeder Landbesitzer der Provinz eine pauschale Summe pro Hufe bezahlen. Da die Steuerhebung jedoch nach wie vor in der Hand des Landadels war, drückten die Behörden für gewöhnlich ein Auge zu, wenn adelige Landbesitzer ihren Besitz zu niedrig ansetzten. Die Abgaben kleinbäuerlicher Haushalte hingegen wurden auf das Genaueste überprüft, damit keine einzige Hufe vergessen wurde. Weitere Ungerechtigkeiten ergaben sich dadurch, dass die Bodenqualität und der Ertrag des fraglichen Landes völlig ausser Acht gelassen wurden, sodass Kleinbauern, die meist das weniger ertragreiche Land bewirtschafteten, vergleichsweise grössere Lasten zu tragen hatten als die Grossgrundbesitzer. In den Augen Friedrich Wilhelms war das Problem weniger die Ungleichbehandlung an sich – diese wurde als in jeder sozialen Ordnung inhärent akzeptiert – als die Einnahmeausfälle, die durch dieses System entstanden. Seiner Sorge lag eine Annahme zugrunde, die er mit einigen bekannten Wirtschaftstheoretikern der Zeit teilte. Ihr zufolge führte exzessive Besteuerung zu sinkender Produktivität, weshalb es als eine der wichtigsten Aufgaben eines Souveräns betrachtet wurde, die Finanzkraft seiner Untertanen zu erhalten.[35] Dass sich der König gerade um bäuerliche Haushalte Gedanken machte, war eine Abkehr von der merkantilistischen Theorie und Praxis der vorangegangenen Generation (verkörpert durch den Finanzminister Lud-

wigs XIV., Jean-Baptiste Colbert), die sich auf Kosten der Erzeuger landwirtschaftlicher Produkte auf die Förderung von Handel und Manufakturen konzentrierte.

Der Ausgangspunkt der Reform in Ostpreussen war eine detaillierte Erhebung des Landbesitzes. Dabei stiess man auf eine Fläche von insgesamt fast 6000 Quadratkilometern an abgabepflichtigem Land (etwa 35.000 Hufen), die bisher nicht besteuert worden war. Um die Unterschiede beim Ertrag zu erfassen, wurde anschliessend der gesamte Landbesitz von der Provinzverwaltung klassifiziert. Als diese Massnahmen umgesetzt waren, wurde in der gesamten Provinz der «Generalhufenschoss» eingeführt, eine neue, von der Bodenqualität abhängige Steuer. In Verbindung mit neuen, einheitlichen und transparenteren Pachtbedingungen für Höfe, die zum Krongut gehörten, sorgten die Reformen Waldburgs in Ostpreussen für einen steilen Anstieg der landwirtschaftlichen Produktivität und der Einnahmen der Krone.[36]

Die Einführung des Generalhufenschosses war noch nicht abgeschlossen, da setzte Friedrich Wilhelm einen langwierigen Prozess in Gang, der als «Allodifikation der Lehen» bezeichnet wurde. Der Ausdruck bezog sich auf die Abschaffung bürokratischer Regelungen, die auf die Feudalzeit zurückgingen, als Adelige ihr Land als «Vasallen» des Königs «besassen». Verkauf und Vererbung von Grundbesitz wurden dadurch erschwert, dass stets die Ansprüche der Erben und Nachkommen der Voreigentümer beachtet werden mussten. Ab sofort war der Verkauf eines Adelssitzes endgültig, und dadurch wurden neue Anreize für Investitionen und agrarische Innovationen geschaffen. Als Gegenleistung dafür, dass ihr Land als «allodial» eingestuft wurde (d.h. als volles Eigentum, an das keinerlei feudale Verpflichtungen geknüpft waren), musste der Adel der regelmässigen Besteuerung zustimmen. Das Verfahren war sehr komplex, da die lehensrechtlichen Gesetze und Gebräuche in jeder Provinz verschieden war. Zugleich war es sehr unpopulär, denn der Adel hing sehr an seiner traditionellen Steuerfreiheit, wohingegen sich sein Unmut über die mittlerweile weitgehend obsoleten und nur noch in der Theorie bestehenden feudalen Verpflichtungen eher in Grenzen hielt. In ihren Augen war die Allodifikation nichts als ein schlauer Vorwand, um ihre überkommenen fiskalischen Privilegien auszuhöhlen – und damit hatten sie nicht ganz Unrecht. In vielen Provinzen bedurfte es jahrelanger Verhandlungen, ehe die neue Steuer eingeführt werden konnte. In Kleve und Mark kam überhaupt keine Einigung zustande, sodass die Steuer per «Zwangsexekution» eingetrieben werden musste. Auch im erst kürzlich er-

worbenen Herzogtum Magdeburg kam es zu heftigem Widerstand; 1718 und 1725 erreichten Adelsdeputierte aus dieser Provinz, dass der kaiserliche Hof in Wien sich ihrer Sichtweise anschloss.[37]

Diese fiskalischen Initiativen wurden von zahlreichen weiteren Massnahmen flankiert, die zur Steigerung der Einnahmen beitragen sollten. Dank enormer Anstrengungen konnten innerhalb von zehn Jahren die Sümpfe im Havelland, die 1675 dem schwedischen Heer zum Verhängnis geworden waren, trockengelegt und 15.000 Hektar fruchtbares Acker- und Weideland gewonnen werden. Gleichzeitig begann man mit der Trockenlegung des Oder-, Warthe- und Netzebruchs, ein gigantisches Projekt, das erst unter dem Nachfolger Friedrich Wilhelms vollendet werden sollte: Unter der Leitung der Trockenlegungskommission wurden etwa 500 Quadratkilometer Sumpfland urbar gemacht, die zum Überflutungsgebiet der Oder gehört hatten. Da zu dieser Zeit die Bevölkerungszahl als wichtigster Massstab wirtschaftlicher Blüte galt, legte Friedrich Wilhelm Siedlungsprogramme auf, um in bestimmten Regionen die Produktivität zu steigern und Manufakturen zu fördern. So wurden im äussersten Osten Ostpreussens protestantische Einwanderer aus Salzburg angesiedelt. Hugenottische Textilarbeiter wurden nach Halle geschickt, in der Hoffnung, dass man so die Dominanz sächsischer Importe im hohenzollerischen Herzogtum Magdeburg eindämmen könnte.[38] Durch eine ganze Reihe von Massnahmen in den 1720er und 1730er Jahren wurden zahlreiche Rechte und Privilegien der Zünfte in den einzelnen Regionen abgeschafft und damit der Arbeitsmarkt auf dem Herstellungssektor vereinheitlicht.[39]

Ein Thema, das die Regierung besonders beschäftigte, war die Getreidewirtschaft. Getreide war das grundlegendste aller Produkte – es stellte den Löwenanteil aller wirtschaftlichen Transaktionen und den Grossteil dessen, was die Menschen in ihrem täglichen Leben benötigten. Mit seiner Getreidepolitik verfolgte der König zwei Ziele: Erstens wollte er brandenburgisch-preussische Getreideproduzenten und -händler vor Importen schützen – die grösste Sorge war in diesem Zusammenhang das Getreide von polnischen Gütern, war es doch von hervorragender Qualität und kostete weniger.[40] Dieses Ziel versuchte man mit hohen Zöllen und Massnahmen gegen Schmuggler zu erreichen. Inwiefern es den Behörden gelang, den illegalen Zustrom von Getreide aufzuhalten, ist schwer zu sagen. Es sind zahlreiche Fälle dokumentiert, in denen Schmuggler erwischt wurden, von kleinen Gruppen polnischer Bauern, die sich als Unterta-

nen der Mark ausgaben und einige Scheffel Schmuggelgetreide bei sich trugen, bis hin zu aufwendigeren Unternehmungen, wie der Bande mecklenburgischer Schmuggler, die 1740 heimlich 13 Wagenladungen Getreide in die Uckermark verfrachten wollten.[41]

Um zu verhindern, dass bei Missernten die Preise ein Niveau erreichten, das die Manufakturen und den Handel in den Städten gefährdete, erweiterte Friedrich Wilhelm zweitens das Netz von Getreidespeichern, mit dessen Hilfe der Grosse Kurfürst sein stehendes Heer versorgt hatte. Diese Speicher waren auch unter Friedrich I. weiter genutzt worden, aber wie das Desaster von 1709/10 zeigte, waren sie zu klein und in einem zu schlechten Zustand, als dass sie die Versorgung der Bevölkerung hätten sicherstellen können. Ab den frühen 1720er Jahren liess Friedrich Wilhelm insgesamt 21 grosse Speicher errichten, die einen doppelten Zweck erfüllen sollten: einerseits den Bedürfnissen des Heeres zu genügen, und andererseits eine wichtige Rolle bei der Stabilisierung des heimischen Getreidemarktes zu übernehmen. Die Kommissariate und Kammern in den Provinzen wurden angewiesen, den Getreidepreis so stabil wie möglich zu halten, indem sie bei niedrigen Preisen die Speicher füllten und in Zeiten von Knappheit das Getreide wieder verkauften. Das neue System bewies seine Leistungsfähigkeit in den Jahren 1734 bis 1737 und noch einmal 1739, als die Regierung die sozialen und wirtschaftlichen Folgen einer Reihe von mageren Ernten durch den Verkauf günstigen Getreides abfedern konnte. Einer der letzten Befehle des Königs war die Anweisung an das Generaldirektorium vom 31. Mai 1740, seinem Todestag, die Getreidespeicher in Berlin, Wesel, Stettin und Minden wieder aufzufüllen, bevor der Winter hereinbrach.[42]

Selbstverständlich waren den wirtschaftlichen Erfolgen Friedrich Wilhelms I. gewisse Grenzen gesetzt, und manches lag ausserhalb seines Horizonts. Er teilte die in seiner Zeit weit verbreitete merkantilistische Vorliebe für Vorschriften und Regelungen. Seine Politik unterschied sich deutlich von der des Grossen Kurfürsten, der stärker am Handel interessiert war und die Kolonie Gross Friedrichsburg an der Westküste Afrikas erworben hatte, weil er sich einen Zuwachs beim Handel mit Kolonialwaren erhoffte. Friedrich I. hatte aus sentimentalen Gründen an der kränkelnden Kolonie festgehalten, aber Friedrich Wilhelm verkaufte sie 1721 an die Niederlande. Er habe diesen Handelsunfug schon immer für eine «Chimäre» gehalten. [43] Ähnlich gering schätzte er die Bedeutung des Handels und der Infrastruktur im Inneren ein. Einer Integration der Märkte in-

nerhalb seines Herrschaftsgebiets hat er sich nie ernsthaft angenommen. Zwar wurden während seiner Regierung der Bau eines Kanals zwischen Oder und Elbe beschleunigt, ein einheitliches System für das Wiegen von Getreide eingeführt und trotz lokaler Proteste die Binnenzölle in Massen reduziert. Dennoch gab es auch weiterhin eine Vielzahl von Hemmnissen für den Gütertransport durch die hohenzollerischen Gebiete. Selbst innerhalb Brandenburgs wurden an den Provinzgrenzen weiterhin Zölle erhoben, und es wurden kaum Anstrengungen unternommen, die Randgebiete im Osten und Westen zu integrieren, die in wirtschaftlicher Hinsicht wie ausländische Fürstentümer behandelt wurden. Beim Tod des Königs im Jahre 1740 trennten Brandenburg-Preussen Welten von einem integrierten Binnenmarkt.[44]

Unter Friedrich Wilhelm wurde die Konfrontation zwischen einem erstarkenden Königtum und den traditionellen Eliten auf der Ebene der Verwaltung ausgetragen. Im Gegensatz zu seinen Vorgängern weigerte sich Friedrich Wilhelm bei seinem Regierungsantritt, die traditionellen «Zugeständnisse» an den Provinzadel zu unterzeichnen. Es gab keine theatralischen Streitgespräche auf den Landtagen (die in seiner Regierungszeit in den meisten Gegenden ohnehin immer seltener wurden). Stattdessen wurden die traditionellen Privilegien der Adelsschichten durch schrittweise Massnahmen nach und nach abgebaut. Wie wir gesehen haben, wurde die althergebrachte Steuerfreiheit des Landadels beschnitten. Einrichtungen, die ursprünglich im Dienst lokaler Interessen gestanden hatten, wurden zusehends der Autorität der Zentralverwaltung untergeordnet. Die Reisefreiheit des Adels, sei es zur Erholung oder im Zuge des Studiums, wurde eingeschränkt, und das bedeutete, dass die Eliten in den brandenburgisch-preussischen Provinzen allmählich von den kosmopolitischen Netzwerken des Heiligen Römischen Reiches abgeschnitten wurden.

Dieser Prozess war mehr als ein blosses Abfallprodukt der Zentralisierung. Der König betonte ausdrücklich die Notwendigkeit, die Position des Adels zu schwächen, und sah sich dabei als Fortsetzer eines historischen Projekts, das sein Grossvater begonnen hatte, der Grosse Kurfürst. «Was der adell anlanget», bemerkte er einmal mit Blick auf Ostpreussen, «haht er vor diesen grohsse Privilégia gehabt, die der Kurfürst Friedrich Wilhelm durch die suwerenitet unterbrochen hat und ich anno 1715 durch den gennerahlhubenschos genst[lich] unter den gehohrsam gebracht habe.»[45] In der Zentralverwaltung, mit deren Hilfe

er seine Ziele umsetzte, wurden Stellen gezielt mit Bürgerlichen besetzt (die für ihre Dienste in der Regel geadelt wurden), um auszuschliessen, dass die Verwaltung sich mit den Interessen des Adels solidarisierte.[46] Aber seltsamerweise fand Friedrich Wilhelm I. immer wieder fähige Adelige – wie den Truchsess von Waldburg –, die bereit waren, ihn bei der Durchsetzung seiner Politik zu unterstützen, auch wenn es auf Kosten ihrer Standesgenossen geschah. Die Beweggründe für ein derartiges Verhalten sind nicht leicht zu durchschauen. Manche Adelige konnten schlicht für die Vision des Königs von einer straffen Verwaltung gewonnen werden, andere waren vermutlich dem provinziellen Adelsmilieu entfremdet, oder sie bewarben sich bei der Verwaltung, weil sie Geld brauchten. Die Eliten der Provinzen waren alles andere als eine homogene Gruppe; Rivalitäten zwischen Familien oder Fraktionen waren an der Tagesordnung, und allzu oft verstellten lokale Interessenkonflikte den Blick auf wichtigere Fragen. Friedrich Wilhelm trug dieser Tatsache Rechnung, indem er es vermied, ein kategorisches Urteil zu fällen. «Mit den semtlichen adell aus alle Prowincen», riet er seinem Nachfolger in der Instruktion von 1722, «müsset Ihr obligant genedig umbgehen und die guthen vor den schlimmen vor ausziehen und die treuen distingiren.»[47]

Das Heer

«Vom Entschluss des neuen Königs, sein Heer auf 50.000 Mann zu vergrössern, werden Eure Exzellenz schon gehört haben. [...] Als ihm der Militärhaushalt vorgelegt wurde, notierte er am Rande die folgenden Worte: Ich werde meine Streitkräfte auf 50.000 Mann aufstocken, aber das sollte niemanden beunruhigen, ist mein Heer doch meine einzige Freude.»[48]

Als Friedrich Wilhelm den Thron bestieg, zählte das brandenburgische Heer 40.000 Mann. Als er im Mai 1740 starb, hatte er es auf über 80.000 vergrössert. Brandenburg-Preussen verfügte damit über eine Armee, die in den Augen der Zeitgenossen in keinem Verhältnis zu seiner Bevölkerung und seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit stand. Der König rechtfertigte die enormen Ausgaben mit dem Hinweis, dass nur ein gut ausgebildetes und aus eigenen Mitteln unterhaltenes Heer ihm jene aussenpolitische Autonomie verschaffen könne, die seinem Vater und Grossvater verwehrt geblieben war.

9. Porträt des Grenadiers James Kirkland, Soldat in der Königlichen Garde Friedrich Wilhelms I., gemalt von Johann Christof Merk, um 1714.

In gewisser Hinsicht war das Heer jedoch ein Selbstzweck – ein Eindruck, der dadurch bestätigt wird, dass Friedrich Wilhelm zeitlebens davor zurückschreckte, sein Heer tatsächlich einzusetzen, wenn es darum ging, ein aussenpolitisches Ziel zu erreichen. Für Friedrich Wilhelm war das Militär so anziehend, weil es so ordentlich war. Ab Mitte der 1720er Jahre trug er regelmässig die Uniform eines preussischen Leutnants oder Hauptmanns, und er konnte sich nichts Schöneres vorstellen, als uniformierten Männern dabei zuzusehen, wie sie in immer neuen Formationen über einen Paradeplatz marschierten. (Er liess sogar einige königliche Lustgärten einebnen und für seine Zwecke umgestalten. Wann immer möglich, arbeitete er in einem Zimmer mit Ausblick auf einen Exerzierplatz.) Zu dem Wenigen, was er sich an verschwenderischer Prachtentfaltung zugestand, gehörte die Aufstellung eines Regiments mit aussergewöhnlich hoch gewachsenen Soldaten in Potsdam, bekannt als die «Langen Kerls». Um diese ungewöhnlich grossen Männer in ganz Europa zu rekrutieren, wurden immense Summen verschleudert. Manche von ihnen waren aufgrund ihrer Körpergrösse so behindert, dass sie für den Militärdienst eigentlich ungeeignet waren. Verewigt wurden sie auf vom König in Auftrag gegebenen Ganzporträts, auf denen in schlichtem realistischem Stil turmhoch aufragende Männer mit Händen wie Teller abgebildet sind. Natürlich war das Heer ein politisches Instrument, aber zugleich war es der Mensch gewordene und institutionelle Ausdruck der Weltanschauung dieses Königs. In diesem geordneten, hierarchischen, männlich geprägten System stellte der Einzelne seine Interessen und seine Identität hinter das Ganze zurück, die Autorität des Königs war ohne Einschränkungen aner-

kannt, und Rang unterschiede waren nicht durch Stand oder Dekorum, sondern durch praktische Gründe bedingt. Damit kam es seiner Vision von einer idealen Gesellschaft sehr nahe.

Friedrich Wilhelm machte sich schon vor seiner Thronbesteigung Gedanken über die Reform des Militärs. Dies zeigt sich an den Richtlinien, die der 19-jährige Kronprinz im Jahr 1707 dem Kriegsrat vorschlug. Alle Kanonen der Infanterie, argumentierte er, sollten das gleiche Kaliber haben, sodass für alle Typen Standardgeschosse benutzt werden könnten; alle Einheiten sollten das gleiche Bajonett verwenden; alle Männer eines Regiments sollten den gleichen, vom Befehlshaber festgelegten Dolch tragen; selbst die Patronentaschen und -gurte sollten nach einem einheitlichen Muster angefertigt werden.[49] Eine wichtige Innovation in seinen frühen Jahren als militärischer Befehlshaber war, dass er in seinem Regiment eine neue, härtere Form des Paradedrills anwendete, mit dem die Manövrierfähigkeit grosser Truppenverbände in schwierigem Gelände verbessert, und gleichzeitig sichergestellt werden sollte, dass der Feind ohne Unterbrechung und möglichst effektiv unter Beschuss genommen werden konnte. Nachdem Friedrich Wilhelm im Spanischen Erbfolgekrieg preussische Truppen in Aktion gesehen hatte, 1709 in der Schlacht bei Malplaquet, wurde der neue Drill nach und nach im gesamten brandenburgisch-preussischen Heer eingeführt.[50]

In seinen ersten Regierungsjahren bestand die wichtigste Beschäftigung des Königs darin, das Heer so schnell wie möglich zu vergrössern. Anfänglich geschah dies vor allem durch Zwangsrekrutierung. Die Zuständigkeit für die Aufstellung von Truppen wurde den Zivilbehörden entzogen und den Befehlshabern der einzelnen Regimenter übertragen. Da sie praktisch von niemandem kontrolliert wurden, waren die Rekrutierungsoffiziere bald gehasst und gefürchtet, vor allem bei der Bevölkerung von Dörfern und Kleinstädten, wo sie nach hoch gewachsenen Bauern und stämmigen Handwerksgesellen Ausschau hielten. Oft kam es bei der Zwangsrekrutierung zu Blutvergiessen, und in manchen Fällen wurden angehende Rekruten beim Versuch, ihrer habhaft zu werden, sogar getötet. Aus allen Provinzen hagelte es Beschwerden.[51] Diese erste Phase der Zwangsrekrutierungen verlief so dramatisch, dass sie eine Panikwelle auslöste. «[Seine Majestät] greift bei der Aushebung [seiner Truppen] zu solch übereilten Massnahmen, als schwebte er in grosser Gefahr», schrieb der britische Gesandte William Breton am 18. März 1713, kaum drei Wochen nach dem Regierungs-

antritt des neuen Königs. «Bauern werden zum Dienst gezwungen, und Handwerkersöhne nicht selten direkt aus der Werkstatt geholt. Wenn es so weitergeht, dann wird hier bald der Markt zusammenbrechen und viele werden aus dem Land fliehen [...] «[52]

Angesichts der chaotischen Zustände, die die Zwangsrekrutierungen auslösten, änderte der König seine Strategie und machte dieser Praxis ein Ende.[53] An ihre Stelle trat eine ausgeklügelte Form der Konskription, die als «Kantonsystem» bekannt ist. In einer Anordnung vom Mai 1733 wurde verkündet, dass alle Männer im dienstfähigen Alter zum Dienst in der königlichen Armee verpflichtet seien und dass jeder als Deserteur bestraft werde, der das Land verlasse, um dieser Pflicht zu entgehen. Weiterhin wurde jedem Regiment ein Bezirk bzw. Kanton zugewiesen, innerhalb dessen alle jungen Männer im dienstfähigen Alter in Regimentslisten eingeschrieben («enrolliert») wurden. Die Zahl derer, die sich für ein Regiment freiwillig meldeten, konnte somit durch Wehrpflichtige aus dem entsprechenden Kanton ergänzt werden. Schliesslich wurde ein System entwickelt, nach dem Soldaten in ihre Gemeinden zurückkehren konnten, sobald sie die Grundausbildung absolviert hatten. Sie wurden dann bis zum Ruhestand als Reservisten geführt, die zwei bis drei Monate im Jahr an Auffrischungstrainings teilnehmen mussten, ansonsten aber (mit Ausnahme von Kriegszeiten) in ihren Beruf zurückkehren konnten. Um die wirtschaftlichen Auswirkungen der Konskriptionen weiter abzufedern, wurden bestimmte Personengruppen vom Kriegsdienst freigestellt, darunter Bauern mit eigenem Hof, Handwerker und Arbeiter in bestimmten Wirtschaftszweigen, die für den Staat von Interesse waren, Regierungsbeamte und einige andere.[54]

Alle diese Innovationen zusammengenommen führten zu einem völlig neuen Militärsystem, auf dessen Grundlage der brandenburgisch-preussischen Krone eine stattliche und gut ausgebildete Armee zur Verfügung stand, ohne dass die Zivilwirtschaft ernsthaften Schaden genommen hätte. Im Ergebnis konnte Brandenburg-Preussen zu einer Zeit, da die meisten europäischen Armeen noch sehr stark von ausländischen Rekruten und Söldnern abhängig waren, zwei Drittel seiner Soldaten aus den Reihen der eigenen Untertanen rekrutieren und die viertgrösste Armee in Europa aufbieten, obwohl es nur an zehnter bzw. dreizehnter Position lag, was Fläche und Bevölkerung anbelangte. Man kann ohne Übertreibung sagen, dass die machtpolitischen Unternehmungen Friedrichs des Grossen ohne den militärischen Apparat, den sein Vater aufgebaut hatte, undenkbar gewesen wären.

Das Kantonsystem führte nicht nur zu einer erheblichen Vergrösserung der militärischen Schlagkraft des Staates, es hatte zugleich weitreichende soziale und kulturelle Auswirkungen. Keine Massnahme hat stärker zur Entmachtung des Adels beigetragen als die Umstrukturierung des brandenburgisch-preussischen Heeres. Gleich zu Beginn seiner Regierung verbot Friedrich Wilhelm Mitgliedern des Landadels, in ausländische Dienste zu treten oder auch nur das Land zu verlassen, ohne vorher eine entsprechende Erlaubnis einzuholen. Ausserdem liess er eine Liste aller Söhne aus adeligen Familien erstellen, die zwischen zwölf und achtzehn Jahre alt waren. Mit Hilfe dieser Liste wurde eine Schar von Jungen ausgewählt, die fortan an der neu gegründeten Kadettenschule in Berlin ausgebildet wurde (im Gebäude der Akademie, an der Gundling einst gelehrt hatte). Obwohl einige Adelsfamilien heftig protestierten und das System zu umgehen versuchten, beharrte der König auf seiner Politik zur Elitenrekrutierung. Es kam durchaus vor, dass junge Adelige aus widerspenstigen Familien in Gewahrsam genommen und nach Berlin abgeführt wurden. Im Jahr 1738 veranlasste Friedrich Wilhelm, dass fortan jährlich alle jungen Adeligen erfasst wurden, die noch nicht in seinen Diensten standen. Ein Jahr später wurden die Landräte angewiesen, alle Söhne der Adeligen in ihrem Bezirk zu untersuchen und jährlich ein angemessenes Kontingent derjenigen, «welche gut aussehen, gesund und von geraden Gliedmassen sind», zum Eintritt in das Kadettenkorps nach Berlin zu schicken.[55] Mitte der 1720er Jahre gab es auf dem Territorium der Hohenzollern kaum mehr eine Adelsfamilie, aus der nicht mindestens ein Sohn dem Offizierskorps angehörte.[56]

Man sollte diesen Prozess allerdings nicht als etwas sehen, was dem Adel einseitig aufgezwungen wurde – die Politik Friedrich Wilhelms war deshalb so erfolgreich, weil er etwas Wertvolles anzubieten hatte: die Aussicht auf ein Gehalt, das einen höheren Lebensstandard ermöglichte, als viele adelige Haushalte ihn sich leisten konnten, eine enge Verbindung mit dem Ansehen und der Autorität der Krone, und den Statusgewinn, der mit einer ehrenwerten Berufung verbunden war, die aristokratische historische Konnotationen hervorrief. Dennoch stellt die Einführung des Kantonsystems in der Beziehung zwischen Krone und Adel unbestreitbar eine Zäsur dar. Von nun an hatte der Staat noch besseren Zugriff auf das Potenzial an Arbeitskräften, das in den Gütern des Landadels steckte, und der Adel verwandelte sich allmählich in eine Dienstleistungskaste. Samuel Benedikt Carsted, Pfarrer von Atzendorf im Herzogtum Magdeburg und

ehemaliger Militärgeistlicher im brandenburgisch-preussischen Heer, hatte durchaus recht, wenn er feststellte, das Kantonsystem sei «der letzte Hauptbeweiss, dass der König Friedrich Wilhelm die vollkommenste Souverenitaet erhalten»[57].

Einer beliebten Sichtweise zufolge wurde mit dem Kantonsystem ein sozio-militärisches System aufgebaut, in dem die hierarchischen Strukturen des Heeres nahtlos mit denen des adeligen Landguts verschmolzen, sodass ein allmächtiger Herrschaftsapparat entstand. Nach dieser Interpretation ist das Regiment eine Art bewaffnete Version des Gutes gewesen, mit dem adeligen Gutsherrn als Befehlshaber und seinen bäuerlichen Untertanen als Soldaten. Die Folge sei eine tief greifende Militarisierung der brandenburgisch-preussischen Gesellschaft gewesen, da die traditionellen ländlichen Herrschaftsstrukturen und die Mechanismen der sozialen Disziplinierung zusehends von militärischen Werten durchdrungen worden seien.[58]

Die Wirklichkeit war vielschichtiger. Es gibt nur sehr wenige Beispiele dafür, dass adelige Grundbesitzer zugleich Befehlshaber lokaler Regimenter waren. Dies war eher die Ausnahme. In bäuerlichen Familien war der Militärdienst sehr unbeliebt, weil junge Männer, die zur Grundausbildung eingezogen wurden, als Arbeitskräfte fehlten.[59] Aus Aufzeichnungen in der Prignitz (nordöstlich von Berlin) geht hervor, dass es eine weit verbreitete Praxis war, den Militärdienst zu vermeiden, indem man über die Grenze ins benachbarte Mecklenburg floh. Um der Dienstpflicht zu entgehen, griffen junge Männer mitunter zu verzweifelten Massnahmen – manche erklärten sich sogar bereit, Frauen in ihren Dörfern zu heiraten, die ihre unehelichen Kinder zur Welt gebracht hatten –, und zum Teil wurden sie dabei von den adeligen Grundbesitzern unterstützt. Auch war es keineswegs so, dass aktive oder inaktive Soldaten eine Stimmung der Unterwürfigkeit und des Gehorsams in die Gutsgemeinschaften hineingetragen hätten. Vielmehr waren sie oft ein unruhestiftendes Element und nutzten gegenüber den dörflichen Behörden ihren militärischen Status aus, durch den sie der örtlichen Rechtsprechung nicht unterworfen waren.[60]

Die Beziehungen zwischen den Gemeinden und dem Militär waren überaus spannungsgeladen, und nicht selten gab es Beschwerden über das tyrannische Verhalten von Offizieren: Wenn sie Rekruten «einsammelten», setzten sich Offiziere mitunter einfach darüber hinweg, dass jemand vom Dienst freigestellt

war; trotz gegenteiliger Bestimmungen wurden Reservisten während der Erntezeit einberufen; und wenn Bauern um eine Heiratserlaubnis ersuchten, erpressten die Offiziere Bestechungsgeld von ihnen (eine Praxis, die so überhandnahm, dass die Anzahl unehelicher Kinder merklich anstieg).[61] Beschwerden kamen auch von Gutsbesitzern, die aufgebracht reagierten, wenn sich jemand in die Angelegenheiten der Bauern einmischte, die ihnen auf ihren Gütern als Arbeitskräfte dienten.

Trotz dieser Schwierigkeiten entwickelte sich eine Art Symbiose zwischen Regimentern und Gemeinden. Obwohl nur ein Bruchteil der männlichen Bevölkerung im wehrfähigen Alter (etwa ein Siebtel) tatsächlich einberufen wurde, wurden in ländlichen Gemeinden fast alle Männer in den Regimentslisten geführt. In der Theorie (wenn auch nicht in der Praxis) basierte das Kantonsystem also auf dem Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht. Die Frage der Freistellungen kam erst ins Spiel, wenn die Registrierung abgeschlossen war. Die Tatsache, dass Reservisten beim Kirchgang ihre komplette Uniform tragen mussten, sorgte dafür, dass das Militär ständig präsent war; auch kam es durchaus vor, dass Soldaten sich freiwillig auf dem Markt- bzw. Dorfplatz zu militärischen Übungen trafen. Was zum Stolz vieler Männer auf ihren militärischen Status beigetragen haben dürfte, war das System der Freistellungen. Dieses führte dazu, dass bevorzugt weniger Begüterte einberufen wurden; tendenziell dienten eher die Söhne besitzloser Landarbeiter als die reicher Bauern. Allmählich stellten Soldaten und Reservisten innerhalb der Dorfgemeinschaften eine weithin sichtbare soziale Gruppierung dar, nicht nur deshalb, weil die Uniform und eine gewisse (affektierte) soldatische Haltung grundlegend für ihr Selbstwertgefühl waren, sondern weil von jeder Altersgruppe die Grössten einberufen wurden. Gelegentlich wurden Jungen, die kleiner als 1,69 Meter waren, zum Dienst als Träger herangezogen, aber in der Regel war eine kleine Statur ein Freischein vom Militärdienst.[62]

Hat das Kantonsystem zur Stärkung der Moral und des Zusammenhalts innerhalb der Regimenter beigetragen? Friedrich II., der das Kantonsystem in drei verlustreichen Kriegen beobachten konnte, war davon überzeugt. In seinem politischen Testament von 1768 schrieb er: «[Die] Bürgersoldaten sind alle aus derselben Gegend; viele von ihnen sind miteinander verwandt oder bekannt. [...] Diese Kantone spornen den Wetteifer an, und Freunde oder Verwandte, die zusammen kämpfen, verlassen einander nicht so leicht.»[63]

Der Vater-Sohn-Konflikt

Wenn man die Geschichte der Dynastie der Hohenzollern nach dem Dreissigjährigen Krieg genauer betrachtet, dann stösst man auf einen Widerspruch. Einerseits ist von Generation zu Generation eine bemerkenswerte Kontinuität der politischen Ziele zu beobachten. Zwischen 1640 und 1797 gab es keine einzige Regentschaft, in der keine Gebietsgewinne zu verzeichnen waren. Wie aus den politischen Testamenten des Grossen Kurfürsten, Friedrichs I., Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs des Grossen hervorgeht, sahen sich diese Landesherren als Teil eines generationenübergreifenden historischen Projekts, bei dem jeder Herrscher die unerreichten Ziele seiner Vorgänger als seine eigenen betrachtete. Daher die Kontinuität der Ziele, die der brandenburgischen Expansion zugrunde lag, daher das weit zurückreichende Gedächtnis dieser Dynastie, mit dessen Hilfe alte Ansprüche reaktiviert wurden, sobald die Zeit dafür reif war.

Im Widerspruch zu dieser scheinbar nahtlosen Kontinuität von einer Generation zur nächsten stand der immer wiederkehrende Konflikt zwischen Vater und Sohn. Erstmals tauchte dieses Problem in den 1630er Jahren auf, am Ende der Regierung Georg Wilhelms. Friedrich Wilhelm (der spätere Grosse Kurfürst) weigerte sich, aus der Republik der Vereinigten Niederlande zurückzukehren, weil er fürchtete, dass sein Vater ihn mit einer österreichischen Prinzessin verheiraten wolle. Er kam sogar zu der Überzeugung, dass Graf Schwarzenberg, der mächtigste Minister Georg Wilhelms, seine Ermordung plane. Am Ende kehrte der Kurprinz 1638 doch an die Seite seines Vaters nach Königsberg zurück, aber ihre Beziehung hatte irreparablen Schaden genommen. Georg Wilhelm behandelte seinen Sohn wie einen Fremden und machte keinerlei Anstalten, ihn mit den Staatsangelegenheiten vertraut zu machen. Im für seinen Nachfolger bestimmten politischen Testament schrieb der Grosse Kurfürst später, wenn ihn sein Vater nicht derart ausgeschlossen hätte, «so were mir meine Regirung im Anfänge nicht so schwer geworden»[64].

Die aus eigener Erfahrung gewonnene Weisheit konnte indes nicht verhindern, dass es am Ende der Regierung des Grossen Kurfürsten zu ähnlichen Spannungen kam. Der Grosse Kurfürst war vom Prinzen Friedrich nie sonderlich beeindruckt gewesen – er bevorzugte den älteren Bruder Karl Emil, der während des Feldzugs von 1674/75 gegen Frankreich ums Leben kam. War

Karl Emil eine talentierte, charismatische Persönlichkeit mit einer natürlichen Neigung zum Militärischen gewesen, so war Friedrich nervös, sensibel und aufgrund einer Kindheitsverletzung behindert. «Mein Sohn ist zu nichts gut», sagte der Kurfürst 1681 zu einem Gesandten aus dem Ausland. Zu diesem Zeitpunkt war Friedrich ein verheirateter Mann von 24 Jahren.[65] Die Beziehung wurde weiter erschwert durch die Kälte und das gegenseitige Misstrauen zwischen Friedrich und der zweiten Frau des Kurfürsten, Dorothea von Holstein-Sonderburg-Glücksburg. Friedrich war der Liebling seiner Mutter gewesen, aber nach ihrem Tode hatte seine Stiefmutter dem Kurfürsten weitere sieben Kinder geboren, die sie naturgemäss dem Nachwuchs aus der ersten Ehe des Kurfürsten vorzog. Auf Drängen Dorotheas erklärte der Grosse Kurfürst sich bereit, für seine jüngeren Söhne zu sorgen, indem er in seinem Testament die Teilung seines Territoriums verfügte – eine Entscheidung, die vor Friedrich geheim gehalten wurde, und die dieser nach seinem Regierungsantritt rückgängig machen konnte.

Somit war das letzte Lebensjahrzehnt des Grossen Kurfürsten von einem zunehmend angespannten Familienklima überschattet. Als 1687 der jüngste Bruder Friedrichs an Scharlach erkrankte und völlig unerwartet starb, war ein Tiefpunkt erreicht. Aus Misstrauen wurde nun regelrechte Paranoia: Friedrich war überzeugt, dass man seinen Bruder vergiftet habe und dass er das nächste Opfer eines Komplotts sein werde, das dem ältesten Sohn aus zweiter Ehe den Weg zur Herrschaft ebnen solle. Er litt in dieser Zeit ständig an Magenschmerzen, was möglicherweise auf die vielen zweifelhaften Pülverchen und Tropfen zurückzuführen war, die er einnahm, um einer Vergiftung vorzubeugen. Während bei Hofe ein Gerücht das andere jagte, floh er zur Familie seiner Frau nach Hannover und weigerte sich, nach Berlin zurückzukehren. Dort sei es nicht sicher für ihn, da sein Bruder eindeutig vergiftet worden sei. Wütend kündigte der Grosse Kurfürst an, er werde den Kurprinzen von der Erbfolge ausschliessen. Erst als Kaiser Leopold und Wilhelm III. von England sich einschalteten, gelang es, die beiden Männer miteinander zu versöhnen, nur wenige Monate, bevor der Vater starb.[66] Es bedarf keiner weiteren Erwähnung, dass es unter diesen Umständen völlig ausgeschlossen war, dass der Kurprinz ordentlich in die Staatsgeschäfte eingewiesen wurde.

Friedrich III., der spätere König Friedrich I., war fest entschlossen, die Fehler seiner Vorgänger zu vermeiden. Er unternahm grosse Anstrengungen, um seinem Sohn eine möglichst umfassende Ausbildung in der Kunst des Regierens

angedeihen zu lassen, und gestand ihm einen weitgehend unabhängigen Bereich zu, in dem er seine Fähigkeiten entfalten konnte. Schon als Jugendlicher erhielt er eine gründliche Einweisung in alle wichtigen Regierungsfelder. Der junge Friedrich Wilhelm war allerdings ein schwieriges und aufsässiges Kind, das seine Lehrer zur Raserei trieb (von seinem geduldig leidenden Privatlehrer Jean Philippe Rebeur hiess es, er wäre als Galeerensklave glücklicher gewesen). Gegenüber seinem Vater jedoch benahm er sich stets höchst respektvoll. In diesem Fall war es die Krise von 1709/10, die für die Vater-Sohn-Beziehung zur Belastungsprobe wurde. Der Kronprinz kritisierte offen die Unfähigkeit und die Misswirtschaft von Ministern, die Günstlinge seines Vaters waren. Friedrich, liebenswürdig bis zuletzt, verhinderte einen nicht wiedergutzumachenden Bruch, indem er seinem Sohn entgegenkam und ihn an der Regierung beteiligte. In den letzten Jahren seiner Regierungszeit kann man von einer Mitregentschaft von Vater und Sohn sprechen. Dieser versöhnliche Ansatz konnte jedoch nichts am Entschluss Friedrich Wilhelms ändern, nach seiner Thronbesteigung jede Spur der verschwenderischen barocken politischen Kultur zu tilgen, die sein Vater entfaltet hatte. Viele bedeutende Regierungshandlungen Friedrich Wilhelms – von den Reformen in Ostpreussen bis zum Kampf gegen Korruption und dem Ausbau der Getreidespeicher – kann man als Reaktion auf die Defizite der Regierung seines Vaters verstehen.

Der kalte Krieg, der zwischen Friedrich Wilhelm und seinem jugendlichen Sohn schwelte, dem späteren Friedrich dem Grossen, stellte alle vorangegangenen Konflikte in den Schatten. Noch nie war die Auseinandersetzung zwischen Vater und Sohn mit einer solchen emotionalen Intensität geführt worden. Oft war es der reinste Nervenkrieg. Die Wurzeln des Konflikts lagen zum Teil im zutiefst autoritären Temperament Friedrich Wilhelms. Da er immer äusserst gewissenhaft darauf geachtet hatte, seinem Vater mit Respekt zu begegnen, selbst wenn er durch die Umstände gezwungen war, sich der oppositionellen Partei anzuschliessen, konnte er es in keiner Weise nachvollziehen, wenn sich sein Nachfolger ihm in irgendeiner Form widersetzte. Hinzu kam, dass er weder begrifflich noch emotional in der Lage war, zwischen seiner eigenen Person und den Errungenschaften seiner Regierung zu unterscheiden, sodass für ihn jede Missachtung seiner Person eine Gefahr für seine historische Leistung, ja für den Staat selbst darstellte. Seiner Ansicht nach musste alles in sich zusammenbre-

chen, wofür er so hart gearbeitet hatte, wenn sein Nachfolger nicht «seinen Glauben, seine Gedanken, seine Neigungen und Abneigungen hätte, kurz, wenn der Thronfolger nicht sein Ebenbild würde»[67]. Schon früh in Friedrichs Leben wurde deutlich, dass er diesen hohen Ansprüchen nicht genügen würde. Er zeigte keinerlei soldatische Neigungen – er fiel ständig vom Pferd und fürchtete sich vor dem Schiessen. Seine Haltung und sein Benehmen waren träge, seine Haare ungepflegt, er schlief lang, war gerne allein und sass häufig in den Räumen seiner Mutter oder seiner Schwester, um Romane zu lesen. Während Friedrich Wilhelm schon als kleiner Junge immer ehrlich, mitunter schonungslos offen gewesen war, war Friedrichs Sprache indirekt und ironisch, als hätte er bereits gelernt, seine wahre Natur vor den misstrauischen Augen des Vaters zu verbergen. «Ich möchte wohl wissen, was in diesem kleinen Kopfe vorgeht», bemerkte der König 1724, als Friedrich zwölf Jahre alt war. «Ich weiss wohl, dass Fritz nicht dieselben Neigungen hat wie ich.»[68]

Die Lösung Friedrich Wilhelms bestand darin, dass er immer mehr Druck auf den Kronprinzen ausübte. Er unterwarf ihn einer zermürbenden Routine von täglich zu erledigenden Aufgaben – Militärparaden, Inspektionsrunden, Ratsversammlungen –, alles auf die Minute genau geplant. Der kaiserliche Botschafter, Reichsgraf Friedrich Heinrich von Seckendorff, bemerkte in einem Brief über den 14-jährigen Friedrich, «dass er bei seinen jungen Jahren so ältlich und so steif aussieht und dahergeht, als ob er schon viele Campagnen getan hätte»[69]. Aber selbst für Seckendorff war klar, dass die Massnahmen Friedrich Wilhelms kaum die erwünschte Wirkung haben würden. Stattdessen verstärkten und steigerten sie nur seinen Widerstand. Friedrich vervollkommnete die Kunst, sich dem Willen seines Vaters mit einer Art verschlagener Höflichkeit zu widersetzen. Als ihn der König im Sommer 1725 bei einer Parade der Magdeburger Regimenter fragte, warum er so oft zu spät komme, antwortete Friedrich (der verschlafen hatte) er brauche nach dem Ankleiden Zeit, um zu beten. Der König wendete ein, der Prinz könne sein Morgengebet ebenso gut sprechen, während er angekleidet werde, worauf der Junge entgegnete: «Ihro Majestät möchten es ihm zu Gnaden halten, wenn man nicht allein wäre, könnte man nicht wohl beten, eine eigene Zeit müsse er wohl zum Gebet haben. In solchem puncto müsse man Gott mehr gehorchen denn den Menschen.»[70]

Ab 1728, nachdem er das Alter von 16 Jahren erreicht hatte, führte der Thronfolger ein Doppelleben. Nach aussen hin fügte er sich dem harten Regime seines

Vaters und erfüllte seine Pflichten. Wenn er sich nicht im Kreis von Vertrauten bewegte, gab er sich kühl und distanziert. Im Geheimen jedoch lernte er Flöte spielen, schrieb Gedichte und häufte Schulden an. Mit Hilfe seines hugenottischen Lehrers Jacques Egide Duhan de Jandun legte er sich eine Bibliothek mit französischen Werken zu, die von freidenkerischen, aufgeklärten literarischen Interessen zeugten, die denen seines Vaters diametral entgegengesetzt waren. Friedrich Wilhelm spürte, dass sein Sohn ihm zunehmend entglitt, und reagierte mit wachsender Gewalttätigkeit. Oftmals schlug und demütigte er den Thronfolger in aller Öffentlichkeit. Einmal, nachdem er ihn besonders brutal misshandelt hatte, soll er ihn angeschrien haben, er hätte sich erschossen, wenn ihn sein Vater so malträtiert hätte.[71]

Ende der 1720er Jahre erhielt die wachsende Antipathie zwischen Vater und Sohn eine politische Dimension. Von 1725 bis 1727 waren Friedrich Wilhelm und seine Frau Sophie Dorothea aus dem Hause Hannover in Verhandlungen über eine mögliche Doppelheirat Friedrichs und seiner Schwester Wilhelmine mit der englischen Prinzessin Amalia bzw. mit dem englischen Thronfolger eingetreten. Aus Furcht, dass durch diese Verbindung ein westlicher Block entstehen könnte, eine Bedrohung Habsburger Interessen, drängte der kaiserliche Hof Berlin, den Plan einer Doppelheirat aufzugeben. In Berlin formierte sich eine kaiserliche Fraktion um den Wiener Botschafter Seckendorff und General Friedrich Wilhelm von Grumbkow, einen Minister und engen Vertrauten des Königs, der offenbar stattliche Bestechungsgelder aus Wien angenommen hatte.

Die Gegenspielerin dieser Fraktion war die Königin Sophie Dorothea, die der Ansicht war, dass die Doppelheirat sowohl im Interesse ihrer Kinder als auch ihrer Dynastie sei, des welfischen Hauses von Hannover und Grossbritannien. Die Leidenschaft, mit der sie diesen Plan verfolgte, grenzte an Verzweiflung und spiegelt zweifellos die Frustration wider, die sich über Jahre hinweg an einem Hof angesammelt hatte, an dem Frauen kaum politischen Spielraum mehr hatten.

Das Netz der Intrigen, das die Diplomaten Englands, Österreichs, Preussens und Hannovers spannen, verdichtete sich, und am Berliner Hof kam es zur Bildung von zwei Fraktionen. Der König, der vor einem Bruch mit Wien zurückschreckte, entzog der Heirat seines Sohnes seine Unterstützung, ergriff Partei für Grumbkow und Seckendorff und wandte sich damit gegen seine Gemahlin. Der Kronprinz dagegen wurde immer tiefer in die Pläne seiner Mutter hineinge-

zogen, bis er ein offener Verfechter der englischen Heirat war. Natürlich setzte der König sich durch, und der Plan einer Doppelheirat wurde fallengelassen. An dieser Stelle lässt sich eine Parallele zu den 1630er Jahren ziehen, als der Kurprinz (und spätere Grosse Kurfürst) sich geweigert hatte, nach Berlin zurückzukehren, weil er glaubte, sein Vater, Kurfürst Georg Wilhelm, und dessen wichtigster Minister Graf Schwarzenberg würden ihn mit einer österreichischen Prinzessin verheiraten.

Im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die «englische Hochzeit» versuchte Friedrich im August 1730, aus Brandenburg-Preussen zu fliehen, eines der dramatischsten und denkwürdigsten Ereignisse in der Geschichte der Hohenzollern. Was den Kronprinzen zu dieser Tat veranlasste, war nicht Empörung über die Politik seines Vaters oder persönliche Enttäuschung darüber, dass der Plan einer Hochzeit mit Prinzessin Amalia geplatzt war (einer Frau, die er nie kennen gelernt hatte). Vielmehr entlud sich angesichts der Kämpfe und Intrigen von 1729/30 alles, was sich an Frustration und Ärger über die Behandlung durch seinen Vater über Jahre hinweg aufgestaut hatte. Friedrich plante seine Flucht im Frühling und Frühsommer des Jahres 1730. Sein wichtigster Mitwisser war ein 26-jähriger Leutnant des Kürassierregiments Gens d'Armes namens Hans Hermann von Katte, ein intelligenter, gebildeter Mann, der sich für Malerei und Musik interessierte und Friedrichs engster Freund geworden war – ein Zeitgenosse berichtet, dass sie miteinander umgegangen seien «wie ein Liebhaber mit seiner Geliebten»[72]. Katte war es, der Friedrich bei den praktischen Vorbereitungen der Abreise unterstützte. Die Flucht war von vornherein zum Scheitern verurteilt. Friedrich und Katte gingen so unvorsichtig vor, dass sie schnell Verdacht erweckten. Der König versetzte die Lehrer und Diener des Kronprinzen in Alarmbereitschaft und liess ihn Tag und Nacht beobachten. Katte hatte geplant, sich unter dem Vorwand einer Rekrutierungsreise von seinem Regiment zu entfernen und Friedrich auf seiner Flucht zu begleiten, aber die Erlaubnis wurde im letzten Augenblick zurückgezogen. Möglicherweise hatte der König erkannt, dass er in die Angelegenheit verstrickt war. Friedrich, der seinen Vater auf einer Reise nach Süddeutschland begleitete, entschloss sich in letzter Minute, den Plan trotzdem durchzuziehen – eine Entscheidung, die in ihrer Waghalsigkeit erahnen lässt, wie aussichtslos ihm seine Lage erschien. In den frühen Morgenstunden des 5. August stahl er sich aus dem Lager davon,

das man in der Nähe des Dorfes Steinsfurt an der Strasse nach Sinsheim aufgeschlagen hatte. Ein Diener, der seine Flucht bemerkte, schlug Alarm, und wenig später hatte man ihn gefangen genommen. Bei Tagesanbruch informierte man seinen Vater.

Friedrich Wilhelm gab Anweisung, seinen Sohn in die Festung Küstrin zu schaffen, jene Festung, wo der Grosse Kurfürst in den düsteren Jahren des Dreissigjährigen Krieges seine Kindheit verbracht hatte. Hier wurde er in ein Verlies gesperrt und gezwungen, die Kleidung eines Sträflings zu tragen. Seinen Bewachern wurde verboten, Fragen des Gefangenen zu beantworten, und die kleine Talgkerze, bei deren Licht er in der Bibel lesen durfte, wurde jeden Abend um sieben Uhr gelöscht.[73] Im Verlauf der anschliessenden Untersuchung wurde der Kronprinz einer ausführlichen Befragung unterzogen. Der Generalauditeur Christian Otto Mylius, der mit der Leitung der Untersuchung beauftragt wurde, erhielt eine Liste von 185 Fragen, die er dem Kronprinzen vorlegen sollte. Dazu gehörten u.a.:

«179: Was er meritire und für eine Strafe gewärtig sei?

180: Was ein Mensch, der seine Ehre bricht und zur Desertion complot macht, was der meritire?

183: Ob er meritire, Landesherr zu werden?

184: Ob er sein Leben wolle geschenket haben oder nicht?

185: Dieweil er sich der Sukzession unfähig gemacht hätte, durch Brechung seiner Ehre, sein Leben zu behalten, ob er wolle die Sukzession abtreten und renunciiren, dass es vom ganzen Römischen Reiche confirmiert werde, um sein Leben zu erhalten?»[74]

Der quälende, obsessive Ton dieser Fragen und die impliziten Anspielungen auf die Todesstrafe geben einen guten Eindruck von der Gemütsverfassung des Königs. Für einen Mann, der besessen war von der Idee der Kontrolle, war offener Ungehorsam das Schrecklichste, was er sich vorstellen konnte. In Friedrichs Antworten spiegelte sich die Subtilität seines Wesens. Auf die Frage 184 erwiderte er nur, dass er sich dem Willen und der Gnade des Königs voll und ganz unterwerfe. Auf Frage 185 antwortete er, «sein Leben wäre ihm so lieb nicht, aber Se. König!. Maj. würden so sehr ungnädig nicht auf ihn werden»[75]. Bemerkenswert ist die Selbstkontrolle, von der die geschickten Antworten des Kronprinzen zeugen, trotz der panischen Angst, die er in jenen Tagen im Angesicht einer ungewissen Zukunft ausgestanden haben muss.

Während das Schicksal Friedrichs noch in der Schwebe war, liess der König seine Wut an dessen Freunden und Helfern aus. Zwei seiner engsten militäri-

schen Gefährten, die Leutnants Spaen und Ingersleben, wurden ins Gefängnis geworfen. Doris Ritter, die 16-jährige Tochter eines Potsdamer Bürgers, mit der Friedrich vorsichtig geflirtet hatte, wurde vom Henker mit der Peitsche durch die Strassen von Potsdam getrieben und in Spandau eingekerkert. Erst 1733 wurde sie wieder freigelassen. Die Hauptlast der Wut des Königs jedoch hatte Hans Hermann von Katte zu tragen. Sein Schicksal ist zur Legende geworden und nimmt im historischen Gedächtnis Brandenburgs eine herausragende Position ein. Das militärische Sondergericht, das über die Verschwörer urteilen sollte, konnte sich nur mit Mühe auf eine angemessene Strafe für Katte einigen. Am Ende entschied es mit einer Stimme Mehrheit auf lebenslange Festungshaft. Friedrich Wilhelm überstimmte dieses Urteil und verhängte die Todesstrafe. Seine Gründe legte er in einer Anweisung vom 1. November 1730 dar. In seinen Augen hatte Katte dadurch, dass er von einem königlichen Eliteregiment desertieren wollte und den Thronfolger bei einem Akt des Hochverrats unterstützt hatte, die schlimmste Form des Majestätsverbrechens begangen. Daher verdiene er die grausamste Form der Exekution, nämlich mit glühenden Zangen zerrissen und aufgehängt zu werden. Mit Rücksicht auf seine Familie jedoch sei der König gewillt, diese Strafe in Enthauptung umzuwandeln – diese sei zu vollstrecken am 6. November in der Festung Küstrin, vor dem Fenster des Kronprinzen.

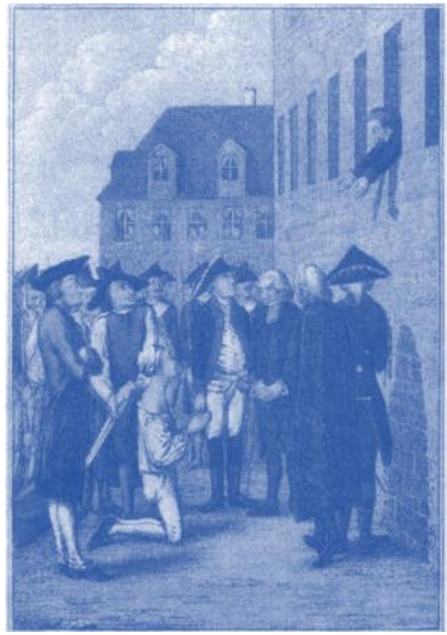
Katte glaubte fest daran, dass der König doch noch Erbarmen haben würde. In einem Brief an Friedrich Wilhelm gestand er seine Vergehen ein, versprach, den Rest seines Lebens ein loyaler Diener zu sein, und bat um Nachsicht. Die Antwort blieb aus. Am 3. November holte eine Abordnung unter dem Befehl eines gewissen Major von Schack den Delinquenten ab und brachte ihn in Etappen von jeweils 30 Kilometern nach Küstrin. Auf dieser Reise, so erinnerte sich von Schack, habe Katte den Wunsch geäussert, er wolle an seinen Vater schreiben (der ebenfalls in der königlichen Armee diente), «und ihn um Vergebung bitten, dass er ihn so sehr betrübt hätte». Man erteilte ihm die Erlaubnis und liess ihn allein, damit er ungestört schreiben konnte. Als von Schack jedoch einige Zeit später wieder in die Kammer trat, fand er einen Gefangenen vor, der unruhig auf und ab ging und klagte, «dass ihm das Schreiben niemalen difficil wäre, allein an seinen Herrn Vater zu schreiben, könnte er vor Betrübnis keinen Anfang finden». Nach dem der Major ihm gut zugeredet hatte, schrieb Katte einen Brief, der mit den Worten begann:

«In Thränen, mein Vater, möcht' ich zerrinnen, wenn ich daran gedenke, dass dieses Blatt Ihnen die grösste Betrübniss, so ein treues Vaterherze empfinden kann, verursachen soll; dass die gehabte Hoffnung meiner zeitlichen Wohlfahrt und Ihres Trostes im Alter mit einmal verschwinden muss [...] ja dass ich schon in der Blüthe meiner Jahre mich neigen muss, ohne vorher Ihnen in der Welt die Früchte Ihrer Bemühungen und meiner erlangten Wissenschaften zeigen zu können.»[76]

Katte verbrachte die Nacht vor seiner Hinrichtung in der Festung Küstrin, wo er mit einem Geistlichen und befreundeten Offizieren betete und sang. Wie ein Zeuge berichtete, wich seine Fröhlichkeit gegen drei Uhr morgens, und man sah «an der couleur des Gesichtes wohl einen harten Kampf des Fleisches und Blutes». Nachdem er jedoch zwei Stunden geschlafen hatte, wachte er erfrischt und gestärkt auf. Am Morgen des 6. November um sieben Uhr führte ihn eine Abordnung zum Ort der Hinrichtung, wo ein kleiner Sandhügel aufgeschüttet worden war. Dem Bericht des Garnisonspredigers Besser zufolge, der Katte auf dem Weg zu seiner Exekution Beistand leisten sollte, kam es in letzter Minute zu einer kurzen Begegnung zwischen dem Verurteilten und dem Kronprinzen, der die Ereignisse vom Fenster seiner Zelle aus beobachtete:

«Er erblickte endlich nach langem sehnlichen Umhersehen seinen geliebtesten Freund, Ihro Königliche Hoheit den Kronprinzen am Fenster des Schlosses, von selbigem er mit höflichen und verbindlichen Worten in französischer Sprache Abschied nahm, mit nicht geringer Wehmuth. [Als das Urteil verlesen worden war und er Hemd, Perücke und Halstuch abgelegt hatte] kniete [er] nieder auf den Sandhaufen und rief: ‚Herr Jesu, nimm meinen Geist auf!' Und als er solchergestalt seine Seele in die Hände seines Vaters befohlen, ward das erlösete Haupt mit einem glücklich gerathenen Streich durch die Hand und Schwert des Scharfrichter Coblentz vom Leibe abgesondert [...]. Ich nahm ferner nichts mehr wahr als einige Zuckungen des Körpers, so vom frischen Geblüt und Leben herrührten.»[77]

Indem er Katte hinrichten liess, hatte Friedrich Wilhelm zugleich eine äusserst schwere Strafe für seinen Sohn gefunden. Als er hörte, welches Schicksal Katte erwartete, flehte Friedrich den König an, er möge ihm erlauben, auf den Thron zu verzichten. Er war sogar bereit, sein Leben für das des Verurteilten zu geben. Die Strafe des Kronprinzen bestand darin, dass er die Hinrichtung vom Fenster seiner Zelle aus verfolgen musste; seine Bewacher hatten Anweisung,



10. Kronprinz Friedrich grüsst Katte durch das Fenster seiner Zelle.
Stich von Daniel Chodowiecki.

sein Gesicht gegen die Gitterstäbe zu pressen, damit ihm nichts entging. Den Leichnam Kattes und den abgetrennten Kopf musste man bis zwei Uhr nachmittags an Ort und Stelle liegenlassen.[78]

Der Tod Kattes wurde zu einem Wendepunkt im Leben Friedrichs. Der Zorn seines Vaters legte sich allmählich, und er begann sich über die Rehabilitation seines Sohnes Gedanken zu machen. Im Lauf der Monate und Jahre wurden die Massnahmen, die Friedrichs Freiheit einschränkten, nach und nach abgebaut. Er durfte die Festung verlassen und in die Stadt Küstrin umziehen. Dort nahm er an den Sitzungen der Kriegs- und Domänenkammer der Stadt teil, einer Unterabteilung des Generaldirektoriums. Nach aussen hin begann für Friedrich eine Zeit der Aussöhnung mit dem strengen Regime seines Vaters. Er gab den unterwürfigen, reuigen Büsser, ertrug klaglos das monotone Leben in der Garnisonsstadt Küstrin und erfüllte gewissenhaft seine Regierungspflichten, wobei er viel Nützliches lernte. Nicht zuletzt fügte er sich dem Wunsch seines Vaters und heiratete Prinzessin Elisabeth Christine von Braunschweig-Bevern, eine Nichte der Kaiserin. Dass die Wahl auf sie fiel, war ein deutlicher Sieg der kaiserlichen Fraktion über diejenigen, die eine englische Heirat vorgezogen hätten.

Stellte diese Episode in Friedrichs Leben ein Trauma dar, das seine Persönlichkeit verändert hat? Kurz bevor Katte in Küstrin geköpft worden war, war er ohnmächtig in die Arme seiner Bewacher gesunken und hatte tagelang panische Angst und Seelenqualen gelitten, nicht zuletzt deshalb, weil er zunächst dachte, seine eigene Hinrichtung stehe noch bevor. Haben die Ereignisse von 1730 bewirkt, dass Friedrich sich eine Fassade zulegte, hart, undurchdringlich und distanziert, die wahre Natur verschlossen in einer Muschelschale? Oder haben sie nur eine Tendenz zur Verstellung vertieft und zementiert, die schon im jugendlichen Kronprinzen ausgeprägt war? Man wird diese Frage letztendlich nie beantworten können.

Was wir mit einiger Bestimmtheit sagen können ist, dass diese Krise einen erheblichen Einfluss auf die Entwicklung seines aussenpolitischen Konzeptes hatte. Österreich war nicht nur massgeblich daran beteiligt gewesen, die englische Heirat zu vereiteln, sondern übte auch nach dem Fluchtversuch Friedrichs grossen Einfluss auf die Reaktion Friedrich Wilhelms aus. Der erste Entwurf des Dokuments, in dem das «Verfahren» zur Disziplinierung und Rehabilitierung des auf Abwege geratenen Kronprinzen dargelegt wurde, wurde dem König vom kaiserlichen Gesandten, dem Grafen Seckendorff, unterbreitet – ein Hinweis darauf, wie eng der habsburgische und der brandenburgisch-preussische Hof während der Regierung Friedrich Wilhelms I. politisch miteinander verflochten waren. Die Frau, die Friedrich schliesslich gezwungen war zu heiraten, war die österreichische Kandidatin. 1732 warnte er den Minister Friedrich Wilhelm von Grumbkow, «dass die Prinzessin, wenn man mich zur Ehe mit ihr zwingt, verstossen werden wird (elle sera répudiée), sobald ich Herr sein werde»[79]. Nach seiner Thronbesteigung 1740 löste Friedrich dieses Versprechen ein und gestand Elisabeth Christine von Braunschweig-Bevern nicht mehr als eine Schattenexistenz am Rande des öffentlichen Lebens zu.

Dass Brandenburg-Preussen unter der Bevormundung des Kaisers stand, bekam Friedrich somit nicht nur im politischen, sondern auch im Privatleben zu spüren. Die Krise von 1730 und ihre Folgen vergrösserten sein Misstrauen gegenüber Österreich und bestärkten seine kulturellen und politischen Neigungen zu Frankreich, Österreichs Erzfeind im Westen. Erst als Friedrich Wilhelm im Laufe der 1730er Jahre von der österreichischen Politik immer mehr enttäuscht war (wir werden darauf zurückkommen), war der Weg für eine tiefgreifendere Aussöhnung zwischen Vater und Sohn geebnet.[80]

Die Grenzen des Staates

Der preussische Geschichtsschreiber Otto Hintze stellte in seiner klassischen Chronik der Dynastie der Hohenzollern fest, die Regierungszeit Friedrich Wilhelms I. habe die «Vollendung des Absolutismus» markiert.[81] Er wollte damit sagen, dass es Friedrich Wilhelm war, dem es gelang, die Eliten in den Provinzen und Städten auszuschalten und die unterschiedlichen Gebiete des hohenzollerischen Territoriums zu einem einheitlichen Staat mit zentralistischen Strukturen zusammenzuschweissen, der von Berlin aus regiert wurde. Wie wir gesehen haben, gibt es einiges, was für diese Sichtweise spricht. Friedrich Wilhelm hatte es sich zum Ziel gesetzt, die Macht in den Händen der Zentralverwaltung zu konzentrieren. Er wollte sich den Adel untertan machen, indem er ihn zum Militärdienst heranzog, die Steuerlast gleichmässiger verteilte, Land aufkaufte, das ursprünglich im Besitz des Adels gewesen war, und neue Verwaltungsbehörden in den Provinzen schuf, die Berlin gegenüber verantwortlich waren. Ausserdem verbesserte er die Möglichkeiten des Staates, in die Unwägbarkeiten des Getreidemarktes einzugreifen.

Man darf die Bedeutung dieser Entwicklungen jedoch nicht überschätzen. Der «Staat» im eigentlichen Sinn war nach wie vor sehr klein. Die Zentralverwaltung – einschliesslich der königlichen Beamten in den Provinzen – hatte insgesamt nur wenige Hundert Mitarbeiter.[82] So etwas wie eine staatliche Infrastruktur gab es praktisch noch nicht. Der Informationsfluss zwischen der Regierung und den vielen einzelnen Gemeinden war langsam und unzuverlässig. Eine Untersuchung im Fürstentum Minden im Jahr 1760 förderte zutage, dass es bis zu zehn Tage lang dauerte, bis Runderlasse und andere wichtige Dokumente die wenigen Kilometer von einem Bezirk zum nächsten zurücklegten. Nachrichten von der Regierung landeten nicht selten zunächst in Wirtshäusern, wo sie geöffnet, herumgereicht und bei einem Glas Kognak vorgelesen wurden, sodass sie ihre eigentliche Bestimmung «dergestalt mit Trahn, Butter oder Theer besudelt» erreichten, «dass mir grauet sie anzugreifen»[83]. Die Zeiten, da ein ganzes Heer ausgebildeter und disziplinierter Post- und sonstiger Beamter in die entlegensten Bezirke der hohenzollerischen Lande vordringen sollte, lagen noch in ferner Zukunft.

In Berlin einen Erlass herauszugeben, war das eine; ihn vor Ort umzusetzen, etwas anderes. Ein aufschlussreiches Beispiel ist das Schuledikt von 1717. Berühmt geworden ist diese Verordnung, weil man in ihr oft den Beginn der allge-

meinen Schulpflicht im Staat der Hohenzollern gesehen hat. In Magdeburg und Halberstadt wurde dieses Edikt erst gar nicht veröffentlicht, weil die Regierung anerkannte, dass es in diesen Provinzen bereits Schulverordnungen gab. Aber auch in den Territorien, in denen es veröffentlicht wurde, ist es nicht vollständig umgesetzt worden. In einem «Erneuerten Edikt» von 1736 beschwerte sich Friedrich Wilhelm I., «dass diesem Unseren heilsamen Edicto nicht nachgelebt werde», und eine genaue Durchsicht einschlägiger Dokumente legt den Schluss nahe, dass die beiden Edikte von 1717 und 1736 in weiten Teilen der hohenzollerischen Lande völlig unbekannt waren.[84]

Der brandenburgisch-preussische «Absolutismus» war also keine gut geölte Maschinerie, die in der Lage gewesen wäre, den Willen des Monarchen auf allen Organisationsebenen in die Tat umzusetzen. Auch hatten sich die lokalen Machtinstrumente der städtischen und provinziellen Eliten nicht einfach in Luft aufgelöst. Eine Studie über Ostpreussen hat beispielsweise gezeigt, dass der Adel dort einen regelrechten «Guerillakrieg» gegen Übergriffe der Zentralverwaltung führte.[85] Die Regierung in der Provinz Königsberg konnte sich die Amtsgewalt in ihrem Territorium bewahren und wurde weiterhin vom Adel kontrolliert. Nur ganz allmählich gelang es dem König, bei der Besetzung wichtiger Ämter Einfluss zu nehmen, etwa bei denen der Amtshauptleute. Nepotismus und Ämterkauf – beides Praktiken, die den lokalen Eliten halfen, ihren Einfluss zu wahren – waren nach wie vor weit verbreitet.[86] Eine Studie über die Besetzung lokaler Stellen in Ostpreussen in den Jahren 1713 bis 1723 hat gezeigt, dass der König lediglich bei einem Fünftel der Neubesetzungen, die aus den Akten rekonstruiert werden konnten, bei der Auswahl des Kandidaten eingegriffen hatte, die übrigen wurden direkt von der Provinzregierung ernannt. Im darauffolgenden Jahrzehnt stieg der Anteil immerhin auf ein Drittel.[87]

Die weniger offensichtliche, informelle Einflussnahme der ostpreussischen Eliten war so allgegenwärtig, dass ein Historiker von der Beharrungskraft einer latenten ständischen Regierung gesprochen hat.[88] Tatsächlich gibt es zahlreiche Belege, dass Mitte des 18. Jahrhunderts der Einfluss lokaler Eliten auf die Besetzung von Schlüsselpositionen in der Verwaltung in einigen Territorien sogar zugenommen hat. Eine aktive Rolle in der Zentralverwaltung mag dem brandenburgischen Adel unter der Regierung von Friedrich Wilhelms I. weitgehend versagt geblieben sein, aber mittelfristig gesehen konnte er die durch die Kon-

solidierung seiner Machtstellung auf lokaler Ebene mehr als kompensieren. Beispielsweise behielt er das Recht, den jeweiligen Landrat zu wählen, ein sehr wichtiges Amt, war es doch der Landrat, der mit den zentralen Behörden über die Steuererhebung verhandelte und die Verteilung der Steuerlast vor Ort überwachte. Hatte Friedrich Wilhelm I. die Kandidaten oft abgelehnt, die von den Bezirksversammlungen des Adels gewählt worden waren, so gestand Friedrich II. dem Adel zu, eine Liste mit bevorzugten Kandidaten vorzulegen, unter denen der König seinen Favoriten auswählte.[89] Versuche von Beamten in Berlin, die Wahlen zu beeinflussen oder Amtsträger zu manipulieren, wurden immer seltener.[90] Die Regierung gab also die Kontrolle teilweise ab und sicherte sich die Kooperation lokaler Vermittler, die das Vertrauen und die Unterstützung der provinziellen Eliten genossen.

Die Machtbalance, die auf diese Weise ausgehandelt wurde, erwies sich gerade deshalb als dauerhaft tragfähig, weil der Einfluss der provinziellen Eliten eher unterschwellig und informell war. Der Fortbestand der ständischen Macht und Solidarität wiederum erklärt, warum der Adel in den Provinzen nach einer langen Phase der scheinbaren Entmachtung noch in der Lage war, sich während der Umwälzungen der Napoleonischen Ära gegen Initiativen der Regierung zur Wehr zu setzen. Durch die zentralistisch ausgerichtete Bürokratie, die sich im Staat der Hohenzollern herauszubilden begann, wurden die Machtstrukturen auf lokaler bzw. provinzieller Ebene keineswegs verdrängt. Vielmehr kam es zu einer weitgehend friedlichen Koexistenz: Wenn die fiskalischen oder militärischen Vorrechte des Staates auf dem Spiel standen, schreckte die Zentrale nicht davor zurück, sich mit lokalen Organisationen anzulegen und diese zu disziplinieren. Ansonsten konnten diese weitgehend unabhängig schalten und walten. Damit kann man die merkwürdige und auf den ersten Blick paradoxe Tatsache erklären, warum der so genannte «Aufstieg des Absolutismus» in Brandenburg-Preussen mit einem Konsolidierungsprozess der traditionellen Eliten einherging.[91] Wie schon in der Ära des Grossen Kurfürsten, war der Absolutismus auch im 18. Jahrhundert kein Nullsummenspiel, bei dem sich Zentrum und Peripherie feindlich gegenüberstanden, sondern ein allmählicher und komplementärer Prozess der Machtkonzentration auf verschiedenen Ebenen.

KAPITEL 5

Protestanten

Am Weihnachtstag 1613 nahm Kurfürst Johann Sigismund im Berliner Dom am Abendmahl nach dem calvinistischen Ritus teil. Die Kerzen und das Kruzifix, die den Altar ansonsten für den lutherischen Gottesdienst schmückten, waren entfernt worden, und es gab auch keine Kniefälle oder Verbeugungen und keine Abendmahlshostie, nur einen langen Laib Brot, der gebrochen und unter den Kirchgängern verteilt wurde. Für den Kurfürsten stellte dieses Abendmahl den öffentliche Höhepunkt einer privaten Reise dar. Seine Zweifel am Luthertum reichten zurück bis in seine Jugend, als er unter den Einfluss der rheinischen Calvinisten geriet, die am Hofe seines Vaters verkehrten; es heisst, er habe sich dem reformistischen Glauben 1606 bei einem Aufenthalt in Heidelberg zugewandt, Hauptstadt der Kurpfalz und Zentrum des deutschen Calvinismus im frühen 17. Jahrhundert.

Johann Sigismunds Konversion bedeutete eine Neuausrichtung des Hauses Hohenzollern. Sie verstärkte die Verbindung der Dynastie mit dem kämpferischen Interesse der Calvinisten an der Reichspolitik im frühen 17. Jahrhundert und wertete die Stellung der calvinistischen Beamten auf, die nun eine immer einflussreichere Rolle in der Zentralregierung spielten. Dennoch besteht kein Grund zu der Annahme, dass politische Erwägungen den Ausschlag gegeben hätten, denn die Konversion barg mehr Risiken als Vorteile, da der Kurfürsten damit einer Religionsgemeinschaft beitrat, die im Frieden von Augsburg nicht berücksichtigt worden war. Das Recht der Calvinisten auf Tolerierung im konfessionellen Flickenteppich des Heiligen Römischen Reichs sollte erst 1648 im Westfälischen Frieden in einem verbindlichen Vertrag verankert werden. Gleichzeitig riss die Konversion des Kurfürsten einen tiefen konfessionellen Graben zwischen der Dynastie und dem Volk auf. Insofern im späten 16. Jahrhundert in Brandenburg so etwas wie eine territoriale «Identität» existierte, war diese aufs Engste mit der lutherischen Kirche verbunden, deren Geistlichkeit überall in der Mark vertreten war. So ist es kein Zufall, dass die ersten histori-

schen Chroniken Brandenburgs aus der Feder lutherischer Kirchenmänner stammten. Andreas Engel, ein Pfarrer aus Strausberg in der Mittelmark, eröffnete seine *Annales Marchiae Brandenburgicae* aus dem Jahr 1598 mit einer langen Abhandlung über die Tugend und Natürlichkeit der Liebe zum eigenen Vaterland.[1] Nach 1613 kam dieser embryonale territoriale Patriotismus der Dynastie nicht mehr zugute. Eine Herrscherfamilie, die es in der Mitte des 16. Jahrhunderts über mehrere Jahrzehnte hinweg verstanden hatte, ihre Untertanen mit grosser Umsicht durch eine der friedlichsten und massvollsten Reformationen in Europa zu steuern, kappte nun mit einem Schlag ihre konfessionelle Verbindung zur Bevölkerungsmehrheit – und das zu einem Zeitpunkt in der europäischen Geschichte, in dem konfessionelle Spannungen Revolutionen entzünden und Herrscher zu stürzen vermochten.

Calvinistischer Monarch – lutherisches Volk

Unerklärlicherweise waren dem Kurfürsten und seinen Beratern die Probleme nicht bewusst, die eine solche Konversion heraufbeschwören würde. Johann Sigismund glaubte tatsächlich, er würde das Signal zu einer allgemeinen – und grösstenteils freiwilligen – «zweiten Reformation» in Brandenburg geben. Im Februar 1614 verfassten die calvinistischen Beamten und Berater des Kurfürsten sogar ein Papier, in welchem sie die Schritte umrissen, mittels deren Brandenburg in ein calvinistisches Gebiet transformiert werden könne. Die Universitäten sollten mit reformierten Lehrkräften besetzt und somit als Zentren der Calvinisierung der Geistlichkeit und des Beamtentums dienen. Liturgische und andere religiöse Gebräuche sollten in einem abgestuften Reformprozess aus dem lutherischen Gottesdienst eliminiert werden und ein calvinistischer Kirchenrat sämtliche Reformmassnahmen überwachen und koordinieren. Laut einem im selben Monat erlassenen Edikt sollten die Geistlichen in der Mark Brandenburg hinfort das Wort Gottes «lauter und rein [...] ohn alle Verfälschung, auch ohne aller etlicher müssigen vorwitzigen und hoffärtigen theologen» predigen.[2] Die Liste der autoritativen Texte, die folgte, unterschlug die *Confessio Augustana* und die *Konkordienformel,* die beiden grundlegenden Dokumente des brandenburgischen Luthertums. Pfarrer, die sich ausserstande sähen, sich diesen Einschränkungen zu unterwerfen, hiess es in dem Edikt, stehe es frei,

das Land zu verlassen. Der Kurfürst und seine Berater gingen davon aus, dass die inhärente Überlegenheit und Klarheit der calvinistischen Doktrin, so sie überzeugend und zugänglich dargelegt werde, ausreichen würde, die grosse Mehrheit der Untertanen zu bekehren.

Der Irrtum hätte kaum grösser sein können. Der Versuch der Calvinisten, in die traditionelle lutherische Kirchenordnung Brandenburgs einzugreifen, stiess auf allen Ebenen der Gesellschaft auf Widerstand. Den schwerwiegendsten konfessionellen Tumult gab es im April 1615 in Cölln, der Schwesterstadt Berlins am anderen Spreeufer. Der Kurfürst hielt sich gerade in Königsberg zur Klärung der Übergaberegelungen für das Herzogtum Preussen auf und wurde in Cölln-Berlin von seinem calvinistischen Bruder, Johann Georg, Herzog von Jägerndorf vertreten. Er war es, der mit seiner Anordnung, alle «Götzenbilder» und liturgische Gebrauchsgegenstände aus dem reich geschmückten Berliner Dom zu entfernen, die Unruhen auslöste. Am 30. März 1615 wurden die Altäre, das Taufbecken, ein grosses hölzernes Kreuz und zahllose Kunstwerke, darunter eine berühmte Serie von Paneelen zum Leidensweg Christi, deren Grundzeichnungen das Werk von Lucas Cranach dem Jüngeren waren, aus dem Dom entfernt. Damit nicht genug, nutzte der reformierte Hofprediger Martin Füssel ein paar Tage später seine Predigt zum Palmsonntag im Dom dazu, Gott dafür zu danken, sein Gotteshaus vom Unrat der päpstlichen Idolatrie gereinigt zu haben.

Binnen Stunden nach Füssels Predigt (die er um neun Uhr morgens gehalten hatte) liess der lutherische Dekan von der Kanzel der benachbarten Kirche St. Peter einen wütenden Gegenappell vom Stapel, in dem er den Calvinisten vorwarf, sein Gotteshaus ein Hurenhaus zu schimpfen, die lutherischen Kirchen ihrer Bilder zu berauben und ihnen nun auch noch ihren Herrn Jesus Christus zu entreissen wünschten. So flammend war seine Predigt, dass sich noch am selben Abend über 100 Berliner Bürger versammelten und gelobten, den reformierten Pfarrer und allen anderen Calvinisten den Hals umzudrehen. Am folgenden Tag, einem Montag, brach in der Stadt ein regelrechter Aufstand aus, in dessen Verlauf Schüsse fielen und ein über 700 Mann zählender Mob durch das Stadtzentrum zog, die Häuser von zwei prominenten reformierten Predigern plünderte, darunter auch das Haus Füssels, der nur mit Unterhosen bekleidet über das Dach eines Nachbarhauses flüchten musste.[3] Selbst der Bruder des Kurfürsten geriet in eine Auseinandersetzung mit der aufgebrachten Menge und

entkam nur knapp ohne schlimmere körperliche Blessuren. Auch in anderen Städten und Gemeinden in der Mark kam es zu ähnlichem (wenn auch generell weniger spektakulärem) Aufruhr. Die Lage schien so ernst, dass mehrere calvinistische Räte in Berlin erwogen, das Land zu verlassen. Als Johann Georg gegen Ende des Jahres Vorbereitungen traf, sich auf seine Ländereien in dem in Schlesien gelegenen Herzogtum Jägerndorf zurückzuziehen, empfahl er seinem Bruder voller Besorgnis, seine Leibwache zu verstärken.

Über den Druck von der Strasse hinaus sah sich Johann Sigismund auch mit dem konzertierten Widerstand der Landstände konfrontiert. Die vom lutherischen Provinzadel dominierten Stände zwangen vermittels ihrer Kontrolle über die Steuererhebung den hoch verschuldeten Kurfürsten zu Konzessionen, und im Januar 1615 liessen sie ihn wissen, dass die Bereitstellung weiterer Mittel von seiner Bereitschaft zur Gewährung bestimmter religiöser Garantien abhänge. Die Stellung der lutherischen Kirche musste bestätigt, das kirchliche Patronatsrecht, das die Macht zur Ernennung von Klerikern in die Hände der lokalen Eliten legte, respektiert werden und der Kurfürst versprechen, sein eigenes Patronatsrecht nicht zur Ernennung von Lehrern oder Geistlichen zu gebrauchen, die der lutherischen Bevölkerung verdächtig erschienen. Johann Sigismund tobte – eher würde er bis zu seinem letzten Tropfen Blut kämpfen, verkündete er, als sich einer solchen Erpressung zu fügen. Schliesslich aber gab er doch nach. In einem Edikt vom 5. Februar 1615 anerkannte er, dass Untertanen, die der Lehre Luthers und den Schüsselbekenntnissen der lutherischen Traditionen anhingen, daran festhalten durften und in keiner Weise gezwungen oder gedrängt werden durften, diese aufzugeben. «Denn I[hre] Ch[urfürstliche] Gn[aden]», hiess es in dem Edikt weiter, «massen sich die Herrschaft über die Gewissen nicht an, daher auch niemanden, auch nicht denen Oerten da I. Ch. Gn. das lus patronatus haben [...] wider seinen Willen einen verdächtigen und unannehmlichen Prediger aufdringen wollen.»[4] Das war ein schwerer Rückschlag. Spätestens zu diesem Zeitpunkt muss dem Kurfürsten aufgegangen sein, dass die «Zweite Reformation» zurückgestellt oder sogar auf unabsehbare Zeit hinaus aufgeschoben werden musste.

Was genau stand in diesen Auseinandersetzungen auf dem Spiel? Eindeutig war ihnen eine machtpolitische Dimension zu eigen. Bereits vor 1613 war die Berufung «ausländischer» calvinistischer Beamter umstritten gewesen, und zwar

nicht nur aus religiösen Gründen, sondern auch, weil diese Praxis gegen das *ius indigenatus* verstiess, wonach höhere Ämter dem im Land ansässigen Adel vorbehalten waren. Darüber hinaus bestand, wie wir gesehen haben, ein verbreiteter Unwillen, die durch eine calvinistische Aussenpolitik verursachten Kosten zu tragen. Die städtische Bevölkerung lehnte reformierte Beamte und Geistliche als Eindringlinge in einen städtischen Raum ab, dessen zentrale Sakralbauten zugleich Brennpunkte der städtischen Identität darstellten. Dennoch wäre es falsch, die Auseinandersetzungen zwischen Lutheranern und Calvinisten auf eine blosse «Interessenpolitik» zu reduzieren und öffentliche Anprangerungen und Beschwerden lediglich als verklausulierte Versuche zu betrachten, einen Vorteil zu erringen.[5] Dazu schlugen in beiden Lagern die Gefühle viel zu hohe Wogen. Die radikaleren Vertreter des Calvinismus wandten sich mit hochmütigem Grausen von den papistischen Überresten ab, die in der lutherischen Liturgie fortlebten.

Dies war zum Teil eine Frage der Ästhetik: Der farbenprächtigen und verschwenderischen Innenausstattung lutherischer Kirchen mit ihren Kerzen und geschnitzten und gemalten Bildnissen, die im Lichtschein glänzten, setzten die Reformierten den weissen Raum einer von allem Zierrat befreiten und von natürlichem Licht durchfluteten Kirche entgegen. Zugleich argwöhnten viele Calvinisten, dass der Katholizismus nach wie vor eine latente Kraft *innerhalb* des Luthertums darstelle. Besonderen Anlass zur Besorgnis gab dabei der lutherische Abendmahlsritus; Kurfürst Johann Sigismund kritisierte Luthers Doktrin der leiblichen Gegenwart Christi beim heiligen Abendmahl als eine falsche, entzweiende und höchst kontroverse Lehre. Der calvinistische Theologe Simon Pistoris, Verfasser eines 1613 in Düsseldorf publizierten, umstrittenen Traktats, warf Luther vor, seine Lehre aus dem Dunkel des Papsttums abgeleitet und dessen Irrtümer und falsche Ansichten über die Transsubstantiation übernommen zu haben, wonach sich das Brot in den Körper Christi verwandelt. In der Folge sei, so Pistoris weiter, der lutherische Glaube zur Säule und Stütze des Papsttums geworden.[6] Mit anderen Worten, die Reformation war noch nicht zu Ende geführt. Solange nicht ein vollständiger Bruch mit dem Dunkel der katholischen Vergangenheit vollzogen war, dräute die Gefahr der Rekatholisierung. Für die Calvinisten stand implizit die Zukunft auf dem Spiel: Sollten die konfessionellen Errungenschaften der jüngeren Vergangenheit nicht konsolidiert und ausgeweitet werden, würden sie rückgängig gemacht und aus der Geschichte gestrichen werden.

Die Lutheraner ihrerseits wurden von ihrer starken Bindung an ihre festlichen Zeremonien und die visuellen wie liturgischen Paraphernalien ihres Gottesdienstes motiviert. Der Konflikt entbehrte nicht einer gewissen historischen Ironie, schliesslich hatten die Hohenzollern-Kurfürsten im 16. Jahrhundert die Ausbreitung der Reformation innerhalb Brandenburgs gebremst und gemässigt, mit der Folge, dass die lutherische Reformation in ihrem Territorium mit zu den konservativsten im ganzen Reich gehörte. Das brandenburgische Luthertum war gekennzeichnet durch eine doktrinäre Orthodoxie und eine starke Anlehnung an traditionelle Zeremonien, Tendenzen, die durch die kurfürstliche Verwaltung in den letzten Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts noch verstärkt worden waren. Die verbreitete Angst vor dem Calvinismus und sporadische Ausbrüche anticalvinistischer Polemiken gegen Ende des Jahrhunderts taten das Ihre, die Ergebenheit der Lutheraner gegenüber den Gründungsdokumenten der Landeskirche wie der *Confessio Augustana* von 1530 und der *Konkordienformel* von 1577 zu stärken, welche den Grundstein ihrer Dogmatik bildeten. So lässt sich also argumentieren, dass die Dynastie mit zur Entstehung einer speziellen Ausprägung des Luthertums beigetragen hatte, die dem Calvinismus besonders ablehnend gegenüberstand.

Die Vehemenz dieses Widerstands zwang den Kurfürsten und seine calvinistischen Berater, ihre Hoffnungen auf eine zweite Brandenburgische Reformation zu begraben. Stattdessen begnügten sie sich mit einer «Hofreformation», deren religiöse Wirkkraft jedoch kaum über die politische Elite hinausreichte,[7] und selbst innerhalb der Hofgesellschaft war der Calvinismus nicht unangefochten. Johann Sigismunds Frau, die Respekt einflössende Anna von Preussen, auf deren Abstammung die Ansprüche auf das Herzogtum Preussen und die Erbfolge in Jülich beruhten, hielt unbeirrt am lutherischen Glauben fest und lehnte die neue Ordnung ab. Abgesehen davon, dass die lutherischen Gottesdienste, die für sie in der Schlosskapelle abgehalten wurden, die Bevölkerung in ihrem Widerstand ermutigte, unterhielt sie auch enge Kontakte zum benachbarten Sachsen, dem Zentrum der lutherischen Orthodoxie und der Quelle unablässiger lutherischer Polemiken gegen die gottlosen Calvinisten in Berlin. Nach dem Tode Johann Sigismunds 1619 lud sie den prominenten sächsischen lutherischen Polemiker Balthasar Meisner nach Berlin ein, um ihr geistigen Trost zu spenden. Meisner, zu dessen Predigten in der Schlosskapelle die Öffentlichkeit Zutritt

hatte, nutzte die Gelegenheit, die Lutheraner gegen die Calvinisten aufzustacheln. Die Stimmung in Berlin heizte sich so sehr auf, dass der Statthalter von Brandenburg in einer offiziellen Beschwerde von Anna verlangte, Meisner des Landes zu verweisen. Doch Meisner fuhr mit seinen polemischen Angriffen auf die Calvinisten fort, und seine Schlagworte waren in allen Wirtshäusern zu hören. In einer bewusst symbolischen Geste liess Anna den Leichnam ihres Mannes nach dem lutherischen Brauch mit einem Kreuz in der Hand aufbahren, ein Detail, dass, wie nicht anders zu erwarten, den Gerüchten Nahrung verlieh, der Kurfürst habe sich auf dem Sterbebett vom Calvinismus abgewendet und die Rekonversion zum Luthertum vollzogen.[8] Erst nach Annas Tod 1625 zeigte sich in der kurfürstlichen Familie ein gewisses Mass an konfessioneller Einheitlichkeit. Der 1620 geborene Friedrich Wilhelm (der spätere Grosse Kurfürst) war der erste Hohenzollern, der in einer rein calvinistischen Kernfamilie aufwuchs.

Bis sich die Emotionen im Konflikt zwischen den Lutheranern und Calvinisten abkühlten, verging eine lange Zeit. Die Spannungen fluktuierten mit dem Steigen und Fallen der konfessionellen Polemik. In den Jahren 1614 bis 1617 brachte die Kontroverse über Johann Sigismunds Konversion in Berlin nicht weniger als 200 Bücher und Pamphlete hervor, und lutherische Traktate, in denen der Calvinismus verdammt wurde, blieben das gesamte Jahrhundert über ein Problem.[9] Die dynastischen Zeremonien mussten den Erwartungen beider Konfessionen entsprechen, was dazu führte, dass sich Brandenburg-Preussen hinsichtlich seiner öffentlichen Zeremonien und seiner Symbole zu einem bikonfessionellen Staat entwickelte.

Die Haltung von Kurfürst Friedrich Wilhelm in diesen Fragen war unbestimmt. Auf der einen Seite versicherte er seinen lutherischen Untertanen wiederholt, er habe keinerlei Absicht, das Gewissen irgendeines seiner Untertanen unter Druck zu setzen.[10] Andererseits schien er die Hoffnung zu hegen, die beiden Lager würden ihre Differenzen beilegen, sobald sie erst einmal zu einem besseren und vollständigeren Verständnis ihrer jeweiligen Positionen gelangt seien (womit er in Wirklichkeit meinte, wenn es nur gelänge, die Lutheraner zu einem besseren Verständnis der calvinistischen Position zu bewegen). Friedrich Wilhelm hoffte, durch eine bikonfessionelle Konferenz eine «freund- und friedliche Diskussion» anzuregen. Die Lutheraner, die Diskussionen dieser Art als Türöffner für einen gottlosen Synkretismus betrachteten, blieben skeptisch. «Es ist demnach der geistliche Krieg und Streit viel besser in solchem Fall», monier-

ten die lutherischen Geistlichen Königsbergs in einem gemeinsamen Schreiben vom April 1642, «als die Vereinigung der Rechtgläubigen mit den Ungläubigen und Unrichtigen.»[11] Als es 1663 tatsächlich zu einer gemeinsamen Konferenz lutherischer und reformierter Theologen im Schloss des Kurfürsten in Berlin kam, bewirkte das, wie nicht anders zu erwarten, lediglich eine Vertiefung der Gräben zwischen beiden Lagern und eine neuerliche Welle wechselseitiger Denunziationen.

Die gesamte Herrschaftszeit Friedrich Wilhelms hindurch und insbesondere von den frühen 1660er Jahren an bemühte sich die kurfürstliche Verwaltung durch das Verbot religiöser Polemik um die Wahrung des konfessionellen Friedens. Reformierte und lutherische Geistliche wurden in einem im September 1664 erlassenen Toleranzedikt angewiesen, gegenseitige Kanzelpolemik zu unterlassen und alle Prediger aufgefordert, diese Anweisung durch die Unterzeichnung und Rücksendung einer vorformulierten Antwort anzuerkennen. In Berlin wurden zwei Pfarrer, die sich der Anordnung widersetzten, fristlos ihres Amtes enthoben. Auf der anderen Seite erregte ein Pfarrer, der sich beugte, solchen Unwillen unter seinen Kirchgängern, dass bis zu seinem kurz darauf erfolgten Ableben praktisch niemand aus der Gemeinde mehr zu seinen Gottesdiensten kam. Zu denen, die wegen ihrer Weigerung, die Anordnung zu unterzeichnen, suspendiert wurden, gehörte auch Paul Gerhardt, einer der bedeutendsten lutherischen Liederdichter.[12] Der spektakulärste Vorfall war die Verhaftung und Einkerkerung des lutherischen Pfarrers an der Kirche St. Nikolai in Berlin, David Gigas. Er hatte das Formular der Regierung zunächst unterzeichnet und zurückgeschickt. Angesichts des Protests seiner Kirchgänger jedoch hatte er seine Zustimmung widerrufen und am Neujahrstag 1667 eine flammende Predigt gehalten, in der er warnte, dass religiöser Zwang «Rebellionen und traurige Kriege» provozieren würde. Daraufhin wurde Gigas verhaftet und in die Festung Spandau geschafft.[13]

Die konfessionelle Spaltung in den Gebieten der Hohenzollern blieb auch deshalb ein Thema, weil die Frage in den politischen Kampf zwischen der Zentralverwaltung und den Machteliten vor Ort verstrickt war. In seinem Kampf gegen die angestammten lokalen Privilegien stand der Souverän unmittelbar den lutherischen Eliten gegenüber, die eifersüchtig über ihre Rechte wachten und die ihnen fremde konfessionelle Kultur der Zentralregierung ablehnten. Unter die-

sen Umständen wurde das vom Netzwerk der lokalen Kirchenpatronage institutionell gestützte Luthertum zur Ideologie der provinziellen Autonomie und des lokalen Widerstands gegen die Zentralmacht. Der Kurfürst seinerseits liess niemals in seinem Bemühen nach, die Stellung der calvinistischen Minderheit in den Territorien der Hohenzollern zu stärken – die grosse Mehrheit der 18.000 Protestanten, die aus Frankreich, der Kurpfalz und den Schweizer Kantonen in hohenzollerische Gebiete einwanderten, waren Anhänger des reformierten Glaubens. Ihr Zuzug half zwar, die Konfession des Kurfürsten über die engen Grenzen des Hofstaates hinaus zu verbreiten, provozierte aber zugleich Proteste und Beschwerden seitens der lutherischen Eliten. Der Konflikt zwischen dem Zentrum und der Peripherie, den wir mit dem «Zeitalter des Absolutismus» assoziieren, besass in Brandenburg-Preussen also einen spezifisch konfessionellen Beigeschmack.

Vielfach wurde darauf hingewiesen, dass der konfessionelle Minderheitsstatus des Herrscherhauses und seiner calvinistischen Parteigänger die politischen Behörden im Kurfürstentum in religiösen Angelegenheiten zu einer Politik der Toleranz zwang und diese Toleranz mithin einen «objektiven» Grundzug der politischen Praxis darstellte.[14] Zudem wurde sie, wo immer das möglich war, den Provinzbehörden als Verwaltungsprinzip auferlegt. 1668 etwa, also fünf Jahre, nachdem die Stände des Herzogtums Preussen Friedrich Wilhelm offiziell als Souverän des Territoriums anerkannt hatten, konnte er endlich durchsetzen, dass Calvinisten in den drei Städten von Königsberg (Altstadt Königsberg, Löbenicht und Kneiphof) Eigentum erwerben und Bürger werden konnten.[15] Das war natürlich nur eine Toleranz im engsten Sinne des Begriffs, bei der es viel mehr um praktische Politik und Möglichkeiten ging als um prinzipielle Fragen. Und da diese Toleranz nichts mit Minderheitenrechten im modernen Sinne zu tun hatte, war sie auch nicht unbedingt auf andere Minderheiten übertragbar. So widersetzte sich Friedrich Wilhelm etwa der Tolerierung von Katholiken in den brandenburgischen Kerngebieten und in Hinterpommern, akzeptierte sie aber im Herzogtum Preussen und den hohenzollerischen Territorien im Rheinland, wo die Katholiken unter dem Schutz historischer Verträge standen. Das berühmte Edikt von Potsdam von 1685, mit dem Friedrich Wilhelm sein Herrschaftsgebiet für den Zuzug hugenottischer (calvinistischer) Flüchtlinge aus Frankreich öffnete, setzte ein Fanal der Toleranz gegen die Verfolgung. Allerdings enthielt das Edikt auch einen Artikel, laut dem es branden-

burgischen Katholiken verboten war, die Messe in den Hauskapellen der französischen und Reichsgesandten zu besuchen. 1641, als Markgraf Ernst, Statthalter von Brandenburg, Friedrich Wilhelm vorschlug, die 1571 aus dem Kurfürstentum ausgewiesenen Juden wieder ins Land zu lassen, um den durch den Krieg verursachten finanziellen Engpass zu meistern, erwiderte der Kurfürst, es sei am besten, die Sache auf sich beruhen zu lassen – seine Vorfahren hätten «ihre gewisse und wichtige Ursachen, warum die Juden aus unserm Churfürstenthum exterminiret worden gehabt»[16].

Andererseits gibt es durchaus Anzeichen dafür, dass die besondere konfessionelle Geografie seiner Besitzungen den Kurfürsten nach und nach zu einem grundsätzlicheren Engagement für die religiöse Toleranz bewog. Wiederholt wies er jegliche Absicht zurück, in Gewissensfragen Zwang auf seine Untertanen auszuüben, und in seinem politischen Testament trug er seinem Nachfolger auf, alle seine Untertanen unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit zu lieben. Er unterstützte die Ansiedlung nichtkonformistischer protestantischer Sektierer im Herzogtum Preussen, die vor der Verfolgung aus dem angrenzenden katholischen Polen geflohen waren, und war bereit, die private Ausübung ihrer Religion zu tolerieren. In späteren Jahren ermutigte er sogar die Einwanderung von Juden. In Kleve und Mark gab es eine kleine jüdische Gemeinde, doch war Juden die Ansiedlung in Brandenburg oder Preussen verboten. 1671, als Kaiser Leopold die Juden aus den meisten habsburgischen Territorien auswies, bot Friedrich Wilhelm den 50 reichsten Familien ein Domizil in Brandenburg an und stand ihnen in den folgenden Jahren gegen die erbitterten Beschwerden der Stände und anderer lokaler Interessengruppen zur Seite.

Natürlich spielten bei diesem Schritt primär wirtschaftliche Erwägungen eine Rolle, doch die Rechtfertigung des Kurfürsten für sein Vorgehen verrät auch eine klare Abneigung gegen religiös motivierte Vorurteile. «Es wäre sonst bekannt, dass die Übervortheilung im Handel nicht weniger von den Christen als den Juden, ja fast mit mehr Impunität geschehe und fortgesetzt würde», erklärte er gegenüber Abgesandten aus dem Kreis Havelland, die eine Ausweisung der Juden forderten.[17] Als 1669 ein christlicher Mob die Synagoge in Halberstadt zerstörte, tadelte er die lokalen Stände und wies seine Beamten an, die Kosten für den Wiederaufbau der Synagoge zu übernehmen.[18] Über die Gründe für diese ungewöhnliche Einstellung des Grossen Kurfürsten lässt sich nur speku-

lieren, aber es erscheint plausibel, sie auf die vier Jahre zurückzuführen, die er als Jugendlicher in den Niederlanden verbracht hatte, wo es eine blühende und respektierte jüdische Gemeinde gab. Ein Brief, den er 1668 seinem Sekretär diktierte, deutet zudem darauf hin, dass er den Imperativ der Toleranz mit der noch frischen Erinnerung an das Leid des Dreissigjährigen Krieges verknüpft hatte. «Die Differenzen zwischen den Religionsgemeinschaften gebieten zweifelsohne gewalttätigen Hass», schrieb er. «Älter und heiliger ist doch das Gesetz der Natur, nach welchem der Mensch den Menschen tragen, dulden, ja dem ohne Schuld gebeugten zu helfen verpflichtet ist [...] «[19]

Der dritte Weg: Der Pietismus in Brandenburg-Preussen

Am 21. März 1691 nahm Philipp Jacob Spener, lutherischer Oberhofprediger in Dresden, das Angebot an, als Propst und Konsistorialrat der Nikolaikirche nach Berlin zu übersiedeln. Seine Berufung war, gelinde formuliert, eine Provokation: Spener galt zu dem Zeitpunkt bereits als führender Kopf einer höchst kontroversen religiösen Reformbewegung. 1675 hatte er mit der Veröffentlichung eines kurzen Traktats mit dem Titel *Pia Desideria oder Hertzliches Verlangen nach gottgefälliger Besserung der wahren evangelischen Kirche* für Furore gesorgt, in dem er die vielfältigen Defizite des zeitgenössischen Luthertums anprangerte. Das orthodoxe Kirchenestablishment, argumentierte er, habe über seine Fixierung auf die Richtigkeit der Doktrin die pastoralen Bedürfnisse der einfachen Gläubigen aus den Augen verloren, das religiöse Leben der lutherischen Gemeinden sei ausgedorrt und schal geworden. In seinem in einem kraftvollen und zugänglichen Deutsch verfassten Traktat schlug Spener unterschiedliche Abhilfen dagegen vor. Die Christen könnten das geistige Leben in ihren Gemeinden durch fromme Gesprächsrunden neu beleben – Spener nannte sie *collegia pietatis* (Hauskreise). Die geistige Intensität dieser im kleinen Kreise stattfindenden Versammlungen könne, so behauptete er, nominelle Gläubige in wiedergeborene Christen mit einem klaren Verständnis des göttlichen Wirkens in ihrem Leben verwandeln. Speners Gedanke stiess auf enormen Zuspruch, und in allen lutherischen Gebieten schossen «Hauskreise» wie Pilze aus dem Boden. Die lutherische Kirche, die darin einen Angriff auf die religiöse Autori-

tät der ordinierten Geistlichkeit sah, reagierte entsprechend ablehnend.

Es dauerte nicht lange, bis die Spener'schen Reformer – von ihren Gegnern als «Pietisten» verunglimpft – von den orthodoxen Lehrkräften an den lutherischen Universitäten attackiert wurden. August Hermann Francke (1663-1727), Student der Theologie an der Universität Leipzig und Gefolgsmann Speners, löste 1689 einen gewaltigen Aufruhr aus, als er sich für die Gründung von Hauskreisen unter Leitung von Theologiestudenten aussprach und das traditionelle lutherische Curriculum in Frage stellte, mit der Folge, dass etliche Studenten ihre Lehrbücher und Aufzeichnungen von Vorlesungen verbrannten.[20] Es dauerte nicht lange, und aus diesen Anfängen an den Lehranstalten hatte sich eine ernst zu nehmende Studentenbewegung gebildet, woraufhin die sächsische Regierung im März 1660 intervenierte und sämtliche «Konventikel» (ein von den Zeitgenossen häufig benutzter Begriff für religiöse Privatversammlungen) verbot und «pietistische» Studenten – der Ausdruck ging im Laufe dieser Auseinandersetzung in den allgemeinen Sprachgebrauch ein – vom Zugang zu geistlichen Ämtern ausschloss. Francke wurde von der Universität expediert und nahm später ein untergeordnetes geistliches Amt in Erfurt an. Wo immer nennenswerte pietistische Gruppen entstanden, kam es zu erbitterten – teils gewalttätigen – Konflikten mit den Lutheranern.[21]

Der Pietismus war deshalb so kontrovers, weil er eine Gegenkultur innerhalb des deutschen Luthertums darstellte. Er war eine der zahlreichen religiösen Bewegungen im Europa das 17. Jahrhunderts, welche die Autorität des kirchlichen Establishments durch den Ruf nach einer im Vergleich zu den formalen Kirchenstrukturen intensiveren, persönlicheren und praktischeren Form der christlichen Glaubensausübung herausforderte. Im Zentrum des Pietismus stand die volle Verwirklichung von Luthers «Priestertum aller Gläubigen»; den Pietisten ging es um die *Erfahrung* des Glaubens, und sie entwickelten ein ausgefeiltes Vokabular zur Beschreibung der extremen geistigen Zustände, die mit dem Übergang von einem bloss nominellen zu einem wahrhaft innerlich gefühlten Glauben an die Erlösung durch die Versöhnung mit Gott einhergingen. Gerade weil der Pietismus auf solchen explosiven Emotionen gründete, entwickelte er eine instabile Dynamik. Kaum fingen Teile der Bewegung an, sich von der etablierten lutherischen Kirche zu distanzieren, erwies es sich als schwierig, den Prozess der Auflösung zu unterbinden. Vielerorts gerieten neu gegründete Kon-

ventikel nach und nach ausser Kontrolle und fielen unter den Einfluss radikaler Köpfe, die im Laufe der Zeit alle Bindungen zu den etablierten Kirchen kappten.[22] Dabei hatte Spener die Konventikel zu keinem Zeitpunkt als separatistische Instrumente gesehen.[23] Er war ein frommer Lutheraner, der die institutionellen Strukturen der offiziellen Kirche respektierte und darauf beharrte, dass die religiösen Versammlungen unter geistlicher Aufsicht stattfanden und unverzüglich aufzulösen waren, sollten sie das Missfallen der kirchlichen Autoritäten erregen.[24]

In Dresden, wo Spener ab 1686 eine Anstellung als Oberhofprediger hatte, bewirkte der sich zuspitzende Konflikt mit den orthodoxen Lutheranern – verstärkt durch die gestrenge Verurteilung der moralischen Laxheit am sächsischen Hof durch den Reformer – eine Verschlechterung des Verhältnisses Speners zu seinem Landesherrn, Kurfürst Johann Georg III. Im März 1691 riss dem Kurfürsten, dem selbst eine eher laxe sexuelle Moral zu eigen war, der Geduldsfaden, und er wies seine Geheimräte an, Spener unverzüglich von seinem Posten zu entfernen, da er von diesem Mann nichts mehr sehen oder hören wollte.[25] Im darauffolgenden Jahr bestätigte die theologische Fakultät der Universität Wittenberg offiziell Speners Heterodoxie und fand in seinen Schriften nicht weniger als 284 doktrinäre «Verfehlungen».[26]

Doch Hilfe stand bereit. Friedrich III., Kurfürst von Brandenburg, bot dem in Sachsen in Ungnade gefallenen Spener ein hohes geistliches Amt in Berlin an. Der Kurfürst erlaubte ihm zudem, eine Vielzahl in Bedrängnis geratener Pietisten in geistliche und akademische Ämter in Brandenburg-Preussen zu berufen, darunter auch August Hermann Francke, der Leipzig verlassen hatte und nach nur einem Jahr gezwungen war, seine Stellung als Diakon in Erfurt aufzugeben. 1692 wurde Francke Vikar von Glaucha, einer Vorstadt von Halle, und Professor für Griechisch und orientalische Sprachen an der neu gegründeten Universität Halle. Der Theologe Joachim Justus Breithaupt, der in Erfurt wegen seiner Verteidigung Franckes in Ungnade gefallen war, war bereits 1691 als erster Professor für Theologie nach Halle geholt worden. Auch Paul Anton, ein weiterer Veteran der Leipziger Auseinandersetzungen, erhielt eine Professur in Halle. Zur gleichen Zeit versammelte und unterrichtete Spener in einem Berliner Hauskreis, der zweimal pro Woche zusammenkam, eine neue Generation pietistischer Führer.[27] Diese bewusste Förderung der Bewegung unterschied sich von der Politik in den meisten anderen Territorien und stellte einen wich-

tigen Wendepunkt nicht nur in der Geschichte der pietistischen Bewegung, sondern auch in der kulturellen Geschichte des brandenburgisch-preussischen Staatswesens dar.

Die Gründe für die Kooperation Brandenburgs mit dem Pietismus finden sich in der besonderen konfessionellen Zwangslage des calvinistischen Herrscherhauses. Die wiederholten Bemühungen zur Unterdrückung der lutherischen Kanzleipolemik waren kläglich gescheitert und die Aussichten auf eine freiwillige Vereinigung der beiden Konfessionen so schlecht wie eh und je. So musste Speners offene Verurteilung der interkonfessionellen Streitigkeiten wie Musik in den Ohren des Kurfürsten und seiner Familie klingen. In der vierten der sechs Empfehlungen in den *Pia Desideria* rief Spener zur Mässigung der theologischen Polemik auf: Die «heilige Liebe Gottes» und nicht «Religionsstrittigkeiten», so Spener, sei es, die die Wahrheit in jedem Individuum verankere; der Austausch mit denen, deren Überzeugungen von den eigenen abwichen, sollte demnach in einem pastoralen, nicht in einem polemischen Geist erfolgen.[28] In Speners theologischen und seelsorgerischen Schriften treten dogmatische Fragen zurück hinter die überwältigende Sorge um die praktischen, auf Erfahrungen beruhenden Dimensionen des Glaubens und der Observanz. Spener hielt die Gläubigen zur «fleissigen Übung des geistlichen Priesterthums» in ihrem eigenen Leben in dem Sinne an, sich aktiv für das Wohlergehen ihrer Mitmenschen einzusetzen, sich mit ihnen zu befassen, sie zu stärken und sie zu «bekehren».[29] Denn, so Spener, «wann wir eine inbrünstige liebe unter unsern Christen, erstlich gegen einander, nachmahl gegen alle menschen [praktizieren] so ist fast alles was wir verlangen aussgerichtet»[30].

Spener respektierte stets die etablierten protestantischen Kirchen und ihre liturgischen und doktrinären Traditionen und gehörte nie zu den Unterstützern unionistischer Projekte.[31] Nichtsdestotrotz ist es möglich, in seinen Schriften – wie auch in der individualisierten, an persönlichen Erfahrung orientierten Kultur der pietistischen Bewegung insgesamt – die Umrisse eines konfessionell unparteiischen Christentums zu erkennen, das die Grenzen zwischen calvinistischem und lutherischem Protestantismus transzendiert. Durch die Abschwächung der Rolle des Dogmas und der Sakramente und die Betonung der Unteilbarkeit der apostolischen wahren Kirche bot sich der Pietismus als «innere Basis» an für den Anspruch der preussischen Monarchie auf das höchste Episkopat über die beiden protestantischen Glaubensrichtungen.[32]

Darüber hinaus gab es gute Gründe für die Entscheidung des Kurfürsten, Halle zur Hochburg der pietistischen Bewegung auszubauen. Halle war eine der grössten Städte im Herzogtum Magdeburg. Brandenburg war im Westfälischen Frieden von 1648 die Anwartschaft auf das ehemalige Erzstift zugesprochen worden, doch erst 1680 gelangte das Gebiet tatsächlich in brandenburgische Hände. Magdeburg war ein Zentrum des orthodoxen Luthertums und traditionell von den lutherischen Ständen ohne Einmischung seitens des nominellen Landesherrn, des Erzbischofs von Magdeburg, regiert worden. Bis 1680 war Calvinisten der Landbesitz in dem Herzogtum verboten und sie besassen keinerlei bürgerliche Rechte. Auf die Übernahme folgte eine Phase der Konfrontation zwischen der Regierung in Berlin und den lokalen Ständen, zumal gegen den Wunsch der Lutheraner ein calvinistischer Kanzler zur Verwaltung des Herzogtums eingesetzt wurde.

In diesem Kontext tritt die Bedeutung der offiziellen Unterstützung der lokalen pietistischen Bewegung deutlicher hervor. Die Pietisten sollten als eine Art fünfte Kolonne agieren, deren Sinn und Zweck es war, die kulturelle Integration der ultraorthodoxen lutherischen Provinz zu befördern. Die ganzen 1690er Jahre hindurch intervenierte die kurfürstliche Verwaltung wiederholt zum Schutz der Pietisten gegen Angriffe und Obstruktionen seitens der lokalen Lutheraner – Gemeindebehörden, Gilden und Landbesitzer.[33] Der Grundpfeiler der Politik des Kurfürsten in der Region war die Gründung der Universität Halle im Jahr 1691 als der führenden Universität aller hohenzollerischen Gebiete. Durch die Berufung von Pietisten und herausragenden weltlichen Denkern in zentrale Verwaltungs- und Lehrpositionen sollte das aggressive Luthertum der Provinz gemässigt werden. Darüber hinaus bot die Universität als Lehrinstitut für künftige Pfarrer und Kirchenbeamte eine willkommene Alternative zu den aggressiv anticalvinistischen theologischen Fakultäten im angrenzenden Sachsen, wo der Grossteil der lutherischen Geistlichkeit Brandenburgs bis dato ausgebildet worden war.

Auch im Bereich der sozialen Wohlfahrt kam den Pietisten eine wichtige Rolle zu. Armut und mit ihr verbundene Übel wie Trägheit, Bettlerei und Kriminalität konnten und sollten, davon war Spener seit langem überzeugt, durch wohl überlegte Reformen unter freiwilliger oder erzwungener Beteiligung der einheimischen Bevölkerung an Arbeitsprogrammen aus der christlichen Gesellschaft ausgemerzt werden.[34] Wie seine auf Versöhnung ausgerichtete konfes-

sionelle Haltung entsprach Speners Einstellung auch hier den Ambitionen und der Politik des brandenburgischen Staates. Auf Auforderung des Kurfürsten hin reichte Spener ein Memorandum ein, in dem er die Unterdrückung und polizeiliche Verfolgung des Bettelns in Berlin und die Zentralisierung wohltätiger Leistungen für Personen empfahl, die der zeitweiligen oder dauerhaften Fürsorge bedürftig waren. Die dafür notwenigen Mittel, schrieb er, liessen sich durch in den Kirchen aufgestellte Armenbüchsen, Spenden und staatliche Subventionen aufbringen. Speners Anregungen mündeten im allgemeinen Verbot des Bettelns, der Einrichtung einer dauerhaften Armenkommission und 1702 in der Gründung des Grossen Friedrichs-Hospitals und -Waisenhauses.[35]

In Halle, wo sich die Pietisten ebenfalls im Kampf gegen Armut und Mittellosigkeit engagierten, entstand um den charismatischen August Hermann Francke herum eine aussergewöhnlich lebendige christlichvoluntaristische Bewegung. 1695 eröffnete Francke eine allein durch Zuwendungen von Gläubigen finanzierte Armenschule. Die Spenden flössen so reichlich, dass er bald in der Lage war, die Schule zu einem «Waisenhaus» zu erweitern, das Unterkunft und Verpflegung sowie eine kostenlose Grundbildung anbot. Der Tagesablauf in der Einrichtung wurde von praktischen und nützlichen Aufgaben dominiert, und die «Waisen» (von denen viele in Wahrheit Kinder lokaler armer Familien waren) besuchten regelmässig die Werkstätten von Handwerkern, damit sie sich ein Bild möglicher zukünftiger Beschäftigungen machen konnten. In den ersten Jahren spielte Francke mit dem Gedanken, das Waisenhaus durch den Verkauf von Gegenständen zu finanzieren, die von den Kindern hergestellt wurden, doch auch nachdem sich diese Idee als nicht praktikabel erwiesen hatte, blieb die handwerkliche Ausbildung ein Grundelement des pädagogischen Programms.[36] Diese ungewöhnliche Kombination von Bildung, Sozialisierung durch Arbeit und Spendenfinanzierung war es vor allem, die in Brandenburg-Preussen und darüber hinaus Interesse und Bewunderung unter Franckes Zeitgenossen erregte.

Mit den Einnahmen aus der neuen Schule errichtete Francke das imposante und würdevolle Steinhaus, das noch heute den Franckeplatz im Zentrum von Halle dominiert. Zug um Zug entstanden neue, gebührenpflichtige Schulen zur Aufnahme von Kindern aus bestimmten sozialen und beruflichen Schichten, wobei mit einem System aus Stipendien und «Freitischen» die weniger wohlhabenden Schüler unterstützt wurden.[37]

Das 1695 gegründete Pädagogium Regium diente der Ausbildung von Kindern, deren – in vielen Fällen dem Adel angehörige – Eltern sich eine kostspielige Erziehung und Bildung leisten konnten. Einer der Schüler an Franckes Pädagogium war der eng mit Kronprinz Friedrich befreundete Hans Hermann von Katte, der später wegen seiner Rolle beim Versuch des Prinzen, aus Brandenburg zu fliehen, enthauptet werden sollte. Die zwei Jahre später ins Leben gerufene «Lateinschule» bot Unterweisung in den *fundamentis studiorum*, den Grundlagen des Studiums; der Lehrplan umfasste Latein, Griechisch, Hebräisch, Geschichte, Geografie, Geometrie, Musik und Botanik, wobei die Fächer jeweils von spezialisierten Lehrern unterrichtet wurden, was eine wichtige Abkehr von der zeitgenössischen Unterrichtspraxis darstellte. Zu den berühmtesten Absolventen der Lateinschule gehörte mit dem Berliner Verleger Friedrich Nicolai einer der bedeutendsten Köpfe der preussischen Aufklärung.

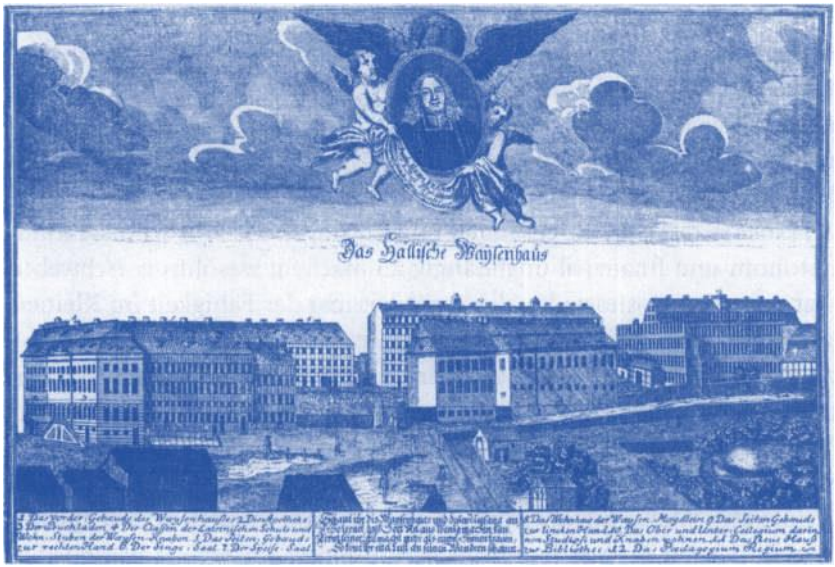
Die Hallenser Pietisten wussten um die Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit. Francke förderte seine Einrichtungen mit einer wahren Flut von Druckschriften, in denen sich evangelisches Predigen problemlos mit Aufrufen an die Grosszügigkeit der Leser vermischte. Die bekannteste und einflussreichste Publikation, mit der Nachrichten aus den pietistischen Unternehmungen in Halle unter das Volk gebracht wurden, waren die von 1701 an in zahllosen Neuauflagen und Nachdrucken publizierten *Segensvollen Fussstapfen des noch lebenden und waltenden liebreichen und getreuen GOTTES zur Beschämung des Unglaubens und Stärckung des Glaubens.*[38] In einer exaltierten Sprache verfasst und von einem unerschütterlichen Selbstvertrauen durchdrungen, vermittelten die über ein ganz Europa umfassendes Netzwerk pietistischer Sympathisanten verbreiteten Schriften den mitreissenden Ehrgeiz, der die Einrichtungen in Halle antrieb. Die pietistischen Schriften aus Halle waren durchsetzt mit Schilderungen des guten Werks und des Gedeihens der Francke'schen Anstalten, Meldungen über den Spendenfluss und Zitaten aus den Korrespondenzen. Sie vermittelten ein Gefühl der Unmittelbarkeit und Beteiligung unter denen, die das Wirken der Anstalten unterstützten. Tatsächlich nahmen sie in vielerlei Hinsicht die modernen Methoden des «Fundraising» vorweg. Und sie schufen unter ihren Lesern ein Gefühl der Zusammengehörigkeit, das zumindest teilweise ortsunabhängig war. Die lutherischen Netzwerke spannen sich eng um bestimmte Örtlichkeiten herum und basierten auf dem Gefühl der Vertrautheit mit einer bestimmten Um-

gebung. Im Gegensatz dazu knüpften die Pietisten ein dezentrales epistolarisches Netzwerk aus Agenten, Helfern und Freunden, das sich beliebig erweitern liess – durch ganz Mitteleuropa nach Russland und über den Atlantik in die nordamerikanischen Kolonien hinein, wo die Hallenser Pietisten einen wichtigen Beitrag für die Entwicklung des Protestantismus in der Neuen Welt leisteten.[39]

Franckes Ziel war, die gesamten Einrichtungen in Halle schlussendlich autonom und finanziell unabhängig zu machen; was ihm vorschwebte, war eine Art «Gottesstadt», die Verkörperung der Fähigkeit im Kleinen, mit frommer Arbeit eine umfassende Transformation der Gesellschaft zu bewirken.[40] Um dem Ziel der wirtschaftlichen Unabhängigkeit näher zu kommen, förderte Francke kommerzielle Unternehmungen der Waisenanstalt, deren finanziell wichtigste der Verlag und die Apotheke waren. 1699 verkaufte die Waisenanstalt auf der Leipziger Herbstmesse zum ersten Mal seine auf eigenen Druckerpressen gedruckten Bücher. 1702 öffnete ein Ladengeschäft in Berlin seine Tore, gefolgt von Niederlassungen in Leipzig und Frankfurt am Main. In enger Zusammenarbeit mit den Fakultätsmitgliedern der Universität Halle brachte der Francke'sche Verlag einen beständigen Strom verkäuflicher Manuskripte hervor, darunter religiöse Werke und weltliche Abhandlungen von hoher Qualität. Der Hauskatalog von 1717 verzeichnete 200 Titel von 70 Autoren. Zwischen 1717 und 1723 druckte und verkaufte die Waisenanstalt nicht weniger als 35.000 Traktate, die Predigten von Francke enthielten.

Noch lukrativer war der 1702 aufgenommene Versandhandel mit pharmazeutischen Artikeln, für den sich die Waisenanstalt eines ausgeklügelten, über Mittel- und Osteuropa erstreckenden Systems von Provisionsvertretern bediente. Mit dem Wachstum dieses Geschäftsbereichs wurde der kommerzielle Wert der weit reichenden pietistischen Netzwerke erst richtig offenkundig. Mit jährlichen Gewinnen von rund 15.000 Taler in den 1720er Jahren stieg die *Medikamentenexpedition* zum wichtigsten Geldbringer der Waisenanstalt auf. Weitere Einnahmen ergaben sich aus der Bierbrauerei, der Zeitung und den Handelsgesellschaften, die vom Komplex in Halle ausgeführt wurden. Bis 1710 hatte sich aus der Waisenanstalt eine grosse, in sich abgeschlossene Anlage kommerzieller und pädagogischer Einrichtungen entwickelt, die sich südwärts auf das unbebaute Land hinter dem Stadtkern erstreckte.

Ein Erfolg in dieser Grössenordnung wäre ohne die konzertierte Unterstützung der Regierung in Berlin und ihrer Beamten in den Provinzen undenkbar



11. Der Komplex der Waisenanstalt in Halle.
Darüber, vom preussischen Adler und zwei Cherubim getragen,
das Porträt des Gründers, August Hermann Francke.

gewesen.[41] Francke war sich der Abhängigkeit der Bewegung von der Patronage durch ihre mächtigen Gönner deutlich bewusst und ebenso sehr auf die Pflege seiner Kontakte zum Hof und zu Regierung bedacht, wie Spener es gewesen war. Er widmete sich dieser Aufgabe mit demselben Charisma und derselben Ernsthaftigkeit, mit denen er die Studenten bei seinen Vorlesungen an der Universität Leipzig schon so beeindruckt hatte. Nach einem Treffen mit Francke im Jahr 1711 gewährte Friedrich I. der Waisenanstalt ein Privileg, das sie direkt der Autorität der noch jungen preussischen Krone unterstellte. Weitere Privilegien folgten und sicherten der Anstalt zusätzliche Einnahmen aus einer Vielzahl offizieller Quellen.

Die Thronbesteigung Friedrich Wilhelms I. im Jahr 1713, zu dem Francke bereits zuvor Beziehungen gepflegt hatte, läutete den Beginn einer noch engeren Zusammenarbeit ein. Der neue Monarch war ein ruheloser, getriebener und labiler Mensch, der zu Anfällen extremer Melancholie und seelischer Qualen neigte. Im Alter von 20 Jahren, nach dem Tode seines ersten Sohnes, hatte er

eine «Bekehrung» erlebt, die seinem Glauben eine zutiefst persönliche Dimension verlieh. Hierin bestand eine Affinität zu Francke, dessen Tatendrang in Teilen von seiner Einsicht in die existenzielle Fragilität des Glaubens und dem Streben motiviert wurde, der Verzweiflung und der Angst vor Bedeutungslosigkeit zu entgehen, die ihn vor seiner Glaubenskrise gequält hatten. In beiden Männern drängten innere Konflikte in Gestalt «unablässiger Arbeit und grenzenloser Aufopferung» nach aussen, Eigenschaften, die sich beim einen in der aussergewöhnlichen missionarischen Energie des hallischen Pietismus, beim anderen im unerschöpflichen Ehrgeiz des «Soldatenkönigs» manifestierten.[42]

Die Zusammenarbeit zwischen der Monarchie und der pietistischen Bewegung wurde immer enger.[43] Die Einrichtung pädagogischer Stiftungen nach dem hallischen Vorbild wurde fortgesetzt, und Friedrich Wilhelm I. bestellte in Halle ausgebildete Pietisten zur Leitung des neuen Militärwaisenhauses in Potsdam und der neuen Kadettenschule zu Berlin. 1717, als der König per Gesetz die Schulpflicht in Brandenburg-Preussen einführte, war die Errichtung von 2‘000 Schulen nach hallischem Vorbild geplant (die allerdings nicht alle gebaut wurden).[44] Bis Ende der 1720er Jahre waren zwei Studiensemester (von 1729 an vier Semester) an der pietistisch dominierten Universität Halle Voraussetzung für den Eintritt in den brandenburgisch-preussischen Staatsdienst.[45] Durch die Berufung von Pietisten an die Universität Königsberg entstand in Ostpreussen eine zweite Machtbasis; hier wie in Halle garantierten pietistische Patronagenetzwerke, dass gleich gesinnte Studenten ihren Weg in die Pfarrbezirke und kirchlichen Ämter fanden.[46] Nach 1730 erfolgte die Ausbildung nicht nur der Beamten und Geistlichen, sondern auch des Grossteils des preussischen Offizierkorps in von Pietisten geführten Schulen nach dem hallischen Modell.[47]

Die wichtigsten Propagandisten pietistischer Werte innerhalb des preussischen Militärs waren die Feldprediger.[48]1718 trennte Friedrich Wilhelm I. die Verwaltung der Militärgeistlichkeit von der orthodox kontrollierten Zivilkirche und ernannte mit Lampertus Gedike einen Schüler Franckes zu ihrem Leiter. Als Erster Feldpropst zog Gedike zusätzliche Kompetenzen durch die Ernennung und Kontrolle der Militärgeistlichen an sich und nutzte diese energisch zur Förderung von hallischen Absolventen. So hatte über die Hälfte aller zwischen 1714 und 1736 im Herzogtum Preussen ins Amt berufenen Militärgeistlichen Theologie in Halle studiert.[49] Auch die Ausbildung von Kadetten,

Kriegswaisen, die für den Armeedienst vorgesehen waren, und der Kinder von Soldaten im aktiven Dienst fiel zusehends in die Hände von Pietisten.

Wie weit reichend waren die Folgen dieser beeindruckenden Entwicklung? Man tut sich schwer, die Auswirkungen des Pietismus innerhalb der pädagogischen und geistlichen Struktur des Militärs von denen anderer unter Friedrich Wilhelm I. unternommener organisatorischer und administrativer Reformen (wie der Einführung des Kantonsystems zur Aushebung neuer Rekruten und der Verbesserung der militärischen Ausbildung) zu unterscheiden. Beileibe nicht alle pietistischen Feldprediger verstanden es, sich in der rauen Welt des preussischen Militärs durchzusetzen. Ein Feldprediger wurde von seinen Offizieren schikaniert, weil er in seinen Predigten das Tanzen und das Pudern des Haars verurteilt hatte, ein anderer von seinem Regiment so verhöhnt und misshandelt, dass er in Tränen ausbrach. Da die Geistlichen nicht über das Kantonsystem rekrutiert wurden, hatten sie gelegentlich Probleme, den Respekt der Soldaten zu gewinnen, die sie wegen ihrer Herkunft aus einer anderer Provinz als «Fremde» betrachteten.[50] Dessen ungeachtet kann kaum Zweifel daran bestehen, dass die von der Bewegung propagierten Ideale und Werte das korporative Ethos der preussischen Armee mit prägen halfen. Die – nach westeuropäischen Massstäben – vergleichsweise niedrigen Desertionsraten unter den einfachen Soldaten der preussischen Armee in den drei Schlesischen Kriegen zwischen 1740 und 1763 zumindest lässt sich plausibel auf die bessere Disziplin und Moral der Truppe zurückführen, die die pietistischen Feldprediger und Ausbilder den Rekruten über Jahre hinweg eingeimpft hatten.[51]

Was das Offizierkorps angeht, in dem die pietistische Bewegung über eine Reihe einflussreicher Freunde verfügte, erscheint es wahrscheinlich, dass die Pietisten mit ihrer moralischen Rigorosität und ihrem frommen Berufsethos mit dazu beitrugen, das alte Bild des Offiziers als eines draufgängerischen und verwegenen Hasardeurs zu diskreditieren und stattdessen einen Verhaltenskodex für die Offiziersränge zu etablieren, der auf Mässigkeit, Selbstdisziplin und unbedingtem Gehorsam basierte, Eigenschaften, die mit der Zeit als typisch «preussisch» definiert wurden.[52] Mit diesem zugleich weltlichen wie sakralisierten Arbeitsbegriff, seinem Fokus auf die öffentlichen Bedürfnisse und der Emphase auf Entsagung könnte der Francke sehe Pietismus auch zur Entstehung eines neuen «Berufsethos» beigetragen haben, der das besondere Selbstverständnis und den Korpsgeist des preussischen Beamtentums mit formte.[53]

Die von Francke und seinen Nachfolgern eingeführten Innovationen im Schulbereich veränderten die pädagogische Praxis in Preussen. Die enge Allianz zwischen den Hallenser Pietisten und dem Monarchen führte dazu, dass die Schulbildung zu einem «eigenständigen Gegenstand des staatlichen Handelns» wurde.[54] Die Pietisten waren es, die eine Berufsausbildung und einheitliche Prüfungsordnungen für Lehrer und allgemein bildende Lehrbücher für Volksschulen einführten. An den Waisenschulen wurde ein neuer Lehrstil gepflegt, der grossen Wert auf die aufmerksame psychologische Beobachtung der Schüler, Selbstdisziplin und ein ausgeprägtes Bewusstsein für Zeit legte (so liess Francke in allen Klassenzimmern Stundengläser aufstellen). Der Tag war strikt unterteilt in Perioden des gemeinsamen Unterrichts zu einer Vielzahl von Themen und Phasen zur freien Gestaltung; in dieser Hinsicht nahm die hallische Pädagogik die Polarisation zwischen Arbeits- und Freizeit in der modernen Industriegesellschaft vorweg, das Klassenzimmer wurde zum abgeschlossenen, rein zweckdienlichen Raum, den wir mit dem modernen Schulunterricht assoziieren.

Die Umwandlung des preussischen Schulsystems entlang dieser Linien war natürlich noch längst nicht abgeschlossen, als Friedrich Wilhelm I. 1740 starb und die Bewegung ihren mächtigen Schutzpatron verlor. Dennoch blieb das Modell Halle einflussreich; in den 1740er und 1750er Jahren baute der Erziehungswissenschaftler Johann Hecker, ein an Franckes Lehrerseminar in Halle ausgebildeter ehemaliger Lehrer am Pädogogium, in Berlin ein Netzwerk von «Armenschulen» für die vernachlässigten und vom Abrutschen in die Kriminalität bedrohten Nachkommen der zahllosen in der Stadt stationierten Soldaten auf. Um die Versorgung mit gut ausgebildeten und motivierten Lehrern zu garantieren, gründete Hecker nach Franckes Vorbild ein Lehrerseminar – wie das auch mehrere andere Absolventen von Franckes Schule in preussischen Städten taten. Darüber hinaus rief er in Berlin eine *Realschule* ins Leben, die erste Schule, die Kindern aus der Mittel- und unteren Mittelschicht Unterricht in berufsbezogenen Sachgebieten anbot und damit eine Alternative zu dem auf Latein basierenden humanistischem Lehrplan der traditionellen Gymnasien darstellte. Hecker führte das Prinzip ein, Schüler vergleichbarer Befähigung gemeinsam zu unterrichten, um die Effizienz des Unterrichts zu verbessern, eine wichtige und dauerhafte Neuerung.

Neben ihrem Beitrag zur Vereinheitlichung der Schulbildung und des öffentlichen Dienstes widmeten sich die Pietisten auch der Bildung der Litauer sowie

der Masuren, bei denen es sich um polnisch sprechende Protestanten handelte. 1717 rief der zum Schul- und Kircheninspektor für Ostpreussen ernannte Pietist Heinrich Lysius dazu auf, Geistliche speziell für die Missionars- und Lehrtätigkeit in den nicht deutschsprachigen Gemeinden der ostpreussischen Diözesen auszubilden. Nach anfänglichen Meinungsverschiedenheiten wurden schliesslich an der Universität Königsberg litauische und polnische Seminare mit dem Ziel eingerichtet, pietistische Aspiranten für die Arbeit in den litauischen und masurischen Kirchspielen auszubilden.[55] Die Pietisten förderten darüber hinaus auch das Studium der Minderheitensprachen der Provinz, und in Folge dieses Engagements wurden in Königsberg 1747 (Ruhig) und 1800 (Mielcke) jeweils mit Unterstützung durch die preussischen Behörden umfangreiche Wörterbücher des Litauischen veröffentlicht.[56]

Die Pietisten leisteten auch Hilfe bei der Integration der rund 20.000 Lutheraner, die nach ihrer Vertreibung aus dem Erzbistum Salzburg 1731/32 nach Preussen strömten und von Friedrich Wilhelm I. zum grössten Teil in der entvölkerten Region Preussisch-Litauen (siehe unten) angesiedelt wurden. Pietisten begleiteten die Salzburger Glaubensflüchtlinge auf ihrem Zug durch Preussen, sammelten Spenden und leisteten finanzielle Hilfe, versorgten die Neuankömmlinge mit Andachtstexten aus der Druckerei der Waisenanstalt und entsandten Pfarrer in die neuen Gemeinden im Osten.[57]

Ein weiterer – häufig übersehener – Bereich der Bekehrungsbemühungen war die pietistische Missionierung unter den Juden. Ab 1728 gab es in Halle ein Institutum Judaicum unter Leitung des pietistischen Theologen Johann Heinrich Callenberg, der eine gut organisierte Missionierung – die erste ihrer Art – der Juden im deutschsprachigen Europa betrieb. Die Missionare, die in Halle am ersten akademischen Jiddischseminar Europas die Sprache lernten, reisten durch ganz Brandenburg-Preussen, suchten nach durchreisenden Juden und versuchten sie meist ohne grossen Erfolg davon zu überzeugen, dass Jesus Christus ihr Messias war. Das in enger Verbindung zur Waisenanstalt stehende Institut gründete auf der eschatologischen Hoffnung auf eine in den Schriften Philipp Jakob Speners prophezeite Massenbekehrung der Juden. In der Praxis allerdings konzentrierten sich die missionarischen Bemühungen hauptsächlich auf die Bekehrung und berufliche Ausbildung verarmter umherziehender Ju-

den, der so genannten Betteljuden, deren Zahl im Deutschland des frühen 18. Jahrhunderts stetig zunahm.[58] Die Missionierung der Juden verkörperte somit eine charakteristische pietistische Mischung aus sozialem Bewusstsein und Bekehrungseifer. Auch in ihren missionarischen Bestrebungen unterstützten die Pietisten den brandenburgisch-preussischen Staat in seinen Bemühungen zur religiösen, sozialen und kulturellen Integration und trugen, wie es ein Historiker ausdrückte, zur Domestizierung der «wilden Elemente» bei.[59]

In den 1720er/1730er Jahren gewann der Pietismus an Respektabilität und machte dabei, wie das in solchen Fällen häufig geschieht, einen Wandel durch. Begonnen hatte der Pietismus als umstrittene Bewegung mit einer prekären Stellung innerhalb der etablierten lutherischen Kirchen. Obgleich er in den 1690er Jahren und bis ins 18. Jahrhundert hinein beständig neue Anhänger gewann, litt er weiter unter dem Ruf exzessiven Eifers.[60] Ab den 1730er Jahren jedoch genoss der gemässigte Flügel dank der von Spener geleisteten Vorarbeit und des unermüdlichen Wirkens Franckes und seiner Hallenser Mitstreiter, die dafür sorgten, dass überschüssige spirituelle Energien in eine Vielzahl institutioneller Projekte kanalisiert wurden, eine unbestrittene Vormachtstellung innerhalb der Bewegung. In den anderen deutschen Staaten florierte zwar eine Vielzahl radikaler pietistischer Bewegungen, manche davon überaus separatistisch gesinnt, doch die preussische Variante entledigte sich ihrer extremistischen Randgruppen und entwickelte ihre eigene Orthodoxie. Von Selbstvertrauen erfüllte, nutzten die Pietisten der zweiten Generation ihre Stellungen in zentralen Institutionen, um Widersacher zum Schweigen zu bringen oder aus ihren Positionen zu vertreiben, nicht anders wie das die orthodoxen Lutheraner in früherer Zeit getan hatten. Die pietistische Bewegung war zu einem eigenständigen Patronagenetzwerk geworden.[61]

Diese Vormachtstellung liess sich auf lange Sicht aber nicht halten. Mitte der 1730er Jahre waren die einflussreichsten und fähigsten Theologen der Hallenser Gründergeneration tot: Francke (gestorben 1727), Paul Anton (1730) und Joachim Justus Breithaupt (1732); die nachfolgende Generation brachte keine Theologen vergleichbarer Qualität oder öffentlichen Ansehens hervor. Weiter geschwächt wurde die Bewegung in diesem Jahrzehnt durch die interne Auseinandersetzung über einen von Friedrich Wilhelm I. angestrengten Kreuzzug zur Ausmerzung «katholischer» Elemente aus der lutherischen Zeremonie. Etliche führende Pietisten unterstützten den Vorstoss, doch die meisten respektierten

die lutherische Tradition und widersetzten sich dem Versuch des Königs, auf die Liturgie einzuwirken. In dieser Sache standen sie auf einer Seite mit der orthodoxen Führung der lutherischen Kirche, ein Umstand, der viel von dem Schaden behob, der zuvor in Jahrzehnten der Fehde angerichtet worden war.[62]

Die enge Bindung an den Staat, der die Bewegung so viel verdankte, drohte sie nun also zu spalten. Es gab Anzeichen, dass die traditionelle pietistische Toleranz gegenüber konfessionellen Unterschieden innerhalb der Bewegung durch einen aufkeimenden aufklärerischen Enthusiasmus für konfessionelle Konvergenz verdrängt wurde. Ein weiteres Problem war, dass die systematische Bevorzugung von Pietisten für Posten in der Verwaltung und Kirche ehrgeizige Kandidaten mitunter dazu verleitete, sich im Interesse ihrer beruflichen Karrieren der adaptiven Mimikry zu bedienen. Viele erlagen der Versuchung, Schilderungen ihrer Konversion zu einem wahreren und stärker empfundenen Glauben zu fabrizieren oder gar die Mimik und das Betragen vorzutäuschen, die den eifernden Anhängern der Bewegung nachgesagt wurden (ein Zeitzeuge spricht von pietistischem «Augenrollen»). Dieses Phänomen – eine Folge des Erfolgs der Bewegung – sollte den Ausdruck «Pietist» dauerhaft mit der Konnotation der religiösen Hochstapelei in Zusammenhang bringen.[63]

Nach 1740 verlor der Pietismus an den theologischen Fakultäten der Universitäten und innerhalb der klerikalen Netzwerke in Brandenburg-Preussen rasch an Bedeutung, was mit am Entzug der königlichen Unterstützung lag. Friedrich der Grosse hegte eine persönliche Abneigung gegen die «protestantischen Jesuiten», die von seinem Vater protegiert worden waren, und besetzte Posten in der Verwaltung und der Kirche durchgängig mit aufgeklärten Kandidaten – mit der Folge, dass sich Berlin zu einem namhaften Zentrum der protestantischen Aufklärung entwickelte.[64] Die Universität Halle, einst eine Bastion der Bewegung, wurde zu einem führenden Zentrum des Rationalismus und sollte dies bis weit ins nächste Jahrhundert auch bleiben. Parallel zum Rückgang der Schülerzahlen in der Waisenanstalt in Halle nahm auch die Zahl der Spender ab, die ihre Aktivitäten zu unterstützen bereit waren. All das liess sich an der schwindenden Bedeutung des jüdischen Instituts der Pietisten in Halle ablesen, deren letzter Jahresbericht, 1790 herausgegeben, mit der Feststellung öffnete, dass «wenn man aus vorigen Zeiten die Nachrichten, Beförderungen und milden Un-

terstützungen unseres jüdischen Instituts mit den Gegenwärtigen vergleicht, [...] ein Verhältniss herauskomme, wie Körper und Schatten [...] «[65]

Wie weit reichend war nun der Einfluss der pietistischen Bewegung auf die Gesellschaft und Institutionen Preussens? Die Pietisten schätzten Zurückhaltung und Bescheidenheit und verachteten die Prunk- und Verschwendungssucht am Hofe. Dort und in den Organen der militärischen und zivilen Ausbildung förderten sie systematisch die Tugenden der Nüchternheit, Sparsamkeit und Selbstdisziplin und verstärkten dadurch die Auswirkungen des von Friedrich Wilhelm I. nach 1713 in Gang gesetzten kulturellen Wandels, in dem turmhohe Perücken und reich verzierte Gewänder zum verachteten Tand einer untergegangenen Ära gerieten. Durch ihre Rolle in den Kadettenanstalten trugen sie mit zur Formung der Einstellungen und des Verhaltens innerhalb des Landadels bei, dessen Söhne in den Jahrzehnten Mitte des 18. Jahrhunderts in stetig zunehmender Zahl das Kadettensystem durchliefen, ein Einfluss, der für die Abneigung gegenüber protziger Zurschaustellung verantwortlich sein könnte, die mit der Zeit zu einem Charakteristikum der preussischen Junkerkaste wurde. Dass die legendäre Bescheidenheit der Junker in vielen Einzelfällen nichts weiter als Verstellung und Positur war, belegt lediglich die Macht des von der pietistischen Bewegung propagierten Persönlichkeitsbildes.

Der Pietismus bereitete auch mit den Boden für die preussische Aufklärung.[66] Sein Optimismus und seine Zukunftszugewandtheit bezeugten seine Verwandtschaft mit dem Fortschrittsideal der Aufklärung, ebenso wie seine Auffassung von Bildung als Mittel zur Persönlichkeitsgestaltung jene «umfassende Pädagogisierung der menschlichen Existenz» bewirkte, «die ein elementarer Wesenszug der Aufklärung war»[67]. Die Entwicklung der Naturwissenschaften an der Universität Halle belegt, wie eng Pietismus und Aufklärung ungeachtet ihrer zahlreichen Differenzen miteinander verknüpft waren; das zwischen ihnen bestehende «Kräftefeld» formte jene Annahmen, welche die wissenschaftlichen Erkundungen leiteten.[68] Auf ähnliche Weise nahmen der Vorrang des Moralischen vor dem Dogmatischen der Pietisten und ihre erklärte Toleranz im Umgang mit konfessionell Andersdenkenden die geistige Haltung im späteren 18. Jahrhundert vorweg – wie sie sich beispielsweise in Kants Konzeption der Moral als der höchsten Sphäre der rational zugänglichen Wahrheit und in seiner Neigung beweist, religiöse Intuitionen solchen moralischer Natur unterzuordnen.[69]

Einige der einflussreichsten preussischen Exponenten der aufgeklärten und romantischen Philosophie waren in einem pietistischen Milieu erzogen worden. Der mit der romantischen Bewegung assoziierte Kult der Innerlichkeit hatte einen Vorläufer in der pietistischen «geistlichen Biografie», zu deren Archetypus Franckes eigene, in weiten Kreisen gelesene Erzählung seiner Konversion wurde. Ihr säkularisierter Nachfolger, die «Autobiografie», entwickelte sich Mitte bis Ende des 18. Jahrhunderts zu einem einflussreichen literarischen Genre.[70] In den Schriften des romantischen Philosophen Johann Georg Hamann, der die Königsberger Kneiphof-Schule besuchte, eine Bastion des gemässigten Pietismus, und später an der Universität der Stadt studierte, wo er unter den Einfluss des pietistisch inspirierten Philosophieprofessors Martin Knutzen geriet, lassen sich die introspektiven und asketischen Qualitäten der pietistischen Weitsicht gut nachverfolgen. Hamann erlebte eine Art Bekehrung, ausgelöst durch eine Periode des intensiven Bibelstudiums und der reuigen Selbstbeobachtung.[71] Der Einfluss des württembergischen Pietismus zeigt sich in den Schriften G.W.F. Hegels, der einen nachhaltigen Einfluss auf die Entwicklung des philosophischen und politischen Denkens an der Universität Berlin ausüben sollte; Hegels Auffassung von der Teleologie als eines Prozesses der Selbsterkenntnis war unterfüttert von einer christlichen Geschichtstheologie mit erkennbar pietistischen Merkmalen.[72]

Und was war mit dem brandenburgisch-preussischen Staat? Auf dem Fries, der die Fassade des Francke sehen Waisenhauses in Halle beherrscht, sind zwei schwarze preussische Adler mit ausgebreiteten Schwingen zu sehen, ein deutlicher Hinweis auf die enge Verbundenheit der Bewegung mit der Staatsmacht. Der positive Beitrag der Pietisten zur Konsolidierung der dynastischen Macht in Brandenburg-Preussen steht in auffälligem Kontrast zur politischen Neutralität der zeitgenössischen pietistischen Bewegung in Württemberg und zum subversiven Einfluss des Puritanismus in England.[73] Als sozusagen fünfte Kolonne innerhalb des brandenburgisch-preussischen Luthertums waren die Pietisten ein weitaus effektiveres ideologisches Instrument, als es die calvinistischen Religionsvorschriften und Zensurmassnahmen der Kurfürsten jemals sein konnten. Doch die Pietisten taten weit mehr, als dem Souverän nur Hilfe zu leisten; sie lenkten die Energien einer in weiten Teilen der Bevölkerung verankerten protestantisch-voluntaristischen Bewegung in das öffentliche Leben der

frisch zu Königswürden erhobenen brandenburgisch-preussischen Dynastie. Vor allem aber propagierten sie die Vorstellung, dass die Ziele des Staates auch die des gewissenhaften Bürgers waren, dass der Dienst am und für den Staat mithin nicht nur durch Pflichtgefühl oder Eigeninteresse, sondern auch durch ein umfassendes ethisches Verantwortungsbewusstsein motiviert sein könnte. Hier entwickelte sich eine Solidargemeinschaft, die über die Beziehung zwischen Herrscher und Subjekt hinausreichte. So gesehen schuf der Pietismus die Grundlage für eine allgemeinere aktivere Unterstützung der monarchischen Projekte in Brandenburg-Preussen.

Frömmigkeit und Politik

Ist es sinnvoll, im Hinblick auf die Aussenbeziehungen Brandenburg-Preussens den Begriff «protestantische Aussenpolitik» zu verwenden? Historiker der Realpolitik und internationalen Beziehungen stehen solchen Formulierungen häufig skeptisch gegenüber. Selbst im Zeitalter der «Religionskriege» dominierte, wenden sie ein, der Imperativ der territorialen Sicherheit über die konfessionelle Solidarität. Das katholische Frankreich unterstützte die Protestantische Union gegen das katholische Österreich, das lutherische Sachsen stellte sich gegen das lutherische Schweden an die Seite des katholischen Österreich. Konfessionelle Bündnisse waren in den seltensten Fällen stark genug, sich gegen andere Erwägungen zu behaupten – die Bereitschaft der calvinistischen Kurpfalz unter Friedrich V, in den Jahren 1618 bis 1620 alles für die Sache des Protestantismus aufs Spiel zu setzen, war eine seltene, wenn nicht sogar die grosse Ausnahme.

Gleichzeitig wäre es irreführend, daraus den Schluss zu ziehen, dass die damalige Aussenpolitik allein auf Grundlage säkularer Interessenabwägungen formuliert wurde oder dass die Konfessionszugehörigkeit ein unbedeutender Faktor gewesen sei. So spielte sie eine wichtige Rolle bei der Gestaltung dynastischer Heiratsallianzen, die sich wiederum nachhaltig auf die Aussenpolitik auswirkte, nicht zuletzt weil dadurch häufig neue territoriale Ansprüche entstanden. Darüber hinaus verstanden sich viele protestantische Herrscher unverkennbar als Mitglieder einer protestantischen Staatengemeinschaft, so insbesondere der Grosse Kurfürst, der seinen Nachfolger in seinem politischen Testament von 1667 anwies, wann und wo immer möglich im Gleichklang mit den

anderen protestantischen Territorien zu agieren und die protestantischen Freiheiten gegen den Kaiser zu verteidigen.[74] Auch in den politischen Debatten der Exekutive spielten konfessionelle Erwägungen eine wichtige Rolle. So betonte das Mitglied des Geheimen Rates Sebastian Striepe in seinen Ausführungen, mit denen er sich 1648 gegen eine Allianz mit Frankreich aussprach, dass Kardinal Mazarin ein Gegner des reformierten Glaubens sei und man davon ausgehen müsse, dass er die Katholisierung Frankreichs vorantreiben würde.[75] Als in den 1660er Jahren die französischen Calvinisten zusehends härteren Repressalien ausgesetzt waren, schrieb Friedrich Wilhelm an Ludwig XIV., um sein Missfallen zu bekunden.[76] Im folgenden Jahrzehnt schlug sich der Kurfürst auf die Seite der antifranzösischen Koalition, um die Unterwerfung der Vereinigten Niederlande zu verhindern, des Zentrums des nordeuropäischen Calvinismus. Geopolitische Erwägungen und die Aussicht auf Subsidien brachten den Kurfürsten Anfang der 1680er Jahre zurück an die Seite Frankreichs, während seine Rückkehr zur brandenburgisch-kaiserlichen Allianz 1686 zum Teil auf seinen Unmut über die brutale Verfolgung der calvinistischen Hugenotten in Frankreich zurückzuführen ist.[77]

Eine Möglichkeit, konfessionelle Solidarität zu bekunden, ohne damit einen bewaffneten Konflikt zu riskieren, bestand darin, verfolgten Glaubensbrüdern in anderen Ländern Asyl oder andere Hilfsleistungen anzubieten. Das wohl berühmteste Beispiel dieser Art Politik der Gesten war das Potsdamer Edikt von 1685, in dem der Kurfürst den verfolgten französischen Calvinisten die freie Niederlassung auf dem Gebiet Brandenburg-Preussens anbot. Das Edikt war Friedrich Wilhelms Antwort auf den Widerruf der den französischen Hugenotten im Edikt von Nantes von 1598 gewährten Rechte durch den französischen König. Insgesamt folgten rund 20.000 französische Calvinisten dem Ruf des Kurfürsten. Sie entstammten überwiegend der Unterschicht der reformierten Bevölkerung – die Wohlhabenden zogen im Allgemeinen wirtschaftlich attraktivere Ziele wie England und die Niederlande vor. Im Gegensatz zu diesen förderte Brandenburg-Preussen jedoch ihre Ansiedlung durch staatliche Subventionen, die Bereitstellung günstiger Unterkünfte, Steuervergünstigungen, billige Kredite und so weiter. Da Brandenburg, dessen Bevölkerung sich immer noch nicht von den im Dreissigjährigen Krieg erlittenen grossen Verlusten erholt hatte, dringend auf ausgebildete und arbeitswillige Einwanderer angewiesen war, handelte es sich dabei um eine dem eigenen Interesse entspringende Geste,

nichtsdestotrotz war sie höchst publikumswirksam. Abgesehen davon, dass sie Ludwig XIV. zutiefst erzürnte (was natürlich beabsichtigt war),[78] brachte sie Friedrich Wilhelm den Beifall der Protestanten in den deutschen Landen ein. Dabei kommt man nicht umhin, die darin liegende Unverhältnismässigkeit zu sehen: Von den rund 200.000 Hugenotten, die vor der Verfolgung aus Frankreich flohen, suchte nur rund ein Zehntel Zuflucht in Brandenburg-Preussen, und doch verstand es der Kurfürst mehr als jeder andere Souverän, dies zur Förderung seiner Reputation auszunutzen. Das in einem erhabenen, verallgemeinernden moralischen Ton gehaltene Edikt wurde und wird seitdem – wenn auch nicht ganz zu Recht – als eines der grossen Monumente der preussischen Tradition der Toleranz gefeiert.

So erfolgreich war die in Potsdam eingeleitete «Politik der religiösen Rechte», dass sie quasi zum Inventar der hohenzollerischen Staatskunst wurde. In einer Proklamation vom April 1704 begründete Friedrich I. in ähnlichen Worten sein Angebot, den verfolgten französischen Calvinisten aus dem Fürstentum Orange Zuflucht zu gewähren, einer protestantischen Enklave im Süden Frankreichs, auf die die Hohenzollern Erbansprüche erhoben:[79]

«So, wie die Inbrunst, die wir für den Ruhm Gottes und für das Wohlergehen Seiner Kirche empfinden, uns den traurigen Stand zu Herzen gehen macht, auf den Unsere armen Brüder im Glauben sich durch die harte Verfolgung reduziert sehen, welche die Vorsehung vor einigen Jahren in Frankreich hat toben lassen, und sie uns dazu bewogen hat, sie wohltätig und unter grossen Kosten in unseren Landen zu empfangen, sehen Wir uns unter einer noch grösseren Verpflichtung stehend, dieselbe Güte unseren eigenen Untertanen zu erweisen, die gezwungen waren, Unser Fürstentum Orange und alle Habe, die sie dort besassen, zu verlassen [...], damit sie Zuflucht unter Unserem Schutz finden mögen [...] «[80]

Hier haben wir es mit einer charakteristischen Kombination aus edelmütiger Rhetorik und kühlem Eigeninteresse zu tun. Friedrich I. verband das mit christlicher Nächstenliebe begründete Hilfsangebot mit seinem Anspruch auf ein umstrittenes Territorium. In einer Anweisung an die mit der Aufnahme der Flüchtlinge betrauten Räte drängte der König überdies darauf, die Exilanten nicht lange in Untätigkeit verharren zu lassen, sondern sie schnellstmöglich einer geeigneten Beschäftigung zuzuführen, sodass «der König von ihrer Ansiedlung zu profitieren vermag»[81].

Die Logik der konfessionellen Solidarität, die auf der europäischen Szene gelegentlich ein nützliches diplomatisches Instrument abgab, spielte im Kontext des Heiligen Römischen Reiches eine weitaus wichtigere Rolle, da hier die Folgen konfessioneller Konflikte durch die dualistische Struktur des Reichstages um ein Vielfaches verstärkt wurden. Lagen dem Reichstag konfessionelle Themen zur Debatte vor, so legten die Artikel des Westfälischen Friedens fest, mussten diese in getrennten Sitzungen zweier permanenter, jeweils mit Vertretern der protestantischen und katholischen Reichsstände besetzter Gremien diskutiert werden, dem *Corpus Evangelicorum* und dem *Corpus Catholicorum.* Dieser als *itio in partes* – «Auseinandertreten» – bezeichnete Mechanismus sollte gewährleisten, dass potenziell konfliktträchtige konfessionelle Themen von beiden Seiten ohne unwillkommene Einmischung der anderen Seite besprochen werden konnten. In der Praxis jedoch wurde damit ein transterritoriales öffentliches Forum zur Bekundung konfessioneller Klagen geschaffen, was insbesondere für die Protestanten galt, die mehr als die strukturell dominanten Katholiken auf ein Instrument zur kollektiven Mobilisierung angewiesen waren.

Die spektakuläre Intervention Friedrich Wilhelms I. in einen Konflikt, der das Schicksal der protestantischen Minderheit in Salzburg betraf, demonstrierte eindrucksvoll, wie nützlich dieses System sein konnte. 1731 bewirkte die Entdeckung, dass in den Gebirgstälern der zu Salzburg gehörenden Bezirke Pinzgau und Pongau 20.000 Menschen lebten, die sich als Protestanten bezeichneten, einen Aufruhr unter den katholischen Behörden des Erzbistums, der die tiefe kulturelle Kluft offen legte, die zwischen der Stadt Salzburg und ihrem alpinen Hinterland klaffte. Nachdem auch Missionare die Bergbauern nicht dazu hatten bewegen können, von ihrer Häresie abzulassen, beschloss Erzbischof Anton Freiherr von Firmian, ihre Ausweisung zu erzwingen. Die Auseinandersetzung zwischen einer wohlhabenden erzbischöflichen Verwaltung und einer halbgebildeten Gemeinde tapferer protestantischer Bergbauern beflügelte die Phantasie der Versammlung der protestantischen Stände im Reichstag. Auf Pamphleten und Flugblättern wurde für die Sache der protestantischen Bauern gestritten, was vehemente Gegenangriffe der katholischen Behörden in Salzburg auslöste. Beide Seiten publizierten Schriften, die sich ausschliesslich mit dieser Sache befassten, und die Salzburger entwickelten sich in den protestantischen deutschen Landen zu einer *cause célèbre.*

12. König Friedrich Wilhelm I. begrüsst
die protestantischen Exilanten aus dem Erzbistum Salzburg.
Illustration aus einem zeitgenössischen Pamphlet.

Einer der ersten, der das diesem Konflikt innewohnende Potenzial erkannte, war der preussische König Friedrich Wilhelm I. Er brauchte dringend Bauern für das unterbevölkerte Preussisch-Litauen in den Sumpfgebieten im Osten des Herzogtums Preussen – ein Landstrich, der sich noch nicht so recht von den Hungersnöten und der Pest in den Jahren 1709/1710 erholt hatte. Gleichzeitig war er erpicht darauf, Brandenburg-Preussen als Universalgaranten der protestantischen Rechte zu etablieren, womit er implizit den Anspruch des habsburgischen Kaisers auf die Rolle des neutralen Schiedsrichters bei konfessionellen Disputen zwischen und innerhalb aller zum Heiligen Römischen Reich gehörenden Staaten herausforderte. Zu diesem Zweck bot Friedrich Wilhelm I. an, die Salzburger Protestanten auf seinem Gebiet neu anzusiedeln.

Anfangs schien der Plan des Königs zum Scheitern verurteilt. Der Erzbischof beabsichtigte nämlich zunächst, die Abweichler in den Alpen mit militärischen Mitteln zur Räson zu bringen – und tatsächlich hatte er bereits die Bayern und den Kaiser zu ebendiesem Zweck um die Entsendung von Truppen gebeten. Doch einmal mehr kam die konstitutionelle Maschinerie des Reiches dem Kurfürsten zu Hilfe. Kaiser Karl VI. hoffte auf die Unterstützung des Reichstags für seine «Pragmatische Sanktion» von 1713, die die Erbfolge seiner Tochter Maria Theresia für den österreichischen Thron nach seinem Tode festlegte: Im Austausch für die Unterstützung Friedrich Wilhelms I. für die Pragmatische Sanktion sagte der Kaiser zu, Druck auf den Erzbischof auszuüben, damit dieser der Massenauswanderung seiner protestantischen Untertanen ins Herzogtum Preussen zustimmte.

Zwischen April und Juli 1732 machten sich 26 Kolonnen von jeweils rund 800 Salzburger Protestanten von den Almen ihrer Bergheimat auf den langen Weg durch Franken und Sachsen nach Preussen und liessen sich im Flachland Preussisch-Litauens nieder. Die Auswanderung geriet zum Spektakel. Der Anblick der langen Reihen Salzburger – angetan in seltsam anmutenden Trachten – die unerschütterlich nach Norden marschierten, versetzte die Menschen in den protestantischen Dörfern und Städten, durch die sie kamen, in Begeisterung. Bauern und Städter brachten Essen, Kleidung und Geschenke für die Kinder, andere warfen Münzen aus den Fenstern. Viele fühlten sich an das Volk Israel bei seinem Auszug aus Ägypten erinnert. Die konfessionelle Propaganda lief auf Hochtouren; Bücher und Druckschriften stellten die Ausweisung dar, priesen die Standfestigkeit im Glauben der Emigranten und den gottesfürchtigen

preussischen König, der sein Land zum gelobten Land der Unterdrückten erkoren hatte. Allein in den Jahren 1732 und 1733 wurden in 67 deutschen Städten über 300 Einzelwerke (Zeitschriften nicht mitgezählt) zu dem Thema publiziert. Das restliche 18. und das gesamte 19. Jahrhundert hindurch wurde der Auszug der Salzburger in Predigten, Pamphleten, Romanen und Theaterstücken immer wieder aufs Neue dargestellt.

Die Auswanderung der Salzburger Protestanten geriet somit zu einem Propagandacoup von unschätzbarem Wert für die Hohenzollerndynastie und Brandenburg-Preussen. Zudem markierte sie einen wichtigen Wendepunkt: Die Salzburger waren nämlich keine Calvinisten (wie die Hugenotten und die Flüchtlinge aus dem Fürstentum Orange), sondern Lutheraner. Der Anspruch auf konfessionsübergreifende protestantische Autorität, den die Pietisten innerhalb Brandenburg-Preussens durchzusetzen geholfen hatten, wurde somit auf das ganze Reich erweitert.

KAPITEL 6

Die Mächte im Land

Städte

Direkt hinter der Mühlentorstrasse in der Altstadt Brandenburgs liegt der schattige Hof der St.-Gotthardt-Kirche. Wie so viele andere der mittelalterlichen Kirchen im Kurfürstentum Brandenburg ist St. Gotthardt aus dunkelroten Ziegelsteinen gebaut. Die Pfeiler, die die hoch aufragenden Gewölbe im Innern tragen, sind verborgen hinter einem weiten Dach aus ockerfarbenen Ziegeln, dessen dunkles Gesims ein Gefühl der Unerschütterlichkeit vermittelt. Am westlichen Eingang wurde ein anmutiger barocker Turm auf den Überresten der romanischen Kirche errichtet, die einst hier stand. Im Hochsommer beschatten weit ausladende Bäume den Kirchhof. Die verträumte Abgeschiedenheit des Ortes täuscht darüber hinweg, das man sich hier im alten Kern einer Stadt befindet, von der aus im Mittelalter die deutsche Landnahme entlang des Havelbogens erfolgte.

Ein Reisender, der in die Kühle der Gotthardtkirche eintritt, wird von der Höhe und Weite des Innenraums überrascht sein. Die Wände sind mit prächtigen Steintafeln verziert, aufwendig gearbeitete, bis zu zwei Meter hohe Epitaphe. Eines davon erinnert an das Leben und den Tod des Thomas Matthias, Bürgermeister der Stadt im 16. Jahrhundert und Abkömmling einer wohlhabenden Familie von Stofffabrikanten, der unter Kurfürst Joachim II. in ein hohes politisches Amt aufstieg, aber in Ungnade fiel, als der nächste Kurfürst, Johann Georg, ihn für die unter seinem Vorgänger angehäuften Schulden verantwortlich machte, und der schliesslich 1576 in seiner Heimatstadt von der Pest dahingerafft wurde. Das Relief auf der Gedenktafel zeigt die Kinder Israels, wie sie auf ihrer Flucht aus Ägypten die Ostküste des Roten Meeres erreichen. Auf der linken Seite sehen wir aus dem Meer aufsteigende Männer und Frauen in verschwenderisch dargestellten städtischen Kleidern. Sie halten ihre Kinder und Habe und blicken auf das sich hinter ihnen entfaltende Unheil zurück, wo Män-

ner in Rüstung von sich hoch türmenden Wellen grauen Wassers verschluckt werden. Eine weitere Gedenktafel, datiert auf das Jahr 1583, wird überragt von einem wunderschön gearbeiteten Relief, das zwischen den Säulen einer zweistöckigen neoklassizistischen Fassade Szenen aus dem Leidensweg Christi zeigt. Im oberen Teil hängt Christus nackt, die Hände an eine Schwelle über seinem Kopf gebunden, mit gekrümmtem Körper, während er von drei Männern mit Knüppeln und Peitschen geschlagen und getreten wird. Die erstaunlich dynamische und naturalistische Skulptur erinnert an Joachim Darmstorff, ebenfalls Bürgermeister der Stadt Brandenburg, und seine Frau Anna Dürings, deren Namen und Lebensdaten auf dem abgestuften Fries am unteren Rand des Epitaphs eingraviert sind. Porträts von Darmstorff und seiner Frau, beide im überbordenden Ornat der städtischen Oligarchie, schauen aus runden Nischen zur Linken und Rechten der Skulptur heraus, fast so, als versuchten sie über die bevölkerte Szene zwischen sich, einen Blick aufeinander zu erhaschen.

Ein grosses Epitaph, über dem ein fein gemeisseltes allegorisches Relief Lazarus und den reichen Mann darstellt, erinnert an die Familie Trebaw, ein weiteres Bürgermeistergeschlecht. Diese Trittsteine der Erinnerung reichen bis weit ins 18. Jahrhundert – eine reich verzierte, zwei Meter hohe Tafel zur Rechten des Altars preist den «erlauchten Rat und gefeierten Kaufmann und Händler der alten Stadt von Brandenburg» Christoph Strahle, der 1738 im Alter von 81 Jahren starb.

Was an diesen Objekten, abgesehen von ihrer künstlerischen Virtuosität, so hervorsticht, ist die aus ihnen sprechende ausgeprägte bürgerliche Identität. Sie sind nicht bloss Denkmäler für Individuen, sondern Ausdruck des Stolzes und der kollektiven Identität einer Oligarchie. Viele der Tafeln sind dem Andenken

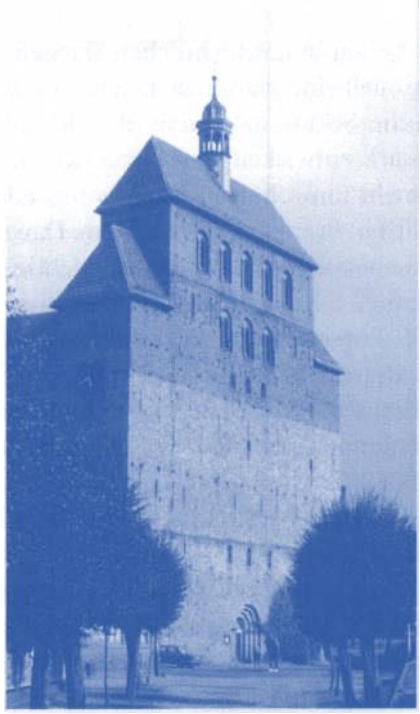
13. Geschnitzter Fries aus dem Epitaph
des Bürgermeisters von Brandenburg, Thomas Matthias, 1549/1576,
St.-Gotthardt-Kirche, Brandenburg.

an mehrere Generationen einer Familie gewidmet und geben detailliert Auskunft über Geburten und Eheschliessungen. Das eindrucksvollste Monument in der St-Gotthardt-Kirche aber ist die aus Sandstein bestehende Kanzel, in die, der Spiraltreppe hinauf zur Kanzel folgend, Szenen aus dem Alten und dem Neuen Testament eingemeisselt sind und die als Ganzes auf einer grossen und prächtig gearbeiteten Figur eines bärtigen Mannes ruht, dessen Kopf über ein offenes Buch gebeugt ist. Dieses bemerkenswerte Ensemble, gefertigt von Georg Zimmermann und datiert auf das Jahr 1623, wurde von der Gilde der Tuchmacher der Altstadt gestiftet, woran eine Gedenktafel an der angrenzenden Säule erinnert. Neben zehn Einzelporträts der Vorsteher der Gilde – ausnahmslos beeindruckende Männer, in den für das Bürgertum des 17. Jahrhunderts typischen strengen, dunklen Gewändern mit weissen Krausen – stehen auf der Tafel auch die Hauszeichen und Namen von 100 weiteren Tuchmachermeistern. Man tut sich schwer, sich eine nachdrücklichere und würdigere Bekundung kollektiven bürgerlichen Selbstbewusstseins vorzustellen.

Dieses Phänomen ist beileibe nicht auf die St.-Gotthardt-Kirche beschränkt. Vergleichbare bürgerliche Memoria aus dem 17. und 18. Jahrhundert finden sich auch in den Kirchen anderer brandenburgischer Städte. In der Havelberger St.-Laurentius-Kirche beispielsweise, die im historischen Stadtkern auf einer Insel in der Havel steht, findet sich eine ähnliche Galerie steinerner, wenn auch etwas weniger erhaben ausgeführter Gedenktafeln. Auch hier wird vor allem Geschäftsleuten – Kaufmännern, Holzhändlern, Bierbrauern – und prominenten Bürgermeisterfamilien gedacht. Das Memorial für den «angesehenen Händler und Kaufmann» Joachim Friedrich Pein (gest. 1744) ist in seiner anrührenden Einfachheit besonders bemerkenswert:

> Unter diesem Leichen-Stein Ruh ich Pein ohn' alle Pein
> Und erwarte mit den Meinen Selig für Gott zu erscheinen.

In Havelberg wie in Brandenburg wurde die Bedeutung der Stadtkirche als Forum des kollektiven Selbstausdruckes einer städtischen Kirchengemeinde noch durch den Umstand verstärkt, dass beide Städte Bischofssitze waren. Hier lag also eine implizite Dichotomie vor zwischen der Stadtkirche im Stadtkern, de-



14. Der Havelberger Dom.

ren Gemeinde von den Zünften und städtischen Beamten dominiert wurde, und der Domkirche, deren Kapitel sich traditionell aus den Angehörigen des Adels rekrutierte. Das zeigt sich sehr deutlich in der Geografie Havelbergs, wo der Dom, ein imposantes, an eine Burg gemahnendes Bauwerk, von der Anhöhe am nördlichen Flussufer auf die kleine Altstadtinsel mit ihren Geschäften, Buden und engen Gassen herabblickt. Bis weit ins 19. Jahrhundert hinein war die gesellschaftliche Zusammensetzung der beiden Kirchengemeinden entsprechend polarisiert. St. Laurentius blieb die Kirche der Stadtleute und der in der lokalen Garnison stationierten Unteroffiziere und Mannschaften, während der Adel den gesellschaftlich und geografisch höherstehenden Dom frequentierte.

Die Gedenktafeln in den Kirchen Havelbergs und Brandenburgs gemahnen an eine Welt, die in allgemeinen Darstellungen der Geschichte der preussischen Lande häufig übersehen wird – die Welt der Städte, ein von Handwerksmeistern und patrizischen Familiennetzwerken dominiertes gesellschaftliches Milieu, dessen Identität aus einem tief verwurzelten Gefühl der Autonomie und Privilegiertheit, sowohl politisch wie auch kulturell, gegenüber dem umgebenden

Land herrührte. Dass den Städten in geschichtlichen Darstellungen Brandenburg-Preussens traditionell eine marginale Bedeutung zukam, lag mit daran, dass der städtische Sektor in diesem Teil des deutschen Europa niemals besonders stark entwickelt war – von den 30 deutschen Städten mit 10.000 oder mehr Einwohnern, die es 1700 gab, lagen nur zwei (Königsberg und Berlin) in Brandenburg-Preussen. Davon abgesehen wird weithin angenommen, dass die Städte und, wichtiger noch, der Geist der Selbstverwaltung, bürgerlichen Verantwortung und politischen Autonomie, der in ihnen blühte, zu den Opfern des hohenzollerischen Absolutismus zählten, ein Historiker sprach gar von der bewussten «Zerstörung» des brandenburgischen Bürgertums durch den auf Zentralisierung bedachten monarchischen Staat.[1] Die Folge war eine politische Kultur, die grossen Wert auf Gehorsam legte, aber kaum Zivilcourage oder bürgerliche Tugenden beförderte, worin sich wieder einmal die machtvolle negative Anziehungskraft des «Sonderweges» wahrnehmen lässt.

Das 17. und das 18. Jahrhundert lassen sich nach einigem Dafürhalten als ein Zeitalter des Niedergangs der Städte bezeichnen, zumal wenn wir damit den Niedergang der städtischen politischen Autonomie meinen. Königsberg bietet das vielleicht drastischste Beispiel einer Stadt, die vergebens um die Bewahrung ihrer politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit gegen eine aggressive monarchische Macht kämpfte. 1640, im Jahr des Regierungsantrittes des Grossen Kurfürsten, war Königs berg eine reiche baltische Handelsstadt mit einer ständischen Vertretung im Landtag, die sie auf eine Stufe mit dem Landadel stellte. Ein knappes halbes Jahrhundert später, 1688, waren die Königsberger politische Autonomie und der Einfluss der Stadt im Landtag gebrochen und ihr Wohlstand drastisch gesunken. Der Kampf zwischen den städtischen Autoritäten und der Berliner Regierung war im Königsberger Fall natürlich besonders erbittert, abgesehen davon jedoch folgten die Entwicklungen in anderen Städten der preussischen Lande einem ähnlichen Muster.

In vielen Städten fiel die Schwächung oder Streichung politischer Privilegien mit der Erhebung der neuen Akzise zusammen, einer Steuer auf Waren und Dienstleistungen, die in den 1660er Jahren stufenweise eingeführt wurde. Da die Steuer direkt auf Waren und Dienstleistungen (z.B. am Ort des Verkaufs) erhoben wurde, erübrigte sich damit die Notwendigkeit für Steuerverhandlungen mit Vertretern der städtischen Stände. Damit verloren die Städte ihre stän-

dische Vertretung sowohl in den Provinziallandtagen wie auch den ständigen Ausschüssen der ständischen Räte, über die zusehends die Verhandlungen zwischen den Ständen und dem Landesherrn liefen. Dieser Prozess der schrittweisen Entmachtung wurde zuerst 1667 in Berlin und später in allen Städten verstärkt durch die Einsetzung von vom Kurfürsten ernannten Steuerräten, die sich bald schon daran machten, ihre Zuständigkeiten weiter auszubauen.[2] Die Zentralisierung geriet unter Friedrich III./I. etwas ins Stocken, wurde aber von seinem Nachfolger Friedrich Wilhelm I. wieder intensiviert, dessen Rathäusliches Reglement von 1714 die städtische Haushaltsautorität auf königliche Beamte übertrug und die Kompetenzen der städtischen Magistrate beschnitt. Unter Friedrich II. wurden weitere Gesetze erlassen, mit denen die verbliebenen Justizbefugnisse der Magistrate auf königliche Beamte übertragen und ein System der staatlichen Genehmigung für alle städtischen Grundbesitzverkäufe eingeführt wurde.[3] In den westlichen Provinzen wurde unter Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II. die kommunale Unabhängigkeit ebenfalls weitgehend ausgemerzt und in diesem Zuge die singulären Verfassungen und Privilegien von Städten wie Soest in der westfälischen Grafschaft Mark oder Emden in Ostfriesland aufgehoben.[4]

Für die meisten Städte waren das späte 17. und das frühe 18. Jahrhundert eine Zeit der wirtschaftlichen Stagnation oder Rezession, was die Städte in weiten Teilen Brandenburgs und Hinterpommerns, die wegen der schlechten Qualität der Böden und des nur schwach ausgebildeten regionalen Handels sowieso nur wenig wohlhabend waren, besonders stark traf. Die Auswirkungen der Akzise auf die Städte lassen sich nur schwer bewerten. Anfangs begrüssten einige Städte die neue Steuer, da sie darin eine Möglichkeit sahen, die Steuerlast zu ihren Gunsten umzuverteilen (die Städte hatten bislang höhere Kontributionen als die ländlichen Gebiete leisten müssen); in einigen Fällen wurden die Stadtbehörden sogar von städtischen Steuerzahlern gedrängt, die Regierung um die Einführung der Akzise zu bitten. Es liegen einige bruchstückhafte Hinweise darauf vor, dass die Akzise einen stimulierenden Effekt auf die städtischen Ökonomien hatte. Berlin zum Beispiel erlebte in den ersten Jahren nach Einführung der Akzise einen Bauboom, der viel dazu beitrug, die aus dem Krieg herrührenden Zerstörungen zu beheben, eine Folge des Umstands, dass die Akzise die Steuerlast innerhalb der Städte von Land- und Immobilienbesitz weg hin auf kommerzielle Aktivitäten aller Art verlagerte.

Der gravierendste Nachteil der Akzise gründete schlicht darin, dass *nur* die Städte sie entrichten mussten; die ländlichen Gebiete bezahlten nach wie vor nur die alte Kontribution. Das war so nicht geplant gewesen. Ursprünglich hatte der Grosse Kurfürst beabsichtigt, die Akzise gleichermassen in Städten wie auf dem Land zu erheben, sah sich wegen des Widerstands der Landstände jedoch genötigt, sie auf die Städte zu beschränken. Die städtischen Hersteller sahen sich damit der Konkurrenz ländlicher Produzenten ausgesetzt, deren Waren steuerfrei waren, solange sie sie nicht in Städten anboten, die der Akzise unterlagen. Viele adelige Landbesitzer nutzten dieses Gefälle und liessen ihre Produkte direkt zu den grossen regionalen Märkten transportieren, wo sie die städtischen Konkurrenten in ihrer eigenen Region unterbieten konnten. Weiter verschärft wurde das Problem in den vom Handel abhängigen Regionen durch den Umstand, dass die Akzise die regionale Wettbewerbsfähigkeit von Herstellern und Händlern schwächte, die ihre Waren über die Grenzen hinweg zu verkaufen suchten – eine Klage, die etwa besonders häufig in Kleve zu hören war, wo die Akzise nach Ansicht der Kaufleute das Volumen und die Rentabilität des Flusshandels auf dem Rhein reduziert hatte, und in Geldern, wo man der Akzise die Schuld für den Rückgang der Handelsaktivitäten auf der Maas gab.[5]

Die Auswirkungen der wachsenden preussischen Armee – und insbesondere der Garnisonen – auf die brandenburgisch-preussischen Städte waren ambivalent. Einerseits stellten die in den Garnisonsstädten stationierten Soldaten und ihre Familien zusätzliche Kunden und Arbeitskräfte dar. Da der Militärdienst keine Vollzeitbeschäftigung war, arbeiteten die Soldaten für die Städter, um ihren mageren Sold aufzustocken. In Garnisonsstädten wie dem nördlich von Berlin in der Uckermark gelegenen Prenzlau oder Wesel im rheinischen Herzogtum Kleve arbeiteten viele Soldaten in ihrer dienstfreien Zeit in den Werkstätten und Manufakturen der Meister, in deren Häuser sie einquartiert waren, und konnten dort ein Mehrfaches ihres Grundsolds verdienen. Waren sie verheiratet, suchten ihre Frauen häufig Beschäftigung in der Textilmanufaktur der Stadt. Die Anwesenheit der Soldaten trug somit zur Konsolidierung eines Textilmanufaktursektors bei, der in gewissem Masse auf billige, nicht in Gilden organisierte Arbeitskräfte angewiesen war. Der Militärdienst mag darüber hinaus auch einen Beitrag zur Stabilisierung der städtischen Sozialstruktur geleistet haben, indem er der anfälligsten Gesellschaftsschicht ein kleines, aber annehmbares Einkom-

men bot.[6] Da wohlhabende Bürger, die in ihrem Haus keinen Soldaten einquartieren wollten, ärmere Haushalte dafür bezahlen konnten, ihn an ihrer Stelle zu beherbergen, hatte das Einquartierungssystem auch einen gewissen Umverteilungseffekt.

Aber es gab auch Nachteile. Obwohl das in den Garnisonsstädten betriebene Einquartierungssystem flexibel war und erstaunlich gut funktionierte, kam es in vielen Fällen zu Spannungen zwischen den Haus- und Wohnungsinhabern und den einquartierten Soldaten. Die Anwesenheit einer substanziellen Zahl von Männern, die der Militärgerichtsbarkeit unterstellt waren, führte zu juristischen Kompetenzstreitigkeiten. Daneben erlagen die Militärkommandeure gelegentlich auch der Versuchung, sich gegenüber den städtischen Behörden durch die Requirierung von Vorräten aus zivilen Quellen oder die Zwangsrekrutierung lokaler Bürger aufzuspielen. Die zu Niedriglöhnen arbeitenden dienstfreien Soldaten unterboten die Handwerkslehrlinge in den Werkstätten, die keine Soldaten beschäftigten, was zu Spannungen innerhalb der Zünfte führte.[7] In schlechten Zeiten, wenn es kaum zusätzliche Arbeit gab, konnte man Angehörige der Garnisonssoldaten auf den Strassen betteln sehen.[8] Dank ihres privilegierten Wissens über die Befestigungsanlagen rund um die Städte waren die Soldaten zudem häufig am Schmuggel von Waren über die Akzisegrenzen hinweg beteiligt.[9] Darüber hinaus führte «die Militarisierung der Zivilgesellschaft zu einer willkürlichen und kaum regulierten Beherrschung der Garnisonsstädte durch die Armee, was eine Stimmung der Passivität in den Reihen der Bürger und Magistrate begünstigte»[10].

Allerdings sollte man dieses Argument nicht allzu hoch bewerten. Natürlich waren Soldaten auf den Strassen der Garnisonsstädte ein vertrauter Anblick, und sie tauchten auf allen gesellschaftlichen Ebenen auf – von den Wirtshäusern bis hin zu den Salons der Patrizier. Andererseits deutet kaum etwas darauf hin, dass dies mit einer Durchdringung der städtischen Zivilgesellschaft mit militaristischen Werten oder Verhaltensweisen einherging. Das preussische Kantonsystem sah eine Vielzahl von Ausnahmen vor, die jungen Bürgersöhnen die Freistellung von der Dienstpflicht in der Armee ermöglichten. Dazu gehörten nicht nur die Söhne von Familien aus dem höheren Bürgertum, von denen erwartet wurde, eine akademische Laufbahn einzuschlagen oder eine Karriere im Handel oder der Wirtschaftsverwaltung zu ergreifen, sondern auch die Söhne der Handwerksmeister in einer Reihe privilegierter Gewerbe, die das Handwerk

ihres Vaters erlernten. In den gesamten Hohenzollern-Gebieten haben, so wurde geschätzt, rund 1,7 Millionen Männer von derartigen Ausnahmen profitiert.[11]

Das brandenburgisch-preussische Militär im 18. Jahrhundert war in Friedenszeiten jedenfalls keine Institution, die in der Lage gewesen wäre, die Sichtweise und Einstellung ihrer Rekruten durch systematische Sozialisierung und Indoktrinierung zu formen. Das Militär in den Städten des 18. Jahrhunderts war durchlässig und locker organisiert. Die Grundausbildung dauerte weniger als ein Jahr (wobei die Dauer lokal festgelegt und von Ort zu Ort stark variieren konnte), und selbst in dieser Phase wurden die Soldaten keineswegs streng gegenüber der allgemeinen Gesellschaft abgeschirmt und dadurch «entbürgerlicht». Im Gegenteil: Wer verheiratet war, lebte mit seiner Frau und anderen Abhängigen in Baracken – das Militär war noch nicht die exklusiv männliche Domäne, zu der es später werden sollte. (Eheschliessungen ausländischer Rekruten wurden sogar gefördert, um sie stärker in den preussischen Dienst einzubinden.[12]) Von den Unverheirateten erwartete man, Quartier im Haushalt eines Bürgers zu nehmen. Und wer nach seiner Grundausbildung bei der Armee bleiben wollte, den nahmen seine militärischen Pflichten so wenig in Anspruch, dass ihm genug Zeit blieb, sein Einkommen mit unterschiedlichsten Gelegenheitsarbeiten aufzubessern. Mancher Soldat verdiente sich ein Zubrot, indem er als Vertretung für einen anderen, der einem Nebenerwerb nachging, Wachdienst schob. Natürlich entwickelte sich eine bestimmte Art von Miteinander zwischen dem Militärpersonal und der städtischen Bevölkerung,[13] nicht anders wie in Universitätsstädten die grosse Zahl studentischer Untermieter einen charakteristischen Beitrag zur örtlichen sozialen Zusammensetzung und Wirtschaft leistete. Doch die Soldaten «militarisierten» die Garnisonsstädte genauso wenig, wie die die Studenten die Universitätsstädte «akademisierten». Natürlich kam es zu Disputen zwischen Stadträten und Militärbehörden (ebenso wie zwischen Bürgern und Studenten), doch im Allgemeinen belegten diese nur die Bereitschaft der «zivilen» Behörden, sich zur Wehr zu setzen, wenn die lokalen Kommandeure ihrer Ansicht nach die Grenzen ihrer Zuständigkeit überschritten.

Wenig lässt darauf schliessen, die administrative Durchdringung der Städte durch ein rudimentäres staatliches Beamtentum habe zur Folge gehabt, den lokalen Unternehmungsgeist zu lähmen. Die auf Verwaltungsstellen in den grös-

15. *Bettelnde Soldatenfrau.* Stich von Daniel Chodowiecki, 1764.

seren Städten berufenen königlichen Beamten fungierten nicht als die gebieterischen Agenten einer Zentralpolitik, die auf die Entmachtung der städtischen Eliten abzielte. Im Gegenteil, viele von ihnen passten sich an, verkehrten und verheirateten sich sogar mit der städtischen Elite und stellten sich in Auseinandersetzungen mit lokalen Militärkommandeuren oder anderen Organen der Zentralregierung auf die Seite der städtischen Behörden. Die Fortdauer der Korruption und der Vetternwirtschaft in vielen Stadtregierungen – ein sicheres Anzeichen für das Fortbestehen der lokalen Patronagenetzwerke – deutet darauf hin, dass die Oligarchien, die ein vitales Interesse an den Vorgängen in der Stadt hatten, durch die Beamtenkaste nicht verdrängt wurden. Vielmehr pflegten die Oligarchien eifrig ihre Beziehungen zu neu eintreffenden Regierungsbeamten und schafften es in vielen Fällen, sie den lokalen Interessen zu verpflichten.[14]

Darüber hinaus wies das städtische Bürgertum bereits lange vor 1800 dynamische und innovative Elemente auf. Im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts entstand durch Veränderungen in der Struktur der städtischen Manufaktur- und Handelssektoren eine neue, hauptsächlich aus Händlern, Unternehmern und Produzenten bestehende Elite (im Gegensatz zu den traditionell dominanten Gildemitgliedern).[15] Die Angehörigen dieser neuen Elite wirkten auf vielerlei Weise – auf freiwilliger oder ehrenamtlicher Basis – in der lokalen Stadtverwaltung mit. Sie sassen in den kommunalen Regierungsorganen – den Magistratskollegien –, in den Räten der Gilden und Zünfte, in den Verwaltungsausschüssen von Schulen, Kirchen und lokalen Wohlfahrtsorganisationen.

Diese Tendenz war besonders ausgeprägt in kleinen und mittelgrossen Städten, da dort die Verwaltung auf das ehrenamtliche Engagement lokaler Honoratioren angewiesen war. Der Wollfabrikant Christian H. Böttcher war Senator in Osterwieck in der Provinz Halberstadt; in Prenzlau in der Uckermark war der Kaufmann Johann Granze Beisitzer am Stadtgericht, und die Bürgermeister der Städte Burg und Aschersleben waren örtliche Geschäftsleute.[16] Man könnte Hunderte solcher Fälle aus allen preussischen Gebieten aufzählen. Mit anderen Worten, die Amtsautorität in den preussischen Städten ruhte also nicht ausschliesslich in den Händen bezahlter Staatsdiener, sondern hing vielmehr auch von der ausgeprägten Bereitschaft der unternehmerischen und innovativen Elite des Bürgertums zum ehrenamtlichen Einsatz ab. Was in den Städten der preussischen Lande – und in weiten Teilen des westlichen Europas – «zurückgegangen» war, waren die Privilegien und die lokale Autonomie des alten Ständesystems, die auf den überlieferten Sitten und Ehrenkodizes der Gilden und Zünfte ruhten. An ihre Stelle trat eine neue und dynamische Elite, deren Ehrgeiz in unternehmerischer Expansion und der Übernahme informeller Führungspositionen in städtischen Belangen zum Ausdruck kam.

Die Bürgervereine, die in vielen mittelgrossen Städten im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts entstanden, sind ein weiterer Beleg für die kulturelle und gesellschaftliche Vitalität der bürgerlichen Schichten. Ab 1778 beispielsweise gab es in Halberstadt eine höchst rührige Literarische Gesellschaft, die als Treffpunkt gebildeter Bürger der Stadt diente und deren in beträchtlichen Mengen publizierten Druckwerken eine Mischung aus regionalem Stolz und preussischem Patriotismus zu eigen war. Im westfälischen Soest rief ein örtlicher Richter eine Gesellschaft patriotischer Freunde und Liebhaber der vaterländischen Geschichte ins Leben, deren Anliegen – in der regionalen Zeitschrift *Das westphälische Magazin* angezeigt – lautete, die erste umfassende und auf Archivforschungen basierende Geschichte der Stadt zu erstellen. In der Universitätsstadt Frankfurt an der Oder widmete sich eine in den 1740er Jahren gegründete Deutsche Gesellschaft der Kultivierung der deutschen Sprache und Literatur, später ergänzt durch eine Gelehrte Gesellschaft und eine Freimaurerloge.[17] In diesen Städten, aber auch in den kleineren Ortschaften auf dem Land, wurde Bildung zum entscheidenden Merkmal eines neuen gesellschaftlichen Status. Insbesondere ab Mitte des 18. Jahrhunderts spaltete sich das Bildungsbürger-

tum (bestehend vor allem aus Anwälten, Lehrern, Pfarrern, Richtern und Ärzten) von den traditionellen berufsständischen Eliten ab und knüpfte eigene soziale Netzwerke, mit der Zeit auch über die Stadtgrenzen hinaus.[18]

Häufig waren es die Honoratioren in den Städten, die Verbesserungen im Schulbereich bewirkten, ein Feld, auf dem der Staat ungeachtet seiner häufig wiederholten Edikte vielerorts kläglich versagte. Von den 1770er Jahren an belegt eine Vielzahl neuer oder verbesserter Schulen die selbst in den kleinsten Städten steigende Nachfrage nach einem besseren und breiteren Bildungsangebot.[19] In dem idyllisch am Rande des langen, schmalen Ruppiner Sees nordwestlich von Berlin gelegenen Neuruppin etwa gründeten in dieser Zeit aufgeklärte Pfarrer, städtische Beamte und Lehrer eine Gesellschaft, deren erklärtes Ziel lautete, eine umfassende Bildungsreform für die Stadt durchzuführen, auch im Hinblick auf ihre wirtschaftliche Leistungskraft.[20] Mit Hilfe der Spenden vom Magistrat und von führenden Bürgern der Stadt konnte der Neuruppiner Lehrer Philipp Julius Lieberkühn 1777 ein innovatives antiautoritäres pädagogisches Programm entwickeln, das in ganz Deutschland zum Vorbild für Bildungsreformen wurde. «[Der Lehrer] legt es sogar darauf an», schrieb Lieberkühn in einer allgemeinen Darstellung seiner pädagogischen Philosophie, «alle natürlichen Anlagen und Kräfte seiner Schüler sich recht frei entwickeln und wirken zu lassen, weil das ein Hauptgesetz der vernünftigen Erziehung ist [,..]»[21] – eine Formulierung, die nicht nur den Geist der Aufklärung atmete, sondern auch von bürgerlichem Gesellschaftsstolz durchdrungen war.

Der Landadel

Der Besitz und die Verwaltung von Land war die definierende kollektive Erfahrung der brandenburgisch-preussischen Adeligen. Der Anteil des in Händen des Adels befindlichen Bodens schwankte von Territorium zu Territorium zwar beträchtlich, war aber nach europäischen Massstäben hoch. Für Brandenburg und Pommern lag dieser Anteil (laut Angaben aus der Zeit um das Jahr 1800) bei 60 respektive 62 Prozent, während er in Ostpreussen (wo die Krone der grösste Grundbesitzer war) 40 Prozent betrug. Im Gegensatz dazu gehörten dem französischen Adel nur rund 20 Prozent des bebaubaren Landes, und im europäischen Russland lag der Anteil des Adels am Grundbesitz bei gerade einmal

14 Prozent. Andererseits erscheinen die Besitzverhältnisse in Brandenburg-Preussen weniger aussergewöhnlich, wenn wir es mit dem England des späten 18. Jahrhunderts vergleichen, wo der Adel rund 55 Prozent des Landes kontrollierte.[22]

Die Landadeligen in den ostelbischen Regionen Deutschlands wurden und werden kollektiv als «Junker» bezeichnet. Dieser von dem althochdeutschen Ausdruck «Juncherre» (junger Herr) abgeleitete Begriff diente ursprünglich der Bezeichnung jener deutschen Adeligen – häufig zweitgeborene und jüngere Söhne –, die das von den Slawen in mehreren Wellen der deutschen Ostkolonisation im Mittelalter eroberte Land besiedeln und verteidigen geholfen hatten. Zum Dank für ihren Militärdienst wurden sie mit Landgütern und dauerhaften Steuerbefreiungen belohnt, wobei aber hinsichtlich des Wohlstandes zum Teil beträchtliche Unterschiede bestanden. In Ostpreussen gab es eine kleine Minderheit sehr reicher adeliger Grossgrundbesitzer, Abkömmlinge von Söldnerheerführern, die im Dreizehnjährigen Krieg (1454-66) gegen Polen für den Deutschen Orden gekämpft hatten. In Brandenburg, wo die meisten Adelsfamilien von Siedlern/Landbesitzern abstammten, war der durchschnittliche Grundbesitz der Junker nach europäischen Massstäben recht bescheiden.

Da es im Interesse der kolonisierenden Landesherren des Mittelalters lag, so viele Ritter wie nur möglich in den von slawischen Gegenangriffen bedrohten Gebieten anzusiedeln, waren die Landzuweisungen an die Adeligen häufig klein und lagen nahe beieinander, sodass mancherorts ein Dorf unter mehreren Familien aufgeteilt wurde. Die mit einem Anteil von rund der Hälfte zahlenmässig dominante Gruppe, waren Adelsfamilien, die eines oder mehrere Güter und Dörfer besassen.[23] Doch selbst innerhalb dieser Gruppe gab es erhebliche Unterschiede. Eine grosse Kluft bestand beispielsweise zwischen Familien wie den Quitzows (später den Kleists), deren Grundbesitz bei Stavenow in der Prignitz knapp 100.000 Ar selbst verwaltetes Ackerland umfasste, und der Mehrzahl der Junkerfamilien in diesem Amt, die mit weniger als 20.000 Ar auskommen mussten. Da war es nur natürlich, dass die weniger wohlhabenden Adelsfamilien die Führerschaft in der Lokal- und Provinzpolitik dem kleinen Kreis vermögender und häufig durch Eheschliessungen miteinander verbundener Familien überliessen. Aus diesem «ersten Rang» der Junkerfamilien wurden im Allgemeinen die Vermittlungsführer in den Verhandlungen mit der Krone rekrutiert.

Die politischen Strukturen in den hohenzollerischen Territorien im 17. Jahrhundert wirkten der Herausbildung einer gemeinsamen, auf Berlin ausgerichteten politischen Identität entgegen. Die Junker waren – insbesondere in Brandenburg – in den letzten Jahrzehnten der Herrschaft des Grossen Kurfürsten weitgehend vom Zugang zu höheren Staatsämtern ausgeschlossen und machten in dieser Hinsicht auch im 18. Jahrhundert nur langsam Fortschritte. Da sich ihre politischen Ambitionen vor allem auf die ständisch besetzten Ämter auf der Ebene der Kreise und Provinzen konzentrierten, blieb ihr Horizont eher eng gefasst – was noch dadurch verstärkt wurde, dass es sich viele der weniger wohlhabenden Familien nicht leisten konnten, ihre Kinder fern der Heimat ausbilden zu lassen. Die regionalen Besonderheiten der verschiedenen hohenzollerischen Territorien spiegeln sich auch in den jeweiligen Mustern der Verwandtschafts- und Heiratsbeziehungen wider. In Pommern und Ostpreussen bestanden starke Verwandtschaftsbeziehungen zu Schweden und Polen, während die brandenburgischen Adelshäuser häufig über Heiraten mit Familien im benachbarten Sachsen und Magdeburg verbunden waren.

Die Hohenzollern-Monarchen des 18. Jahrhunderts ihrerseits sprachen nie von «dem preussischen» Adel, sondern stets von einer Vielfalt provinzieller Eliten, die alle ihre ganz eigenen Charaktermerkmale hatten. In seinen «Instruktionen» von 1722 pries Friedrich Wilhelm I. die pommerschen Adeligen als «getreu wie goldt», und auch wenn sie hin und wieder räsonieren mochten, widersetzten sie sich niemals den Anweisungen des Landesherrn. Dasselbe galt für die Neumark, die Uckermark und die Mittelmark. Im Gegensatz dazu waren die Adeligen der Altmark «schlimme, ungehorsame leutte» und «rechte leichtfertige leutte gegen ihren Landesherren». Fast so schlimm waren die Adeligen in Magdeburg und Halberstadt, denen, wie er sagte, der Zugang zu offiziellen Stellen in ihren eigenen oder benachbarten Provinzen verwehrt werden sollten. Was die Adeligen in den westlichen Provinzen anging, also Kleve, Berg und Lingen, so waren diese «dume oxen» und «malicieus wie der deuffel».[24]

Nahezu ein halbes Jahrhundert später äusserte sich Friedrich der Grosse in seinem politischen Testament von 1768 in ähnlichen Tönen über den Adel in den verschiedenen Territorien seines Reiches. Die Ostpreussen, verkündete er, seien kühn und gebildet, aber immer noch allzu sehr ihren separatistischen Traditionen verbunden und deshalb von zweifelhafter Loyalität gegenüber dem

Staat, während die Pommern halsstarrig, aber tüchtig seien und hervorragende Offiziere abgäben. Die Oberschlesier, deren Gebiet erst unlängst erobert und von den Hohenzollern annektiert worden war, seien dagegen faul und ungebildet und hingen noch ihren früheren habsburgischen Herren an.[25]

Nur schrittweise bildete sich eine homogenere preussische Elite aus, wobei auch Heiratsverbindungen eine Rolle spielten. Hatten praktisch alle brandenburgischen Adelsfamilien bis Ende des 17. Jahrhunderts ihresgleichen aus der eigenen Provinz geheiratet, mehrten sich bis Mitte des 18. Jahrhunderts die Beispiele weiter gefächerter Verwandtschaftsstrukturen. Nahezu die Hälfte der Eheschliessungen der führenden Familien in Brandenburg, Pommern und Ostpreussen fanden mit Geschlechtern aus einem anderen hohenzollerischen Territorium statt. Der wichtigste institutionelle Motor der Homogenisierung aber war die preussische Armee. Die massive Vergrösserung des Offizierskorps im 18. Jahrhundert erforderte eine aggressive Rekrutierung neuer Kadetten aus den Reihen der Provinzeliten. Zu Beginn des 18. Jahrhunderts wurden in Berlin, Kolberg und Magdeburg neue, vom Staat finanzierte Militärakademien eingerichtet, die von Friedrich Wilhelm I. kurz nach seiner Thronbesteigung in die zentrale Königlich Preussische Kadettenanstalt in Berlin integriert wurden.

Obwohl ohne jede Frage auch Druck auf Adelsfamilien ausgeübt wurde, ihre Söhne zur militärischen Ausbildung in die Kadettenanstalten zu schicken, gab es viele Familien, die die Chance, die sich durch das Kadettensystem bot, bereitwillig ergriffen. Besonders attraktiv war es für jene zahllosen Familien, die es sich nicht leisten konnten, ihre Söhne an den vom wohlhabenden Adel bevorzugten privaten Akademien studieren zu lassen. Die Beförderung zum Hauptmann oder in einen höheren Rang bot die Chance auf Bezüge, die höher waren als das, was viele der kleineren Ländereien abwarfen.[26] Ein typisches Beispiel für diese neue Generation der Berufsoffiziere war Ernst von Barsewisch, der Sohn eines kleinen Landadeligen aus der Altmark, der 1750 an die Kadettenanstalt zu Berlin geschickt wurde, weil sein Vater es sich nicht leisten konnte, ihn an einer Universität zum Staatsdienst ausbilden zu lassen. In seinen Memoiren schrieb Barsewisch, dass die Kadetten (von denen es zu seiner Zeit an der Anstalt 350 gab) im Schreiben, in Französisch, Logik, Geschichte und Geografie, Ingenieurswesen, Tanz, Fechten und militärischer Zeichenkunst unterrichtet wurden.[27]

Die gemeinsame Erfahrung der militärischen Ausbildung und, wichtiger noch, des Militärdienstes begünstigte ohne Zweifel die Herausbildung eines starken *esprit de corps*, wenn auch zu einem erschreckenden Preis. Manche Familien verloren zahlreiche junge Männer auf dem Schlachtfeld – wobei vor allem die Wedels zu nennen wären, eine pommersche Adelsfamilie, die in den Kriegen von 1740 bis 1763 nicht weniger als 72 (!) ihrer jungen Männer verlor. In denselben Kriegen fielen 53 Männer aus der Familie Kleist, und von den 23 männlichen Nachfahren der Bellings aus Brandenburg kamen im Siebenjährigen Krieg 20 ums Leben.

Die enge Verbindung zwischen dem Adelsstand und dem Offiziersrang wurden unter Friedrich dem Grossen noch durch die Praxis verstärkt, den Aufstieg Nichtadeliger nach Möglichkeit zu verhindern. Im Siebenjährigen Krieg sah sich der König aufgrund des Mangels an adeligen Kandidaten zwar gezwungen, auch Bürgerliche in höhere Ränge zu berufen, doch wurden viele von ihnen später wieder ausgeschlossen oder auf unwichtige Posten abgeschoben. Von den 7‘000 Angehörigen des Offizierskorps im Jahr 1806 wiesen nur 695 keinen adeligen Stammbaum auf, und diese dienten grösstenteils in der weniger prestigeträchtigen Artillerie oder in Versorgungseinheiten.[28]

Doch auch diese zunehmende Interessengleichheit mit der Krone konnte den Adel nicht vor den Auswirkungen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels schützen. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts brach für den Landadel eine schwierige Zeit an. Die Kriege und wirtschaftlichen Zerrüttungen in den 1740er und 1750/1760er Jahren, verschärft noch durch die staatliche Manipulation des Kornmarktes durch das Magazinsystem und die demografische Überlastung durch den natürlichen Zuwachs der landbesitzenden Familien, setzte den Landadel zusehends unter Druck. Die Verschuldung der Junkergüter nahm drastisch zu, was in vielen Fällen zu Bankrotten oder dem Zwangsverkauf des Grundbesitzes, häufig an wohlhabende Bürgerliche, führte. Die zunehmende Häufigkeit, mit der Adelsgüter den Besitzer wechselten, liess Zweifel an der Bindungskraft des traditionellen gesellschaftlichen Gefüges auf dem Land aufkommen.[29]

Der König nahm diese Frage keineswegs auf die leichte Schulter. Friedrich II. war in gesellschaftlichen Dingen konservativer, als sein Vater es gewesen war. Der Adel war (nach Friedrichs Auffassung) der einzige Stand, dessen Angehörige zum Offiziersdienst in der Armee befähigt waren. Insofern waren Sta-

bilität und Kontinuität der Rittergüter eine Grundvoraussetzung für die Lebensfähigkeit des friderizianischen Militärstaates. Hatte Friedrich Wilhelm I. noch gezielt die gesellschaftliche Vorrangstellung des Adels geschwächt, verfolgte sein Sohn nun eine Politik der Bewahrung, deren vornehmliches Anliegen es war, die Übertragung adeligen Landes in die Hände von Nichtadeligen zu verhindern. Erreicht werden sollte dies mit grosszügigen Steuerzugeständnissen, direkten Geldgeschenken an in finanzielle Schwierigkeiten steckende Adelsfamilien und – weitgehend erfolglosen – Bemühungen, die Gutsherren von der Aufnahme allzu hoher Hypotheken auf ihre Ländereien abzuhalten.[30] Als diese Massnahmen scheiterten, unterwarf Friedrich anfangs den Landverkauf einer verstärkten staatlichen Kontrolle, was sich jedoch als kontraproduktiv erwies. Zur Kontrolle von Landübertragungen musste das Recht auf den Verkauf von Land drastisch beschnitten werden, was bedeutete, dass die Regierung zwei widerstreitende Prioritäten zusammenbringen musste. Einerseits wollte sie das Ansehen und die wirtschaftliche Stabilität der Adelsschicht wiederherstellen und bewahren, versuchte das jedoch andererseits zu erreichen durch die Beschränkung fundamentaler Rechte der landbesitzenden Klasse.

Die Suche nach einer weniger stark intervenierenden und umstrittenen Methode zum Schutz des Adelsstandes führte schlussendlich zur Gründung staatlich finanzierter landwirtschaftlicher Kreditanstalten (der so genannten *Landschaften)* zur ausschliesslichen Nutzung durch die Junkerfamilien. Diese Einrichtungen vergaben Hypotheken zu niedrigen Zinssätzen an notleidende oder verschuldete adelige Grundbesitzer. In der Folge wurden eigenständige Kreditanstalten für jede Provinz gegründet (Kurmark und Neumark 1777, Magdeburg und Halberstadt 1780 und Pommern 1781). Interessanterweise scheint der Gedanke, mit Hilfe derartiger Einrichtungen den adeligen Grundbesitz zu konsolidieren, von einem Bürgerlichen gekommen zu sein, nämlich dem wohlhabenden Berliner Kaufmann Büring, der seine Idee dem König während einer Audienz am 23. Februar 1767 vortrug; andererseits gab es in etlichen Provinzen eine weit zurückreichende Tradition der finanziellen Selbsthilfe innerhalb des Adelsstandes.

Die Kreditanstalten waren zunächst überaus erfolgreich, zumindest wenn man als Massstab für Erfolg das rapide Wachstum des Wertes der von ihnen ausgestellten Akkreditive heranzieht, die schnell zu Objekten finanzieller Spekulation

wurden. Darlehen der Kreditanstalten halfen zweifelsohne einigen notleidenden Grundbesitzern, ihre Produktivität zu verbessern. Doch die gesetzliche Bedingung, die Darlehen zur nutzbringenden Verbesserung des Landes zu verwenden, wurde häufig sehr grosszügig ausgelegt, sprich die vom Staat subventionierten Kredite wurden für Zwecke missbraucht, die wenig zur Konsolidierung des adeligen Landbesitzes beitrugen. Davon abgesehen reichten die Kreditanstalten nicht aus, die sich stetig verschärfende Schuldenkrise im gesamten ländlichen Sektor zu beheben, da sich Grundbesitzer, die von den Landschaften keine günstigen Darlehen mehr erhielten, einfach an andere Geldgeber wandten. Über die 54 Millionen Taler Hypothekendarlehen hinaus, welche die Kreditanstalten 1807 insgesamt hielten, hatten die adeligen Landbesitzer weitere 307 Millionen Taler Grundschulden bei bürgerlichen Gläubigern aufgenommen.[31]

Wie diese Zahlen belegen, hatte sich die Beziehung zwischen den Junkern und dem Herrscherhaus um 180 Grad gewendet. Waren es im 16. Jahrhundert die Junker gewesen, die die Kurfürsten bei Kasse gehalten hatten, hatte sich im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts die Polarität der wechselseitigen Abhängigkeit umgekehrt. Einige Historiker sprechen von einem «Herrschaftskompromiss» zwischen der Krone und den Junkern mit der Folge einer Konsolidierung der Herrschaft des Staates und der traditionellen Eliten auf Kosten der anderen gesellschaftlichen Kräfte. Diese Vorstellung ist aus zweierlei Gründen problematisch. Zunächst setzt sie voraus, dass sich die beiden «Parteien» zu irgendeinem Zeitpunkt auf ein Arrangement zur dauerhaften Machtteilung verständigten. Tatsächlich war jedoch das Gegenteil der Fall. Die Beziehung zwischen der Krone (und ihren Ministern) und den Adelsständen in den verschiedenen Provinzen war geprägt von endlosen Reibungen, Konfrontationen und Debatten. Ein zweites Problem der «Machtkompromiss»-These liegt darin, dass sie das stabilisierende Potenzial der Kooperation zwischen dem Staat und den traditionellen Eliten überbewertet. In Wahrheit zeigten sich die Krone und ihre Minister ungeachtet aller Anstrengungen völlig unfähig, die Prozesse des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels aufzuhalten, die das Antlitz der ländlichen Gesellschaft in den preussischen Gebieten nachhaltig veränderten.

Gutsbesitzer und Bauern

Die Arbeit auf dem Feld war das Schicksal der meisten Bewohner des deutschsprachigen Europa im 18. Jahrhundert. Bestelltes Land machte rund ein Drittel der gesamten Landfläche aus, und rund vier Fünftel der Bevölkerung verdienten ihr täglich Brot in der Landwirtschaft.[32] Den Machtbeziehungen, die den Besitz und die Nutzung des Landes regelten, kam daher überwältigende Bedeutung zu, nicht nur, was die Nahrungsmittelerzeugung und das Generieren von Wohlstand anging, sondern auch für die politische Kultur des Staates und der Gesellschaft im Allgemeinen. Die kollektive Macht des Adels über die brandenburgisch-preussische ländliche Gesellschaft wurzelte nur zum Teil in dem Umstand, dass der Grossteil des Landes in ihrem Besitz war, sie wies auch eine entscheidende rechtliche und politische Dimension auf. Ab Mitte des 15. Jahrhunderts verstanden es die Junker nicht nur, den Landbesitz so zu ordnen, dass die fruchtbarsten Böden an sie fielen, es gelang ihnen auch, ihre wirtschaftliche Vormacht um politische Rechte zu ergänzen, mit deren Hilfe sie unmittelbare Autorität über die Bauern auf ihren Ländereien ausüben konnten. So sicherten sie sich zum Beispiel das Recht, Bauern das Verlassen ihrer Güter zu untersagen und flüchtige Bauern, die sich in einer Stadt oder auf einem anderen Gut niedergelassen hatten, zurückzuholen (wenn nötig, auch mit Gewalt). Darüber hinaus forderten sie – und erhielten mit der Zeit auch – das Recht, ihren bäuerlichen «Untertanen» Frondienste aufzuerlegen.

Noch immer ist nicht ganz klar, was für diese Veränderungen verantwortlich war, zumal sie der vorherrschenden Entwicklung im restlichen Europa entgegenliefen, wo der Trend in Richtung rechtlicher Emanzipation ehemals abhängiger Bauern wies und der Frondienst in zunehmenden Masse durch Geldabgaben ersetzt wurde. Eine Ursache mag sein, dass die Territorien östlich der Elbe relativ junge deutsche Siedlungsgebiete und deshalb traditionelle Rechte der Bauernschaft vergleichsweise schwach ausgebildet waren.

Der Bevölkerungsrückgang und die grossflächige Degeneration von Kulturland während der langen landwirtschaftlichen Depression gegen Ende des Mittelalters setzten die adeligen Grundherren unzweifelhaft unter Druck, die Einnahmen zu maximieren und die Ausgaben zu reduzieren. Da traf es sich gut, dass der Niedergang der städtischen Wirtschaft einen potenziellen Widersacher

schwächte, da es die Städte waren, die sich am heftigsten gegen das Recht der Grundherren gewehrt hatten, flüchtige Bauern zurückzuholen. Ausserdem hatten die beim Landadel hoch verschuldeten und stark von ihm abhängigen brandenburgischen Kurfürsten des 15. und 16. Jahrhunderts weder die Macht noch die Neigung, etwas gegen die Konsolidierung der rechtlichen und politischen Macht des Adels in den Territorien zu unternehmen.

Was auch immer die Gründe gewesen sein mögen, die Folge war die Herausbildung einer neuen Form der Grundherrschaft. Dabei handelte es sich genau genommen zwar nicht um «Leibeigenschaft», da die Bauern nicht Eigentum ihrer Herren waren, beinhaltete aber ein gewisses Mass an Unterwerfung unter die persönliche Autorität der Grundherren. Die Rittergüter entwickelten sich zu einem abgeschlossenen rechtlichen und politischen Raum. Der Gutsherr war nicht nur Arbeitgeber seiner Bauern und Eigentümer des von ihnen bestellten Landes, er hatte durch das Gutsgericht auch die Gerichtsbarkeit über sie inne; dieses Gericht konnte Strafen verhängen, die von Geldbussen für kleinere Vergehen bis hin zu körperlichen Strafen wie Auspeitschen und Gefängnis reichten.

Die Historiker haben sich immer wieder und intensiv mit den autoritären Eigenschaften des preussischen Agrarsystems befasst. Der 1935 in die USA emigrierte deutsche Wissenschaftler Hans Rosenberg sprach von einem aus Miniaturautokratien bestehenden Regime, in dem die «Beherrschung absolut war, da der Junker, im Laufe der Zeit, nicht nur zu einem Gehorsam fordernden Grundherren, erblichen Leibherren, energischen Unternehmer, eifrigen Gutsverwalter und Kaufmann, sondern auch zum örtlichen Kirchenpatron, obersten Polizisten, Ankläger und Richter geworden war [...] Viele dieser Lokaltyrannen waren darin geübt, respektlosem und ungehorsamem bäuerlichen Leibeigenen den Rücken auszupeitschen, ins Gesicht zu schlagen und Knochen zu brechen.»[33]

Für die Mehrzahl der preussischen Untertanen bedeutete diese Tyrannei der Aristokraten «erbärmlichste Armut» und «hoffnungslose Apathie»; insbesondere die Bauern litten unter «rechtlicher und sozialer Verschlechterung, politischer Schwächung, moralischer Zerrüttung und Entzug [ihrer] Möglichkeiten zur Selbstbestimmung». Doch sie waren, mit den Worten eines anderen Historikers, «zu sehr unterjocht, um zu revoltieren»[34]. Diese Sichtweise ist in der Literatur über den deutschen Sonderweg überaus präsent, wo unterstellt wird, die

den Menschen durch das von den Junkern beherrschte Agrarsystem eingeflösste Neigung zu Unterwürfigkeit und Gehorsam habe verderbliche und dauerhafte Auswirkungen auf die preussische – und folglich auch die deutsche – politische Kultur gezeitigt. Die historiografische schwarze Legende von der Tyrannei der Junker hat sich als erstaunlich hartnäckig erwiesen, zum Teil wohl auch, weil sie mit einem allgemeinen junkerfeindlichen Sentiment übereinstimmt.[35]

In jüngerer Zeit jedoch ist ein anderes Bild entstanden. Nicht alle Bauern in den ostelbischen Gebieten waren Untertanen adeliger Herren. Bei einem beträchtlichen Anteil handelte sich um freie Pachtbauern oder Beschäftigte. In Ostpreussen etwa wurden von den insgesamt 61.000 Höfen Ende des 18. Jahrhunderts 13.000 von Freibauern bewirtschaftet – Nachfahren freier Kolonisten. In vielen Gebieten nahm zudem mit der Ansiedlung von Einwanderern auf Ländereien der Krone und des Adels die Zahl der freien Bauern merklich zu.[36] Selbst auf traditionellen Adelsgütern im brandenburgischen Kernland war ein beträchtliches Kontingent von Personen beschäftigt, die für ihre Arbeit Löhne bezogen oder sich als spezialisierte Auftragsnehmer auf unternehmerischer Grundlage um bestimmte Ressourcen wie etwa Milchkuhherden kümmerten. Die Ländereien der Junker waren also, mit anderen Worten, keineswegs nachlässig geführte Getreidemonokulturen, auf denen die Arbeitskraft umsonst war und es keinerlei Anreize für Innovationen gab. Vielmehr handelte es sich um komplexe Unternehmungen, die mit beträchtlichen Betriebskosten einhergingen und hohe Investitionen erforderten. Lohnarbeiten unterschiedlicher Form spielte eine entscheidende Rolle für die Aufrechterhaltung der adeligen Wirtschaft, sowohl in Bezug auf die Ländereien selbst wie auch in den Reihen der bessergestellten Dorfbewohner, die ihrerseits häufig Lohnarbeiter beschäftigten, um die Erträge ihrer eigenen Pachtgüter zu maximieren.

Dessen ungeachtet gab es natürlich eine ganze Reihe zu leistender Frondienste. Im Brandenburg des 18. Jahrhunderts beschränkte sich der Frondienst auf zwei bis vier Tage pro Woche; in der Neumark hingegen mussten die Bauern vier Tage im Winter und sechs Tage im Sommer und Herbst Frondienste leisten.[37] Das Ausmass der Fronarbeit konnte sich auch innerhalb eines Gutes unterscheiden. Auf Gut Stavenow in der Prignitz beispielsweise mussten die Bewohner des Dorfes Karstädt um sechs Uhr morgens an Montagen, Mittwochen und Freitagen mit einem Pferdegespann oder, falls Pferde nicht gebraucht

wurden, mit einer anderen Person zu Fuss kommen und bleiben, bis ihnen gesagt wurde, dass sie vom Feld kommen durften. Die Kleinbauern des Fischerdörfchens Mesekow auf demselben Gut dagegen mussten «mit der Hand dienen», so oft ihnen das aufgetragen wurde.[38]

Doch diese Bürde wurde in gewissem Umfang durch die starken Erbbesitzrechte ausgeglichen, die viele untertänige Bauern hielten. In Anbetracht dieser Rechte erscheint es plausibel, den Frondienst nicht einfach als feudale Auflage, sondern vielmehr als Pachtleistung zu beschreiben. Auch wenn die meisten Vollbauern wohl liebend gerne die verhasste Fronarbeit gegen Geldrenten eingetauscht hätten, scheint der Frondienst nicht so belastend gewesen zu sein, als dass sie nicht genug zum Leben hätten erwirtschaften können; auch wurden Bauern aus anderen Teilen Deutschlands nicht davon abgehalten, sich im Austausch für vererbliche Landrechte in ein Lehnsverhältnis zu begeben. Wie eine Studie über das Gut Stavenow in der Prignitz nahelegt, ging es dem durchschnittlichen Bauern in einem brandenburgischen Dorf, weit davon entfernt, unter «erbärmlichster Armut» zu leiden, tatsächlich sogar besser als seinen süd- und westeuropäischen Standesgenossen. Davon abgesehen waren die Dienste, die dem Lehnsherren erbracht werden mussten, nicht in Stein gemeisselt, sondern konnten neu verhandelt werden, so geschehen beispielsweise in den Jahren nach den durch den Dreissigjährigen Krieg angerichteten Verwüstungen, als eine Vielzahl von Höfen brachlag. Angesichts des gewaltigen Arbeitskräftemangels gaben die Herren auf vielen Gütern den Forderungen der Bauern nach einer Reduzierung ihres Frondienstes nach. In der Tat trugen viele Grundherren zur Senkung der Frondienste bei, indem sie ihre Nachbarn im Kampf um neu eintreffende Siedler, die sich auf den Höfen niederlassen wollten, überboten.[39]

Ausserdem intervenierte der Staat zum Schutz der Bauern gegen willkürliche Handlungen seitens der Grundherren. Von den Landesherrn nach 1648 erlassene Gesetze und Edikte unterwarfen nach und nach die Patrimonialgerichte der Junker den Normen des Landrechts. Während die Hinzuziehung von Anwälten im 16. und frühen 17. Jahrhundert Seltenheitswert hatte, gingen die Grundherren nach dem Dreissigjährigen Krieg dazu über, juristisch gebildete Gerichtsdirektoren zu beschäftigen. 1717 befahl Friedrich Wilhelm I. unter Androhung schwerer Strafe, dass jedes Gericht eine Ausgabe der neu verfassten *Criminal-Ordnung* erwerben müsse und sich in allen Straffällen an deren Vorgaben zu

halten hätte. Darüber hinaus mussten die Hofgerichte vierteljährlich einen vollständigen Bericht über alle geführten Verhandlungen vorlegen. Dieser Trend setzte sich unter Friedrich II. fort.

Ab 1747/48 durften Patrimonialgerichte nur noch staatlich zugelassene und an einer Universität ausgebildete Juristen als Richter beschäftigen. Dadurch wurde die Rechtsprechung entprivatisiert und in die Sphäre der staatlichen Autorität verlagert, was eine schrittweise Standardisierung der Prozeduren und Praktiken über die einzelnen patrimonialen Jurisdiktionen hinweg zur Folge hatte.[40] Die ganze Entwicklung wurde durch die Tätigkeit des Berliner Kammergerichts beschleunigt, dem höchsten Tribunal und Berufungsgericht Brandenburgs. Die Rolle des Kammergerichts bei der Entscheidung über Konflikte zwischen Dorfbewohnern und Grundherren in Brandenburg über einen längeren Zeitraum hinweg ist noch nicht umfassend analysiert worden. Doch unter den Einzelfällen, die genauer studiert wurden, finden sich viele, die die Bereitschaft des Gerichtshofes belegen, den Klagen der Dörfler stattzugeben und übereifrige Junker zu bremsen.[41] Zudem wurde der Zugang zu diesem Gericht unter der Herrschaft Friedrichs II. durch die von Justizminister Samuel von Cocceji initiierten Reformen erleichtert, mit denen das Berufungsverfahren beschleunigt und verbilligt wurde.

Die Geschichte der Dispute zwischen Grundherren und Untertanen zeigt sowohl eine beeindruckende Fähigkeit zu konzertiertem Handeln als auch einen starken Sinn der landbesitzenden wie landlosen Bauern für ihre Gewohnheitsrechte und ihre Würde. Das zeigt sich in den Disputen über die Frondienste, die gegen Ende des 17. Jahrhunderts an Häufigkeit zunahmen, als sich die Bevölkerung von den Folgen des Dreissigjährigen Krieges langsam erholte und sich die Waagschale der Verhandlungsmacht zwischen ländlichen Untertanen und Landbesitzern allmählich wieder in Richtung Letzterer neigte. Konfrontiert mit Forderungen nach zusätzlichen Frondiensten, bewiesen die Bauern ein sehr ausgeprägtes Gedächtnis für die gewohnheitsmässigen Grenzen ihrer Arbeitspflichten und eine felsenfeste Entschlossenheit, die Auferlegung neuer und «unverantwortlicher» Dienste zu verhindern.

1656 etwa wurde berichtet, dass Bauern in der Prignitz sich weigerten, ihre Abgaben zu bezahlen oder ihre Frondienste zu leisten. Die Rädelsführer hatten Nachrichten von Dorf zu Dorf geschickt, in denen sie allen, die sich dem Protest nicht anschlossen, eine Strafe von drei Talern androhten.[42] Als 1683 auf einem

Junkergut im Kreis Löcknitz in der Uckermark nordöstlich von Berlin ein Streit über die Frondienste ausbrach, traten zwölf Bauerngemeinden in einen gemeinsamen Arbeitsstreik gegen die Herrschaft und verfassten sogar eine Petition an den Kurfürsten, in der sie sich in hochtrabenden Worten über «grosse unverantwortliche Proceduren» des Verwalters beklagten.[43] In einem gegen diese Vorwürfe gerichteten Brief schrieb der Verwalter an die Behörden, die Bauern auf dem Gut hätten sich geweigert, ihren Frondienst zu leisten, sich nach Belieben von dem Gut entfernt, seien im Winter erst um 10.30 Uhr erschienen und hätten nur erschöpfte Tiere und die kleinsten Wagen zum Herrschaftshof gebracht. Von den Aufsehern gedrängt, ihre Arbeit zu tun, hätten die Bauern sie geschlagen oder mit dem Tode bedroht und Sensen an ihren Hals gelegt. Da der Streit nicht beigelegt werden konnte, brachten die Bauern in den folgenden Jahren weitere gemeinsame Resolutionen vor, allem Anschein nach unterstützt vom örtlichen Pfarrer. Der Versuch der Behörden, den Widerstand durch Separatangebote an die einzelnen Gemeinden zu zersplittern, scheiterte. Trotz der Entsendung von Truppen und der Verhängung von Leibstrafen gegen einige Rädelsführer hielt sich die «Widerstandsbewegung» über ein Jahrzehnt, und es gelang den Bauern tatsächlich, die Versuche des Grundherrn abzuwehren, mehr aus ihnen herauszupressen. Hier war nichts zu spüren von geschwächten Leibeigenen, deren Willen durch gewohnheitsmässigen Gehorsam und Untertänigkeit erdrückt war. Als 1697 ein Verwalter desselben Gutes bei der Ernte einen Bauern mit Hilfe der Peitsche zur Eile antrieb, wurde er von einem anderen Arbeiter mit der Sichel bedroht und mit folgenden Worten ermahnt: «Herr, haltet ein, das thut kein guht und setzet keine Freundschafft, schlagen lassen wir uns nicht.»[44]

Das war kein Einzelfall. Im Jahr 1700 formierte sich unter den Bauern in der Prignitz eine Widerstandsbewegung gegen zusätzlich geforderte Frondienste, wobei die Bauern eine eindrucksvolle Fähigkeit zur Selbstorganisation an den Tag legten. In einem Beschwerdebrief des lokalen Adels war davon die Rede, «aufgewiegelte Unterthanen» hätten sich zusammengerottet, um sich ihrer Abgaben und Frondienste zu entledigen und «deshalb in allen dorffern [der Prignitz] von Hause zu hause eine Collectam beygetrieben». Zum Kummer der adeligen Beschwerdeführer leitete die Regierung, statt die Rädelsführer zu verhaften und zu bestrafen, die Gesuche der Bauern an das Berliner Kammergericht weiter. Unterdessen verfassten nicht weniger als 130 Dörfer Eingaben, in denen

sie ihre Beschwerden auflisteten. Darin ging es vornehmlich um die Versuche des Grundherren, veraltete und ungesetzliche Frondienste wieder einzuführen, beispielsweise den Transport von Erzeugnissen aus dem Gut nach Berlin, ohne ihnen dafür im Gegenzug andere Pflichten zu erlassen; auch gab es Beschwerden über eine versteckte Erhöhung der Getreideernten durch die Einführung neuer Messeinheiten und die Misshandlung einiger Bauern, die in dem neu errichteten Gefängnis des Grundherren in Handschellen gelegt worden waren.[45]

Was an diesen und ähnlichen Protesten von Bauern (um dieselbe Zeit kam es auch in der Mittelmark und der Uckermark zu grösseren Auseinandersetzungen)[46] verblüfft, ist die Fähigkeit zu abgestimmten Aktionen und das anscheinend vorhandene Vertrauen in die höheren Gerichte. Derartige Ereignisse folgten einer Art latenter kollektiver Erinnerung an die Widerstandsformen – die Teilnehmer «wussten», wie sie vorzugehen hatten, ohne dass ihnen dies gesagt worden wäre. Auch die wenigen detaillierten Studien, die über solche Aufstände vorliegen, belegen, dass die Bauern keine Probleme hatte, sich der Hilfe und Anleitung von Personen ausserhalb ihres eigenen, eng begrenzten sozialen Milieus zu versichern. Bei den Protesten im Amt Löcknitz half der örtliche Pfarrer, die Beschwerden der Dorfbewohner in einer Sprache abzufassen, die den höheren Beamten und den Berufungsrichtern verständlich war. Bei dem Aufstand in der Prignitz ging ein örtlicher Gutsverwalter, der über eine gute Ausbildung verfügte, ein beträchtliches persönliches Risiko ein, als er den Widerständlern bei der Abfassung von Bittgesuchen und Briefen unter die Arme griff.[47]

Dort, wo die Proteste keinen Erfolg hatten und gegen den Willen der Bauern neue Frondienste eingeführt wurden, fanden sie Mittel und Wege, diese zu unterlaufen. Die einfachste Methode, das System zu sabotieren, bestand darin, die Frondienste mit einem Minimum an Einsatz zu erfüllen. In einem Brief vom Januar 1670 an den Kurfürsten beschwerte sich der örtliche Verwalter Friedrich Otto von der Gröben, dass die von den Bauern aus Babitz im Amt Zechlin geleisteten Winterarbeiten von schlechter Qualität seien – so schickten die Bauern oft ihre Kinder zum Dienst oder erschienen erst gegen zehn oder elf Uhr morgens und gingen schon um 14 Uhr wieder, sodass sie es in einer ganzen Woche (drei Tage) Frondienst kaum auf einen vollen Arbeitstag gebracht hätten.[48]1728 beschwerte sich Oberst von Kleist, dessen Familie 1717 das Gut Stavenow erworben hatte, bitter über die zahlreichen Ungebührlichkeiten bei der Ausfüh-

rung der Dienste. So würden manche Bauern so schlechte Pferdegespanne bringen, dass sie die Arbeit nicht erledigen könnten, während andere ihre Arbeit so nachlässig und widerspenstig ausführten, dass nichts erledigt werde. Vor dem Gutsgericht wurde eine entsprechende Erklärung an die Untertanen verlesen, aber da viele von ihnen nicht gekommen waren, fruchtete die Ermahnung wenig.[49] Dabei handelte es sich, den Quellen nach zu urteilen, um ein in den ostelbischen Gebieten weit verbreitetes Problem. Auf Gütern, auf denen die Hofdienste als nicht legitim angesehen wurden, stellten offene Proteste lediglich den sichtbaren Gipfel in einem Umfeld allgemeinen passiven Widerstands dar.[50]

Die Auswirkungen solcher Widerstände auf die adeligen Grundherren als ökonomische Elite lassen sich nur schwerlich exakt bewerten. Allerdings scheint klar, dass die Bereitschaft der Bauern, sich gegen einseitige Erhöhungen der Frondienste zu wehren und ihre langfristige Effektivität durch Leistungsverweigerung oder Sabotage zu unterlaufen, die Gutsbesitzer unter Druck setzte. Als ein Mitglied der Familie von Arnim 1752 Teile eines Gutes bei Böckenberg in der Uckermark erbte, musste er feststellen, das die Felder von Dorngestrüpp überwuchert und «durch Bauer Dienste in die schlechteste Cultur gebracht» worden waren. Arnim liess von eigenem Geld Unterkünfte bauen und das Land mit den Familien bezahlten Gesindes besiedeln, die unmittelbar für ihn arbeiteten.[51] Hier zeigt sich deutlich, wie die Aufsässigkeit der Bauern den Wert der Fronarbeit verminderte, den Einsatz von bezahlter Arbeit förderte und den Übergang zu einem vollständig auf Lohnarbeit basierenden System beschleunigte, das nach und nach die «feudalistische» Verfassung der ostelbischen Güter unterhöhlte.

Geschlecht, Autorität und Gutsherrengesellschaft

Ein offenkundiger und dennoch wenig behandelter Aspekt des Bildes vom «preussischen Junker» ist dessen betont maskuliner Charakter. Einer der Kristallisationspunkte der adelsständischen Ideologie, die sich in den preussischen Gebieten gegen Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts herausbildete, war die Vorstellung eines «ganzen Hauses» unter der Autorität eines gütigen *Hausvaters*, dessen Autorität und Fürsorge sich über die Kernfamilie hinaus auf

die Bauern, Halbpächter, das Gesinde und alle anderen auf dem Gut Lebenden erstreckte. Im 17. und 18. Jahrhundert gab es eine blühende Sachliteratur, die dem Konzept des idealen Rittergutes gewidmet war, wohl geordnet und autark, zusammengehalten von den Banden wechselseitiger Abhängigkeit und Verpflichtung und geführt von einem patriarchalischen Familienoberhaupt.[52]

Entfernte Anklänge an diesen Idealtypus hallen nach in *Der Stechlin*, Theodor Fontanes bemerkenswerter Elegie auf den alten Adel, in der die menschlichen Tugenden einer idealisierten sozialen Elite, deren Zeit sich dem Ende zuneigt, noch einmal aufscheinen in der Gestalt des schroffen, aber liebenswerten Gutsbesitzers Dubslav von Stechlin. Der Archetypus des Hausvaters ist in ihm noch erkennbar, doch die übrigen Angehörigen des Haushalts, männliche wie weibliche, sind in den Hintergrund gerückt; der Haushaltsvorstand wurde aus seiner Umgebung herausgehoben, damit er umso besser die missliche Lage und Subjektivität seiner Klasse verkörpert (Fontane erreicht das, indem er Stechlins Frau in jungen Jahren, noch vor der Zeit, in der die Romangeschichte beginnt, sterben lässt). Auf diese Art maskulinisiert er die Welt des Schlossgutes auf eine Weise, die selbst der in der Hausväterliteratur des vorangegangenen Jahrhunderts evozierten patriarchalischen Welt fremd erscheint. So einflussreich war Fontanes nostalgische Beschwörung der Junkerkaste, dass sie zu einer Art von virtuellem Gedächtnis für die literarischen Klassen im Preussen des späten 19. und frühen 20. Jahren wurde. Diese Welt Fontanes war es, die der Historiker Veit Valentin beschwor, für den die preussischen Junker «phlegmatische Leute» waren, «prachtvoll und unausstehlich, arrogant und gutherzig [...] sie lehnten ab, was nicht von ihrer Art war [...] zu vornehm, um zu renommieren [...], dieser Adel nannte sein Schloss gerne Haus, seinen Park gern Garten [...] «[53]

Die Tendenz, den Junker als einen betont maskulinen Typus zu beschreiben, wurde noch verstärkt durch die enge Verbindung zum Militärdienst, der den bildlichen Darstellungen der Junkerklasse, die noch immer unsere Vorstellungen von ihr prägen, einen unauslöschlichen Stempel aufdrückte. Die zuhauf in den satirischen Journalen der 1890er und 1900er Jahre veröffentlichten Karikaturen zeigten vornehmlich Offiziere in Uniform. Auf den Seiten der Münchner Satirezeitschrift *Simplicissimus* ist «der Junker» ein eitler junger Taugenichts, in eine absurd enge Uniform gezwängt und darauf aus, seinen ererbten Reichtum an den Spieltischen zu verprassen, beziehungsweise ein skrupelloser Schür-

16. «Der Junker». Karikatur von E. Feltner aus dem *Simplicissimus.*

zenjäger und Ignorant, der glaubt, «Charles Dickens» sei der Name eines Rennpferdes und meint, «Immatrikulation» sei ein jüdischer Feiertag.

Der physische Typus, 1937 von Erich von Stroheim in Jean Renoirs Film *Die grosse Illusion* verewigt, gehört immer noch erkennbar dem Kanon der modernen europäischen Typen an: ein schlanker, schmalbrüstiger Körper, steif und aufrecht, als hätte er einen Ladestock verschluckt, gestutztes Haar, penibler Schnurrbart, ausdruckslose Miene und das glitzernde Monokel (das gelegentlich der theatralischen Wirkung wegen fallen gelassen werden darf).[54]

Sinn und Zweck dieser kurzen Abschweifung ist es nicht, derartigen Darstellungen den Wahrheitsgehalt abzusprechen (zumal sie ohne jeden Zweifel wichtige Aspekte dessen wiedergeben, wie die «Junkerklasse» von ihren bürgerlichen Bewunderern und Verächtern gesehen wurde und zudem in einem gewissen Masse von den Junkern selbst internalisiert wurden). Uns interessiert hier vielmehr, dass eine ihrer Auswirkungen darin bestand, die Frauen in den Hintergrund zu drängen, die in Wahrheit unerlässlich waren für das Funktionieren der Hofgüter in der klassischen Ära der kommerziellen Gutswirtschaft, nicht nur, indem sie die gesellschaftlichen und kommunikativen Netzwerke pflegten, ohne die das Leben in den preussischen Provinzen unerträglich gewesen wäre, sondern auch durch ihre Rolle in der Finanz- und Personalverwaltung. Wenn wir auf das Gut derer von Kleist bei Stavenow zurückkehren, stellen wir fest, dass die gesamten Ländereien zwei Jahrzehnte lang, von 1738 bis 1758, von Maria Elisabeth von Kleist verwaltet wurden, der Witwe des 1738 verstorbenen Obersten Andreas Joachim von Kleist. Frau von Kleist trieb mit grosser Energie ausstehende Schulden ein, sowohl durch ihr eigenes Gutsgericht wie auch durch

beim Kammergericht in Berlin eingereichte Klageschriften. Sie überwachte die Ausübung der Patrimonialgerichtsbarkeit auf ihrem Gut, lieh einem Nachbarn zu fünf Prozent Zinsen eine beträchtliche Summe, übernahm kleine Spareinlagen von verschiedenen Einheimischen (darunter einem Apotheker, einem Fischer, ihrem Kutscher und einem Gastwirt), investierte in Kriegsanleihen und unterhielt ein verzinstes Konto bei der lokalen Kreditanstalt des Adelsstandes; alles in allem leitete und verwaltete sie das Familiengut wie eine Unternehmung.[55]

Ein weiterer bemerkenswerter Fall: Helene Charlotte von Lestwitz, die 1788 das Schlossgut Alt-Friedland rund 70 Kilometer östlich von Berlin am Rande des Oderbruchs erbte und daraufhin den Namen «Frau von Friedland» annahm, vermutlich, um ihre Identifikation mit der Region und den Menschen zu stärken, hier und da wird auch die These vertreten, sie habe das getan, um nach der Scheidung nicht an ihren Ehemann erinnert zu werden. In den frühen 1790er Jahren kam es zu einem Disput über die Nutzungsrechte am Kietzer See, der zwischen ihrem Gut und der benachbarten Gemeinde Alt-Quilitz lag. Die Quilitzer beanspruchten für sich das Recht, im Winter, wenn das Viehfutter knapp wurde, Rohr und Gras am Seeufer zu schneiden. Darüber hinaus beharrten sie auf dem Recht, Hanf und Flachs auf den kleinen Sandstränden zu röten, die das Seeufer auf der Dorfseite säumten. Diese Ansprüche stiessen auf den energischen Widerstand der Frau von Friedland, der zufolge sich ihr Recht zum Rohrschneiden auf den gesamten See bezog – um das zu belegen, führte sie sogar eine Umfrage unter ihren Untertanen mit dem Ziel durch, die mündlich überlieferten Nutzungsrechte am Kietzer See festzuhalten.

Im Januar 1793, nachdem wiederholte Beschwerden keine befriedigende Wirkung gezeitigt hatten, reichte Frau von Friedland Klage am Berliner Kammergericht ein. Ausserdem erlaubte sie ihren Untertanen und Verwaltern, sich mit Knüppeln zu bewaffnen, um rohrschneidende Quilitzer in Arrest zu nehmen und das illegal geschnittene Rohr zu beschlagnahmen, was ihre Untertanen auch mit Eifer und offenkundiger Begeisterung taten. Der Spruch, den das Kammergericht in der Sache schliesslich fällte, war ein Kompromiss, bei dem beide Seiten das Gesicht wahren konnten und der die Nutzungsrechte am See aufteilte. Frau von Friedland jedoch, mit der Entscheidung alles andere als zufrieden, legte umgehend Berufung ein und verlagerte ihre Argumentation von dem umstrittenen Rohrschneiden ihrer Nachbarn auf die schädlichen Auswirkungen des

Flachs- und Hanfrötens auf den Fischbestand des Sees. Die Wachen, die sie am Seeufer aufstellen liess, um die Quilitzer am Röten zu hindern, wurden kurzerhand von einem zahlenmässig überlegenen Trupp Quilitzer Dorfbewohner gestellt und in Arrest genommen. Bei einem späteren Einsatz verjagte der Jäger der Herrschaft Friedland eine Gruppe Quilitzer, die Hanf am Seeufer färbten, mit der Drohung, von seinem Gewehr Gebrauch zu machen; in dem anschliessenden Tumult gelang es den Quilitzern, den Kahn des Friedländer Fischers Schmäh zu erobern und an ihr Ufer zu ziehen. Die ganzen zwei Jahre hindurch, in denen über die Berufung verhandelt wurde, führte Frau von Friedland ihre Untertanen im Kampf um die Kontrolle über den See und seine Ressourcen an.

Beim Betrachten dieses Streites fällt nicht nur die bemerkenswerte Solidarität zwischen Untertanen und Herrschaft und die ökologische Argumentation ins Auge, sondern auch die prominente Rolle der energischen und streitlustigen Frau von Friedland. Wie das im späteren 18. Jahrhundert in Brandenburg in Mode kam, unternahm sie erhebliche Anstrengungen zur Melioration des Landes. Sie führte als Erste die Praxis ein, Vieh aus ihren eigenen Stallungen ohne Pachtzahlung an ihre Untertanen zu verleihen (um das Vieh auf der Weide zu halten), führte neue Nutzpflanzen ein und forstete die dezimierten Wälder wieder auf – die von ihr angelegten malerischen Wälder aus Eichen, Linden und Buchen sind noch heute eine der Sehenswürdigkeiten der Gegend. Darüber hinaus verbesserte sie das Schulwesen auf den Gütern und liess Dorfbewohner als Milchbauern und für die Übernahme von Posten in der Verwaltung ausbilden.[56]

Wie viele Frauen es unter den Gutsbesitzern gab und wie sich die Bedingungen für sie auf dem Land im Laufe der Zeit veränderten, lässt sich nur schwer feststellen. Doch in den Quellen zum Konflikt am Kietzer See deutet nichts darauf hin, dass die Zeitgenossen Frau von Friedland als bizarre Anomalität angesehen hätten. Auch stösst man in der Literatur immer wieder auf andere Fälle, in denen Frauen sehr engagiert als Besitzerinnen und Herrinnen ihrer Güter auftreten.[57] Diese Beispiele legen zumindest nahe, dass das in der belehrenden Benimm- und Anstandsliteratur des 18. Jahrhunderts propagierte Bild der strickenden, stopfenden, den Kräutergarten hegenden und aller Arten von «Weiberarbeiten»[58] nachgehenden «Junkerin» nicht auf allen Adelsgüter zutraf und dass die normative Kraft solcher von frommen Wünschen motivierter Bilder geringer

war, als wir gemeinhin annehmen. Die Rollenverteilung zwischen Männern und Frauen war, darauf deutet vieles hin, in den landadeligen Haushalten des *ancien régime* weniger polarisiert, als sie das später in den bürgerlichen Haushalten des 19. und 20. Jahrhunderts war. Die Fähigkeit der Gutsbesitzerinnen im 18. Jahrhundert zur autonomen Handlung wurde untermauert durch die starken gesetzlichen Eigentumsrechte, die erst im Laufe des folgenden Jahrhunderts geschwächt wurden.[59]

Bis zu einem gewissen Grad lassen sich diese Beobachtungen über den adeligen Haushalt auch auf das soziale Milieu der Bauern, Dörfler und des Gesindes übertragen, die – als Untertanen oder Freie – auf den Rittergütern lebten. Auch hier waren, wiewohl ohne jeden Zweifel erhebliche strukturelle Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern vorlagen, Frauen in einer stärkeren Position, als man das vermuten würde: Sie waren Mitverwalterinnen ihrer Haushalte (wozu in vielen Fällen die Kontrolle und Verwaltung der Einnahmen und Ersparnisse zählte). Frauen, die eine beträchtliche Mitgift in die Ehe einbrachten, waren häufig Miteigentümer der familiären Vermögenswerte. Darüber hinaus agierten Frauen auch als halb unabhängige dörfliche Unternehmerinnen, vor allem in der Rolle der Wirtsfrau; so war es nicht ungewöhnlich, dass Schmiede oder andere dörfliche Honoratioren Gasthäuser vom Gutsbesitzer pachteten und sie von ihren Frauen bewirtschaften liessen, die dadurch Status und gesellschaftliche Prominenz innerhalb der Dorfgemeinschaft erwarben. Frauen übernahmen auch häufig landwirtschaftliche Arbeiten, insbesondere wenn männliche Arbeitskraft rar war – die geschlechterbedingte Arbeitsteilung war auf dem Land weitaus weniger rigide als in den Städten, wo die von Männern dominierten Gilden Frauen den Eintritt in ein Gewerbe äusserst schwer machten.[60] Eine Frau, die in die Familie ihres Gatten einheiratete, hielt ihre Verbindungen zu ihrem eigenen Familienverband aufrecht, was bedeutete, dass sie bei Ehestreitigkeiten durchaus auf den Beistand ihrer Herkunftsfamilie zählen konnte. Wie wichtig diese Verbindungen waren, lässt sich auch daran ermessen, dass Bauersfrauen den väterlichen Nachnamen beibehielten (statt den ihres Ehemannes anzunehmen).[61]

Neben dem Geschlecht als einem die Machtbeziehungen bestimmenden Faktor gab es noch zahlreiche andere soziale Abstufungen, die die ländliche Gesellschaft strukturierten. Während sich die mit einer Mitgift ausgestattete Ehefrau eines Vollbauern in einer vergleichsweise starken Position befand, ihren

eigenen Lebensunterhalt gegen andere Anspruchsteller zu schützen, und zwar auch wenn ihr Mann im Ruhestand oder tot war, befand sich eine weniger wohlhabende Frau, die einen bereits im Ruhestand befindlichen Bauern heiratete, in einer weitaus gefährdeteren Position, da sie keine Möglichkeit hatte sicherzustellen, dass der Haushalt ihres Mannes nach seinem Tod weiterhin für ihren Lebensunterhalt aufkommen würde. Die Frage der Versorgungsansprüche einer Frau nach dem Tod ihres Mannes war so heikel, dass sie in manchen Fällen Gegenstand gesonderter Klauseln in den Verträgen waren, die unterschrieben wurden, wenn eine Frau in einen neuen Haushalt einheiratete. In anderen Fällen wurden die Ansprüche zum Zeitpunkt der Pensionierung geregelt, wenn die ältere Generation den Besitz in die Hände ihrer Erben legte. Wo guter Wille vorhanden war, konnten ältere Witfrauen sich eine angemessene Versorgung entsprechend dem lokalen Gewohnheitsrecht verlassen; fehlte eine solche Bereitschaft, mussten sie möglicherweise versuchen, ihre Rechte mit Hilfe des Gutsgerichts einzuklagen.[62]

Die Untersuchung der Streitfälle, die sich an illegitimen Geburten entzündeten, wirft gleichfalls ein Licht darauf, wie die Geschlechterrollen in der ländlichen Gesellschaft funktionierten und wie sie definiert wurden. Einige Teile Preussens wie die Altmark wiesen einen auffällig hohen Anteil an illegitimen Geburten auf. Eine Stichprobenzählung im Pfarrbezirk Stapen auf dem Rittergut derer von der Schulenburg ergab für den Zeitraum von 1708 bis 1800 bei 91 Eheschliessungen 28 illegitime Geburten.[63] In solchen Fällen befassten sich die Gerichtsinstanzen hauptsächlich mit der Feststellung der Vaterschaft und mit dem Recht der Mütter auf Unterstützung durch den Kindsvater. Die Gerichtsakten enthüllen stark divergierende Ansichten über die männliche und weibliche Sexualität. Während Frauen in sexuellen Dingen von Natur aus als passiv und zurückweisend galten, wurde den Männern ein starker Geschlechtstrieb unterstellt. Demnach ging es bei den Ermittlungen zu ausserehelichen Geburten vornehmlich um die Beantwortung der Frage, warum die Frau dem Wunsch des Mannes nach geschlechtlichem Verkehr entsprochen hatte. Liess sich nachweisen, dass er sie mit einem Eheversprechen gelockt hatte, konnte das den Anspruch der Frau auf Kindesunterhalt untermauern. Konnte hingegen belegt werden, dass die Frau im Ruf der Promiskuität stand, schwächte das ihre Position. Die sexuelle Vorgeschichte des fraglichen Mannes hingegen galt als irrelevant.

Auf diese Weise waren die Untersuchungen von vornherein zugunsten der Männer ausgerichtet. Dennoch verliefen die Verhandlungen weniger diskriminierend, als man das vielleicht annehmen würde. Beträchtliche Mühen wurden aufgewendet, die genauen Umstände der Empfängnis möglichst gewissenhaft zu ermitteln, und obwohl die Väter nur in Ausnahmefällen zur Ehe gezwungen wurden, wurden sie, stand ihre Vaterschaft zweifelsfrei fest, im Allgemeinen dazu verurteilt, einen Teil der Unterhaltskosten für das Kind aufzubringen.[64]

Sowieso war das Geschlecht auch hier wieder nur einer unter mehreren Faktoren, die Urteilssprüche beeinflussen konnten. Frauen aus wohlhabenden Bauernfamilien befanden sich in einer weitaus besseren Lage als arme Frauen, da sie viel eher auf die – für die Urteilsfindung unter Umständen entscheidende – Unterstützung der Dorfelite zählen konnten. Auch waren die beschuldigten Männer in solchen Fällen eher bereit, sie zu heiraten.[65] Ärmere Frauen waren in beiderlei Hinsicht schlechtergestellt, doch selbst für sie gab es Möglichkeiten, sich als ledige Mütter durchzuschlagen, beispielsweise indem sie bei anderen Bauernfamilien Hausarbeiten wie Spinnen oder Nähen übernahmen. Manchmal gelang es ihnen sogar, doch noch zu heiraten – die mit einem unehelichen Kind verbundene Stigmatisierung endete grösstenteils, wenn der Vater identifiziert werden konnte und er (selbst ohne die Frau zu heiraten) seine Verantwortung anerkannte. Es gibt sogar Hinweise darauf, dass arme Frauen – eine gute Gesundheit vorausgesetzt – , die ihre Kinder alleine grosszogen, eher dazu in der Lage waren, Einkommen zu erwerben, als Frauen aus derselben Schicht, die an einen Haushalt gebunden waren.[66]

Zu den interessantesten Aspekten, die sich aus den Gerichtsakten zu solchen Fällen ergeben, zählt der Aspekt der Sozial- und Selbstkontrolle innerhalb der Dorfgesellschaften. Die Bauern und anderen Dorfbewohner waren keineswegs hilflose und duckmäuserische, den Willkürakten einer fremden seigneuralen Justiz ausgelieferte Untertanen. Vielmehr dienten die Gutsgerichte vorwiegend dazu, die sozialen und moralischen Normen der Dorfgesellschaft durchzusetzen. Das zeigt sich besonders deutlich in Fällen, wo alte oder aus anderen Gründen bedürftige Dorfbewohner aufgrund von Familienzwisten Gefahr liefen, ihre Lebensgrundlage zu verlieren; hier wurde die Funktion des Gutsgerichts häufig darin gesehen, die sittlichen Normen des Dorfes (heute würde man Moralökonomie sagen) zugunsten ihrer schwächsten Mitglieder durchzusetzen.[67] In vielen Fällen, die sexuelle Vergehen betrafen, begann das Verfahren mit einer Er-

mittlung durch das Dorf selbst. Das Dorf unterrichtete dann das Gericht, dass es einen zu verhandelnden Fall gab, und überwachte schliesslich auch die Auszahlung der Alimente nach erfolgreicher Vaterschaftsklage. Das Gutsgericht arbeitete also in partieller Symbiose mit den Selbstverwaltungsstrukturen des Dorfes.[68]

Preussischer Fleiss

«Die Macht Preussens», merkte Friedrich II. in seinem politischen Testament von 1752 an, «ist nicht auf inneren Reichtum, sondern allein auf gewerblichen Fleiss gegründet.»[69] Seit den Zeiten des Grossen Kurfürsten war die Entwicklung des heimischen Gewerbes eines der zentralen Anliegen der Hohenzollern. Zu diesem Zweck förderten die nachfolgenden Kurfürsten und Könige die Einwanderung zur Verstärkung der einheimischen Arbeitskraft und die Gründung und Expansion heimischer Unternehmen. Eine Reihe von Gewerben wurde durch Einfuhrverbote oder Zölle geschützt. In manchen Fällen, wenn das fragliche Produkt als strategisch bedeutsam galt oder sehr beträchtliche Gewinne abzuwerfen versprach, richtete die Regierung eigene Monopole ein, ernannte Verwalter, stellte Gelder bereit, kontrollierte die Qualität und war am Ertrag beteiligt.

In Übereinstimmung mit merkantilistischen Prinzipien suchte man den Export von Rohstoffen zur Verarbeitung andernorts zu unterbinden. Eine der ersten Amtshandlungen Friedrichs II. war die Gründung des ersten reinen Fachdepartements im Generaldirektorium, des für «Handel und Gewerbe» zuständigen V. Departements. In einer Anweisung an den Gründungsdirektor der Abteilung erklärte der König, Aufgabe der Behörde sei es, die bestehenden Manufakturen zu verbessern, neue Fertigungstechniken einzuführen und so viele Ausländer wie nur möglich zur Anstellung in den Manufakturunternehmen ins Land zu holen.

In Hamburg, Frankfurt am Main Main, Regensburg, Amsterdam und Genf wurden preussische Immigrationsbüros eröffnet. Aus dem benachbarten Sachsen wurden Wollspinner für die Wollmanufakturen in den preussischen Landen angeworben, die dringend auf Arbeitskräfte angewiesen waren. Für den Aufbau der Seidenmanufakturen wurden Fachkräfte aus Lyon und Genf engagiert, von

denen allerdings viele später in ihre Heimat zurückkehrten. Zugezogene aus den deutschen Reichsgebieten gründeten Fabriken zur Herstellung von Messern und Scheren, und Einwanderer aus Frankreich (nun auch, zusätzlich zu den Protestanten früherer Zeit, Katholiken) halfen beim Aufbau der preussischen Hut- und Lederindustrien.

Friedrichs «Wirtschaftspolitik» bestand aus einzelnen Interventionen in bestimmten Sektoren, die ihm unter staatlichen Gesichtspunkten wichtig erschienen. Spezielle Aufmerksamkeit erfuhr die preussische Seidenindustrie, teils weil Seide ein Produkt war, dessen Grundstoff theoretisch im Land erzeugt werden konnte (vorausgesetzt, man fand einen Weg, die jungen Maulbeerbäume gegen die Winterfröste zu schützen), teils weil die Einfuhr von Luxuserzeugnissen aus Seide als Belastung für das Staatseinkommen gesehen wurde, und teils weil Seide ein prestigeträchtiges Produkt war und mit Eleganz, fortschrittlicher Zivilisation und technischem Wissen assoziiert wurde.[70]

Die zur Ankurbelung der Produktion eingesetzten Massnahmen basierten auf einem charakteristischen Mix aus Anreizen und Kontrollen. Garnisonsstädte wurden angewiesen, Maulbeerbäume innerhalb der Stadtmauern anzupflanzen. Ein königliches Edikt von 1742 legte fest, dass jedermann, der eine Maulbeerplantage anzulegen gedachte, mit dem dafür erforderlichen Land auszustatten sei. Züchter, die aus eigenen Mitteln Plantagen von 1‘000 oder mehr Bäumen anlegten, sollten Subsidien zur Deckung der Lohnkosten für einen Gärtner erhalten, bis das Unternehmen anfing Profite abzuwerfen. Waren die Bäume reif für den Besatz mit Raupen, versprach die Regierung die Pflanzer auf eigene Kosten mit italienischen Seidenraupeneiern zu beliefern. Darüber hinaus verpflichtete sich die Regierung, den Besitzern die gesamte auf diesen Plantagen erzeugte Seide abzukaufen. Die junge Seidenindustrie wurde mit speziellen Exportsubsidien, Importzöllen und Steuerprivilegien gehegt und gepflegt, und ab 1756 wurde die Einfuhr ausländischer Seide in die preussischen Territorien östlich der Elbe gänzlich untersagt. Insgesamt, so schätzt man, investierte die Regierung um die 1,6 Millionen Taler in die Seidenproduktion, der Grossteil davon verteilt von einem ausschliesslich für die Seidenmanufaktur zuständigen Departement. Die entschlossene Förderung einer bevorzugten Industrie bewirkte zweifelsohne ein Wachstum der Gesamtkapazität, wobei es allerdings – selbst unter Zeitgenossen – umstritten war, ob dieser stark interventionistische Ansatz

tatsächlich die beste Methode war, das Produktivitätswachstum im gesamten herstellenden Gewerbe zu stimulieren.[71]

Im Falle der Seidenindustrie war der Staat der grösste Investor und wichtigste Unternehmer – ein Muster, das sich bei einer Reihe von Industrien wiederholte, die als strategisch oder fiskalisch bedeutsam eingeschätzt wurden. Neben einer königlichen Schiffswerft in Stettin gab es Staatsmonopole auf Tabak, Holz, Kaffee und Salz, die von Privatunternehmern unter Aufsicht staatlicher Beamter ausgeübt wurden. Auch eine Reihe öffentlich-privater Partnerschaften wurde gegründet, etwa die mit Splittgerber & Daum, einem Berliner Unternehmen, das auf kriegsrelevante Bereiche spezialisiert war, einschliesslich Kauf und Weiterverkauf ausländischen Kriegsmaterials. Es wurde als Privatunternehmen geführt, aber vom Staat vor Konkurrenz geschützt und regelmässig mit Regierungsaufträgen bedacht. Ein viel gepriesenes Beispiel des staatlich geförderten Unternehmertums war die Konsolidierung der oberschlesischen Eisenerzindustrie. 1753 nahm die Eisenhütte Malapane in Schlesien als erstes deutsches Eisenwerk einen modernen Hochofen in Betrieb. Die Regierung unterstützte auch die Expansion des schlesischen Leinengewerbes und lockte durch spezielle Ansiedlungsprogramme mit verschiedenen Anreizen (wie kostenlose Webstühle für Weber, die sich neu niederliessen) zusätzliche Arbeiter und Fachkräfte an.[72] Alle diese Unternehmen wurden durch Zölle und Importverbote vor ausländischer Konkurrenz geschützt.

Derart tiefgreifende Interventionen verlangten das Engagement des Staates und in der Tat sogar des Monarchen selbst im zeitaufwendigen Mikromanagement konkreter sektoraler Probleme. Ein gutes Beispiel dafür ist der Versuch der Regierung gegen Ende von Friedrichs Herrschaft, der kränkelnden Salzindustrie in Halle, Stassfurt und Gross Salze unter die Arme zu greifen. Die Salzbergwerke dieser Städte hatten ihre traditionellen Märkte im Kurfürstentum Sachsen verloren und den König wiederholt um Beistand gebeten. 1783 befahl der König dem preussischen Bergwerksminister Friedrich Anton von Heinitz, zu erkunden, «ob man aus der Salz-Sohle nicht ein anderes Product als etwa ein Salpeter oder was es sonsten sei zu Wege bringen könne, damit die Leute sich einigermassen helfen und dies Product dann verkaufen können»[73]. Heinitz verfiel auf die Idee, Mineralsalzblöcke herzustellen und sie den Domänenverwaltungen in Schlesien als Salzsteine für weidende Kühe zu verkaufen. Er über-

zeugte die Vereinigung der lokalen Salzsieder von Gross Salze, die so genannte Pfännerschaft, die erforderlichen Versuche durchzuführen und stellte ihr zur Übernahme der Kosten königliche Subsidien in Höhe von 2‘000 Talern zur Verfügung. Der erste Versuch schlug fehl, weil die Öfen, mittels derer das Mineralsalz extrahiert werden sollte, von unzureichender Qualität waren und brachen, als sie befeuert wurden. Der Bau hochwertigerer Öfen erforderte einen beträchtlich höheren Zuschuss aus den frei verwendbaren Mitteln des Ministeriums. Im Sommer 1786 verlangte Heinitz zudem, dass Carl Georg Heinrich Graf von Hoym, Minister für Schlesien und ein besonderer Günstling des Königs, 8‘000 Zentner seines Produkts erwerben sollte. Hoym beugte sich der Forderung, weigerte sich aber im darauffolgenden Sommer, den Auftrag zu erneuern, weil das Salz aus dem neuen Salzwerk von Gross Salze von schlechter Qualität und viel zu teuer war. Dies ist ein gutes Beispiel für die Bereitschaft zur Improvisation und Innovation im Verein mit einer schlussendlich kontraproduktiven Präferenz für staatlich gelenkte (statt vom Markt bestimmte) Lösungen.[74]

Die stark auf staatliche Intervention und Kontrolle basierende Wirtschaftspolitik zeigt, dass Friedrich II. keinen Kontakt zur zeitgenössischen Entwicklung des ökonomischen Denkens (insbesondere in Frankreich und Grossbritannien) hatte, dessen Vertreter die Ökonomie als ihren eigenen Gesetzen entsprechend operierend begriffen und Privatunternehmen und die Deregulierung der Produktion als Schlüssel zum wirtschaftlichen Wachstum sahen. Insbesondere nach dem Siebenjährigen Krieg nahm der Unmut zu, als die privaten Unternehmer zusehends unter den ökonomischen Restriktionen des Staates litten. In den 1760er Jahren protestierten unabhängige Kaufleute und Manufakturbetreiber in den brandenburgisch-preussischen Städten gegen die restriktive und diskriminierende Wirtschaftspolitik der Regierung, was selbst innerhalb der königlichen Verwaltung zum Teil auf Verständnis stiess. Im September 1766 reichte Erhard Ursinus, Geheimer Finanzrat im V. Departement, ein Memorandum ein, in dem er die Politik der Regierung kritisierte und sich dabei insbesondere auf die seiner Meinung nach viel zu starke Subventionierung der Samt- und Seidenindustrien konzentrierte, deren Erzeugnisse von minderer Qualität und dazu noch teurer als aus dem Ausland importierte Konkurrenzprodukte waren. Das Geflecht der staatlichen Monopole, schrieb Ursinus weiter, habe dem Gedeihen des Handels abträgliche Bedingungen hervorgebracht.[75] Ursinus wurde seine Offenheit nicht gedankt. Nachdem ans Tageslicht gekommen war, dass er Geldzahlungen

17. Friedrich der Grosse besichtigt eine Manufaktur.
Stich von Adolph Menzel, 1856.

von einflussreichen Mitgliedern der Unternehmergemeinde erhalten hatte, wurde er für ein Jahr in die Festung Spandau gesteckt.

Eine eher historiografisch einflussreiche Kritik war die von Honoré-Gabriel de Riquetti, Comte de Mirabeau, Autor einer weithin diskutierten, achtbändigen Abhandlung über die landwirtschaftliche, ökonomische und militärische Organisation der preussischen Monarchie. Als leidenschaftlicher Fürsprecher des Freihandels fand Mirabeau wenig Lobenswertes an dem von der preussischen Verwaltung zum Schutz der einheimischen Produktivität installierten umfänglichen System wirtschaftlicher Kontrollen. Es gebe, erklärte er, viele «wahre und nützliche Mittel», das Blühen der Manufakturen zu fördern, doch Monopole, Einfuhrbeschränkungen und staatliche Subsidien, wie sie im Königreich Preussen die Norm waren, gehörten nicht dazu.[76] Statt auf die eigenständige Entstehung von Manufakturen auf Grundlage des durch Landwirtschaft und Handel natürlich akkumulierten Kapitals zu vertrauen, habe, so Mirabeau, der König seinen Ressourcen auf unbesonnene Investitionsprojekte verschwendet:

«Der König von Preussen hat, kurz vor seinem Tode, sechs tausend Thaler zur Errichtung einer neuen Uhrenfabrik zu Friedrichswalde geschenkt; ein so kleiner Gegenstand verdiente kein solch Geschenk; es lässt sich leicht absehen, dass diese Fabrik, wenn sie nicht unaufhörlich durch neue Wohlthaten erhalten wird, keinen Bestand hat. Unter allen unnützen Dingen ist das allerunnützeste eine schlechte Uhr.»[77]

Das Vermächtnis der nahezu ein halbes Jahrhundert währenden friderizianischen Herrschaft, schloss Mirabeau, sei ein unter wirtschaftlicher Stagnation ächzendes Land, in dem die Produktion chronisch die Nachfrage übersteige und der unternehmerische Geist durch Vorschriften und Monopole erstickt werde.[78]

Dies war eine übertrieben negative Bewertung, deren eigentlicher Zweck ein polemischer war (Mirabeaus tatsächlicher Adressat war das französische *ancien régime*, an dessen Sturz 1789 er mit beteiligt war). In Verteidigung des friderizianischen Experiments könnte man darauf verweisen, dass einige der unter seiner Herrschaft gegründeten staatlichen Projekte die Grundlagen für ein längerfristiges Wachstum schufen. Die schlesische Eisenindustrie etwa florierte auch nach Friedrichs Tod unter der Leitung des Grafen von Reden, des kommissarischen Direktors des schlesischen Oberbergamtes. Zwischen 1780 und 1800 stiegen Produktion wie Beschäftigtenzahl um das Fünffache, und Mitte des 19. Jahrhunderts zählte die schlesische Eisen- und Hüttenindustrie zu den fortschrittlichsten in ganz Kontinentaleuropa. Hier haben wir ein Beispiel für eine staatlich gelenkte Industriepolitik, die langfristig Wachstum und Entwicklung erzeugte.[79] Dasselbe gilt auch im Falle der staatlich geförderten Wollindustrie im Kreis Luckenwalde in der Mittelmark südlich von Berlin. Mochte der Staat auch kein dem freien Wettbewerb und Unternehmertum zuträgliches Klima geschaffen haben, so verstand er es doch mit Erfolg, das Fehlen einer lokalen unternehmerischen Elite auszugleichen. Kein Kaufmann, gleich wie reich oder wagemutig, wäre auf die Idee verfallen, Handwerker in einem Gebiet wie Luckenwalde anzusiedeln, wo es bis dato keine nennenswerte Industrie gegeben hatte. Die «Entrepreneurs» konnten erst auf den Plan treten, als eine Ansiedlung, zusammen mit der notwendigen Konzentration lokaler Ressourcen und Fachkenntnisse, mit staatlicher Unterstützung etabliert war. Mit anderen Worten, staatlich gesteuerte Entwicklung und Unternehmertum schlossen sich nicht gegenseitig aus, sondern konnten aufeinanderfolgende Stufen im Wachstums-

prozess darstellen. Oder, wie es der grosse Sozial- und Wirtschaftshistoriker des 19. Jahrhunderts, Gustav Schmoller, ausdrückte: Das Regime des Protektionismus und staatlich induzierten Wachstums «musste fallen, damit die Keime, die [es] gesäet, in der Sonne der Gewerbefreiheit [des 19. Jahrhunderts] aufgehen konnten»[80].

Jedenfalls war Brandenburg-Preussen Mitte des 18. Jahrhunderts kein ökonomisches Ödland mit dem Staat als einzigem Unternehmer und Neuerer, und ebenso wenig sollte die Bedeutung der königlichen Administration als Betreiber grosser Manufakturen überbewertet werden.[81] Im Grossraum Berlin-Potsdam, dem dominanten Zentrum des ökonomischen Wachstums in den preussischen Mittelprovinzen, gehörte nur eine von 50 «Fabriquen» dem Staat oder einer öffentlichen Körperschaft. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: zu diesen gehörten einige der grössten Unternehmungen, beispielsweise das von Friedrich Wilhelm I. zur Versorgung der Armee gegründete Lagerhaus sowie die Porzellan-, die Gold- und die Silbermanufaktur. Allerdings wurden etliche dieser Fabriken nicht direkt vom Staat kontrolliert, sondern an vermögende Kaufleute verpachtet. Weniger prominent war die Rolle des Staates in den westlichen Provinzen, wo es grosse unabhängige Zentren der Metallverarbeitung (in der Grafschaft Mark), der Seidenmanufaktur (in und um Krefeld) und der Textilmanufaktur (um die Stadt Bielefeld) gab. In diesen Gebieten war die dominante Macht im ökonomischen Leben ein selbstbewusstes merkantilistisches und gewerbetreibendes Bürgertum, dessen Wohlstand nicht auf Staatskontrakten, sondern auf dem regionalen Handel insbesondere mit den Niederlanden beruhte. In diesem Sinne waren die westlichen Provinzen ein Paradebeispiel für die Grenzen des staatlichen Einflusses auf die ökonomische Entwicklung.[82]

Selbst in den mittleren Provinzen des preussischen Konglomerats übertraf die Expansion des privatwirtschaftlichen Sektors den des Staatssektors ganz erheblich. Vor allem nach dem Siebenjährigen Krieg bezeugte das rapide Wachstum privat finanzierter und geführter mittelgrosser Manufakturunternehmen (mit 50 bis 99 Arbeitern) die schwindende Bedeutung der staatlich gesteuerten Produktion. Besonders bemerkenswert war dabei das Wachstum im Baumwollsektor, der im Gegensatz zu den Woll- und Seidenindustrien kaum staatliche Beihilfen erhielt. Berlin-Potsdam und Magdeburg waren im Vergleich zu Hamburg, Leipzig oder Frankfurt am Main zwar die beiden einzigen Fertigungszentren mit überregionaler Bedeutung, doch fanden sich in den mittleren Provinzen des Kö-

nigreiches viele kleinere Fertigungszentren. Selbst in Kleinstädten, in denen die Landwirtschaft die Haupteinnahmequelle darstellte, konnte es substanzielle lokale Konzentrationen handwerklicher Gewerbebetriebe geben. In Stendal in der Altmark etwa waren nicht weniger als 109 Meister im Textilsektor tätig. Viele dieser Städte durchliefen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts erhebliche strukturelle Veränderungen, als einzelne Werkstätten nach und nach zu Manufakturen zusammengefasst wurden. Selbst kleine Gewerbestädte konnten wichtige «Fortschrittsinseln» darstellen und die Grundlagen für eine spätere industrielle Entwicklung schaffen.[83]

Verantwortlich für dieses beschleunigte Wachstum ausserhalb des staatlichen Sektors war eine vielfältige Elite von Wirtschaftsbürgern, deren Beziehungen zu den Wirtschaftsbehörden der Regierung komplexer waren, als es das merkantilistische Modell eigentlich vorsieht. In den Jahrzehnten nach 1763 kam es zur raschen Konsolidierung einer neuen ökonomischen Elite aus Manufakturbetreibern, Bankiers, Grosshändlern und Subunternehmern. Obwohl sie den alten städtischen Oligarchien eng verbunden blieben, zersetzten ihre wirtschaftlichen Aktivitäten nach und nach die Strukturen der traditionellen korporativen Gesellschaftsordnung. Das waren alles andere als verzagte «Untertanen», deren höchster Ehrgeiz darin bestand, ein paar Krumen vom Tisch der Staatsbetriebe zu ergattern, vielmehr waren es unabhängige «Entrepreneurs» mit einem klaren Verständnis ihrer individuellen und kollektiven Interessen. Immer wieder versuchten sie, das Verhalten der Regierung zu beeinflussen, manchmal durch offenen Protest (wie während der Wirtschaftskrise in den 1760er Jahren, als kollektive Proteste gegen die staatlichen Handelsbeschränkungen laut wurden), häufiger jedoch durch persönliche Kontakte. Das konnte auf vielerlei Ebenen erfolgen, von Petitionen an den Monarchen über Briefe an hohe Beamte in den Zentraloder Provinzverwaltungen bis hin zu Kontakten mit Staatsbeamten vor Ort wie Steuerkommissaren und Gewerksassessoren. Die Ermittlungen im Falle des angeblich bestochenen Geheimrats Ursinus aus dem V. Departement erbrachten eine Vielzahl von Hinweisen auf private und offizielle Kontakte mit den angesehensten Kaufleuten und Manufakturunternehmern Berlins – Wegely, Lange, Schmitz, Schütze, van Asten, Ephraim, Schickler. Derartige Kontakte zwischen Unternehmern und Beamten waren gang und gäbe, und Belege dafür finden sich auch in der Korrespondenz des Geheimen Finanzrats Johann Rudolf

Fäsch, des Direktors des V. Departements. In Frankfurt an der Oder hielten städtische Beamte und Wirtschaftsbürger sogar regelmässige Besprechungen ab, bei denen sie über die Massnahmen der Regierung zur Förderung des Handels debattierten, und in Berlin wurden 1779 mehrere «Kattun-‚Fabricanten‘» – du Titre, Oehmigcke, Ermeler, Sieburg, Wulff, Jüterbock und Simon – im V. Departement vorstellig, um gegen die Vergabe von neuen Textildruckkonzessionen zu protestierten.[84]

Der Staat seinerseits war offener für Einflüsse aus dieser Sphäre, als Friedrichs bekannte Verachtung für Kaufleute vermuten lassen würde. Der König zählte mindestens ein Dutzend bekannte Entrepreneurs und Manufakturunternehmer zu seinen engsten persönlichen Beratern. Der Textilkaufmann Johann Ernst Gotzkowsky beispielsweise und der Magdeburger Kaufmann Christoph Gossler wurden manches Mal um förmliche Berichte zu Angelegenheiten der Staatspolitik gebeten, ebenso die mächtigen Krefelder Seidenfabrikanten Johann und Friedrich von der Leyen, denen 1755 für ihre Dienste für den König der Titel Königlicher Kommerzienrat verliehen wurde.

Waren der Monarch und die Beamten der Zentralverwaltung offen für Einflüsse aus der Wirtschaft, so galt das noch viel mehr für die Staatsbeamten in den Städten. Viele Steuerräte verstanden sich weniger als Vollstrecker des staatlichen Willens vor Ort, denn als Vermittler von der Peripherie ins Zentrum. Zudem liessen sie sich leicht von lokalen Entrepreneurs vereinnahmen – 1768 beispielsweise forderte der Steuerrat Canitz aus Calbe an der Saale die Aufhebung der Handelsrestriktionen mit Sachsen, damit die Wollfabrikanten der Region ihre Waren auf der Leipziger Messe verkaufen konnten. Die (zum Teil an Schroffheit grenzende) Offenheit der von manchen Provinzbeamten eingesandten Berichte legt nahe, dass sie ihre Eingaben, die auf der grossen Vertrautheit mit den örtlichen Begebenheiten basierten, als entscheidendes Korrektiv für die Fehleinschätzungen der Zentralverwaltung begriffen.[85]

KAPITEL 7

Der Kampf um die Vorherrschaft

Am 16. Dezember 1740 führte Friedrich II. von Preussen eine 27.000 Mann starke Armee aus Brandenburg über die nur schwach bewachte Grenze ins habsburgische Schlesien. Trotz der winterlichen Bedingungen marschierten die Preussen im Eilschritt durch die Provinz, ohne auf nennenswerten Widerstand der Österreicher zu stossen. Ende Januar, nur sechs Wochen später, befand sich praktisch ganz Schlesien einschliesslich seiner Hauptstadt Breslau in Friedrichs Händen. Die Invasion war die wichtigste politische Einzelaktion in Friedrichs Leben, eine Entscheidung, die der König alleine getroffen hatte, gegen den Rat seiner höchsten diplomatischen und militärischen Berater.[1] Die Eroberung Schlesiens bewirkte eine dauerhafte Verschiebung des politischen Gleichgewichts innerhalb des Heiligen Römischen Reiches und katapultierte Preussen in eine gefährliche neue Welt der Grossmachtpolitik. Friedrich war sich der Schockwirkung vollkommen bewusst, die der Überfall auf Schlesien auf die internationale Meinung haben würde, aber die europaweiten Konsequenzen, die sich aus diesem Winterfeldzug ergeben sollten, konnte er kaum vorhergesehen haben.

«Friedrich der Einzige»

Der Mann, der ganz alleine die Schlesischen Kriege vom Zaun brach und 46 Jahre lang der Hüter der hohenzollerischen Territorien war – also nahezu ebenso lang wie sein glanzvoller Vorfahr, der Grosse Kurfürst –, verdient es, näher betrachtet zu werden. Die Persönlichkeit dieses talentierten und inspirierten Monarchen hat seine Zeitgenossen in den Bann geschlagen und seitdem die Historiker fasziniert. Zu verstehen, wer der König war, ist allerdings kein leichtes Unterfangen, da Friedrich zwar überaus wortreich war (seine posthum veröffentlichen Werke umfassen 30 Bände), aber nur selten in sich hineinsehen liess. Seine Schriften und Reden spiegeln in Reinform die Hochschätzung des 18.

Jahrhunderts für *esprit* wider – der Stil aphoristisch, leicht und konzise, der Ton stets distanziert: enzyklopädisch, amüsiert, ironisch oder gar spöttisch. Doch der Mensch hinter dem beissenden Witz der satirischen Verse und der kühlen, räsonierenden Prosa der historischen Memoiren und politischen Memoranden bleibt ungreifbar.

Was die Grösse seines Intellekts angeht, kann es keinen Zweifel geben. Sein ganzes Leben hindurch verschlang er Bücher: Fénelon, Descartes, Molière, Bayle, Boileau, Bossuet, Corneille, Racine, Voltaire, Locke, Wolff, Leibniz, Cicero, Cäsar, Lucian, Horaz, Gresset, Rousseau, Montesquieu, Tacitus, Titus Livius, Plutarch, Sallust, Lukrez, Cornelius Nepos und Hunderte andere mehr. Er las immer neue Bücher, studierte aber auch wiederholt jene Texte, die ihm am wichtigsten waren. Eines allerdings war für ihn ein kulturelles Anathema: die deutsche Literatur. In einem bissigen literarischen Erguss verurteilte Friedrich, zu der Zeit ein alter, mürrischer Mann von 68 fahren, die deutsche als eine «halb barbarische Sprache», in der es «also tatsächlich unmöglich ist», selbst für einen «mit dem grössten Talent begabten Schriftsteller», die Sprache ausgezeichnet zu handhaben. Deutsche Autoren, schrieb der König, «gefallen sich in einem weitschweifigen Stil, sie häufen Einschaltung auf Einschaltung, und oft findet man erst am Ende einer vollen Seite das Verb, von dem der Sinn des ganzen Satzes abhängt»[2].

So stark war Friedrichs Bedürfnis nach Anregung durch Bücher, dass er eine mobile «Feldbibliothek» einrichten liess. Das Schreiben (ausschliesslich in Französisch) war ihm ebenfalls wichtig, nicht nur als Mittel zur Kommunikation, sondern auch als geistige Zuflucht. Sein Ehrgeiz war es stets, den Wagemut und die Energie eines Mannes der Tat mit der kritischen Distanz des Philosophen zu vereinen. Die Kombination dieser beiden Spezies, auf den Punkt gebracht in der jugendlichen Selbstbezeichnung *roi philosophe*, bedeutete, dass keine der beiden Rollen einen ausschliesslichen Anspruch auf ihn erheben konnte: Unter den Königen war er der Philosoph, und unter den Philosophen ein König. Aus seinen Briefen von den Schlachtfeldern, verfasst an den Tiefpunkten seiner militärischen Fortune, sprechen der Fatalismus und das Freisein von Sorge des echten Stoikers. Umgekehrt atmen seine Aufsätze zu praktischen und theoretischen Angelegenheiten das Selbstvertrauen und die Autorität dessen, der echte Macht ausübt.

Friedrich war darüber hinaus ein ausgezeichneter Musiker. Seine Vorliebe für die Flöte passte hervorragend ins Bild, da dieses Instrument mehr als jedes ande-

re mit dem kulturellen Prestige Frankreichs assoziiert wurde. Die Querflöte, die Friedrich spielte, war eine vergleichsweise junge Entwicklung der französischen Instrumentenbauer, welche die alte, zylindrische Flöte mit sechs Grifflöchern zum subtilen und chromatisch vielseitigen, konisch gebohrten Instrument der barocken Ära weiterentwickelt hatten. Die berühmtesten Flötisten des frühen 18. Jahrhunderts waren Franzosen, und auch das Repertoire wurde von französischen Komponisten – Philidor, de la Barre, Dornel, de Monteclaire – dominiert. Das Instrument war folglich eng mit der kulturellen Überlegenheit verbunden, die Friedrich und viele seiner deutschen Zeitgenossen mit Frankreich assoziierten. Der König nahm das Flötenspiel ernst. Sein Lehrer, der Flötenvirtuose und Komponist Quantz, bezog ein Gehalt von 2‘000 Talern im Jahr, was ihn auf eine Stufe mit einigen der hochrangigsten Beamten im Königreich stellte – Carl Philipp Emanuel Bach hingegen, ein Komponist von ungleich grösserer historischer Bedeutung, der als Kammercembalist in Friedrichs Diensten stand, musste sich mit einem Bruchteil dieser Summe bescheiden.[3] Friedrich übte und spielte unablässig, mit einem Perfektionismus, der an Besessenheit grenzte. Selbst auf Feldzügen konnte in den preussischen Lagern zur Abendzeit sein melodisches Spiel gehört werden. Auch als Komponist war er durchaus talentiert, wenn auch seine Werke eher gekonnt und elegant denn brillant waren.

Der Bezug zwischen Friedrichs politischen Schriften und seinem Handeln als Herrscher war bemerkenswert direkt. Im Kern seines Denkens stand die Bewahrung und Ausweitung der Macht des Staates. Ungeachtet seines eher irreführenden Titels umriss Friedrich in seinem berühmten *Antimachiavell* (1739/40) sehr deutlich seine Position hinsichtlich der Zulässigkeit des Präventivschlags und des «Interessenkrieges», in dem es um umstrittene Rechte geht, die Sache des Fürsten eine gerechte ist und er zur Wahrung der Interessen seines Volkes geradezu verpflichtet ist, wenn nötig auch zur Gewalt zu greifen.[4] Eine klarere Blaupause für die Eroberung Schlesiens 1740 und die Invasion in Sachsen 1756 kann man kaum verlangen. In den beiden politischen Testamenten (1752 und 1768), die er zur privaten Belehrung seines Nachfolgers verfasste, war er sogar noch offener. In seinem zweiten Testament sprach er mit bemerkenswerter Kaltblütigkeit darüber, wie «nützlich» es für Preussen sei, Sachsen und Polnisch-Preussen (das Territorium, das Ostpreussen von Brandenburg und Hinterpom-

18. Johann Gottlieb Glume, *Friedrich der Grosse vor dem Siebenjährigen Krieg.*

mern trennte) zu absorbieren und damit die Grenzen «abzurunden» und die östliche Provinz des Königreichs verteidigungsfähig zu machen. Hier findet sich kein Bezug auf Dinge wie die Befreiung von Glaubensgenossen oder die Verteidigung alter Rechte, nur ungehemmtes Fantasieren über die Expansion des Staates.[5] Hier kommt Friedrich dem «aussenpolitischen Nihilismus» am nächsten, den ihm ein Historiker vorgeworfen hat.[6]

Friedrich war auch ein fabelhafter und höchst origineller Historiker. Zusammen genommen stellen die *Denkwürdigkeiten zur Geschichte des Hauses Brandenburg* (vollendet im Februar 1748), die *Geschichte meiner Zeit* (vollendet in einem ersten Entwurf 1746), die *Geschichte des Siebenjährigen Krieges* (vollendet 1764) und seine 1775 vollendeten Memoiren zu den Ereignissen in dem Jahrzehnt zwischen dem Frieden von Hubertusburg und der ersten Polnischen Teilung, ungeachtet seiner Neigung zu oberflächlichen Urteilen die erste umfassende historische Darstellung der Entwicklung der preussischen Lande dar.[7] So einnehmend und überzeugend sind Friedrichs historische Notizen und Erinnerungen, dass sie seit ihrem Erscheinen die Wahrnehmung seiner Herrschaftszeit – und die seiner Vorgänger – geprägt haben. Bei Friedrich II. ist die klare Bewusstheit des historischen Wandels, die man in den politischen Testamenten

des Grossen Kurfürsten und Friedrich Wilhelms I. spürt, auf die Ebene der Selbstbewusstheit angehoben. Vielleicht war es das Fehlen einer göttlichen Vorsehung in Friedrichs Universum, was ihn daran hinderte, sich selbst und sein Werk in eine zeitlose Ordnung der Wahrheit und Prophezeiung einzubetten. Während sein Vater Friedrich Wilhelm I. seine Instruktionen für seinen Nachfolger vom Februar 1722 mit dem frommen Wunsch schloss, der «allmechtige Gott durch Jesum Kristum» möge seinem Sohn und seinen Nachfolgern zu «wohlergehen biss ans ende der weldt» verhelfen, verwies Friedrich in der Eröffnung seines politischen Testaments von 1752 auf den ungewissen und flüchtigen Charakter aller historischen Errungenschaften: «Ich weiss, dass im Augenblick des Todes der Mensch und seine Projekte zerstört werden und dass alles im Universum den Gesetzen der Veränderung unterworfen ist.»[8]

Sein gesamtes Leben hindurch bewies Friedrich eine bemerkenswerte Gleichgültigkeit gegenüber den religiösen Konventionen seiner Zeit. Er war entschieden irreligiös: In seinem politischen Testament von 1768 nannte er das Christentum «einen alten metaphysischen Roman, voll von Wundern, Widersprüchen und Absurdität, geboren aus der glühenden Einbildungskraft der Orientalen, der sich auf unser Europa übertragen hat; Enthusiasten haben ihn gepredigt, Ehrgeizige haben vorgegeben, davon überzeugt zu sein, Dumme haben ihn geglaubt»[9]. Auch was Fragen der sexuellen Moral betraf, zeigte er sich ungewöhnlich locker. Voltaire erzählt in seinen Memoiren vom Fall eines Mannes, der wegen sexuellen Verkehrs mit einer Eselin zum Tode verurteilt worden war. Das Urteil wurde von Friedrich persönlich mit der Begründung annulliert, in seinen Landen habe man sowohl die Freiheit des Gewissens wie auch die des Penis.[10] Ob nun wahr oder nicht (Voltaire ist in solchen Dingen nicht immer zu trauen), die Geschichte vermittelt einen authentischen Eindruck des Libertinismus, der in Friedrichs Umgebung vorherrschte. Jules Offray de la Mettrie war ein zeitweiliger Star an Friedrichs Hof und Autor der materialistischen Abhandlung *Der Mensch als Maschine (L'homme machine),* in der er die Meinung vertrat, der Mensch sei nichts als ein Verdauungstrakt mit Schliessmuskeln an beiden Enden. Während seines Aufenthalts in Berlin fand Mettrie die Zeit, zwei weitere Aufsätze zu ausgefallenen Themen zu verfassen: *Die Kunst, Wolllust zu empfinden (L'Art de jouir)* und *Der kleine Mann mit dem grossen Schwanz (Le Petit Homme à longue queue).* Baculard d'Arnaud, ein weiterer von Friedrichs

französischen Gästen, war der Verfasser einer Abhandlung über *l'Art de foutre,* also die Kunst des Fickens. Friedrich selbst soll in einem (leider verschollenen) Gedicht die Freuden des Orgasmus ausgelotet haben.

War Friedrich homosexuell? Ein zeitgenössisches, unter einem Pseudonym in London veröffentlichtes *mémoire secrète* behauptete, der preussische König residiere über einen Hof voller Lustknaben und habe in regelmässigen Abständen am Tag Sex mit Höflingen, Stallburschen und wechselnden Knaben. Der undankbare Voltaire – der einst seine Liebe zu Friedrich in offen erotischen Worten bekundet hatte – unterstellte dem König später in seinen Memoiren, er habe die Angewohnheit gehabt, sich nach dem *Lever* ein Viertelstündchen mit einem ausgewählten Lakai oder «jungen Kadetten» zu verlustieren, wobei, wie er hämisch hinzufügte, «es nicht bis zum Äussersten kam», weil Friedrich nie die schlechte Behandlung durch seinen Vater überwunden habe und deshalb «unfähig war, die Führungsrolle zu spielen»[11]. Deutsche Memoirenschreiber reagierten darauf mit pflichtbewussten Gegenattacken und verwiesen auf die vitale Heterosexualität des jungen Friedrich. Es ist schwer zu beurteilen, welche dieser Sichtweisen der Wahrheit näher kommt. Voltarie schrieb nach seiner Entzweiung mit dem König und mit einem Auge auf die Vorliebe des Pariser Lesepublikums für Schlüpfrigkeiten. Die Geschichten wiederum über frühere «Mätressen» beruhen samt und sonders auf Gerüchten, Klatsch und Hörensagen am Hofe. Unbestritten ist, dass Friedrich als junger Prinz Grumbkow, einem der einflussreichsten Minister am Hof seines Vaters, anvertraute, er fühle sich zu wenig zum weiblichen Geschlecht hingezogen, um sich vorstellen zu können, eine Ehe einzugehen.[12] Die sexuelle Geschichte des Königs zu rekonstruieren ist unmöglich – und unnötig; es könnte durchaus sein, dass er nach seiner Thronbesteigung auf geschlechtlichen Verkehr mit wem auch immer verzichtet hat, und möglicherweise sogar schon davor.[13]

Aber auf jeden Fall hat er darüber gesprochen; die Konversationen im Kreis der Tafelrunde um den König waren gespickt mit homoerotischem Geplänkel. Friedrichs satirisches Gedicht *Das Palladion* (1749), das zur grossen allgemeinen Erheiterung bei den *petit-soupers* des Königs vorgetragen wurde, erging sich in Reflektionen darüber, «den Weg zur Linken» einzuschlagen:

> Und als sie ihre Gelüste nun gestillt/ ... schlugen sie
> Den Weg zur Linken ein, und kosteten verbotne Früchte

und beschrieb eine schauerliche Szene, in der Darget, einer seiner Potsdamer Lieblinge, von einem Haufen lüsterner Jesuiten missbraucht wird.[14]

Das war derber Stoff, nur für Männerohren bestimmt, und in der Tat, einer der charakteristischen Züge von Friedrichs engerem Kreis war der beissend maskuline Ton, der dort vorherrschte. In diesem Sinne war Friedrichs Hof eine Weiterentwicklung des Tabakkollegiums, über das er mit solcher Abscheu während seiner Vaters Herrschaft nachgesonnen hatte. Die Maskulinisierung, die das Hofleben nach 1713 verändert hatte, wurde nicht zurückgedrängt, sondern in mancherlei Hinsicht sogar noch verstärkt. Nur während der Rheinsberger Kronprinzenzeit wurden Frauen in das gesellschaftliche Leben an seinem Hof integriert.

Natürlich gab es in einem solchen Rahmen wenig Raum für eine funktionierende Ehe. Ob die Ehe zwischen Friedrich und Elisabeth Christine von Braunschweig-Bevern je vollzogen wurde, steht nicht fest. Was feststeht, ist, dass Friedrich nach seiner Thronbesteigung den gesellschaftlichen Umgang mit seiner Frau einstellte und sie in eine Grauzone verbannte, in der sie ihre formalen Rechte und Attribute als Königsgattin behielt und – mit einem sehr knappen Budget bedacht – eine eigene, bescheidene Residenz bewohnte, aber nicht ermutigt wurde, Kontakt zum König zu suchen.

Das war ungewöhnlich: Friedrich wählte keine der auf der Hand liegenden Optionen – weder liess er sich scheiden, noch verbannte er sie aus dem Land oder nahm sich eine Mätresse. Stattdessen verdammte er sie zu einer Art Scheintod, in dem sie wenig mehr als ein «Representationsautomat» war.[15] Ab 1745 war sie *persona non grata* in Sanssouci; andere Frauen wurden in die elegante Sommerresidenz des Königs geladen (zumeist zum sonntäglichen Mittagessen), nicht aber Elisabeth Christine. In den 22 Jahren von 1741 bis 1762 kam Friedrich nur zweimal, um mit ihr ihren Geburtstag zu feiern. Obwohl sie weiterhin gemeinsam mit ihm über das präsidierte, was vom Berliner Hof übrig geblieben war, verengte sich der Horizont ihres Lebens nach und nach auf den Perimeter ihrer Niederschönhausener Vorstadtresidenz. In einem Brief, den sie im Jahre 1747 schrieb, sprach sie davon, dass sie «ruhig den Tod erwarten

[kann], wenn Gott es für gut halten wird, mich von dieser Welt zu nehmen, in der ich nichts mehr zu tun habe [...] «[16] Da war sie gerade mal 32 Jahre alt.

Friedrichs Korrespondenz mit ihr fand grösstenteils in einem Tonfall eisiger Formalität statt, und zu Zeiten behandelte er sie mit einem bemerkenswerten Mangel an Gefühl. Am berühmtesten davon dürfte der Satz «Madame sind korpulenter geworden» sein, die unvergessliche Begrüssung bei Tisch, mit der er sie nach Jahren der Trennung 1763 bei seiner Rückkehr aus den Kriegen empfing.[17]

Ob uns all dies in unserer Suche nach dem «wahren Friedrich» weiterbringt, ist eine müssige Frage. Friedrichs Persönlichkeit basierte auf der Zurückweisung von Authentizität als Tugend an sich. Die Vorhaltungen seines Vaters, sich wie ein ehrbarer und tugendhafter Mann zu verhalten, hatte der junge Friedrich mit einer aufgesetzten, geckenhaften Höflichkeit quittiert und war in die Rolle des sarkastischen, simulierenden, moralisch agnostischen Aussenseiters geschlüpft. In einem Brief von 1734 an seinen früheren Tutor, den Hugenotten Duhan de Jandun, verglich er sich mit einem Spiegel, der, dazu verpflichtet, seine Umgebung zu reflektieren, nicht wagt zu sein, wozu die Natur ihn gemacht hat.[18] Die Neigung, sich als Subjekt, als Individuum, aufzulösen, durchzieht seine Schriften wie ein roter Faden. Sie findet sich in dem gezierten Stoizismus seiner Korrespondenz in Kriegszeiten, in seinem Sarkasmus, mit dem er selbst seine engsten Gefährten auf Distanz hielt, und in seiner Neigung, bei der Reflektion über politische Prinzipien die Person des Königs mit der abstrakten Natur des Staates zu verschmelzen. Selbst Friedrichs Arbeitseifer, der immens und unerschöpflich war, lässt sich als Flucht vor der Introversion sehen, die Untätigkeit mit sich bringt. Friedrich riss den Schutzwall, den er gegen das von seinem Vater verhängte grausame Regime errichtete, niemals wieder ein. Er blieb der selbst ernannte Misanthrop, der die Verworfenheit der Menschheit beklagte und am Glück dieses Lebens verzweifelt. Unterdessen fuhr er – mit erstaunlicher Energie – darin fort, sein kulturelles Kapital zu mehren. Endlose Stunden übte und spielte er Flöte, bis ihm die Zähne ausfielen und er seine Embouchure ruiniert hatte. Er las und las immer wieder die römischen Klassiker (auf Französisch), verfeinerte seinen französischen Prosastil, verschlang die neuesten philosophischen Werke und rekrutierte neue Gesprächspartner, um die Freunde zu ersetzen, die gestorben waren oder ihn verraten hatten, indem sie sich eine Frau genommen hatten.

Die drei Schlesischen Kriege

Warum marschierte Friedrich in Schlesien ein und warum ausgerechnet im Dezember 1740? Eine banale Antwort auf diese Frage könnte lauten: Weil er dazu imstande war. Die internationale politische Lage war höchst günstig. In Russland war die politische Exekutive nach dem Tod der Zarin Anna Iwanowna im Oktober 1740 durch einen Machtkampf um die Regentschaft des noch nicht mal drei Monate alten Iwan II. gelähmt. Grossbritannien, wiewohl mit Österreich verbündet, führte seit 1739 Krieg gegen Spanien und würde deshalb wohl kaum intervenieren. Zudem ging Friedrich (zu Recht, wie sich zeigen sollte) davon aus, dass die Franzosen ihm prinzipiell gewogen sein würden. Über die erforderlichen Ressourcen, sein Ziel zu erreichen, verfügte er. Sein Vater hatte ihm eine Armee von 80.000 Mann hinterlassen, allesamt bestens ausgebildet, gut versorgt und ausgerüstet, jedoch im Kampf noch unerfahren. Dazu hatte Friedrich eine gut gefüllte Kriegskasse geerbt: acht Millionen Taler in Gold, in Jutesäcken verpackt in den Kellern des Königspalastes in Berlin verwahrt. Im Gegensatz dazu stand die Habsburger Monarchie nach einer Reihe schwerer Niederlagen im Polnischen Thronfolgekrieg (1733-1738) und im Krieg gegen die Türken (1737-1739) am Rande der Erschöpfung.

Nach dem Tode Karls VI. in diesem Jahr war mit Maria Theresia eine Frau an die Spitze des Hauses Habsburg gerückt. Dies war problematisch, da die Erbfolgeordnung der Habsburger eine weibliche Erbfolge nicht vorsah. Um dieses Problem aus der Welt zu schaffen, hatte Kaiser Karl VI., Vater von drei Töchtern, viel Mühe und Geld darin investiert, im eigenen Land und im Ausland die Zustimmung für die so genannte «Pragmatische Sanktion» zu sichern, ein Hausgesetz, das es der Dynastie erlauben würde, die Regeln zu beugen. Zum Zeitpunkt seines Todes hatten die meisten wichtigen Staaten (einschliesslich Preussens) zwar ihre Zustimmung zur Pragmatischen Sanktion signalisiert, doch war fraglich, ob sie im Zweifelsfall auch dazu stehen würden. Dies galt insbesondere für zwei deutsche Dynastien, die der Sachsen und die der Bayern, die ihre ältesten Söhne 1719 beziehungsweise 1722 mit Nichten des Kaisers verheiratet hatten und später argumentieren sollten, dass diese Verbindungen ihnen nun, da es keinen männlichen Habsburger Thronerben gab, Anspruch auf Teile der Erblande des Monarchen verlieh. In den frühen 1720er Jahren schlossen die Bayern

und Sachsen mehrere Verträge, in denen sie gelobten, gemeinsam auf die Durchsetzung ihrer zweifelhaften Ansprüche hinzuarbeiten. Der Kurfürst von Bayern ging sogar so weit, einen österreichisch-bayerischen Ehevertrag aus dem 16. Jahrhundert zu fälschen, demzufolge der Grossteil der österreichischen Erblande bei Unterbrechung der direkten männlichen Erbfolgelinie an Bayern fallen würde. Es gab also bereits vor 1740 klare Anzeichen dafür, dass es nach dem Tode des Kaisers zu Problemen kommen würde.

Preussen gehörte zu den deutschen Staaten, die die Pragmatische Sanktion ratifiziert hatten, teils um die Verhandlungen über die Auswanderung der Salzburger Protestanten in die östlichen Grenzlande des Königreiches Preussen in den Jahren 1731/32 zu beschleunigen. In der Folgezeit jedoch hatten sich die Beziehungen zwischen Preussen und Österreich beständig verschlechtert. Die Habsburger bereuten schon seit langem ihre Unterstützung der Preussen beim Griff nach der Königskrone im Jahr 1701, und etwa ab dem Jahr 1705, als Joseph I. den Kaiserthron bestieg, verfolgten sie eine Eindämmungspolitik, die darauf abzielte, jegliche weitere Konsolidierung der Hohenzollerndynastie in Deutschland zu verhindern. Preussen und Österreich kämpften im Spanischen Erbfolgekrieg zwar offiziell auf derselben Seite, doch in den Berichten der britischen Gesandten aus Berlin ist die Rede von häufigen Spannungen und Verstimmungen über die unterschiedlichsten Dinge, von der Anerkennung von Titeln über die Entsendung von Koalitionstruppen bis hin zu Verzögerungen bei der Auszahlung von Subsidien.[19] Obwohl Friedrich Wilhelm I., der 1713 auf den Thron kam, so etwas wie ein Reichspatriot war und keinen Wunsch verspürte, den Primat des Kaisers in Frage zu stellen, kam es wiederholt zu Auseinandersetzungen über die Rechte der Protestanten im Reich und heftigem Unmut in Berlin über die Bereitschaft des Kaisers, sich die Beschwerden der Stände aus den hohenzollerischen Territorien vor dem Reichshofrat in Wien anzuhören, so als sei der König in Preussen nichts weiter als ein unbedeutender Potentat im Reich, ein «Prinz von Zipfel-Zerbst», wie Friedrich Wilhelm es formulierte.

Das Fass zum Überlaufen brachte schliesslich die Weigerung des Kaisers, Brandenburgs Anwartschaft auf das niederrheinische Herzogtum Berg zu unterstützen. Friedrich Wilhelms Aussenpolitik war nahezu ausschliesslich auf die Sicherung der Ansprüche auf das Herzogtum ausgerichtet, und der Kaiser hatte im Gegenzug für Berlins Anerkennung der Pragmatischen Sanktion verspro-

chen, Brandenburgs Ansprüche gegenüber anderen Anwärtern in der Region zu unterstützen. 1738 jedoch brach Österreich dieses Versprechen und stellte sich hinter einen Rivalen Brandenburgs. Der darüber zutiefst verbitterte Friedrich Wilhelm soll daraufhin auf seinen Sohn gezeigt und gesagt haben: «Da ist einer, der mich rächen wird.»[20] Die gemeinsame Empörung angesichts des österreichischen «Verrates» trug viel dazu bei, die Kluft zwischen Vater und Sohn in den letzten Jahren der Regierungszeit des Erstgenannten zu überbrücken, und der Geheimvertrag von 1739, in dem Frankreich Brandenburgs «Eigentumsrecht» an dem Herzogtum Berg anerkannte, war ein frühes Anzeichen für die Abwendung Preussens von Österreich und die Hinwendung zu Frankreich, die ein Kennzeichen der ersten Regierungsjahre Friedrichs des Grossen sein sollte. In seiner «Letzten Ansprache» an seinen Sohn, aufgezeichnet am 28. Mai 1740, drei Tage vor seinem Tod, warnte der sterbende König den Kronprinzen, dass man dem Hause Habsburg niemals trauen dürfe und dieses zu allen Zeiten versuchen würde, die Position Brandenburg-Preussens zu verringern: «Von dieser invariablen Maxime», betonte er, «würde man zu Wien nimmer abgehen.»[21]

Warum Schlesien? Die Hohenzollern erhoben Gebietsansprüche auf mehrere Teile der Provinz, zurückgehend auf die Aneignung des hohenzollerischen Lehens Jägerndorf (1621) und der schlesischen Piasten-Fürstentümer Liegnitz, Brieg und Wohlau (1675) seitens der Habsburger, auf welche die Hohenzollern Erbansprüche erhoben. Friedrich gab nicht viel auf diese überkommenen Ansprüche. Die Historiker sind ihm darin im Allgemeinen gefolgt und haben die juristischen Schriften, die zur Untermauerung der schlesischen Ansprüche verfasst wurden, als blossen Vorwand für einen Angriffskrieg interpretiert. Ob sie allerdings in Bausch und Bogen verworfen werden sollten, ist fraglich angesichts der Tatsache, dass die Hohenzollern – und generell alle frühmodernen europäischen Dynastien – ausstehende Erbansprüche höchst selten vergassen.[22] Wichtiger für die Wahl Schlesiens dürfte aber schlicht der Grund gewesen sein, dass es die einzige habsburgische Provinz war, die direkt an Brandenburg grenzte. Weiterhin war sie nur schwach verteidigt – 1740 standen in Schlesien gerade einmal 8‘000 österreichische Soldaten. Die lang gestreckte, daumenförmige Provinz erstreckte sich vom Nordwesten des habsburgischen Böhmens bis an die Südgrenze der Neumark, durchzogen von der Oder, die im Odergebirge entspringt und von dort in nordwestlicher Richtung durch Brandenburg fliesst

und bei Stettin in die Ostsee mündet. Schlesien, das Wien mehr Steuereinnahmen als jedes andere Habsburger Erbland einbrachte, war mit seinem hoch entwickelten Textilgewerbe eines der am stärksten industrialisierten Gebiete des frühmodernen Deutschland, und seine Eroberung würde Preussen eine Produktivkraft verleihen, die ihm bislang abging.

Andererseits gibt es kaum Hinweise darauf, dass ökonomische Faktoren entscheidend für Friedrichs Abwägungen gewesen wären – die Angewohnheit, den Wert von Territorien anhand ihres produktiven Potenzials zu bewerten, hatte sich zu der Zeit noch nicht durchgesetzt. Wichtiger waren strategische Erwägungen, deren primäre wohl die Angst war, die Sachsen, die selbst Ansprüche gegen die Österreicher erhoben, könnten ihrerseits versuchen, Schlesien oder zumindest Teile davon zu übernehmen, sollte der preussische König nicht zuerst handeln. Wie Grossbritannien und Hannover bildeten Sachsen und Polen zu der Zeit eine Personalunion, da Kurfürst Friedrich August II. von Sachsen zugleich König August III. von Polen war. Somit grenzten die sächsischen Territorien auf beiden Seiten an Schlesien, und es erschien höchst wahrscheinlich, dass die Sachsen auf irgendeine Weise versuchen würden, die Lücke zu schliessen. Als Karl VI. am 20. Oktober 1740 starb, boten die Sachsen denn auch Maria Theresia ihre Unterstützung an im Austausch für einen Landkorridor durch Schlesien, der Sachsen und Polen miteinander verbunden hätte. Wäre dieses Vorhaben gelungen, hätte Sachsen ein zusammenhängendes, Brandenburg im Süden und Osten umschliessendes Territorium kontrolliert – und möglicherweise Preussen auf Dauer übertrumpfen können, mit weit reichenden, kaum absehbaren Folgen.

Friedrichs Verhalten um die Zeit des Angriffs auf Schlesien deutet auf eine an Leichtsinn grenzende Spontaneität hin. Er agierte mit atemberaubender Geschwindigkeit. Wie es scheint, fasste er den Entschluss zum Angriff innerhalb einiger weniger Tage – vielleicht sogar an nur einem Tag – nach dem Eintreffen der Nachricht von Karls VI. unerwartetem Ableben.[23] Seine damaligen Verlautbarungen atmeten einen gewissen jugendlichen Männlichkeitswahn und die Sehnsucht nach Anerkennung. «Brechen Sie auf zum Rendezvous mit dem Ruhm!», schloss er seinen Appell an die Offiziere der Berliner Regimenter vor dem Abmarsch nach Schlesien, und in seiner Korrespondenz finden sich immer wieder Verweise auf sein «Rendezvous mit dem Ruhm» und den Wunsch, «mei-

nen Namen in den Zeitungen zu sehen»[24]. Dem müssen wir den persönlichen Groll hinzufügen, den Friedrich gegen das Haus Habsburg seit dessen Verwicklung in die Krise hegte, die in seinem Fluchtversuch im Sommer 1730 gemündet hatte. Friedrich hatte auf ganz direkte und persönliche Weise die untergeordnete Position Brandenburg-Preussens innerhalb des Reiches zu spüren bekommen, und obgleich er sein Leid nach aussen mit Gleichmut kaschierte, zeigte sich seine schwelende Unzufriedenheit mit seinem Los in seiner anfänglichen Weigerung, der – mit österreichischem Segen – arrangierten Ehe mit Elisabeth Christine von Braunschweig-Bevern zuzustimmen. Die Betonung der emotionalen Motivation mag dem Ton von Friedrichs späteren historischen Darstellung zuwiderlaufen, in denen er sich als rein rationaler Vollstrecker eines nüchternen *raison d'état* präsentiert, steht aber in voller Übereinstimmung mit seinen fundamentaleren Überzeugungen hinsichtlich der Antriebskräfte, die dem historischen Wandel zugrunde liegen: «Dies ist das Los der menschlichen Dinge, dass sie von durch Leidenschaften getriebenen Männern gelenkt werden», schrieb er in seiner *Geschichte des Hauses Brandenburg*, «und dass ursprüngliche kindliche *(puériles)* Beweggründe zu den grössten Umwälzungen führen können.»[25]

Ungeachtet des Gewichts der einzelnen Motive, die Friedrich zu der Entscheidung bewegen, der Einmarsch in Schlesien markierte den Auftakt zu einem langen, harten Kampf um die Herrschaft in der neu eroberten Provinz. Die Österreicher starteten im Frühjahr 1741 einen Gegenangriff, der jedoch am 10. April durch einen Sieg der Preussen bei Mollwitz südöstlich von Breslau gestoppt wurde, was der Beginn eines allgemeinen Aufteilungskrieges war, der als der Österreichische Erbfolgekrieg in die Geschichte einging. Bis Ende Mai hatten Frankreich und Spanien im Vertrag von Nymphenburg zugesagt, die Kandidatur des bayerischen Kurfürsten Karl Albrecht für den Kaiserthron und seine zweifelhaften Ansprüche auf die habsburgischen Erblande zu unterstützen (wofür Frankreich und Spanien Belgien beziehungsweise die Lombardei als Lohn versprochen wurde). Dem Nymphenburger Bündnis gehörten schliesslich nicht nur Frankreich, Spanien und Bayern an, sondern auch Sachsen, Savoyen-Piemont und Preussen. Wären die von dieser Koalition geschmiedeten Pläne Wirklichkeit geworden, wären Maria Theresia schlussendlich nur Ungarn und Innerösterreich geblieben. Wie Hyänen sammelten sich die westeuropäischen Staaten um das vermeintliche Opfer und beäugten einander argwöhnisch.

Obwohl das Nymphenburger Bündnis von 1741 Friedrichs Interessen entgegenkam, fiel seine Unterstützung nur halbherzig aus. Weder wollte er Österreich in Stücke geschlagen sehen, noch viel weniger Sachsen oder Bayern auf österreichische Kosten zu mehr Macht verhelfen. Nach dem Frühjahrsfeldzug ging ihm das Geld aus, und er hatte keine Absichten, sich von einer Koalition, deren Ziele er nicht teilte, in weitere Abenteuer hineinziehen zu lassen. Im Sommer 1742 liess Friedrich seine Bündnispartner im Stich und unterzeichnete einen separaten Friedensvertrag mit Österreich. Im Frieden von Breslau und nachfolgend im Berliner Frieden verpflichtete sich Brandenburg-Preussen, im Gegenzug für die Überlassung Schlesiens von weiteren Feldzügen gegen Österreich abzusehen.

In den folgenden 24 Monaten hielt sich Friedrich von den Kampfhandlungen fern, verfolgte die Entwicklungen und beschäftigte sich intensiv mit der Verbesserung der militärischen Schlagkraft. Im August 1744, als sich die Lage wieder zugunsten Österreichs neigte und eine neuerliche Offensive gegen Schlesien wahrscheinlicher wurde, griff er wieder in den Krieg ein und konnte bei Hohenfriedberg (Juni 1745) und Soor (September 1745) zwei eindrucksvolle Siege erringen. Im Dezember 1745, nach einem weiteren preussischen Sieg bei Kesselsdorf, trat Friedrich ein zweites Mal zugunsten eines Separatfriedens mit Österreich aus dem Nymphenburger Bündnis aus. Im Frieden von Dresden verpflichtete er sich erneut zum Rückzug aus dem Krieg im Austausch für die neuerliche Anerkennung seiner Eroberung Schlesiens. Nach dem Triumph in den beiden ersten Schlesischen Kriegen (1740-42 und 1744/45) blieb Preussen für den Rest des Österreichischen Erbfolgekriegs den Kampfhandlungen fern. Mit dem Aachener Frieden, geschlossen im Oktober 1748, endete der Österreichische Erbfolgekrieg und wurde die preussische Herrschaft über Schlesien mit einer von Grossbritannien und Frankreich unterzeichneten internationalen Garantie bestätigt.

Friedrich war ein aussergewöhnlicher Coup gelungen. Zum ersten Mal hatte ein deutsches Fürstenhaus den Primat der Habsburger im Reich erfolgreich herausgefordert und sich auf eine Stufe mit Wien gestellt. Dabei hatte die von Friedrichs Vater aufgebaute Armee eine entscheidende Rolle gespielt. Die preussischen Siege in den ersten beiden Schlesischen Kriegen gründeten vor allem anderen auf der Disziplin und Schlagkraft von Friedrich Wilhelms Infanterie. Bei der Schlacht von Mollwitz (10. April 1741) in Südschlesien beispiels-

weise war den Preussen nach einem Angriff der österreichischen Kavallerie gegen die rechte Flanke der preussischen Kavallerie zunächst die Initiative entglitten. So gross war die Panik und Verwirrung in der preussischen Reiterei, dass Friedrich von seinem erfahrenen Kommandeur Kurt Christoph Graf von Schwerin dazu bewogen wurde, das Schlachtfeld zu verlassen – ein Vorfall, der später von seinen Feinden oft und gerne nacherzählt und ausgeschmückt wurde. In der Zwischenzeit jedoch war die zwischen den beiden Flanken stehende Infanterie, ohne zu wissen, dass der König das Schlachtfeld verlassen hatte, in perfekter Ordnung, oder, wie ein österreichischer Beobachter kommentierte, «wie sich bewegende Mauern», vorgerückt, hatte mit höchster Disziplin ihre Feuerkraft auf die österreichischen Infanterielinien gerichtet und sie in die Flucht geschlagen. Bis zum Abend hatten die Preussen, ungeachtet eigener hoher Verluste, die Kontrolle über das Schlachtfeld errungen.

So wenig dieser Sieg ein Triumph resoluter Führung war, so eindrucksvoll demonstrierte er das Potenzial der von Friedrich Wilhelm I. entwickelten Waffe. Die Schlacht von Chotusitz an der böhmisch-mährischen Grenze (17. Mai 1742) verlief nach einem ähnlichen Muster: Auch hier wurde die preussische Kavallerie frühzeitig von der österreichischen Reiterei geschlagen, bevor die disziplinierte und bewegliche Infanterie auf dem unebenen Gelände vorrückte und die österreichischen Linien von den Flanken her mit konzentriertem Feuer eindeckte und in die Flucht schlug. Friedrichs eher verfehlte Aufstellungen am Vorabend der Schlacht verrieten wenig von dem strategischen Talent, für das er später gefeiert werden sollte. In Hohenfriedberg, der vielleicht wichtigsten Schlacht des Zweiten Schlesischen Krieges, bewies Friedrich einen besseren Überblick über den Fortgang der Ereignisse und eine beeindruckende Fähigkeit, seine Pläne den sich verändernden Bedingungen auf dem Schlachtfeld anzupassen. Auch hier wurden die entscheidenden Attacken von der Infanterie geführt, die drei Reihen tief, Schulter an Schulter, die Bajonette aufgepflanzt, mit neunzig Schritt pro Minute gegen die österreichischen und sächsischen Linien vorrückte und beim Kontakt mit dem Feind auf siebzig verlangsamte – unbarmherzig, unaufhaltsam.[26]

Friedrich hatte die Feindseligkeiten im Dezember 1740 mit einem spontanen und unprovozierten Angriff ausgelöst, und die Historiker des späteren 20. Jahrhunderts, die diese Ereignisse durch die Linse der beiden Weltkriege hindurch

betrachteten, haben Friedrichs Invasion gelegentlich als einen beispiellosen Akt der verbrecherischen Aggression interpretiert.[27] Doch im Kontext der zeitgenössischen Machtpolitik war ein Angriff dieser Art auf das Territorium eines anderen Staates alles andere als aussergewöhnlich – wie der Blick auf die lange Geschichte französischer Angriffe auf Belgien und die westlichen deutschen Staaten, die Besetzung der Halbinsel Gibraltar durch eine englisch-niederländische Truppe während des Spanischen Erbfolgekrieges oder, näher an Berlin, die dreisten Teilungspläne Sachsens und Bayerns zeigt. Ein besonderes Merkmal von Friedrichs Kriegsplanung war seine Fähigkeit, sich auf ein konkretes, begrenztes Ziel zu konzentrieren (in diesem Fall die Eroberung Schlesiens) und sich nicht von Verbündeten oder glücklichen Umständen dazu verleiten zu lassen, um einen höheren Einsatz zu pokern. Diese Eigenschaft ist mit dafür verantwortlich, warum Preussen unter Friedrich weniger Zeit im Krieg stand als jede andere grosse europäische Macht.[28]

Was die Zeitgenossen an Friedrichs schlesischem Abenteuer so faszinierte, war die Kombination aus Geschwindigkeit und Erfolg einerseits und der Ungleichheit der beiden Opponenten andererseits – hier Preussen, ein drittrangiger Akteur im europäischen System, dort Österreich, die dominante Macht des Heiligen Römischen Reiches und etabliertes Mitglied im Verein der Grossmächte. Der preussische Erfolg wirkte umso erstaunlicher vor dem Hintergrund der Geschicke Sachsens und Bayerns. Die Bayern erlitten mehrere Niederlagen, woraufhin Kurfürst Karl Albrecht Zuflucht ausserhalb seines Landes suchen musste. Kaum besser erging es den Sachsen; nachdem sie erkannt hatten, dass sie durch das Nymphenburger Bündnis nichts gewinnen konnten, schlugen sie sich 1743 gerade noch rechtzeitig auf die Seite der Österreicher, um mit ihnen zusammen bei Hohenfriedberg von den Preussen geschlagen zu werden. Vor dieser wenig beeindruckenden Bilanz trat der preussische Erfolg umso stärker hervor. 1740 war Preussen nur einer – und sicherlich nicht der reichste – von mehreren deutschen Territorialstaaten gewesen, die das Potenzial hatten, ihren Status innerhalb des Heiligen Römischen Reichs auszubauen. Acht Jahre später, 1748, war Preussen vorbeigezogen und hatte seine schärfsten deutschen Rivalen hinter sich gelassen.

Allerdings war es keineswegs ausgemacht, dass Friedrich seine Beute auf Dauer würde halten können. Die Eroberung Schlesiens hatte eine neue und potenziell überaus gefährliche Situation geschaffen. Die Österreicher, die keines-

wegs bereit waren, sich mit dem Verlust der reichsten Provinz ihrer Monarchie abzufinden, verweigerten anfangs die Unterschrift unter den Aachener Friedensvertrag, da dieser die preussische Annektierung der gestohlenen Provinz festschrieb. Das Leitmotiv der Habsburger Politik lautete nun, eine antipreussische Koalition zu schmieden, mächtig genug, Friedrich Schlesien wieder zu entreissen und Preussen in die Riege der untergeordneten deutschen Territorialmächte zurückzustossen. Auf Russland konnte Wien dabei bereits zählen: Beunruhigt über den unerwarteten militärischen Erfolg Preussens, betrachteten Zarin Elisabeth und ihr zu der Zeit massgeblicher Minister, Grosskanzler Alexei Petrowitsch Bestuschew, Brandenburg-Preussen inzwischen als Rivalen im Kampf um die Vorherrschaft im östlichen Baltikum und mögliches Hindernis für die russische Westexpansion. 1746 schlossen die Russen einen Bündnisvertrag mit Wien, der in einer Geheimklausel die Teilung der Hohenzollernmonarchie vorsah.[29]

Die Fixierung der Habsburger auf Schlesien war so stark, dass sie zu einer grundlegenden Neuausrichtung der österreichischen Aussenpolitik führte. Im Frühjahr 1749 berief Maria Theresia die Geheime Konferenz zu einer Debatte über die Folgen des schlesischen Desasters ein. Zugegen bei dem Treffen war ein brillanter junger Minister, der 38 Jahre alte Wenzel Anton Graf von Kaunitz, der sich für eine fundamentale politische Neuausrichtung einsetzte. Österreichs traditioneller Verbündeter war Grossbritannien, sein traditioneller Feind Frankreich. Ein nüchterner Blick auf die Geschichte des Bündnisses mit den Briten aber, so Kaunitz, zeige, dass die Habsburger Monarchie davon bislang kaum Nutzen gehabt habe. Noch im Vorjahr, fuhr er fort, hätten die Briten bei der Verhandlungen in Aachen eine schändliche Rolle gespielt und Österreich dazu gedrängt, den Gebietsverlust als irreversibel zu akzeptieren und die preussische Hoheit über Schlesien anzuerkennen. Die Ursache des Problems bestand laut Kaunitz in der Tatsache, dass die geopolitischen Interessen einer Seemacht wie Grossbritannien und die einer Kontinentalmacht wie Österreich objektiv gesehen zu stark differierten, um als Basis einer Allianz zu dienen. Die Interessen der Monarchie erforderten es demnach, dass Österreich seinen unzuverlässigen britischen Verbündeten verliess und um die Freundschaft Frankreichs warb.

Das war unter den gegebenen Umständen eine radikale Position, nicht nur weil sie einen Wandel der traditionellen Bündnisstruktur bedeutete, sondern auch, weil sie auf einer neuen Art des Denkens gründete, die nicht mehr in Be-

griffen von dynastischer Autorität und Tradition gefasst war, sondern von den «natürlichen Interessen» eines Staates ausging. Wobei diese Interessen definiert wurden durch die geopolitische Lage des Staates sowie die unmittelbaren Sicherheitserfordernisse seines Territoriums.[30] Kaunitz war der einzige Teilnehmer der Debatte der Geheimen Konferenz von 1749, der diese Position verfocht. Obwohl die anderen Minister, ausnahmslos älter als er, vor seinen extremen Schlussfolgerungen zurückschreckten, schloss sich Maria Theresia seiner Sichtweise an und schickte ihn mit dem Auftrag, die Möglichkeiten für eine Allianz mit den Franzosen auszuloten, als Botschafter an den Hof von Versailles. 1753 wurde Kaunitz dann zum Staatskanzler ernannt und damit zum Verantwortlichen für die Aussenpolitik der Habsburger Monarchie. Der schlesische Schock hatte den traditionellen Bündnisrahmen gesprengt, in den die habsburgische Aussenpolitik eingebettet war.

Verantwortlich für den folgenden Siebenjährigen Krieg (1756-1763) war, dass Österreich und Russland in den sich zuspitzenden globalen Konflikt zwischen Frankreich und Grossbritannien hineingezogen wurden. 1754/55 war es in den feuchten Tiefebenen im Tal des Ohio River zu wiederholten Gefechten zwischen britischen und französischen Kolonialtruppen gekommen. Während sich zwischen London und Paris ein neuer Krieg anbahnte, wollte der britische König Georg II. das mit Frankreich verbündete Preussen davon abhalten, über das Kurfürstentum Hannover herzufallen, das deutsche Heimatland des Königs. So, wie die Franzosen die Schweden in den frühen 1760er Jahren dazu benutzt hatten, die Brandenburger in Pommern unter Druck zu setzen, so boten die Briten nun der Zarin an, die Stationierung russischer Truppen und Schiffe entlang den Grenzen zu Ostpreussen zu finanzieren. Die Einzelheiten wurden in der im September 1755 beschlossenen (aber noch nicht ratifizierten) Konvention von St. Petersburg niedergelegt.

Friedrich der Grosse war über diese Bedrohung an seiner Ostgrenze zutiefst beunruhigt – er war sich der russischen Gelüste auf Ostpreussen deutlich bewusst und neigte stets dazu, die Schlagkraft der Russen zu überschätzen. Um den Druck auf seine Ostgrenze zu reduzieren, schloss er am 16. Januar 1756 ein eigenartig offen gehaltenes Abkommen mit Grossbritannien, die so genannte Westminster-Konvention. Die Briten verpflichteten sich, ihr Angebot, Russland mit Subsidien zu unterstützen, zurückzuziehen, und beide Staaten vereinbarten ein gemeinsames militärisches Vorgehen, sollte Frankreich Hannover angrei-

fen. Friedrich hatte in diesem Fall voreilig und unklug gehandelt und noch nicht einmal seine französischen Verbündeten konsultiert, obwohl er hätte wissen müssen, dass dieser überraschende Pakt mit Frankreichs traditionellem Feind den Versailler Hof in Rage versetzen und ihn den Habsburgern in die Arme treiben würde. Friedrichs panikartige Handlung vom Januar 1756 legte die Schwächen eines Entscheidungssystems bloss, das einzig und allein von den Stimmungen und Wahrnehmungen eines einzigen Mannes abhängig war.

Die preussische Position verschlechterte sich nun rapide. Der französischen Hof reagierte wütend auf die Westminster-Konvention und Ludwig XV. antwortete darauf mit der Annahme des österreichischen Angebots eines Defensivvertrags (der erste Versailler Vertrag), in dem sich beide Seiten verpflichteten, im Angriffsfall auf das andere Land 24.000 Soldaten abzustellen. Der Widerruf des Subsidienangebots durch die Briten wiederum erboste Zarin Elisabeth, die sich daraufhin im April 1756 der antipreussischen Koalition anschloss. Im Laufe der nächsten Monate waren die Russen die treibende Kraft in Richtung Krieg. Während Maria Theresia darauf achtete, ihre Vorbereitungen auf vergleichsweise unverdächtige Massnahmen zu beschränken, versuchten sie erst gar nicht, ihre militärischen Vorbereitungen zu verschleiern. Friedrich sah sich nun von drei mächtigen Feinden umzingelt, deren gemeinsame Offensive er für das Frühjahr 1757 erwartete. Sein Argwohn wurde noch verstärkt durch die verdächtig zweideutige Antwort Maria Theresias auf seine Aufforderung, ihm ausdrücklich zu versichern, weder gegen ihn zu intrigieren noch die Absicht zu hegen, Preussen anzugreifen. Also beschloss Friedrich, nicht darauf zu warten, bis seine Feinde die Initiative ergriffen, sondern selbst den ersten Schlag zu führen. Am 29. August 1756 fielen preussische Truppen im Kurfürstentum Sachsen ein.

Das war ein weiterer vollkommen unerwarteter Streich, und auch hier hatte der König allein die Entscheidung gefällt. Zu einem gewissen Mass beruhte der Überfall auf Sachsen auf einem falschen Verständnis der sächsischen Politik. Friedrich war überzeugt, Sachsen habe sich der gegen ihn gerichteten Koalition angeschlossen und liess sogar seine Offiziere die sächsischen Regierungsakten (vergebens) nach einem schriftlichen Beweis für seine Vermutung durchsuchen. Gleichzeitig diente sein Präventivschlag aber auch allgemeineren strategischen Zielen. In seinem *Antimachiavell*, veröffentlicht kurz nach seiner Thronbesteigung, hatte Friedrich drei Arten des ethisch zulässigen Krieges unterschieden:

den Abwehrkrieg, den Krieg zur Durchsetzung eines Rechtes und den «Krieg als Vorsichtsmassnahme», sprich, eine Situation, in der der Fürst feststellt, dass seine Feinde einen Angriff vorbereiten und er einen Präventivschlag führt, um nicht den Vorteil zu verlieren, die Feindseligkeiten zu seinen eigenen Bedingungen zu eröffnen.[31] Der Überfall auf Sachsen fiel eindeutig unter die dritte Kategorie. Er erlaubte es Friedrich, den Krieg zu beginnen, bevor seine Feinde ihre Streitmacht auf volle Stärke gebracht hatten, und verschaffte ihm die Kontrolle über ein strategisch wichtiges Gebiet, das – nur 80 Kilometer von Berlin entfernt – andernfalls wohl unweigerlich als Aufmarschgebiet seiner Feinde gedient hätte. Darüber hinaus war Sachsen von beträchtlichem ökonomischem Wert; die Provinz wurde während des Krieges gnadenlos ausgebeutet und kam am Ende für über ein Drittel der gesamten preussischen Militärausgaben auf, auch wenn man sich schwer damit tut zu beurteilen, welches Gewicht die Frage der Finanzen und anderer Ressourcen in Friedrichs Kalkulationen spielte.

Rein strategisch betrachtet ergab der Überfall auf Sachsen vielleicht Sinn, aber was die politischen Folgen anging, geriet die Sache zu einem absoluten Desaster und verlieh der antipreussischen Koalition den Schwung selbstgerechter Empörung. Für die Russen hatte das Bündnis bereits vorher offensiven Charakter, nicht aber für die Franzosen. Frankreich wäre womöglich neutral geblieben, hätte Friedrich nur auf Zeit gespielt und abgewartet, bis er Opfer eines unprovozierten Angriffs der Österreicher oder Russen geworden wäre. Stattdessen schlossen nun Frankreich und Österreich am 1. Mai 1757 den zweiten Versailler Vertrag mit einem eindeutig offensiven Charakter, da Frankreich zusagte, bis zur vollständigen Rückeroberung Schlesiens ein Kontingent von 129.000 Mann und jährlich zwölf Millionen Livres bereitzustellen (im Austausch dafür sollte Frankreich die österreichischen Niederlande erhalten). Die Russen, die das polnische Kurland annektieren und im Gegenzug das russisch kontrollierte Polen mit Ostpreussen entschädigen wollten, schlossen sich dem Offensivbündnis mit weiteren 80.000 Soldaten an. Die Gebiete des Heiligen Römischen Reiches stellten eine Reichsarmee mit 40.000 Mann auf, und sogar die Schweden schickten in der Hoffnung, einen Teil oder ganz Pommern zurückzubekommen, Soldaten.

Mit anderen Worten: In diesem Krieg ging es nicht nur um Schlesien. Dies war ein Krieg um das Schicksal Preussens. Hätten die Bündnispartner ihre Ziele

erreicht, das Königreich Preussen hätte aufgehört zu existieren. Ohne Schlesien, Pommern und Ostpreussen sowie die kleinen Territorien, auf die diverse Herrscher innerhalb des Reiches Ansprüche erhoben, wäre der Flickenstaat der Hohenzollern auf das zurechtgestutzt worden, was er einmal gewesen war: ein norddeutsches Kurfürstentum ohne Zugang zum Meer. Genau das war das Ziel der Österreicher gewesen, das Kaunitz kurz und knapp folgendermassen formuliert hatte: *«La réduction de la Maison de Brandebourg à son état primitif de petite puissance très secondaire»* [32]

Dass Friedrich sich gegen eine dermassen überlegene Streitmacht behaupten konnte, erschien seinen Zeitgenossen wie ein Wunder und kommt auch uns heute noch bemerkenswert vor. Wie lässt sich das erklären? Die Preussen verfügten unbestreitbar über gewisse geografische Vorteile. Dank der Besetzung Sachsens konnte Friedrich von einer – abgesehen natürlich von Ostpreussen und den westfälischen Fürstentümern – zusammenhängenden territorialen Basis aus operieren. An der schlesischen Südgrenze schützte ihn der Gebirgszug der Sudeten, seine westliche Flanke wurde von der von London finanzierten Beobachtungsarmee in Hannover gedeckt, was eine Zeit lang ausreichte, die Franzosen im Westen in Schach zu halten. In den vier Jahren von 1758 bis 1761 erhielt Preussen von Grossbritannien überaus ansehnliche jährliche Subsidien in Höhe von 670.000 Pfund (3.350.000 Taler), eine Summe, die rund ein Fünftel der preussischen Kriegsausgaben deckte. Zudem hatte Friedrich (der schon frühzeitig beschloss, weder Ostpreussen noch die westfälischen Gebiete zu verteidigen) den Vorteil, seine Truppen entlang innerer Verteidigungslinien verschieben zu können, während seine Gegner mit Ausnahme Österreichs weit entfernt der Heimat operieren mussten. Den entlang der Peripherie des Hauptkampfgebietes verstreut stehenden Alliierten fiel es schwer, ihre Bewegungen effektiv zu koordinieren.

Hinzu kam, wie in praktisch allen Fällen, in denen Koalitionen Krieg führen, das Problem unterschiedlicher Motivationen und mangelnden Vertrauens. Die Besessenheit, mit der Maria Theresia die Vernichtung des preussischen «Monsters» verfolgte, wurde von den meisten anderen Alliierten, die begrenztere Ziele verfolgten, nicht geteilt. Frankreichs Augenmerk galt primär dem atlantischen Konflikt, und nach der vernichtenden Niederlage bei Rossbach am 5. November 1757 erkaltete das französische Interesse an dem Krieg gegen Preussen rasch.

In einem neu ausgehandelten dritten Versailler Vertrag, der im März 1759 unterzeichnet wurde, reduzierten die Franzosen ihr militärisches und finanzielles Engagement für die Koalition. Die Schweden und die in der Reichsarmee versammelten deutschen Territorien wiederum waren auf leichte Beute aus und wenig geneigt, sich auf einen auszehrenden Abnutzungskrieg einzulassen. Die stärkste Verbindung innerhalb der Koalition war das österreichisch-russische Bündnis, doch selbst das war vor Problemen nicht gefeit. Keiner von beiden wollte, dass die andere Seite überproportional Nutzen aus dem Konflikt zog, und zumindest in einem entscheidenden Fall führte dieses Misstrauen dazu, dass die Österreicher zögerten, mit eigenen Truppen einen von den Russen errungenen Sieg zu konsolidieren.

Diese Faktoren sollten jedoch nicht zu der Annahme verleiten, der Sieg Preussens sei in irgendeiner Weise vorherbestimmt gewesen. Der Dritte Schlesische Krieg zog sich eben deshalb über einen Zeitraum von sieben Jahren hin, weil die Lage keine rasche militärische Lösung zuliess. Es gab keine ununterbrochene Reihe preussischer Siege auf dem Schlachtfeld. Der Krieg wurde erbittert geführt, und für Preussen bedeutete ein Sieg nur, dass man überlebt hatte, um weiterkämpfen zu können. Viele der preussischen Siege waren knappe Angelegenheiten, forderten hohe Verluste und waren nicht entscheidend genug, die Machtbalance endgültig zugunsten Preussens zu kippen. Bei der Schlacht bei Lobositz am 1. Oktober 1756 etwa konnte Friedrichs Armee zwar unter hohen Verlusten die taktische Kontrolle über das Schlachtfeld erringen, doch die Hauptstreitmacht der österreichischen Armee blieb unversehrt. Mehr oder weniger dasselbe lässt sich über die Schlacht bei Liegnitz (15. August 1760) gegen die Österreicher sagen; Friedrich, der die Feindpositionen genau bestimmen konnte, griff unverzüglich eine der beiden österreichischen Armeen an und schaltete sie aus, bevor die andere Armee wirksam in das Geschehen eingreifen konnte. So erfolgreich dieser Angriff war, die österreichischen Kräfte in dem Gebiet blieben dennoch weitgehend intakt.

Bei einer ganzen Reihe von Schlachten bewies Friedrich seine Intelligenz und Originalität als Feldherr. Der eindruckvollste Einzelsieg gelang ihm in der Schlacht bei Rossbach am 5. November 1757, bei der die Preussen einer doppelt so grossen Streitmacht aus Franzosen und Reichsarmee gegenüberstanden. Als die Franzosen und die Reichsarmee vorrückten und versuchten, die preussischen Positionen auf der linken Flanke zu umfassen, gruppierte Friedrich seine

Truppen mit beeindruckender Geschwindigkeit um, liess seine Kavallerie die berittenen Regimenter an der Spitze des alliierten Vorstosses attackieren und positionierte seine Infanterie in einer tödlichen Scherenformation, von der aus sie die französischen und kaiserlichen Reihen unter schweres Feuer nehmen und angreifen konnten. Am Ende der Schlacht beliefen sich die preussischen Verluste auf 500 Mann, die des Feindes auf 10.000.

Eine der zentralen Eigenschaften von Friedrichs Kriegskunst war die Bevorzugung schiefer gegenüber frontaler Gefechtsordnungen. Statt seine Truppen in einer parallelen Gefechtslinie aufzustellen, versuchte Friedrich wenn möglich seine Angriffslinien so zu versetzen, dass der eine Flügel – häufig mit Unterstützung der Kavallerie – in die feindlichen Linien vorstiess, bevor der andere in Feindkontakt kam. Der Gedanke dahinter war, den Feind entlang seinen eigenen Linien quasi aufzurollen, statt frontal von einer Linie aus zu attackieren. Diese Manöverstrategie erforderte eine aussergewöhnlich gut ausgebildete und disziplinierte Infanterie, insbesondere in unebenem Gelände. Bei mehreren Schlachten funktionierte die preussische Taktik, mit komplizierten Infanterieaufstellungen von der Flanke her anzugreifen, mit verheerender Effizienz. Bei Prag etwa (6. Mai 1757), wo sich preussische und österreichische Truppen von ungefähr gleicher Stärke gegenüberstanden, gelang es Friedrich, seine Einheiten um die rechte Flanke der Österreicher herumzuführen. Als die Österreicher daraufhin hastig umgruppierten, um den Vorstoss abzufangen, entdeckten preussische Feldkommandeure ein Lücke im «Scharnier» zwischen den alten und den neuen österreichischen Stellungen, stiessen in diese Lücke hinein und zersprengten die österreichische Armee. Das klassische Beispiel der schiefen Gefechtsordnung in Aktion war die Schlacht von Leuthen am 5. Dezember 1757, bei der Friedrich einer fast doppelt so grossen Übermacht gegenüberstand: Mit einer Scheinattacke täuschten die Preussen einen Frontalangriff vor, während die Hauptstreitmacht ihrer Infanterie nach Süden marschierte und den österreichischen linken Flügel angriff. Bei dieser grossartig geplanten Militäroperation wurden die «sich bewegenden Mauern» der preussischen Infanterie vom koordinierten Artilleriefeuer der preussischen Kanonen flankiert, die entlang der Angriffslinie von Feuerstellung zu Feuerstellung verschoben wurden.

Doch dieselben Taktiken konnten auch versagen, wenn der Feind vorbereitet war, sie nicht durch ausreichend Truppen unterstützt wurden oder sie auf einem

19. Schlacht bei Kunersdorf, 12. August 1759. Zeitgenössischer Stich.

fehlerhaften Verständnis der Lage auf dem Feld basierten. Bei der Schlacht von Kolin am 18. Juni 1757 beispielsweise versuchte Friedrich wie üblich die österreichische rechte Flanke zu umgehen und den Feind vom Flügel her aufzurollen, musste aber feststellen, dass die Österreicher in Erwartung eben dieser Taktik ihre Linien entlang seiner Vormarschroute aufgestellt hatten. Das verleitete die Preussen zu einem verheerenden Frontalangriff auf die gut gesicherten und von überlegenen Truppen besetzten Höhenstellungen – am Ende hatten die besiegten Preussen 14.000 Mann Verluste gegenüber 9‘000 Mann bei den Österreichern.[33]

In der Schlacht von Zorndorf (25. August 1758) gegen die Russen legte Friedrich die russische Aufstellung völlig falsch aus, und als die Preussen von Norden her den rechten russischen Flügel aufrollen wollten, mussten sie feststellen, dass der Feind ihnen frontal gegenüberstand; die anschliessende Schlacht war blutig und die Verluste überaus hoch – die Preussen verloren 13.000, die Russen 18.000 Mann. Noch heute ist man sich uneins, ob man Zorndorf als einen preussischen Sieg, eine Niederlage oder schlicht ein teuer erkämpftes Patt interpretieren soll. Auch beim nächsten Aufeinandertreffen Friedrichs mit den Russen

ging seine Taktik nicht wie geplant auf. Die Schlacht bei Kunersdorf fing vielversprechend mit preussischem Artillerie- und Infanteriebeschuss des russischen rechten Flügels an, nahm aber eine verheerende Wendung zum Schlechten, als es den Russen gelang, eine solide lokale Front gegen den preussischen Vorstoss aufzubauen und die preussische Infanterie ihrerseits in eine enge Niederung geriet, wo sie dem Feuer der russischen Kanonen ausgesetzt war. Auch hier liess Friedrichs Interpretation des möglichen Schlachtverlaufs zu wünschen übrig; die Unebenheit des Terrains erschwerte die Aufklärung durch die Kavallerie, und Friedrich scheint die schlechte Qualität seiner Gefechtsaufklärung nicht ausreichend berücksichtigt zu haben. Die preussischen Verluste waren haarsträubend: Friedrich verlor 19.000 Soldaten, davon kamen 6000 bei den Kämpfen ums Leben.

Friedrich war demnach als Militärkommandeur keineswegs unfehlbar. Von den 16 Schlachten, die er im Siebenjährigen Krieg schlug, gewann er nur acht (selbst wenn wir im Zweifelsfall zu seinen Gunsten entscheiden und Zorndorf als Sieg werten).[34] Dennoch war er seinen Gegnern in den meisten Fällen überlegen. Die politische Isolation Preussens stellte auch einen gewissen Vorteil dar – Friedrich hatte keine Verbündeten, die er konsultieren musste. Im Vergleich mit Russland, Frankreich und Österreich war der militärische Entscheidungsprozess von grösster Einfachheit, da der Oberkommandierende im Feld zugleich der König und der Aussenminister war. Weitschweifige Diskussionen der Art, wie sie die Reaktionsfähigkeit der Habsburger Monarchie bremsten, erübrigten sich, ein Vorteil, der durch die persönlichen Eigenschaften des Königs – Unermüdlichkeit, Talent und Wagemut – und seine Bereitschaft, Fehler (auch von ihm begangene) einzugestehen, noch verstärkt wurde. Betrachtet man den Verlauf des Dritten Schlesischen Krieges als Ganzes, überrascht es, wie oft es Friedrich gelang, seine Feinde in die taktische Defensive zu zwingen, und wie oft er es war, der die Bedingungen diktierte, unter denen es zu einer Schlacht kam. Zum Teil verantwortlich dafür war die, wie heute weithin anerkannt wird, Überlegenheit des preussischen militärischen Drills, der die Mauern aus blauen Uniformröcken in die Lage versetzte, sich nach Belieben zu drehen und zu wenden, als hingen sie an unsichtbaren Fäden, und sich doppelt so schnell umzugruppieren wie die meisten anderen europäischen Armeen jener Zeit.[35] Ergänzt wurde das Ganze durch Friedrichs Befähigung, auch in Krisen-

20. Porträt Friedrichs des Grossen
von Johann Heinrich Christoph Franke (Kopie).

situationen einen kühlen Kopf zu bewahren. Nirgendwo wurde das offenkundiger als nach der schweren Niederlage von Hochkirch (14. Oktober 1758), als der König, über und über beschmiert mit dem Blut seines Pferdes, das unter ihm von einer Musketenkugel getroffen worden war, unter Feindbeschuss einen geordneten und erfolgreichen Rückzug vom Schlachtfeld in eine sichere Verteidigungsstellung befehligte und dadurch einen vollständigen österreichischen Sieg verhinderte.

Friedrichs Fähigkeit, sich von Niederlagen zu erholen und seinen Feinden weiterhin schmerzhafte Schläge zuzufügen, reichte allein zwar nicht aus, den Krieg zu gewinnen, genügte aber, Preussen so lange über Wasser zu halten, bis das alliierte Bündnis auseinanderbrach. Als die Nachricht kam, dass Zarin Elisabeth im Sterben lag, war klar, dass die Tage Russlands in der Koalition gezählt waren. Nach ihrem Tod am 5. Januar 1762 bestieg mit Grossfürst Peter ein Bewunderer Friedrichs den Zarenthron, und der neue Zar verlor keine Zeit, zunächst einen Friedensvertrag und später ein Bündnis mit dem preussischen König auszuhandeln. Doch Peter III. überlebte nicht einmal ein Jahr – im Juli 1762 wurde er von seiner Frau, Katharina II., vom Thron gestossen und wenige Tage später von einem ihrer Liebhaber ermordet. Zwar zog Katharina das Bündnisangebot wieder zurück, verzichtete aber darauf, den russischösterreichischen Pakt zu erneuern. Die Schweden, die ohne russische Hilfe kaum Chancen sahen, ihre Ziele in Pommern durchzusetzen, traten wenig später aus dem Bündnis aus. Nach einer Reihe schwerer Niederlagen in Indien und Kanada verloren auch die Franzosen das Interesse an der Fortführung eines Krieges, dessen Ziele nun eigenartig irrelevant erschienen. Nachdem Frankreich im Vertrag von Paris (10. Februar 1763) Frieden mit Grossbritannien geschlossen hatte, stand Österreich allein auf weiter Flur und mit erschöpften Finanzen da. Auf dem nach sieben Jahren erbitterter Kämpfe und gewaltiger finanzieller und menschlicher Opfer am 15. Februar 1763 geschlossenen Frieden von Hubertusburg bestätigte Maria Theresia den *status quo ante bellum.* Im Gegenzug sagte Friedrich ihrem Sohn, dem künftigen Joseph. II, die brandenburgische Kurstimme bei der nächsten Kaiserwahl zu.

Wir neigen, wenn wir an die europäischen Kriege Mitte des 18. Jahrhunderts denken, dazu, sie uns als Diagramme mit Rechtecken und weit ausholenden Pfeilen vorzustellen, oder als dicht gepackte Reihen bunt bemalter Soldaten auf dem grünen Filz der Tische der Kriegsstrategen. Wer sich auf Dinge wie «bewegliche Mauern», «schiefe Schlachtordnung» und das «Aufrollen» feindlicher

Flanken konzentriert, vergisst leicht den Schrecken und die Verwirrung, die auf den meisten Schlachtfeldern herrschten, sobald der eigentliche Kampflosbrach. Die Truppen, die an einer ungeschützten Front oder Flanke standen, mussten ihre Formation und Disziplin aufrechterhalten, während Musketen-, Kartätschen-, und Kanonenkugeln die in dicht gepackten Reihen stehenden Soldaten niedermähten. Gelegenheiten für wagemutige Einzelaktionen oder Attacken fanden sich nur selten – vielmehr ging es darum, dem übermächtigen Drang zu fliehen oder Deckung zu suchen standzuhalten. Offiziere standen in besonders exponierten Stellungen, und man erwartete von ihnen, voreinander und vor ihren Männern absolute Gelassenheit zu demonstrieren. Dies war keine Frage allein der Tapferkeit oder des Todesmutes des Einzelnen, sondern auch des kollektiven Ethos eines im Entstehen begriffenen Militäradels.

Ernst von Barsewisch, Sohn eines mässig wohlhabenden Junkers aus der Altmark, war an der Berliner Kadettenanstalt ausgebildet worden und hatte später in vielen Schlachten des Siebenjährigen Krieges gedient. Seine auf Tagebucheintragungen während der Feldzüge basierenden Memoiren geben die Mischung aus stoischem Fatalismus und schuljungenhafter Kameraderie wieder, die sich mitunter bei Offizieren im Feld beobachten lässt. Bei der Schlacht von Hochkirch am 14. Oktober 1758 stand Barsewisch in der Nähe des Königs, als ihr Flügel von den Österreichern angegriffen wurde. Ein dichter Musketenkugelhagel prasselte auf sie nieder. Direkt neben dem König erlitt ein Major von Haugwitz einen Armdurchschuss, kurz darauf bohrte sich eine Kugel in den Hals des Pferdes, auf dem der König sass. Unweit der Stelle, an der Barsewisch stand, wurde Feldmarschall Keith (einer der Favoriten des Königs) von einer Kartätsche aus dem Sattel gerissen und war sofort tot. Der nächste Kommandeur, der fiel, war Wilhelm von Braunschweig, Brigadier in Barsewischs Regiment, der von einer Musketenkugel aus dem Sattel gestreckt wurde. Sein Pferd, ein makelloser weisser Hengst, geriet in Panik und galoppierte nahezu eine halbe Stunde reiterlos zwischen den Linien umher. Um nicht die Nerven zu verlieren, zogen sich Barsewisch und die anderen jungen Adeligen in seiner Gesellschaft mit Neckereien gegenseitig auf:

«Ich vor meinen Theil hatte die Ehre zu Anfang des Treffens, dass mir nahe über dem Kopfe forne durch der Spitze des Huthes ein Flinten Kugel drang und nicht lange darauff eine zweite durch die grosse Krempe der linken Seite des Huthes, der Art, dass mir dieser vom Kopfe fiel. Ich sagte zu die von Hertzberg,

so nicht weit von mir standen: ‚Meine Herren soll ich den Huth wieder aufsetzen, den die Kayserlichen so gerne haben wollen?' ‚Ja freilich – sagten sie – der Huth macht Dir Ehren. Der älteste von Hertzberg nahm seine Schnupftabaksdose in der Hand und sagte, ‚Meine Herren, nehmen Sie eine Prise Contenances Ich trat also herzu, nahm eine Priese und sagte: – ‚Ja – hier haben wir Contenance nöthig'. Der von Unruh folgte mir und der Bruder des von Hertzberg, der Jüngste, nahm die letzte Priese. So wie der älteste von Hertzberg seine Priese aus der Dose genommen hatte und solche nach der Nase führete, so kam eine Mosqueten Kugel und fuhr ihm gerade oben in die Stirn. Ich stand dicht bei ihm, sah ihn an – er schrie laut: ‚Herr Jesu' drehte sich um und fiel todt zu Erde.»[36]

Diese Bereitschaft zur kollektiven Opferung ihrer jungen Männer – allein drei Hertzberg-Brüder standen in einem Abschnitt der preussischen Linie! – war es, durch die sich der Junkeradel seine Sonderstellung im friderizianischen Staat verdiente.

Die grosse Mehrheit der Augenzeugenberichte von den Schlachtfeldern stammt zwar aus der Feder von Offizieren, die meisten von ihnen adeliger Herkunft, doch das sollte nicht dazu verführen, die gewaltigen Opfer zu vergessen, die die einfacheren Soldaten im Kampf brachten. Auf jeden Offizier, der bei der Schlacht bei Lobositz am 1. Oktober 1756 starb, kamen 80 getötete einfache Soldaten. In einem Brief an seine Familie berichtete der Kavalleriesoldat Nikolaus Binn aus Erxleben nahe Osterburg in der Altmark, dass zwölf Männer aus seinem Heimatkreis gefallen seien, darunter ein Andreas Garlip und ein Nicolaus Garlip, die Brüder oder Vetter gewesen sein müssen, bevor er beruhigend hinzufügte, dass «alle Lanssleute so nicht benant sind als doot die sint wieder gesunt».[37] Am 6. Oktober, fünf Tage nach der Schlacht, beschrieb Franz Reiss, ein Soldat im Regiment Hülsen, seine Ankunft auf dem Schlachtfeld. Er und seine Kameraden hatten kaum eine Linie gebildet, als sie auch schon unter schweres österreichisches Feuer gerieten:

«Also hebet sich nun die Bataille morgens um 6 Uhr an und wehret in einem Donnern und Feuern weg bis Nachmittags um 4 Uhr, da ich in solcher Gefahr gestanden, dass ich Gott nicht genugsam für meine Gesundheit danken kann.

Mit den ersten Kanonenschüssen wurde unser Krumpholtz mit der Kanonenkugel durch den Kopf und den halben Kopf hinweg geschossen, welcher dichte

neben mir stand, und Boden, das Gehirn und Hirnschale von Krumpholtzen in das Gesicht und das Gewehr von der Schulter in tausend Stücken entzwei, aber doch Gottlob unbeschädigt geblieben. Nun liebe Frau, wie es zugegangen, kann ich unmöglich beschreiben, denn das Schiessen von beiden Seiten war so stark, dass kein Mensch kein Wort von dem andern verstehen konnte, und wir nicht eintausend Kugeln gesehen und gehört, sondern viele Tausend. Da es nun gegen den Nachmittag ging, so nahm der Feind die Flucht, und uns hat Gott den Sieg verliehen. Da wir nun auf die Wahlstätte kamen, so lag nicht einer, sondern 3 bis 4 aufeinander, einige Todt welchen der Kopf hinweg, einigen beide Beine kurz, die Arme vom Leibe, summa, dass ganz erstaunend anzusehen war. Nun liebes Kind, denke einmal nach, wie uns zumuthe muss gewesen sein, des Morgens nüchtern zur Schlachtbank hingeführt und nicht das Geringste davon gewusst.»[38]

Nach einer Schlacht senkte sich Verzweiflung über das Feld. Verwundet auf dem Schlachtfeld liegen zu bleiben, war oft ein schlimmereres Schicksal als der Tod. In den Nächten, die auf die Schlachten von Zorndorf und Kunersdorf folgten, hallten die Schreie der preussischen Verwundeten, die von den Kosaken-Freikorps der russischen Armee getötet wurden, über das Schlachtfeld. Selbst wenn verwundete Soldaten diesem Gemetzel entkamen, benötigten sie viel Durchhaltevermögen und Glück, um zu überleben. Die preussische Armee hatte zwar eine für damalige Verhältnisse vergleichsweise grosse und gut organisierte chirurgische Versorgung, doch in dem Durcheinander nach einer Schlacht (vor allem nach einer verlorenen Schlacht) standen die Aussichten, rechtzeitig den Weg zum Feldarzt zu finden, zumeist sehr schlecht. Auch schwankte die Qualität der medizinischen Versorgung von Feldarzt zu Feldarzt, und die Einrichtungen zur Behandlung infizierter Wunden waren bestenfalls rudimentär.

Nach der Schlacht von Leuthen, bei der Ernst von Barsewisch von einer Musketenkugel am Hals getroffen wurde, die zwischen seinen Schultern stecken blieb, hatte er das grosse Glück, auf einen gefangenen österreichischen Soldaten zu treffen, einen Belgier, der an der Universität Lyon eine Ausbildung zum Chirurgen gemacht hatte. Unglücklicherweise war dem Belgier sein Chirurgenbesteck abhanden gekommen – der preussische Soldat, der ihn gefangen genommen hatte, hatte es ihm abgenommen. Mit Hilfe eines schartigen Schuhmacher-

messers gelang es ihm jedoch, die Kugel mit «zehn oder zwölf Schnitten» aus Barsewischs Rücken zu schneiden. Weniger Glück war Barsewischs Kamerad Baron Gans zu Putlitz beschieden, dessen Bein von einem Kartätschentreffer zerschmettert worden war und sich in den zwei Nächten entzündet hatte, die er draussen in der Kälte gelegen hatte, bevor man ihn fand. Seine einzige Hoffnung, sagte der gefangene Wundarzt zu ihm, sei, das Bein unterhalb des Knies zu amputieren, doch Putlitz war zu verwirrt oder entsetzt, um darin einzuwilligen. Die Infektion bereitete sich aus, und ein paar Tage später starb er. Kurz vor seinem Tode sagte er zu Barsewisch, dass er das einzige Kind seiner Eltern sei und bat ihn, dafür zu sorgen, dass sie erfuhren, wo er begraben lag. «Dieser Tod ging mir sehr nahe, weil es ein junger Mensch von etwann 17 Jahr war und an der Wunde alle Stunden seinen Todt näher und also gantz langsam kommen sah ,..»[39]

Im Gegensatz zum Dreissigjährigen Krieg im vorherigen Jahrhundert war der Siebenjährige Krieg ein «Kabinettskrieg», gefochten von vergleichsweise disziplinierten Truppenverbänden, die von ihren jeweiligen Herrschern ausgerüstet und durch eine vergleichsweise fortschrittliche Logistik versorgt wurden. Deshalb verlief er auch ohne die weit verbreitete Anarchie und Gewalt, die die Menschen in den deutschen Landen in den 1630er und 1640er Jahren zutiefst traumatisiert hatte. Das bedeutete aber keineswegs, dass die Zivilbevölkerung in den besetzten Territorien oder den Kampfgebieten von willkürlichen Forderungen, Vergeltungsmassnahmen oder Grausamkeiten verschont geblieben wäre. Nach dem Einmarsch in Pommern etwa forderten die Schweden von der angrenzenden Uckermark im nördlichen Brandenburg Kontributionen in Höhe von insgesamt 200.000 Talern, doppelt so viel, wie der König von der Provinz jährlich an Kontributionen verlangt hatte.[40] In den hohenzollerischen Provinzen in Westfalen, die den grössten Teil des Krieges über von Franzosen und Österreichern besetzt waren, installierten die Militärbehörden ein ausgeklügeltes Kontributions- und Abgabensystem, zu dessen Beitreibung oftmals lokale Adelige als Geiseln genommen wurden.[41] Französische Soldaten verübten auf dem Rückzug nach der Niederlage von Rossbach in Thüringen und Hessen zahllose Gräueltaten. «Wollte man all diese Verbrechen berichten, man fände kein Ende», so ein französischer General. «Unsere Soldaten waren überall im Land; sie plünderten, mordeten, vergewaltigten, raubten und begangen jedes nur denkbare Verbrechen [...] «[42]

Besonders problematisch waren die Freikorps, die zu dieser Zeit von den meisten Armeen eingesetzt wurden. Diese Einheiten wurden aus Freiwilligen rekrutiert und operierten halbautonom von der regulären Armee. Sie waren nicht an deren Logistik angeschlossen und mussten sich durch das Eintreiben von Abgaben und durch Beutemachen selbst versorgen. Die bekanntesten Beispiele solcher Freikorps waren die russischen Kosaken und die in rote Mäntel gekleideten österreichischen Panduren, doch auch die Franzosen nahmen die Dienste solcher Einheiten in Anspruch. In der ersten Phase der russischen Besetzung Ostpreussens zogen rund 12.000 Kosaken und Kalmücken mit Feuer und Schwert brandschatzend durch die Provinz. Einem Zeitgenossen zufolge «mordeten oder verstümmelten [sie] unbewaffnete Leute aus satanischer Lust. Man hing sie an Bäumen auf, oder schnitt ihnen Nasen und Ohren ab, andern wurden die Beine abgehauen, der Bauch aufgeschnitten und das Herz herausgerissen [...]»[43]Im Jahre 1761 fielen die Fischerschen Jäger, ein französisches Freikorps, in Ostfriesland ein, das 1744 in preussischen Besitz gelangt war, und zogen eine Woche lang vergewaltigend, mordend und plündernd durch das Land. Daraufhin brach unter den Bauern in der Region ein Aufstand aus, der etliche Zeitgenossen an die Zeiten des Bauernkriegs von 1525 erinnerte und erst durch die Entsendung mehrerer in der Nähe stationierter regulärer französischer Armeeeinheiten niedergeschlagen werden konnte.[44]

Derart brutale und blutige Auseinandersetzungen stellten die Ausnahme und nicht die Regel dar, dennoch stieg in allen vom Krieg berührten Provinzen die Sterblichkeit deutlich an, hauptsächlich infolge der so genannten «Lagerepidemien», die sich von den überfüllten Militärlazaretten her ausbreiteten. In Kleve und Mark belief sich die Gesamtsterblichkeit in den Kriegsjahren auf 15 Prozent der Bevölkerung. In der am Rhein gelegenen Stadt Emmerich im Herzogtum Kleve starb allein 1758 ein Zehntel der Einwohnerschaft, vor allem an Krankheiten, die von aus Nordwestdeutschland fliehenden französischen Soldaten eingeschleppt wurden. Nahezu alle preussischen Provinzen litten unter massiven Bevölkerungsverlusten: 45.000 in Schlesien, 70.000 in Pommern, 114.000 in der Neumark und der Kurmark, 90.000 in Ostpreussen. Insgesamt schätzt man, dass im Siebenjährigen Krieg rund 400.000 Preussen – das waren rund zehn Prozent der Gesamtbevölkerung – ihr Leben verloren.

Das Vermächtnis von Hubertusburg

Die diplomatische Neuausrichtung von 1756, mit der die Österreicher und Franzosen ihre alte Antipathie überwanden und eine Koalition eingingen, widersprach so sehr dem traditionellen Muster der interdynastischen Beziehungen, dass sie als «Umsturz der Bündnisse» in die Geschichte einging.[45] Und doch waren, wie wir gesehen haben, die Ereignisse dieses Jahres zu grossen Teilen die Folge eines Veränderungsprozesses, der im Dezember 1740 seinen Anfang genommen hatte. Der eigentliche Umsturz war der preussische Einmarsch in Schlesien. Ohne diesen mächtigen Stimulus hätten die Österreicher kaum ihre Allianz mit den Briten aufgekündigt und sich ihrem alten Feind Frankreich angenähert. Von hier ab entfaltet sich eine Abfolge von Erschütterungen und Neuausrichtungen, die sich wie eine lange Zündschnur durch die Geschichte des modernen Europa zieht.

Die Allianz mit Österreich und insbesondere die vernichtende Niederlage bei Rossbach wirkten sich verheerend auf die Stimmung in der französischen Öffentlichkeit aus und weckten Zweifel an der Kompetenz der Bourbonenherrscher, die bis zur Revolutionskrise in den 1780er nicht mehr schwinden sollten. «Mehr denn je zuvor», beobachtete der französische Aussenminister Kardinal de Bernis, «ist unsere Nation empört über den Krieg. Unser Feind, der König von Preussen, wird bis zur Raserei geliebt [...], der Hof von Wien dagegen wird gehasst, weil er als Blutsauger des Staates gesehen wird.»[46] In den Augen kritischer französischer Zeitgenossen waren die Verträge mit Österreich von 1756 und 1757 «die Schande Ludwigs XV.», «ungeheuerlich im Prinzip und in der Praxis verhängnisvoll für Frankreich». Die Niederlagen in diesem Krieg, erinnerte sich der Comte de Ségur, «verletzten und erweckten zugleich den Nationalstolz der Franzosen. Von einem Ende des Landes bis zum anderen wurde die Opposition gegen den Hof zur Ehrensache.» Die erste Teilung Polens von 1772, in der sich Preussen, Österreich und Russland gemeinsam auf Kosten eines traditionellen Verbündeten Frankreichs bereicherten, verstärkte diese Aversionen noch weiter, da sie bewies, dass das neue Bündnissystem Österreich zum Vor- und Frankreich zum Nachteil gereichte.[47] Für zusätzlichen Unmut sorgte die Entscheidung des französischen Hofes, sich durch die Verheiratung des zukünftigen Ludwigs XVI. mit der habsburgischen Prinzessin Maria Antonia im Jahr 1771 noch enger an den österreichischen Hof zu binden – eben der Marie An-

toinette, die später die politische Malaise des bourbonischen Absolutismus in seiner Endphase verkörpern sollte.[48] Mit anderen Worten, wenigstens ein Faden der Krise, die schlussendlich den Sturz der französischen Monarchie bewirken sollte, lässt sich auf die Auswirkungen von Friedrichs Besetzung Schlesiens zurückverfolgen.

Auch für Russland markierte das Ende des Siebenjährigen Krieges – der erste grosse europäische Konflikt, in dem das Land eine tragende Rolle gespielt hatte – den Beginn einer neuen Ära. Das Zarenreich verfehlte zwar das von Elisabeth formulierte territoriale Ziel, ging aber mit einer deutlich gestärkten Stellung aus dem Konflikt hervor. Bekräftigt wurde der russische Aufstieg in die Riege der europäischen Grossmächte 1772, als Russland zusammen mit Österreich und Preussen die zeitgleiche Annektierung von Territorien an der Peripherie des Doppelstaates Polen-Litauen betrieb, und erneut 1779, als das Zarenreich als Garantiemacht des zwischen Preussen und Österreich geschlossenen Friedens zu Teschen auftrat. Der lange Weg zur vollen Teilhabe am europäischen Mächtekonzert, den das Land unter Peter dem Grossen angetreten hatte, war damit abgeschlossen.[49]

Mit seinem Expansionsdrang, seiner Macht und seiner Unverwundbarkeit stellte Russland nun eine Bedrohung dar, die jene übertraf, die einst von den Schweden und den Türken ausgegangen war. Von nun an sollte Russland eine entscheidende Rolle im Machtkampf innerhalb des deutschsprachigen Europa spielen. Immer wieder – 1812/13, 1848-1850, 1866, 1870/71, 1914-1917, 1939-1945, 1945-1989 und schliesslich 1990 – waren es russische Interventionen, die die Ergebnisse der Machtpolitik in Deutschland bestimmten oder zumindest mitbestimmten. Von diesem Zeitpunkt an waren die Geschicke Preussens und Russlands miteinander verbunden. Friedrich war kein Hellseher, aber er konnte Russlands Aufstieg zur Grossmacht spüren und war sich intuitiv seiner Unumkehrbarkeit bewusst. Nach den Schlachten von Zorndorf und Kunersdorf war es ihm nicht mehr möglich, ohne einen Schauder der Furcht über Russland nachzudenken. Das Reich Katharinas II., sagte er 1769 zu Prinz Heinrich, seinem Bruder, sei «eine schreckliche Macht, die ganz Europa erzittern lassen wird»[50].

In Österreich bewirkte, wie wir gesehen haben, der langanhaltende Kampf mit Preussen ein radikales aussenpolitisches Umdenken. Kaunitz, der Kopf hinter der Neuausrichtung österreichischer Politik von 1748 bis 1756, blieb bis 1792 im Amt, allerdings schwand sein Einfluss nach dem Tode Josephs II. im

Jahr 1790. Die preussische Herausforderung wirkte sich auch nachhaltig auf die innere Verfassung der Habsburger Monarchie aus. Die in der ersten theresianischen Reform von 1749 bis 1756 beschlossenen zahlreichen Neuerungen richteten sich ausschliesslich auf die Straffung der habsburgischen Verwaltung, um künftig wirksamer gegen Preussen zurückschlagen zu können. Die Zentralverwaltung wurde grundlegend umgebaut und die wichtigsten Verwaltungsorgane zentralisiert und vereinfacht. Ein neues Steuersystem wurde eingeführt, indirekt inspiriert durch die preussische Verwaltung in Schlesien, die von den Österreichern aufmerksam studiert wurde. Der Architekt dieser Veränderungen war Friedrich Wilhelm Graf von Haugwitz, ein katholischer Konvertit, der nach dem Einmarsch der Preussen aus seiner sächsischen Heimat geflohen war. Niemand war fester entschlossen, aus dem Beispiel Friedrichs zu lernen, als Joseph II., Maria Theresias ältester Sohn und Nachfolger. Josephs leidenschaftliche Überzeugung, die Habsburger Monarchie müsse sich in einen einheitlicheren Staat verwandeln, um im europäischen Machtkampf zu bestehen, wurzelte auch in seiner Beschäftigung mit Friedrichs Leistungen. Sein Versuch jedoch, dies in den 1780er Jahren zu erreichen, sollte die Habsburger Monarchie an den Rand des inneren Zusammenbruchs führen.[51]

Auch Preussen war schwer von den drei Kriegen um Schlesien gezeichnet. Die preussischen Gebiete waren sehr in Mitleidenschaft gezogen worden, und ihr Wiederaufbau (Retablissement) beanspruchte den Löwenanteil der Binneninvestitionen in den letzten beiden Jahrzehnten von Friedrichs Herrschaft. Vorrangige Bedeutung kam der Wiederbesiedlung der entvölkerten Gebiete und der Trockenlegung der Flussniederungen zur Gewinnung zusätzlichen Acker- und Weidelandes zu. Im grösstenteils agrarischen polnischsprachigen Masuren etwa wurden Kolonisten aus Württemberg, der Kurpfalz und Hessen-Nassau in zahlreichen neuen Dörfern angesiedelt, so in Lipniak (1779), Czayken (1781), Powalczyn (1782), Wessolowen (1783), Ittowken (1785) und Schodmak (1786). Diese Siedlungen entwickelten sich parallel zum Ausbau eines umfassenden Kanalnetzes zur Trockenlegung der Sumpfgebiete im südlichen Masuren, bis dahin eine der isoliertesten und am wenigsten erschlossenen Regionen des Königreichs. Das Wasser aus den Sümpfen wurde in die Flüsse Omulef und Waldpusch abgeleitet und neue Siedlungen in dem ausgedehnten, einstmals kaum passierbaren Sumpfgebiet angelegt.[52]

Vor allem nach dem Friedensschluss von 1763 entwickelte Friedrich ein umfassenderes Verständnis für die sozialen Pflichten des Staates – insbesondere jenen gegenüber, die in seinen Armeen Leib und Leben riskiert hatten. «Ein Soldat, der für das Gemeinwohl seine Glieder, seine Gesundheit, seine Kraft und sein Leben opfert, hat», verkündete Friedrich 1768, «wenn er altersschwach und verstümmelt an seinen Gliedern ist, den Anspruch auf die Wohltaten derer, für die er alles riskiert hat.» In Berlin wurde eine Anstalt zur Unterbringung und Pflege von 600 Kriegsinvaliden gegründet und in der Kriegskasse ein Fonds eingerichtet, aus dem monatliche Zahlungen an bedürftige Soldaten geleistet wurden, die wieder aufs Land zurückgekehrt waren. Verdiente Soldaten konnten sich Hoffnungen auf kleinere Posten, etwa bei den Akzisen, dem Zoll, der Tabakregie oder anderen staatlichen Einrichtungen machen.[53] Am vielleicht deutlichsten zeigte sich die grössere Bereitschaft des Königs, den Staatsapparat für Zwecke der sozialen Fürsorge im weitesten Sinnen zu benutzen, in dem verstärkten Einsatz der Kornakzise und des Magazinsystems zur Bekämpfung der Auswirkungen von Lebensmittelknappheit, Preisanstieg und Hungersnot. 1766 beispielsweise setzte Friedrich die Akzise auf Getreide aus, um die Einfuhr billigen Getreides nach Preussen zu stimulieren; drei Jahr später wurde die Akzise wieder eingeführt, allerdings nur für Weizen, sodass die Brotsteuer hauptsächlich die wohlhabenden Schichten traf, die sich Weissbrot leisten konnten. Ihren Höhepunkt erreichte die preussische Nahrungsmittelpolitik der Nachkriegszeit in den Wintern 1771 und 1772, als die Regierung durch die kontrollierte Freigabe grosser Getreidemengen aus den Magazinlagern die Folgen einer europaweiten Hungersnot im Land zu mildern versuchte. Die Bedürfnisse der Zivilbevölkerung wurden denen des Militär vorangestellt, für das das Magazinsystem ursprünglich aufgebaut worden war. Demnach können wir diese massiven Zuwendungen in Form von Naturalien als Umsetzung einer sozialen Wohlfahrtspolitik bezeichnen.[54]

Der Krieg bremste auch den Fortgang der administrativen Integration aller preussischen Territorien. In den frühen Jahren seiner Regentschaft hatte Friedrich diesen Prozess durch die Schaffung neuer Verwaltungsorgane, wie des V. Departements, zuständig für die Industriepolitik in allen Territorien, oder des VI. Departements für Heeresangelegenheiten, mit ebenfalls allgemeinpreussischer Zuständigkeit vorangetrieben.[55] Nach 1763 jedoch verloren die Integrati-

onsbemühungen an Dynamik, vor allem weil der Krieg Friedrich gezeigt hatte, dass er seine peripheren Besitztümer unmöglich gegen Angriffe von aussen verteidigen konnte – wobei es kennzeichnend für ihn war, dass diese geostrategische Überlegung auch in Friedenszeiten seine wirtschaftlichen Prioritäten bestimmte. Ostpreussen wurde niemals vollständig in das Getreidemagazinsystem integriert, und nach dem Siebenjährigen Krieg wurden die Getreidelieferungen aus der Provinz schrittweise zugunsten billigerer Importe aus Polen ersetzt.[56] Auch die Bemühungen zur Integration der westlichen Provinzen in die Fiskalstruktur der Kernprovinzen liessen ab 1766 nach, als das Projekt eines einheitlichen Akziseregimes aufgegeben wurde und sich in der Folgezeit die Kontrolle der lokalen Verwaltung durch Berlin spürbar lockerte.[57] Es ist angebracht, diese hemmenden Effekte hervorzuheben, da häufig der Krieg als die entscheidende Antriebskraft für die Staatsorganisation der preussischen Territorien genannt wird.

Mit dem Erwerb Schlesiens hatte Friedrich die internationale Stellung seines Königreiches deutlich verbessert, doch wäre es falsch anzunehmen, dies habe ihn dazu verleitet, sich in einem sicheren Gefühl der Stärke zu wiegen. Vielmehr war das Gegenteil der Fall.

Friedrich war sich der Fragilität seiner Errungenschaften auch weiterhin überaus bewusst. Das kontinentaleuropäische System, so stellte er in seinem zweiten politischen Testament von 1768 fest, bestand «zunächst aus vier grossen Mächten, die alle anderen überragten», und Preussen gehörte nicht dazu.[58]1776, nach einer schweren Krankheit, war der König von der Idee besessen, der Staat, den aufzubauen er so hart gearbeitet hatte, würde nach seinem Tod wieder zerfallen.[59] Friedrich erkannte das fundamentale Missverhältnis zwischen Preussens internationaler Reputation und seinen mageren einheimischen Ressourcen.[60] Es gab also in seinen Augen keinerlei Grund zur Selbstgefälligkeit, im Gegenteil, Preussen musste dringend Massnahmen ergreifen, die geeignet waren, seine machtpolitische Schwäche auszugleichen. Die Jahre nach 1763 brachten also, wie wir gesehen haben, ein Programm des intensivierten inneren Wiederaufbaus. Im diplomatischen Bereich galt Friedrichs oberste Priorität der Neutralisierung der Bedrohung, die vom expandierenden Russland unter Katharina der Grossen ausging. In Übereinstimmung mit seiner Doktrin, dass ein Fürst sich stets mit der Macht verbünden sollte, die am ehesten in der Lage ist, ihn anzugreifen, konzentrierte sich Friedrich auf den Abschluss eines Nichtangriffspaktes mit Russland, eine Diplomatie, die in dem preussisch-rus-

sischen Bündnis von 1764 gipfelte, das auf einen Schlag die Bedrohung durch Russland und die Gefahr einer österreichischen Revanche bannte.[61]

Da Allianzen flüchtige Gebilde sind, deren Fortbestehen vom Wohlwollen einzelner Personen abhängt – das Bündnis von 1764 etwa brach 1781 mit der Entmachtung des russischen Aussenministers Nikita Panin auseinander –, lag für Friedrich die grösste Sicherheit nach wie vor in der abschreckenden Wirkung seiner Armee. Deshalb hielt Preussen auch nach dem Frieden von Hubertusburg eine grosse Streitmacht unter Waffen. 1786 rangierte Preussen in Europa von der Bevölkerung her auf Platz 13 und von der Fläche her auf Platz zehn, leistete sich aber die drittgrösste Streitmacht. Die preussische Armee zählte bei einer Bevölkerung von 5,8 Millionen 195.000 Mann, mit anderen Worten, auf 29 Untertanen kam ein Soldat. Ausgedrückt als Anteil an der Gesamtbevölkerung belief sich die Grösse der Armee auf 3,37 Prozent, was den stark militarisierten Staaten des Ostblocks während des Kalten Krieges nahe kommt (in der DDR beispielsweise lag der Anteil bei 3,9 Prozent). Die schiere Grösse dieser Armee war es, die Georg Heinrich Berenhorst, einen der Adjutanten Friedrich II. im Siebenjährigen Krieg, zu der denkwürdigen Feststellung bewog: «Die preussische Monarchie ist nicht ein Land, das eine Armee, sondern eine Armee, die ein Land hat, in welchem sie gleichsam nur einquartiert steht.»[62]

Allerdings ist diese Prozentangabe mit Vorsicht zu geniessen, waren doch nur 81.000 dieser Soldaten gebürtige Preussen. Nimmt man das zur Grundlage, ergibt sich eine Armeestärke relativ zur Gesamtbevölkerung von 1,4 Prozent, was im Bereich der westeuropäischen Staaten im späten 20. Jahrhundert liegt (in der Bundesrepublik beispielsweise betrug dieser Anteil 1980 1,3 Prozent). Preussen war demzufolge ein stark militarisierter Staat (d.h. einer, in dem das Militär den Löwenanteil der Ressourcen verzehrte), aber nicht notwendigerweise auch eine stark militarisierte Gesellschaft. Es gab keine allgemeine Wehrpflicht, die militärische Ausbildung in Friedenszeiten war nach heutigen Massstäben kurz und oberflächlich und die Sozialstruktur der Armee noch durchlässig. Die Abgrenzung des Militärs in Kasernen, in denen die Soldaten zusammengefasst und im Laufe einer jahrelangen Ausbildung indoktriniert werden konnten, lag noch in ferner Zukunft.

Und was war mit dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation? Der dänische Minister Johann Hartwig Ernst Graf von Bernstorff merkte über den Siebenjährigen Krieg an, dass es bei diesem grossen Konflikt nicht um die Herr-

schaft über eine Provinz hier oder da ging, sondern um die Frage, ob das Heilige Römische Reich ein Oberhaupt oder zwei haben sollte.[63] Die Beziehungen zwischen Brandenburg und Österreich waren, wie wir gesehen haben, seit langem von immer wiederkehrenden Spannungen geprägt. Als Brandenburg sich anschickte, in der Reichspolitik mit wachsender Autonomie zu handeln, nahm das Konfliktpotenzial zu. Gleichzeitig jedoch stand für eine lange Linie aufeinanderfolgender brandenburgischer Kurfürsten die Vorrangstellung des Kaisers – und damit auch des Hauses Habsburg – jenseits allen Zweifels. Mit dem Einmarsch in Schlesien 1740 änderte sich all dies. Die Annektierung Schlesiens bescherte Preussen nicht nur eine reiche Provinz und neue Untertanen, sondern auch einen breiten Landkorridor, der sich vom brandenburgischen Kernland direkt bis an die Grenzen der habsburgischen Provinzen Böhmen und Mähren und die österreichischen Erblande erstreckte – ein Dolch sozusagen, der über dem Herz der Habsburger Monarchie schwebte. (Diesem Umstand sollte im Preussisch-Österreichischen Krieg von 1866 entscheidende Bedeutung zukommen, als zwei der vier preussischen Armeegruppen von Sammelpunkten in Schlesien nach Böhmen marschierten und die österreichische Armee bei Königgrätz vernichtend schlugen.) «[Österreich wird] niemals den Verlust Schlesiens vergessen [...]», schrieb Friedrich in seinem politischen Testament von 1752, «noch den Teil seiner Autorität, den wir mit [ihm] in Deutschland teilen.»[64]

Erstmals in seiner Geschichte richtete sich das politische Leben des Reiches an einer bipolaren Machtbalance aus. Die Ära des österreichisch-preussischen «Dualismus» hatte begonnen. Fortan sollte sich die preussische Aussenpolitik zuerst und vor allem auf die Absicherung der eigenen Stellung in der neuen Ordnung konzentrieren und darauf, die Bemühungen Wiens einzudämmen, die Machtbalance wieder zu seinen Gunsten zu verschieben. Das bekannteste Beispiel eines solchen machtpolitischen Sparrings war der Konflikt, der sich 1778 an der Frage der bayerischen Erbfolge entzündete. Im Dezember 1777 war der bayerische Kurfürst Maximilan III. Joseph ohne direkte Nachkommen gestorben. Sein Nachfolger Karl Theodor aus der Linie Pfalz-Sulzbach, der schon die Kurpfalz und die Herzogtümer Jülich und Berg besass, vereinbarte mit Wien, sein bayerisches Erbe gegen die Österreichischen Niederlande (das heutige Belgien) einzutauschen, und Mitte Januar 1778 rückte ein kleines österreichisches Truppenkontingent in Bayern ein. Preussen reagierte auf den Griff der Öster-

reicher nach Bayern mit der Forderung nach territorialer Kompensation – in Form von Erbansprüchen auf die fränkischen Fürstentümer Ansbach und Bayreuth –, wovon Kaunitz aber nichts hören wollte und sich auch von den Drohungen Berlins, mit Waffengewalt zu intervenieren, nicht schrecken liess.

Im Sommer 1778 entschloss sich der 66 Jahre alte Friedrich zum Handeln und marschierte an der Spitze einer preussischen Armee in Böhmen ein – unter dem Vorwand, die Interessen Herzog Karl Augusts von Zweibrücken zu wahren, der ebenfalls Erbansprüche auf Bayern erhob. Friedrichs Vorstoss wurde im nördlichen Böhmen von einer grossen und gut geführten österreichischen Streitmacht blockiert, worauf mehrere Monate mit taktischen Truppenbewegungen bei zunehmend kalten und nassen Wetterbedingungen vergingen, ohne dass es zu ernsthaften Kampfhandlungen gekommen wäre. Schliesslich sah sich Friedrich genötigt, seine Truppen in den Sudeten überwintern zu lassen, wo sich österreichische und preussische Kommandoeinheiten in der beissenden Kälte Scharmützel um gefrorene Kartoffelacker lieferten. Obgleich der «Kartoffelkrieg» keine Entscheidung auf dem Schlachtfeld brachte, war Maria Theresia darauf erpicht, ihn schnell zu beenden, selbst wenn sie dazu Friedrich Zugeständnisse machen musste. In dem durch russische und französische Vermittlung ausgehandelten Frieden von Teschen (13. Mai 1779) verzichtete sie nicht nur auf Bayern, sie akzeptierte auch die preussischen Ansprüche auf Ansbach und Bayreuth. Die Episode bewies, wie wenig die Österreicher willens waren, sich allein gegen Friedrich zu stellen, eine Folge des anhaltenden Traumas, das die Schlesischen Kriege ausgelöst hatten und ein Beweis des Rufs, der seinen Truppen inzwischen vorauseilte. Gleichermassen wichtig aber war die Reaktion der anderen deutschen Staaten, von denen sich viele auf die Seite Preussens schlugen, da sie in Friedrich den Bewahrer der Reichseinheit gegen ein räuberisches Machtspiel des Hauses Habsburg sahen. Als Joseph 1785 einen zweiten Anlauf unternahm, die Österreichischen Niederlande gegen Bayern zu tauschen, trat Friedrich ein weiteres Mal als Verteidiger des Reiches gegen die Gelüste des Kaisers auf. Im Sommer des Jahres schloss er sich mit Sachsen, Hannover und einer Hand voll kleinerer Territorien mit dem erklärten Ziel zum *Fürstenbund* zusammen, das Reich vor den Plänen des Kaisers zu schützen. Eineinhalb Jahre nach seiner Gründung zählte der Deutsche Fürstenbund 18 Mitglieder, darunter auch den katholischen Erzbischof von Mainz, Vizekanzler des Heiligen Römischen Reiches und traditioneller Parteigänger Wiens.[65]

Der Wilderer hatte sich zum Wildhüter gewandelt, eine Rolle, die Friedrich mit grossem Geschick zu spielen verstand. Nirgendwo wird dies offenkundiger als in seiner Fertigkeit, die komplexe konfessionelle Mechanik des Reiches zu seinen Zwecken zu instrumentalisieren. Das Gleichgewicht zwischen dem katholischen und dem protestantischen Lager innerhalb des Reiches war auch Mitte und Ende des 18. Jahrhunderts noch eine aktuelle Frage. Unter dem Grossen Kurfürsten, Friedrich I. und Friedrich Wilhelm I. hatte sich Preussen nach und nach zum Verfechter der protestantischen Sache innerhalb des Reiches aufgeschwungen. Obwohl Friedrich II. kaum persönliches Interesse für konfessionelle Kabbeleien hegte, führte er diese Tradition mit Umsicht fort und intervenierte erfolgreich zur Unterstützung der protestantischen Stände in Territorien, deren Herrscher zum Katholizismus konvertiert waren (zwischen 1648 und 1769 kam es zu 31 solcher Konversionen). In Hessen-Kassel (1749), Württemberg (1752), Baden-Baden (1765) und Baden-Durlach (1765) trat Friedrich als Mitunterzeichner und Garant für Kontrakte auf, die die Rechte der protestantischen Stände gegenüber ihrem zum Katholizismus übergetretenen Monarchen festschrieben. In solchen Fällen gab er sich, mit der begeisterten Unterstützung der protestantischen Versammlung im Reichstag, als vermeintlicher Fürsprecher und Vollstrecker der im Westfälischen Frieden verankerten Rechte aus.

Wie hätte eine protestantische Macht wie Preussen die Struktur des Reiches besser zu ihrem eigenen Vorteil nutzen können, als dadurch, dass sie sich als Schutzherrin aller Protestanten in den deutschen Ländern definierte? Eine solche Haltung bestätigte die protestantische Sicht des Heiligen Römischen Reiches, namentlich, dass es sich dabei keineswegs um eine christliche Universalmonarchie handelte, sondern vielmehr um ein Arrangement zur Machtteilung zwischen zwei separaten konfessionellen Parteien, jede verpflichtet, Solidarität und Selbsthilfe zu praktizieren. Zugleich untergrub sie die Stellung des habsburgischen Kaisers, der theoretisch die Rechte aller einer tolerierten Konfession zugehörigen Reichsuntertanen garantieren sollte. Dem katholischen Kaiser in Wien stand nun ein protestantischer Gegenkaiser in Berlin gegenüber.[66]

Der Siebenjährige Krieg markierte einen Höhepunkt der konfessionellen Polarisierung des Reiches. Maria Theresia spielte mit ihrer Hinwendung zu Frankreich und der anhaltenden Diskriminierung ihrer protestantischen Untertanen Friedrich in die Hände. Dasselbe galt für ihren Gemahl, Kaiser Franz I. Stephan,

der ohne es zu ahnen den Preussen half, indem er die katholischen Fürsten wiederholt drängte, gemeinsam gegen die *ligue protestante* vorzugehen und damit die Spaltung des Reichs in zwei einander bekämpfende konfessionelle Lager vorantrieb. Beide Seiten machten grosszügig Gebrauch von konfessionell eingefärbten Druckschriften. Die preussische Propaganda zu Kriegszeiten spielte denn auch auf das konfessionelle Element des Konflikts an und warf den Habsburgern vor, durch das Bündnis mit dem katholischen Frankreich das Heilige Römische Reich in einen neuen Religionskrieg stürzen zu wollen. In Anbetracht dieser Gefahr stelle Preussen die einzige Hoffnung auf die 1648 beschlossene konstitutionelle Einheit dar, mehr noch, seine Interessen seien deckungsgleich mit denen «Deutschlands» an sich. Die preussische Propaganda baute also auf die traditionelle Stärke der hohenzollerischen Konfessionspolitik und suchte Preussens Anspruch auf Vertretung der umfassenderen «protestantischen Sache» zu untermauern. Was weniger bekannt gewesen sein dürfte, war die Neigung, diese Interessengemeinschaft mit dem deutschen Vaterland *tout court* gleichzusetzen, ein Argument, das in manchen Punkten die Idee eines preussisch und protestantisch dominierten «Kleindeutschlands» vorwegnahm, die in den dualistischen Auseinandersetzungen des 19. Jahrhunderts in den Vordergrund rückte.[67] Diese Politik Friedrichs trug Früchte, wie auch ein französischer Gesandter am Ende des Siebenjährigen Krieges feststellte. Die Preussen hätten, konstatierte er, nach dem Frieden von Hubertusburg eine stärkere Position im Reichstag inne als jemals zuvor, weil es ihnen gelungen war, sich an die Spitze einer grösstenteils protestantischen gegenkaiserlichen (für ihn gleichbedeutend mit antiösterreichischen) Partei im Reichstag zu stellen.[68]

Patrioten

Am 11. Dezember 1757 wohnte Karl Wilhelm Ramler im Berliner Dom einem Dankgottesdienst anlässlich des jüngst errungenen Sieges der Preussen bei Rossbach bei. Nach der Rückkehr in seine Wohnung setzte Ramler sich hin und verfasste einen Brief an den Dichter Johann Wilhelm Gleim:

«Liebster Freund, [...] Eben komme ich aus der Siegespredigt unseres unvergleichlichen Sacks. Fast alle Augen weinten aus Liebe, aus Freude, aus Dankbarkeit. [...] Wenn Sie einige von unseren Siegespredigten lesen wollen, so will

ich sie Ihnen schicken. Die über den Sieg bey Prag und die heutige sind ohne Zweifel die besten, die Herr Sack gehalten hat. Unsere Jugend hat seit dem neulichen Abend nicht aufgehört, Victoria zu schiessen und man schiesst noch immer um mich herum indem ich dieses schreibe. Unsere Kaufleute haben auf beyde Siege allerley seidenen Bänder fabriciren lassen, womit wir unsere Westen, Hüte, Müffe, Degen und Kopfzeuger bebändert haben.»[69]

Die Woge patriotischer Gefühle, welche während des Siebenjährigen Krieges über die preussischen Gebiete hinwegschwappte, gehört mit zu den bemerkenswertesten Aspekten des Konfliktes. Uns heute erscheint es selbstverständlich, dass Kriege den Patriotismus beflügeln, doch in Preussen war das nicht immer der Fall gewesen. Die verheerenden Schlachten im Dreissigjährigen Krieg etwa hatten eher das Gegenteil bewirkt. In den 1630er Jahren identifizierten sich die wenigsten Untertanen des Kurfürsten von Brandenburg mit ihm oder dem territorialen Flickenwerk, über das er herrschte. Im Gegenteil, viele von ihnen hegten mehr Sympathien für die lutherischen Feinde Brandenburgs aus Schweden, als für den calvinistischen Kurfürsten in Berlin. Die brandenburgische Armee in den späten 1630er Jahren wurde von den Menschen fast ebenso gehasst und gefürchtet wie die feindlichen Besatzungstruppen. Selbst nach dem denkwürdigen Sieg des Grossen Kurfürsten 1675 gegen die Schweden bei Fehrbellin zeigte die Bevölkerung wenig Begeisterung für die Sache Brandenburgs oder für den Kampf seines Landesherrn. Das berauschende Gefühl, einen geschichtsträchtigen Moment erlebt zu haben, der mit den Ereignissen von Fehrbellin einherging, blieb grösstenteils auf eine kleine, dem Hof verbundene Elite beschränkt. Ebenso wenig interessierte sich die Bevölkerung für Preussens Engagement im Spanischen Erbfolgekrieg, einen Konflikt, in dem unübersichtliche Koalitionen undurchschaubare politische Ziele verfolgten und die preussischen Truppen fern der Heimat kämpften.

Im Gegensatz dazu lösten die Siege – und Niederlagen – der preussischen Armeen im Siebenjährigen Krieg ein allgemeines Gefühl der Solidarität mit den Zielen und der Person des Monarchen aus. Johann Wilhelm Archenholtz, ein Offizier, der den grössten Teil des Krieges in der preussischen Armee diente und später eine epische Darstellung seines Verlaufs schrieb, hob darin den Enthusiasmus hervor, der seine preussischen Landsleute auch in den schwersten Kriegsjahren erfüllte. Die preussischen Untertanen, schrieb er «[nahmen] an

dem Ruhm seiner grossen Thaten theil und [betrachteten] seinen Ruin als den ihrigen [...] Diese Liebe zu ihrem Könige, so wie ihren Patriotismus, wollten sie der Welt vor Augen legen.» So hatten die pommerschen Stände gemeinsam und aus eigenem Antrieb 5‘000 Mann für den Krieg des Königs ausgehoben, ein Beispiel, dem man in Brandenburg, Magdeburg und Halberstadt nacheiferte. Der Krieg, beobachtete Archenholtz, habe eine Vaterlandsliebe ausgelöst, wie sie bis dahin in den deutschen Landen nicht gesehen worden sei.[70]

Die Kirchen, die ihren Gläubigen Friedrich II. als Instrument der göttlichen Vorsehung ans Herz legten, trugen viel dazu bei, die öffentliche Begeisterung für die Kriegserfolge anzuheizen. Nach dem – in Wahrheit eher unbedeutenden – Sieg der Preussen in der Schlacht von Prag 1757 hielt Hofprediger Sack auf der Kanzel des Berliner Doms eine flammende Predigt:

«Der König hat gesiegt und lebt! Gebt unserem Gott die Ehre! [...] Denn was wären alle unsere Siege und Eroberungen, wenn wir schon jetzt unsern Vater verloren hätten. Aber die bewahrende Vorsehung war auch jetzt sein Schild und ein Engel Gottes deckte ihn in der grössten Gefahr vor allen gegen ihn abgedrückten Pfeilen des Todes.»[71]

Ein anderer Geistlicher verkündete in seiner Dankpredigt anlässlich des Sieges, Gott habe Preussen vor allen anderen Ländern ausgezeichnet und die Preussen «zu seinem besonderen Volck erwehlt... So wolle er nun, dass wir als sein auserwehltes Volck im Lichte vor ihm wandeln.»[72] Derartige Auftritte wirkten weit über die Kirchgänger hinaus, die ihnen beiwohnten. Insbesondere Sacks Predigten erschienen in mehreren gedruckten Ausgaben und wurden in den mittleren Provinzen Preussens vielerorts bei privaten Zusammenkünften gelesen und diskutiert.[73]

Diese Bemühungen, die Menschen von der Kanzel aus zu mobilisieren, wurden ergänzt durch die agitatorischen Schriften preussischer Patrioten. Hier zeigte sich ein auffälliger Kontrast: Die öffentliche Reaktion in Preussen auf die Annektierung des grössten Teils Schlesiens im Frieden von Breslau 1742 beschränkte sich auf die Publikation einer kleinen Zahl von Lobpreisungen. Verfasst in Latein und publiziert als teure Folio- oder Quartausgaben, waren diese eindeutig für ein begrenztes und gebildetes Publikum bestimmt. In den 1750er Jahren hingegen produzierten Propagandaschreiber und gelehrte Patrioten in grosser Zahl Texte, die auf Deutsch verfasst und in billigen Oktavausgaben unters Volk gebracht wurden.[74] Einer der einflussreichsten Texte war das 1761

auf dem Tiefpunkt des preussischen Kriegsglücks von Thomas Abbt, Philosophieprofessor an der Universität Frankfurt an der Oder, herausgegebene Traktat *Vom Tode für das Vaterland*. In diesem lebendigen und zugänglichen Aufsatz vertrat Abbt die Meinung, dass die klassischen Tugenden des Patriotismus, die traditionell mit den Republiken der Antike assoziiert wurden, in Wahrheit viel besser zu monarchischen Staaten passten, in denen der Monarch die abstrakte Macht personifiziere und damit seinen Untertanen einen konkreten Zielpunkt für ihre Loyalität und Opferbereitschaft biete. In einer «gut eingerichteten» Monarchie, meinte Abbt, werde die Treue des Subjekts zu seiner Heimat noch verstärkt durch die Liebe für die Person des Monarchen, eine Liebe, die so übermächtig sei, dass sie jegliche Angst aufwiege und den Tod in der Schlacht rechtfertige:

«Alsdann stürmt der Gedanke in mir empor, dass es edel sei, fechtend fürs Vaterland zu sterben. Nun ordnet sich die neue Schönheit, die ich mir schaffe: sie entzückt mich; ich eile zu ihrem Besitz, reisse mich los von dem, was mich in einer weichlichen Ruhe zurückhalten könnte, höre nicht den Ruf der Verwandten, sondern des Vaterlandes, nicht den Klang der furchtbaren Waffen, nur den Dank, den mir jenes zuruft. Ich stelle mich zu den übrigen, die eine Mauer um den Wehrlosen [König] ausmachen. Ich werde vielleicht niedergerissen werden, zufrieden, wenn mein Fall einem andern Gelegenheit gibt, sich in meine Lücke zu stellen. Ich folge den Gesetzen der Vollkommenheit, die das Ganze, wenn es nötig ist, durch den Verlust eines Teils erhalten.»[75]

Der Tod auf dem Schlachtfeld war auch ein zentrales Thema für Ewald Christian von Kleist, einem Poeten, Dramatiker und Melancholiker, der als Offizier in der preussischen Armee diente. 1757 verfasste er ein Gedicht in Form einer Grabinschrift für das Grab des Majors von Blumenthal, eines Freundes, der in einem Gefecht mit österreichischen Truppen nahe Ostritz in der Oberlausitz gefallen war. Seine Verse auf den toten Major wirkten im Rückblick umso ergreifender, weil sie Kleists eigenes Schicksal vorwegnahmen, der nur 18 Monate später einer in der Schlacht bei Kunersdorf erlittenen Verletzung erlag:

> Der Tod fürs Vaterland ist ewiger Verehrung wert!
> Wie gern sterb' ich ihn auch den edlen Tod
> Wenn mein Verhängnis ruft.[76]

Kleist wurde in der Folgezeit zum frühen Prototyp des im Feld gefallenen Vaterlandspoeten – seine Gedichte und sein Tod verschmolzen zu einem Gesamtwerk. Die Verse verliehen dem Tod eine einzigartige Bedeutung, indem sie ihn in einen freiwilligen und bewussten Akt verwandelten, während der Tod wiederum einen strahlenden Heiligenschein um seine Schriften und sein Leben flocht.

Zu den wortgewaltigsten Vertretern der patriotischen Publizisten gehörte der Halberstädter Dichter und Dramatiker Johann Wilhelm Ludwig Gleim. Er verfolgte die Feldzüge der preussischen Armee, über die er sich in den Berichten informierte, die ihm sein alter Freund Kleist schickte, mit leidenschaftlichem Interesse. Vor dem Ausbruch des Krieges war Gleim vor allem als Verfasser klassisch inspirierter Gedichte bekannt, die von der Liebe, dem Wein und den Freuden der Geselligkeit handelten, nach 1756 aber wurde er zum Balladenschreiber der Lobeshymnen auf die preussischen Truppen im Feld verfasste. Seine 1758 erschienenen und mit einem lobenden Vorwort des Dramatikers Gotthold Ephraim Lessing versehenen *Preussischen Kriegslieder in den Feldzügen 1756 und* 1757 *von einem Grenadier* versuchten auf innovative Weise durch die Adaption von Sprache und Tonfall des Marschliedes Unmittelbarkeit und emotionale Wirkung zu erzielen. Gleim beschwor den Fortgang und das Chaos der Schlachten, sein imaginärer Protagonist, der preussische Grenadier aus dem Titel, gab den Angelpunkt ab, von dem aus er die Perspektive der Schlachterzählungen variierte – der Blick des Grenadiers schwenkt von seinem Kommandanten zur Fahne, weiter zum König, dann zu seinen Kameraden und schliesslich auf den Feind. Das Resultat ist eine Abfolge von Szenen, die den Leser mit beunruhigender Unmittelbarkeit treffen, fast so, als seien sie mit einer Handkamera gefilmt worden. Diese Technik mag uns heute abgenutzt erscheinen, doch auf Gleims Zeitgenossen wirkte sie frisch und faszinierend und führte das Geschehen auf dem Schlachtfeld auf eine Weise vor, die der lesenden preussischen Öffentlichkeit neu war.

Die Wirkung dieser Form der patriotischen Literatur war weitreichender, als man zunächst annehmen würde. Die Erstauflage von Abbts *Vom Tode für das Vaterland* war rasch ausverkauft und scheint einen überaus motivierenden Effekt auf ihre Leser gezeitigt zu haben. Johann Georg Schaffner aus Königsberg, der als Freiwilliger in den Jahren 1761 bis 1763 gedient hatte, berichtete später, wie seine Freunde und er als junge Männer mit einem Exemplar von Abbts

Traktat unter dem Arm zum Rekrutierungsbüro der preussischen Armee marschiert waren.[77] In einem über ein Jahrzehnt nach dem Krieg erschienenen Roman erzählte der Berliner Publizist Friedrich Nicolai von der Frau eines Pfarrers – der Hauptfigur des Romans –, die Abbts Rhetorik erlegen war und von ihrem Mann verlangte, von der Kanzel aus das Evangelium der patriotischen Selbstaufopferung zu predigen.[78] Gleims «Grenadierlieder», deren Einzelauflagen jeweils ausverkauft waren, wurden später als Anthologie nachgedruckt.

Zum ersten Mal stiess auch der Verlauf einzelner Schlachten auf breites Interesse, und das nicht nur bei den akademisch Gebildeten, sondern auch unter den Handwerkern und Gewerbetreibenden in den Städten, wie das Beispiel des Berliner Bäckermeisters Johann Friedrich Heyde belegt: In seinem Tagebuch wechseln sich Anmerkungen zum Preis von Roggen und anderen Getreidesorten (für einen Bäckermeister eine Sache von existenzieller Bedeutung) ab mit häufig detaillierten Schilderungen der Bewegungen der preussischen Armee und ihrer Aufstellung in wichtigen Schlachten. Heydes reges Interesse an diesen oft weit entfernten Ereignissen legt nicht nur Zeugnis ab von der um sich greifenden patriotischen Begeisterung, sondern auch von dem zunehmenden militärischen Fachwissen. Heyde hatte aber auch ein persönliches Interesse; wie viele andere preussische Untertanen hatte auch er Söhne, die im Feld standen. Die enge Beziehung zwischen den preussischen Garnisonen und den Städten, in denen sie stationiert waren, und die tiefen Wurzeln, die das Kantonsystem in den Dörfern geschlagen hatte, hatte eine umfassende und tiefe innere Verbundenheit der Menschen mit den militärischen Unternehmungen des Staates entstehen lassen, wie es sie in den hohenzollerischen Landen so noch nie gegeben hatte.[79]

Auch in den westlichen Provinzen kam es zu Bekundungen der Verbundenheit mit Preussen oder wenigstens mit seiner Herrscherdynastie. In Kleve und Mark etwa provozierten viele Bürger die österreichischen Besatzungsbehörden, indem sie 1758 nach dem Tode von Friedrichs Bruder, dem Thronerben August Wilhelm, demonstrativ schwarz trugen. 1761 berichteten die dortigen Zeitungen von einer «patriotischen Soiree» anlässlich des Namenstages des Königs, deren Veranstaltungsort die Österreicher trotz aller Bemühungen nicht herausfinden konnten. Solche Solidaritätsbekundungen mit der Dynastie beschränkten sich zwar auf Beamte, Akademiker und die protestantische Geistlichkeit, doch wurden patriotische Bilder und Botschaften auch auf populäreren Wegen verbreitet.

Das bekannteste Beispiel dafür dürften wohl die berühmten Tabakdosen sein, die während des Krieges in Iserlohn (Grafschaft Mark) für den Massenmarkt produziert wurden. Diese emaillierten Behälter, die mit Darstellungen preussischer und mit ihnen verbündeter Armeen oder idealisierten Porträts des Hohenzollernkönigs und seiner Generale verziert waren, erfreuten sich enormer Beliebtheit, und das nicht nur in den hohenzollerischen Gebieten, sondern in ganz Nordwestdeutschland und den protestantischen Niederlanden. Die Manufakturen in der Seidenstadt Krefeld produzierten massenhaft *Vivatbänder,* die mit patriotischen Sprüchen und Emblemen den König feierten.[80]

Der preussische Patriotismus, der zu einem lukrativen Geschäft wurde, war weit mehr als nur die schlichte Liebe zur Heimat. Er war ein komplexes, nach vielen Seiten hin wirksames Phänomen, in dem sich eine zeitgenössische Wertschätzung für extreme Gefühlszustände spiegelte – schliesslich war dies ein Zeitalter des Sentimentalen, eine Zeit, in der die Fähigkeit zur empathischen emotionalen Reaktion als Merkmal eines überlegenen Charakters galt. Ein weiterer Aspekt der Patriotismusbegeisterung war die Vorstellung, die Liebe zum Vaterland könnte die Grundlage für eine neue Form des gesellschaftlichen Miteinanders bilden. So vertrat Thomas Abbt in seinem Traktat über den Tod für das Vaterland die Auffassung, der Patriotismus sei eine Kraft, welche die Grenzen zwischen den einzelnen gesellschaftlichen Ständen überwinden könnte: «Aus diesem Gesichtspunkte betrachtet, verschwindet der Unterschied zwischen Bauer, Bürger, Soldat und Edelmann. Alles vereinigt sich und stellt sich unter dem vormals so herrlichen Namen eines Bürgers dar. Dann ist jeder Bürger ein Soldat, jeder Soldat ein Bürger, und jeder Edelmann Soldat und Bürger...»[81] In diesem Sinne war der Patriotismus Ausdruck einer Sehnsucht nach jener «allgemeinen Bürgergesellschaft», die im 19. Jahrhundert zum politischen Ideal mehrerer Generationen von Liberalen wurde. Auf viel Enthusiasmus stiess auch der Gedanke, der von Patrioten hochgehaltene Bund gründe nicht auf Zwang oder Verpflichtung, sondern auf einer rein freiwilligen Loyalität. Die Frau des Pfarrers in Nicolais Roman überkam bei der Lektüre von Abbts Zeilen «Entzückung über den Gedanken, dass auch der Untertan einer Monarchie nicht eine blosse Maschine sey, sondern seinen eigenthümlichen Werth als Mensch habe, dass die Liebe fürs Vaterland einer Nation eine grosse und neue Denkungsart gebe [...]»[82]

Mit anderen Worten, der Patriotismus fand Anklang, weil er mehrere Punkte ansprach, die die Zeitgenossen beschäftigen. Nicht alle Zutaten der Mixtur waren positiv oder emanzipatorisch. Die Kehrseite der überbordenden Begeisterung für den bedrängten preussischen Staat war die teilweise an Hass grenzende Verachtung für seine Feinde. Insbesondere die Russen (und hierbei vor allem die Kosaken) wurden in der Mehrzahl der patriotischen Berichte als bestialisch, grausam, brutal, blutdürstig, niederträchtig und dergleichen mehr geschildert. Derartige Typisierungen basierten zu einem gewissen Mass auf dem tatsächlichen Verhalten der Kosaken-Freikorps, entsprachen aber auch weit älteren Stereotypen über das «asiatische» und «barbarische» Russland, die in den folgenden zwei Jahrhunderten in der preussischen und deutschen Kultur nachhallen sollten. Die Franzosen wurden als Feiglinge und Angeber verspottet, die grosse Worte spuckten, aber den Schwanz einzogen, sobald es ernst wurde. Selbst die deutschen Staaten, die an der Seite Österreichs kämpften, bekamen ihr Fett ab. Gleim zieht in seiner Siegeshymne nach der Schlacht von Rossbach viele Zeilen lang über die deutschen Kontingente in der Reichsarmee her, unter anderem über einen pfälzischen Kavalleristen, der heulend auf dem Schlachtfeld steht, weil er sich einen Finger verbrannt hat, einen Soldaten aus Trier, der auf der Flucht stürzt und seine blutende Nase für eine Kriegsverletzung hält; einen Franken, der «erbärmlich schrie, wie eine Katz' im Fang», einen Soldaten aus Bruchsal, der eine Damenhaube aufsetzt, um der Gefangennahme zu entgehen, einen Paderborner, der vor lauter Angst stirbt, als er die Preussen erblickt, und über viele weitere mehr.[83]

Das vielleicht hervorstechendste Merkmal der Patriotismuswelle in den 1750er Jahren aber war ihre Fixierung auf Friedrich II. Für Abbt war es vor allem der Monarch aus Fleisch und Blut – und weniger die politische Ordnung, die er repräsentierte oder das Heimatland als solches –, dem die Liebe des Patrioten gebührte.[84] Die ganzen Kriegsjahre hindurch hielt der Strom an Gedichten, Stichen, Biografien, Pamphleten und Büchern an, die die Leistungen des preussischen Königs rühmten, «Friedrichs des Grossen», oder, um einen weiteren damals häufig verwendeten Beinamen zu zitierten, «Friedrichs des Einzigen». Die Siege der preussischen Armeen wurden – verständlich genug – als Siege des Königs gefeiert. Die vormals recht zurückhaltend begangenen Geburtstage des Königs dienten nun als Anlass für demonstrative Feierlichkeiten, zu denen Musketensalven abgefeuert und diverse royalistische Memorabilien

getragen wurden. In vielen Darstellungen wurde Friedrich als riesenhafte, fast übernatürliche Figur gezeichnet, so wie in dieser traumartigen, fast schon cineastischen Passage aus Gleims Ode *Der Grenadier an die Kriegsmuse*, verfasst nach dem Blutbad bei Zorndorf:

> Aus einem Strome schwarzen Mörderblut's Trat ich mit scheuem Fuss auf einen Berg Von Leichen, sah weit um mich herum Nun keinen zu erschlagen mehr, stand hoch Mit hohem Hals, warf einen scharfen Blick Durch wolkengleichen schwarzen Dampf der Schlacht Nach dem Gesalbten, heftete auf ihn, Und den Gesandten Gottes, seinen Schutz, Die Augen und Gedanken fest [...]

Bemerkenswert ist Gleims Anspielung auf Friedrich als «den Gesalbten» – Friedrich I. war anlässlich seiner Krönung gesalbt worden, aber da es seither keine weiteren Krönungen gegeben hatte, war das Ritual an seinen Nachfolgern nicht vollzogen worden. Hier hallt ein wenig die exaltierte Konzeption der vom ersten König begründeten Monarchie nach.[85] Friedrich wurde zudem auch häufig mit dem vertrauten «du» apostrophiert, ein Sprachgebrauch, der eine utopische Intimität mit der Person des Monarchen nahe legte und zugleich Assoziationen mit der Sprache der Predigt und Liturgie weckte. In einem anlässlich von Friedrichs Rückkehr aus dem Siebenjährigen Krieg verfassten Gedicht vermengte die angesehene Dichterin Anna Louisa Karsch (die Karschin) Lobpreisung mit der vertraulichen Nähe des Gebets und griff auf den insgesamt 44 Zeilen nicht weniger als 25-mal auf die vertrauliche Anredeform zurück.[86] In anderen Zusammenhängen wurde der König dargestellt als bemitleidenswert, leidend, selbstaufopfernd, in Schweiss und Staub gehüllt, bangend um seine Männer, weinend um die Gefallenen, als Mann, der des Trostes und Schutzes bedurfte. Eines der zentralen Themen von Abbts Traktat war ja auch, dass die Liebe der Untertanen für den König nicht aus Angst vor seiner Macht herrührt, sondern aus dem Wunsch, ihm gegen die überwältigende Macht seiner Feinde beizustehen.

Das entbehrte allerdings nicht der Ironie, denn dem König, so sehr ihm auf allgemeine Weise auch die öffentliche Meinung am Herzen lag und er sich Notwendigkeit bewusst war, Eindruck zu machen (insbesondere was ausländische

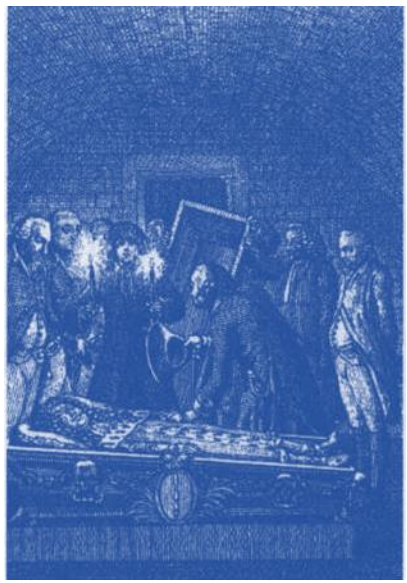
Herrscher und Gesandte betraf), scheint diese Verehrung zutiefst geschmacklos gefunden zu haben. So verweigerte er zum Beispiel die Teilnahme an den Feierlichkeiten, die von der Stadt anlässlich seiner Rückkehr nach Berlin nach Ende des Siebenjährigen Krieges organisiert worden waren. Am 30. März 1763 erwartete eine Delegation hoher Würdenträger am Frankfurter Tor Friedrichs Ankunft; Ehrengarden aus berittenen Bürgern und livrierten Fackelträgern standen bereit, die königliche Kutsche auf dem Weg zum Schloss zu eskortieren. So unangenehm war Friedrich die Aussicht auf dieses Willkommen, dass er seine Ankunft bis nach Anbruch der Dämmerung hinausschob, sich von seinen Gastgebern davonstahl und auf einer alternativen Route ohne Begleitung zum Schloss fuhr.[87]

Die hier zur Schau gestellte Abneigung gegenüber öffentlichen Beifallsbekundungen setzte den Ton für den Rest seiner Amtszeit. Friedrich hatte seit den späten 1740er Jahren den grössten Teil des Jahres fern des Berliner Hofes verbracht, doch nach 1763 zog er sich fast vollständig aus der Hauptstadt in seine Residenzstadt Potsdam zurück, wo er die Winter in seinem Stadtschloss und die Sommer in Sanssouci verbrachte.[88] Der König war bereit, der neuen Grösse des Staates durch den Bau repräsentativer Gebäude gerecht zu werden, lehnte aber alle Versuche kategorisch ab, seine Person in den Mittelpunkt der Verehrung zu stellen (das Neue Palais wurde unter grossem Aufwand nach dem Siebenjährigen Krieg errichtet, blieb aber rein offiziellen Zwecken vorbehalten).[89] So weigerte er sich beispielsweise nach seiner Thronbesteigung für offizielle Porträts zu sitzen, und einen kunstvollen Stich des bekannten Kupferstechers Daniel Chodowiecki, auf dem der König bei seiner triumphalen Rückkehr aus dem Siebenjährigen Krieg zu sehen ist, wies Friedrich als übermässig theatralisch zurück.

Das einzige Abbild, abgesehen von Münzen wie dem *Friedrichs d'or* und diversen Medaillons, die ihn bekränzt mit dem Sieglorbeer zeigten,[90] dessen Verbreitung Friedrich förderte, war ein von dem Maler Johann Heinrich Christoph Franke 1764 angefertigtes Bild (siehe S. 245) Darauf erscheint der König als alter Mann mit hängenden Lippen, eingefallenem Gesicht und gebeugtem Rücken. Franke stellte Friedrich in einer zwanglosen Haltung dar, als hätte er ihn in einem unbeobachteten Moment erwischt, den charakteristischen Dreispitz auf Kopfhöhe in der Hand und das Gesicht dem Betrachter zugewendet, während er an einem Steinsockel im Hintergrund vorübergeht. Es ist nicht bekannt, ob Frankes Porträt eine Auftragsarbeit war oder nicht, aber es entstand

auf keinen Fall im Rahmen einer persönlichen Sitzung. Friedrich war von dem Bild jedenfalls so angetan, dass er als Zeichen seines Wohlwollens danach angefertigte Stiche an bevorzugte Untertanen verschickte. Was genau ihm an dem Porträt gefiel, ist nicht bekannt. Möglicherweise sprach ihn die Bescheidenheit der Pose und die skizzenhafte Ausführung an, vielleicht aber erkannte er in dem von Franke dargestellten müden alten Mann auch eine getreuliche Wiedergabe seines Selbstbildes.[91]

Das überragende Interesse an der Person Friedrichs erwies sich als das dauerhafteste Vermächtnis der preussischen Patriotismuswelle. Nach Friedrichs Tod 1786 kehrte der Kult um ihn mit verdoppelter Intensität zurück. Dem toten König wurde in allen nur erdenklichen Formen gehuldigt – in Zeitungen, Büchern und Kalendern, ganz zu schweigen von den Tassen, Tabakdosen, Bändern, Schärpen, Schmuckketten und dergleichen mehr, die mit seinem Abbild verziert waren.[92] Eine wahre Flut neuer Publikationen, die Friedrich feierten, ergoss sich über das Land, die berühmteste und erfolgreichste war ein zweibändiges Kompendium, herausgegeben von Friedrich Nicolai, dem wichtigsten Publizisten der Berliner Aufklärung. Nicolai gehörte zu der grossen Mehrheit preussischer Bürger Ende der 1780er Jahre, für die Friedrich seit jeher auf dem Thron gesessen zu haben schien. Seine Erinnerungen an das Leben und die Leistungen des Königs waren, wie Nicolai feststellte, verwoben mit Erinnerungen



21. Friedrich der Grosse öffnet 1750 den Sarkophag des Grossen Kurfürsten und sagt: «Meine Herren, dieser Mann hat Grosses vollbracht!». Stich von Daniel Chodowiecki, 1789. Unter der Herrschaft Friedrichs des Grossen entwickelte die Monarchie ein ausgeprägtes Bewusstsein für ihr historisches Vermächtnis.

an «die glücklichen Jahre meiner Jugend und die Blüthe meines männlichen Alters». Er war «Augenzeuge» des «unbeschreiblichen Enthusiasmus» gewesen, der seine Landsleute während des Siebenjährigen Krieges erfasst hatte, und der ausserordentlichen Anstrengungen des Königs zum Wiederaufbau des vom Krieg verheerten Preussens in den Jahren nach 1763. Die Anekdotensammlung (zu deren Fertigstellung Nicolai vier Jahre benötigte) war so gesehen ein Werk, in dem die Leidenschaften eines Einzelnen mit dem patriotischen Gedächtnis der Öffentlichkeit zusammenfloss. Über den König nachdenken, verkündete Nicolai, sei gleichbedeutend damit, «die eigentliche Beschaffenheit meines Vaterlandes» zu studieren.[93]

Nicolais Kompendium war nur eine – wenn auch vielleicht die einflussreichste – unter vielen weiteren Anekdotensammlungen. Die Anekdote wurde zum wichtigsten literarischen Instrument der Erinnerung an und der Mythologisierung des toten Königs. In diesen scheinbar zufällig aneinandergereihten Erinnerungsbruchstücken fällt der König von seinem Pferd, reagiert mit nachsichtigem Spott auf Frechheiten, vergisst jemandes Namen, triumphiert durch reine Selbstbeherrschung über Not und Missgeschick.[94] Gelegentlich erscheint er auch als der Held, aber die Mehrzahl der Anekdoten akzentuiert seine körperliche Erscheinung, seine Vergänglichkeit, Bescheidenheit, die gewöhnlichen Merkmale eines aussergewöhnlichen Individuums eben. Wir erleben einen König, dem wir Hochachtung entgegenbringen, gerade weil er sich weigert, sich mit einer königlichen Attitüde zu umgeben.

Kurz und leicht zu merken, fanden diese Anekdoten ebenso schnell Eingang in die damalige mündliche wie in die literarische Kultur, nicht viel anders, wie das heute mit Witzen der Fall ist. Wie heutzutage die Regenbogenpresse befriedigten derartige Anekdotensammlungen die Lust auf intime Einblicke in das Leben der bewunderten Person, und erfüllt von der Humanität des Königs erschienen sie bar jeder Politik. Die ihnen eigene augenscheinliche Zufälligkeit verschleierte das Artifizielle des durch sie propagierten Charakterbildes. Neben der reinen Textform gab es auch Anekdoten in Bildform. Die hochwertigsten visuellen Anekdoten stammten von dem Berliner Kupferstecher Daniel Chodowiecki, der Illustrationen für etliche Anekdotensammlungen anfertigte, dessen Bilder aber auch einzeln vertrieben wurden. Viele davon stellen rührend unbedarfte Momente im Leben des Königs dar, die mit der Spannung zwischen der Bescheidenheit seines Wesens und der Einzigartigkeit seiner Stellung spielen.

Wie verbale Anekdoten waren Chodowieckis Darstellungen so prägnant und konzentriert, dass der Betrachter sie leicht in ihrer Gesamtheit erfassen und vor seinem geistigen Auge wieder wachrufen konnte.

Adolph Menzels bemerkenswerte Serie historischer Gemälde aus der Mitte des 19. Jahrhunderts, die das Bild der Preussen von ihrem König über Generationen hinweg prägte, weist ebenso die kaleidoskopartige Qualität der anekdotischen Erzählform auf wie die Filme über Friedrichs Leben, die später in der Weimarer Republik und im Dritten Reich produziert wurden.

Natürlich liess sich nicht jeder von der Woge des Patriotismus mitreissen. Die Bewohner der katholischen Gebiete der westlichen Provinzen legten während des Siebenjährigen Krieges weitaus weniger Enthusiasmus für die preussische Sache an Tag als ihre protestantischen Nachbarn.[95] Der preussische Patriotismus, davon kann man wohl mit einiger Sicherheit ausgehen, war vor allem ein Phänomen der protestantischen Kerngebiete (einschliesslich Ostpreussens), nicht viel anders also, wie sich das im Grossbritannien des späten 18. Jahrhunderts verhielt.[96] Was sich hier abspielte, liesse sich als ein Prozess bezeichnen, in dessen Verlauf sich gebildete preussische Untertanen als Angehörige eines gemeinsamen Staatswesens gleichsam «entdeckten» und das Preussentum die «kritische Masse» erreichte, die Voraussetzung zur Ausbildung einer stabilen kollektiven Identität ist.[97] In den letzten Jahrzehnten des Jahrhunderts wurde die Wortzusammensetzung Brandenburg-Preussen kaum noch verwendet. Friedrich war seit 1772 nicht mehr nur König *in*, sondern König *von* Preussen.[98] Zeitgenossen sprachen von den «preussischen Landen» oder schlicht von «Preussen» (auch wenn Letzteres erst 1807 offiziell als Sammelbegriff für alle hohenzollerischen Gebiete eingeführt wurde).

Wir können also von einer Verstärkung der kollektiven Bindungen im Preussen des späten 18. Jahrhunderts sprechen. Dabei handelte es sich um die sichtbare Oberfläche einer sedimentären Formation, deren tiefere Schichten auf frühere Phasen kollektiver Mobilisierung verweisen – auf die konfessionelle Solidarität der Frühmoderne, das zugleich pflichtbewusste wie egalitäre pietistische Arbeitsethos, die Erinnerungen an die traumatischen Erfahrungen von Krieg und Invasion. Gleichzeitig aber haftete diesem inbrünstigen Patriotismus der Preussen etwas Fragiles an. Im Gegensatz zu britischen, französischen oder

amerikanischen Patrioten, die – zumindest theoretisch – für ihr Land oder für die Nation starben, war der preussische patriotische Diskurs vor allem auf die Person Friedrichs des Grossen gerichtet. Wenn man liest, was Thomas Abbt über den Tod für das Vaterland schrieb, drängt sich einem der Eindruck auf, dass er in Wahrheit den Tod für den König meinte. In Preussen gab es nichts, was den vielfältigen Stereotypen nationaler Selbstidentifikation entsprochen hätte, die wir in der Literatur und in zahllosen Druckerzeugnissen im Grossbritannien des späten 18. Jahrhundert sich entwickeln sehen. So intensiv der preussische Patriotismus war, so eng umrissen war er auch. Mit dem Tod «Friedrichs des Einzigen» nahm der preussische Patriotismus einen Beigeschmack der Rückschau und Nostalgie an, den er nie wieder ganz loswerden sollte.

Preussisch-Polen

Im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts verschwand der Doppelstaat Polen-Litauen, ein Land grösser als Frankreich, von der politischen Landkarte Europas. In der ersten Teilung Polens 1772 annektierten Preussen, Österreich und Russland grosse Teile des polnischen Territoriums im Westen, Süden und Osten. Mit der zweiten Teilung Polens, im Vertrag von St. Petersburg zwischen Preussen und Russland im Januar 1793 vereinbart, verlor Polen weitere grosse Gebiete im Osten und Westen und wurde auf einen grotesk ausgebeinten Rumpfstaat reduziert, der sich von Nordgalizien hinauf bis zur Ostseeküste zog. Bei der dritten Teilung zwei Jahre später, bei der auch Österreich wieder mit von der Partie war, schluckten die drei Mächte alles, was von der einst mächtigen polnisch-litauischen Adelsrepublik noch geblieben war.

Verantwortlich für diese beispiellose Auslöschung eines grossen und alten Staatswesens war zum Teil der innere Niedergang des Doppelstaates. Die polnische Monarchie war eine Wahlmonarchie, ein Umstand, der das System, in dem rivalisierende Fraktionen beständig darum kämpften, ihren Kandidaten auf den Thron zu hieven, höchst anfällig für Manipulationen seitens ausländischer Mächte machte. Die strukturellen Schwächen der polnischen Konstitution lähmten das System und behinderten alle Bemühungen, den Staat zu reformieren und zu stärken. Besonders problematisch waren dabei das «Liberum Veto», nach dem jedes Mitglied im Sejm, dem polnischen Reichstag, mit seinem Ein-

spruch die Mehrheit lahmlegen konnte, sowie das Recht des Adels zur Bildung von «Konföderationen» – bewaffneten Adelsbünden, die ihre eigenen Versammlungen abhielten – zur Unterstützung oder Bekämpfung der Krone. Der Rückgriff auf diese Form des «legalisierten Bürgerkriegs» war insbesondere im 18. Jahrhundert sehr verbreitet, in dem es in den Jahren 1704, 1715, 1733, 1767, 1768 und 1792 zur Bildung grosser Konföderationen kam, was bedeutete, dass es in dieser Zeit mehr Konföderationen als ordnungsgemäss abgeschlossene Reichstage gab.»

Verschärft wurde die innere Zerrissenheit Polens noch durch die Interventionen seiner Nachbarn, insbesondere Russlands und Preussens. Der Hof in St. Petersburg betrachtete Polen als russisches Protektorat und westlichen Vorposten, von dem aus es seinen Einfluss auf Mitteleuropa geltend machen konnte. Preussen wiederum warf seit langem begehrliche Blicke auf das polnische Territorium zwischen Ostpreussen und Hinterpommern. Weder Russland noch Preussen war daran gelegen, dass die Adelsrepublik sich reformierte und womöglich die Autonomie und den Einfluss wiedergewann, die sie einstmals in Europa genossen hatte. 1764 wirkten Russland und Preussen zusammen darauf hin, den sächsisch-wettinischen Kandidaten von der polnischen Erbfolge auszuschliessen und stattdessen den russischen Favoriten Stanislaw August Poniatowski auf dem Warschauer Thron zu installieren. Doch Poniatowski entpuppte sich zur allseitigen Überraschung als polnischer Reformer und Patriot, woraufhin Preussen und Russland intervenierten, um seine Pläne zu durchkreuzen. Poniatowskis Versuche, eine einheitliche polnische Zollunion durchzusetzen, stiessen auf den Widerstand Preussens. Unterdessen waren die Russen mit einer Streitmacht nach Polen eingerückt, bauten ihre Patronagenetzwerke aus und unterstützten die Reformgegner. Die Lage spitzte sich weiter zu, und 1767 war der Doppelstaat in zwei bewaffnete Lager zerfallen.

Vor diesem Hintergrund der sich verschärfenden Anarchie in Polen legte Friedrich II. im September 1768 seinen ersten Vorschlag zur Teilung Polens vor. Der Erwerb eines Teils Polens war ein Traum, den Friedrich schon seit langem hegte. In der Tat hatte er sich darüber schon in seinem ersten politischen Testament von 1752 ausgelassen, wo er Polen in den berühmt gewordenen Worten mit einer «Artischocke» verglich, die man «Blatt für Blatt essen muss»[100]. Sein besonderes Interesse galt dem als «Königlich-Preussen» bekannten Gebiet, das seit 1454 der Autorität der polnischen Krone unterstand. Königlich Preussen

war die westliche Hälfte des alten Fürstentums Preussen, dessen Namen die brandenburgischen Kurfürsten und Könige nach 1701 übernommen hatten. Dank eines komplizierten Lehnssystems, das auf das frühe 18. Jahrhundert zurückging, befand sich ein kleiner Teil Königlich Preussens bereits in preussischer Hand.[101] Dennoch wäre es übertrieben, Friedrich als den einzigen oder hauptsächlichen Architekten der Teilung Polens zu bezeichnen.[102] Immerhin waren es die Österreicher, die den ersten Bissen vom polnischen Kuchen nahmen, als sie 1769/70 zuerst die Zips, ein Archipel polnischer Enklaven im nördlichen Ungarn, und anschliessend die angrenzenden Gebiete von Neumarkt und Neu-Sandoz besetzten. Und es war Russland, das mit seiner zusehends aggressiveren Einmischung in die polnischen inneren Angelegenheiten am meisten dazu beigetragen hatte, die Autonomie und innere Stabilität Polen-Litauens zu untergraben. Dies wiederum provozierte in Berlin und Wien berechtigte Bedenken über die Ausweitung des russischen Herrschaftsbereichs nach Westen und nährte die Angst, die polnische Malaise könnte die drei regionalen Mächte in einen grösseren Krieg hineinziehen.[103]

Als sich 1771 die Unruhen in Polen ausweiteten, verständigten sich Preussen und Russland grundsätzlich auf eine Teilung des Landes; Österreich schloss sich im darauffolgenden Jahr an. Im endgültigen Teilungsvertrag vom 5. August 1772 wurde dieser kaltblütige Raubzug mit einer fast schon komisch zynischen Präambel gerechtfertigt:

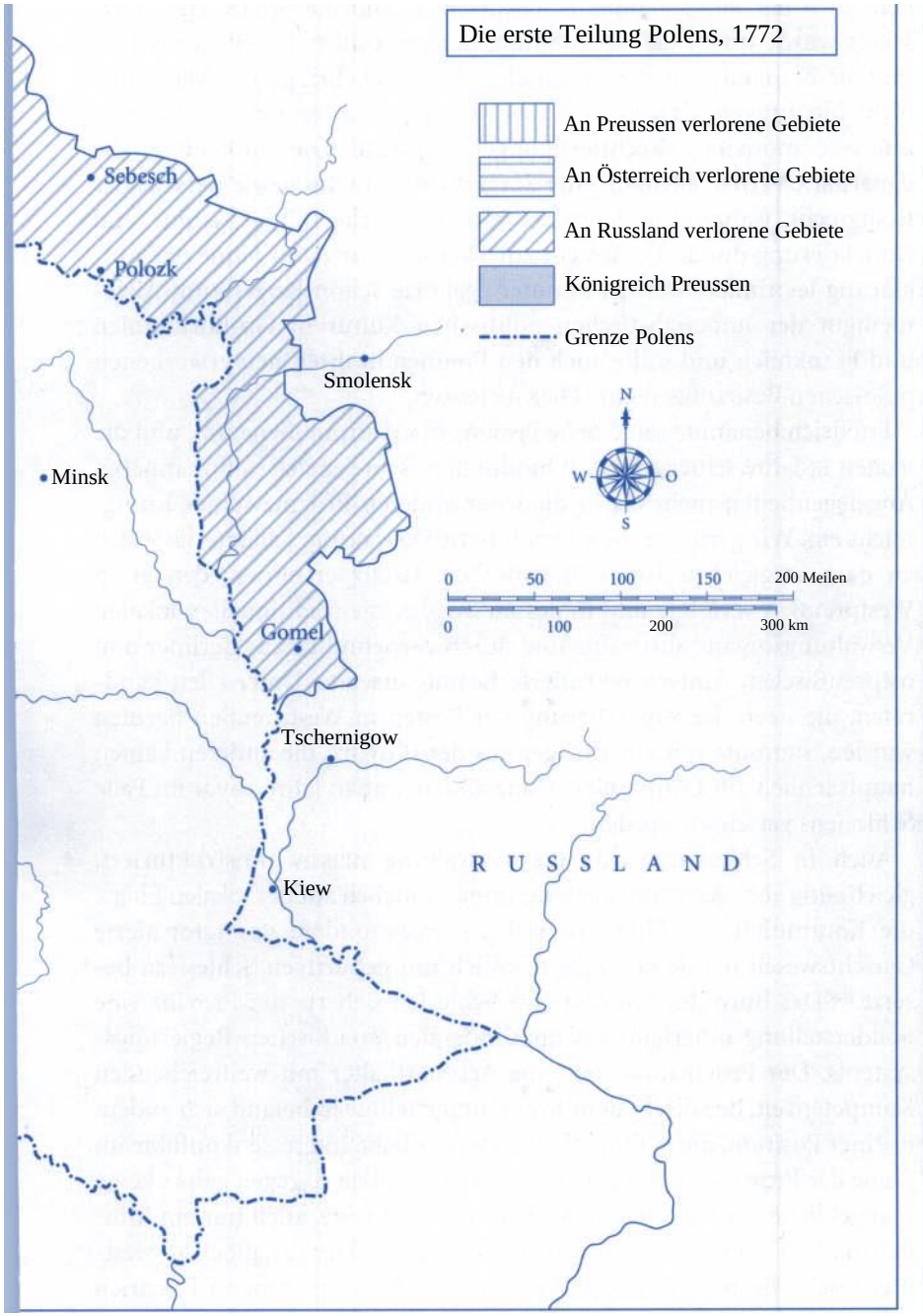
«Im Namen der Heiligsten Dreifaltigkeit! Der Geist des Haders, die Wirren des Bürgerkrieges, der das Königreich Polen seit so vielen Jahren erschüttert, und die Anarchie, die mit jedem Tag zunimmt, der vergeht, [...] liefern gute Gründe dafür, mit Besorgnis den vollständigen Zerfall des Staates zu erwarten [...] «[104]

Preussen erhielt mit fünf Prozent vom polnischen Gesamtgebiet den kleinsten Brocken (die Russen bekamen 12,7 Prozent, die Österreicher 11,8). Neben Königlich Preussen annektierten die Preussen noch den Netzedistrikt, ein langes, im Süden an Königlich Preussen angrenzendes Flusstal, sowie das weiter östlich gelegene Bistum Ermland. Dieses regionale Agglomerat schloss die Lücke, die Ostpreussen von den Kernprovinzen der Hohenzollernmonarchie trennte, und ihr Erwerb war deshalb von immensem strategischem Wert. Zudem besass das Gebiet eine grosse wirtschaftliche Bedeutung für die Region, da ihr Besitzer die polnischen Handelswege über Danzig und Thorn (die beide bei Polen verblieben) zur Ostsee kontrollierte.

Die juristische Rechtfertigung für die Besetzung Schlesiens war dünn genug gewesen; im Falle Königlich Preussens gab es keinerlei glaubwürdigen Grund für die Annektierung, abgesehen von den Sicherheitsinteressen des preussischen Staates. Die Preussen konstruierten mehrere phantasievolle Ansprüche des Inhalts, dass die brandenburgischen Erbrechte auf die annektierten Gebiete vor Urzeiten von den Deutschordensrittern und Polen usurpiert worden seien und sie demzufolge lediglich ein lange verlorenes Erbe antraten.[105] Diese Behauptungen wurden zwar feierlich in diversen offiziellen Dokumenten wiederholt, doch fällt es schwer zu glauben, irgendjemand in der preussischen Regierung habe sie ernst genommen. Bemerkenswert ist zudem, dass Friedrich niemals – nicht einmal in internen Schriftwechseln – ethnische Gründe zur Rechtfertigung seines Anspruchs auf Königlich Preussen angab. Das mag im Rückblick überraschend erscheinen, bedenkt man, dass es in den annektierten Territorien grosse, hauptsächlich von Deutschen (sprich deutschsprachigen Protestanten) bewohnte Siedlungsgebiete gab. Deutschsprachige Protestanten stellten rund drei Viertel der städtischen Einwohnerschaft in Königlich Preussen und im Netzedistrikt und etwa 54 Prozent der Gesamtbevölkerung. Im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert führten nationalistische deutsche Historiker die starke ethnische Präsenz der Deutschen in Königlich Preussen zwar als Grund für die Legitimität der Annektierung an,[106] doch handelt es sich dabei um eine zutiefst anachronistische Sichtweise. Nichts hätte dem frankophonen Friedrich II., der berühmt für seine Verachtung der zeitgenössischen deutschen Kultur war und an den Primat des Staates, nicht den der Nation, glaubte, fernerliegen können als die Vorstellung, Brandenburg-Preussen habe einen «nationalen» Auftrag zur Vereinigung der deutschen Nation unter deutscher Herrschaft.

Viel wichtiger für das Selbstgerechtigkeitsgefühl der Usurpatoren war die verallgemeinerte (und der Aufklärung entstammende) Annahme, durch ihre Herrschaft der Region eine gerechtere, dem Wohlstand förderlichere und effizientere Verwaltung zu bescheren. Die preussische Einschätzung der polnischen Regierung war generell extrem negativ – die Redewendung «eine polnische Wirtschaft» war (und ist es hier und da immer noch) Synonym für chaotische oder ungeordnete Verhältnisse. Der polnische Adel *(szlachta)* galt weithin als verschwenderisch, faul und nachlässig in seiner Verantwortung für das Land, die polnischen Städte als heruntergekom-

Ostsee
Riga
Memel
Königsberg
W
Danzig
HINTERPOMMERN
OSTPREUSSEN
Bromberg
Thorn
KÖNIGREICH
POLEN
Posen
Weichsel
Bug
Warschau
Brest-
Litowsk
Breslau
Oder
SCHLESIEN
HABSBURGER MONARCHIE
Lemberg
Sambor
Die Zips, Neumark
und Neu-Sandoz
1768/69 von
Österreich-Ungarn
besetzt


Die erste Teilung Polens, 1772
An Preussen verlorene Gebiete
An Österreich verlorene Gebiete
An Russland verlorene Gebiete
Königreich Preussen
Grenze Polens
Sebesch
Polozk
Smolensk
Minsk
Gomel
Tschernigow
Kiew
RUSSLAND
N
W
O
S
0 50 100 150 200 Meilen
0 100 200 300 km

men. Die polnischen Bauern, so war man überzeugt, stöhnten in schlimmster Knechtschaft und Elend unter dem Joch der herrschenden Schlachtschitz, und die preussische Herrschaft würde ihnen die Abschaffung der persönlichen Leibeigenschaft und die Befreiung aus der «polnischen Sklaverei» bringen.[107] Man muss nicht hinzufügen, dass es sich dabei um tendenziöse und vom Eigeninteresse motivierte Rechtfertigungen handelte. Die Auffassung, die dauerhafte Vernachlässigung der Sorgfaltspflicht schwäche einerseits das Besitzrecht, während andererseits widerrechtliche Inbesitznahme und Annektierung durch die Absicht zur «Verbesserung» im Sinne der Aufklärung legitimiert werden könnten, gehörte schon länger zum Allgemeingut der imperialistischen politischen Kultur in Grossbritannien und Frankreich und sollte auch den Preussen in ihren neu erworbenen polnischen Besitzungen gute Dienste leisten.

Friedrich benannte seine neue Provinz in «Westpreussen» um, und die letzten 14 Jahre seiner Amtszeit hindurch mischte er sich in ihre inneren Angelegenheiten mehr als in die jeder anderen Provinz seines Königreichs ein. Wie gering er die alte polnische Verwaltung schätzte, lässt sich an dem vergleichsweise zentralistischen Ansatz erkennen, den er in Westpreussen verfolgte und in dessen Zuge er die traditionellen lokalen Verwaltungsorgane abschaffte und durch vornehmlich aus Berliner und ostpreussischen Ämtern rekrutierte Beamte ersetzte. Unter allen Landräten, die nach der Annektierung auf Posten in Westpreussen berufen wurden, stammte nur ein einziger aus der Provinz; die anderen kamen hauptsächlich aus Ostpreussen. Ganz anders war 30 Jahre zuvor im Falle Schlesiens verfahren worden.

Auch in Schlesien wurde die Verwaltung massiv umstrukturiert, gleichzeitig aber versuchte man, wo immer möglich auf der lokalen Ebene die Kontinuität der Eliten zu wahren; insbesondere das reformierte Gerichtswesen wurde fast ausschliesslich mit gebürtigen Schlesiern besetzt.[108] Das Büro des Ministers für Schlesien sicherte der Provinz eine Sonderstellung innerhalb des quasiföderalen preussischen Regierungssystems. Der Provinzminister, eine Art Statthalter mit weitreichenden Kompetenzen, der direkt dem König unterstellt war, befand sich zudem in einer Position, die es ihm erlaubte, wesentliche Interessenkonflikte im Sinne der Provinz zu beeinflussen. In Westpreussen dagegen gab es keine massgebliche Zentrale, die in der Lage gewesen wäre, auch nur ein Mindestmass an Selbstverwaltung zu gewährleisten. Der ranghöchste westpreussische Beamte nach 1772 war Kammerpräsident Johann Friedrich Domhardt, der weder für die

Fiskalverwaltung der Provinz zuständig war, noch Einfluss auf das Gerichtswesen oder das Militär hatte, die beide direkt Berlin unterstellt waren.[109]

Besondere Aufmerksamkeit galt der katholischen Kirche. Während der Vorverhandlungen über die erste Teilung hatte Friedrich die Sorge geäussert, die Nachricht einer bevorstehenden Annektierung rein katholischer Gebiete wie des Bistums Ermland an der Ostgrenze Königlich Preussens könnte einen öffentlichen Aufschrei auslösen. Nach 1772 verwendeten die Preussen wie schon 30 Jahre zuvor in Schlesien grosse Sorgfalt darauf, den Anschein institutioneller Kontinuität der katholischen Kirche zu wahren. Folglich gab es keine direkte Enteignung bischöflichen Grundbesitzes. Stattdessen wurden die kirchliche Ländereien in Ost- und Westpreussen unter die Aufsicht der Kammerverwaltung gestellt. So blieben sie formal im Besitz der Kirche; aufgrund der hohen Besteuerung und anderer Kosten jedoch verblieben nur 38 Prozent der Bruttoeinkünfte aus den Ländereien in den Kassen des Klerus.[110] Noch schlechter erging es dem Klerus in Westpreussen, an den der Staat offenbar nur ein Fünftel der Einkünfte aus den Kirchenländereien zurückgab. Diese schleichende Säkularisation durch Diebstahl, wie man sie nennen könnte, kontrastiert erneut mit dem grosszügigeren Umgang mit dem schlesischen Klerus nach 1740.

Der vorwiegend polnische Adel in Westpreussen fand sich im Grossen und Ganzen ohne Widerstand mit der Annektierung durch Preussen ab. In einigen Gebieten, so dem Netzedistrikt, verweigerten zwar einige Gutsbesitzerfamilien den Lehnseid auf den neuen Monarchen, offene Opposition aber gab es praktisch nicht.[111] An Friedrichs Verachtung für die polnischen Adeligen, die er in zahllosen internen Regierungsdokumenten zum Ausdruck brachte, konnte das jedoch nichts ändern. Sie mussten höhere Kontributionen leisten als ihre protestantischen (deutschen) Standesgenossen, sie durften sich nicht zu Kreistagen zusammenschliessen und auch keine eigene Kreditanstalt gründen.[112] Die Massnahmen, mit denen der König den adeligen Landbesitz in seinen anderen Territorien konsolidierte, wurden in der neuen Provinz auf den Kopf gestellt: Friedrich drängte die polnischen Adeligen zum Verkauf ihrer Güter und forderte die Provinzverwaltung auf, protestantische Käufer dafür zu finden, ob nun adeliger Abstammung oder nicht. Im Zuge dieser Politik stieg der Anteil einstmals adeligen Landes in Bürgerhand in Westpreussen auf nahezu das Doppelte des

Durchschnittswerts aller hohenzollerischen Lande an.[113] Friedrich rechtfertigte dieses Vorgehen damit, dass die polnischen Magnaten den Reichtum aus dem Land saugten und die Einnahmen aus ihren westpreussischen Ländereien im polnischen Warschau verprassten. Im Juni 1777 erliess er ein Ultimatum, in dem alle Gutsherren mit Grundbesitz beiderseits der polnischen Grenze vor die Wahl gestellt wurden, sich entweder ausschliesslich in Westpreussen niederzulassen oder aber ihre westpreussischen Ländereien zu verlieren.

Die Folgen dieser Massnahmen sind schwer abzuschätzen, zumal Friedrichs Anordnungen oft harscher klangen, als sie dann später umgesetzt wurden; so scheint man beispielsweise wenig unternommen zu haben, um das Ultimatum von 1777 zu erzwingen. Sowieso richtete sich die adelsfeindliche Politik des Königs hauptsächlich gegen die kleine Elite der echten polnischen Magnaten, Adelsfamilien wie die Czapskis, Potockis, Skorzowkis, Prebendows und Dabskis, die dem Hof und der Gesellschaft Warschaus die Treue hielten. Dem niederen polnischen Adel stand Friedrich weit weniger ablehnend gegenüber, und er unternahm sogar Schritte zu seiner Bewahrung.[114]

Gleichzeitig investierte der Staat massiv in die Entwicklung der Provinz: Geld für die Verbesserung der Städte wurde bereitgestellt, insbesondere für Bromberg und Kulm, Sümpfe trockengelegt und Wälder abgeholzt, um neues Acker- und Weideland zu gewinnen, und ein Kanal gebaut, der die Netze mit der Brahe verband und damit den Schiffsverkehr zwischen Oder und Weichsel ermöglichte. Friedrich mischte sich in zahllosen Detailfragen ein, befahl etwa die Anpflanzung von Obstbäumen, die Gründung von Schulen, den Anbau von Kartoffeln, den Bau von Deichen oder die Bereitstellung billigen Saatgutes für die Bauern.[115] Die Auswirkungen des neuen Regimes auf die Bauern, die den Grossteil der Bevölkerung in den annektierten Gebieten stellten, waren durchwachsen. Die grossspurige Ankündigung, sie aus ihrer «polnischen Sklaverei» zu befreien, war grösstenteils Propaganda, da die Bauern im polnischen Königlich Preussen bereits zuvor grosse Bewegungsfreiheit genossen hatten. Andererseits bot die Einrichtung unabhängiger Rechtsorgane innerhalb der Gutsverwaltungen den Bauern besseren gesetzlichen Schutz vor Willkür.[116] Nicht anders als das in Schlesien der Fall gewesen war, stieg mit Einführung des rigorosen Fiskalregimes des brandenburgisch-preussischen Staates die Steuerbelastung für die gesamte Bevölkerung an, obwohl das Steuersystem nun transparen-

ter und die Last gleichmässiger verteilt war. Mitte der 1770er Jahre erwirtschaftete die neue Provinz bereits zehn Prozent der preussischen Staatseinnahmen, ein Anteil, der ziemlich genau ihrer Grösse und Bevölkerungszahl entsprach.

Die Auswirkungen der Annektierung auf die regionale Wirtschaft können in Ermangelung präziser Statistiken nur schwerlich bewertet werden. Das sehr geringe Wachstum der städtischen Bevölkerung könnte allerdings darauf hindeuten, dass sich die hohe Besteuerung negativ auf das Investitionsvolumen auswirkte. Da Friedrich Wert auf eine gut gefüllte Kriegskasse legte, wurde ein erheblicher Teil der regionalen Einnahmen dauerhaft aus dem Kreislauf genommen. Erschwerend kam hinzu, dass die Einführung von Zöllen im Handel mit Polen den Nord/Süd-Handel behinderten, der für viele Städte eine wichtige Einkommensquelle gewesen war. Andererseits profitierte der Agrarsektor von der Öffnung des Immobilienmarktes und dem gewaltigen Hunger Grossbritanniens auf Importgetreide, was sich auch in dem rasch steigenden Marktwert für Gutshöfe widerspiegelte.

In welchem Masse es der königlichen Verwaltung gelang, das Vertrauen und die Loyalität der neuen Untertanen zu erringen, schwankte von Region zu Region. Die deutschstämmigen Protestanten, die die Mehrheit in den Städten bildeten, konnten ungeachtet einiger anfänglicher Proteste rasch in das neue System integriert werden. Widerspenstiger waren die Katholiken, trotz Friedrichs wiederholter Zusagen, ihr Recht auf freie Ausübung ihres Glaubens in seiner traditionellen Form zu respektieren. Und unter dem polnischen Adel herrschte, aus gutem Grund, ein allgemeines Misstrauen gegenüber den neuen Herren. «Nach dem Herrschaftswechsel», merkte ein mit den Bedingungen im Netzedistrikt vertrauter Zeitgenosse 1793 an, « [war] der polnische Adel nicht mehr, was er gewesen war, es mischte sich daher Bitterkeit in seinen Charakter, und Misstrauen gegen Deutsche, welches noch lange fortdauern wird.»[117] Gleichzeitig hing viel von der individuellen Stellung in der Sozialstruktur der Provinz ab: Die neue Kadettenschule in Kulm beispielsweise erfreute sich bei Familien des niederen polnischen Adels grosser Beliebtheit, und nach der Jahrhundertwende findet man viele Doppelnachnamen, deren Träger ihrem eigentlichen polnischen Nachnamen einen deutschen Namen hinzufügten – Rosenberg-Gruszcynski, Hoike-Truszcynski und so weiter.[118] Bei den kaschubischen Bauern und Grundbesitzern, die die mageren Böden im Norden der Provinz bestellten,

finden sich – in Form polnischsprachiger Anekdotensammlungen – sogar einige indirekte Hinweise darauf, dass manche von ihnen dem zeitgenössischen Kult um Friedrich den Grossen erlegen waren.

Die Gruppe im Land, die vielleicht am meisten den Versprechungen und der Propaganda des neuen Regimes glaubte, waren die in die Provinz entsandten preussischen Beamten. In den Dokumenten über die Verwaltung Westpreussens finden wir wieder und wieder Hinweise auf die erbärmliche Unfähigkeit der polnischen Verwaltung und die Notwendigkeit, das institutionelle und wirtschaftliche Leben auf eine preussische Grundlage zu stellen.[119] Der Begriff «preussisch» diente dabei als Antonym zu den vorgeblich polnischen Untugenden – Sklaverei, Misswirtschaft, Faulheit. Die Vorstellung, dass das Preussentum für bestimmte abstrakte Tugenden stand, nahm in dieser Begegnung mit Untertanen von jenseits der Grenzen des Heiligen Römischen Reiches deutlich schärfere Züge an. Es ist oft darauf hingewiesen worden, dass die Erfahrung der Kolonialregierung in Indien und andernorts eine ritualisierte Form der «Britishness» hervorbrachte, die erst im Rahmen eines Diskurses der moralischen und gesellschaftlichen Überlegenheit zu ihrer vollen Entfaltung gelangte. Auf dieselbe Weise bestärkte die nahezu ausschliesslich negative Wahrnehmung der polnischen Traditionen zusammen mit dem leidenschaftlichen Fortschrittsglauben der Aufklärung das Vertrauen in die charakteristischen Vorzüge des «preussischen Weges».

Der König und der Staat

Wie war der Staat gestaltet, den Friedrich seinem Nachfolger hinterliess? Der Staat war eines der zentralen Themen in Friedrichs politischen Schriften. Sein Vater Friedrich Wilhelm I. hatte, wie in Kapitel 5 gezeigt, dazu geneigt, seine Politik durch die Notwendigkeit der Konsolidierung seiner «Souveränität» zu legitimieren. Im Gegensatz dazu beharrte Friedrich auf dem Primat des Staates als einem abstrakten, von seiner Person getrennt stehenden Gebildes. «Ich habe es für meine Pflicht gehalten», schrieb er im politischen Testament von 1752, «zum Wohle des Staates zu arbeiten, und das auf allen Gebieten.»[120] Und gegenüber seinem Bruder Heinrich erklärte er im Februar 1776, er habe sein Leben voll und ganz dem Staat gewidmet. Im Gegensatz zum Staat, der, in einem

subjektiven Sinne, eine stellvertretende Form der Unsterblichkeit repräsentierte, würde das Bewusstsein des Königs mit seinem Tod erlöschen und so seine Hoffnungen auf die Zukunft zunichtegemacht.

«Dabei habe ich allein den Staat im Auge», schrieb Friedrich, «denn mir ist wohl bewusst, dass mir alles, sollte selbst der Himmel einstürzen, im Augenblick nach meinem Tode völlig gleichgültig sein könnte.»[121] In seiner logischen Konsequenz implizierte der Primat des Staates eine Relativierung, ja, eine Herabsetzung der Position des Herrschers. Nirgendwo wird das von Friedrich expliziter angesprochen als in seinem politischen Testament von 1752, wo es heisst: «Der Souverän ist der erste Diener des Staates. Er wird gut bezahlt, damit er die Würde seiner Stellung aufrechterhalte; aber man fordert von ihm, dass er wirksam für das Wohl des Staates arbeite [,..]»[122]

Diese Auffassung war nicht neu – die Vorstellung vom Souverän als *premier domestique* des Staates findet sich bereits in den Schriften Fénelons, Bossuets und Bayles.[123] Auch Samuel von Pufendorf, Biograf des Grossen Kurfürsten und der einflussreichste deutsche Kenner Hobbes, hatte den Souverän in funktionalen Begriffen als den Garanten der kollektiven Interessen des Staates definiert. Dieselbe Argumentation durchzieht auch die Arbeiten Christian Wolffs, der einige Zeit als Philosophieprofessor in Halle tätig gewesen war und dessen Schriften, die den Aufstieg des abstrakten Rechts- und Verwaltungsstaates mit weit reichender Verantwortung in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Schutz der Arbeiter und Sicherheit feierten,[124] Friedrich als Kronprinz mit Bewunderung gelesen hatte. Kein preussischer Monarch aber hatte dieses Konzept so sehr in den Mittelpunkt seiner Auffassung vom Auftrag des Souveräns gerückt wie Friedrich der Grosse, was auch seine Abneigung gegen den friderizianischen Personenkult und seinen Verzicht auf die konventionellen Insignien der dynastischen Monarchie erklärt (oder zumindest nachvollziehbar macht). Sein Beharren darauf, einen alten blauen Soldatenrock zu tragen, dessen Revers mit Spuren von spanischem Schnupftabak befleckt war, brachte die Selbstunterordnung des Monarchen unter die von ihm repräsentierte politische und gesellschaftliche Ordnung zum Ausdruck.

Friedrich verkörperte die Staatsidee so absolut, dass viele hohe Beamte zu der Überzeugung gelangten, dem Monarchen zu dienen, sei ein und dasselbe, wie dem Staat zu dienen. Das höchste Ziel der Verwaltung müsse es sein, verkün-

dete Ludwig Graf von Münchow in seiner Antrittsrede als Direktor der neuen Kammer im schlesischen Glogau, «dass wir ohne alle Nebenabsichten sowohl des Königs als auch des Landes Beste [befördern müssen] [...] dass kein Tag – ja, wenn es möglich – keine Stunde hingegangen, worinnen wir nicht wirklich dem Könige einen Dienst getan [...]»[125] Der König war also weit mehr als nur der oberste Vorgesetzte; er war ein Vorbild, dessen Werte und Lebensweise von hohen Beamten internalisiert wurden. Was das für den einzelnen Beamten bedeuten konnte, erfahren wir aus dem Tagebuch von Friedrich Anton von Heinitz, Leiter des Departements für Bergwerks- und Hüttenwesen im Generaldirektorium. Heinitz war kein Preusse, sondern Sachse und 1776 im Alter von 52 Jahren in Friedrichs Dienste getreten. In einem Tagebucheintrag vom 2. Juni 1782 meinte Heinitz, man müsse die harte Arbeit für das öffentliche Wohl als Akt der Anbetung Gottes betrachten. «Du hast darin an dem König ein Exempel so wenig seinesgleichen. Er ist arbeitsam, zieht seine Schuldigkeit aller Erholung vor, besorgt zuvörderst seine Geschäfte [...] Er hat in seinem Stande nicht seinesgleichen, der die Enthaltsamkeit, Einförmigkeit hat, der seine Zeit so einzuteilen weiss [,..]»[126]

Friedrich projizierte die abstrakte Autorität des Staates auch mit den Mitteln der Architektur, ein Konzept, das nirgendwo eindrucksvoller realisiert wurde als in dem Ensemble öffentlicher Gebäude, das am Anfang der Strasse Unter den Linden im Zentrum Berlins an das Forum Fridericianum (den heutigen Bebelplatz) angrenzte. Eine der ersten Amtshandlungen Friedrichs als König bestand darin, den Hofarchitekten Georg Wenzeslaus von Knobelsdorff mit dem Bau eines Opernhauses an der Ostseite des Platzes zu beauftragen. Das Opernhaus war nach seiner Vollendung eines der grössten in ganz Europa und bot 2‘000 Zuschauern Platz. 1747 wurde, auf der Südseite des Platzes an das Opernhaus angrenzend, mit dem Bau der Sankt-Hedwigs-Kathedrale zu Ehren der katholischen Untertanen des Königs begonnen – ein bemerkenswertes Monument der interkonfessionellen Toleranz im Herzen einer lutherischen Stadt. Um keinen Zweifel an dieser Botschaft aufkommen zu lassen, wurde der Portikus nach dem Vorbild des synkretistischen Pantheons des antiken Roms gestaltet. In den 1770er Jahren kam dann an der Westseite die grosszügig dimensionierte neue Königliche Bibliothek hinzu.

Natürlich spielte bei diesen Projekten auch der Wunsch nach traditioneller monarchischer Repräsentation eine Rolle. Zugleich aber stellte das Forum einen sehr bewussten Ausdruck des kulturellen Auftrags des Staates dar.[127] Die

Pläne und Aufrisse der neuen Gebäude sowie des Platzes insgesamt fanden grosse Verbreitung und waren Gegenstand gelegentlich kontroverser Diskussion in den Berliner Zeitungen und Salons. Nach ihrer Vollendung waren Oper und Bibliothek der allgemeinen Öffentlichkeit zugänglich.[128] Vielleicht am bemerkenswertesten an der Gesamtanlage war das Fehlen eines königlichen Palastes. Ursprünglich hatte Friedrich dort zwar auch einen Königspalast errichten lassen wollen, verlor aber nach dem Zweiten Schlesischen Krieg das Interesse an diesem Vorhaben. Das Opernhaus war damit das erste Gebäude seiner Art nördlich der Alpen, das nicht räumlich an einen Königspalast angrenzte. Auch die Königliche Bibliothek war, höchst ungewöhnlich für die Zeit, ein freistehendes Gebäude. Das Forum war, anders ausgedrückt, ein Residenzplatz ohne eine Residenz, wodurch es sich, wie Besuchern der Stadt keineswegs entging, von praktisch jedem anderen europäischen Schlossplatz unterschied.[129] In der Architektur, wie in der Person des Königs, war die Repräsentation des preussischen Staates von der der preussischen Dynastie entkoppelt.

Um sich der Notwendigkeit fortlaufender diktatorischer Interventionen seitens des Souveräns zu entheben, benötigte der Staat aber eine kohärente rechtliche Struktur. Auch hier praktizierte Friedrich, was er predigte, ordnete das Gerichtswesen der Vernunft unter und beauftragte führende Juristen der Zeit mit der Ausarbeitung eines Landrechts für die preussischen Staaten. Wiewohl noch nicht abgeschlossen zum Zeitpunkt seines Todes, sollte das *Allgemeine Landrecht für die Preussischen Staaten* zu einer Art Verfassung für das Königreich Preussen werden.[130] In seinen Bemühungen um den Wiederaufbau Preussens nach dem Krieg erwies sich Friedrich als gewissenhafter Diener des Allgemeinwohls – in den Kriegen verwüstete Dörfer wurden wieder aufgebaut, in Vorwegnahme des später im *Allgemeinen Landrecht* festgeschriebenen Grundsatzes, wonach der Staat gehalten ist, denjenigen zu «entschädigen», der «seine besondern Rechte und Vortheile dem Wohle des gemeinen Wesens aufzuopfern genöthigt wird»[131]. Gleichermassen akzeptierte Friedrich, wie wir gesehen haben, die Fürsorgepflicht des Staates für Kriegswaisen und -invaliden, unter seiner Herrschaft wurde die Versorgung dieser Gruppen durch staatliche Einrichtungen ausgeweitet.

Die Doktrin vom Primat des Staates bestimmte auch Friedrichs Haltung im internationalen Kontext. Dazu gehörte, erstens, eine recht laxe Einstellung im Hinblick auf internationale Verträge und dergleichen andere Verpflichtungen,

da diese, waren sie den Interessen des Staates nicht länger dienlich, jederzeit aufgekündigt werden konnten. Friedrich praktizierte dies zum Beispiel im Falle des Nymphenburger Bündnisses, als er gleich zweimal, 1742 und 1745, seine Verbündeten im Stich liess, das Bündnis aufkündigte und einen Separatfrieden mit Österreich schloss. Nicht viel anders verhielt es sich mit seinem Einmarsch in Schlesien, der eklatant gegen die Rechtsordnung des Heiligen Römischen Reiches verstiess. Doch das kümmerte Friedrich wenig, der anders als sein Vater das Reich mit Verachtung betrachtete, dessen Regierungsform er im politischen Testament von 1752 als «überaltert und bizarr» abtat.[132] Von Friedrichs Warte aus (und der Pufendorfs und vieler anderer deutscher Kritiker des Reiches im 18. Jahrhundert) verkörperte das Heilige Römische Reich mit seinen überlappenden Jurisdiktionen und seinen mehrfachen, einander durchdringenden Ebenen der Souveränität die Antithese des Staatsprinzips. Hinzu kam die bittere Erinnerung an die Jahre 1718 und 1725, als Adelsdelegationen aus der Provinz Magdeburg vor dem Reichsgericht in Wien mit Erfolg Berufung gegen eine neue preussische Steuer eingelegt hatten. Das Abkommen von 1746, in dem der Habsburger Kaiser offiziell auf Reichsjurisdiktion über die preussischen Territorien verzichtete, gehörte zu den entscheidenden Erfolgen Friedrichs auf dem Weg zur Konsolidierung der konstitutionellen Autonomie seines Königreichs. Nun konnte Friedrich den brillanten Juristen Samuel von Cocceji, der bereits seinem Vater gedient hatte, mit der Abfassung eines allgemeinen Landrechts beauftragen, das allein auf der Vernunft und den rechtlichen Gewohnheiten in den preussischen Landen basierte. Das war ein wichtiger Moment, weil er den Anfang vom Ende des alten Reichssystems markierte. Der Kampf zwischen Preussen und Österreich war so gesehen ein Konflikt zwischen dem «Staatsprinzip», das auf dem Primat des Staates vor allen inneren und supraterritorialen Kräften basiert, und einem «Reichsprinzip» verteilter Zuständigkeit und gemischter Souveränität, das seit dem Mittelalter eine prägende Eigenschaft des Heiligen Römischen Reiches gewesen war.

So entschlossen und aufrichtig Friedrich für die abstrakte Autorität des Staates eintrat, gab es doch etliche eklatante Widersprüche zwischen Theorie und Praxis. Obgleich er prinzipiell die Unumstösslichkeit aller veröffentlichten Gesetze und Verfahrensordnungen anerkannte, schreckte er nicht davor zurück, wenn seiner Ansicht nach nötig, sich über die Entscheidungen seiner Justizbe-

hörden hinwegzusetzen. Das berühmteste Beispiel einer solchen Intervention Friedrichs war die Müller-Arnold-Affäre in den Jahren 1779/80. Ein Wassermüller namens Arnold hatte seinem Grundherren, dem Grafen Schmettau, die Zahlung des Pachtzinses verweigert, weil der örtliche Landrat, Baron von Gersdorff, durch die Anlage mehrerer Karpfenteiche das Wasser für die Mühle abgegraben und ihn seines Lebensunterhalts beraubt hatte. Als Arnold zur Räumung der Mühle verurteilt wurde, wandte er sich zusammen mit seiner Frau direkt an den König. Entgegen einer scharf formulierten Kabinettsorder des Königs, in der das Urteil revidiert wurde, bestätigte die Justizbehörde Küstrin das ursprüngliche Urteil. Friedrich, der Manipulationen einer Provinzoligarchie vermutete, tobte und ordnete an, den Fall an das Berliner Kammergericht zu übertragen. Doch auch das Kammergericht bestätigte das Urteil gegen den Müller, woraufhin Friedrich befahl, die drei verantwortlichen Richter zu verhaften und zu mindestens einem Jahr Festungshaft zu verurteilen. Die Karpfenteiche des Landrats sollten beseitigt, der Wasserlauf zur Arnold'schen Mühle wieder hergerichtet und der Müller für alle seine Kosten und Verluste entschädigt werden. Der Fall sorgte nicht nur in den Kreisen der Justizverwaltung für Empörung, er geriet auch zu einer öffentlichen Sensation. In einer in Zeitungen und Gazetten im ganzen Königreich abgedruckten Kabinettsorder rechtfertigte der König sein Vorgehen und erklärte, seine Absicht habe darin gelegen sicherzustellen, dass «jedermann, sei er vornehm oder gering, reich oder arm, eine prompte Justiz administriert» werde und ihm ohne Ansehen der Person «ein unparteiisches Recht widerfahren» solle.[133]

Auch im territorialen Sinne war Friedrichs Staatskonzept weniger umfassend als das seines Vaters, er kümmerte sich weit weniger um die Integration der ausserhalb gelegenen Gebiete. Viele der merkantilistischen Wirtschaftsregulationen, die auf das brandenburgische Kernland angewendet wurden, wurden nicht auf die westlichen Provinzen übertragen, deren Erzeugnisse aus steuerlichen Gründen wie ausländische Waren behandelt wurden. Die Bemühungen der Regierung, Ostpreussen mit Hilfe des Magazinsystems in die gesamtpreussische Getreideökonomie zu integrieren, liessen unter Friedrichs Herrschaft nach. Auch wurde das Kantonsystem in den westlichen Provinzen nicht durchgängig einführt. So hatten, wie er 1768 erklärte, die drei Regimenter von Wesel keinen Kanton, «weil die Bevölkerung dieser Provinzen nicht für den Kriegsdienst taugt; sie ist schlaff und weichlich, und wenn der Klever sich von seinem Zu-

hause entfernt, bekommt er Heimweh wie die Schweizer».[134] Wenig unternommen wurde auch zur Integration des kleinen Fürstentums Neuenburg/Neuchâtel in der Schweiz, das Friedrich 1.1707 in Personalunion mit Preussen verband und das von einem preussischen Gouverneur verwaltet wurde, der jedoch unter Friedrich dem Grossen immer wieder längere Perioden abwesend war, sodass der Einfluss Berlins in der Exklave kaum zu spüren war.[135]

Für Friedrich genossen die Kernprovinzen des Königreichs oberste Priorität. In einer enthüllenden Passage des politischen Testaments von 1768 erklärte er: «Die Provinzen, die den eigentlichen Staatskörper bilden, sind Pommern, die Marken, Magdeburg, Halberstadt und Schlesien.» Das war für Friedrich zum Teil eine Frage der militärischen Logik, da sich die Kernlande dadurch auszeichneten, dass sie sich «verteidigen [können], wenn sich nicht ganz Europa gegen ihren Souverän verbündet»[136]. Ostpreussen und die westlichen Provinzen dagegen würden beim Ausbruch von Kriegshandlungen aufgegeben werden müssen, eine Einstellung, die mit dafür verantwortlich gewesen sein dürfte, dass Friedrich das gewaltige, von seinem Vater begonnene ostpreussische Wiederaufbauprogramm nicht fortführte.[137] Daneben schien ihm das Verhalten seiner im Siebenjährigen Krieg unter Fremdherrschaft geratenen Untertanen zu denken gegeben haben. Besonders übel stiess ihm der Umstand auf, dass die ostpreussischen Stände 1758 seiner Erzfeindin, Zarin Elisabeth, die Lehnstreue geschworen hatten. Nach 1763 setzte Friedrich, der unermüdliche Oberinspektor seines Königreiches, keinen Fuss mehr nach Ostpreussen. Er begnügte sich damit, die ostpreussischen Kammerpräsidenten zum Rapport nach Potsdam oder in sein Hauptquartier während des jährlichen Manövers in Westpreussen einzubestellen.[138] Für die Provinz, die für Friedrich Wilhelm I. und dessen Grossvater, den Grossen Kurfürsten, noch so etwas wie ein Fetisch gewesen war, bedeutete das einen erheblichen Bedeutungsverlust.

Nimmt man Friedrichs Kommentare über den Staat wörtlich, scheinen sie gelegentlich zu implizieren, die Funktionen des Souveräns seien zum Teil in den unpersönlichen kollektiven Strukturen einer Regierung aufgegangen, die in Übereinstimmung mit transparenten Regeln und Vorschriften arbeitet. Die Realität hätte allerdings kaum stärker davon abweichen können, war doch die Regierung Preussens unter Friedrich dem Grossen eine in höchstem Masse persönliche Angelegenheit und der politische Prozess in mancherlei Hinsicht sogar

noch ausschliesslicher auf den König ausgerichtet, als das unter seinem Vater der Fall gewesen war. Friedrich Wilhelm I. hatte ein kollegiales System der Ministerregierung geschaffen, in dem der Monarch häufig auf die Empfehlungen eines einflussreichen Ministerrates hörte. Nach Friedrichs Thronbesteigung jedoch kam dieses System ausser Mode. Nach 1763 schränkte er seine persönlichen Kontakte zu den Ressortministern noch weiter ein, als ihre Funktionen dupliziert und zum Teil ersetzt wurden durch die dem König persönlich unterstellten Kabinettssekretäre, auf die er in immer höherem Masse zurückgriff.

Der politische Prozess konzentrierte sich somit zusehends auf das kleine Häufchen der Kabinettssekretäre, die den Zugang zum König kontrollierten, seine politische Korrespondenz führten, ihn über neue Entwicklung unterrichteten und in politischen Fragen berieten. Im Gegensatz zu den Sekretären, die den Monarchen auf seinen Reisen begleiteten, blieben die Minister im Allgemeinen in Berlin, und anders als die Minister, die wie Karl Abraham Freiherr von Zedlitz (als Minister unter anderem für das Schulwesen zuständig) häufig dem Hochadel angehörten, waren die Sekretäre zumeist Bürgerliche. Ein typischer Vertreter war der wenig auffällige, aber ungemein einflussreiche Kabinettsrat August Friedrich Eichel, der Sohn eines preussischen Feldwebels, der für gewöhnlich um 4 Uhr morgens mit der Arbeit begann. Unter Friedrich Wilhelm I. waren Verantwortung und Einfluss an die Funktion der Beamten im Regierungssystem gebunden gewesen; unter Friedrich dagegen war die Nähe zum Souverän die entscheidende Determinante für Macht und Einfluss.

Paradoxerweise kehrte diese Konzentration von Macht und Verantwortung in der Person des Königs die zentralisierende Wirkung der von Friedrich Wilhelm I. unternommenen Reformen um. Indem Friedrich direkt mit den Kammerbeamten in den Provinzen kommunizierte, untergrub er die Autorität des Generaldirektoriums, dessen Aufgabe es eigentlich war, als vorgesetzte Behörde die Verwaltungen in den Provinzen zu kontrollieren. In vielen Fällen erteilte Friedrich den Provinzkammern sogar direkte Anweisungen, ohne die Zentralverwaltung auch nur zu unterrichten. Das stärkte die Position der Provinzverwalter, verschob Macht weg vom Zentrum und lockerte die Bande, die die territoriale Staatsstruktur zusammenhielten.[139]

Friedrich sah keinen Grund, die Wirksamkeit dieses in hohem Masse auf seine Person zugeschnittenen Systems in Frage zu stellen. So verkündete er in

seinem politischen Testament von 1752, dass es «in einem Staat wie diesem nötig [ist], dass der Fürst seine Geschäfte selber führt, weil er, wenn er klug ist, nur dem Staatsinteresse folgt, was das seine ist, und weil ein Minister immer Nebenabsichten hat in den Angelegenheiten, die seine eigenen Interessen berühren...»[140] Mit anderen Worten, die Interessen des Staates und die des Monarchen waren auf eine Weise identisch, wie das bei niemandem sonst der Fall sein konnte. Der Haken dabei lag in der Vorbehaltsklausel «wenn er klug ist». Das friderizianische System funktionierte gut mit dem unermüdlichen und weitsichtigen Friedrich am Ruder, der die Probleme, die auf seinen Tisch kamen, mit seinem raschen und überragenden Intellekt, ganz zu schweigen von seinem Mut und seiner Entscheidungsfreude, anging. Was aber, wenn der König kein genialer Staatsmann war? Was, wenn er sich schwertat, Zwangslagen zu lösen? Was, wenn er zögerlich war und vor Risiken zurückschreckte? Was, anders gefragt, wenn es sich bei ihm um einen durchschnittlichen Menschen handelte? Wie würde dieses System mit einem solchen Monarchen an der Spitze unter Druck funktionieren? Friedrich, das sollten wir nicht vergessen, war der letzte in einer aussergewöhnlich langen Reihe aussergewöhnlich begabter Herrscher aus dem Hohenzollerngeschlecht, Herrscher, wie sie die Geschichte nicht gerade jeden Tag hervorbringt. Ohne die Disziplin und Konzentriertheit einer starken Persönlichkeit im Zentrum lief das friderizianische System Gefahr, über dem Kampf der Minister und Kabinettssekretäre um die Herrschaft über ihre überlappenden Zuständigkeiten in einander bekriegende Fraktionen zu zersplittern.

KAPITEL 8

Sapere aude!

Konversation

Die Aufklärung in Preussen hatte sehr viel mit gepflegter Konversation zu tun. Angestrebt war ein kritischer, respektvoller und offener Dialog zwischen freien und autonomen Gesprächspartnern. Konversation war wichtig, weil nur so das eigene Urteilsvermögen geschärft und verfeinert werden konnte. In einem berühmten Aufsatz über das Wesen der Aufklärung schrieb der Königsberger Philosoph Immanuel Kant:

«Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Selbstverschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschliessung und des Muthes liegt, sich seiner ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Sapere aude! Habe Muth, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen! ist also der Wahlspruch der Aufklärung.»[1]

Aus dem Zusammenhang gerissen erweckt die Textstelle den Eindruck, Aufklärung sei ein einsames Unterfangen, das in dem Bemühen des individuellen Bewusstseins bestehe, den Sinn der Welt zu erfassen. Doch im selben Aufsatz stellt Kant auch fest, dass diesem Prozess der Selbstbefreiung mit Hilfe der Vernunft eine unaufhaltsame gesellschaftliche Dynamik innewohnt:

«Dass aber ein Publikum sich selbst aufkläre, ist eher möglich; ja es ist, wenn man ihm nur Freiheit lässt, beinahe unausbleiblich. Denn da werden sich immer einige Selbstdenkende [...] finden, welche, nachdem sie das Joch der Unmündigkeit selbst abgeworfen haben, den Geist einer vernünftigen Schätzung des eigenen Werts und des Berufs jedes Menschen selbst zu denken um sich verbreiten werden.»[2]

Bei der Durchdringung der Gesellschaft mit diesem Geist kritischer und selbstsicherer Unabhängigkeit kam der Konversation eine unverzichtbare Rolle zu. Sie wurde in Vereinen und Gesellschaften gepflegt, die in der zweiten Hälf-

te des 18. Jahrhunderts in Preussen und in den deutschen Kleinstaaten aus dem Boden schossen. Die Statuten der «deutschen Gesellschaften», eines länderübergreifenden Projekts, zu dessen Netz auch eine 1741 in Königsberg gegründete Gesellschaft zählte, legten ausdrücklich die formalen Rahmenbedingungen für eine fruchtbare Unterhaltung unter den Mitgliedern fest. Während der Diskussion nach einer Lesung oder einem Vortrag sollten sich die Mitglieder willkürlicher oder unüberlegter Bemerkungen enthalten. Kritische Kommentare sollten sich strukturiert mit dem Stil, der Methode und dem Inhalt der Lesung auseinandersetzen. Sie sollten, wie Kant sagte, «die behutsame Sprache der Vernunft» sprechen. Ausschweifungen und Unterbrechungen waren strikt untersagt. Allen Mitgliedern wurde das Recht zugestanden, ihre Meinung zu äussern, doch sie mussten abwarten, bis sie an die Reihe kamen, und sie mussten sich so knapp wie möglich fassen. Satirische oder spöttische Bemerkungen und zweideutige Wortspielereien wurden nicht geduldet.[3]

Unter den Freimaurern, deren Bewegung bis Ende des 18. Jahrhunderts auf 250 bis 300 deutsche Logen mit etwa 18.000 Mitgliedern angewachsen war, wurde ebenfalls grosser Wert auf höfliche Umgangsformen gelegt. Auch hier galt die Regel, unpassende Worte, frivole oder vulgäre Bemerkungen und die Erörterung von Themen (wie Religion) zu vermeiden, welche die Brüder entzweien könnten.[4] Aus heutiger Sicht mag das Ganze abschreckend spröde erscheinen, doch solche Regeln und Normen hatten durchaus einen ernsten Hintergrund. Sie sollten gewährleisten, dass in der Diskussion nicht die Einzelperson im Mittelpunkt stand, sondern das Thema, dass persönliche Beziehungen und lokale Politik aussen vor blieben. Die Kunst des höflichen, öffentlichen Disputs musste noch erlernt werden, und diese Statuten bildeten den Rahmen für eine neuartige Kommunikationsmethode.

Höflichkeit war auch deshalb wichtig, weil sie half, Standesunterschiede zu überbrücken, die sonst womöglich die Diskussion gehemmt hätten. Das Freimaurerwesen war keineswegs, wie manche meinen, eine Organisation der aufstrebenden deutschen Mittelschicht.[5] Sie übte grosse Anziehungskraft auf eine Oberschicht aus, der ungefähr zu gleichen Teilen Adelige und gebildete oder vermögende Bürger angehörten. Einige deutsche Logen öffneten sich zu Beginn zwar ausschliesslich einer der beiden Gruppen, doch in den meisten verschmolzen wenig später beide miteinander, und in diesen gemischten Gesell-

schaften war die Beachtung transparenter und egalitärer Regeln unerlässlich, wenn Statusunterschiede nicht schon von vornherein jede Debatte behindern sollten.

Die Konversation – die treibende Kraft der preussischen Aufklärung – fand auch in der Presse statt. Zu den kennzeichnenden Merkmalen der Periodika jener Zeit zählte der diskursive, dialogähnliche Charakter. Viele Beiträge, die etwa in der *Berlinischen Monatsschrift* abgedruckt wurden, dem angesehensten Organ der späten deutschen Aufklärung, waren in Wirklichkeit Briefe an den Herausgeber. Ferner wurden den Lesern Rezensionen der neuesten Publikationen präsentiert, und in manchen Fällen auch ausführliche Antworten der Autoren. Gelegentlich fragte die Zeitschrift nach der Meinung zu einem bestimmten Thema – ein Beispiel hierfür war die berühmte Diskussion um die Frage «Was ist Aufklärung?», die eine Anfrage des Theologen Johann Friedrich Zöllner auf den Seiten der *Berlinischen Monatsschrift* vom Dezember 1783 angestossen hatte.[6] Die Zeitschrift hatte keinen festen Mitarbeiterstab, und die Mehrzahl der Beiträge wurden nicht einmal direkt von ihr in Auftrag gegeben. Wie die Herausgeber, Friedrich Gedike und Johann Erich Biester, in der «Vorrede» zur ersten Ausgabe ausdrücklich betonten, waren sie darauf angewiesen, dass interessierte Leser die Zeitschrift mit unaufgeforderten Beiträgen «bereicherten».[7] Somit war die *Berlinische Monatsschrift* vor allem ein gedrucktes Forum, das nach ähnlichem Muster funktionierte wie das Netzwerk aus Vereinen und Gesellschaften in den Städten. Sie war nicht als Lektüre für ein im Wesentlichen passives Publikum gedacht. Die Zeitschrift sollte der Öffentlichkeit die Möglichkeit bieten, über sich selbst und die wichtigen Fragen der Zeit nachzudenken.

Die Resonanz der *Berlinischen Monatsschrift* und vergleichbarer Zeitschriften wurde erheblich durch das Aufkommen von so genannten Lesegesellschaften in ganz Norddeutschland gesteigert.[8] Sie hatten es sich zur Aufgabe gemacht, Geld für Abonnements und Bücher zu sammeln, um sie dann ihren Mitgliedern zur Verfügung zu stellen, denn öffentliche Bibliotheken waren zu jener Zeit noch völlig unbekannt. Einige Zirkel und Kreise waren vergleichsweise informelle Zusammenkünfte ohne feste Anlaufstelle. Man traf sich in den Häusern der wohlhabenderen Mitglieder. Andere Lesegesellschaften spezialisierten sich auf die Verbreitung bestimmter Zeitschriften. In manchen Städten boten Buchhändler ihren Kunden sogar eine Art Bibliotheksdienst an. Sie durften Neuerscheinungen für bestimmte Zeit mitnehmen und mussten dafür nicht den

vollen Kaufpreis zahlen. Aktivitäten dieser Art nahmen in den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts erstaunlich schnell zu. Im Jahr 1780 waren in den deutschen Staaten nur rund 50 derartige Lesezirkel oder -vereine bekannt, aber schon im folgenden Jahrzehnt stieg ihre Zahl auf etwa 200. Mittlerweile traf man sich zunehmend in angemieteten oder gekauften Räumlichkeiten, die einen ansprechenden Rahmen für Diskussionen und Debatten boten. Aufgrund der Statuten war gewährleistet, dass jedes Mitglied gleichberechtigt an der Sitzung teilnehmen konnte und dass die unverzichtbare Höflichkeit und gegenseitiger Respekt gewahrt wurden. Gesellschafts- und Glücksspiele waren verboten. Insgesamt hatten die deutschen Lesegesellschaften zwischen 15.000 und 20.000 Mitglieder.

Buchhandlungen waren ein weiterer wichtiger Treffpunkt für die aufgeklärte Gesellschaft. Der grösste Raum von Johann Jakob Kanters Buchhandlung in Königsberg, 1764 gegründet, war ein hübsch eingerichteter, heller Saal, der als «Börse für die Gelehrtenwelt der Stadt» diente. Es war ein *Café littéraire*, in dem Männer und Frauen, Alt und Jung, Professoren und Studenten in Katalogen blättern, Zeitungen lesen und Bücher kaufen, bestellen oder leihen konnten. (Da Kant bei seinem Tod im Jahr 1804 nur 450 eigene Bücher besass, hat auch er vermutlich, wie andere Intellektuelle in der Stadt, viele Bücher von Kanter geliehen.) Hier wurde von den Stammkunden ebenfalls erwartet, dass sie einen respektvollen und zivilisierten Umgangston pflegten. Kanter verkaufte nicht nur Bücher, er gab auch einen umfassenden Katalog der Publikationen heraus (der 1771 bereits 488 Seiten umfasste), eine zweiwöchentlich erscheinende Zeitung und mehrere politische Traktate – darunter einen Aufsatz des jungen Königsberger Philosophen Johann Georg Hamann, der Friedrich den Grossen scharf angriff.[9]

Neben den Lesegesellschaften, Logen und patriotisch-gemeinnützigen Gesellschaften existierten noch zahlreiche literarische und philosophische Vereinigungen sowie Gruppen von Gelehrten, die sich auf Naturwissenschaft, Medizin oder Sprachen spezialisiert hatten. Ferner gab es informellere Zirkel, wie die Gruppe um den Lehrer an der Berliner Kadettenanstalt, Karl Wilhelm Ramler. Zu seinem Freundeskreis zählten der Verleger Friedrich Nicolai, der Dramatiker Gotthold Ephraim Lessing, der patriotische Dichter Johann Wilhelm Ludwig Gleim, der Bibelforscher Moses Mendelssohn, der Jurist Johann Georg Sulzer und viele andere bekannte Persönlichkeiten der Aufklärung in Berlin.

Ramler gehörte mindestens einer der vielen Freimaurerlogen in Berlin an und war Mitglied mehrerer Clubs; er versuchte sich auch als Dichter – brachte allerdings nur drittklassige Verse zustande. Die Zeitgenossen schätzten an ihm vor allem seine treue Freundschaft und die unbekümmerte, liebenswürdige Art. Nach seinem Tod im April 1798 erinnerte ein Nachruf daran, dass Ramler, der bis zu seinem Tod ledig blieb, «bloss seiner Kunst und seinen Freunden [lebte], die er herzlich liebte, ohne mit seiner Liebe im mindesten zu prunken. Er hatte ihrer nicht wenige unter allen Ständen, besonders unter den Gelehrten und Geschäftsmännern»[10].

Eine ähnliche Persönlichkeit war der patriotische Aktivist Johann Wilhelm Ludwig Gleim. Auch er blieb unverheiratet, hatte literarische Ambitionen und unterstützte einen Kreis aufstrebender junger Schriftsteller und Dichter in Halberstadt. In seiner finanziell gesicherten Stellung als Domsekretär konnte er sich das leisten. Wie Ramler pflegte auch Gleim einen ausgiebigen Briefwechsel mit vielen Grössen der zeitgenössischen preussischen Literatur.

Der Diskurs in der Gesellschaft wurde nicht allein durch Vereinsstatuten und Abonnements gefördert; seine Intensität und Universalität ist zu einem grossen Teil Männern wie Ramler und Gleim zu verdanken, deren Lebenswerk die selbstlose Pflege eines grossen Freundeskreises war. Schriftsteller, Dichter, Verleger, Club-, Gesellschafts- und Logenmitglieder, Leser und Abonnenten – sie alle waren die «Praktiker der Zivilgesellschaft», deren Beschäftigung mit den grossen Fragen der Zeit, literarischen ebenso wie wissenschaftlichen und politischen, dazu beitrug, in den preussischen Landen eine lebendige und vielfältige Öffentlichkeit zu schaffen.[11]

Es wäre ein Fehler, sich diese aufkeimende Öffentlichkeit als träge, passive Masse apolitischer Grossbürger oder als gärende Kraft der Opposition und latenten Rebellion vorzustellen. Der wohl erstaunlichste Aspekt der gesellschaftlichen Netzwerke, die die Aufklärung in Preussen förderten, war ihre Nähe zu dem Staat – man könnte fast sagen, dass sie zum Teil mit dem Staat identisch waren. Dies lag zum Teil an der intellektuellen Tradition, aus der heraus sich die preussische Aufklärung entwickelte. Die Verbindungen zum Kameralismus, zu der «Wissenschaft» der Staatsverwaltung, die unter der Herrschaft Friedrichs III./I. an preussischen Universitäten eingeführt und unter Friedrich Wilhelm I. ausgebaut worden war, wurden nur nach und nach gekappt. Hinzu kam die gesellschaftliche Stellung der preussischen Intelligenz. Während in der zeitgenös-

sischen französischen Literatur finanziell unabhängige «freie» Schriftsteller eine führende Rolle spielten, kam in Preussen der Gruppe der Staatsdiener die Vorreiterrolle zu. Eine Studie der *Berlinischen Monatsschrift* ergab, dass von allen Mitwirkenden der Zeitschrift im Laufe ihrer 13-jährigen Existenz (1783-1796) 15 Prozent Adelige waren, 27 Prozent Professoren und Schullehrer, 20 Prozent hohe Beamte, 17 Prozent Geistliche und 3,3 Prozent Offiziere. Mit anderen Worten, über die Hälfte der Beiträger waren beim Staat beschäftigt.[12]

Ein besonders anschauliches Beispiel für die Konvergenz zwischen Staat und Teilen der Zivilgesellschaft war die so genannte Berliner Mittwochsgesellschaft, eine «Gesellschaft von Freunden der Aufklärung», die sich regelmässig von 1783 bis 1797 traf (derselbe Zeitraum, in dem die *Berlinische Monatsschrift* existierte). Zu den Mitgliedern dieser Gruppe, anfangs zwölf, dann 24 Teilnehmer, zählten hohe Staatsbeamte wie der Staatsminister Carl August Graf von Struensee und die Justizbeamten Carl Gottlieb Svarez und Ernst Klein. Ferner gehörten der Vereinigung Johann Erich Biester an, der Herausgeber der *Berlinischen Monatsschrift* und zugleich Sekretär der Mittwochsgesellschaft, sowie der Verleger und Patriot Friedrich Nicolai. Dessen alter Freund Moses Mendelssohn, der mittlerweile angesehene jüdische Gelehrte und Philosoph, war Ehrenmitglied. Die Treffen fanden im Haus eines Mitglieds statt. Die Diskussionen drehten sich zwar gelegentlich auch um populärwissenschaftliche Themen, doch meist erörterten die Anwesenden zeitgenössische politische Themen. Dabei kam es oft zu hitzigen Debatten, doch alle Teilnehmer waren bemüht, die Formen einer zivilisierten Konversation zu wahren, insbesondere gegenseitigen Respekt, Unparteilichkeit und das Bestreben, die eigene Meinung und leere Verallgemeinerungen zugunsten einer streng sachlichen Interpretation hintanzustellen. Zur Vorbereitung eines Treffens machte eine Abhandlung zu einem Thema der Staatsverwaltung die Runde, sei es aus dem Finanzressort oder aus der Justiz. Diese diente dann als Basis der Diskussion. Kommentare konnten auch schriftlich eingereicht werden. In der Gesellschaft diskutierte Aufsätze erschienen gelegentlich später in der *Berlinischen Monatsschrift.*

Eine treffendere Veranschaulichung des grundlegend diskursiven Charakters der aufgeklärten, literarischen Kultur lässt sich kaum vorstellen. Die Mittwochsgesellschaft konnte man kaum als «öffentliche» Institution bezeichnen, weil die Treffen streng geheim stattfanden – eine unerlässliche Massnahme,

weil mehrere Mitglieder als Minister dienten. Nichtsdestotrotz macht sie deutlich, welche Synergieeffekte zwischen informellen Netzwerken der Zivilgesellschaft und dem Staat in den letzten Jahren der Herrschaft Friedrichs II. möglich waren.

Den fortschrittlichen Gelehrten, Schriftstellern und Denkern fiel es leicht, den Staat als Partner bei der Aufklärung anzusehen, weil der Souverän selbst ein bekannter Fürsprecher ihrer Wertvorstellungen war. Wenn Immanuel Kant das «Zeitalter der Aufklärung» mit dem «Jahrhundert Friederichs» gleichsetzte, so war das keineswegs anbiedernd gemeint.[13] Von den europäischen Monarchen des 18. Jahrhunderts personifizierte Friedrich am ehesten die Wertvorstellungen und Weltanschauung der Aufklärung. Er war 1738 noch als Kronprinz in eine Freimaurerloge eingetreten. In religiösen Fragen war er, wie gesagt, ein Skeptiker und Befürworter der religiösen Toleranz. Als er im Juni 1740 gefragt wurde, ob ein katholischer Untertan in der Stadt Frankfurt an der Oder Anspruch auf die Bürgerrechte habe, antwortete er: «Alle Religionen seindt Gleich und guht, wan nuhr die Leute, so sie profesieren, Ehrlige leute seindt, und wen Türken und Heiden kämen und wollten das Land pöpliren, so wollen wir [für] sie Mosqueen und Kirchen bauen.»[14] Friedrich versammelte führende Vertreter der französischen Aufklärung um sich. Insbesondere Voltaire, mit dem Friedrich einen langen, wenn auch gelegentlich zänkischen Briefwechsel pflegte, war über Jahre die literarische Leitfigur der Aufklärung, und seine enge Beziehung zu dem preussischen König war auf dem ganzen Kontinent bekannt. Friedrichs eigene Schriften waren im geistreichen, aber nüchternen und distanzierten Ton der zeitgenössischen französischen Denker verfasst.

Hinzu kamen die ersten Massnahmen als Monarch. So ordnete er gleich nach seiner Thronbesteigung an, *Die Berlinischen Nachrichten* nicht länger der Zensur zu unterstellen und den rationalistischen Philosophen Christian Wolff, der in den 1720ern von den Pietisten von der Universität Halle vertrieben worden war, unverzüglich zurückzurufen.[15] Weit mehr Erstaunen allerdings erregte seine Entscheidung, gegen den Rat des führenden preussischen Juristen der Zeit, Samuel von Cocceji, in seinem Territorium bei Gerichtsverfahren auf die Folter zu verzichten. In der europäischen Justiz war es damals noch allgemein üblich, unter der Folter Geständnisse von den Verdächtigen zu erpressen. Noch im Jahr 1745 verteidigte Zedlers *Grosses vollständiges Universallexicon aller*

Wissenschafften und Künste, eine der kanonischen Enzyklopädien der deutschen Aufklärung, den Einsatz der Folter zu Ermittlungszwecken, und die Praxis wurde selbst in der *Theresiana* beibehalten, dem grossen Strafgesetzbuch Österreichs, das 1768 veröffentlicht wurde.[16]

Friedrich II. hingegen verfügte am 3. Juni 1740, nur drei Tage nach dem Tod seines Vaters, dass keine Folter mehr angewandt werden dürfe, ausgenommen war eine kleine Palette besonders schwerer Fälle, zu denen Majestätsverbrechen und Landesverrat sowie Massenmord zählten, wo eine strenge Befragung erforderlich war, um die Identität von Komplizen in Erfahrung zu bringen. In einem weiteren Edikt von 1754 weitete Friedrich diese Verfügung zu einem generellen Verbot aus, und zwar mit der Begründung, dass Folter nicht nur «grausam», sondern auch ein unzuverlässiges Mittel sei, die Wahrheit herauszufinden, weil immer die Gefahr bestehe, dass Verdächtige sich selbst belasteten, um weiteren Folterungen zu entgehen.[17] Nach diesem radikalen Einschnitt beschwerten sich viele Richter und Justizbeamte, dass es nunmehr kein Mittel gebe, von widerspenstigen Übeltätern ein Geständnis zu erpressen – in sämtlichen Rechtssystemen des *ancien régime* galt dies noch als die Krone der Beweisführung. Nun musste eine neue Doktrin für die Beweisführung aus dem Boden gestampft werden, die Fälle abdeckte, in denen zwar eine Fülle von Beweisen vorlag, aber kein Geständnis.

Friedrich verringerte darüber hinaus die Zahl der Verbrechen, auf welche die Todesstrafe stand, und nahm eine kleine, aber wesentliche Änderung bei der Strafe durch das Rad vor. Bei dieser grausamen Praxis wurden dem Übeltäter auf dem Schafott mit einem Wagenrad die Knochen im Leib gebrochen. Hierin zeigte sich die für die Frühe Neuzeit typische Auffassung, öffentliche Hinrichtungen kämen einem halbreligiösen Ritual gleich, das die Geisselung des Missetäters zur Vorbereitung seines oder ihres Lebens nach dem Tode in den Mittelpunkt rückte. Friedrich gab Befehl, dass der oder die Verurteilte bei solchen Hinrichtungen künftig erdrosselt werden sollte, ohne dass die Menge es sah, *bevor* er oder sie auf das Rad geflochten wurde. Auf diese Weise wollte Friedrich die abschreckende Wirkung der Strafe erhalten, den Betroffenen aber unnötige Qualen ersparen.[18] Auch hier ging, wie im Fall der Folter, eine rationale Abwägung des Nutzens mit einer aufgeklärten Abscheu vor sämtlichen Akten der Grausamkeit einher (denn wenn man die religiöse Dimension der Qualen für den Verurteilten beiseitelässt, dann bleibt nur die Grausamkeit). Diese Er-

rungenschaften dürfen nicht geringgeschätzt werden: Im Jahr 1766 war es in Frankreich etwa noch möglich, einem Jugendlichen, den man der Blasphemie und der Schändung eines Schreins am Wegesrand schuldig gesprochen hatte, den rechten Arm abzuhacken und die Zunge auszureissen, bevor man ihn auf dem Scheiterhaufen verbrannte.[19]

Friedrich gewährte sogar Johann Christian Edelmann in Berlin Zuflucht, jenem radikalen Anhänger Spinozas, der mehrerer Traktate veröffentlicht hatte, in denen er unter anderem behauptete, dass nur ein Deismus, der von jeglicher Götzenanbetung gesäubert sei, die Menschheit versöhnen und vereinen könne, dass das Sakrament, ja, die ganze Institution der Ehe überflüssig sei, dass sexuelle Freizügigkeit legitim und dass Christus ein Mensch wie jeder andere gewesen sei. Edelmann war von lutherischen und calvinistischen Kreisen aus einigen der tolerantesten deutschen Staaten vertrieben worden. Während eines kurzen Aufenthalts in Berlin im Jahr 1747 hatten der städtische calvinistische und lutherische Klerus Edelmann als gefährlich und sektiererisch angegriffen. Dieser handelte sich sogar eine Rüge Friedrichs ein, weil er grundsätzlich gegen die Form des Absolutismus war und sich öffentlich abschätzig über Voltaires Lobrede äusserte, mit der jener die Thronbesteigung des Königs gefeiert hatte. Dennoch wurde es ihm gestattet, sich in Berlin niederzulassen – selbst als seine Werke in allen deutschen Landen vehement verurteilt wurden –, und zwar unter der Bedingung, dass er aufhörte, Schriften zu veröffentlichen. Im Mai 1750 wurden in Frankfurt am Main unter Aufsicht der kaiserlichen Bücherkommission seine Bücher verbrannt, während Edelmann sich (unter falschem Namen zum Schutz vor christlichen Fanatikern) in Berlin die Zeit vertrieb. Der gesamte Magistrat und die Stadtverwaltung wohnten bei, und 70 Wachen mussten die Menschenmenge zurückhalten, während fast 1‘000 Exemplare von Edelmanns Büchern auf einen Stapel lodernder Birkenstämme geworfen wurden. Der Gegensatz zwischen dem Reich und Berlin konnte kaum drastischer zu Tage treten. Friedrich hatte keine Einwände gegen Edelmanns religiösen Skeptizismus, Deismus oder moralische Freigeisterei. Die Hauptstadt Preussens enthielt, wie er in einem charakteristisch hintergründigen Bonmot einmal bemerkte, bereits eine grosse Zahl an Narren und könne ohne Weiteres einen mehr aufnehmen.[20]

Folglich war Friedrich – anders als sein französischer Widerpart Ludwig XV. – ein durchaus geeigneter Partner bei dem Projekt der Aufklärung in den preussischen Landen. Ja, für viele Mitglieder der literarischen und politischen Elite

verlieh gerade der *persönliche* Aufruf des Monarchen zur Aufklärung der Beziehung zwischen Zivilgesellschaft und Staat in Preussen eine einzigartige Bedeutung. Im siebten Kapitel wurde deutlich, in welchem Masse das persönliche Ansehen des Königs während und nach dem Siebenjährigen Krieg in Preussen die politische Debatte beeinflusste. Damals argumentierten patriotische Publizisten, dass die Liebe des Königs blosse Untertanen in aktive Teilnehmer am öffentlichen Leben des Vaterlandes verwandeln könne.

In seinem bahnbrechenden Aufsatz von 1784 argumentierte Immanuel Kant, dass das Zusammentreffen von Autorität und Aufklärung in derselben souveränen Person grundlegend das Verhältnis zwischen politischen und bürgerlichen Freiheiten verändert habe. Wo nämlich ein aufgeklärter Monarch herrsche, da stelle seine Macht eher einen Vorteil als eine Gefahr für die mit der Zivilgesellschaft verbundenen Interessen dar. Das Ergebnis sei, laut Kant, ein Paradoxon: Unter einem wahrhaft aufgeklärten Souverän könne durch eine massvolle Einschränkung der politischen Freiheit in der Tat dem Volk Raum verschafft werden, «sich nach allem seinen Vermögen auszubreiten». Der berühmte Satz, den Kant Friedrich in den Mund legte, «Räsonniert soviel ihr wollt, und worüber ihr wollt; nur gehorcht!», wurde nicht als Wahlspruch eines Despoten aufgefasst. Vielmehr sah man darin das Potenzial zur Selbstveränderung in einer aufgeklärten Monarchie. In einem solchen Gemeinwesen, so glaubte man, gewährleisten öffentliche Diskussionen und öffentliche Kritik – mit einem Wort, die Konversation zwischen Zivilgesellschaft und Staat –, dass die Wertvorstellungen und Zielsetzungen des Staates letzten Endes harmonisch mit denen des Volkes verschmelzen, sodass der Untertan die Pflicht zum Gehorsam nicht länger als eine Bürde empfindet.

«Wenn denn die Natur unter dieser harten Hülle den Keim, für den sie am zärtlichsten sorgt, nämlich den Hang und Beruf zum freien Denken, ausgewickelt hat; so wirkt dieser allmählig zurük auf die Sinnesart des Volks (wodurch dieses der Freiheit zu handeln nach und nach fähiger wird) und endlich sogar auf die Grundsätze der Regierung [...] «[21]

Diese Vision einer tugendhaften, politischen Durchdringung, nach der die Ideen der aufgeklärten Denker erst einmal den Nährboden der Zivilgesellschaft aufbessern, ehe die Regierungsorgane sie übernehmen, war keineswegs völlig realitätsfern. Die Regierungstätigkeit in Preussen stützte sich im Allgemeinen viel stärker auf Konsultationen, als gemeinhin angenommen wird. So gut wie

alle grösseren Gesetzesinitiativen waren das Ergebnis ausgiebiger Verhandlungen und Diskussionen mit lokalen Interessengruppen. In manchen Fällen geschah dies über die Vermittlung der Stände, wie in den langwierigen Beratungen über Beschränkungen des Verkaufs von adeligem Grundbesitz, oder über Stadt- oder Kreisbeamte, die sich wiederum mit einer breiten Palette Einheimischer berieten. Manchmal auch über informelle Netzwerke aus Experten wie Juristen oder Unternehmer. Das alles kann man gewiss nicht sonderlich «aufgeklärt» nennen, aber es war ein wesentlicher und oft unterschätzter Bestandteil des fürs Regieren so notwendigen Sammelns von Meinungen und Informationen. Im späteren 18. Jahrhundert bildete sich dann ein Netzwerk aufgeklärter Aktivisten heraus, die sich zu Fürsprechern der öffentlichen Interessen, sowie zu Partnern und Kritikern der souveränen Macht erklärten.[22] Die Regierung akzeptierte diesen Anspruch weitgehend. Als Friedrich II. zu Beginn der 1780er Jahre eine radikale Gesetzesreform in die Wege leitete, an deren Ende 1794, acht Jahre nach seinem Tod, ein neuer und umfassender Gesetzeskodex für die preussischen Länder entstehen sollte, beschloss er 1784, erste Entwürfe des neuen Kodex von der öffentlichen Meinung beurteilen zu lassen. Anfangs betraf dies nur einen relativ engen Kreis führender Juristen und Verfassungsrechtler sowie einige «praktische Weltweise». Doch das Netz wurde später über die Ausschreibung eines öffentlichen Aufsatzwettbewerbs stark ausgeweitet – eine Methode, die die Regierung von der älteren Generation patriotisch-gemeinnütziger Gesellschaften entlehnt hatte.[23] Dieser bemerkenswerte Schritt enthüllte ein verblüffendes Vertrauen in die Vorzüge des intellektuellen Wettbewerbs und demonstrierte die stillschweigende Anerkennung des Königs, dass die öffentliche Meinung mittlerweile, wie ein hoher Beamter sinngemäss sagte, ein mächtiges Tribunal sei, das jeden Akt der Regierung beurteile.[24]

In Preussen mag zwar keine Pressefreiheit geherrscht haben – in dem Sinn eines allgemeinen Rechts, öffentlich seine Meinung zu äussern –, doch die Zensur war so mild, dass eine lebendige und kontroverse politische Debatte, in Wort und Schrift, durchaus möglich war. Der schottische Reiseschriftsteller John Moore, der im Jahr 1775 Berlin besuchte, notierte später seine Eindrücke von der Hauptstadt Preussens:

«Nichts erstaunte mich mehr, als ich zum ersten Mal nach Berlin kam, als die Freiheit, mit der viele Menschen über Massnahmen der Regierung sprachen, und über das Verhalten des Königs. Ich habe gehört, wie politische Themen und andere, die ich für noch viel heikler gehalten hätte, hier mit ebenso wenig Auf-

hebens diskutiert wurden wie in einem Londoner Kaffeehaus. Dieselbe Freiheit tritt in den Buchläden zutage, wo literarische Produkte aller Art offen verkauft werden. Das Pamphlet, das unlängst über die Teilung Polens erschienen ist und in dem der König sehr scharf angegriffen wird, ist ohne Schwierigkeiten zu bekommen, sowie andere Vorträge, die einige der hervorragendsten Persönlichkeiten mit der ganzen Bissigkeit der Satire angreifen.»[25]

Preussens jüdische Aufklärung

In den 1770er Jahren war die jüdische Gemeinde von Berlin die reichste und am meisten assimilierte der deutschen Länder. Den Kern bildete eine Elite aus Lieferanten des Militärs, Bankiers, Kaufleuten und Industriellen. Die reichsten Familien residierten in den nobelsten Wohngegenden der Stadt – Berlin war die einzige deutsche Residenzstadt, in der die jüdischen Bewohner nicht in einem Ghetto leben mussten. Im Jahr 1762 erwarb der Bankier Daniel Itzig ein kleines Palais in der Burgstrasse, direkt am Ufer der Spree, und baute es zu einem eleganten Stadthaus mit zwei Flügeln aus. Hier trug er «eine auserlesene Sammlung» von Kunstwerken zusammen, darunter *Ganymed* von Rubens, Werke von Terborch, Watteau, Joseph Roos und Antoine Pesne, und «ein grosser Prospekt von vielen Personen von Canaletto»[26]. Ganz in der Nähe, an der Ecke Poststrasse und Mühlendamm, befand sich der dreistöckige Palast des Hofjuweliers und Münzmeisters Veitel Heine Ephraim. Das von dem Meisterarchitekten Friedrich Wilhelm Diterichs entworfene und nach Art des Rokoko mit Säulen, Pilastern und eleganten Baikonen mit vergoldeten Geländern verzierte Ephraimpalais zählt noch heute zu den Sehenswürdigkeiten der Stadt.

Itzig und Ephraim hatten wie die meisten übrigen Mitglieder der jüdischen Finanzelite ihr Vermögen durch die Zusammenarbeit mit dem preussischen Staat erworben. Beide gehörten zu jenen Geschäftsleuten, denen Friedrich II. die Verwaltung von Preussens Münzvorrat während des Siebenjährigen Krieges anvertraut hatte. Als der Krieg 1756 ausbrach, beschloss der König, seine Feldzüge über eine Münzinflation zu finanzieren. Preussen hatte keine nennenswerten eigenen Silbervorkommen und musste folglich seinen gesamten Bedarf importieren – ein Geschäft, das traditionell jüdische Agenten erledigt hatten. In-

dem man den Silberanteil in der preussischen Prägung verringerte, war es möglich, eine «Münzabgabe» in Form des ungenutzten Silbers einzustreichen. Friedrich hatte sich von Anfang an viel stärker als seine Vorgänger auf jüdische Finanzverwalter verlassen und beauftragte ein Konsortium aus jüdischen Bankiers und Silberhändlern – darunter Ephraim und Itzig –, die Verantwortung für die Prägung der minderwertigen Münzen zu übernehmen. Der Gewinn, den dieses Unternehmen abwarf – in Höhe von rund 29 Millionen Talern –, trug erheblich dazu bei, die Kriegskosten des Königs zu decken.[27] Am Ende der Feindseligkeiten zählten die jüdischen Münzverwalter, neben einer ganzen Gruppe anderer jüdischer Geschäftsleute, die sich auf den Nachschub von Kriegsbedarf spezialisiert hatten, zu den reichsten Männern Preussens.

Diese Finanzexperten waren zwar die bekanntesten Mitglieder der jüdischen Gemeinde in Preussen, aber es handelte sich schwerlich um typische Vertreter. Das jüdische Leben in Preussen hätte kaum gegensätzlicher sein können. Eine kleine Minderheit erfreute sich eines grossen Vermögens und gesetzlicher Privilegien, doch die grosse Mehrheit hatte unter den geltenden Beschränkungen zu leiden. Im Jahre 1730 verabschiedete Friedrich Wilhelm I. ein «Generalprivilegium für alle Juden der Monarchie», das den jüdischen Handel einschränkte, es den Juden untersagte, von Zünften kontrollierte Handwerke auszuüben oder mit Waren in den Städten zu hausieren. Ferner war es ihnen verboten, Häuser zu erwerben. Unter der Herrschaft Friedrichs II. setzte sich der Trend zu immer strengerer staatlicher Reglementierung fort. In dem umfassenden «Revidierten General-Privilegium und Reglement für die Judenschaft» von 1750 wurden die Juden Preussens in sechs unterschiedliche Klassen eingeteilt: An der Spitze stand die winzige Gruppe «generalprivilegierter» Juden, hauptsächlich Hof- und Finanzjuden, die Häuser und Grundstücke kaufen durften und unter denselben Voraussetzungen Handel trieben wie ihre christlichen Berufsgenossen. In besonderen Fällen konnte Angehörigen dieser Klasse sogar das erbliche Bürgerrecht gewährt werden. Die «ordentlichen Schutzjuden» der folgenden Klasse hingegen durften den Wohnsitz nicht frei wählen und konnten ihren Status nur einem ihrer Kinder vermachen. Zu den «ausserordentlichen Schutzjuden» zählten bestimmte Berufsgruppen – Optiker, Graveure, Maler, Ärzte –, die als so nützlich galten, dass gewisse Erleichterungen beim Wohnsitz gerechtfertigt schienen. Der vierten Kategorie gehörten die «publiquen» Juden an, Gemein-

deangestellte wie Rabbiner, Kantoren und Schächter, mit ihr waren keine erblichen Rechte verbunden. Die fünfte Kategorie umfasste «tolerierte Juden», welche die Schutzherrschaft eines Juden der oberen drei Kategorien genossen, sowie die nicht erbberechtigten Kinder von Juden der zweiten und dritten Kategorie. Zur sechsten Kategorie, der geringsten, zählten private Angestellte jüdischer Unternehmen und Bedienstete im Haushalt; ohne Arbeitsvertrag erhielten Juden dieser Kategorie auch keine Aufenthaltsgenehmigung.

Was die Juden betraf, blieb von der berühmten Aufklärung des Königs nur ein zynischer Sinn fürs Zweckmässige übrig. Friedrich war entschlossen, mit ihrer Hilfe die Staatseinnahmen zu steigern, und war zu diesem Zweck bereit, den allernützlichsten jüdischen Untertanen weitreichende Freiheiten zu gewähren. Ja, er drängte Juden geradezu in Sektoren der Wirtschaft, wo unternehmerisches Geschick am dringendsten benötigt wurde: in den Handel mit Gold- und Silberbarren, die Eisengiessereien, den grenzüberschreitenden Handel in Randzonen und diverse andere Industriezweige. Er erhob darüber hinaus Sondersteuern und Abgaben von jüdischen Untertanen und zwang sie, minderwertige Statuetten von den Königlichen Porzellanmanufakturen zu erwerben – diese Gegenstände, die in den 1770cm widerwillig akzeptiert wurden, wurden zu den gepriesenen Familienerbstücken späterer Generationen.

Hinter den auf den ersten Blick utilitaristischen Regierungsmassnahmen verbargen sich soziale Spannungen und virulente Vorurteile. Die Forderung nach staatlicher Regulierung ging zum Teil von den christlichen, ständisch organisierten Eliten der preussischen Städte aus, von denen die Zentral- und Provinzverwaltungen mit endlosen Beschwerden und Petitionen gegen die kommerziellen Aktivitäten der Juden überhäuft wurden.[28] Die Juden in Preussen sahen sich, wie in allen deutschen Ländern, dem Kreuzfeuer zwischen Staat und lokalen Behörden ausgesetzt. Wenn der Staat versuchte, neue jüdische Bewohner anzusiedeln oder ihre Unternehmen zu schützen, dann stiess er auf den konzertierten Widerstand der städtischen Gilden und Ladenbesitzer, die jüdische Konkurrenten fürchteten und sich gegen wirtschaftliche Innovationen der Neuankömmlinge wehrten. Wie überall war es auch hier Aufgabe der Behörden, gewissenhaft zwischen der Volksmeinung und dem höheren Staatsinteresse zu unterscheiden.

Das soll keinesfalls heissen, dass der König frei von Vorurteilen gewesen wäre – im Gegenteil: Friedrich II. stand den Juden fast ebenso feindselig gegen-

über wie sein Vater, der sie als «Heuschrecken» bezeichnet hatte.[29] In seinem ersten politischen Testament aus dem Jahr 1752 verunglimpfte er sie als die allergefährlichste Sekte, erklärte, dass sie dem christlichen Handel schaden würden, und plädierte dafür, dass der Staat keinesfalls ihre Dienste nutzen solle (ein Prinzip, das er selbst nicht einhielt). Diese Ansichten wurden, trotz der engen und produktiven Zusammenarbeit der Kriegsjahre, im zweiten Testament von 1768 wiederholt.[30] Die diskriminierenden Bestimmungen bezüglich der Juden trugen oft auch einen symbolischen Makel. So mussten Juden einen «Leibzoll» entrichten, der sonst nur auf Vieh erhoben wurde, und sie durften die Hauptstadt nur durch ein bestimmtes Tor betreten und verlassen. Im Gegensatz zu anderen Minderheiten in Preussen unterstanden jüdische Gemeinden einer Gesamthaftung für kriminelle Vergehen ihrer Mitglieder. So waren laut einer Kabinettsorder von 1747 die Gemeindeältesten mitverantwortlich für jeden Diebstahl, an dem eines der Gemeindemitglieder beteiligt gewesen war; dasselbe galt für Verluste infolge von Konkursverfahren und Geldstrafen, die für die Annahme oder das Verstecken von Diebesgut verhängt wurden.[31]

So sehr die vermögenden jüdischen Unternehmer auch die historischen Quellen dominieren, die grosse Mehrzahl der Juden lebte sehr bescheiden. Der Handel im grossen Stil, wie ihn Ephraim und Itzig praktizierten, war die Domäne einer winzigen Elite. Der jüdische Hausierer, der von Tür zu Tür ging, war weit häufiger anzutreffen. Juden ohne Schutzbrief, der es ihnen ermöglichte, in einem Laden Handel zu treiben, blieb nichts anderes übrig, als umherzuziehen und mit Gebrauchtwaren zu handeln. Der Anteil der preussischen Juden in dieser Lage stieg stetig an, weil viele einst wohlhabende Händler wegen einer Reihe von Handelsbeschränkungen zu Beginn und Mitte des 18. Jahrhunderts in Randbereiche der Wirtschaft abgedrängt wurden.[32] Ihre Zahl schwoll noch an durch die illegale Einwanderung von Juden aus Polen, die zum grossen Teil eine elende Existenz ohne feste Beschäftigung führten. Versuche, die Grenze im Osten für diese «Wirtschaftsflüchtlinge» zu schliessen, zeigten offenbar keine nennenswerte Wirkung. Die wiederholten Verordnungen gegen «Betteljuden» (1780,1785,1788 und 1791) lassen darauf schliessen, dass diese Einwanderung, die sich nach den polnischen Teilungen zweifellos noch verstärkt hatte, gegen Ende des Jahrhunderts in keiner Weise eingedämmt war.[33] Die pietistischen Missionare, die seit den 1730er Jahren im Auftrag des Institutum Judai-

cum in Halle arbeiteten, trafen häufig Scharen von «armen, reisenden Juden», die ausserstande waren, den Wegezoll zu bezahlen, und sich vor der Stadtmauer versammelten. Sie handelten mit kleinen, tragbaren Waren wie Gebetsbüchern oder Kalendern.[34]

Um die Mitte des 18. Jahrhunderts vollzog sich unter den preussischen Juden ein kultureller Wandel, der letzten Endes das Judentum verändern sollte. Die jüdische Aufklärung oder Haskala (von dem hebräischen Wort *le-haskil,* «mit Hilfe des Verstandes aufklären, klären») fasste zuerst in Berlin Fuss. Zu den ersten und typischsten Vertretern zählt der Philosoph Moses Mendelssohn, der von 1743 bis zu seinem Tod im Jahre 1786 in der Stadt lebte und arbeitete. Mendelssohn stammte aus einer einfachen Familie in der sächsischen Stadt Dessau. Sein Vater brachte als Schulklopfer oder Klepper die Familie nur mühsam durch. Er hatte die Aufgabe, kleine Kinder in der Tora zu unterrichten und morgens von Haus zu Haus zu laufen, um die Gemeinde zum Gebet zu wecken. Mit sechs Jahren fing Moses an, bei Rabbi David Fränkel zu studieren, einem ausgezeichneten Gelehrten des Talmud und der zugehörigen Kommentare. Als Fränkel 1743 nach Berlin zog und die Stelle des Oberrabbiners antrat, folgte ihm sein 14-jähriger Schüler. Der mittellose Mendelssohn wäre am Rosenthal-Tor abgewiesen worden, wenn sein Mentor nicht einen Platz im Haushalt eines Berliner «Schutzjuden» für ihn gefunden hätte.

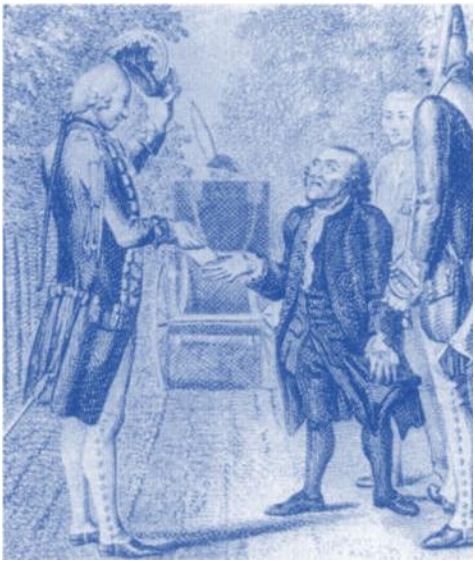
Dies war der Anfang einer brillanten Karriere. Mit einer Reihe von Veröffentlichungen verschaffte Mendelssohn sich rasch hohes Ansehen als Kommentator zu Themen, die er Plato, Spinoza, Locke, Leibniz, Shaftesbury, Pope und Wolff entnommen hatte. Mendelssohn schrieb ein elegantes, lebendiges Deutsch, publizierte aber auch weiterhin regelmässig auf Hebräisch. Er gründete 1755 die erste hebräische Zeitschrift *Kohelet Musar* (Der Moralist). Nach dem Vorbild der *moral weeklies* Anfang des 18. Jahrhunderts in England hatte *Kohelet Musar* den Zweck, aufgeklärte Ideen unter den gebildeten Juden zu verbreiten. Im Jahr 1784 beteiligte sich Mendelssohn auf den Seiten der *Berlinischen Monatsschrift* an der Diskussion um die Bedeutung der «Aufklärung». Er argumentierte, Aufklärung bezeichne nicht einen Zustand, sondern einen Reifeprozess, in dem Individuen allmählich lernen, die Probleme, die sich ihnen stellen, mit der eigenen «Vernunft» zu lösen.

Das war eine völlig neuartige und unverwechselbare Stimme. Hier war ein jüdischer Gelehrter, der sich zwar weiterhin zu seiner jüdischen Tradition be-

kannte, aber ein gemischtes Publikum aus Juden und Christen erreichte, indem er in einer einnehmenden, undogmatischen Sprache über Vernunft, Gefühl und Schönheit schrieb. Indem Mendelssohn *Kohelet Musar* auf Hebräisch publizierte, führte er die heilige Sprache der Synagoge in den freien Raum einer aufgeklärten, öffentlichen Sphäre ein. Manche jüdische Leser verspürten ein fast schon schwindelerregendes Gefühl der Entrückung und Befreiung. Junge Juden aus ganz Preussen und darüber hinaus trafen sich in seinem Haus, wo engagiert über Themen der Aufklärung diskutiert wurde. Hier nahm eine spezifisch jüdische Aufklärung allmählich Gestalt an. Die grossen Vertreter der frühen Berliner Haskala – Naphtali Herz Wessely, Herz Homberg, Solomon Maimon, Isaak Euchel und andere – wurden allesamt in diesem aufregenden Milieu geprägt. Im Jahr 1778 gründete Mendelssohns Schüler David Friedländer, Sohn eines Königsberger Bankiers, gemeinsam mit Isaak Daniel Itzig (Sohn Daniel Itzigs) eine Jüdische Freischule in Berlin – Mendelssohn beteiligte sich an der Gestaltung des Lehrplans. Anfang der 1780er Jahre hatte Mendelssohn bereits ein rein preussisches literarisches Netzwerk aufgebaut; eine Liste von 515 Abonnenten seiner deutschen Übersetzung des Pentateuch (1781-1783) enthält Namen aus dem ganzen Königreich, mit Schwerpunkten in Breslau, Königsberg und Berlin.[35]

Auch auf aufgeklärte, christliche Leser übte Mendelssohn eine ausserordentliche Faszination aus: ein moderner, jüdischer Gelehrter, ein «deutscher Sokrates», ein Mann, der symbolhaft für den Nährboden und das Potenzial der Aufklärung stand. Mehr als irgendein anderer verkörperte er den Typus des weisen Juden, der in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts so häufig in der deutschen Literatur auftauchte.[36] Gotthold Ephraim Lessing, ein enger Freund und Mitstreiter, schuf seinem Freund mit *Nathan der Weise* (1779) ein literarisches Denkmal. Mendelssohn wurde zu einer kulturellen Ikone, zu einer Art Versicherung gegen die Finsternis der Intoleranz und der Voreingenommenheit. Sein Haus war eine beliebte Anlaufstelle für Berlinbesucher.[37]

Es gibt unzählige zeitgenössische Porträts von Mendelssohn, doch das wohl denkwürdigste – ein Stich nach einer Zeichnung von Daniel Chodowiecki – zeigt ihn, wie er 1771 am Berliner Tor der Stadt Potsdam seine Papiere zur Kontrolle überreicht. Mendelssohn steht im Mittelpunkt der Szene: eine kleine, gedrungene Gestalt in einem bescheidenen, schwarzen Anzug, flankiert von



22. Moses Mendelssohn wird am Berliner Tor zu Potsdam examiniert. Kupferstich von Johann Michael Siegfried Löwe, nach Daniel Chodowiecki, Physiognomischer Almanach, Berlin 1792.

zwei hoch gewachsenen preussischen Wachen, von denen einer voller Ehrerbietung den Hut hebt. Die Stimmung des Bildes ist noch heute schwer zu deuten: Ist der Ausdruck auf Mendelssohns hagerem, nach oben gewandten Gesicht ein ironischer Kommentar zu dieser Routinebegegnung zwischen einem preussischen Offizier und dem berühmtesten Juden Preussens?

Die Haskala, die von Mendelssohn und seinem Kreis ausging, kam keineswegs wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Ihre Wurzeln lagen in einem langwierigen, allgemeinen gesellschaftlichen Wandel. Die ersten jüdischen Aufklärer verdankten viel ihrer Elterngeneration, die angefangen hatte, sich für moderne Sprache, Philosophie und Wissenschaft zu interessieren. Der interventionistische Staat Preussen hatte mit seinen Zwangsmassnahmen (unwillentlich) die Autorität des traditionellen Rabbinats untergraben und Raum für eine intellektuelle Gegenelite geschaffen. Noch wichtiger war das assimilierte Milieu der grossen Berliner Familien. Unter der Schirmherrschaft der kaufmännischen Elite erhielten die *maskilim* (Verfechter der Haskala), von denen viele verarmte Wandergelehrte waren, Arbeit als Hauslehrer und somit Gelegenheit, ihre neuen Theorien an den jungen Schützlingen zu erproben. Mendelssohn hätte ohne die finanzielle Sicherheit, die ihm seine Beziehung zu dem reichen Seidenfabrikanten Isaak Bernhard bot, niemals ein so grosser Denker und Schriftsteller werden können. Er arbeitete für Bernhard zunächst als Hauslehrer, später

als Buchhalter und zuletzt als Geschäftspartner. Die Häuser der reichen Bankiers – insbesondere Daniel Itzigs – waren Treffpunkte und Quellen für die junge Generation von Gelehrten. Hier erhielt auch Mendelssohn kurz nach seiner Ankunft in der Stadt die erste Lektion in Philosophie.

Die Haskala war auch Teil eines denkwürdigen Moments in der Geschichte der Beziehung zwischen Juden und Deutschen. Mitte der fünfziger Jahre schrieb Mendelssohn in einem Brief an Lessing von der sich vertiefenden Freundschaft zu dem Berliner Verleger Friedrich Nicolai:

«Ich besuche Hrn. Nikolai [sic] sehr oft in seinem Garten. (Ich liebe ihn wirklich, theurester Freund! und ich glaube, dass unsere Freundschaft noch dabey gewinnen muss, weil ich in ihm ihren wahren Freund liebe.) Wir lesen Gedichte, Herr Nicolai liest mir seine eigenen Ausarbeitungen vor, ich sitze auf meinem kritischen Richterstuhl, bewundre, lache, billige, tadle, bis der Abend hereinbricht.»[38]

Mendelssohns Treffen mit Nicolai waren völlig spontan und hatten doch einen tiefen Symbolgehalt. Hier trafen sich ein Jude und ein Christ in einem Garten, auf gleicher Stufe, und genossen die Gesellschaft des anderen und vergassen ganz die Zeit – seit wann war ein solches Treffen überhaupt denkbar? Ende der fünfziger Jahre besuchte Mendelssohn regelmässig das «Gelehrte Kaffeehaus», eine Gesellschaft, die sich der Verbreitung aufklärerischen Gedankenguts verschrieben hatte und deren insgesamt rund 100 Mitglieder Aufsätze zu zeitkritischen Themen präsentierten und diskutierten.

Diese zwischenzeitliche Sphäre eines aufgeklärten, konfessionsübergreifenden gesellschaftlichen Umgangs weitete sich in den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts kontinuierlich aus. Ihren Höhepunkt erreichte sie in den literarischen Salons, die Ende der achtziger und neunziger Jahre von der Berliner kulturellen Elite aufgesucht wurden. Es handelte sich um unregelmässige Zusammenkünfte, auf denen sich Personen jeden Standes und jeder Konfession zum Gespräch und zum Meinungsaustausch trafen. Männer und Frauen, Juden und Christen, Adelige und Gemeine, Professoren, Dichter, Wissenschaftler und Kaufleute kamen in privaten Häusern zusammen, um über Kunst, Politik, Literatur und Wissenschaft zu diskutieren, aber auch um Freundschaften und Liebesaffären zu pflegen. Jüdische Frauen waren massgeblich an der Schaffung dieses neuen Milieus beteiligt, weil sie, als Angehörige einer gesellschaftlichen Randgruppe, in gewisser Weise zu allen Gesellschaftsschichten den gleichen

Abstand hatten. Ihre Häuser boten den idealen Raum für die Aufhebung der üblichen gesellschaftlichen Schranken. Frauen aus den reicheren jüdischen Familien verfügten zudem über die beträchtlichen Mittel, um die hungrigen und durstigen Berliner Intellektuellen zu verköstigen – ein paar *salonnières* gerieten wegen ihrer offenen Gastfreundschaft an den Rand des Ruins.

Die beiden berühmtesten Gastgeberinnen Berlins waren Henriette Herz, die Tochter des ersten jüdischen Arztes, der sich in Berlin niedergelassen hatte, und Rahel Levin (Varnhagen), deren Vater ein reicher Juwelenhändler war. Beide Frauen stammten aus der assimilierten Berliner Elite – sie scheuten sich nicht, sich ohne Kopfbedeckung in aller Öffentlichkeit zu zeigen. Rahel war berüchtigt dafür, dass sie am Samstagmorgen mit Ausflügen im offenen Wagen die Sabbatruhe brach. Henriettes Salon, der in den 1790er Jahren seinen Höhepunkt erreichte, war eine Zeit lang der Mittelpunkt des kulturellen Lebens in Berlin. Zu den Gästen zählten der berühmte Theologe Friedrich Schleiermacher, Alexander und Wilhelm von Humboldt und der Dramatiker Heinrich von Kleist. Rahel Levin war anfangs regelmässig Gast von Henriettes Salon, gründete später jedoch ihren eigenen literarischen Kreis. Levins Salon führte literarische und akademische Grössen mit Mitgliedern der alten preussischen Eliten zusammen. Rahel pflegte unzählige Freundschaften zu Adeligen, die sie während ihrer Aufenthalte in böhmischen Kurorten kennen gelernt hatte. Angehörige alter Junkerfamilien wie den Schlabrendorffs oder Finckensteins und sogar Angehörige der Königsfamilie sassen mit Wissenschaftlern, Schriftstellern, Kritikern und literarischen Hoffnungsträgern an einem Tisch. Friedrich Schlegel, Jean Paul und Johann Gottlieb Fichte zählten zu den intellektuellen Berühmtheiten, die Rahel Levin ihre Aufwartung machten. Von Stammgästen wurde erwartet, dass sie sich gegenseitig mit dem familiären Du anredeten, unabhängig vom gesellschaftlichen Status.[39]

Unter welchen Bedingungen fand diese fruchtbare Annäherung statt? Selbst unter den gebildetsten christlichen Zeitgenossen hielt sich immer noch hartnäckig das Vorurteil, dass eine Akkulturation der Juden letzten Endes zu einer Konversion führen müsse. Der Züricher Theologe Johann Caspar Lavater, der mit der aufgeklärten Elite verkehrte und 1763/64 häufig Mendelssohns Haus aufgesucht hatte, überraschte seinen ehemaligen Gastgeber 1769 mit einem offenen Brief, in dem er forderte, dass Mendelssohn entweder zum christlichen

Glauben konvertieren oder das Festhalten am jüdischen Glauben rechtfertigen müsse. Lavaters impertinente Herausforderung und Mendelssohns höfliche Ablehnung waren eine literarische Sensation. Diese Episode gemahnte an die Grenzen der Toleranz, selbst in der gelehrten Republik.

Der aufgeklärte, preussische Staatsdiener Christian Wilhelm von Dohm ist ein weiteres Musterbeispiel. Dohm war ein enger Freund Mendelssohns und häufiger Gast im Hause von Marcus Herz (dem Mann Henriettes). Er zählte ferner zu den ersten bedeutenden Fürsprechern für eine gesetzliche Gleichstellung der Juden. Im Jahr 1781 veröffentlichte er einen bahnbrechenden Aufsatz mit dem Titel *Über die bürgerliche Verbesserung der Juden*, in dem er christliche Vorurteile scharf attackierte und für die Abschaffung der traditionellen, gesetzlichen Benachteiligungen plädierte. Die Juden, schrieb er, hätten «von der Natur gleiche Fähigkeit erhalten, glücklichere, bessere Menschen, nützlichere Glieder der Gesellschaft zu werden»; lediglich «die unseres Zeitalters so unwürdige Drückung» habe sie «verderbt» Folglich sei es der «Menschlichkeit und Gerechtigkeit, so wie der aufgeklärten Politik gemäss, diese Drückung zu verbannen und den Zustand der Juden zu ihrem eigenen und des Staates Wohl zu verbessern»[40]. Doch selbst Dohm ging davon aus, dass der Prozess der Emanzipation zu einer weitgehenden Auslöschung der jüdischen Identität führen müsse oder gar zur Konversion. Sobald der Druck der gesetzlichen Diskriminierung aufgehoben sei, so Dohm, werde man die Juden von den «sophistischen Folgerungen [ihrer] Rabbiner» abwerben und ihre «ungeselligen Religionssinnungen verscheuchen» können. Stattdessen werde man sie mit Patriotismus und Liebe zum Staat erfüllen.[41]

Aber was ist, wenn die Juden ihren Part dieses einseitigen Handels nicht erfüllten? Wenn sie trotz einer äusserlichen Akkulturation in gewisser Hinsicht jüdisch und andersartig blieben? Die Skepsis in diesem Punkt hielt sich hartnäckig und stand dem Projekt der gesellschaftlichen Assimilation der Juden im Wege. Im Jahr 1803 veröffentlichte der Berliner Justizcommissarius und Redakteur Karl Wilhelm Grattenauer ein beissendes Pamphlet, in dem er direkt die Juden in den Salons angriff. Der Text mit dem Titel *Wider die Juden* richtete sich in erster Linie gegen junge jüdische Frauen:

«Sie lesen viele Bücher, sprechen mehrere Sprachen, spielen manche Instrumente, zeichnen in verschiedenen Manieren, malen in allen Farben, tanzen in allen Formen und besitzen alles Einzelne, besitzen aber nicht die Kunst, alle die

Einzelheiten als Ganzes zu einer schönen Weiblichkeit zu verbinden.»[42]

Das war ein gezielter Angriff gegen den Kern jener Kreise, die mehr als irgendjemand sonst dazu beigetragen hatten, Kanäle der Kommunikation zwischen den jüdischen und christlichen Eliten zu öffnen. *Wider die Juden* wurde in Berlin und in ganz Preussen viel gelesen und diskutiert. Der konservative Publizist Friedrich Gentz erinnerte sich, dass er es trotz anfänglicher Bedenken «mit ausserordentlichem Wohlgefallen» gelesen habe.[43]

Zu den bösartigsten Früchten dieser neuerlichen Kritik an der jüdischen Akkulturation zählte die satirische Farce *Unser Verkehr* des Breslauer Arztes Karl Borromäus Sessa. Das 1813 geschriebene Stück erregte in Breslau wenig Interesse, war jedoch in Berlin sofort ein Erfolg, wo am 2. September 1815 im Königlichen Opernhaus die Premiere stattfand. Das Publikum wurde eingeladen, herzlich über eine groteske Galerie jüdischer Klischees zu lachen. Abraham, der Repräsentant der älteren Generation der Juden aus dem *Shtetl*, ist ein Gebrauchtwarenhändler, der ein ins Lächerliche gezogenes Jiddisch spricht. Doch sein Sohn Jakob strebt nach Höherem: Er will tanzen, Französisch sprechen, bringt sich selbst Ästhetik bei und schreibt Theaterkritiken. Allerdings fällt es ihm schwer, den jiddischen Akzent abzulegen («Ich will werfen den Jueden in mir bei Seit, ich bin doch aufgeklärt – ich hob doch gor nischt Juedisches an mer!»). Am stärksten assimiliert ist die Figur der affektierten und redegewandten Lydia – eine unmissverständliche Karikatur der scharfzüngigen Salondamen der Ära Herz-Levin –, die es trotz all ihrer Bemühungen nicht schafft, ihr jüdisches Wesen zu verbergen.[44] Sessas Parodie war ein direkter Angriff auf die Vorstellung, dass eine Akkulturation ausreichen werde oder könne, um die soziale und politische Kluft zwischen Juden und ihren christlichen Landsleuten zu schliessen.

Unterdessen hatten die Haskala und der verstärkte Kontakt zu dem christlichen Umfeld allmählich tiefgreifende Veränderungen innerhalb des preussischen Judentums bewirkt. Man kann einen eindeutigen Bruch zwischen der ersten Generation der Aufklärer, personifiziert von Mendelssohn, die sich gewandt auf Hebräisch auszudrücken wussten und tief in der jüdischen Tradition verwurzelt blieben, und den späteren, radikaleren Reformern der revolutionären Ära ausmachen, die auf Deutsch schrieben und letztlich danach trachteten, den Kokon der Einhaltung der Zeremonialgesetze ganz zu sprengen. Die Reise weg

von der jüdischen Tradition führte zu verschiedenen Zielen: Manche versuchten, das Judentum auf der Grundlage einer Naturreligion neu zu erschaffen; andere – wie Mendelssohns schwärmerischer Schüler David Friedländer – hofften, einen rational begründeten jüdischen Glauben mit einem Christentum zu verschmelzen, das von dem Element der Dreieinigkeit gesäubert war; und für eine grosse Zahl, darunter viele gut situierte jüdische Frauen aus den Salons und vier der sechs Kinder Moses Mendelssohns, endete ihr Weg mit der radikalsten Assimilation überhaupt: mit dem Übertritt zum Christentum.[45]

Die Berliner Haskala hatte nicht die Auflösung des traditionellen Judentums zur Folge – das pragmatische, flexible Gemeinschaftswesen der Aschkenasim im Westen erwies sich als viel zu widerstandsfähig –, doch sie bewirkte eine dauerhafte Veränderung. Vor allem ermöglichte sie das Aufkommen einer säkularen jüdischen Intelligenz, die neben der alten Elite der Rabbiner und Talmudgelehrten aufblühen konnte. Damit wurde die Grundlage für eine kritische jüdische öffentliche Sphäre geschaffen, die imstande war, sich unvoreingenommen mit der eigenen Tradition auseinanderzusetzen. Religion wurde zu einer privaten Angelegenheit, blieb auf die Synagoge beschränkt, zugleich wurde der Alltag – wenn auch nur schrittweise – von den religiösen Zeremonien befreit. Anfangs waren von diesem Phänomen nur die städtischen Eliten und ihre gesellschaftlichen Satelliten betroffen, doch nach und nach durchdrangen die von der Haskala ausgelösten Schockwellen das Gerüst des traditionellen Judentums, erweiterten den intellektuellen Horizont des Rabbinats und ermunterten die Gläubigen, eine weltliche Bildung (in erster Linie Medizin) an deutschen Universitäten anzustreben. Sie fügte sich in die Reformbewegung ein, welche im 19. Jahrhundert die Liturgie in den Synagogen und die religiösen Vorschriften modernisierte. Aber sie initiierte auch einen weitreichenden Wandel innerhalb der Welt des traditionellen rabbinischen Judentums. Der Haskala war es zum grossen Teil zu verdanken, dass die Strömungen im Judentum des 19. Jahrhunderts – seien es Reformer, Konservative oder Orthodoxe – die geistlichen und intellektuellen Ziele neuer Generationen erfassten und zugleich nährten. Diese anspruchsvolle Aufgabe hatten Mendelssohn und seine Nachfolger ihren jüdischen Landsleuten hinterlassen.

Gegenaufklärung?

«Mit einem Worte, alles ist ins Kleine zusammengeschrumpft», schrieb Honoré Graf Mirabeau anlässlich des Todes Friedrichs des Grossen im Jahre 1786, «wie alles sich ins Grosse entfaltet hatte.»[46]

Gewiss traten beim Wechsel von Friedrich II. zu seinem Nachfolger und Neffen[47] Friedrich Wilhelm II. die üblichen Gegensätze innerhalb der Hohenzollern zu Tage. Der Onkel war ein Menschenfeind, lebte zurückgezogen und zeigte nicht das geringste Interesse an Frauen. Der Neffe war freundlich, gesellig und geradezu sorglos im Umgang mit dem anderen Geschlecht. Seine erste Ehe mit Elisabeth von Braunschweig-Wolfenbüttel (eine Tochter) wurde nach beiderseitigen Seitensprüngen aufgelöst; aus der zweiten Ehe mit Friederike Luise von Hessen-Darmstadt gingen sieben Kinder hervor (das zweite Kind, Wilhelmine, starb allerdings bereits im ersten Lebensjahr); weitere sieben Nachfahren stammten aus der lebenslangen Beziehung zu der Mätresse Wilhelmine Enke (1794 als Gräfin von Lichtenau in den Adelsstand erhoben) und aus zwei Ehen «zur linken Hand».

Der Onkel war den Werten der späten Aufklärung treu geblieben und hatte einen rigorosen, skeptischen Rationalismus verfochten, der in den 1780er Jahren altmodisch erschien. Der Neffe war ein Mann seiner Zeit, der sich für Spiritismus, Hellseherei, Astrologie und dergleichen interessierte, die seinen Vorgänger abgestossen hätten.

Der Onkel hatte seine persönliche Verbundenheit mit den Idealen der Aufklärung zum Ausdruck gebracht, indem er sich schon als Kronprinz den Freimaurern angeschlossen hatte. Der Neffe trat im Gegensatz dazu den Rosenkreuzern bei, einem esoterischen und geheimen Ableger des Freimaurerwesens, der sich mit mystischen und okkulten Praktiken befasste.

Friedrich dem Grossen war es mit einer strengen Haushaltsdisziplin in allen Regierungsgeschäften gelungen, einen Staatsschatz in Höhe von 51 Millionen Talern zu hinterlassen; diese gewaltige Summe wurde von seinem Nachfolger innerhalb von nur elf Jahren verschleudert.[48]

Und schliesslich bestanden eklatante Unterschiede im Führungsstil. Während der Onkel fortwährend die Zentralregierung kontrolliert und überwacht, ja, seinen Willen Sekretären ebenso wie Ministern aufgezwungen hatte, war der Neffe ein impulsiver, labiler Charakter, der leicht von seinen Ratgebern gelenkt werden konnte.

In gewisser Weise war Preussen damit zur Norm in europäischen Dynastien zurückgekehrt. Friedrich Wilhelm war nicht aussergewöhnlich dumm, und er war gewiss ein Mensch mit tiefen und weitreichenden kulturellen Interessen – seine Bedeutung als Mäzen der Künste und Architektur steht ausser Zweifel.[49] Aber er war ausserstande, dem preussischen Regierungssystem ein starkes Befehlszentrum zu verleihen. Als Folge dieser Schwächung des königlichen Einflusses auf die Politik erlebte das «Vorzimmer der Macht» eine Art Wiedergeburt – jener Raum, in dem Berater, Minister und so genannte Freunde des Königs um den Einfluss auf den Monarchen rangen.

Einer der einflussreichsten Ratgeber in der Innenpolitik war Johann Christoph Wöllner, ein intelligenter und ehrgeiziger Bürgerlicher von einfacher Herkunft, der sich zum Pastor und später, über eine ausserordentlich vorteilhafte Heirat mit der einzigen Tochter seines verstorbenen Dienstherrn, zum Herrn über ein Gut hochgearbeitet hatte. Er hatte eine höhere Stellung im inneren Kreis der Rosenkreuzer in Berlin inne und lernte Friedrich Wilhelm noch als Kronprinz kennen. Friedrich der Grosse war über diese Beziehung wenig erbaut, für ihn war der Emporkömmling ein «Heuchler» und «Intrigant». Doch nach der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms II. 1786 war Wöllners grosser Tag gekommen. Der neue Herrscher ernannte ihn zum Geheimen Finanz-, Kriegs- und Domänenrat sowie zum Oberhofbau-Intendanten. Aber seine grosse Stunde schlug 1788, als ihm anstelle von Freiherr von Zedlitz, einem der angesehensten und fortschrittlichsten Mitglieder der friderizianischen Verwaltung, das gesamte geistliche Departement für die Kirchen- und Schulsachen übertragen wurde. Auf diesem Posten verfolgte Wöllner rigoros eine autoritäre Kulturpolitik, deren Ziel es war, die angeblich zersetzenden Auswirkungen des Skeptizismus auf Schule, Kirche und Universität einzudämmen. Kern dieser Kampagne um eine Restabilisierung der ideologischen Substanz des öffentlichen Lebens im Königreich war das berüchtigte Religionsedikt vom 9. Juli 1788 – ein Gesetz, das die zersetzende Auswirkung der rationalistischen Spekulation auf die Integrität der christlichen Lehre stoppen und umkehren sollte.

Es war kein Zufall, dass Wöllners scharfe Kritik sich ausdrücklich gegen Spekulationen auf dem Gebiet der Religion richtete. Gerade in dieser Sphäre (und vor allem in der protestantischen Religion) hatte die Debatte um die Auswirkungen des philosophischen Rationalismus nämlich erheblich dazu beigetragen,

herkömmliche Überzeugungen zu erschüttern. Der Einfluss der Aufklärung auf den preussischen Klerus war insbesondere noch durch die Praxis Friedrichs II. verstärkt worden, bevorzugt rationalistische Kandidaten in Kirchenämter zu berufen. Die Präambel des Edikts stellte ganz unverblümt fest, dass die «Aufklärung» – das Wort steht fett gedruckt in einer Zeile für sich – zu weit gegangen sei. Die Integrität und der Zusammenhalt der christlichen Kirche seien in Gefahr. Der Glaube werde auf dem Altar der Modeerscheinung geopfert.

Das Edikt führte neue Zensurmechanismen ein, die eine einheitliche Glaubenslehre in allen Texten gewährleisten sollten, die an Schulen und Universitäten verwendet wurden. Die disziplinarischen Vollmachten der lutherischen und calvinistischen Konsistorien – die obersten Verwaltungsorgane der Kirchenbehörden – wurden gestärkt. Kontrollverfahren wurden eingeführt, um zu gewährleisten, dass sich Kandidaten, die in Kirchenämter berufen wurden, auch wirklich zu den Glaubensartikeln ihrer jeweiligen Konfession bekannten. Weitere Massnahmen folgten: Im Dezember 1788 wurde ein Zensuredikt veröffentlicht, um den Strom an Pamphleten und Artikeln einzudämmen, welche die neuen Massnahmen kritisierten. Eine Immediat-Examinationskommission wurde gegründet, um Rationalisten aus der Kirche und den Lehranstalten zu vertreiben. Zu den Geistlichen, die einer Prüfung unterzogen wurden, zählte auch der Priester Johannes Heinrich Schulz von Gelsdorf. Er war berüchtigt dafür, dass er predigte, Jesus sei ein Mensch wie jeder andere gewesen, er sei nie auferstanden, die Lehre von der allgemeinen Auferweckung sei Unfug und es gebe überhaupt keine Hölle.[50] Ein anderer Gelehrter, der die Aufmerksamkeit der Behörden auf sich zog, war Immanuel Kant persönlich: Im Herbst 1794 wurde ihm ein strenger Verweis erteilt. In der betreffenden königlichen Order hiess es etwa, seine unter dem Titel *Die Religion innerhalb der Grenzen der blossen Vernunft* erschienene Schrift missbrauche die Philosophie zur Entstellung und Herabwürdigung des Christentums.[51]

Wöllners Edikt ist häufig als ein reaktionärer Schlag gegen die preussische Aufklärung gewertet worden.[52] Seine zeitgenössischen Kritiker haben es zweifellos als solchen angesehen. Doch in vieler Hinsicht war Wöllners Religionspolitik tief in der Tradition der preussischen Aufklärung verwurzelt. Wöllner war selbst Freimaurer gewesen, bevor er sich den Rosenkreuzern angeschlossen hatte (die ihrerseits ein Ableger der Freimaurerbewegung waren). Er hatte an

der rationalistischen Universität Halle studiert und war Autor mehrerer aufgeklärter Traktate, die nachdrücklich eine Verbesserung der Landwirtschaft, eine Landreform und die Abschaffung der Leibeigenschaft forderten.[53] Das Hauptziel des Edikts war keineswegs – wie die polemischsten zeitgenössischen Kritiker behaupteten – die Einführung einer neuen religiösen «Orthodoxie», sondern die Konsolidierung der bestehenden konfessionellen Strukturen und damit die Erhaltung des pluralistischen Kompromisses, der 1648 im Westfälischen Frieden gefunden worden war. So gesehen stand das Edikt im Einklang mit Preussens Tradition des friedlichen Nebeneinanders mehrerer Konfessionen. Zum Beispiel untersagte es nicht nur die öffentliche Verbreitung heterodoxer, rationalistischer Ansichten, sondern auch die Bekehrungsversuche durch die katholische Kirche unter Mitgliedern der beiden protestantischen Konfessionen. Es dehnte sogar (in Artikel 2) den landesherrlichen Schutz auf die verschiedenen «in Unsern Staaten bisher öffentlich geduldeten Secten» aus, namentlich die Juden, Herrenhuter, Mennoniten und die Böhmische Brüdergemeinde.[54]

Das Edikt war auch wegen seiner im Wesentlichen zweckdienlichen Sichtweise der Religion bemerkenswert. Ihm lag die – typisch aufklärerische – Überzeugung zugrunde, dass der Religion eine wichtige Rolle bei der Festigung der öffentlichen Ordnung zukomme. Es ging weniger darum, theologische Überlegungen generell zu unterdrücken, als um die Tatsache, dass die «arme Volksmenge» von dem gewohnten Glauben an die biblische, geistliche und – in der Konsequenz – königliche Autorität abgebracht wurde.[55] Es erschien umso dringlicher, stabilisierende Massnahmen zu ergreifen, als durch die Annektierung grosser polnischer Landstriche (siehe zehntes Kapitel) die Zahl der katholischen Untertanen in Preussen drastisch angestiegen und damit das konfessionelle Gleichgewicht im Königreich bedroht war. Auch deshalb unterstützten viele prominente aufgeklärte Theologen bereitwillig das Edikt als politische Massnahme zur Wahrung des Religionsfriedens.[56]

Folglich hat es wenig Sinn, die Kontroverse, die über das Edikt ausbrach, als einen Konflikt zwischen «Aufklärung» und «politischer Reaktion» zu betrachten, wobei letztere am liebsten die Zeit zurückgedreht hätte. Die Auseinandersetzung verlief eigentlich zwischen unterschiedlichen Strömungen der Aufklärung. Auf der einen Seite standen die aufgeklärten Verteidiger des Edikts, die darin eine rationale Ausübung der Staatsgewalt im Interesse der Religionsfrei-

heit und der Freiheit des Einzelnen sahen, der «in ungestörter Ruhe und Sicherheit» die «einmal angenommene Confession und den Glauben» ausüben sollte.[57] Auf der anderen Seite argumentierten die radikalen Kritiker, das Edikt würde das individuelle Gewissen unterdrücken; der kantsche Jurist Gottfried Hufeland etwa plädierte sogar dafür, dass öffentliche Einrichtungen die rationalen Überzeugungen der Individuen repräsentieren müssten, aus denen sie sich zusammensetzen, selbst wenn dies bedeute, dass es ebenso viele Kirchen wie persönliche Überzeugungen geben müsse.[58] Von einem Blickwinkel aus waren die ererbten konfessionellen Identitäten Parzellen der Religionsfreiheit, die vor dem anarchischen Individualismus der radikalen Kritiker geschützt werden mussten; andere sahen darin ein drückendes Vermächtnis der Vergangenheit, dessen Weiterbestand eine Bürde für das individuelle Gewissen war. In Wahrheit ging es bei der ganzen Diskussion um den Ort rationaler Handlungsweisen. Eignete der Staat sich besser dafür, eine rationale, öffentliche Ordnung zu wahren, die sich auf die Prinzipien des Naturrechts stützte, oder sollte man dies den zunehmend dynamischen, politischen Kräften innerhalb einer aufkommenden Zivilgesellschaft überlassen?

Der öffentliche Aufruhr, den das Edikt und die Begleitmassnahmen auslösten, brachte zutage, wie stark die preussische Öffentlichkeit durch den aufgeklärten kritischen Diskurs bereits politisiert worden war. Die veröffentlichten Kommentare waren von einer bislang ungekannten Schärfe, was einen alarmierten König im September 1788 zu der Bemerkung veranlasste, aus der *«Presse-Freyheit»* sei mittlerweile eine *«Presse-Frechheit»* geworden.[59] Darüber hinaus kam es zu Spannungen zwischen den behelfsmässigen Organen, die Wöllner gegründet hatte, um über die Zensur die Einhaltung des Edikts zu überwachen, und den bestehenden Gremien der kirchlichen Selbstverwaltung, die häufig von liberalen Theologen dominiert wurden. Die Disziplinarverfahren gegen den eklatant heterodoxen Priester Schulz brachen zusammen, als die obersten Justiz- und Kirchenbeamten, die in seinem Fall ermitteln sollten, zu der Schlussfolgerung gelangten, dass man es ihm, da er Christ sei (wenn auch nicht Lutheraner), gestatten müsse, im Amt zu bleiben.[60] Wie dieser und viele andere Fälle zeigen, existierte mittlerweile ein Netz aus Beamten an der Spitze der Verwaltung, die die Schule der Berliner Aufklärung durchlaufen hatten und bereit waren, ihre Auffassung von einer aufgeklärten politischen Ordnung gegen die autoritären Verordnungen Wöllners und Friedrich Wilhelms II. zu verteidigen.[61]

Bei einem so massiven Widerstand konnte es nicht ausbleiben, dass Wöllners Bemühungen, die Diskussion zu stoppen und die Verwaltungsstrukturen von rationalistischen Kritikern zu säubern, allenfalls begrenzten Erfolg hatten. Im Frühjahr 1794 reisten die beiden Mitglieder der Immediat-Examinationskommission, Hermann Daniel Hermes und Gottlob Friedrich Hillmer, nach Halle, um die Universität und Hochschule der Stadt zu inspizieren. Die Universität Halle, einst das Zentrum des Pietismus, war inzwischen eine Hochburg der radikalen Theologie, deren Leitungsgremium offiziell gegen die aktuellen Zensurmassnahmen protestiert hatte. Als Hermes und Hillmer am Abend des 29. Mai in der Stadt ankamen und sich im «Hotel zum Goldenen Löwen» einquartierten, wurden sie von einer Menge maskierter Studenten belagert, die bis in die frühen Morgenstunden vor ihren Fenstern rationalistische Losungen skandierten. Am folgenden Abend versammelte sich eine noch grössere und lautere Menge Studenten und hörte zu, wie einer aus ihren Reihen eine Rede hielt, nach Angaben eines Augenzeugen gespickt mit blasphemischen und unreligiösen Ausdrücken. Danach bewarf die Menge die Fenster der Prüfer mit Ziegeln und Pflastersteinen.

Hinzu kam, dass die Gremien der Universität sich weigerten, Wöllners politische Linie innerhalb der Fakultäten durchzusetzen – teils, weil sie den Geist des Edikts ablehnten, teils, weil sie die Durchsetzung solcher Massnahmen von oben als unvereinbar mit der akademischen Freiheit und der Autonomie ihrer Einrichtung ansahen. «Was ist denn unsere Macht?», rief Hermes während einer Sitzung mit hohen Universitätsvertretern aus. «Noch nicht einen neologischen Prediger haben wir absetzen können. Man ist uns überall zugegen.»[62]

Im Jahr 1795, nach dem vergeblichen Versuch, die neuen Massnahmen in der wichtigsten Universität Preussens durchzusetzen, zeichnete sich bereits ab, dass das autoritäre Projekt Wöllners weitgehend verpufft war. Gewiss wurde die Zensur allgemein verschärft, vor allem, als mit dem Ausbruch der Französischen Revolution das Ausmass der Gefahr deutlich wurde, die der herkömmlichen Autorität durch politischen Radikalismus drohte. Ein prominenter Augenzeuge dieser Entwicklungen war der Verleger und Patriot Friedrich Nicolai, der 1792 seine eigene Zeitschrift, die *Allgemeine Deutsche Bibliothek*, nach Altona verlegte (damals eine Nachbarstadt Hamburgs unter dänischer Herrschaft), um der Wachsamkeit der preussischen Zensoren zu entgehen. In einem Brief an Friedrich Wilhelm II. aus dem Jahr 1794 protestierte Nicolai gegen die aktuel-

len Massnahmen und stellte fest, dass die Zahl der unabhängigen Druckerpressen in Berlin als Folge der Politik des Regimes seit 1788 von 181 auf 61 gefallen sei. Geschickt wies er darauf hin, dass die königlichen Steuereinnahmen darunter gelitten hätten.[63] Ob diese Schrumpfung allerdings ausschliesslich eine Folge der Zensur war (und nicht etwa der Kräfte des Marktes), ist mehr als zweifelhaft. Allerdings hatte der Unwillen innerhalb der preussischen Intelligenz über die Zensur ganz eindeutig zugenommen. Teils war dies eine Reaktion auf reale Einschränkungen, teils äusserten sich darin aber auch die gesteigerten Erwartungen, die im intellektuellen und politischen Nährboden der 1780er Jahre herangereift waren. «Redefreiheit» wurde Mitte der 1790er Jahre in Preussen bereits viel radikaler definiert als ein Jahrzehnt zuvor; und das warme Licht, in dem das Charisma «Friedrichs des Einzigen» die Räder des Staatsapparats hatte erscheinen lassen, verblasste nach 1786 zunehmend.

Ungeachtet dieser Verschlechterung der öffentlichen Stimmung darf der repressive Charakter der postfriderizianischen Regierung keineswegs überschätzt werden. Eine aktuelle Untersuchung der Berliner Presse zur Zeit der Französischen Revolution hat ergeben, dass die Untertanen Preussens Zugang zu ausserordentlich detaillierten und zuverlässigen Zeitungsartikeln über die zeitgenössischen Ereignisse in Frankreich hatten, nicht nur während der liberalen Revolution von 1789 bis 1792, sondern auch während des Terrors der Jakobiner und danach. Unter den Berichten in der Berliner Presse fanden sich kluge politische Kommentare, die der Sache der Revolutionäre keineswegs ausnahmslos feindselig gegenüberstanden. Die *Haudesche und Spenersche Zeitung* zeichnete sich vor allem durch die Sympathie aus, mit der sie die Standpunkte und politischen Massnahmen der verschiedenen Parteien (auch die Robespierres und der Jakobiner) darlegte und erklärte. Zu keinem Zeitpunkt versuchte die preussische Regierung ernsthaft, die Verbreitung von Informationen über die Ereignisse in Frankreich zu verhindern (selbst nicht während des Prozesses und der Hinrichtung des Königs 1792/93) oder dafür zu sorgen, dass die Königsmörder und ihre Verbündeten in einem besonders negativen Licht erschienen. Die Behörden verhinderten auch nicht die Verwendung zeitgenössischer Berichterstattung zu Bildungszwecken, weder in den Gymnasien noch in Dorf- und Grundschulen. Nirgendwo in den deutschen Landen, ausser vielleicht in Hamburg, gab eine Berichterstattung mit einer vergleichbaren Qualität und Offenheit. Ungeachtet der

alles durchdringenden Angst vor der Revolution und der ganzen Belästigung durch die Zensur bleibe es eine Tatsache, schreibt Axel Schumann, «dass unter preussischer Zensur zwischen 1789 und 1806 in der ‚Haupt- und Residenzstadt Berlin' vier Journale erscheinen konnten, in denen die Französische Revolution als historische Notwendigkeit und Sieg der Vernunft über aristokratische Anmassung und königliche Misswirtschaft gefeiert wurde»[64].

Staat mit zwei Gesichtern

Im Sommer 1796 zogen die Berliner in Scharen zu der neuesten theatralischen Sensation, die der berühmte schwäbische Illusionist Johann Karl Enslen inszenierte. Die Vorstellung begann mit einem Trio wunderbar gestalteter Automaten: ein Spanier mit einer Flöte, eine Frau, die Glasorgel spielte, und ein Trompeter, der auch sprechen konnte. Darauf folgte eine «Luftjagd» mit «aerostatischen» Tierfiguren, die mit Gas gefüllt waren, und ein Turnandroid, dessen Bewegungen so lebensecht wirkten, dass man ihn für einen Menschen hätte halten können, wenn das Halsgelenk nicht leise gequietscht hätte. Gegen Ende der Vorstellung ging das Licht aus und ein lauter Donnerschlag kündigte eine Reihe geisterhafter Erscheinungen an, die in einer spektakulären Illusion kulminierten: «Dann zeigte sich in der Ferne ein heller Stern; der Stern erweitert sich, und aus ihm entwickelt sich das sehr ähnliche Bild Friedrichs des Zweyten, in seiner gewöhnlichen Kleidung und Haltung [...]. Der Eindruck, den diese Erscheinung in dem Parterre und in den Logen machte, war auffallend. Das Klatschen und Jauchzen war unaufhörlich. Da Friedrich sich bei seinem Sterne zurück zu ziehen anfing, riefen viele: o bleibe bey uns! Er gieng in seinen Stern zurück, aber auf das laute Ancorarufen musste er noch zweimal zurückkommen.»[65]

Dies war ein Theater der modernen Art, in dem die Wirkung von Illusionen (eine ganz neue Attraktion) durch Dunkelheit noch gesteigert wurde. Eintrittskarten gab es zu unterschiedlichen Preisen für jeden Geldbeutel. Männer und Frauen, einfache Beamte, Handwerker und Bürobedienstete tummelten sich im Publikum, aber es kamen auch Menschen von adeligem Stand, sogar Angehörige der Königsfamilie – wenn auch nur als zahlende Gäste. Und da erschien die Gestalt des auferweckten Königs, der einzig zu dem Zweck wiederbelebt

wurde, eine Menge zu befriedigen, die sich nach Unterhaltung sehnte und bereit war, dafür zu bezahlen. Empfanden die Königlichen, die sich die bemerkenswerte Projektion ansahen, womöglich ein leichtes Unbehagen bei dem Auftritt des toten Königs, der von seinem Volk bejubelt wurde, aber zugleich auch nach dessen Pfeife tanzte? Man kann sich kaum eine Szene vorstellen, die besser die Ambivalenz und Modernität von Nostalgie versinnbildlicht.

Im Jahr 1800 war Berlin – in puncto Geistes- und Gesellschaftsleben – die vitalste Stadt des deutschsprachigen Europa. Die Einwohnerzahl näherte sich der 200.000-Marke. Es bestand ein dichtes Netz aus Vereinen und Gesellschaften, von denen 38 namentlich bekannt sind, sowie 16 Freimaurerlogen.[66] Über die Kreise der bekannteren Organisationen hinaus existierte eine Unzahl weiterer, inzwischen vergessener Vereine für die unteren Gesellschaftsschichten. Das Berliner Vereinsleben war nicht nur reichhaltig, es war auch ausserordentlich vielschichtig und vielfältig. Der Montagsclub, die Mittwochsgesellschaft und der Donnerstagskreis waren kleine und exklusive Zusammenkünfte, die den Bedürfnissen der Intellektuellen und der aufgeklärten Mitglieder des Grossbürgertums entsprachen. Die Stadt hatte auch eine breite Palette an Gesellschaften zu bieten, die sich auf spezielle Interessengebiete konzentrierten: die Gesellschaft naturforschender Freunde zu Berlin beispielsweise oder die Pädagogische Gesellschaft, die sich am ersten Montag in jedem Monat in einer Ratskammer in Werder traf, oder die Gesellschaft zur ökonomischen Befeuerung, die über Möglichkeiten sprach, den Holzverbrauch zu senken. Holz war damals eine seltene und teure Ware. Die Philomatische Gesellschaft mit 35 Mitgliedern sprach Menschen mit wissenschaftlichen Interessen an, darunter den jüdischen Kant-Schüler Lazarus Bendavid, den Bildhauer Johann Gottfried Schadow und den hohen Beamten Ernst Ferdinand Klein. Ferner gab es die Ärztliche Vereinigung – einen Vorläufer der späteren Berufsorganisationen – und die Pharmaceutische Gesellschaft, die ihren Mitgliedern ein Herbarium und eine kleine Bibliothek zur Verfügung stellte. Die Militärische Gesellschaft befasste sich mit der Notwendigkeit einer Militärreform und hatte rund 200 Mitglieder – sie war ein früher Kristallisationspunkt für die Reformkräfte, deren Fürsprecher nach 1806 auf den Plan treten sollten. Wer sich über die neuesten Entwicklungen in Politik, Wissenschaft und Kultur auf dem Laufenden halten wollte, konnte aus einer

breiten Palette von Lesegesellschaften und anderen kommerziellen Leseeinrichtungen, wie Leihbibliotheken, wählen. Zeitungen und Zeitschriften lagen zudem in Kaffeehäusern aus; und viele Logen unterhielten beachtliche Bibliotheken.

Da die Zahl der Gesellschaften ständig weiter stieg, übernahmen sie immer spezifischere Funktionen. Eine beliebte neuartige Form der organisierten gesellschaftlichen Aktivität im Berlin des 18. Jahrhunderts war das Laientheater. In den siebziger und achtziger Jahren schnellte die Zahl der Theatergesellschaften in die Höhe, die ein sehr breites Publikum ansprachen. Die Gesellschaft Urania (gegründet 1792) war für Mitglieder der aufgeklärten Elite gedacht, doch der Polyhymnia (1800) gehörten Klempner, Instrumentenbauer, Schuster und Bürstenbinder an. Die Theatergesellschaften nahmen auch Frauen auf, allerdings blieb die Auswahl der Stücke, die aufgeführt wurden, in der Regel den Männern vorbehalten. Es war nur eine Frage der Zeit, bis Clubs entstanden, die private Treffpunkte für Mitglieder und ihre Gäste mit einer breiten Palette an Freizeitaktivitäten und Vergnügungen kombinierten. Die so genannten *Ressourcen* waren Clubs, die Räumlichkeiten anmieteten, in denen die verschiedensten Dienstleistungen angeboten wurden, von Mahlzeiten bis hin zu Billard, Leseräumen, Konzerten, Bällen und Theateraufführungen, in einem Fall sogar ein Feuerwerk. Manche dieser Clubs zählten über 200 Mitglieder, und alle zusammen spiegelten sie die gesellschaftliche Vielfalt der Hauptstadt wider.

Diese dichte und rasch wechselnde Topographie bürgerschaftlicher Organisationen lässt Rückschlüsse darauf zu, welche Kräfte gegen Ende des 18. Jahrhunderts in der preussischen Gesellschaft wirkten. Berlin war ein Zentrum königlicher und staatlicher Autorität, doch es war auch der Schauplatz autonomer gesellschaftlicher Tätigkeit: Bürger debattierten über die hohen Angelegenheiten des Staates, erwarben wissenschaftliches oder esoterisches Wissen und gingen Vergnügungen nach, die weder privat noch wirklich öffentlich waren, genossen kulturelle Veranstaltungen und amüsierten sich in einem gleichartigen Umfeld. Nichts davon war in irgendeiner Hinsicht rebellisch oder revolutionär, und doch zeigt sich darin eine erdrutschartige Verschiebung des Kräftegleichgewichts innerhalb der Gesellschaft. Christen und Juden, Männer und Frauen, Adelige, Bürger und Handwerker verkehrten in diesem geselligen städtischen Milieu miteinander. Diese Welt, entstanden aufgrund der Fertigkeiten, kommu-

nikativen Energien und Geldmittel der Stadtbevölkerung, war eher höflich als höfisch. Sie zu kontrollieren, zu zensieren oder gar zu überwachen, diesen Aufgaben waren die Berliner Polizei- und Zensurbehörden mit ihren bescheidenen Mitteln nicht gewachsen. Allein ihre Existenz stellte eine subtile Gefahr für die Strukturen und Gewohnheiten der traditionellen Autorität dar.

Auch innerhalb der Verwaltung gab es Anzeichen für einen Paradigmenwechsel. Eine neue Generation von Staatsdienern begann die preussische Regierungspraxis neu auszurichten. Im Jahr 1780 trat ein junger Adeliger aus der Stadt Nassau an der Lahn in den preussischen Staatsdienst ein. Reichsfreiherr Heinrich Friedrich Karl vom und zum Stein stammte aus einer alten Adelsfamilie und war, wie so viele Deutsche seiner Generation, ein Bewunderer Friedrichs II. Als Beamter im General-Kriegs- und Domänendirektorium trug Stein die Verantwortung für die Steigerung der Produktivität des Bergbaus in den westfälischen Gebieten. Die lukrativen Minen der Grafschaft Mark standen damals unter der Kontrolle der *Gewerke*, ständische, gewerkschaftsähnliche Körperschaften, die den lokalen Arbeitsmarkt kontrollierten. Auf Steins Drängen hin wurde der Einfluss dieser Körperschaften eingeschränkt, um den Weg für ein neuartiges, einheitliches Entlohnungssystem und umfassende staatliche Inspektionen frei zu machen. Gleichzeitig erzielte Stein, der körperschaftliche Organisationen durchaus billigte, solange sie nicht die Effizienz behinderten, jedoch eine Einigung mit den Gewerken, indem er ihnen eine grössere Autonomie zugestand, etwa die Ernennung der eigenen Vertreter durch Wahl.[67]

Steins origineller und scharfer Verstand wurden rasch erkannt, und bereits 1788 hatte er zwei hohe Posten innerhalb der Kammerregierung in Kleve und der Grafschaft Mark inne. Er schaffte veraltete Bestimmungen und Privilegien im Steuersystem ab; ausserdem hob er die Gildenaufsicht auf dem Lande auf, um die ländliche Manufaktur anzukurbeln und den Schmuggel abzuschaffen. Die internen Zölle, die von Privatpersonen und Körperschaften eingezogen wurden, wurden abgeschafft und durch einen moderaten, staatlich verwalteten Grenzzoll ersetzt.[68] Als Kammerpräsident von Minden-Ravensberg nahm Stein ab 1796 erneut traditionelle Abgaben und Privilegien aufs Korn, die der Vitalität der lokalen Wirtschaft schadeten. Er versuchte (allerdings ohne Erfolg) sogar, das Problem der Leibeigenschaft in den westfälischen Gebieten in Angriff zu nehmen (insbesondere in Minden-Ravensberg, wo noch viele Bauern unfrei

23. Reichsfreiherr Heinrich Friedrich Karl vom und zum Stein.

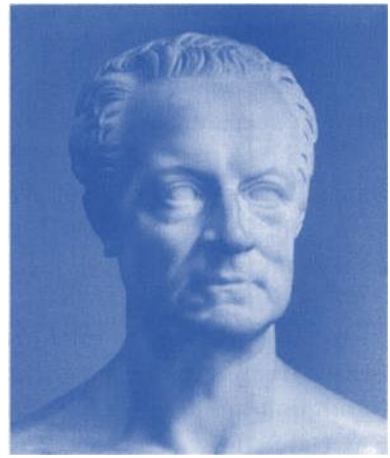
waren). Als Angehöriger des alten Reichsadelsstandes zögerte Stein allerdings, sich kurzerhand über lokale Traditionen hinwegzusetzen, und entschied sich für eine Politik der Verhandlung mit den Landständen. Es sollte ein Entschädigungspaket geschnürt werden, das die Familien des Landadels mit der Einschränkung ihrer Rechte als Gutsherr versöhnen sollte. Die letzteren Initiativen scheiterten am erbitterten Widerstand des Adels, doch sie kündigten einen mutigen neuen Stil in der preussischen Regierung an.[69]

Ein weiterer Staatsdiener mit Reformideen war Karl August von Hardenberg, der im Jahr 1790 in die hohenzollerische Verwaltung eintrat. Genau wie Stein war auch Hardenberg ein «Ausländer» mit einer tiefen Bewunderung für Friedrich II. Der 1750 auf dem Gut seines Grossvaters mütterlicherseits in Essenrode geborene Hardenberg stammte aus einer hannoverschen Familie, die gemeinhin als fortschrittlich galt.[70] Als Beamter erwarb sich der junge Hardenberg in seiner Heimat den Ruf eines ausgesprochenen Reformers: Im Jahr 1780 verfasste er eine Denkschrift, in der er die Abschaffung der Leibeigenschaft, Deregulierung der Wirtschaft und Schaffung einer schlankeren Exekutive forderte, die sich auf Fachministerien und klare Befehlsketten und Zuständigkeiten stützte.[71] Nach seinem Wechsel zu den Markgrafschaften von Ansbach-Bayreuth wurde er

1792 damit beauftragt, die an Preussen gefallenen Fürstentümer einzugliedern und die Verwaltung zu reformieren.[72] Dies war eine ausserordentlich komplexe Aufgabe, denn die Gebiete waren durchzogen von Enklaven und Exklaven, zudem überschnitten sich teils Hoheitsgebiete.

Hardenberg, nun preussischer Minister, ging das Problem ausserordentlich resolut an. Den Reichsadeligen wurden ihre allzu weitreichenden Privilegien und Verfassungsrechte entzogen – ein eklatanter Verstoss gegen die Reichsgesetze. Gebiete wurden getauscht und Besitzstände neu geregelt, um Enklaven zu beseitigen und eine durchgehende Grenzlinie für das preussische Hoheitsgebiet zu schaffen. Das Recht der Untertanen, Prozesse vor die Reichsgerichte zu bringen, wurde abgeschafft. Damit wurde verhindert, dass der Adelsstand in der Provinz seine Beschwerden dem Kaiser vorlegte. Wo seinen Befehlen Widerstand geleistet wurde, schickte Hardenberg kurzerhand Truppen aus und erzwang Gehorsam. Diese Massnahmen wurden von einem innovativen Umgang mit den Medien begleitet: Hardenberg pflegte Kontakte zu mehreren wichtigen Journalisten in der Region und gewann diskret freundlich gesinnte Schreiber, von denen man sicher sein konnte, dass sie seine Politik in Beiträgen und Leitartikeln unterstützten.[73]

Hardenberg hatte die Amtsübernahme an die Bedingung geknüpft, dass er unmittelbar dem König unterstellt war. Also herrschte er als eine Art Vizekönig in Ansbach und Bayreuth, mit Vollmachten, die seinen Kollegen in der Hauptstadt verwehrt blieben. Das ermöglichte es ihm, weitreichende Reformen durchzusetzen, ohne dass er fürchten musste, dass ein eifersüchtiger Vorgesetzter ihm in die Quere kam. Die neue fränkische Verwaltung, die er einführte, war (anders als die Zentralregierung in Berlin) nach modernen Grundsätzen strukturiert: Es gab vier Fachministerien (Justiz, Inneres, Krieg und Finanzen). Unter Hardenbergs Führung wurden die fränkischen Fürstentümer zu einer Art Versuchslabor in Sachen Verwaltungsreform. Unter den Beamten, die Posten in Ansbach und Bayreuth übernahmen, fanden sich zahlreiche Namen, die später an der Spitze des preussischen Staates auftauchten: Schuckmann, Koch, Kircheisen, Humboldt, Bülow. Um Hardenberg scharte sich ein engagierter Tross ehrgeiziger, junger Bürokraten aus der Region. Männer aus der «Frankenclique» sollten später hohe Verwaltungsposten besetzen, nicht nur in Preussen, sondern auch in Bayern, dem nach den Napoleonischen Kriegen die beiden Fürstentümer zufielen.[74]



24. Karl August, Fürst von Hardenberg. Marmorbüste von Christian Rauch, 1816.

Selbst das altbewährte Getreideverwaltungssystem Preussens geriet unter zunehmenden Druck. In den ersten vier Jahren der Herrschaft Friedrich Wilhelms II. (1786-1797) wurde eine dramatische Liberalisierung des Getreidehandels eingeführt. Es war ein kurzlebiges Experiment – von 1788 an wurden nach und nach erneut Kontrollen eingeführt, sehr zur Enttäuschung der Liberalen in der Regierung.[75] Nach einer Kette von Hungerrevolten zwischen 1800 und 1805 gelangten einige hohe Beamte jedoch zu dem Schluss, dass die Produktivität steigen und die Verteilung effizienter funktionieren würde, wenn der Staat auf Kontrollen verzichtete und die Getreidemärkte sich selbst überliess. Ein einflussreicher Verfechter dieser Anschauung war der ostpreussische Adelige Friedrich Leopold Freiherr von Schroetter, preussischer Staatsminister für Ost- und Westpreussen und Vizevorsitzender des Generaldirektoriums. Schroetter war ein ehemaliger Schüler und Familienfreund Immanuel Kants und ein dezidierter Fürsprecher des agrarischen Liberalismus, der um die Jahrhundertwende unter der ostpreussischen Elite en vogue war. Am 11. Juli 1805 legte er dem König in einer Denkschrift seine Ansichten dar. Wenn schon in Friedenszeiten wegen Mängel und Störungen im Regierungssystem Unruhen möglich waren, weil die Menschen Not litten, argumentierte Schroetter, was war dann zu erwarten, wenn ein Krieg ausbrechen sollte und die staatlichen Kähne für den Getreidetransport von der Armee benötigt wurden? Anstelle der bestehenden Vorschriften plädierte Schrötter für eine radikale Deregulierung der Getreidewirtschaft. Niemand, so sein Vorschlag, solle gezwungen sein, Getreide gegen sei-

nen Willen oder zu Preisen zu verkaufen, die von der Regierung festgesetzt worden waren; statt den Getreidevorrat vor den Händlern zu schützen, sollte der Staat die Händler und ihr Recht schützen, frei über ihren Besitz zu verfügen. Das Generaldirektorium lehnte Schroetters Vorschläge im August 1805 ab. Aber das war nur ein vorübergehender Rückschlag. Es sollte nicht mehr lange dauern, bis die grosse Stunde für Schroetters Liberalismus schlug – und die letzte für den Protektionismus des Direktoriums.[76]

Somit kann man von einem schleichenden Veränderungsprozess sprechen, der von mehreren Punkten an der Peripherie aus ins Innere Preussens sozusagen «einsickerte».[77] In den 1790er Jahren, dem Jahrzehnt der Revolution in Europa, schien Preussen zwischen zwei Welten zu schweben. Durch die zunehmende Verbreitung der kritischen Presse im letzten Drittel des Jahrhunderts sah sich die Regierung mit einem Phänomen konfrontiert, das sie weder unterdrücken noch wirklich akzeptieren konnte. Im Aufblühen des preussisch-monarchischen Patriotismus äusserte sich der ehrgeizige Anspruch der aufstrebenden, städtischen Intelligenz, an den grossen Angelegenheiten des Staates teilzuhaben. Allerdings war in Preussens Regierungssystem für diesen Anspruch noch kein Ventil vorgesehen. So hatte die Debatte und kritische Diskussion innerhalb und ausserhalb der Verwaltung so gut wie jeden Bereich des politischen Systems in Frage gestellt: von den Machtstrukturen der Agrargesellschaft über die Organisation und Taktik des Militärs bis hin zur staatlichen Lenkung der Wirtschaft.

Kein Text dokumentiert besser den Übergangszustand, in dem sich Preussen Ende des 18. Jahrhunderts befand, als das 1794 in Kraft getretene *Allgemeine Landrecht für die preussischen Staaten* (ALR). Mit den fast 20.000 Paragraphen, die, so schien es, jede denkbare Transaktion zwischen zwei Preussen grundlegend behandelten, war das Allgemeine Landrecht die grösste zivile Errungenschaft der friderizianischen Aufklärung. Der von einem Team hervorragender Juristen nach einem langen Prozess öffentlicher Diskussion und Beratung verfasste Gesetzestext war zur Zeit der Veröffentlichung einzigartig. Erst in den Jahren 1804 und 1811 folgten Frankreich und Österreich mit vergleichbaren, allerdings nicht ganz so umfassenden Kodizes. Das Landrecht war überdies beispielhaft wegen der Klarheit und Eleganz seiner Sprache, die viele Kernpunkte so verständlich und präzise ausdrückte, dass noch im heutigen Zivilrecht Deutschlands rhetorische Wendungen des preussischen Gesetzes zu finden sind.[78]

Die Faszination des Allgemeinen Landrechts liegt gerade in dem seltsam unschlüssigen Bild, das es von der preussischen Gesellschaft am Ende des 18. Jahrhunderts zeichnet. Wenn man durch die Paragraphen einen Blick auf Preussen wirft, könnte man meinen, man würde ein Fernglas mit unterschiedlichen Brennweiten benutzen.

Auf der einen Seite blitzt hier und da eine egalitäre sozialgesetzliche Ordnung auf. Gleich der erste Paragraph kündigt an: «Das allgemeine Gesetzesbuch enthält die Vorschriften, nach welchen die Rechte und Verbindlichkeiten der Einwohner des Staates [...] zu beurtheilen sind.»[79] Der Leser stolpert sofort über die Wahl des latent egalitären Begriffs «Einwohner» anstelle des traditionelleren «Untertanen». Dieser Eindruck wird noch verstärkt durch § 22, in dem es heisst: «Die Gesetze des Staats verbinden alle Mitglieder desselben, ohne Unterschied des Standes, Ranges und Geschlechts.»[80] Hier tritt die Vorstellung einer «Mitgliedschaft» an die Stelle des Untertanentums, was die egalitäre Intention noch deutlicher zum Ausdruck bringt. In § 82 der Einleitung erfährt der Leser jedoch, dass «Rechte des Menschen», nachdem alles andere gleich war, abhängig seien von «seiner Geburt, seinem Stand». In einem späteren Abschnitt, der sich mit den «Rechten und Pflichten des Adelstandes» befasst, erklärt der Kodex ganz unverblümt: «Dem Adel, als dem ersten Stand im Staat, liegt nach seiner Bestimmung die Vertheidigung des Staats [...] ob.» Weitere Absätze im selben Abschnitt legen fest, dass Angehörige des adeligen Standes nur von den höchsten Gerichten im Land verurteilt werden dürfen, dass Adelige privilegierten Zugang zu den «Ehrenstellen im Staate» genossen (was eine angemessene Qualifikation voraussetzt) und dass «nur der Adel zum Besitze adlicher Güter berechtigt» sei.[81]

Diese Diskrepanzen erschienen den Zeitgenossen längst nicht so merkwürdig wie dem heutigen Leser. Für Friedrich II., der dieses grosse Gesetzeswerk in Auftrag gegeben hatte, war die Vorrangstellung des Adels ein Axiom der gesellschaftlichen Ordnung. Er wies seine Juristen an, nicht nur das «Allgemeinwohl» zu berücksichtigen, sondern auch die spezifischen Rechte der Stände – dieses Element wurde nach seinem Tod noch gestärkt.[82] Die daraus resultierende Ambivalenz lässt sich in den Paragraphen erkennen, die sich mit Rechten und Pflichten der bäuerlichen Untertanen auf Adelsgütern befassen. Erstaunlicherweise bezeichnet der Kodex diese Personen als «freye Bürger des Staates» – die Bauern sind sogar die einzige Gruppe, die so bezeichnet werden. Doch die Mehrzahl der Paragraphen zu diesem Thema bestätigt die bestehenden Struktu-

ren der ständischen Dominanz und Ungleichheit auf dem Lande. Untertanen müssen die Erlaubnis des Herrn einholen, bevor sie heiraten (allerdings kann diese ohne guten juristischen Grund auch nicht verweigert werden); ihre Kinder müssen im Haushalt mitarbeiten; sie müssen für Fehlverhalten (moderate) Strafen erdulden; sie müssen ihre Dienste leisten, zu denen sie gesetzlich verpflichtet sind, und dergleichen mehr.[83] Die ständischen Strukturen der preussischen Gesellschaft wurden als so grundlegend für die soziale Ordnung angesehen, dass sie das Gesetz prägten, statt umgekehrt von ihm definiert zu werden. Tatsächlich waren sie die «Quellen des Gesetzes», wie es in einer Überschrift in der Präambel heisst.[84]

Das eigentlich Bemerkenswerte am Allgemeinen Landrecht ist weniger, dass in ihm disparate Sichtweisen enthalten sind, sondern dass sich augenscheinlich keine der beiden auf die jeweils andere zurückführen lässt. Der Gesetzestext blickt auf eine Welt zurück, die bereits der Vergangenheit angehörte, eine Welt, in der jede Schicht ihren Platz in Bezug zum Staat hatte, eine Welt, deren Wurzeln scheinbar im Mittelalter lagen, die aber in Wirklichkeit erst im 18. Jahrhundert entstanden und bereits im Auflösen begriffen war, als die Arbeit an diesem Gesetzeswerk seinem Ende zuging. Doch der Kodex nimmt auch eine Welt vorweg, in der alle Bürger «frei» sind, der Staat souverän ist und Könige und Regierungen an bestimmte Gesetze gebunden sind. Manche Historiker sehen in dem Kodex sogar eine Art Urverfassung, der die Rechtstaatlichkeit garantierte.[85] Der Historiker Heinrich von Treitschke gab diese inneren Spannungen im 19. Jahrhundert treffend wieder, als er feststellte, der Kodex fange «die Janusköpfigkeit» des friderizianischen Staates ein.[86] Diesen Gedanken hatte er von Madame de Staël. Diese war der Ansicht, dass «Preussen mit einem Januskopf verglichen werden konnte, mit einem militärischen und einem philosophischen Gesichte.»[87] Die Metapher von dem zweigesichtigen römischen Gott des Ein- und Ausgangs hielt sich hartnäckig und trieb wilde Metastasen in der ganzen Historiografie über Preussen, bis der Punkt erreicht war (in den 1970ern und 1980ern), an dem es unmöglich schien, überhaupt über Preussen zu schreiben, ohne Janus Tribut zu zollen. Es war so, als würde der geteilte Blick des zweigesichtigen Gottes etwas Grundlegendes in der preussischen Geschichte einfangen – eine Polarität zwischen Tradition und Innovation, welche die historische Bahn des Staates der Hohenzollern definierte.

KAPITEL 9

Hybris und Nemesis: 1789-1806

Die Jahre von der Französischen Revolution 1789 bis zu Napoleons Sieg über Preussen 1806 zählen zu den ereignisreichsten und zugleich unrühmlichsten Epochen in der Geschichte der preussischen Monarchie. Angesichts einer verwirrenden Fülle von Gefahren und Chancen verfolgte Preussen in der Aussenpolitik einen rasch wechselnden Zickzackkurs: Die traditionelle Rivalität mit Österreich, die Konsolidierung der preussischen Vorherrschaft in Norddeutschland und die verlockende Aussicht, in Polen grosse Gebiete zu annektieren, rückten bei den Entscheidungsträgern in Berlin abwechselnd an die Spitze der Agenda. Ausgeklügelte Doppeldiplomatie, ängstliches Schwanken und Anfälle von Habgier lösten einander ab. Die Überlegenheit Napoleon Bonapartes stellte eine neuartige und existenzielle Bedrohung dar. Da er nicht gewillt war, eine Grenze für die französische Expansion auf dem Kontinent zu dulden, und sich überdies rigoros über internationale Verträge und Abkommen hinwegsetzte, stand die preussische Regierung vor einer wahren Zerreissprobe. Im Jahr 1806 beging Preussen, nach etlichen Provokationen, den folgenschweren Fehler, sich Napoleon in einer Schlacht zu stellen, ohne sich zuvor die militärische Unterstützung einer Grossmacht zu sichern. Das Ergebnis war eine Katastrophe, welche die Legitimität der traditionellen monarchischen Ordnung in Frage stellte.

Preussische Aussenpolitik in einer Ära der Revolution

Die preussische Regierung verfolgte 1789 die Ereignisse in Paris durchaus mit Wohlwollen. Der Gesandte in Frankreich mied die Rebellen keineswegs, sondern knüpfte im Herbst und Winter 1789/90 freundschaftliche Kontakte zu verschiedenen Fraktionen. Die Vorstellung – die späteren Generationen so selbstverständlich war –, dass es bei der Revolution um die grundlegende Wahl zwischen Gehorsam und Rebellion, zwischen der «Vorsehung Gottes» und dem

«Willen des Menschen»ging, spielte bei der Berliner Interpretation der Ereignisse noch keine Rolle.

Diese nachsichtige Reaktion hatte durchaus ihre Gründe. Vor allen Dingen sah Berlin in der Revolution eher eine günstige Gelegenheit, keine Gefahr. Die Preussen waren in erster Linie daran interessiert, die Stärke und den Einfluss Österreichs in Deutschland zu verringern. In den 1780er Jahren hatten sich die Spannungen zwischen den beiden deutschen Rivalen zunehmend verschärft. 1785 hatte sich Friedrich II. an die Spitze einer Koalition deutscher Fürsten gestellt, die sich gegen die Annektierung Bayerns durch den Habsburger Kaiser Joseph II. wehrten. Im Jahr 1788 zog der Kaiser gegen die Türken in den Krieg, und es stand zu befürchten, dass Österreich mit Hilfe grosser Gebietsgewinne auf dem Balkan die Oberhand über Preussen bekommen würde. Doch im Sommer und Herbst 1789, während österreichische Truppen die Armeen Sultan Selims III. zurückdrängten, brachen in den Randgebieten der Habsburger Monarchie, nämlich in Belgien, Tirol, Galizien, in der Lombardei und in Ungarn, Aufstände aus. Friedrich Wilhelm II., ein eitler und impulsiver Mensch, der fest entschlossen war, dem Ruf seines illustren Onkels gerecht zu werden, versuchte nach Kräften, aus der misslichen Lage der Österreicher Kapital zu schlagen. Die Belgier wurden ermuntert, sich von der Habsburger Herrschaft loszusagen, und die ungarischen Rebellen wurden gedrängt, sich gegen Wien zu erheben – es war sogar die Rede von einem unabhängigen ungarischen Königreich, das von einem preussischen Prinzen regiert werden sollte.[1]

Vor diesem Hintergrund war die Revolution in Frankreich eine willkommene Nachricht, weil Berlin sich berechtigte Hoffnungen machen konnte, dass eine neue, «revolutionäre», französische Regierung die französisch-österreichische Allianz beenden würde. Es war bekannt, dass die Allianz – wie auch Königin Marie Antoinette, gewissermassen deren dynastische Personifizierung – unter den österreichfeindlichen Patrioten der revolutionären Bewegung überaus unbeliebt war. Deshalb machte Berlin den diversen revolutionären Parteien den Hof, in der Hoffnung, eine antihabsburgische «Partei» in Paris aufzubauen. Die diplomatische Neuausrichtung Frankreichs aus dem Jahr 1756 sollte rückgängig gemacht, Österreich isoliert und den Expansionsplänen Josephs II. ein Ende gesetzt werden. Als im Hochstift Lüttich, einem Landesstreifen mitten in Belgien, eine regelrechte Revolution ausbrach, unterstützten die Preussen auch dort die

Rebellen in der Hoffnung, dass sich der Aufstand auf die benachbarten, von Österreich beherrschten Gebiete ausweitete.

Diese vorsichtige Unterstützung revolutionärer Aufstände hatte aber auch eine ideologische Dimension. Im Jahr 1789 sympathisierte eine ganze Reihe preussischer Politiker, etwa der für die Aussenpolitik zuständige Minister Graf Ewald Friedrich von Hertzberg, mit den Zielen der Revolutionäre. Hertzberg war ein Mann der Aufklärung, der die inkompetente und despotische Herrschaft der Bourbonen in Frankreich missbilligte. Die preussische Unterstützung für den Aufstand in Lüttich stand, in seinen Augen, völlig im Einklang mit den «liberalen Grundsätzen» des Königreichs. Christian Wilhelm von Dohm, der preussische Gesandte im Hochstift, war ein aufgeklärter Beamter und Intellektueller (von seinem Einsatz für die Emanzipation der Juden ganz zu schweigen). Er war ein Kritiker der Bischofsherrschaft in Lüttich und befürwortete eine progressive, konstitutionelle Lösung des Streites zwischen dem Fürstbischof und den Aufständischen des Dritten Standes.[2]

Vor allem die Drohung einer von Preussen unterstützten Revolution in Ungarn veranlasste Josephs Nachfolger Leopold II., eine Einigung mit Preussen zu suchen.[3] Der kluge und gemässigte Leopold erkannte sofort, wie irrsinnig es war, neue Eroberungen auf dem osmanisch beherrschten Balkan anzustreben, während hinter seinem Rücken seine Erblande zerfielen. Im März 1790 schickte er einen freundschaftlichen Brief an Berlin und öffnete damit die Tür zu Verhandlungen, die am 27. Juli 1790 mit der Konvention von Reichenbach endeten. Die beiden deutschen Mächte einigten sich – nach hitzigen Diskussionen – darauf, von kriegerischen Handlungen Abstand zu nehmen und die Meinungsverschiedenheiten beizulegen. Die Österreicher verpflichteten sich, den kostspieligen Krieg gegen die Türken zu moderaten Bedingungen zu beenden (d.h. ohne Annexionen), und die Preussen versprachen, keine weiteren Rebellionen gegen die Habsburger zu unterstützen.

Diese so unscheinbar wirkende Konvention war wichtiger, als es den Anschein hatte.[4] Die Ära des erbitterten preussisch-österreichischen Antagonismus, die seit dem Einmarsch in Schlesien im Jahre 1740 die Politik des Heiligen Römischen Reiches geprägt hatte, war damit vorüber – zumindest für eine gewisse Zeit. Die beiden deutschen Mächte konnten ihre Interessen nunmehr gemeinsam, statt auf Kosten des anderen verfolgen. Mit einer Kehrtwende, die an die Tage des Grossen Kurfürsten erinnerte, gab Friedrich Wilhelm II. die gehei-

men Bemühungen auf, ein Bündnis mit Paris zu schmieden, und wechselte zu einer Kriegspolitik gegen das revolutionäre Frankreich. Aussenminister Hertzberg und seine liberalen Ansichten fielen in Ungnade, 1791 bat er um seine Entlassung. In der neuen Diplomatie kam nunmehr Johann Rudolf von Bischoffwerder, dem treuen Berater und Vertrauten Friedrich Wilhelms II., eine wichtige Rolle zu. Der Fürsprecher eines Krieges gegen die Revolution wurde im Februar und Juni/Juli 1791 nach Wien entsandt. Das daraus hervorgehende Abkommen vom 25. Juli 1791 schuf die Grundlage für ein preussisch-österreichisches Bündnis.

Das erste Ergebnis der preussisch-österreichischen Annäherung war ein bemerkenswertes Beispiel für politische Gesten. Die Deklaration von Pillnitz, die am 27. August 1791 gemeinsam vom österreichischen Kaiser und preussischen König abgegeben wurde, war im Grunde kein Aktionsplan, sondern eher die Erklärung, dass sie beide prinzipiell gegen die Revolution seien. Die Deklaration begann mit der Feststellung, dass die Souveräne Preussens und Österreichs das Schicksal ihres «Bruders», des Königs von Frankreich, als «ein gemeinsames Interesse für alle Könige Europas» betrachteten. Sie verlangten, dass der französische König so bald wie möglich in den Stand gesetzt werde, «in vollkommener Freiheit die Grundlagen eines monarchischen Regiments zu festigen, die gleichermassen den Rechten der Souveräne und dem Wohl der französischen Nation entsprechen». Die Erklärung schloss mit dem Versprechen, dass Österreich und Preussen «sofort» mit «den notwendigen Hilfsmitteln [Truppen]» handeln werden, um «gemeinsam den erstrebten Zweck zu erreichen»[5]. So schwammig die Formulierungen auch gehalten waren, handelte es sich doch um eine unmissverständliche Erklärung konterrevolutionärer Solidarität unter Monarchen. Allerdings enthüllten die geheimen Artikel, die der Deklaration beigefügt wurden, dass auch weiterhin Machtpolitik im gewohnten Stil betrieben wurde. In Artikel 2 wurde festgestellt, dass die Vertragsparteien sich das Recht vorbehielten, zu ihrem Nutzen mehrere ihrer gegenwärtigen und künftigen Erwerbungen auszutauschen, stets unter gegenseitiger Konsultation. In Artikel 6 vereinbarten sie, dass der Kaiser bereitwillig seine guten Beziehungen zu Russland und Polen einsetzen werde, um die Städte Thorn und Danzig für Preussen zu erhalten.[6]

Die Deklaration schürte den politischen Extremismus in der französischen Nationalversammlung und stärkte den Einfluss der Girondisten um Jean Jacques Brissot, die den Krieg als ein Mittel betrachteten, um die französische

Staatskasse aufzufüllen und die Revolution auszuweiten. Ende 1791 und Anfang 1792 steigerte sich die Kriegseuphorie in Paris weiter.[7] Unterdessen einigten sich die Preussen und Österreicher auf ihre Ziele. Nach ihrem Plan – festgehalten in den Bedingungen des am 7. Februar 1792 geschlossenen Bündnisses – sollte am westlichen Rand des Heiligen Römisches Reiches eine Reihe von Gebietstransfers erzwungen werden. Die Verbündeten wollten zunächst das Elsass erobern. Ein Teil davon sollte an Österreich fallen, der andere an den pfälzischen Kurfürsten, der seinerseits Jülich und Berg an Preussen abtreten musste.

Ob und zu welchem Zeitpunkt genau die Verbündeten ernsthaft eine Invasion in Frankreich vorhatten, ist unklar, aber ein militärischer Konflikt wurde am 20. April 1792 unvermeidlich, als die französische Regierung dem österreichischen Kaiser offiziell den Krieg erklärte. Während der Vorbereitungen der Invasion hängten sich die Preussen und Österreicher den ideologischen Mantel der Konterrevolution um. Am 25. Juli gab der preussische Feldherr und Oberbefehlshaber der verbündeten Truppen Herzog Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig eine Erklärung ab, die als sein Manifest bekannt wurde. In der flammenden Rede – sie basierte auf einem Entwurf, den rachsüchtige französische Emigranten verfasst hatten – erklärte der Herzog (ein wenig heuchlerisch), dass die beiden verbündeten Höfe «keineswegs sich durch Eroberungen bereichern wollen». Er beteuerte, alle jene schützen zu wollen, die sich der Autorität des französischen Königs unterstellten, und drohte in Gefangenschaft geratenen revolutionären Garden drakonische Strafen an. Das Manifest endete mit einer Drohung, die die Stimmung in Paris noch mehr aufheizte:

«Ihre Majestäten erklärten ferner auf Ihr kaiserliches und königliches Ehrenwort, dass, wenn das Schloss der Tuilerien [wo der gefangene König und seine Familie untergebracht waren] gestürmt oder sonst verletzt, wenn die mindeste Beleidigung dem Könige, der Königin und der ganzen königlichen Familie zugefügt, nicht unmittelbar für ihre Sicherheit, ihr Leben und ihre Freiheit gesorgt wird, sie eine beispiellose und für alle Zeiten denkwürdige Rache nehmen und die Stadt Paris einer militärischen Exekution und einem gänzlichen Ruine preisgeben, die Verbrecher selbst aber dem verdienten Tode überliefern werden.»[8]

Die preussisch-österreichische Streitmacht wurde bei ihrem langsamen Eindringen in Frankreich im Spätsommer 1792 von einer kleinen Emigrantenarmee unter der Führung des Bruders von Ludwig XVI., des Grafen von Artois, beglei-

tet. Es stellte sich jedoch heraus, dass die Emigranten mehr schadeten als nutzten: Unter der französischen Bevölkerung waren sie ausserordentlich unbeliebt und als Kampftruppe unbrauchbar. Ihre Hauptfunktion bestand darin, die Glaubwürdigkeit der Invasoren als Konterrevolutionäre zu stärken. Französische Bauern und Städter, von denen Lebensmittel und Vieh requiriert wurden, erhielten Schuldscheine auf den Namen Ludwigs XVI. gemeinsam mit hochmütigen Versprechungen, dass der wiedereingesetzte König es ihnen «zurückzahlen» würde, sobald der Krieg vorüber sei.

Der Feldzug endete in einem Fiasko. Den Preussen und Österreichern war es immer schon schwergefallen, an der westlichen Peripherie des Reiches ihre Streitmächte zu koordinieren; der Feldzug von 1792 gegen Frankreich war keine Ausnahme. Verwirrung und sich widersprechende Prioritäten hatten von Anfang an die Planung der Invasion behindert, der Vormarsch der Verbündeten wurde bei der Schlacht von Valmy am 20. September gestoppt. Die einmarschierenden Truppen sahen sich einem gut befestigten Feind gegenüber, der in einem lang gezogenen Bogen auf einer Anhöhe Stellung bezogen hatte. Beide Seiten eröffneten mit der Artillerie, doch die Franzosen hatten grösseren Erfolg und erzielten einen Treffer nach dem anderen, bis rund 1‘200 Soldaten der Koalition alleine durch Kanonenkugeln gefallen waren, ohne dass ihre Einheiten auch nur einen Meter gegen die feindlichen Stellungen vorgerückt wären. Zum ersten Mal und mit Bravour hielt die Revolutionsarmee ihren Feinden stand. Von dieser unerwarteten Entschlossenheit entmutigt, zogen sich die Koalitionstruppen von ihren exponierten Stellungen zurück und überliessen den Franzosen das Schlachtfeld.

Die Preussen blieben nach der «Kanonade von Valmy» formal Mitglied der Koalition und kämpften sogar im Elsass und an der Saar mit einigem Erfolg gegen die Franzosen. Doch sie stellten immer nur einen kleinen Bruchteil ihrer Ressourcen für diese Feldzüge bereit, weil ihr Augenmerk in Wirklichkeit anderswo lag. Die Politiker in Berlin wurden durch die Aussichten abgelenkt, die sich plötzlich in Polen eröffneten. Das Wechselspiel von inneren Unruhen und äusserer Einmischung samt Blockade, an dessen Ende die erste Teilung gestanden hatte, hatte sich in den achtziger Jahren fortgesetzt. In den Jahren 1788 bis 1791, als den Russen durch einen kostspieligen Krieg gegen das Osmanische Reich die Hände gebunden waren, hatten König Stanislaw August Poniatowski und eine Gruppe polnischer Reformer die Gelegenheit ergriffen, Änderungen

im politischen System durchzusetzen. Die neue polnische Verfassung vom 3. Mai 1791 schuf zum ersten Male eine Erbmonarchie und die Konturen einer funktionierenden Zentralregierung. «Unser Land ist gerettet», verkündeten die Autoren. «Unsere Freiheiten sind gesichert; wir sind eine freie und unabhängige Nation; wir haben die Fesseln der Sklaverei und Missherrschaft abgeschüttelt.»[9]

Weder die Preussen noch die Russen waren glücklich über diese Entwicklung. Ein starkes, unabhängiges Polen widersprach dem Kern der russischen Aussenpolitik seit fast 100 Jahren. Friedrich Wilhelm II. gratulierte offiziell den östlichen Nachbarn zu ihrer neuen Verfassung, doch hinter den Kulissen wurde bei der Aussicht auf eine Wiederauferstehung Polens Alarm geschlagen. «Ich sehe voraus, dass uns Polen früher oder später Westpreussen entreissen wird [...]», vertraute Hertzberg einem hohen preussischen Diplomaten an. «Wie können wir unseren Staat gegen eine zahlreiche und gut regierte Nation verteidigen?»[10] Am 18. Mai 1792 entsandte Katharina II. 100.000 russische Soldaten in das Königreich. Nachdem die Preussen kurz mit dem Gedanken gespielt hatten, den polnischen Widerstand gegen die Invasion zu unterstützen (in der Hoffnung, russische Annexionen zu verhindern oder zumindest zu begrenzen), akzeptierte Berlin stattdessen eine von St. Petersburg angebotene Teilung. Nach den Bestimmungen des Vertrags von St. Petersburg vom 23. Januar 1793 wurde Preussen die für den Handel wichtigen Städte Danzig und Thorn zugeschlagen sowie ein ansehnliches Dreieck, das die Lücke zwischen Schlesien und Ostpreussen verkleinerte und zufällig die reichsten Gebiete des polnischen Staates enthielt. Die Russen verleibten sich ein riesiges Territorium ein, das fast die Hälfte des restlichen polnischen Gebietes umfasste. Die Vereinbarung war eklatant ungleich (Russlands Anteil war viermal so gross wie der Preussens), doch Berlin erhielt mehr, als es ursprünglich gewünscht hatte, und war überdies von jeder Verpflichtung befreit, Österreich im Westen eine Kompensation zuzugestehen.[11]

Im März 1794 bereitete der Aufstand des polnischen Patrioten Tadeusz Kösciuszko gegen die Teilungsmächte den Boden für eine weitere und letzte Teilung. Obwohl der Aufstand sich in erster Linie gegen Russland richtete, versuchten die Preussen als Erste, daraus Kapital zu schlagen. Sie wollten, indem sie den Aufstand unterdrückten, Anspruch auf weitere polnische Gebiete anmelden, um mit den Russen gleichzuziehen. Da grosse Truppenteile jedoch noch im Westen standen, war die preussische Armee

Die zweite Teilung Polens, 1793
Ostsee
Riga
Dünа
Memel
Niemen
Königsberg
Wilna
Danzig
HINTERPOMMERN
WEST-
PREUSSEN
OSTPREUSSEN
Bromberg
Thorn
KÖNIGREICH
POLEN
Posen
Weichsel
Bug
Warschau
Brest-
Litowsk
Breslau
Oder
SCHLESIEN
Krakau
Lemberg
Sambor
HABSBURGER MONARCHIE
N
W
O
S
0 50 100 150 200 Meilen
0 100 200 300 km

Die dritte Teilung Polens, 1795
Ostsee
Riga
Sebesch
Polozk
Memel
Königsberg
Danzig
Wilna
Minsk
Bromberg
Posen
Warschau
Breslau
Lemberg
Grenze Polens 1793
Sebesch
Polozk
Gomel
Tschernigow
Kiew
RUSSLAND
An Österreich verlorene Gebiete
An Preußen verlorene Gebiete
An Russland verlorene Gebiete
Königreich Preußen
Grenze Polens 1772

ernstlich überfordert. Nach ersten Erfolgen gegen die Aufständischen mussten sie sich zurückziehen und notgedrungen Russland um Hilfe bitten. Nun sahen die Österreicher ihre Chance gekommen und stürzten sich ebenfalls ins Gefecht. Nach einer verzweifelten Rekrutierungskampagne gelang es Kósciuszko, den Armeen Russlands, Preussens und Österreichs fast acht Monate lang standzuhalten, doch am 10. Oktober 1794 setzte ein russischer Sieg bei Maciejowice südöstlich von Warschau dem Aufstand ein Ende. Der Weg war nun frei für eine dritte und letzte Teilung Polens. Nach erbitterten Streitigkeiten unter den drei Mächten einigte man sich am 24. Oktober 1795 auf eine Dreiteilung, durch welche Preussen einen weiteren Landstreifen in Zentralpolen von rund 55.000 km^2 erhielt, darunter die alte Hauptstadt Warschau, sowie gut eine Million Einwohner. Der Staat Polen existierte nicht mehr.

Gefahren der Neutralität

Etwas Aussergewöhnliches hatte sich ereignet: Im Zuge der Zweiten und Dritten Teilung Polens hatte Friedrich Wilhelm II., die vielleicht schwächste Figur auf dem preussischen Thron in den letzten 150 Jahren, mehr Territorium für sein Königreich hinzugewonnen als irgendein Herrscher seiner Dynastie zuvor. Preussen wuchs um etwa ein Drittel und erstreckte sich nunmehr über eine Fläche von mehr als 300.000 Quadratkilometer; die Bevölkerung war von 5,5 auf rund 8,7 Millionen Einwohner geschnellt. Da die Ziele im Osten mehr als erreicht worden waren, verabschiedete Preussen sich so schnell wie möglich aus der antifranzösischen Koalition im Westen und unterschrieb am 5. April 1795 in Basel einen Separatfrieden. Einmal mehr liess Preussen seine Verbündeten im Stich.

Die Schreiberlinge im Dienste des Kaisers zogen pflichtgemäss über diesen schmählichen Abschied von der gemeinsamen Sache gegen Frankreich her. Viele Historiker haben ähnlich argumentiert und den Separatfrieden sowie die folgende Neutralitätspolitik als niederträchtig, feige und selbstmörderisch diffamiert.[12] Das Problem an solchen Einschätzungen ist, dass sie auf der anachronistischen Annahme beruhen, Preussen habe Ende des 18. Jahrhunderts eine deutsche «nationale» Mission zu erfüllen gehabt, der es 1795 nicht gerecht geworden sei. Sieht man sich jedoch den preussischen Staat und seine Interessen

genauer an, so erscheint der Separatfrieden in der Tat als die beste Option. Preussen war finanziell am Ende, und die innere Verwaltung war vollauf damit beschäftigt, die riesigen neu erworbenen Landstriche zu integrieren. Die Regierung konnte es sich einfach nicht leisten, den Feldzug im Westen weiterzuführen. Am Berliner Hof kristallisierte sich eine «Friedenspartei» heraus, die überzeugende wirtschaftliche Argumente für einen Rückzug aus der Koalition gegen Frankreich vorbrachte.[13]

Die Bedingungen des Friedensvertrags von Basel waren jedenfalls – zumindest auf dem Papier – ausserordentlich vorteilhaft für Preussen. Dazu zählte die Vereinbarung, nach der Frankreich und Preussen sich verpflichteten, die Neutralität Norddeutschlands zu achten. Durch die Schaffung einer Neutralitätszone erhielt Berlin die Gelegenheit, seinen Einfluss in dieser Region auszuweiten. Aussenminister Christian Graf von Haugwitz schlug rasch Kapital daraus, indem er eine Reihe norddeutscher Territorien (darunter Hannover) überredete, sich der preussischen Neutralität anzuschliessen und damit ihre Verpflichtung zu vernachlässigen, das Heilige Römische Reich zu verteidigen.[14] Und schliesslich hatte Preussen durch die Neutralität freie Hand im Osten sowie die Gewährleistung, dass sich die französische Aggression hauptsächlich gegen die Österreicher richtete – so gesehen stand diese Linie im Einklang mit der traditionell dualistischen Politik. Anders ausgedrückt, ging es bei der Neutralität keineswegs allein darum, einen Krieg mit Frankreich zu vermeiden. Nachdem der Frieden unterzeichnet und Preussen hinter der norddeutschen «Demarkationslinie» sicher war, konnte der König durchaus mit einer gewissen Zufriedenheit auf das Erreichte zurückblicken.

Das Ergebnis war jedoch weit zerbrechlicher, als es den Anschein hatte. Preussen war nunmehr nämlich isoliert. In den vergangenen sechs Jahren hatte es sich mit so gut wie jeder europäischen Macht verbündet – und sie anschliessend im Stich gelassen. Wegen seiner bekannten Vorliebe für Geheimdiplomatie und unüberschaubare Doppelspiele blieb der König eine einsame Figur auf der diplomatischen Bühne. Man misstraute ihm. Schon bald sollte Berlin erfahren, dass die Neutralitätszone ohne Unterstützung einer Grossmacht nicht verteidigt werden konnte und damit im Grunde bedeutungslos war. Längerfristige Auswirkungen hingegen hatte das Verschwinden Polens von der europäischen Landkarte. Selbst wenn man einmal davon absieht, welche Freveltat die Teilungsmächte gegenüber Polen begangen hatten, bleibt die Tatsache, dass das unabhängige Polen eine wichtige Rolle als Puffer und Vermittler zwischen den

drei Ostmächten gespielt hatte.[15] Da Polen nicht länger existierte, hatte Preussen, zum ersten Mal in seiner Geschichte, eine lange und nicht zu verteidigende Grenze zu Russland.[16] Von jetzt an war das Schicksal Preussens untrennbar mit dem seines riesigen und immer mächtigeren östlichen Nachbarn verknüpft.

Indem Berlin sich in die norddeutsche Neutralitätszone flüchtete, die 1795 in Basel mit den Franzosen vereinbart worden war, signalisierte es gleichzeitig völlige Gleichgültigkeit mit dem Schicksal des Heiligen Römischen Reiches: Die Demarkationslinie spaltete Deutschland in der Mitte und überliess den Süden Frankreich und der Obhut der Österreicher. Darüber hinaus stand in einer geheimen Vereinbarung, die man dem Friedensvertrag von Basel beigefügt hatte, dass Preussen, falls Frankreich die preussischen Gebiete behalten sollte, die es im Rheinland besetzt hatte, mit Gebieten östlich des Rheins entschädigt werden sollte – ein unheilvoller Vorgeschmack auf die Annektierungswelle, in deren Verlauf sich Deutschland am Ende des Jahrzehnts auflösen sollte. Auch die Österreicher gaben sich keine Mühe mehr, den Anschein zu erwecken, sie würden auf die Empfindlichkeiten der kleineren und kleinsten Staaten Rücksicht nehmen. Die im Krieg gegen Frankreich eingesetzten Truppen verhielten sich in den süddeutschen Staaten eher wie eine Besatzungsarmee als wie ein Bündnispartner. Und die Deutschlandpläne des Freiherrn Franz von Thugut, des intelligenten, aber skrupellosen Ministers, der im März 1793 die Führung der österreichischen Aussenpolitik übernommen hatte, drehten sich in erster Linie um eine Wiederbelebung des Anspruchs auf bayerische Gebiete. Im Oktober 1797 einigte Wien sich mit Napoleon Bonaparte darauf, die österreichischen Niederlande an Frankreich abzutreten. Im Gegenzug erhielt Österreich Venedig und Salzburg, eines der führenden kirchlichen Fürstentümer des alten Reiches.[17] Es hatte den Anschein, als würde dem Heiligen Römischen Reich dasselbe Schicksal wie Polen drohen. Hans Christoph Ernst Freiherr von Gagern, der Erste Minister der kleinen Grafschaft Nassau, zog 1797 diese Möglichkeit ausdrücklich in Betracht: «Die deutschen Fürsten fanden sich bisher in dem doppelten Missverhältnis [...], die Vereinigung zwischen Preussen und Österreich zu wünschen, um Frankreich zu widerstehen, und sie wieder zu fürchten, wenn sie an das Beispiel von Polen dachten.»[18]

Das Hauptziel der französischen Politik gegenüber Deutschland war in diesen Jahren die Wiederherstellung Frankreichs in seinen «natürlichen Grenzen» –

ein reines Scheinkonzept, das von der Nationalversammlung erfunden und auf Ludwig XIV. zurückgeführt wurde. In der Praxis hiess das die Annektierung sämtlicher deutscher linksrheinischer Gebiete. Diese Region war ein dichter Flickenteppich aus Reichsfürstentümern, darunter Gebiete, die den preussischen Hohenzollern gehörten, die Kurfürstentümer von Köln, Trier und Mainz, die Kurpfalz, das Herzogtum Pfalz-Zweibrücken, mehrere Reichsstädte und unzählige kleinere Hoheitsgebiete. Die Eingliederung in den französischen Einheitsstaat musste unweigerlich katastrophale Folgen für das Reich haben. Doch die deutschen Lande waren ausserstande, den Franzosen die Erwerbungen im Westen streitig zu machen. Die grösseren Staaten (Baden, Württemberg und Bayern) waren bereits notgedrungen aus dem Krieg ausgeschieden und trachteten danach, Frankreich goldene Brücken zu bauen. Im Frieden von Campo Formio, der im Oktober 1797 nach Napoleons siegreichem Feldzug in Norditalien gegen die Österreicher unterzeichnet worden war, dehnte Wien die offizielle Anerkennung auf die französischen Eroberungen im deutschen Rheinland aus. Ferner kam man überein, dass durch unmittelbare Verhandlungen zwischen Frankreich und Repräsentanten der Reichsgebiete festgelegt werden sollte, welche Folgen die französischen Annektierungen für das Reich insgesamt haben würden. Damit war die Bühne bereitet für die langwierigen Verhandlungen, die in der Neuaufteilung des deutschsprachigen Europas kulminierten. Sie begannen im November 1797 in der malerischen badischen Stadt Rastatt und endeten nach mehreren Unterbrechungen mit dem so genannten *Reichsdeputationshauptschluss*, der am 27. April 1803 in Regensburg veröffentlicht wurde.

Der Bericht des Ausschusses kündigte eine geopolitische Revolution an. Die Reichsstädte wurden bis auf sechs abgeschafft; von den unzähligen kirchlichen Fürstentümern, von Köln und Trier bis hin zu den Abteien Corvey, Ellwangen und Gutenzell, blieben nur noch drei übrig. Hauptgewinner waren die grösseren und mittleren Fürstentümer. Die Franzosen erwiesen sich – mit der bewährten Politik, deutsche Satellitenstaaten zu schaffen – besonders grosszügig gegenüber Baden, Württemberg und Bayern, die aufgrund ihrer geografischen Lage zwischen Frankreich und Österreich nützliche Bündnispartner waren. Baden bekam in Relation zur Grösse den stärksten Gebietszuwachs zugesprochen: Es hatte durch französische Annektierungen 440 Quadratkilometer verloren, wurde aber mit über 3.237 Quadratkilometer Land entschädigt, das von den Bis-

tümern Speyer, Strassburg, Konstanz und Basel abgetrennt worden war. Auch Preussen zählte zu den Gewinnern und erhielt die Bistümer Münster, Hildesheim und Paderborn, Erfurt und das Eichsfeld, die Abteien Essen, Werden, Elten, Herford und Quedlinburg sowie die Reichsstädte Nordhausen, Mühlhausen (Thüringen) und Goslar. Preussen hatte etwa 2.642 Quadratkilometer rheinischer Gebiete mit 127.000 Bewohnern verloren, gewann aber fast 13.000 Quadratkilometer an Territorium mit einer Bevölkerung von rund einer halben Million Menschen.

Das Ende des Heiligen Römischen Reiches stand unmittelbar bevor. Nach der Auflösung der kirchlichen Fürstentümer war auch die katholische Mehrheit im Reichstag verloren gegangen und die Katholizität des Reichs gehörte der Vergangenheit an. Seine Daseinsberechtigung als Schutzzone für die politische und konstitutionelle Vielfalt des traditionellen Mitteleuropas war abgelaufen. Die alte Verbindung zwischen der Kaiserkrone und dem Hause Habsburg erschien mittlerweile weitgehend als bedeutungslos, dies erkannte selbst der Nachfolger Leopolds II., Franz II. Entsprechend erklärte Letzterer sich 1804 zum erblichen Kaiser Österreichs, um den Kaisertitel unabhängig vom Römischen Reich zu begründen. Das offizielle Ende des Reiches, das am 6. August 1806 vom Herold des Reiches nach dem üblichen Fanfarenstoss in Wien bekannt gegeben wurde, war nur noch reine Formsache und fand auch erstaunlich wenig Beachtung unter den Zeitgenossen.

Vor dem Ende der Napoleonischen Kriege sollten noch weitere territoriale Umstrukturierungen durchgeführt werden, doch die Grundzüge eines vereinfachten Deutschlands im 19. Jahrhundert waren bereits erkennbar. Durch die neuen Gebiete wurde Preussens Dominanz im Norden gestärkt. Mit der Konsolidierung Badens, Württembergs und Bayerns entstand der Kern eines kompakten Blocks aus Mittelstaaten, die sich in der Nachkriegsära gegen die Hegemonialbestrebungen sowohl Österreichs als auch Preussens zur Wehr setzten. Das Verschwinden der kirchlichen Ländereien hatte auch zur Folge, dass sich Millionen deutscher Katholiken nunmehr in der Diaspora mitten in protestantischen, politischen Einheiten wieder fanden – ein Zustand mit weit reichenden Auswirkungen für das politische und religiöse Leben des modernen Deutschlands. Mitten in den Ruinen der kaiserlichen Vergangenheit nahm die Zukunft Deutschlands allmählich Gestalt an.

Von der Neutralität zur Niederlage

Am 14. Oktober 1806 befand sich der 26-jährige Leutnant Johann von Borcke mit einem Armeekorps von 22.000 Mann unter dem Befehl General Ernst Wilhelm Friedrich von Rüchels westlich der Stadt Jena. Es war noch dunkel, als die Meldung eintraf, dass Napoleons Soldaten die preussische Hauptstreitmacht auf einem Plateau in der Nähe der Stadt in ein Gefecht verwickelt hätten. Der Kanonendonner aus dem Osten war bereits zu hören. Die Männer froren und waren noch ganz steif von einer Nacht, die sie zusammengekauert auf dem feuchten Boden verbracht hatten. Doch die Stimmung besserte sich, als die aufsteigende Sonne den Nebel vertrieb und allmählich Arme und Schultern erwärmte, «so dass wir Ungemach und Hunger zeitweise vergassen», erinnerte sich Borcke. «Schillers Reiterlied ertönte aus tausend Kehlen.» Gegen zehn Uhr zogen Borcke und seine Männer endlich in Richtung Jena. Während sie auf der Strasse nach Osten marschierten, kamen ihnen viele Verwundete entgegen. «Alles, was man sah, trug unverkennbar den Stempel der Auflösung und wilder Flucht.» Gegen Mittag galoppierte jedoch ein Adjutant mit einer Meldung des Fürsten Hohenlohe-Ingelfingen heran, dem Oberbefehlshaber der preussischen Armee, die vor Jena gegen die Franzosen kämpfte: «Eilen Sie, General Rüchel, den schon halb errungenen Sieg mit mir zu teilen; ich schlage den Feind auf allen Punkten.» Man gab Befehl, diese Nachricht durch die ganze Kolonne weiterzugeben, und lauter Jubel ertönte aus den Reihen.

Auf dem Weg zum Schlachtfeld durchquerte das Korps den kleinen Ort Kapellendorf. In den Strassen, die mit Kanonen, Karren, Verwundeten und toten Pferden verstopft waren, kamen sie nur langsam vorwärts. Hinter dem Dorf stiess das Korps auf eine Kette niedriger Hügel, von wo aus die Männer zum ersten Mal das Schlachtfeld erblickten. Zu ihrem Entsetzen leisteten nur noch «schwache Linien und Reste» des Hohenlohe'schen Korps dem französischen Ansturm Widerstand. Als Rüchels Männer zum Angriff übergehen wollten, sahen sie sich einem Kugelhagel von französischen Scharfschützen ausgesetzt, die so gut positioniert und so geschickt getarnt waren, dass die Schüsse scheinbar aus dem Nichts kamen. «So beschossen zu werden», erinnerte sich Borcke später, «ohne den Feind zu sehen, machte auf unsere Soldaten einen Übeln Eindruck, denn, unbekannt mit dieser Art des Gefechts, verloren sie zu ihren Gewehren das Vertrauen und fühlten die Überlegenheit des Feindes sofort.»

Von der Heftigkeit des französischen Feuers geschockt, wollten die Befehlshaber ebenso wie die Soldaten keine weitere Zeit verlieren und rückten rasch vor. Der Angriff richtete sich gegen französische Einheiten, die in der Nähe des Ortes Vierzehnheiligen aufgestellt waren. Doch während des preussischen Vormarsches wurde das feindliche Artillerie- und Gewehrfeuer noch stärker. Das Korps hatte dem nur ein paar Regimentsgeschütze entgegenzusetzen, die schon bald ausfielen und aufgegeben werden mussten. Der Befehl «Linke Schulter vor!» wurde durch die Reihen gebrüllt, und die preussischen Reihen schwenkten nach rechts und änderten den Angriffswinkel. Dabei fielen die Bataillone auf dem linken Flügel nach und nach auseinander, und die Franzosen, die immer mehr Kanonen ins Feld führten, rissen immer grössere Lücken in die vorrückenden Kolonnen. Borcke und seine Mitoffiziere galoppierten vor und zurück und versuchten, die Reihen wieder zu schliessen. Doch sie konnten das Chaos, das auf dem linken Flügel herrschte, nicht ordnen, weil der Befehlshaber, Major von Pannwitz, verwundet war und nicht mehr auf dem Pferd sass. Sein Adjutant Leutnant von Jagow war bereits gefallen. Oberst von Walther fiel als nächster Befehlshaber, gefolgt von General Rüchel und mehreren Stabsoffizieren.

Ohne den Schiessbefehl abzuwarten, fing Borckes Korps an, willkürlich in die Richtung der Franzosen zu feuern. Einige rannten, nachdem sie ihre Munition verschossen hatten, mit aufgesetztem Bajonett auf die feindlichen Stellungen zu, nur um vom Sperrfeuer oder gar vom *friendly fire* niedergemäht zu werden. Entsetzen und Chaos griffen um sich, verstärkt noch durch das Eintreffen der französischen Kavalleristen, die in die wogende Masse der Preussen hineinstiessen und mit ihren Säbeln auf jeden Kopf oder Arm hieben, der in ihre Reichweite kam. Borcke merkte, dass er zwangsläufig von den Massen mitgerissen wurde, die entlang der Strasse nach Weimar in westlicher Richtung von dem Schlachtfeld flohen. «Nichts als das wertlose Leben», schrieb Borcke, «hatte ich gerettet, geistig war ich aufs Schmerzlichste erschüttert, körperlich in höchstem Grade ermattet und wurde mit Tausenden im grässlichsten Chaos auf der Chaussee nach Weimar fortgerissen.»[19]

Die Schlacht von Jena war vorüber. Die Preussen waren von einer ungefähr gleich starken (53.000 Preussen gegen 54.000 Franzosen), aber besser geführten Streitmacht geschlagen worden. Noch schlimmer war jedoch die Nachricht aus Auerstedt, einige Kilometer weiter nördlich, wo am selben Tag eine preussische

Armee von rund 50.000 Mann unter dem Befehl des Herzogs von Braunschweig von einer halb so grossen französischen Streitmacht unter Marschall Davout vernichtend geschlagen wurde. In den kommenden zwei Wochen rieben die Franzosen in der Nähe von Halle eine kleinere preussische Streitmacht auf und besetzten die Städte Halberstadt und Berlin. Weitere Siege und Kapitulationen folgten. Die preussische Armee war nicht nur geschlagen worden – sie war völlig zerstört, wie ein Offizier es sagte, der in Jena mitgekämpft hatte: «Das mühsam und, wie es schien, unerschütterlich begründete Kriegs-Gebäude ward hier plötzlich bis in seine Grund-Fugen erschüttert.»[20] Es war also genau die Katastrophe eingetreten, die der preussische Neutralitätsvertrag von 1795 eigentlich hätte verhindern sollen. Wie konnte es dazu kommen? Weshalb gaben die Preussen die relative Sicherheit des Neutralitätspaktes auf und führten einen Krieg gegen einen französischen Kaiser, der sich auf der Höhe seiner Macht befand?

Nach 1797 war mit der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms III., eines zögerlichen Menschen, die Neutralität, die sein Vorgänger gewählt hatte, weil sie ihm als zweckdienlich erschien, zu einer Art Prinzip geworden. Das hiess, dass Preussen selbst dann daran festhielt, als es – wie 1799 während der Vorbereitungen für die zweite Koalition gegen Frankreich – massiv unter Druck gesetzt wurde, sich einer der Kriegsparteien anzuschliessen. Bis zu einem gewissen Grad spiegelte sich darin die Vorlieben des Monarchen wider. Im Gegensatz zu seinem Vater strebte Friedrich Wilhelm III. nicht nach militärischem Ruhm und Ehre. «Alle Welt weiss», teilte er 1798 seinem Onkel mit, «dass ich den Krieg verabscheue und dass ich nichts Grösseres auf Erden kenne als die Bewahrung des Friedens und der Ruhe als einziges System, das sich für das Glück der Menschheit eignet.»[21] Allerdings hielt man auch deshalb an der Neutralitätspolitik fest, weil so viele gute Argumente für sie sprachen. Wie der König recht kasuistisch darlegte, liess eine neutrale Haltung stets die Möglichkeit offen, später Krieg zu führen, und war folglich die flexibelste Option. Seine Frau Luise von Mecklenburg-Strelitz, eine einflussreiche Person mit vielen Kontakten zu hohen Ministern, warnte, dass Preussen bei einem Krieg an der Seite der Koalitionsmächte von Russland abhängig werden könnte. Diese Argumentation beruhte auf der ganz richtigen Einsicht, dass Preussen von den Grossmächten, mit beträchtlichem Abstand, die kleinste war, Und deshalb war es auch ausserstande dafür zu sorgen, dass seine Interessen durch eine Partnerschaft mit einer der Krieg führenden Parteien gewahrt wurden. Überdies war der Staat immer noch

hoch verschuldet; ohne den Schutz der Neutralität war es unmöglich, die Finanzen des Königreiches in Vorbereitung auf einen künftigen Konflikt zu sanieren. Und schliesslich war die Neutralität deshalb reizvoll, weil dadurch eine territoriale Ausdehnung in Norddeutschland in Aussicht gestellt wurde. Diese Hoffnung erfüllte sich zum Teil in dem Geheimvertrag, der am 23. Mai 1802 von Preussen und Frankreich unterzeichnet wurde und einen stattlichen Anteil der ehemaligen Reichsstädte und säkularisierten kirchlichen Fürstentümer den Preussen in Aussicht stellte – in Vorwegnahme des endgültigen Reichsdeputationshauptschlusses im folgenden Jahr. Den preussischen Ministern und Kabinettsräten, die den König in politischen Fragen berieten, erschienen die Vorteile der Neutralität so überzeugend, dass sich vor 1805 so gut wie niemand ernsthaft dagegen aussprach.[22]

Das grundlegende Problem für Preussen in den Jahren der Neutralität war schlichtweg die exponierte Lage des Königreiches zwischen Frankreich und Russland, die fortwährend drohten, die Neutralitätszone und Preussens angeblich dominierende Stellung ad absurdum zu führen. Mit diesem geopolitischen Nachteil hatten die Hohenzollern schon seit den Tagen des Grossen Kurfürsten zu kämpfen.[23] Doch inzwischen war die Bedrohung akuter geworden, weil Frankreich in Deutschland Gebiete annektiert hatte und die polnische Pufferzone, die Preussen und Russland einst getrennt hatte, verschwunden war.[24] Die vorübergehende Besetzung Hannovers durch Preussen vom März bis Oktober 1801 bietet ein Musterbeispiel. Das mit der britischen Krone durch Personalunion verbundene Hannover war das zweitgrösste Gebiet innerhalb der Neutralitätszone und ein naheliegendes Ziel für jeden Staat, der Grossbritannien unter Druck setzen wollte. Im Winter und Frühjahr 1800/01 fädelte Zar Paul I. eine Annäherung an Frankreich ein, weil er hoffte, die britische Seehoheit in der Ost- und Nordsee zu schwächen. Er drängte Berlin, das Kurfürstentum Hannover zu besetzen, und wollte Grossbritannien dadurch zum Einlenken bewegen. Der preussische König zögerte anfangs, willigte jedoch ein, als deutlich wurde, dass Frankreich Hannover besetzen würde, wenn Preussen es nicht tat – ein Akt, der den letzten Rest der Glaubwürdigkeit zunichtegemacht hätte, den Preussen noch als Garantiestaat der Neutralitätszone genoss. Die Preussen zogen sich bei der ersten Gelegenheit wieder zurück, doch die Episode illustriert, wie wenig Raum für eigenständige Manöver sie wirklich hatten – selbst innerhalb der Neutralitätszone, die sie im Frieden von Basel herausgeschunden hatten.

Überdies vergiftete die Aktion die Beziehungen zwischen Berlin und London, wo viele glaubten, dass es letzten Endes das Ziel Preussens sei, «sämtliche kurfürstlichen Ländereien des [britischen] Königs zu besitzen»[25].

Wie hohl Berlins Anspruch auf die Hegemonie innerhalb der Neutralitätszone in Wirklichkeit war, zeigte sich noch stärker bei der Entschädigung der kleineren und mittleren deutschen Staaten für Territorien, die sie an Frankreich verloren hatten. Statt sich an Berlin zu wenden, verhandelten die Staaten gleich direkt mit Paris und umgingen Preussen.[26] Im Juli 1803 demonstrierte Napoleon, dass er sich nicht im Geringsten um die preussischen Empfindlichkeiten scherte, indem er die Besetzung Hannovers durch französische Truppen befahl. Einen weiteren Schlag erlitt das Ansehen Preussens, als im Herbst 1804 französische Truppen in Hamburg eindrangen und den britischen Geschäftsträger in der Stadt, Sir George Rumbold, entführten. Die Entführung löste in Berlin Empörung aus. Rumbold war am Hofe Friedrich Wilhelms akkreditiert und übte seine Pflichten gleichsam unter dem Schutz des preussischen Königs aus. Darüber hinaus verstiess der Handstreich eklatant gegen den Neutralitätspakt und gegen internationales Recht. Friedrich Wilhelm schickte eine scharfe Protestnote an Napoleon, und ein Konflikt mit Frankreich wurde nur deshalb abgewendet, weil Napoleon unerwartet einen Rückzieher machte und Rumbold freiliess.[27]

Ein weiterer Verstoss gegen die Neutralität folgte im Oktober 1805, als französische Soldaten auf ihrem Weg nach Süden zur Schlacht bei Austerlitz gegen die österreichisch-russische Armee durch die hohenzollerischen Enklaven Ansbach und Bayreuth marschierten. Angesichts derartiger Provokationen verblassten die Argumente, die für Preussens Neutralität sprachen, immer mehr. Es ist nicht bekannt, ob Friedrich Wilhelm III. über die beunruhigenden Erfahrungen des Grossen Kurfürsten mit der Neutralität nachgedacht hatte oder ob ihn jemand an den Kommentar Leibniz' auf dem Höhepunkt des Nordischen Krieges erinnerte: «Neutralis similies ei, der im mittelsten Stock wohnt, der wird von dem untersten beraucht und von dem obersten urina perfundiret.»[28]

Allerdings war es äusserst schwierig zu entscheiden, welche Alternative zur Neutralität denn die beste war. Sollte Preussen sich mit Frankreich verbünden oder mit Russland und den Koalitionsmächten? Die Meinungen waren geteilt. Die Auseinandersetzung spielte sich im Vorzimmer der Macht ab, wo Staatsbe-

amte, Kabinettsräte, Kabinettssekretäre und informelle Berater um den Einfluss auf den König wetteiferten. Dieser Wettstreit wurde vom König durchaus gebilligt, der peinlich bedacht war, nicht unter den Einfluss einer Interessengruppe zu geraten, und deshalb weiterhin in wichtigen Fragen Staatsbeamte, Kabinettsminister, Kabinettsräte, seine Frau und etliche Freunde zurate zog. Die Hauptfiguren im Kampf um die Kontrolle über die Aussenpolitik waren der pensionierte Aussenminister Christian Graf von Haugwitz und Karl August von Hardenberg, der Haugwitz nachgefolgt war, nachdem dieser aus gesundheitlichen Gründen 1804 aus dem Amt geschieden war.

Während der Rumbold-Krise forderte Hardenberg nachdrücklich ein Bündnis mit Russland und einen offenen Bruch mit Frankreich, nicht zuletzt in der Hoffnung, das Debakel der Neutralitätspolitik unter Haugwitz zu seinen Gunsten zu nutzen. Der aus dem Ruhestand zurückgerufene Haugwitz riet dem Monarchen zur Vorsicht und traf gleichzeitig Vorkehrungen, um Hardenberg auszumanövrieren und wieder die Kontrolle über die Aussenpolitik zu erlangen. Hardenberg behauptete seinen Standpunkt mit der gewohnten Tatkraft und Rücksichtslosigkeit und achtete darauf, sich beim König einzuschmeicheln, von dem alles abhing.[29] Wie ihre Auseinandersetzung zeigt, wurden Meinungsverschiedenheiten durch Rivalitäten innerhalb der politischen Elite noch verschärft. Hinzu kam, dass die preussische Sicherheitslage in den Jahren 1805/06 so prekär war, dass es keine einfachen Entscheidungen gab. Beide Optionen – Bündnis mit Frankreich und Bündnis mit der Koalition – erschienen gleich vernünftig und gleich bedrohlich.

Aufgrund der internationalen Entwicklung neigte sich die preussische Politik zuerst der einen, dann der anderen Seite zu. Nach dem französischen Neutralitätsbruch in Ansbach und Bayreuth im Oktober 1805 hatte Berlin ein stärkeres Interesse an einem Bündnis mit Russland. Ende November wurde Haugwitz mit einem scharfen Ultimatum zu den Franzosen entsandt. Kaum war er abgereist, da wendete sich das Blatt jedoch wiederum zugunsten Frankreichs. Bei der Ankunft in Napoleons Hauptquartier erfuhr Haugwitz von der vernichtenden Niederlage, die die Truppen des französischen Kaisers soeben den vereinten österreichisch-russischen Truppen bei Austerlitz (2. Dezember 1805) beigebracht hatten. Da Haugwitz spürte, dass ein Ultimatum nicht länger opportun war, bot der preussische Gesandte Napoleon stattdessen ein Bündnis an. Der Vertrag von Schönbrunn (15. Dezember 1805) sowie mehrere anschliessende Vereinbarun-

gen, die Frankreich durchsetzte, verpflichtete Preussen nicht nur zu einem umfassenden Bündnis mit Napoleon, sondern auch zur Annektierung Hannovers und der Schliessung der Nordseehäfen für die britische Schifffahrt. Friedrich Wilhelm erkannte, dass dies einen Krieg mit Grossbritannien bedeutete, doch er sah dieses Ergebnis als das kleinere Übel an. Es hatte ganz den Anschein, als hätte Haugwitz seinen Rivalen ausgespielt. Im März 1806 erreichte er Hardenbergs Rücktritt. «Frankreich ist mächtig und Napoleon ist der Mann des Jahrhunderts», schrieb Haugwitz im Sommer desselben Jahres an den preussischen Gesandten Lucchesini. «Mit ihm vereint, was hätte ich da jemals zu fürchten?»[30]

Da Friedrich Wilhelm ängstlich darauf bedacht war, einen Konflikt mit Russland zu vermeiden, und sich zugleich alle Optionen offen halten wollte, setzte er eine Geheimpolitik fort, die eine Annäherung an St. Petersburg zum Ziel hatte. Dies war eine willkommene Aufgabe für Hardenberg, der nunmehr zum Agenten einer feinsinnigen Geheimpolitik wurde: Nachdem er sich im März scheinbar im Groll von der Politik verabschiedet hatte, wurde ihm die Verantwortung für die geheime Beziehung zu Russland übertragen, die ihrerseits Haugwitz' vorgebliche Politik der Kollaboration mit Frankreich ad absurdum führte.[31] Die unlösbar komplexen Probleme, welche die Lage zwischen zwei Fronten mit sich brachte, hatten noch nie derart ausgefallene Verrenkungen in Berlin zur Folge gehabt.

Unterdessen formierte sich in den höchsten Etagen der Bürokratie entschiedener politischer Widerstand. Zu den einflussreichsten Kritikern zählte der launische Freiherr vom und zum Stein, preussischer Finanz- und Wirtschaftsminister. Stein hatte die Neutralität seit 1795 nie gutgeheissen, sondern als einen niederträchtigen Verrat an Deutschland angesehen (wie es von einem rheinischen Adeligen und Patrioten des Heiligen Römischen Reiches nicht anders zu erwarten war). Im Winter 1805/06, als Graf Haugwitz Preussen zu einem Bündnis mit Napoleon und zur Annektierung Hannovers drängte, sah der Britenfreund Stein sich ausserstande, den Kurs der Regierung zu unterstützen. Er gelangte zu der Überzeugung, nur durch eine gründliche Strukturreform der höchsten Exekutive werde der Staat in die Lage gesetzt, eine effektivere Aussenpolitik zu führen. Stein überschritt radikal die Grenzen seines Zuständigkeitsbereichs, als er am 27. April 1806 eine Denkschrift verfasste, deren Überschrift allein schon einem Manifest gleichkommt: «Darstellung der fehlerhaften Organisation des Kabinetts und der Notwendigkeit der Bildung einer Ministerialkonferenz». Das Do-

kument fiel vor allem durch die Schärfe der Wortwahl auf: Den Mitgliedern des Kabinetts wurde darin «Arroganz, Dogmatismus, Ignoranz, physische und sittliche Schwäche, Seichtheit, grausame Sinnlichkeit, verräterisches Verhalten, schamlose Lügen, Engstirnigkeit und üble Nachrede» vorgeworfen.[32] Die Lösung der gegenwärtigen, misslichen Lage des Königs, so Stein, liege nicht allein in der Absetzung dieser Taugenichtse, sondern auch in der Einführung klarer Zuständigkeitsbereiche. Bei der gegenwärtigen Regelung hätten die persönlichen Berater des Königs «alle Gewalt, die endliche Entscheidung aller Angelegenheiten [...], aber keine Verantwortlichkeit, da die Person des Königs ihre Handlungen sanktioniert. Den obersten Staatsbeamten bleibt die Verantwortlichkeit der Anträge [...].» Deshalb sei es notwendig, die willkürliche Herrschaft der Kumpane und Günstlinge durch ein System mit einer verantwortlichen Ministerialregierung zu ersetzen.

«Sollte der König die vorgeschlagene Veränderung nicht beschliessen, sollte er fortfahren, unter dem Einfluss eines fehlerhaft eingerichteten und verwerflich zusammengesetzten Kabinetts zu regieren, so ist es zu erwarten, dass der Staat entweder sich auflöst oder seine Unabhängigkeit verliert und dass der Monarch die Liebe und Achtung seiner Untertanen nie wieder erhält. [...] Dem redlichen Staatsbeamten wird nichts übrigbleiben, als seine Stelle mit unverdienter Schande bedeckt zu verlassen, ohne helfen zu können, oder an den alsdann sich ereignenden Verworfenheiten Teil zu nehmen.»[33]

Wohl kaum ein Dokument veranschaulicht drastischer, wie rebellisch die Stimmung mittlerweile in den obersten Etagen der preussischen Verwaltung geworden war. Zum Glück, vielleicht, für Stein wurde der bemerkenswert offene Brief nie dem König gezeigt. Stein übergab ihn General Rüchel (der in Kürze das unselige Kommando in Jena übernehmen sollte) und bat ihn, das Schreiben dem Monarchen zukommen zu lassen, doch der alte General zögerte. Im Mai legte Stein es Königin Luise vor, die zwar ihren Respekt vor seinen Gefühlen äusserte, die Denkschrift aber für zu ungestüm und leidenschaftlich hielt, um sie ihrem Mann vorzulegen. Die Schrift erreichte dennoch ihren Zweck; sie zirkulierte unter den hohen, andersdenkenden Persönlichkeiten innerhalb der Verwaltung und trug dazu bei, deren Widerstand zu schärfen. Stein wurde zu einem Wortführer der bürokratischen Opposition.

Unterdessen war das aussenpolitische Dilemma Preussens noch längst nicht gelöst. «Eure Majestät», warnte Hardenberg in einer Denkschrift vom Juni

1806, «befindet sich in der einzigartigen Situation, gleichzeitig mit Russland und Frankreich verbündet zu sein [...]. Dieser Zustand darf nicht andauern.»[34] Im Juli und August wurde bei den übrigen norddeutschen Staaten sondiert, wie sie zur Gründung einer interterritorialen Union ständen; das wichtigste Ergebnis dieser Bemühungen war ein Bündnis mit Sachsen. Doch die Verhandlungen mit Russland kamen nur schleppend voran, teils wegen der ernüchternden Wirkung des noch im Gedächtnis haftenden Desasters bei Austerlitz, teils, weil es einige Zeit dauerte, das in den Monaten der Geheimdiplomatie entstandene Chaos zu ordnen. Somit war man bei der Gründung einer dauerhaften Koalition noch keinen Schritt weitergekommen, als eine weitere Provokation der Franzosen in Berlin gemeldet wurde. Im August 1806 kursierte das Gerücht, für das angeblich handfeste Hinweise vorlagen, Napoleon führe mit Grossbritannien Bündnisgespräche und habe London unilateral die Rückgabe Hannovers als Lockmittel angeboten. Das ging zu weit. Nichts hätte die Geringschätzung Napoleons für die norddeutsche Neutralitätszone und die Stellung Preussens darin besser demonstrieren können.

Zu diesem Zeitpunkt stand Friedrich Wilhelm III. unter enormem Druck seitens vieler Mitglieder in seinem eigenen Umkreis, sich für einen Krieg gegen Frankreich zu entscheiden. Am 2. September wurde eine Denkschrift an den König weitergeleitet, die seine bisherige Politik kritisierte und auf einen Krieg drängte. Unter den Unterzeichnenden fanden sich Prinz Louis Ferdinand, der beliebte Militärbefehlshaber und Neffe Friedrichs des Grossen, zwei Brüder des Königs, Prinz Heinrich und Prinz Wilhelm, ein Vetter und der Prinz von Oranien. Die Denkschrift, die der Hofhistoriograf Johannes von Müller im Auftrag der Unterzeichnenden abgefasst hatte, traf ins Schwarze. Dem König wurde in der Schrift vorgeworfen, das Heilige Römische Reich im Stich gelassen und seine Untertanen sowie die Glaubwürdigkeit seines Ehrenwortes geopfert zu haben, und das wegen der Politik eines kaum verhohlenen Eigeninteresses, die von der profranzösischen Gruppe unter seinen Ministern verfolgt werde. Nunmehr gefährde er die Ehre seines Königreiches und seines Hauses noch stärker, indem er sich weigere, klar Stellung zu beziehen. Der König betrachtete dieses Dokument als eine wohlberechnete Herausforderung seiner Autorität und reagierte empört und alarmiert. In einer Geste, die an frühere Zeiten erinnerte, als Brüder noch um den Thron stritten, wurden die Prinzen angewiesen, die Haupt-

stadt zu verlassen und zu ihren Regimentern zurückzukehren. Wie die Episode zeigt, geriet der Grabenkampf um die Aussenpolitik allmählich ausser Kontrolle. Eine entschlossene «Kriegspartei» hatte sich herausgebildet, der Mitglieder der Königsfamilie angehörten. Die zentralen Persönlichkeiten waren jedoch die beiden Minister Karl August von Hardenberg und Heinrich Friedrich Karl vom und zum Stein. Sie hatten es sich zum Ziel gesetzt, die Pannen und Kompromisse der Neutralitätspolitik zu beenden. Die implizierte jedoch bereits die Forderung nach einem Entscheidungsprozess, der sich auf eine breitere Basis stützte und den König in irgendeiner Form an das Ergebnis eines kollegialen Beratungsprozesses band.[35]

Auch wenn der König sich über die «Impertinenz» des Memorandums vom 2. September masslos ärgerte, liess der Vorwurf des Treuebruchs ihm keine Ruhe. Seine instinktive Vorliebe für behutsames und zögerliches Vorgehen war vergessen, und so kam es, dass die Berliner Entscheidungsträger sich zu übereilten Aktionen hinreissen liessen, obwohl die Vorbereitungen für eine Koalition mit Russland und Österreich noch kaum konkrete Formen angenommen hatten. Am 26. September 1806 schrieb Friedrich Wilhelm III. dem französischen Kaiser einen Brief voller bitterer Anschuldigungen, bestand darauf, dass der Neutralitätspakt eingehalten werde, verlangte die Rückgabe mehrerer preussischer Territorien am Niederrhein und schloss mit den Worten: «Gäbe der Himmel, dass wir uns auf Grundlagen verständigen könnten, die Ihnen Ihren vollen Ruhm lassen, aber den anderen Völkern ihre Ehre gönnen, und die endlich dem Fieber von Angst und Erwartung ein Ende bereiten, in dem niemand auf die Zukunft rechnen noch seine Aufgabe prüfen kann.»[36] Napoleons Antwort, die am 12. Oktober im kaiserlichen Hauptquartier in Gera unterschrieben wurde, troff vor einer geradezu dreisten Mischung aus Arroganz, Aggressivität, Sarkasmus und falscher Sorge.

«Mein Herr Bruder, ich erhielt erst am 7. Oktober den Brief Eurer Majestät vom 26. September. Es tut mir ausserordentlich leid, dass man Sie ein solches Pamphlet hat unterzeichnen lassen.

Ich antworte Ihnen nur, um Sie zu versichern, dass ich Ihnen die darin enthaltenen Beleidigungen niemals persönlich zuschreiben werde, weil sie Ihrem Charakter zuwider sind und uns beide zur Unehre gereichen. Ich bedaure und verachte zugleich die Macher eines solchen Werkes. Kurz danach erhielt ich die Note Ihres Ministers vom 1. Oktober, die mich am 8. zu einem Rendezvous

aufforderte. Als guter Kavalier habe ich Wort gehalten und befinde mich nun im Herzen Sachsens. Glauben Sie mir, ich habe so mächtige Streitkräfte, dass alle die Ihrigen den Sieg nicht lange schwankend machen können! Warum aber so viel Blut vergiessen? Zu welchem Zweck? Ich spreche zu Eurer Majestät, genauso wie ich zum Kaiser Alexander vor der Schlacht von Austerlitz gesprochen habe. [...] Aber Sire, Eure Majestät wird besiegt werden! Sie werden die Ruhe Ihrer Tage, das Leben Ihrer Untertanen preisgeben, ohne auch nur den kleinsten Grund zu Ihrer Entschuldigung vorbringen zu können! Heute stehen Sie noch unbescholten da und können mit mir auf eines Ihres Ranges würdige Weise unterhandeln, aber noch ehe ein Monat vergeht, wird Ihre Lage eine andere sein!»[37]

So sprach der «Mann des Jahrhunderts», der «Weltgeist zu Pferde» (Georg Wilhelm Friedrich Hegel) im Herbst 1806 mit dem König von Preussen. Damit führte kein Weg mehr an dem Waffengang bei Jena und Auerstedt vorbei.

Für Preussen hätte der Zeitpunkt kaum schlechter sein können. Da das von Zar Alexander versprochene Korps noch nicht in Sicht war, existierte die Koalition mit Russland nur auf dem Papier. Preussen stellte sich allein der Macht der französischen Armeen, einmal abgesehen von dem Bündnispartner Sachsen. Ironischerweise hätte ausgerechnet die Gewohnheit des Königs, die die Kriegspartei so sehr beklagte, nämlich Entscheidungen hinauszuzögern, als Einziges Preussen retten können. Die preussischen und sächsischen Feldherren hatten erwartet, Napoleon westlich des Thüringer Waldes eine Schlacht zu liefern, doch er rückte viel schneller vor, als sie angenommen hatten. Am 10. Oktober 1806 kam die preussische Vorhut mit französischen Truppen in Berührung und wurde bei Saalfeld geschlagen. Die Franzosen stiessen dann an der Flanke der preussischen Armeen vorbei vor und stellten sich mit dem Rücken zu Berlin und zur Oder auf. Damit schnitten sie den Preussen die Nachschublinien sowie die Rückzugsroute ab. Dieses Manöver war ein Grund dafür, dass der Zusammenbruch der Ordnung auf dem Schlachtfeld nicht aufzuhalten war.

Die relative Schlagkraft der preussischen Armee hatte seit Ende des Siebenjährigen Krieges abgenommen. Das lag nicht zuletzt daran, dass so grosser Wert auf immer komplexere Formen des Drills gelegt wurde. Sie waren zwar keineswegs rein kosmetischer Luxus, vielmehr dienten sie einem klaren militärischen Ziel, nämlich der Integration jedes einzelnen Soldaten in eine Kampfmaschine,

die sich einem einzigen Willen fügte und imstande war, auch unter extremer Belastung den Zusammenhalt zu bewahren. Dieser Ansatz hatte gewiss auch seine Vorzüge (unter anderem wurde die abschreckende Wirkung auf ausländische Beobachter durch die Manöver bei der alljährlichen Parade in Berlin gesteigert), aber gegen die flexiblen, überaus beweglichen Truppen, die von Napoleon ins Feld geführt wurden, erwies er sich als ineffektiv. Hinzu kam, dass die preussische Armee auf eine grosse Zahl ausländischer Soldaten angewiesen war – im Jahr 1786, bei Friedrichs Tod, waren von den 195.000 Mann in preussischen Diensten 110.000 Ausländer. Es gab gute Gründe, sich ausländische Soldaten zu halten: Ihr Tod im Dienst war leichter zu ertragen, und sie verringerten die negative Auswirkung des Wehrdienstes auf die einheimische Wirtschaft. Ihre grosse Zahl brachte freilich auch Probleme mit sich. In der Regel waren sie nicht so diszipliniert, weniger motiviert und desertierten eher.

Allerdings waren in der Zeit zwischen dem Bayerischen Erbfolgekrieg (1778/79) und dem Feldzug von 1806 wichtige Verbesserungen eingeführt worden.[38] Die mobilen, leichten Einheiten und Jägerkontingente waren ausgeweitet und das Requisitionssystem war vereinfacht und überholt worden. Dies reichte jedoch nicht aus, um die Kluft zu schliessen, die sich schon bald zwischen der preussischen Armee und den Streitkräften des revolutionären und napoleonischen Frankreichs auftat. Zum Teil waren die Preussen schlichtweg zahlenmässig unterlegen – sobald die französische Republik dazu übergegangen war, unter dem Vorzeichen der *levée en masse,* der allgemeinen Wehrpflicht, die französischen Volksschichten zu mobilisieren, konnte Berlin auf keinen Fall mit ihr Schritt halten. Folglich hätte die preussische Politik um jeden Preis vermeiden müssen, ohne die Hilfe eines starken Bündnispartners gegen Frankreich zu kämpfen.

Seit Beginn der Revolutionskriege hatten die Franzosen zudem Infanterie, Kavallerie und Artillerie in festen Divisionen zusammengefasst, die von einer unabhängigen Logistik unterstützt wurden und imstande waren, autonom gemischte Operationen durchzuführen. Unter Napoleon wurden diese Einheiten zu Armeekorps zusammengestellt, die sich durch eine beispiellose Flexibilität und Schlagkraft auszeichneten. Im Gegensatz dazu hatten die Preussen zu der Zeit, als sie sich den Franzosen in Jena und Auerstedt stellten, gerade erst begonnen, die Möglichkeiten von Divisionen mit kombinierten Waffengattungen auszuloten. Auch beim Einsatz von Scharfschützen hinkten die Preussen weit

hinter den Franzosen her. Auch wenn, wie gesagt, gewisse Anstrengungen unternommen worden waren, dieses Element der Streitkräfte auszubauen, blieb die Gesamtzahl klein, die Waffen waren nicht von bester Qualität und man dachte nicht genügend darüber nach, wie der Einsatz von Schützen in den Einsatz grosser Truppenkontingente integriert werden konnte. Leutnant Borcke und seine Mitinfanteristen mussten diesen Nachteil in der taktischen Flexibilität und Schlagkraft teuer bezahlen, als sie auf das todbringende Schlachtfeld bei Jena gelangten.

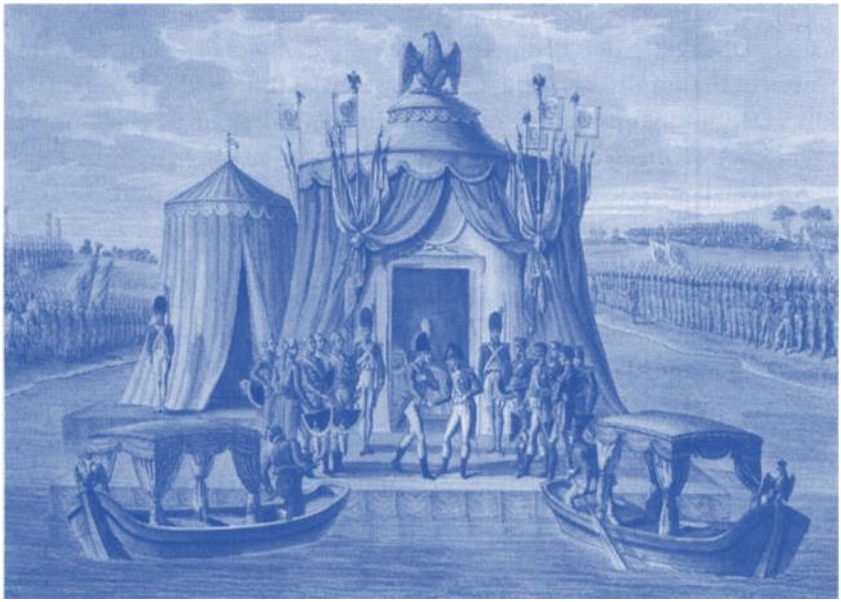
Friedrich Wilhelm III. hatte ursprünglich die Absicht, nach Jena und Auerstedt die Friedensverhandlungen mit Napoleon zu eröffnen, doch seine Initiativen wurden abgewiesen. Berlin wurde am 24. Oktober besetzt, und drei Tage danach zog Bonaparte in die Hauptstadt ein. Bei einem kurzen Aufenthalt in Potsdam stattete er dem Grab Friedrichs des Grossen einen berühmten Besuch ab, wo er angeblich ganz in Gedanken versunken vor dem Sarg gestanden hatte. Laut einer Darstellung drehte er sich zu den Generälen um, die bei ihm waren, und bemerkte: «Werte Herren, wenn dieser Mann noch leben würde, dann stünde ich nicht hier.» Teils steckte in diesen Worten nostalgischer Kitsch, teils aber ein echter Tribut an das aussergewöhnlich hohe Ansehen, das Friedrich unter den Franzosen genoss, insbesondere unter patriotischen Organisationen, die dazu beigetragen hatten, die französische Aussenpolitik neu zu beleben und die das Bündnis mit Österreich von 1756 immer schon als den grössten Fehler des *ancien régime* angesehen hatten. Napoleon war schon seit langem ein Bewunderer des preussischen Königs: Er hatte die Feldzugsberichte Friedrichs gewälzt und eine kleine Statue des Königs in seinem privaten Arbeitszimmer aufgestellt. Der junge Alfred de Vigny behauptete mit einem vielsagenden Schmunzeln sogar, er habe beobachtet, dass Napoleon Posen Friedrichs nachgeahmt habe, so habe er etwa demonstrativ Tabak geschnupft, den Hut geschwenkt und «andere ähnliche Gesten» gemacht – ein beredtes Zeugnis für den fortwährenden Nachhall des Kultes. Zu der Zeit, als der französische Kaiser in Potsdam dem toten Friedrich seinen Respekt zollte, war der lebende Nachfolger bis in den östlichsten Winkel des Königreichs geflüchtet und beschwor Parallelen zu den finsteren Tagen der 1630er und 1640er Jahre herauf. Auch der Staatsschatz war in letzter Minute gerettet und nach Osten geschafft worden.[39]

Jetzt war Napoleon bereit, Friedensbedingungen anzubieten, und verlangte, dass Preussen auf sämtliche Gebiete westlich der Elbe verzichtete.

Nach einigem Hin und Her unterzeichnete Friedrich Wilhelm III. am 30. Oktober 1806 eine solche Vereinbarung, woraufhin Napoleon jedoch seine Meinung änderte und darauf bestand, dass er nur dann einem Waffenstillstand zustimmen werde, wenn Preussen einwillige, als Operationsbasis für einen französischen Angriff auf Russland zu dienen. Obwohl sich die Mehrheit seiner Minister für diese Option aussprach, stellte sich Friedrich Wilhelm an die Seite der Minderheit, die es vorzog, den Krieg an der Seite Russlands fortzusetzen. Alles hing davon ab, ob die Russen imstande waren, ausreichende Truppen ins Feld zu führen, um den französischen Vormarsch zu stoppen.

Von Oktober 1806 bis Januar 1807 rückten französische Truppen unaufhaltsam durch preussisches Gebiet vor und erzwangen oder akzeptierten die Kapitulation wichtiger Festungen. Am 7. und 8. Februar 1807 wurden sie jedoch bei Preussisch-Eylau von einer russischen Streitmacht mit einem kleinen preussischen Kontingent zurückgeworfen. Von diesem Rückschlag ernüchtert, erneuerte Napoleon das Waffenstillstandsangebot vom Oktober 1806, demzufolge Preussen lediglich auf seine Gebiete westlich der Elbe verzichten musste. Nunmehr lehnte jedoch Friedrich Wilhelm ab, weil er hoffte, dass weitere russische Angriffe die Waagschale zugunsten von Preussen neigen würden. Diese blieben allerdings aus. Die Russen versäumten es, den Vorteil, den sie sich bei Preussisch-Eylau verschafft hatten, auszunutzen; und die Franzosen unterwarfen während des Januars und Februars weitere preussische Festungen in Schlesien. Unterdessen handelte Hardenberg, seit April 1807 wieder Minister, einen Bündnisvertrag mit St. Petersburg aus, der am 26. April 1807 unterzeichnet wurde. Die neue Allianz war aber nur von kurzer Dauer: Nach einem französischen Sieg über die Russen bei Friedland am 14. Juni 1807 bat Zar Alexander Napoleon um einen Waffenstillstand.

Am 25. Juni 1807 trafen sich Kaiser Napoleon und Zar Alexander zu Friedensverhandlungen in einem ungewöhnlichen Ambiente, nämlich auf einem prächtigen Floss mitten auf der Memel bei Piktupönen in der Nähe der ostpreussischen Stadt Tilsit. Das Floss war auf Befehl Napoleons gebaut worden; da der Fluss offiziell die Demarkationslinie des Waffenstillstands war und die russischen und französischen Heere sich auf beiden Flussufern gegenüberlagen, war das Floss eine geniale Lösung. Es bildete den neutralen Boden, auf dem die beiden Herrscher sich auf Augenhöhe treffen konnten. Friedrich Wilhelm von Preussen wurde nicht eingeladen. Stattdessen wartete er stundenlang am Ufer,



25. Napoleon und Zar Alexander treffen sich
auf der Memel bei Tilsit auf einem Floss.
Zeitgenössischer Kupferstich von Le Beau, nach Nadet.

umgeben von den Offizieren des Zaren und eingewickelt in einen russischen Mantel. Das war nur eine der unzähligen Massnahmen, mit denen Napoleon der ganzen Welt den niederen Rang des unterlegenen Königs von Preussen kundtat. Das Floss war mit Girlanden und Kränzen geschmückt, welche die Buchstaben «A» und «N» trugen – die Buchstaben «FW» suchte man vergebens, obwohl die gesamte Zeremonie auf preussischem Boden stattfand. Während überall französische und russische Fahnen in der sanften Brise flatterten, glänzte die preussische Fahne durch Abwesenheit. Selbst als Napoleon am nächsten Tag Friedrich Wilhelm zu sich auf das Floss lud, hatte die folgende Unterhaltung eher die Aura einer Audienz als einer Begegnung zwischen zwei Monarchen. Friedrich Wilhelm III. musste in einem Vorzimmer warten, während der Kaiser überfälligen Papierkram erledigte. Napoleon weigerte sich, dem König seine Pläne für Preussen mitzuteilen, und hielt ihm stattdessen einen militärischen und politischen Fehler nach dem andern vor, die er während des Kriegs begangen hatte.

Auf Drängen des Zaren willigte Napoleon ein, Preussen als Staat zu erhalten. Doch nach den Bedingungen des Friedens von Tilsit (9. Juli 1807) wurde es bis auf die Kernlande zurückgestutzt: Brandenburg östlich der Elbe, Ost- und Westpreussen ohne Danzig, Pommern und Schlesien. Die polnischen Gebiete, die während der Zweiten und Dritten Teilung Preussen zugefallen waren, bildeten künftig die Basis für einen französischen Satellitenstaat Polen im Osten; die westlichen Territorien hingegen, von denen einige seit Beginn des 17. Jahrhunderts zu Brandenburg-Preussen gehörten, wurden von Frankreich annektiert oder in eine Reihe von von Napoleon abhängigen Staaten eingegliedert. Friedrich Wilhelm schickte sogar seine Frau Luise zum Kaiser, um eine grosszügigere Regelung zu erbitten – unwillentlich schuf er damit eine Parallele zu den 1630er Jahren, als der unglückliche Kurfürst Georg Wilhelm die Frauen der Königsfamilie dem heranrückenden Gustav Adolf entgegengeschickt hatte, um mit ihm zu verhandeln. Napoleon zeigte sich zwar von der Entschlossenheit und der Anmut der preussischen Königin beeindruckt, machte aber keine Zugeständnisse.

Der Traum von einer Vorherrschaft Preussens in Norddeutschland – den die Neutralitätszone für kurze Zeit genährt hatte – schien für immer ausgeträumt. Auch die Vision von Preussen als Grossmacht im Osten, die auf Augenhöhe mit Russland und Österreich verhandelte, hatte sich in Luft aufgelöst. Eine hohe Kriegsentschädigung wurde gefordert, deren exakte Höhe zu gegebener Zeit mitgeteilt werden sollte. Die Franzosen würden das Land so lange besetzt lassen, bis die Summe beglichen war. Ein kleines, aber bitteres Detail: Nachdem der Kurfürst von Sachsen im Dezember 1806 einen Separatfrieden mit den Franzosen unterzeichnet hatte und dem Rheinbund, einer Vereinigung französischer Satellitenstaaten in Deutschland, beigetreten war, empfing er aus den Händen Napoleons eine Königskrone und wurde zum König Friedrich August I. von Sachsen ernannt. Ein Jahr danach erhielt Sachsen zur Belohnung Cottbus, einen ehemals preussischen Besitz. Es sah fast so aus, als könnte Sachsen wiederum so stark werden, dass Dresden einmal mehr Berlin die Vorherrschaft in Norddeutschland streitig machen würde. Napoleon nährte diese Hoffnungen. In einer Ansprache an die Offiziere der geschlagenen sächsischen Armee im Schloss von Jena am Tag nach der Schlacht erklärte der Kaiser sich zum Befreier und behauptete sogar, er habe den Krieg gegen Preussen nur deshalb geführt, um die Unabhängigkeit Sachsens zu erhalten.[40] Das war eine neue Wende

in der langjährigen Rivalität zwischen Preussen und Sachsen, in der das Bündnis von 1806 nur eine vorübergehende Unterbrechung gewesen war.

Jedes Regime ist nach einer Niederlage mit einem Makel behaftet – das ist eines der wenigen Gesetze der Geschichte. Viele Länder haben schon weit verheerendere militärische Rückschläge als die Preussen 1806/07 hinnehmen müssen, aber für ein Staatswesen, das sich so sehr mit seinem militärischen Können identifiziert, kamen die Niederlagen bei Jena und Auerstedt sowie die anschliessenden Kapitulationen fast schon einem Todesstoss gleich. Sie trafen das preussische System in seinem Kern. Der König selbst war befehlshabender Offizier (wenn auch nicht sonderlich talentiert), er hatte seit seiner Kindheit im Militärdienst gestanden und pflegte in Uniform vor seinen vorrückenden Regimentern zu reiten. Die erwachsenen Prinzen der Königsfamilie waren allesamt bekannte Feldherren. Das Offizierskorps war die auf dem Lande herrschende Klasse in Uniform. Die gesamte politische Ordnung des alten Preussen war in Frage gestellt worden.

KAPITEL 10

Die Welt der Bürokraten

Die neue Monarchie

Im Dezember 1806, als Friedrich Wilhelm III. und Luise von Preussen vor den vorrückenden französischen Truppen nach Osten flüchteten, blieben sie für eine Nacht in der ostpreussischen Kleinstadt Ortelsburg. Es waren weder Lebensmittel noch sauberes Wasser aufzutreiben. Der König und seine Frau mussten notgedrungen mit derselben Schlafunterkunft in «einer der elenden Scheunen, die sie Häuser nannten», vorlieb nehmen, wie der britische Gesandte George Jackson schrieb, der sie begleitete.[1] Hier fand Friedrich Wilhelm Zeit, ausgiebig über die Bedeutung der preussischen Niederlage nachzudenken. Im Zuge der Katastrophe von Jena und Auerstedt hatten zahlreiche preussische Festungen unter Umständen kapituliert, unter denen sie eigentlich noch hätten standhalten müssen. Stettin verfügte beispielsweise über eine Garnison mit rund 5‘000 Mann und hatte ausreichend Vorräte, dennoch hatte die Stadt sich einem kleinen Regiment aus gerade 800 feindlichen Husaren ergeben. Die Festung in Küstrin – dieser Schrein der preussischen Geschichte – hatte nur wenige Tage nach dem Abzug des Königs in Richtung Osten kapituliert. Der Zusammenbruch Preussens, so schien es, war ebenso sehr eine Frage des politischen Willens und der Motivation wie der technischen Unterlegenheit.

Der Zorn des Königs über diese Kette von Kapitulationen kam in dem «Publikandum von Ortelsburg» zum Ausdruck, einer Erklärung, die Friedrich Wilhelm am 12. Dezember 1806 eigenhändig niederschrieb. Es sei noch zu früh, stellte er fest, Schlüsse zu ziehen, wer oder was denn nun verantwortlich für die «fast gänzliche Auflösung» der preussischen Truppen auf dem Feld sei, doch die Kapitulationen der Festungen seien ein «beispielloser» Skandal in der Geschichte der preussischen Armee. Künftig werde jeder Gouverneur oder Kommandant, der seine Festung «aus blosser Besorgnis vor einem Bombardement oder aus sonst einem andern nichtigen Grunde, es sey welcher es wolle» über-

gebe, «ohne Gnade erschossen». Jeder Soldat, der «aus der Furcht seine Waffen wegwirft», werde ebenfalls dem Erschiessungskommando überstellt. Auch preussische Untertanen, die in den Dienst des Feindes eintraten und mit der Waffe in der Hand angetroffen wurden, würden «ohne Gnade erschossen».[2] Das Dokument liest sich zum grossen Teil wie ein Wutausbruch, mit dem der König seinem Zorn Luft machen wollte, doch eine unscheinbare Passage am Ende kündigte geradezu eine Revolution an. Künftig werde, so schrieb Friedrich Wilhelm, jeder, der sich im Kampf auszeichne, in das Offizierskorps befördert, unabhängig davon, ob er Soldat, Unteroffizier oder Fürst sei.[3] Mitten im Chaos der Flucht hatte ein Prozess der Reform und Selbsterneuerung begonnen.

Nach den Niederlagen und Demütigungen von 1806/07 erliess ein neuer Führungskader aus Ministern und Beamten eine Reihe von Regierungsedikten, die den Aufbau der preussischen Exekutive veränderten, die Wirtschaft deregulierten, die Grundregeln der Agrargesellschaft sowie die Beziehung zwischen Staat und Zivilgesellschaft neu formulierten. Gerade weil die Niederlage so vernichtend war, hatte sie die Tür zu Reformen weit aufgestossen. Da jedes Vertrauen in die herkömmlichen Strukturen verloren gegangen war, konnten all jene die Gunst der Stunde nutzen, die schon seit langem danach getrachtet hatten, das System von innen heraus zu reformieren. Ihre einstigen Widersacher waren zwangsläufig verstummt.

Der Krieg brachte überdies eine finanzielle Bürde mit sich, die mit den herkömmlichen Mitteln nicht bewältigt werden konnte. Eine Entschädigung in Höhe von 120 Millionen Francs musste aufgebracht werden, doch die wahren Kosten der französischen Besatzung, die von August 1807 bis Dezember 1808 währte, wurden von einem Zeitgenossen auf rund 216,9 Millionen Taler geschätzt – eine gewaltige Summe, wenn man bedenkt, dass die Staatseinnahmen im Jahre 1816 gerade mal 31 Millionen Taler betrugen.[4] Das daraus resultierende Gefühl, dringend etwas unternehmen zu müssen, begünstigte all jene, die ein stimmiges Konzept hatten und es überzeugend zu vermitteln wussten. So gesehen hatte der Schock des Sieges Napoleons zur Folge, dass die Kräfte, die ohnehin bereits im preussischen Staat am Werk gewesen waren, konzentriert und verstärkt wurden.[5]

Im Zentrum des Reformprozesses, der 1807 einsetzte, stand der König von Preussen, Friedrich Wilhelm III. (auch wenn seine Rolle gelegentlich zu wenig gewürdigt wurde). So wichtig die Reformbürokraten waren, hätten sie ihre Plä-

ne ohne seine Unterstützung nicht durchführen können. Friedrich Wilhelm III. ernannte den Freiherrn vom und zum Stein im Oktober 1807 zu seinem höchsten Berater, bis er von Napoleon gezwungen wurde, ihn 1808 zu entlassen (Stein habe angeblich eine Verschwörung gegen die Franzosen angezettelt). Nach der Ernennung Alexander Graf zu Dohna-Schlobittens und Karl von Altensteins (ein alter Freund aus der «Frankenclique») zu gemeinsam leitenden Ministern berief der König dann im Juni 1810 Hardenberg in das Finanz- und Innenministerium, verlieh ihm den neuen Titel Staatskanzler und machte ihn damit zum ersten Regierungschef Preussens.

Friedrich Wilhelm III. bleibt jedoch eine schwer fassbare Gestalt. J. R. Seeley, der Autor eines dreibändigen Porträts von Stein aus dem 19. Jahrhundert, beschrieb den König als den «ehrenhaftesten und gewöhnlichsten Mann, der jemals Preussen regiert hat»[6]. Zu einer Zeit, als Preussens kulturelles und politisches Leben von herausragenden Persönlichkeiten dominiert wurde (Schleiermacher, Hegel, Stein, Hardenberg, die Brüder Humboldt), war der Monarch ein pedantischer und engstirniger Langweiler. Seine Äusserungen waren bruchstückhaft und brüsk. Napoleon, der während der Sommertage in Tilsit häufig mit ihm speiste, erinnerte sich später, dass es schwer war, ihn dazu zu bringen, über ein anderes Thema zu sprechen als über «Tschakos, Knöpfe und lederne Tornister»[7]. Obwohl er in den Krisenjahren vor der Niederlage selten weit vom Zentrum der hohen Politik entfernt war, erscheint er uns als eine unbedeutende Figur, da er immer bemüht war, sich im Hintergrund zu halten, den Augenblick der Entscheidung stets hinauszögerte und sich auf die Ratschläge des engsten Kreises um ihn verliess. Als Kronprinz war Friedrich Wilhelm jede Gelegenheit verwehrt worden, das Regierungsgeschäft von innen zu erlernen. (Im Gegensatz dazu sollte er seinem eigenen Sohn, dem späteren Friedrich Wilhelm IV., eine Schlüsselrolle in der preussischen Innenpolitik anbieten – ein weiteres Beispiel für den dialektischen Wechsel der Regierungsmuster, der so charakteristisch ist für die Dynastie der Hohenzollern.) Sein Leben lang vereinte der König in sich einen scharfen, wenn auch wortkargen Verstand mit einem tiefen Mangel an Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten. Weit davon entfernt, die Chancen zu nutzen, die ihm die Königswürde bot, betrachtete Friedrich Wilhelm die Krone als eine «Last», die er zu tragen hatte, eine Bürde, für die sich seiner Ansicht nach andere viel besser eignen würden als er.

26. König Friedrich Wilhelm III. und Königin Luise mit der Familie im Schlossgarten bei Charlottenburg, um 1805; Kupferstich von Friedrich Meyer nach Heinrich Anton Dähling.

Nach Friedrich Wilhelms Thronbesteigung im Jahre 1797 waren wie üblich die Gegensätze innerhalb der Hohenzollerndynastie zum Vorschein gekommen. Der Vater hatte jede sich bietende Gelegenheit zum Gebietsgewinn zu nutzen versucht; der Sohn war ein Mann des Friedens und scheute das Trachten nach Ruhm und Ehre. Die Herrschaft des Vaters war verbunden mit dem letzten Aufbäumen des ganzen Prunkes der Monarchie, mit der Zurschaustellung verschwenderischer Pracht und mit einem Schwarm Mätressen. Der Sohn lebte asketisch und blieb seiner Frau treu. Ihm war das Stadtschloss in Berlin viel zu imposant, er hielt sich lieber in der kleineren Residenz auf, die er als Kronprinz bewohnt hatte. Sein Lieblingswohnsitz war jedoch ein kleines ländliches Gut, das er bei Paretz in der Nähe von Potsdam gekauft hatte. Hier konnte er in ruhiger Häuslichkeit leben und so tun, als wäre er ein einfacher Landjunker. Friedrich Wilhelm III. zog, anders als seine Vorgänger, eine klare Trennlinie zwischen Privatleben und öffentlicher Funktion. Er war fürchterlich schüchtern und

mochte grosse öffentliche Anlässe bei Hofe überhaupt nicht. Er reagierte schockiert, als er 1813 erfuhr, dass seine Kinder die Gewohnheit hatten, ihn in seiner Abwesenheit «der König» statt «Papa» zu nennen. Er sah sich gern leichte Komödien im Theater an, nicht zuletzt, weil er es genoss, in Gesellschaft von Menschen zu sein, ohne gleichzeitig im Mittelpunkt zu stehen.

All das mag uns auf den ersten Blick banal erscheinen, doch zeitgenössische Kommentatoren haben dem durchaus grosse Bedeutung beigemessen. Während der ersten Jahre seiner Herrschaft hoben seine Zeitgenossen wiederholt Friedrich Wilhelms bescheidenes bürgerliches Benehmen lobend hervor. Im Jahr 1798, kurz nach der Thronbesteigung, pries der Berliner Theaterdichter Karl Alexander von Herklot den König in Versen:

> Nicht dem Purpur, nicht der Krone räumt er eitlen Vorzug ein.
> Er ist Bürger auf dem Throne, und sein Stolz ist's Mensch zu sein.[8]

Das Motiv des Königs als gewöhnlicher Familienvater (der Mittelschicht) durchzieht einen grossen Teil der Kommentare zu den ersten Jahren der Herrschaft. Auch im Folgenden an das Königspaar gerichteten Gedicht anlässlich der Thronbesteigung ist es zu finden:

> Seid uns nicht Götter, ihr Fürsten, und nicht Göttinnen, ihr Frauen Unserer Könige, nein, verbleibet uns würdige Menschen, Zeigt uns im edelsten Vorbild, wie man Grosses und Kleines Beides richtig im Leben harmonisch einander geselle,
> Hohes und strenges Geschäft und freundliches Leben im Hausstand.[9]

Aber am vielleicht verblüffendsten war die Prominenz und öffentliche Resonanz, die seit 1797 die preussische Königin genoss. Zum ersten Mal in der Geschichte der Dynastie wurde der König nicht allein als Monarch, sondern als Ehegatte wahrgenommen und gefeiert. Die prunkvollen, herrischen Porträts von der Herrschaft seines Vaters, in schimmernder Rüstung und mit Hermelinkragen, machten zurückhaltenden Familienszenen Platz, auf denen der König bei der Erholung mit Frau und Kindern gezeigt wurde. Die Königin trat – erstmalig – selbst als gefeierte Persönlichkeit auf. Im Jahr 1793, als Luise ihre Heimat Mecklenburg anlässlich der Verlobung mit ihrem künftigen Gemahl verlassen hatte, löste ihre Ankunft in Berlin eine wahre Sensation aus. Als ein kleines Mädchen sie auf der Prachtstrasse Unter den Linden mit einem Gedicht

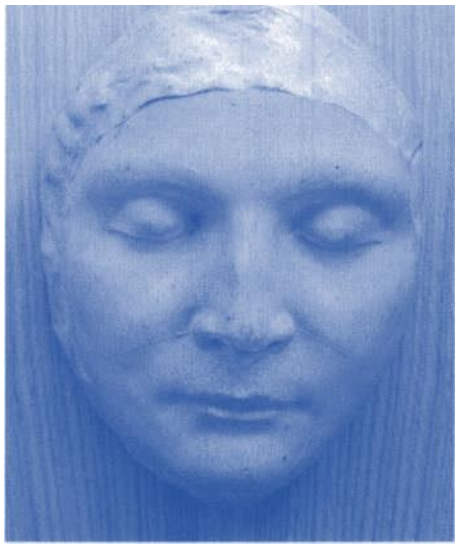
27. Die Prinzessinnen Luise und Friederike von Preussen. *Die Prinzessinnengruppe*, von Johann Gottfried Schadow, 1795-1797.

begrüsste, da scherte sie sich nicht um das Protokoll, nahm das Mädchen in die Arme und küsste es. «Alle Herzen», schrieb der Dichter de la Motte-Fouqué, «flogen ihr entgegen, und ihre Anmut und Herzensgüte liessen keinen unbeglückt.»[10]

Luise war nicht nur wegen ihrer karitativen Tätigkeit, sondern auch wegen ihrer Schönheit berühmt. (Eine meisterhafte Doppelstatue des Bildhauers Johann Gottfried Schadow, auf der eine zehnjährige Luise Arm in Arm mit ihrer Schwester Friederike in einem fast durchsichtigen Sommerkleid steht, wurde viele Jahre lang vor der Öffentlichkeit versteckt, weil dies als allzu erotisch erschien.) Sie war eine in der Geschichte der Dynastie beispiellose Figur, eine weibliche Berühmtheit, die in den Augen der Öffentlichkeit Tugend, Bescheidenheit und souveräne Grazie mit Liebenswürdigkeit und äusserer Anziehung vereinte. Zudem blieb sie wegen des frühen Todes im Jahr 1810, im Alter von nur 34 Jahren, den folgenden Generationen jung im Gedächtnis.[11]

Als Königin nahm Luise einen weit prominenteren und sichtbareren Platz im Leben des Königreiches ein als ihre Vorgängerinnen im 18. Jahrhundert. In einem denkwürdigen Bruch mit der Tradition begleitete sie den König bei seiner Antrittsreise durch die preussischen Lande, um den Treueid von den Landständen zu empfangen. Während der endlosen Begegnungen mit lokalen Grössen beeindruckte die neue Königin dem Vernehmen nach jeden mit ihrer Wärme und ihrem Charme. Ungewollt wurde sie sogar zu einer «Trendsetterin» in Sachen Mode. Das Halstuch, das sie trug, um sich vor Erkältungen zu schützen, wurde unversehens von Frauen in ganz Preussen und darüber hinaus übernommen. Sie war auch ein wichtiger Partner für Friedrich Wilhelm in seinem Amt, von Anfang an suchte er in Staatsangelegenheiten ihren Rat. Sie verkehrte mit den wichtigsten Ministern und machte es sich zur Aufgabe, sich über die politischen Entwicklungen bei Hofe auf dem Laufenden zu halten. Bezeichnenderweise hielt es Stein etwa für angebracht, sich mit seinem radikalen Reformvorschlag während der Krise von 1806 an die Königin zu wenden, und ebenso bemerkenswert ist, dass sie beschlossen haben soll, das Dokument nicht an ihren Mann weiterzuleiten mit der Begründung, dass es ihn in einer Phase extremer Belastung nur aufregen würde. Luise war dem zaghaften König eine psychische Stütze. «Ich darf Dich doch einmal bitten», schrieb sie ihm im Juni 1806, «nehme mehr Zutrauen zu Dir selber, und führe das Ganze, es geht gewiss besser.»[12]

In gewisser Weise bedeutete die Prominenz der Königin die Rückkehr des weiblichen Elements im dynastischen Leben des preussischen Königreiches nach fast einem Jahrhundert, in dem Frauen an den Rand der monarchischen Auftritte gedrängt worden waren. Diese Wiedereinbeziehung der Frau in das öffentliche Leben der Monarchie fand jedoch unter den Vorzeichen einer neuen Auffassung von den beiden Geschlechtern und ihrer gesellschaftlichen Aufgabe statt. Luises öffentliche Rolle war nicht die einer weiblichen Herrscherin mit einem eigenen Hof und allen dazu gehörenden Vorrechten samt eigenen aussenpolitischen Ambitionen, sondern die einer Ehefrau und helfenden Hand. Ihre hervorragenden Fähigkeiten und ihre Klugheit standen ganz im Dienst ihres Gatten. Diese Unterordnung war für das öffentliche Ansehen der Königsfamilie entscheidend und erklärt, weshalb Luises feminine Eigenschaften – Schönheit, Anmut, mütterliche Liebenswürdigkeit und weibliche Tugend – so wesentliche Elemente des Kultes waren, der um sie betrieben wurde. Luise machte die zu-



28. Totenmaske von Königin Luise, 1810

nehmend zurückgezogene «Privatsphäre» der Königsfamilie für das wachsende Publikum der Mittelschicht sichtbar. Ihre Rolle als Ehefrau und ihre persönliche Beliebtheit eröffneten neue Möglichkeiten einer emotionalen Identifikation und trugen dazu bei, die Distanz zwischen dem Königshaus und der Masse der preussischen Untertanen zu verringern.[13]

Luise unterstützte, wie gezeigt, die oppositionelle Gruppe, die sich herauskristallisierte und 1806 die Politik und die Verfahren der Regierung in Frage stellte. Sie drängte den König, sie nach dem Frieden von Tilsit wieder ins Amt zu rufen. «Wo bleibt denn Stein?», fragte sie, nachdem die Nachricht von Tilsit Wirkung gezeigt hatte. «Das ist noch mein letzter Trost. Grosser Kopf, umfassenden Geistes, weiss er vielleicht Auswege, die uns jetzt verborgen liegen. Wenn er nur käme!»[14] Der König musste regelrecht dazu überredet werden, Stein im Sommer 1807 zurückzurufen – er hatte ihn nur wenige Monate zuvor wegen Arroganz und Insubordination entlassen. Luise war auch eine Bewunderin und Anhängerin von Karl August von Hardenberg; tatsächlich war, nach einer Überlieferung, sein Name eines der letzten Worte, die sie auf dem Totenbett im Jahr 1810 ihrem verzweifelten Mann sagte.[15]

Friedrich Wilhelm war ebenfalls klar, dass die Notlage, die durch die militärische Katastrophe entstanden war, ein radikales Umdenken erforderte – er hat-

te schon lange vor 1806 Interesse an Reformen gezeigt. Im Jahr 1798 hatte er eine Königliche Finanzreformkommission eingesetzt und sie angewiesen, Änderungen in der Verwaltung der Zollvorschriften und der Gebühren- und Akziseeinnahmen in den preussischen Landen vorzuschlagen, doch die Mitglieder der Kommission konnten sich nicht auf einen Entwurf einigen. Carl August Graf von Struensee, der für Akzise, Zölle und Fabriken zuständige Minister, sah sich ausserstande, eine kohärente Zusammenfassung der Erkenntnisse vorzulegen. Ein Jahr später befahl Friedrich Wilhelm seinen Beamten, Pläne für eine Reform des preussischen Gefängniswesens auszuarbeiten. Als Antwort schlug Grosskanzler von Goldbeck ein umfassendes – und seinem Wesen nach aufgeklärtes – System aus abgestuften Belohnungen und Strafen vor, um die Häftlinge zur Besserung anzuspornen und ihre Rehabilitation zu fördern. Goldbecks Empfehlungen wurden anschliessend in einen Generalplan für die Reform der preussischen Gefängnisse aufgenommen, der in den Jahren 1804/05 erschien.[16]

Der König hätte zweifellos mehr erreicht, wenn sich nicht viele Stellen, auch in der Bürokratie selbst, einer Reform widersetzt hätten. In einer Kabinettsorder vom Oktober 1798 wies der König an, dass die Finanzreformkommission über eine Erhöhung der Grundsteuer, die vom Adel gezahlt wurde, nachdenken solle. Noch bevor sich die Kommission getroffen hatte, um über diesen Vorschlag zu diskutieren, liess ein hoher Beamter jedoch die Order an die Hamburger *Neue Zeitung* durchsickern, wo die Veröffentlichung scharfe Proteste seitens der preussischen Landstände provozierte.

Auch bezüglich einer Agrarreform ergriff der Monarch mehrmals die Initiative. Erstaunt über «die unglaublich grosse Anzahl von Beschwerden», die er von Bauern erhalten hatte, war Friedrich Wilhelm III. entschlossen, die Leibeigenschaft auf den königlichen Domänen abzuschaffen, und erteilte auch 1799 einen entsprechenden Befehl. Doch die Bemühungen des Königs stiessen auf zähen Widerstand aus dem Generaldirektorium, das argumentierte, eine Änderung des Status von Domänenbauern werde vergleichbare Bestrebungen unter den Bauern auf Adelsgütern wecken und einen «Aufstand der zahlreichsten Volksklasse» auslösen.[17] Erst nach 1803 ignorierte Friedrich Wilhelm diese Bedenken und wies die Kammerpräsidenten an, auf königlichen Domänen stufenweise alle verbliebenen Frondienste der Bauern abzuschaffen.[18]

Bürokraten und Offiziere

Stein und Hardenberg, die beiden einflussreichsten Reformer innerhalb der preussischen Regierung seit 1806, standen für zwei unterschiedliche fortschrittliche Traditionen in Deutschland.

Als Abkömmling eines alten Reichsgeschlechts hegte Stein tiefen Respekt vor den ständischen Repräsentationsorganen. An der Universität Göttingen hatte er sich einen konservativen Liberalismus nach dem Vorbild der britischen Whigs angeeignet und sprach sich deshalb für die Übertragung eines Teils der Regierungsverantwortung an lokale Einrichtungen aus. Aus den Erfahrungen als oberster preussischer Beamter im westfälischen Kohlebergbau hatte er die Lehre gezogen, dass der Dialog und die Zusammenarbeit mit den lokalen und regionalen Eliten für eine effektive Verwaltungsarbeit unverzichtbar waren.[19]

Hardenberg hingegen war ein Mann der deutschen Aufklärung und ehemals Mitglied der *Illuminaten*, eines radikalen Ablegers des Freimaurerwesens. Obwohl auch er die historische Rolle des Adels in der gesellschaftlichen Ordnung würdigte, hatte Hardenberg eine längst nicht so exaltierte Auffassung von seinem Stand wie Stein. Seine Reformvision hatte in erster Linie die staatliche Legitimität und Machtkonzentration im Blick. Die beiden Männer hatten zudem sehr unterschiedliche Temperamente. Stein war schwierig, impulsiv und hochnäsig. Hardenberg war gerissen, flexibel, berechnend und diplomatisch.

Immerhin hatten die beiden so viele Gemeinsamkeiten, dass eine fruchtbare Zusammenarbeit möglich war. Sie wussten nur zu gut, welchen Einfluss und welche Bedeutung die öffentliche Meinung mittlerweile hatte – in diesem Sinne waren sie beide von der europäischen Aufklärung geprägt. Beide waren fest von der Notwendigkeit struktureller Reformen auf höchster Regierungsebene überzeugt – während der erbitterten Grabenkämpfe von 1806 hatten sie ihre Positionen untereinander koordiniert. Darüber hinaus waren sie nicht allein: Während ihres raschen Aufstiegs durch die preussische Hierarchie über mehr als zwei Jahrzehnte hatte sich ein ansehnliches Netzwerk jüngerer Menschen um sie geschart. Einige Günstlinge oder Freunde waren darunter, andere hatten sich als Beamte in der fränkischen oder westfälischen Verwaltung die Hörner abgestossen, und wieder andere waren einfach gleich gesinnte Kollegen, die zu den Reformkräften tendierten, als die Krise heraufzog.

Die erste und wohl dringendste Aufgabe, vor der die Reformer standen, war die neuerliche Etablierung Preussens als einer Macht, die imstande war, autonom auf der europäischen Bühne aufzutreten. Dabei konzentrierten sie sich auf zwei Bereiche: die zentrale Exekutive, in der Entscheidungen getroffen wurden, und das Militär. Wie gesagt, herrschte unter hohen Beamten weitgehend Einigkeit, dass Preussen eine effizientere Ministerialstruktur benötigte. Besonderen Anlass zur Sorge gab das so genannte Kabinettssystem, in dem ein oder mehrere «Aussenminister» mit Kabinettsräten und -Sekretären und anderen bevorzugten Ratgebern darum wetteiferten, wer im politischen Entscheidungsprozess denn nun das Sagen hatte. Dies sei, so hiess es, der eigentliche Grund für die Misere, die Preussen in die Katastrophe von 1806 geführt habe. Nach seiner Ernennung im Juli 1807 gab sich Stein deshalb alle Mühe, den König dazu zu überreden, sein Kabinett aus persönlichen Beratern aufzulösen und eine zentrale Exekutive zu schaffen, was im November 1808 verwirklicht wurde. Sie sollte fünf nach ihrer Funktion definierte Ministerien umfassen (Inneres, Aussen, Finanzen, Krieg und Justiz), die wiederum von einem zuständigen Minister mit unmittelbarem Zugang zum König geleitet wurden. Mit diesen beiden Massnahmen würde eine Doppelung der Beratungsfunktion unter Räten und Ministern vermieden, sowie die Ernennung mehrerer «Aussenminister» im Tandem. Ferner wäre der König künftig – in der Theorie – gezwungen, sich offiziell von einem verantwortlichen Beamten beraten zu lassen, und könnte nicht länger rivalisierende Minister und Berater gegeneinander ausspielen.

Stein, Hardenberg und ihre Anhänger argumentierten natürlich, dass diese Massnahmen unerlässlich seien, wenn Preussen wieder in eine Position versetzt werden sollte, von der aus es das Verdikt von 1807 rückgängig machen konnte. Diese Behauptung stützten sie auf die Annahme, dass die Katastrophe von 1806/07 von den Spannungen innerhalb der Regierung *verursacht* worden sei, die durch einen effizienteren Entscheidungsprozess hätten vermieden werden können. In diesem Falle hätte man nämlich den König dazu bringen können, die erforderlichen Entscheidungen zu treffen. Diesen Argumenten lag ein, um mit Carl Schmitt zu sprechen, «Entscheidungskult» zugrunde: Alles hing davon ab, ein System zu entwickeln, das so flexibel und transparent war, dass bezüglich sich verändernder Rahmenbedingungen rasch vernünftige und fundierte Entscheidungen getroffen werden konnten. In der emotional aufgeheizten

Atmosphäre in Preussen nach Tilsit konnte man diesem Argument kaum etwas entgegensetzen.

Dabei war die Argumentation der Reformer längst nicht so schlüssig, wie es schien. Immerhin bestand das Problem der preussischen Aussenpolitik in den Jahren 1804 bis 1806 nicht darin, dass der König eine zu breite Palette von Meinungen eingeholt hatte, sondern in der inhärenten Schwierigkeit der Lage, in der Preussen sich befunden hatte. Man vergisst allzu leicht, dass es eine Persönlichkeit wie Napoleon in der französischen Geschichte noch nie gegeben hatte – die Bemühungen um eine «Wiedervereinigung», die Ludwig XIV. während der Herrschaft des Grossen Kurfürsten am Rande des Heiligen Römischen Reiches unternommen hatte, verblassen neben dem Ausmass und dem Ehrgeiz von Bonapartes Reichsprojekt. Es gab noch keine Regeln für den Umgang mit einem solchen Gegner, nicht einmal einen Präzedenzfall, nach dem man hätte Vorhersagen können, wie er als Nächstes handeln würde. Als der Neutralitätspolitik der Boden entzogen wurde, war es ausserordentlich schwer zu entscheiden, auf welche Seite Preussen sich schlagen sollte, umso mehr, weil sich das internationale Kräfteverhältnis und die eintreffenden Signale potenzieller Bündnispartner unablässig veränderten. Der Grosse Kurfürst hatte seinerzeit lange zwischen den Optionen, die sich während des Nordischen Krieges und den verschiedenen Kriegen gegen das Frankreich Ludwigs XIV. aufgetan hatten, hin und her geschwankt, allerdings nicht, weil er etwa von Natur aus unentschlossen oder furchtsam gewesen wäre oder weil er keine hinreichend effiziente Exekutive gehabt hätte, sondern weil die Zwangslage, in der er damals steckte, ein sorgfältiges Abwägen erforderte. Es war schon damals nicht einfach, einen Ausweg zu finden.

Die Entscheidungen, die Friedrich Wilhelm III. treffen musste, waren jedoch noch subtiler und mit noch höheren Risiken verbunden, ausserdem waren mehr unbekannte Grössen zu berücksichtigen. Es besteht kein Grund zu der Annahme, dass das System, das die Reformer befürworteten, etwa im Jahre 1804 günstigere Ergebnisse erzielt hätte als das Kabinettssystem, das sie so heftig attackierten – schliesslich wurde die unselige Entscheidung des Königs, in den Krieg zu ziehen, 1806 gerade von jenen mitgetragen, die das alte System ablehnten.[20]

Wenn die Reformer dennoch darauf drängten, dass die Exekutive auf dem Feld der Aussenpolitik effektiver arbeiten müsse, dann stand nicht zuletzt der Gedanke dahinter, dass durch eine Konzentration der Exekutive mit Sicherheit

die Macht der höchsten Staatsbeamten gefestigt wurde. Anstelle des Wetteiferns um Einfluss, das sich vor 1806 im Vorzimmer der Macht abgespielt hatte, versprach das neue System den fünf Ministern einen festen Platz in der Entscheidungsfindung. Nach dem alten System nahm der Einfluss eines bestimmten Beraters unvorhersagbar zu oder ab, je nachdem, wem der König gerade sein Ohr lieh. Die sorgfältige Argumentation und Überzeugungsarbeit des einen Tages konnte schon am nächsten zunichte sein. Unter den neuen Vereinbarungen wäre es jedoch möglich, *gemeinsam* mit den anderen Ministern zusammenzuarbeiten und auf diese Weise den König zu lenken. Und es fällt auf (kann allerdings kaum verwundern), dass so gut wie jeder hohe Beamte, der in der Phase zwischen 1805 und 1808 eine effizientere Regierung forderte, davon ausging, dass eines der Schlüsselressorts ihm selbst zufallen würde.[21]

Die Reformer hoben stets hervor – alles andere wäre ausserordentlich unklug gewesen –, dass es ihr Ziel sei, die Autorität des Monarchen auszuweiten und zu stärken, indem sie ihm die Kontrolle über ein schärferes Instrument zur Entscheidungsfindung übertrugen. In Wahrheit schränkten sie aber seine Bewegungsfreiheit ein, indem sie ihm eine geschlossene Beraterriege gegenüberstellten. Ihr eigentliches Ziel war es, die Monarchie zu bürokratisieren, indem sie den Monarchen in eine umfassende Struktur von Verantwortlichkeiten und Rechenschaftspflicht einbanden.[22] Der König erkannte dies nur zu gut und sträubte sich deshalb, als Stein vorschlug, dass vom König erlassene Dekrete künftig nur dann in Kraft treten sollten, wenn sie die Unterschriften der fünf Minister trugen.[23]

Nach Jena und Auerstedt galt der preussischen Armee verständlicherweise das Hauptaugenmerk, doch die Debatte um eine Militärreform war keineswegs neu. Schon wenige Jahre nach dem Tod Friedrichs des Grossen hatten sich zivile ebenso wie militärische Vertreter zu Wort gemeldet, die eine kritische Prüfung des friderizianischen Systems forderten. Die Debatte wurde bis nach 1800 fortgeführt, als die schlaueren militärischen Köpfe aus den Revolutionskriegen und ersten Feldzügen Napoleons ihre Lehren zogen. Der Adjutant und Militärtheoretiker Oberst Christian von Massenbach, ein Süddeutscher, der 1782 (im Alter von 24 Jahren) in den preussischen Dienst eingetreten war und Friedrich Wilhelm III. nahestand, war der Meinung, dass die neue Praxis des «grossen Krieges», die Napoleons Feldzüge exemplarisch vorführten, die Professionali-

29. *Gerhard Johann von Scharnhorst*, vor 1813, von Friedrich Bury.

sierung der militärischen Planung und Führung erforderlich mache. Das Schicksal Preussens dürfe nicht davon abhängen, ob der Monarch ein begabter Stratege sei. Dauerhafte Strukturen sollten eingeführt werden, um zu gewährleisten, dass alle eingehenden Informationen wirklich geprüft und vor und während eines jeden Feldzugs auch berücksichtigt wurden. Die Befehlsfunktionen sollten in einem Organ zusammengefasst werden, das die Entscheidungen traf.[24] Es bestehen eindeutig Parallelen zwischen diesen ersten Konturen eines modernen Generalstabssystems und der zeitgenössischen Debatte um eine Reform der Regierung, in der Massenbach sich ebenfalls für mehr Effizienz aussprach.[25]

Das wichtigste Forum für die Debatte um eine Heeresreform war die 1802 gegründete Militärische Gesellschaft, in der Offiziere die Auswirkungen der gegenwärtigen militärischen Lage in Europa für Preussen erörterten. Die dominierende Figur in der Gesellschaft war Gerhard Johann David von (seit 1802) Scharnhorst, ein Mann bäuerlicher Herkunft, der in seiner Heimat Hannover rasch Karriere gemacht hatte und 1801 im Alter von 46 Jahren in den preussischen Dienst eingetreten war. Scharnhorst forderte die Einführung des napoleonischen Divisionssystems und die Gründung einer Art lokaler Bürgerwehr als

Reservetruppe. Andere wie Karl Friedrich von dem Knesebeck (ein gebürtiger Preusse) entwarfen ehrgeizige Pläne, welche die Schaffung einer echt «nationalen» preussischen Armee vorsahen.[26] Wie sich schon an diesen Bemühungen ablesen lässt, schottete sich das preussische Militär keineswegs ab gegen den Prozess der Kritik und Selbstkritik, der in den 1780er und 1790er Jahren allmählich das Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft veränderte.

Vor 1806 hatte man jedoch wenig unternommen, um diese Ideen umzusetzen. Jede grössere Reform stiess auf den Widerstand einer oder mehrerer Interessengruppen, die ihre Pfründe gefährdet sahen. So trafen selbst zögerliche Bemühungen, 1803 ein rudimentäres Generalstabssystem einzuführen, auf den offenen Widerstand der Amtsinhaber in der Militärverwaltung. Die altgedienten hohen Offiziere, von denen einige wie Feldmarschall Möllendorff ihr Ansehen den grossen Taten im Siebenjährigen Krieg verdankten, wehrten sich vehement gegen jede Innovation. Der Erzkonservative Möllendorff, ein unerschütterlicher Greis, der mit seinen 82 Jahren in aller Ruhe unter dem französischen Feuer in Jena auf und ab lief, erwiderte dem Vernehmen nach auf sämtliche Reformvorschläge: «Das ist mir zu hoch.» Aber solche Männer genossen in der alten preussischen Armee gewaltigen Respekt, und jeder, selbst der König, der im Schatten seines berühmten Onkels aufgewachsen war, tat sich ausserordentlich schwer, sich gegen sie zu stellen. In einer aufschlussreichen Unterhaltung aus dem Jahr 1810 erinnerte Friedrich Wilhelm sich, dass er sich schon lange vor dem Krieg von 1806/07 eine grundlegende Reform des Militärs gewünscht hätte:

«... allein ich wagte dies bei meiner Jugend und Unerfahrenheit nicht, und vertraute jenen beiden Veteranen [dem Herzog von Braunschweig und dem Feldmarschall Möllendorff], die unter den Lorbeeren ergraut waren und meines Dafürhaltens dieses Alles besser als ich verstehen mussten [...] Trat ich wider die Meinung jener Veteranen als Reformator auf, und es wäre dann schlecht gegangen, so hätte es wohl geheissen: ‚Der junge Herr hat keine Erfahrungh»[27]

Mit den Niederlagen bei Jena und Auerstedt änderte sich die Lage schlagartig, und der König ergriff sofort die Initiative. Im Juli 1807, als der Schock von Tilsit noch frisch war, gründete er eine Reorganisationskommission, deren Aufgabe es war, alle erforderlichen Reformen auszuarbeiten. Es hatte fast den Anschein, als sei die Militärische Gesellschaft der Vorkriegsjahre als ein Organ der Regierung wiederauferstanden.

Führender Kopf war Scharnhorst, unterstützt von einem Quartett talentierter Schüler: August Wilhelm Neidhardt von Gneisenau, Hermann von Boyen, Carl Wilhelm Georg von Grolman und Carl von Clausewitz. Gneisenau war der Sohn eines nichtadeligen sächsischen Artillerieoffiziers. Er war als Mitglied der königlichen Suite (eines Vorläufers des Generalstabs) 1786 in preussische Dienste eingetreten. Der nach den Schlachten vom Oktober 1806 zum Major beförderte Gneisenau erhielt unversehens das Kommando über die Festung Kolberg an der pommerschen Ostseeküste, wo es ihm mit der Unterstützung patriotischer Stadtbewohner gelang, den französischen Truppen bis zum 2. Juli 1807 Widerstand zu leisten.

Boyen war der Sohn eines ostpreussischen Offiziers, der Vorlesungen von Immanuel Kant an der Universität Königsberg besucht hatte, und war seit 1803 Mitglied der Militärischen Gesellschaft. Grolman hatte unter Fürst Hohenlohe als Adjutant bei Jena gedient, bevor er nach Ostpreussen geflüchtet war. Dort war er in den Stab des Korps unter General L'Estocq eingetreten, des preussischen Kontingents, das an der Seite der Russen bei Preussisch-Eylau gegen die Franzosen gekämpft hatte. Wie Gneisenau hatte auch Grolman das Glück, dass man ihn eher mit dem fortgesetzten preussischen Widerstand im Jahre 1807 in Verbindung brachte als mit der Niederlage im vorigen Herbst. Clausewitz, der jüngste der Gruppe (1806 war er 26 Jahre alt), war als zwölfjähriger Kadett in die Armee eingetreten und durfte ab 1801 die Lehranstalt für junge Offiziere in Berlin besuchen, eine Eliteschule, an deren Spitze kurz zuvor Scharnhorst berufen worden war.

Diese Männer versuchten, aus den Trümmern der preussischen Armee eine neue militärische Einheit zu schmieden. Wichtige strukturelle und technische Verbesserungen wurden eingeführt. Die militärische Exekutive wurde anhand der von Stein vorgeschlagenen Linien gestrafft. Dazu gehörte, unter anderem, die Schaffung eines Kriegsministeriums, in dessen Rahmen sich allmählich die ersten Ansätze eines Generalstabs herauskristallisierten. Grössere Bedeutung wurde dem Einsatz flexibler Jägereinheiten beigemessen, die in einer offenen Schlachtordnung operierten. Scharnhorst überwachte die wichtigsten Verbesserungen in der Ausbildung, Taktik und Bewaffnung persönlich. Beförderungen waren künftig ausschliesslich an entsprechende Verdienste geknüpft, wie es in einer (von Grolman geschriebenen) Order vom 6. August 1808 hiess: «Aller bisher stattgehabte Vorzug des Standes hört beim Militär ganz auf und jeder hat

gleiche Pflichten und gleiche Rechte.»[28] Der psychologische Effekt dieser und anderer Innovationen wurde noch dadurch gesteigert, dass sie mit einer beispiellosen Säuberung der preussischen Militärführung einhergingen. Insgesamt wurden über 200 Offiziere nach einer detaillierten Analyse der Niederlage, die ein Komitee der Reorganisationskommission durchgeführt hatte, vom Dienst suspendiert. Von den 142 Generälen wurden 17 einfach entlassen und weitere 86 mit allen Ehren verabschiedet; nur knapp mehr als ein Viertel aller preussischen Offiziere überstand die Säuberung.

Das unmittelbare Ziel des Befehls vom 6. August 1808 war es, schnellstmöglich einen besseren Führungskader für die Zukunft aufzubauen. Die Reformer hatten darüber hinaus aber auch langfristige Ziele. Sie wollten die kastenartige Exklusivität des Offizierskorps überwinden. Die Armee sollte die Quelle eines aufrechten Patriotismus werden, der ihr seinerseits den Elan und das Engagement verleihen sollte, an denen es 1806 so eklatant gefehlt hatte. Das Ziel lautete, wie Scharnhorst es formulierte, «den Geist der Armee zu beheben und beleben, die Armee und Nation inniger zu vereinen ,..»[29] Um diese neue Beziehung zwischen der Armee und der preussischen «Nation» uneingeschränkt zu verwirklichen, plädierten die Reformer für eine allgemeine Wehrpflicht; wer nicht direkt in die Armee einberufen wurde, sollte zum Dienst in einer Landwehr verpflichtet werden. Die so genannten Exemtionen, also Befreiungen vom Wehrdienst, die (vor allem in Städten) ein wesentlicher Bestandteil der preussischen Gesellschaft gewesen waren, sollten abgebaut werden.

Seit der Herrschaft Friedrich Wilhelms II. hatten militärische Bestrafungen immer wieder auf dem Prüfstein gestanden. Jetzt wurden stufenweise die drakonischsten Körperstrafen für disziplinarische Verstösse abgeschafft, insbesondere der berüchtigte «Spiessrutenlauf», weil sie als unvereinbar mit der Würde eines bürgerlichen Rekruten empfunden wurden. Ein Offizier hatte nicht die Aufgabe, seine Untergebenen zu schlagen oder zu kränken, sondern sie zu «erziehen».[30]

Der einflussreichste Ausdruck dieses Wertewandels war Clausewitzens Werk *Vom Kriege*, ein umfassendes philosophisches Traktat über den militärischen Konflikt, das unvollendet blieb, als der Autor im Jahr 1831 an der Cholera starb. Nach Clausewitzens Typologie der Kampfhandlungen waren Soldaten kein Vieh, das sich willenlos über das Schlachtfeld treiben liess, sondern Menschen,

die den Schwankungen von Stimmungen, Moral, Hunger, Kälte, Müdigkeit und Angst ausgesetzt waren. Eine Armee sollte nicht als Maschine verstanden werden, sondern als ein bewusster Organismus mit einem Willen und mit einem eigenen kollektiven «Genius». Folglich war die Militärtheorie eine unbestimmte Wissenschaft, bei der auch subjektive Variablen berücksichtigt werden mussten. Flexibilität und Selbstsicherheit, insbesondere unter jungen Kommandeuren, waren lebenswichtig. Mit dieser Einsicht ging das Beharren auf dem Primat der Politik einher. Man dürfe nie zulassen, so Clausewitz, dass Kampfhandlungen zum Selbstzweck würden – eine implizite Kritik an Napoleons endlosen Kriegen. Vielmehr mussten sie immer einem klar definierten, politischen Ziel dienen. Damit stellte *Vom Kriege* einen ersten Versuch dar, die neuen und unberechenbaren Kräfte zu erkennen und theoretisch zu erfassen, die von dem napoleonischen «grossen Krieg» entfesselt worden waren, und sie gleichzeitig in den Dienst lebenswichtiger ziviler Zwecke zu stellen.[31]

Landreform

«Die Aufhebung der Erbuntertänigkeit [ist] seit meinem Regierungsantritt das Ziel gewesen, wonach ich unverrückt gestrebt habe», vertraute Friedrich Wilhelm III. kurz nach dem Frieden von Tilsit zwei Beamten an. «Ich wollte es allmählig erreichen, indessen wird ein schnellerer Schritt durch die unglückliche Lage des Landes zugleich gerechtfertigt und abgenöthigt.»[32] Auch hier war der durch Napoleon erlittene Schock lediglich der Katalysator, nicht die Ursache. Das System des «feudalen» Grundbesitzes wurde schon seit langem immer schärfer kritisiert. Zum Teil war die Kritik ideologisch bedingt und auf das Einsickern physiokratischen und liberalen, von Adam Smith beeinflussten Gedankenguts in die preussische Verwaltung zurückzuführen. Aber auch der wirtschaftliche Beweggrund für die Beibehaltung des alten Systems verlor an Bedeutung. Durch den verstärkten Einsatz bezahlter Arbeitskräfte, die in einer Ära des Bevölkerungswachstums reichlich und billig zu haben waren, waren viele Gutsbesitzer nicht länger auf Frondienste ihrer bäuerlichen Untertanen angewiesen.[33] Darüber hinaus geriet das System auch wegen des Anstiegs der Getreidepreise Ende des 18. Jahrhunderts aus dem Gleichgewicht. Die bessergestellten Bauern brachten ihre Getreideüberschüsse auf den Markt und nutzten den Boom

voll aus, während sie Lohnarbeiter dafür bezahlten, dass sie an ihrer Stelle die Frondienste ausübten. Unter diesen Bedingungen erschien die Existenz einer unfreien Bauernschaft, deren gesicherter Landbesitz in Form einer Arbeitspacht bezahlt wurde, aus wirtschaftlicher Sicht kontraproduktiv.[34]

Zwei Gesinnungsgenossen Steins, Heinrich Theodor von Schön und Friedrich Leopold von Schrötter, wurden beauftragt, einen Gesetzentwurf zur Reform des Agrarsystems auszuarbeiten. Das Ergebnis war das Edikt vom 9. Oktober 1807, das so genannte Oktoberedikt, das erste und berühmteste Gesetzesdokument der Reformära. Wie so viele Reformdekrete war es eher eine Absichtserklärung als ein echtes Gesetz. Das Edikt kündigte grundlegende Änderungen der Verfassung der ländlichen Gesellschaft an, doch viele Formulierungen waren schwülstig und vage gehalten. Im Grunde sollten dadurch zwei Ziele erreicht werden: Erstens sollten latent vorhandene wirtschaftliche Energien freigesetzt werden – in der Präambel heisst es ausdrücklich, dass es jedem Bürger freistehen müsse, «den Wohlstand zu erlangen, den er nach dem Mass seiner Kräfte zu erreichen fähig» sei. Zweitens sollte eine Gesellschaft geschaffen werden, in der alle Preussen «Bürger des Staates» waren, die vor dem Gesetz gleich waren. Diese Ziele sollten durch drei konkrete Massnahmen erreicht werden: Erstens wurden sämtliche Einschränkungen auf den Kauf von adeligem Grundbesitz abgeschafft. Der Staat gab am Ende den vergeblichen Kampf um den Erhalt des adeligen Monopols auf privilegierten Grundbesitz auf und schuf zum ersten Mal so etwas wie einen freien Grundstücksmarkt. Zweitens standen künftig alle Gewerbe für Personen aus sämtlichen Bevölkerungsschichten offen. Zum ersten Mal sollte ein freier Arbeitsmarkt entstehen, ungehindert von ständischen Beschäftigungseinschränkungen. Auch diese Massnahme hatte eine lange Vorgeschichte: Seit Anfang der 1790er Jahre war die Abschaffung der Zunftaufsicht Gegenstand mehrfacher Gespräche zwischen dem Generaldirektorium und dem Fabrikendepartement in Berlin gewesen.[35] Drittens wurde jede Erbuntertänigkeit abgeschafft – in einer immens suggestiven, aber irritierend ungenauen Formulierung kündigte das Edikt an, dass es «nach dem Martinstag [11. November] 1810 nur freie Leute» im Königreich Preussen geben werde.

Diese letzte Klausel alarmierte die ländliche Gesellschaft des Königreiches. Gleichzeitig liess sie viele Fragen offen. Die Bauern sollten offiziell «frei» werden – hiess das, dass sie nicht länger verpflichtet waren, ihre Frondienste auszuüben? Die Antwort darauf war längst nicht so naheliegend, wie es scheinen

mag, weil die meisten Frondienste keine Kennzeichen persönlicher Leibeigenschaft waren, sondern Pachtformen, die für das Land bezahlt werden mussten. Dennoch war es den Grundherren in vielen Bezirken, in denen das Edikt bekannt wurde, so gut wie unmöglich, die Bauern zu überreden, ihre Dienste zu leisten. Die Behörden in Schlesien scheiterten etwa mit ihren Bemühungen zu verhindern, dass die Nachricht die Dörfer erreichte; und im Sommer 1808 brach unter den Bauern ein Aufstand aus, weil sie meinten, sie würden nunmehr in einer unrechtmässigen Abhängigkeit leben.[36]

Überdies blieb die dringende Frage offen, wem das Bauernland letztlich gehören sollte. Da das Edikt nicht auf den Grundsatz des Bauernschutzes verwies, der traditionell die preussische Agrarpolitik beseelt hatte, betrachteten einige Gutsherren es als Freischein für die Einziehung – oder Rückforderung, in ihren Augen – des Landes, das von Bauern bebaut wurde. Eine Kette wilder Aneignungen war die Folge. Ein gewisses Mass an Klarheit wurde durch die Verordnung vom 14. Februar 1808 erreicht, in dem festgelegt wurde, dass der Landbesitz von den früheren Besitzverhältnissen abhing. Bauern mit starken Besitzrechten waren vor unilateralen Enteignungen geschützt. Diejenigen, die einen der unzähligen zeitlich befristeten Pachtverträge hatten, befanden sich in einer schwächeren Position; ihre Ländereien konnten eingezogen werden, allerdings nur mit Genehmigung der Behörden. Viele Details blieben umstritten, und erst im Jahr 1816 wurden die Fragen des Landbesitzes und der Entschädigung der Gutsherren für Dienste und Land, das sie verloren hatten, endgültig geklärt.

Nach der abschliessenden Haltung, wie sie im Regulierungsedikt von 1811 und der Erklärung von 1816 dargelegt wurde, wurde eine Reihe hierarchisch abgestufter früherer, bäuerlicher Besitztümer definiert und ihnen entsprechend differenzierte Rechte zugesprochen. Im Grossen und Ganzen gab es zwei Optionen: Das Land konnte geteilt werden, und in diesem Fall behielten Bauern mit erblichen Besitzansprüchen das Nutzungsrecht für zwei Drittel des Landes, das sie traditionell bebaut hatten (die Hälfte im Falle nichterblicher Besitzansprüche); oder der Bauer konnte es direkt kaufen, in diesem Fall musste der herrschaftliche Anteil ausgezahlt werden. Die Entschädigungszahlungen durch Bauern für Land, Dienste und Naturalabgaben zogen sich in manchen Fällen über ein halbes Jahrhundert hin. Bauern am unteren Ende der Hierarchie hatten keinen Anspruch, das Land, das sie bebauten, in eigenen Grundbesitz umzuwan-

deln, ihr Boden stand am ehesten in der Gefahr, eingezogen zu werden.[37]

Diese Massnahmen standen im Einklang mit der damals geltenden physiokratischen Lehre der späten Aufklärung, wonach Bauern nämlich durch die Befreiung von Frondiensten und anderen lästigen Lehnspflichten produktiver arbeiten würden. Und laut den Schriften Adam Smiths, dessen Werke von den jüngeren Beamten der preussischen Bürokratie (darunter Schrötter und Schön) hoch geschätzt wurden, war es womöglich das Beste, die schwächsten Bauern ihr Land verlieren zu lassen, weil sie als unabhängige Bauern ohnehin nicht lebensfähig wären.[38]

Einige Adelige ärgerten sich masslos über diese stümperhafte Einmischung in die Agrarverfassung des alten Preussen. Die konservativen Neopietisten um die Brüder Leopold und Ernst Ludwig von Gerlach in Berlin gelangten in den Jahren der Reform zu der Erkenntnis, dass der monarchische Staat eine ebenso grosse Gefahr für die traditionelle Lebensweise sei wie die Revolution. Der wachsende Machtanspruch der zentralen Bürokratie ersetzte, nach Ansicht Leopold von Gerlachs, die persönliche Macht des Monarchen durch einen neuen administrativen Despotismus, der wie Ungeziefer alles verschlinge.[39] Der schärfste und denkwürdigste Vertreter dieser Anschauung war Friedrich August Ludwig von der Marwitz, ein Gutsbesitzer aus Friedersdorf in der Nähe von Küstrin am Rande des Überschwemmungsgebiets der Oder. Marwitz verurteilte die Reformen als einen Angriff auf die traditionell patriarchalische Struktur auf dem Lande. Die Erbuntertänigkeit sei keineswegs ein Überrest der Sklaverei, sondern der Ausdruck eines familiären Bandes, das den Bauern mit dem Adeligen verbinde. Dieses Band zu lösen bedeute den Zusammenhalt der gesamten Gesellschaft zu untergraben. Marwitz war ein Melancholiker, der gern in Nostalgie schwelgte; er trug seine reaktionären Ansichten sehr klug und redegewandt vor, blieb aber ein Einzelkämpfer. Die meisten Adeligen erkannten die Vorteile der neuen Aufteilung, die den meisten Bauern vergleichsweise wenig zusprach und es den Gutsbesitzern ermöglichte, den agrarischen Produktionsprozess mit billigen Lohnarbeitern auf einem Land zu intensivieren, das nicht mit undurchschaubaren Erbrechten belastet war.[40]

Bürgerschaft

Mit dem Oktoberedikt sollten die gesetzlichen Überreste des «Feudalismus» dem Adelsstand entzogen und so die Entstehung einer politisch enger verbundenen Gesellschaft in Preussen erleichtert werden. «Untertanen» sollten zu «Bürgern des Staates» umerzogen werden. Dabei erkannten die Reformer, dass weitere Massnahmen erforderlich waren, um den Patriotismus der Bevölkerung zu mobilisieren. «Vergeblich sind alle Bemühungen», schrieb Karl von Altenstein 1807 an Hardenberg, «wenn die Erziehung widerstrebt, flache Staatsbeamte gebildet werden [...] und kraftlose Bürger erzogen werden.»[41] Neuerungen in der Verwaltung und dem Rechtswesen allein reichten nicht aus; mit ihnen einhergehen musste eine breite Bildungsreform, die der emanzipierten Bürgerschaft Preussens die nötige Kraft für die bevorstehenden Aufgaben verleihen sollte.

Mit der Erneuerung des Bildungssystems wurde Wilhelm von Humboldt beauftragt, ein Mitglied einer pommerschen Militärfamilie, der im aufgeklärten Berlin der 1770er und 1780er Jahre aufgewachsen war. Zu seinen Hauslehrern hatten der Befürworter der Judenemanzipation, Christian Wilhelm von Dohm, und der fortschrittliche Jurist Ernst Ferdinand Klein gezählt. Auf Steins Drängen hin wurde Humboldt am 20. Februar 1809 zum Leiter der «Sektion des Kultus und des öffentlichen Unterrichts» im Innenministerium ernannt. Unter den ranghöchsten Reformern war er gewissermassen das fünfte Rad am Wagen. Er war von Natur aus kein Politiker, sondern Forscher mit kosmopolitischen Neigungen, der beschlossen hatte, einen grossen Teil seines Erwachsenenlebens im Ausland zu verbringen. Im Jahre 1806 lebte Humboldt mit seiner Familie in Rom und arbeitete gerade an einer Übersetzung des *Agamemnon* von Aischylos. Erst nach dem Zusammenbruch Preussens und der Plünderung des humboldtschen Familiensitzes in Tegel durch französische Truppen beschloss er, in seine besetzte Heimat zurückzukehren. Nur sehr zögerlich willigte er ein, einen Posten in der neuen Regierung zu übernehmen.[42]

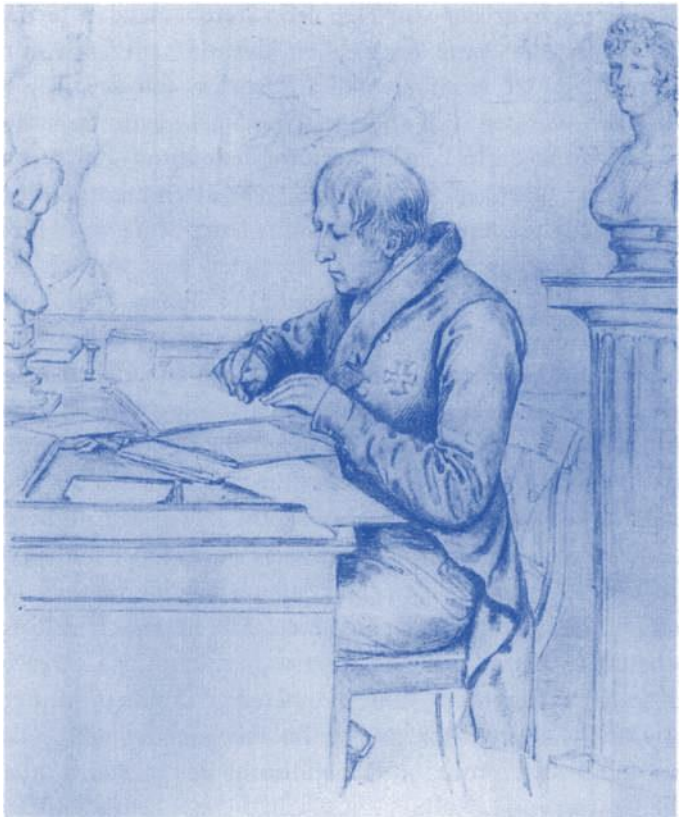
Doch nachdem er sich einmal entschieden hatte, legte Humboldt ein überaus liberales Reformprogramm vor, das die Bildung in Preussen völlig umkrempelte. Zum ersten Mal bekam das Königreich ein einheitliches, standardisiertes öffentliches Bildungssystem, das an die aktuellen Trends in der Pädagogik des

progressiven Europa angelehnt war. Bildung als solche, erklärte Humboldt, müsse fortan von der Vorstellung technischer oder beruflicher Ausbildung losgekoppelt werden. Ihr Ziel sei es nicht, «den Schusterjungen zum Schuster auszubilden», sondern «das Menschenkind zum Menschen zu bilden». Die reformierten Schulen sollten Schüler nicht einfach in einem konkreten Fach unterrichten, sondern ihnen die Fähigkeit vermitteln, selbstständig zu denken und zu lernen. «Der Schüler ist reif», schrieb er, «wenn er soviel bei andern gelernt hat, dass er nun für sich selbst zu lernen imstande ist.»[43] Damit dieser Ansatz auch wirklich seinen Weg in das Schulsystem fand, gründete Humboldt neue Lehrerkollegien, um Kandidaten für die chaotischen Grundschulen des Königreiches auszubilden. Er führte ein standardisiertes System staatlicher Prüfungen und Inspektionen ein und schuf innerhalb des Ministeriums eine eigene Abteilung, welche die Erstellung von Lehrplänen, Lehrbüchern und Lernhilfen überwachte.

Der Kern – und das dauerhafteste Denkmal – der humboldtschen Reformen war die Universität, die 1810 in Berlin gegründet wurde. Sie wurde in dem leer stehenden Palast Prinz Heinrichs untergebracht, des jüngeren Bruders Friedrichs des Grossen, an der Strasse Unter den Linden. Auch hier trachtete Humboldt danach, seine kantsche Vision von Bildung als ein Prozess der Selbstemanzipation durch autonome, rationale Individuen zu verwirklichen.

«Wenn also der Elementarunterricht den Lehrer erst möglich macht, so wird er durch den Schulunterricht entbehrlich. Darum ist auch der Universitätslehrer nicht mehr Lehrer, der Studirende nicht mehr Lernender, sondern dieser forscht selbst, und der Professor leitet seine Forschung und unterstützt ihn darin. Denn der Universitätsunterricht setzt nun in Stand, die Einheit der Wissenschaft zu begreifen und hervorzubringen, und nimmt daher die schaffenden Kräfte in Anspruch.»[44]

Daraus folgte, dass akademische Forschung eine Tätigkeit ohne vorherbestimmten Endpunkt war, ohne Ziel, das man in rein utilitaristischen Begriffen hätte definieren können. Sie war ein Prozess, der von einer immanenten Dynamik immer weiter vorangetrieben wurde. Dabei ging es weniger um Wissen in dem Sinn, dass Fakten angehäuft wurden, sondern um Reflexion und Argumentation. Dies war eine Hommage an den pluralistischen Skeptizismus der Kritik Kants an der menschlichen Vernunft und zugleich eine Rückkehr zu jener Vision von einer alles umfassenden Konversation, die Preussens Aufklärung angeregt hatte. Für den Erfolg des Unterfangens war es unerlässlich, dass die Bil-



30. *Wilhelm von Humboldt,* Zeichnung von Luise Henry, 1826.

dung frei von jeder politischen Intervention blieb. Der Staat sollte sich jeder Einmischung in das intellektuelle Leben der Universitäten enthalten, abgesehen von der Rolle als «Garant der Freiheit» in Fällen, wo eine dominierende Professorenriege drohte, den akademischen Pluralismus in ihren eigenen Reihen zu unterdrücken.[45]

Die Friedrich-Wilhelms-Universität (1949 in Humboldt-Universität umbenannt) erlangte schon bald eine vorherrschende Stellung unter den Universitäten der protestantischen deutschen Staaten. Wie die Universität Halle zur Zeit des Grossen Kurfürsten hatte die neue Institution die Funktion, die kulturelle Autorität des preussischen Staates zu verbreiten. Tatsächlich war die Gründung nicht zuletzt auf die Notwendigkeit zurückzuführen, einen Ersatz für Halle zu

finden, das die preussische Krone im Zuge der von Napoleon durchgesetzten territorialen Neuregelung verloren hatte. So gesehen half die neue Universität, wie Friedrich Wilhelm III. es sinngemäss ausdrückte, mit geistigen Mitteln das zu ersetzen, was der Staat an physischer Stärke verloren hatte. Doch sie war auch – und darin liegt ihre wahre Bedeutung – institutioneller Ausdruck einer neuartigen Auffassung des Zwecks höherer Bildung.

Von den emanzipierten Bürgern, die aus jeder Stufe von Humboldts Bildungssystem hervorgingen, wurde erwartet, dass sie sich aktiv am politischen Leben des preussischen Staates beteiligten. Stein hoffte dies durch die Schaffung gewählter Organe der städtischen Selbstverwaltung zu erreichen, die zu einer aktiveren Teilnahme an öffentlichen Angelegenheiten anspornen sollten. Unmittelbar vor seinem Abschied aus dem Amt im Jahre 1810 setzte das Ministerium die Städteordnung vom November 1808 durch. Die Kategorie «Bürger», die einst auf die privilegierten Mitglieder der Ständeorganisationen wie Zünfte beschränkt war, wurde dahingehend ausgeweitet, dass sie nunmehr alle Personen umfasste, die ein Haus besassen (auch alleinstehende Frauen) oder ein «Gewerbe» in den Stadtgrenzen ausübten. Alle männlichen Bürger, die ein bescheidenes Mindestvermögen vorweisen konnten, waren berechtigt, sich an den städtischen Wahlen zu beteiligen und ein Amt zu übernehmen. Das Gleichgewicht zwischen *Teilhabe* und *Teilnahme*, das hiermit eingeführt wurde, sollte im Liberalismus des 19. Jahrhunderts ein Dauerthema werden.

Dasselbe Projekt – das Engagement der Bürger als aktive Teilnehmer an öffentlichen Angelegenheiten – wurde während Hardenbergs Amtszeit auf das ganze Königreich übertragen. Der Hintergrund für dieses bemerkenswerte Experiment der Volksbeteiligung, das selbst über die Programme hinausging, die den meisten aufgeklärten Reformern vor 1806 vorgeschwebt hatten, war eine massive Finanzkrise. Im Jahr 1810 erneuerte Napoleon seine Forderung nach Zahlung einer Kriegsentschädigung und bot dem Ministerium unter Dohna und Altenstein die Wahl zwischen der Auszahlung und der Abtretung eines Teils von Schlesien an. Als die Minister ernsthaft einen Gebietsverzicht in Erwägung zogen, entband Friedrich Wilhelm III. sie von ihren Ämtern und ernannte Hardenberg zum Staatskanzler, der versprach, die französische Rechnung durch eine radikale Reform der Staatsfinanzen zu begleichen. Die Staatsschulden waren unaufhaltsam angestiegen, von 35 Millionen Talern 1806 auf 66 Millionen im Jahre 1810, und die Inflationsspirale wurde durch die Wertminderung des

Münzgeldes, die Ausgabe neuen Papiergeldes und die Aufnahme neuer Kredite zu hohen Zinssätzen angekurbelt.

Um eine weitere Geldentwertung zu verhindern, erliess Hardenberg gleich eine ganze Reihe von Edikten, die grundlegende fiskalische und wirtschaftliche Reformen ankündigten. Die Steuerlast sollte durch die Einführung einer «Landeskonsumtionssteuer», einer Verbrauchssteuer, gleichmässig verteilt werden, die Gewerbefreiheit, die im Oktoberedikt und in der Städteordnung angekündigt worden war, sollte im ganzen Königreich in Kraft treten, Kirchen- und Staatseigentum sollten verkauft werden, und das Abgaben- und Zollsystem sollte gründlich überholt und rationalisiert werden. Um diese umstrittenen Vorschläge durchzusetzen, berief der Kanzler im Februar 1811 eine Notabelnversammlung aus 60 Personen ein, die von den regionalen und lokalen Eliten nominiert worden waren, und teilte ihnen mit, dass sie sich als «Bürger des ganzen Staates» betrachten dürften, deren Hilfe bei der Gründung einer freien und gleichen preussischen Gesellschaft benötigt werde.[46] Das Ziel, wie Hardenberg es in einer Denkschrift vom März 1809 ausgedrückt hatte, war es, einen Weg zu finden, die benötigten Mittel einzuziehen, ohne «das Band der Liebe und des Zutrauens unter der Regierung und dem Volke» zu beschädigen. Indem die Notabeln gewissermassen sich selbst neue Steuern auferlegten, «ersparen [sie] dem Regenten den Schmerz, ein empfindliches Opfer zu verlangen, und mildern in dem Gefühl der Staatsbürger den üblen Eindruck, sie erhalten in Absicht der Modalitäten freiere Hände, beweisen ihren Patriotismus und beleben so den nötigen Gemeinsinn»[47].

Letztlich war die Versammlung – wie so viele historische Versammlungen, die man zum selben Zweck einberufen hatte – eine Enttäuschung. Hardenberg hatte gehofft, dass die gemeinsinnigen Mitglieder der Versammlung konstruktive Vorschläge einbringen würden, wie man denn die notwendigen Veränderungen umsetzen könnte, und dass sie weitere innovative Projekte entwickelten, ehe sie die Koffer packten und als Fürsprecher für die Regierung in ihre Provinzen zurückkehrten. Stattdessen trugen die Repräsentanten lautstark ihre Einwände gegen Hardenbergs Pläne vor, und die Versammlung geriet zu einem Forum der Reformgegner. Sie wurde rasch aufgelöst. Mit demselben Problem hatten auch die so genannten interimistischen Nationalrepräsentationen fortwährend zu kämpfen, die von lokalen Verwaltungsorganen gewählt und vom Kanzler 1812 und 1814 einberufen wurden. Aus heutiger Sicht scheint es fast

unmöglich, dass Hardenberg diese pseudodemokratischen Versammlungen jemals zu einem Erfolg hätte führen können. Vor allem hatte er keineswegs die Absicht, ihnen die Befugnisse eines regelrechten Parlaments einzuräumen; sie hatten eine rein beratende Funktion. Sie sollten Kommunikationskanäle zwischen der Regierung und der Nation bilden. Hier zeigte sich unverkennbar der Traum der Aufklärung von einer vernünftigen «Konversation» zwischen Staat und Zivilgesellschaft.

Wie sich bei der Versammlung und den beiden interimistischen Repräsentationen zeigte, lieferte diese eigentlich recht symphatische Vorstellung in einer Phase verschärfter Konflikte und Krisen keine geeigneten Mechanismen für die Versöhnung entgegengesetzter sozialer und wirtschaftlicher Interessen. Hardenbergs Versuche veranschaulichen ein Problem im Kern des Reformprojekts, nämlich dass die Rituale der Beteiligung in den Fällen, wo die Regierungsmassnahmen umstritten waren, tendenziell eher den Widerstand verstärkten und bündelten, statt einen Konsens herzustellen. Das gleiche Problem war in den Städten zu beobachten, wo die von Stein geschaffenen Versammlungen häufig als Gegner der Reformmassnahmen auftraten.[48]

Zu den Nutzniessern der Bemühungen, eine freiere, gleichere und politisch kohärentere Gesellschaft aus Bürgern zu schaffen, zählten die Juden in den preussischen Landen. Ungeachtet einer teilweisen Lockerung der Kontrollen für die privilegierteste Schicht unter Friedrich Wilhelm II. unterlagen die preussischen Juden immer noch zahlreichen Sonderbestimmungen, und ihre Angelegenheiten wurden nach einer eigenen Gesetzgebung behandelt. Erste Vorboten einer umfassenden Reform kamen mit der Städteordnung von 1808, die es «vermögenden Schutzjuden» gestattete, zur Wahl zu gehen und als Mitglieder von Stadträten kommunale Ämter zu übernehmen. Dieser Liberalisierung war es zu verdanken, dass David Friedländer, ein Schüler Mendelssohns, als erster Jude einen Sitz im Berliner Stadtrat innehatte. Eine generelle Emanzipation war in der Regierung jedoch weiterhin umstritten.[49] Im Jahre 1809 wurde Friedrich von Schrötter damit beauftragt, einen Vorschlag zum künftigen Status der Juden auszuarbeiten. Schrötter schlug ein stufenweises Vorgehen vor, das mit der allmählichen Abschaffung von Beschränkungen begann und den Juden danach schrittweise die vollen Bürgerrechte einräumte. Sein Entwurf zirkulierte durch die verschiedenen Regierungsabteilungen mit der Bitte um Kommentar.

Die Reaktionen aus den Reihen der Verwaltung waren gemischt. Die Konservativen, die das Finanzministerium kontrollierten, bestanden darauf, dass die Gleichberechtigung an die Bedingung geknüpft werden müsse, auf die Einhaltung sämtlicher Riten zu verzichten und die jüdische Handelsaktivität einzustellen. Weit liberaler fiel die Antwort von Wilhelm von Humboldt aus. Er plädierte für eine klare Trennung von Staat und Kirche; in einem Staat, der weltlich organisiert sei, so betonte er, müsse die Religion des einzelnen Bürgers eine rein private Angelegenheit sein, die sich nicht auf die Wahrnehmung der Bürgerrechte auswirken dürfe. Doch selbst Humboldt war der Auffassung, dass die Emanzipation früher oder später zur freiwilligen Selbstauflösung des Judentums führen werde. «Die [jüdischen] Individuen werden gewahr werden, dass sie nur ein Ceremonial-Gesetz haben und eigentlich keine Religion hatten», argumentierte er, «und werden, getrieben von dem angeborenen menschlichen Bedürfnis nach einem höheren Glauben, sich von selbst der christlichen [Religion] zuwenden».[50] Beide Anschauungen gingen davon aus – genau wie Christian Wilhelm von Dohm mehr als 20 Jahre zuvor –, dass Gleichberechtigung die «Erziehung» der Juden weg von ihrem Glauben und ihren Bräuchen hin zu einer höheren gesellschaftlichen und religiösen Ordnung nach sich ziehen werde. Der Unterschied bestand darin, dass Humboldt sich diesen Prozess als eine freiwillige Folge der Emanzipation vorstellte, die Beamten des Finanzministeriums hingegen betrachteten dies als eine staatlich auferlegte Voraussetzung.

Das Emanzipationsprojekt hätte durchaus bis nach den Napoleonischen Kriegen in den Schubladen landen können, wenn Hardenberg die Angelegenheit nicht gleich nach seiner Ernennung zum Kanzler am 6. Juli 1810 in Angriff genommen hätte. Hardenberg sprach sich grundsätzlich für eine allgemeine Gleichberechtigung aus, allerdings hatte diese Fürsprache auch einen persönlichen Aspekt. Er war häufig Gast in den jüdischen Salons gewesen und zählte viele Juden zu seinen Freunden und Bekannten. (Als sich Hardenberg zur Zeit der Trennung von seiner ersten Frau verschuldet hatte, da half der westfälische Hofbankier Israel Jacobson – ein leidenschaftlicher Fürsprecher der jüdischen religiösen Reform und Emanzipation – ihm mit einem günstigen Kredit aus der Klemme.) David Friedländer, der in denselben Kreisen wie Hardenberg verkehrt hatte, wurde gebeten, eine Denkschrift vorzulegen, die die Haltung der Gemeinde zur Emanzipation darlegte – zum ersten Mal wurde ein Jude zu offiziel-

len Beratungen über eine preussische Staatsangelegenheit hinzugezogen. Das Ergebnis von Hardenbergs eingehender Prüfung und Überlegung war das Edikt betreffend die bürgerlichen Verhältnisse der Juden im preussischen Staate vom 11. März 1812, das erklärte, dass alle jüdischen Einwohner in Preussen, die im Besitz von Generalprivilegien, Einbürgerungsurkunden, Schutzbriefen oder besonderen Konzessionen waren, künftig als «Einländer» und «Staatsbürger» des Staates Preussen betrachtet werden sollten. Das Edikt hob alle bisherigen Beschränkungen auf jüdische kommerzielle und berufliche Tätigkeit auf, schaffte alle Sondersteuern und -abgaben ab und verfügte, dass Juden ihren Wohnort frei wählen und heiraten durften, wen sie wollten (auch wenn gemischte Ehen zwischen Juden und Christen weiterhin unzulässig waren).

Diese Bestimmungen beinhalteten mit Sicherheit eine deutliche Verbesserung und wurden von einer aufgeklärten, jüdischen Berliner Zeitschrift gebührend als der Anbruch einer «neuen und glücklichen Ära» gefeiert.[51] Die jüdischen Gemeindeältesten von Berlin dankten Hardenberg für sein gutes Werk und brachten ihre «tiefste Dankbarkeit für den Urheber der unschätzbarsten Wohltat» zum Ausdruck.[52] Die durch das Edikt erreichte Emanzipation war jedoch in mehreren wichtigen Aspekten eingeschränkt. Vor allen Dingen beantwortete es nicht die Frage, ob man Stellungen im Staatsdienst für jüdische Bewerber öffnen müsse. Damit blieb das Edikt entscheidend hinter der französischen Emanzipation von 1791 zurück, das die jüdischen Ansprüche in eine allgemeine Verleihung der Staatsbürgerschaft samt aller politischen Rechte eingebettet hatte. Im Gegensatz dazu machte das preussische Edikt die «Fortdauer dieser ihnen beigelegten Eigenschaft als Einländer und Staatsbürger» von der Erfüllung gewisser Verpflichtungen abhängig, woraus eindeutig hervorging, dass mit dem Edikt ein Status zugestanden wurde, nicht etwa Rechte anerkannt wurden.[53] Hier klang die Ambivalenz des berühmten Traktats von Dohm zur «bürgerlichen Verbesserung» der Juden nach. Die Mehrheit der Reformer teilte Dohms Ansicht, dass es einige Zeit dauern würde, bis die negativen Folgen der Diskriminierung nachliessen und die Juden bereit wären, ihren Platz als gleichwertige Teilnehmer im öffentlichen Leben der Nation einzunehmen. Ein preussischer Beamter meinte: «Die Unterdrückung [...] hat nun einmal die Juden niederträchtig gemacht und die plötzlich erteilte Freiheit kann nicht den natürlichen Menschenadel mit einem Male in ihnen wieder herstellen.»[54]. Folglich

schaffte das Edikt einen grossen Teil der alten, diskriminierenden Gesetze ab, ohne jedoch das Werk der politischen Emanzipation zu vollenden, das als ein Prozess angesehen wurde, der sich wohl über Generationen hinziehen würde.

Worte

Im Laufe des 19. Jahrhunderts umgab die Ära der preussischen Reformen ein geradezu mythischer Nimbus, in dessen Glanz Stein, Hardenberg, Scharnhorst und ihre Kollegen als die Urheber einer gewaltigen Revolution von oben erschienen. Wenn man sich genauer ansieht, was wirklich erreicht wurde, so wirken die Leistungen der Reformer eher bescheiden. Lässt man einmal den propagandistischen Wirbel um die Edikte beiseite, geht es eigentlich nur um eine ereignisreiche Episode innerhalb einer langen Phase der preussischen Staatsreform zwischen den 1790er und 1840er Jahren.[55]

Die Reformen waren nicht auf ein einziges, gemeinsames Ziel ausgerichtet, und viele wichtige Vorschläge wurden durch den erbitterten Streit unter den Reformern abgeschwächt, verzögert oder völlig blockiert.[56] Betrachten wir zum Beispiel die Patrimonialgerichte auf den herrschaftlichen Gütern. Stein und seine Minister waren von Anfang an entschlossen, diese Form der Gesetzsprechung abzuschaffen, weil sie, wie Schön sagte, «dem Kulturzustand des Volkes als so wenig angemessen» empfunden wurde, «dass beim grössten Theil des Volks deshalb die Anhänglichkeit an den Staat, in dem wir leben, geschwächt wird»[57]. Hardenberg und sein Partner Altenstein vertraten hingegen die Auffassung, dass die Regierung die Interessen der Gutsbesitzer berücksichtigen müsse. Folglich blieb die Frage umstritten und verlor auch an Dringlichkeit, nachdem Napoleon 1808 Steins Rücktritt erzwungen hatte. Entschlossener Widerstand seitens des Adels, vor allem in Ostpreussen, wo das Standesbewusstsein noch stark entwickelt war, bremste den Prozess weiter ab, ebenso die Bauernunruhen – eine ernüchternde Ermahnung, dass flexible und gebieterische Justizorgane auf dem Lande dringend erforderlich waren.[58] Als Nächstes kam die Finanzkrise von 1810; der Geldmangel war ein weiterer Grund dafür, einer kostspieligen Generalüberholung des ländlichen Justizwesens aus dem Weg zu gehen – ein Beispiel dafür, inwiefern die Belastung durch Krieg und Besatzung Refor-

men zugleich anregen und bremsen können.[59] Jedenfalls wurden die Patrimonialgerichte von der Agenda der Regierung gestrichen.

Das gleiche Schicksal ereilte das Gendarmerieedikt vom 30. Juli 1812, das die Einführung eines bürokratisierten Regierungssystems auf dem Lande nach dem französischen Vorbild sowie die Schaffung einer paramilitärischen Staatspolizei für alle ländlichen Gegenden vorsah. Der Plan wurde zunächst während Steins Amtszeit skizziert. Auf Drängen des Direktors des Polizeidepartements in Berlin beauftragte Hardenberg seinen alten, fränkischen Protégé Christian Friedrich Scharnweber damit, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten. Scharnweber verband die Schaffung einer neuen, staatlichen Polizeitruppe mit einem grundlegenden Umbau der preussischen Verwaltung. Nach den Bestimmungen des Edikts sollte die gesamte Landesfläche Preussens (mit Ausnahme der sieben grössten Städte) in ungefähr gleich grosse Kreise mit einer einheitlichen Verwaltung eingeteilt werden, die auch ein lokales Repräsentationsorgan einschloss.[60] Das Gendarmerieedikt war eines der kompromisslosesten Reformvorhaben der Hardenberg-Ära; wenn man es erfolgreich durchgesetzt hätte, dann wäre ein grosser Teil der trägen Zellstruktur des alten Regimes für die Verwaltung auf dem Lande auf einen Schlag abgeschafft worden.

Tatsächlich löste das Edikt jedoch einen Proteststurm aus und stiess auf verbreiteten zivilen Ungehorsam seitens des Landadels (vor allem in Ostpreussen) und konservativer Mitglieder der Verwaltung. Die vom Adel dominierte, interimistische Nationalrepräsentation, die 1812 in Berlin tagte, sah das Gendarmerieedikt als einen weiteren Versuch an, dem landbesitzenden Adel seine traditionellen Rechte zu entziehen, und verabschiedete einen Antrag, der jede Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit zurückwies – ein Musterbeispiel dafür, dass sich politische Teilnahme und Reform nicht immer miteinander vereinbaren liessen.[61] Zwei Jahre später wurde das Gendarmerieedikt nach weiteren Debatten innerhalb der Regierung aufgegeben. Weitere Bemühungen, sämtliche Formen ländlicher Verwaltung einer zentralisierten Behörde unterzuordnen, scheiterten in den letzten Jahren der Hardenberg-Regierung – mit dem Ergebnis, dass Preussens kommunales Verwaltungssystem bis in die Anfangsjahre der Weimarer Republik zu den antiquiertesten in Deutschland zählte.[62]

Aus Angst vor einem politischen Gegenschlag seitens des Adels verzichteten die Reformer ferner darauf, eine radikalere Reform des Steuersystems anzustre-

ben. Hardenberg hatte versprochen, die Steuer auf dem Land anzugleichen und die unzähligen Befreiungen abzuschaffen, von denen der Landadel immer noch profitierte. Er hatte sogar von der Einführung einer ständigen Einkommensteuer gesprochen. Aber diese Pläne wurden angesichts der Proteste des Adelsstandes gestrichen. Stattdessen wurde den Preussen eine ganze Reihe von Verbrauchssteuern auferlegt, die in erster Linie die Ärmsten der Bevölkerung belasteten. Die Regierung befasste sich im Jahr 1817 und noch einmal 1820 mit der Steuer auf dem Land, aber die versprochene Reform kam nie zustande.[63]

Die wohl grösste Enttäuschung war das Scheitern der Reformer, ein repräsentatives gesamtgesellschaftliches Organ für das Königreich zu schaffen. Hardenbergs Finanzedikt vom 27. Oktober 1810 kündigte an, dass der König die Absicht habe, «der Nation eine zweckmässig eingerichtete Repräsentation, sowohl in den Provinzen als für das Ganze zu geben, deren Rat Wir gern benutzen» werden.[64] Auf Drängen seiner Minister erneuerte der König dieses Versprechen in der Verordnung zur künftigen Repräsentation des Volkes, die am 22. Mai 1815 veröffentlicht wurde. Abermals hiess es, dass die Regierung die Absicht habe, «Provinzialstände» zu gründen und aus diesen eine «Landes-Repräsentation» mit Sitz in Berlin zu bilden. Doch es wurde kein Landesparlament gebildet. Stattdessen mussten die Preussen sich mit relativ einflusslosen Provinziallandtagen bzw. -ständen zufrieden geben, die nach Hardenbergs Tod mit dem «Allgemeinen Gesetz wegen Anordnung der Provinzialstände» vom 5. Juni 1823 eingerichtet wurden. Das waren nicht die starken, modernen Repräsentationsgremien, die sich die radikalsten Reformer gewünscht hatten. Sie wurden nach ständischen Kriterien gewählt und organisiert, und ihre Zuständigkeitsbereiche waren sehr eng gefasst.

Um sich die Besonderheiten der Entwicklung in Preussen klarzumachen, bietet es sich an, sie in den allgemeineren Kontext der Reformen in den deutschen Staaten unter Napoleon zu stellen. Baden, Württemberg und Bayern durchliefen in diesen Jahren alle drei eine Phase intensiver Verwaltungsreform. Was am Ende dabei herauskam, war eine deutlich weiter reichende Verfassungsreform: Alle drei Staaten erhielten Verfassungen, Landeswahlen und Parlamente, deren Zustimmung für die Verabschiedung von Gesetzen erforderlich war. Vor diesem Hintergrund verblassten die nach 1823 in Preussen gegründeten, neokorporativen Landtage eher. Andererseits gingen die Preussen bei der Modernisierung der Wirtschaft viel radikaler und konsequenter vor. Während die Reformer

in München und Stuttgart an den protektionistischen Mechanismen des Merkantilismus festhielten, strebten die Preussen eine Deregulierung des Handels, der Produktion und des Arbeitsmarktes an – ein beredtes Zeugnis für die kulturellen und geoökonomischen Auswirkungen der Nähe Preussens zu den Märkten Grossbritanniens, in dem die Industrialisierung bereits in vollem Gange war. Baden, Württemberg und Bayern leiteten vergleichbare Reformen erst in den Jahren 1862 und 1868 ein. Der Elan der preussischen Wirtschaftsreform hielt noch lange nach 1815 bis zu den grossen Zollunionen der Nachkriegsära an. Somit ging Preussen aus der Zeit Napoleons mit einem nicht so «modernen» Verfassungssystem wie die drei süddeutschen Staaten hervor, dafür aber mit einer eher «moderneren» Volkswirtschaft.[65]

Wie die Leistung der Reformer zu beurteilen ist, hängt davon ab, ob man das Erreichte hervorhebt, oder ob man sich auf das noch nicht überwundene Vermächtnis der Vergangenheit konzentriert. Es ist zu unterstreichen, dass Grundbesitzer von den Entschädigungsregelungen profitierten, Folge der unzähligen Revisionen Hardenbergs zu Steins Bauernbefreiungsedikt. Oder man kann auf die Anzahl und den Wohlstand der Klein- und Mittelbauern verweisen, die aus der Aufteilung der Adelsgüter hervorgingen.[66] Die liberale Pädagogik Humboldts in den preussischen Volksschulen wurde nach 1819 verwässert, aber das preussische Schulsystem wurde weltweit bewundert wegen der Humanität seines Ethos und der Qualität der Absolventen. Die Friedrich-Wilhelms-Universität mit ihrer starken Verpflichtung zur Freiheit der Forschung entwickelte sich zu einem Vorbild, das in ganz Europa bewundert und dem auch in den Vereinigten Staaten nachgeeifert wurde, wo Humboldts Empfehlungen dazu beitrugen, den Gedanken einer modernen Akademie zu verankern.[67] Es ist absolut legitim, die Grenzen des jüdischen Emanzipationsedikts von 1812 zu unterstreichen, aber es ist ebenso wichtig, die zentrale Stellung des Edikts in der Geschichte der Judenemanzipation im Deutschland des 19. Jahrhunderts anzuerkennen.[68] Man kann das Scheitern der Reformer bei der Abschaffung der Patrimonialgerichtsbarkeit auf dem Lande beklagen, man kann aber auch das Augenmerk auf die gesellschaftlichen Kräfte richten, die in dem Jahrzehnt nach 1815 die Patrimonialgerichte zu juristischen Werkzeugen des Staates machten.[69]

Auch in anderer Hinsicht initiierten und verstärkten die Reformer einen Wandel, der sich nach 1815 als unumkehrbar erweisen sollte. Der 1817 gegründete

Staatsrat hatte zwar vielleicht nicht ganz so viele Vollmachten, wie Stein ihm zugedacht hatte, doch er spielte im Laufe der Zeit eine entscheidende Rolle bei der Formulierung von Gesetzen. Im Zuge der daraus resultierenden Ministerialisierung der Regierung wurde tendenziell in der Praxis, wenn auch nicht in der Theorie, die Unabhängigkeit des Monarchen eingeschränkt und der Einfluss der Ministerialbürokratie gestärkt.[70] Nach 1815 hatten die Minister weit grössere Vollmachten als noch in den 1780er und 1790er Jahren. Die Landtage entwickelten sich letztlich, trotz ihrer beschränkten Befugnisse, zu wichtigen Plattformen für politischen Widerstand.

Kein Edikt veranschaulicht besser die langfristige Wirkung der Reformen als die Verordnung wegen der künftigen Behandlung des gesamten Staatsschuldenwesens vom 17. Januar 1820, einem der letzten und wichtigsten Gesetzesprojekte Hardenbergs. Der Gesetzestext begann damit, dass er die gegenwärtige Staatsschuld Preussens (in Höhe von knapp über 180 Millionen Taler) «auf immer für geschlossen» erklärte. Und für den Fall, dass der Staat künftig neue Kredite aufnehmen müsse, «so kann solches nur mit Zuziehung und unter Mitgarantie der künftigen reichsständischen Versammlung geschehen». Mit diesem Gesetz legte Hardenberg eine konstitutionelle Zeitbombe in das Gerüst des preussischen Staates. Sie tickte in aller Ruhe bis 1847 vor sich hin, als die Regierung sich wegen der unvorhergesehenen finanziellen Anforderungen des heraufziehenden Eisenbahnzeitalters gezwungen sah, einen Vereinigten Landtag in Berlin einzurufen und damit das Tor zur Revolution öffnete.

Die Reformen waren in erster Linie ein Akt der Kommunikation. Der propagandistische, exaltierte Ton der Edikte war neu; insbesondere das Oktoberedikt war ein Musterbeispiel plebiszitärer Rhetorik. Nie zuvor hatten preussische Regierungen auf diese Weise mit der Öffentlichkeit kommuniziert. Die innovativste Figur auf diesem Feld war Hardenberg, der eine pragmatische, aber respektvolle Haltung gegenüber der öffentlichen Meinung als notwendig für den Erfolg von Regierungsinitiativen ansah. Während seiner Amtszeit in Ansbach und Bayreuth tat er sein Möglichstes, den Sicherheitsanforderungen nachzukommen, ohne dabei die Freiheit, zu denken und öffentlich die eigene Meinung zu äussern, zu beeinträchtigen. In seiner berühmten Rigaer Denkschrift von 1807 unterstrich er die Bedeutung einer kooperativen anstelle einer antagonistischen Beziehung zwischen Staat und öffentlicher Meinung und argumentierte,

dass Regierungen sich keineswegs scheuen sollten, die Öffentlichkeit durch den Einsatz guter Schreiber für sich zu gewinnen. Als Staatskanzler sprach sich Hardenberg 1810/11 als Erster für die regelmässige kommentierte Veröffentlichung neuer Gesetze aus, und zwar mit der Begründung, dass dieser Abschied von der Heimlichtuerei früherer Regierungen das Vertrauen in die Verwaltung stärken werde. Besonders innovativ war die Einstellung freier Schriftsteller und Redakteure als Propagandisten im Dienste des Staates.[71]

Eine wenig bekannte, aber ausserordentlich sinnbildliche Initiative unter Hardenberg war die Reform des alten Kanzleistils in den amtlichen Verlautbarungen. Das Thema wurde erstmals im März 1800 angesprochen, als vorgeschlagen wurde, das langatmige *nomine régis*, das mit den Worten «Wir Friedrich Wilhelm III.» begann und anschliessend sämtliche Titel des Königs in absteigender Ordnung aufzählte, aus dem Kopf der Regierungsdokumente zu streichen. Bei der Diskussion der Angelegenheit im Staatsministerium am 7. April 1800 waren so gut wie alle Minister dagegen und argumentierten, dass durch die Entfernung des vollen Titels die Autorität von Äusserungen gemindert werde, die von der Regierung kämen. Einen Tag später legte Hardenberg jedoch eine eigene Einschätzung vor, in der er sich für eine weit radikalere Reform der Sprache in der öffentlichen und amtlichen Kommunikation aussprach. Der Kanzleistil, der gegenwärtig verwendet werde, schrieb er, sei «der des gemeinen Lebens voriger Zeiten»; während die Zeiten sich inzwischen geändert hätten, sei der Stil jedoch der gleiche geblieben. Folglich bestehe überhaupt kein Grund für die staatliche Behörde, «die barbarische Schreibart ungebildeter Zeiten» beizubehalten. Die beherzte Initiative von 1800 brachte nichts ein, doch zehn Jahre später, am 27. Oktober 1810, wurde das *nomine régis* durch ein Gesetz abgeschafft, das die Unterschrift Hardenbergs und des Königs trug.[72]

Diese scheinbar belanglose Innovation führt zum eigentlichen Kern des Reformprojekts Hardenbergs. Ihm ging es vor allen Dingen – und das gilt auch für viele ältere Reformer – um Transparenz und Kommunikation. In diesem Sinn war Hardenberg kein Liberaler, sondern ein Mann der Aufklärung. Für ihn war die Öffentlichkeit keine autonome Kraft, die die Funktion hatte, den Staat zu kontrollieren oder ein Gegengewicht zu bilden. Und er (und in dieser Sache auch Stein) hatte auch nicht die Absicht, die «liberale Öffentlichkeit» als eine Domäne des kritischen Dialogs zu festigen.[73] Im Gegenteil, er wollte einen der-

artigen Widerstand überflüssig und geradezu undenkbar machen, indem er Kanäle für die Verständigung öffnete, indem er die gebildete Bürgerschaft zu einem harmonischen Gespräch über das Gemeinwohl einlud. Diese Logik steckte hinter der Notabelnversammlung und den interimistischen Nationalrepräsentationen, hinter der übertriebenen, einnehmenden Sprache der Edikte und den endlosen Regierungspublikationen. Das erklärt auch seine Bereitschaft zu zensieren, wo es ihm nötig schien.[74]

Hardenberg übersah dabei jedoch, dass Worte unter Umständen ein Eigenleben entwickeln. Wenn er von «Repräsentation» sprach, dann dachte er an willfährige und rechtschaffene Gremien aus würdigen Persönlichkeiten. Andere hingegen dachten dabei an ständische Interessengruppen oder ein Parlament und eine konstitutionelle Monarchie. Wenn er «Beteiligung» sagte, meinte er Kooptation und Konsultation, andere meinten aber Mitentscheidung und die Vollmacht, die Regierung zu überwachen. Wenn er «Nation» sagte, meinte er die politisch bewusste Bevölkerung Preussens, andere dachten an eine allgemeinere deutsche Nation, deren Interessen und Schicksal nicht unbedingt mit denen Preussens übereinstimmte. Nicht zuletzt aus diesem Grund erscheint die Reformära gleichzeitig so reich an Versprechungen und so arm an Ergebnissen. In diesem Punkt bestehen Parallelen zu einer anderen viel geplagten historischen Persönlichkeit: Michail Gorbatschow. Auch er war ein Mann der Reform und Transparenz *(Glasnost)*, nicht der revolutionären Umwälzungen. Er setzte sich, wie Hardenberg, zum Ziel, das staatliche System an die Erfordernisse der Gegenwart anzupassen. Doch es wäre kleinkariert, einem der beiden seinen Anteil an den anschliessenden Veränderungen streitig zu machen.

KAPITEL 11

Eine eiserne Zeit

Trügerische Morgendämmerung

Im Frühjahr 1809 hatte es den Anschein, als würde sich das Kriegsglück endlich gegen Napoleon wenden. Die Nachricht, dass auf der iberischen Halbinsel Banden von Freiheitskämpfern den französischen Armeen schwer zu schaffen machten, wurde in ganz Preussen begeistert aufgenommen. In der zweiten Aprilwoche traf die Meldung ein, dass Kaiser Franz I. von Österreich gegen Napoleon in den Krieg gezogen sei, weil dieser sich auf den Bourbonenthron Spaniens gesetzt hatte. Der erste Minister des Kaisers, Graf von Stadion, hegte die Hoffnung, breite Unterstützung in Deutschland zu finden; und die österreichische Propaganda ermunterte die Deutschen in allen Staaten, sich gegen die Franzosen zu erheben. Am 11. April brach in Tirol unter der Führung des Gastwirts Andreas Hofer ein Aufstand aus. Es gelang den Tirolern, die Bayern als französische Verbündete aus dem Land zu vertreiben. Sie hatten nur vier Jahre zuvor das ehemals österreichische Tirol aus den Händen der Franzosen erhalten.

Viele Preussen meinten, auch für ihr Land sei nunmehr der Augenblick gekommen, sich gegen die Invasoren zu erheben. «Die Stimmung ist allgemein», berichtete Johann August Sack, Chef des Oberpräsidiums der Kurmark, Neumark und von Pommern, aus Berlin, «da jetzt oder nie eine Rettung aus der Abhängigkeit und Uebergewalt möglich sey»[1]. Einmal mehr sah sich der König mit Optionen konfrontiert, die im Grunde undenkbar waren. Wien forderte preussische Unterstützung und drängte darauf, dass die beiden Staaten ihre militärische Planung koordinierten und gemeinsam gegen Frankreich zogen. Unterdessen erinnerten die Franzosen Friedrich Wilhelm daran, dass Preussen nach den Bestimmungen des französisch-preussischen Vertrags vom 8. September 1808 verpflichtet sei, Frankreich mit einem Hilfskorps von 12.000 Mann zu unterstützen. Die Russen wiederum wollten sich nicht festlegen. Sie zeigten wenig Begeisterung für den österreichischen Feldzug und schienen

nicht bereit, feste Zusagen zu machen. Noch bevor die Feindseligkeiten begonnen hatten, war Friedrich Wilhelm III. zu der Überzeugung gelangt, dass Preussen sich «fürs erste ruhig halten» müsse.[2]

Wie in den Jahren 1805/06 waren die einflussreichsten Persönlichkeiten um den Monarchen in Anbetracht der misslichen, aussenpolitischen Lage Preussens in zwei Lager gespalten. Die einen argumentierten, es sei selbstmörderisch, ohne russische Unterstützung in irgendeiner Form gegen Frankreich vorzugehen. Die anderen, darunter die führenden Militärreformer, Aussenminister August Friedrich Ferdinand von der Goltz und Justizminister Karl Friedrich Beyme, drängten zu einem Bündnis mit Österreich.[3] Doch der König hielt hartnäckig an seiner Politik der Untätigkeit fest. Seine Strategie bestand darin, jeden Schritt zu vermeiden, der die völlige Auslöschung seines Staates nach sich ziehen könnte. Ruhm und Ehre waren Luxus, den man sich zurzeit nicht leisten konnte; Überleben war alles. «Eine politische Existenz, sie sey auch noch so klein, ist dennoch immer besser als keine und dann, so ändert die Zeit vieles in der Welt, mithin bleibt auch in diesem Fall Hoffnung für die Zukunft: nicht so aber, wenn Preussen aus der Reihe der Staaten gänzlich ausscheiden müsste, welches sehr wahrscheinlich der Fall seyn möchte, wenn es zu früh alles aufs Spiel setzen wollte.»[4]

Aus heutiger Sicht erscheint Friedrich Wilhelms Kurs als äusserst klug. Die Gegner eines Krieges hatten zweifellos recht mit ihrer Einschätzung, dass eine rückhaltlose Unterstützung durch Russland für eine erfolgreiche Strategie gegen Napoleon eine unverzichtbare Voraussetzung war. Es ist äusserst fraglich, ob Preussen und Österreich im Frühjahr 1809, wenn sie ihre Truppen vereint hätten, Napoleon hätten besiegen können. Doch vielen Zeitgenossen kam die abwartende Haltung des Königs unehrenhaft, ja geradezu sträflich vor. Bei Hofe in Königsberg kursierten Gerüchte, dass eine Verschwörung gegen Friedrich Wilhelm im Gange sei und dass sein angeblich tatkräftigerer jüngerer Bruder Wilhelm seinen Platz einnehmen solle. In Polizeiberichten und anderen amtlichen Berichten war von einer weit verbreiteten tiefen Enttäuschung und Unruhe innerhalb des Offizierskorps die Rede. Anfang April wurde eine Meuterei pommerscher Offiziere vereitelt; an der Westgrenze der Altmark führte der ehemalige preussische Leutnant von Katte (vermutlich ein entfernter Verwandter des Gefährten Friedrichs des Grossen) eine bewaffnete Bande in das benachbarte Königreich Westfalen, übernahm die Kontrolle über die ehemals preussische

Stadt Stendal und beschlagnahmte die Geldtruhen.[5] Die Mehrheit der preussischen Offiziere befürwortete offenbar einen Krieg an der Seite Österreichs. Am 18. April berichtete Friedrich Ludwig von Vincke, der Präsident der kurmärkischen Regierung, aus Berlin, dass die Meinung innerhalb der Armee ausserordentlich feindselig gegenüber der Regierungspolitik sei und dass sämtliche junge Offiziere, falls der König nicht die Initiative ergreife, entschlossen seien, aus der Armee auszutreten, «und es würde schwerlich möglich sein, die Ruhe zu erhalten». Vincke warnte am Ende, dass ein allgemeiner Zerfall eintreten werde, falls der König nicht unverzüglich nach Berlin komme, «da, wenn diese [völlige Auflösung] vom Militär ausgeht – wer kann dem widerstehen?». Generalleutnant Tauentzien, ein enger Freund Scharnhorsts, erklärte, dass er sich nicht für die Loyalität seiner Truppen verbürgen könne, wenn Preussen neutral bleibe; und der Vetter des Königs, Prinz August, warnte Friedrich Wilhelm, dass die «Nation» notfalls ohne ihn handeln werde.[6]

Ende April gab es weitere Aufregung, als bekannt wurde, dass ein preussischer Offizier sein Regiment mit der Absicht, einen patriotischen Aufstand gegen die Franzosen zu unterstützen, aus Berlin herausgeführt hatte. Major Ferdinand von Schill war ein berühmter Veteran des Guerillakrieges gegen die Franzosen.[7] Im Jahr 1806 hatte er ein Korps aus Freiwilligen angeführt und mehrmals die französischen Nachschublinien in der Gegend um die Festung Kolberg unterbrochen. Er konnte so grosse Erfolge verzeichnen, dass er im Januar 1807 von Friedrich Wilhelm III. zum Hauptmann befördert wurde und den Auftrag erhielt, ein Freikorps aufzubauen. In dieser Funktion führte Schill im Frühjahr und Anfang Sommer 1807 mehrere erfolgreiche Aktionen gegen französische Truppen durch. Nach dem Frieden von Tilsit am 9. Juli wurde das Freikorps Schill aufgelöst. Schill wurde zum Major befördert und mit dem Orden *Pour le mérite* geehrt, der höchsten Auszeichnung Preussens für Tapferkeit. Er wurde schon bald gefeiert. Im Sommer 1808 veröffentlichte die patriotische Königsberger Wochenzeitung *Der Volksfreund* einen biografischen Essay, der seine Heldentaten aufzählte und ihn als Musterbeispiel des patriotisch gesinnten Mannestums feierte. Ein Porträt des Helden, das als Beilage zum *Volksfreund* erschien, zeigte einen dunkelhaarigen, eher zwielichtigen Mann mit hängendem, schwarzen Schnurrbart und einem Tschako, der keck leicht zur Seite geneigt ist.

Im Herbst 1808 zog Schills Regiment als erste preussische Einheit seit den Niederlagen von 1806 wieder in Berlin ein. «Unbeschreiblich war der Jubel»,

31. Anonym,
Major von Schill.

erinnerte sein Adjutant sich später. «Lorbeerkränze und Blumensträusse regneten auf uns herab; aus allen Fenstern begrüssten uns schön geschminkte Frauen und Jungfrauen. Wo sich Schill sehen liess, umringte ihn eine jubelnde Menge.»[8] Womöglich verdrehte die Begeisterung ihm den Kopf. Schill gelangte zu der Überzeugung, dass Deutschland für einen Volksaufstand gegen die Franzosen reif sei und dass er der geeignete Mann für die Führung sei. Diese Wahnvorstellung wurde durch seine Kontakte zu mehreren heimlichen Netzwerken patriotischer Organisationen genährt, die in ganz Preussen aus dem Boden geschossen waren: etwa der Tugendbund mit Sitz in Königsberg, dessen Mitglieder zu 80 Prozent Militärs aller Rangstufen waren, und die Vaterlandsgesellschaft mit Sitz in Pommern, deren Agenten ihn drängten, sich an die Spitze der patriotischen Bewegung zu stellen. Im Januar und Februar 1809 trafen sogar geheime Botschaften von patriotischen Kreisen im Königreich Westfalen ein, die ihn anflehten, einen Aufstand in Westdeutschland anzuführen. Das heimliche Netzwerk der deutschen Patrioten mochte zwar zahlenmässig klein gewesen sein, doch sie waren fanatisch, standen in engem Kontakt miteinander und brannten vor Leidenschaft. Wenn man einmal dazugehörte, konnte

man leicht jeden Realitätssinn verlieren, zu der Überzeugung gelangen, dass das Volk hinter einem stehe, dass der Sieg sicher sei und die Befreiung unmittelbar bevorstehe. Im April 1809 willigte Schill ein, den geplanten Aufstand in Westfalen anzuführen. Eine Proklamation wurde verfasst und nach Westfalen geschickt, in der alle Patrioten aufgefordert wurden, sich gegen die Besatzer zu erheben, doch sie wurde von den Franzosen abgefangen. Am 27. April erfuhr Schill, dass seine Festsetzung drohe, und er beschloss am nächsten Tag, ohne Rücksprache mit seinen Vorgesetzten, seine Männer aus Berlin zu führen und einen Aufstand zu starten.

Die Nachricht von seinem Abmarsch löste einen gewaltigen Wirbel aus. In einem Bericht vom 1. Mai an Innenminister Graf Dohna stellte der Oberpräsident Johann August Sack fest, dass die Aufregung in der Hauptstadt kaum zu beschreiben sei: In der ganzen Stadt werde von nichts anderem als von Schill geredet; alle glaubten, eine preussische Kriegserklärung gegen Frankreich stehe unmittelbar bevor. Um den Eindruck zu vermeiden, der König habe nicht länger das Sagen im eigenen Land, beschlossen die Stadtbehörden, vorläufig die Überzeugung zu nähren, Schill handle mit offizieller Rückendeckung.[9] Am 7. Mai erhielt Friedrich Wilhelm in Königsberg einen Bericht vom Berliner Polizeipräsidenten Justus Gruner, der ihn warnte, dass er seine eigene Autorität im Königreich nur retten könne, indem er entweder sofort ein Bündnis mit Österreich schliesse oder indem er nach Berlin komme und persönlich eine Friedenspolitik an der Seite Frankreichs vorantreibe.

«Denn die Armee wankt – und was kann da die Autorität der einzelnen Behörde? [...] Der unermüdete Eifer aller Einzelnen geht unter in dem Meere der rastlos bewegten Leidenschaften, wenn nicht der geehrte Pilot das Steuer-Ruder ergreift, die Menge zu beschwichtigen. Es gilt den Thron der Hohenzollern.»[10]

Aber Gruner übertrieb. Schills Abenteuer endete in einem Fiasko. Am 31. Mai 1809 wurde er in Stralsund von einem Dänen mit dem Säbel verwundet und von einem Holländer erschossen, die beide für die Franzosen kämpften. Der Holländer schnitt Schill, wie verlautete, den Kopf ab, konservierte ihn in Weingeist und stellte ihn in der öffentlichen Bibliothek in Leiden zur Schau, wo er bis 1837 blieb. Dann wurde er in Braunschweig beigesetzt. Von den überlebenden Offizieren und Soldaten wurden anschliessend 28 auf Napoleons Befehl hin wegen ihrer Beteiligung an dem Aufstand erschossen.[11] Obwohl viele preussische Offiziere mit Schill und den patriotischen Organisationen sympa-

thisierten, waren nur wenige bereit, den Treueid zum König zu brechen. Die grosse Mehrheit der einfachen Untertanen in Preussen gab sich – wie im übrigen Deutschland – damit zufrieden, untätig die Heldentaten der Patrioten zu verfolgen. Die Ereignisse um Schill wie auch der gescheiterte und fast zeitgleiche Aufstand von Oberst Ferdinand Wilhelm Caspar Freiherr von Dörnberg gegen König Jerome in Westfalen machten deutlich, dass sich der patriotische Eifer der deutschen Bevölkerung, wie die Dinge lagen, nicht in politische oder militärische Aktionen ummünzen liess.

Die aufkommende Panik der preussischen Behörden war nichtsdestotrotz vielsagend. Sie zeigte, wie sehr sich das Verhältnis zwischen der Monarchie und der Öffentlichkeit seit der Herrschaft Friedrichs des Grossen gewandelt hatte. Das eigentlich Bemerkenswerte an den Berichten von Tauentzien, Gruner, Sack und Vincke war die Einbeziehung der Volksmeinung. Zum ersten Mal in der Geschichte der Dynastie beriefen sich hohe preussische Beamte und Offiziere auf die öffentliche Meinung, um den Monarchen zum Handeln zu bewegen. Phlegmatisch wie eh und je behielt Friedrich Wilhelm einen kühlen Kopf und bestand darauf, dass die Lage keineswegs so schlimm sei wie die Panikmacher behaupteten. «Gesetzwidrige Unruhen meines Volkes befürchte ich nicht», teilte er Aussenminister von der Goltz am 9. Mai mit, fügte aber inkonsequenterweise hinzu, dass er nicht die Absicht habe, nach Berlin zu reisen, wo «anarchische Explosionen» ihn davon abhalten könnten, seine Zeit und Kraft wichtigeren Dingen zu widmen.[12]

Gelegentlich scheint jedoch auch Friedrich Wilhelm die Argumente seiner Beamten verinnerlicht zu haben. In einer aussergewöhnlichen handschriftlichen Notiz, die während der Krise von 1809 verfasst wurde, dachte er über die Möglichkeit einer erzwungenen Abdankung nach und stellte mürrisch fest, dass er, wenn er zugunsten eines «in der Meinung begünstigteren» abgesetzt werden solle, nicht dagegen protestieren werde, sondern bereit sei, «die Zügel der Regierung dem zu überlassen, den die Nation für würdiger erkennt oder hält»[13]. Zum Teil war dies nur Gefühlsduselei, doch es enthüllte nichtsdestoweniger, inwiefern sich auch das Selbstverständnis der traditionellen Monarchie im Zuge der revolutionären Umbrüche veränderte.

Patrioten und Befreier

In der Krise von 1809 ging es nicht einfach um die Frage, ob und wann gegen die Franzosen gekämpft wurde, sondern auch darum, was für einen Krieg Preussen am Ende gegen Napoleon führen sollte. Friedrich Wilhelm und die Konservativen in der Militärführung dachten immer noch in den Kategorien eines herkömmlichen Kabinettskrieges, für den die dynastische Diplomatie und eine gut ausgebildete, reguläre Armee die wichtigsten Waffen waren. Im Gegensatz dazu schwebte den Reformern die neue Form der Volkserhebung vor, an der sich Scharen bewaffneter, von der Liebe zum Vaterland entbrannter Bürgersoldaten beteiligten. Weshalb die Preussen sich für minderwertiger halten sollten als die Spanier und Tiroler, fragte General Gebhard Leberecht von Blücher König Friedrich Wilhelm III. im Oktober 1809, als er ihn drängte, doch das Risiko eines Krieges an der Seite Österreichs einzugehen. Immerhin seien sie besser ausgerüstet als diese![14]

Nachdem die Krise vorüber war, verlor das Thema zum Teil seine Dringlichkeit, tauchte jedoch im Jahr 1811 erneut auf, als ein grosser Krieg zwischen Frankreich und Russland drohte. In einer Denkschrift, die am 8. August 1811 dem König vorgelegt wurde, arbeitete Gneisenau einen detaillierten Plan für einen Volksbefreiungskrieg nach dem Vorbild der Spanier aus, der hinter der Front gegen die französische Armee ausbrechen sollte. Bei diesem Volksaufstand würden die Kämpfer französische Einheiten plündern, Nachschublinien unterbrechen und Ressourcen zerstören, die sonst dem Feind in die Hände fallen würden. Gneisenau hatte das Debakel seines ehemaligen Untergebenen Schill verfolgt und wusste genau, dass gewöhnliche, preussische Bürger womöglich einen zusätzlichen Ansporn benötigten, bevor sie Leib und Leben gegen die Franzosen riskierten. Um dafür zu sorgen, dass es nicht am nötigen patriotischen Eifer fehlte, schlug Gneisenau vor, dass der Staat Geistliche anstellte, um die lokalen Gemeinden zu mobilisieren.[15] Stein (inzwischen in Prag im Exil) und Clausewitz machten ähnliche Vorschläge, allerdings hoben sie stärker hervor, wie wichtig eine klare Führung seitens der monarchischen Exekutive war.

Eine kriegerische Erhebung gegen Frankreich in Form eines Volksaufstands fand im Offizierskorps nie breite Unterstützung. Nur eine Minderheit der Offiziere konnte sich mit einem Konzept anfreunden, bei dem die Gefahr bestand, Kräfte zu entfesseln, die von der regulären Armee nicht kontrolliert werden

konnten. Aber ausserhalb der Armee, in den Kreisen der preussischen patriotischen Intelligenz, begeisterten sich viele für diese Idee. In einem Gedicht aus dem Jahr 1809, das vom österreichischen Feldzug gegen Napoleon inspiriert wurde, stellte der ehemalige preussische Gardist Heinrich von Kleist sich vor, dass Deutsche aus allen Winkeln des alten deutschen Reiches sich gegen die Franzosen erhoben, und beschwor in unmissverständlichen Worten die Brutalität eines gnadenlosen Krieges herauf:

> Alle Triften, alle Städte
> Färbt mit ihren Knochen weiss.
> Welchen Rab' und Fuchs verschmähte, Gebet ihn den Fischen preis!
> Dämmt den Rhein mit ihren Leichen, Lasst, gestaucht durch ihr Gebein,
> Schäumend um die Pfalz ihn weichen, Und ihn dann die Grenze sein.[16]

Der vielleicht seltsamste Ausdruck des Aufstandsgedanken war die Turnbewegung. Friedrich Ludwig Jahn hatte 1811 in der Hasenheide, einem Park im heutigen Berliner Stadtbezirk Neukölln, den ersten Turnplatz gegründet. Ziel der Bewegung war es, junge Männer für einen kommenden Krieg gegen die Franzosen zu trainieren. Es ging nicht darum, paramilitärische Truppen auszubilden, sondern vor allem darum, zivile Formen körperlicher Tüchtigkeit und patriotischer Begeisterung zu entwickeln – als Vorbereitung auf einen Kampf, in dem sich das ganze Volk dem Feind entgegenstellen sollte. Die Turner waren keine «Soldaten» – Jahn hasste diesen Begriff wegen der Assoziation mit «Sold» und «Söldner» –, sondern Bürger, die sich ganz freiwillig, aus Liebe zum Vaterland, ins Gefecht stürzten. Turner «marschierten» nicht, wie Jahn in *Die Deutsche Turnkunst*, dem offiziellen Katechismus aus der Anfangszeit der Bewegung, ausführte, weil Marschieren den autonomen Willen abtöte und den Zweck habe, den Einzelnen zu einem reinen Werkzeug einer höheren Autorität zu degradieren. Vielmehr «liefen» sie, indem sie ihre Beine in einer fliessenden, natürlichen Bewegung schwangen, wie es sich für freie Menschen geziemte. Die Turnkunst, so Jahn, sei «eine bleibende Stätte zur Bildung frischer, geselliger Tugenden, zur Erhaltung des Gemeinsinnes, des Sinnes für Sitte und Gesetz, für freudigen Gehorsam, auch in freierer Bewegung und froherer Selbstbestimmung»[17].

Um die Bewegungsfreiheit zu vergrössern, entwarf Jahn einen besonderen Anzug aus ungebleichtem Leinen mit einer weiten Jacke und breiten Hosenbeinen, deren eigentlicher Zweck es war, die von den Turnern so angepriesenen, freien Körperbewegungen zu erleichtern und dazu einzuladen. Auch hier spielte eine antimilitaristische Dimension mit hinein: «Das schlichte und leichte, anspruchslose und durchaus zweckgemässe leinenen Turnzeug», schrieb Jahn, «steht schlecht zu roten, blauen, grünen Litzen, Fangschnüren, Jahresringen an den Ärmeln, Schleppsäbeln und Stulphandschuhen der Zugführer usw. Der Wehrmannsernst wird hier zur Spielerei gemacht [...]»[18] Mit diesem Abscheu gegen jede hierarchische Ordnung des traditionellen Militärs war ein starker Egalitarismus verbunden: Jahns Anhänger wurden angehalten, sich gegenseitig zu duzen, und ihr ausgefallener Anzug trug dazu bei, Standesgrenzen aufzuheben, indem die äusseren Zeichen sozialer Unterschiede wegfielen.[19] Bekanntlich sangen die Turner sogar Lieder, in denen alle Mitglieder auf die gleiche Stufe gestellt wurden: «An Rang und Stand sind alle gleich».[20] Jahns Übungen im Freien, bei denen junge Männer an Balken (den Prototypen heutiger Turngeräte) schwangen und umherwirbelten, hatten grossen Zulauf. Dies war eindeutig ein Musterbeispiel dafür, wie Patriotismus den Schlüssel zu einer Neukonzipierung der politischen Kultur liefern konnte, die in freiwilligen Vereinigungen verwurzelt ist, statt in der hierarchischen Struktur der Autorität.

Genau dieses subversive Potenzial liess den Monarchen auf Distanz gehen zu den radikaleren Rezepten der militärischen Reformer. Am 28. Dezember 1809 kehrte Friedrich Wilhelm endlich nach Berlin zurück, wo ihm die ganze Stadt zujubelte. Doch er lehnte weiterhin patriotische Experimente jeder Art ab. Da er sich wieder in der Stadt niedergelassen hatte, stand er nunmehr viel stärker unter Beobachtung der französischen Behörden als je zuvor – in der Tat hatte Napoleon aus genau diesem Grund verlangt, dass Friedrich Wilhelm Königsberg verlasse. Darüber hinaus schien die Stellung der Franzosen nach 1809 völlig unangreifbar. Bis 1810 waren so gut wie alle deutsche Territorien, die nach der Auflösung des Heiligen Römischen Reiches noch übrig geblieben waren, dem Rheinbund beigetreten, einem Staatenbund, dessen Mitglieder verpflichtet waren, zur Unterstützung von Napoleons Aussenpolitik militärische Kontingente bereitzustellen. Angesichts einer solchen Macht schien jeder Widerstand aussichtslos.

Friedrich Wilhelms Widerwille gegen eine übereilte Militäraktion wurde durch eine persönliche Tragödie noch verstärkt. Nach dem überraschenden Tod seiner Frau Luise am 19. Juli 1810 im Alter von nur 34 Jahren stürzte er in eine schwere Depression, in der er nur in der Abgeschiedenheit und im Gebet Trost fand. Er hatte kein Vertrauen zu der Vorstellung einer Volkserhebung; den Reformern wurde erlaubt, einige Verbesserungen in der militärischen Organisation und Ausbildung vorzunehmen, doch Friedrich Wilhelm blockte sämtliche Versuche ab, durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht eine «Volksarmee» zu organisieren. Neben Gneisenaus Vorschlag, Geistliche dafür anzustellen, das Volk gegen ihre Eroberer aufzuwiegeln, kommentierte der König lakonisch: «Als Poesie – gut.»[21] Und er fügte hinzu: «Wenn ein Prediger erschossen sein wird, hat die Sache ein Ende.» Dennoch machte der König der Kriegspartei ein wichtiges Zugeständnis. Während des Sommers 1811 genehmigte er Pläne für die Vergrösserung der preussischen Armee und die Verstärkung wichtiger Festungen. Ausserdem wurden diskret erste Fühler nach Russland und England ausgestreckt.

Zum Glück für Friedrich Wilhelm unterstützte die Mehrzahl seiner höchsten Berater (auch Hardenberg) seine Politik des Abwartens. Folglich fiel es dem König nicht allzu schwer, den flehenden Bitten der «Kriegspartei» zu widerstehen. Doch mit der Abkühlung der Beziehungen zwischen Frankreich und Russland seit 1810 nahm der Druck von aussen auf die Berliner Entscheidungsträger allmählich zu. Es war immer schon schwergefallen, sich eine europäische Zukunft vorzustellen, in der Napoleon und Alexander I. einträchtig wie Brüder miteinander lebten. Seit geraumer Zeit hatten sich die Spannungen zwischen den beiden verschärft, zum Bruch kam es jedoch im Dezember 1810, als Napoleon das nordwestdeutsche Herzogtum Oldenburg annektierte, dessen Integrität im Frieden von Tilsit garantiert worden war. Der Herzog von Oldenburg war Zar Alexanders Onkel. Alexander antwortete mit dem *ukas,* dem Erlass, vom 31. Dezember, durch den er russische Märkte und Häfen für französische Produkte schloss (mit Ausnahme von Wein und Seide). Im Frühjahr und Sommer 1811 entfernten die beiden Mächte sich immer weiter voneinander, wobei allerdings beide das Wort Krieg noch sorgfältig vermieden. Im Winter 1811/12 zeichnete sich jedoch ab, dass eine grosse französische Offensive bevorstand. Napoleon verstärkte seine Armeen in Ost- und Mitteldeutschland, besetzte den

schwedischen Teil Pommerns und verlegte 36 Bataillone aus Spanien.[22]

Einmal mehr drohte Preussen die Gefahr, unter die Räder der Grossmachtpolitik zu geraten. Friedrich Wilhelm und seine Berater – Hardenberg an erster Stelle – legten die übliche Vorsicht und Zurückhaltung an den Tag. Die Aufrüstung, die man Anfang Sommer gestartet hatte, konnte man unmöglich vor den Franzosen geheim halten. Bereits im August 1811 hatte Napoleon eine Erklärung verlangt. Da Hardenbergs Antwort ihn nicht zufrieden gestellt hatte, stellte er ein Ultimatum und warnte, falls die Aufrüstung nicht unverzüglich gestoppt werde, werde der französische Botschafter aus Berlin abgezogen und an seine Stelle trete Marschall Davout an der Spitze seiner Armee. Diese Ankündigung wurde in Berlin konsterniert aufgenommen. Gneisenau wagte den Einwand, auf eine so plumpe Einschüchterung klein beizugeben, bedeute politischen Selbstmord, doch Friedrich Wilhelm überstimmte ihn und erteilte Befehl, die Rekrutierung und die Befestigungsarbeiten abzubrechen. Auch der befehlshabende Kommandant der Festung Kolberg, General Blücher, protestierte energisch. Er sollte später bei den Feldzügen gegen Frankreich eine entscheidende Rolle spielen. Als Blücher drängte, der König solle sich den französischen Befehlen widersetzen und Berlin verlassen, wurde er von seinem Kommando abberufen und durch General Tauentzien abgelöst, der von Napoleon akzeptiert wurde.

Die endgültige Demütigung folgte in Form des offensiven Bündnisvertrages, den Napoleon am 24. Februar 1812 durchsetzte. Die Preussen verpflichteten sich, der *Grande Armée* auf ihrem Marsch nach Osten durch Preussen Quartier zu geben und sie zu versorgen, alle Munitionsdepots und Festungen dem französischen Kommando zu öffnen und Napoleon ein Hilfskorps mit 12.000 Mann zu stellen. Diese «Vereinbarung» wurde von den Franzosen auf eine Art und Weise erpresst, die an den Dreissigjährigen Krieges gemahnte. Napoleon eröffnete die Verhandlung damit, dass er Krusemarck, den preussischen Botschafter im kaiserlichen Hauptquartier, vor die Wahl stellte, ob die *Grande Armée* Preussen als Freund oder als Feind betrete. In seiner Verzweiflung akzeptierte der Botschafter vorläufig alle Bedingungen und leitete das Dokument zur Ratifizierung nach Berlin weiter. Doch die Franzosen verzögerten die Abreise des Kuriers, der die Urkunde überbringen sollte, sodass ein französisches Armeekorps zu dem Zeitpunkt, als der Bündnisvertrag endlich Friedrich Wilhelm erreichte, bereits kurz vor der preussischen Hauptstadt stand.

Preussen war nur noch ein Werkzeug der Militärstrategie Napoleons, auf einer Stufe mit den deutschen Satellitenstaaten des Rheinbundes. Für die patriotischen Reformer, die sich so grosse Mühe gegeben hatten, Preussen auf den bevorstehenden Kampf gegen Napoleon vorzubereiten, war dies die ultimative Enttäuschung. Eine Gruppe prominenter hoher Staatsbeamter quittierte vor Abscheu den Dienst. Dazu zählte auch der ehemalige Polizeipräsident in Berlin, Justus Gruner, der sich nach Prag durchschlug. Hier schloss er sich einem Netzwerk preussischer Patrioten an, die es sich zum Ziel gesetzt hatten, die Franzosen durch einen Aufstand und Sabotageaktionen zu stürzen (im August wurde er von der österreichischen Regierung verhaftet, die damals ebenfalls mit Frankreich verbündet war). Scharnhorst, die treibende Kraft hinter den Militärreformen, ging in ein «inneres Exil» und zog sich ganz aus dem öffentlichen Leben zurück. Drei der fähigsten Erneuerer des Militärs, Boyen, Gneisenau und Clausewitz, traten in den Dienst des Zaren ein, weil sie meinten, nunmehr verfüge allein Russland über das Potenzial, Napoleons Macht zu brechen. Hier konnten sie sich wieder mit Stein in Verbindung setzen, der aus seinem österreichischen Exil auf ausdrückliche Einladung des Zaren Alexander im Juni 1812 in das russische Hauptquartier gekommen war.

Seit März 1812 marschierten die Männer der *Grande Armée* durch die Neumark, Pommern, West- und Ostpreussen, immer nach Osten zu ihren Sammelpunkten. Bis Juni standen rund 300.000 Mann – Franzosen, Deutsche, Italiener, Holländer, Wallonen und andere – in Ostpreussen. Schon bald stellte sich heraus, dass die Provinzregierung überhaupt nicht imstande war, eine solch riesige Streitmacht zu versorgen. Die Ernte des Vorjahres war schlecht ausgefallen, und die Getreidevorräte gingen rasch zur Neige. Hans Jakob von Auerswald, der Oberpräsident West- und Ostpreussens, meldete schon im April, dass das Vieh in der Provinz hungers sterbe, dass die Strassen mit toten Pferden übersät seien und kein Saatgetreide mehr übrig sei. Der Versorgungsapparat der Provinzregierung brach unter der Belastung zusammen, und einige Kommandeure wiesen ihre Soldaten kurzerhand an, auf eigene Faust Lebensmittel zu requirieren. Bauern, die noch Zugtiere hatten, pflügten und säten Berichten zufolge bei Nacht, damit ihnen nicht ihr letztes Pferd oder ihr Ochse weggenommen wurde. Andere versteckten ihre Pferde im Wald, allerdings durchschauten die Franzosen schon bald diese Praxis und durchkämmten die Wälder nach versteckten Tieren. Unter

diesen Bedingungen liess sich die Disziplin nicht lange aufrechterhalten, und es liegen unzählige Berichte über Verstösse durch die Soldaten vor, insbesondere Erpressung, Plünderung und Prügel. In einem Bericht eines hohen Beamten ist die Rede von Verwüstungen «wie sie kaum im Dreissigjährigen Krieg existiert haben mögen». Wenn keine Pferde zur Verfügung standen, steckten französische Kommandeure Bauern in das Geschirr. Der einfache ostpreussische Bauer, berichtete Auerswald im August, könne nicht begreifen, dass er von den Verbündeten seines Königs so misshandelt werde; es heisse sogar, dass die Franzosen sich 1812 als «Freunde» schlimmer aufgeführt hätten als anno 1807 als Feinde. In den litauischen Gebieten am Ostrand der Provinz brachte der Sommer eine Hungersnot und einen unvermeidlichen Anstieg der Kindersterblichkeit.[23] Mit den denkwürdigen Worten des hannoverschen Diplomaten Ludwig Ompteda hatten die Franzosen den Einwohnern Preussens nichts gelassen «als die Augen, um in ihrem Elend zu weinen»[24].

In allen preussischen Landen schlug die Stimmung allmählich von Unmut in einen glühenden Hass auf die napoleonischen Truppen um. Erste noch vage Gerüchte über französische Rückschläge in Russland wurden begeistert und voller Schadenfreude aufgenommen. Die anfänglich bruchstückhaften Berichte über den Brand Moskaus (der von den Russen gelegt worden war, damit Napoleon kein Winterquartier hatte) erreichten Anfang Oktober die östlichen Provinzen Preussens. Besonders starkes Interesse erregten Berichte über die grossen Verluste, die irreguläre Kosakentruppen und bewaffnete bäuerliche Partisanen der *Grande Armée* zufügten. Am 12. November, als die Zeitungen über den Abzug der Grande Armée aus Moskau berichteten, waren die Gerüchte schon fast zur Gewissheit geworden. Der französische Diplomat Lecaro in Berlin war bestürzt über die Intensität der Gefühle: In den dreieinhalb Jahren, die er in der Stadt lebe, schrieb er, habe er es noch nie erlebt, dass die Bewohner einen «so intensiven Hass und eine so unverhohlene Wut» an den Tag legten. Angespornt von den aktuellen Nachrichten verheimlichte das preussische Volk «nicht länger den Wunsch, gemeinsam mit den Russen alles auszulöschen, was zu dem französischen System gehört»[25]. Am 14. Dezember räumte das 29. Bulletin der *Grande Armée* sämtliche Zweifel über den Ausgang des Russlandfeldzuges aus. Das im Namen des Kaisers gedruckte Bulletin gab dem schlechten Wetter und der Inkompetenz und dem Verrat anderer die Schuld an der Katastrophe. Ferner wurde gemeldet, dass Napoleon seine Männer in Russland ver-

lassen und sich schleunigst zurück nach Paris begeben hatte. Den Abschluss bildete ein bemerkenswert schonungsloser Ausdruck der kaiserlichen Egozentrik: «Der Kaiser erfreut sich bester Gesundheit.» In Preussen löste diese Nachricht weitere Unruhen aus. Im westpreussischen Neustadt kämpften Einheimische mit neapolitanischen Truppen, die einen Transport russischer Kriegsgefangener bewachten. Es kam zu spontanen Angriffen auf französische Militärs, insbesondere in Schankbuden, wo die patriotischen Gefühle noch durch den Alkohol geschürt wurden.

Aber kein Gerücht und kein gedruckter Bericht konnte die wahre Bedeutung der Katastrophe Napoleons so eindrücklich demonstrieren wie der Anblick der Überreste der einst unbesiegbaren Grande Armée bei ihrem Rückzug aus Russland nach Westen:

«Von Frost und Hunger waren die edelsten Gestalten krumm zusammengeschrumpft. Voller blauer Flecken und weisser Frostbeulen. Ganze Gliedmassen abgefroren und in Fäulnis [...], verbreiteten sie einen pestartigen Geruch. [...] Ihre Kleidung bestand aus Lumpen, Strohmatten, alten Weiberröcken, Schafsfellen, oder was sie sonst habhaft werden konnten. Keiner hatte eine ordentliche Kopfbedeckung, sondern das Haupt mit altem Tuch oder Hemde verbunden, statt der Schuhe und Strümpfe waren die Füsse mit Stroh, Pelz oder Lumpen umwunden.»[26]

Der schwelende Groll der Bauernschaft entlud sich nunmehr in Racheakten. «Die niedere Volksklasse», berichtete Landrat Theodor von Schön (der spätere Oberpräsident der Provinz Preussen) aus Gumbinnen, «insbesondere die Bauern, erlauben sich in ihrem Fanatismus die grässlichsten Misshandlungen gegen die im Elend verzweifelnden. [...] in den Dörfern und auf den Landstrassen lässt man alle Wuth gegen sie aus [...] Es hat auch alle Folgsamkeit der Bauern gegen die Beamten aufgehört.»[27] Französische Nachzügler wurden von bewaffneten Bauernbanden angegriffen.

Im Dezember 1812 befand sich die preussische Regierung, wie die anderen deutschen Satellitenstaaten auch, noch im Bündnis mit Frankreich. Am 15. Dezember, als Napoleon verlangte, dass die Preussen ihr militärisches Kontingent aufstockten, gab Berlin klein bei. Doch je näher das Jahresende rückte, desto stärker wurde Friedrich Wilhelm unter Druck gesetzt, das Bündnis vom 24. Februar zu brechen und sich dem russischen Kampf gegen Napoleon anzuschliessen. Von drei Denkschriften, die ihm von hohen Staatsbeamten am Weihnachts-

tag 1812 vorgelegt wurden, drängten ihn zwei (von Knesebeck und Schöler), die Gelegenheit beim Schopf zu packen, die sich durch das Scheitern des Russlandfeldzuges bot, und sich gegen Frankreich zu stellen. Die dritte Denkschrift von Geheimrat Albrecht war umsichtiger und warnte den König, das noch verbliebene Potenzial Napoleons nicht zu unterschätzen.[28] Erst wenn Österreichs Kampfkraft voll für die gemeinsame Sache eingesetzt werde, dürfe Preussen offene Angriffe gegen die französischen Truppen riskieren.

Pessimistisch und zurückhaltend wie eh und je, neigte der König zu der dritten Option. In einer *Aide-memoire* legte Friedrich Wilhelm drei Tage später seine eigenen Ansichten zur preussischen Aussenpolitik in den kommenden Monaten dar. Zentrales Thema war der Wahlspruch «Leben und leben lassen». Österreich solle mit der Vermittlung eines allgemeinen, europäischen Friedens beauftragt werden. Napoleon müsse gezwungen werden, auf der Basis des gegenseitigen Respekts eine Einigung mit Zar Alexander zu suchen, wonach es ihm gestattet werden sollte, in Frankreich in Frieden zu leben und die annektierten deutschen Territorien am linken Rheinufer zu behalten. Nur falls er sich mit dieser Regelung nicht zufriedengeben sollte, würde Preussen in den Krieg ziehen, und selbst dann nur an der Seite Österreichs. Der König meinte, dass dies, wenn überhaupt, im April des kommenden Jahres eintreten könne.[29]

Der Wendepunkt

Zu der Zeit, als Friedrich Wilhelm diese Zeilen schrieb, wurde er bereits von den Ereignissen überrollt. Am 20. Dezember 1812 hatten die ersten Vortrupps der russischen Armee die Grenze zu Ostpreussen überschritten. Nach den Bestimmungen des Bündnisvertrags mit Frankreich wäre es nunmehr Aufgabe des preussischen Generals Yorck gewesen, den weiteren Vormarsch der Russen zu stoppen und damit den Abzug der Überreste der *Grande Armée* zu decken. Yorck war es immerhin gelungen, 14.000 seiner Männer lebend aus dem Russlandfeldzug nach Hause zu bringen. Er sah sich mit Botschaften vom französischen und russischen Oberkommando konfrontiert. Marschall Alexandre Macdonald schickte Befehle, die französische Flanke gegen russische Angriffe zu decken. Von dem russischen Oberbefehlshaber General Diebitsch kamen dringende Bitten, Macdonald aufzugeben und die Russen ungehindert passieren

32. Anonym,
Hans David Ludwig Graf Yorck.

zu lassen. Am 25. Dezember trafen sich Yorck und Diebitsch und vereinbarten, dass einer der Preussen im russischen Hauptquartier bevollmächtigt werde, die Verhandlungen weiterzuführen. Der Mann, der diesen Auftrag erhielt, war kein anderer als der Reformer, Patriot und Militärtheoretiker Carl von Clausewitz, der im selben Jahr erst aus dem preussischen Dienst ausgeschieden war.

Am Abend des 29. Dezember erklärte Clausewitz Yorck, dass die Russen nicht weit entfernt und in sehr grosser Zahl ständen. Jeder Versuch, sich mit Macdonald zu vereinigen, dessen kleines Korps von dem preussischen Kontingent getrennt worden war, sei zwecklos. Beeindruckt von den zwingenden Argumenten Clausewitz' und der Aufrichtigkeit seiner Überzeugung stimmte Yorck am Ende zu: «Ihr habt mich. Sagt dem General Diebitsch, dass wir uns morgen früh auf der Mühle von Poscherun [in der Nähe der litauischen Stadt Tauroggen, 40 Kilometer östlich der preussischen Grenze] sprechen wollten und dass ich jetzt fest entschlossen bin, mich von den Franzosen und ihrer Sache zu trennen.»[30] Das Treffen wurde für den nächsten Morgen auf acht Uhr angesetzt. Nach den Bestimmungen der dort getroffenen Vereinbarung, der so genannten Konvention von Tauroggen, verpflichtete Yorck sich, sein Korps für einen Zeitraum von zwei Monaten zu neutralisieren und die Russen ungehindert preussisches Territorium passieren zu lassen.

Dies war eine denkwürdige Entscheidung. Yorck hatte keinerlei Vollmacht, die Politik seiner Regierung derart zu hintertreiben.[31] Sein Übertritt war nicht nur Ungehorsam, er war Verrat. Dies bedrückte den Mann schwer, der von sei-

ner Herkunft und seinem Naturell her konservativer Royalist war. Yorck versuchte, seine Handlungsweise in einem bemerkenswerten Brief zu rechtfertigen, den er am 3. Januar 1813 an Friedrich Wilhelm schrieb:

«Ew. K. M. kennen mich wie einen ruhigen, kalten sich in die Politik nicht einmischenden Mann, so lange alles im gewöhnlichen Gang ging, musste jeder treue Diener ja den Zeitumständen folgen, das war Pflicht. Die Zeitumstände haben aber ein ganz anderes Verhältnis herbey geführt und es ist ebenfalls Pflicht, diese nie wieder zurückkehrenden Verhältnisse zu benutzen. Ich spreche hier die Sprache eines alten, treuen Dieners, diese Sprache ist die fast allgemeine der Nation, der Ausspruch Ew. M. wird alles neu beleben und entusiasmieren, wir werden uns wie echte alte Preussen schlagen und der Thron Ew. K. M. wird für die Zukunft felsenfest und unerschütterlich dastehen. [...] Ich erwarte nun sehnsuchstvoll den Ausspruch Ew. M. ob ich gegen den wirklichen Feind vorrücke oder ob es die politischen Verhältnisse erheischen, dass Ew. K. M. mich verurtheilen. Beides werde ich mit treuer Hingebung erwarten und ich beschwöre E. K. M., dass ich auf dem Sandhaufen ebenso ruhig wie auf dem Schlachtfelde, auf dem ich grau geworden bin, die Kugeln erwarten werde.»[32]

Das vielleicht Bemerkenswerteste an diesem Brief ist der Umstand, dass er – abgesehen von den oberflächlichen Loyalitätsbekundungen – kaum Zugeständnisse an den Standpunkt des Monarchen macht. Vielmehr stellt Yorck Friedrich Wilhelm vor die Wahl, seine Handlung zu billigen oder ihn wegen Ungehorsams zum Tode zu verurteilen. Darüber hinaus macht der Verweis auf den «wirklichen Feind», im Gegensatz zu dem Feind, der durch die Aussenpolitik Berlins projiziert wurde, deutlich, dass Yorck sich eine der elementaren Eigenschaften der Souveränität angemasst hat, nämlich das Recht zu entscheiden, wer Freund ist und wer Feind. Damit nicht genug, rechtfertigt Yorck seinen Akt der Usurpation auch noch mit einem impliziten Appell an die ultimative Autorität der notleidenden, preussischen «Nation».

Das waren verblüffend radikale Worte von einem Mann, der sich anfangs von den Militärreformern distanziert hatte. In den Jahren 1808/09 war Yorck ein erbitterter Gegner des bewaffneten Aufstands gewesen, mit der Begründung, dass dies eine allzu grosse Gefahr für die politische und gesellschaftliche Ordnung berge. In dem Masse wie der Druck zunahm, hatte er jedoch angefangen, sich stärker für die populistischen Pläne der Patrioten zu interessieren. Je mehr

er über den Gedanken eines Volksaufstands nachdenke, hatte er Scharnhorst im Sommer 1811 mitgeteilt, desto «absolut notwendiger» erscheine er ihm. In einer Denkschrift, die er dem König Ende Januar 1812 vorgelegt hatte, schilderte er einen Plan, mit Hilfe von gezielten Aufständen in Westpreussen französische Divisionen zu binden und die Stosskraft des Hauptvormarsches zu schwächen.[33] Besser als durch diese verspätete Bekehrung eines eingeschworenen Konservativen für die Sache der Nation lässt sich kaum veranschaulichen, welche Faszination die Ideen ausübten, mit denen die Reformer sich beschäftigten.

Bereits gegen Ende der ersten Februarwoche 1813 war die gesamte Provinz Ostpreussen dem direkten Zugriff durch die Berliner Regierung entzogen worden. Stein betrat die Provinz als Funktionär der russischen Regierung und sah sich ermächtigt, in den befreiten Gebieten direkt die Autorität auszuüben – und das tat er denn auch mit der gewohnten Taktlosigkeit.

Mehrere Handelsbeschränkungen, die mit dem napoleonischen System der Kontinentalzölle zusammenhingen, wurden ohne Rücksprache mit den regionalen Behörden aufgehoben, und die preussische Finanzverwaltung wurde trotz energischer Proteste gezwungen, zu einem festen Wechselkurs russisches Papiergeld anzunehmen. Da Stein mit seinem Status als «Bevollmächtigter des russischen Kaisers» protzen wollte, berief er sogar die ostpreussischen Provinzstände ein, um über die Organisation des bevorstehenden Kriegs gegen Frankreich nachzudenken. «Klugheit, Ehre, Vaterlandsliebe, Rache gebieten», schrieb er Yorck in einem Brief Anfang Februar, «keine Zeit zu verlieren, den Volkskrieg aufzurufen, die Waffen zu ergreifen und jede Kraft anzuspannen, um die Fesseln des frechen Unterdrückers zu brechen und die erlittene Schmach mit Blut seiner verruchten Banden abzuwaschen.»[34] Stein wollte, dass Yorck die erste Sitzung der Stände mit einer flammenden Rede eröffnete, doch Yorck konnte sich nicht mit einer Rolle anfreunden, in der er als Agent russischer Interessen erscheinen würde. Er willigte jedoch ein teilzunehmen, falls die Stände ihn offiziell einladen würden.

Am 5. Februar kamen die «Vertreter der Nation», wie sie damals allgemein genannt wurden, im Sitzungssaal des Gebäudes des Provinziallandtages in Königsberg zusammen. Am Kopfende sass der Präsident, zu seiner Rechten sieben Mitglieder des Ständeausschusses, flankiert von den Deputierten des Provinzadels, der freien Bauern und der Städte. Fast als erste Amtshandlung wurde be-

schlossen, eine Delegation zu Yorck zu schicken und ihn einzuladen, seine Vorschläge vor der Versammlung zu präsentieren. Die Deputierten waren sich mit Sicherheit im Klaren darüber, wie gewagt dieser Schritt war: Anfang Februar war allgemein bekannt, dass Yorck aus dem Dienst entlassen worden war, dass man seine Verhaftung angeordnet hatte und dass er beim König in Ungnade gefallen war. Der Aufstand, der in Ostpreussen im Gange war, weitete sich nunmehr so sehr aus, dass auch die politische Klasse der Provinz davon erfasst wurde.

Yorck trat nur kurz vor der Versammlung auf und drängte darauf, einen Ausschuss zu bilden, der die weiteren Kriegsvorbereitungen überwachen sollte. Er schloss mit den charakteristisch markigen Worten: «Ich hoffe, die Franzosen zu schlagen, wo ich sie finde; ich rechne hierbei auf die kräftige Theilnahme Aller, ist die Übermacht zu gross, nun werden wir ruhmvoll sterben zu wissen.» Diese Worte wurden mit donnerndem Beifall und Jubelrufen begrüsst, doch Yorck hob die Hand, um sich Gehör zu verschaffen, und sagte: «Auf dem Schlachtfeld bitte ich • mir das aus!» Dann drehte er sich um und ging. Noch am selben Abend traf sich in Yorcks Wohnung ein Ausschuss und vereinbarte die Einberufung einer Landwehr von 20.000 Mann mit 10.000 Reservisten. Die Exemtionen, die im alten Kantonsystem möglich waren, wurden abgeschafft; alle erwachsenen Männer bis zum Alter von 45 Jahren, mit Ausnahme von Lehrern und Geistlichen, wurden für diensttauglich erklärt und mussten mit der Einberufung rechnen, unabhängig von Stand oder Religion – die letzte Klausel implizierte, dass Juden zum ersten Mal der Wehrpflicht unterlagen. Geplant war, die Truppenquoten in erster Linie mit Freiwilligen aufzufüllen, und erst wenn sich dies als unzureichend erweisen sollte, erfolgte die Einberufung nach dem Losverfahren. Das Idealbild einer Nation unter Waffen, die sich gegen den Feind erhebt, war endlich Realität geworden. In diesem Prozess wurde die Autorität des monarchischen Staates fast gänzlich von den Ständen übernommen, die nunmehr ihre traditionelle Funktion als Organe der Provinzregierung wieder einnahmen.[35]

In Berlin distanzierte sich die Regierung in den Januarwochen allmählich von dem Bündnis mit Frankreich. Am 21. Januar verliess Friedrich Wilhelm, nach Gerüchten, die Franzosen hätten die Absicht, ihn gefangen zu nehmen, Potsdam und zog mit Hardenberg und einem Gefolge von rund 70 Personen nach Breslau

in Schlesien, wo er vier Tage später eintraf. In der ersten Februarwoche, als der Landtag in Königsberg sein Treffen vorbereitete, waren der König und sein Beraterkreis immer noch unsicher und unentschlossen. An der Seite Frankreichs zu bleiben, schien angesichts der Ereignisse im Osten unmöglich, doch ein offener Bruch mit Frankreich barg die Gefahr einer völligen Abhängigkeit von Russland. Das Dilemma der exponierten Lage Preussens zwischen den Mächten in Ost und West hatte sich nie dramatischer gezeigt. Die westlichen Provinzen konnten immer noch Opfer französischer Vergeltungsschläge werden; Ost- und Westpreussen standen bereits mehr oder weniger unter russischer Besatzung. Angesichts dieses grundlegenden Dilemmas wirkte der Hof in Breslau wie gelähmt. Der König erwecke den Eindruck, beobachtete Hardenberg in einer privaten Notiz vom 4. Februar, als wisse er «noch nicht recht, was er will»[36].

Um diese Zeit begann der König jedoch, Entscheidungen zu billigen, die auf eine tatkräftigere Politik hindeuteten. Scharnhorst wurde aus dem Ruhestand zurückgerufen, und am 8. Februar wurden Freiwillige dazu aufgerufen, Freikorps aus Jägern zu bilden. Einen Tag später wurden die Befreiungen von der Kantonspflicht aufgehoben, damit galt, zumindest zeitweilig, eine allgemeine Wehrpflicht. Es war fast so, als beeile die Regierung sich, mit den Entwicklungen in den Ostprovinzen Schritt zu halten. Doch diese Massnahmen reichten nicht aus, um den rapiden Vertrauensverlust des Königs und seiner Ratgeber in der Öffentlichkeit kurzfristig aufzuhalten. Mitte Februar hatte sich die aufrührerische Stimmung über die Oder bis in die Neumark ausgeweitet, und es kursierten bereits Gerüchte von einer Revolution, falls der König nicht sofort seine Solidarität mit Russland signalisierte. Selbst der Hugenotte und Prediger Ancillon, einer der vorsichtigsten und schmeichlerischsten Berater des Königs, warnte ihn in einer Denkschrift vom 22. Februar, dass es «*le vœu général de la nation*» (der allgemeine Wille der Nation) sei, dass der König sein Volk in einem Krieg gegen Frankreich anführe. Falls er dies nicht tue, warnte Ancillon, werde er von den Ereignissen «hinweggespült».[37]

Erst in den letzten Februartagen beschloss der König endlich, sich auf Gedeih und Verderb mit den Russen zu vereinen und ganz offen mit Napoleon zu brechen. In Kalisch und Breslau wurde am 27./28. Februar 1813 ein Vertrag mit den Russen unterzeichnet, in dem die Russen einwilligten, Preussen ungefähr in den Grenzen von 1806 wiederherzustellen. Nach den Bedingungen des Vertrags sollte Preussen den grössten Teil der polnischen Gebiete, die es im Zuge

der Zweiten und Dritten Teilung erhalten hatte, an Russland abtreten, allerdings einen Landkorridor (zusätzlich zu Westpreussen) zwischen Schlesien und Ostpreussen behalten. Die Russen willigten ihrerseits ein, dass Preussen für diese Zugeständnisse in Polen durch die Annektierung von Territorien aus den gemeinsamen Eroberungen der Verbündeten in Deutschland entschädigt werden solle – informelle Gespräche liessen darauf schliessen, dass Sachsen, dessen König immer noch mit Napoleon verbündet war, dem aller Wahrscheinlichkeit nach zum Opfer fallen würde.

Scharnhorst wurde in Zar Alexanders Hauptquartier entsandt, um die Gespräche über eine gemeinsame Kriegsstrategie aufzunehmen. Offiziell wurde der Bruch mit Frankreich am 17. März bekannt gegeben, und am 25. März gaben das russische und preussische Oberkommando die gemeinsame Erklärung von Kalisch ab. Der russische Zar und der preussische König wollten sich die nationale Begeisterung zunutze machen, indem sie Unterstützung für ein vereintes Deutschland versprachen. Eine Kommission unter Steins Vorsitz wurde gegründet, die Truppen aus allen deutschen Territorien rekrutieren und die künftige politische Organisation von Süd- und Westdeutschland planen sollte. Die preussische Regierung gab sich mittlerweile grosse Mühe, einen Teil des Bodens wiedergutzumachen, den sie an die Kräfte des Aufstands verloren hatte. Am 17. März hielt der König die berühmte Ansprache «An mein Volk», in der er die bislang zurückhaltende Politik der Regierung rechtfertigte und sein Volk dazu aufrief, sich gegen die Franzosen zu erheben, jede einzelne Provinz. Die Ansprache hatte der Königsberger Theodor Gottlieb Hippel, der 1811 unter Hardenberg in die Staatskanzlei eingetreten war, geschrieben. Er wählte einen behutsamen Mittelweg zwischen der aufrührerischen Wortwahl der radikalen Patrioten und der hierarchischen Ordnung des traditionellen Absolutismus. Es wurden Parallelen gezogen zu den konservativ motivierten Aufständen in der Vendée (1793), in Spanien (1808) und in Tirol (1808), aber ganz bewusst nicht zu der revolutionären *levée en masse* der Franzosen von 1793, und der Versuch wurde unternommen, die gegenwärtigen Ereignisse in eine Tradition der dynastischen Führung der Hohenzollern einzubetten.[38] Das Edikt vom 21. April, mit dem der so genannte Landsturm gegründet wurde, war wohl die radikalste offizielle Verlautbarung jener Wochen – dort hiess es, dass Offiziere des Landsturms gewählt werden sollten. Die Wählbarkeit in den Offiziersrang war allerdings auf bestimmte soziale und berufliche Gruppen begrenzt.[39]

Anfang März war Breslau das Zentrum der Operationen geworden, nicht nur für das preussische und russische Oberkommando, sondern auch für die blühende Freiwilligenbewegung. Während sich Friedrich Wilhelm III., Scharnhorst, Gneisenau und Blücher im Schloss mit ihren neuen russischen Verbündeten trafen, um den bevorstehenden Feldzug zu koordinieren, strömten scharenweise Freiwillige zum «Hotel Szepter», das nicht weit davon entfernt war, und meldeten sich zum Dienst unter Major Ludwig Adolf Wilhelm von Lützow. Lützow war ein preussischer Offizier aus Berlin, der in Schills Husarenregiment gedient hatte und 1813 vom König ermächtigt wurde, ein Freikorps aus Jägern aufzustellen. Das Lützow'sche Freikorps, wegen seiner dunklen, weit geschnittenen Uniformen auch als die «Schwarze Schar» bekannt, zählte am Ende etwa 3'000 Mann. Zu den fleissigsten Werbern von Freiwilligen zählte Friedrich Ludwig Jahn, der mit einer Schar eifriger Turner nach Breslau gekommen war und bereits so etwas wie eine Kultfigur war. Ein junger Soldat der regulären Armee beobachtete den Kult um Jahn sichtlich mit gemischten Gefühlen und notierte, dass «[...]die Turner, seine ungeschlachten Jäger, [ihn] wie eine Art von Messias anstaunen»[40]. Der junge Adelige Leopold von Gerlach, der gegen Ende Februar nach Breslau kam, war verblüfft über den Tatendrang und die heitere Stimmung in der Stadt. Eines Abends sei, so Gerlach, Staatskanzler Hardenberg noch im Theater gesehen worden, wie er mit dem französischen Botschafter freundschaftlich plauderte, um den Schein zu wahren. Doch auf den Strassen seien bereits die Vorbereitungen auf den Krieg im vollen Gange. Soldaten seien auf den Wällen, der Ringstrasse und vor den Stadttoren beim Exerzieren zu sehen; die Strassen seien mit Pferden überfüllt, die ge- und verkauft würden; am Strassenrand drängten sich Juden, die Musketen, Pistolen und Säbel verkauften, «fast alle, Handwerker wie Schreiner, Schwerdtfeger, Schuster, Riemer, Hutmacher, Sattler arbeiten für den Krieg»[41].

Während die verbündeten Kommandeure in Breslau Pläne schmiedeten, bereitete sich auch Napoleon auf einen Krieg in Deutschland vor und stellte eine neue Armee aus Veteranen und frischen Rekruten auf, die man in den Satellitenstaaten des Rheinbundes ausgehoben hatte. Napoleons Erfolgsgeschichte, sein Charisma und Ansehen waren noch so stark, dass die wenigsten deutschen Landesherren daran dachten, die Seite zu wechseln; die Angst vor seiner Stärke wurde begleitet von der Sorge, dass ein landesweiter Aufstand nicht nur die französischen Garnisonen, sondern auch die deutschen Throne hinwegfegen

würde. Selbst der belagerte König von Sachsen, der kurz gewankt hatte, stellte sich im Mai wieder unter französischen Schutz, nicht zuletzt weil er erkannt hatte, dass die Verbündeten (insbesondere Preussen) eine grössere Gefahr für die Integrität seines Königreiches darstellten als Napoleon. Somit stand den Bündnispartnern ein langer und ungewisser Kampf gegen einen Feind bevor, der immer noch über die Ressourcen und Truppen eines grossen Teils des deutschsprachigen Europas verfügte.

Die Befreiungskriege, wie sie später genannt wurden, begannen ungünstig für die Koalition. Es war vereinbart, dass die preussische Armee unter einem russischen Oberkommando operieren sollte – ein bezeichnender Indikator für Preussens untergeordnete Stellung innerhalb der Koalition –, aber anfangs bereitete die Koordination der beiden Befehlsstrukturen gewisse Schwierigkeiten. Ende März hatten die Verbündeten sächsischen Boden betreten, doch am 2. Mai wurden sie in der Schlacht von Grossgörschen geschlagen. Napoleons Sieg war aber teuer erkauft: Die Preussen hatten 8‘500 und die Russen 3‘000 Toten und Verwundete zu beklagen, die französischen Truppen dagegen 22.000. Dieses Muster wiederholte sich in der Schlacht bei Bautzen am 20./21. Mai. Napoleon zwang zwar die Verbündeten zum Rückzug, verlor aber erneut über 20.000 Mann – doppelt so viele wie die Russen und Preussen. Die Verbündeten mussten sich aus Sachsen nach Schlesien zurückziehen, doch ihre Armeen blieben intakt.

Dies war kein ermutigender Beginn. Dennoch gab die Heftigkeit des Widerstands Napoleon zu denken. Am 4. Juni stimmte er einem vorübergehenden Waffenstillstand mit Zar Alexander und Friedrich Wilhelm III. zu. Später sollte Napoleon diese Feuerpause als den entscheidenden Fehler einstufen, der ihn die Vorherrschaft in Deutschland kostete. Damit mass er dem Ereignis zwar allzu grosse Bedeutung zu, doch damals hatte er mit Sicherheit die Lage falsch eingeschätzt. Die Verbündeten nutzten die Atempause nicht nur dazu, ihre Truppen aufzustocken und neu auszurüsten, sondern auch dazu, die Kriegsbemühung auf eine solidere finanzielle Basis zu stellen, indem sie am 14./15. Juni in Reichenbach ein Bündnis und Unterstützungsverträge mit Grossbritannien schlossen. Zusätzlich zu direkten Subsidien in Höhe von insgesamt zwei Millionen Pfund, von denen Preussen ein Drittel (etwa 3,3 Millionen Taler) erhalten sollte, willigte Grossbritannien ein, fünf Millionen Pfund in Papiergeld auszugeben, eine besondere, von London garantierte Währung, mit der die verbün-

deten Regierungen Kriegskosten decken konnten und die nach Kriegsende gemeinsam von den drei Vertragspartnern eingelöst werden sollte.[42] In einem Krieg, der Grossbritannien bereits einen historischen Rekordschuldenberg eingebracht hatte, war dies der bislang grösste Subsidienvertrag.

Vorrangiges Ziel der Bündnispartner nach dem 4. Juni war es, Österreich zum Beitritt zur Koalition zu überreden. Klemens Wenzel Fürst von Metternich, der österreichische Aussenminister, war in den ersten Monaten von 1813 zur russisch-preussischen Koalition auf Distanz gegangen. Die österreichische Regierung betrachtete Russland bereits als eine Gefahr auf dem Balkan und wollte auf keinen Fall Napoleons Kontrolle über Deutschland durch eine russische Hegemonie ersetzen. Aber nach der Unterzeichnung des Vertrags von Reichenbach, gefolgt von einem Bündnis mit Schweden am 22. Juli, wurde deutlich, dass die Zukunft Europas auf dem Spiel stand und Wien es sich nicht länger leisten konnte, untätig zuzuschauen. Im Sommer versuchte Metternich, einen europäischen Frieden zu vermitteln, den Napoleon akzeptieren würde, während er um dieselbe Zeit (in Reichenbach am 27. Juni) die Bedingungen für gemeinsame Operationen mit den Verbündeten absprach, falls die Vermittlung scheitern sollte. Als Metternichs Bemühungen, einen Frieden auszuhandeln, an Napoleons kompromissloser Haltung scheiterten, beschloss Österreich schliesslich, in die Koalition einzutreten. Den Waffenstillstand vom 4. Juni liess man am 10. August 1813 auslaufen; am folgenden Tag trat Österreich offiziell der Koalition bei und erklärte Frankreich den Krieg.

Die Waagschale hatte sich damit krass zu Ungunsten Frankreichs geneigt. Die Österreicher stellten 127.000 Mann. Die Russen hatten während des Frühjahrsfeldzuges ein Heer von 110.000 Mann ins Feld geführt, und diese Zahl stieg ständig weiter, weil neue Rekrutenkolonnen eintrafen. Schweden stellte eine Streitmacht von 30.000 Mann unter dem Kommando des ehemaligen französischen Marschalls Jean-Baptiste Jules Bernadotte, inzwischen Kronprinz von Schweden. Nach den neuen Wehrpflichtgesetzen war Preussen imstande, ein gewaltiges Kontingent von 228.000 Infanteristen, 31.000 Kavalleristen und 13.000 Artilleristen ins Feld zu führen. Auf dem Höhepunkt der Kämpfe standen etwa sechs Prozent der preussischen Bevölkerung unter Waffen. Gegen diese beeindruckende multinationale Streitmacht konnte Napoleon 442.000 kampfbereite Soldaten aufbieten, von denen viele schlecht ausgebildete und wenig motivierte junge Rekruten waren.

Napoleon konzentrierte seine Truppen um Dresden, auf dem Gebiet seines loyalen Verbündeten, des Königs von Sachsen, und hoffte, es würde sich eine Gelegenheit bieten, der einen oder anderen Armee der Koalition einen vernichtenden Schlag zu versetzen. Die Verbündeten wählten ihrerseits eine konzentrische Strategie: Eine schwedisch-preussische Nordarmee unter dem Kommando Bernadottes rückte von Brandenburg aus nach Süden vor, nachdem sie Berlin wieder eingenommen hatte, während Blücher die Schlesische Armee östlich von Napoleon befehligte. Von Süden her rückte die Hauptarmee von Böhmen unter Schwarzenberg an. Trotz der zahlenmässigen Überlegenheit der Verbündeten war es nicht einfach, sich Napoleon zu nähern. Er hatte den Vorteil der inneren Linien, also die kürzeren Wege, und war durchaus imstande, rasch und vernichtend zuzuschlagen. Die Verbündeten hatten mit den üblichen Problemen von Koalitionstruppen zu kämpfen: Die Beziehungen zwischen und innerhalb des preussischen, schwedischen und österreichischen Kommandos waren nicht gerade harmonisch, und den weit verstreuten Truppenteilen fiel es schwer, den Ring um Napoleon enger zu ziehen, ohne sich der Gefahr eines möglicherweise vernichtenden, französischen Angriff auszusetzen. Die dritte Augustwoche brachte drei Siege und eine Niederlage mit sich. Die «Armée de Berlin» unter dem französischen General Oudinot, eine Streitmacht, die sich zum grössten Teil aus sächsischen, fränkischen und anderen deutschen Kontingenten zusammensetzte, wurde am 23. August in einer Schlacht bei Grossbeeren geschlagen, als sie sich der preussischen Hauptstadt näherte. Ein französisches Korps von 10.000 Mann auf dem Weg nach Brandenburg, um Oudinot zu unterstützen, wurde anschliessend bei Hagelberg angegriffen und aufgerieben. Bei beiden Gefechten spielten Männer der preussischen Landwehr eine zentrale Rolle. Am 26. August fügte Blüchers Schlesische Armee einer Streitmacht von 67.000 Mann aus Frankreich und dem Rheinbund unter Macdonald schwere Verluste zu; fast die Hälfte von Macdonalds Heer kam um oder geriet in Gefangenschaft. Doch diese Erfolge wurden bis zu einem gewissen Grad durch eine erbitterte Schlacht am Stadtrand von Dresden am 26727. August ausgeglichen, bei der Schwarzenbergs Hauptarmee von Napoleon unter hohen Verlusten (mehr als 35.000 Mann) nach Böhmen zurückgeschlagen wurde.

Angespornt von seinem Erfolg bei Dresden konzentrierte Napoleon sich nun darauf, eines der Koalitionsheere beim Anmarsch aufzuspüren und vernichtend

zu schlagen. Er vertraute darauf, dass es ihm durch den Vorteil der inneren Linie gelingen würde, stärkere Truppen zusammenzuziehen als seine Gegner. Er trieb seine Männer durch die breite Lücke zwischen den Flüssen Saale und Elbe und hielt Ausschau nach Bernadottes Nordarmee oder Blüchers Schlesischer Armee, weil er von beiden wusste, dass sie sich in dem Raum aufhielten. Doch beide wichen ihm nach Westen über die Saale aus.

An diesem Punkt hatte Napoleon kaum noch Optionen. Er konnte nicht vom Kriegsschauplatz abziehen, ohne sich gefährlichen Angriffen durch irreguläre Truppen und Kosaken auszusetzen, ganz zu schweigen von den feindlichen Armeen, die allesamt noch intakt und gefechtsbereit waren. Die Stimmung in Frankreich kippte. Man war entschlossen gegen eine Fortsetzung des Konflikts. Unter Zeitdruck, denn auch seine Vorräte gingen zur Neige, entschloss sich Napoleon, seine Truppen um Leipzig herum zu konzentrieren, die Ankunft der Feinde abzuwarten und die Schlacht zu akzeptieren. Somit wurde die Stadt zum Schauplatz für die bis heute grösste Einzelschlacht in der Geschichte Kontinentaleuropas, womöglich der Menschheit. Die Schlacht von Leipzig ist zu Recht die «Völkerschlacht» genannt worden, denn unter den 500.000 Mann, die an ihr teilnahmen, befanden sich Franzosen, Deutsche (auf beiden Seiten), Russen, Polen, Schweden, so gut wie alle Nationalitäten der Habsburger Monarchie, ja sogar eine spezielle britische Raketenbrigade, die erst ein Jahr zuvor gebildet worden war und in Leipzig zum ersten Mal zum Einsatz kam.

Am Abend des 14. Oktober hatte Napoleon 177.000 Mann in und um die Stadt zusammengezogen. Früh am nächsten Morgen traf Schwarzenbergs Armee, ein gewaltiges Korps mit knapp über 200.000 Mann, südlich der Stadt auf französische Truppen unter Murat. Ein grosser Teil des 15. Oktober verging mit Patrouillen und kleinen Scharmützeln, während die beiden Armeen die Positionen des Gegners auskundschafteten. Unterdessen rückte Blüchers Schlesische Armee, deren genaue Position Napoleon nicht kannte, von Nordwesten her entlang der Flüsse Saale und Elster vor. Am folgenden Tag, dem 16. Oktober, überwogen heftige Gefechte auf einem breiten Landstreifen um die Stadt, als Schwarzenberg von Süden und Blücher von Norden her angriffen und sich ein kleines alliiertes Korps aus 19.000 Mann durch die Wälder im Westen der Stadt schlug. Am Ende des Tages hielt Napoleon im Süden noch zum grossen Teil die Front, doch im Nordwesten war er zurückgeschlagen worden. Seine Stellungen um

Möckern waren nach einem heftigen Gefecht mit den Preussen des 1. Korps der Schlesischen Armee unter General Yorck zusammengebrochen. Yorck war zwar inzwischen wieder in den Dienst aufgenommen worden, doch der König hatte ihm noch nicht verziehen.

Als die Dunkelheit hereinbrach, war der Ausgang der Schlacht offen. Beide Seiten hatten ungeheure Verluste zu beklagen: Die Franzosen hatten fast 25.000 Mann verloren, die Alliierten 30.000. Doch dies waren günstige Vorzeichen für die Verbündeten. Während Napoleon nämlich nur insgesamt 200.000 Mann aufbieten konnte, einschliesslich der restlichen Reserven, würde die Zahl der Koalitionstruppen, die um Leipzig zusammengezogen waren, nach dem Eintreffen der Nordarmee und der Polnischen Armee unter Bennigsen 300.000 Mann betragen. Darüber hinaus nahm der Einfluss Napoleons auf seine deutschen Verbündeten ab. Im Laufe des 16. Oktober erhielt er eine Meldung, dass eine Armee aus 30.000 Bayern zu den Österreichern übergelaufen sei und beabsichtige, Napoleons Nachschublinien nach Frankreich zu blockieren.[43]

Der französische Kaiser dachte über einen Rückzug nach, beschloss aber am Ende, mit dem Abzug bis zum 18. abzuwarten, weil er immer noch hoffte, ein verhängnisvoller Fehler der Verbündeten würde ihm eine Gelegenheit bieten, das Kriegsglück zu wenden. Natürlich versuchte er auch, in gewohnter Manier, den Feind zu spalten, indem er Österreich einen Separatfrieden anbot, doch seine Initiative hatte lediglich den Effekt, dass seine Gegner nunmehr überzeugt waren, er sei am Ende. Am folgenden Tag (17. Oktober) blieb es, abgesehen von einigen Scharmützeln, ruhig, weil sich alle Armeen zur Vorbereitung auf das entscheidende Gefecht eine Ruhepause gönnten. Etliche Lücken zwischen den angreifenden Truppen wurden geschlossen. Unterdessen füllten sich die Leipziger Strassen mit Verwundeten von beiden Seiten. «Man hat seit gestern Abend», schrieb der Leipziger Schriftsteller Friedrich Rochlitz am 17. Oktober in sein Tagebuch, «unaufhörlich mit Verbinden und Unterbringen der Verwundeten sich abgearbeitet, und noch immer liegen nicht wenige am Markte und in den angrenzenden Strassen unversorgt auf den Steinen, so dass an mehreren Stellen man, ganz wörtlich genommen, durch Blut schreitet»[44].

Am 18. Oktober stiessen die Verbündeten bis zum Stadtrand Leipzigs vor und zogen die Schlinge um die französischen Truppen enger. In dieser Phase der Schlacht kam dem preussischen General Bülow eine wichtige Rolle zu, dessen

Korps Teil der Nordarmee unter Bernadotte war. Bülow führte den Vormarsch von Osten her über den Fluss Parthe an und trug die Hauptlast der Kämpfe um die östlichen Zufahrten zur Stadt. Einmal mehr erlitten beide Seiten schwere Verluste. Die Verbündeten verloren weitere 20.000 Mann; die Franzosen waren überwiegend in der Defensive geblieben und hatten vielleicht die Hälfte der Zahl verloren. Es kam auch zu weiteren Überläufen, allen voran 4000 Sachsen, die Reyniers Korps zugeteilt waren und ganz einfach in geschlossenen Reihen zu den Alliierten marschierten. Zu den Augenzeugen dieses bemerkenswerten Seitenwechsels zählte Marschall Macdonald, der durch das Fernrohr beobachtete, wie die Sachsen, während sie einen erfolgreichen Vorstoss gegen die Verbündeten anführten, einfach kehrtmachten und ihre Waffen auf die Franzosen richteten, die ihnen folgten. «Kalten Blutes, in himmelschreiender Weise», erinnerte er sich später, «schossen sie die Ahnungslosen nieder, mit denen sie bis hierher in treuer Waffenbrüderschaft gefochten.»[45] Verzweifelte Versuche Marschall Neys, die Reihen zu schliessen und einen Gegenangriff zu führen, wurden von der britischen Raketenbrigade zunichte gemacht, deren Congreve'sche Raketen, benannt nach dem britischen Erfinder William Congreve, unter den vorrückenden Kolonnen Angst und Schrecken verbreiteten.

Die Schlacht war entschieden. Napoleon erkannte, dass keine Hoffnung mehr bestand, die Katastrophe abzuwenden, und gab Befehl, in den frühen Morgenstunden im Schutz der Dunkelheit den Abzug der Truppen zu beginnen. Um elf Uhr am Vormittag des 19. Oktober hatte der französische Kaiser bereits die Stadt verlassen und eilte an den Rhein zurück. Eine Nachhut von 30.000 Mann blieb in der Stadt und deckte den Rückzug. Doch die Schlacht war damit noch längst nicht vorbei, denn die Verteidiger, von denen durchschnittlich vier jeden Meter der inneren Befestigung besetzten, hatten nicht die Absicht, sich kampflos zu ergeben. Die Verbündeten rückten in einem weiten Bogen vom Nordwesten bis in den Süden der Stadt vor. Als sich Bülow und sein Korps den östlichen Verteidigungslinien näherten, sahen sie, dass die vordersten Stellungen verlassen waren und dass Hunderte umgestürzte Karren ihnen den Weg verstellten. Ihr Vormarsch geriet ins Stocken, während die Artillerie einen Weg freischoss. Beim Betreten des bebauten Geländes vor der Hauptmauer geriet die Vorhut von Bülows Korps in heftiges Feuer von französischen Scharfschützen auf den Dächern und in den oberen Stockwerken der Gebäude auf beiden Seiten

33. Johann Lorenz Rugendas, *Die Schlacht von Leipzig*, 16.-19. Oktober 1813; Kämpfe vor dem Grimmaischen Tor.

der engen Strasse. Rund 1‘000 Preussen fielen schon in den ersten Minuten. Die Artillerie war so gut wie nutzlos, weil die Männer in direkte Handgemenge mit den verteidigenden Kräften verwickelt wurden, während sie sich ihren Weg von Strasse zu Strasse freikämpften. Bei einem Vorstoss in eine Seitenstrasse wurde ein ostpreussisches Landwehrbataillon von 400 Mann abgeschnitten und von den Verteidigern übel dezimiert; nur die Hälfte kam mit dem Leben davon. Besonders heftig wurde vor dem Grimmaischen Tor gekämpft, wo die sich zurückziehenden Franzosen feststellen mussten, dass sie aus der Stadt ausgeschlossen waren. Die badischen Soldaten, die das Tor von innen besetzt hielten, hatten Anweisung erhalten, niemanden hereinzulassen. Die Franzosen wurden von den heranrückenden Preussen niedergemacht, von denen viele der Bülows Vorhut zugeteilten Landwehr angehörten.

Um die Mittagszeit war im Osten und im Norden der Durchbruch gelungen, den Verteidigern blieb nichts anderes übrig, als über die Elster-Brücke nach Westen zu fliehen und der Grande Armée zu folgen. Napoleon hatte angeordnet, die Brücke zu verminen. Sie sollte bis zum Rückzug gehalten und ge-

sprengt werden, sobald die letzten Verteidiger die Stadt verlassen hatten. Doch der unselige Korporal, dem diese Aufgabe übertragen worden war, geriet in Panik, als er Kosaken heranreiten sah, und zündete die Sprengladungen, als sich noch französische Soldaten und Pferde auf der Brücke drängten. Eine gewaltige Explosion erschütterte die ganze Stadt und zerstörte die einzige Rückzugsroute. Ein makabrer Schauer aus Menschen- und Pferdeteilen ging auf die Fluten des rasch fliessenden Flusses und auf die Strassen und Hausdächer der westlichen Viertel nieder. Die übrigen Verteidiger sassen in der Falle. Einige ertranken bei dem Versuch, den Fluss zu überqueren, andere wurden in die Enge getrieben und getötet, oder streckten die Waffen.

Die Völkerschlacht war vorüber. Sie hatte Napoleon 73.000 Mann gekostet, von denen 30.000 in Gefangenschaft geraten und 5‘000 übergelaufen waren. Die Verbündeten hatten 54.000 Mann verloren, darunter 16.033 Preussen. In diesen drei Tagen der Schlacht waren durchschnittlich jeden Tag mehr als 30.000 Mann gefallen oder verwundet worden. Der dramatische Kampf um die Stadt beendete zwar nicht den Krieg gegen Napoleon, aber das Ende seiner Vorherrschaft in Deutschland war in greifbare Nähe gerückt. Der Weg zum Rhein und sogar nach Frankreich war nunmehr frei.

Die Bedeutung dieser Ereignisse für das Wiederauferstehen Preussens nach der erlittenen Demütigung in Tilsit 1807 kann kaum hoch genug veranschlagt werden. Die Preussen spielten bei dem Feldzug von 1813 eine entscheidende Rolle. Tatsächlich waren sie durchweg das rührigste und aggressivste Glied in dem zusammengesetzten Kommando. Obwohl Bülow in seiner Funktion als Korpskommandeur in der Nordarmee nominell dem zurückhaltenden Bernadotte unterstellt war, missachtete er an mehreren entscheidenden Punkten des Feldzugs die Befehle seines Vorgesetzten und suchte stattdessen das Gefecht mit den französischen Truppen. Bülows erfolgreiche Verteidigung Berlins zum Beispiel, die das Kriegsglück gewendet hatte, war ohne Bernadottes Unterstützung begonnen worden. Während des Marsches der Nordarmee auf Leipzig war es Bülow gewesen, der das Tempo forciert hatte. Der impulsive Blücher missachtete im September ebenfalls einen Befehl des gemeinsamen Kommandos, sich nach Böhmen zurückzuziehen, und marschierte stattdessen die Elbe abwärts. Wenn er den Befehl befolgt hätte, dann hätten die Verbündeten ihre Truppen nicht in diesem entscheidenden Moment gegen Napoleon zusammen-

ziehen können. Eine Kette weitgehend preussischer Siege (bei Dennewitz, Grossbeeren, am Katzbach, bei Hagelberg und Kulm) trug dazu bei, den Rückschlag Schwarzenbergs bei Dresden wettzumachen, und untermauerte den Anspruch Preussens, mit Österreich auf einer Stufe zu stehen.[46]

Dasselbe Muster war während des Feldzugs im folgenden Jahr zu beobachten. Im Februar 1814 argumentierten Schwarzenberg und Metternich, als die Verbündeten sich der französischen Grenze näherten, es sei nunmehr an der Zeit, Frieden mit dem geschwächten Napoleon zu schliessen, der gefahrlos auf dem Thron bleiben könne. Einmal mehr forderte Blücher nachdrücklich eine Fortsetzung des Krieges, während Grolman den preussischen König und den russischen Zaren überredete, Blücher und Bülow die Vereinigung ihrer Truppen zu erlauben und auf eigene Faust die Offensive zu ergreifen.[47] Während das österreichische Kommando den Kampf gegen Napoleon im Geist eines Kabinettskrieges wie im 18. Jahrhundert führte, in dem militärische Siege den Zweck hatten, annehmbare Friedensbedingungen zu erreichen, steckten sich die preussischen Feldherren ein viel ehrgeizigeres Ziel: die Vernichtung von Napoleons Truppen und die Ausschaltung Frankreichs als Kriegsmacht.

Auch an den entscheidenden Schlachten in Flandern von 1815 hatten die Preussen massgeblich Anteil. Am 16. Juni, als die Franzosen bei Ligny den ersten grossen Angriff des Sommerfeldzuges starteten, kämpften die Preussen an vorderster Front und erlitten die grössten Verluste. Nachdem sie bei Ligny schwer geschlagen worden waren, wo Wellington es aus noch heute ungeklärten Gründen versäumt hatte, eine exponierte preussische Stellung zu verstärken, formierten die Preussen sich mit erstaunlicher Schnelligkeit neu und zogen sich um Wavre zusammen. Von hier aus brachen sie am 18. Juni in aller Frühe auf, um zu Wellingtons Streitmacht bei Waterloo zu stossen. Nach einem Gewaltmarsch durch unwegsames Gelände, dessen Boden vom Regen noch lehmig war, erreichte die Vorhut der preussischen 4. Armee unter Graf Bülow am Nachmittag das Schlachtfeld und griff sofort die rechte Flanke der Franzosen bei Plancenoit an. Sie kämpften erbittert um das Dorf. Einige Stunden später, gegen 19 Uhr, traf General Zietens 1. Armeekorps ein und verstärkte Wellingtons linke Flanke. Das war ein entscheidender Moment für den Ausgang der Schlacht. La Haye Sainte, ein befestigter Hof in der Nähe der britischen Linien, war eine Stunde zuvor in die Hände der Franzosen gefallen. Damit war der Weg

frei für einen potenziell entscheidenden Schlag gegen Wellingtons übel zugerichtetes Zentrum. Napoleon schien kurz vor dem Sieg. Durch das Eintreffen Zietens war es Wellington möglich, dringend benötigte Truppen an die verwundbarsten Teile seiner Linie zu verlegen. Napoleon hingegen war gezwungen gewesen, Männer von seinem eigenen Zentrum abzuziehen, um Plancenoit zurückzuerobern, weil die Preussen drohten, den Franzosen in den Rücken zu fallen. Der Alten Garde gelang es kurzzeitig, Plancenoit einzunehmen, aber zwischen 20.00 und 20.30 Uhr fiel das Dorf, nach erbitterten Strassenkämpfen, wieder an die Preussen, die damit den französischen Rückraum kontrollierten. Als Wellington sah, dass die französischen Truppen Hals über Kopf aus Plancenoit flüchteten, nutzte er die Gunst der Stunde und befahl ein allgemeines Vorrücken. Die französischen Reihen fielen endlich auseinander und flohen.[48]

In der kurzen Zeit, die ihnen zur Verfügung stand, hatten die Militärreformer erheblich dazu beigetragen, die Kampfkraft der preussischen Armee zu verbessern, die im Jahr 1806 so eklatant gescheitert war. Besonders auffällig war die Verbesserung der Befehlsstruktur. Zum Teil war dies den Fähigkeiten einer ganzen Reihe hervorragender Generale (Blücher, Yorck, Kleist, Bülow) zu verdanken, die das Debakel von 1806/07 unbeschadet überstanden hatten. Die reformierte Befehlsstruktur war so flexibel, dass Korpskommandeuren auf dem Schlachtfeld ein gewisses Mass an Autonomie gestattet wurde. Generalleutnant Zieten hatte beispielsweise von Blüchers Hauptquartier Befehl erhalten, das preussische 4. Armeekorps bei Plancenoit zu verstärken; erst im letzten Moment beschloss er, diese Anweisung zu ignorieren und Wellingtons linke Flanke zu stützen – eine Insubordination, die möglicherweise die Schlacht für die Koalition rettete.[49] Noch wichtiger war die Integration von Stabsoffizieren in die Kommandostruktur. Zum ersten Mal in der Geschichte der preussischen Armee wurden den obersten Befehlshabern Stabsoffiziere zur Seite gestellt. Gneisenau wurde als Chef des Generalstabs Blücher zugeteilt, und die beiden ergaben ein schlagkräftiges Team, weil jeder die besonderen Fähigkeiten des anderen anerkannte. Als nach dem Krieg Blücher die Ehrendoktorwürde der Universität Oxford verliehen wurde, kommentierte er mit der für ihn charakteristischen Bescheidenheit: «Nu, wenn ich Doktor werden soll, dann müssen sie den Gneisenau wenigstens zum Apotheker machen, denn wir zwei gehören einmal zusammen.»[50] Nicht alle Partnerschaften verliefen so harmonisch wie diese, aber

in der ganzen preussischen Armee entstand durch die neuen Vorkehrungen eine elastischere und kohärentere Kampftruppe.

Es wäre jedoch falsch, daraus zu schliessen, dass die preussische Armee von 1813 bis 1815 ein grundlegend neues Kriegsinstrument war. Die Auswirkungen der Reformbemühungen nach 1807 wurden in den Jahren 1813 und 1814 rasch durch Verluste unter den Veteranen und einen rasanten Zustrom frischer Rekruten verwässert, die man nicht in den neuen Methoden geschult hatte. Es wurde kaum etwas unternommen, um die Feuerkraft durch technische Verbesserungen der Waffen zu erhöhen, nicht zuletzt weil sich die Reformer – wie zu erwarten – in erster Linie auf Mannschaft, Kommunikation und Motivation konzentrierten. Die neue Landwehr war zu dem Zweck entwickelt worden, der regulären Armee eine hoch motivierte Hilfstruppe zur Seite zu stellen. Einzelne Einheiten der Landwehr spielten zwar bei etlichen Gefechten eine wichtige Rolle, doch insgesamt war ihre Leistung durchwachsen. Die Ausbildungsmöglichkeiten waren noch rudimentär, sodass viele Wehrmänner allenfalls die elementarsten Fertigkeiten beherrschten, als sie in den Krieg zogen. Die grosse Mehrheit wusste nichts von den neuen Vorschriften von 1812, die, im Geiste der Militärreformen, die Bedeutung von Schiesskunst und kleinen Gefechten unterstrichen.[51] Die militärische Infrastruktur erwies sich zudem als ausserstande, mit der raschen Ausweitung von Landwehreinheiten fertig zu werden. Noch im Sommer 1815 hatten viele Männer keine Mäntel, Schuhe, nicht einmal Hosen.[52] Uniformen und Ausrüstung wurden von lokalen Behörden finanziert und waren häufig von schlechter Qualität. Entsprechend gross waren auch die Unterschiede in der Kampfkraft. Während die Landwehr der Nordarmee ebenso wirkungsvoll wie die regulären Einheiten an ihrer Seite kämpfte, erwiesen sich die Einheiten, die Blüchers Schlesischer Armee zugeteilt waren, als unzuverlässig, als sie unter Beschuss gerieten.[53]

Die Militärreformer hatten vor allem die Absicht, den patriotischen Enthusiasmus der preussischen Bevölkerung für die Kriegsbemühungen einzuspannen. Auch in diesem Punkt hatten sie nur zum Teil Erfolg. Nicht alle Untertanen der preussischen Krone fühlten sich von den patriotischen Appellen gleichermassen angesprochen. In Teilen Schlesiens und Westpreussens veranlasste die Aushebung von Landwehrregimentern viele dazu, über die Grenze in das russisch besetzte Polen zu fliehen. Viele Kaufleute, Grundbesitzer und Wirte klammerten sich an das alte System der Exemtionen und flehten die Behörden an, ihre Söh-

ne zu übergehen, oder legten dubiose medizinische Atteste vor, die beweisen sollten, dass sie dienstuntauglich seien. Beim Patriotismus gab es nicht nur regionale Unterschiede, sondern auch soziale. Gebildete Männer – Gymnasiasten, Studenten und Männer mit akademischen Abschlüssen – waren in den Freiwilligenkontingenten überrepräsentiert. Sie umfassten nur zwei Prozent der Bevölkerung, aber zwölf Prozent der Freiwilligen. Noch eindrucksvoller sind die Zahlen für die Handwerker, die sieben Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten, aber 41 Prozent der Freiwilligen stellten. Umgekehrt stellten die Bauern, die fast drei Viertel der Bevölkerung des Königreiches ausmachten, nur 18 Prozent der Freiwilligen, und die meisten von ihnen waren entweder landlose Tagelöhner oder freie Bauern aus Regionen ausserhalb des ostelbischen, agrarischen Kernlandes Preussens. Seit den Tagen des Siebenjährigen Krieges liessen sich zwar immer mehr und neue Bevölkerungsschichten von einer patriotischen Begeisterung anstecken, doch sie blieb überwiegend ein städtisches Phänomen.[54]

Innerhalb der aufgezeigten Grenzen reagierten die preussischen Staatsbürger jedoch in einem beispiellosen Ausmass auf den Hilferuf der Regierung. Die Spendenkampagne «Gold für Eisen» brachte 6,5 Millionen Taler an Spenden ein, und der Strom an preussischen Freiwilligen für die Landwehr- und Freikorpsverbände aus Jägern riss nicht ab. Zum ersten Mal strömten junge Männer aus jüdischen Gemeinden, die inzwischen zum Militärdienst zugelassen waren und darauf brannten, ihre patriotische Dankbarkeit für die Emanzipation unter Beweis zu stellen, zu den Waffen, entweder in Freikorps oder in Landwehreinheiten. Eine jüdische Spendenkampagne wurde durchgeführt, in deren Verlauf Rabbiner Kaddischkelche und den Schmuck der Torarollen für den Krieg spendeten.[55]

Es war ein Zeichen der Modernität und der Universalität dieses Krieges, dass Frauen eine wichtige Rolle bei der Unterstützung des Staates durch Wohltätigkeitsveranstaltungen spielten. Zum ersten Mal in der Geschichte warb die Dynastie ausdrücklich um die Unterstützung ihrer weiblichen Untertanen: Der «Aufruf an die Frauen des preussischen Staates», der von zwölf Frauen der Königsfamilie unterschrieben war und im März 1813 veröffentlicht wurde, gab die Gründung eines Frauenvereins zum Wohle des Vaterlands bekannt und drängte «edel gesinnte Frauen und Töchter aus allen Ständen», die Kriegsbemühungen zu unterstützen, indem sie Schmuck, Bargeld, Rohstoffe und Arbeit spendeten.

Zwischen 1813 und 1815 wurden zu diesem Zweck rund 600 Frauenvereinigungen gegründet. Auch hier bildeten die jüdischen Frauen eine auffällige Untergruppe. Rahel Levin (Varnhagen) scharte zwecks einer ehrgeizigen Spendenbeschaffungskampagne einen Kreis wohlhabender Frauen um sich und reiste im Sommer 1813 nach Prag, um die Gründung einer medizinischen Mission zu beaufsichtigen, die sich um die preussischen Verwundeten kümmern sollte. «Ich bin mit unserm Kommissar und unsern Stabschirurgen in Verbindung», schrieb sie an ihren Freund und späteren Mann, Karl August Varnhagen, «habe eine Unzahl Charpie, Binden, Lappen, Socken, Hemden; lasse kochen in mehreren Vierteln der Stadt; sehe zu dreissig, vierzig Jäger und Soldaten des Tages selbst; bespreche, belaufe alles.»[56]

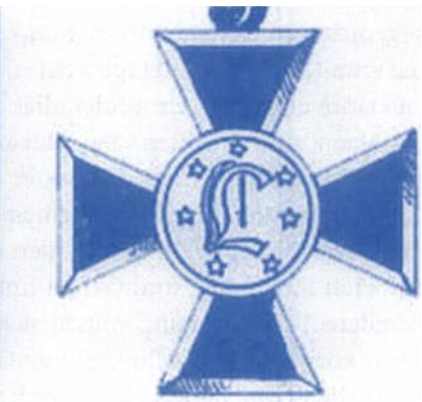
Nichts versinnbildlicht wohl besser den volkstümlichen Charakter der preussischen Mobilisierung als die neuen Auszeichnungen, um hervorragende Dienste für das Vaterland zu ehren. Das Eiserne Kreuz, das auf Anregung des Monarchen entworfen und eingeführt wurde, war die erste preussische Auszeichnung, die allen Dienstgraden verliehen werden konnte. «Der Soldat mit dem Generale ganz gleich, da jedermann doch weiss, wenn er den General und den Soldaten mit derselben Dekoration erblickt, dass der General sich diese Dekoration durch Verdienst in seiner Wirksamkeit, der Soldat aber nur in seiner beschränkten Sphäre erworben haben kann...» Zum ersten Mal wurde hier anerkannt, dass Mut und Initiative Tugenden waren, die in allen Bevölkerungsschichten anzutreffen waren – der König hatte persönlich einen Vorschlag seines Stabs überstimmt, die Auszeichnungen nur an Ränge unterhalb des Oberfeldwebels zu verleihen. Der neue Orden, der offiziell am 10. März 1813 eingeführt wurde, wirkte streng: ein kleines Malteserkreuz aus Gusseisen, verziert nur mit einem Eichenzweig, den Initialen des Königs unterhalb einer Krone und dem Jahr des Feldzuges. Eisen wurde ebenso aus praktischen wie aus symbolischen Gründen gewählt. Edelmetalle waren damals knapp, und Berlin verfügte über ausgezeichnet Giessereien, die sich auf die Verwendung von Gusseisen zu dekorativen Zwecken spezialisiert hatten. Ebenso wichtig war die metaphorische Assoziation mit Eisen: Wie der König in dem denkwürdigen Memorandum vom Februar 1813 festgestellt hatte, befand Preussen sich in einer «eisernen Zeit», «aus welcher nur Eisen und Standhaftigkeit retten kann». In einer aussergewöhnlichen Geste befahl der König, dass für die Dauer des Krieges alle anderen Dekorationen ausgesetzt werden sollten. Damit wurde das Eiserne Kreuz

zu einem Denkmal dieses Krieges. Nachdem die Verbündeten Paris erreicht hatten, befahl der König, das Eiserne Kreuz in alle preussischen Flaggen und Insignien aufzunehmen, die während des Krieges beibehalten worden waren. Schon von der Konzeption her war das Eiserne Kreuz geradezu ausersehen, ein preussischer Erinnerungsort zu werden.[57]

Am 3. August 1814 wurde eine entsprechende Auszeichnung für Frauen eingeführt, die sich um die Kriegsbemühungen besonders verdient gemacht hatten. Namensgeberin war die verstorbene Königin Luise, die schon fast wie eine säkulare preussische Madonna vergöttert wurde. Der Luisenorden ähnelte der Form nach dem Eisernen Kreuz, war aber Preussischblau emailliert und in der Mitte war eine runde Plakette mit der Initiale «L» aufgesetzt. Für die Auszeichnungen kamen preussische Frauen, geborene wie eingebürgerte, aus allen Gesellschaftsschichten in Frage, ob sie verheiratet oder ledig waren. Zu den Frauen, die für ihr wohltätiges Werk geehrt wurden, zählte Amalia Beer, die Mutter des Komponisten Giacomo Meyerbeer und eine der reichsten Frauen der jüdischen Elite Berlins. Der König sorgte dafür, dass der Orden, der üblicherweise eine Kreuzform hatte, so abgeändert wurde, dass ihre religiösen Gefühle nicht verletzt wurden.[58]

Die Stiftung des Luisenordens spiegelte eine sehr viel breitere Auffassung von den Kräften wider, die im Krieg mobilisiert wurden, als es im 18. Jahrhundert möglich gewesen wäre. Zum ersten Mal wurden die freiwilligen Initiativen der Zivilgesellschaft – und insbesondere ihrer weiblichen Mitglieder – als integraler Bestandteil des militärischen Erfolges gefeiert. Eine Folge war, dass

34. Eisernes Kreuz



35. Luisenorden

die Aktivitäten von Frauen seither mehr Beachtung fand, doch ging damit gleichzeitig eine verstärkte Betonung der Geschlechtsunterschiede einher. In der Stiftungsurkunde unterstrich Friedrich Wilhelm III. den besonders femininen und untergeordneten Charakter des Beitrags von Frauen:

«Als die Männer unserer tapferen Heere für das Vaterland bluteten, fanden sie in der pflegenden Sorgfalt der Frauen Labsal und Linderung. Glaube und Hoffnung gab den Müttern und Töchtern des Landes die Kraft, die Besorgnis um die Ihrigen, die mit dem Feinde kämpften, und den Schmerz um die Verlorenen durch ausdauernde Tätigkeit für die Sache des Vaterlandes zu stillen und ihre wesentlichen Hilfsleistungen für den grossen Zweck wurden nirgends vermisst. Unmöglich ist es, diese Handlungen des stillen Verdienstes bei Allen öffentlich zu ehren, die ihr Leben damit schmückten; aber Wir finden es gerecht, Denjenigen unter ihnen eine Auszeichnung zu verleihen, deren Verdienst besonders anerkannt ist.»[59]

Das Wesentliche an dem neuen Dialog zwischen den Geschlechtern war nicht die Hervorhebung des Unterschieds, sondern die Tendenz, darin einen Grundsatz zu sehen, der die Zivilgesellschaft strukturiert. Als der Militärdienst auf (theoretisch) alle Männer im wehrpflichtigen Alter ausgedehnt wurde, wurde es zugleich möglich, sich die preussische Nation verstärkt als eine von Männern dominierte, patriarchalische Gesellschaft vorzustellen. Wenn die Armee, wie es im preussischen Wehrgesetz von 1814 hiess, die grundlegende Schule für die Ausbildung der ganzen Nation zum Krieg sei, so folgte daraus, dass die Nation nur aus Männern bestand. Frauen mussten sich, das war implizit enthalten, auf eine untergeordnete Privatsphäre beschränken, die durch ihre besondere Fähigkeit zum Mitgefühl und Opfer definiert wurde.

Es wäre allerdings ein Fehler, dies allein als Folge der Feldzüge gegen Napoleon zu betrachten. Der patriotische Philosoph Johann Gottlieb Fichte hatte bereits Ende der 1790er Jahre argumentiert, dass das aktive Bürgerrecht, die bürgerliche Freiheit und sogar Besitzrechte den Frauen vorenthalten werden müssten, deren Berufung es sei, sich völlig der Autorität ihrer Väter und Gatten unterzuordnen. Die von Jahn 1811 gegründete Turnbewegung stützte sich auf eine vermeintlich maskuline Form körperlicher Tüchtigkeit, genau wie der aggressive Patriotismus des Dichters und nationalen Publizisten Ernst Moritz Arndt.[60] Im selben Jahr versammelte sich in Berlin ein Kreis von Patrioten und

gründete eine Christlich-Deutsche Tischgesellschaft, nach deren Statuten Frauen (genau wie Juden und jüdische Konvertiten) ausdrücklich ausgeschlossen waren. Zu den ersten kulturellen Ereignissen der Gesellschaft zählte ein Vortrag Fichtes über die fast grenzenlose Unterwerfung der Frau unter ihren Mann. Aber im Zuge der Kriege wurden die Unterscheidungen zugespitzt und stärker in das öffentliche Bewusstsein eingebrannt. Die hier konstruierte Gleichwertigkeit von Männlichkeit, Wehrdienst und aktivem Bürgerrecht trat im Laufe des 19. Jahrhunderts immer stärker in den Vordergrund.[61]

Das «Andenken» an den Krieg

Am 18. Oktober 1817 versammelten sich rund 500 Studenten von mindestens elf deutschen Universitäten auf der Wartburg in Thüringen, wo Luther nach der über ihn und seine Anhänger verhängten Reichsacht Im Jahr 1521 eine Zeit lang untergekommen war. Sie waren zusammengekommen, um den 300. Jahrestag der Reformation und den vierten Jahrestag der Völkerschlacht von Leipzig zu feiern. Beide Jubiläen erinnerten an legendäre Momente der Befreiung in der Geschichte der deutschen Nation: an die Befreiung vom «päpstlichen Despotismus» und vom Joch der französischen Tyrannei. Die jungen Männer sangen patriotische Lieder und verbrannten auf der Wartburg feierlich die Schriften einer Reihe reaktionärer Autoren. Unter den Werken, die in die Flammen geworfen wurden, befand sich auch ein Pamphlet, das Theodor Anton Heinrich Schmalz, der Rektor der Universität Berlin, am Ende der Befreiungskriege veröffentlicht hatte. Darin griff Schmalz die patriotischen Geheimgesellschaften an, die in Preussen unter der Besatzung entstanden waren, und wies energisch die Auffassung zurück, dass der Krieg gegen die Franzosen von einer Woge der allgemeinen Begeisterung in Preussen getragen worden sei. «Weder von solcher Begeisterung, noch von Begeisterung durch sie [die patriotischen Geheimgesellschaften] war 1813 bei uns eine Spur.» Die Preussen, die in den Militärdienst eingetreten seien, so Schmalz, hätten dies nicht etwa aus Begeisterung für die Sache getan, sondern «wie man aus ganz gewöhnlicher Bürgerpflicht zum Löschen einer Feuersbrunst beim Feueralarm eilt»[62]. Als das Pamphlet 1815 erschien, da löste es einen Sturm der Empörung seitens patriotischer Publizisten

aus. Schmalz war überrascht und geschockt über die Vehemenz der öffentlichen Reaktion.[63] Zwei Jahre danach brachte seine Schilderung eines Volkes, das müde seinem König in den Krieg folgte, die Studenten auf der Wartburg immer noch auf. Viele waren ehemalige Freiwillige, die ihr Treffen bewusst auf den vierten Jahrestag des grössten und entscheidenden militärischen Aufeinandertreffens der Befreiungskriege gelegt hatten.

Die symbolische Bücherverbrennung auf der Wartburg gemahnt an die Kontroversen und die Emotionen, welche die öffentlichen Erinnerungen an die Befreiungskriege in den ersten Nachkriegsjahren begleiteten. Die Studenten auf der Wartburg hatten die Farben Schwarz, Rot, Gold des Lützow'schen Freikorps zum Banner gewählt. Sie gedachten nicht eines «Befreiungskrieges», sondern eines «Freiheitskrieges»; nicht eines Krieges regulärer Armeen, sondern eines Krieges der Freiwilligen; «nicht eines Krieges», wie der gefallene Freiwillige und Dichter Theodor Körner schrieb, «von dem die Kronen wissen», sondern eines «Kreuzzuges», «eines Heiligen Krieges»[64]. Sie begriffen den Krieg gegen Frankreich als einen «Aufstand des Volkes».[65] Diese vorgefertigten Bilder standen in krassem Gegensatz zu konservativen Erinnerungen an die Kriegsjahre. Der Publizist Friedrich von Gentz schrieb in den Tagen nach dem Wartburgfest:

«Die Fürsten und ihre Minister, und ihre Feldherren, die an ihren Rathschlägen Theil hatten, haben das Grösste verrichtet. Sie haben gethan, was alle Volksredner und Pamphletschreiber der Welt und Nachwelt ihnen nicht streitig machen können. [...] Sie haben den Krieg vorbereitet, gegründet, geschaffen. Sie haben mehr als dieses gethan: sie haben ihn auch geleitet, genährt und belebt. [...] Die, welche heutiges Tages in jugendlicher Vermessenheit wähnen, sie hätten den Tyrannen gestürzt [eine Anspielung auf die Studenten auf der Wartburg] hätten ihn nicht einmal aus Deutschland getrieben.»[66]

Zum Teil lagen diese Unterschiede in der Wahrnehmung in dem Hybridcharakter des Kampfes begründet. Die Befreiungskriege waren zwar Kriege der Regierungen und Monarchen, und ihr Hauptanliegen war, das Kräftegleichgewicht in Europa wiederherzustellen. Aber an ihnen waren darüber hinaus – in einem bislang in der Geschichte Preussens ungekannten Ausmass – auch Bürgerwehren und politisch motivierte Freiwillige beteiligt. Von den fast 290.000 Offizieren und Mannschaften, die in Preussen mobilisiert worden waren, dienten 120.565 in Einheiten der Landwehr. Zu den Landwehrregimentern, die in

der Regel unter Offizieren der preussischen Armee dienten, kamen noch unzählige Freikorps hinzu, Einheiten freiwilliger Jäger, die von Preussen und anderen deutschen Staaten rekrutiert worden waren. Im Gegensatz zu ihren Kollegen in der regulären Armee leisteten sie nicht dem König von Preussen den Treueid, sondern dem deutschen Vaterland. Am Ende der Feindseligkeiten machten Freikorps wie die berühmten Lützow'schen Jäger 12,5 Prozent der preussischen Streitkräfte aus, insgesamt etwa 30.000 Mann.[67] Der glühende Patriotismus vieler Freiwilliger war verknüpft mit potenziell subversiven Visionen von einer idealen politischen Ordnung für Deutschland oder Preussen.

Allerdings wäre es ein Fehler zu behaupten, dass die Kluft zwischen den Erinnerungen der Dynastie und der Freiwilligen an den Feldzug ausschliesslich oder auch nur hauptsächlich auf die unterschiedliche Einberufungsform und Kampferfahrung zurückzuführen sei. Längst nicht alle Patrioten der Nachkriegszeit hatten in Freiwilligenkorps gedient; viele waren in Landwehren oder in regulären Einheiten gestanden oder hatten gar nicht gedient. Und die Offiziere und Mannschaften der regulären Armee waren auch keineswegs immun gegen den patriotischen Nährboden der Kriegsjahre. Im Januar 1816 gab es laut Berichten des britischen Gesandten in Berlin in fast allen Regimentern der regulären Armee Offiziere, die vom «revolutionären Aufruhr infiziert» waren.[68] Andererseits hatten den freiwilligen Jägern auch Adelige wie Wilhelm von Gerlach und die Söhne des Grafen Friedrich Leopold von Stolberg angehört, deren politische Orientierung in den Nachkriegsjahren eher konservativ oder adelsständisch war als liberal oder demokratisch.[69] Die Kontroversen der Nachkriegsphase wurden nicht nur durch verschiedenartige Kriegserinnerungen allein geschürt, sondern auch durch die Instrumentalisierung der Erinnerung zu politischen Zwecken.

In den Jahren nach 1815 fanden die Preussen viele Formen, das Andenken an die Befreiungskriege zu feiern. Beiträge in den Provinzarchiven – insbesondere die Zeitungsberichte, die jeden Monat in den Provinzregierungen abgeheftet wurden – schildern das Läuten der Kirchenglocken, Schiesswettkämpfe, Prozessionen, an denen sich Männer in Landwehruniformen beteiligten, und lokale Theaterspektakel zur Erinnerung an die Schlachten von Leipzig und Waterloo.[70] «Freiwilligenvereine» und «Kriegerbegräbnisvereine» wurden in den 1830er und 1840er Jahren in preussischen Städten gegründet, um Mittel für die feierliche Bestattung verstorbener Freiwilligenveteranen zu sammeln. Sie übernah-

men nicht nur die Beerdigungskosten, sondern stellten für die Prozession auch Männer in Uniform und erinnerten damit die Gemeinde an den besonderen Status derjenigen – wie niedrig ihr sozialer Stand auch gewesen sein mochte –, die in den Kriegen gegen die Franzosen ihrem König und Vaterland gedient hatten.[71] In den 1840er Jahren versammelten sich, laut einem Bericht der Berliner *Vossischen Zeitung*, fast jedes Jahr Kriegsveteranen an verschiedenen Orten, um der gefallenen Kameraden zu gedenken. Im Juni 1845, am 30. Jahrestag der Schlacht von Waterloo, fanden zahlreiche Treffen von Veteranen statt, die in Regimentern der Landwehr und der regulären Armee gedient hatten, sowie eine Zusammenkunft der noch lebenden Freiwilligen unter Lützow, die sich an der Eiche trafen, wo ihr Kampfgenosse Theodor Körner begraben lag.[72]

In den Jahrzehnten der Nachkriegszeit genossen die Freiwilligen einen besonderen Status. Zum Beispiel findet sich in den Kindheitserinnerungen Theodor Fontanes die Schilderung einer öffentlichen Hinrichtung, die im Jahre 1826 stattfand, als seine Familie in Swinemünde lebte. Weil Fontanes Vater ein «1813er» war, wurde er dazu auserwählt, an der Spitze der städtischen Prozession zum Richtplatz zu marschieren und die Menge um das Schafott zu beaufsichtigen. Der verurteilte Mörder glaubte seinerseits bis zum letzten Atemzug, dass er wegen eines Empfehlungsschreibens begnadigt werde, das er nach der Schlacht von Jena vom König erhalten hatte.[73] Auch General Yorck blieb lange im Banne des Krieges gegen Frankreich. Seine privaten Erinnerungen drehen sich zur Gänze um die Konvention von Tauroggen und den Umstand, dass er beim König in Ungnade gefallen war. Die Konvention wurde von der preussischen Krone nie formell anerkannt; damit blieb sie, zumindest kurzfristig, auf das Reich der privaten Erinnerung beschränkt. Obwohl Yorck im März 1813 von einer Untersuchungskommission von jedem Verstoss frei gesprochen wurde, war er weiterhin überzeugt, dass man ihm die Ehre verwehrt hatte, die ihm eigentlich für seine Verdienste in der Anfangsphase des Krieges gegen Napoleon gebührt hätte. Das Originaldokument mit dem Text der Konvention wurde nicht den staatlichen Akten beigegeben, sondern blieb ein hoch geehrtes Erbstück im Familienarchiv. Die Statue in Körpergrösse, die das Grabmal des Generals auf dem Familiengrundstück schmückte, gab Yorck selbst in Auftrag. Sie zeigte ihn mit einer Steinrolle, auf die die Worte «Konvention von Tauroggen» graviert waren.[74]

Aus dem disparaten Quellenmaterial geht deutlich hervor, dass die unterschiedlichen Andenken an die Befreiungskriege ihre Wurzeln in den unterschiedlichen sozialen Milieus hatten.[75] Zum Beispiel kann man von einer dezidiert jüdischen Erinnerung an die Befreiungskriege sprechen, weil für die Juden die freiwillige Meldung zum Wehrdienst eng mit der Geschichte der Emanzipation verknüpft war. Die Breslauer Rabbiner wiesen am 11. März 1813, als sie die Waffen der jüdischen Freiwilligen segneten und sie gleichzeitig für die Zeit des Feldzugs von der strengen Einhaltung der Bräuche entbanden, ganz gewiss auch darauf hin, dass die Zeremonie am ersten Jahrestag des preussischen Emanzipationsediktes erfolgte.[76] Die Teilnahme von Juden am Feldzug konnte (und wurde auch) als Argument gegen diskriminierende Gesetze angeführt werden.[77] Im Jahr 1843 druckte das *Militärwochenblatt* Statistiken aus den Befreiungskriegen, in denen die Zahl der jüdischen Freiwilligen viel zu niedrig angegeben wurden. Jüdische Zeitschriften wie *Der Orient* und die *Allgemeine Zeitung des Judentums* protestierten empört und korrigierten die Angaben.[78] Diese jüdische Erinnerung fand ihren bildhaften Ausdruck in den Gemälden Moritz Daniel Oppenheimers, des «ersten modernen, jüdischen Künstlers»,[79] der für seine Porträts von konvertierten und assimilierten Juden bekannt ist. In einem Gemälde von 1833/34 mit dem Titel *Die Heimkehr des Freiwilligen aus den Befreiungskriegen zu den nach alter Sitte lebenden Seinen* malte Oppenheimer einen jungen Mann in Militäruniform im Familienkreis, in einem Raum voller Symbole der Häuslichkeit und der jüdischen Tradition. Licht fällt durch das Fenster in den Raum und beleuchtet die Borte auf seiner Jacke. Das Verhältnis zwischen dem langwierigen Prozess der Assimilierung und Emanzipation und dem Gedenken an 1813 konnte kaum treffender illustriert werden.[80]

An den Krieg wurde überdies durch die Errichtung von Denkmälern erinnert. Ein prächtiges Kriegsdenkmal wurde von Karl Friedrich Schinkel, dem bedeutendsten preussischen Architekten, entworfen und 1821 auf der Kuppe des Tempelhofer Bergs, des späteren Kreuzbergs, errichtet. Auf dem höchsten Punkt der ansonsten flachen Stadtlandschaft Berlins steht das einem gotischen Kirchturm ähnelnde Denkmal auf dem idealen Platz, um zu einem Schrein der sakralisierten Kriegserinnerung zu werden. Doch Schinkels Denkmal trug eine Inschrift, die deutlich machte, dass es vor allem für eine Erinnerung sprach: die dynastische Erinnerung an den Krieg, die den König an die Spitze seines Volkes stellte.

36. *Die Heimkehr des Freiwilligen aus den Befreiungskriegen zu den nach alter Sitte lebenden Seinen.*
Ölgemälde von Moritz Daniel Oppenheimer, 1833/34.

«Der König dem Volke, das auf Seinen Ruf hochherzig Gut und Blut dem Vaterlande darbrachte.» Die Botschaft wurde durch die zwölf Figuren in Nischen rings um das Denkmal noch verstärkt. Ursprünglich waren sie als «Genii» gedacht, stellvertretend für die grossen Schlachten der Befreiungskriege, doch ihre Funktion wurde geändert zu Porträts von Generalen und Mitgliedern der preussischen und russischen Herrscherhäuser.[81] Gedenktafeln in den Kirchen Preussens trugen ebenfalls die Inschrift: «Für König und Vaterland».[82] Die Mahnmale für die Preussen, die auf den Schlachtfeldern von Grossgörschen, Grossbeeren, Haynau, am Katzbach, bei Dennewitz und Waterloo gefallen waren, trugen Inschriften wie: «Die gefallenen Helden ehrt dankbar König und Vaterland. Sie ruhen in Frieden»[83].

Im Gegensatz dazu hatte es den Anschein, als würden die Kriegserinnerungen der patriotischen Freiwilligen nie in Stein gehauen werden. Zu denjenigen, denen dieses Problem keine Ruhe liess, zählten der Maler Caspar David Friedrich,

ein Patriot und politischer Radikaler, der in Greifswald aufgewachsen war, aber inzwischen in der sächsischen Hauptstadt Dresden lebte, und der Publizist Ernst Moritz Arndt, der von der Insel Rügen stammte, aus jenem Teil des ehemaligen Herzogtums Pommern, den Schweden 1815 an Preussen abtrat. Arndt und Friedrich arbeiteten gemeinsam an einer Statue von Scharnhorst, bekamen aber keine offizielle Rückendeckung für das Projekt. Beide Männer betrachteten den preussischen Krieg gegen Napoleon als ein deutsches, «nationales» Unterfangen; und für beide war das Gedenken an den Konflikt eng mit radikalen, politischen Anschauungen verbunden. «Ich wundere mich keineswegs», schrieb Friedrich im März 1814 an Arndt, «dass keine Denkmäler errichtet werden, weder die, so die grosse Sache des Volkes bezeichnen, noch die hochherzigen Taten einzelner deutscher Männer. – Solange wir Fürstenknechte bleiben, wird auch nie etwas Grosses der Art geschehen.»[84] Das Fehlen eines adäquaten Denkmals für den Befreiungskrieg des Volkes war ein Thema, zu dem Friedrich mehrfach in den Gemälden zurückkehrte, die er in den Jahren nach 1815 malte.

Nicht nur die patriotischen Freiwilligen, sondern auch die Reformer im Militär und in der Bürokratie reagierten empfindlich auf die Art und Weise, wie sich das öffentliche Gedenken an die Befreiungskriege zugunsten der dynastisch-militärischen Tradition verschoben hatte. Im Jahr 1822 hörte Theodor von Schön, der liberale Oberpräsident Westpreussens und ehemalige enge Freund Steins, dass Pläne existierten, dem konservativen General von Bülow ein Denkmal zu errichten. Schön machte den Vorschlag, stattdessen dem Landsturmmann ein Denkmal zu setzen, der dem Vernehmen nach «Leck er p.p.» gerufen haben soll, als Bülow während des Marsches auf Leipzig zum Rückzug blasen liess.[85]

Wie gedenkt man ohne Denkmäler öffentlich eines Krieges? Diesem Problem widmeten sich Jahn und seine Turner. Schon wenige Jahre nach der Gründung des ersten Turnplatzes in der Hasenheide am Rande Berlins hatte sich die Bewegung über die Grenzen des Königreichs hinaus ausgeweitet und im protestantischen Mittel- und Norddeutschland viele Anhänger gefunden. Im Jahr 1818 schätzte Jahn, dass es insgesamt 150 Turnvereine gebe, mit rund 12.000 Mitgliedern.[86] Die öffentliche Präsentation der Vergangenheit in Stein nach 1815 blieb zwar, wie die Dinge lagen, ein Monopol der Dynastie, doch die Turner entwickelten neue Methoden, ihre Erinnerung an den Krieg, geprägt vom eigenen, freiwilligen Nationalismus, wach zu halten. Sie unternahmen Pilgerfahrten

zu den Schlachtfeldern der Befreiungskriege. Sie feierten Gedenktage, der wichtigste war wohl der Jahrestag der Völkerschlacht von Leipzig. Die erste Gedenkfeier fand am 18. Oktober 1814 auf der Hasenheide statt und lockte gut 10.000 Zuschauer an. Mit der Choreografie der Körper in harmonischer Bewegung, den Liedern, Leuchtfeuern und Fackelzügen gab diese Feier das Muster für spätere Jahrestage vor – bis zur Unterdrückung der Turnbewegung im Jahre 1819.

Das Turnfest war ein hoher Festtag im Kalender der Turner, und seine Funktion als populistisches Gedenken an die Befreiungskriege dürfte den Zeitgenossen kaum entgangen sein. Doch schon die Turnkunst allein war eine Art Gedenkvorführung. Sie war mehr als ein Fitnessprogramm, sie war die disziplinierte Erhaltung der Kampfbereitschaft. In den ersten Jahren nach dem Krieg musste diese Pose der Bereitschaft auf jeden Fall an die Jahre der französischen Besatzung erinnern. Das war keineswegs, wie gezeigt, die Haltung des Soldaten, sondern die des freiwilligen Zivilisten. Die von den Turnern getragenen und von Jahn entworfenen Uniformen verstärkten noch diese Assoziationen. Die Turnuniform Anfang des 19. Jahrhunderts verband die patriotische «altdeutsche Tracht», die von Jahn um die Jahrhundertwende verbreitet worden war, mit den weiten Jacken der freiwilligen Jäger. Beide hatten wiederum einen engen Bezug zu der Studententracht der Burschenschaften, in deren Anfangsjahren Jahn ebenfalls eine Rolle gespielt hatte.

Die Burschenschafter, die zum Teil auch der Turnbewegung angehörten, pflegten einen Erinnerungskult, der in erster Linie den grossen Taten der jüngsten Vergangenheit galt. Über ihr Netzwerk wurde der preussische Krieg gegen Napoleon in den Stoff einer breiteren deutschen Erinnerung eingewoben. Als sich die Burschen in Jena im Dezember 1817 anschickten, die Bedeutung ihrer Bewegung schriftlich festzuhalten, erinnerten sie an die unvergessenen Erlebnisse, die sie immer noch zusammenhielten. «Wir alle nämlich haben das grosse Jahr 1813 gesehen», schrieben sie und erinnerten damit an die erlittenen Wunden und an die auf dem Schlachtfeld gefallenen Freunde. «Und würden wir nicht vor Gott und die Welt verächtlich sein, wenn wir solche Gedanken und Gefühle nicht fortgebildet und gepflegt hätten? [...] Wir haben sie fortgebildet und gepflegt und kommen immer wieder auf sie zurück und werden sie [...] nimmer verlassen.»[87]

In diesen Erinnerungskult eingebettet lag die Option einer neuen Form der Politik. Uns mag es naheliegend und wenig spektakulär erscheinen, dass die

Nachkriegspatrioten so sehr betonten, dass man über die Erfahrungen Menschen miteinander zu verbinden und diesen Banden eine besondere Bedeutung zu verleihen vermag; doch damals war es eine Neuerung, die bereits alle Merkmale der Romantik des frühen 19. Jahrhunderts in sich trug.[88] Das Fest auf der Wartburg war «eine neue Form politischer Aktion»,[89] nicht zuletzt weil es für die Suche des nach innen blickenden «bürgerlichen Selbst» nach einer neuen Form politischer Gemeinschaft stand, die durch ein gemeinsames, emotionales Band zusammengeschweisst wurde. Diese Suche äusserte sich in der Sprache und in dem Gedankengut der Romantik. Sich erinnern hiess, ein Band zu den Landsleuten knüpfen; Vergessen war Verrat. Durch den Appell an eine gemeinsam bewahrte Vergangenheit wurden keineswegs alle jene ausgeschlossen, die niemals als Freiwillige gekämpft hatten, weil es ja gerade der Zweck der Feste und Rituale war, es den Menschen zu ermöglichen, sich an Ereignisse zu «erinnern», auch wenn sie diese nie selbst erlebt hatten. Das Ergebnis war ein öffentliches Spektakel, das mächtige Emotionen bei den Zuschauern ebenso wie bei den Teilnehmern freisetzen konnte. Diese Politik war nicht rational und streitlustig, sondern symbolisch, kultisch und emotional.[90]

Preussen oder Deutsche?

Seit seinen Anfängen als ein weitgehend literarisches Phänomen innerhalb der gebildeten Mittelschicht während des Siebenjährigen Krieges hatte der preussische Patriotismus immer schon mehr bedeutet als nur die Bereitschaft, das eigene Vaterland zu verteidigen. Er hatte emotionale Bindungen mit politischen Hoffnungen verknüpft. Zur Zeit Napoleons war dies allerdings bedrohlicher als noch während des Siebenjährigen Krieges, teils, weil mittlerweile ein viel breiteres Publikum patriotische Gefühle hegte, teils, weil das rhetorische Umfeld, in dem sie artikuliert wurden, durch die Französische Revolution und die Kontroverse um die Reformen radikalisiert worden war. «Eines tritt nun deutlich hervor», schrieb der junge Leopold von Gerlach, als er in Breslau die hektischen Kriegsvorbereitungen im Februar 1813 verfolgte. «Die bei den am selbständigsten dastehenden Männern herrschende Aussicht ist höchst Jakobinisch und revolutionär. Alles geschichtliche Begründen der Zukunft, alle, die das Neuzupflanzende in die Vergangenheit einwurzeln und zum Teil auf die noch gesun-

den Stämme pfropfen wollen, werden verlacht, so dass ich selbst in meiner Überzeugung schwankend werde.»[91]

Das Problem lag nicht allein darin, dass Patriotismus gelegentlich mit radikalen politischen Anschauungen einherging, sondern auch darin, dass er nahtlos in einen nationalistischen Eifer übergehen konnte, der die Legitimität der einzelnen deutschen Dynastien in Frage stellte. Das Wort «Nation» wurde für Preussen ebenso wie für Deutschland gebraucht. Hardenberg und Yorck mochten entgegengesetzten Polen des politischen Spektrums angehören, doch sie waren beide loyale Preussen (selbst wenn es Yorck gelegentlich schwerfiel, die Loyalität zu Preussen mit dem Gehorsam gegenüber dem herrschenden König zu vereinbaren). Hingegen waren Fichte, Boyen, Grolman und Stein ganz eindeutig deutsche Nationalisten. Im Falle Steins implizierte dies sogar den völligen Verzicht auf ein Engagement für etwas spezifisch Preussisches: «...ich habe nur ein Vaterland, das heisst Deutschland, und da ich nach alter Verfassung nur ihm und keinem besonderen Teil desselben angehörte, so bin ich auch nur ihm, und nicht einem Teil desselben mit ganzer Seele ergeben», erklärte er in einem Brief vom 1. Dezember 1812. «Mir sind die Dynastien in diesem Augenblick der grossen Entwicklung vollkommen gleichgültig, es sind bloss Werkzeuge; mein Wunsch ist, dass Deutschland gross und stark werde, um seine Selbständigkeit, Unabhängigkeit und Nationalität wieder zu erlangen [...] Setzen Sie an die Stelle Preussens, was Sie wollen, lösen Sie es ganz auf, verstärken Österreich mit Schlesien und der Kurmark und dem ganzen Königreich Westphalen, mit Ausschluss der Vertriebenen [Fürsten] [...] «[92]

Die Spannung zwischen preussischem Patriotismus und deutschem Nationalismus barg zugleich eine Gefahr und eine Hoffnung.

Die Gefahr bestand darin, dass sich die nationale Agitation womöglich zu einer Kraft entwickelte, die die dynastische Autorität in allen deutschen Staaten infrage stellte, und an die Stelle der hierarchischen Ordnung des *ancien régime* neue, horizontal ausgerichtete Loyalitäten und verbindende Elemente setzte. Damit würde das partikulare Vermächtnis, dem Preussen die eigene Geschichte und Bedeutung verdankte, hinweggefegt werden.

Die Hoffnung bestand darin, dass Preussen einen Weg fand, die nationale Begeisterung für die eigenen Interessen einzuspannen, auf der nationalen Welle mitzureiten, ohne die partikulare Identität und deren Institutionen aufzugeben.

Kurzfristig schien die Gefahr als weit grösser eingeschätzt zu werden als die Hoffnung. Friedrich Wilhelm III. jedenfalls schloss sich der Praxis anderer Souveräne an, nationalistische «Demagogie» zu unterdrücken und das öffentliche Gedenken der Freiwilligen zu verbieten. Doch auf lange Sicht lernten die preussischen Politiker, wie wir noch sehen werden, sich die Synergien zwischen nationalen Hoffnungen und territorialen Interessen zunutze zu machen. Im Laufe der Zeit trat an die Stelle der gespaltenen Erinnerung der Nachkriegsjahre eine friedliche Synthese, in der populäre und dynastische Elemente als komplementäre Bestandteile angesehen wurden. Von der politischen Zweideutigkeit befreit, wurde der preussische Krieg gegen Napoleon letztlich – so widersinnig dies auch sein mochte – zu einem mythischen Krieg der deutschen nationalen Befreiung umgewidmet. Die Turner, das Eiserne Kreuz, der Luisenkult, sogar die Schlacht von Jena – sie alle mutierten im Laufe der Zeit zu deutschen, nationalen Symbolen, die den preussischen Anspruch auf die politische Führungsrolle in der Gemeinschaft deutscher Staaten legitimierten.[93]

KAPITEL 12

«Der Gang Gottes in der Welt»

Durch die auf dem Wiener Kongress 1814/15 vereinbarten territorialen Veränderungen entstand ein neues Europa. Ein belgisch-holländischer Gemeinschaftsstaat, das Königreich der Vereinigten Niederlande, tauchte im Nordwesten auf. Norwegen wurde von Dänemark an Schweden abgetreten. Österreich reichte mit der Eingliederung der Lombardei und Venetiens bis weit nach Italien hinein und verstärkte seinen Einfluss durch die Einsetzung habsburgischer Herrscher auf den Thronen der Toskana, Modenas und Parmas. Das russische Zarenreich, das nunmehr auch den grössten Teil Ost- und Mittelpolens umfasste, stiess so weit nach Westen vor wie noch nie in seiner Geschichte.

Der neue Dualismus

Auch für Preussen war dies ein Neuanfang. Es gab kein Zurück zu den Grenzen vor 1806. Ein grosser Teil des in den 1790er Jahren erworbenen polnischen Territoriums (mit Ausnahme des Grossherzogtums Posen) wurde russischer Aufsicht unterstellt, und Ostfriesland (von 1744-1806 preussisch, dann an Holland abgetreten und 1810 Frankreich zugeschlagen) wurde an das Königreich Hannover abgetreten. Im Gegenzug erhielt Preussen die nördliche Hälfte des Königreiches Sachsen, den schwedischen Teil Vorpommerns (mit der Insel Rügen) und einen breiten Streifen rheinischer und westfälischer Ländereien, der von Hannover im Norden und Osten bis zu den Niederlanden und Frankreich im Westen und Süden reichte.[1] Dies war keineswegs ein Triumph des preussischen Willens. Berlin bekam, was es eigentlich gar nicht wollte. Es hätte sich ganz Sachsen gewünscht, aber das wurde von Österreich kategorisch abgelehnt. Die preussische Delegation musste sich notgedrungen mit der Teilung Sachsens zufriedengeben. Nach dieser Vereinbarung erwarb Preussen etwa zwei Fünftel des Königreichs, darunter die Festungsstadt Torgau und die Lutherstadt Wit-

tenberg. Die Schaffung eines breiten Landstreifens unter preussischer Herrschaft entlang des Rheins war eine britische Idee, keine preussische. Britische Politiker hatten sich schon seit langem Sorgen wegen des Machtvakuums aufgrund des Abzugs der Habsburger aus Belgien gemacht. Sie wollten, dass Preussen künftig Österreich als den deutschen «Wächter» ablöste, der die nordöstliche Grenze Frankreichs bewachte.[2] Den Österreichern war das nur recht; sie waren froh, die widerspenstigen Belgier loszuwerden, für die nunmehr eine kurze und unselige Phase niederländischer Herrschaft begann.

Die Preussen konnten sich auch bei den schwierigen Verhandlungen über die künftige Organisation der deutschen Staaten nicht durchsetzen. Die preussische Delegation (angeführt von Hardenberg und Humboldt) wünschte sich ein Deutschland mit starken, zentralen Regierungsorganen, über die Preussen und Österreich gemeinsam Einfluss auf die kleineren Staaten hätten – kurzum eine «starke dualistische Hegemoniallösung»[3]. Die Österreicher hingegen plädierten für einen lockeren Zusammenschluss unabhängiger Staaten mit möglichst wenigen zentralen Einrichtungen. Die am 8. Juni 1815 unterzeichnete Deutsche Bundesakte (in der Schlussakte von 1820 überarbeitet) konnte als Sieg der österreichischen über die preussische Konzeption gewertet werden. Der neue Deutsche Bund, der 38 (später 41) Staaten umfasste, hatte laut Statuten nur ein Zentralorgan, die Bundesversammlung, die sich in Frankfurt am Main traf und in Wirklichkeit ein ständiger Kongress der Gesandten war. Diese Einigung war ein Rückschlag für die preussischen Politiker, die sich eine engere Einbindung der deutschen Territorien erhofft hatten.

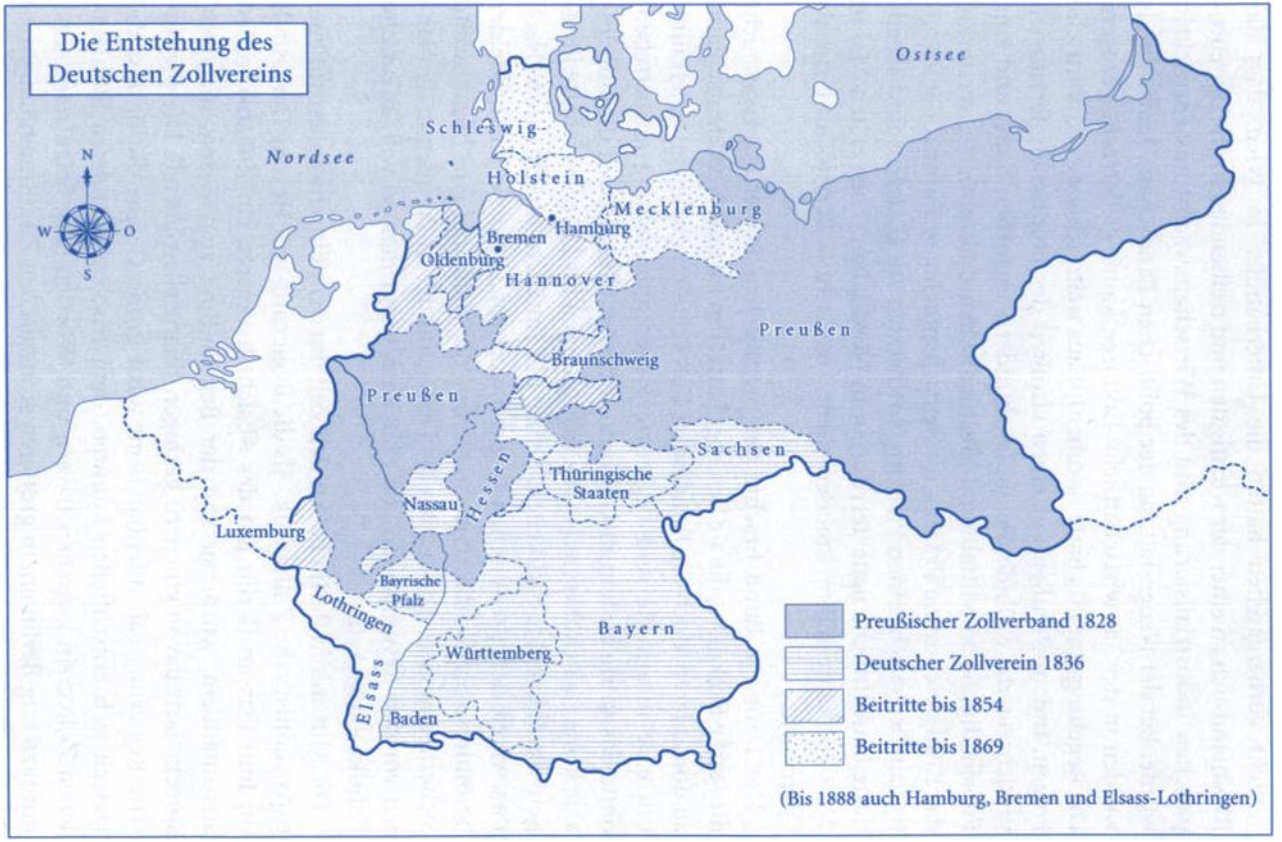
Das schmälert allerdings keineswegs die Bedeutung der nachnapoleonischen Regelung für die Zukunft des preussischen Staates. Durch die territoriale Entschädigung im Westen entstand ein Block preussischer Territorien am Rhein, der so gross war wie Baden und Württemberg zusammen. Mitten in dem neuen Gebiet lagen, eher zufällig als gewollt, die Augäpfel des Grossen Kurfürsten: die Fürstentümer Jülich und Berg. Das Königreich war nunmehr ein Koloss, der sich quer über den Norden Deutschlands erstreckte, unterbrochen nur von einer Lücke (am schmälsten Punkt nur knapp 40 Kilometer breit), wo die Gebiete Hannovers, Braunschweigs und Hessen-Kassels die preussische «Provinz Sachsen» von der preussischen «Provinz Westfalen» trennten. Das hatte unübersehbare Konsequenzen für die politische und wirtschaftliche Entwicklung Preussens (und Deutschlands) im 19. Jahrhundert.

Der Deutsche Bund, 1815
DÄNEMARK
SCHWEDEN
Ostsee
SCHLESWIG-
Kiel
Helgoland
OLDENBURG
HOLSTEIN
Hamburg
MECKLENBURG SCHWERIN
Nordsee
Bremen
HANNOVER
Pommern
Danzig
Westpreußen
Königsberg
Ostpreußen
Berlin
Brandenburg
Posen
POLEN (zu RUSSLAND)
NIEDERLANDE
Westfalen
Köln
Rhein
KUR-HESSEN
THÜRINGISCHE STAATEN
SACHSEN
Dresden
Schlesien
FRANKREICH
Frankfurt
Prag
Böhmen
Galizien
Paris
LUXEMBURG
BAYERN
PFALZ (zu Bayern)
Mähren
Preußen
Habsburgerreich
Deutscher Bund
① Mecklenburg-Strelitz
② Braunschweig
③ Anhalt
④ Nassau
⑤ Großherzogtum Hessen
BADEN
WÜRTTEMBERG
München
Wien
Donau
OSTERREICH
Budapest
SCHWEIZ
Tirol
UNGARN
PIEMONT
Venedig
Karpaten

Nicht vorhergesehen hatten die Unterhändler in Wien, dass das Rheinland sich zu einer der wichtigsten und treibenden Kräfte der europäischen Industrialisierung und des Wirtschaftswachstums entwickeln würde. Bei der Neugestaltung der politischen Landschaft Deutschlands wurden in der Tat wirtschaftliche Faktoren kaum in Betracht gezogen. Die Regelung von 1815 hatte darüber hinaus weitreichende geopolitische Folgen. Indem Preussen auf einen Grossteil der polnischen Territorien verzichtete, die es Ende des 18. Jahrhunderts erworben hatte, und eine Entschädigung in Mittel- und Westdeutschland akzeptierte, verstärkte das Königreich seine Präsenz im deutschsprachigen Europa. Gleichzeitig gab Österreich seinen Platz im Nordwesten auf (Belgien) und akzeptierte beträchtliche neue Territorien in Norditalien. Zum ersten Mal in der Geschichte nahm Preussen mehr «deutsches» Territorium ein als Österreich.

Der Deutsche Bund brachte der preussischen Regierung zwar nicht die starke Exekutive, die sie benötigt hätte, um formell Norddeutschland zu dominieren, doch die Bundesakte liess Preussen genügend Spielraum, um eine informelle und begrenzte Hegemonialstellung anzustreben, ohne das ganze System in Gefahr zu bringen. Gerade weil die Bundesakte keine staatenübergreifenden Institutionen ins Leben rief, hatte Preussen unzählige Möglichkeiten, selbst die Initiative zu ergreifen. Nach 1815 waren den preussischen Regierungen vor allem zwei Politikfelder besonders wichtig: die Harmonisierung der Zölle und eine bundesweite Sicherheitspolitik. Dies waren die Felder, auf denen Preussen in den Jahren vor den Revolutionen von 1848 eine, wenn man so will, «deutsche Politik» entwickelte.

Die Minister in Berlin liessen sich Zeit mit dem Einschwenken auf eine expansionistische Zollpolitik. Als die Regierung von Hessen-Darmstadt im Juni 1825 an Berlin mit der Absicht herantrat, ein Zollabkommen auszuhandeln, wurde sie mit der Begründung abgewiesen, man verspreche sich davon einen zu geringen finanziellen Vorteil. Die preussische Regierung sah offenbar keine allzu grosse Gefahr darin, dass die Hessen sich entschliessen könnten, dem frisch gegründeten Süddeutschen Zollverein zwischen Bayern und Württemberg beizutreten. Erst um 1826 fing Berlin an, in grösseren strategischen Zusammenhängen zu denken. Nicht zuletzt war dies eine Folge der sich bessernden Finanzlage. Es war nicht länger nötig, finanziellen Überlegungen oberste Priorität einzuräumen. Um dieselbe Zeit forderte das Aussenministerium nach-


Die Entstehung des Deutschen Zollvereins
Ostsee
Nordsee
N
W
O
S
Schleswig-
Holstein
Mecklenburg
Hamburg
Bremen
Oldenburg
Hannover
Preußen
Braunschweig
Preußen
Sachsen
Thüringische Staaten
Hessen
Nassau
Luxemburg
Bayrische Pfalz
Lothringen
Elsass
Württemberg
Bayern
Baden
Preußischer Zollverband 1828
Deutscher Zollverein 1836
Beitritte bis 1854
Beitritte bis 1869
(Bis 1888 auch Hamburg, Bremen und Elsass-Lothringen)

drücklich, Zollverhandlungen als wichtiges Instrument der preussischen Aussenpolitik zu betrachten. Im Jahre 1827, als Hessen-Darmstadt abermals eine Union mit Berlin anbot, wurde es mit offenen Armen empfangen.

Die Österreicher reagierten alarmiert auf die Meldung von dem neuen Zollabkommen. Der preussisch-hessische Vertrag, stellte Metternich in einem Brief an den österreichischen Botschafter in Berlin fest, rufe die grösste und gewiss berechtigte Sorge aller deutschen Regierungen hervor. Künftig werde Preussen sich bei seinen Bemühungen ganz darauf konzentrieren, die übrigen Staaten in seinem Netz zu fangen.[4] Der österreichische Kanzler tat, was er konnte, um die übrigen deutschen Höfe davon abzuhalten, sich den Preussen anzuschliessen; er regte auch die Bildung einer rivalisierenden Zollvereinigung an, des Mitteldeutschen Handelsvereins, dem Sachsen, Hannover, Kurhessen und Nassau angehörten. Sein Territorium lag zwischen den beiden Gebietsblöcken, die seit 1815 gemeinsam den preussischen Staat bildeten. Doch das waren nur vorübergehende Triumphe. Berlin kombinierte sehr geschickt freundschaftliche Appelle an das Eigeninteresse mit Muskelspielen und offener Erpressung. Kleine Nachbarstaaten, die sich weigerten, der preussisch-hessischen Union beizutreten, bekamen harte Gegenmassnahmen zu spüren, regelrechte «Strassenkriege», bei denen mit Hilfe neuer Verkehrswege die Handelswaren von Zielgebieten abgezogen wurden. Am 27. Mai 1829 gelang es Preussen und seinen Partnern schliesslich durch ein Abkommen mit Bayern und Württemberg, einige kleinere Staaten des Mitteldeutschen Vereins einzukreisen. Damit war der Weg frei für die Verschmelzung der beiden Zollzonen.

Der Deutsche Zollverein, dessen Verträge am 1. Januar 1834 in Kraft traten, umfasste die Mehrzahl der Deutschen, die ausserhalb Österreichs lebten. Baden, Nassau und Frankfurt traten ein Jahr später bei, 1841 folgten Braunschweig und Lüneburg. Fast 90 Prozent der deutschen Bevölkerung lebte nunmehr in den Mitgliedstaaten des Zollvereins.[5] Wer sich die Landkarte der Zollverein-Staaten von 1841 ansieht, kommt nicht umhin, die grosse Ähnlichkeit mit den Grenzen des preussisch dominierten deutschen Staates zu bemerken, der später aus den Kriegen von 1864-1871 hervorging. Doch dieses Ergebnis überstieg noch die Vorstellungskraft der Politiker in Berlin. Sie trachteten in erster Linie danach, den preussischen Einfluss in einem engeren Zusammenschluss deutscher Staaten auszubauen. Die Harmonisierung der Zölle wurde zu einer neuen Arena für

den alten Wettstreit zwischen Preussen und Österreich um Macht und Ansehen unter den deutschen Ländern.

Aus heutiger Sicht liegt es auf der Hand, dass beide Seiten die Bedeutung des preussischen Erfolgs offenbar überschätzten. Der Zollverein entwickelte sich nie zu einem effektiven preussischen Instrument für die Ausübung politischen Einflusses auf die kleineren Staaten. Tatsächlich hatte er womöglich sogar einen in Massen gegenteiligen Effekt, weil er den konservativen territorialen Regierungen, die eifersüchtig ihre Autonomie hüteten, deutlich höhere Jahreseinnahmen verschaffte.[6] Für die kleineren Staaten war die Mitgliedschaft im Zollverein in erster Linie eine Frage des fiskalischen Eigennutzes; es entwickelte sich daraus – wie die Ereignisse von 1866 zeigen sollten – keine politische Loyalität zu Berlin.[7] Allem Anschein nach legte der Zollverein nicht einmal den Grundstein für eine wirtschaftliche Vorherrschaft Preussens in Deutschland, wie gemeinhin in der älteren Literatur zur wirtschaftlichen Vorgeschichte der deutschen Einigung behauptet wird.[8] Es gibt keinerlei Hinweise dafür, dass der Zollverein die industrielle Entwicklung in Preussen massgeblich angekurbelt hätte oder dass er dazu beigetragen hätte, das Übergewicht der Landwirtschaft in der Volkswirtschaft des Königreichs zu reduzieren.[9] Der Anteil des Zollvereins an dem später entstehenden, von Preussen dominierten deutschen Kaiserreich war folglich keineswegs so deutlich zu erkennen, wie dies lange Zeit angenommen worden ist.

Die Zollpolitik war gewiss wichtig, aber aus anderen Gründen: Eine Zeit lang war sie die vorherrschende Domäne der «deutschen Politik» Berlins. Auf diesem Feld lernten die Minister und Beamten, in einem spezifisch deutschen Horizont zu denken und das Verfolgen preussischer Interessen mit einer Politik des Ausgleichs und der Vermittlung zwischen den anderen deutschen Staaten zu verbinden. Der mühsame Weg zu einem deutschen Zollverein verstärkte die moralische Autorität Berlins; er führte den liberalen und fortschrittlichen Bürgern in den kleineren Staaten vor Augen, dass Preussen, bei all seinen Mängeln, womöglich eine modernere und rationalere Ordnung repräsentiere. Finanzminister Friedrich von Motz und Aussenminister Christian Günter Graf von Bernstorff, die beiden Staatsmänner, die in den 1820er und 1830er Jahren am engsten mit der preussischen Zollpolitik in Verbindung gebracht wurden, erkannten dies und arbeiteten konsequent an Preussens Ruf als progressive Kraft in der deutschen Politik.[10]

Die Koordination der Sicherheitspolitik bot eine weitere Sphäre für rivalisierende Einflussnahme innerhalb des Staatenbundes. Auf diesem Feld prallten von Anfang an preussische und österreichische Interessen aufeinander. Preussische Unterhändler regten 1818/19 den Aufbau eines «nationalen» Bundesheeres mit einem grösseren inneren Zusammenhalt (unter Berliner Führung) an, doch eine von Österreich unterstützte Lobby kleinerer Staaten wollte keine Regelung akzeptieren, welche die Autonomie der kleineren deutschen Mächte beeinträchtigen könnte. Deutschland verfügte also weiterhin über keinen bundesweiten Militärapparat. Den Österreichern war das ganz recht, weil sie überzeugt waren, dass eine starke Bundesstruktur letztlich nur Preussen in die Hände spielen würde.

Eine erste Gelegenheit, die Militärpolitik des Bundes auf die Probe zu stellen, ergab sich mit der Französischen Julirevolution von 1830.[11] Die Erinnerung an die revolutionären und napoleonischen Invasionen waren noch frisch im Gedächtnis, und viele Zeitgenossen, vor allem im Süden, fürchteten, dass auf den Aufstand im Sommer 1830 (wie in den 1790er Jahren) ein Einmarsch in Westdeutschland folgen werde. Preussische Politiker erkannten rasch, wie die Kriegsangst zu Preussens Vorteil genutzt werden konnte. In einem Brief vom 8. Oktober 1830 an den König drängte Bernstorff auf militärische Konsultationen mit den süddeutschen Herrscherhöfen mit dem Ziel, eine gemeinsame Sicherheitspolitik zu formulieren. Dies liege nicht nur im unmittelbaren preussischen Sicherheitsinteresse, argumentierte Bernstorff, darüber hinaus «kommt Preussen dabei ein allgemeines Vertrauen zustatten, so dass man über alles seinen Rath, seine Vorschläge und seine fördernde Einwirkung zu erwarten scheint».[12]

Kurzfristig hatte seine Politik Erfolg. Im Frühjahr 1831 wurde der General Otto August Rühle von Lilienstern zu einer Mission nach Süddeutschland geschickt. Es fanden herzliche Gespräche mit dem bayerischen König Ludwig I. statt, der gewisse Zweifel an der Vorstellung von einem preussischen Oberkommando äusserte, sich aber begeistert über die enge Zusammenarbeit zeigte. «Ich kenne kein Nord- und kein Süd-Teutschland, nur Teutschland», schrieb der bayerische Monarch am 17. März 1831 an Friedrich Wilhelm III. Bayern hatte 1815 genau wie Preussen einen Streifen exponiertes rheinisches Gebiet erhalten (die Pfalz gegenüber von Baden am Westufer des Rheins) und brauchte folglich dringend eine koordinierte Verteidigungspolitik. Wie der König selbst einmal

sagte, sei «blos in festem Anschliessen an Preussen Heil zu finden»[13]. Rühle von Lilienstern hatte auch zum Teil recht, wenn er berichtete, dass Preussens feste, kluge und edelmütige Haltung und der positive Einfluss seiner Zollpolitik dem Land Respekt, Vertrauen und Sympathie seitens der politischen Kreise Bayerns eingetragen habe.[14] Der Empfang in Stuttgart und Karlsruhe war nicht ganz so herzlich, aber auch hier war man sich generell einig, dass das bundesweite Militär umstrukturiert werden und man enger mit Preussen Zusammenarbeiten müsse.

Am Ende fiel es den Österreichern nicht schwer, diese preussischen Initiativen abzublocken. Die süddeutschen Staaten misstrauten zwar Österreich und zweifelten das Engagement Wiens an, Westdeutschland zu verteidigen, aber sie hüteten sich auch davor, die Vorherrschaft Berlins noch zu verstärken. Kaum ging von Frankreich keine unmittelbare Gefahr mehr aus, schwand auch schon ihre Bereitschaft, die eigene Unabhängigkeit gegen Sicherheit einzutauschen. Der wohl wirksamste Hebel der Österreicher war schlichtweg die Spaltung innerhalb der preussischen, politischen Elite selbst. Clam-Martinic, der verschlagene österreichische Gesandte, der im September 1831 nach Berlin geschickt wurde, um die Lage auszukundschaften, erkannte bald, dass die progressive preussisch-deutsche Fraktion um Bernstorff, Eichhorn und Rühle von Lilienstern die treibende Kraft hinter der neuen föderalen Militärpolitik war. Gegner dieser Bestrebungen war die «unabhängige, preussische» Partei um den Herzog von Mecklenburg, um Fürst Wilhelm Ludwig von Sayn-Wittgenstein und den Hugenotten und königlichen Vertrauten Ancillon (der mit Clam-Martinic gemeinsame Sache macht, obwohl er als Beamter im Aussenministerium Bernstorffs Untergebener war). Clam-Martinic fiel es deshalb relativ leicht, das preussische politische Establishment zu spalten, indem er die verschiedenen Interessen gegeneinander ausspielte. Sobald er sich die Unterstützung der Gegner Bernstorffs gesichert hatte und direkten Zugang zum König genoss, gelang es ihm, den Aussenminister auszumanövrieren und von den übrigen österreichisch-preussischen Verhandlungen auszuschliessen.[15]

Das Thema föderaler Sicherheit kam 1840/41 während der Angst vor einer französischen Invasion wieder auf die Tagesordnung. Im Zuge der internationalen Spannungen wegen der Orientkrise sprach Premierminister Adolphe Thiers in Paris von einem französischen Angriff am Rhein. In ganz Deutschland löste die «Rheinkrise» eine Woge der nationalen Empörung aus. Einmal mehr

trachtete eine Gruppe innerhalb der preussischen Regierung danach, die Gunst der Stunde zu nutzen. Ein hoher preussischer Emissär wurde an die süddeutschen Höfe entsandt, um über eine engere militärische Zusammenarbeit zu sprechen. Wiederum wurde er, zumindest anfangs, herzlich empfangen. Der österreichische Gesandte in Berlin schlug sofort Alarm und berichtete, dass das preussische Kabinett daran arbeite, ein wenn nicht dem Namen nach, so zumindest de facto preussisches Deutschland zu gründen.[16] Die süddeutschen Staaten tanzten auf zwei Hochzeiten: Sie vertrauten den Preussen an, dass sie den Österreichern nicht über den Weg trauten, und den Österreichern, dass sie Angst vor den Preussen hätten. Wiederum entschieden die Österreicher am Ende die Auseinandersetzung auf diplomatischer Ebene für sich und zwangen Preussen, von unilateralen Initiativen abzusehen und gemeinsam mit Wien auf eine Verhandlungslösung hinzuarbeiten.

Die Preussen hatten folglich wenig von ihren Bemühungen. Ein Grund war schlichtweg, dass die süddeutschen Staaten allen derartigen Initiativen mit einem tiefen Misstrauen begegneten, erst recht wenn sie von Preussen ausgingen. Die Österreicher hingegen, die sich schon früh als Garant der kleinstaatlichen Autonomie hervorgetan hatten, machten sich diese Ängste geschickt zunutze.

Hinzu kam, dass Berlin nach wie vor keinen stringenten Regierungsapparat hatte. Minister und andere hohe Persönlichkeiten waren immer noch nicht durch eine kollektive Rechenschaftspflicht gebunden – die Reformer hatten dieses Problem zwar erkannt, es aber bislang nicht geschafft, eine dauerhafte Lösung durchzusetzen. Stattdessen stritten Minister, königliche Berater, Höflinge und sogar untergebene Beamte untereinander um Einfluss, was die Österreicher wunderbar nutzen konnten. Die Logik des «Vorzimmers der Macht» hemmte weiterhin die preussische Politik. Erst in den fünfziger und sechziger Jahren sollte dieses Problem durch die allmähliche Konzentration der Autorität in den Händen des ersten Ministers beseitigt werden.

Berlin hatte seinerseits nie die Absicht, einen offenen Bruch mit Wien zu riskieren. Angesichts der Gefahr innerer Unruhen und subversiver Bestrebungen war weiterhin eine österreichisch-preussische Solidarität geboten. Die Gefahr einer politischen Erhebung jagte den Machthabern immer noch so viel Angst ein, dass die konservativen Regierungen in Berlin und Wien phasenweise miteinander kooperierten. Genau das geschah etwa im Frühjahr 1832, als im Zuge

der Krise um ein Bundesheer im Südwesten eine Welle radikaler Agitation losbrach. Berlin und Wien schalteten rasch wieder auf Kooperation und stärkten gemeinsam mit Repräsentanten anderer deutscher Staaten den Bund mit neuen Vollmachten, was die Zensur, Überwachung und Repression anbelangte. Erst nach der Marginalisierung radikaler politischer Anschauungen nach den Revolutionen von 1848/49 sollten diese Einschränkungen überwunden werden.

Jedenfalls war die Berliner Politik weiterhin geprägt von der Vorstellung eines politisch geteilten Deutschlands unter Führung des österreichischen Kaisers. Als dem österreichischen Gesandten General Heinrich von Hess auf dem Höhepunkt der Kriegsangst von 1840 eine Audienz in Berlin bei Friedrich Wilhelm IV. gewährt wurde, war er überrascht und leicht irritiert über die Intensität der sentimentalen Bindung des neuen Monarchen zu Österreich: Wie sehr er doch Wien liebe, schwärmte der König ihm vor. Was würde er dafür geben, eine Zeit lang in der Stadt als Privatmann zu leben. Der kaiserliche Hof sei so elegant, und eine einzigartige Humanität gehe von jedem Mitglied aus.[17] Die Berater des Königs sahen (laut dem österreichischen Gesandten) immer noch das Heil Deutschlands nicht in einem einseitigen Preussentum, sondern in enger Union mit Österreich.[18] Den Einigungsplänen radikaler Nationalisten konnten weder preussische Staatsmänner noch der Hohenzoller auf dem Thron etwas abgewinnen. Preussen operierte folglich weiter – wie der britische Botschafter in Berlin es 1839 ausdrückte – «im Rahmen jenes schüchternen und passiven Systems, das seinen politischen Kurs kennzeichnet»[19]. Österreich behielt – trotz des Zollvereins von 1834 – eine fragile Hegemoniestellung. Es konnte immer noch eindrucksvoll die komplexen Register des Deutschen Bundes ziehen.

Zu einem erstaunlich hohen Grad blieb Preussen somit auch nach 1815 eher Gegenstand als unabhängig handelnder Akteur in der internationalen Politk. Es war von den europäischen Grossmächten mit Abstand die kleinste. In Anbetracht des sehr begrenzten Spielraums für autonome Initiativen selbst innerhalb Deutschlands muss man Preussen wahrscheinlich irgendwo zwischen dem Konzert der wahren Grossmächte und den kleineren Kontinentalstaaten ansiedeln. Preussens Führer fanden sich mit diesem Zustand ab, und das Königreich trat wiederum in eine lange Phase aussenpolitischer Passivität ein. Während der 40 Jahre des Friedens in Europa zwischen dem Wiener Kongress und dem Krimkrieg trachtete Berlin danach, sich mit allen Mächten möglichst gut zu

stellen. Wo immer es möglich war, strebte es einen Konsens an. Berlin vermied es, die Briten zu reizen, indem es sich aus jeder internationalen Krise heraushielt. Einem direkten Konflikt mit Österreich wich es beständig aus. Es sei die eingeschworene Linie Berlins, so berichtete der britische Gesandte 1837, «alle Parteien durch Schlichtung zufriedenzustellen und so den Frieden in Europa zu erhalten»[20].

Vor allem war Preussen bemüht, Russland zu besänftigen. Während der Napoleonischen Kriege hatte Russland eine Armee von mehr als einer Million Mann mobilisiert und sich damit als östliche Hegemonialmacht des europäischen Kontinents etabliert. Durch die Regelungen des Wiener Kongresses ragte das Zarenreich bis weit nach Mitteleuropa hinein. In den Nachkriegsjahren wurde die klaglose Akzeptanz der russischen Hegemonie zu einem Axiom der preussischen Aussenpolitik. Die Erinnerung an 1807 und 1812/13, als das Schicksal Preussens in russischer Hand gelegen hatte, war noch frisch. Die Beziehung zwischen Preussen und seinem östlichen Nachbarn wurde 1817 durch die Heirat der Tochter Friedrich Wilhelms III., Prinzessin Charlotte, mit Grossfürst Nikolai, dem Thronerben, vertieft. Nach der Thronbesteigung im Jahr 1825 übte Zar Nikolaus I. auf seine preussischen Verwandten starken Einfluss aus. Er war an Bemühungen beteiligt, eine Verfassungsreform zu verhindern und die Hohenzollern auf ein absolutistisches System einzuschwören.[21] Schon das leiseste Anzeichen seines Missfallens genügte, um die preussische Regierung von jeder Aktion abzuschrecken, die nicht mit den russischen Interessen vereinbar war.[22]

Die konservative Wende

Am Nachmittag des 23. März 1819, um 17 Uhr, klingelte der 24-jährige Karl Ludwig Sand, der Sohn eines Beamten aus dem ehemals preussischen Fürstentum Bayreuth und ehemalige Theologiestudent, an der Tür des Theaterdichters August von Kotzebue in Mannheim.[23] Frau von Kotzebue hatte gerade einige Gäste, deshalb wartete Sand in der Nähe der Treppe, bis der Dichter ihn in den Salon bat. Er begrüsste den Studenten herzlich, und die beiden kamen ins Gespräch. Plötzlich zog Sand einen Dolch aus dem Jackenärmel und erklärte: «Ich rühme mich Ihrer gar nicht. Hier, du Verräther des Vaterlandes.» Er stach den 57-jährigen Gastgeber zweimal in die Brust und zog ihm die Klinge quer übers

Gesicht. Kotzebue brach zusammen und starb wenige Minuten später. Während in der Wohnung ein regelrechter Tumult ausbrach, taumelte Sand zur Treppe zurück, zog einen zweiten Dolch aus der Jacke und stach sich zweimal in den Unterleib. Mit den Worten: «Ich danke dir, mein Gott, für diesen Sieg!», brach auch er zusammen.

Der Mord an Kotzebue war der aufsehenerregendste politische Akt der Nachkriegsjahre in Deutschland. Genau das hatte Sand beabsichtigt. Er hatte den Mord lange vorausgeplant und dafür gesorgt, dass er einen möglichst grossen Symbolgehalt bekam. An Kotzebues Tür war er in der ausgefallenen «altdeutschen Tracht» erschienen, die Friedrich Ludwig Jahn entworfen und verbreitet hatte und die seit 1815 mit den Zielen der radikalen nationalen Bewegung assoziiert wurde. Auf einem zeitgenössischen Stich ist er zu sehen, wie er Abschied von der hügeligen, fränkischen Heimat nimmt, die Gesichtszüge in engelsgleicher Seelenruhe verklärt. Das lange, blonde Haar wallt schlicht unter dem weichen «deutschen Barett» hervor, und der Griff eines Dolches ragt unheilvoll aus dem Revers der Jacke. Sand fertigte die Mordwaffe aus einem französischen Jagdmesser selbst an, das er bei der Schlacht von Leipzig aufgelesen hatte. Auch das Opfer hatte er sorgfältig ausgewählt. Kotzebue war den glühenden jungen Männern der patriotischen Bewegung schon seit langem ein Dorn im Auge. Seine beliebten, sentimentalen Melodramen hatten grosse Frauenrollen, lockten unzählige, weibliche Zuschauer ins Theater und spielten häufig neckisch auf Zweideutigkeiten im herrschenden Kodex der bürgerlichen Sexualmoral an. Die Nationalisten betrachteten seine Stücke als weibisch und unmoralisch und verunglimpften ihn als «Verführer der deutschen Jugend». Kotzebue kritisierte seinerseits den Chauvinismus und die Grobheit der jungen Patrioten. In einem Artikel vom März 1819 – einer seiner letzten Schriften – machte er sich über das Philistertum und die Aufsässigkeit der studentischen Burschenschaftsbewegung lustig, mit deren radikalem Flügel Sand in enger Verbindung stand.

Wegen dieser symbolisch beladenen Gegensätze wurde die Brutalität des Mordes im Bewusstsein vieler Zeitgenossen von der grossen Aufregung über den Radikalismus von Sands Tat und die Reinheit seiner Motive überschattet. Nachdem Sand von den selbst beigebrachten Wunden genesen war, erholte er sich im Gefängnis vollends. Angeblich hoben die anderen Häftlinge ihre Ketten, wenn sie an seiner Zelle vorübergingen, um den schlafenden Helden nicht

37. Ein idealisiertes Porträt von Karl Ludwig Sand
auf dem Weg nach Mannheim, um Kotzebue zu ermorden.

zu stören. Bei seiner Hinrichtung um fünf Uhr morgens am 20. Mai 1820 war Sand bereits eine Berühmtheit. Die Menschen säumten die Strassen, als er zum Schafott schritt. Nach der Enthauptung stürmten die Zuschauer vor und tränkten Taschentücher in seinem Blut – eine neue patriotische Wende der traditionellen Praxis, das Blut der Verurteilten zu medizinischen oder magischen Zwecken aufzufangen. Reliquien, wie Locken seines berühmten, blonden Haars, kursierten innerhalb der nationalistischen Bewegung. Laut einer Überlieferung soll der Henker, nachdem er das mit Blut getränkte Schafott abgebaut hatte, mit diesem Holz eine kleine Hütte in seinem Weinberg errichtet haben. Später bewirtete er hier Pilger der nationalen Bewegung, die dem toten Patrioten ihre Ehre erweisen wollten.

Nach dem Mord wurde Berlin von einer Paranoia erfasst. Sands Tat legte allem Anschein nach offen, wie unversöhnlich die aufkommende nationale Bewegung im Kern war. Noch alarmierender war die Weigerung vieler Zeitgenossen, die mit der patriotischen Sache sympathisierten, den Mord scharf zu verurteilen. Das wohl berühmteste Beispiel dafür stammte von dem Berliner Theolo-

gieprofessor Wilhelm de Wette. Eine Woche nach dem Mord schrieb er einen Kondolenzbrief an die Mutter des Mörders, Kopien dieses Briefes fanden in den Burschenschaften grossen Anklang. De Wette räumte ein, dass Sand ein Verbrechen begangen habe, das «vor dem weltlichen Magistrat strafbar» sei, argumentierte jedoch, dass man an die Tat nicht diesen Massstab anlegen dürfe:

«Der Irrthum Ihres ausserordentlichen Sohnes wird aufgewogen durch die Lauterkeit der Überzeugung; die Leidenschaft wird geheiligt durch die gute Quelle, aus der sie fliesst. Dass dies bei Ihrem frommen und tugendhaften Sohn der Fall gewesen ist, bin ich fest überzeugt. Er war seiner Sache gewiss, er hielt es für recht, das zu tun, was er tat, und so hat er recht getan.»

Insbesondere die Schlussfolgerung des Professors, Sands Tat sei «ein schönes Zeichen der Zeit», wurde vielfach zitiert.[24] Zum Unglück für de Wette fiel eine Kopie seines Briefes dem preussischen Polizeichef Fürst Wilhelm Ludwig Georg von Wittgenstein in die Hände. Am 30. September 1819 wurde de Wette seines Lehrstuhls enthoben. Es kam zu einer Verhaftungswelle, die unter dem Schlagwort «Demagogenverfolgung» in die Geschichtsbücher einging. Sie resultierte aus den Karlsbader Beschlüssen vom August 1819, die als Reaktion auf die Ereignisse um die Ermordung von Kotzebue neue und schärfere Zensur- und Überwachungsmassnahmen enthielten, die Metternich mit preussischer Unterstützung ausgearbeitet hatte. In Frankfurt wurden sie am 20. September vom Bundestag einstimmig angenommen.

Zu den Opfern der konservativen Wende zählte Ernst Moritz Arndt, inzwischen Professor für Geschichte an der Universität Bonn. Bei einer frühmorgendlichen Hausdurchsuchung in Arndts Haus versammelte sich eine Menge Burschenschafter und empfing die Polizisten mit Pfiffen und Buhrufen, als sie das Haus des Patrioten mit Stapeln beschlagnahmter Papiere verliessen. Trotz des Einspruchs des Oberpräsidenten der preussischen Rheinprovinz Friedrich Christian Reichsgraf von Solms-Laubach wurde Arndt im November 1820 suspendiert.[25] Friedrich Ludwig Jahn galt ebenfalls als verdächtig. Seine Turngesellschaften wurden verboten, das weitläufige Stadion auf der Hasenheide abgebaut und das Tragen der Turnuniform sowie der «altdeutschen Tracht» untersagt. Jahn wurde später in der Festung Kolberg inhaftiert.

Ein weniger bekanntes Opfer der Repressionen war der leicht erregbare junge Adelige Hans Rudolf von Plehwe, ein Gardeleutnant und ergebener Schüler

Jahns. Plehwe hatte 1817 am Wartburgfest teilgenommen und war häufig in den Strassen Berlins in der altdeutschen Tracht zu sehen. Unter den Zeitgenossen war er für die Härte und Regelmässigkeit seiner gymnastischen Übungen bekannt – der frühe Pionier des «Joggens» hatte die Gewohnheit, den ganzen Weg vom Zentrum Berlins bis nach Potsdam und zurück zu laufen. Als ihm dies zu wenig war, ging er dazu über, dieselbe Strecke mit Pflastersteinen in den Taschen seiner Turnjacke zu laufen. Nach einer Kundgebung zur Unterstützung Jahns wurde er verhaftet und in die Garnison im schlesischen Glogau versetzt.[26]

Das harte Vorgehen von 1819 war das Werk einer konservativen Kamarilla, die sich unter der französischen Besatzung um den Monarchen herum gebildet hatte. Nach dem Tod Königin Luises im Jahr 1810 war Friedrich Wilhelm III. unter den Einfluss einer «Ersatzfamilie» aus Höflingen geraten. Dazu gehörte der Hugenotte Ancillon, der wohl wichtigste Ratgeber, der dem König stichhaltige Argumente gegen die Verfassungsvorstellungen der Reformer einflüsterte. Jede Form einer Nationalversammlung, warnte der frühere Prediger, werde unweigerlich die Macht des Monarchen einschränken. Welche Gefahren so etwas in sich berge, habe der Verlauf der Französischen Revolution demonstriert, die mit einer Nationalversammlung begonnen und dann über die Abschaffung der Monarchie zur Diktatur eines Usurpators geführt habe. Eine weitere Figur mit grossem Einfluss nach Luises Tod war die Gräfin Voss, eine liebenswürdige ältere Frau mit konservativen Ansichten, deren Gesellschaft dem König in den harten ersten Monaten nach dem schmerzlichen Verlust teuer geworden war. Gräfin Voss wiederum führte den Freund ihrer Familie, Fürst Wittgenstein, in den engeren Kreis des Königs ein.[27]

Dieses seltsame Trio, eine 81-jährige Gräfin, ein Aristokrat und ein ehemaliger Prediger, beide über vierzig, bildeten den Kern einer einflussreichen Fraktion bei Hofe. Sie wurden in erster Linie deshalb für den König unverzichtbar – und hatten folglich grossen Einfluss –, weil sie ein Gegengewicht zum wachsenden Einfluss Hardenbergs bildeten. Der König war ganz von seinem Kanzler abhängig geworden und trachtete danach, dies auszugleichen, indem er ihm seinen eigenen Beraterkreis entgegenstellte. Wenn der Kanzler Vorschläge vorlegte, die seine Untergebenen in der Kanzlei sorgfältig ausgearbeitet hatten, dann wurden diese an den engeren Kreis mit der Bitte um Kommentar weiterge-

leitet. Im Grunde bedeutete dies eine Rückkehr zu der «Kabinettsregierung», die die Reformer 1806 hatten abschaffen wollen.

Die Männer der Kamarilla versuchten auf mehreren Ebenen, ihren politischen Einfluss zu stärken und den ihrer Widersacher zu neutralisieren. Fürst Wittgenstein, Ancillon und der Kabinettsrat Daniel Ludwig Albrecht traten als informelle Vermittler zwischen Metternich und Friedrich Wilhelm III. auf, trieben einen Keil zwischen den König und Hardenberg und machten sich das zunehmend konservative, internationale Klima zunutze. Ausserdem starteten sie innerhalb der preussischen Regierung eine Flüsterkampagne gegen hohe politisch gemässigte Persönlichkeiten, in deren Verlauf behauptet wurde, sie hätten subversiven Elementen Zuflucht gewährt, mit ihnen sympathisiert oder sogar zur Subversion aufgerufen. Zu denjenigen, die Wittgenstein und seinem eifrigen Stellvertreter Karl von Kamptz verdächtig erschienen, zählten Justus von Gruner, inzwischen hoher Staatsbeamter im preussischen Rheinland, der Militärreformer General August Graf Neidhardt von Gneisenau und der Oberpräsident von Jülich-Kleve-Berg, Graf Friedrich von Solms-Laubach, ein alter Freund Steins.

In der vergifteten Atmosphäre, die nunmehr in Berlin herrschte, war jeder verdächtig, der nicht streng linientreu blieb. In der ersten Oktoberwoche 1819, als das Staatsministerium sich traf, um über die Auswirkungen der Karlsbader Beschlüsse zu diskutieren, legte Wilhelm von Humboldt, eine der fortschrittlichsten Persönlichkeiten der Reformära, seinen Kollegen einen Resolutionsentwurf vor, der gegen die Beschlüsse protestierte. Humboldt argumentierte, die Beschlüsse würden die Souveränität des preussischen Monarchen beeinträchtigen, indem neue repressive Vollmachten auf den Bund übergingen. Dass ausgerechnet dieser liberal gesinnte Minister sich dazu entschlossen hatte, seinen Antrag mit diesem Argument zu begründen, macht deutlich, wie schwierig es geworden war, in dem neuen Klima für fortschrittliche Regierungsgrundsätze zu plädieren. Humboldt bekam im Ministerium zwar nicht die Mehrheit, aber er wurde von zwei bedeutenden Persönlichkeiten unterstützt: Justizminister Karl Friedrich von Beyme und Kriegsminister Hermann von Boyen. Alle drei waren an den Reformen beteiligt gewesen, die nach 1806 umgesetzt worden waren. Humboldt und Beyme wurden beide am letzten Tag des Jahres 1819 entlassen, allerdings bestimmte der König, dass sie weiter ihr Ministergehalt in Höhe von 6000 Talern erhielten (Humboldt lehnte dieses Angebot empört ab).

Hermann von Boyen wurde ebenfalls entlassen, und zwar nach einem erbitterten Streit um den sinkenden Status der preussischen Landwehr, einem der zentralen Punkte im Konzept der preussischen Militärreformer. Schliesslich mussten auch Grolman und Gneisenau ihren Hut nehmen.

Hardenberg kann man von einer Mitverantwortung an der konservativen Wende nicht ganz freisprechen. Mit seiner geradezu zwanghaften Sorge um die Konsolidierung der eigenen Macht als Kanzler und oberster Minister machte er sich Kollegen und Untergebene zum Feind, trieb sie in die Opposition und stärkte so den Einfluss der Konservativen. Humboldts Abschied im Jahr 1819 war beispielsweise ebenso sehr Hardenbergs Werk, der ihn als Rivalen und Gegner ansah, wie das der konservative Fraktion. Mit seinem ständigen Kampf um Macht und Einfluss und seinem Bestreben, die Unabhängigkeit der Menschen um ihn herum einzuschränken, sorgte Hardenberg dafür, dass ideologische Spannungen durch persönliche Rivalitäten noch verstärkt wurden. Auch in taktischer Hinsicht spielte Hardenberg der Kamarilla in die Hände, indem er die von Wittgenstein angeordneten Zensur- und Überwachungsmassnahmen unterstützte. Er war immer schon eher ein Vertreter der autoritären Aufklärung gewesen. Folglich befürwortete er auch den Einsatz nicht liberaler Mittel, um fortschrittliche Ziele zu erreichen. Überdies war er ehrlich alarmiert über die Ausbreitung subversiver Bestrebungen innerhalb Preussens.[28] Möglicherweise rechnete er damit, dass durch die Repressionen ein stabileres politisches Klima entstehen würde und dass sich dies wiederum günstig auf sein Lieblingsprojekt auswirken würde: die Schaffung einer «nationalen» Vertretung des preussischen Volkes.

Falls er diese Hoffnung gehegt hatte, so trog sie ihn. Die Konservativen hatten seit langem vor dem Zugeständnis einer «nationalen» Vertretung gleich welcher Form gewarnt. In ihren Augen musste jede funktionsfähige Repräsentationsform auf die Interessen und Privilegien der bestehenden, historisch begründeten Ständegremien innerhalb der Gesellschaft zugeschnitten sein. In ihren Augen musste eine Verfassung, die darauf abzielte, die preussische Nation als undifferenziertes Ganzes abzubilden, Aufruhr und Unruhen hervorrufen. Aus diesem Grund hatte Metternich schon im November 1818 Wittgenstein geraten, dass der preussische König «nie weiter als bis zur Einführung von Provinzialstände» gehen dürfe.[29] Angespornt von der Kamarilla und beeinflusst von seinen eigenen Ängsten distanzierte sich der König von Hardenberg. Eine Kommission, die im Dezember 1820 zur Lösung der Verfassungsfrage einberufen wurde,

wurde mit Konservativen besetzt, und der Kanzler wurde 1821 auf eine aussenpolitische Mission geschickt, damit er der Kommission auch bestimmt nicht in die Quere kam. Am 26. November 1822 starb Hardenberg, er bekam gerade noch die Beerdigung seines Projektes mit. Mit dem «Allgemeinen Gesetz wegen Anordnung der Provinzialstände» vom 5. Juni 1823 gab die Regierung dann der Öffentlichkeit ihre Absichten bekannt. Preussen sollte weder eine schriftliche Verfassung noch ein Parlament erhalten. Stattdessen mussten sich die Untertanen des Königs mit Provinzialständen zufriedengeben.

Diese Provinzvertretungen (ab 1875 Provinziallandtage) wurden nach ständischen Gesichtspunkten gewählt und organisiert, diese Massnahme sollte Kontinuität mit den traditionellen Ständevertretungen des alten Regimes suggerieren. Langjähriger Grundbesitz war Voraussetzung für die Wählbarkeit. Durch die Quoten für jeden Stand war gewährleistet, dass der einheimische Adel ein Übergewicht hatte, auch wenn die genauen Zahlen von Provinz zu Provinz variierten. Gemeinsam konnten die Vertreter des Adels jeden Vorschlag aus der Versammlung blockieren. Und damit die Provinzialstände der zentralen Verwaltung auch bestimmt nicht in die Quere kamen, wurden ihre Befugnisse sehr eng gefasst. Sie wurden nur alle drei Jahre einberufen, und sie hatten weder legislative noch steuerliche Vollmachten. Ihre Beratungen waren geheim, damit sie nicht zu Brennpunkten politischer Agitation wurden, und es war verboten, Protokolle zu veröffentlichen. Sie waren also vor allem beratende Gremien, die darüber hinaus einige wenige administrative Aufgaben übernahmen, wie die Überwachung grosser, mit öffentlichen Mitteln finanzierter Einrichtungen in den Regionen.[30]

Selbst einem nur gemässigt fortschrittlichen Beobachter mussten die Provinzialstände rückständig vorkommen. Vor allem spiegelten sie nicht die Struktur und Machtverhältnisse der einheimischen Gesellschaft wider. Dies galt insbesondere für die Rheinprovinzen: Der Adel, der hier traditionell eine eher marginale Rolle spielte, war eklatant überrepräsentiert (nur vier Prozent des Grundbesitzes gehörten dem Adel, der aber ein Drittel der Mandate besetzte) – ein Umstand, der sich kaum mit einer Gesellschaft vereinbaren liess, in der bürgerliche Wertvorstellungen massgeblich die Entscheidungen beeinflussten. Deputierte aus grossen Industrie- und Handelsstädten mussten feststellen, dass sie 120-mal so viele Wähler und 34-mal so viele Steuereinnahmen repräsentierten wie ihre Kollegen aus dem Adelsstand. Der ganze Vorgang litt darüber hinaus

unter der indirekten Wahl der Deputierten für den dritten und vierten Stand, also Bauern und Arbeiter. Wähler aus den jeweiligen Bevölkerungsgruppen mussten Wahlmänner nominieren, die wiederum Kreiswahlmänner wählten. Diese wählten schliesslich die Deputierten. Das System war eigens so konzipiert, dass die Versammlung von den aktuellen Trends und Konflikten der Provinzgesellschaft abgehoben war.[31] Noch eine weitere Massnahme wurde eingeführt, um zu verhindern, dass die Versammlungen zu einem Forum für eine Politisierung der Gesellschaft wurden: Den Deputierten wurden die Sitze per Los zugeteilt, sodass gleich gesinnte Abgeordnete in der Versammlung keinen Parteiblock bilden konnten.[32] Im Gegensatz zu Baden, Württemberg und Bayern blieb Preussen somit ein Staat ohne Parlament.

Die Konservativen hatten sich also durchgesetzt. Doch ihr Sieg war längst nicht so grundlegend, geschweige denn endgültig, wie es den Anschein hatte. Ein Prozess des politischen Wandels war losgetreten worden, und er war nicht mehr rückgängig zu machen.[33] Mit der Eingliederung des Rheinlandes hatte sich die politische Natur des Königreichs unwiderruflich verändert. Mit ihrer grossen und selbstbewussten städtischen Mittelschicht brachte die Rheinprovinz ein Element der Unruhe und des Aufruhrs in das Königreich, das die preussische Politik während der Nachkriegsjahre fortwährend belebte. Die rheinländischen Eliten standen der «litauischen» Regierung in Berlin skeptisch gegenüber, und sie wehrten sich hartnäckig gegen eine völlige Eingliederung in das Königreich. Rheinländische Katholiken betrachteten die neue, protestantische Regierung mit Misstrauen, und rheinländische Protestanten führten einen 20-jährigen Kampf gegen Berlin, um ihre (vergleichsweise demokratische) Synodalverfassung zu erhalten.[34] Auch um das napoleonische Rechtssystem wurde gekämpft, dessen egalitäre soziale Präsumtionen und starke Förderung der Besitzrechte viel besser zu den Gesellschaftsverhältnissen im Rheinland passten als das preussische Allgemeine Landrecht. Die Bemühungen der Konservativen, preussisches Recht im Westen durchzusetzen, stiessen auf entschiedenen lokalen Widerstand. Am Ende wurde die Idee fallen gelassen. Das Rheinland blieb somit juristisch gesehen ein fremdes Land, mit eigenen Vorschriften, Einrichtungen – darunter etwa Schöffen – und juristischen Ausbildungseinrichtungen. Da das napoleonische System unter Juristen aus ostelbischen Provinzen neue An-

hänger fand, entwickelte es sich sogar zu einer wichtigen Kraft des Wandels. Der neue Gesetzeskodex, der im Königreich Preussen nach 1848 eingeführt wurde, war stärker an das rheinländische System als an den alten friderizianischen Kodex angelehnt.[35]

Dieselbe progressive Stossrichtung ist auf dem Feld der Zollreform zu beobachten. Wirtschaftliche Deregulierung und Zollharmonisierung wurden nach 1815 mit dem Zollgesetz vom 26. Mai 1818 fortgesetzt, das das erste homogene, landesweite Zollsystem in Preussen einführte (anfangs erhielten die östlichen und westlichen Provinzen abweichende Sätze, aber 1821 wurden sie vereinheitlicht). Seit Ende der zwanziger Jahre reichte der Prozess der Harmonisierung über die Grenzen des Königreiches hinaus, als Minister und Beamte an der Gründung eines deutschen Zollvereins unter preussischer Schirmherrschaft bastelten. Dieses Feld zog die Aufmerksamkeit einiger der findigsten Persönlichkeiten in der obersten Regierungsebene auf sich.

Auch auf dem Feld der Bildung wurden nach 1815 die Verbesserungs- und Modernisierungsmassnahmen fortgeführt. Die Ausweitung und Professionalisierung der Lehrerausbildung machte rasche Fortschritte, und schon in den vierziger Jahren besuchten mehr als 80 Prozent der preussischen Kinder zwischen sechs und vierzehn Jahren eine Grundschule – eine Zahl, die in der damaligen Zeit allenfalls von Sachsen und Neuengland erreicht wurde. Entsprechend niedrig war auch die Analphabetenquote.[36] Das preussische Bildungswesen wurde im Ausland nicht nur wegen seiner Effektivität und der breiten Zugangsmöglichkeit bewundert, sondern auch wegen des liberalen Tons der Einrichtungen. Nach der Ernennung von Ludolf von Beckedorff zum Leiter des öffentlichen Schulwesens im Jahr 1821 schien es so, als könnte dies eine reaktionäre Kehrtwende in der preussischen Bildungspolitik ankündigen – Beckedorff war ein Gegner Pestalozzis, der die Pläne der Reformer beseelt hatte. Doch er war ausserstande, die bürokratische Reform zu stoppen, weil der zuständige Minister Karl von Altenstein weiterhin den progressiven Vertretern im Bildungssystem den Rücken stärkte. Jedenfalls war Beckedorff, wie viele Konservative der Zeit, ein im Grunde pragmatischer Mensch, der durchaus bereit war, innerhalb der vorgefundenen Strukturen tätig zu werden und sie auszuweiten. In den vierziger Jahren war der amerikanische Bildungsreformer Horace Mann bei einem Besuch in Berlin überrascht, dass den Schulkindern in Preussen beigebracht wurde, ihre geistigen Fähigkeiten selbst einzusetzen, und zwar von Lehrern, die alles andere als autoritäre Methoden anwandten.

«Obwohl ich Hunderte von Schulen und [...] Zehntausende von Schülern zu Gesicht bekam», schrieb Mann, «sah ich nie ein Kind, das wegen Fehlverhaltens bestraft wurde. Ich sah nie ein Kind weinen, weil es bestraft worden war, oder vor Angst, bestraft zu werden.»[37] Liberale Besucher aus Grossbritannien zeigten sich häufig überrascht, dass ein so «despotisches» Staatswesen ein so progressives und aufgeschlossenes Bildungssystem hervorgebracht hatte.[38]

Wie der Fall Beckedorff nahelegt, bedeutete konservative Gesinnung nicht unversöhnlicher Widerstand gegen alles, was sich seit der Krise 1806 verändert hatte. Die Übergänge waren viel zu fliessend, das Spektrum zu breit und offen, als dass eine umfassende Restauration des Status quo vor der Reformära denkbar gewesen wäre, nicht einmal ein Innehalten des Staates in seiner Entwicklung war möglich. Das mag auch daran gelegen haben, dass die Konservativen allmählich viele Ideen verinnerlicht hatten, die zentrale Bestandteile des Reformprojekts waren, so zum Beispiel die Auffassung, dass die preussische «Nation» ein einziges, kohärentes Gemeinwesen sei (statt einer Versammlung unterschiedlicher und privilegierter Stände).[39] Jedenfalls gab es noch beträchtliche fortschrittliche Machtzentren innerhalb der Regierung, nicht nur in den Ressorts Finanzen und Aussenpolitik, sondern auch im Ministerium «für die geistlichen Sachen, den öffentlichen Unterricht und für das Medizinalwesen», das selbst ein Produkt der Reformära war. Seit 1815 leitete der aufgeklärte Rationalist Karl von Altenstein das Ministerium, ein Freund, Mitarbeiter und einstiger Protégé von Hardenberg. Der König – selbst in mancher Hinsicht ein Kind der Aufklärung – war bei seinen Ernennungen nie sonderlich konsequent, und es wurde kein Versuch unternommen, einen einheitlichen, ideologischen Ansatz in der gesamten Regierungsmannschaft durchzusetzen.

Die Politik des Wandels

Die 1823 geschaffenen Provinzialstände waren wohl nicht die robusten Repräsentationsorgane, welche die Radikalen sich gewünscht hätten, aber in dem Masse, wie sie in ihre Rolle hineinwuchsen, entwickelten sie sich zu wichtigen Brennpunkten des politischen Wandels. Obwohl sie nach aussen hin wie traditionelle Ständevertretungen aussahen, waren sie in Wirklichkeit neuartige re-

präsentative Einrichtungen. Ihre Legitimität leiteten sie von einer gesetzgeberischen Handlung des Staates ab, nicht von der Autorität einer ausserstaatlichen ständischen Tradition. Die Deputierten stimmten einzeln ab, nicht nach Ständen, und die Beratungen fanden in gemeinsamen Plenarsitzungen statt, nicht separat wie in den Ständeversammlungen des alten Regimes. Und der wichtigste Punkt: Der edle Stand, die Ritterschaft, wurde nicht länger durch Geburt, sondern durch Besitz bestimmt (mit Ausnahme des kleinen Kontingents «immediater» Adeliger im Rheinland). Der Besitz «privilegierten Landes» gab nunmehr den Ausschlag, nicht die Geburt in einen privilegierten Stand.[40] Die bürgerlichen Grundstückskäufer, durch deren Kaufkraft sich die soziale Landschaft der preussischen Lande seit der Mitte des 18. Jahrhunderts verändert hatte, wurden jetzt in die höchsten Kreise der politischen Nation zugelassen (vorausgesetzt, dass sie keine Juden waren, in diesem Fall mussten sie einen Stellvertreter entsenden).

So stärkten sich die Kräfte des sozialen und des politischen Wandels gegenseitig, weil sich der Transfer ehemals adeliger Güter in den Besitz von Angehörigen der Mittelschicht in einem noch schnelleren Tempo fortsetzte, nachdem die Reformer den Markt für dörfliches Land dereguliert hatten. Im Jahr 1806 befanden sich noch 75,6 Prozent der Adelsgüter im Hinterland Königsbergs in den Händen von Adeligen. Bis 1829 war der Anteil auf 48,3 Prozent gesunken. Im ostpreussischen Kreis Mohrungen war der Rückgang noch drastischer. Hier fiel der Anteil von 74,8 auf 40,6 Prozent. Ostpreussen war wegen der verheerenden Folgen der Krise von 1806/07 und der napoleonischen Blockade für die Getreidewirtschaft der Provinz gewiss ein Extremfall, doch die Zahlen für ganz Preussen bestätigen den allgemeinen Trend: 1856 befanden sich nur noch 57,6 Prozent des adeligen Landes in den Händen adeliger Landbesitzer. Folglich waren die Provinzialstände (oder auch -landtage) auch viel plutokratischer, als es nach aussen den Anschein hatte. Unter der ausgefeilten ständischen Verbrämung verbarg sich der Beginn eines besitzorientierten Stimmrechts.

Von Anfang an trachteten die Landtage danach, die ihnen zugewiesene Rolle auszuweiten, zunächst zögerlich, dann immer eifriger. Die von Deputierten vorgelegten Resolutionsentwürfe hatten häufig offen politischen Charakter und sollten die Grenzen ausloten, die der Staat der Tätigkeit des Landtags gesetzt hatte. Viele forderten etwa, dass gedruckte Transkripte der Sitzungen in Umlauf gebracht wurden – was nach den Zensurvorschriften der Regierung untersagt

war –, es wurden Petitionen eingereicht, auf dass «die ständischen Verhältnisse immer vielseitiger und vollständiger [...] sich entwickeln» mögen, und eine Generalversammlung wurde gefordert, also eine Vertretung ganz Preussens.[41] Die Pressefreiheit kam ebenfalls häufig zur Sprache. Mit anderen Worten, die Landtage übten in den Provinzen allmählich liberalen politischen Druck aus. Diese Rolle spielten sie nicht nur für die Deputierten selbst, sondern auch für ein allgemeineres, politisch gebildetes Publikum. Ab Ende der zwanziger Jahre wurden von den ostpreussischen Städten unzählige Petitionen in den Landtag eingereicht. Eine Eingabe vom Januar 1829 aus der Stadt Mohrungen im Südwesten der Provinz kritisierte die Regierung in Berlin, weil sie die wirtschaftlichen Probleme der Region vernachlässige, tadelte die Unfähigkeit des Landtags und schlug vor, dass die Stände den Monarchen auffordern sollten, sein Verfassungsversprechen einzuhalten. Auch eine andere Eingabe aus der verschlafenen Kleinstadt Stallupönen östlich von Königsberg und nicht weit von der polnischen Grenze wiederholte die Forderung nach einer Verfassung und Nationalversammlung. Sie erhärtete das Gesuch mit einem Verweis auf den Beitrag der Provinz im Befreiungskrieg gegen Napoleon.[42]

Das Bemerkenswerte an diesen Petitionen, die in den dreissiger und vierziger Jahren immer häufiger eingingen, ist nicht allein, dass sie aus allen Provinzen kamen, selbst aus dem konservativen, vom Adel beherrschten Oberland im Westen Ostpreussens, sondern auch, dass sie eine relativ breite Gesellschaftsschicht repräsentierten. Unter den Unterzeichnern einer Eingabe von 1843 aus Insterburg, einer Verwaltungsstadt im Zentrum der Provinz, fanden sich nicht nur Kaufleute und kommunale Beamte, sondern auch ein beträchtlicher Anteil an Handwerkern: Tischler, Steinmetze, Schlosser, Bäcker, Riemer, ein Kürschner, ein Glasbläser, Buchbinder, Metzger, Seifensieder und andere. Diese disparate Gruppe bat nicht nur um eine Nationalversammlung und öffentliche Sitzungen, sondern auch um einen «anderen Modus der Vertretung», der dem Landadel weniger Gewicht einräumte.[43] Mit anderen Worten, die Bemühungen der Regierung, die Landtage von ihrem gesellschaftlichen und politischen Hinterland abzuschotten, gingen ins Leere. Unzählige informelle Verbindungen zwischen Deputierten und den politischen Kreisen der städtischen Gesellschaft sorgten dafür, dass die Debatten des Landtags in der ganzen Provinz verbreitet wurden. Diese Netzwerke wurden von einer wachsenden Provinzpresse unterstützt.

Die Landtage wurden auch im Grossherzogtum Posen, dem Teil Polens, der nach 1815 Berlin zugeschlagen wurde, zum Brennpunkt politischer Ziele und abweichender Meinung. Die Verfassungsfrage wurde in dieser Region von der Frage der preussischen Politik gegenüber den Polen überschattet. In einer Erklärung vom 15. Mai 1815, die seither häufig zitiert wurde, versicherte Friedrich Wilhelm III. seinen polnischen Untertanen, dass auch sie hier ein Vaterland hätten und in die preussische Monarchie eingegliedert würden, ohne dass sie auf ihre Nationalität verzichten müssten. Ihre Sprache werde neben Deutsch in allen öffentlichen Funktionen verwendet werden.[44]

In den frühen Nachkriegsjahren wurde der Versuch unternommen, die polnische Elite in der Region zu beschwichtigen. Ein Statthalter wurde ernannt, der zwischen der zentralen Exekutive und dem einheimischen Adel vermitteln sollte (diese Regelung bestand nur im Grossherzogtum), und 1821 wurde eine Kreditgesellschaft gegründet, um die Schuldenlast des Adels zu lindern. Polnisch blieb Amtssprache für die Kommunikation mit der Bürokratie und in Gerichtsverfahren, und Polnisch war in Grund- und weiterführenden Schulen die Unterrichtsprache, mit Ausnahme der letzten Jahre im Gymnasium, wo Deutsch eingeführt wurde, um die Schüler auf die Universität vorzubereiten. Das Ziel war nicht die «Germanisierung» der Polen, man wollte nur gewährleisten, dass sie loyale preussische Untertanen wurden.[45] Ende der zwanziger Jahre häuften sich jedoch bereits die Enttäuschungen über die Entwicklungen im Grossherzogtum. So herrschte zum Beispiel Unmut darüber, dass die Regierung es immer noch nicht geschafft hatte, eine separate polnische Division in der preussischen Armee aufzustellen – ein Vorhaben, das von dem Posener Adel sehr begrüsst wurde. Bei der ersten Sitzung des Landtags im Jahre 1827 wurden Petitionen eingereicht, die den Gebrauch des Deutschen in den letzten Jahren der weiterführenden Schule bemängelten und gegen die Tatsache protestierten, dass viele preussische Beamte in der Region weder Polnisch sprachen noch verstanden. Diese Themen erregten die Deputierten so sehr, dass die Befürworter einer Petition ihre Gegner sogar zum Duell forderten.

Nach 1830 verschlechterten sich die Rahmenbedingungen erheblich. Der polnische Aufstand im selben Jahr konzentrierte sich zwar auf den russischen Teil Polens, nicht auf den preussischen, aber er weckte unter den Liberalen im ganzen Königreich Begeisterung. Der Königsberger Professor Burdach erinnerte

sich später daran, wie er heimlich über die Grenze ging, um «von dessen [Polens] Befreiung zu träumen und Blumen von demselben nach unserer Heimat zu bringen»[46]. Der Aufstand wirkte sich unweigerlich auch auf die Politik im Grossherzogtum aus, weil Tausende Polen die Grenze überschritten, um für die nationale Sache zu kämpfen, darunter mehr als 1‘000 Fahnenflüchtige aus dem preussischen Militärdienst. Von der Aussicht auf eine nationale Mobilisierung alarmiert, gab die Berliner Regierung die Politik der Versöhnung auf. Das Grossherzogtum wurde zur «Provinz» Posen degradiert, der polnische Statthalter entlassen. Eduard Heinrich von Flottwell, der neue Oberpräsident, der im Dezember 1830 ernannt wurde, war ein Hardliner, der wenig Sinn darin sah, den polnischen Adel zu besänftigen. «Die männliche Jugend dieses Adels», erklärte er, «ist dabei grösstenteils noch betört durch die akademischen Schwindeleien von Vaterlandsund Freiheitsgefühl, welche sich in dem unlogischen Kopfe eines Polen mit der stolzen Anmassung eines sarmatischen Magnaten auf wundersame Weise vereinigen [...] .»

Die Vorstellung, dass Posen Bestandteil eines polnischen Vaterlandes und die Polen eine eigenständige Nationalität seien, wurde zugunsten einer Politik der direkten Assimilierung aufgegeben. Die slawischen Einwohner der Provinz seien gar keine «Polen», behauptete Flottwell, sondern «Preussen». Von Neutralität konnte keine Rede mehr sein: Flottwell forcierte die Besiedelung durch deutsche Bauern, stärkte die Organe der städtischen Selbstverwaltung, um der zum Grossteil deutschen Bürgerschicht grössere Einflussmöglichkeiten zu geben, und weitete den Gebrauch von Deutsch als Unterrichtssprache aus. Diese Änderungen lösten eine rasche Radikalisierung in der Provinz aus. Auf den Landtagen von 1834 und 1837 wurde heftig gegen den Vormarsch der deutschen Sprache protestiert. Polen traten in Scharen aus dem preussischen Staatsdienst aus. Mitte der dreissiger Jahre engagierten sich patriotische Aktivisten unter dem polnischen Adel in der Bewegung «Organisches Werk», einem Netz von Adelsvereinen, die sich zum Ziel gesetzt hatten, das polnische kulturelle und gesellschaftliche Leben in der Provinz durch die allmähliche Verbesserung der Anbaumethoden und die Schaffung einer polnischen kulturellen Infrastruktur zu verbessern.[47]

Auch im Rheinland entwickelten sich die Landtage zu wichtigen Brennpunkten für eine liberale (und konservative) Mobilisierung. Politische Aktivisten im Westen konnten sich auf die noch frische Erinnerung an Formen der ständi-

schen Mitbestimmung berufen, die bis ins 18. Jahrhundert zurückreichten.[48] Nach 1830 dienten die Landtage ebenfalls als politische Foren, auf denen von der Regierung eine Generalständeversammlung und die Erfüllung des Verfassungsversprechens eingefordert wurde.[49] Und im Rheinland wurden, genau wie im Osten, unzählige Petitionen im Landtag vorgetragen. Und wie in Ostpreussen erhielten der Landtag und seine Mitglieder in Anbetracht der erhöhten politischen Erwartungen einen höheren Status: Im Dezember 1833 veranstaltete der exklusive Casino Club in Trier sogar ein Bankett zu Ehren der zurückkehrenden Deputierten der Stadt.[50] Langsam, aber sicher brachte dieser belebende Wirbel rings um die Landtage es unweigerlich mit sich, dass ihre Ansprüche stiegen. Wie Heinrich von Treitschke, der nationalliberale Historiker des 19. Jahrhunderts, es formuliert hat: «Landtage, die sich dem Urteil der öffentlichen Meinung preisgaben, konnten sich auf die Dauer nicht mit unmassgeblichen Ratschlägen begnügen, sie mussten fordern, dass ihnen irgendein Recht der Beschliessung gewährt würde.»[51]

Glaubenskonflikte

In der Religion war dies wie in der Politik eine Ära der Differenzierung, Fragmentierung und des Konflikts. Erweckungsbewegungen mobilisierten so viele Gläubige, dass das Gleichgewicht der religiösen Gemeinschaften gestört wurde. Der Staat mischte sich so stark in das konfessionelle Leben des Königreichs ein wie noch nie seit der Herrschaft des Grossen Kurfürsten, sodass die Grenzen zwischen religiöser Nonkonformität und politischem Dissens verwischt wurden. Aus konfessionellen Netzwerken wurden protopolitische, parteiähnliche Gruppierungen. Religion war keineswegs nur eine Quelle des politischen Diskurses; sie wurde ein starkes Motiv zum Handeln. Ihre Dynamik als gesellschaftliche Kraft war in dieser Ära stärker denn je seit dem 17. Jahrhundert.

Im Dezember 1827 kehrte ein Engländer von Berlin nach London zurück mit «erfreulichen Aussagen zum Anstieg der Religion unter einflussreichen Personen in den preussischen Domänen». Dieser evangelikalische Reisende erzählte einer bekannten Londoner Missionsgesellschaft von einer Gebetsversammlung in Berlin, wo er «30 Personen ersten Ranges» angetroffen habe. Er berichtete, dass sich der König und seine Minister einig seien in der Förderung frommer

Projekte, und erzählte von mehreren Treffen mit Armeeoffizieren von «wahrhaft christlichem Geist»[52]. Der englische Reisende hatte in Berlin eines der Erweckungszentren mit eigenen Augen gesehen, eine gesellschaftlich vielschichtige Bewegung der religiösen Erneuerung, die in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts den ganzen protestantischen Norden Deutschlands erfasste. «Erweckte» Christen hoben den emotionalen, bussfertigen Charakter ihres Glaubens hervor. Den Übergang vom Unglauben oder einer rein nominellen Zugehörigkeit zur christlichen Kirche zur Fülle eines erweckten, religiösen Bewusstseins erlebten viele als einen traumatischen Augenblick der «Wiedergeburt». Ein Teilnehmer an einer nächtlichen Gebetsversammlung, die 1817 in Berlin stattgefunden hatte, erinnerte sich, dass Punkt Mitternacht «der Herr mir lebendig, persönlich wie nie zuvor und nachher vor die Seele trat. Mit tiefster Erschütterung meines ganzen Innern und einem heissen Strom von Thränen erkannte ich meine Sünde, die mir wie ein Berg vor Augen stand.»[53]

Diese Form religiösen Eifers war eher persönlich und praxisorientiert als kirchlich; sie äusserte sich in einer erstaunlich breiten Palette sozialer Initiativen: Unzählige freiwillige, christliche Gesellschaften widmeten sich karitativen Tätigkeiten, der Unterbringung und Besserung «gefallener Frauen», der sittlichen Besserung von Gefängnishäftlingen, der Pflege von Waisenkindern, dem Druck und der Verteilung von Bibeln, der Vermittlung von Arbeit für Arme und Landstreicher, der Konversion von Juden und Heiden. Der schlesische Adelige Hans Ernst von Kottwitz, eine zentrale Figur in der frühen Erweckungsbewegung, gründete etwa eine «Spinn-Anstalt» für die Arbeitslosen der Stadt; in Berlin wurde 1822 eine neue Judenmission gegründet und von wichtigen Persönlichkeiten der Stadt protegiert, unter ihnen enge Vertraute des Monarchen selbst.

Im Westen, in der preussischen Provinz Westfalen, gründete der fromme Adalbert Graf von der Recke-Volmerstein 1817 die Rettungsanstalt zu Düsselthal, um verwaisten und verlassenen Kindern eine Zuflucht zu bieten, deren Zahl nach den Napoleonischen Kriegen sprunghaft gestiegen war. Später fügte er ein Arbeitshaus für Juden hinzu mit dem Ziel, sie zum Christentum zu bekehren. Wie viele erweckte Christen war auch der Graf getrieben von der Erwartung des tausendjährigen Reiches Christi – er glaubte, er arbeite daran, Gottes Reich auf Erden aufzubauen. Sünde und Laster sollten keine Chance haben. In einem Eintrag in Reckes eigenem Waisenhaustagebuch vom Januar 1822

heisst es, dem Grafen sei es «erst nach einigen 40 Kläpfen [Ohrfeigen] gelungen, sie [ein Mädchen] zum Nachsagen eines Verses zu bewegen»[54]. Zwei Wochen später wurde ein taubstummer Junge, den man zu einem Schmiedemeister in die Lehre geschickt hatte, ordentlich «durchgeprügelt», weil er sich gewehrt hatte, als sein Meister ihn schlug.[55] An einem Sonntagmorgen im März mussten die Jungen von Düsselthal die öffentliche Auspeitschung von Jakob mit ansehen, der in ein Fass Branntwein, der auf dem Grundstück gebrannt wurde, ein Loch gebohrt hatte, um davon zu trinken. Nach jedem Schlag wurde er gedrängt, seine Missetat zu bereuen, doch er blieb «unbekehrt» und musste eine Woche lang ins Gefängnis gesteckt werden, wobei die Beine in ein Paar «hölzerne Stiefel» eingeschlossen wurden. Mahlzeiten, Schulstunden und Zapfenstreich wurden mit Fanfarenstössen angekündigt, und die Insassen marschierten in militärischer Ordnung zu ihren jeweiligen Aufgaben. Die Rettungsanstalt war ein düsterer Ort für all jene, die gegen die disziplinarischen Vorschriften verstiessen, aber sie bildete, wie viele vergleichbare ehrenamtliche Gründungen, eine unverzichtbare Ergänzung zu der minimalen sozialen Fürsorge durch staatliche Behörden. Bereits 1823 wurde die Anstalt zu einer amtlichen Aufnahmestelle für ausgesetzte Kinder in der Region um die Stadt Düsseldorf.

Die protestantischen Missionen, Anstalten und frommen Gesellschaften der Nachkriegszeit hatten eine sozial breit gefächerte Anhängerschaft. Gründungsväter waren meist reiche Einzelpersonen aus der gesellschaftlichen (und häufig politischen) Elite, denn sie verfügten nun mal über das nötige Kapital, um Gründstücke, Immobilien und die notwendige Ausstattung zu erwerben. Ausserdem hatten sie genügend Einfluss, um sich Privilegien von den Behörden zu verschaffen. In den kleineren Städten und Dörfern der preussischen Provinzen existierte ein weites Netz von Anhängern, unter denen Handwerker die grosse Mehrheit ausmachten. Sie trafen sich in kleinen Gruppen zu Gebeten, Bibellesungen, Diskussionen und zum Spendensammeln für christliche Zwecke. Diese freiwilligen Vereinigungen oder Vereine, wie sie sich nannten, waren im Protestantismus des 19. Jahrhunderts etwas Neues und sehr Bezeichnendes. Gewiss war dies nicht die skeptische, bürgerliche «öffentliche Sphäre», die von Jürgen Habermas idealisiert wurde, doch die Bewegung stand für einen eindrucksvollen Impuls der Selbstorganisation, der in protopolitische Netze und Zugehörigkeiten münden konnte. Sie war Teil der allgemeineren Entfaltung ehrenamtli-

cher Energien, die die Gesellschaft der mittleren und unteren Mittelschicht im 19. Jahrhundert veränderten.

Die protestantische Erneuerung in Preussen äusserte sich tendenziell eher ausserhalb der Mauern der institutionellen Kirche. Der Gottesdienst in der Kirche wurde als «ein Mittel der Erbauung unter mehreren Mitteln» angesehen, doch erweckte Christen zogen «die Privat-Erbauung, die Haus-, Scheunen- oder Feld-Predigt, das Konventikel» vor, wie einer der ihren sich ausdrückte.[56] Einige erweckte Protestanten zogen offen über die amtlichen, konfessionellen Strukturen her, bezeichneten Kirchengebäude verächtlich als «Häuser aus Stein» und kirchliche Prediger als «Männer in schwarzen Röcken».[57] In manchen ländlichen Gegenden Preussens weigerte sich die Bevölkerung, die Gottesdienste des amtlichen Klerus regelmässig zu besuchen, und zogen Gebetsversammlungen im privaten Kreis vor. Auf dem Adelsgut Reddenthin in Pommern begannen solche Treffen im Jahr 1819 und wurden von den Gutsherren Carl und Gustav von Below gefördert. Unter den Teilnehmern war ein Schafhirte namens Dubbach, der für seine spontanen Predigten berühmt war. Dem Vernehmen nach sprang Dubbach einmal nach der Predigt unter die Zuhörer und trat den knienden Gläubigen – auch den Gutsherrn – mit den Worten ins Genick: «Immer tiefer in die Demut!»[58] Derartige Versammlungen sollten die Gottesdienste der Amtskirche nicht einfach nur ergänzen, sondern sie ersetzen; erweckte Christen auf dem Gut wurden gedrängt, nicht die Predigten der einheimischen Kirchendiener zu hören oder ihren seelsorgerischen Rat einzuholen. Mit anderen Worten, die radikalere Version des erneuerten, evangelischen Protestantismus war von einer offenen Feindseligkeit gegen die Strukturen der Amtskirche begleitet. «Separatistische» Erweckungschristen waren all jene, die sich am liebsten von der Amtskirche getrennt hätten und keinerlei Einmischung in ihr Leben zuliessen, nicht einmal bei Anlässen wie der Taufe, wo ein kirchlicher Gottesdienst gesetzlich vorgeschrieben war.

Auf diesem Feld gab es auch reichlich Konfliktpotenzial mit den weltlichen Behörden. Nach 1815 begann der preussische Staat, sich aggressiver in das religiöse Leben einzumischen. Am 27. September 1817 gab Friedrich Wilhelm III. die Absicht bekannt, die lutherische und calvinistische Konfession zu einer einzigen, preussischen «evangelisch-christlichen Kirche» zu verschmelzen, die später als die Evangelische Kirche der Union, kurz Preussische Union, bekannt wurde. Der König zählte selbst zu den führenden Architekten der neuen kirch-

lichen Einheit. Er entwarf die neue Liturgie, indem er Texte aus deutschen, schwedischen, anglikanischen und hugenottischen Gebetsbüchern zusammenstellte. Er entwickelte Vorschriften für die Dekoration des Altars, die Verwendung von Kerzen, liturgischen Gewändern und Kruzifixen. Die religiösen Empfindlichkeiten der Calvinisten wie auch der Lutheraner sollten berücksichtigt werden.

Dies war ein weiteres, abschliessendes Kapitel in der langen Geschichte der Bemühungen der Hohenzollern, die konfessionelle Kluft zwischen der Monarchie und dem Volk zu schliessen. Der König investierte immense Energien und setzte grosse Hoffnungen in die Union. Womöglich haben hier auch private Motive mit hineingespielt: Wegen der konfessionellen Spaltung hatte der König nicht gemeinsam mit seiner verstorbenen lutherischen Frau Luise das Abendmahl in Empfang nehmen können. Friedrich Wilhelm glaubte ausserdem, die Union werde das kirchliche Gerüst des Protestantismus stärken angesichts der erheblich angewachsenen katholischen Minderheit im Nachkriegspreussen.[59]

Aber das dominierende Motiv war der Wunsch, Ordnung und Homogenität in das religiöse Leben des Königreiches zu bringen und den potenziell anarchischen Konsequenzen der religiösen Erneuerung vorzubeugen. Friedrich Wilhelm III. hatte eine instinktive Aversion gegen die Verbreitung von Sekten. Während der zwanziger Jahre hatte Altenstein, der Leiter des neuen Kultusministeriums (zuständig für Religion, Gesundheit und Bildung und im selben Jahr errichtet wie die Kirchenunion), ein Auge auf die Entwicklungen der Sekten sowohl innerhalb als auch ausserhalb der Grenzen des Königreiches. Besonders aufmerksam wurden jene aus den schweizerischen Tälern Hasli, Grindelwald und Lauterbrunn überwacht, deren Anhänger angeblich nackt badeten, in dem Glauben, Kleider seien ein Zeichen von Sünde und Scham. Das Ministerium stellte Listen von sektiererischen Schriften zusammen, unterstützte die Verbreitung gegnerischer Texte und überwachte sorgfältig alle Arten von religiösen Gruppen und Vereinigungen.[60] Friedrich Wilhelm ging davon aus, dass mit der Gründung der Preussischen Union und leicht verständlichen Ritualen und symbolischen Handlungen die zentrifugale Kraft sektiererischer Gruppen gestoppt werden konnte, genau wie Napoleon gehofft hatte, dass das 1801 geschlossene Konkordat die Risse überbrücken würde, die sich seit der Revolution unter französischen Katholiken aufgetan hatten.[61]

Kern des Unionsprojektes war das fast schon zwanghafte Streben nach Uniformität, typisch für die nachnapoleonische Zeit: die Vereinfachung und Ver-

einheitlichung des Ornats am Altar ebenso wie auf dem Schlachtfeld; liturgische Einheitlichkeit anstelle der Pluralität lokaler Praktiken, wie sie im vorigen Jahrhundert üblich gewesen war, modulare Normkirchen, die aus vorgefertigten Teilen zusammengebaut wurden, die Bauteile waren nach Wunsch in verschiedenen Grössen erhältlich.[62] Für den König war die Restauration des religiösen Lebens im Königreich allem Anschein nach untrennbar mit der Abschaffung des kirchlichen Pluralismus verbunden: «Wenn aber jeder unverständige Priester seine ungewaschenen Einfälle zu Markte bringt [...]», sagte er seinem Vertrauten und Mitarbeiter Bischof Eylert, «was wird und kann da aus der Sache werden?»[63]

Anfangs ging die Konsolidierung der Unionskirche relativ harmonisch vonstatten, doch in den dreissiger Jahren nahm der Widerstand dramatisch zu. Das lag zum Teil daran, dass die liturgischen Vorschriften für den öffentlichen protestantischen Gottesdienst im ganzen Königreich obligatorisch wurden. Viele Protestanten lehnten diesen Zwang ab. Noch wichtiger war jedoch der sich verändernde Charakter der protestantischen Erneuerung. Nachdem sie als ökumenische Bewegung begonnen hatte, bekam sie ungefähr ab 1830 ein immer schärferes konfessionelles Profil. Insbesondere die lutherische Kirche erlebte eine Blütezeit, die nicht zuletzt durch die 300-Jahrfeier des Augsburgischen Bekenntnisses *(Confessio Augustana)* von 1530 ausgelöst wurde, der grundlegenden Bekenntnisschrift des Luthertums. Unter dem Druck dieser lutherischen konfessionellen Erneuerung bildete sich eine altlutherische Bewegung, die das Recht einforderte, aus der Kirche der Preussischen Union auszutreten.

Eine tiefe Verbundenheit mit der traditionellen lutherischen Liturgie, die nach den Vorgaben der Preussischen Union verändert worden war, stand emotional im Zentrum der Bewegung. Auf dem Höhepunkt der altlutherischen Agitation im Königreich Preussen waren den Polizeibehörden gut 10.000 Separatisten bekannt, grösstenteils in Schlesien, wo sich der Einfluss des benachbarten Sachsen, des Kernlandes des Luthertums, besonders stark bemerkbar machte. Der König war wütend und ehrlich irritiert über den Widerstand. Er hatte sich seine Kirchenunion als allgemeine Kirche vorgestellt, in der alle protestantischen Christen bequem ein Zuhause finden konnten – wie konnte jemand dagegen Einspruch erheben? Von ihrem König unter Druck gesetzt, begingen die preussischen Behörden die üblichen Fehler. Vor allem gingen sie davon aus, dass die

Altlutheraner nur von böswilligen Agitatoren in die Irre geführt worden seien. In einem Bericht vom Juni 1836 wurden die 600 Separatisten im Kreis Züllichau als Personen «mit beschränkten Geistesfähigkeiten» beschrieben, die an materiellen Gütern nichts zu verlieren hätten und somit anfällig seien für die verzerrten Darstellungen fanatischer Prediger.[64]

In der Überzeugung, dass die altlutherische Bewegung verschwinden werde, sobald man die Rädelsführer ausgeschaltet habe, gingen die preussischen Behörden massiv gegen separatistische Prediger vor, führten drakonische Geld- und Haftstrafen ein und quartierten Soldaten in Gegenden ein, wo Gemeinden sich weigerten, den Regierungsvorgaben zu folgen. Diese Massnahmen erwiesen sich, wie zu erwarten, als kontraproduktiv. Der schlesische Separatismus war tief in der Religiosität der Bevölkerung verwurzelt. Die Anfang und Mitte der 1830er Jahre von lutherischen Gruppen eingereichten Petitionen mit den ungelenken Unterschriften von Kleinbauern und Tagelöhnern enthüllen eine tiefe Verbundenheit mit den Worten und dem Geist der lokalen lutherischen Tradition: «Wir begehren nichts Neues; wir halten uns fest an der Väter Lehre.»[65] Durch die Repressionen wurde eher das Mitgefühl für die bedrängten Lutheraner geweckt, sodass sich die Bewegung in den dreissiger Jahren von Schlesien auf die benachbarten Provinzen Posen, Sachsen und Brandenburg ausweitete. Als der Druck verschärft wurde, gingen die Altlutheraner in den Untergrund und veranstalteten heimlich Synoden, auf denen Vorschriften und Verfahren für eine Kirchenverwaltung in ihrem Sinne verfasst wurden. Im Jahr 1838 reiste der entlassene separatistische Pastor Senkel in unzähligen Verkleidungen immer noch durch ganz Schlesien und vollzog für seine Anhänger illegale sakramentale Handlungen. Die *Neue Würzburger Zeitung* berichtete im Juni 1838, dass Senkel unlängst als Frau verkleidet in Ratibor gewesen sei und mit einigen Lutheranern in einem Keller das Abendmahl gefeiert habe.[66]

Abgesehen von den Schwierigkeiten, die die Durchsetzung mit sich brachte, stand die Regierung vor einem weit grundlegenderen Hindernis: Die gesetzliche Basis für die antiseparatistischen Massnahmen war alles andere als gesichert. Ende des 18. Jahrhunderts hatten preussische Verwaltungsbeamte in der Regel darauf geachtet, die Autonomie der bestehenden, konfessionellen Gemeinden zu erhalten. In Wöllners Religionsedikt vom 9. Juli 1788 wurde das Recht der «drey Haupt-Confessionen der christlichen Religion» unter den

Schutz des Monarchen gestellt. Nach dem Allgemeinen Landrecht von 1794 war eine staatliche Initiative in religiösen Angelegenheiten nicht ausdrücklich vorgesehen. Die Unverletzbarkeit des Gewissens und die Glaubensfreiheit wurden als unveräusserbare Grundrechte definiert; der Staat verzichtete darauf, in irgendeiner Form die religiösen Überzeugungen des Einzelnen zu beeinflussen. Die geduldeten «Religionsparteien», wie sie im Allgemeinen Landrecht genannt wurden, standen ferner unter dem Schutz eines Staates, der zumindest in der Theorie konfessionell unparteiisch war. Daraus folgte, dass der Staat nicht das Recht hatte, eine bindende Glaubenslehre einzuführen oder auf eigene Faust mit der Begründung der falschen Lehre Prediger zu entlassen. Wie der Jurist Carl Gottlieb Svarez dem späteren König Friedrich Wilhelm III. schon 1791/92 erklärt hatte, besass nicht der Staat die Vollmacht dazu, sondern nur die jeweilige religiöse Gemeinschaft. Die preussischen Gesetzeskodizes boten folglich keine Grundlage für das Vorgehen des preussischen Staates gegen die lutherischen Separatisten.

Für die Gründung *neuer Sekten* war nach preussischem Gesetz eine amtliche Erlaubnis erforderlich, aber den Lutheranern konnte man schlecht vorwerfen, eine neue Sekte gründen zu wollen. Aus Sicht der Separatisten hatten die Regierungsbehörden, nicht die lutherischen Dissidenten eine neue Konfession in Preussen geschaffen. Das Luthertum war seit dem Augsburger Religionsfrieden im Jahre 1555 in den deutschen Landen eine anerkannte und öffentlich geduldete Konfession. Das Recht der Lutheraner auf Duldung in der Provinz Schlesien war von Friedrich dem Grossen 1740 gewährt und von Friedrich Wilhelm III. 1798 bestätigt worden. Die Separatisten wussten ganz genau, dass die gesetzliche Basis der staatlichen Repression fragwürdig war. In separatistischen Petitionen wurden häufig einschlägige Passagen aus dem Allgemeinen Landrecht zitiert, die die Rechte und gesetzliche Autonomie der öffentlich geduldeten religiösen Organisationen festlegten. Sie begründeten ihre oppositionelle Haltung mit dem Diktat des Gewissens und erhoben damit Anspruch auf die grundlegenden Garantien, die der Kodex gewährte.

Aus all diesen Gründen scheiterten die Bemühungen des Innenministers Gustav von Rochow und seiner Kollegen, die altlutherische Bewegung zu unterdrücken. Allerdings brachten sie mehrere tausend Separatisten dazu, ihr Glück in Nordamerika und Australien zu suchen. \
Preussen, die am Ufer der Oder lebten, kamen in den Genuss eines seltsamen Anblicks: Kähne voller gesetzestreuer, Choräle singender Lutheraner, die vor der religiösen Verfolgung durch die preussischen Behörden flohen, auf ihrem

38. *Altlutherische Siedlung in Klemzig, Südaustralien*, von George French Angas, 1845.

Weg nach Hamburg zur Überfahrt nach London und von dort nach Südaustralien. Es schien so, als würde das grosse Drama der Salzburger Protestanten (ebenfalls Lutheraner!) rückwärts ablaufen. Über den Exodus berichtete die deutsche Presse ausführlich. Die ganze Angelegenheit war äusserst peinlich. Der Konflikt wurde erst 1845 entschärft, als Friedrich Wilhelm IV. eine Generalamnestie erliess und den Lutheranern das Recht gewährte, sich in Preussen als autonome Kirchengemeinde zu etablieren.

Im Zuge der Schärfung konfessioneller Identitäten wurden auch die Beziehungen zwischen dem Staat und seinen katholischen Untertanen, deren Zahl seit der territorialen Regelung von 1815 erheblich angestiegen war, in Mitleidenschaft gezogen. Auch der Katholizismus erlebte eine Erneuerung. Der Rationalismus der Aufklärung wich einer verstärkten Betonung des Gefühligen, des Mysteriums und der Enthüllung. Die Zahl der Pilgerreisen und Wallfahrten stieg rasant an – die berühmteste fand vom 18. August bis zum 6. Oktober 1844 statt: Über eine halbe Million Katholiken zog nach Trier, um den sogenannten

«Heiligen Rock» zu sehen, die Tunika Christi, ein Gewand, das Christus angeblich auf dem Weg zu seiner Kreuzigung getragen hatte. Mit der katholischen Erneuerung eng verknüpft war der Aufstieg des so genannten «Ultramontanismus» – der Begriff verweist auf den Umstand, dass Rom *ultra montes* oder jenseits der Alpen liegt. Ultramontane betrachteten die Kirche als ein streng zentralisiertes und transnationales Organ, das fest auf die Autorität Roms hin ausgerichtet war. Sie hielten die totale Unterordnung der Kirche unter die päpstliche Autorität für den sichersten Weg, sie vor staatlicher Einmischung zu schützen. Das war eine neue Auffassung im Rheinland, dessen Bischöfe traditionell auf ihre Unabhängigkeit stolz gewesen waren. Sie hatten Roms Anspruch immer schon skeptisch gegenübergestanden. Die Ultramontanen trachteten danach, die von Region zu Region unterschiedlichen Andachtsriten stärker den römischen Normen anzugleichen. So wurden etwa die uralten Liturgien der rheinischen Bischofsstädte wie Trier mit ihren Passagen im einheimischen Dialekt nach und nach durch standardisierte, römisch-lateinische Liturgien ersetzt.

Welches Konfliktpotenzial dieser «romanisierte» Katholizismus barg, wurde 1837 deutlich, als im Rheinland ein ernster Konflikt über die religiöse Erziehung von Kindern in katholisch-protestantischen Mischehen ausbrach. Nach katholischer Lehre musste der Priester, der die Trauung eines gemischten Paares vollzog, vom protestantischen Partner eine unterschriebene Verpflichtung verlangen, dass die Kinder als Katholiken erzogen würden, bevor er das Sakrament der Ehe erteilen durfte. Diese Praxis war mit preussischem Recht unvereinbar, das (im Geist der interkonfessionellen Parität) verlangte, die Kinder in der Religion des Vaters zu erziehen. In den ersten Nachkriegsjahren hatten sich die Behörden und der rheinländische Klerus auf einen Kompromiss geeinigt: Der Geistliche forderte den protestantischen Gatten lediglich dazu auf, spätere Kinder als Katholiken zu erziehen, ohne eine schriftliche Zusage. Im Jahr 1835 war dieser Kompromiss nach der Ernennung eines ultramontanen Hardliners zum Erzbischof von Köln nicht länger tragbar. Unterstützt von Papst Gregor XVI. (1831-1846) führte der neue Erzbischof Clemens August Freiherr von Droste zu Vischering unilateral den schriftlichen Erziehungsauftrag für nichtkatholische Gatten in Mischehen wieder ein.

Als Oberhaupt und *«summus episcopus»* der Preussischen Union interpretierte Friedrich Wilhelm III. diese neue Linie als direkte Herausforderung seiner Autorität. Nachdem Bemühungen um eine Einigung gescheitert waren, ordnete

der Monarch im November 1837 die Verhaftung Droste zu Vischerings an – in dieser Frage ging es darum, wie seine Minister es ausdrückten, «die königliche Machtvollkommenheit der katholischen Kirchenmacht gegenüber» zu demonstrieren.[67] Heimlich wurden zusätzliche Soldaten nach Köln verlegt, um eventuellen lokalen Unruhen begegnen zu können. Der Erzbischof wurde von seinem Palais in eine Wohnung innerhalb der Mauern der Festung Minden eskortiert. Er stand unter Hausarrest, durfte weder offizielle Gäste empfangen, noch über kirchliche Themen sprechen. Nachdem königliche Erlasse die Praxis, eine schriftliche Verpflichtung zu fordern, verboten hatten, verhärtete sich die Haltung der preussischen Hierarchie. An der östlichen Peripherie des preussischen Herrschaftsbereiches, wo ebenfalls eine starke katholische Minderheit lebte (darunter viele Polen), führte der Erzbischof von Gnesen und Posen, Martin von Dunin, formell den Ehevertrag wieder ein; auch er wurde verhaftet und in die Festung Kolberg gebracht.

Im Laufe dieser dramatischen Interventionen kam es zu Demonstrationen auf den Strassen grosser katholischer Städte und zu Zusammenstössen zwischen preussischen Soldaten und katholischen Untertanen. Nach der Veröffentlichung einer offiziellen päpstlichen Erklärung, die die preussische Regierung verurteilte, weitete sich der Widerstand rasch auf Paderborn und Münster aus, deren Bischöfe ankündigten, sie würden wieder zum Ehevertrag zurückkehren. In den ersten Monaten des Jahres 1838 brach über dieser Frage eine massive Auseinandersetzung aus. Die Presse in allen deutschen Landen (ja in ganz Europa) berichtete darüber, und eine Flut von Pamphleten wurde gedruckt. Das wohl bekannteste und meistgelesene war der *Athanasius*, eine kämpferische Denunziation der preussischen Regierung durch den ultramontanen Katholiken Joseph von Görres. In allen westlichen Provinzen führten die Ereignisse von 1837/38 zu einer dauerhaften Radikalisierung des Katholizismus. Ein protestantischer Zeitgenosse, der diese Auseinandersetzung mit gemischten Gefühlen verfolgte, war Otto von Bismarck, der spätere preussische Kanzler, der damals Anfang zwanzig war.

Die Amtskirchen und die diversen sektiererischen oder separatistischen Bewegungen besassen keineswegs das Monopol auf das geistliche Leben in Preussen. Am Rande der Kirchen und in unzähligen Nischen entwickelte sich eine reiche Vielfalt exzentrischer Abweichungen von der Norm, wo die Lehrsätze des genehmigten Dogmas nahtlos mit Formen des Volksglaubens, spekulativer

Naturphilosophie und der Pseudowissenschaft vermischt wurden. Dies war das robuste Unkraut, das unablässig zwischen den Pflastersteinen der offiziellen Religion aus dem Boden schoss. Bis zu einem gewissen Grad profitierte es von den Energien, die durch die religiöse Erneuerung freigesetzt wurden. In katholischen dörflichen oder kleinstädtischen Gemeinden konnte die Wende hin zu Mysterien und wundersamen Elemente ohne Weiteres in Leichtgläubigkeit und Aberglauben umschlagen. Im Spätsommer 1822 kursierten Meldungen von einem «wundersamen Feuerschein» über einem Marienbild in der kleinen, katholischen Kirche von Zons, einer Kleinstadt am Rhein zwischen Köln und Düsseldorf. Als die ersten Pilger in die Stadt strömten, führten die Kirchenbehörden in Köln und Aachen eine Untersuchung durch. Es stellte sich heraus, dass das Licht auf die Brechung der Sonnenstrahlen durch ein Kirchenfenster zurückzuführen sei.[68]

Im Fall des «Feuerscheins» von Zons fiel es den kirchlichen katholischen und weltlichen protestantischen Behörden leicht, einer Meinung zu sein; andere Formen des Wunderglaubens waren da schon problematischer, weil sie in die Grauzone zwischen Volksmagie und Volksfrömmigkeit fielen. Die im preussischen Rheinland verbreitete Praxis, von Tollwut befallene Menschen zu «heilen», indem man einen Faden von der Stola des heiligen Hubertus in einen Schnitt auf der Stirn legte, wurde von den staatlichen Behörden zwar missbilligt, von den (meisten) lokalen Kirchenleitungen jedoch geduldet. Ein charakteristisches Merkmal des erneuerten rheinischen Katholizismus der zwanziger und dreissiger Jahre war der Anspruch, Brücken zwischen Theologie und den ausgefalleneren Varianten der damaligen spekulativen Wissenschaft und Naturphilosophie zu schlagen, etwa dem Mesmerismus und dem animalischen Magnetismus.[69]

Auch auf protestantischer Seite konnten sich religiöse Überzeugungen auf eine Weise mit Volksmagie überschneiden, die den Behörden nicht behagen konnte. Im Jahr 1824 wurde gemeldet, dass der ehemalige Stalljunge Johann Gottlieb Grabe in Torgau (im preussischen Sachsen) mehr als 100 «Patienten» täglich durch eine Kombination von Gebeten, Zauberformeln, magischen Bewegungen und tierischem Magnetismus «heilen» würde. Nach einer staatlichen Untersuchung in der Berliner Charité wurde Grabes Behauptung, er besitze Heilkräfte, zurückgewiesen, doch das minderte keineswegs sein Charisma als Heiler. Von einem Torgauer Kaufmann hiess es sogar, er habe die Lederhosen

Grabes gekauft, damit er seine Abwehrkräfte durch den restlichen Magnetismus in ihnen stärke.[70] Im Jahre 1842 war der katholische Hirte Heinrich Mohr aus dem rheinischen Neurath heftig umstritten. Seine Wundertaten lockten tagtäglich sage und schreibe an die 1‘000 Menschen an, von denen viele durch die ganze Region zogen, um ihn zu sehen. Figuren wie Mohr kamen einem Bedürfnis nach, das von der zeitgenössischen Medizin nicht befriedigt werden konnte, weil sie angesichts der überwiegend chronischen Krankheiten hilflos war. Doch die Patienten ersehnten sich vor allem seinen «Segen» – ein Detail, das die katholischen Kirchenbehörden besonders alarmierte, weil dies die Anmassung einer Vollmacht ordinierter Geistlicher implizierte.[71]

Schwerer einzuordnen ist die «Sekte», die sich Ende der dreissiger Jahre in Königsberg um die abtrünnigen Prediger Johann Wilhelm Ebel und Heinrich Diestel versammelte. Die beiden boten etwas an, was man heute Eheberatung auf der Grundlage einer eklektischen praktischen Theologie nennen würde. Vorstellungen aus der vorchristlichen Naturphilosophie wurden mit chiliastischer Erwartung, der Theorie von den Körperflüssigkeiten und der zeitgenössischen Beschäftigung mit Ehe und Sexualität vermischt. Aufgrund der Lehren des ostpreussischen Endzeitmystikers Johann Heinrich Schönherr postulierten Ebel und Diestel, dass der Geschlechtsakt zwischen Mann und Frau im Grunde eine Wiederholung des Schöpfungsaktes sei, als zwei riesige Bälle, einer aus Wasser und einer aus Feuer, zusammengeprallt seien und so das Universum entstanden sei.[72] Dem Geschlechtsakt zwischen Mann (Feuer) und Frau (Wasser) wohne folglich eine kosmische Bedeutung inne, und er solle als wesentliches Merkmal einer jeden harmonischen Ehe akzeptiert und kultiviert werden. Den männlichen Teilnehmern im Kreis wurde geraten, bei brennender Lampe die Frau zu lieben, statt in der Dunkelheit, damit erotische Fantasien gebannt würden und sich die blinde Lust in «bewusste Neigung zur Gattin» verwandle. «Der Anblick des Nackten sei förderlich zur Lösung der Phantasie von ihren Bildern», hiess es.[73] Mitglieder des Kreises – auch die Frauen – wurden aufgefordert, Gefallen am Geschlechtsakt zu finden. Die beiden Geistlichen lockten einen Kreis hochrangiger Königsberger an, darunter Männer und Frauen aus den führenden Familien der Stadt.

Bei all dem Zusammenprall von Feuer und Wasser kam es zu einer unerwarteten Schwangerschaft. Gerüchte machten die Runde, dass die Prediger zur Zügellosigkeit und ausserehelichem Sex ermuntern würden. Es wurde – allen

Ernstes – behauptet, dass Männer und Frauen völlig nackt bei den «Konventikeln» der Sekte erschienen seien, dass Neulinge den so genannten «Engelskuss», erhielten, mit dem unbeschreibliche Freuden verbunden seien, und dass zwei junge Frauen an den Folgen allzu grosser Erregung gestorben seien.[74] Zu seinem grossen Ärger war Theodor von Schön, Oberpräsident der Provinz Preussen, der einige Teilnehmer persönlich kannte, gezwungen, eine Untersuchung durchzuführen. Über den folgenden Prozess, im ganzen protestantischen Deutschland als der «Muckerprozess» bekannt, wurde in der Presse ausführlich und kontrovers berichtet.[75] Für gewöhnlich stellen wir uns Religion als eine ordnende Kraft vor, doch die Grenze zwischen der kollektiven, extern kanonisierten Identität der offiziellen konfessionellen Gruppen und dem unordentlichen Wust an persönlichen, menschlichen Bedürfnissen und Neigungen, die wir «Religiosität» nennen, wurde in den Jahrzehnten zwischen den Revolutionen überaus fliessend.

Missionarischer Staat

Die enge Identifizierung der säkularen Autorität mit dem religiösen Leben und der Praxis der protestantischen Mehrheit hatte für die preussischen Juden weitreichende Konsequenzen. In der Diskussion um Christian Wilhelm von Dohms berühmten, emanzipatorischen Aufsatz *Über die bürgerliche Verbesserung der Juden* (1781) wurde von den meisten die weltliche Auffassung des Autors von den Aufgaben und Zuständigkeiten des Staates geteilt; niemand war der Meinung, allein die Religionszugehörigkeit biete einen hinreichenden Grund für eine Diskriminierung der Juden, und keiner hielt die Konversion für das einzige, nicht einmal für das unerlässliche Mittel, um das Problem des Status der Juden zu lösen. Hardenbergs Emanzipationsedikt war ebenfalls in einem weltlichen Sinn verfasst worden. Was die Reformer 1812 angestrebt hatten, war nicht die religiöse Konversion der Juden (zum Christentum), sondern ihre säkulare Konversion zu einer bedingungslosen Mitgliedschaft in der preussischen «Nation».

Seither hatte sich die Lage geändert. Dank des Edikts waren die Juden der Kernprovinzen nicht länger «Ausländer», die sich unter Duldung Seiner Majestät auf preussischem Boden aufhielten, sondern ebenso wie ihre Landsleute christlichen Glaubens «Staatsbürger». Nun stellte sich die Frage: Sollte es den

Juden, die bereits als Einzelpersonen an Wirtschaft und Gesellschaft partizipieren durften, auch gestattet sein, am öffentlichen Leben des Staates teilzunehmen?

Das auffälligste Merkmal der preussischen Judenpolitik nach 1815 – und genau das unterscheidet die Entwicklung in Preussen von der in den meisten deutschen Staaten – war der Umstand, dass wiederum vor allem die Religion als der Schlüssel zum Status der Juden betrachte wurde. Im Rahmen der Debatte über diese Angelegenheit im Staatsministerium im Laufe des Jahres 1816 legte das Finanzministerium eine lange Denkschrift vor, die mit allgemeinen Überlegungen über die Rolle der Religion als der einzigen wahren Grundlage für einen starken und unabhängigen Staat begann: «Ein in sich geschlossenes, selbständiges Volk soll», so wurde argumentiert, «wenn es in der höchsten Staatswirtschaftlichen Vollkommenheit gedacht wird, nur aus Mitgliedern bestehen, die in den Grund-Ideen, so ihnen die teuersten sind», übereinstimmten. Die Religion sei das einzige Band, das stark genug sei, ein Volk «zu einem einträchtigen Ganzen» zusammenwachsen zu lassen, das in «Zeiten der von aussen drängenden Not» zu vereinter und entschlossener Handlung imstande sei. Im Folgenden empfahl der Bericht: «Der Übertritt der inländischen Juden zur christlichen Religion als der allein herrschenden des Landes muss erleichtert werden, und mit demselben sind ohne Ausnahme alle staatsbürgerlichen Rechte verknüpft.» Umgekehrt hiess das natürlich, dass ein Jude, solange er Jude blieb, keine Stellung im Staate bekleiden durfte.[76] Dasselbe Thema kam auch in den Provinzen zur Sprache: In einem Bericht von 1819 bestätigte die Kreisverwaltung von Arnsberg im Rheinland, dass Religion das Haupthindernis für die Emanzipation sei und schlug vor, der Staat solle die Juden zur Konversion ermuntern. Ein Bericht der Kreisräte in Münster aus dem Jahr 1820 empfahl eine obligatorische christliche Erwachsenenbildung für Juden und besondere Privilegien für Konvertiten zum Christentum.[77]

Friedrich Wilhelm III. unterstützte diese Ansichten. Als sich der jüdische Mathematiker David Unger, ein preussischer Bürger, um eine Lehrstelle an der Berliner Bauakademie bewarb (eine vom preussischen Staat bezahlte Stelle), wurde ihm vom Monarchen persönlich mitgeteilt, dass man nach seinem «Übertritt zur Evangelischen Kirche» (also der Preussischen Union) nochmals über die Bewerbung beraten werde. Ganz ähnlich lag der Fall des jüdischen Majors Meno Burg: Er war 1812 als freiwilliger Jäger in die Grenadier garde eingetre-

ten und hatte sich seither im Dienst stets ausgezeichnet. Im Jahre 1830, als die Beförderung Burgs in den Rang eines Hauptmanns anstand, äusserte der König in einer Kabinettsorder die Überzeugung, dass Leutnant Burg in Anbetracht seiner Erziehung und Lebenserfahrung unter preussischen Offizieren gewiss so viel Verstand habe, dass er die Wahrheit und erlösende Kraft des christlichen Glaubens erkennen und auf diese Weise jedes Hindernis für seine Beförderung beseitigen werde.[78] Neben solchen recht spontanen Einmischungen ermunterte Friedrich Wilhelm III. aktiv zum Übertritt, indem er eine königliche Prämie für alle jüdische Konvertiten einführte, die den Namen des Herrschers als ihren nominellen «Paten» in die Kirchenbücher eintragen liessen. Ferner bemühten sich die staatlichen Behörden nach Kräften, Frauen, die jüdische Partner heiraten wollten, davon abzuhalten, zum Judentum überzutreten, obwohl die gesetzliche Basis für diese Aktion sehr fragwürdig war. Immerhin gestattete das preussische Allgemeine Landrecht dem Einzelnen ab einem Alter von 14 Jahren die Konversion von oder zu jeder geduldeten «Religionspartei».[79]

In diese Kategorie fielen auch eine Order, die es christlichen Geistlichen untersagte, an jüdischen Feiern (wie Hochzeiten und Bar-Mizwas) teilzunehmen, sowie wiederholte Versuche (in den Jahren 1816,1836 und 1839), Juden daran zu hindern, christliche Vornamen anzunehmen, damit die Grenzen zwischen den beiden Gemeinschaften nicht verwischt würden. Schliesslich unterstützte der König das Werk der Berliner Gesellschaft zur Beförderung des Christentums unter den Juden, ihre Tochtergesellschaften in Königsberg, Breslau, Posen, Stettin und Frankfurt an der Oder sowie das Netzwerk an Hilfsorganisationen in kleineren Städten. Missionarische Freischulen in Posen – dem Gebiet der dichtesten jüdischen Besiedlung – lockten mit Hilfe der neuen Gesetze zur Grundschulbildung jüdische Kinder in die Klassenzimmer der Missionare. Der preussische Staat war zu einer missionarischen Einrichtung geworden.[80]

Seine Politik nach 1815 lässt vermuten, dass sich Friedrich Wilhelm III. allmählich von der funktionalen Auffassung der Religion entfernte, die er von den aufgeklärten Hauslehrern seiner Jugend übernommen hatte, und sich der Überzeugung näherte, dass der Staat womöglich zu dem Zweck existiere, von der Religion vorgegebene Ziele zu verfolgen. «Denn soweit auch der Anspruch auf Duldung sich erstärken mag», stellte er 1821 fest, «so findet sie da ihre Grenze, wo sie in ein Zurückschreiten in dem, was für das Heil der Menschen gewonnen ist, ausartet.»[81] In den vierziger Jahren war es bereits allgemein üblich von ei-

nem «christlichen Staat» zu sprechen. Im Anschluss an eine Debatte im Vereinigten Landtag im Jahr 1847 über die Zulassung von Juden zum Staatsdienst versuchte Friedrich Julius Stahl, ein konservativer Rechtsprofessor an der Universität Berlin und konvertierter Jude, dem Gedanken eine gewisse theoretische Grundlage zu verleihen. In seinem Buch *Der christliche Staat und sein Verhältnis zu Deismus und Judentum* argumentierte er, dass der Staat, da er «eine Offenbarung des sittlichen Geistes der Nation» sei, selbst den «Geist eines christlichen Volkes» ausdrücken müsse. Insofern war es undenkbar, dass Juden (und andere Ungläubige) ein staatliches Amt bekleideten.[82]

Verständlicherweise bezeichneten jüdische Journalisten das «Phantom vom christlichen Staat» abschätzig als «den allerneuesten Vorwand, uns das Recht zu versagen»[83]. Doch es steckte mehr dahinter. Der christliche Dirigismus der Nachkriegsära konnte Fuss fassen, weil er dem aktivistischen, utopischen Zweig des zeitgenössischen Protestantismus ein Ventil verschaffte. Darüber hinaus legte er, wenn auch begrenzt, Rechenschaft ab über den ultimativen, sittlichen Zweck des Staates. Damit wurde eine Identität zwischen Staat und Gesellschaft heraufbeschworen, die religiös und nicht ethnisch definiert war. Diese Identität bot zugleich eine Alternative zum Nationalismus, der nach 1815 die territoriale Souveränität der deutschen Fürsten bedrohte. Für diese doch recht diffusen Vorteile zahlte die preussische Monarchie einen hohen Preis. Der konfessionelle Dirigismus der Nachkriegsära hatte zur Folge, dass die Grenzen zwischen religiösem und politischem Dissens verschwammen. Theologische Debatten sowie Religionszugehörigkeit wurden politisiert, politischer Dissens erhielt einen theologischen Beigeschmack – er wurde zugleich kategorischer und diffuser.

Apotheose des Staates

Im Jahre 1831 hatte das Königreich Preussen 13.151.883 Untertanen. Von diesen lebten etwa 5.430.000 (oder grob 41 Prozent) in den Provinzen Sachsen, Rheinland und Westfalen – Regionen, die erst 1815 preussisch geworden waren. Wenn man die Bewohner des Grossherzogtums Posen hinzufügt, das erst 1815 an Preussen «zurückgegeben» worden war, dann steigt der Anteil der neuen Preussen auf fast 50 Prozent. Aus ihnen preussische Bürger zu machen, war keine leichte Aufgabe. Dieses Problem betraf nicht etwa allein Preussen –

auch Baden, Württemberg und Bayern waren aus den Wirrungen der Napoleonzeit mit beträchtlichen Gebietsgewinnen hervorgegangen. In diesen Staaten wurde die Integration neuer Untertanen jedoch durch die Schaffung von Landesparlamenten und die Durchsetzung einer einheitlichen Verwaltungs- und Justizstruktur erleichtert. Preussen hingegen bekam weder ein «nationales» Parlament noch eine «nationale» Verfassung.

Auch mit Blick auf die Verwaltung blieb das Königreich ein Flickenteppich. Es gab immer noch kein einheitliches gesetzliches Gerüst. Die Berliner Verwaltung versuchte in den zwanziger Jahren, das System nach und nach zu homogenisieren, doch das rheinländische (also napoleonische) Recht blieb weiterhin in den westlichen Provinzen in Kraft, mit der Folge, dass Kandidaten für die dortige Richterschaft auch dort ausgebildet werden mussten. Während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts existierten neben dem Geheimen Obertribunal in Berlin vier weitere oberste Gerichtshöfe, darunter einer für das Rheinland, einer für Posen und einer in Greifswald für den ehemals schwedischen Teil Pommerns,[84] denn dieser behielt den eigenen traditionellen Gesetzeskodex, eigene Institutionen kommunaler und städtischer Selbstverwaltung und eigene städtische Verfassungen.[85] Auch das Rheinland hatte es sich ausbedungen, das vergleichsweise liberale System der lokalen Verwaltung, das von den Franzosen eingeführt worden war, zu behalten.[86] Durch die Anwendung des Allgemeinen Landrechts in den meisten anderen Provinzen wurde die grosse Vielzahl der lokalen Gesetze und Bestimmungen überdeckt. Das Emanzipationsedikt vom 11. März 1812 wurde beispielsweise nicht auf die 1815 erworbenen Provinzen ausgedehnt, sodass die Juden des Königreichs unter sage und schreibe 33 verschiedenen Gesetzeskodizes lebten. Eine Kreisbehörde sprach davon, der Staat habe – zumindest auf diesem Gebiet – vor den Provinzen und Regionen kapituliert.[87]

Preussen war im Jahr 1840 in Bezug auf Gerichtsbarkeit und Verwaltung nicht mehr so homogen wie noch im Jahr 1813. Das kann nicht genug betont werden, weil Preussen immer wieder als das Musterbeispiel eines zentralisierten Staates angesehen wird. Dabei war es ja gerade das Ziel der kommunalen Reformen Steins gewesen, Befugnisse an ein allgemein bewundertes System der städtischen Selbstverwaltung zu delegieren. Selbst das konservativere revidierte Stadtrecht, das 1831 in Westfalen eingeführt wurde, verschaffte den Städten eine grössere Autonomie als unter dem napoleonischen System.[88] In der ge-

samten Nachkriegsära nahmen die Organe des Zentralstaates eine ehrerbietige Haltung gegenüber den Granden der preussischen Provinzen ein. Und die Provinzeliten bewahrten sich ein starkes Bewusstsein ihrer eigenen Identität, insbesondere an der östlichen und westlichen Peripherie, was noch dadurch verstärkt wurde, dass zwar jede Provinz einen eigenen Landtag hatte, das Königreich jedoch keinen. Die Einrichtung der Provinzialstände mit dem Allgemeinen Gesetz vom 5. Juni 1823 steigerte also die Bedeutung der Provinzen auf Kosten des preussischen Staatswesens. Ostpreussen sei nicht «nur eine Provinz», wurde einem Besucher in Königsberg 1851 mitgeteilt, sondern ein eigenes *Land.* So gesehen war Preussen ein halbföderales Staatswesen.[89]

Der dezentrale, pragmatische Regierungsansatz ging einher mit der impliziten Akzeptanz einer kulturellen Vielfalt. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war Preussen ein sprachlicher und kultureller Flickenteppich. Die Polen in Westpreussen, Posen und Schlesien stellten die grösste sprachliche Minderheit; in den südlichen Kreisen Ostpreussens sprachen die Masuren ländliche Dialekte des Polnischen; die Kaschuben im Hinterland von Danzig sprachen wieder einen eigenen Dialekt. Bis Mitte des 19. Jahrhunderts wurde in vielen Schulen des ehemaligen Herzogtums Kleve Niederländisch unterrichtet. In den wallonischen Kreisen Eupen-Malmedys – eines schmalen Gebiets, das 1815 zu Preussen geschlagen wurde – blieb Französisch bis 1876 die Sprache der Schulen, Höfe und Verwaltung.[90] Die «Philipponen»-Gemeinden der Altgläubigen, die sich 1828-1832 als Flüchtlinge aus Russland in Masuren niederliessen, sprachen Russisch. Spuren ihrer charakteristischen Holzkirchen sind noch heute in der Region zu sehen. In Oberschlesien gab es tschechische Gemeinden, Sorben im Kreis Cottbus, und vereinzelt lebten Sprecher des alten slawischen Dialekts der Wenden in Dörfern im Spreewald. Mehr schlecht als recht schlugen sich die Kuren auf der langen Landzunge an der Ostsee, der Kurischen Nehrung, durch – die Bewohner einer der ödesten und melancholischsten Landschaften Nordeuropas. Diese abgehärteten Fischer sprachen einen lettischen Dialekt und es hiess, dass sie ihren monotonen Speiseplan mit dem Fleisch von Krähen aufbesserten, die sie fingen und mit einem Biss in den Kopf töteten. Einige Regionen, wie der Kreis Gumbinnen in Ostpreussen, waren dreisprachig, nämlich masurisch, litauisch und deutsch.[91]

Die preussische Politik hatte diese östlichen Siedlungen immer als «Kolonien» mit eigener Kultur betrachtet; die preussische Verwaltung unterstützte die

einheimischen Mundarten, indem sie deren Gebrauch unter anderem in Grundschulen förderte, protestantische Netzwerke verbreiteten Gesangbücher, Bibeln und Traktate in einer breiten Palette einheimischer Sprachen und boten in Gegenden mit einer sprachlichen Minderheit zweisprachige Gottesdienste an. Die erste litauische Zeitschrift im Königreich, *Nusidavimai*, war eine missionarische Zeitung, die von einem deutschsprachigen Pastor herausgegeben wurde, der unter den Litauern predigte.[92] Deutschsprachige Preussen wie der Staatsmann und Gelehrte Wilhelm von Humboldt und der Königsberger Theologieprofessor Ludwig Rhesa hatten massgeblich Anteil daran, dass das Litauische und sein volkstümliches Vermächtnis Gegenstand grösseren kulturellen Interesses wurde.[93] Erst im Jahr 1876 wurde Deutsch als Amtssprache für alle Teile Preussens festgelegt.

Preussen blieb also, mit den Worten eines schottischen Reisenden, der in den vierziger Jahren durch die Provinzen der Hohenzollern fuhr, ein «Königreich der Fetzen und Flicken». Wie Samuel Laing beobachtete, hatte Preussen «im landläufigen Sinn, nur eine geografische oder politische Bedeutung, indem es die preussische Regierung oder die Provinzen, die sie regiert, bezeichnet – keine moralische oder soziale Bedeutung. Die preussische Nation ist eine Kombination selten gehörter Worte, nie umgesetzter Ideen [...]»[94] Laings Kommentar war, so ablehnend er war, doch tiefblickend. Was hiess es denn genau, «Preusse» zu sein? Das Preussen der Restaurationszeit war keine «Nation» im Sinne eines Volkes, das über eine gemeinsame Herkunft definiert und zusammengehalten wird. Es hat nie eine preussische Küche gegeben. Es gab auch keine spezifisch preussische Folklore, Sprache, Musik oder Kleidung (abgesehen von den Uniformen des Militärs). Preussen war keine Nation im Sinne einer Gemeinschaft mit einer gemeinsamen Geschichte. Vielmehr musste sich das «Preussentum» auf einer Basis selbst definieren, die nicht bereits von der rivalisierenden Ideologie des deutschen Nationalismus besetzt war. Das Ergebnis war ein seltsam abstraktes und fragmentarisches Identitätsgefühl.

Für die einen stand Preussen für Recht und Ordnung; deshalb verwiesen die altlutherischen Separatisten in Schlesien auch so zuversichtlich auf das Allgemeine Landrecht, als sie sich gegen willkürliche Aktionen der staatlichen Behörden zur Wehr setzten.[95] Für diese demütigen Untertanen der preussischen Krone war der Kodex eine Garantie der Freiheit des Gewissens, eine «Verfas-

sung», die das Recht des Staates einschränkte, sich in das Leben der Untertanen einzumischen. Das Recht, das bestimmte individuelle Freiheiten garantierte, stellte auch eine öffentliche Ordnung in Aussicht – ebenfalls ein viel gepriesenes Merkmal der preussischen Herrschaft. In einem protestantischen Lied, das während der «Kölner Ereignisse» um die Erziehung der Kinder in einer konfessionellen Mischehe Ende der dreissiger Jahre die Runde machte, stellte der anonyme Autor die Arroganz und den Despotismus des katholischen Klerus der ordentlichen preussischen Lebensweise gegenüber:

> Hier bei uns im Preussenlande
> Ist der König Herr;
> Durch Gesetz und Ordnungsbande
> Stänkert man nicht kreuz und quer.[96]

«Preussentum» implizierte folglich den Eifer für eine bestimmte Ordnung. Die «Sekundärtugenden» der preussenfreundlichen Klischeevorstellung (Pünktlichkeit, Loyalität, Ehrlichkeit, Gründlichkeit, Präzision) waren allesamt Attribute des Dienstes für ein höheres Ideal.

Aber für welches Ideal eigentlich? Die Zeit des Königskults wie nach der Herrschaft Friedrichs des Grossen war vorbei. Die Regierung tat ihr Bestes, in den dreissiger Jahren einen monarchistischen Patriotismus zu propagieren, hatte aber wenig Erfolg. Das *Preussenlied*, das von der Regierung Ende der dreissiger Jahre als eine Art Landeshymne übernommen wurde, brachte eine offiziell geduldete Version des preussischen patriotischen Gefühls zum Ausdruck. Der Text stammte von Bernhard Thiersch, einem Lehrer am Gymnasium von Halberstadt, Heinrich August Neithard, der Musikdirektor des 2. Grenadiergarderegiments, komponierte eine flotte Marschmelodie dazu. Das Lied begann stark mit den Worten «Ich bin ein Preusse, kennt ihr meine Farben?», verlor sich aber bald in kriecherischen monarchistischen Ergüssen. Ein imaginärer Preusse – stoisch, reserviert und mannhaft – nähert sich dem Thron «mit Liebe und Treue» und hört von dort die sanfte Stimme eines Vaters. Er schwört ihm kindliche Treue; er fühlt den Ruf des Königs in seinem Herzen nachklingen; er stellt fest, dass ein Volk nur dann aufblühen kann, wenn die Bande der Liebe und Loyalität zwischen König und Untertanen intakt bleiben und dergleichen mehr. Das «Preussenlied» war ein gutes Marschlied, aber es setzte sich nie als Volkslied durch, und der Grund dafür ist unschwer zu erkennen.[97] Das Bezugsfeld war zu eng militärisch gefasst, der Monarch im Zentrum zu abgehoben und

der Ton zu unterwürfig, um die wilden Ziele aufzugreifen, die im allgemeinen Patriotismus zum Ausdruck kamen.

Die einzige Institution, die alle Preussen miteinander gemein hatten, war der Staat. Es war kein Zufall, dass ausgerechnet in dieser Zeit die Diskussion um die Idee des Staates ungeahnte Kreise zog. Seine Erhabenheit wurde zwingender als je zuvor gepriesen, zumindest im Milieu der Akademiker und hohen Beamten. Kein Mensch trug nach 1815 stärker dazu bei, die Würde des preussischen Staates zu verbreiten als Georg Wilhelm Friedrich Hegel, der schwäbische Philosoph, der 1818 Fichtes vakanten Lehrstuhl an der neuen Universität von Berlin besetzte. Der Staat, argumentierte Hegel, sei ein Organismus mit einem Willen, Rationalität und Ziel. Sein Schicksal sei es – wie das eines jeden Lebewesens –, sich zu verändern, zu wachsen und fortschrittlich zu entwickeln. Der Grund des Staates sei die Macht der Vernunft, die sich als Wille verwirklicht;[98] er sei eine transzendente Domäne, in der die entfremdeten rivalisierenden «Interessen der Einzelnen» zu einem kohärenten Ganzen und einer Identität verschmelzen. Hegels Überlegungen zum Staat hatten einen theologischen Kern: Der Staat hatte einen quasigöttlichen Zweck; er sei «der Gang Gottes in der Welt». Unter Hegels Feder wurde er zu einem quasigöttlichen Apparat, durch den die Vielzahl der Untertanen, welche die Zivilgesellschaft bildeten, zur Universalität erlöst wurden.

Mit diesem Ansatz brach Hegel mit der Anschauung, die seit Pufendorf und Wolff unter preussischen Staatstheoretikern vorherrschte, nämlich dass der Staat nicht mehr als eine Maschine sei, so konzipiert, dass sie die äusseren und inneren Sicherheitsbedürfnisse der Gesellschaft befriedigte, die sie gestaltet hatte.[99] Hegel wies die Metapher von der Staatsmaschine, die von Theoretikern der Spätaufklärung favorisiert wurde, mit der Begründung zurück, sie würde «freie Menschen» behandeln als wären sie lediglich Rädchen im Getriebe. Der hegelianische Staat war kein oktroyiertes Konstrukt, sondern der höchste Ausdruck der sittlichen Substanz eines Volkes, die Entfaltung einer transzendenten und rationalen Ordnung, die «Verwirklichung der Freiheit». Daraus folgte, dass die Beziehung zwischen Zivilgesellschaft und Staat nicht antagonistisch, sondern wechselseitig war. Gerade der Staat ermöglichte es ja der Zivilgesellschaft, sich auf rationale Weise zu ordnen, und die Vitalität des Staates hing wiederum von den jeweiligen Partikularinteressen ab, welche die Zivilgesellschaft ausmachten, indem der Einzelne «in seiner besonderen Art für das Ganze tätig ist».

«Diese besondere Sphäre lässt sich zu einer Totalität erheben, wenn das Geschäft aufrichtig und wahrhaft betrieben wird [...]. Aus dieser Vollführung des Einzelnen geht das Ganze hervor.»[100]

Hegel hatte keine liberale Vision vom Staat – er war kein Fürsprecher nationaler zentralistischer Legislativen, nachdem er miterlebt hatte, wozu diese unter den Jakobinern in Frankreich imstande gewesen waren. Doch die fortschrittliche Orientierung seiner Vision war nicht zu übersehen. Denn bei allen Bedenken wegen des jakobinischen Experiments feierte Hegel die Französische Revolution doch als «herrlichen Sonnenaufgang», der von «allen denkenden Wesen» mitgefeiert worden sei. Hegels Studenten in Berlin bekamen zu hören, dass die Revolution eine unumkehrbare Errungenschaft des «Weltgeistes» darstelle, deren Folgen immer noch zu spüren seien.[101] Der Umstand, dass er die Vernunft in den Mittelpunkt stellte und eine Vorwärtsentwicklung erkannte, war bei seinen Überlegungen zum Staat an jedem einzelnen Punkt zu spüren. Im Hegel'schen Gemeinwesen war kein Platz für privilegierte Kasten und private Rechtsprechung. Und indem Hegel den Staat über die Ebene des Parteienstreits erhob, rückte er die erfrischende Möglichkeit ins Licht, dass Fortschritt – im Sinne einer nützlichen Rationalisierung der politischen und gesellschaftlichen Ordnung – einfach eine Eigenschaft des Gangs der Geschichte sei, wie er im preussischen Staat verkörpert werde.[102]

Aus heutiger Sicht fällt es schwer, die berauschende Wirkung der Gedanken Hegels auf eine Generation gebildeter Preussen nachzuvollziehen. Es war keine Frage des pädagogischen Charismas Hegels – er war bekannt dafür, dass er gebeugt über dem Pult stand und den Text in einem stockenden und kaum hörbaren Murmeln vorlas. Der Student Gustav Heinrich Hotho, der die Vorlesungen an der Universität Berlin besuchte, schrieb: «Fahl und schlaff hingen alle Züge wie erstorben nieder [...]. Abgespannt, grämlich sass er mit niedergebücktem Kopf in sich zusammengefallen und blätterte und suchte immer fortsprechend in den langen Folioheften vorwärts und rückwärts, unten und oben.» Ein anderer Student, der spätere Hegel-Biograf Karl Rosenkranz, erinnerte sich an schwierige Passagen, die von fortwährendem Husten und Schnupfen unterbrochen wurden.[103]

Die Ideen selbst und die besondere Sprache, die Hegel erfand, um sie auszudrücken, setzten sich in den Köpfen seiner Schüler im ganzen Königreich fest. Zum Teil ist dies aus dem historischen Kontext heraus zu erklären. Hegels Er-

39. Hegel am Lesepult, umgeben von Studenten.
Lithografie aus dem Jahr 1828 von Franz Kugler.

nennung war das Werk des ehemaligen Protégés Hardenbergs, des Bildungsministers Karl von Altenstein. Die Schriften des Philosophen lieferten eine wunderbare Legitimierung der preussischen Bürokratie, deren Machtausdehnung innerhalb der Exekutive während der Reformära eine Rechtfertigung erforderte. Hegel bewegte sich auf einem Grat zwischen doktrinärem Liberalismus und restaurativem Konservativismus – in einer Ära der tiefen politischen Verunsicherung fand dieser Mittelweg viele Anhänger. In seinen Schriften wurden entgegengesetzte Standpunkte gegeneinander abgewogen, häufig mit verblüffender Virtuosität. Seine dialektische Zauberlehre, im Verein mit einer orakelhaften und gelegentlich verwirrenden Darbietung, liess Raum für unterschiedliche Interpretationen. So war es möglich, dass sich die hegelianische Sprache und Hegels Ideen sowohl in den politischen Ideologien der Rechten *als auch* der Linken niederschlugen.[104] Und schliesslich schien Hegel einen Weg anzubieten, unbestreitbare politische und soziale Konflikte mit Blick auf eine ultimative Harmonie der Interessen und Ziele miteinander zu versöhnen.

«Hegelianismus» war nicht der Stoff, aus dem populäre Identitäten gestrickt werden. Das Werk des Meisters war bekanntlich schwer zu lesen, geschweige denn zu verstehen. Richard Wagner und Otto von Bismarck zählten zu den Zeit-

genossen, die sich vergeblich bemühten, den Sinn zu erfassen. Darüber hinaus war sein Appell konfessionell eingefärbt. Hegel stammte aus einem pietistischen Milieu, dessen Prägung an seinen Versuchen abzulesen ist, die irdische an die göttliche Ordnung anzugleichen. Katholische Studenten reagierten ambivalent auf seine Lehren. Im Jahr 1826 reichte eine Gruppe katholischer Studenten an der Universität Berlin sogar beim Bildungsministerium formal Beschwerde ein: Offenbar hatte Hegel sich über die katholische Lehre lustig gemacht. Er stellte fest, dass für den Fall, dass eine Maus an einer geweihten Hostie knabbere, kraft des Wunders der Transsubstantiation «Gott in der Maus und selbst in den Exkrementen» sei.[105] Als das Ministerium eine Erklärung verlangte, berief sich Hegel auf den Grundsatz der akademischen Freiheit und fügte hinzu, dass es Katholiken freistehe, seinen Vorlesungen fernzubleiben, falls sie dies wünschten. Selbst ohne derartige Irritationen lag auf der Hand, dass Hegels Verherrlichung des Staates auf Protestanten der preussischen Staatskirche spontan eine grössere Anziehungskraft als auf Katholiken ausübte, deren Beziehung zu den protestantischen weltlichen Behörden ohnehin angespannt war.

Innerhalb der protestantischen Hauptströmung (von assimilierten jüdischen Kreisen ganz zu schweigen) hatte Hegel jedoch tiefen und dauerhaften Einfluss. Seine Thesen strömten rasch in die politische Kultur ein, zum Teil über die Studenten, die sich in seinen Vorlesungen drängten, und zum Teil durch die Schirmherrschaft des Kultusministers Altenstein und seines Untergebenen Johannes Schulze, eines Hegelschülers, der sich dafür einsetzte, wichtige akademische Posten mit Hegelianern zu besetzen, insbesondere an den Universitäten Berlin und Halle. Der Hegelianismus wurde allgegenwärtig, drang in die Sprache und das Denken selbst jener ein, die das Werk des Meisters weder gelesen noch verstanden hatten.

Hegels Einfluss trug dazu bei, den modernen Staat in den Mittelpunkt des Denkens zu rücken. Niemand anderer als Hegel personifiziert besser die Ausweitung des Diskurses um das Konzept des Staates in den Jahren der Neuausrichtung nach der Französischen Revolution. Der Staat war nicht länger nur der Sitz der Souveränität und Macht, er war die treibende Kraft, die den Gang der Geschichte bestimmte, gar die Verkörperung der Geschichte selbst. Diese typisch preussische Nähe zwischen der Idee des Staates und der Idee der Geschichte hinterliess dauerhafte Spuren in den aufkommenden, kulturellen Lehr-

fächern der Universitäten, nicht zuletzt in der Geschichtswissenschaft selbst. Leopold von Ranke, der Begründer der Geschichte als modernes Forschungsfach, war kein Freund von Hegel, dessen philosophisches System er als unhistorisch ablehnte. Es lagen Welten zwischen Hegels metaphysischem Verständnis von den «Stufen des Bewusstseins» und der «Weltgeschichte» und der leidenschaftlichen Suche nach authentischen Quellen sowie dem Beharren auf einer akkuraten Schilderung, welche die Kennzeichen der aufkeimenden historischen Schule in Preussen waren. Aber auch der junge Ranke, ein Sachse, der 1818 im Alter von 23 Jahren nach Preussen kam und 1825 als Professor an die Universität Berlin berufen wurde, konnte sich nicht ganz der Ansteckung durch Preussens etatistischem Idealismus entziehen. In zwei 1833 und 1836 veröffentlichten Aufsätzen erklärte Ranke, die Staaten seien «originale Schöpfungen des Menschengeistes – man darf sagen, Gedanken Gottes». Der Staat besitze «sein eigenes ursprüngliches Leben», er sei «ein lebendiges Dasein, das seiner Natur nach in unaufhörlicher Entwickelung, unaufhörlichem Fortschritt begriffen ist...». Während des ganzen 19. und bis weit ins 20. Jahrhundert hinein konzentrierte sich die «preussische Schule» der Geschichtsforschung fast ausschliesslich auf den Staat als Vehikel und Akteur des historischen Wandels.[106]

Nach dem Tod des Philosophen während der Choleraepidemie von 1831 zerfiel der Hegelianismus in rivalisierende Schulen und durchlief rasche ideologische Mutationen. Unter den ungestümen «Junghegelianern», die Ende der dreissiger Jahre in Berlin zusammenkamen, war der junge Karl Marx, ein «neuer» Preusse aus dem Rheinland und Sohn eines zum Christentum konvertierten Juden. 1836 war Marx zur Fortsetzung seiner Studien der Jurisprudenz und politischen Wirtschaft nach Berlin gezogen. Für ihn war die erste wahre Begegnung mit Hegels Gedankengut ein erhellender Schock, der einer religiösen Bekehrung gleichkam. «Vor Ärger konnte ich», schrieb er im November 1837 an seinen Vater, «einige Tage gar nicht denken, lief wie toll im Garten an der Spree schmutzigem Wasser [...] umher, machte sogar eine Jagdpartie mit meinem Wirte mit, rannte nach Berlin und wollte jeden Eckensteher umarmen.»[107] Marx lehnte zwar später Hegels Auffassung von der staatlichen Bürokratie als dem «allgemeinen Stand» ab, hielt aber dennoch an ihr fest. Denn was war die Idealisierung des Proletariats durch Marx als die reine Verkörperung des allgemeinen Interesses anderes als die materialistische Umkehrung des Hegel'schen Konzepts? Auch der Marxismus stammte aus Preussen.

KAPITEL 13

Eskalation

In den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts entwickelte sich die politische Opposition überall auf dem europäischen Kontinent zu einer besser organisierten, selbstbewussteren und gesellschaftlich vielfältigeren Bewegung, und in der öffentlichen Kultur machte sich ein schärferer, kritischerer Ton breit. Die sich zuspitzende gesellschaftliche Krise führte zu Konflikten und Gewalt und stellte das administrative und politische Establishment vor Probleme, denen es ohne Lösung gegenüberstand. Dies war die turbulenteste Phase des postnapoleonischen «Zeitalters des Wandels und der Spaltung»[1]. In Preussen wurden diese Entwicklungen durch einen Herrschaftswechsel verschärft. Friedrich Wilhelm III. hinterliess seinem Nachfolger bei seinem Tode am 7. Juni 1840 eine erdrückende Last unerledigter Aufgaben. Die politischen Missstände aus seiner Herrschaftszeit waren nicht behoben worden. Insbesondere sein «feierliches und berühmtes Versprechen» auf eine Verfassung war zum Zeitpunkt seines Todes ein «uneingelöstes Gelöbnis».[2] Die Hoffnungen und Erwartungen der Liberalen und radikalen Demokraten des Königreiches waren ganz auf den Thronfolger gerichtet.

Ein politischer Romantiker

Der neue König, Friedrich Wilhelm IV., zählte bei seiner Thronbesteigung bereits 45 Jahre und war selbst für jene, die ihn gut kannten, in gewissem Masse ein Rätsel. Seine Vorgänger bis zurück zu Friedrich dem Grossen waren ausnahmslos im Geist und in den Werten der Aufklärung erzogen worden. Der neue Monarch hingegen war ein Kind der Romantik. In seiner Jugend hatte er romantische Historienromane verschlungen – einer seiner Lieblingsautoren war Friedrich de la Motte Fouqué, Abkömmling der Hugenottenkolonie in Brandenburg, in dessen historischen Romanzen es von edelmütigen Rittern, Burgfrauen in Not, windumtosten Klippen, alten Burgen und düsteren Wäldern nur so wimmelt.

Friedrich Wilhelm IV. war nicht nur in seinem literarischen Geschmack ein Romantiker, sondern auch im Privatleben. Er gab sich oft den Tränen hin, und seine Briefe an Vertraute und Geschwister waren lange Offenbarungen, ausgiebig gespickt mit Ausrufezeichen, zum Teil acht in Folge hinter einem Satz.[3]

Friedrich Wilhelm IV. war der letzte preussische – vielleicht der letzte europäische – Monarch, der die Religion ins Zentrum seiner Staatsauffassung rückte. Für diesen «Laientheologen auf dem Thron» waren Religion und Politik untrennbar miteinander verbunden.[4] In Zeiten der Bedrängnis und dramatischer Entwicklungen suchte er instinktiv Rat in biblischen Schriften. Das wirkte sich auch auf seine Politik und die Auswahl seiner Berater aus. Schon lange vor dem Tod des Vaters umgab sich der Kronprinz mit einem Kreis gleich gesinnter christlicher Freunde. Für Prinz Wilhelm, seinen in solchen Dingen skeptischeren jüngeren Bruder, stand schon 1838 fest, dass der Thronfolger einer «Frömmler-Sekte» in die Hände gefallen war, Eiferer, die, wie der Prinz klagte, es verstanden hatten, «sich seiner ganzen Person und regen Phantasie zu bemeistern». Das Ethos der christlichen Erweckungsbewegung habe so vollständig vom Kronprinzen Besitz ergriffen, warnte Prinz Wilhelm, dass ehrgeizige Höflinge, die Einfluss auf den künftigen Souverän gewinnen wollten, lediglich die Verhaltensmuster der pietistischen Hingabe vorexerzieren müssten, um ihr Vorankommen zu befördern. Nach der Thronbesteigung des Kronprinzen gelangten viele seiner christlichen Freunde – Leopold von Gerlach, Ludwig Gustav von Thile (von seinen Gegnern auch gerne als «Bibel-Thile» apostrophiert), An ton Graf von Stolberg-Wernigerode, Karl Graf von der Groeben – in einflussreiche politische Positionen, Männer, die an der pietistischen Erweckungsbewegung zu Beginn des 19. Jahrhunderts beteiligt gewesen waren und von denen etliche enge Beziehungen zu den pietistischen und lutherischen Separationsbewegungen unterhielten, die sich am Rande der preussischen Staatskirche tummelten.[5]

Wie sein Vater betrachtete Friedrich Wilhelm IV. den preussischen Staat als eine christliche Einrichtung. Im Gegensatz zu Friedrich Wilhelm III., der den protestantischen Gemeinden Preussens seine eigene eklektische Version eines calvinistischen Luthertums überstülpen wollte und die preussischen Katholiken mit seiner starren Haltung in der Frage der Zulässigkeit von Mischehen verprellt hatte, war das Christentum des Sohnes umfassender und ökumenischer. Zum

Entsetzen seines Vaters ehelichte der Kronprinz eine katholische Prinzessin, Elisabeth von Bayern, und bestand darauf, sie selbst den Zeitpunkt ihrer Konversion bestimmen zu lassen (die sie später dann auch pflichtgetreu vollzog). Seine Unterstützung für die Renovierung und Fertigstellung des Kölner Doms, aus der er keinen Hehl machte, spiegelte nicht nur die charakteristische romantische Vorliebe für den gotischen Stil wider, sondern auch seine Entschlossenheit, den Katholizismus als Religion mit einem ebenso historischen wie kulturellen Anspruch auf Gleichbehandlung innerhalb des preussischen Staates anzuerkennen.

Das anglo-preussische Bistum Jerusalem, 1841 mit der Absicht ausgerufen, die Juden im Heiligen Land zu bekehren und den Kontakt mit den Ostchristen zu fördern, war eine einzigartig ökumenische Einrichtung, die im wechselnden Turnus mit Geistlichen der anglikanischen Kirche und der Preussischen Union besetzt war. Ihr geistiger Vater war ein enger Freund des Königs, Christian Karl Josias von Bunsen, ein Experte für Liturgiegeschichte, der Friedrich Wilhelms Enthusiasmus für die Urkirche teilte.[6] Eine der ersten Amtshandlungen des neuen Königs, der bereits als Kronprinz das harte Vorgehen seines Vaters gegen die lutherischen Dissidenten in Schlesien und Pommern abgelehnt hatte, bestand in der Anordnung, jene altlutherischen Kirchenmänner wieder freizulassen, die während der Konfrontationen Ende der dreissiger Jahre inhaftiert worden waren. Nach und nach wurden die Hürden beseitigt, die der Erschaffung einer separaten lutherischen Landeskirche im Wege standen. Der Auszug lutherischer Emigranten nach Nordamerika und Australien ebbte deutlich ab.

Friedrich Wilhelm IV. war kein Liberaler. Aber er war auch kein autoritär-dirigistischer Konservativer Kamptz'-Rochow'-Wittgenstein'scher Prägung. Der Staatkonservativismus der Restaurationszeit ging zurück auf die obrigkeitsstaatliche Linie der preussischen Aufklärung. Im Gegensatz dazu war Friedrich Wilhelm zu Hause in der korporatistischen Ideologie der romantischen Gegenaufklärung. Repräsentative Körperschaften an sich lehnte er nicht ab, nur mussten sie «natürlich [...] gewachsen» sein; mit anderen Worten, sie mussten der natürlichen und gottgegebenen Ordnung der Menschen nach Herkunft und Leistung entsprechen, wie sie die mittelalterliche Ständegesellschaft verkörperte. Dieser Vorstellung von Politik und Geschichte lag die Ausrichtung auf Kontinuität und Tradition zugrunde – eine Reaktion möglicherweise auf das Trauma, das der Kronprinz 1806 erfuhr, als er mit seiner Mutter vor den vorrückenden

Franzosen nach Osten floh, sowie auf ihren plötzlichen Tod 1810 während der «eisernen Zeit» Preussens. Friedrich Wilhelms Einstellung gegenüber dem modernen, bürokratischen Preussenstaat war ambivalent. Der Staat war für ihn keine Verkörperung der lebendigen Kräfte geschichtlicher Kontinuität, er war ein künstliches Gebilde, dessen Anspruch auf universelle Autorität die ältere und heiligere Autorität der Krone, der Kongregation und des Standes verletzte. Der König war folglich mehr als der oberste Verwalter und auf jeden Fall mehr als der höchste Diener des Staates. Er war ein geweihter Vater, in einer mystischen Einheit gebunden an sein Volk und von Gott mit einem einzigartigen Einblick in die Bedürfnisse seiner Untertanen gesegnet.[7]

Der König drückte diese Verpflichtungen in einer Sprache aus, die fast schon liberal klang. Zu den Eigenheiten der Sprache der politischen Romantik gehörte die Tendenz, zumindest an der Oberfläche die Unterschiede zwischen progressiven und konservativen Positionen zu verwischen. Friedrich Wilhelm sprach bewundernd von Grossbritannien und seiner «alterthümlichen Verfassung», er war – wie Ludwig I., der Romantiker auf dem bayerischen Thron – empfänglich für den deutschen Kulturnationalismus, er verwendete häufig Schlüsselworte wie «Erneuerung», «Wiederbelebung» und «Entwicklung» und verdammte die Übel des «Bürokratismus» und «Despotismus» mit Worten, die von einer liberalen Gesinnung zu künden schienen. Selbst einer der engsten Freunde des Königs gelangte zu dem Urteil, seine Einstellung gründe auf einer diffusen Mischung aus «Pietismus», «Mittelalterthum» und «Aristokratie» mit «Patriotismus», «Liberalismus» und «Anglomanie».[8] All dies machte Friedrich Wilhelm IV. zu einem Mann, dessen Absichten nur schwer zu entschlüsseln waren.

Ein Herrschaftswechsel geht ja häufig mit übersteigerten Hoffnungen auf einen politischen Wandel einher. Der neue König ordnete unmittelbar nach seiner Einsetzung an, die preussischen Provinziallandtage sollten zunächst Anfang 1841 und danach im Zweijahresrhythmus zusammentreten (unter seinem Vater waren sie nur alle drei Jahre zusammengetreten), und sprach von seiner Hoffnung, es werde nun «auch für die ständischen Verhältnisse eine lebendigere Zeit beginnen»[9]. Auf ein im September 1840 vom Königsberger Landtag vorgelegtes Memorandum, in dem der Monarch ersucht wurde, eine Repräsentation des gesamten Landes und der Menschen zu gewähren, erwiderte Friedrich Wilhelm, er beabsichtige, «dieses edle Werk immer treu zu pflegen» und sich um ihre

weitere «Entwickelung» zu kümmern.[10] Was genau der König mit diesen Worten meinte, blieb zwar unklar, doch lösten sie eine gewaltige Begeisterung aus. Politische Gefangene wurden aus der Haft entlassen, Ernst Moritz Arndt erhielt die Erlaubnis, seine Lehrtätigkeit an der Universität Bonn wiederaufzunehmen, die Zensurvorschriften wurden gelockert. Auch den Polen in der Provinz Posen wurden Zugeständnisse gemacht und am 19. August eine Generalamnestie für alle Polen verkündet, die am Novemberaufstand von 1830 teilgenommen hatten. 1841 entliess der König den höchst umstrittenen Oberpräsidenten der Provinz Posen Eduard Heinrich von Flottwell, erlaubte politischen Emigranten aus Russisch-Polen die Niederlassung in der Provinz, stellte die Ansiedlung von Deutschen ein und erliess eine neue Regelung zur Unterrichtssprache an den Schulen, die die Grundforderungen der polnischen Aktivisten erfüllte.[11]

Der neue Minister für Geistliche, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, Johann Albrecht Friedrich Eichhorn, der seinen Posten im Oktober 1840 antrat, hatte früher mit Stein zusammengearbeitet und war einer der Architekten des Zollvereins; seine Berufung in das Staatministerium nährte die Hoffnungen der Liberalen.[12] Ein weiteres vielversprechendes Zeichen war die politische Rehabilitierung Hermann von Boyens 1841, des alten Granden der militärischen und politischen Reform, der 1819 von den konservativen Ministern zum Rückzug aus dem öffentlichen Leben gezwungen worden war. Der inzwischen Siebzigjährige wurde nach Berlin zurückgerufen und zum Kriegsminister ernannt. Der neue König hofierte den alten Krieger, stellte ihn (aufgrund seiner Seniorität) an die Spitze dieses Staatsministeriums und übertrug ihm das Kommando des 1. Infanterieregiments. Anlässlich der Enthüllung eines Gneisenau-Denkmals verlieh Friedrich Wilhelm Boyen den Orden vom Schwarzen Adler – ein beredtes Zeugnis der Entschlossenheit des Königs, die Kluft zwischen den patriotischen und dynastischen Erinnerungen an die Befreiungskriege zu schliessen. Boyens gross inszenierte Rehabilitation war ein unmissverständliches politisches Signal – immerhin hatte der alte Kämpe erst unlängst das konservative Lager mit einer polemischen, parteiischen Biografie des grossen Patrioten und Militärreformers Scharnhorst gegen sich aufgebracht.

Der Amtsantritt des neuen Monarchen brachte im Sommer 1841 auch das Karriereende für Justizminister Karl Albert von Kamptz, den früheren Polizeidirektor und unerbittlichen Demagogenjäger, der zusammen mit Sayn-Wittgen-

stein die politische Opposition unterdrückt hatte. In den dreissiger Jahren war Kamptz zur Hassfigur geworden und häufig in den Liedern und Gedichten der radikaldemokratischen Opposition geschmäht worden. Die «Lebens- und Geistesfülle» Seiner Majestät, wurde Kamptz, der auf Kur in Gastein weilte, in einer Note aus Berlin eröffnet, verlange nach jüngeren und tatkräftigeren Dienern.[13] Verstärkt wurden die Auswirkungen solcher personalpolitischer Interventionen mit Signalcharakter noch durch den extrovertierten persönlichen Stil des neuen Königs. Wie schon seine Vorgänger nahm Friedrich Wilhelm IV. die Huldigung der preussischen Stände in Berlin und Königsberg entgegen, als erster Vertreter der Dynastie jedoch wandte er sich nach Abschluss des formellen Teils der Feierlichkeiten mit einer improvisierten Rede an die vor dem Palast versammelte Menge. Diese beide Reden, gehalten in einer leidenschaftlichen evangelikalen und plebiszitären Sprache, hatten eine elektrisierende Wirkung auf die Zuschauer und die öffentliche Meinung.[14] Die Begeisterung und der Optimismus, welche die Menschen im Gefolge der Krönungsfeierlichkeiten und Reden des Königs erfasst hatten, verflogen jedoch schnell wieder. Beunruhigt über das Ausmass der Spekulationen auf liberale Reformen machte sich Friedrich Wilhelm daran, die öffentliche Diskussion über seine Verfassungspläne zu beenden. Mit einer Kabinettsorder vom 4. Oktober wies er Innenminister Gustav von Rochow an, bekannt zu geben, dass der König es bedauere, sollten aus seiner Antwort an den Königsberger Landtag falsche Schlüsse gezogen worden sein, und er darauf hinzuweisen wünsche, dass er keinerlei Absicht habe, auf die Forderung des Landtags nach Einberufung einer Nationalversammlung einzugehen. Diese Ankündigung löste grosse Enttäuschung und Verbitterung aus, nicht zuletzt, weil die schlechte Nachricht ausgerechnet von Rochow übermittelt wurde, einem Hardliner aus der Vorgängerregierung, der den Liberalen im gesamten Königreich verhasst war.[15] Einer derjenigen, die sich im Widerspruch zum neuen Regime befanden, war Theodor von Schön, seit langen Jahren Oberpräsident der Provinz Preussen in Königsberg. Schön war, selbst für seine Zeitgenossen, eine emblematische Figur. In seiner Jugend war er wiederholt nach England gereist und blieb Zeit seines Lebens ein Wirtschaftsliberaler Smith'scher Prägung und Bewunderer des britischen Parlamentssystems. Er war eng mit Stein verbunden gewesen und hatte sogar den Entwurf für dessen politisches Testament von 1808 formuliert, in dem er eine «allgemeine Nationalrepräsentation» einforderte. Nur durch die «Teilnahme des Volkes an den

Operationen des Staats», hatte Schön geschrieben, könne der «Nationalgeist positiv erweckt und belebt» werden.[16] In den ersten Nachkriegsjahren widmete er sich mit beträchtlichem Erfolg dem Ziel, die Grundlage für ein konstruktives Zusammenspiel zwischen der Regionalregierung und den Ständeversammlungen in Westpreussen zu schaffen. Wie viele gemässigte Reformer war er sich der Grenzen der 1823 eingerichteten Provinziallandtage bewusst, begrüsste sie aber nichtsdestotrotz als Plattform zur weiteren konstitutionellen Entwicklung.[17] Als Oberpräsident der Provinz Preussen war Schön ein mächtiger Mann und hatte eines der wichtigsten öffentlichen Ämter im postnapoleonischen preussischen Staat inne. Darüber hinaus stand er an der Spitze eines einflussreichen Kreises ostpreussischer Adeliger, zu dem auch Rudolf von Auerswald gehörte, der Oberbürgermeister von Königsberg.

Im Zuge der Debatte in den Zeitungen, die nach der Huldigung durch die Stände im September 1840 losbrach, verfasste Schön die Denkschrift *Woher und Wohin?*, in welcher er die Reformära hochhielt, die darauf folgende bürokratische Reaktion beklagte und sich für die Einsetzung einer nationalen Ständeversammlung aussprach, da «nur durch Generalstände in unserem Lande ein öffentliches Leben entstehen und gedeihen kann und wird». Die in einer Auflage von nur 32 Stück gedruckte Denkschrift zirkulierte privat im Kreise der engsten Freunde und Mitstreiter des Oberpräsidenten. Schön schenkte auch dem König ein Exemplar, wohl in der Überzeugung, dass er und der neue Monarch, den er gut kannte, in der Verfassungsfrage generell gleicher Meinung seien. Friedrich Wilhelms Erwiderung auf Schöns Denkschrift war scharf und unmissverständlich. Niemals würde er zulassen, dass sich ein «Stück Papier» (eine Verfassung) zwischen ihn und seine Untertanen dränge. Es sei, verkündete er, seine heilige Pflicht, Preussen auch weiterhin auf «väterliche» Weise zu regieren; für artifizielle Organe der Repräsentation gebe es keine Notwendigkeit.[18]

Das Verhältnis zwischen Berlin und Königsberg kühlte sich in der Folge rasch ab, und die Konservativen in Berlin ergriffen die Gelegenheit, ihren Einfluss auf die Regierungspolitik zu festigen.[19] Innenminister Gustav von Rochow goss noch Öl ins Feuer und schickte Schön den Text eines radikalen Liedes, der in die Hände der Berliner Polizei gelangt war und in dem der Oberpräsident der Provinz Preussen als «Lehrer der Freiheit» gefeiert wurde. Schön reagierte auf diese Provokation mit unverhohlener Verachtung, wies den Minister scharf zu-

recht und bezeichnete ihn als Gefahr für den Staat, dem er diene. Daraufhin brach ein erbitterter Kampf in der Presse aus; Schöns Freunde griffen Rochow in den liberalen ostpreussischen Zeitungen scharf an, der wiederum Mitarbeiter des Innenministeriums anwies, verleumderische Beiträge nicht nur in der preussischen Presse zu lancieren, sondern auch in den *Allgemeinen Zeitungen* in Leipzig und Augsburg – was zeigt, welche Bedeutung die preussische Regierung der öffentlichen Meinung in den anderen deutschen Staaten beimass. Die Auseinandersetzung spitzte sich im Mai 1842 zu, als in Strassburg ein Radikaler ohne Schöns Zustimmung eine Neuauflage von *Woher und Wohin?* publizierte, die um ein langes, den König attackierendes Nachwort ergänzt worden war. Am 3. Juni 1842 wurde Schöns Entlassung bekannt gegeben, zehn Tage später die Rochows; damit wollte Friedrich Wilhelm den Anschein von Parteilichkeit vermeiden, der bei der Demission nur eines der beiden Streithähne hätte entstehen können.

Das Bedeutsame an der ganzen Affäre war nicht der Umstand, dass sich hier zwei mächtige Diener der preussischen Krone befehdeten, das war nichts Neues, sondern die grosse öffentliche Resonanz auf diesen Machtkampf. Im Oktober 1841 wurde Schön bei seiner Rückkehr von einer Sitzung des Staatministeriums in Berlin in Königsberg wie ein Held empfangen; mit Wimpeln geschmückte Boote fuhren hinaus, um ihn bei der Einfahrt in den Hafen zu begrüssen, und am Abend brannten Lichter in den Fenstern vieler seiner Königsberger Anhänger. Am 8. Juni 1843, ein Jahr nach Schöns Entlassung aus dem Amt, richteten die Königsberger Liberalen ein Fest zur Feier des 50. Jahrestages seines Eintritts in den Staatsdienst aus. Eine Spendensammlung wurde organisiert, und so gewaltig war der Ruf, der Schön in ganz Deutschland vorauseilte, dass sogar Liberale aus Baden und Württemberg Geld schickten. Das Spendenaufkommen reichte aus, die verbliebene Schuld auf das Gut der Familie Schön abzulösen und die Errichtung eines Gedenkobelisken in der Stadt zu finanzieren. Zum ersten Mal in der preussischen Geschichte hatte ein hoher Staatsbeamter zugelassen, von einer politischen Oppositionsbewegung als Galionsfigur gefeiert zu werden.

Die Frustration, die sich nach der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV. in den Kreisen der Liberalen breitmachte, war kein vorübergehendes Phänomen, vielmehr signalisierte sie einen unumkehrbaren Anstieg der politischen Fieberkurve. Die oppositionelle Politik erlebte eine Radikalisierung und Weiterentwicklung. Der radikale jüdische Arzt Johann Jacoby war Mitglied einer Gruppe

gleich gesinnter Freunde, die sich zu politischen Diskussionen im «Kaffeehaus Siegel» in Königsberg trafen. In seiner 1841 publizierten Flugschrift *Vier Fragen, beantwortet von einem Ostpreussen* verlangte er die rechtmässige Teilnahme des Volkes an den Angelegenheiten des Staates, und zwar nicht als Zugeständnis oder Gefallen, sondern als «unveräusserliches Recht». Jacoby wurde später wegen Verrats angeklagt, aber nach mehreren Verhandlungen von einem Appellationsgericht freigesprochen. Im Gegensatz zu Theodor von Schön und dessen adeligem Zirkel repräsentierte Jacoby, der durch die Verhandlungen zu einem der prominentesten Vertreter der ostpreussischen Oppositionsbewegung aufgestiegen war, den ungeduldigeren Aktivismus der städtischen Berufsstände. Die radikalisierten Intellektuellen der städtischen Eliten fanden in den politischen Vereinigungen, die in den grossen preussischen Städten aus dem Boden schossen, ein Forum – die «Städtische Ressource» in Breslau, der Bürgerklub in Magdeburg und die Königsberger Donnerstagsgesellschaft, ein förmlich konstituiertes Treffen der Gruppe aus dem «Kaffeehaus Siegel».[20] Doch die politische Diskussion konnte sich auch in anderen Kontexten entfalten – im Kölner Dombauverein etwa, der zu einem wichtigen Treffpunkt der Liberalen und Demokraten wurde, oder bei den Vorlesungen, die von Gastrednern in den Weingärten der Stadt Halle gehalten wurden.[21]

Auch in den Provinziallandtagen veränderte sich der Ton unüberhörbar. Die in den 1830er Jahren nur vereinzelt artikulierten Forderungen schwollen nun zu einem gesamtpreussischen Chor an. 1841 und 1843 verabschiedeten praktisch alle preussischen Landtage Resolutionen, in denen die Pressefreiheit verlangt wurde. 1843 lehnte der rheinpreussische Provinziallandtag – getragen von einer breiten bürgerlichen Unterstützung – ein neues und in vielerlei Hinsicht durchaus progressives preussisches Strafgesetzbuch ab, da es zum Teil je nach Standeszugehörigkeit unterschiedliche Strafen vorsah und somit gegen das Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz verstiess.[22] Die zur Unterstützung von Petitionen an den Landtag ins Leben gerufenen Initiativen stiessen auf regen Zulauf und grosse öffentliche Resonanz.[23] Die polnische Nationalbewegung in der Provinz Posen weigerte sich anfangs, die Forderungen der Liberalen nach einem nationalen Parlament zu unterstützen, da sie fürchtete, das würde einer weiteren Integration der Provinz in den preussischen Staat Vorschub leisten. Ab 1845 jedoch standen die polnischen Patrioten und deutschen Liberalen unter den Landtagsdeputierten in der Forderung nach einer ganzen Palette liberaler Massnahmen zusammen.[24]

Im Gegensatz zu den Liberalen, die sich in den vierziger Jahren anschickten, zu einer «Partei der Bewegung» zusammenzuwachsen, blieb der Konservativismus (ein retrospektives Konstrukt, da der Begriff zu der Zeit noch nicht in Gebrauch war) ein diffuses, zersplittertes Phänomen, dessen Einzelfäden noch nicht zu einem einheitlichen Ganzen verwoben waren. Der nostalgische ländliche Paternalismus, den der Gutsbesitzer Friedrich August Ludwig von der Marwitz so eloquent vertrat, blieb eine Randerscheinung. Die von Opponenten der hegelianischen Philosophie an der Berliner Universität gegründete «historische Schule» machte sich zu viele widersprüchliche Perspektiven zu eigen, die zudem keineswegs alle erkennbar «konservativ» waren, als dass sie die Basis einer dauerhaften Koalition hätte bilden können. Jene Konservativen, deren Sichtweise in der neupietistischen Erweckungsbewegung wurzelte, taten sich schwer mit den von einem säkularen autoritären Dirigismus des späten 18. Jahrhunderts inspirierten Konservativen. Die ambivalente Einstellung vieler Konservativer gegenüber dem bürokratischen Staat behinderte darüber hinaus auch die Zusammenarbeit mit den Behörden. Das *Berliner Politische Wochenblatt*, 1831 von Ultrakonservativen gegründet, verstand sich als loyalistisches Organ, das gegen die von der französischen Julirevolution inspirierten Kräfte zielte, bekam aber schnell erhebliche Probleme mit der preussischen Zensurbehörde, deren Beamte, wie der verärgerte Finanzier des Blattes schimpfte, einer «liberalistischen» Gesinnung anhingen. Nach längeren – und erfolglosen – Bemühungen, eine Stammleserschaft aufzubauen, stellte die Zeitung 1841 ihr Erscheinen ein.[25]

Die Konservativen waren also nicht in der Lage, auf die Expansion der liberalen Opposition koordiniert zu reagieren. In der Mehrzahl suchten sie nach Kompromissmöglichkeiten oder fanden sich resigniert mit der Unausweichlichkeit des Wandels ab. Selbst innerhalb des Kabinetts gab es kaum Anzeichen eines einheitlichen konservativen Blocks. Die politischen Diskussionen in den Kreisen der Minister waren erstaunlich spekulativ, konfliktreich und offen, was vom König selbst gefördert – oder zumindest toleriert – wurde.[26] Im Oktober 1843 notierte Leopold von Gerlach, Kommandeur des 1. Garde-Landwehr-Regiments in Spandau und ein enger persönlicher Freund des Königs, in seinem Tagebuch Überlegungen zur politischen Situation in Preussen. Gerlach beunruhigte nicht nur der wachsende Druck hinter der Forderung nach einer Verfassungsreform, sondern auch das Unvermögen der Konservativen innerhalb der

Regierung, eine einheitliche Front dagegen zu bilden. Mehrere der Minister – darunter auch der angeblich erzkonservative «Bibel-Thile» – sprachen inzwischen «ganz unbefangen» davon, eine Deputiertenkammer zuzulassen. Das Staatsschiff, hielt Gerlach fest, segele in Richtung Jakobinertum, angetrieben von dem «stets frisch wehenden Winde des Zeitgeistes». Er listete mehrere Massnahmen auf, die geeignet sein könnten, den Liberalisierungsprozess aufzuhalten, gab sich aber hinsichtlich der Erfolgsaussichten keinerlei Illusionen hin. «Was sollen diese kleinen Manöver ausrichten», schloss er, «gegen den andringenden Zeitgeist, der einen steten und konsequenten Krieg gegen die von Gott gesetzte Obrigkeit führt und sich dazu mit satanischer Klugheit aller sich ihm darbietenden halben und dreiviertel Wahrheiten bedient?»[27]

Unter diesen Gegebenheiten war es undenkbar, dass es dem König gelingen sollte, die Gesellschaft nach Massgabe seiner neoständischen Ideologie umzugestalten. 1841 unternahm er einen erfolglosen Versuch in dieser Richtung, als er in einer Kabinettsorder verkündete, aus Gründen der besseren Verwaltung sollten Juden in Preussen in «Judenschaften» organisiert werden, deren gewählte Deputierte die Interessen ihrer jeweiligen Gemeinden gegenüber den lokalen Behörden vertreten sollten. Weiter sah die Order die Befreiung der Juden vom Militärdienst vor. Weder die eine noch die andere Anordnung wurde jemals in die Tat umgesetzt – sie scheiterte am Widerstand der Minister. Innenminister von Rochow und Johann Albrecht Friedrich Eichhorn, Minister für Geistliche, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, wandten ein, die Vorschläge liefen der jüngeren Entwicklung der preussischen Gesellschaft zuwider. Eine Umfrage unter den Kreisverwaltungen ergab, dass diese den Plan des Königs ebenfalls ablehnten. Die Kreisbehörden hatten nichts dagegen, wenn jüdischen Religionseinrichtungen der rechtliche Status einer Körperschaft gewährt wurde, doch sie verwehrten sich strikt gegen die Verleihung eines Körperschafsstatus im allgemeineren politischen Sinne, wie er von Friedrich Wilhelm favorisiert wurde, da dies ihrer Meinung nach den entscheidenden gesellschaftlichen Assimilationsprozess behindern würde. Die Vehemenz und die Offenheit, mit der sie dieses Steckenpferd des Königs ablehnten, ist in der Tat verblüffend. Die Kölner Bezirksregierung verlangte unter Hinweis auf den Erfolg dieser Massnahme in Frankreich, Holland, Belgien und England sogar eine volle und vorbehaltlose Emanzipation der jüdischen Minderheit. Die Beamten in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts waren keine servilen Untertanen

mehr, die nur den Willen ihres Königs zu erfüllen suchten, sondern sahen sich als autonome Partizipanten im politischen Entscheidungsprozess.[28]

Wie dieser Vorstoss in der jüdischen Frage belegt, war Friedrich Wilhelms neokorporatistische Vision nicht mehr zeitgemäss, nicht nur, was die öffentliche Meinung im weitesten Sinne betraf, sondern auch im Hinblick auf das vorherrschende Ethos in der Bürokratie, der es zusehends schwerfiel, einen Konsens zu den drängenden politischen Fragen der Zeit zu finden. Auf Liberale, radikale Demokraten und gleichermassen etliche Konservative wirkte die Politik des neuen Herrschers im Kern unzusammenhängend, wie ein «närrisches Gemisch ... von den Extremen unserer Zeit»[29]. Niemand brachte den daraus resultierenden Eindruck der Zusammenhanglosigkeit besser auf den Punkt als David Friedrich Strauss in seiner 1847 in Mannheim publizierten Schrift *Der Romantiker auf dem Thron der Cäsaren.* Strauss gab vor, über den als Julian Apostata (der Abtrünnige) bekannten römischen Kaiser aus dem vierten Jahrhundert zu schreiben, tatsächlich aber handelte es sich um eine Karikatur des preussischen Königs, den er als weltfremden Träumer zeichnete, ein Mann, der die Sehnsucht nach dem Althergebrachten zur Lebensart erhoben und seine Augen vor den drängenden Bedürfnissen der Zeit verschlossen hatte.[30]

Volkspolitik

Der zunehmende politische Aktivismus im Umfeld der Landtage fand statt vor dem Hintergrund eines umfassenderen Politisierungsprozesses, der bis tief ins Hinterland der preussischen Provinzen reichte. Im Rheinland stiegen insbesondere in den vierziger Jahren die Auflagen der Zeitungen steil an. Die Alphabetisierungsraten in Preussen erreichten im europäischen Vergleich ein sehr hohes Niveau, und wer des Lesens nicht mächtig war, dem wurden in den Gaststätten die Zeitungen laut vorgelesen. Daneben gab es die – im Volk weitaus beliebteren – Volkskalender, traditionelle, billige, in grosser Auflage vertriebene Druckwerke, die eine Mischung aus Nachrichten, Erzählungen, Anekdoten und praktischen Ratschlägen enthielten. Zu der Zeit hatte sich der Markt für Volkskalender bereits stark differenziert und bediente eine ganze Palette politischer Präferenzen.[31] Selbst der traditionelle Handel mit den beliebten gedruckten

Weissagungen wurde in den vierziger Jahren von der allgemeinen Politisierung erfasst. Von besonderem Interesse für die preussischen Behörden war dabei die «Weissagung von Lehnin», ein Text obskurer Herkunft, der vorgab, die Zukunft des Hauses Hohenzollern vorherzusagen. In ihrer Urform prophezeite die im Rheinland sehr populäre Lenin sehe Weissagung die bevorstehende Bekehrung des Königshauses zum Katholizismus – an sich schon Grund genug, die argwöhnische Aufmerksamkeit der Behörden zu erregen –, doch zu Beginn des Jahrzehnts tauchte eine radikalere Version auf, derzufolge der «ruchlose König» für seine Beteiligung an einer «Greueltat» mit dem Tode bestraft werden würde.[32]

Die schleichende Politisierung der öffentlichen Kultur beschränkte sich nicht auf die Druckerzeugnisse. Ein noch weiter verbreitetes Medium zur Artikulation politischer Kritik waren Lieder. Im Rheinland, wo die Erinnerung an die Französische Revolution besonders lebendig war, finden sich in den Akten der örtlichen Polizei unzählige Hinweise auf das Absingen verbotener «Freiheitslieder», darunter endloser Variationen der *Marseillaise* und von *Ça Ira*. In Freiheitsliedern wurde vom Leben und den Taten des Kotzebue-Mörders Karl Ludwig Sand erzählt, die tapferen Kämpfe der Griechen oder der Polen gegen die osmanische oder russische Tyrannei bejubelt und historischen Momenten der Auflehnung gegen illegitime Herrscher gedacht. Ausserdem waren kein Jahrmarkt und keine öffentliche Festivität vollständig ohne die Auftritte der umherreisenden Bänkelsänger mit ihren oftmals politisch höchst respektlosen Gesängen. Selbst die herumreisenden «Guckkästner» mit ihren Guckkästen voller *Trompe-Ïœil-Szenen* waren versiert darin, witzige politische Anspielungen in ihre Kommentare einzubinden und selbst scheinbar harmlose Landschaftsbilder zum Vorwand für satirische Bemerkungen zu nehmen.[33]

Ab den dreissiger Jahren des 19. Jahrhunderts gerieten auch Karnevalsveranstaltungen und andere volkstümliche Feste wie Maibaumzeremonien und Jahrmärkte zusehends zu Veranstaltungen mit einer (oppositionellen) politischen Botschaft.[34] Bis Anfang der vierziger Jahre hatte sich der Karneval im Rheinland – insbesondere die aufwendig inszenierten Umzüge am Rosenmontag – zu einem Brennpunkt der politischen Spannungen zwischen den Einheimischen und den preussischen Behörden entwickelt. Mit seiner anarchischen, an die Rauhnächte erinnernden Atmosphäre, in der die herkömmlichen gesellschaftlichen und politischen Beziehungen auf den Kopf gestellt oder auf die Schippe

40. Friedrich Wilhelm IV. als betrunkener Gestiefelter Kater, der vergebens versucht, den Fussspuren Friedrichs des Grossen zu folgen. Anonyme Lithografie.

genommen wurden, eignete sich der Karneval bestens als Ausdrucksmittel des politischen Protestes. Die Karnevalsgesellschaften, die im Rheinland in den 1820er und 1830er Jahren gegründet wurden, sollten ursprünglich die aufsässige Energie der Strassenfeste bändigen, doch es dauerte nicht lange, bis sie selbst vom Geist der Opposition beseelt waren. So spaltete sich 1842 die Kölner Karnevalsgesellschaft, als radikale Mitglieder verkündeten, die republikanische Karnevalsverfassung sei die einzige, unter der echte Narretei gedeihen könne, und ihre Absicht erklärten, einen Karnevalskönig zu inthronisieren, dessen Autorität von einem stehenden Narrenheer verteidigt würde. Die besonders radikale Düsseldorfer Karnevalsgesellschaft war für ihre derben Satiren auf den König berühmt.[35]

In den dreissiger und vierziger Jahren spielten Verspottungen des Königs in den oppositionellen Äusserungen und Schriften eine zunehmend grössere Rolle. Obwohl in den zehn Jahren von 1837 bis 1847 nur in 575 Fällen von *lèse-majesté* offiziell ermittelt wurde, legen die Aufzeichnungen nahe, dass eine Vielzahl ähnlicher Vergehen nicht strafrechtlich verfolgt wurde, und wir können davon ausgehen, dass noch weit mehr niemals aktenkundig wurden. Die Fälle von Majestätsbeleidigung jedoch, die vor die Gerichte gelangten, wurden generell sehr ernst genommen. Der Schneider Joseph Jurowski aus dem schlesischen Warmbrunn beispielsweise, der in trunkenem Zustand ausgerufen hatte «Der preussische Fritzel ist ein Schuft, der König ist ein Schuft, ein Betrüger», wurde dafür zu der erstaunlich drakonischen Strafe von 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Gerichtsbeamte Balthasar Martin aus der Nähe von Halberstadt kam sechs Monate in Haft, weil er in einem Gasthaus behauptet hatte, der König trinke «alle Tage 5 bis 6 Flaschen Champagner». «Wie kann der König für uns sorgen, er ist ja ein Säufer, ein Hauptsäufer, er trinkt lauter hitzige Getränke [...]», rief Martin, wohl ohne zu ahnen, dass unter seinen Zuhörern ein Polizeiinformant sass.[36]

Diese Verleumdungen bezogen sich auf ein Bild des Königs, das sich Mitte der vierziger Jahre dauerhaft in die öffentliche Vorstellungswelt eingebrannt hatte. Friedrich Wilhelm IV. ein plumper, gewöhnlicher, unmilitärischer Mann, den seine Geschwister und engen Freunden auch schon einmal «Butt» nannten, war vom Äusseren her der am wenigsten charismatische Monarch auf dem Hohenzollernthron. Er war auch der erste preussische König, der jemals in satirischen Spottbildern verhöhnt wurde. Die vielleicht bekannteste zeitgenössische Abbildung, entstanden 1844, zeigt den König als korpulenten, betrunkenen Gestiefelten Kater vor der Kulisse von Sanssouci, in der linken Pfote eine Champagnerflasche, in der rechten ein überschäumendes Glas, wie er kläglich versucht, in die Fussstapfen Friedrichs des Grossen zu treten. Friedrich Wilhelm, der kurz nach der Thronbesteigung die Literaturzensur entschärft hatte, verhängte sie nun wieder gegen Bilder, was aber nicht verhindern konnte, dass auch weiterhin grotesk satirische Karikaturen des Monarchen im ganzen Königreich zirkulierten.[37]

Der vielleicht radikalste Ausdruck der Missachtung des Souveräns war *Das Lied vom Bürgermeister Tschech,* das vom fehlgeschlagenen Attentat auf den König durch den geistig gestörten ehemaligen Bürgermeister Heinrich Ludwig Tschech handelte. Er hatte sich, nachdem ihm die Behörden die Unterstützung

für seinen Feldzug gegen die Korruption in seiner Heimatstadt Storkow verweigert hatten, in die Wahnvorstellung verstiegen, der Monarch selbst sei für sein Unglück verantwortlich. Am 26. Juli 1844 trat er, nicht ohne sich zuvor noch in dramatischer Pose von einem Daguerreotypisten ablichten zu lassen, an die Kutsche des Königs heran und gab aus nächster Nähe zwei Schüsse ab, die beide ihr Ziel verfehlten. Das Attentat löste in der Öffentlichkeit zunächst eine Sympathiewoge für den König aus, wobei man davon ausging, dass Tschech aufgrund seiner zerrütteten Psyche die Todesstrafe erspart bleiben würde. Friedrich Wilhelm war zunächst auch geneigt, Gnade walten zu lassen, doch seine Minister bestanden darauf, dass er an Tschech ein Exempel statuierte. Als im Dezember bekannt wurde, dass Tschech insgeheim exekutiert worden war, wandte sich die öffentliche Meinung gegen den König.[38] In den nächsten Jahren zirkulierten in Berlin und den deutschen Landen mehrere Lieder über Tschech, deren Unehrerbietigkeit gegenüber dem König die folgende Strophe gut zum Ausdruck bringt:

> Hatte je ein Mensch so ’n Pech wie der Bürgermeister Tschech, dass er diesen dicken Mann auf zwei Schritt nicht treffen kann![39]

Die soziale Frage

Im Sommer 1844 wurde der schlesische Textilbezirk um Peterswaldau und Langenbielau zum Schauplatz der blutigsten Unruhen in Preussen vor der Revolution von 1848. Die Unruhen begannen am 4. Juni, als eine aufgebrachte Menschenmenge die Gebäude des bedeutenden ortsansässigen Unternehmens «Zwanziger & Söhne» in Peterswaldau stürmte. Das Grossunternehmen galt vor Ort als rücksichtsloser Arbeitgeber, der das Überangebot an Arbeit in der Region dazu benutzt hatte, die Löhne zu senken und die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. In einem unter den Webern der Gegend populären Lied, dem «Blutgericht», das nach der Melodie des Liedes «Es liegt ein Schloss in Österreich» gesungen wurde, hiess es:

> Die Herren *Zwanziger* die Henker sind, Die Dierig, ihre Schergen, Davon ein jeder tapfer schind't, Anstatt was zu verbergen.
>
> Ihr Schurken all, ihr Satansbrut!
> Ihr höllischen Kujone,
> Ihr fresst der Armen Hab und Gut, Und Fluch wird euch zum Lohne![40]

Die Weber drangen auch in die Villa Zwanzigers ein und zerschlugen alles, was ihnen in die Hände fiel, von Kachelöfen über vergoldete Spiegel bis hin zu Kronleuchtern und wertvollem Porzellan. Sie zerrissen sämtliche Bücher, Anleihen, Schuldscheine, Akten und Dokumente, derer sie habhaft werden konnten, bevor sie durch die Remisen, das Trockenhaus, die Mange, den Packraum, die Schuppen und Lager zogen und auch dort alles zerschlugen und zerschmetterten, während aus den umliegenden Dörfern immer mehr Volk herbeiströmte. Mit Einbruch der Dunkelheit ebbten die Ausschreitungen ab, doch am nächsten Morgen kehrten die Weber zurück, um ihr Zerstörungswerk zu vollenden. Wahrscheinlich wäre der gesamte Komplex in Flammen aufgegangenen, hätte nicht jemand darauf hingewiesen, dass die Firma Gebrüder Zwanziger in diesem Falle Anspruch auf Entschädigung durch ihre Feuerversicherung hätte.

Am nächsten Tag zogen die Weber, deren Zahl inzwischen auf 3‘000 angeschwollen war, bewaffnet mit Äxten, Mistgabeln und Steinen, von Peterswaldau nach Langenbielau vor das Haus der Familie Dierig, wo verängstigte Angestellte des Unternehmens den Webern pro Kopf fünf Silbergroschen versprachen, sollten sie die Fabrikanlagen verschonen. Unterdessen waren aus Schweidnitz zwei Infanteriekompanien unter dem Kommando von Major Rosenberger zur Wiederherstellung der Ordnung eingetroffen und hatten Stellung auf dem Platz vor dem Haus Dierigs bezogen. Die Katastrophe nahm ihren Lauf. Rosenberger, der einen Angriff der Weber auf das Haus befürchtete, gab Feuerbefehl. Nach drei Salven lagen elf Menschen tot auf dem Boden, darunter eine Frau und ein Kind aus der Menge der Demonstranten, aber auch mehrere Unbeteiligte, darunter ein kleines Kind, das auf dem Weg in die Strickstunde gewesen war, und eine Frau, die 200

41. Die Not der Weber – und wie der Staat darauf antwortete. Dieser 1844 in der radikalen Zeitschrift *Fliegende Blätter* abgedruckte Holzschnitt mit dem Titel *Hunger und Verzweiflung* bezieht sich auf den Aufstand der schlesischen Weber im Juni des Jahres.

Schritte entfernt vor ihrem Haus den Vorgängen zugesehen hatte. Einem Mann, so berichteten Augenzeugen, hatte ein Schuss den Schädel zerschmettert; die blutbefleckte Schädeldecke lag etliche Meter weiter auf dem Boden. Getrieben von grenzenloser Wut griffen die Weber die Soldaten an, die sich daraufhin zurückzogen. In der Nacht dann stürmten sie Haus und Fabrikgebäude des Unternehmers Dierig und zerstörten Waren, Ausrüstungen, Bücher und Papiere im Wert von 80.000 Talern.

Das Schlimmste war nun vorüber. Früh am nächsten Morgen trafen Truppenverstärkungen, darunter auch Artillerieeinheiten, in Langenbielau ein und vertrieben die Weber, die sich auf dem oder in der Nähe des Geländes aufhielten. Im be-

nachbarten Friedrichsgrund kam es zwar noch zu einigen Unruhen, ebenso wie in Breslau, wo aufgebrachte Handwerker Häuser von Juden angriffen, doch die in der Stadt stationierten Truppen konnten weitere Ausschreitungen verhindern. Im Zusammenhang mit dem Aufstand wurden rund 50 Personen verhaftet, von denen 18 zu Zuchthaus mit Zwangsarbeit und Leibstrafen (24 Peitschenhiebe) verurteilt wurden.[41]

In den vierziger Jahren kam es in den preussischen Landen zu zahlreichen Unruhen und Hungeraufständen, doch keiner stiess auf so grosse öffentliche Anteilnahme wie der der schlesischen Weber. Ungeachtet aller Bemühungen der Zensoren, die Nachricht von der Revolte und ihrer Niederschlagung zu unterdrücken, breitete sie sich binnen weniger Tage im gesamten Königreich aus. Von Königsberg über Berlin bis nach Bielefeld, Trier, Aachen, Köln, Elberfeld und Düsseldorf wurde über den Aufstand in den Zeitungen berichtet und in der Öffentlichkeit diskutiert. In den folgenden Monaten erschienen zahllose Aufsätze, deren Autoren die Weberrevolte von jedem nur erdenklichen Blickwinkel aus analysierten. Zuhauf entstanden radikale Gedichte, darunter *Die schlesischen Weber*, Heinrich Heines apokalyptisches Gedicht von 1844, in dem er das Elend und die hilflose Wut der Menschen beschwört, die ohne Unterlass arbeiten und mit einem Hungerlohn abgespeist werden:

> Das Schiffchen fliegt, der Webstuhl kracht, Wir weben emsig Tag und Nacht – Altdeutschland, wir weben dein Leichentuch, Wir weben hinein den dreifachen Fluch, Wir weben, wir weben!»

Die Ereignisse in Schlesien stiessen auch deshalb auf so grossen Widerhall, weil sie mit dem aufkommenden zeitgenössischen Interesse an der «sozialen Frage», wie man sie später nennen sollte, zusammenfielen – wobei sich hier Parallelen mit der nahezu zeitgleich in Grossbritannien geführten Debatte zeigen, die das Erscheinen von Carlyles Essay über die *Condition of England* 1839 begeleitete. Die soziale Frage umfasste einen breiten Themenkomplex: die Arbeitsbedingungen in den Fabriken, das Wohnungsproblem in dicht besiedelten Gebieten, die Auflösung ständischer Organisationen (wie der Zünfte und Stände), die von einer auf Konkurrenz basierenden kapitalistischen Ökonomie ausgelösten Umwälzungen, der Niedergang der Religion und Moral in dem sich herausbildenden

«Proletariat». Kern dieses ganzen Prozesses war allerdings die «Pauperisierung», die fortschreitende Verarmung der unteren gesellschaftlichen Schichten. Der «Pauperismus» der Vormärzzeit unterschied sich in mehreren entscheidenden Punkten von den traditionellen Formen der Armut: Er war als strukturell bedingtes Massenphänomen nicht von Einzelschicksalsschlägen abhängig, wie beispielsweise Krankheiten, Verletzungen oder Missernten; er war permanent und nicht saisonal begrenzt, und er schickte sich an, auch soziale Gruppen zu erfassen, deren Stellung bislang vergleichsweise sicher gewesen war, beispielsweise Handwerker (vor allem Lehrlinge und Gesellen) und Kleinbauern. «Der Pauperismus», heisst es in der *Brockhaus Enzyklopädie* von 1846, «ist da vorhanden, wo eine zahlreiche Volksclasse sich durch die angestrengteste Arbeit höchstens das nothdürftigste Auskommen verdienen kann, auch dessen nicht sicher ist [...]»[42] Das Kernproblem lag im Verfall des Wertes der Arbeitskraft und der mit ihr erzeugten Produkte. Dies betraf nicht nur ungelernte Arbeiter und jene, die in der gewerblichen Wirtschaft arbeiteten, sondern auch die grosse und wachsende Zahl der Menschen vor allem auf dem Land, die ihr Auskommen in der Heimindustrie verdienten.

Die sich verschärfende Krise spiegelte sich auch in den veränderten Ernährungsgewohnheiten wider: Hatten die Einwohner der preussischen Rheinprovinz 1838 im Durchschnitt noch 41 Kilogramm Fleisch pro Kopf und Jahr verzehrt, waren es 1848 nur noch 30 Kilo.[43] Laut einer statistischen Erhebung von 1846 lebten zwischen 50 und 60 Prozent der preussischen Bevölkerung an oder nahe am Existenzminimum. In den frühen vierziger Jahren löste die sich im gesamten Königreich verschärfende Armut in den Reihen der preussischen Literaten moralisches Entsetzen aus. Bettine von Arnim eröffnete ihr 1843 in Berlin erschienenes Werk *Dies Buch gehört dem König* mit einem erfundenen Dialog, in dem die soziale Lage im Königreich an den Pranger gestellt wurde.[44] Dem Text angehängt war ein ausführlicher Anhang, der detailliert die Beobachtungen wiedergab, die der 23-jährige Schweizer Student Heinrich Grunholzer in den Berliner Armenvierteln gemacht hatte. Die Einwohnerzahl der Hauptstadt war in den drei Jahrzehnten von 1816 bis 1846 von 197.000 auf 397.000 gestiegen. Viele der ärmsten Zuwanderer – zumeist Lohnarbeiter und Handwerker – hausten in dem dicht besiedelten Armenviertel im Norden der Stadt, das auch «Vogtland» genannt wurde, weil viele der frühen Neuankömmlinge aus

der gleichnamigen sächsischen Region stammten. Und eben hier, im Berliner Vogtland, hatte Grunholzer seine Beobachtungen gemacht.

Uns abgestumpften Menschen des Medienzeitalters fällt es schwer, die Faszination nachzuvollziehen, die Grunholzers ungeschminkte Beschreibung des Lebens in den elendigsten Ecken der Stadt auf die Zeitgenossen ausübte. Grunholzer, der vier Wochen lang diverse Wohnquartiere durchkämmt und mit ihren Bewohnern gesprochen hatte, hielt seine Beobachtungen in einer kargen, durch kurze, sachliche Sätze charakterisierten Prosa fest und rechnete dabei schonungslos vor, mit wie viel beziehungsweise wenig die Armen der Stadt ihr Leben fristen mussten. Die in den Bericht eingewobenen Dialogpassagen und die häufige Verwendung des Präsens lassen darauf schliessen, dass er viele Aufzeichnungen *in situ* anfertigte.

«In der Kellerstube Nr. 3 traf ich einen Holzhacker mit einem kranken Bein. Als ich eintrat, nahm die Frau schnell die Erdäpfelhäute vom Tische, und eine sechzehnjährige Tochter zog sich verlegen in einen Winkel des Zimmers zurück, da mir ihr Vater zu erzählen anfing. Dieser wurde arbeitsunfähig beim Bau der neuen Bauschule. Sein Gesuch um Unterstützung blieb lange Zeit unberücksichtigt. Erst als er ökonomisch völlig ruiniert war, wurden ihm monatlich 15 Silbergroschen zuteil. Er musste sich ins Familienhaus zurückziehen, weil er die Miete für eine Wohnung in der Stadt nicht mehr bestreiten konnte. Jetzt erhält er von der Armendirektion 2 Taler monatlich. In Zeiten, wo es die unheilbare Krankheit des Beines gestattet, verdient er 1 Tlr. monatlich; die Frau verdient das Doppelte, die Tochter erübrigt 1½ Tlr. Die Gesamteinnahme beträgt also 6½ Tlr. im Monat. Dagegen kostet die Wohnung 2 Tlr., eine ‚Mahlzeit Kartoffelm 1 Sgr. 9 Pf.; auf zwei tägliche Mahlzeiten berechnet, beträgt die Ausgabe für das Hauptnahrungsmittel 3½ Tlr. im Monat. Es bleibt also noch 1 Tlr. übrig zum Ankaufe des Holzes und alles dessen, was eine Familie neben rohen Kartoffeln zum Unterhalte bedarf.»[45]

Ein weiteres Werk in derselben Manier war Wilhelm Wolffs im November 1843 in der *Breslauer Zeitung* erschienener und weithin gelesener Artikel über die *Kasematten von Breslau,* eine armselige Hüttensiedlung am Rande der schlesischen Hauptstadt, wo früher Kasernen und Militärlager gestanden hatten. Wolff, der Sohn eines armen schlesischen Bauern, der sich als radikaler Journalist einen Namen gemacht hatte, nahm für sich in Anspruch, eine Welt zu beschreiben, die gleichermassen nah und fern war, eine Welt, die, wie er es

formulierte, zwar wie ein «offen liegendes Buch» vor den Mauern der Stadt lag, den meisten ihrer bessergestellten Einwohner aber verborgen blieb. Die Lektüre solcher Texte durch das bourgeoise Publikum enthielt zweifelsohne ein Element voyeuristischer Lust – Eugène Sues immens erfolgreicher zehnteiliger Roman *Die Geheimnisse von Paris* über das Leben der Unterschicht in der französischen Hauptstadt, der in den Jahren 1842 bis 1843 als Fortsetzungsroman erschien und in ganz Europa Nachahmer fand, hatte grossen Einfluss auf das noch junge Genre der literarischen Darstellung sozialer Not. Wenn die Leser, erklärte Wolff, schon willens waren, sich in Sues farbenprächtiger *demimonde* zu verlieren, dann sollten sie sich umso mehr für die wirklichen «Geheimnisse Breslaus» interessieren, die direkt vor ihrer Haustür auf sie warteten.[46] Fast mit denselben Worten versicherte August Brass, Autor von *Die Mysterien von Berlin* (1844), jedermann könne das Elend in der Unterwelt der Hauptstadt sehen, so er sich nur die Mühe mache, den angenehmen Schleier der selbstsüchtigen Behaglichkeit abzulegen und den Blick auf die Welt jenseits seiner üblichen Kreise zu richten.[47]

Zu Beginn des Jahres 1844 waren die schlesischen Textilbezirke ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt, wo nach Jahren der fallenden Preise und sinkenden Nachfrage ganze von der Weberei abhängige Dörfer in bitterste Armut gestürzt waren. In den Textilstädten des Rheinlands wurde Geld für die Schlesier gesammelt. Im März zog der Schriftsteller und radikale Journalist Karl Grün von Stadt zu Stadt und hielt öffentliche Vorlesungen über Shakespeare, deren Erlöse über die Provinzregierung zur Unterstützung der Weber im Liegnitzkreis gespendet wurden. Im selben Monat wurde in Breslau ein Weber-Unterstützungsverein gegründet, und im Mai, am Vorabend des Aufstands, ging Alexander Schneer, ein Beamter der Provinzverwaltung und Angehöriger des Breslauer Unterstützungsvereins, in einigen der am schlimmsten betroffenen Gebieten von Haus zu Haus, um in Grunholzer scher Manier die Lebensumstände der Weberfamilien in allen Einzelheiten zu dokumentieren.[48] So überrascht es kaum, dass die derart sensibilisierte Öffentlichkeit in dem Aufstand vom Juni 1844 keine unbotmässige Ausschreitung sahen, sondern die zwangsläufige Folge eines seit langem gärenden sozialen Notstands.

Der offenkundige Zusammenhang zwischen rapidem Bevölkerungswachstum und sich verschärfender Massenarmut könnte uns zu der Schlussfolgerung verleiten, die soziale Krise dieser Ära sei das Resultat einer «malthusischen Fal-

le», einer Situation also, in der die Bedürfnisse einer wachsenden Bevölkerung das verfügbare Nahrungsmittelangebot übersteigen.[49] Zumindest was Preussen betrifft, ist diese Sichtweise jedoch irreführend. In den Nachkriegsjahrzehnten hatten technische Verbesserungen (künstliche Düngemittel, moderne Viehzuchtmethoden und Dreifelder-Bewirtschaftung) und die Ausweitung des bestellten Landes eine Verdoppelung der landwirtschaftlichen Produktivität bewirkt, die Nahrungsmittelproduktion war ungefähr doppelt so schnell gewachsen wie die Bevölkerung. Eine chronische Nahrungsmittelunterproduktion war demnach nicht das Problem. Vielmehr war es so, dass sich grosse landwirtschaftliche Überschüsse negativ auf das allgemeine Gewerbe auswirken konnten, da das Überangebot auf die Preise drückte, was zum Rückgang der landwirtschaftlichen Einkommen führte und die Nachfrage nach den Waren des sowieso schon unter Überkapazitäten leidenden Fertigungssektors noch weiter sinken liess.

Wichtiger noch war, dass die Nahrungsmittelversorgung ungeachtet des beeindruckenden Wachstums der landwirtschaftlichen Gesamtproduktion wegen der Gefahr von Naturkatastrophen – Missernten, Viehseuchen, Pflanzenkrankheiten – nach wie vor ungesichert war, wie die Krise belegt, die im Winter 1846 ihren Anfang nahm, als nach Missernten die Nahrungsmittelpreise auf das Doppelte bis Dreifache anstiegen. Verschärft wurde diese Krise noch durch einen Abschwung im Wirtschaftszyklus und den durch Schädlingsbefall verursachten Ausfall der Kartoffelernte, auf die in vielen Regionen gerade die Armen dringend angewiesen waren. (So hatte Grunholzer bei seinen Recherchen 1842 festgestellt, dass Kartoffeln das wichtigste – in der Tat sogar oft das einzige – Nahrungsmittel der bitter armen Familien waren, die er im Berliner Vogtland besuchte.)

Die Subsistenzkrise löste mehrere Protestwellen aus. Allein im April und Mai 1847, als die Nahrungsmittelspreise ihren Höchststand erreichten, wurden in Preussen 158 Hungerrevolten gezählt, Plünderungen von Läden und Lagern, Strassenblockaden und Markttumulte mit eingerechnet. Am 21. und 22. April wurden in Berlin zahlreiche Marktstände und Geschäfte geplündert und Kartoffelhändler überfallen.[50] Interessanterweise lag der Schwerpunkt der Hungerunruhen nicht dort, wo die Not am grössten war, sondern in jenen Gebieten, in denen Nahrungsmittel für den Export produziert oder durch die grosse Mengen an Nahrungsmitteln transportiert wurden. So waren die an das Königreich Sach-

sen grenzenden preussischen Gebiete besonders anfällig für Unruhen, da wegen der in Sachsen von der vergleichsweise stark industrialisierten Wirtschaft getragenen Nachfrage viel Getreide durch diese Gebiete ausgeführt wurde.

Diese Proteste waren keineswegs politisch motiviert, sondern im Allgemeinen pragmatische Versuche, an Nahrung zu kommen beziehungsweise die Behörden an ihre traditionelle Verpflichtung zur Versorgung in Not geratener Untertanen zu erinnern, ganz im Sinne der von E. P. Thompson in seiner Studie über englische Hungerunruhen im 18. Jahrhundert formulierten Theorie der «moralischen Ökonomie».[51] Die Aufständischen agierten nicht als Angehörige einer bestimmten Klasse, sondern als Vertreter einer lokalen Gemeinschaft, denen das Recht auf Gerechtigkeit verweigert wurde. Die menschlichen Ziele ihres Zorns waren zumeist Aussenstehende: Händler, die mit weit entfernten Märkten Handel trieben, Zollbeamte, Ausländer und Juden. Es bestand also keine automatische oder gar notwendige Verbindung zwischen den Hungerrevolten von 1846/47 und den revolutionären Aufständen von 1848. In vielen der Regionen, in denen es 1846/47 mit zu den schwersten Unruhen gekommen war, blieb es während der Revolutionszeit ruhig, und die politisch aktivste Gruppe in Schlesien während der Revolution von 1848 waren nicht die Weber, die sich 1844 erhoben hatten, sondern die Bessergestellten aus der Bauernschicht, die sich zu Verbänden zusammenschlossen und mit der demokratischen Intelligenz aus der städtischen Mittelschicht kooperierten.

Doch so spontan oder unpolitisch die Hungerrevolten auch gewesen sein mochten, von ihrer Wirkung her waren sie höchst politisch und stiessen Politisierungsprozesse an, die weit über das Milieu der eigentlich Betroffenen hinaus wirksam waren. Konservative und Protektionisten gaben der Untätigkeit des Staates oder den von liberalen Bürokraten mit dem Ziel der Deregulierung durchgefuhrten Reformen die Schuld an den Preisanstiegen und der Massenarmut, manche Konservative machten auch das «Fabriksystem» dafür verantwortlich. Die Liberalen wiederum bezeichneten die Industrialisierung und Mechanisierung als Lösung, nicht als Grund für die soziale Krise und riefen zur Abschaffung der staatlichen Regulationen auf, die Investitionstätigkeiten und das wirtschaftliche Wachstum behinderten. Aufgerüttelt von der sozialen Notlage in den Jahren 1844 bis 1847 experimentierten die Konservativen mit Rezepten, die den deutschen Wohlfahrtsstaat Ende des 19. Jahrhunderts vorwegnahmen.[52]

Insbesondere den Radikalen boten die Hungerrevolten eine Chance, Rhetorik und Theorie zu konzentrieren und zu schärfen. Wie die «Sozialkonservativen» wiesen manche Linkshegelianer die Aufgabe, die Polarisierung der Gesellschaft aufzuhalten, dem Staat als Hüter des Allgemeininteresses zu. Die schlesischen Weberaufstände von 1844 bewogen den Autor Wilhelm Wolff zur Erweiterung und Verfeinerung seiner sozialistischen Analyse der Krise. Während sein Artikel über die Breslauer Armensiedlungen aus dem Jahr 1843 noch um vergleichsweise diffuse Gegensatzpaare wie «Armut» und «der Wohlhabende», «diese Leute» und «der Reiche» oder «ein Tagearbeiter» und «das freie Bürgertum» herum strukturiert war, war sein sieben Monate später verfasster Bericht über die schlesischen Aufstände vom theoretischen Gehalt her weitaus anspruchsvoller. Nun stand «die Klasse der Proletarier» dem «Monopol des Kapitals» gegenüber, «das Volk der Produzierenden» den «Konsumierenden» und die «arbeitenden Volksklassen» dem «Privateigentum».[53]

Diese Entwicklung spiegelt sich auch in der Debatte zwischen Arnold Rüge und Karl Marx über die Bedeutung der schlesischen Revolte wider. In einem Beitrag für den *Vorwärts!*, der Zeitschrift der radikalen deutschen Emigranten in Paris, tat Rüge den Aufstand der Weber als blosse Hungerrevolte ab, von dem keine ernsthafte Bedrohung der politischen Mächte in Preussen ausgegangen sei. Karl Marx wies die Ausführungen seines früheren Freundes in zwei langen Artikeln zurück, in denen er mit fast schon preussischem patriotischen Stolz argumentierte, dass weder die englischen noch die französischen «Arbeiteraufstände» von so «theoretischem und bewusstem Charakter» gewesen seien wie der Aufstand der Weber. Allein «der Preusse», verkündete Marx, habe «den richtigen Standpunkt» eingenommen. Durch das Verbrennen der Rechnungsbücher von Zwanziger und Dierig hatten die Weber seiner Meinung nach ihre Wut auf «Eigentumstitel» gerichtet und damit einen Schlag nicht nur gegen die Industriellen selbst, sondern auch gegen das sie stützende System des Finanzkapitals geführt.[54] Dieser Disput, der sich schlussendlich um die Frage drehte, unter welchen Bedingungen eine unterdrückte Bevölkerung erfolgreich revolutioniert werden kann, markierte die endgültige Trennung der beiden einstigen Weggefährten.

Hardenbergs Zeitbombe

In den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts war die Zeit des politischen Systems in Preussen abgelaufen. Das lag nicht nur an den wachsenden politischen Erwartungen der Menschen, sondern auch an den finanziellen Beschränkungen. Laut dem Staatsverschuldungsgesetz vom 17. Januar 1820 war es der preussischen Regierung untersagt, Kredite ohne die Freigabe durch eine «landesweite Ständeversammlung» aufzunehmen. Durch diese Massnahmen hatten die Reformer (entworfen hatte das Gesetz Christian von Rother, Präsident der Hauptverwaltung der Staatsschulden im Finanzministerium, der eng mit Hardenberg zusammenarbeitete) der Regierung die Hände gebunden, bis sie sich zu weiteren Verfassungsreformen bereit erklärte. Das war die Zeitbombe, die Hardenberg im Herzen des preussischen Staates platziert hatte. Zunächst, in den zwanziger und dreissiger Jahren, tickte die Bombe leise vor sich hin, da die Finanzminister in dieser Zeit Kredite vorwiegend über die nominell unabhängige Seehandlung aufnahmen und die Kreditaufnahme generell auf einem Minimum hielten – mit dem Effekt, dass Preussen in dieser Zeit weniger Kredite als jeder andere deutsche Staat aufnahm.[55]

Das konnte, wie Friedrich Wilhelm IV. wusste, nicht ewig so weitergehen. Zu dieser Zeit zeichnete sich die wirtschaftliche, militärische und strategische Bedeutung der Eisenbahn immer deutlicher ab.[56] Eisenbahnen waren von so überragender militärischer und wirtschaftlichter Bedeutung, erkannte Helmuth von Moltke bereits 1843, dass die Regierung früher oder später die Verantwortung für ihren weiteren Ausbau würde übernehmen müssen.[57] Und da auch der König leidenschaftlich dem neuen revolutionären Transportmittel anhing, war absehbar, dass Preussen in Bälde in einem Ausmass Mittel in den Ausbau der Infrastruktur würde investieren müssen, die das Land ohne massive Anleihen nicht würde aufbringen können.

Dennoch sträubte sich der König lange gegen die Einsicht in die Unausweichlichkeit eines vereinigten Landtages. Die Stände, warnte einer seiner engsten Berater, «würden es nicht aufgeben, bei einer Anleihe mitzusprechen, würden aber alles bewilligen, wenn Noth am Mann wäre «[58]. 1842 berief der König die Vereinigten Ausschüsse ein, besetzt mit je zwölf Delegierten aus den Provinziallandtagen, in der Hoffnung, diese Körperschaft würde über Angelegenheiten wie die Notwendigkeit einer staatlichen Eisenbahnfinanzierung beraten, ohne

dabei eine Ausweitung ihrer konstitutionellen Rolle zu betreiben. Petitionen an die Vereinigten Ausschüsse waren untersagt, die zur Diskussion freigegebenen Themen stark eingegrenzt und die Geschäftsordnung so formuliert, dass echte Debatten nicht möglich waren – die Redebeiträge der Delegierten, die sich nur einmal zu einem Thema äussern durften, mussten in alphabetischer Reihenfolge erfolgen. So war ausgeschlossen, dass die Vereinigten Ausschüsse substanzielle Entscheidungen treffen konnten; vor allem aber hatte die Einrichtung, wie ein Delegierter aus der Rheinprovinz während einer Debatte über die Eisenbahnfinanzierung die Kühnheit hatte anzumerken, keine Ermächtigung zur Genehmigung von Staatsanleihen.[59] Erst Ende 1844 konnte sich Friedrich Wilhelm zu dem Entschluss durchringen, binnen der nächsten drei Jahre eine nationale Versammlung der Provinziallandtage einzuberufen.

Mitte der vierziger Jahre spitzte sich die Eisenbahnfrage entscheidend zu. In den vorangegangenen Jahren war das preussische Eisenbahnnetz stark ausgebaut worden, von 185 Kilometern im Jahr 1840 auf 1106 Kilometer im Jahr 1845.[60] Allerdings hatte sich dieses Wachstum auf Gebiete konzentriert, in denen private Investoren mit Profiten rechnen konnten; die Privatwirtschaft hatte verständlicherweise wenig Interesse an unprofitablen Grossprojekten, die hauptsächlich makroökonomischen oder militärischen Bedürfnisse dienten. Im Herbst 1845 jedoch wurde in Berlin bekannt, dass die französische Regierung den Bau eines strategischen Schienennetzes beschlossen hatte, dessen östliche Endpunkte eine potenzielle Gefahr für die Sicherheit des Deutschen Bundes darstellten. Vergebens drängte Berlin auf eine koordinierte strategische Eisenbahnpolitik aller deutschen Staaten, den Mitgliedern des Deutschen Bundes gelang es nicht, sich auf einen Konsens zu verständigen, noch nicht einmal hinsichtlich der Frage eines einheitlichen Spurmasses für ein gesamtdeutsches Schienennetz. Preussen musste also auf eigene Faust handeln.[61] Im Zentrum des Programms, das sich im Laufe des Jahres 1846 herauskristallisierte, stand die Ostbahn, eine Schienen-»Arterie», die das Rheinland und die französische Grenze mit Brandenburg und Ostpreussen verbinden sollte.

Damit war für Hardenbergs Zeitbombe der Moment der Explosion gekommen. Das königliche Patent vom 3. Februar 1847, mit dem der erste Vereinigte Landtag einberufen wurde, stellte unmissverständlich klar, dass es sich dabei um die im Staatsverschuldungsgesetz von 1820 vorhergesehene Körperschaft handele. Der Vereinigte Landtag stellte kein neues konstitutionelles Instrument

dar, sondern lediglich die Zusammenkunft aller Provinziallandtage in einem Organ und erbte damit die schwerfällige Konstitution seiner Vorgänger: Die Delegierten sassen getrennt nach Provinz- und Standeszugehörigkeit, abgestimmt jedoch wurde per Kopf, und die Versammlung trat, wie ein nationales Parlament, in den meisten Angelegenheiten wie ein einheitliches Organ auf. Es gab ein Herrenkurie genanntes Oberhaus, dem Fürsten, Grafen, mediatisierte Adelige und Mitglieder des Könighauses angehörten. Die restlichen Delegierten, die den Landadel, die Städte und die Bauernstände vertraten, sassen in der Dreiständekurie. Komplizierte Wahlbestimmungen gewährleisteten, dass die einzelnen Provinzen ein Vetorecht gegenüber ihre Interessen schädigenden Vorschlägen erhielten, ein Aspekt, hinsichtlich dessen der Vereinigte Landtag die föderale Struktur des preussischen Staates nach 1815 widerspiegelte. Seine Hauptaufgabe, daran liess der Text des Patents keinen Zweifel aufkommen, sollte in der Genehmigung neuer Steuern und der Zustimmung zu einer Staatsanleihe für den Eisenbahnbau bestehen.[62]

Der Vereinigte Landtag war bereits vom ersten Tag an umstritten. Die Lobeshymnen der kleinen Schar gemässigter konservativer Enthusiasten wurden von den Protesten der liberalen Kritiker übertönt. Die in dem Patent festgelegten Bestimmungen blieben nach Auffassung der meisten Liberalen weit hinter den berechtigten Erwartungen zurück. Die Menschen hätten, donnerte der schlesische Liberale Heinrich Simon in einem (zur Umgehung der preussischen Zensur) im sächsischen Leipzig veröffentlichten polemischen Aufsatz, Brot gefordert und seien mit Steinen abgespeist worden. Theodor von Schön vertrat die Auffassung, die Delegierten sollten die Eröffnungssitzung dazu benutzen, sich für unfähig erklären, als allgemeiner Landtag zu handeln, und eine Neuwahl beantragen. Wie die Liberalen lehnten auch die konservativen Hardliner das Patent ab, da sie darin den ersten Schritt hin zu einer vollen Verfassungsregelung sahen. Viele niedere Landadelige – darunter auch solche konservativer Neigung – waren aufgebracht wegen der Sonderstellung, die dem höheren Adel eingeräumt worden war, und die Provinzdelegierten aus den älteren Provinzen stiessen sich an der Überzahl schlesischer und westfälischer Familiennamen in der Herrenkurie.[63] Dessen ungeachtet weckte die Ankündigung des ersten Zusammentretens des Vereinigten Landtags neue und weiterreichende politische Hoffnungen.

Am Sonntag, dem 11. April 1847 – einem kalten, grauen und regnerischen Tag –, wurden die über 600 Provinzdelegierten zur Eröffnungsfeier des Vereinigten Landtags in den Weissen Saal des Berliner Schlosses geleitet. Die Thronrede des Königs, der über eine halbe Stunde frei und ohne Notizen sprach, war ein Warnschuss. Er war über die heftige Kritik an seinem Patent erzürnt und nicht in der Stimmung für Kompromisse. «Es soll keiner Macht der Erde je gelingen», verkündete Friedrich Wilhelm IV., «Mich zu bewegen, das natürliche Verhältniss zwischen Fürst und Volk in ein conventionelles, constitutionelles zu wandeln, und dass ich es nun und nimmermehr zugeben werde, dass sich zwischen unseren Herr Gott im Himmel und dieses Land ein beschriebenes Blatt [...] eindränge, um uns mit seinen Paragraphen zu regieren und durch sie die alte, heilige Treue zu ersetzen.» Er schloss seine Rede mit dem Hinweis darauf, dass der Landtag kein legislatives Parlament war. Der Vereinigte Landtag war aus einem konkreten Grund einberufen worden, namentlich zur Bewilligung neuer Steuern und einer Staatsanleihe, doch seine Zukunft hing vom Wohlwollen und Urteil des Königs ab. Seine Aufgabe war es nicht, «Meinungen zu repräsentieren», und er werde, beschied der König den Delegierten, den Landtag unter keinen Umständen wieder einberufen, wenn er auch «nur geringsten Zweifel hegte, das Sie ein Gelüst hätten nach der Rolle sogenannter Volksrepräsentanten»[64].

Schlussendlich gaben die Debatten im Vereinigten Landtag den konservativen Hardlinern Recht. Zum ersten Mal agierten preussische Liberale jeglicher Couleur auf derselben Bühne, und sie nutzten die Gelegenheit, einen Feldzug zur Umwandlung des Gremiums in eine richtige Legislative zu starten – und forderten das Recht auf periodische Einberufung des Vereinigten Landtags, die Zustimmungspflicht des Landtags zu allen Gesetzen, den Schutz vor willkürlichen Massnahmen seitens der Staatsmacht und die Beseitigung sämtlicher noch vorhandener ständischer Diskriminierungen. Solange diese Forderungen nicht erfüllt seien, sehe sich, erklärten sie, der Landtag ausserstande, den Ausgabeplänen der Regierung zuzustimmen. Das Gremium bot liberalen Politikern aus den einzelnen Regionen die Möglichkeit, sich zu treffen und sich mit gleich gesinnten Kollegen aus dem gesamten Königreich auszutauschen und förderte auf diese Weise die Herausbildung einer liberalen Parteikultur.

Der rheinische Industrielle und Eisenbahnunternehmer David Hansemann, der seit 1843 im rheinischen Provinziallandtag sass, gehörte zu den führenden

Figuren im dortigen Kreise der Liberalen. Hansemann erwarb eine grosse Wohnung unweit des Berliner Stadtschlosses, wo er Zusammenkünfte mit liberalen Delegierten aus anderen Provinzen organisierte. Auch im Hotel «Russischer Hof» kamen liberale Politiker zu Gesprächen, Debatten und allgemeinen Geselligkeiten zusammen. Um ausreichend Zeit für Vorgespräche zu haben, wurden liberale Delegierte angehalten, mindestens acht Tage vor Beginn der ersten Sitzung in die Hauptstadt zu kommen. Die Bedeutung dieser Erfahrung in einem Staat, in dem die Presse und die politischen Netzwerke nach wie vor entlang regionaler Linien organisiert waren, kann kaum überschätzt werden. Sie erfüllte die Liberalen mit einem Gefühl des Selbstvertrauens und der Bestimmung und führte ihnen eindrücklich die Vorteile politischer Kooperationen und Kompromisse vor Augen. Die Liberalen arbeiteten, wie ein Konservativer neidisch bekundete, «bis tief in die Nacht» und sprachen ihre Strategien für wichtige politische Debatten ab.[65] Durch dieses Vorgehen konnten sie in den meisten Kammerdebatten die Initiative an sich reissen.

Im Vergleich dazu gaben die Konservativen ein geradezu klägliches Bild ab. Bei den meisten Debatten befanden sie sich in der Defensive und reagierten lediglich auf von den Liberalen eingebrachte Vorschläge und Vorwürfe. Als Verteidiger der provinziellen Vielfalt und regionalen Autonomie taten sie sich weitaus schwerer, auf gesamtpreussischer Ebene zu agieren. Die Politik vieler konservativer Adeliger war unentwirrbar mit ihrem elitären ständischen Status verknüpft, eine Haltung, die Allianzen mit potenziellen Verbündeten niederer Herkunft im Wege stand. Im Gegensatz zu den Liberalen, die sich auf bestimmte allgemeine Prinzipien einigen konnten (Konstitutionalismus, Repräsentanz, Pressefreiheit), waren die Konservativen meilenweit von einer eindeutigen, formulierbaren, gemeinsamen Plattform entfernt, abgesehen vielleicht von einem vagen Konsens, dass eine schrittweise, auf Traditionen beruhende Evolution einem radikalen Wandel vorzuziehen sei.[66] Den Konservativen fehlte es an einer Führung, und sie brauchten lange, eigene Fraktionen zu schmieden. «Es erfolget eine Niederlage nach der anderen», klagte Leopold von Gerlach am 7. Mai nach gerade einmal einer Sitzungswoche.[67]

Rein konstitutionell betrachtet, war der Vereinigte Landtag ein Nichtereignis. Es war ihm nicht erlaubt, sich selbst in eine parlamentarische Legislative zu transformieren. Vor seiner Schliessung am 26. Juni 1847 lehnte der Landtag den Antrag der Regierung auf Staatsanleihen zur Finanzierung der Ostbahn mit

dem Hinweis ab, er werde dies nur tun, wenn der König ihm das Recht auf regelmässige Zusammenkunft gewähre. «In Geldfragen», so die zu Berühmtheit gelangten Worte des Unternehmers und liberalen Abgeordneten David Hansemann, «hört die Gemütlichkeit auf.» Im Hinblick auf die politische Kultur war der Vereinigte Landtag jedoch von enormer Bedeutung. Im Gegensatz zu seinen Vorläufern in den Provinzen war er eine öffentliche Körperschaft, deren Verhandlungen aufgezeichnet und veröffentlicht wurden und im politischen Leben des gesamten Königreiches Widerhall fanden. Insofern bezeugte der Landtag das völlige Scheitern der vom König verfolgten Eindämmungsstrategie und signalisierte das Bevorstehen – beziehungsweise die Unausweichlichkeit – eines wirklichen konstitutionellen Wandels. Wie genau sich dieser Wandel allerdings vollziehen würde, war noch unklar.

Preussen am Vorabend der Revolution

In *Deutschland. Ein Wintermärchen* beschrieb Heinrich Heine seine Rückkehr nach Preussen nach 13-jährigem Exil in Paris. Heine, Sprössling einer jüdischen Händlerfamilie von bescheidenem Wohlstand aus Düsseldorf, hatte als junger Erwachsener Vorlesungen Hegels in Berlin besucht und war zum Christentum konvertiert, um seine angestrebte Verwaltungskarriere zu befördern, eine Reminiszenz an den Anpassungsdruck, unter dem jüdische Untertanen im preussischen christlichen Staat standen. 1831, Heine hatte seine Absichten, in den Staatsdienst einzutreten, verworfen und sich bereits einen ansehnlichen Ruf als Dichter und Autor erworben, ging er als Korrespondent für die Augsburger *Allgemeine Zeitung* nach Paris. Vier Jahre später verhängte die Bundesversammlung wegen seiner kritischen Kommentare zur zeitgenössischen deutschen Politik ein landesweites Veröffentlichungs- und Verbreitungsverbot seiner Bücher. Damit war eine offizielle literarische Laufbahn Heines innerhalb des Deutschen Bundes ausgeschlossen. Heine publizierte *Deutschland. Ein Wintermärchen* 1844 nach einem kurzen und wenig erquicklichen Aufenthalt im heimischen Rheinland. Die ersten Preussen, die ihn willkommen hiessen, waren natürlich die Zollbeamten, die sein Gepäck auf das Gründlichste durchsuchten, eine Erfahrung, die Heine in einer Serie von vor Witz sprühenden Strophen zusammenfasste:

Beschnüffelten Alles, kramten herum In Hemden, Hosen, Schnupftüchern;
Sie suchten nach Spitzen, nach Bijouterien, Auch nach verbotenen Büchern.

Ihr Toren, die Ihr im Koffer sucht!
Hier werdet Ihr nichts entdecken!
Die Contrebande, die mit mir reist, Die hab ich im Kopfe stecken.

[...]

Und viele Bücher trag ich im Kopf!
Ich darf es Euch versichern, Mein Kopf ist ein zwitscherndes Vogelnest
Von konfiszierlichen Büchern.

Es wäre absurd abzustreiten, dass sich in diesen Versen etwas Reales über den preussischen Staat widerspiegelte. Der schikanöse, humorlose, ans Haarspalterische grenzende Umgang der preussischen Zensurbehörden mit politisch Andersdenkenden wurde von Freidenkern im gesamten Königreich immer wieder bitter beklagt. Im Tagebuch des Berliner Liberalen Karl August Varnhagen von Ense ist immer wieder von der Bürde der Zensur die Rede. Varnhagen schrieb vom «Jammer kleinlicher, chikanöser, hemmender Aufsicht», dem Erfindungsreichtum der Zensoren bei der Erfindung immer «neuer Quälereien, [...] Chikanen, Bedenklichkeiten und Weitläufigkeiten», der frustrierenden Erfahrung, ein kritisches Literaturjournal unter der Willkürherrschaft des Zensurbüros herauszugeben.[68]

Andererseits war, wie selbst Varnhagen wusste, die preussische Zensur geradezu lachhaft ineffektiv. Ihr eigentlicher Zweck bestand, wie er im August 1837 anmerkte, nicht darin, die Lesegewohnheiten der Öffentlichkeit zu reglementieren, sondern vielmehr darin, ihre eigene Existenz gegenüber dem Rest der königlichen Verwaltung zu rechtfertigen. «Das Volk mag lesen was es will, darin kann alles stehen; was aber dem König zu Gesichte kommen kann, das wird sorgfältig geprüft.»[69] So oder so war es ein Ding der Unmöglichkeit, den Handel mit verbotenen Druckwerken zu unterbinden. Die politische Fragmentierung des deutschsprachigen Europa machte den Zensurbehörden das Leben sehr schwer, da ein Werk, das in einem Staat verboten war, ohne Weiteres in einem

anderen Staat gedruckt und über die nur schwach bewachten Grenzen geschmuggelt werden konnte. Der radikale württembergische Händler Thomas Beck schmuggelte bei seinen häufigen Reisen ins preussische Rheinland bündelweise verbotene Schriften in seinem Hut verborgen über die Grenze.[70] «Ich bin jetzt ein ungeheurer Spediteur von verbotenen Büchern ins Preussische», schrieb Friedrich Engels, Sohn eines frommen Textilfabrikanten aus Barmen, im November 1839 von Bremen aus an seinen Freund Wilhelm Gräber. «Der ‚Franzosenfresser' von Börne in 4 Exemplaren, die ‚Briefe aus Paris' von demselben, 6 Bände, Venedeys ‚Preussen und Preussentums das strengstens verbotene, in 5 Exemplaren liegen zur Versendung nach Barmen bereit.»[71] Selbst im gesamten Deutschen Bund verhängte Verbote wie das von Jakob Venedeys *Preussen und Preussenthum*, der wütende Angriff eines rheinischen Liberalen auf die preussische Verwaltung, blieben wirkungslos, weil die deutschen Buchhändler ihren Bestand an verbotenen Werken vor den Behörden zu verbergen wussten.[72] Lieder, die auf ein, zwei Seiten Papier passten und zur Not auch auswendig gelernt werden konnten, waren noch schwieriger zu kontrollieren. Die Politisierung der Populärkultur konfrontierte die Regierungen mit einer Form des Widerstands, der sich aufgrund seiner informellen, wandelbaren und allgegenwärtigen Natur unmöglich wirksam unterbinden oder kontrollieren liess.

Das Bild des preussischen Militärs mit seiner arroganten, affektierten und herablassenden Pose verkörperte für viele, zumal im radikalen Milieu, die schlimmsten Eigenschaften des Staatswesens. In Aachen, einer damals verschlafenen Textilstadt in der Rheinprovinz, einst Mittelpunkt des Fränkischen Reiches unter Karl dem Grossen, erhaschte Heinrich Heine bei seiner Rückkehr den ersten Blick auf das preussische Militär:

Ich bin in diesem langweilgen Nest Ein Stündchen herumgeschlendert.
Sah wieder preussisches Militär, Hat sich nicht sehr verändert.

Noch immer das hölzern pedantische Volk, Noch immer ein rechter Winkel
In jeder Bewegung, und im Gesicht Der eingefrorene Dünkel.

Sie stelzen noch immer so steif herum,
So kerzengrade geschniegelt,
Als hätten sie verschluckt den Stock, Womit man sie einst geprügelt.

Die öffentliche Abneigung gegen das Militär variierte von seiner Intensität her in den einzelnen Provinzen des Königreiches. Am stärksten ausgeprägt war sie im Rheinland, genährt vom regionalen patriotischen Widerstand gegen das protestantische Berlin. In zahlreichen rheinischen Städten gehörten Auseinandersetzungen zwischen Soldaten und Zivilisten – insbesondere jungen Männern aus der Handwerker- und Arbeiterschicht – zur Tagesordnung. Soldaten, die vor öffentlichen Gebäuden Wache standen, gaben ein leichtes Ziel für die jungen Männer ab, die abends unterwegs waren, und viele gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Soldaten und Zivilisten ereigneten sich in oder in der Nähe von Wirtshäusern.[73] Verhasst waren die Soldaten auch wegen ihrer Rolle im Strafvollzug. Die Polizeiarbeit in den preussischen Städten ruhte auf den Schultern einer kleinen Zahl schlecht ausgebildeter Wachtmeister, in deren Zuständigkeit eine Vielzahl von Aufgaben fiel. So waren die «Polizei-Diener» in Iserlohn laut einer Anordnung von 1843 gehalten, «Strassen und Abflusskanäle» rein zu halten, Hindernisse zu beseitigen und «überhaupt ‚Düngerkuhlen'» zu entfernen oder abzusichern, zudem oblag ihnen die «Besorgung der Vorladungen, Bestellungen, Insinuationen», die «Besorgung der amtlichen Bekanntmachungen durch Schellen-Schlag» und vieles mehr.[74] Aufgrund der begrenzten Schlagkraft der zivilen Polizei mussten die Behörden zur Herstellung der Ordnung häufig auf das Militär zurückgreifen. Bei grösseren Zwischenfällen hielten sich die wenigen lokalen Wachtmeister im Allgemeinen bis zum Eintreffen des Militärs zurück, während die Menge die Zeit nutzte, um ihrerseits die Initiative zu ergreifen – eben wie es 1844 in Peterswaldau und Langenbielau passierte. Die Militärkommandeure, wenig erfahren im Umgang mit Massenunruhen, neigten ihrerseits dazu, abrupt von verbalen Warnungen zu gewaltsamem Vorgehen zu wechseln, mitunter mit Kavallerie- oder Schusswaffeneinsatz. Man muss allerdings hinzufügen, dass dies kein spezifisch preussisches Problem war. Auch in England und Frankreich war es die Norm, die öffentliche Ordnung mit Hilfe des Militärs wiederherzustellen. Und die extreme Gewalt, die in Langenbielau elf Menschen das Leben kostete, war ebenso wenig typisch für die Zu-

stände in Preussen wie das Peterloo-Massaker im Jahre 1819 für die Polizeimethoden im damaligen Grossbritannien (bei einer Kavallerieattacke während einer Protestkundgebung gegen Getreidezölle am 16. August 1819 bei Manchester wurden ebenfalls elf Personen getötet und über 400, davon viele Frauen und Kinder, verletzt).

Grossbritannien war natürlich – wie Englandreisende nicht müde wurden zu betonen – ein unvergleichlich liberaleres Staatswesen, aber nicht notwendigerweise auch ein humaneres. Die Briten tolerierten staatliche Gewalt in einem Masse, wie sie in Preussen undenkbar gewesen wäre. Die Zahl der Todesurteile in Preussen schwankte in der Zeit von 1818 bis 1847 zwischen 21 und 33 pro Jahr. Die Zahl der tatsächlich vollstreckten Todesstrafen lag – dank des grosszügig praktizierten königlichen Gnadenerlasses, der in dieser Zeit zu so etwas wie einem Kennzeichen der souveränen Machtausübung geriet – mit fünf bis sieben pro Jahr weit darunter. Im Gegensatz dazu wurden im Durchschnitt der Jahre 1816 bis 1835 in England und Wales, dessen Bevölkerung mit zusammen 16 Millionen in etwa der Preussens entsprach, jährlich 1‘137 Todesstrafen ausgesprochen. Auch hier wurde nur ein kleiner Teil der Urteile (unter zehn Prozent) tatsächlich vollstreckt, dennoch übertraf die Zahl der Exekutierten in England und Wales die der in Preussen um den Faktor 16 zu 1. Und während die überwiegende Mehrheit der Todesurteile in England und Wales für Eigentumsdelikte (zum Teil sehr geringfügige) verhängt wurde, war diese Strafe in Preussen fast ausschliesslich Mördern vorbehalten. Die einzige «politische» Hinrichtung der vorrevolutionären Zeit war die des Bürgermeisters Tschech, der wegen eines Mordanschlags auf den König des Hochverrats für schuldig befunden worden war.[75] Kurz gesagt: Es gab in Preussen kein Gegenstück zu dem massenhaften Sterben unter dem Galgen, das England unter dem «Blutgesetz» erlebte.

So furchtbar das Leid der Armen in Preussen in den Hungersnöten der 1840er Jahre auch gewesen sein mag, es verblasste vor dem Elend der Hungerkatastrophe, die das unter britischer Herrschaft stehende Irland heimsuchte, deren Ursachen wir heute im Zusammenwirken von Verwaltungsfehlern und der Dynamik des freien Marktes sehen. Wären die Polen in Preussen von einer vergleichbaren Hungersnot dahingerafft worden, würden wir darin heute vielleicht Vorboten der Naziherrschaft nach 1939 sehen. Man darf nicht vergessen, dass die Preussen in Polen in einer Zwangslage steckten, die so in Irland nicht bestanden

hatte. Polen war die unruhige Grenze zwischen Preussen und dem Zarenreich, und die Preussen mussten bei allem, was sie in der Region taten, die russischen Interessen mit bedenken. Natürlich wies die preussische Krone die Legitimität der nationalistischen polnischen Forderungen zurück, zugleich aber gewährte sie ihren polnischen Untertanen einen gewissen Spielraum bei der Pflege ihrer eigenen Nationalität. Die staatliche Förderung des polnischsprachigen Unterrichts in den Volks- und weiterführenden Schulen bewirkte einen starken Anstieg der Alphabetisierungsraten im preussisch besetzten Teil Polen-Litauens. Natürlich darf nicht verschwiegen werden, dass es unter Oberpräsident Flottwell zu einer zehnjährigen Phase der Assimilierung durch «Germanisierung» kam, durchaus ein Vorgeschmack auf spätere Entwicklungen. Doch diese Politik wurde wenig systematisch betrieben und endete mit der Thronbesteigung des romantischen Polenliebhabers Friedrich Wilhelm IV. Abgesehen davon muss sie als Reaktion auf die polnische Revolution von 1830 gesehen werden, die ernsthafte Bedenken an der politischen Loyalität der Provinz geweckt hatte.

In den frühen vierziger Jahren war Preussisch-Polen nach wie vor eine beliebte Zuflucht für politische Exilanten von jenseits der Grenze. Auch russische Dissidenten fanden ihren Weg nach Preussen. So schrieb der radikale Literaturkritiker Wissarion Grigorijewitsch Belinskij 1847 im schlesischen Salzbrunn seinen berühmten *Brief an Gogol*, in dem er die politische und soziale Rückständigkeit seiner russischen Heimat beklagte, ein Verbrechen, für das ihn ein russisches Gericht in Abwesenheit zum Tode verurteilte. Der Protestschrei, der daraufhin durch die Reihen der russischen Dissidenten hallte, war so laut, dass Turgenjew, der Belinskij in Schlesien besuchte, die Erzählung *Der Gutsverwalter*, das schonungslose Porträt eines tyrannischen Grundherren in *Aufzeichnungen eines Jägers* mit «Salzbrunn, 1847» signierte, ein verschlüsselter Hinweis auf seine Unterstützung von Belinskijs Kritik. Im selben Jahr überschritt ein weiterer russischer Radikaler, Alexander Herzen, von Osten her die preussische Grenze. Bei seiner Ankunft in Königsberg bekundete Herzen ein tiefes Empfinden der Erleichterung: «Die unerfreulichen Angstgefühle [und] das bedrückende Misstrauen sind wie hinweggewischt.»[76]

KAPITEL 14

Glanz und Elend der preussischen Revolution

Barrikaden in Berlin

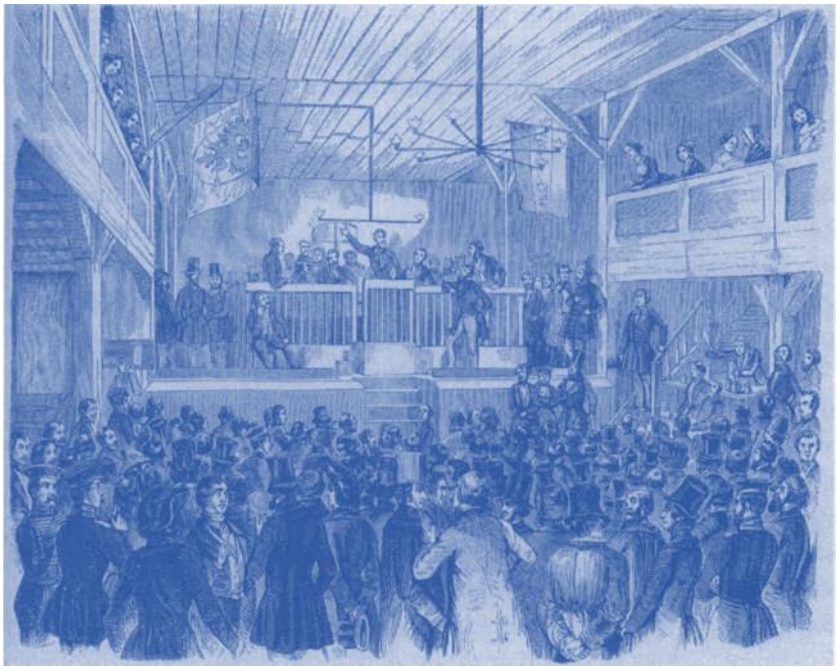
Bis Ende Februar 1848 hatte sich die Bevölkerung Berlins an die Nachrichten von Revolutionen und Aufständen gewöhnt. Im Winter 1847 hatten in der Schweiz protestantische Liberale einen Bundesstaat mit einer liberalen Verfassung durchgesetzt. Dann, am 12. Januar 1848, nach Berichten über Unruhen in Italien, traf die Nachricht ein, dass in Palermo Aufständische die Macht übernommen hätten. Zwei Wochen später wurde der Erfolg der palermischen Revolution bestätigt, als der König von Neapel als erster italienischer Monarch seinem Volk eine Verfassung anbot.

Vor allem aber waren es die Nachrichten aus Frankreich, die in Berlin für Aufruhr sorgten. Im Februar des Jahres breitete sich in der französischen Hauptstadt eine liberale Protestbewegung aus, die in blutigen Zusammenstössen zwischen Demonstranten und Truppen kulminierte. Am 28. Februar druckte die *Vossische Zeitung* in einer Sonderausgabe eine «telegraphische Depesche» ab, in der der Rücktritt von König Louis Philippe bekannt gegeben wurde. Gegenüber dem «gegenwärtigen Zustand Frankreichs und Europas», hiess es im Begleittext, «erscheint diese Wendung der Dinge durch ihre Plötzlichkeit, Gewaltsamkeit und in dem jede Erwartung übersteigenden Mass ausserordentlicher, vielleicht auch folgenschwerer, als selbst die Juli-Revolution [von 1830]»L Nach Bekanntwerden der Nachrichten aus Paris strömten die Berliner auf die Strassen, um mehr über die Vorgänge zu erfahren und sich darüber auszutauschen. Das Wetter tat das Seine dazu – es waren die mildesten und schönsten Vorfrühlingstage seit Menschengedenken. Lesezirkel, Kaffeehäuser und sonstige öffentliche Einrichtungen waren zum Bersten gefüllt. «Wer ein frisches Blatt zuerst in die Hand bekam, musste auf einen Stuhl steigen und den Inhalt laut vorlesen.»[2] Die Erregung steigerte sich mit dem Eintreffen von Nachrichten über revolutionäre Umtriebe, die sich näher an der Heimat abspielten – De-

monstrationen in Mannheim, Heidelberg, Köln und anderen deutschen Städten, die Gewährung politischer Reformen und bürgerlicher Freiheiten durch König Ludwig I. von Bayern, die Entlassung konservativer Minister in Sachsen, Baden, Württemberg, Hannover und Hessen.

Der Magistrat, in dem gewählte Mitglieder der bürgerlichen Elite regelmässig zu Debatten über kommunale Angelegenheiten zusammenkamen, entwickelte sich zu einem der Brennpunkte der Diskussion und des Protests. Nach dem 9. März, an dem sich eine Menschenmenge Zugang zum Rathaus verschafft hatte, verwandelte sich der ansonsten eher phlegmatische Magistrat in eine regelrechte Protestveranstaltung. Auch «in den Zelten», einem auf halbem Wege zwischen Brandenburger Tor und Schloss Bellevue im Tiergarten gelegenen Ensemble von Kaffeehäusern und Biergärten mit einer Holzbühne, auf der normalerweise Konzerte stattfanden, kam es tagtäglich zu Volksversammlungen. Ausgehend von informellen Kundgebungen entstand hier schnell eine Art improvisiertes Parlament mit Wahlregeln, Resolutionen und gewählten Delegationen, ein klassisches Beispiel der «Versammlungsdemokratie».[3] Es dauerte nicht lange, bis es zwischen Magistrat und den «Zelten» zu einer Zusammenarbeit kam; am 11. März diskutierten die Stadtverordneten über den Entwurf einer Petition aus den Zelten, in der eine Vielzahl politischer, gesetzlicher und konstitutioneller Reformen gefordert wurde. Am 13. März sprachen vor der inzwischen auf über 20.000 Köpfe angeschwollene Menge bei den Zelten Arbeiter und Handwerksgesellen, deren Hauptsorge nicht mehr nur gesetzlichen und konstitutionellen Reformen galt, sondern den ökonomischen Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung. In einer Ecke des Areals bildete sich eine separate Versammlung von Arbeitern, die eine eigene Petition verfassten, in der sie neue Gesetze zum Schutz der Arbeiter vor «Capitalisten und Wucherern» verlangten und den König zur Einrichtung eines Ministeriums für Arbeiter aufforderten. Mit anderen Worten: Bereits zu diesem Zeitpunkt kristallisierten sich eigenständige politische und soziale Standpunkte innerhalb der Protestbewegung in der Hauptstadt heraus.

Angesichts der wachsenden «Entschlossenheit und Impertinenz» der Massen auf den Strassen ordnete der Berliner Polizeipräsident Julius von Minutoli am 13. März die Verlegung zusätzlicher Truppen in die Stadt an. In dieser Nacht kamen bei Zusammenstössen mit den Ordnungskräften im Schlossbezirk mehrere Zivilisten ums Leben. Die Masse und die Soldaten standen sich nun kol-



42. Szene aus dem Berliner Vereinsleben 1848. Zeitgenössischer Stich.

lektiv im Kampf um die Herrschaft über den öffentlichen Raum gegenüber. In den frühen Abendstunden der nächsten Tage zogen grosse Menschenmengen durch die Stadt, jede davon, um Manzonis denkwürdigen Vergleich zu zitieren, wie «eine Wolke, die zuweilen nach einem Ungewitter noch einsam am blauen Himmel treibt, so dass, wer hinaufblickt, erklärt: ‚Der Schauer hat sich noch nicht ganz verzogene» [4] Die Menschen hatten Angst vor den Soldaten, dennoch zog es sie zu ihnen hin. Sie schmeichelten ihnen, redeten auf sie ein, verspotteten sie. Die Truppen wiederum hatten im Umgang mit aufsässigen Subjekten einem strengen Prozedere zu folgen: Sie mussten dreimal den Aufruhrakt von 1835 verlesen, gefolgt von drei Warnsignalen mit der Trommel oder der Trompete, bevor der Befehl zum Angriff gegeben werden durfte. Da viele der Demonstranten selbst beim Militär gedient hatten, wurden diese Signale praktisch von allen erkannt und verstanden. Das Verlesen des Aufruhrakts wurde von der Menge im Allgemeinen mit Pfeifen und Hohngelächter quittiert. Das Trommelsignal, das ein Vorrücken oder einen Angriff ankündigte, hatte einen stärkeren

Abschreckungseffekt, doch auch der liess mit der Zeit nach. Mehrfach während der Kämpfe in Berlin zwangen die Menschen die Wache stehenden Soldaten, das Warnprozedere immer und immer wieder abzuspulen, indem sie sie zuerst provozierten, sich dann beim Ertönen der Trommeln zerstreuten und später wieder zusammenkamen, um das Spiel erneut zu beginnen.[5]

Die Atmosphäre in der Stadt war so aufgeladen, dass Uniformierte, die alleine oder in kleinen Gruppen unterwegs waren, in ernster Gefahr schwebten. Am 15. März sah der liberale Publizist und Schriftsteller Karl August Varnhagen von Ense mit gemischten Gefühlen von seinem Fenster im ersten Stock mit an, wie drei Offiziere langsam auf dem Gehweg an seinem Haus vorbeigingen, gefolgt von einer johlenden Menge von rund 200 Kindern und Jugendlichen. «Ich sah, wie Steine sie trafen, wie ein erhobener Stock auf den Rücken des einen schwer niederschlug, sie mucksten nicht, blickten nicht um, gewannen die Ecke, bogen in die Wallstrasse ein und fanden Zuflucht im Gouvernementshause, dessen beide Schildwachen die Verfolger abschreckten.» Die drei Männer wurden später von einem Trupp Soldaten abgeholt und ins städtische Arsenal eskortiert.[6]

Die militärische und politische Führung tat sich schwer, sich auf das weitere Vorgehen zu einigen. Der auf Ausgleich bedachte General Ernst von Pfuel, Gouverneur der Stadt, sprach sich für Zurückhaltung und politische Zugeständnisse aus, während Prinz Wilhelm, der jüngere Bruder des Königs, den Monarchen zu einem entschlossenen Militärschlag gegen die Aufständischen drängte. Generalleutnant von Prittwitz, Kommandeur des königlichen Gardekorps und Parteigänger Prinz Wilhelms, erinnerte sich später an die chaotische Atmosphäre, die am Hof herrschte. Der König, so Prittwitz, verfolge ratlos die sich widersprechenden Empfehlungen seiner Beraterschar. Den Ausschlag gab die (am 15. März in Berlin eingetroffene) Nachricht vom Sturz Metternichs nach zweitägigen revolutionären Unruhen in Wien. Die ganz im Banne Österreichs stehenden Minister und Berater im Umfeld des Königs sahen darin ein Omen und rieten nun zu weiteren politischen Konzessionen. Am
17. März erklärte sich Friedrich Wilhelm bereit, in einem königlichen Patent die volle Pressefreiheit und eine Verfassung für das Königreich Preussen zu versprechen.

Zu diesem Zeitpunkt hatten die Aufständischen aber bereits für den nächsten Tag, den 18. März, eine nachmittägliche Demonstration auf dem Schlossplatz

vereinbart. Am Morgen des 18. März liess die Regierung die neuen Zugeständnisse in der Stadt bekannt geben. Stadtverordnete tanzten mit Bürgern auf den Strassen, und die Stadtregierung ordnete zum Zeichen ihrer Dankbarkeit für den Abend die Beleuchtung der Stadt an.[7] Doch um die geplante Kundgebung noch aufhalten zu können, kam das zu spät: Ab der Mittagszeit strömten die Menschen auf den Schlossplatz, darunter auch wohlhabende Bürger und «Schutzbeamte» (unbewaffnete Ordnungskräfte, die aus der Mittelschicht rekrutiert wurden und zwischen den Truppen und der Menge vermitteln sollten), aber auch viele Handwerksgesellen aus den Elendsvierteln jenseits der Stadtgrenzen. Die Nachricht von den Zugeständnissen der Regierung versetzte die Menschen in Hochstimmung, Jubelrufe waren zu hören, und die dicht an dicht auf dem von der Sonne erwärmten Platz stehende Menge verlangte nun danach, den König zu sehen.

Auch im Schloss machte sich Erleichterung und Frohmut breit. Die Warnung des Polizeipräsidenten Minutoli, der gegen 13 Uhr eintraf, dass man nach wie vor jederzeit mit dem Ausbruch von Unruhen rechnen müsse, wurde mit nachsichtigem Lächeln quittiert. Der König dankte ihm für seinen Einsatz und fügte hinzu: «Nur eins, lieber Minutoli, kann ich nicht unbemerkt lassen, Sie sehen immer zu schwarz!» Der Beifall und die Hochrufe, die vom Platz her zu vernehmen waren, lockten den König und seine Entourage hinaus. «Nun wollen wir gehen und unsere Hurrahs in Empfang nehmen», sagte General von Pfuel sehr heiter. Als der König hinaus auf den Balkon des Stadtschlosses trat, der auf den Platz hinausging, brach die Menge in frenetischen Jubel aus. Dann trat Staatsminister von Bodelschwingh nach vorn und verlas eine Erklärung: «Der König will, dass Pressfreiheit herrsche; der König will, dass der Landtag sofort berufen werde; der König will, dass eine Konstitution auf der freisinnigsten Grundlage alle deutsche Länder umfasse; der König will, dass eine deutsche Nationalflagge wehe; der König will, dass alle Zollschlagbäume fallen; der König will, dass Preussen sich an die Spitze der Bewegung stelle.»[8] Kaum jemand unten auf dem Platz konnte den König oder seinen Minister hören, doch Abzüge seiner Reformpatente wurden in der Menge herumgereicht, und bald schon breitete sich das Hochgeschrei der unter dem Balkon stehenden Demonstranten über den gesamten Platz aus.

Dies änderte sich, als die Menschen die unter den Bögen der Schlosstore und in den dahinter liegenden Höfen stehenden Soldaten entdeckte. Der Anblick des

vertrauten Feindes trübte die Hochstimmung. An den Rändern der Masse, wo die Menschen fürchteten, in die Reihen der Soldaten gedrängt zu werden, kam Unruhe auf. Schliesslich ertönten die ersten Sprechchöre: «Militär zurück! Militär zurück!» Die Lage auf dem Platz drohte ausser Kontrolle zu geraten. In dieser Situation entzog der König Pfuel das Kommando über die Truppen, übertrug es dem kompromissloseren Prittwitz und ordnete die sofortige Räumung des Platzes durch die Soldaten an, um «den Schlossplatz zu säubern und dem dort herrschenden Skandal endlich ein Ende zu machen». Blutvergiessen war zu vermieden: Die Kavallerie sollte in Marschgeschwindigkeit und ohne gezogene Säbel vorrücken.[9] Was folgte, war ein heilloses Durcheinander. Eine Schwadron Dragoner rückte langsam gegen die Menge vor, schaffte es aber nicht, sie zu zerstreuen. Erschwerend kam hinzu, dass die Männer wegen des Lärms und Geschreis die Befehle ihrer Vorgesetzten nicht hören konnten. Einige Pferde scheuten und drängten zurück, und zwei Soldaten stürzten aus dem Sattel, als ihre Pferde auf dem Kopfsteinpflaster aus dem Tritt gerieten. Erst als die Dragoner mit gezogenen Säbeln zum Angriff übergingen, floh die Menge vom Zentrum des Platzes.

Da am östlichen Rand des Schlossbezirks zwischen der Langen Brücke und der Breiten Strasse noch zahlreiche Demonstranten versammelt standen, wurde ein kleiner Trupp Grenadiere mit dem Auftrag ausgeschickt, sie zu vertreiben, ein Einsatz, bei dem versehentlich zwei Schüsse abgefeuert wurden. Der Abzugsbügel der Muskete des Grenadiers Kühn verhakte sich am Griff seines Säbels, und aus dem Gewehr des Unteroffiziers Hettgen löste sich ein Schuss, als ein Demonstrant mit einem Stock auf den Zündstift schlug. Niemand wurde verletzt, aber die Menschen glaubten, die Truppen hätten das Feuer auf die Zivilisten eröffnet, und die Nachricht von dem vermeintlichen Angriff verbreitete sich in Windeseile in der ganzen Stadt. Dem eher skurril anmutenden Versuch der Regierung, die Falschinformation mit Hilfe zweier Zivilisten zu korrigieren, die ein grosses Leinenbanner mit der Aufschrift «Ein Missverständnis! Der König will das Beste!» durch die Strassen trugen, war, wie nicht anders zu erwarten, kein Erfolg beschieden.

In ganz Berlin wurden Barrikaden aus was immer zur Hand war errichtet. Die folgenden Kämpfe, die sich hauptsächlich vor diesen Barrikaden abspielten, liefen in der ganzen Stadt nach einem ähnlichen Muster ab. Sobald die Infanterie

auf eine Barrikade vorrückte, wurde sie von den Fenstern der umliegenden Häuser aus unter Beschuss genommen. Von den Dächern regneten Dachziegel und Steine auf die Soldaten herab. Daraufhin stürmten die Soldaten die Häuser. Die Barrikaden selbst wurden unter Artilleriefeuer genommen oder von Soldaten mit Hilfe von Gefangenen, die während der Auseinandersetzungen gemacht worden waren, abgebaut. Varnhagen von Ense beschrieb, wie die Verteidiger einer Barrikade auf den Klang herannahender Truppen reagierten. «Augenblicklich waren die Kämpfer bereit, man hörte sie flüstern, und auf das Gebot einer jugendlichen, wohltönenden Stimme: ‚Meine Herren, auf die Dächern, ging jeder auf seinen Posten.»[10] Der Bericht eines Gefreiten namens Schadewinkel, der an der Erstürmung einer Barrikade in der Breiten Strasse teilnahm, vermittelt einen Eindruck von der Brutalität der Auseinandersetzungen. Als der neben ihm marschierende Mann von einem Kopfschuss tödlich getroffen zu Boden sank, stürmten er und seine Kameraden ein Haus, in dem Aufständische gesehen worden waren. Angetrieben von blinder Wut jagten sie die Treppen hoch, drangen in die Wohnungen ein und «machten alles nieder, was sich uns widersetzte». Über die einzelnen Vorgänge in dem Hause, erklärte Schadewinkel, «vermag ich keine genaue Auskunft zu geben [da ich mich] in einem Zustande der Aufregung [befand], wie ich ihn bis dahin an mir nicht wahrgenommen hatte»[11]. Hier und in vielen anderen Teilen Berlins wurden nicht nur Aufständische und Soldaten Opfer der Gewalt, sondern auch unschuldige Passanten und harmlose Mitläufer.

Die Kontrolle über die Stadt zurückzugewinnen, gestaltete sich weitaus schwieriger, als die Militärs sich das gedacht hatten. General von Prittwitz, der neue Kommandeur der antirevolutionären Truppen, der gegen Mitternacht des 18. März Friedrich Wilhelm IV. im Schloss Bericht erstattete, musste eingestehen, dass seine Einheiten inzwischen zwar das Gebiet zwischen der Spree, der Neuen Friedrichstrasse und dem Spittelmarkt kontrollierten, an ein weiteres Vorrücken zurzeit aber nicht zu denken war. Prittwitz schlug vor, die Stadt zu räumen, dann zu umzingeln und in den Gehorsam zu bombardieren. Der König reagierte auf die schlechte Nachricht mit einer fast jenseitigen Ruhe. Er dankte dem General für seinen Bericht und ging zu seinem Tisch zurück, wobei Prittwitz «die umständliche und bequeme Art» auffiel, mit «welcher Seine Majestät sich an den Schreibtisch setzten, die der Stiefel und Strümpfe entkleideten Füsse einem mit Pelz wohlversehenen Fusssack übergebend, um anscheinend noch eine längere schriftliche Arbeit zu unternehmen»[12]. Bei dem fraglichen

43. Die Barrikade an der Ecke Kronen- und Friedrichstrasse, 18. März 1848, wie gesehen von einem Augenzeugen; Lithografie von F. G. Nordmann, 1848.

Dokument handelte es sich um den Aufruf «An meine lieben Berliner», der in den frühen Morgenstunden des folgenden Tages verteilt wurde und in der der König an die Bewohner der Stadt appellierte, die Ordnung wiederherzustellen. «Kehrt zum Frieden zurück, räumt die Barrikaden, die noch stehen [...], und ich gebe euch mein königliches Wort, dass alle Strassen und Plätze sogleich von den Truppen geräumt werden sollen und die militärische Besetzung nur auf die nothwendigsten Gebäude [...] beschränkt werden wird.»[13] Der Befehl zum Abzug der Truppen erging am nächsten Tag kurz nach Mittag. Der König hatte sich in die Hände der Revolution begeben.

Eine folgenschwere – und umstrittene – Entscheidung. Der erzwungene Rückzug aus Berlin war die traumatischste Erfahrung der preussischen Armee seit 1806. Hatte der König schlicht die Nerven verloren? So jedenfalls sahen es die Falken innerhalb des Militärs.[14] Prinz Wilhelm, dessen Eintreten für harte

Massnahmen ihm den Spitznamen «Kartätschenprinz» eingebracht hatte, war der radikalste aller Hardliner. Auf die Nachricht vom Rückzug hin ging er zu seinem älteren Bruder und schleuderte ihm folgende Wort ins Gesicht: «Bisher hab' ich wohl gewusst, dass Du ein Schwätzer bist, aber nicht, dass Du eine Memme bist! Dir kann man mit Ehren nicht mehr dienen», um ihm dann sein Schwert zu Füssen zu werfen. Mit Tränen der Wut in den Augen soll der König entgegnet haben: «Das ist zu arg! Du kannst nicht hierbleiben. Du musst fort!» Nach längerem Drängen konnte Wilhelm, zu diesem Zeitpunkt der am meisten gehasste Mann in der Stadt, endlich überzeugt werden, Berlin heimlich zu verlassen und in London dem Fortgang der Dinge zu harren.[15]

Im Rückblick spricht vieles für die Entscheidung des Königs. Der frühe Abzug der Truppen verhinderte weiteres Blutvergiessen, was insbesondere vor dem Hintergrund der heftigen Kämpfe in der Nacht vom 18. auf den 19. März von nicht zu unterschätzender Bedeutung war. Mit einem Blutzoll von über 300 toten Demonstranten und 100 gefallenen Soldaten und Offizieren zählten die Unruhen in Berlin zu den schlimmsten während der gesamten deutschen Märzrevolution. In Wien beispielsweise hatten die Märzunruhen nur rund 50 Todesopfer gefordert.[16] Friedrich Wilhelms Entscheidung bewahrte Berlin zudem vor einem Artilleriebombardement, ein Schicksal, das in diesem Jahr mehrere europäische Städte ereilte. Und sie erlaubte dem König, mit intakter Reputation aus den gewaltsamen Zusammenstössen in Berlin hervorzugehen, ein nicht unwichtiger Aspekt, sollte er die Absicht hegen, die von der Revolution eröffnete Chance zu nutzen, für Preussen die Führungsrolle unter den deutschen Staaten zurückzuerobern.

Die Umkehrung der Verhältnisse

Die Folgen der Berliner Ereignisse wurden noch verstärkt durch die Nachrichten über Unruhen und Rebellionen in allen Teilen des Königreiches. Seit Anfang März hatte die Zahl nicht genehmigter Demonstrationen und Massenversammlungen, Unruhen, gewaltsamer Übergriffe und Maschinenstürmereien sprunghaft zugenommen. Bei manchen Protesten (hauptsächlich in den Städten) standen liberale politische Forderungen, wie der Ruf nach einer Verfassung, bürgerlichen Freiheiten und Gesetzesreformen, im Mittelpunkt. Andere richte-

ten sich gegen Fabriken, Lagerhäuser oder Maschinen, die für das Leid in den unter hoher Arbeitslosigkeit leidenden Kreisen verantwortlich gemacht wurden. In der Gegend um die westfälische Stadt Solingen etwa stürmten und demolierten Arbeiter aus der Schneidwarenindustrie am 16. und 17. März Giessereien und Fabriken,[17] in der Textilstadt Warendorf demonstrierten arbeitslose Weber und Gerber gegen Fabrikanten, die die Produktion mechanisiert hatten,[18] und entlang des Rheins kam es zu Protesten gegen den Einsatz von Dampfschiffen, die die kleinen Hafenstädte mitsamt ihrer Dienstleistungen überflüssig machten; hier und da schossen die Demonstranten sogar mit Gewehren und in einem Fall mit einer kleinen Kanone auf vorbeifahrende Schiffe.[19]

Mancherorts konkurrierten Liberale und Radikaldemokraten um die Vorherrschaft über die Protestbewegung. In Köln etwa wurde am 3. März eine Versammlung von Stadtverordneten, die über die Abfassung einer Petition an den König diskutieren wollten, von einer grosse Menschenmenge auseinandergetrieben, die ein allgemeines und gleiches Wahlrecht und die Auflösung des stehenden Heeres forderte. Die Stadträte flohen aus dem Saal, wobei sich einer von ihnen beim Sprung aus dem Fenster ein Bein brach. In Schlesien, der Provinz, in der die Landbevölkerung bislang am wenigsten am Fortschritt partizipiert hatte, wurde der Aufstand vor allem von den Bauern getragen, die in grosser Zahl zu den Verwaltungssitzen marschierten und die vollständige Abschaffung des Feudalsystems forderten.[20] Die Städte bildeten die Zentren der revolutionären Aktion. Allein in Berlin wurden 125 Fälle öffentlicher Unruhen gezählt, in Köln 46, 45 in Breslau und 21 im liberalen Königsberg. Auch in kleineren Städten – insbesondere im Rheinland und in Westfalen – kam es zu heftigen Tumulten und Auseinandersetzungen.[21] Nahezu gleichzeitig brach eine riesige Protestwoge nicht nur über das Königreich Preussen, sondern über alle deutschen Staaten und den gesamten europäischen Kontinent herein.

In Berlin hatte der König sein Schicksal in die Hände der Bürger gelegt. Was das bedeutete, wurde ihm spätestens am Nachmittag des
19. März klar, als er und seine Frau sich bereit erklärten, vom Balkon des Schlosses aus den Trauerzug der Demonstranten zu verfolgen, die auf mit Zweigen bekränzten Türen und Brettern die Leichen der in der Nacht zuvor gefallenen Aufständischen – deren Oberkörper man entblösst hatte, um die Schuss-, Bajonett- und Schrapnellwunden zur Schau zu stellen – durch die Strassen tru-

gen. Als der König, der eine Feldmütze trug, an die Brüstung des Balkons trat, rief ein unter dem Balkon stehender Mann «Mütze ab!», woraufhin der König seine Mütze abnahm und das Haupt beugte. «Nun fehlt bloss noch die Guillotine», murmelte Königin Elisabeth, weiss vor Angst. Das Ganze war eine traumatische öffentliche Demütigung.[22]

Und doch schien der König schon nach wenigen Tagen Gefallen an seiner neuen Rolle zu finden. Am Morgen des 21. März, inzwischen waren in der Stadt Plakate aufgetaucht, die den König aufforderten, er solle sich die Sache der deutschen Nationalbewegung zu eigen machen, gab Friedrich Wilhelm seinen Entschluss bekannt, die Bildung eines gesamtdeutschen Parlaments zu unterstützen. Anschliessend machte er sich zu einem spektakulären öffentlichen Auftritt auf. Im Schlosshof bestieg er sein Pferd und ritt hinter einem in Zivil gekleideten Gardisten, der die schwarz-rot-goldene Fahne trug, zur Überraschung und zum Schrecken des Hofstaates hinaus in die Stadt. Die kleine Prozession bewegte sich langsam durch die dicht an dicht stehende jubelnde Menge und machte gelegentlich Halt, damit der König in kurzen, improvisierten Reden seine Unterstützung für die deutsche nationale Sache bekunden konnte.[23]

Vier Tage später fuhr der König hinaus nach Potsdam, wo er vor dem Gardeoffizierskorps sprach, das ihm nach wie vor wegen des erzwungenen Abzugs aus Berlin grollte. «Ich bin nach Potsdam gekommen», sagte er zu den versammelten Offizieren, «um den Berlinern zu beweisen, dass sie von Potsdam aus nichts zu befürchten haben.» Die Erklärung gipfelte in dem ausserordentlichen Bekenntnis des Königs, er sei «niemals freier und sicherer gewesen als unter dem Schutz meiner Bürger»[24]. Laut Otto von Bismarck, der dem Treffen beiwohnte, erhob sich bei diesen Worte «ein Murren und Aufstossen von Säbelscheiden, wie es ein König von Preussen inmitten seiner Offiziere nie gehört haben wird und hoffentlich nie wieder hören wird»[25]. Kaum eine Episode vermittelt so deutlich wie diese die widersprüchliche Position des Königs zu Beginn der Revolution. Er unterstellte – zu Recht, wie sich zeigen sollte –, dass sich um seine frustrierten Kommandeure herum reaktionäre Verschwörer in Stellung brachten, und um diese Umtriebe im Keim zu ersticken, war er gekommen, um sich persönlich erneut ihre Loyalität bezeugen zu lassen.[26] Gleichzeitig zielte sein Auftritt auf eine breitere öffentliche Wirkung ab. Auszüge aus der Rede des Königs wurden fast unmittelbar nach dem Treffen in der *Vossischen*

Zeitung und in der *Allgemeinen Preussischen Zeitung* in Berlin abgedruckt, um den Einwohnern der Stadt klarzumachen, dass der König das Militär (zumindest für den Moment) in die Schranken gewiesen hatte und sein Engagement für die Sache der Revolution aufrichtig war.

Im Laufe der folgenden Wochen bildete sich in Preussen eine neue politische Ordnung heraus. Am 29. März berief der König ein «Märzministerium» unter Führung des angesehenen rheinländischen Unternehmers Ludolf Camphausen, der sich schon im Vereinigten Landtag von 1847 als führender Liberaler hervorgetan hatte. Dem neuen Kabinett gehörte als Finanzminister auch der liberale rheinländische Unternehmer und Provinzialabgeordnete David Hansemann an. Innerhalb weniger Tage nach der ersten Kabinettssitzung Anfang April verabschiedete der zweite Vereinigte Landtag ein Gesetz, in dem Wahlen für eine konstituierende preussische Nationalversammlung angekündigt wurden. Die Wahl fand indirekt statt – die Wähler bestimmten ein Wahlmännerkollegium, das dann die Abgeordneten wählte. Abgesehen davon waren die Wahlbestimmungen bemerkenswert fortschrittlich: Alle erwachsenen Männer waren wahlberechtigt, vorausgesetzt, sie lebten seit mindestens sechs Monaten am selben Ort und bezogen keine Armenhilfe. Aus den Maiwahlen ging eine vorwiegend liberale und linksliberale Nationalversammlung hervor. Mit rund einem Sechstel der Abgeordneten lag der Anteil der Handwerker und Bauern höher als in den entsprechenden revolutionären Versammlungen in Wien und Frankfurt. Die Konservativen waren nur schwach vertreten; gerade einmal sieben Prozent der Deputierten waren Gutsbesitzer.[27] Entsprechend ungeniert ging die Nationalversammlung mit zentralen symbolischen Themen um. Über den Sommer und Herbst hinweg erliess sie Resolutionen, in denen die Beschränkung der Macht der monarchischen Exekutive angeregt, die Unterordnung der Armee unter die Verfassung gefordert und die ersatzlose Abschaffung der adeligen Jagdrechte – die Jagdfrage war ein überaus wirksames Instrument des Klassenkampfes – verlangt wurde.

Camphausen kämpfte unverdrossen darum, dass das neue Preussen nach liberalen Prinzipien geführt wurde. Es kam zu erbitterten Auseinandersetzungen mit dem König und seinen konservativen Beratern über die hinsichtlich der aufständischen Polen zu verfolgende Strategie – Camphausens Aussenminister, Baron Heinrich Alexander von Arnim-Suckow, ein Liberaler, der bis März 1848 preussischer Gesandter in Paris gewesen war, trat für Konzessionen ge-

genüber der polnischen Nationalbewegung ein, was der König und seine Berater aus Angst, mit einem solchen Schritt Russland zu verprellen, ablehnten. Wie nicht anders zu erwarten, musste der Aussenminister in dieser Frage nachgeben, und in der Folge wurde die preussische Armee nach Posen geschickt, um die dortigen Unruhen zu unterbinden. Auch an der heiklen Frage der ministeriellen Mitverantwortung für militärische Angelegenheiten entzündete sich ein heftiger Streit. Wie seine Vorgänger betrachtete Friedrich Wilhelm den persönlichen Oberbefehl des preussischen Monarchen über die Armee, die so genannte Kommandogewalt, als wesentliches Merkmal seiner Souveränität und war in dieser Frage zu keinerlei Zugeständnissen bereit; alles andere, informierte er das Kabinett in der für ihn typisch hochgestochenen Ausdrucksweise, würde zu Verhältnissen führen, «die meine Ehre als Mensch, Preusse und König nicht zu ertragen vermag, und mich direkt zur Abdicazion führen würde»[28]. Auch in dieser Sache musste das Ministerium schliesslich klein beigeben.

Für viel Streit sorgte auch der Entwurf der neuen Verfassung, von Camphausen eilig in der Hoffnung vorbereitet, sie der Nationalversammlung nach ihrer Eröffnungssitzung am 22. Mai präsentieren zu können. Friedrich Wilhelm war über viele Punkte des Dokumentes ganz und gar nicht glücklich und bezeichnete die Verfassungsdiskussionen mit den Ministern später als die schrecklichsten Stunden seines Lebens. «Ich glaubte vorgestern», schrieb er nach einem dieser Treffen mit dem Kabinett, «vor Schmerz, Kränkung und Indignation zu sterben.» Der überarbeitete Entwurf enthielt Revisionen, in denen festgestellt wurde, dass der Monarch König «von Gottes Gnaden» war, er die ausschliessliche Befehlsgewalt über die Armee innehatte und dass die Verfassung als «Vereinbarung» zwischen ihm und seinem Volk zu verstehen sei (und nicht etwa als ein dem Souverän durch den Willen des Volkes aufgezwungenes Grundgesetz).[29]

Als der Verfassungsentwurf nach langen Debatten schliesslich im Juni der Nationalversammlung vorgelegt wurde, war die Stimmung in der Stadt und der Versammlung selbst bereits am Kippen. In Berlin wie auch in vielen anderen Teilen Preussens und Deutschlands gewann die radikale Linke an Zulauf und Selbstbewusstsein. Organisationen und Zeitungen entstanden, die die Erwartungen derjenigen vertraten, die das Elitedenken des liberalen Programms ablehnten. Auch auf den Strassen mehrten sich die Zeichen, dass die liberale Regierung dabei war, ihren beherrschenden Einfluss auf die öffentliche Meinung

zu verlieren. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen darüber, wie mit dem Vermächtnis der Märzunruhen umzugehen sei. Sollte der Aufstand im Nachhinein entkriminalisiert werden? Als in der Berliner Nationalversammlung nach einer erbitterten Debatte über diese Frage die Mehrheit der Abgeordneten die Legalität des Aufstandes zurückwies, hielt der radikale Abgeordnete Julius Berends eine flammende Rede, in der er die Anwesenden daran erinnerte, dass die Nationalversammlung ihre Existenz allein den Barrikadenkämpfern vom 18. und 19. März zu verdanken habe. Zur selben Zeit höhnte die demokratische Zeitung *Die Lokomotive*, «die Constituierende Nationalversammlung schämt sich ihrer Herkunft, wie der ungerathene Sohn seines Vaters»[30]. Ein Gedenkumzug zu Ehren der «Märzgefallenen» lockte weit über 100.000 Menschen auf die Strassen, doch handelte es sich dabei fast ausschliesslich um Hilfsarbeiter, arbeitende Frauen und Handwerksgesellen, sprich um Leute aus derselben sozialen Schicht wie die Barrikadenkämpfer. Die bürgerliche Mittelschicht, die die Nationalversammlung dominierte, glänzte bei dem Umzug durch fast vollständige Abwesenheit.

In dieser angespannten Situation standen die Aussichten auf eine Mehrheit in der Nationalversammlung für die in den ersten Verfassungsentwurf eingegangenen Kompromisse schlecht. Als Camphausen nach Ablehnung des Entwurfs am 20. Juni seinen Rücktritt erklärte, erhielt Hansemann den Auftrag, eine neue Regierung zu bilden. Ministerpräsident des neuen Kabinetts war der liberale ostpreussische Adelige Rudolf von Auerswald (Hansemann blieb Finanzminister). Binnen Monatsfrist erarbeitete der Verfassungsausschuss der Nationalversammlung unter Vorsitz des angesehenen Demokraten Benedikt Waldeck einen neuen Verfassungsentwurf. Er beschränkte die Macht des Königs, Gesetze zu blockieren, sah eine echte Bürgerwehr vor (ein Rückgriff auf die Pläne der radikalen Militär reformer), die Einführung der Zivilehe und die Ausmerzung der noch verbliebenen patrimonialen Privilegien auf dem Land.[31] Dieser Entwurf war ebenso konfliktträchtig wie der vorhergehende, und nach heftigen Debatten, die das Abgeordnetenhaus noch weiter polarisierten, fand auch er keine Mehrheit. Preussen war immer noch ohne Verfassung.

Am meisten litt der fragile politische Kompromiss in Berlin unter der Frage nach der Beziehung zwischen den Zivil- und den Militärbehörden – ein Problem, das Preussen noch auf Generationen hinaus beschäftigen sollte. Am 31. Juli waren bei einem gewaltsamen Zusammenstoss in der schlesischen Stadt

Schweidnitz wegen der willkürlichen Befehle eines örtlichen Militärkommandeurs 14 Menschen ums Leben gekommen. Eine Woge der Empörung schwappte über das Land, und der Breslauer Abgeordnete Julius Stein forderte die Nationalversammlung in einem Antrag auf, Massnahmen zu beschliessen, die sicherstellen würden, dass Offiziere und Soldaten in Übereinstimmung mit den Werten der Verfassung handelten, was seiner Auffassung nach bedeutete, dass sich alle Armeeangehörigen von reaktionären Tendenzen distanzieren und zum Beweis ihrer Unterstützung der neuen politischen Ordnung mit Zivilisten fraternisieren sollten.

Auch wenn man Stein im Nachhinein seine diffusen Formulierungen vorhalten kann, brachte er mit seinem Antrag das verständlicherweise zunehmende Unbehagen der neuen politischen Elite über die ungebrochene Macht des Militärs zum Ausdruck. Solange die Armee das willfährige Instrument von Gruppen blieb, die der neuen Ordnung feindlich gesinnt waren, konnte man zu Recht einwenden, dass die Liberalen und ihre Institutionen nur geduldet waren, dass die Debatten, die sie führten, und die Gesetze, die sie erliessen, wenig mehr als ein Possenspiel waren. Der Antrag Steins, der an einen wunden Punkt in der verunsicherten Nationalversammlung rührte, wurde mit deutlicher Mehrheit angenommen. Das Ministerium Auerswald / Hansemann war sich bewusst, dass der König in dieser Frage für Druck nicht empfänglich war und bemühte sich nach Kräften, alles zu vermeiden, was notgedrungen eine offene Konfrontation nach sich ziehen musste. Doch die Geduld der Nationalversammlung erschöpfte sich bald, und am 7. September verabschiedete sie eine Resolution, in der sie die Regierung zur Umsetzung von Steins Vorschlägen aufforderte. Friedrich Wilhelm tobte und sprach davon, die Ordnung in seiner Hauptstadt mit Gewalt wiederherzustellen, während Auerswald angesichts der Kontroverse um die Stein'-schen Vorschläge gezwungenermassen zurücktrat.

Sein Nachfolger war General Ernst von Pfuel, jener Mann, der am Vorabend des 18. März das Kommando über die Truppen in und um Berlin innegehabt hatte. Pfuel war eine gute Wahl – kein konservativer Hardliner, sondern ein vom Enthusiasmus und der politischen Gärkraft der Revolutionszeit geprägter Mann, den in seiner Jugend eine leidenschaftliche homoerotische Freundschaft mit Heinrich von Kleist verbunden hatte. Pfuel, der in jüdischen Salons beliebt und mit Wilhelm von Humboldt befreundet war, wurde von seinen liberalen

Zeitgenossen für seine Toleranz und Gelehrsamkeit bewundert. Doch selbst der umgängliche Pfuel scheiterte an der Aufgabe, zwischen dem widerspenstigen König und der aufsässigen Nationalversammlung zu vermitteln und reichte bereits am 1. November seinen Rücktritt ein.

Die Nachricht von der Ernennung von Friedrich Wilhelm Graf von Brandenburg – Onkel des Königs und Kommandeur des 6. Armeekorps in Breslau – als Pfuels Nachfolger löste in liberalen Kreisen Bestürzung aus. Brandenburg war der Kandidat des konservativen Zirkels um den König, und der Zweck seiner Berufung war unverkennbar. Sein Auftrag lautete, so Leopold von Gerlach, einer der einflussreichsten Berater des Königs, in jeder Hinsicht «zu erklären, dass der König Herr im Lande ist, nicht aber die Versammlung»[32]. Am 2. November schickte die Versammlung eine Delegation zu Friedrich Wilhelm, um gegen die Ernennung zu protestieren, wurde aber brüsk abgewiesen. Eine Woche später, am nebeltrüben Morgen des 9. November, trat Brandenburg am zeitweiligen Sitz des Parlaments am Gendarmenmarkt vor die Abgeordneten und erklärte, dass die Nationalversammlung bis zum 27. November vertagt und zu diesem Termin in der Stadt Brandenburg wieder zusammentreten würde. Ein paar Stunden später rückte General Wrangel, Oberbefehlshaber der Truppen in den Marken, an der Spitze von 13.000 Soldaten in die Stadt ein und zog zum Sitzungshaus der Versammlung, wo er die Abgeordneten persönlich aufforderte, das Haus zu verlassen. Die Abgeordneten antworteten mit einem Aufruf zum «passiven Widerstand» und zum Steuerstreik (diese Regierung sei nicht berechtigt, Steuern zu erheben).[33] Am 12. November wurde der Belagerungszustand ausgerufen, die Bürgerwehren aufgelöst (und entwaffnet), politische Klubs geschlossen und prominente radikale Zeitungen verboten. Viele Abgeordneten versuchten zwar, am 27. November in Brandenburg wieder zusammenzutreten, waren aber beschlussunfähig. Am 5. Dezember wurde die Nationalversammlung offiziell aufgelöst. Noch am selben Tag kündigte Brandenburg in einem raffinierten politischen Schachzug die Vorlage einer neuen Verfassung an.

Die Revolution in der Hauptstadt war niedergeschlagen, aber im Rheinland, wo die aussergewöhnlich gut organisierten politischen Netzwerke mit Erfolg die Massen zum Widerstand gegen die konterrevolutionären Massnahmen der Berliner Regierung mobilisierten, gärte der Aufstand weiter. Der von der Nationalversammlung kurz vor ihrer Auflösung verkündete Steuerstreik stiess in der

gesamten Rheinprovinz auf grossen Zuspruch. Die *Neue Rheinische Zeitung*, das Organ der sozialistischen Linken, druckte einen Monat lang jeden Tag die Losung «Keine Steuern mehr!!!» in ihrem Impressum ab. In Köln, Koblenz, Trier und anderen Städten entstanden «Volksausschüsse» und «Bürgerausschüsse» zur Unterstützung des Boykotts. Zu der Empörung über die Auflösung der Nationalversammlung gesellten sich die in der Rheinprovinz traditionell starke Abneigung gegen Preussen, konfessionelle Ressentiments (vor allem unter den Katholiken) und die allgemeine Unzufriedenheit wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage und Armut in der Region. In Bonn beschimpfte und verprügelte eine aufgebrachte Menschenmenge Steuerkommissare und riss preussische Adler von öffentlichen Gebäuden herunter. In Düsseldorf hielt die Bürgerwehr trotz des Verbots vom 12. November eine Parade ab, die in dem öffentlichen Schwur kulminierte, bis zum bitteren Ende für die Nationalversammlung und die Rechte der Menschen zu kämpfen. Die Kampagne zur Unterstützung des Steuerstreiks belegte eindrucksvoll die Stärke und tiefe soziale Verwurzelung der demokratischen Bewegung im Rheinland und versetzte die preussischen Behörden in höchste Unruhe. Mit der offiziellen Auflösung der Nationalversammlung am 5. Dezember verloren die Demokraten jedoch ihren politischen Kristallisationspunkt, und so reichten das Eintreffen neuer Truppen, die Verhängung des Kriegsrechts in den Zentren des Widerstands und die Entwaffnung der provisorischen linken Milizen aus, die staatliche Autorität wiederherzustellen.[34]

Wie war das möglich? Wie konnte die Revolution, die sich im März mit solcher Wucht entfaltet hatte, im November so problemlos unterdrückt werden? Vielfach wurde darauf hingewiesen, dass die hauptsächlich proletarischen Kämpfer, die auf den Barrikaden in Berlin ihr Leben gelassen hatten, und die reichen liberalen Geschäftsmänner, die im «Märzministerium» das Sagen hatten, gänzlich unterschiedlichen sozialen Schichten entstammten und entsprechend widerstreitende politische Ziele verfolgten. Die daraus resultierende Spaltung zog sich wie ein roter Faden durch die gesamte Revolution. Die Unfähigkeit der Liberalen und Radikalen etwa, sich auf gemeinsame Kandidaten für die Maiwahlen zur Nationalversammlung zu einigen, bereitete dem Sieg konservativer und rechtsliberaler Kandidaten den Boden.[35] Die Liberalen in der Berliner Nationalversammlung hatten die sozialen Themen, die den Kern des radikalen Programms ausmachten, konsequent marginalisiert oder stigmatisiert.

Die demokratische Linke verstand es zwar – insbesondere im Rheinland –, die Unterstützung der Massen zu mobilisieren, wobei ihr die Politisierung des öffentlichen Diskurses zugutekam. Doch auch die Linke war gespalten. Im Mai 1849, als im Rheinland ein demokratischer Aufstand zur Unterstützung der von der Paulskirche vorgelegten Reichsverfassung organisiert wurde, zerbrach die Bewegung in Verfassungsdemokraten und «marxistische» beziehungsweise kommunistische Demokraten, die ihre Beteiligung mit dem Argument verweigerten, das Schicksal einer «bourgeoisen» Verfassung sei belanglos für die Arbeiterklasse.[36]

Ausschlaggebend für die weitere Entwicklung in Preussen aber war die fundamentale Stärke der traditionellen Autorität. In diesem Zusammenhang ist der Hinweis angebracht, dass Friedrich Wilhelm IV., der «Romantiker auf dem Thron», in der Krise mit mehr Verstand und Flexibilität handelte, als ihm gemeinhin zugestanden wird. Tatsächlich spielte er seine neue Rolle mit überraschendem Aplomb. Indem er nach dem Abzug der Truppen in der Hauptstadt verblieb und im Grundsatz der Konstitutionalisierung der Monarchie zustimmte, zwang er die Liberalen in einen langwierigen Verhandlungsprozess. Während er auf eine Gelegenheit wartete, seine Handlungsfreiheit zurückzugewinnen, scharte er hinter den Kulissen eine konservative Kamarilla um sich, deren Mitglieder entschlossen waren, die Revolution schnellstmöglich zu beenden. Gleichzeitig verschaffte er sich eine gewisse öffentliche Legitimität, als er sich hinter die unionistischen Ziele der deutschen Nationalbewegung stellte. Sein Besuch im Rheinland im August 1848 löste in einem Masse öffentliche Begeisterung aus, dass die von Karl Marx herausgegebene *Neue Rheinische Zeitung* eine Ausgabe ausfallen lassen musste, weil die Arbeiter in der Druckerei den Tag freinahmen, um dem König zuzujubeln. Friedrich Wilhelm IV. mag an einer «psychopathischen» Angst vor der Revolution gelitten haben, doch sein Handeln in den Monaten nach den Märzunruhen belegte einen gesunden taktischen Instinkt.[37]

Weiter muss berücksichtigt werden, dass die Revolution auf bestimmte Gebiete im Königreich beschränkt blieb und vor allem in den Städten stattfand. Natürlich kam es auch auf dem Land vielfach zu Unruhen, aber mit Ausnahme von Teilen des Rheinlands waren diese Proteste lokaler Natur. Die Politiker aus den Städten taten sich schwer, die Menschen auf dem Land für ihre Ziele zu begeistern, organisierte Aktionen gegen die Autorität des Königs oder des Staates und seiner Organe blieben die Ausnahme. Die Landbevölkerung stand

grösstenteils weiterhin hinter dem König. Das galt insbesondere für die ostelbischen Provinzen, und hier formierte sich auch der konservative Widerstand gegen die Revolution als Massenbewegung. Im Sommer 1848 entstanden in Brandenburg und Pommern, den alten Kernprovinzen, in denen die Bindung an die Hohenzollernmonarchie am tiefsten verwurzelt war, eine Vielzahl konservativer Vereine – Veteranengesellschaften, Vaterlands- und Preussenvereine und Bauernbünde –, deren Mitgliederzahl bis zum Mai 1849 auf über 60.000 anschwoll. Getragen wurde diese Bewegung von Handwerkern, Bauern und Ladenbesitzern – eben jener Bevölkerungsschicht, aus der sich zahlreiche christliche Missions- und Erbauungsvereine der Nachkriegszeit rekrutierten.[38]

Ein weiteres Indiz für die Lebendigkeit des Konservativismus im Volk war die wachsende Zahl der Kriegervereine für patriotische Veteranen. Solche Vereinigungen existierten zwar bereits seit den 1820er Jahren, doch hatte es sich bei diesen wenigen vor allem um Zusammenschlüsse von Veteranen der Befreiungskriege gehandelt. Ab Sommer 1848 jedoch schossen solche Vereine wie Pilze aus dem Boden; in Schlesien etwa, wo man vor 1848 nur acht Militärvereine gezählt hatte, entstanden unmittelbar nach der Revolution 64 neue Kriegervereine. Schätzungen zufolge traten in den Jahren 1848 und 1849 in Brandenburg, Pommern und Schlesien rund 50.000 Männer solchen Vereinen bei.[39] In diesem Sinne könnte man sagen, dass der preussische Konservativismus mit der Revolution von 1848 mündig wurde und nicht nur lernte, explizit konservative Interessen zu artikulieren, sondern auch die Ansichten und Erwartungen breiter Bevölkerungsschichten in sich aufzunehmen.

Vor allem anderen ausschlaggebend aber war die ungebrochene Loyalität und Schlagkraft der preussischen Armee. Man muss kaum darauf hinweisen, dass die Armee eine Schlüsselrolle bei der Unterdrückung der Revolution spielte. Im Mai 1848 marschierte sie nach Posen, um den dortigen polnischen Aufstand niederzuschlagen; im November vertrieb sie die Nationalversammlung aus Berlin, ein paar Wochen später zerschlug sie auch deren Nachfolgerin in Brandenburg, und bei zahllosen anderen Tumulten im ganzen Königreich wurde sie gerufen, um die Ordnung wiederherzustellen. Dennoch war die Loyalität der Armee keineswegs so selbstverständlich, wie man das annehmen könnte. Sie war schliesslich eine Armee preussischer Staatsbürger, und die Mehrzahl der Soldaten entstammte eben der sozialen Schicht, die die Revolution trug. Auch waren viele der Soldaten im Sommer 1848 sehr kurzfristig aus der Reserve in den

Dienst gerufen wurden, was in vielen Fällen hiess, dass sie direkt von der Teilnahme an der Revolution zu ihrer Unterdrückung wechselten.[40]

Die Frage drängt sich auf, warum nicht mehr Männer aus den Mannschaften desertierten, den Dienst verweigerten oder sich zu revolutionären Zellen innerhalb der Armee zusammenschlossen? Es gab solche Fälle. Insbesondere die Radikalen unternahmen grosse Anstrengungen, Soldaten zum Überlaufen zu bewegen und hatten damit auch hin und wieder Erfolg. Manche lokalen Landwehreinheiten zerbrachen in einander bekämpfende demokratische und königstreue Fraktionen; so etwa in Breslau, wo sich über 2‘000 Männer dem radikalen Landwehrverein anschlossen.[41] Trotz allergrösster Bedenken der militärischen Führung jedoch hielt die Mehrheit der Soldatèn dem König und ihren Kommandeuren die Treue. Dies galt nicht nur (wenn auch in besonderem Masse) für die Truppen östlich der Elbe, sondern auch für die Mehrzahl der Soldaten aus Hochburgen der Revolution wie Westfalen und dem Rheinland. So sehr sich die Gründe für eine solche Willfährigkeit je nach den Bedingungen vor Ort und den individuellen Umständen unterschieden, eine Ursache vor allem war entscheidend: Viele Soldaten waren davon überzeugt, dass sie die Revolution nicht unterdrückten, sondern sie im Gegenteil *beschützten,* dass sie die konstitutionelle Ordnung gegen die Anarchie und das Chaos der Radikalen sicherten. Mit anderen Worten, sie verstanden sich im Grossen und Ganzen nicht als die Stosstruppe der Gegenrevolution, sondern als die Bewahrer der «Märzerrungenschaften» gegenüber der Bedrohung der Radikalen. Manche Einheiten identifizierten sich sogar so absolut mit dem Kampf des Staates um die Wiederherstellung der Ordnung, dass der Partikularismus der lokalen und regionalen Identitäten zumindest zeitweise in den Hintergrund trat. Die von Radikalen in Düsseldorf unterstützte Kampagne zum Steuerboykott etwa wurde von zwei Kompanien des Westfälischen Infanterieregiments Nr. 16 beendet, die mit dem Preussenlied – «Ich bin ein Preusse, kennt ihr meine Farben?» – auf den Lippen in die Stadt einmarschierten.[42]

Eine gewisse Glaubhaftigkeit erhielt diese Sichtweise durch den Umstand, dass die Initiative innerhalb der revolutionären Bewegung relativ rasch auf die radikale Linke überging. In der Zeit von Mitte April bis Juli 1849 wurden die deutschen Staaten von Sachsen und dem preussischen Rheinland über Baden, Württemberg bis hin zur Rheinpfalz von einer neuerlichen Welle revolutionärer

Aufstände erschüttert. Obwohl die an dieser zweiten Revolution beteiligten Aufständischen vorgaben, für das Frankfurter Parlament und die Paulskirchenverfassung zu kämpfen, handelte es sich dabei tatsächlich vor allem um Sozialrevolutionäre, deren Programm an das radikale Jakobinertum anknüpfte. Besonders kritisch war die Lage in Baden, wo der Zusammenbruch der Moral innerhalb der Armee den Weg zur Einrichtung öffentlicher Sicherheitsausschüsse und einer revolutionären provisorischen Regierung ebnete. Unterstützt von Kontingenten aus Württemberg, Nassau und Hessen spielten die preussischen Truppen eine entscheidende Rolle bei der Niederschlagung dieser letzten radikalen Zuckungen der Revolution: Sie halfen der sächsischen Armee im Kampf gegen den Aufstand in Dresden (an dem sowohl Richard Wagner wie auch der Anarchist Michail Bakunin teilnahmen) und marschierten anschliessend nach Süden, um die Rheinpfalz zurückzuerobern, bevor am 21. Juni mit dem Sieg der Bundestruppen über die badische Revolutionsarmee bei Waghäusel auch die Revolution im Grossherzogtum Baden ihre Ende fand. Dabei handelte es sich um erbitterte und verlustreiche Auseinandersetzungen. Im Gegensatz zu 1848 stellten die Revolutionäre der zweiten Phase eine Streitmacht von über 45.000 Mann auf die Beine, die sich offene Feldschlachten mit dem Feind lieferte und mit dem Mut der Verzweiflung für ihre Sache kämpfte.

Der Feldzug im Süden endete mit der Kapitulation der ausgehungerten und demoralisierten Überreste der badischen Revolutionsarmee in der Festung Rastatt am 23. Juli 1849. Unter der preussischen Besatzungsverwaltung wurden in Freiburg, Mannheim und Rastatt drei Sondergerichtshöfe eingesetzt. Diese mit badischen Juristen und preussischen Offizieren besetzten und nach badischen Gesetzen arbeitenden Tribunale sprachen Urteile gegen 64 Zivilisten und 51 Militärangehörige. Von den 61 verhängten Todesurteilen wurden 27 – von preussischen Truppen – vollstreckt. Laut einem Augenzeugen, der den in der Festung Rastatt vollzogenen Exekutionen beiwohnte, befolgten die preussischen Soldaten der Hinrichtungskommandos ohne Ausnahme den Feuerbefehl, auch wenn sie «totenblass» von den Festungsgräben zurückkehrten.[43]

Deutschland ruft

1848 war das Jahr der Nationalisten. Die politischen und sozialen Umwälzungen gingen in ganz Europa mit nationalen Hoffnungen einher. Der nationalistische Virus erwies sich als höchst ansteckend. Die deutschen und italienischen Nationalisten waren inspiriert vom Vorbild der Schweizer Liberalen, deren Sieg über den konservativen Sonderbund im Jahre 1847 den Weg zur Bildung des ersten Schweizer Bundesstaates frei machte. In den süddeutschen Staaten stellten republikanische Nationalisten sogar Freiwilligenbrigaden auf, die auf Seiten der protestantischen Schweizer Kantone kämpften. So, wie der aufkeimende deutsche Nationalismus die tschechische patriotische Bewegung stimulierte, verlieh der italienische revolutionäre Nationalismus den nationalistischen Bestrebungen der Kroaten Auftrieb, deren wichtigstes Organ mangels einer vereinbarten kroatischen Schriftsprache die in Dubrovnik erscheinende italienischsprachige Zeitung *L'Avventura* war. So gewaltig war die Strahlwirkung der nationalistischen Idee, dass sich in ganz Europa Republikaner für die nationalistische Sache ihrer Nachbarvölker begeisterten und deutsche, französische und britische Liberale voller Enthusiasmus die Freiheitsbewegungen in Polen, Griechenland und Italien unterstützten. Aus zweierlei Gründen stellte der Nationalismus eine potenziell umstürzlerische Macht dar. Erstens nahmen Nationalisten – wie auch Liberale und Radikale – für sich in Anspruch, für «das Volk» und nicht für die Krone zu sprechen. Für die Liberalen war «das Volk» eine aus gebildeten und Steuern zahlenden Bürgern bestehende politische Gemeinschaft; die Nationalisten sahen darin eine durch eine gemeinsame Sprache und Kultur definierte Ethnie. Insofern waren Liberalismus und Nationalismus ideologische Vettern. In der Tat war der Nationalismus in gewisser Hinsicht umfassender als der Liberalismus, der vor allem auf eine wohlhabende, gebildete und grösstenteils urbane Elite abhob, während Ersterer zumindest von seinem Anspruch her noch das ärmste Mitglied einer ethnischen Gemeinschaft umfasste. Hier bestand eine grosse Nähe zur demokratischen Ausrichtung des zeitgenössischen Radikalismus, und es ist beileibe kein Zufall, dass viele deutsche Radikaldemokraten zu kompromisslosen Nationalisten mutierten. Zweitens war der Nationalismus subversiv, weil in vielen Teilen Europas die Verwirklichung nationalistischer Visionen fundamentale Veränderungen der politischen Landkarte bedingten.

Die ungarischen Nationalisten strebten die Loslösung aus dem habsburgischen Vielvölkerreich an, auch die lombardischen und venerischen Patrioten stöhnten unter der Herrschaft der Habsburger, die Polen träumten von einer neu vereinten Heimat in den Grenzen von 1772 – manche polnische Nationalisten sogar von der «Rückgabe» Pommerns –, und die griechischen, rumänischen und bulgarischen Nationalisten sehnten sich danach, dem Joch des Osmanischen Reiches zu entkommen.

Während der Nationalismus die politische Auflösung der Habsburgermonarchie implizierte, war er in Deutschland integrativ ausgerichtet und zielte darauf ab, die Einzelteile eines vermeintlich einheitlichen deutschen Vaterlands zu vereinen. Wie genau dieses neue Deutschland in der Praxis aussehen würde, war unklar. Wie konnten die Rechte und Interessen der traditionellen Monarchien in Einklang gebracht werden mit der Einheit der neuen Nationen? Wie viel Macht sollte in der Zentralregierung konzentriert werden? Von wem würde die neue deutsche Union geführt werden, von Preussen oder von Österreich? Wo sollten ihre Grenzen verlaufen? Dies waren die Fragen, die, noch während die Revolution sich entfaltete, endlose Auseinandersetzungen und Debatten provozierten. Die nationale Frage wurde in den Kabinetten und Legislativen aller deutschen Staaten diskutiert, vor allem aber in der deutschen Nationalversammlung, die am 18. Mai 1848 zum ersten Mal in der Paulskirche in Frankfurt am Main zusammentrat. Diese Versammlung, in der in allgemeinen und gleichen Wahlen bestimmte Deputierte aus allen deutschen Staaten sassen, machte sich an die Ausarbeitung einer Verfassung für ein neues, vereintes Deutschland. Das Innere des Parlamentssaals, eine elegante, elliptische Rotunde, war in den Nationalfarben Schwarz-Rot-Gold geschmückt und wurde von dem gewaltigen Gemälde der *Germania* von Philipp Veit dominiert. Veits allegorisches Monumentalgemälde auf Leinwand, das auf der Orgelempore direkt über der verhüllten Kanzel hing, zeigte eine stehende Frauenfigur mit einem Kranz aus Eichenblättern auf dem Kopf und eine gesprengte Handschelle zu ihren Füssen; in der Rechten hält sie ein Schwert, in der Linken eine schwarz-rot-goldene Fahne, die vom Licht der hinter ihr aufgehenden Sonne angestrahlt wird.

Die Einstellung des preussischen Staates zur nationalen Frage war notwendigerweise zwiespältig. Insofern die Nationalisten eine prinzipielle Herausforderung der Autorität der deutschen Monarchien darstellten, stellten sie eine subversive und gefährliche Kraft dar. Das war das Denken hinter dem in den Nach-

kriegsjahren gegen die «Demagogen» geführten Feldzug. Auf der anderen Seite hatte die preussischen Regierung grundsätzlich nichts gegen eine stärkere und einheitlichere politische Organisation der deutschen Staaten einzuwenden, solange dieser Prozess den machtpolitischen Interessen Preussens diente. Aus dieser Logik resultierten die preussische Förderung der Zollunion und die Unterstützung für stärkere bundesstaatliche Sicherheitsvereinbarungen. In den 1840er Jahren implizierte dieses durchgängige und von Eigeninteresse motivierte Eintreten für eine stärkere interterritoriale Bindung einen flexibleren Umgang mit dem Nationalismus, als das in den unmittelbaren Nachkriegsjahren möglich gewesen war: Wenn man das Nationalgefühl lenken, es den Interessen des preussischen Staates unterordnen konnte, dann war die nationalistische Begeisterung etwas, was sich mit Gewinn kultivieren und nutzen liess. Erfolg versprach diese Strategie natürlich nur, wenn es gelang, die fraglichen Nationalisten davon zu überzeugen, dass die Interessen Preussens und Deutschlands als Ganzem ein und dieselben waren.

In den vierziger Jahren erschien die Möglichkeit einer Allianz zwischen Preussen und der liberalen nationalistischen Bewegung zusehends realistischer. Nach der Kriegsangst von 1840/41 und den Auseinandersetzungen um die Zukunft der ethnisch gemischten Herzogtümer Schleswig und Holstein an der Grenze zu Dänemark im Jahre 1846 blickten in ganz Deutschland immer mehr Liberale auf Preussen als die Macht, die den militärisch schwachen Deutschen Bund ersetzen könnte. «Preussen muss an die Spitze Deutschlands treten», sagte etwa der Heidelberger Professor Georg Gottfried Gervinus 1843 zu Friedrich Engels, fügte allerdings hinzu, dass Berlin zuerst eine Verfassungsreform beschliessen müsse. Die im Mai 1847 gegründete liberale *Deutsche Zeitung* trat explizit dafür ein, die deutsche Einheit durch eine aktive Aussenpolitik im Rahmen eines Bündnisses des preussischen Staates mit der nationalistischen Bewegung zu erringen.[44]

In den frühen Reaktionen Friedrich Wilhelms auf die revolutionären Unruhen im März 1848 klangen deutlich nationale Hoffnungen und Erwartungen an. Am Morgen des 21. März, zwei Tage nach dem Aufstand und dem Abzug der Armee aus der Hauptstadt, stand auf einem vom König autorisierten Plakat, das in der Stadt angeschlagen wurde, folgende orakelhafte Erklärung zu lesen:

«Eine neue glorreiche Geschichte hebt mit dem heutigen Tage für Euch an! Ihr seid fortan wieder eine einzige grosse Nation, stark und frei und mächtig im Herzen von Europa! Preussens Friedrich Wilhelm IV. hat sich im Vertrauen auf euren heldenmütigen Beistand und Eure geistige Wiedergeburt zur Rettung Deutschlands an die Spitze des Gesamt-Vaterlandes gestellt. Ihr werdet ihn mit den alten, ehrwürdigen Farben deutscher Nation noch heute zu Pferde in Eurer Mitte erblicken.»[45]

Wie versprochen erschien der preussische König gegen Mittag, eine schwarz-rot-goldene Binde um den Arm (in einigen Berichten ist von einer Schärpe die Rede), hinter sich die Nationalflagge, getragen von einem Mitglied der Berliner Schützengilde. Immer wieder auf dem Weg des königlichen Trosses durch die Hauptstadt sprach der König von der Nation und dem nationalen Anliegen. Studenten bejubelten den vorbeireitenden König als neuen deutschen Kaiser, und immer wieder liess er Halt machen, um die Zuschauer über die grosse Bedeutung der gegenwärtigen Entwicklungen für die Zukunft der deutschen Nation aufzuklären. Um noch die letzten Zweifel zu zerstreuen, wurde an diesem Abend die schwarz-rot-goldene Fahne auf dem Gerüst der noch unvollendeten Schlosskuppel aufgezogen. In einer Kabinettsorder an den Kriegsminister hiess es, dass der König, der sich fortan ganz der «deutschen Sache» widmen werde, in der preussischen Teilnahme eine entscheidende Förderung derselben sehe und anordne, dass die Armee «sogleich neben der preussischen die deutsche Kokarde anzustecken hat»[46].

Am erstaunlichsten aber war die am selben Abend unter der Überschrift «An Mein Volk und an die deutsche Nation» erschienene Proklamation. Zunächst erinnerte der König an die gefährlichen Tage von 1813, als sein Vorgänger Friedrich Wilhelm III. «Preussen und Deutschland vor Schmach und Erniedrigung» rettete, um dann fortzufahren, dass die Rettung in der gegenwärtigen Notlage nach «der innigsten Vereinigung der deutschen Fürsten und Völker unter einer Leitung» verlangte:

«Ich übernehme diese Leitung für die Tage der Gefahr. Mein Volk, das die Gefahr nicht scheut, wird Mich nicht verlassen, und Deutschland wird sich Mir mit Vertrauen anschliessen. Ich habe heute die alten deutschen Farben angenommen und Mich und Mein Volk unter das ehrwürdige Banner des deutschen Reiches gestellt. Preussen geht fortan in Deutschland auf.»[47]

Es wäre verfehlt, diese extravaganten Gesten als lediglich opportunistischen Versuch einer in die Ecke gedrängten Monarchie abzutun, die Massen hinter

sich zu scharen. Friedrich Wilhelms Enthusiasmus für «Teutschland» war echt und erfüllte ihn schon lange vor Ausbruch der Revolutionen von 1848. In der Tat spricht sogar etliches für die Auffassung, dass er der erste wahrhaft nationalistisch gesinnte Monarch auf dem Hohenzollernthron war. So hatte er sich stark für die Vollendung des Kölner Doms engagiert, dessen Bau, 1248 begonnen, seit 1560 ruhte. Seit Anfang des 19. Jahrhunderts war immer wieder davon gesprochen worden, die Kathedrale zu vollenden, und Friedrich Wilhelm hatte sich als begeisterter Befürworter und Förderer des Projekts hervorgetan. 1842, zwei Jahre nach seiner Thronbesteigung, reiste er zur Teilnahme an den Feierlichkeiten anlässlich des Beginns des Weiterbaus ins Rheinland. Er nahm an einem protestantischen Gottesdienst und einer katholischen Messe teil und leitete eine Grundsteinfeier, bei der er zur Überraschung und Freude der Zuschauer in einer spritzigen Stegreifrede den Geist der deutschen Einheit und Stärke lobte, den das Dombauprojekt verkörpere.[48] Um dieselbe Zeit herum schrieb er an Metternich, dass er beschlossen habe, sich der Aufgabe zu widmen, die Grösse, Macht und Ehre Deutschlands zu gewährleisten.[49]

Wenn Friedrich Wilhelm von deutscher «Einheit» sprach, meinte er damit nicht die politische Einheit eines Nationalstaates, sondern die diffuse kulturelle, sakrale Einheit des alten Deutschen Reiches. Seine Überlegungen stellten somit nicht notwendigerweise die traditionelle Führungsrolle Österreichs innerhalb der Gemeinschaft der deutschen Staaten in Frage. Selbst in der Krise von 1840/41, als Friedrich Wilhelm anbot, den preussischen militärischen Schutz auf die süddeutschen Staaten auszudehnen, war er nicht bereit, es auf eine direkte Auseinandersetzung mit Wien ankommen zu lassen. Noch in den ersten Monaten von 1848 war die Zukunftsvision des preussischen Königs für Deutschland vor allem eine Vision der deutschen Vergangenheit. Am 24. April erklärte Friedrich Wilhelm gegenüber dem hannoverschen Liberalen und Abgeordneten in Frankfurt Friedrich Christoph Dahlmann, er stelle sich das Deutschland der Zukunft als eine Art gestärktes Heiliges Römisches Reich vor, in dem ein wiederbelebtes Kurfürstenkollegium einen «König der Teutschen» (ein Preusse vielleicht) wählen würde, der unter dem Ehrenvorsitz eines habsburgischen «römischen Kaisers» die Führungsmacht innehaben könnte.[50] Als romantischer Vertreter des monarchischen Legitimitätsprinzips verabscheute er den Gedanken an einen einseitigen Griff nach der Macht, der die historischen Rechte

der anderen deutschen Monarchien verletzen würde, und schützte denn auch, als sein neuer Aussenminister (der am 21. März ernannte Liberale Heinrich Alexander von Arnim-Suckow) ihm antrug, die Krone eines neuen «Deutschen Reiches» zu akzeptieren, Entsetzen vor, «weil er [Arnim-Suckow] gegen meinen fest ausgesprochenen, über-gut motivierten Willen mir!!!!!! das Kayserthum geben will [...]», wie er gegenüber einem ihm nahe stehenden konservativen Freund klagte. «Ich nehme die Krone nicht an.»[51]

Der Widerstand des Königs gegen einen Kaisertitel für Preussen war allerdings keineswegs prinzipieller Natur. Eine ganz andere Sache wäre es, wenn die anderen deutschen Fürsten ihn aus eigenem Antrieb in eine Vorrangstellung wählten und die Österreicher auf ihren hergebrachten Führungsanspruch im Reich verzichteten. Unter diesen Umständen, liess er den sächsischen König Friedrich August II. in der ersten Maiwoche wissen, wäre er bereit darüber nachzudenken, die Krone eines neuen Deutschen Reiches zu akzeptieren.[52] Zu diesem Zeitpunkt waren dies höchst spekulative Überlegungen, doch mit dem Gang, den die Dinge im Laufe des Sommers und Herbstes 1848 nahmen, rückte ein solches Szenario in greifbare Nähe.

Binnen eines Monats nach Ausbruch der Revolution eröffnete sich Preussen die Gelegenheit, seine Bereitschaft unter Beweis zu stellen, an vorderster Linie für die Verteidigung des nationalen Interesses Deutschlands einzutreten. Die Zukunft der Herzogtümer Schleswig und Holstein, vorwiegend agrarische Fürstentümer an der Grenze zwischen dem deutschsprachigen Mitteleuropa und dem Königreich Dänemark, stand auf dem Spiel. Für die komplizierte gesetzliche und konstitutionelle Stellung der beiden Herzogtümer waren drei Faktoren verantwortlich: Erstens untersagte ein Gesetz aus dem 15. Jahrhundert die Trennung der beiden Herzogtümer, zweitens war Holstein Mitglied des Deutschen Bundes, das nördlicher gelegene Schleswig aber nicht, und drittens galt in den beiden Herzogtümern ein Erbfolgegesetz, das von dem im Königreich Dänemark abwich – dort war die Erbfolge über die weibliche Linie möglich, nicht aber in Schleswig und Holstein, wo das Salische Gesetz galt. In den frühen 1840er Jahren, als sich abzeichnete, dass der dänische Kronprinz Friedrich (ab 1848 König) kinderlos bleiben würde, gewann die Erbfolgefrage an Brisanz, und Kopenhagen musste fürchten, dass das Herzogtum Schleswig mit seinen vielen dänischen Bewohnern nach dem Tode Friedrichs VII. auf immer aus dem dänischen Staat ausscheiden würde. Um das zu verhindern, erliess Friedrichs

Vater, Christian VIII., 1846 den so genannten «Offenen Brief», in dem er die Anwendung des dänischen Erbrechts auf Schleswig verkündete. Damit würde die dänische Krone ihr Anrecht auf das Herzogtum auch über die weibliche Linie bewahren können, sollte der künftige König kinderlos sterben. Die von dem Offenen Brief in den deutschen Staaten ausgelöste Empörung gab den nationalistischen Gefühlen in Deutschland einen gewaltigen Schub; wie wir gesehen haben, brachte sie sogar viele gemässigte Liberale dazu, auf der Suche nach Führung angesichts der Bedrohung der deutschen Interessen .(und insbesondere jener der deutschen Minderheit in Schleswig) durch die dänische Regierung nach Preussen zu schauen.

Kurz nach seiner Thronbesteigung am 20. Januar 1848 trieb Friedrich VII. die Angelegenheit auf die Spitze, als er die unmittelbar bevorstehende Veröffentlichung einer nationalen dänischen Verfassung ankündigte und seine Absicht erklärte, Schleswig und Holstein dem dänischen Staat einzuverleiben. Auf beiden Seiten der Grenze setzte nun ein Eskalationsprozess ein: In Kopenhagen agierte Friedrich VII. unter dem Druck der nationalistischen Eiderdänen, in Berlin drängte Aussenminister Arnim-Suckow Friedrich Wilhelm zu einer Reaktion auf das dänische Vorgehen. Am 21. März annektierte die neue dänische Regierung Schleswig. Daraufhin riefen die Deutschen im Süden Schleswigs eine provisorische Regierung in Kiel aus, während der über die Annektierung aufgebrachte Bundestag dafür votierte, Schleswig in den Deutschen Bund aufzunehmen. Im offiziellen Auftrag des Deutschen Bundes stellten die Preussen eine durch kleinere Kontingente aus anderen norddeutschen Staaten verstärkte Streitmacht zusammen und marschierten am 23. April in Schleswig ein. Die deutschen Truppen überrannten die dänischen Stellungen und rückten rasch nordwärts ins dänische Jütland vor, sahen sich aber ausserstande, die Überlegenheit der dänischen Kriegsflotte zu brechen.

Die Nationalisten brachen in Jubel aus, vor allem im Frankfurter Parlament, wo mehrere prominente liberale Abgeordnete – darunter Georg Beseler, Friedrich Christoph Dahlmann und der Historiker Johann Gustav Droysen – enge persönliche Beziehungen zu den Herzogtümern unterhielten. Was die Nationalisten nicht bedachten: die schleswig-holsteinische Frage weitete sich sehr schnell zu einer internationalen Angelegenheit aus. Der russische Zar Nikolaus war über die Massen wütend, dass sein preussischer Schwager mit, wie er es sah, revolutionären Nationalisten Hand in Hand arbeitete, und drohte mit der

Entsendung russischer Truppen, sollte Preussen sich nicht aus den Herzogtümern zurückzuziehen. Diese energische Demarche aus St. Petersburg wiederum schreckte die britische Regierung auf, die fürchtete, Russland könnte den Konflikt über Schleswig und Holstein zum Vorwand nehmen, ein Protektorat über Dänemark zu errichten. Da die Dänen über das Kattegat und den Öresund sowie den Grossen und Kleinen Belt den Zugang zur Ostsee kontrollierten, war dies für London eine Frage von grosser strategischer Bedeutung. So nahm der Druck auf Preussen zu, seine Truppen wieder abzuziehen. Als dann auch noch Schweden und Frankreich ihre Ablehnung bekundeten, musste Preussen im Waffenstillstand von Malmö, unterzeichnet am 26. August 1848, einen gegenseitigen Truppenrückzug aus den beiden Herzogtümern akzeptieren.[53]

Die Nachricht von dem Waffenstillstand versetzte die Abgeordneten in einen Schockzustand. Preussen hatte ihn einseitig und ohne jeden Bezug auf die Frankfurter Nationalversammlung unterzeichnet. Nichts hätte besser die Ohnmacht der Paulskirchenversammlung demonstrieren können, die zwar von einer provisorischen «Reichsregierung» geführt wurde, aber keine eigene Streitmacht unterhielt und über keinerlei Mittel verfügte, den Regierungen der Gebietsstaaten ihren Willen aufzuzwingen. Das preussische Vorgehen war ein schwerer Schlag für die Legitimität des Parlaments, dessen öffentliches Ansehen in den deutschen Staaten bereits im Sinken begriffen war. In der anfänglich aufgeheizten Atmosphäre nach Bekanntgabe des Waffenstillstands stimmte am 5. September die Mehrheit der Abgeordneten dafür, seine Umsetzung zu blockieren. Allerdings war das blosse Schau, da die Regierung in Frankfurt über keinerlei Mittel verfügte, im Norden zu intervenieren. Am 16. September fand eine zweite Abstimmung statt, und dieses Mal beugten sich die Abgeordneten den machtpolitischen Realitäten und akzeptierten den Waffenstillstand. Bei den Unruhen, die im Anschluss an die Abstimmung auf den Strassen von Frankfurt ausbrachen, wurden zwei Abgeordnete von einem aufgebrachten Mob erschlagen. Preussen hatte die Hoffnungen der deutschen Nationalisten zwar bitter enttäuscht, paradoxerweise jedoch stärkte dieser Rückschlag die Preussenfixierung vieler moderater Nationalliberaler, da er einmal mehr die zentrale Bedeutung Preussens für eine zukünftige politische Lösung der deutschen Frage unterstrich.

Unterdessen war das Frankfurter Parlament damit beschäftigt, die Frage der Beziehung zwischen der Habsburgermonarchie und dem Rest der deutschen

Staaten zu klären. Gegen Ende Oktober 1848 stimmten die Deputierten für die Annahme einer «grossdeutschen» Lösung, die die Aufnahme der deutschen (und tschechischen) Gebiete der Habsburger in das neue Deutsche Reich vorsah. Die nichtdeutschen Habsburger Lande sollten zu einer separaten konstitutionellen Einheit zusammengefasst und in Personalunion von Wien aus regiert werden. Problematisch daran war, dass die Habsburger ein solches Arrangement kategorisch ablehnten. Österreich war gerade dabei, das Trauma der Revolution abzuschütteln, und in einem blutigen Feldzug, der 2‘000 Menschenleben forderte, hatten Regierungstruppen Ende Oktober Wien zurückerobert. Am 27. November versetzte Fürst Felix zu Schwarzenberg, Ministerpräsident der neuen konservativen Wiener Regierung, der grossdeutschen Option den Todesstoss, als er seine Entschlossenheit bekundete, die Habsburgermonarchie als eine unteilbare politische Einheit fortzuführen. Daraufhin verlagerte sich der Konsens in Frankfurt auf die «kleindeutsche» Lösung, die von einer Fraktion gemässigter protestantischer Nationalliberaler in der Versammlung favorisiert wurde. Die kleindeutsche Option sah den Ausschluss Österreichs aus dem neuen politischen Gemeinwesen vor, was bedeutete, dass die Führungsrolle (wenn nicht per Dekret, so doch in Ermangelung einer Alternative) dem Königreich Preussen zufallen musste.

Friedrich Wilhelms Traum von einer preussischen Reichskrone war in greifbare Nähe gerückt. Ende November 1848 reiste Heinrich von Gagern, der neue Ministerpräsident der provisorischen Regierung in Frankfurt, nach Berlin, um Friedrich Wilhelm – im Grundsatz – von der Annahme einer deutschen Kaiserkrone zu überzeugen. Friedrich Wilhelm lehnte das Ansinnen zunächst mit den berühmten Worten ab, die ihm angebotene Krone sei ein «aus Dreck und Letten gebackener Reif», schloss aber eine Annahme für den Fall nicht aus, dass die Österreicher und die anderen deutschen Fürsten dem Vorschlag zustimmten. Die von Berlin ausgesendeten Signale waren hinreichend ermutigend, die kleindeutsche Lösung die nächsten paar Monate im Gespräch zu halten. Am 27. März 1849 stimmte die Nationalversammlung in Frankfurt mit knapper Mehrheit für die Annahme einer monarchistischen Verfassung für das neue Deutschland, und am nächsten Tag wählte sie Friedrich Wilhelm IV. zum deutschen Kaiser. Daraufhin begab sich eine Delegation der Nationalversammlung unter Führung des preussischen Liberalen Eduard von Simson nach Berlin, um dem

44. Friedrich Wilhelm IV. empfängt die Delegation des Frankfurter Parlaments. Der Deputierte Eduard von Simson spricht zum König, an der Seite des Monarchen steht Graf Brandenburg.

König ein offizielles Angebot zu unterbreiten. Der König empfing die Kaiserdeputation am 3. April und dankte den Gesandten herzlich für das Vertrauen, das sie, im Namen des deutschen Volkes, ihm entgegenbrachten. Die ihm offerierte Krone jedoch wies er mit der Begründung zurück, dass er eine solche Auszeichnung nur unter den Bedingungen annehmen könne, denen die legitimen Fürsten der anderen deutschen Staaten zugestimmt hätten. In einem Brief, der an seine Schwester Charlotte – die Zarin Alexandra Feodorowna – adressiert, aber eigentlich für die Augen ihres Ehemanns bestimmt war, bediente er sich einer gänzlich anderen Sprache: «Du hast die Abfertigung der Frankfurter Mensch-Esel-Hund-Schweine und Katzen Deputation gelesen. Sie heisst auf

grob Deutsch: ‚Messieurs! Ihr habt mir ganz und gar nicht das Recht, das Allermindeste zu bieten. Bitten, so viel Ihr wollt, geben – Nein – denn dazu müsstet Ihr im Besitz von irgendetwas zu Gebendem sein und das *ist nicht der Fall.'*»[54]

Mit der Ablehnung der Kaiserkrone hatte Friedrich Wilhelm das Schicksal des Frankfurter parlamentarischen Experiments besiegelt, der Traum von einer deutschen Union unter preussischer Führung war damit aber noch nicht gestorben. Die Berliner Regierung stellte in einer Reihe von Erklärungen im April klar, dass Friedrich Wilhelm IV. nach wie vor bereit sei, die Führung eines deutschen Bundesstaates zu übernehmen. Am 22. April wurde Joseph von Radowitz, Abgeordneter im Frankfurter Parlament und langjähriger Freund des Königs, mit dem Auftrag nach Berlin beordert, die preussische Unionspolitik zu koordinieren. Um die Einwände Wiens zu entkräften, schlug Radowitz ein System zweier konzentrischer Unionen vor. Preussen sollte einer relativ zusammenhängenden «engeren Union» vorstehen, die wiederum durch eine weitere Union lose mit Österreich verbunden sein sollte. Noch während im Mai 1849 zähe Verhandlungen mit Vertretern der kleineren deutschen Königreiche Bayern, Württemberg, Hannover und Sachsen geführt wurden, zeigte sich, dass die neue Union ohne ein Mindestmass an öffentlicher Legitimität keine Erfolgsaussichten haben würde. Um diese zu erlangen, rief Radowitz liberale und konservative Befürworter der kleindeutschen Lösung zu einem in der Öffentlichkeit stark publik gemachten Treffen in Gotha zusammen. Zum allgemeinen Erstaunen schienen die Österreicher den Radowitz-Plan ernsthaft zu erwägen, jedenfalls zeigte sich der österreichische Gesandte in Berlin, Graf Prokesch von Osten, weit weniger ablehnend als erwartet.

Trotz dieser positiven Signale stiess das Unionsprojekt alsbald schon an seine Grenzen, denn es erwies sich als überaus schwierig, einen für alle wichtigen Akteure akzeptablen Kompromiss zu schmieden. Während 26 der kleineren Fürstentümer ihre Zustimmung signalisierten, zeigten sich Bayern und Württemberg wie seit jeher den preussischen Absichten gegenüber misstrauisch und verweigerten ihre Beteiligung. Bis zum Winter 1849 zogen auch Sachsen und Hannover, gefolgt von Baden, ihre Zustimmung zurück, während die Österreicher den Vorschlag nun rigoros zurückwiesen und zunächst (ab Ende Februar 1850) die Einbeziehung der gesamten Habsburgermonarchie in eine möglichen Union und später (ab Anfang Mai) die Wiederherstellung des alten Deutschen Bundes forderten. Darin wurden sie von den Russen unterstützt, die Radowitz

und sein Vorhaben kategorisch ablehnten und beabsichtigten, Österreich gegen jede Schwächung seiner Position in Deutschland beizustehen.

Im September 1850 spitzten sich die Spannungen zwischen Berlin und Wien dramatisch zu. Auslöser war ein politischer Konflikt im Kurfürstentum Hessen, einem kleinen Fürstentum, durch das zwei preussische Militärstrassen verliefen, die das Rheinland und Westfalen mit den ostelbischen Kernprovinzen verbanden. Der hessische Kurfürst – ein berüchtigter Reaktionär – hatten gegen den Willen seines Landtages versucht, konterrevolutionäre Massnahmen durchzusetzen. Als einflussreiche Gruppen innerhalb des Militärs und der Verwaltung ihm den Gehorsam verweigerten, rief er den wiederbelebten Deutschen Bund (am 2. September war der Bundestag in Frankfurt wieder eingesetzt worden, wenn auch ohne die Abgeordneten aus den Unionsgebieten) um Hilfe an. In Wien erkannte Schwarzenberg sofort die Chance, die sich ihm hier bot: Die Entsendung von Bundestruppen in das Kurfürstentum würde die Preussen zwingen, Abstand von ihren unionistischen Plänen zu nehmen und den reanimierten Bundestag unter österreichischer Präsidentschaft als die einzige legitime politische Organisation der deutschen Staaten anzuerkennen. Unter österreichischer Anleitung beschloss der Bundestag denn auch, die Herrschaft des Kurfürsten über Hessen-Kassel per «Bundesexekution» wiederherzustellen. Der angesichts dieser Provokation aufgebrachte Friedrich Wilhelm IV. ernannte daraufhin Radowitz zum Aussenminister, ein klares Signal, dass Preussen nicht willens war, nachzugeben.

Damit schien ein deutscher Bürgerkrieg unausweichlich. Am 26. Oktober erteilte der Bundestag hannoverschen und bayerischen Truppen die Erlaubnis zur Intervention im Kurfürstentum Hessen. Die Preussen ihrerseits entsendeten in Erwartung eines Einmarschs der Bundestruppen ihrerseits Truppen an die hessische Grenze. Nach einigem Hin und Her erreichte Berlin am 1. November die Nachricht vom Beginn der Bundesexekution – bayerische Einheiten hatten die Grenze zu Hessen überschritten. Anfangs strebte das preussische Kabinett noch eine Verhandlungslösung an, doch das änderte sich vier Tage später, als Schwarzenberg, der Preussen offen demütigen wollte, von Berlin verlangte, die kleinen Truppenkontingente abzuziehen, die zum Schutz der durch Hessen-Kassel führenden preussischen Militärstrassen abgestellt waren. Daraufhin ordneten Friedrich Wilhelm und seine Minister widerstrebend die volle Mobilma-

chung an. Am 24. November stellte Schwarzenberg, unterstützt von Russland, Berlin ein Ultimatum, in dem der vollständige Abzug der preussischen Truppen aus dem Kurfürstentum binnen 48 Stunden gefordert wurde. Kurz vor Ablauf der Frist stimmte Preussen weiteren Verhandlungen zu und wendete damit den drohenden Krieg ab. Auf einer Konferenz im böhmischen Olmütz am 28. und 29. November gab Preussen nach. Laut den Bedingungen des Abkommens, der «Olmützer Punktation», sagte Preussen zu, sich an einer Bundesintervention gegen Hessen-Kassel zu beteiligen und die Mobilmachung der preussischen Armee rückgängig zu machen. Darüber hinaus vereinbarten Preussen und Österreich, bei den Verhandlungen über einen reformierten und umstrukturierten Bund gleichberechtigt zusammenzuarbeiten. Diese Verhandlungen fanden denn auch statt, doch das Reformversprechen blieb unerfüllt; der alte Deutsche Bund wurde, mit nur geringen Modifikationen, 1851 wiederhergestellt.

Die Lehren aus dem Scheitern

Durch das Geschrei und Gewehrfeuer der Märztage hindurch muss Friedrich Wilhelm IV. deutsche Musik in den Ohren geklungen haben. Unter den vielen deutschen Souveränen, die in diesem Tumultjahr um ihre Krone gebangt hatten, war er jedenfalls der Einzige, der sich in den Farben der Nation gewandete. Im Gegensatz zur Habsburgermonarchie, die sich nach innen wendete, um der zahlreichen Revolutionen in ihren Landen Herr zu werden, schickte sich Preussen an, eine führende Rolle in den deutschen Angelegenheiten zu spielen, stellte sich den Dänen wegen Schleswig in den Weg und führte 1849 die Bemühungen an, die zweite Revolution in den süddeutschen Staaten zu unterdrücken. Mit einigem Erfolg pflegte Berlin die propreussische Fraktion, die sich in den Reihen der deutschen Liberalen herausgebildet hatte, und erwarb sich ein gewisses Mass an öffentlicher Legitimität für seine hegemonialen Pläne. Es trieb das Unionsprojekt flexibel und kompromissbereit voran in der Hoffnung, auf diesem Wege eine deutsche Einheit zu erschaffen, die sowohl populär (im elitären, liberalen Sinne) als auch monarchisch war, ohne dabei Wien zu vergrätzen.

Doch das Unionsprojekt scheiterte und mit ihm die Hoffnungen des Königs, Preussen an der Spitze eines vereinten Deutschlands zu sehen. Welches Licht

wirft dieses Scheitern auf den Zustand Preussens und seine Position in der Gemeinschaft der deutschen Staaten nach den Revolutionen von 1848?

Die Ereignisse von 1848 bis 1850 lassen unter anderem das hohe Mass an innerer Zerrissenheit der preussischen Exekutive deutlich werden. Da der Monarch – nicht das Kabinett und auch nicht der Ministerpräsident – nach wie vor im Zentrum des Entscheidungsprozesses stand, stellten Flügelkämpfe und Rivalitäten in den Vorzimmern der Macht ein ernsthaftes Problem dar, eine Tendenz, die durch die Revolution in gewisser Hinsicht noch verschärft wurde, da diese den König in die Arme der konservativen Kreise trieb. Daraus ergaben sich für Radowitz, der der Hofkamarilla verhasst war und in ständiger Angst vor Konspirationen lebte, endlose Probleme. Des Weiteren wirkte dadurch die Unterstützung Berlins für das Unionsprojekt bestenfalls halbherzig, da einflussreiche Minister und dem König nahestehende Berater gegenüber Landsleuten und ausländischen Gesandten keinen Hehl aus ihrer Ablehnung der Radowitz'schen Pläne machten. Selbst Friedrich Wilhelm IV., der offene Fragen gerne aus allen möglichen Blickwinkeln betrachtete, liess gelegentlich durchscheinen, dass er nicht bedingungslos hinter der Politik seines geliebten Favoriten stand. Die strukturelle Unentschlossenheit in Berlin wiederum bestärkte Schwarzenberg in seiner harten Haltung gegenüber Preussen im Falle des Kurfürstentums Hessen. Sein eigentliches Ziel lautete nicht, Krieg gegen Preussen zu führen, sondern sich der radikalen Führung in Berlin zu entledigen und ein Abkommen mit den Konservativen zu schliessen, mit denen die Macht in Deutschland zu teilen er sich vorstellen konnte.[55] Mit anderen Worten, die Österreicher konnten also, nicht anders wie in den 1830er und 1840er Jahren, die Uneinigkeit innerhalb der preussischen Führung für ihre Zwecke ausnutzen. Dies zu verhindern, setzte einen mächtigen Ministerpräsidenten voraus, der in der Lage war, das Antichambrieren zu unterbinden und seine Autorität in der Regierung durchzusetzen.

Ein weiteres Hindernis stellte der Partikularismus der kleineren Fürstentümer aber auch der Mittelstaaten dar. Bayern verweigerte sich der Union von Anfang an, Baden und Sachsen traten wieder aus, ein schlechter Dank für die blutige Arbeit, die Preussen in allen drei Staaten zur Wiederherstellung der Monarchie geleistet hatte. Der badische Grossherzog verdankte seine Stellung als Souverän allein der Intervention Preussens, das bis 1852 als Besatzungsmacht in Baden

blieb. Es war, als würden all die Verdienste, die zu erwerben Preussen durch die Zollunion, die deutsche Sicherheitspolitik und die Unterdrückung der Revolution so hart gearbeitet hatte, nun überhaupt nichts zählen. Die darin liegende Ironie entging nicht der Aufmerksamkeit zweier scharfsichtiger Preussen, nämlich Karl Marx und Friedrich Engels, die 1850 von London aus Folgendes schrieben:

«Preussen hatte überall die Reaktion wieder zur Herrschaft gebracht, und in demselben Mass, als die Reaktion fortschritt, fielen die Duodezfürsten von Preussen ab, um sich *Ostreich* in die Arme zu werfen. Konnten sie wieder in vormärzlicher Weise herrschen, so stand ihnen das absolutistische Ostreich näher als eine Macht, die ebensowenig absolutistisch sein konnte als sie liberal sein wollte. [...] So erlebte Preussen, dass Sachsen von ihm abfiel, das wenig Monate vorher durch preussische Truppen gerettet worden, dass Hannover abfiel, dass Kurhessen abfiel und dass jetzt auch Baden, trotz seiner preussischen Garnisonen, den übrigen folgte.»[56]

Das Debakel von 1850 bestätigte damit ein altbewährtes Muster. Die Habsburger würden zwar nie die glorreichen Fanfaren der deutschen Einheit zum Klingen bringen können, aber sie verstanden es nach wie vor meisterhaft, auf der ausgeleierten Klaviatur des Deutschen Bundes zu spielen – und eine Melodie hervorzubringen, die in den Ohren der kleineren deutschen Dynastien angenehmer klang.

Schwarzenbergs Erfolg gegenüber Preussen im Konflikt um das Kurfürstentum Hessen wäre undenkbar gewesen, hätten nicht die internationalen Rahmenbedingungen Wien in die Hände gespielt. Dies war eine weitere Lektion, die die preussischen Souveräne immer wieder in der Geschichte des Königreiches hatten hinnehmen müssen. Die deutsche Frage war schlussendlich eine europäische Frage, eine Frage, die nicht im Alleingang in Angriff genommen (geschweige denn gelöst) werden konnte. Russland, Frankreich, Grossbritannien und Schweden übten im Sommer 1848 gemeinsam Druck auf Berlin aus, in der Auseinandersetzung mit Dänemark einen Rückzieher zu machen, und die Hilfe Russlands war entscheidend dafür, Wien wieder in eine Position zu bringen, von der aus es wirkungsvoll auf die Herausforderung aus Berlin antworten konnte. Und es waren auch die Russen, die im Kampf der Habsburger gegen die ungarische Revolution, den grössten und am besten organisierten Aufstand des Revolutionsjahres 1848, den Ausschlag gaben zugunsten der Monarchie. In

Olmütz stand hinter Schwarzenberg die unberechenbare Macht des russischen Zaren. «Vor seinem [des russischen Zaren] Befehl wird das rebellische Preussen sich schliesslich beugen», sagten Marx und Engels im Oktober 1850 voraus, «ohne dass ein Tropfen Blut geflossen [sein] wird.»[57] Von der Perspektive des November 1850 aus gesehen war unverkennbar, dass eine deutsche Einheit unter preussischer Führung, einen fundamentalen Wechsel in den machtpolitischen Konstellationen bedingte. Wie dieser Wechsel bewirkt werden könnte und welche Folgen er haben würde, waren jedoch Dinge, die selbst die fantasievollsten Zeitgenossen sich nicht auszumalen vermochten.

Für die Anhänger des Unionsprojekts war die «Olmützer Punktation» ein verheerender Rückschlag, eine Demütigung, eine Befleckung der Ehre des Königs, die nach Rache schrie. Der liberalnationalistische Historiker Heinrich von Sybel, der bei Leopold Ranke in Berlin studiert hatte, erinnerte sich später an die Enttäuschung, die sich allerorten breitmachte. Die Preussen, schrieb er, hatten ihrem König zugejubelt, als er sich gegen die Dänen der nationalen Sache annahm und die Bevölkerung von Kurhessen gegen ihren tyrannischen Herrscher verteidigte. «Jetzt kam plötzlich die Wendung, der Degen entsank der zuckenden Faust, und manchem wackeren Kriegsmann rollten bittere Thränen in den Bart. [...] Aus tausend Stimmen erscholl der zornige Schmerzensruf, zum zweiten Mal sei das Werk Friedrichs des Grossen vernichtet worden.»[58] Sybels Darstellung war übertrieben. Viele begrüssten die Nachrichten aus Olmütz, darunter naturgemäss Radowitz' konservative Widersacher, darunter auch Otto von Manteuffel, der seit längerem auf eine Verhandlungslösung mit Österreich gedrängt hatte und am 5. Dezember 1850 zum Ministerpräsidenten und Aussenminister ernannt wurde – beide Posten sollte er den Grossteil des kommenden Jahrzehnts bekleiden. Ein weiterer war der konservative Abgeordnete Otto von Bismarck, der am 3. Dezember in einer berühmt gewordenen Rede die Olmützer Punktation begrüsste und hinzufügte, dass es nicht in Preussens Interesse liege, «...überall in Deutschland den Don Quijote zu spielen für gekränkte Kammer-Zelebritäten»[59].

Selbst jene nationalistisch gesinnten protestantischen Liberalen, die die Unionspolitik unterstützt hatten, gestanden ein, dass Olmütz auch ein Moment der Nüchternheit und Klärung nach den rhetorischen Exzessen der Revolution war. «Die Wirklichkeiten», schrieb der kleindeutsche Nationalist und Historiker Johann Gustav Droysen 1851, «begannen über die Ideale, die Interessen über die

Abstraktionen, zu siegen. [...] Nicht von der Freiheit, nicht von nationalen Beschlüssen aus war die Einheit Deutschlands zu schaffen. Es bedurfte einer Macht gegen die anderen Mächte.»[60] Weit davon entfernt, ihn in seinem Glauben an die deutsche Berufung Preussens zu erschüttern, bekräftigten die Rückschläge Droysen noch darin. In einem 1854 am Vorabend des Krimkrieges veröffentlichen Essay verlieh er der Hoffnung Ausdruck, dass Preussen eines Tages wieder vortreten, seine Führungsrolle über die anderen deutschen Staaten annehmen und eine vereinte protestantische deutsche Nation begründen würde, «...auf 1806 folgte 1813 auf Ligny Bell-Alliance. Wahrlich es bedarf nur des ersehnten Rufes: vorwärts! Und Alles erhebt sich ...»[61]

Die neue Synthese

Historische Darstellungen der 1848er-Revolutionen in Europa enden gemeinhin mit elegischen Reflektionen über das Scheitern der Revolution, den Triumph der Reaktion, die Exekution, Einkerkerung, Verfolgung oder Vertreibung radikaler Aktivisten und die konzertierten Bemühungen der nachfolgenden Regierungen, mit aller Kraft die Erinnerung an die Aufstände auszulöschen. Es ist eine Binsenwahrheit, dass die Wiederherstellung der Ordnung in den Jahren 1848 und 1849 in Preussen eine Ära der Reaktion einleitete und bewusste Anstrengungen unternommen wurden, die Revolutionsereignisse aus dem öffentlichen Gedächtnis zu streichen. Zeremonien zu Ehren der «Märzgefallenen» und Prozessionen zu ihren Gräbern auf dem Friedrichshainer Friedhof waren strikt verboten. Die Polizeikräfte wurden verstärkt und ihr Zuständigkeitsbereich ausgeweitet.

Das von der Regierung in der Verfassung vom Dezember 1848 zugestandene demokratische Wahlrecht wurde bereits im April 1849 wieder abgeschafft. Nach dem neuen Stimmrecht hatten zwar nahezu alle männlichen Einwohner des Königreiches das aktive Wahlrecht, doch zählten ihre Stimmen unterschiedlich, da sie entsprechend ihrem direkten Steueraufkommen in drei «Klassen» aufgeteilt wurden. Jede Klasse stimmte für ein Drittel der Wahlmänner, die wiederum die Abgeordneten für das Abgeordnetenhaus wählten. Wegen der stark ungleichen Einkommensverhältnisse im Königreich konnte die erste Klasse, der die reichsten fünf Prozent der Wahlberechtigten angehörten, ebenso viele Wahlmänner bestimmen wie jeweils die zweite Klasse (12,6 Prozent der Wahlbe-

rechtigten) und die dritte Klasse (82,7 Prozent).[62] Dem Abgeordnetenhaus wurde 1855 eine zweite Kammer zur Seite gestellt, das lose an das britische Oberhaus angelehnte so genannte Herrenhaus, dem nicht ein einziger gewählter Abgeordneter angehörte. Der wiederbelebte Deutsche Bund wurde derweil erneut zum Instrument der inneren Unterdrückung in den deutschen Staaten und verabschiedete am 6. Juli 1854 das Bundespressegesetz, das im Verein mit entsprechenden Gesetzen in den Einzelstaaten eine Reihe von Massnahmen einführte, mit denen der Vertrieb subversiver Publikationen unterbunden werden sollte. Noch wichtiger war das eine Woche später verabschiedete Bundesvereinsgesetz, mit dem alle politischen Vereine unter Polizeiüberwachung gestellt und Beziehungen zwischen den Vereinen untersagt wurden.[63]

Dennoch gab es keine Rückkehr zu den Vormärzbedingungen, und es wäre auch falsch, die 48er-Revolutionen als Misserfolge zu sehen. Die Aufstände in Preussen 1848 waren eben kein «Wendepunkt», um A. J.P. Taylors Ausdruck zu bemühen, an dem Preussen es versäumte, eine neue Richtung einzuschlagen. Sie markierten vielmehr eine Wasserscheide zwischen einer alten Welt und einer neuen. Die Dekade, die im März 1848 begann, brachte tief greifende Transformationen in den politischen und administrativen Abläufen, oder anders ausgedrückt, eine «Regierungsrevolution».[64] Der Aufstand selbst mochte gescheitert sein und für etliche seiner Protagonisten mit Exil oder Inhaftierung geendet haben, seine Dynamik aber übertrug sich wie eine seismische Schockwelle auf das preussische (und nicht nur das preussische) Regierungssystem, veränderte Strukturen und Denkweisen, brachte neue Prioritäten in die Regierung ein oder reorganisierte alte und stellte politische Debatten in einen neuen Gesamtzusammenhang.

Preussen war nun – erstmals in seiner Geschichte – ein konstitutioneller Staat mit einem gewählten Parlament. Allein dieser Umstand schon stellte einen völlig neuen Ausgangspunkt für die politischen Entwicklungen im Königreich dar.[65] Die preussische Verfassung von 1848 war von der Krone oktroyiert, nicht von einer gewählten Versammlung entworfen worden. Dennoch fand sie die Zustimmung der grossen Mehrheit der Liberalen und der gemässigten Konservativen.[66] Die führenden liberalen Zeitungen begrüssten die Verfassung nicht nur, sie verteidigten sie sogar gegen die Kritik von links mit dem Hinweis, dass sie den Grossteil der liberalen Forderungen erfülle und somit «ein Werk des Volkes» sei. Dass die Regierung mit liberalen Prinzipien gebrochen und die

Verfassung ohne Sanktion durch das Parlament verkündet hatte, wurde dabei geflissentlich übersehen.[67] Über die folgenden Jahre hinweg wurde die Verfassung zum Bestandteil des preussischen öffentlichen Lebens.[68] Und die Angst der gemässigten Liberalen vor einer erneuten offenen Konfrontation oder gar Rückkehr zur Revolution sowie die Bereitschaft der Regierung, eine Politik der Reform zu verfolgen, liessen eine regierungsfreundliche Koalition entstehen, die im Abgeordnetenhaus für gewöhnlich die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinen konnte.[69]

Im Gegensatz zu den alten Provinzialständen der Vormärzzeit, die vom Adel aus den Provinzen dominiert wurden, bewirkte das neue repräsentative System, in dessen Mittelpunkt der Landtag in Berlin stand, eine schrittweise Beschneidung der politischen Vormachtstellung der alten Land besitzenden Klasse in den ländlichen Regionen und führte damit zu einer dauerhaften Verschiebung der Machtbalance innerhalb der preussischen Gesellschaft.[70] Verstärkt wurde dieser Effekt noch durch das Regulierungs- und Ablösungsgesetz von 1850, mit dem die von den Agrarreformern in der napoleonischen Ära begonnene Arbeit abgeschlossen und die Patrimonialgerichtsbarkeit auf dem Land endgültig abgeschafft wurde.[71] Otto von Manteuffel, preussischer Ministerpräsident von 1850 bis 1858, lag also ganz richtig mit seiner Einschätzung, dass er den Anbruch eines neuen Zeitalters für Preussen zu beaufsichtigen hatte. Die Grundlage für das, was später als die «Neue Ära» des liberalen Wiedererwachens nach 1858 bezeichnet werden sollte, liess sich demnach schon in dem von der Revolution erzwungenen Verfassungssystem wahrnehmen.

Tonangebend nach 1848 war eine lose nachrevolutionäre Koalition, die den Bestrebungen sowohl der stärker staatstragenden und gemässigten Elemente des Liberalismus wie auch der innovativen und unternehmerischen Elemente innerhalb der alten konservativen Elite entgegenkam – hier zeigten sich Parallelen zur «Hochzeit» *(connubio)* zwischen den rechtsliberalen und reformkonservativen Gruppen, die das neue Parlament im nachrevolutionären Piemont dominierten, sowie mit den überparteilichen Koalitionen der *Regeneraçâo* in Portugal und der *Union Liberal* in Spanien.[72] Diese informelle Koalition beschränkte sich nicht auf das Parlament und die Bürokratie, sondern umfasste auch Teile der Zivilgesellschaft. Neue Kommunikationskanäle entstanden zwischen der Verwaltung und einflussreichen Lobbyistengruppen liberaler Unternehmer, die Mittel und Wege fanden, sich Gehör zu verschaffen und die Politik-

gestaltung zu beeinflussen. Die Folge war eine Vermischung alter und neuer Eliten, nicht auf der Grundlage einer Interessensgleichheit, sondern einer «verhandelten Übereinkunft», von der beide Seiten profitierten.[73]

Diese neue politische und soziale Mischelite konnte sich in einem Masse die Kontrolle über die mittlere Ebene der Politik sichern, dass es ihr gelang, sowohl die demokratische Linke wie auch die alte Rechte an den Rand zu drängen. Die «Altkonservativen» fanden sich in der Defensive wieder, selbst am Hofe, wo sie von den weniger doktrinären Konservativen ausmanövriert wurden, die bereit waren, in der neuen politischen Konstellation mitzuarbeiten und sich ganz pragmatisch auf den Staat einzustellen. Es ist bemerkenswert, wie schnell sich der König selbst und viele der Konservativen in seinem Umfeld mit der neuen Verfassung arrangierten. Der Monarch, der einst öffentlich geschworen hatte, niemals «ein beschriebenes Blatt» zwischen «unseren Herr Gott im Himmel und dieses Land» kommen zu lassen, schloss schon recht bald seinen Frieden mit dem neuen Regime, auch wenn er weiterhin nach Möglichkeiten suchte, seine persönliche Macht innerhalb des Systems abzusichern. Eine zentrale Rolle bei der Einbindung der Konservativen in das neue System spielte der neue Ministerpräsident Otto von Manteuffel, ein standhafter und unaufgeregter Karrierebeamter, der die Auffassung vertrat, dass es der Zweck einer Regierung sei, zwischen den widerstreitenden Interessen der die Zivilgesellschaft konstituierenden Gruppen zu vermitteln.[74] Ein weiterer wichtiger Modernisierer war der konservative Universitätsprofessor Friedrich Julius Stahl, der den Weg zur Aussöhnung konservativer Ziele mit den Gegebenheiten der modernen repräsentativen Politik wies.

Selbst Prinz Wilhelm von Preussen, anfangs weitaus konservativer eingestellt als Stahl es jemals gewesen war, passte sich schnell an die neue Situation an. «Hin ist hin!», schrieb er in einem bemerkenswerten Brief an die Regierung Camphausen nur drei Wochen nach den Märzereignissen. «Man kann darüber noch lange in preussischen Herzen trauern, aber zurückzubringen ist nichts; möge man jeden Versuch der Art aufgeben!» Nun sei es die «Aufgabe jedes Patrioten, getrost das neue Preussen anzuschauen und wieder aufbauen [zu] helfen».[75] Der «Kartätschenprinz» kehrte im Sommer 1848 aus England zurück, bereit, innerhalb der nachrevolutionären Ordnung mitzuarbeiten. Die Politik des traditionellen Konservatismus, geprägt von einem frommen Legitimismus und

der Verbundenheit mit den ständischen Strukturen, wirkte nun beschränkt, selbstbezogen und rückschrittlich. Es war, wie Ministerpräsident Manteuffel den konservativen ländlichen Gegnern der Steuerreform vorhielt, undenkbar, dass der preussische Staat weiterhin «wie ein Rittergut verwaltet werden könne»[76]. Mit ihrer Weigerung, die neue Ordnung zu akzeptieren, riskierten die Exponenten eines unveränderten Vormärzkonservatismus, als Opponenten, wenn nicht gar als Verräter gesehen zu werden.

Darüber hinaus ermöglichte die Revolution dem preussischen Staat die Reform des Steuersystems. Neben anderen Dingen konnte die Regierung sich nun endlich der Fesseln des Hardenberg'schen Staatsschuldengesetzes entledigen, das die öffentlichen Ausgaben in der Restaurationsära begrenzt hatte. Die vorangegangene Regierung hatte sich, erklärte etwa ein Abgeordneter der preussischen Nationalversammlung im März 1849, strikt geweigert, die für die Entwicklung des Landes notwendigen Gelder bereitzustellen. Nun jedoch stünden die Abgeordneten auf der Seite der Regierung und würden hinfort sämtliche zum Ausbau der Transportwege und zur Förderung des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft erforderlichen Mittel bewilligen.[77] Weder die 1851 eingeführte neue Einkommenssteuer (deren Legitimität in ihrer Ableitung aus dem Wahlrecht gesehen wurde) noch die lange erwartete Reform der alten Grundsteuer zehn Jahre später wären vor der Revolution durchsetzbar gewesen.[78] Dank des nun reichlich fliessenden Geldes konnten sich die preussischen Regierungen der fünfziger Jahre eine substanzielle Erhöhung der öffentliche Investitionen in kommerzielle und Infrastrukturprojekte leisten, und zwar nicht nur in absoluten Zahlen, sondern auch im Verhältnis zu den Verteidigungsausgaben, die traditionell den Löwenanteil am preussischen Staatshaushalt verschlungen hatten.[79] Auch das Problem der Mittelbeschaffung für die Ostbahn, das die Regierung 1847 zur Einberufung des Vereinigten Landtages veranlasst hatte, wurde durch die neue Verfassung gelöst; 33 Millionen Taler wurden nun für dieses Projekt und zwei weitere nicht vollendete Haupttrassen genehmigt.[80]

Hinter dieser ungewohnten Freigebigkeit stand die sich immer mehr durchsetzende Überzeugung, dass der Staat das Recht und die Pflicht habe, öffentliche Mittel zum Zwecke der Modernisierung zu verwenden[81] – Argumente, die von der zeitgenössischen Wirtschaftstheorie in Deutschland unterstützt wurden, die sich Mitte des 19. Jahrhunderts von den strikt antistaatlichen Positionen der

deutschen «Freihandelsschule» ab- und der Auffassung zuwendete, dass dem Staat gewisse makroökonomische Aufgaben zufielen, die durch Einzelne oder Gruppen innerhalb der Gesellschaft nicht erfüllt werden konnten.[82] Hand in Hand mit dieser ganzheitlichen Sicht der ökonomischen Kompetenz des Staates ging das Beharren auf die Notwendigkeit, regulative Instrumentarien zu entwickeln, die auf einen alles überspannenden, vorab entwickelten Plan abgestimmt waren. Während der Wirtschaftskrise von 1846 bis 1848 hatten mehrere prominente preussische Liberale gefordert, der Staat solle die Eisenbahnen im Königreich übernehmen und zu einem «organischen Ganzen» vereinen.[83] Aber es sollte bis in die fünfziger Jahre dauern, ehe sich der preussische Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten und spätere Finanzminister August von der Heydt, ein liberaler Bankier aus Elberfeld, an die schrittweise «Verstaatlichung» der preussischen Eisenbahnen wagte, geleitet von der Überzeugung, dass nur der Staat ein für den Staat insgesamt vernünftiges System erschaffen könne – private Interessen allein würden dazu nicht ausreichen. Dabei konnte er auf die volle Unterstützung des Abgeordnetenhauses zählen. Eine parlamentarische Eisenbahnkommission zur Beratung der Regierung gelangte zu dem Schluss, dass die Regierung die Übertragung aller Eisenbahnen in den Staatsbesitz verfolgen müsse, und zwar unter Einsatz aller verfügbaren Mittel.[84]

Andererseits erforderten die impliziten Bedingungen des nachrevolutionären Arrangements auch, dass der Staat zu Zeiten in den Hintergrund trat und die Autonomie der Wirtschaft respektierte. Eben dies war der Fall 1856, als konservative Kabinettsmitglieder die Ausbreitung von so genannten Kommanditgesellschaften auf Aktien (KGaA) im Königreich unterbinden wollten. Bei diesen Gesellschaften handelte es sich im Prinzip um Investitionsinstrumente, mit denen die Privatwirtschaft den Widerstand der Regierung gegen die Zulassung von Aktienbanken zu umgehen suchte. Die Konservativen (darunter auch der König selbst) sahen in diesen Institutionen eine dubiose französische Neuerung, die hochriskanten Spekulationen Vorschub leistete und geneigt war, die gesellschaftliche Ordnung zu untergraben. Deshalb legte das Kabinett 1856 den Entwurf eines Dekrets vor, das die Gründung von Kommanditgesellschaften auf Aktien verbot. Manteuffel, der von führenden Geschäftsleuten kontaktiert worden war, konnte diesen Vorstoss abwenden, und nach und nach gab die Regierung ihre Bemühungen auf, den Kreditfluss an private Finanzinstitutionen zu kontrollieren. Selbst in der Kohle- und der Stahlindustrie, die traditionell einer

starken staatlichen Überwachung unterworfen waren, gelang es einzelnen Unternehmern, eine Lockerung der staatlichen Aufsicht auszuhandeln.[85]

Nach 1848 wurden auch Massnahmen zur Gewährleistung der Einheit und Kohärenz der Zentralverwaltung ergriffen. 1852 brachte Manteuffel den König dazu, per Kabinettsorder den Ministerpräsidenten als alleinigen Träger der offiziellen Kommunikation zwischen dem Kabinett und dem Monarchen zu bestimmen. Dieses wichtige Dokument signalisierte nun endlich den Versuch, die Verwaltungseinheit herzustellen, für die Hardenberg zu Beginn des 19. Jahrhunderts gekämpft hatte, stellte aber zugleich eine Antwort auf die Herausforderung der Revolution dar, die den König in die Arme seiner Hofkamarilla gedrängt und damit die Einheit der obersten Exekutive gefährdet hatte. Auf kurze Sicht allerdings reichte die Kabinettsorder nicht aus, den Einfluss der Höflinge, Intriganten und Günstlinge zu eliminieren. Manteuffel litt, wie alle seine Vorgänger, unter den unablässigen Intrigen der Ultrakonservativen, die sich um den König scharten. 1855 erreichte das Intrigieren einen Höhepunkt, als nach dem Ausbruch des Krimkrieges die politische Elite in die üblichen westlichen und östlichen Fraktionen zerfiel. Die Ultras, die eine Allianz mit dem autokratischen Russland favorisierten, taten ihr Möglichstes, den König von seiner Zusage zur Neutralität abzubringen.

Manteuffel, den diese Machenschaften und die Ungewissheit, ob er noch das Vertrauen des Königs genoss, zutiefst beunruhigten, bediente sich in dieser Situation eines Spions, der ihm Kopien vertraulicher Unterlagen aus den Häusern führender Reaktionärer besorgte. Zu den Ausspionierten gehörte auch der angesehene Leopold von Gerlach, der dem König immer noch treu als Generaladjutant diente. Die Verlegenheit war gross, als der fragliche Spion, ein ehemaliger Leutnant namens Carl Techen, von der Polizei geschnappt wurde und im Verhör zugab, dass er die Dokumente im Auftrag des Ministerpräsidenten besorgt hatte. Noch peinlicher wurde es, als einer der gestohlenen Briefe belegte, dass Gerlach selbst einen Spion auf Prinz Wilhelm, den Bruders des Königs, angesetzt hatte, der damals als einflussreicher Gegner eines Bündnisses mit Russland galt. Wie dieses «preussische Watergate»[86] zeigte, war die Problematik der Vorzimmerpolitik noch immer nicht gelöst. Die preussische Zentralregierung war nach wie vor eine lose Versammlung von Interessengruppen im Umkreis des Königs. Nichtsdestotrotz wurde mit der Kabinettsorder von 1852 ein wichtiger erster Schritt getan. In den Händen des weitaus skrupelloseren und

ehrgeizigeren Otto von Bismarck, sollte sie sich als ein Mechanismus zur Machtbündelung erweisen, der ausreichte, ein gewisses Mass an Einheit im Kabinett und in der Verwaltung zu gewährleisten.

Die Jahre, die auf die Revolution von 1848 folgten, brachten auch eine Neuverhandlung der Beziehung zwischen der Regierung und den Regierten. Die Revolution hatte eine Phase des besser organisierten, pragmatischeren und flexibleren Umgangs mit der Presse eingeläutet, als das zu Zeiten der Restauration der Fall gewesen war. Ein zentrales Merkmal dieses Wandels war die Aufhebung der Zensur. Die Zensur – im Sinne der Prüfung von Druckwerken auf politisch sensible Themen vor der Veröffentlichung – war in der Restaurationsphase ein wichtiges staatliches Herrschaftsinstrument gewesen und ihre Abschaffung eine der zentralen Forderungen der liberalen und radikalen Opposition im Vormärz. Im Gefolge der Märzereignisse wurde in allen deutschen Staaten die Zensur aufgehoben und die Pressefreiheit in Gesetzen und Verfassungen verankert. Natürlich wurden viele der 1848 verabschiedeten liberalen Pressegesetze im Zuge der Wiederherstellung der Ordnung wieder abgeschafft, das war allerdings – zumindest in den meisten Staaten – nicht mit der Rückkehr zu den Vormärzzuständen gleichzusetzen. In Preussen wie auch einer Reihe weiterer deutscher Staaten verlagerte sich der Schwerpunkt von der aufwendigen Vorzensur von Druckwerken auf die Überwachung der politischen Gruppen, die sie herausgaben. Somit überdauerte ein wichtiges Element des liberalen Programms das Scheitern der Revolution.[87]

Dies war eine entscheidende Veränderung, da die Ablösung der präventiven durch eine repressive Zensurpolitik das obrigkeitsstaatliche Vorgehen öffentlich machte. Zeitungen und Journale konnten nun erst nach ihrem Erscheinen belangt werden, sprich, nachdem der «Schaden» bereits angerichtet war. Die Behörden standen somit unter zunehmendem Druck, andere, weniger offenkundige Mittel zur Beeinflussung der Presse zu finden. Zur gleichen Zeit bewirkten die Differenzen zwischen Polizeibehörden, Gerichten und verantwortlichen Ministerien hinsichtlich der Frage, welche gedruckten Äusserungen gesetzeswidrig seien, dass die Bemühungen der Ersteren häufig durchkreuzt wurden. Dieses Problem war besonders virulent unter Ministerpräsident Manteuffel, dessen Vorstellungen davon, was in Druckform zulässig sei und was nicht, erheblich von denen des extrem konservativen Innenministers Ferdinand von Westphalen abwichen.[88] Die Tatsache, dass nun – zumindest theoretisch – jeder Bürger das

Recht besass, seine Meinung in gedruckter Form zu publizieren, stellte die Grundlage für all jene dar, die mit der Produktion von politischem Lesestoff – Buch- und Zeitungshändler, Verleger und Redakteure – befasst waren, die Behörden mit Petitionen, Verfassungsbeschwerden und Einsprüchen zu überziehen. In solchen Fällen hatten es die Behörden dann nicht nur mit einem einzelnen Journalisten oder Redakteur zu tun, sondern mit dem gesamten Unterstützerkreis der jeweils betroffenen Publikation.[89]

Die Expansion der politischen Druckwerke und der politisierten lesenden Öffentlichkeit, die während der Revolution stattgefunden hatte, erwies sich wie in den meisten europäischen Staaten auch in Preussen als irreversibel. Die Regierung in Berlin reagierte auf dieses Problem mit einem flexiblen und koordinierten Ansatz zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Wie in so vielen anderen Bereichen der administrativen Innovation war es also auch hier die Revolution, welche die Reformen bedingte und vorantrieb. Im Sommer 1848 wurde unter der liberalen Regierung von Ministerpräsident Auerswald im preussischen Innenministerium ein «Literarisches Kabinett» eingerichtet. Es sollte die offizielle Antwort sowohl auf die liberale politische Kritik als auch die grundsätzlichere antikonstitutionelle Opposition der Altkonservativen und ihres Zentralorgans, der *Neuen Preussischen Zeitung,* koordinieren.[90] Das erste Literarische Kabinett brach nach dem Regierungswechsel im November 1848 auseinander, wurde aber im darauffolgenden Monat unter Otto von Manteuffel wieder einberufen und weitete in der Folgezeit seine Aktivitäten nach und nach aus. So betrieb es die strategische Platzierung regierungsfreundlicher Artikel in wichtigen Zeitungen und erwarb mit der *Deutschen Reform* eine halboffizielle Zeitung, welche die Kabinettslinie unterstützen und zugleich den Anschein und die Glaubwürdigkeit einer unabhängigen Publikation wahren sollte. Am 23. Dezember 1850 schliesslich wurde die Koordination der Pressepolitik in der Zentralstelle für Presseangelegenheiten zusammengefasst und institutionalisiert. Zu den Aufgaben der Zentralstelle zählten die Verwaltung von Mitteln zur Subventionierung von Zeitungen, deren Überwachung sowie die Pflege der «Beziehungen» zur in- und ausländischen Presse.[91] Die Zentralstelle gab auch eine eigene Zeitung heraus, *Die Zeit,* die für ihre scharfen Attacken auf die führenden Sprecher des konservativen Lagers bekannt war, so auf Otto von Bismarck, den Pietisten Hans Hugo von Kleist-Retzow und selbst auf den Innenminister Westphalen.[92]

Manteuffel hielt die Zeit für gekommen, über die traditionell konfrontative Beziehung zwischen Presse und Staat hinauszugehen, die vor 1848 die Norm gewesen war. Die Regierung sollte sich nicht direkt in die politische Debatte einmischen, sondern durch die Zentralstelle eine «möglichst freie, organische Wechselwirkung aller Glieder des Staates und der Presse» einleiten und im Vorfeld innerhalb der Presse aktiv auf die richtige Einstellung zur Regierungsarbeit hinarbeiten. Zudem sollte die Regierung über privilegierte Quellen in den verschiedenen Ministerien ihre Sichtweise wichtiger Vorgänge im In- und Ausland wirksamer lancieren.[93] In den frühen fünfziger Jahren gelang es der Zentralstelle, ein Netzwerk an Pressekontakten aufzubauen, das weit in die Provinzpresse hineinreichte. Kooperative Blätter wurden finanziell unterstützt und erhielten Zugang zu privilegierten Informationen. Viele lokale Zeitungen wurden finanziell abhängig von den diversen Vorzügen, die eine Mitarbeit im System mit sich brachte: Anzeigeneinnahmen für offizielle Verlautbarungen, Subventionen, Sammelabonnements von Ministerien und so weiter.

Manteuffels Innovation markierte also den Übergang von einem System, das auf dem Ausfiltern missliebigen Pressematerials durch einen schwerfälligen Zensurapparat basierte, hin zu einem stärker nuancierten Verfahren der Nachrichten- und Informationssteuerung. All dies belegte eindrucksvoll die Unumkehrbarkeit der Veränderungen, die das Jahr 1848 mit sich gebracht hatte. «Wenn jedes Jahrhundert neue geistige Mächte in den Kreis des traditionellen Lebens hat treten sehen, die nicht zu vernichten, sondern zu verarbeiten waren», schrieb Manteuffel im Juli 1851, «so erkennt unsere Generation die Presse als eine solche Macht. Ihre Bedeutung ist gestiegen mit der erweiterten Teilnahme des Volkes an den öffentlichen Angelegenheiten, eine Teilnahme, welcher vorzüglich die Tagespresse teils ihren Ausdruck, teils ihre Nahrung und Richtung gibt.»[94] Zu denen, die damit betraut waren, Manteuffels Geld unter willfährigen Journalisten und Herausgebern zu verteilen, gehörte kein anderer als Otto von Bismarck, der 1851 seinen Posten als preussischer Gesandter beim Frankfurter Bundestag antrat.

KAPITEL 15

Vier Kriege

Nach 1815 stand Preussen nahezu ein halbes Jahrhundert an den Seitenlinien der europäischen Machtpolitik, lavierte im Windschatten der Grossmächte, vermied es sich festzulegen und ging Konflikten aus dem Weg. Preussen achtete darauf, seine mächtigen Nachbarn nicht zu provozieren und fand sich mit der russischen Vormundschaft über seine Aussenpolitik ab. Preussen war die einzige grössere europäische Macht, die im Krimkrieg (1854-1856) neutral blieb. Auf einige Zeitgenossen erweckte das preussische Verhalten gar den Eindruck, das Land habe sich aus dem Konzert der grossen europäischen Mächte verabschiedet. Preussen, so schrieb die *Times* 1860 in einem Leitartikel, «stützt sich immer bei jemandem ab, sucht immer jemanden, der ihm hilft, ist nie bereit, selbst zu helfen [...], anwesend auf Kongressen, aber abwesend in Schlachten [...], bereit, jede beliebige Menge an Idealen oder Gefühlen beizusteuern, aber scheu gegenüber allem, was nach Realität schmeckt. Es hat eine grosse Armee, aber eine, die bekannt dafür ist, nicht kampfbereit zu sein [...]. Niemand zählt es zu seinen Freunden; niemand fürchtet es als seinen Feind. Wie Preussen zu einer Grossmacht aufstieg, sagt uns die Geschichte; warum es immer noch eine ist, kann niemand sagen.»[1]

Und doch gelang es dem Königreich Preussen binnen elf Jahren nach dieser scharfen Kritik mit einer Reihe militärischer und politischer Grosstaten, die die Welt in Staunen versetzten, die Schlagkraft seiner Armee wieder herzustellen, Österreich aus Deutschland zu vertreiben, die militärische Macht Frankreichs zu brechen, einen neuen Nationalstaat zu errichten und die europäische Machtbalance radikal zu verändern.

Der italienische Krieg

Dass innerhalb von zehn Jahren sowohl Italien als auch Deutschland ihre Einheit erreichten, war kein Zufall. Die kulturelle Vorgeschichte des deutschen Nationalstaates reicht zwar bis in das 18. Jahrhundert und darüber hinaus zurück,

doch die Verkettung von Ereignissen, die die deutsche Einheit zu einer *politischen* Möglichkeit machte, setzte mit dem zweiten italienischen Einigungskrieg ein. Am 26. April 1859 erklärte Österreich dem norditalienischen Königreich Piemont-Sardinien den Krieg. Dieser Konflikt brach nicht unvermittelt aus, sondern war im Voraus geplant worden. Im Sommer 1858 hatte der piemontesische Ministerpräsident Camillo Graf Benso di Cavour ein Defensivbündnis mit dem französischen Kaiser Napoleon III. geschlossen. Im Frühjahr 1859 liess Cavour mit der Absicht, Wien zu provozieren, piemontesische Truppen an der Grenze zur österreichischen Lombardei aufmarschieren. Die darauf erfolgte österreichische Kriegserklärung aktivierte die im Geheimvertrag festgelegte französische Beistandspflicht, und in der erstmals per Eisenbahn erfolgten Mobilmachung schickte Frankreich Truppen über die Alpen. Bis Anfang Juli hatten die vereinten französisch-piemontesischen Truppen nach zwei grösseren Siegen gegen die Österreicher bei Magenta (am 4. Juni) und Solferino (24. Juni) die Lombardei erobert. Piemont annektierte die Lombardei; die Herzogtümer Parma, Modena und das Grossherzogtum Toskana sowie die zum Kirchenstaat gehörende Romagna wurden zu einer Union mit Turin überredet. Damit beherrschte Piemont nun den gesamten Norden der Halbinsel, und die Dinge wären vielleicht so geblieben, wenn nicht im Süden Freiwilligenverbände unter dem Kommando von Giuseppe Garibaldi eine Invasion unternommen und das Königreich beider Sizilien unter ihre Herrschaft gebracht hätten. Damit war der Weg frei für die Vereinigung des grössten Teils der Halbinsel unter der Führung der piemontesischen Monarchie. Am 17. März 1861 wurde das Königreich Italien ausgerufen.

Der gerade inthronisierte neue preussische König Wilhelm I., der allerdings schon seit Oktober 1858 für seinen Bruder die Regentschaft übernommen hatte, und sein Aussenminister Alexander von Schleinitz reagierten auf diese Ereignisse mit der gewohnten preussischen Umsicht. In dem sich zuspitzenden französisch-österreichischen Konflikt blieb Berlin neutral und entschied sich weder für die «konservative» Option einer Allianz mit Wien noch für die «liberale» Option einer Partnerschaft mit Frankreich. Es gab die üblichen Versuche Preussens, in Deutschland die eigene Position auf Kosten Österreichs zu verbessern. So versprach Berlin Österreich, es im Kampf gegen Frankreich zu unterstützen, allerdings nur unter der Bedingung, dass Preussen das Kommando über alle nichtösterreichischen Bundeskontingente erhielt. Dieser Vorschlag, der an die

sicherheitspolitischen Initiativen Bernstorffs und Radowitz' in den Krisenjahren 1830 bis 1832 und 1840/1841 erinnerte, wurde vom Wiener Kaiser aus Prestigegründen zurückgewiesen. Ungefähr zur gleichen Zeit verlegte Berlin grosse Truppenkontingente ins Rheinland, um Napoleon III. davon abzuhalten, sein Operationsgebiet bis ins westliche Deutschland hinein auszudehnen. Keine dieser Massnahmen war bemerkenswert oder überraschend. In ihrer Reaktion auf die Krise in Italien (und die damit zusammenhängende Gefahr eines französischen Militärschlags) verharrte die preussische Regierung in den ausgefahrenen Bahnen einer vorsichtigen dualistischen Rivalität, in der sie direkte Konfrontationen zu vermeiden suchte und gleichzeitig die Chance ergriff, den preussischen Einfluss auf österreichische Kosten zu mehren.

Im Rückblick jedoch wird deutlich, dass der Krieg in Italien die preussische Nationalpolitik auf eine neue Grundlage stellte. Die Parallelen zwischen der Lage in Italien und der in Deutschland waren auch für die Zeitgenossen offenkundig. In beiden Fällen stand neben einem (innerhalb der gebildeten Elite) ausgeprägten Gefühl der historischen und kulturellen nationalen Einheit die Tatsache der dynastischen und politischen Zersplitterung (auch wenn es in Italien nur sieben gegenüber 39 deutschen Einzelstaaten gab). In beiden Fällen war es Österreich, das der nationalen Konsolidierung im Wege stand. Auch zwischen Piemont und Preussen gab es auffällige Parallelen. Beide Staaten waren für ihre selbstbewusste Bürokratie und ihre auf Modernisierung ausgerichteten Reformen bekannt, und beide waren (seit 1848) konstitutionelle Monarchien. Hier wie da war versucht worden, den im Volk verankerten Nationalismus zu unterdrücken und gleichzeitig im Namen des Nationalismus den eigenen Einfluss über die kleineren Staaten zu stärken. So fiel es den Protagonisten der kleindeutschen Lösung einer preussisch geführten Union nicht schwer, die Ereignisse in Italien in den Jahren 1859 bis 1861 auf die deutsche politische Landkarte zu übertragen.[2]

Am italienischen Krieg wurde auch offenkundig, dass sich innerhalb des europäischen politischen Systems Verschiebungen vollzogen hatten, deren wichtigste die Entfremdung zwischen Österreich und Russland war. 1848 hatten die Russen die Doppelmonarchie im Kampf gegen die ungarische Nationalbewegung noch vor der Teilung bewahrt. Im Krimkrieg von 1854 bis 1856 jedoch hatte sich Österreich der antirussischen Koalition angeschlossen, eine folgenschwere Entscheidung, die in St. Petersburg als offener Verrat gewertet wurde.

Dadurch hatte sich Wien unwiderruflich die russische Unterstützung verscherzt, die bis dato der Eckpfeiler der österreichischen Aussenpolitik gewesen war.[3] Cavour war der erste europäische Politiker, der vorexerzierte, wie andere Staaten dieses veränderte Verhältnis zu ihren Gunsten ausnutzen konnten.

Die Ereignisse des Jahres 1859 waren auch in anderer Hinsicht aufschlussreich. Unter Napoleon III. entwickelte sich Frankreich zu einer Macht, die willens war, die 1815 in Wien formulierte europäische Ordnung mit Gewalt zu verändern. Die Preussen mussten die alte Bedrohung aus dem Westen nun stärker als jemals zuvor empfinden. Die Schockwirkung der französischen Intervention in Italien wurde noch verstärkt durch die Erinnerung an Napoleon I., dessen Aufstieg mit der Unterwerfung der italienischen Halbinsel begonnen und sich mit dem Einmarsch im Rheinland fortgesetzt hatte. Auch wenn die preussische Mobilmachung von 1859 nicht unbedingt das Desaster war, als das sie von vielen Historikern dargestellt wird, half sie doch auch nicht, das Gefühl der Verwundbarkeit gegenüber einem wieder erstarkten bonapartistischen Frankreich zu mindern.[4] Die Österreicher wiederum hatten erbittert um ihre italienischen Besitzungen gekämpft und der französisch-piemontesischen Streitmacht bei Magenta und Solferino Verluste in Höhe von 18.000 Mann zugefügt. Würde Wien nicht ebenso entschlossen um die Bewahrung seiner politischen Vorherrschaft innerhalb eines geteilten Deutschlands kämpfen? Überdies befand sich Preussen im Vergleich zu Piemont insofern in einer schlechteren Position, als man davon ausgehen musste, dass sich die mittelgrossen Staaten des «Dritten Deutschland» – anders als die kleinen norditalienischen Fürstentümer – in einem offenen Konflikt der beiden potenziellen deutschen Hegemonialmächte auf die Seite der Österreicher schlagen würden. «Die feindselige Stimmung, in welcher fast ganz Deutschland sich seit 40 Jahren gegen Preussen befindet», schrieb Prinzregent Wilhelm am 26. März 1860 an Schleinitz, sei «seit einem Jahr in entschiedenem Wachsen begriffen .»[5]

Der italienische Krieg hob somit die zentrale Bedeutung der Armee zur Lösung tief sitzender machtpolitischer Konflikte hervor, und innerhalb der preussischen Militärführung setzte sich denn auch die Erkenntnis durch, dass Preussen seine Armee reformieren und stärken musste, sollte sie den Herausforderungen gewachsen sein, die ihr in der nahen Zukunft bevorstanden. Dies war keineswegs ein neues Problem. Seit Beginn des Jahrhunderts hatte die Armee-

grösse aufgrund finanzieller Beschränkungen nicht mit dem Bevölkerungswachstum im Land Schritt gehalten – um 1850 herum wurde nur rund die Hälfte der wehrpflichtigen jungen Männer eines Jahrgangs eingezogen. Dazu kamen die Zweifel an der Qualität der von den Militärreformern Scharnhorst und Boyen zum Kampf gegen Napoleon gegründeten Landwehr, da bei der Ausbildung ihrer Offiziere weit weniger hohe Massstäbe angesetzt wurden.

Angeführt wurde die Kampagne zur Militärreform vom neuen Regenten, Prinz Wilhelm von Preussen. Wilhelm war bereits 61 Jahre alt, als er im Oktober 1858 als Regent die Regierungsgeschäfte von seinem Bruder übernahm, der nach mehreren Schlaganfällen nicht mehr handlungsfähig war. Wilhelms emotionale Bindung an die preussische Armee wurzelte tief in seiner Biografie: Seit seinem sechsten Lebensjahr trug er Uniform, am 1. Januar 1807 wurde er, gerade einmal neun Jahre alt, zum Offizier ernannt, und zu Weihnachten desselben Jahres erhielt er das Leutnantspatent. Seine ersten Erfahrungen im Dienst waren verbunden mit der Erinnerung an die napoleonische Invasion und die Flucht der königlichen Familie nach Ostpreussen. Im Gegensatz zu seinem geistig beweglicheren älteren Bruder missfielen Wilhelm seine sonstigen Lektionen, er fühlte sich nur glücklich in Gesellschaft seiner Mitkadetten und Militärausbilder.[6] Nach dem Tod der viel geliebten Mutter im Jahre 1810 wurde der von Kameradschaft geprägte Militärdienst für ihn noch wichtiger. Dabei galt Wilhelms Leidenschaft ganz der regulären Armee, nicht den Hilfsmilizen der Landwehr. Wilhelm fühlte sich von der zivilen Gesinnung der Landwehr abgestossen, die er als militärisch ineffektiv und politisch unzuverlässig ansah. Boyen und Scharnhorst hatten den Aufbau einer militärischen Einrichtung angestrebt, die die patriotische Begeisterung der Menschen aufnahm und für sich nutzte. Wilhelm und seine Militärberater hingegen strebten eine Armee an, die sich allein dem Willen des Souveräns verpflichtet fühlte.

Wilhelm zu unterstellen, dass er bereits zu diesem Zeitpunkt die Vereinigung Deutschlands durch eine preussische Militärintervention plante, wäre übertrieben. Allerdings besteht kein Zweifel daran, dass er ein begeisterter Fürsprecher einer stärkeren deutschen Union in irgendeiner Form war – und dass er sich diese unter preussischer Führung vorstellte. Wilhelm hatte den Enthusiasmus seines Bruders für die gescheiterte Erfurter Union geteilt und war enttäuscht über den Rückzieher Preussens in der «Olmützer Punktation». «Wer Deutsch-

land regieren will, muss es sich erobern [...]», hatte er 1849 geschrieben. «Ob die Zeit zu dieser Einheit schon gekommen ist, weiss Gott allein! Aber dass Preussen bestimmt ist, an die Spitze Deutschlands zu kommen, liegt in unserer ganzen Geschichte, – aber das Wann und Wie darauf kommt es an.» Während seiner Zeit als Generalgouverneur von Rheinland und Westfalen von 1849 bis 1857 knüpfte er Kontakte zu liberalen Anhängern einer «kleindeutschen» Lösung unter preussischer Führung. «Gewiss wird Preussens Geschick dereinst sich erfüllen und es an der Spitze Deutschlands stehen», schrieb er im April 1851.[7]

Preussen benötigte, wollte es eine aggressivere deutsche Politik verfolgen, ein flexibles und höchst schlagkräftiges Militär. Wilhelm und seine Berater wollten die Grösse der preussischen Armee verdoppeln, und zwar durch die Erhöhung der jährlich ausgehoben Rekrutenzahl und die Verlängerung der Grundausbildung um sechs Monate auf drei Jahre. Zudem strebte der Regent eine klarere Trennung zwischen der regulären Armee und der Landwehr an, die von den Feld- und regulären Reserveeinheiten getrennt und auf untergeordnete Positionen in der Etappe relegiert werden sollte.

Die Forderung der Regierung nach einer Heeresreform war gar nicht mal umstritten. Die Militärausgaben waren seit 1848 gesunken, und die liberale Mehrheit im Abgeordnetenhaus teilte ganz überwiegend die Ansicht, dass Preussen eine stärkere Armee benötigte, sollte es weiterhin unabhängig agieren können. Die Ereignisse des Jahres 1859 hatten die Hoffnungen der liberalen Nationalisten vor allem in Norddeutschland neu entfacht, eine Begeisterung, die im September 1859 in der Gründung des Deutschen Nationalvereins kulminierte. Dem von dem hannoverschen Gutsbesitzer Rudolf von Bennigsen angeführten elitären Verein gehörten mehrere Tausend Parlamentsabgeordnete, Universitätsprofessoren, Juristen und Journalisten an, deren Ziel es war, die preussische Regierung für die kleindeutsche Sache zu gewinnen.

Das eigentliche Problem war die Frage der politischen Beziehung zwischen Armee und Abgeordnetenhaus, wobei vor allem drei Punkte des Reformprogramms der Regierung auf den Widerstand der Liberalen stiessen. Der erste Punkt war die Absicht, der Landwehr auch noch den letzten Rest an Selbstständigkeit zu nehmen. Die Militärs sahen in der Landwehr ein überholtes Relikt aus einer vergangenen Zeit, für viele Liberale aber stellte sie nach wie vor die Verkörperung ihres Ideals einer wirklichen Volksarmee dar. Der zweite Streit-

punkt war das Beharren des Königs auf einer dreijährigen Ausbildungszeit, was die Liberalen ablehnten, zum Teil aus Kostengründen, zum Teil aus der – nicht ganz unbegründeten – Überzeugung heraus, die dreijährige Dienstzeit sei weniger eine militärische als vielmehr eine politische Massnahme, um neben der militärischen Ausbildung auch ausreichend Zeit für die Indoktrination der Soldaten mit konservativen und militaristischen Werten zu haben. Drittens und eigentlich ging es um die zentrale Frage der beispiellosen ausserkonstitutionellen Befehlsgewalt des Monarchen über die Armee – sprich um seine persönliche Kommandogewalt.[8]

Auseinandersetzungen über das Militär waren im preussischen politischen System nach 1848 geradezu vorprogrammiert. Die Frage wies eine konstitutionelle wie auch allgemeinere gesellschaftliche Dimension auf. Das konstitutionelle Problem bestand schlicht darin, dass der König und das Parlament potenziell kollidierende Kompetenzen im militärischen Bereich besassen. Der König war für Befehlsfunktionen und im Allgemeinen für die Zusammensetzung und Funktionalität des Militärs verantwortlich, die Budgethoheit aber lag beim Parlament. In den Augen der Krone war die Armee eine in persönlicher Loyalität an den König gebundene und vom Parlament unabhängige Organisation, die liberalen Abgeordneten hingegen vertraten die Auffassung, ihre Etatmacht impliziere in gewissem Umfang auch das Recht, über die innere Verfassung der Armee mitzubestimmen. Neben der Ausgabenkontrolle hiess das, auch darauf zu achten, dass die Armee die Werte der allgemeinen politischen Kultur widerspiegelte – eben der Streitpunkt, der schon die Verfassungskrise von 1848 ausgelöst hatte. Für beide Seiten waren die fraglichen Punkte von konstitutiver Bedeutung. Für Wilhelm war die Kommandogewalt ein unveräusserlicher Bestandteil seiner Hoheitsgewalt, die Liberalen wiederum kritisierten, die Beschränkung ihrer Haushaltskompetenzen oder die Errichtung einer reaktionären Prätorianergarde zum Zwecke der inneren Unterdrückung würden die dem Parlament unter der neuen Verfassung gewährten Rechte ad absurdum führen.

Der daraus resultierende militärisch-konstitutionelle Konflikt legte das 1848 begründete preussische Verfassungssystem nach und nach lahm. Anfang 1860 präsentierte die Regierung dem Parlament zwei Gesetze, eines, das die Heeresreform umriss, und ein zweites, in dem die dafür erforderlichen Mittel bewilligt wurden. Für Wilhelm unterschieden sich diese beiden Gesetze in ihrem konsti-

tutionellen Status; in der Frage der Finanzierung gestand er dem Parlament ein Mitspracherecht zu, da das Haushaltsrecht ein zentrales Element des Landtages darstellte. Andererseits weigerte er sich, den Abgeordneten das Recht zuzugestehen, über die Einzelheiten der vorgeschlagenen Heeresreform zu bestimmen, da diese seiner Auffassung nach in den Kompetenzbereich der königlichen Kommandogewalt fielen. Das Parlament reagierte auf dieses Manöver damit, dass es die zusätzlich erforderlichen Mittel nur provisorisch bewilligte – ein taktisch unkluger Zug, da die Regierung damit die erste Phase der Reformen in Angriff nehmen konnte, obwohl noch keine endgültige Genehmigung erteilt worden war.

Unterdessen setzte in den Reihen der Liberalen ein politischer Radikalisierungsprozess ein. Im Januar 1861 spalteten sich 17 Abgeordnete von der liberalen Hauptfraktion ab und gründeten eine Gruppe, aus der die Deutsche Fortschrittspartei hervorgehen sollte. In der Annahme, ein konservativeres Parlament würde der Regierung leichteres Spiel bieten, löste Wilhelm nun die Abgeordnetenkammer auf und berief Neuwahlen ein. Doch die neue Kammer, die Ende 1861 zusammentrat, wurde noch stärker von den Liberalen und insbesondere der Fortschrittspartei mit über 100 Abgeordneten dominiert. Die in den 1850er Jahren tonangebende konservative Fraktion zählte gerade mal noch 15 Abgeordnete. Das neu gewählte Abgeordnetenhaus war natürlich ebenso wenig wie seine Vorgänger gewillt, der Heeresreform zuzustimmen – und wurde bereits im Frühjahr 1862 wiederum aufgelöst. Die daraufhin im Mai 1862 abgehaltenen Neuwahlen bestätigten nur die Ausweglosigkeit der Situation – mit über 230 der insgesamt 325 Abgeordneten stellten die Liberalen erneut die grosse Mehrheit.

Mehrere Angehörige der Führungsriege des preussischen Militärs sprachen sich inzwischen für einen unwiderruflichen Bruch mit dem Verfassungssystem aus. Der Einflussreichste unter diesen war der Chef des Militärkabinetts, Edwin von Manteuffel, ein Cousin des früheren Ministerpräsidenten, dessen konservativer Reformismus ganz erheblich zur Sicherung des neuen Verfassungssystems beigetragen hatte. Im Vergleich zu seinem Cousin Otto war Edwin charismatischer und politisch inflexibler, ein Offizier alter Schule, der seine Loyalität gegenüber dem König mit der Lehnstreue des Germanen gegenüber seinem Stammesführer gleichsetzte. Zeitgenössische Stiche zeigen einen überaus maskulinen Mann von sehr aufrechter Haltung und mit dichtem, gewelltem Haar, die untere Gesichtshälfte hinter einem Vollbart verborgen.[9] Als Mitglied des direkt

dem König unterstellten Militärkabinetts stand er ausserhalb der parlamentarisch-konstitutionellen Kontrolle.

Ging es um seine «Ehre» oder die der preussischen Armee (was für ihn offenkundig ein und dasselbe war), war Manteuffel zum Äussersten bereit. Als im Frühjahr 1861 Karl Twesten, ein liberaler Berliner Stadtgerichtsrat, in einem Artikel die vorgeschlagenen Heeresreformen kritisierte und Manteuffel persönlich beschuldigte, der Entfremdung von Armee und Volk Vorschub zu leisten, stellte ihn der General vor die Wahl: unbedingter öffentlicher Widerruf oder Duell. Wiewohl kein guter Schütze, zog Twesten das Duell der Demütigung eines öffentlichen Widerrufs vor. Der Schuss des Stadtgerichtsrats ging weit daneben, Manteuffels Kugel dagegen durchschlug den Arm seines Opponenten. Die Episode verdeutlichte nicht nur die mittlerweile erreichte Polarisierung in dieser Frage, sondern auch die zunehmend rüden Gepflogenheiten im öffentlichen Leben in Preussen nach 1848.

In den ersten Monaten des Jahres 1862 machte sich eine gewisse kollektive Paranoia breit, als Manteuffels extreme Ansichten unter den dem König nahestehenden Konservativen immer mehr Anhänger fanden, doch schlussendlich erwies sich der nachrevolutionäre Konsens als stärker, und die «grosse Stunde» des Generals blieb aus,[10] da weder König Wilhelm I. (Friedrich Wilhelm IV. war im Januar 1861 gestorben) noch die Mehrheit seiner politischen und militärischen Berater ernsthaft einen völligen Bruch mit der Verfassung in Betracht zogen. So plädierte der Kriegsminister und Chefarchitekt der Heeresreform, Albrecht von Roon, dafür, nach Kompromissen zu suchen, die das Verfassungssystem erhalten und gleichzeitig den Kern des Reformprogramms bewahren würden.[11] Und selbst König Wilhelm neigte eher zum freiwilligen Rücktritt als zur Rückkehr zum Absolutismus und stand im September 1862 dem Vernehmen nach kurz davor, zugunsten seines Sohnes, des bekanntermassen liberalen Positionen gegenüber aufgeschlossenen Kronprinzen Friedrich Wilhelm, auf den Thron zu verzichten. Roon allerdings konnte den König überzeugen, davon Abstand zu nehmen und zu einem letzten Notmittel zu greifen: der Berufung Otto von Bismarcks zum preussischen Ministerpräsidenten.

Bismarck

Wer war dieser Otto von Bismarck?

Beginnen wir mit einem Brief, den er im Frühjahr 1834 im Alter von 19 Jahren schrieb. Sein Abgangszeugnis von der Universität Göttingen, wo er seit 1832 Rechts- und Staatswissenschaft studiert hatte, liess auf sich warten, es war also gar nicht klar, wann er sich an der Universität Berlin würde einschreiben können (er tat es dann im Mai 1834). Diese von erzwungener Untätigkeit und Ungewissheit über das, was die Zukunft bringen mochte, erfüllten Tage des Übergangs veranlassten den jungen Bismarck sich zu überlegen, was aus ihm werden würde, sollte er sein Studium nicht abschliessen. Vom Familiengut Kniephof aus schrieb er die folgenden Zeilen an seinen Schulfreund Scharlach:

«Ich werde daher wohl [...] mich einige Jahre mit der rekrutendressierenden Fuchtelklinge amüsieren, dann ein Weib nehmen, Kinder zeugen, das Land bauen und die Sitten meiner Bauern durch unmässige Branntweinfabrikation untergraben. Wenn Du also in zehn Jahren einmal in die hiesige Gegend kommen solltest, so biete ich Dir an, adulterium mit einer jungen mulier facilis et formosa zu treiben, so viel Kartoffelschnaps zu trinken, als Du willst und auf der Hetzjagd den Hals zu brechen, so oft es Dir gut erscheint. Du wirst hier einen fettgemästeten Landwehroffizier finden, einen Schnurrbart, der schwört und flucht, dass die Erde zittert, einen gerechten Abscheu vor Juden und Franzosen hegt und Hunde und Bedienstete auf das Brutalste prügelt, wenn er von seiner Frau tyrannisiert worden. Ich werde lederne Hose tragen, mich zum Wollmarkt in Stettin auslachen lassen, und wenn man mich Herr Baron nennt, werde ich mir gutmütig den Schnurrbart streichen und um zwei Taler wohlfeiler verkaufen; zu Königs Geburtstag werde ich mich besaufen, und vivat schreien, übrigens mich häufig anreissen und mein drittes Wort wird sein: ‚Auf Aehre! superbes Pferd!'«[12]

Dieser Brief verdient so ausführlich zitiert zu werden, weil er die ironische Distanz des jungen Bismarck im Blick auf sein eigenes soziales Milieu belegt – das Milieu der ostelbischen Junker. Bismarck gab gerne den Part des zurückgebliebenen Krautjunkers aus der preussischen Provinz, in Wahrheit jedoch war er ein eher untypischer Vertreter seiner Zunft. Sein Vater, der auf einen fünf Jahrhunderte zurückreichenden Stammbaum adeliger ostelbischer Gutsherren zurückblickte, war noch der Prototyp des Junkers. Ottos Mutter hingegen, Will-

helmine Menken, entstammte einer Akademikerfamilie aus dem sächsischen Leipzig. Ihr Grossvater war Rechtsprofessor gewesen und unter Friedrich dem Grossen als Kabinettssekretär in den preussischen Staatdienst eingetreten.[13]

Wilhelmine Menken nahm die schulische Bildung ihrer Söhne in die Hand, was für Bismarck bedeutete, dass er eine für seine Klasse eher untypische Bildung genoss: er fing nicht mit der Kadettenschule an, sondern als Internatsschüler an der Plamannschen Lehranstalt in Berlin – einer Schule für die Söhne höherer Verwaltungsbeamter – mit einer klassischen bürgerlichen Ausbildung. Von dort wechselte er zuerst ans Friedrich-Wilhelm-Gymnasium und später auf das Gymnasium zum Grauen Kloster, bevor er an den Universitäten Göttingen (1832/33) und Berlin (1834/35) Rechts- und Staatswissenschaft studierte. Darauf folgte ein vierjähriges Referendariat in der preussischen Verwaltung in Aachen und Potsdam. Gelangweilt von der für das Referendariat typischen Eintönigkeit und mangelnden persönlichen Autonomie brach Bismarck zur grossen Bestürzung seiner völlig überraschten Familie die Ausbildung ab und widmete sich der Bewirtschaftung des Gutes Kniephof, wo er die Jahre 1839 bis 1845 verbrachte. In diesem langen Intermezzo gab er den Junker in Reinkultur, genoss das Leben, ass und trank viel und liess sich bereits zum Frühstück Fleisch und Aal auftischen. Ein genauerer Blick auf das Leben des Otto von Bismarck in dieser Zeit jedoch enthüllt auch einige für einen Junker ganz und gar untypische Betätigungen, beispielsweise das ausgiebige Studium der Werke von Hegel, Spinoza, Bauer, Feuerbach und Strauss.

Diese Gegensätze sind wichtig für das Verständnis von Bismarcks politischem Leben. Sein Hintergrund und seine Einstellung erklären in Teilen die gebrochene Beziehung zwischen ihm und den Konservativen, die – zumindest ihrer eigenen Auffassung nach – die natürlichen Vertreter der Land besitzenden Aristokratie waren. Bismarck gehörte nie wirklich zu ihnen, und die Konservativen, die das sehr wohl spürten, trauten ihm auch nie so recht über den Weg. Er hielt nicht viel vom Korporativismus der Altkonservativen und fühlte sich ebenso wenig von einer Weitsicht angezogen, laut der die Junker in ständischer Solidarität ihre Interessen gegenüber dem Staat behaupten mussten. Er hatte wenig Interesse daran, die Rechte der Kreise und Provinzen gegen die Ansprüche der Zentralverwaltung zu schützen, und Revolution und Reform des Staates waren für ihn keineswegs zwei Seiten derselben teuflischen Verschwörung gegen die natürliche historische Ordnung. Im Gegenteil, in Bismarcks Äusserun-

45. Otto von Bismarck im Alter von 32 Jahren. Holzschnitt nach einer anonymen Zeichnung von 1847.

gen zu Politik und Geschichte schien stets ein – zu Zeiten in offene Glorifizierung umschlagender – tiefer Respekt für den absolutistischen Staat und insbesondere seine Fähigkeit zum autonomen Handeln durch. «Wenn er in seinen Reden Preussen beschwor, so war es das Preussen des Grossen Kurfürsten und Friedrichs, niemals die rückwärtsgewandte Utopie eines den Absolutismus und seine Machtansprüche begrenzenden Ständestaates.»[14]

Wie seine Vorfahren mütterlicherseits suchte Bismarck als Erwachsener seine Erfüllung im Dienst für den Staat. Allerdings sollte er dem Staat dienen, ohne jemals sein Diener zu sein. Der Gutsbesitz als Lebensinhalt reichte ihm nicht – dafür war das Dasein als Gutsherr zu beschränkt und langweilig –, aber er verlieh ihm doch ein Gefühl der Unabhängigkeit. Die Verbindung zu seinem Gut und die damit einhergehenden Gefühle von Herrschaft und Isoliertheit waren ein zentraler Pfeiler in Bismarcks Konzept der persönlichen Autonomie. Ein Mann, der eine Rolle im öffentlichen Leben zu übernehmen trachte, müsse, schrieb er im Alter von 23 Jahren seinem Cousin, «die Unabhängigkeit des Privatlebens in das Öffentliche» hinübernehmen.[15] Sein Konzept dieser Autonomie des Privatlebens war explizit nicht bürgerlich; sie leitete sich ab aus der sozialen Welt des Adelsgutes, dessen Herr niemandem verantwortlich ist ausser sich selbst.

Dieses Verständnis spiegelt sich wider in seinem Auftreten als öffentliche Person und insbesondere in seiner Neigung zur Insubordination. Bismarck verhielt sich nie so, als hätte er einen Vorgesetzten, was besonders in seiner Beziehung zu Wilhelm I. augenfällig wurde. Als Kanzler drückte Bismarck häufig Massnahmen gegen den Willen des Monarchen durch; wenn der König ihm Steine in den Weg legte, reagierte Bismarck mit Wutanfällen und emotionalen Ausbrüchen, untermauert durch die – manchmal unterschwellige, gelegentlich auch explizite – Drohung, den Rücktritt einzureichen und sich auf sein Gut zurückzuziehen. Wollte Bismarck seine Beziehung zum König stärken, dann buhlte er im Allgemeinen nicht direkt um dessen Gunst, sondern inszenierte Krisen, die seine eigene Unentbehrlichkeit hervorhoben, so wie ein Steuermann, der in einen Sturm steuert, um seine Meisterschaft im Umgang mit dem Schiff zu demonstrieren.

Bismarck erweckte den Eindruck, jenseits aller ideologischen Rezepte, gleich welcher Gruppierung, zu stehen. Er war kein aristokratischer Korporatist, und auch ein Liberaler war er nicht beziehungsweise konnte er nicht sein. Ebenso wenig identifizierte er sich ungeachtet seiner langjährigen Zugehörigkeit zum Beamtentum mit dem «Vierten Stand» der Bürokraten (und sollte die *Federfuchser* der Verwaltungsbürokratie sein ganzes Leben hindurch mit einer gewissen Verachtung betrachten). Daraus ergab sich eine Freiheit von ideologischen Beschränkungen, die sein Verhalten kaum vorhersagbar machten und es ihm – man könnte hier von Realismus, Pragmatismus oder Opportunismus sprechen – erlaubte, von einem Lager ins andere zu wechseln, seine Gegner auf dem falschen Fuss zu erwischen und die Differenzen zwischen ihnen zu seinen Gunsten zu nutzen. Er paktierte mit den Liberalen gegen die Konservativen (und andersherum), er setzte das demokratische Wahlrecht als Waffe gegen den elitären Liberalismus ein, und er besänftigte den Ehrgeiz der Nationalisten, indem er vorgab, sich der nationalen Sache anzunehmen.

Bismarck war sich über all das absolut im Klaren. Von Theorien und Prinzipien als Massstäbe für das politische Leben hielt er wenig: «Politik ist weniger Wissenschaft als Kunst; sie lässt sich nicht lehren, man muss dafür begabt sein.»[16] Und: «Prinzipien haben heisst, mit einer Stange quer im Mund einen Waldlauf machen.» Bismarcks Bereitschaft, die Stange ins Eck zu werfen, wenn sie ihm zu mühselig wurde, schockierte jene von seinen Freunden, die in ihm

einen ideologischen Seelenverwandten sahen. Einer von diesen war Ludwig von Gerlach (Leopold von Gerlachs Bruder), der sich 1857 mit Bismarck über der Frage zerstritt, ob Napoleon III. trotz der Tatsache, dass er durch eine Revolution an die Macht gekommen war, als legitimer Monarch behandelt werden sollte. Wie gesagt, Bismarck war kein Mann der Prinzipien; im Gegenteil, er war ein Mann, der sich von Prinzipien gelöst hatte, der die romantischen Bindungen einer älteren Generation abgestreift hatte, um eine neue Art der Politik zu machen: flexibel, pragmatisch und frei von ideologischen Verpflichtungen. Die Gefühle oder die Meinung der Öffentlichkeit waren für ihn keine Autoritäten, denen man gefallen oder folgen musste, sondern Kräfte, die es zu lenken und leiten galt.

Bismarcks postromantische Politik war auch Ausdruck einer durch die Revolution von 1848 bewirkten umfassenderen Transformation. In diesem Sinne steht er in einer Reihe mit Cavour, dem portugiesischen Feldmarschall Saldanha, Pius IX. und Napoleon III. Gelegentlich wird argumentiert, Bismarck habe viel vom populistischen Autoritarismus des französischen Kaisers gelernt und seine Regierungsweise als deutscher Kanzler nach 1871 komme einer verspäteten deutschen Version des «Bonapartismus» gleich.[17] Dennoch sollte man den Einfluss des französischen Vorbilds nicht überschätzen, hat doch, wie wir gesehen haben, Preussen selbst nach 1848 eine Reform der politischen Praxis durchlebt. Wie Otto von Manteuffel und der neue König war auch Bismarck ein «Mann von 1848» und bereit, in der Politik neue Kombinationen zu wagen. Wie Manteuffel sah er im monarchischen Staat den zentralen Akteur des politischen Lebens. Während Manteuffels Amtszeit entwickelte Bismarck einen strategischen «Respekt» für die öffentliche Meinung, allerdings nicht als gestaltende Kraft der Zukunft, sondern als untergeordneter Faktor, der zur Kooperation überredet und verleitet werden musste. In seiner Funktion als preussischer Gesandter beim Bundestag in Frankfurt war Bismarck mit der verdeckten Vergabe von Regierungsgeldern an gewogene Zeitungsherausgeber und Journalisten betraut. Die staatliche Manipulation der Presse war ein Instrument, das er später zu einer hohen Kunst entwickeln sollte.

Im Herbst 1862 wurde Bismarck zum preussischen Ministerpräsidenten berufen. Sein Ziel bestand, wie er in einem Brief an den Kronprinzen erklärte, darin, eine Übereinkunft mit der Mehrheit der Abgeordneten zu erreichen und zugleich die Macht der Krone und die Leistungsfähigkeit der Armee sicherzustellen.[18] Bismarck eröffnete das Spiel mit dem Entwurf einer modifizierten

Heeresreform, mit der er die Mannstärke der Armee vergrössern und die Kontrolle der Regierung in zentralen Bereichen festschreiben und zugleich die Forderung der Liberalen nach einer zweijährigen Dienstzeit erfüllen wollte. Der Schachzug scheiterte am Widerstand Edwin von Manteuffels, der den König dazu bewegen konnte, Bismarcks Vorschlag die Zustimmung zu verweigern. Es war das alte Spiel der Vorzimmerpolitik. Bismarck erkannte sofort, dass der Schlüssel zum Verbleib im Amt nun darin lag, sämtliche Rivalen im Kampf um das Vertrauen des Königs auszuschalten, und entsprechend richtete er seine Politik nun aus. Er gab den Versuch einer Kompromisslösung auf und verlegte sich auf eine Politik der offenen Konfrontation, die darauf abzielte, den König von seiner absoluten Loyalität gegenüber der Krone und ihren Interessen zu überzeugen. Die Heeresreform wurde in Angriff genommen und Steuern ohne die Zustimmung des Parlaments erhoben, Beamte gewarnt, dass Ungehorsam und politische Verbindungen zur Opposition mit unverzüglicher Entlassung geahndet würden, und das Parlament zu wirkungslosen und sein eigenes Ansehen herabsetzenden Unmutsbekundungen verleitet. Das reichte aus, den König von Bismarcks Fähigkeiten und Loyalität zu überzeugen, und bald schon hatte der Ministerpräsident im Kampf um das Vertrauen des Monarchen seine Rivalen hinter sich gelassen.

In anderen Bereichen jedoch war Bismarcks Position nach wie vor überaus prekär. Auch nach einer weiteren Wahl im Oktober 1863 belief sich die Zahl der Regierungsbefürworter im Abgeordnetenhaus auf magere 38. Der Kampf um die öffentliche Meinung war offenkundig verloren. Den König befiel angesichts des Wahlergebnisses eine so tiefe Verzweiflung, dass er stundenlang aus seinem Fenster auf den Schlossplatz hinausgesehen und dabei gelegentlich gesagt haben soll: «Da wird man die Guillotine für mich errichten.»[19] Aufgrund der politischen Lähmung, die Berlin befallen hatte, drohte Preussen nun im Rennen um die deutsche Frage ins Hintertreffen zu geraten. Während Bismarck 1863 mit dem Parlament stritt, waren die Österreicher eifrig dabei, Reformen zu entwerfen und vorzuschlagen, die dem Deutschen Bund neues Leben einhauchen sollten.

Berlin schien hingegen ziellos dahinzutreiben. Die Erfolge des Ministerpräsidenten im aussenpolitischen Bereich nahmen sich, gnädig gesagt, bescheiden aus: 1863 gelang es ihm, das österreichische Reformprojekt zu blockieren und

die Bemühungen Wiens, dem Deutschen Zollverein beizutreten, zu unterlaufen. Da war Bismarcks Wiederversöhnung mit Russland, förmlich festgehalten in der am 8. Februar 1863 unterzeichneten Alvensleben'schen Konvention, schon wichtiger. Dieses Abkommen, in dem sich Preussen und Russland zur Kooperation bei der Unterdrückung des polnischen Nationalismus verpflichteten, sicherte Berlin zwar das Wohlwollen St. Petersburgs, stiess aber unter den polenfreundlichen Liberalen auf heftige Kritik und war mit dafür verantwortlich, dass Bismarck zur weithin gehassten Figur wurde. Nach nur 18 Monaten im Amt hatte sich der neue Ministerpräsident einen Ruf als ausnehmend energischer, rücksichtsloser und erfindungsreicher politischer Taktierer erworben. Dennoch war es zu dieser Zeit noch leicht vorstellbar, dass er nach ein, zwei Jahren der Mühe abgelöst werden würde, um einen Kompromiss mit dem Abgeordnetenhaus möglich zu machen. Das änderte sich erst mit dem Deutsch-Dänischen Krieg von 1864.

Der Deutsch-Dänische Krieg

Im Winter 1863 kehrte Schleswig-Holstein auf die politische Agenda zurück. Am 15. November 1863 war Friedrich VII. von Dänemark gestorben. Da er keine direkten männlichen Nachfahren hatte (die dänische Krone fiel stattdessen über die mütterliche Linie an Christian von Glücksburg), kam es zum Streit darüber, wer berechtigte Erbansprüche auf die Herrschaft über die Herzogtümer Schleswig und Holstein anmelden konnte. Den Einzelheiten der Kontroverse über Schleswig-Holstein zu folgen, stellt seit jeher eine Herausforderung dar – nicht zuletzt, weil so gut wie jeder darin Verstrickte entweder Friedrich oder Christian heisst –, und so wollen wir uns auf die wichtigsten Punkte beschränken. In mehreren zu Beginn der fünfziger Jahre abgeschlossenen internationalen Verträgen war vereinbart worden, dass der nächste dänische König, Christian von Glücksburg, die Krone zu denselben Bedingungen wie sein Vorgänger Friedrich VII. annehmen sollte.[20] 1863 jedoch trat Prinz Friedrich von Augustenburg auf den Plan und meldete seinerseits Ansprüche auf die beiden Herzogtümer an. Die Augustenburger hielten zwar lange zurückreichende Ansprüche auf die Herzogtümer, doch hatte Prinz Friedrichs Vater, Christian von Augustenburg, auf diese im 1852 unterzeichneten Londoner Protokoll verzichtet.

Nun allerdings erklärte Friedrich von Augustenburg, dass er sich an diesen Vertrag nicht gebunden fühle, und verlieh sich selbst den Titel «Herzog von Schleswig-Holstein», worin er von der deutschen Nationalbewegung enthusiastisch unterstützt wurde.

Hier lohnt es, einen Moment innezuhalten und sich die besonderen Qualitäten der Krise um Schleswig-Holstein bewusst zu machen, da hier moderne und vormoderne Themen ineinanderspielen. Einerseits handelte es sich um eine traditionelle dynastische Krise, ausgelöst wie so viele Konflikte im 17. und 18. Jahrhundert durch den Tod eines Fürsten ohne männliche Nachfahren. So gesehen könnte man den Konflikt von 1864 auch als «Dänischen Erbfolgekrieg» beschreiben. Andererseits wurde Schleswig-Holstein nur wegen der nationalistischen Massenbewegung zum Gegenstand eines grösseren Krieges. Wie sehr die Schleswig-Holstein-Frage die deutsche Nationalbewegung elektrisieren konnte, hatte man bereits 1848 im Frankfurter Parlament erleben können; nun, gut 15 Jahre später, forderten die deutschen Nationalisten, die beiden Herzogtümer unter der Herrschaft der Augustenburger Linie zu einem neuen deutschen Bundesstaat zusammenzufassen. Auch auf dänischer Seite spielte der Nationalismus eine entscheidende Rolle: Die dänische Nationalbewegung forderte, dass Dänemark seinen Anspruch auf Schleswig verteidigte, und wurde darin von der Hauptströmung dänischen Liberalen unterstützt. Der unerfahrene und wenig durchsetzungskräftige neue König, Christian IX., fand bei seiner Thronbesteigung also eine explosive innenpolitische Situation vor. Die Demonstrationen vor dem Kopenhagener Königschloss nahmen ein solches Ausmass an, dass der Polizeichef der Stadt den Zusammenbruch von Recht und Ordnung in der Hauptstadt befürchtete. Die Angst vor einem Aufstand im Innern bestimmte das Handeln des Königs, und durch die Unterzeichnung der Novemberverfassung von 1863 bekundete Christian IX. seine Absicht, das Herzogtum Schleswig dem dänischen Staat anzugliedern, eine Geste, die von den deutschen Nationalisten als nicht hinnehmbare Provokation verurteilt wurde.

Es gab also drei einander widersprechende Positionen zu den beiden Herzogtümern. Die Dänen bestanden auf der in der Novemberverfassung vorgesehenen Einverleibung Schleswigs. Die deutschen Nationalisten und die Mehrheit der deutschen Bundesstaaten hingegen stellten sich hinter den Anspruch der Augustenburger und waren bereit, eine bewaffnete Intervention zu unterstützen.

Die Preussen und die Österreieher lehnten den Anspruch der Augustenburger ab und forderten von den Dänen und Augustenburgern schlicht, sich an die Londoner Protokolle von 1850 und 1852 zu halten. Nach längerem Verhandeln und Taktieren nahm der Bundestag im Dezember (mit einer Stimme Mehrheit) eine Resolution an, derzufolge auf der Grundlage der Londoner Protokolle eine Bundesintervention durchgeführt werden konnte. Am 23. Dezember 1863 überschritt ein kleines Bundeskontingent die Grenze zu Dänemark, rückte, ohne gross auf Widerstand zu stossen, nach Norden vor und besetzte den Grossteil Holsteins südlich der Eider. Allerdings dauerte es nicht lange, bis die ersten Differenzen innerhalb des Bundes zutage traten. Das gerade einmal 12.000 Mann starke Bundeskontingent war zwar stark genug, das nicht verteidigte Holstein zu besetzen, aber Schleswig war eine andere Sache. Die Dänen würden Schleswig niemals kampflos aufgeben, und hier Erfolg zu haben, setzte eine weitaus grössere Streitmacht voraus. Preussen und Österreich, die immer noch im Einklang miteinander agierten, erklärten zwar ihre Bereitschaft, in Schleswig einzumarschieren, aber nur in ihrer Eigenschaft als europäische Mächte und allein auf Grundlage der Londoner Protokolle, nicht als Vertreter des Deutschen Bundes oder zur Unterstützung des Anspruchs der Augustenburger. Im Januar 1864 stellten Berlin und Wien ohne vorherige Absprache mit den anderen Bundesstaaten Dänemark ein gemeinsames Ultimatum. Als die Dänen die darin enthaltenen Forderungen ablehnten, setzten preussische und österreichische Truppen über die Eider und rückten in Schleswig ein.

Dies war eine denkwürdige Kehrtwende. Die österreichisch-preussische Rivalität der 1850er und frühen 1860er Jahre schien einem neuen Geist der Harmonie und Kooperation gewichen zu sein. Doch hinter der offenkundigen Gemeinsamkeit der Ziele brodelte ein Hexenkessel widersprüchlicher Erwartungen. Der österreichische Aussenminister Graf Johann Bernhard von Rechberg erkannte in dem gemeinsamen Feldzug eine Chance, die deutsche Nationalbewegung zu diskreditieren und zugleich ein österreichisch-preussisches Kondominium über Deutschland zu errichten sowie die transterritorialen Institutionen des Deutschen Bundes zu stärken. Ausserdem hoffte er auf diesem Wege, einseitige Gewinne Berlins (wie die Annektierung Schleswigs) auf Kosten Dänemarks (und Österreichs) verhindern zu können. Darüber hinaus musste Rechberg eine weitere bedrohliche Möglichkeit in Betracht ziehen: Napoleon III.,

der anscheinend Gefallen an seiner Rolle als Unruhestifter fand, hatte gegenüber Berlin angedeutet, dass Frankreich die Annektierung Schleswig-Holsteins – und der kleineren norddeutschen Staaten – durch Preussen unterstützen würde. Offenbar wollte Paris einen weiteren antiösterreichischen Krieg provozieren und Preussen dabei den Part der Piemontesen übertragen. Rechberg, der von Bismarck stets über die französischen Initiativen auf dem Laufenden gehalten wurde, wusste, dass dies ein Krieg war, den zu führen Österreich sich nicht leisten konnte.

Bismarcks Agenda hätte kam unterschiedlicher aussehen können. Der Deutsche Bund an sich spielte in seinen Planungen keine Rolle. Sein eigentliches Ziel war die Annektierung der beiden Herzogtümer, wobei in diesem Punkt der preussische Generalstabschef Helmuth von Moltke die treibende Kraft gewesen sein dürfte. Moltke war ein entschiedener Gegner der Zusammenfassung der beiden Herzogtümer zu einem unabhängigen Fürstentum, da er befürchtete, dass der neue Staat zu einem Satelliten der Habsburger werden und damit ein Loch in die preussische Nordflanke gerissen würde. Eine einseitige Annektierung aber würde, wie Bismarck nur zu gut wusste, Preussen der Gefahr einer gemeinsamen Vergeltungsaktion der Österreicher, der restlichen Bundesstaaten und möglicherweise noch einer oder mehrerer anderer europäischer Mächten aussetzen. Auch die zusätzlichen österreichischen Truppen konnten sie gut gebrauchen, insbesondere, wie Moltke warnte, falls es den Dänen gelingen sollte, mit Hilfe ihrer Seeüberlegenheit ihre Truppen vom Festland zu evakuieren. Die Kooperation mit Österreich war für Bismarck also ein befristetes Arrangement mit dem Ziel, die eigenen Risiken zu minimieren und sich alle Optionen offen zu halten.[21]

Der Deutsch-Dänische Krieg ging am i. August 1864 mit der Niederlage der Dänen und ihrer Bitte um Aufnahme von Friedensverhandlungen zu Ende. Der Konflikt weist drei Besonderheiten auf, die die näheren Betrachtung verdienen. Erstens gelang es den Preussen nicht, sich militärisch gegenüber den Österreichern auszuzeichnen. Der erste Fehler gleich zu Beginn war, dem preussischen Generalfeldmarschall Friedrich Heinrich Ernst von Wrangel den Oberbefehl über die preussisch-österreichischen Truppen zu übertragen. Wrangel war mit seinen 80 Jahren dafür nicht nur zu alt, er war auch ungeachtet seiner Beliebtheit in konservativen Kreisen bei Hofe ein bestenfalls mittelmässiger General. Während er in Dänemark einen Schnitzer nach dem anderen beging, erledigten die

DÄNEMARK
SCHWEDEN
Ostsee
Nordsee
Schleswig
Holstein
Kiel
Lübeck
Hamburg
Mecklenburg
Pommern
Stettin
Oldenburg
Bremen
Hannover
Deutschen Bund
Altmark
Berlin
Posen
Brandenburg
Oder
Hannover
Magdeburg
Lippe
Braunschweig
Westfalen
Anhalt
Sachsen
Lausitz
Kassel
1. Armee
Breslau
Schlesien
Langensalza
Erfurt
K.-H.
Weimar
Dresden
2. Armee
Detmbach
G.-H.
Hühnerwasser
Gitschi
Kissingen
Frankfurt
Sadowa
Aschaffenburg
Laufach
Rossbrun
Prag
Königgrätz
Darmstadt
H.-D.
Böhmen
Tauber-Bischofsheim
Nürnberg
Nikolsberg
Stuttgart
Württemberg
Donau
Bayern
Wien
Blumenau
Baden
München
ÖSTERREICH
UNGARN
Feldzüge
Österreich-Preußische 1864
Preußische 1866
Schlachten
Eisenbahntransport preußischer Truppen
Deutscher Bund
Staatsgrenzen
Preußen
Österreich
Preußische Erwerbungen 1866
G.-H. Großherzogtum Hessen
K.-H. Kurfürstentum Hessen

Österreicher ihre Aufgaben mit Mut und Geschick. Am 2. Februar 1864 stürmte und eroberte eine österreichische Brigade die dänischen Stellungen bei Oberselk mit derartiger Verve, dass der alte Wrangel auf den österreichischen Kommandeur zueilte und ihn zur grossen Verlegenheit seiner preussischen Waffenbrüder auf beide Backen küsste. Vier Tage später nahm die österreichische Brigade Nostitz gegen heftigen dänischen Widerstand die Befestigungen bei Översee, während die an ihrer Flanke stehende preussische Gardedivision praktisch untätig blieb. Das waren frustrierende Rückschläge für eine Armee, die seit einem halben Jahrhundert keinen Krieg mehr geführt hatte und verzweifelt danach strebte, ihre Qualitäten im Kampfe unter Beweis zu stellen, nicht nur gegenüber den anderen Mächten, sondern auch gegenüber der Bevölkerung zu Hause, die die politischen Auseinandersetzungen um die Heeresreform aufmerksam verfolgt hatte.[22]

Eine zweite Auffälligkeit des Konflikts war der Primat der politischen über die militärische Führung. Der Deutsch-Dänische Krieg war die erste von Preussen geführte bewaffnete Auseinandersetzung, in der ein ziviler Politiker das Sagen hatte. Den gesamten Krieg über sorgte Bismarck dafür, dass die Weiterentwicklung des Konflikts den Zielen seiner Diplomatie diente. In den Anfangswochen des Krieges hielt er die preussische Armee davon ab, den dänischen Truppen bis nach Jütland hinein nachzusetzen und signalisierte damit den Grossmächten, dass sich der preussisch-österreichische Feldzug nicht gegen die territoriale Integrität des dänischen Königreiches richtete. Natürlich gab es Zwischenfälle – Mitte Februar schickte Wrangel entgegen anderslautenden Anweisungen ein Vorauskommando der Garde nach Norden über die Grenze nach Jütland. Doch Bismarck bewog den Kriegsminister, dem ältlichen General einen scharfen Verweis zu erteilen, und schliesslich wurde Wrangel auf Bismarcks Betreiben Mitte Mai seines Kommandos enthoben. Bismarck überwachte auch die Kommunikation mit Wien und sorgte dafür, dass sich die Bedingungen der Allianz zum preussischen Vorteil entwickelten. Und es war auch Bismarck, der im April auf dem Angriff der preussischen Truppen auf die dänischen Befestigungen beim schleswigschen Düppel bestand, statt sich auf eine langwierige Invasion Dänemarks einzulassen, die möglicherweise die anderen Mächte mit in den Konflikt hineingezogen hätte.

Die Entscheidung zum Angriff auf die Düppeler Schanzen nach wochenlanger Belagerung war umstritten. Die dänischen Stellungen waren stark befestigt und bemannt, und es war absehbar, dass ein preussischer Frontalangriff – wenn

überhaupt – nur unter hohen eigenen Verlusten Aussichten auf einen Erfolg hatte. «Sollte es eine politische Notwendigkeit sein, die Schanzen zu nehmen?», wollte Prinz Friedrich Karl, der Neffe des Königs, wissen, nachdem ihm der Befehl über die Belagerung übertragen worden war. «Es kostet viel Menschen und Geld. Die militairische Notwendigkeit leuchtet mir nicht ein.»[23] In der Tat waren die Argumente, bei Düppel eine Entscheidung zu suchen, mehr politischer und weniger militärischer Natur. Eine regelrechte Invasion Dänemarks war aus diplomatischen Gründen unerwünscht, und ausserdem brauchten die Preussen dringend einen spektakulären Sieg. Die Kommandeure murrten zwar vernehmlich, doch Bismarck setzte sich durch und der Angriff wurde befohlen. Am 2. April begannen die Preussen, deren Truppen mit neuen Feldgeschützen mit gezogenem Lauf ausgerüstet waren, mit dem Bombardement der Befestigungsanlagen. Am 18. April setzte die Infanterie unter Friedrich Karl zum Sturm auf die Schanzen an. Was folgte, war ein blutiger Kampf. Die Dänen leisteten hinter ihren arg beschädigten Befestigungen heftigen Widerstand und nahmen die Preussen, die die Wälle vor den Verschanzungen hinaufstürmten, unter schweren Beschuss. Über 1‘000 Preussen wurden getötet oder verwundet, auf dänischer Seite beliefen sich die Verluste auf 1‘700 Mann.

Bismarcks dominante Stellung während des Konflikts führte zu beträchtlichen Spannungen und bösem Blut. Auf Proteste der Kommandeure hin scheute sich Bismarck nicht, sie daran zu erinnern, dass es der Armee nicht zustand, sich in politische Angelegenheiten einzumischen – eine im preussischen Kontext bemerkenswerte Feststellung, die belegt, wie sehr sich die Verhältnisse seit 1848 verändert hatten. Allerdings hatte die Armeeführung nicht die Absicht, sich diesem Verdikt zu beugen, wie Kriegsminister Albrecht von Roon in einem Memorandum vom 29. Mai 1864 unterstrich:

«Es gab und gibt kaum eine Armee, welche sich lediglich als politisches Instrument, als Lazette für den diplomatischen Operateur auffasst und begreift. [...] Stützt sich aber eine Regierung – und dies ist unser Fall – vornehmlich auf das bewaffnete Theil des Volkes [...], so ist die Meinung des Heeres über das politische Thun und Lassen der Regierung gewiss nicht gleichgültig.»[24]

In der Hochstimmung nach dem Sieg waren diese Streitpunkte schnell wieder vergessen, doch das ihnen zugrunde liegende Problem sollte später in schärferer

46. Preussische Truppen beim Sturm auf die Düppeler Schanzen, 18. April 1864. Zeitgenössischer Stich.

und schädlicherer Form wieder auftauchen. Die Machtkonzentration in praktisch jedem Zweig der Exekutive in Bismarcks Händen lenkte ab vom strukturellen Problem der Beziehungen zwischen Zivilisten und Militärs an der Spitze des preussischen Staates, ohne es jedoch zu lösen. Die 1848er-Revolution hatte die Monarchie zwar parlamentarisiert, nicht aber demilitarisiert. Das postrevolutionäre Arrangement basierte im Kern auf einer umgangenen Entscheidung, die die preussische (und deutsche) Geschichte bis 1918, bis zum Zusammenbruch der Hohenzollernmonarchie, verfolgen sollte.

Die preussischen Siege in Dänemark – auf die Düppeler Schanzen folgte Ende Juni die Eroberung der Insel Alsen – wirkten sich nachhaltig auf die innenpolitische Landschaft aus. Die patriotische Begeisterung, die das Land erfasste, brachte latente Differenzen innerhalb der preussischen liberalen Bewegung zum Vorschein. Die Petition Arnim-Boitzenburgs vom Mai 1864, in der er die Annektierung der beiden Herzogtümer forderte, wurde von 70.000 Menschen unterschrieben, und beileibe nicht nur von Konservativen, auch von vie-

len Liberalen. Die militärischen Erfolge verstärkten auch insofern die Spannungen in den Reihen der Liberalen, als sie die Wirksamkeit des von den Liberalen so erbittert bekämpften Reformprogramms zu bestätigen schienen. So wuchs der Wunsch nach einer Annäherung an die Regierung, verstärkt noch durch die Befürchtung, die liberale Bewegung könnte ihren Einfluss auf die öffentliche Meinung verlieren, sollte sich der Konflikt noch länger hinziehen.

In den Jahren 1864 und 1865 trieben Bismarck und «seine» Minister ein geschicktes Spiel mit dem Parlament, legten Gesetzentwürfe vor, die die liberale Mehrheit spaltete, oder zwangen es, unpopuläre Positionen zu vertreten. In ihrer ausserordentlichen Marinevorlage von 1865 etwa beantragte die Regierung vom Parlament für den Bau zweier Panzerfregatten und eines Marinestützpunkts in Kiel die Bewilligung von knapp 20 Millionen Talern. Der Aufbau einer deutschen Kriegsflotte war so etwas wie ein Fetisch der deutschen liberalen Bewegung, insbesondere seit dem Deutsch-Dänischen Krieg, in dem Marineoperationen eine wichtige Rolle gespielt hatten. Die überwältigende Mehrheit der Abgeordneten hielt die beantragten Mittel für unbedingt notwendig, dennoch mussten sie das Gesetz zurückweisen, da das Parlament keine neuen Ausgaben genehmigen konnte, solange kein rechtmässig bewilligter Haushalt vorlag. Bismarck nutzte die Gelegenheit zu einer geharnischten Rede, in der er dem Parlament vorwarf, es könne sich «zu keiner anderen Haltung als zu der einer impotenten negativen» durchringen.[25]

Der Ministerpräsident konnte sich derartige Spiele erlauben, weil die preussische Staatskasse bis zum Bersten gefüllt war. In den 1850er und 1860er Jahren war die preussische Wirtschaft im Gefolge des ersten weltweiten Wirtschaftsbooms stark gewachsen und umgestaltet worden. Der rapide Ausbau des Eisenbahnnetzes und das damit verbundene Wachstum von Unternehmen etwa in der Stahlerzeugung und im Maschinenbau wurden getragen von der explosionsartig steigenden Förderung fossiler Brennstoffe. In den 1860er Jahren steigerten die Kohleminen im Ruhrgebiet ihre Jahresproduktion im Schnitt um 170 Prozent jährlich und lösten damit einen in der Geschichte der Region beispiellosen ökonomischen und sozialen Wandel aus. Unterstützt wurde dieser Boom durch konvergierende Veränderungen auf zahlreichen Ebenen: Qualitätssteigerungen in allen Produktionsbereichen, Kosteneinsparungen durch den fortschreitenden Ausbau der Infrastruktur, ein hoch liquider Kapitalmarkt (angetrieben vom Goldrausch in Kalifornien und Australien), eine günstige Handels-

bilanz und die Aufhebung einer ganzen Reihe staatlicher Regulierungen durch die preussische Regierung, welche zuvor die wirtschaftliche Entwicklung gebremst hatten.

Nachdem der Boom in der «ersten Weltwirtschaftskrise» von 1857/58 etwas nachgelassen hatte, setzte sich das robuste Wachstum in den sechziger Jahren wieder fort, dieses Mal aber auf einer breiteren Basis als in der vorhergegangenen Dekade. Während das Wirtschaftswachstum der fünfziger Jahre vor allem vom Schwerindustriesektor ausgegangen war, waren nun auch die Textilindustrie und die Landwirtschaft beteiligt. Gestützt wurde diese Entwicklung durch die beständig steigenden Investitionen der Banken und den Aufstieg der Aktiengesellschaften, die immer höhere Renditen abwarfen.[26]

Dieser langanhaltende Boom im Verbund mit den fiskalischen und finanziellen Verbesserungen der fünfziger Jahre und der Produktionsausweitung in den staatlichen Bergwerken hatte natürlich einen positiven Effekt auf die Staatseinnahmen. Im März 1865 prahlte Bismarck gegenüber einem Vertrauten, dass der Krieg gegen Dänemark weitgehend aus den Haushaltsüberschüssen der vorangegangenen zwei Jahre finanziert worden sei; der Staatskasse seien gerade mal zwei Millionen Taler entnommen worden. Und es schien so, als ob das Geld in nächster Zukunft nicht ausgehen würde. Hilfsbereite Unternehmer wie der Kölner Bankier Abraham Oppenheimer und sein Berliner Kollege Gerson Bleichröder bestürmten den Ministerpräsidenten mit lukrativen Angeboten zur Privatisierung von Staatsbetrieben oder zur Übernahme der staatlichen Anteile an halböffentlichen Unternehmen. «Die Finanziers drängen uns Anleihen ohne die Zustimmung der Kammer auf», brüstete sich Bismarck, «aber wir könnten den dänischen Krieg noch 2 Mal führen, ohne eine zu brauchen.»[27]

Preussens Krieg gegen Deutschland

Am 1. August 1864 übertrug König Christian IX. von Dänemark sämtliche Rechte an den Herzogtümern Schleswig und Holstein auf Preussen und Österreich. Bis zur ausstehenden Entscheidung über ihr weiteres Schicksal durch den Deutschen Bund wurden die beiden Herzogtümer unter gemeinsame österreichisch-preussische Militärverwaltung gestellt. All das sah ganz nach dem Beginn eines Zeitalters der harmonischen dualen Hegemonie auf Grundlage einer

Kooperation zwischen den beiden deutschen Grossmächten aus. Auf jeden Fall strebten die Österreicher dies an, und Bismarck tat sein Bestes, sie in dieser Hoffnung zu bestärken. In einer Anweisung vom August 1864 an den preussischen Botschafter in Wien stellte er die einschmeichelnde Beobachtung an, dass «eine wahrhaft deutsche und konservative Politik nur möglich [ist] durch die Einigkeit und unter der Leitung von Österreich und Preussen. Wir haben das intime Bündnis beider Mächte von Anfang an aus diesem höheren Gesichtspunkt ins Auge gefasst [...] Sind Preussen und Österreich uneinig, so besteht Deutschland politisch überhaupt nicht.»[28] Das war nicht mehr als Augenwischerei. Bismarcks Ziele lauteten nach wie vor, die beiden Herzogtümer zu annektieren und den politischen Einfluss Wiens in Deutschland zu neutralisieren – zur Not auch durch einen Krieg. Bereits 1863 hatte er den Russen gegenüber angedeutet, dass Preussen «wie unter Friedrich II. 1756» möglicherweise schon bald einen Überraschungsangriff gegen das Kaisertum führen würde.[29] Seine Taktik war, sich alle Optionen offenzuhalten, indem er das Übel einer gemeinsame Besatzung hinnahm, aber zugleich bei jeder sich bietenden Gelegenheit Streit mit den Österreichern vom Zaun brach.

In dem nun folgenden diplomatischen Ringen um die Zukunft Schleswigs und Holsteins litten die Österreicher unter einem klaren geopolitischen Nachteil. Die Herzogtümer lagen weit entfernt von Wien und entsprechend halbherzig war Österreichs Interesse, dort eine dauerhafte Truppenpräsenz aufrechtzuerhalten. Im Herbst 1864 bot Wien Berlin die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten: Die Preussen könnten die Herzogtümer entweder als einen separaten Staat unter Herrschaft der Augustenburger anerkennen oder sie annektieren und Österreich mit Gebieten entlang der schlesischen Grenze entschädigen. Bismarck lehnte beide Optionen ab. Schlesien, verkündete er, sei nicht verhandelbar, und ausserdem, fügte er ziemlich rätselhaft hinzu, habe Berlin besondere Rechte in beiden Herzogtümern. Dem folgte im Februar 1865 eine provokative Deklaration des Inhalts, dass Preussen ein wie auch immer geartetes «unabhängiges» Schleswig-Holstein als preussischen Satelliten zu betrachten beabsichtige. In der Zwischenzeit betrieben die Preussen in Schleswig und Holstein den weiteren Ausbau ihrer Herrschaft, was auf wütende Proteste der Österreicher stiess, die die Sache vor den Bundestag in Frankfurt brachten und die Frage der Thronfolge der Augustenburger Linie wieder auf die Tagesordnung setzten. Im Sommer 1865 schien

ein Krieg unmittelbar bevorzustehen, doch dann schickte Kaiser Franz Joseph einen Gesandten mit dem Auftrag nach Berlin, ein neues Abkommen mit König Wilhelm auszuhandeln, damit war die Krise abgewendet.

Die Verhandlungen resultierten in der am 14. August 1865 unterzeichneten Konvention von Gastein. Auf der Grundlage eines Vorschlags von Bismarck bewahrte die Konvention das österreichisch-preussische Kondominium über die Herzogtümer, stellte aber Schleswig unter preussische und Holstein unter österreichische Verwaltung. Doch Gastein war nicht mehr als ein von Bismarck mit dem Ziel lanciertes Interimsarrangement, Zeit zu gewinnen. Die preussischen Provokationen in Holstein gingen weiter, und im Januar 1866 nahm Berlin eine nationalistische Volksversammlung im holsteinischen Altona vor den Toren Hamburgs zur Unterstützung der Augustenburger zum Anlass, Wien eine direkte Verletzung der Gasteiner Vertragsbedingungen vorzuwerfen. Am 28. Februar gelangte ein Kronrat in Berlin zu dem Ergebnis, dass ein Krieg zwischen den beiden deutschen Grossmächten unausweichlich war. Die versammelten Generale, Minister und hochrangigen Diplomaten stimmten überein, dass Österreich gegen die Gasteiner Konvention verstossen habe und Preussen fortgesetzt als Rivalen und Feind behandele. Als Bismarck darauf verwies, dass es Preussens Mission sei, Deutschland zu führen und dass Österreich diesen «natürlichen und sehr gerechtfertigten» Führungsanspruch nach Kräften zu vereiteln suche, erntete er damit allgemeine Zustimmung. Von allen Anwesenden plädierte allein der Kronprinz für die Vermeidung einer kriegerischen Auseinandersetzung.[30]

Im nächsten Schritt suchte Bismarck ein Bündnis mit Italien. Die Verhandlungen begannen kurz nach dem Kronrat und führten zu einem am 8. April 1866 abgeschlossenen, gegen Österreich gerichtetes Kriegsbündnis. Beide Staaten verpflichteten sich zur gegenseitigen Hilfe, sollte es im Laufe der nächsten drei Monate zu einem Krieg mit Österreich kommen. (Bismarck bediente sich auch der altbewährten preussischen Tradition, die ungarische fünfte Kolonne für seine Zwecke einzuspannen, wie das bereits Friedrich der Grosse im Siebenjährigen Krieg und erneut Friedrich Wilhelm II. in den 1790er Jahren getan hatten, doch seine Kontakte zur ungarischen Revolutionsbewegungen erbrachten keine greifbaren Ergebnisse.)

Auf dem Kronrat vom 28. Februar hatte Bismarck angekündigt, klare Garantien von Frankreich anzustreben, und so streckte man Fühler in Richtung Paris

aus. Der Vorstoss produzierte etliche vage Vorschläge und Gegenvorschläge. Welche Zusicherungen genau Bismarck Napoleon gab, ist umstritten, doch scheint es wahrscheinlich, dass er sich die Zusage der französischen Neutralität mit dem Versprechen auf Kompensationen in Belgien, Luxemburg und möglicherweise in der Region zwischen Rhein und Mosel (die das preussische Saarland und die bayerische Pfalz umfasste) erkaufte. Da sich die Österreicher in Geheimverhandlungen mit weitgehend ähnlichen Zusagen (darunter ein französischer Satellitenstaat im Rheinland!) der Neutralität Frankreichs versichern wollten, hatte Napoleon III. jeden Grund anzunehmen, dass Frankreich ungeachtet der Frage, wer am Ende die Oberhand behielt, vom preussisch-österreichischen Konflikt profitieren würde.[31]

Russland war die dritte Macht, deren Haltung für den Erfolg der preussischen Pläne ausschlaggebend war. In den Jahren 1848 bis 1850 hatte Russland die von Friedrich Wilhelm IV. und Radowitz verfolgten Unionspläne noch blockiert und Österreich entscheidend unterstützt. 1866 aber lagen die Dinge anders. Russland war vollauf mit seinem innenpolitischen Reformprozess beschäftigt, und die Beziehungen zu Österreich waren immer noch sehr unterkühlt (die russischen Strategen hielten Österreich und Grossbritannien – nicht Preussen – für die wahrscheinlichsten Gegner in einem künftigen Krieg). Von der Entfremdung zwischen den beiden östlichen Mächten im Gefolge des Krimkrieges hatte bereits Cavour 1859 profitiert, wie Bismarck sehr wohl wusste, der bei Ausbruch der italienischen Krise als Gesandter in St. Petersburg diente. Seit seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten hatte Bismarck die Beziehungen zu Russland mit grosser Sorgfalt gepflegt, und so schien es wenig Grund zu der Annahme zu geben, eine Intervention von dieser Seite fürchten zu müssen.[32]

Flankiert wurden diese diplomatischen Vorbereitungen mit Massnahmen, die darauf abzielten, das liberale Lager in Deutschland zu verwirren und das öffentliche Vertrauen in den Deutschen Bund zu untergraben. Am 9. April überraschte Bismarck die Bundesversammlung, indem er einen Antrag zur Bildung eines deutschen Nationalparlaments stellte, hervorgehen sollte es aus direkten und gleichen Wahlen durch alle Deutschen männlichen Geschlechts. Die Bundesvertreter berieten noch über diesen unerwarteten Vorstoss, als Österreich aufgrund von Nachrichten über Truppenbewegungen in Italien am 21. April eine Teilmobilmachung ankündigte, ein Schritt, der eine Kaskade von Truppen-

stationierungen und Gegenmassnahmen auslöste, die auf beiden Seiten mit der vollständigen Mobilmachung endeten.

Während sich die beiden deutschen Grossmächte auf den Krieg vorbereiteten, wurde klar, dass die meisten kleinen und mittleren Staaten des Bundes auf Seiten Österreichs standen. Am 9. Mai stimmte eine Mehrheit der Gesandten bei der Bundesversammlung für eine Resolution, in der Preussen aufgefordert wurde, seine Mobilmachung zu begründen. Am Ende des Monats übertrug Österreich die Verantwortung für die Elbherzogtümer offiziell dem Bund. In der ersten Juniwoche rückten preussische Truppen in Holstein ein, ohne auf Widerstand der Österreicher zu stossen, die sich nach Hannover zurückgezogen hatten. Am 11. Juni verurteilte der österreichische Gesandte bei der Bundesversammlung die preussische Besetzung Holsteins als illegal und als Verstoss gegen die Konvention von Gastein und stellte den Antrag, das Bundesheer gegen Preussen zu mobilisieren. Am 14. Juni, auf der letzten Plenarsitzung der Bundesversammlung in Frankfurt, wurde der Antrag mit einer Mehrheit der Stimmen angenommen. Daraufhin erklärte der preussische Gesandte den Bundesvertrag für «gebrochen» und «erloschen» und verliess den Saal. Fünf Tage später erklärte Italien Österreich den Krieg.[33]

Da die Neutralität Russlands und Frankreichs so gut wie sicher war, stand die Grossmächtekonstellation für Preussen günstig, als es im Sommer 1866 in den Krieg gegen Österreich zog. Dennoch war der Ausgang des Krieges keineswegs vorgezeichnet. Die meisten gut informierten Zeitgenossen – darunter auch Kaiser Napoleon III., der 1859 selbst gegen die Österreicher gekämpft hatte – rechneten mit einem österreichischen Sieg.[34] Auch die militärischen Leistungen, die die beiden Armeen in Dänemark gezeigt hatten, gaben keinerlei Anlass, etwas anderes zu erwarten. Die Preussen hatten zwar 1859 ein ehrgeiziges Programm zur Heeresreform begonnen, doch war dieses keineswegs so revolutionär wie oft behauptet worden ist.[35] Abgesehen davon hatte auch Wien auf die Niederlagen von 1859 mit einem Reformprogramm reagiert und besass nun eine überlegene Artillerie mit gut ausgebildeten Batteriemannschaften. Andererseits verfügten die Preussen in Böhmen, wo der Krieg entschieden werden würde, über eine numerische Überlegenheit: 254.000 Preussen standen hier den 245.000 Soldaten der österreichischen Nordarmee gegenüber. Allerdings hätte die Sache völlig anders ausgesehen, wenn die Italiener nicht über 200.000 Mann für ihre

Offensive in Venetien aufgeboten und Wien damit gezwungen hätten, zusätzlich 100.000 Soldaten an die Südwestfront zu schicken.

Immerhin besass Österreich einen wichtigen strategischen Vorteil: Während des diplomatischen Ringen von 1866 hatten sich die meisten deutschen Mittelstaaten gegen Berlin und auf die Seite Wiens gestellt. Preussen musste also nicht nur gegen Österreich Truppen mobilisieren, sondern auch gegen die anderen deutschen kriegführenden Staaten, darunter vor allem Hannover und Sachsen. Insgesamt zählte die Bundesarmee von 1866 rund 150.000 Mann, verteilt auf mehrere Einzelarmeen. Das zwang den preussischen Generalstabschef Helmuth von Moltke, seine Armee in vier Blöcke aufzuteilen, die sich schnell über die preussischen Eisenbahnlinien an die Fronten in Österreich, Sachsen und Hannover transportieren liessen. Österreich dagegen konnte auf einem viel kompakteren Terrain operieren und verfügte über den Vorteil innerer Nachschublinien.

Warum dann endete der Krieg mit einem preussischen Sieg? Bismarcks berühmte «Blut und Eisen»-Beschwörung wurde oft als Hinweis auf die Rolle der Industrie bei der Konsolidierung der preussischen Macht interpretiert. Preussen, oder zumindest Teile Preussens, hatten in den späten fünfziger und frühen sechziger Jahren ohne jeden Zweifel ein starkes Industriewachstum erlebt. Doch das war für den Sieg über Österreich weniger wichtig als gemeinhin angenommen.[36] Zahlen, die direkte Vergleiche erlauben würden, gibt es zwar nicht, aber kaum etwas deutet auf einen grösseren qualitativen Unterschied zwischen den beiden Widersachern hin. In mancherlei Hinsicht hinkte die preussische Wirtschaft der österreichischen sogar hinterher – so lag der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigen in Preussen höher als in Österreich. Von den verschiedenen Waffenarten, die 1866 eine Rolle spielten, verlangten die Feldkanonen der Artillerie die höchsten fertigungstechnischen Kenntnisse, und in diesem Bereich waren die Österreicher mit ihrer hoch präzisen Kanone mit gezogenem Lauf eindeutig überlegen. So oder so, dies war kein Krieg, in dem zwei Industrieökonomien gegeneinander antraten. Es war ein kurzer, heftiger Krieg, den beide Seiten mit den Waffen und der Munition führten, die sie in ihren Arsenalen gelagert hatten. Moltke wies zwar der Eisenbahn grosse Bedeutung zu, tatsächlich aber hätte seine aufwendige logistische Planung Preussen um ein Haar ins Verderben gestürzt, denn die Nachschubzüge trafen erst ein, als die Schlacht von Königgrätz bereits gewonnen war. In der Zwischenzeit hatten die preussischen Armeen,

nicht viel anders als zu Zeiten Friedrichs des Grossen, sich selbst versorgen oder für ihre Versorgung bezahlen müssen. Die industrielle Macht fiel also weniger ins Gewicht als Politik und Militärkultur.

Die Armee des Deutschen Bundes war zwar rund 150.000 Mann stark, stellte aber keine allzu beeindruckende Kampftruppe dar. Man konnte sie noch nicht einmal als richtige Armee bezeichnen, da die einzelnen Truppen weder zusammen exerziert hatten, noch eine einheitliche Kommandostruktur besassen – eine Folge des seit über einem halben Jahrhundert im Bund vorherrschenden Partikularismus. Zudem weigerten sich die Mittelstaaten, die Initiative gegen Preussen zu ergreifen. Unter Verweis auf die Bundesverfassung, die den Mitgliedstaaten untersagte, ihre Differenzen mit Waffengewalt zu klären, zogen sie es vor abzuwarten, bis Preussen den Frieden brach. Bayern etwa, das die grösste Einzelarmee aufbot – das 65.000 Mann starke 7. Bundeskorps –, liess Wien Anfang Juni 1866 wissen, dass die Österreicher nur dann mit bayerischer Hilfe rechnen könnten, wenn Preussen in einen anderen deutschen Staat einmarschieren sollte. Mit anderen Worten, sie waren nicht bereit, sich an wie auch immer gearteten präventiven Massnahmen zu beteiligen.

Darüber hinaus litten viele Bundeskorps unter internen Differenzen, die rasche und konzertiere Aktionen so gut wie ausschlossen. Im Falle des 8. Bundeskorps etwa, dem Truppen aus Württemberg, Baden und dem Grossherzogtum Hessen angehörten, favorisierte der Kommandeur, der Wien-Freund Prinz Alexander von Hessen, ein Eingreifen auf Seiten Österreichs. Sein Stabschef jedoch war ein weitaus zurückhaltender Württemberger, dessen Souverän ihm die Anordnung erteilt hatte, den Aufmarsch des Korps und seine Verschiebung nach Osten nach Kräften zu verlangsamen, damit seine Einheiten im Notfall die württembergischen Grenzen verteidigen könnten. Die hannoverschen Truppen wiederum zogen sich vor der preussischen Offensive in der vergeblichen Hoffnung nach Süden zurück, die Bayern oder Österreicher würden nach Norden marschieren und sich mit ihnen vereinen. Nach einem unbedeutenden Sieg über eine zahlenmässig unterlegene preussische Streitmacht bei Langensalza wurden die Hannoveraner durch preussische Verstärkungen aus ihren Verteidigungsstellungen vertrieben und am 29. Juni zur Kapitulation gezwungen. Die Nachricht von der Niederlage der Hannoveraner bekräftigte die süddeutschen Staaten in ihrer Entschlossenheit, sich nicht zu rühren und vor allem ihre eigenen Gren-

zen zu schützen. Die einzige nennenswerte Unterstützung kam von den Sachsen, die ihre Truppen zur Verstärkung der österreichischen Nordarmee nach Böhmen schickten.

Der geistige Vater des preussischen Sieges von 1866 war Generalstabschef Helmuth von Moltke. In Böhmen konnte Moltke in noch viel grösserem Masse als in Dänemark ein innovatives strategisches Konzept zur Anwendung bringen, das darin bestand, die preussischen Truppen in kleine Einheiten aufzuteilen, die blitzschnell zum jeweils günstigsten Ort verschoben werden konnten. Das Ziel war, die Teile der einzelnen Einheiten erst in letzter Minute zu vereinen und damit den entscheidenden Schlag in der Schlacht zu führen. Dieser Ansatz hatte den Vorteil, dass er die logistische Belastung auf den engen Landstrassen und eingleisigen Bahnlinien verringerte und damit lange Rückstaus und Verkehrsengpässe vermied. Dank der höheren Marschgeschwindigkeit und Manövrierbarkeit der Truppen im Feld waren, so Moltkes Überlegung, die Preussen in der Lage, Zeitpunkt und Ort der entscheidenden Kampfhandlungen zu bestimmen. Dieses Mobilisierungskonzept setzte einen ausgeklügelten Einsatz der verfügbaren Kommunikations- und Transportinfrastruktur voraus, sprich der Strassen und Eisenbahnen und des Telegrafen, da die einzelnen Armeen keinen direkten Kontakt zueinander haben würden und ihre Bewegungen vom Hauptquartier exakt koordiniert werden mussten. Der hauptsächliche Nachteil dieser Strategie bestand darin, dass sie, wie wir gesehen haben, leicht fehlschlagen konnte. Wurden einzelne Armeen von ihrer Marschrichtung abgedrängt oder geriet der Zeitplan massiv ausser Kontrolle, bestand das Risiko, dass der Feind sie jeweils einzeln mit überlegenen Kräften angreifen konnte.

Ergänzt wurde dieser aggressive strategische Ansatz durch eine Reihe von Massnahmen, mit denen die preussische Infanterie zur besten in Europa gemacht werden sollte. Mitte der sechziger Jahre war Preussen die einzige europäische Grossmacht, deren Truppen mit einem Hinterlader ausgerüstet waren, dem Dreyse- oder Zündnadelgewehr, bei dem eine Patrone, bestehend aus einem auf einer kleinen zylindrischen Treibladung montierten Projektil, in eine Metallkammer geladen und durch einen Schlag des Hammers (wegen seiner länglichen Form «Nadel» genannt) gezündet wurde. Der entscheidende Vorteil gegenüber den damals bei den meisten europäischen Armeen gebräuchlichen Vorderladern bestand darin, dass es im Liegen bedient und bis zu siebenmal in der Minute abgefeuert werden konnte – mit dem Vorderlader war das gerade

zweimal möglich. Ein Mann konnte also hinter einem Grasbüschel liegend oder hinter einem Baum stehend sein Gewehr nachladen, zielen und feuern, ohne seine Deckung verlassen zu müssen; das aufwendige Einfüllen von Pulver, Schusspflaster und Kugel von vorne in den Lauf entfiel. Das ermöglichte eine weitaus flexiblere und tödlichere Anwendung der Feuerkraft der Infanterie, als dies bisher möglich gewesen war.

Am Zündnadelgewehr gab es nichts sonderlich Geheimnisvolles, die Technik war allgemein bekannt. Dennoch verzichteten die meisten Länder darauf, es als Standardwaffe der Infanterie einzuführen, und dafür gab es auch gute Gründe. Die ersten Prototypen des Modells waren notorisch unzuverlässig; da die Gasdichtung manchmal fehlerhaft war, kam es vor, dass die Kammer explodierte oder brennendes Pulver daraus hervorschoss – Eigenschaften, die den durchschnittlichen Infanteristen nicht unbedingt zu begeistern vermochten. Viele Soldaten, die an Zündnadelgewehren der ersten Generationen ausgebildet wurden, monierten, dass der Bolzen häufig klemmte und mit einem Stein wieder geöffnet werden musste; ausserdem neigten die Verschlüsse bei häufigem Feuern zum Blockieren. Dazu kam die Befürchtung, die mit der neuen Waffe ausgerüsteten Soldaten könnten zu schnell feuern, die teure Munition allzu schnell aufbrauchen und ihre nun nutzlosen Gewehre wegwerfen und das Schlachtfeld verlassen. Die alten Vorderlader mit ihrer geringen Feuergeschwindigkeit dagegen, wurde argumentiert, stärkten die Disziplin der Infanterie. Der vielleicht wichtigste Grund, der gegen die Zündnadelgewehre ins Feld geführt wurde, war die weit verbreitete Präferenz für die so genannte Stosstaktik. Diese basierte auf der – den europäischen Militärdenkern Mitte des 19. Jahrhunderts nahezu als Orthodoxie geltenden – Annahme, der Feuerkraft der Infanterie komme bei grösseren militärischen Auseinandersetzungen am Ende nur sekundäre Bedeutung zu. Viel wichtiger seien Zielgenauigkeit und Feuergeschwindigkeit der Artillerie. An der Front zähle vielmehr die Fähigkeit, den Feind aus strategisch wichtigen Positionen zu vertreiben, und das gelinge am besten mit schnellen, massierten Bajonettattacken der Infanterie.

Durch rigoroses Testen und Weiterentwickeln des Dreyse-Prototyps überwanden die Preussen die grundlegendsten Schwächen der neuen Waffe und verbesserten sie mit jeder neuen Generation bei gleichzeitig fallenden Herstellungs- und Munitionskosten. Zugleich ergriffen sie Massnahmen, die Treffsi-

cherheit und Feuerdisziplin der mit dem neuen Gewehr ausgestatteten Soldaten zu erhöhen. Während die auf die Stosstaktik vertrauenden Österreicher ihre jährlichen Aufwendungen für die Schiessausbildung reduzierten, führten die Preussen zwischen 1862 und 1864 intensive Schiessübungen ein: Infanteristen wurden darin ausgebildet, ihre Waffen auf alle Entfernungen einzusetzen und die bogenförmige Geschossbahn beim Visieren zu korrigieren. Zudem mussten sie in einem «Schussprotokoll» ihre Treffsicherheit dokumentieren. Hier erntete die Militärführung die Früchte des beispielhaften preussischen Bildungssystems. Ohne den aussergewöhnlich hohen Bildungsgrad, sowohl im Hinblick auf das Lesen und Schreiben wie auch auf das Rechnen, wäre dieses Programm wohl zum Scheitern verurteilt gewesen. All dies implizierte eine weit grössere Autonomie und Selbstbestimmung der Mannschaftsgrade, als dies bei den europäischen Armeen der Zeit die Norm war. Die preussischen Infanteristen der neuen Generation waren – zumindest in der Theorie – Berufssoldaten, kein Schlachtvieh, das sich von seinen Offizieren in Richtung Front treiben liess. Die Fähigkeit der preussischen Armee, technische Innovationen in einer Vielzahl eigenständiger, aber voneinander abhängiger Bereiche durchzusetzen, war in hohem Masse einem Generalstab geschuldet, der sich darauf verstand, die waffentechnischen Fortschritte mit den Neuerungen im Bereich der strategischen und taktischen Doktrin zu vereinen.

Während sich Österreich also insbesondere nach den Niederlagen von 1859 der Verbesserung der Stosstaktik widmete, konzentrierte sich Preussen auf die auf dem Zündnadelgewehr basierende «Feuertaktik». Moltke konnte die Beweglichkeit und Geschwindigkeit bei der offensiven strategischen Aufstellung grosser Verbände mit der kontrollierten und defensiven taktischen Aufstellung von Infanterieeinheiten auf dem Schlachtfeld kombinieren. Im Gegensatz dazu neigten die Österreicher zu einem strategisch defensiven und taktisch offensiven Vorgehen. Ein preussischer Sieg liess sich daraus aber nicht ableiten, und selbst im Nachhinein sprach wenig dafür, dass in diesem Fall die Feuertaktik die Oberhand über die Stosstaktik behalten sollte. Die Österreicher hatten die Stosstaktik am 24. Juni 1866 bei Custozza mit grossem Erfolg gegen die Italiener eingesetzt, und auch die Preussen hatten sich ihrer mit Erfolg gegen die Dänen bei der Erstürmung der Düppeler Schanzen bedient. Darüber hinaus bot sich von österreichischer Warte aus eine defensive Strategie an, da man davon

ausgehen konnte, dass sich die angreifenden Preussen mit ihren getrennt operierenden Armeen und langen Nachschublinien irgendwann einem vernichtenden österreichischen Schlag aussetzen würden. Und ebenso wenig war die entscheidende Rolle vorhersehbar, die das Zündnadelgewehr spielen sollte – schliesslich war der Vorderlader Baujahr 1854, mit dem der Grossteil der österreichischen Infanterie ausgerüstet war, nicht nur zielgenauer, er verfügte auch über eine deutlich grössere Reichweite.

Wie der Krieg in Böhmen jedoch zeigte, war Schnelligkeit wichtiger als Reichweite, anstürmende Infanteristen mit aufgepflanzten Bajonetten konnten wenig gegen die Feuerkraft einer gut positionierten Infanterie mit Hinterladern ausrichten. Am 28. Juni wurde den Österreichern frühzeitig eine schmerzhafte Demonstration der Überlegenheiten der Feuertaktik zuteil, als General Clam-Gallas, Kommandeur des österreichischen I. Korps, auf einer Brücke über die Iser in dem Dorf Podol zwei Kompanien preussischer Schützen attackierte. Zunächst konnten die Österreicher das Dorf ohne grosse Probleme säubern. Als preussische Verstärkungen eintrafen, versuchten die Österreicher, sie mit einem Bajonettangriff zurückzuschlagen. Statt sich jedoch zurückziehen, brachten die Preussen ihre Vorausabteilungen in Stellung, die die vorrückenden Österreicher unter schweres Gewehrfeuer nahmen. Nach einer halben Stunde war der österreichische Vormarsch zum Stillstand gebracht, und die Preussen machten sich daran, das Dorf Strasse für Strasse zu durchkämmen, «die einbrechende Dämmerung immer wieder vom Mündungsfeuer der Gewehre erhellt»[37].500 der 3‘000 Österreicher, die an der Schlacht bei Podol teilnahmen, fielen durch Gewehrschüsse, die preussischen Verluste lagen bei 130 Mann. Gegen zwei Uhr morgens hatten die Österreicher genug und zogen sich zurück.

Am Vortag hatte ein Zusammenstoss zwischen Einheiten der preussischen 2. Armee und dem österreichischen VI. Korps beim böhmischen Nachod mit ähnlich unausgeglichenen Verlustzahlen geendet – 1‘200 Preussen gegenüber 5‘700 Österreichern. In dieser blutigen Schlacht war über ein Fünftel der beteiligten Österreicher gefallen oder verwundet worden. Selbst bei Gefechten, wo die Österreicher den Sieg davontrugen, beispielsweise in Trautenau, wo die Preussen unvorbereitet attackiert und gezwungen wurden, sich in die Berge zurückzuziehen, forderte der Kugelhagel aus den preussischen Zündnadelgewehren auf österreichischer Seite 4‘800 Opfer gegenüber 1‘300 Verlusten auf Seiten der Preussen.[38]

Die Siege der preussischen Armeen lassen sich natürlich nicht allein auf das Zündnadelgewehr zurückführen. Obwohl es schwerfällt, das Gewicht solcher Faktoren exakt zu bemessen, gibt es Hinweise darauf, dass die Kampfmoral der österreichischen Truppen im Vergleich zu der des Gegners zu wünschen übrig liess. Unter den Deserteuren oder denen, die unverwundet in preussische Gefangenschaft gerieten, fanden sich überdurchschnittlich viele Polen, Ukrainer, Rumänen und Venetier, ein klares Indiz dafür, dass – mit Ausnahme der Ungarn – die Kampfmoral der nichtdeutschen Truppen deutlich geringer war als die der österreichischen Soldaten. Insbesondere die italienischen Untertanen der Habsburger hatten wenig Grund, sich für einen Krieg zu begeistern, der auch gegen ihre Landsleute geführt wurde. Ein preussischer Offizier, der am Gefecht bei Hühnerwasser am 26. funi 1866 teilgenommen hatte, stolperte über drei venetische Infanteristen, die den Kampf in einem Maisfeld am Ortsrand aussassen. Beim Anblick des näher kommenden Preussen liessen sie, so der Offizier, ihre Gewehre fallen, eilten auf ihn zu und flehten, seine Hände küssend, um Gnade. Hinzu kamen die Kommunikationsprobleme: In vielen österreichischen Einheiten sprachen Offiziere und Mannschaften unterschiedliche Sprachen. So berichtete der Stabschef des österreichischen I. Korps bei der Schlacht von Münchengrätz, dass das gemischte polnische und ukrainische 30. Regiment tapfer bis zum Einbruch der Dämmerung gekämpft habe, die Männer dann aber nicht mehr in das Lage gewesen seien, die pantomimisch erteilten Anweisungen ihrer Offiziere zu erkennen.[39] Im Gegensatz dazu waren die polnischen Rekruten in der preussischen Armee willige und zuverlässige Soldaten.

Ein weiterer Grund für die Niederlage der Österreicher war ihre Befehlsstruktur. Natürlich kam es auch auf preussischer Seite zu Missverständnissen, Kommunikationsfehlern und Fällen von Ungehorsam untergeordneter Offiziere. Die Österreicher aber litten unter systematischen Überlappungen der Befehlslinien, was dazu führte, dass die Bewegungen der Armeen häufig durch uneinheitliche oder einander widersprechende Befehle behindert wurden; die Neigung, über Sinn und Zweck erteilter Befehle zu diskutierten, kostete viel Zeit, und den Offizieren fehlte ein klares Verständnis für die unmittelbaren wie auch die langfristigen Ziele eines bestimmten Einsatzes. Da Nachschubzüge häufig nicht eintrafen, mussten die Truppen sich des Öfteren aufgrund von Nahrungs- und Wassermangel aus lange gehaltenen Stellungen zurückziehen. Die Österreicher ver-

säumten es auch, eine Stabsorganisation aufzubauen, die von ihrer Organisation und Kompetenz her dem preussischen Generalstab vergleichbar gewesen wäre. Anfang Juli war der Stab der Nordarmee in Böhmen nicht mehr als eine lose Versammlung von Kurieren und Verfassern von Befehlen. Zu guter Letzt leistete sich der österreichische Oberbefehlshaber der Nordarmee, General Ludwig August von Benedek, eine Reihe schwerer Fehler, wovon der folgenreichste die Aufstellung der österreichischen Truppen Anfang Juli um die Festung Königgrätz war – einer Position, in der ihm mit der Elbe im Rücken die Einkesselung durch die Preussen drohte.

Am 3. Juli 1866 kam es bei Königgrätz zur entscheidenden Schlacht des Krieges. Über 17 Stunden hinweg lieferten sich nahezu eine halbe Million Soldaten einen erbitterten Kampf entlang einer Front, die zwischen der Festung Königgrätz an der Elbe und dem böhmischen Dorf Sadowa verlief. Das Aufeinandertreffen der Armeen an diesem Ort war kein Triumph militärischer Planung; Benedek hatte die Auseinandersetzung ursprünglich nicht bei Königgrätz gesucht, sondern war hier auf dem Weg nach Olmütz aufgehalten worden und hatte zunächst gehofft, dass der Kaiser in Friedensverhandlungen mit den Preussen treten und ihm so die Schlacht ersparen würde. Aufseiten der Preussen hatten die beiden Hauptarmeen noch am 30. Juni Probleme, den Kontakt zueinander zu halten, und es herrschte unter den preussischen Kommandeuren Unklarheit über den genauen Standort der österreichischen Nordarmee. Als die Schlacht am 3. Juli begann, war das zum Teil dem Zufall zuzuschreiben. Prinz Friedrich Karl, Kommandeur der preussischen 1. Armee, der am Vorabend auf österreichische Truppen gestossen war, glaubte, Benedek würde hier die Entscheidung suchen und erteilte ohne Rücksprache mit seinem Oberbefehlshaber in den frühen Morgenstunden den Befehl zum Angriff. Anfangs deutete alles auf einen Sieg der Österreicher, deren gut befestigte Stellungen auf höherem Grund lagen und die über eine deutlich überlegene schwere Artillerie verfügten. Dennoch behielten am Ende die Preussen die Oberhand. Nachdem die preussische 1. Armee die Österreicher den Grossteil des Morgens über attackiert hatte, traf die 2. Armee unter dem Befehl von Kronprinz Friedrich Wilhelm ein und griff die österreichische Flanke an. Während sich die Zange um die österreichischen Positionen langsam schloss, versäumte Benedek es, vollen Nutzen aus den Lücken in den gegnerischen Linien zu ziehen. Ausserdem beging er den Fehler, 43 Bataillone in den Swiepwald zu entsenden, ein dichtes Gehölz an der linken preussischen

Flanke, wo ein erbittertes Gefecht tobte und die preussische Infanterie mit ihren Zündnadelgewehren eine österreichische Angriffswelle nach der anderen niederschlug. Als sich der Nachmittag dem Ende zuneigte, mussten die Österreicher den Rückzug antreten. Die Preussen hatten einen vollständigen Sieg errungen. Über 40.000 Mann der Nordarmee waren tot oder verwundet, und nicht eine einzige kampffähige österreichische Infanteriebrigade stand noch auf dem Feld.

Am 22. Juli 1866 kapitulierte Kaiser Franz Joseph. Der Deutsche Krieg war nach nur sieben Wochen zu Ende. Österreich blieben zwar Gebietsabtretungen erspart, aber Franz Joseph musste der Auflösung des Deutschen Bundes und der Schaffung eines neuen, von Preussen dominierten Norddeutschen Bundes zustimmen, dem alle deutschen Gebiete nördlich des Mains angehörten. Preussen liess sich zudem freie Hand für Annektierungen im Norden geben. Ausgenommen davon blieb allein der treue österreichische Verbündete, das Königreich Sachsen. In der Folge wurden Schleswig und Holstein annektiert, das Königreich Hannover, Teile des Grossherzogtums Hessen, das Kurfürstentum Hessen, Nassau und die Freie Stadt Frankfurt. Die bemitleidenswerten Bürger Frankfurts, Schauplatz der diplomatischen Demütigung Preussens am Vorabend des Krieges gegen Österreich, wurden darüber hinaus zu einer Strafzahlung in Höhe von 25 Millionen Gulden verurteilt.

Bismarck hatte über seinen deutschen Widersacher triumphiert. Und er hatte auch über seine preussischen Widersacher triumphiert. Ende Februar 1866 hatten sich die preussischen Liberalen, angetrieben vom eigenwilligen und provokativen Verhalten der Bismarck'schen Regierung, zu einem einheitlichen Oppositionsblock zusammengeschlossen. Anders als in Österreich, wo eine beträchtliche Kriegsbegeisterung herrschte, lehnte eine deutliche Mehrheit der preussischen Öffentlichkeit den Krieg ab. Nach einer Demonstration gegen den Krieg im rheinländischen Solingen am 25. März schwappte eine Woge von Oppositionsveranstaltungen über das Königreich, massenhaft wurden Petitionen und Manifeste gegen den Krieg verfasst, und es sah ganz danach aus, als hätten die Liberalen es geschafft, eine echte Massenbewegung auszulösen.

Die Nachricht von der preussischen Mobilmachung und erst recht die vom Sieg über Österreich bewirkte jedoch einen völligen Umschwung der Stimmung. Die Besetzung der Städte Hannover, Dresden und Kassel durch preussische Truppen löste Jubelstürme aus. Wann immer sich Bismarck in der Öffent-

lichkeit zeigte, wurde er von begeisterten Menschenmengen bestürmt. Die politischen Folgen zeigten sich während der ersten Runde der Landtagswahlen am 25. Juni, die den Konservativen satte Stimmengewinne bescherten. Am 3. Juli, als preussische Truppen die österreichischen Stellungen bei Königgrätz attackierten, endete der zweite Wahlgang mit einer Kammer, in der 142 konservative Abgeordnete sassen (gegenüber bisher 28). Bismarck hatte dies vorhergesehen: «Im Moment der Entscheidung», sagte er zum Grafen von der Goltz, dem preussischen Botschafter in Paris, «stehen die Massen zum Königtum.»[40]

Mit der Nachricht vom Sieg bei Königgrätz und der Kapitulation der Österreicher geriet der alte liberale Block im Parlament in eine unhaltbare Lage; die Berechtigung der Heeresreform liess sich nicht länger abstreiten. Die österreichischen Kriegskostenentschädigungen in Höhe von 40 Millionen Talern, die die Liquidität der Regierung wiederherstellten, unterstrichen Bismarcks Unabhängigkeit vom Parlament. Darüber hinaus zeigten sich viele führende Liberale zutiefst beeindruckt von der Grösse des preussischen Triumphs. Ein charakteristisches Beispiel bot Gustav von Mevissen, 1848/49 Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung, der der Siegesparade in der Strasse Unter den Linden in einem an Trunkenheit grenzenden Zustand folgte: «Ich kann mich dem Eindruck der Stunde nicht entziehen. Ich bin zwar kein Anbeter des Mars; die Göttin der Schönheit und die Mutter der Grazien liegt meinem Verständnisse näher als der gewaltige Kriegsgott, aber die Trophäen des Krieges üben selbst auf das Kind des Friedens einen magischen Zauber. Unwillkürlich ist der Blick gebannt, und der Geist weilt mit den unabsehbaren Menschenreihen, die dem Gott des Augenblicks, dem Erfolg, zujauchzen.» Ein weiterer solcher Fall war der Industrielle Werner Siemens, dessen Einstellung sich nach der Nachricht vom Sieg über Österreich von Grund auf wandelte. Innerhalb weniger Monate brach er mit seinen linksliberalen Freunden und plädierte für eine Aussöhnung mit Bismarck, bevor er sich schliesslich völlig aus der Politik zurückzog und sich auf den Aufbau seines Unternehmens konzentrierte.[41]

Die Ereignisse von 1866 hatten in den Augen vieler Liberaler eine völlig neue Ausgangssituation geschaffen. Die Niederlage des neoabsolutistischen Österreich (und das implizite Ende des Katholizismus als relevanter Macht in den deutschen Angelegenheiten) stellte für viele von ihnen einen genuin liberalen

Erfolg dar, und Bismarcks Zusage, eine engere nationale Union auf konstitutioneller Grundlage anzustreben, entsprach lang gehegten liberalen Forderungen. Für die Liberalen war eine nationale Einheit zu den von Bismarck formulierten Bedingungen die Grundlage für eine rationalere politische Ordnung, die das Tor zu weiteren politischen und konstitutionellen Fortschritten aufstossen würde. Dieser optimistischen Sichtweise lag der Glaube an das im Kern progressive Wesen des preussischen Staates zugrunde, was wiederum Preussens Führungsrolle im neuen Deutschland legitimierte. Hier zeigte sich eine gewisse Übereinstimmung mit Teilen der Militärführung. Auch Moltke, der eine Zeit lang bei Hegel studiert hatte, betrachtete Preussen als das Modell des progressiven, vorurteilsfreien und rationalen Staates, dem die Führungsrolle natürlicherweise zufallen musste, da er in der vordersten Reihe der historischen Entwicklung stand.[42] Dieser Konsens über die – unabhängig vom Verhalten der aktuellen Regierung – im Kern progressive und tugendhafte Natur des Staates trug entscheidend mit dazu bei, die während der Verfassungskrise geschlagenen Wunden zu heilen.

Bismarck erkannte, dass die Zeit gekommen war, das preussische politische System wieder zusammenzufügen. Der Liberalismus war eine zu wichtige und potenziell fruchtbare politische Kraft, als dass man ihn auf Dauer marginalisieren durfte – indem er dies eingestand, erwies sich Bismarck als ein treuer Vollstrecker des postrevolutionären Arrangements der fünfziger Jahre. Ein Verfassungsstreich fand – sehr zum Verdruss der unbelehrbaren Konservativen, die nicht davon abliessen, Bismarck als einen der Ihren zu reklamieren – nicht statt. Stattdessen präsentierte Bismarck dem Parlament eine Indemnitätsvorlage, mit der er den Bruch der Verfassung seit 1862 eingestand und die nachträgliche Billigung der Staatshaushalte durch das Parlament erreichte. Damit hatte er gleichzeitig dem Parlament die Möglichkeit eingeräumt, seine Autorität wiederherzustellen.[43] Dieses und weitere klug ausgedachte Zugeständnisse genügten, die sowieso schon fragile Einheit der liberalen Opposition auseinanderbrechen zu lassen. Immer mehr Abgeordnete kehrten der Bismarck-feindlichen Fortschrittspartei den Rücken. Abtrünnige wie Karl Twesten (der vier Jahre zuvor im Duell mit dem Chef des Militärkabinetts einen Armdurchschuss erlitten hatte) wurden von Bismarck bereitwillig empfangen, der die restlichen Zweifelnden für sich einnahm, indem er sie zu Konsultationen über mögliche weitere Konzessionen gegenüber den Liberalen hinzuzog.[44]

Unter dem Druck dieser Annäherung zwischen Bismarck und der gemässigten Opposition zerbrach die liberale Front, die während der Verfassungskrise geschmiedet worden war. Ein Riss öffnete sich zwischen den Nationalliberalen, die in der nationalen Einheit das Versprechen einer rationaleren politischen Ordnung sahen, und den Fortschrittlichen, die sich auf die den Verfassungskonflikt in seinem Kern definierenden Punkte Freiheit und parlamentarische Macht konzentrierten. Interessanterweise dominierten die «neuen Preussen» schon bald die sich herausbildende nationalliberale Bewegung, deren herausragende Vertreter, Rudolf von Bennigsen und Johannes Miquel, Hannoveraner waren, die nach der Annexion von 1866 in die Abgeordnetenkammer gewählt wurden (viele altpreussische Liberalen taten sich schwer, die Antipathie der Krisenjahre zu überwinden).

Auch durch die Reihen der Konservativen zog sich ein Riss. Viele von ihnen hatten gehofft, der Sieg über Österreich würde die endgültige Abrechnung mit dem parlamentarisch-konstitutionellen System einleiten, und zeigten sich tief enttäuscht von Bismarcks Entscheidung, ein Indemnitätsgesetz vorzulegen. Dies führte zum Bruch zwischen den «Freikonservativen», die den kühnen Plan des Ministerpräsidenten zu unterstützen bereit waren, und den «Altkonservativen», die sich strikt gegen jeden Versuch verwahrten, die Liberalen durch politische Zugeständnisse zu besänftigen. Im Zentrum des politischen Spektrums bildete sich nun ein gemischter Block aus gemässigten Liberalen und flexiblen Bismarck'schen Konservativen heraus, der der Regierung im preussischen Landtag und im neuen Reichstag des Norddeutschen Bundes eine stabile Mehrheit für die Durchsetzung ihrer Politik bot. Das war nicht nur ein Verdienst der Bismarck'schen Staatskunst, sondern auch Folge des nachrevolutionären politischen Arrangements der fünfziger Jahre. Der Verfassungskonflikt hatte die Liberalen zu einem Einheitsblock zusammengeschmiedet; als nun der Druck nachliess, zerfiel die Bewegung in einen fundamentalistischen und einen realpolitischen Flügel. Auch auf konservativer Seite verlief die Spaltung von 1866/67 entlang der traditionellen Demarkationslinie zwischen denen, die die Verfassungsordnung von 1848/49 akzeptiert hatten, und jenen, die sich nie mit ihr abfinden wollten. Überlagert wurde dies nach Königgrätz zunächst durch den Konflikt zwischen denjenigen, die an der spezifisch preussischen Staatsidentität festhielten (ein Lager, dem ein beträchtlicher Teil der pietistischen

ostelbischen Grundherren angehörte), und denen, die bereit waren, sich dem grösseren Ziel der deutschen Nation unterzuordnen.

Mit dem preussischen Sieg von 1866 ging die lange Geschichte des preussisch-österreichischen Zweikampfs um die Hegemonie über die deutschen Staaten zu Ende. Preussen herrschte nun über ein zusammenhängendes Territorium, das sich von Frankreich und Belgien im Westen bis nach Russisch-Litauen im Osten erstreckte. Preussen stellte vier Fünftel der Bevölkerung des neuen Norddeutschen Bundes, eines Staatenbundes, dem alle 23 norddeutschen Länder angehörten und der seinen Sitz in Berlin hatte. Den süddeutschen Staaten Hessen-Darmstadt, Baden, Württemberg und Bayern blieb zwar die Annektierung erspart, sie mussten aber Bündnisverträge abschliessen, die sie der preussischen Einflusssphäre zuschlugen.

Auch wenn der Norddeutsche Bund nach aussen in gewissem Masse wie die Fortsetzung des Deutschen Bundes ausgesehen haben mochte (dessen Bundestag am 28. Juli im Speisesaal des Hotels «Drei Mohren» in Augsburg gehorsam seine Selbstauflösung verkündete), war der Name in Wahrheit wenig mehr als ein Feigenblatt für die Vormachtstellung Preussens. Berlin hatte das alleinige Sagen in allen militärischen und aussenpolitischen Angelegenheiten, und in diesem Sinne war der Norddeutsche Bund, wie König Wilhelm selbst sagte, wenig mehr als der «verlängerte Arm Preussens». Andererseits jedoch verlieh der neue Staatenbund dem machtpolitischen Arrangement von 1866 eine gewisse halbdemokratische Legitimität. In konstitutioneller Beziehung handelte es sich dabei um ein Experiment, für das es weder in der preussischen noch in der deutschen Geschichte einen Vorläufer gab. Der Zusammenschluss besass ein Parlament – den Norddeutschen Reichstag –, das die (männliche) Bevölkerung aller Mitgliedstaaten vertrat und dessen Abgeordnete nach dem von den Revolutionären 1849 entworfenen Reichswahlgesetz in allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen von allen Männern, die 25 Jahre oder älter wären, gewählt wurden. Berlin unternahm keinerlei Versuche, das preussische Dreiklassenwahlrecht einzuführen. So gesehen war der Norddeutsche Bund eine der späten Früchte der nachrevolutionären Synthese und vermengte die traditionelle Politik der Fürstenkabinette mit der neuen und unvorhersagbaren Logik der nationalen parlamentarischen Vertretung.[45]

Der Krieg mit Frankreich

Bereits im August 1866 äusserte Bismarck gegenüber einem engen Vertrauten des Grossherzogs von Baden die Überzeugung, die Vereinigung von Nord- und Süddeutschland sei «eine blosse Zeitfrage»[46]. Doch blieben in vielerlei Hinsicht die Bedingungen für eine solche Union nach dem Deutschen Krieg ungünstig. So war klar, dass Frankreich, das eine weitere Expansion des preussischen Einflusses am meisten zu fürchten hatte, sich dem nach Kräften widersetzen würde. Die Österreicher ihrerseits hofften, die Ergebnisse von 1866 umkehren zu können. Der neue österreichische Aussenminister, Friedrich Ferdinand von Beust, war ein preussenfeindlicher Sachse, der darauf spekulierte, die süddeutschen Staaten – möglicherweise in Kooperation mit Frankreich – als Hebel zur Beendigung der preussischen Hegemonie einsetzen zu können. Die Bevölkerung der süddeutschen Staaten und insbesondere in Württemberg und Bayern war nach wie vor strikt gegen eine engere Union, und im März 1867 kam es zu wütenden öffentlichen Protesten, als bekannt wurde, dass die süddeutschen Regierungen nach dem Deutschen Krieg ihre Autonomie durch «ewige» Schutz- und Trutzbündnisse mit dem Norddeutschen Bund aufgegeben hatten. In Bayern und Württemberg endeten die Parlamentswahlen von 1869 mit antiliberalen Mehrheiten, die eine kleindeutsche Union ablehnten. Vor allem in Bayern agitierte der katholische Klerus von der Kanzel herab gegen eine engere Bindung an den von den Preussen beherrschten Norddeutschen Bund, es wurden entsprechende Petitionen ausgelegt, die von mehreren hunderttausend Menschen unterschrieben wurden. Eine antipreussische Koalition bildete sich heraus, bestehend aus partikularistischen Patrioten, österreichfreundlichen Katholiken und süddeutschen Demokraten. Der politische Katholizismus entwickelte sich zu einem ernst zu nehmenden Hindernis für die unionistischen Bestrebungen, und die antiunionistische Propaganda zeichnete Preussen als antikatholisch, autoritär, repressiv und militaristisch und als Gefahr für die wirtschaftlichen Interessen der süddeutschen Staaten.

Bismarck blieb wie immer flexibel hinsichtlich der Frage, wann und wie eine deutsche Union zu erreichen sei. Allerdings gab er schon früh die Hoffnung auf, sie könnte durch einen Prozess der friedlichen Verschmelzung zustande kommen. Eine Zeit lang engagierte er sich für Pläne zur Gründung eines «Südbun-

des», bestehend aus Baden, Württemberg und Bayern, doch das gegenseitige Misstrauen zwischen den süddeutschen Staaten (insbesondere Bayern) machte diesen Weg ungangbar. Daraufhin entstand der Plan, die süddeutschen Staaten durch die Gründung eines «Zollparlaments» schrittweise zu integrieren, zu dem die nicht dem Norddeutschen Bund angehörenden Mitglieder des Zollvereins Vertreter entsenden durften. Doch die im März 1869 in den süddeutschen Staaten durchgeführten Wahlen zum Zollparlament belegten einmal mehr ihre anhaltende Opposition gegen eine engere Anbindung.

In Bismarcks Vorstellung spielte auch der Gedanke eine Rolle, dass sich die Einigung Deutschlands durch eine Bedrohung seitens Frankreichs möglicherweise beschleunigen liesse. So konstatierte er bereits im Sommer 1866, dass «im Kriegsfall mit Frankreich sofort die Mainschranke durchbrochen [...] und ganz Deutschland in den Kampf gezogen werden [wird]»[47]. Damit bezog er sich explizit auf die damals vorherrschenden Befürchtungen, Frankreich könne versuchen, die preussischen Zugewinne seit Königgrätz mit Gewalt zunichtezumachen. Zugleich entsprach dies aber auch der preussischen Politik seit den 1820er Jahren, die stets der Ansicht war, von Frankreich ausgehende Bedrohungen kämen den preussischen Absichten in Deutschland zugute. Potenzial für Spannungen zwischen den beiden mächtigen Nachbarn war zweifelsohne vorhanden. Das Ausmass des preussischen Sieges von 1866 hatte Kaiser Napoleon III. aufgeschreckt und ihn überzeugt, dass Preussen eine Gefahr für die französischen Interessen darstellte. Ausserdem war er zutiefst verstimmt, weil Frankreich ungeachtet der grosszügigen, wenn auch vagen Versprechungen, die Bismarck Paris vor dem Krieg gemacht hatte, keine «Kompensation» im traditionellen Sinne erhalten hatte. Diese Spannungen nutzte Bismarck im Frühjahr zu einer geschickt inszenierten Operation, die als Luxemburgkrise bezeichnet wird. Nachdem er Napoleon III. insgeheim dazu ermutigt hatte, seine Ansprüche durch die Annexion Luxemburgs zu befriedigen, liess Bismarck die Nachricht von den Absichten des Kaisers an die deutsche Presse durchsickern, was, wie er sehr wohl wusste, eine Woge nationalistischer Empörung auslösen würde, bevor er sich öffentlich als deutscher Staatsmann gerierte, dem das Ehrgefühl und die eigene Überzeugung geboten, dem Willen seines Volkes Geltung zu verschaffen. Die Krise wurde durch eine internationale Konferenz beigelegt, auf der der Status Luxemburgs als unabhängiges Fürstentum festgeschrieben wurde, hätte aber auch, wie Bismarck durchaus klar war, ohne Weiteres zu einer französischen Kriegserklärung führen können.[48] Hier bewies sich

Bismarck einmal mehr als Meister der Zwischentöne, der mit vollendetem Geschick verdeckte Manöver mit öffentlichen Gesten und hohe Diplomatie mit populistischer Politik zu kombinieren verstand.

Eine weitere Gelegenheit, Kapital aus den Spannungen mit Frankreich zu schlagen, eröffnete die Kandidatur eines Hohenzollern für den spanischen Thron. Nach der Entmachtung von Königin Isabella in der spanischen Revolution von 1868 benannte die neue Regierung in Madrid Prinz Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen als potenziellen Thronfolger. Leopold war ein katholischer süddeutscher Verwandter der preussischen Königsfamilie und mit der portugiesischen Infantin Antonia verheiratet. Bismarck, der sofort erkannte, dass er die spanische Thronfolgefrage dazu nutzen konnte, die Spannungen mit Frankreich zu verschärfen, unterstützte Leopolds Thronkandidatur nach Kräften. Allerdings erwies sich das als sehr schwierig, da sich sowohl Wilhelm I. wie auch Leopolds Vater anfangs strikt gegen eine Kandidatur Leopolds verwahrten. Im Sommer 1870 jedoch gelang es Bismarck, sich nach geduldiger Überzeugungsarbeit und diversen Intrigen der Zustimmung beider Männer zu versichern. Im Juli löste die Nachricht, dass Leopold sich offiziell um die spanische Thronfolge bewarb, in Frankreich einen Aufschrei der Nationalisten aus. In einer kriegshetzerischen Rede vor dem französischen Parlament gelobte der unerfahrene neue französische Aussenminister Antoine Agénor de Gramont der französischen Nation, Leopold werde niemals den «Thron Karls V.» besteigen – eine Anspielung auf das 16. Jahrhundert, als die deutsche Habsburgerdynastie kurz davor gestanden hatte, Frankreich zu umzingeln. Gramont schickte den französischen Botschafter in Berlin, Vincent de Benedetti, nach Bad Ems, wo Wilhelm I. zur Kur weilte, um die Sache mit dem preussischen König zu klären.

Da Wilhelm I. auf Benedettis Vortrag in einem versöhnlichen Ton antwortete und schliesslich auch akzeptierte, dass Leopold von seinem Anspruch auf den spanischen Thron Abstand nehmen musste, hätte die Angelegenheit auf Kosten eines diplomatischen Siegs der Franzosen beendet sein können. Doch nun beging Gramont einen folgenschweren taktischen Fehler. Er schickte Benedetti ein zweites Mal zum preussischen König mit dem Auftrag, sich eine umfassendere und schriftliche Zusicherung des Inhalts geben zu lassen, dass der preussische König auf alle Zeiten hinaus die Kandidatur eines Hohenzollern in Spanien untersagen würde. Vom preussischen König zu verlangen, seine Hände auf ewig zu binden, war inakzeptabel, und Wilhelm wies das Ansinnen höflich zurück.

Als Bismarck das Telegramm des Königs (das als «Emser Depesche» Unsterblichkeit erlangen sollte) erhielt, in dem er das Treffen mit Benedetti zusammenfasste, erkannte er sofort, dass sich ihm hier eine Gelegenheit bot, die Franzosen zu brüskieren, ohne sich selbst eine moralische Blösse zu geben. Am 13. Juli liess er eine redigierte Version des Telegramms (ein paar Worte waren gestrichen worden, aber nichts hinzugefügt) veröffentlichen, die den Eindruck erweckte, bei der Weigerung des Königs habe es sich um eine brüske Zurückweisung und beim französischen Botschafter um einen impertinenten Bittsteller gehandelt. Um ja nichts dem Zufall zu überlassen, wurde der Presse eine französische Übersetzung des redigierten Telegramms zugespielt. Die Regierung in Paris war ausser sich vor Wut und ordnete in Erwartung eines landesweiten nationalen Aufruhrs am nächsten Tag die Mobilmachung an.

Wie 1864 und 1867 handelte es sich hier um eine politische Krise, die für Bismarck wie massgeschneidert schien, der es besser als jeder andere verstand, die instabile Beziehung zwischen dynastischen Mechanismen und Kräften des Massennationalismus für seine Zwecke auszunutzen. Doch so bemerkenswert Bismarcks Geschick und Gewandtheit auch waren, sie allein waren nicht entscheidend. Bismarck kontrollierte die Ereignisse nicht. Er hatte die Kandidatur Leopolds nicht geplant, und obwohl er sie im Frühjahr und Sommer 1870 nach Kräften unterstützte, war er doch bereit, klein beizugeben, als es danach aussah, als habe der preussische König einem Rückzug zugestimmt und sich mit einem französischen Sieg auf dem diplomatischen Parkett abgefunden. Man kann ohne Übertreibung noch nicht einmal behaupten, die Franzosen hätten ihm in die Hand gespielt, da ihre Bereitschaft, einen Krieg zu riskieren, nicht auf Bismarcks Handlungen an sich zurückging, sondern vielmehr auf die grundsätzliche Weigerung, eine Gefährdung ihrer privilegierten Stellung im europäischen internationalen System hinzunehmen. Die Franzosen zogen 1870 in den Krieg, weil sie – nicht zu Unrecht – überzeugt waren, sie würden ihn gewinnen. So gesehen wäre es übertrieben zu behaupten, Bismarck habe den Krieg mit Frankreich «geplant». Bismarck war kein Exponent des Präventivkriegs. Ein Präventivkrieg war, wie er einmal bemerkte, gleichbedeutend damit, sich aus Angst vor dem Tod in den Kopf zu schiessen.[49] Andererseits stand ein Krieg gegen Frankreich mit Sicherheit durchaus auf seiner Liste politischer Optionen, vorausgesetzt allerdings, die Franzosen ergriffen die Initiative und handelten als Erste. In den Krisen um das Grossherzogtum Luxemburg und die spanische

Thronfolge hatte Bismarck eine Politik mit offenem Ausgang verfolgt, die zwar die *Möglichkeit* eines Krieges akzeptierte, gleichzeitig aber auch anderen Zielen diente, beispielsweise der Integration der süddeutschen Staaten und der Zügelung des französischen Ehrgeizes.[50] Selbst wenn die Emser Depesche nur die Spannungen verschärft und Drohungen aus Paris erzeugt hätte, hätte dies Bismarcks Zielen gedient und die Süddeutschen daran erinnert, dass sie bis zum Eintritt in eine Union mit dem Norden überaus verwundbar blieben.

Die Nachrichten von der Mobilmachung und die darauffolgende französische Kriegserklärung lösten in Preussen und dem restlichen Deutschland eine Woge des Patriotismus aus. Auf seiner Rückfahrt von Bad Ems nach Berlin wurde Wilhelm I. an jedem Bahnhof von jubelnden Menschen begrüsst. Selbst in Süddeutschland empörten sich die Menschen über die Aggressivität und Arroganz der Gramont'schen Rede vor dem französischen Parlament und das unverschämte Verhalten gegenüber dem preussischen König. Die Stimmung im preussischen Aussen- und Kriegsministerium war zuversichtlich, und das nicht ohne Grund, hatte man doch bereits Pläne zur Koordination militärischer Operationen mit den süddeutschen Staaten auf Grundlage der zwischen ihnen und dem Norddeutschen Bund vereinbarten Bündnisse in der Schublade liegen. Auch die diplomatischen Randbedingungen waren günstig: Wien kämpfte noch immer mit den Folgen umfassender innerer Reformen und verspürte wenig Neigung, sich mit Frankreich auf riskante Abenteuer einzulassen; ein Vertragsentwurf aus dem Jahre 1869 wurde deshalb doch nicht unterzeichnet. Die Italiener ihrerseits würden Paris kaum unterstützen, solange französische Truppen die Überreste des Kirchenstaates besetzt hielten (und damit die Eingliederung Roms und Latiums ins Königreich Italien verhinderten). Grossbritannien hatte sich bereits mit dem Gedanken an ein vereintes Deutschland unter preussischer Führung abgefunden, und die Russen wurden mit Bismarcks Versprechen gewonnen, dass Preussen St. Petersburg dabei helfen würde, die nachteiligsten Bestimmungen des nach dem Krimkrieg geschlossenen Friedens von Paris zu revidieren. Also bestand auch wenig Grund, ein russisches Eingreifen auf Seiten Frankreichs zu befürchten.[51] Die günstige Ausgangslage, die der Krimkrieg geschaffen hatte, besass noch immer Gültigkeit.

In militärischer Hinsicht standen die Chancen Preussens auf einen Sieg gut – besser sogar, als den meisten Zeitgenossen bewusst waren. Es verfügte – bei vollständiger Mobilmachung – nicht nur über eine grössere, kampfstärkere und

disziplinierte Armee als die Franzosen, es waren ihnen auch von Taktik und Infrastruktur her überlegen. Wie im Krieg gegen Österreich spielte auch bei diesem Krieg die Überlegenheit der preussischen Militärorganisation eine entscheidende Rolle. Im Gegensatz zum preussisch-deutschen Generalstab, der direkt an den König berichtete, war der französische Generalstab lediglich eine dem Kriegsministerium unterstellte Abteilung und hinsichtlich Strategie, Taktik und Disziplin beständig dem politischen Druck der linksorientierten Nationalversammlung ausgesetzt. Der preussische Generalstab, dessen Reputation durch den Sieg von 1866 immens gestiegen war, hatte nach dem Deutschen Krieg weitere Verbesserungen im Bereich des Transport- und Nachschubwesens vorgenommen, die dazu führten, dass man die Mobilisierung in Preussen weitaus schneller durchführen konnte als in Frankreich und man zu einem Zeitpunkt, als die französische Truppenstärke am Rhein noch bei 250.000 Mann lag, bereits über eine halbe Million Soldaten an die Grenze verlegt hatte. Die veralteten glattläufigen Feldkanonen, die sich 1866 gegenüber der österreichischen Artillerie als hoffnungslos unterlegen erwiesen hatten, waren durch hochmoderne gezogene Geschütze ersetzt worden. Zugleich hatte man enorme Anstrengungen unternommen, die taktische Aufstellung der Artillerie zur Unterstützung der Infanterie zu verbessern, ein Bereich, in dem die Preussen 1866 noch versagt hatten.

Nichts von all dem machte jedoch einen preussischen Sieg unumgänglich. Ungeachtet aller Anstrengungen des Generalstabs waren die waffentechnischen Unterschiede 1870 deutlich geringer als noch 1866. Der entscheidende Vorteil, den das Zündnadelgewehr gegenüber Österreich verschafft hatte, wurde 1870 durch das exzellente französische Infanteriegewehr, das so genannte Chassepotgewehr, aufgehoben, ganz zu schweigen von der Mitrailleuse, einer Art Maschinengewehr, die Tod und Verderben säte, wann immer sie gegen die Preussen zum Einsatz kam. In die Schlachten Anfang August bei Spichern, Weissenburg und Wörth stolperten die Preussen eher hinein, als dass sie sie geplant hätten. Selbst Moltke leistete sich etliche schwere Fehler, beispielsweise zu Beginn des Feldzugs, als er 200.000 Mann über die französische Grenze marschieren liess und seine Truppen der Gefahr eines verheerenden Flankenangriffs aussetzte; zum Glück für Moltke liess der französische Kommandeur General Bazaine die sich ihm bietende Chance ungenutzt verstreichen.

Andererseits verstanden die Preussen es geschickt, ihre leichte Artillerieüberlegenheit auszunutzen und setzten ihre Feldgeschütze ein, um französisches

Feuer von der vorrückenden Infanterie abzuziehen. Wichtiger aber dürfte gewesen sein, dass sie schlicht weniger Fehler begingen als der Gegner. Bei Mars-la-Tour verwandelte Bazaine durch sein Versäumnis, eine Offensive zu starten, einen möglichen französischen Sieg in ein Desaster, das die strategisch wichtige Stellung bei Verdun einem deutschen Vorstoss öffnete. In den ersten sechs Kriegswochen bis Anfang September verloren die Franzosen eine Reihe wichtiger Schlachten und mit ihnen eine grosse Menge an Waffen, Offizieren und kampferprobten Soldaten. Bei der vernichtenden Niederlage und Kapitulation der französischen Truppen unter General Patrice de Mac-Mahon am 1. und 2. September bei Sedan geriet Napoleon III. zusammen mit 104.000 französischen Soldaten in Gefangenschaft. Der Krieg zog sich noch viele Wochen hin; die Deutschen eroberten Strassburg und Metz und belagerten Paris, während die *Francs-tireurs*, französische Freischärler, den Preussen hinter den Linien steigende Verluste zufügten. Nach zähen Verhandlungen mit dem neuen republikanischen Premierminister Adolphe Thiers (jener Mann, dessen freizügige Äusserungen über französische Annexionen 1840 die Rheinkrise ausgelöst hatten) wurde Ende Februar 1871 ein vorläufiger Friedensvertrag unterzeichnet. Aber erst am 10. Mai, nachdem französische Regierungstruppen den Aufstand der Pariser Kommune niedergeschlagen hatten, wurde in Frankfurt am Main ein endgültiger Frieden geschlossen. In der Zwischenzeit hatte Bismarck die Einwände der süddeutschen Staaten zerstreuen und ihre Zustimmung zur Bildung einer Union erlangen können. Am 18. Januar 1871 wurde im Spiegelsaal von Versailles das neue Deutsche Reich proklamiert. Exakt 170 Jahre nach der Krönung des Kurfürsten Friedrich III. zum preussischen König Friedrich I. liess sich König Wilhelm I. zum Deutschen Kaiser krönen.

Ein neues Europa

Über Jahrhunderte hinweg war die deutsche Mitte Europas politisch zersplittert und schwach gewesen. Der Kontinent war von den Staaten an seiner Peripherie dominiert worden, in deren Interesse die Aufrechterhaltung des Machtvakuums in seiner Mitte lag. Nun jedoch war, zum ersten Mal in der Geschichte, diese Mitte vereint und stark. Die Beziehungen zwischen den europäischen Mächten sollten von nun an einer neuen und ungewohnten Dynamik unterliegen. Benja-

min Disraeli, der Führer der konservativen Opposition im britischen Unterhaus, erkannte dies deutlicher als die meisten seiner Zeitgenossen: «Dieser Krieg stellt die deutsche Revolution dar, ein grösseres politisches Ereignis als die Französische Revolution», verkündete er vor dem Unterhaus. «Da ist keine diplomatische Tradition mehr, die nicht hinweggefegt worden wäre.»[52] Wie zutreffend diese Diagnose war, sollte sich erst nach und nach zeigen.

Das Zeitalter des preussisch-österreichischen Dualismus – einst das strukturierende Prinzip des politischen Lebens der deutschen Staaten – war vorüber. Friedrich Ferdinand Graf von Beust erkannte die Fruchtlosigkeit einer auf Eindämmung abzielenden Politik und riet Kaiser Franz Joseph, Wien solle hinfort eine Verständigung zwischen Österreich-Ungarn und Preussen-Deutschland in allen gegenwärtigen Angelegenheiten suchen.[53] Beust selbst konnte die von ihm vorgeschlagene Neuausrichtung nicht mehr selbst in die Hand nehmen – er wurde im November 1871 entlassen –, aber sein Nachfolger, Graf Gyula Andrässy, verfolgte dieselbe Linie. Erste Früchte trug sie mit dem Dreikaiserabkommen vom Oktober 1873 zwischen Österreich-Ungarn, Russland und Deutschland; sechs Jahre später handelte Bismarck den Zweibund von 1879 aus, der Österreich-Ungarn zum Juniorpartner des Deutschen Reiches machte. Von nun an zielte die Politik Wiens darauf ab, Berlin nach Kräften auf die Sicherheitsinteressen Österreich-Ungarns einzuschwören, selbst wenn dies eine untergeordnete Stellung innerhalb der Beziehung bedeutete. Der zwischen den beiden Staaten geschmiedete Bund hatte bis 1918 Bestand.

Der Krieg von 1870 stellte auch die Beziehungen zu Frankreich auf eine völlig neue Grundlage. Die von Bismarck stark favorisierte Annektion von Elsass-Lothringen traumatisierte die französische politische Elite und vergiftete dauerhaft das Verhältnis zu Paris.[54] Elsass-Lothringen wurde zum Heiligen Gral des französischen Revanchismus und war Brennpunkt mehrerer aufeinanderfolgender Wellen chauvinistischer Agitation. Dass er darauf gedrängt hatte, könnte der «schwerste Fehler» in Bismarcks politischer Karriere gewesen sein.[55]

Aber selbst ohne die Annektierung Elsass-Lothringens hätte die blosse Existenz des neuen Deutschen Reiches die Beziehungen zu Frankreich fundamental verändert. Die Schwäche Deutschlands war traditionell einer der Eckpfeiler der französischen Sicherheitspolitik gewesen. «Es ist leicht zu sehen», schrieb der damalige französische Aussenminister Charles Gravier Comte de Vergennes im

47. 18. Januar 1871: König Wilhelm I. von Preussen
wird im Spiegelsaal von Versailles zum Deutschen Kaiser ausgerufen;
Stich nach einer Zeichnung von Anton von Werner.

Jahr 1779, «welchen Vorteil [Deutschland] über uns hätte, wäre diese herausragende Macht nicht durch die Form ihrer Verfassung begrenzt [...] Wir verdanken unsere Überlegenheit und unsere Sicherheit demnach den Kräften der [deutschen] Uneinigkeit.»[56]

Nach 1871 richtete sich das Streben Frankreichs danach, jede Möglichkeit zur Eindämmung der neuen Grossmacht an seiner Ostgrenze zu nutzen. So gesehen war eine dauerhafte Feindschaft zwischen Frankreich und Deutschland – ungeachtet wiederholter beidseitiger Bemühungen um ein Rapprochement – dem europäischen System nach den Einigungskriegen in gewissem Masse einprogrammiert.

Nehmen wir diese beiden Faktoren – die engen Bande Berlins zu Österreich-Ungarn und den Dauerkonflikt mit Frankreich – als Fixpunkte der europäischen politischen Landschaft in den Jahrzehnten nach der deutschen Einigungsphase, fällt es leichter zu erkennen, warum sich Preussen-Deutschland so schwertat, das Abdriften in jene Isolation zu verhindern, die für die Jahrzehnte vor 1914 so prägend war. Von der Warte Frankreichs aus lautete das Hauptziel, Deutschland

durch die Bildung einer antideutschen Allianz in Schach zu halten. Der aussichtsreichste Kandidat für eine solche Partnerschaft war Russland. Berlin konnte dies nur verhindern, indem es Russland in sein eigenes Bündnissystem einband. Das Problem war, dass eine Allianz, der Russland und Österreich-Ungarn angehörten, notgedrungen instabil sein musste; nachdem Wien aus Deutschland und Italien hinausgedrängt worden war, konzentrierte sich die Aussenpolitik Österreich-Ungarns zusehends auf den Balkan, eine Region, in der die eigenen Interessen unmittelbar mit denen Russlands im Widerstreit lagen.[57]

Die Differenzen auf dem Balkan waren es denn auch, die 1885 zur Auflösung des Dreikaiserabkommens führten. Bismarck konnte die Beziehungen zu Russland durch den 1887 abgeschlossenen Rückversicherungsvertrag zwar reparieren, doch bereits 1889 erwies es sich als immer schwieriger, einen Ausgleich zwischen den Verpflichtungen gegenüber Österreich-Ungarn und denen gegenüber Russland herzustellen, sodass Bismarcks Nachfolger Leo von Caprivi 1890 auf die Verlängerung des Rückversicherungsvertrags verzichtete. Diese Chance nutzte Frankreich und lockte St. Petersburg mit der Aussicht auf grosszügige Darlehen und Rüstungsbeihilfen, Bemühungen, die am 17. August 1892 zum Abschluss einer französisch-russischen Militärkonvention und zwei Jahre später mit dem Zweiverband zu einem formellen Bündnis führten, die beide eindeutig gegen Deutschland gerichtet waren. Um diese negative Entwicklung auszugleichen, rückte Berlin in den neunziger Jahren näher an die Türkei heran, was Grossbritannien seiner traditionellen Rolle als Wächter über die Dardanellen und den Bosporus enthob und London (ab 1905) erlaubte, eine Beschwichtigungspolitik vis-à-vis Russlands zu betreiben.[58] Das bipolare Europa, das 1914 in den Krieg ziehen sollte, hatte sich nun formiert. Damit sollen die Politiker des vereinten Deutschland keineswegs von der Schuld für die grandiosen Fehler und Unterlassungen freigesprochen werden, die Deutschlands internationale Stellung in den eineinhalb Jahrzehnten vor 1914 so nachhaltig untergruben. Allerdings liegt die Vermutung nahe, dass das folgenschwere Abdriften Deutschlands in die Isolation nur zum Teil durch das Wechselspiel von politischer Provokation und Vergeltung erklärt werden kann. Vielmehr repräsentiert diese Entwicklung auf einer grundlegenderen Ebene eben auch die Entfaltung jener strukturellen Veränderungen, die durch die «deutsche Revolution» Preussens in den Jahren 1866 bis 1871 ausgelöst worden waren.

KAPITEL 16

In Deutschland aufgegangen

Im Frühjahr 1848, als die Menschenmengen in den Strassen des revolutionären Berlin Barrikaden errichteten, hatte König Friedrich Wilhelm IV. verkündet: «Preussen geht fortan in Deutschland auf.» Seine Worte waren nicht falsch, nur ein wenig voreilig. Sie spielten auf die ambivalenten Vorzeichen einer nationalen Einheit für den preussischen Staat an. Deutschland wurde zwar unter preussischer Führung vereinigt, doch dieses lang ersehnte Ereignis setzte auch einen Auflösungsprozess in Gang. Mit der Gründung des deutschen Nationalstaates ging jenes Preussen, dessen Geschichte hier nachgezeichnet wurde, zu Ende, es trat auf der internationalen Bühne nicht mehr als autonomer Akteur auf. Es musste nun lernen, den grossen und gewichtigen Raum des neuen Deutschlands auszufüllen. Durch die Anforderungen der deutschen nationalen Souveränität wurde das innere Leben des preussischen Staates komplizierter als zuvor, indem die Unstimmigkeiten zugespitzt, das politische Gleichgewicht gestört, manche Bindungen gelockert, andere dafür verstärkt wurden. Dies führte gleichzeitig zu einer Verwischung und Verengung der Identitäten.

Preussen in der deutschen Verfassung

Formal wurde Preussens Platz im neuen Deutschland durch die Reichsverfassung vom 16. April 1871 definiert. Dieses denkwürdige Dokument war das Ergebnis eines komplexen historischen Kompromisses. Es musste ein Ausgleich zwischen den Ambitionen der souveränen Einheiten geschaffen werden, die zusammengekommen waren, um das Deutsche Reich zu gründen. Bismarck ging es seinerseits in erster Linie darum, den preussischen Einfluss zu festigen und auszuweiten, doch ein solches Programm stiess bei den Regierungen von Baden, Württemberg und Bayern auf wenig Gegenliebe. Die entstandene Verfassung war ihrem Wesen nach ausdrücklich dezentral. In Wirklichkeit handelte

es sich weniger um eine Verfassung im traditionellen Sinn als um einen *Vertrag* zwischen souveränen Territorien, die miteinander vereinbart hatten, das Deutsche Reich zu bilden.[1] Dies wird gleich zu Beginn in der Präambel klargestellt:

«Seine Majestät der König von Preussen im Namen des Norddeutschen Bundes, Seine Majestät der König von Bayern, Seine Majestät der König von Württemberg, Seine Königliche Hoheit der Grossherzog von Baden und Seine Königliche Hoheit der Grossherzog von Hessen und bei Rhein für die südlich vom Main belegenen Theile des Grossherzogtums Hessen, schliessen einen ewigen Bund zum Schutze des Bundesgebietes und des innerhalb dessen gültigen Rechtes, sowie zur Pflege der Wohlfahrt des Deutschen Volkes.»

Im Einklang mit der Auffassung, dass das neue Reich eine Konföderation souveräner Fürstentümer, also ein Fürstenbund, war, behielten die Mitgliedstaaten ihre eigenen parlamentarischen Legislativen und Verfassungen. Die Vollmacht, direkte Steuern festzusetzen und zu erheben, blieb ausschliesslich den Mitgliedstaaten vorbehalten, nicht dem Reich, dessen Einnahmen in erster Linie aus indirekten Abgaben stammten. Weiterhin blieb eine Vielfalt deutscher Kronen und Höfe bestehen, die allesamt verschiedene Privilegien und ererbte Herrscherwürden genossen. Die grösseren deutschen Staaten tauschten sogar immer noch Gesandte untereinander aus, wie zur Zeit des Deutschen Bundes. Nach derselben Logik entsandten ausländische Mächte nicht nur nach Berlin diplomatische Vertretungen, sondern auch nach Dresden und München. Es gab keinen Verweis auf die deutsche Nation und keine offizielle deutsche Staatsangehörigkeit, selbst wenn die Verfassung die Bundesstaaten unter anderem verpflichtete, allen Mitgliedern des neuen Reiches gleiche Staatsbürgerrechte zu gewähren.[2]

Das vielleicht auffälligste Merkmal der neuen politischen Ordnung – wie die Verfassung sie definierte – war die Schwäche der Zentralregierung. Dieser Aspekt tritt noch deutlicher zutage, wenn man sie mit der gescheiterten Reichsverfassung vergleicht, die 1848/49 von den liberalen Juristen der Frankfurter Nationalversammlung entworfen wurde. Während die Frankfurter Verfassung einheitliche politische Grundsätze für die Regierungen aller Einzelstaaten festlegte, fehlte dieser Punkt in der späteren Verfassung. Der Frankfurter Entwurf sah die Bildung einer «Reichsgewalt» vor, die sich von der Regierungsgewalt der Mitgliedstaaten unterschied; in der Verfassung von 1871 hiess es, dass der

Bundesrat das souveräne, deutsche Organ sei, das aus «den Vertretern der Mitglieder des Bundes» bestehe.[3] Der Rat entschied, welche Gesetzesvorlagen in den Reichstag eingebracht wurden, seine Zustimmung war erforderlich, damit ein Gesetz in Kraft treten konnte, und der Rat hatte die Aufgabe, die Umsetzung der Reichsgesetze zu überwachen. Jedes Mitglied des Bundes hatte das Recht, Gesetzesvorlagen einzubringen und sie im Rat diskutieren zu lassen. Die Verfassung von 1871 kündigte (in Art. 8) sogar an, dass der Bundesrat aus den eigenen Mitgliedern eine Reihe «dauernder Ausschüsse» bilden werde, die unter anderem für Auswärtige Angelegenheiten, Heer und Festungen sowie Seewesen zuständig waren. Einem nicht eingeweihten Leser konnte man es folglich nachsehen, wenn er zu dem Schluss kam, dass der Bundesrat im Deutschen Reich der wahre Sitz nicht nur der Souveränität, sondern auch der politischen Macht sei. Angesichts dieser ambitionierten Definition der Bundesrechte blieb scheinbar wenig Raum für eine preussische Hegemoniestellung.

Doch Verfassungen haben häufig wenig mit der politischen Realität zu tun – man denke nur an die «Verfassungen» der Staaten des Sowjetblocks nach 1945 mit ihren scheinheiligen Anspielungen auf Presse- und Meinungsfreiheit. Die Reichsverfassung von 1871 fiel in die gleiche Kategorie. Im Laufe der folgenden Jahrzehnte wurde in der politischen Praxis die Autorität untergraben, die man dem Bundesrat zugedacht hatte. Auch wenn Reichskanzler Bismarck hartnäckig behauptete, dass Deutschland ein «Fürstenbund» sei und bleibe, bekam der Rat nie die ihm laut Verfassung zustehenden Vollmachten. Der wichtigste Grund dafür war schlichtweg die überragende Vorrangstellung Preussens in militärischer und territorialer Hinsicht. Innerhalb des Bundesstaats genoss der Staat Preussen mit 65 Prozent der Gesamtfläche und einem Bevölkerungsanteil von 62 Prozent de facto eine Hegemoniestellung. Die preussische Armee überragte die süddeutschen Militäreinrichtungen eindrucksvoll. Der König war als deutscher Kaiser nach Artikel 63 gleichzeitig der Oberbefehlshaber der Reichstruppen. Und laut Artikel 61 war «in dem ganzen Reiche die gesammte Preussische Militairgesetzgebung ungesäumt einzuführen».

Das führte sämtliche Ansprüche des Bundes ad absurdum, militärische Angelegenheiten durch einen «dauernden Ausschuss» zu regeln. Preussens Dominanz war auch innerhalb des Bundesrates zu spüren. Mit Ausnahme der hanseatischen Stadtstaaten Hamburg, Lübeck und Bremen bildeten die kleinen Fürs-

tentümer in Mittel- und Norddeutschland eine preussische Klientel, auf die bei Bedarf Druck ausgeübt wurde. Preussen besass selbst nur 17 der 58 Stimmen im Rat, weniger als ihm aufgrund der Grösse zugestanden hätten, aber weil nur 14 Stimmen genügten, um gegen Gesetzentwürfe ein Veto einzulegen, konnte Preussen unerwünschte Initiativen anderer Staaten jederzeit abblocken. Als preussischer Ministerpräsident, preussischer Aussenminister und Reichskanzler sorgte Bismarck dafür, dass der Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten nur auf dem Papier Bestand hatte, trotz der Bestimmungen laut Artikel 8 der Verfassung. Das preussische Aussenministerium wurde somit de facto zum Aussenministerium des Deutschen Reiches. Bezüglich der Innenpolitik fehlte es dem Bundesrat an dem nötigen Verwaltungsapparat, um Gesetzesvorlagen auszuarbeiten. Er war auf die gut geschulte preussische Bürokratie angewiesen, mit dem Ergebnis, dass der Rat zunehmend zu einem Prüforgan für Gesetzentwürfe degradiert wurde, die das preussische Staatsministerium zuvor formuliert und diskutiert hatte. Die untergeordnete Rolle des Bundesrates spiegelte sich selbst in der politischen Architektur Berlins wider: Da er kein eigenes Gebäude hatte, wurde er in der Reichskanzlei untergebracht.

Preussens Vorrangstellung wurde durch die Schwäche der Verwaltungseinrichtungen auf Reichsebene untermauert. Eine Art Reichsverwaltung kristallisierte sich zwar in den siebziger Jahren heraus, als neue Departements gegründet wurden, um die wachsende Flut an Reichsangelegenheiten zu bewältigen, aber sie war weiterhin auf die preussische Verwaltungsstruktur angewiesen. Die Leiter der Reichsämter (Aussenpolitik, Innenpolitik, Justiz, Postwesen, Eisenbahn, Schatzamt) waren keine Minister im eigentlichen Sinn, sondern Staatssekretäre von untergeordnetem Rang, die direkt dem Reichskanzler unterstellt waren. Die preussische Bürokratie war grösser als die des Reiches, und daran änderte sich bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs nichts. Die meisten Beamten in der Reichsverwaltung waren Preussen, doch man darf sich das keineswegs als einseitigen Vorgang vorstellen, in dessen Verlauf die Preussen an die Schaltstellen des neuen Deutschlands stürmten. Vielmehr wuchsen preussische und deutsche Institutionen zusammen, verflochten ihre Ableger miteinander. Zum Beispiel kam es immer häufiger vor, dass Nichtpreussen als Reichsbeamte und sogar als preussische Minister dienten. Die Belegschaften der preussischen Ministerien und der Reichsämter vermischten sich mit der Zeit immer

stärker.[4] Im Jahre 1914 hatten bereits rund 25 Prozent der «preussischen» Armeeoffiziere nicht die preussische Staatsbürgerschaft.[5]

Doch selbst als die Membranen zwischen Preussen und den anderen deutschen Staaten durchlässiger wurden, war durch den verbliebenen Föderalismus des deutschen Systems gewährleistet, dass Preussen seine eigenen politischen Institutionen behielt. Was die Verfassung betraf, war Preussens Zweikammersystem wohl das wichtigste Organ. Der deutsche Reichstag wurde auf der Basis eines allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Männerwahlrechts gewählt. Im Gegensatz dazu galt für das preussische Abgeordnetenhaus, wie gezeigt, ein Dreiklassenwahlrecht, das die Grundbesitzer und Wohlhabenden stark begünstigte. So war ein Übergewicht der konservativen und rechtsliberalen Kräfte garantiert. Während die Mitglieder des nationalen Parlaments über direkte und geheime Wahlen bestimmt wurden, ergab sich die Zusammensetzung des preussischen Landtags über ein System öffentlicher Wahlen und indirekten Stimmrechts (Wähler wählten ein Gremium aus Repräsentanten, das wiederum die Abgeordneten bestimmte).

Dieses System war als vernünftige Antwort auf die Probleme erschienen, vor denen die Regierung im Nachspiel der Revolutionen von 1848 gestanden hatte. Es hatte die Liberalen allerdings nicht davon abgehalten, während der Verfassungskrise Anfang der 1860er Jahre eine beeindruckende Kampagne gegen Bismarck zu starten. Doch in den Jahrzehnten nach der deutschen Vereinigung wirkte es zunehmend problematisch. Vor allem waren im Dreiklassenwahlrecht der Manipulation Tür und Tor geöffnet, weil das Gremium aus Repräsentanten mit seiner öffentlichen Stimmabgabe leichter zu durchschauen und zu beeinflussen war als die öffentliche Meinung.[6] In den siebziger Jahren wussten liberale Granden in den Provinzen dieses System geschickt auszunutzen. Mit ihrem Einfluss sorgten sie dafür, dass ländliche Wählerschaften liberale Abgeordnete entsandten. Doch Ende der siebziger Jahre änderte sich dies, als die Verwaltung unter Bismarck anfing, den Wahlvorgang systematisch zugunsten konservativer Kandidaten zu manipulieren: Lokale Verwaltungen wurden von politisch unzuverlässigen Elementen gesäubert und für konservative Bewerber geöffnet, die aufgefordert wurden, sich aktiv an der regierungstreuen Agitation zu beteiligen; die Wahlkreisgrenzen wurden so manipuliert, dass konservative Mehrheiten gesichert waren; die Wahllokale wurden in Wahlkreisen mit wechselnden Mehrheiten in konservative Gegenden verlegt, damit die Wähler aus den Hochburgen

der Opposition kilometerweit über Land fahren mussten, um ihre Stimme abzugeben.

Ausserdem profitierten die Konservativen von einer Kehrtwende in der politischen Haltung, weil ländliche Wähler, die über den wirtschaftlichen Einbruch Mitte der siebziger Jahre enttäuscht waren, ihre liberale Haltung aufgaben und sich einer protektionistischen, die Landwirtschaft fördernden Politik verschrieben. In ländlichen Gegenden gab es deshalb eine enge Verbindung zwischen konservativen Eliten, preussischem Beamtentum und dem konservativen Kontingent im Abgeordnetenhaus. Der Zusammenhalt dieses Netzwerks wurde durch das preussische Herrenhaus noch verstärkt, die konservativere Kammer im Landtag, in dem Erbadelige und Vertreter der Grundbesitzer neben Delegierten aus den Städten, dem Klerus und den Universitäten sassen, die *ex officio* berufen wurden. Friedrich Wilhelm IV. hatte das Herrenhaus 1854 (nach dem Vorbild des britischen House of Lords) gebildet, mit dem Ziel, das ständische Element in der neuen Verfassung zu stärken. Während der «Neuen Ära» hatte es geholfen, liberale Gesetzentwürfe abzublocken, und war danach – bis zur Auflösung 1918 – ein schwergewichtiger, konservativer «Ballast» im System geblieben.[7]

Diese teilweise Verschmelzung konservativer, ländlicher Interessen mit Regierungs- und Repräsentationsorganen hatte weit reichende Konsequenzen. Das preussische Wahlsystem begünstigte die Konsolidierung einer mächtigen Agrarlobby. Das hatte wiederum zur Folge, dass ein grosser Teil der Landbevölkerung, welche die Mehrheit der Mandate stellte, das Dreiklassensystem als besten Garanten der landwirtschaftlichen Interessen ansah. Die Einführung eines direkten, geheimen und gleichen Wahlrechts in Preussen würde die konservativen und nationalliberalen Fraktionen schwächen und damit die Steuerprivilegien des Agrarsektors gefährden, der von bevorzugten Steuersätzen und protektionistischen Einfuhrzöllen profitierte. Nach 1890, als die Sozialdemokraten bei den Reichstagswahlen zunehmend stärker wurden (1912 wurde die SPD mit 110 Abgeordneten stärkste Fraktion im Reichstag), konnte man argumentieren, das Dreiklassenwahlrecht sei das einzige Bollwerk, das Preussen und seine Institutionen und Traditionen vor dem revolutionären Sozialismus schütze. Dieses Argumente überzeugte nicht nur Konservative, sondern auch viele rechte Liberale und einige ländliche Katholiken.[8] Das Dreiklassenwahlrecht stärkte den Einfluss konservativer, ländlicher Interessengruppen so sehr, dass weit rei-

chende Reformen des Systems unmöglich wurden. Wenn ein Kanzler – ja selbst ein Kaiser – die Sonderrechte des Agrarsektors beschneiden wollte, dann riskierte er einen lautstarken und gut koordinierten Widerstand seitens der agrarischen *fronde.* Zwei Kanzler (Caprivi und Bülow) mussten diese Lektion lernen und verloren ihren Posten.[9]

Das preussische System lähmte sich folglich selbst; in konstitutioneller Hinsicht wurde es zum konservativen Anker im deutschen Staatensystem, genau wie Bismarck es geplant hatte.[10] An der egoistischen Politik der Agrarier war durchaus nichts Verwerfliches – die Linksliberalen plädierten ebenso offen für ihre unternehmenfreundliche Niedrigsteuerpolitik, und die Sozialdemokraten erhoben den Anspruch, nur für das deutsche «Proletariat» zu sprechen, dessen künftige «Diktatur» – in der rohen, marxistischen Terminologie, die von der Partei immer noch bevorzugt wurde – mit Sicherheit kommen werde. Doch ausgerechnet den Agrariern und ihren konservativen Verbündeten gelang es, ihre Interessen und, bis zu einem gewissen Grad, ihre politische Kultur dem System prägend aufzudrücken und mit der Zeit den Anspruch zu erheben, selbst im Besitz der wahren Idee eines einigen und unabhängigen Preussen zu sein. Von 1899 bis 1911 machte so gut wie jeder andere deutsche Bundesstaat (mit Ausnahme der beiden Teile Mecklenburgs und des winzigen Fürstentums Waldeck) eine grundlegende Wahlreform durch, nur Preussen blieb in dem zunehmend anachronistischen Wahlrecht gefangen.[11] Noch am Vorabend des Ersten Weltkriegs war den preussischen Staatsbürgern eine gleiche, direkte und geheime Wahl verwehrt. Erst im Sommer 1917, unter dem Druck des Krieges und einer wachsenden inneren Opposition, hielt die preussische Regierung nicht länger an dem alten Wahlrecht fest. Doch bevor sich herausstellen konnte, wie das monarchische System unter fortschrittlicheren Wahlbestimmungen funktionieren würde, wurde es von der Revolution 1918 hinweggefegt.

Politischer und kultureller Wandel

Mochte die preussische Verfassung auch der Zeit hinterherhinken, für die politische Kultur galt das keineswegs. Gewiss hatten die Konservativen eine beeindruckende Hegemoniestellung, aber sie war in wichtigen Punkten auch begrenzt. Es herrschte eine Polarität zwischen dem Preussen, dessen Abgeordnete

– zum grossen Teil Sozialdemokraten und Linksliberale – im Reichstag sassen, und dem ländlichen Preussen, dessen Vertreter den Landtag dominierten. Reichstagswahlen wiesen eine bemerkenswert hohe Wahlbeteiligung auf: von 67,7 Prozent im Jahr 1898 bis zu beeindruckenden 84,5 Prozent 1912, der letzten Wahl vor Kriegsende, als die Sozialdemokraten mehr als ein Drittel aller Stimmen im Reich erhielten. Im Gegensatz dazu zeigten die preussischen Wähler in den unteren Einkommensgruppen ihre Verachtung für das Dreiklassensystem, indem sie bei preussischen Landeswahlen schlicht den Wahlurnen fernblieben. Bei der Wahl von 1893 machten sich nur 15,2 Prozent der Wähler in der III. Klasse (der die grosse Mehrheit der Bevölkerung angehörte) die Mühe, ihre Stimme abzugeben.

Der Einfluss konservativer Politik wurde auch durch die starken regionalen Unterschiede innerhalb Preussens eingeschränkt. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges war der preussische Konservativismus fast ausschliesslich ein ostelbisches Phänomen. Von den 147 konservativen Abgeordneten im preussischen Landtag von 1913 kamen 124 aus den alten Provinzen Preussens; nur ein konservativer Abgeordneter wurde aus dem Rheinland entsandt.[12] So gesehen liess das Dreiklassenwahlrecht die Spaltung zwischen Ost und West stärker hervortreten, vertiefte die emotionale Kluft zwischen dem politisch progressiven, industriellen, wirtschaftlich aktiven, urbanen und meist katholischen Westen und der «asiatischen Steppe» Osteibiens.[13] Gerade diese soziogeografischen Unterschiede verhinderten wiederum das Entstehen einer bürgerlich-adeligen «Gesamtelite», die in den süddeutschen Staaten den Ton angab, und hatten zugleich zur Folge, dass die Politik des Junker-Milieus einen unversöhnlichen und extremistischen Zug annahm.[14]

Ausserhalb des konservativen Kernlands hingegen und vor allem in den westlichen Provinzen und grösseren Städten blühte eine robuste, politische Kultur, überwiegend getragen von der Mittelschicht. In vielen grossen Städten beaufsichtigten liberale Oligarchien, begünstigt durch begrenzte städtische Vorrechte, fortschrittliche Programme zur sozialen Fürsorge und zur Modernisierung der Infrastruktur.[15] Vor allem in den Jahren nach 1890 setzte die dramatische Ausweitung der Pressevielfalt und der Zeitungslektüre in allen preussischen Städten immense kritische Energien frei, weshalb sich die folgenden Regierungen mit einem Imageproblem konfrontiert sahen, das sie nicht beheben konnten. Der spätere Reichskanzler Bernhard von Bülow (1900-1909), damals Beamter im diplomatischen Dienst, bemerkte 1893 treffend: «In unserer Zeit

schrankenloser Publizität, wo so zahllose Fäden hin und her laufen und keine Glocke geläutet wird, ohne dass jeder sich ein Urteil über ihren Ton bildet und bis zu einem gewissen Grade bilden kann, verbrauchen sich Mediokritäten zu rasch, werden Puppen zu schnell als Puppen erkannt [...] .»[16]

Die neunziger Jahre brachten auch für die Sozialdemokraten einen Wendepunkt, deren wichtigste Hochburgen in dem Industriegebiet um Berlin und in den wachsenden Ballungszentren im Ruhrgebiet lagen. Aus den Wahlen von 1890 gingen die Sozialdemokraten nach einer Phase massiver Unterdrückung (Sozialistengesetze) mit 1,5 Millionen Wählern und knapp 20 Prozent als stärkste Partei hervor. Eine sozialdemokratische Subkultur entstand, mit besonderen Klubs und Treffpunkten für ein wachsendes Publikum aus Arbeitern, Ladenbesitzern und kleinen Angestellten. Um die Jahrhundertwende war Preussen der Tummelplatz der grössten und bestorganisierten sozialistischen Bewegung Europas – ein würdiger Tribut an die beiden preussischen Gründungsväter der Bewegung: Karl Marx und Friedrich Engels.

Die für das europäische kulturelle Leben des *fin de siècle* so charakteristischen Auseinandersetzungen und Polarisierungen waren auch in Preussen zu spüren. Auch diese Welt entzog sich der Kontrolle durch die konservativen Eliten. Die grösste Theatersensation Anfang der neunziger Jahre in Berlin war Gerhart Hauptmanns *Die Weber,* eine mitfühlende Auseinandersetzung mit dem Aufstand der schlesischen Weber von 1844. Konservative Kritiker beschimpften das Stück aus politischen Gründen als sozialistisches Machwerk, waren aber darüber hinaus schockiert über Hauptmanns strengen Naturalismus, der in ihren Augen die elementaren Werte des Theaters negierte. Das Innenministerium in Berlin verbot öffentliche Aufführungen des Stückes, konnte aber nicht verhindern, dass es vor begeistertem Publikum in grossen, privaten Räumlichkeiten wie der Freien Bühne und der Neuen Freien Volksbühne (einem Theater mit Verbindungen zu den Sozialdemokraten) gezeigt wurde. Selbst weitere Verbote in den preussischen Provinzen konnten nicht verhindern, dass *Die Weber* ein riesiger Publikumserfolg wurde. Aus Sicht der Regierung war allerdings noch beunruhigender, dass sich in einer Debatte im preussischen Abgeordnetenhaus eine tiefe Gespaltenheit hinsichtlich der Frage abzeichnete, ob die Tradition staatlicher Theaterzensur in einer Ära der «künstlerischen Freiheit» überhaupt noch legitim sei. Sogar innerhalb des Ministeriums zweifelten manche Mitarbeiter an der harten Vorgehensweise ihrer Behörde.[17]

Eine Kluft zwischen der offiziellen Kultur des Hofes und den Experimenten und der Traditionsfeindlichkeit einer immer breiter gefächerten kulturellen Sphäre tat sich auf. Das lässt sich etwa an einem Auseinanderklaffen der höfischen und der allgemeinen Tanzkultur ablesen. Um die Jahrhundertwende hielten neue nordamerikanische und argentinische Tanzschritte Einzug in die Tanzlokale der grösseren Städte. Die «Halbwertzeit» der individuellen Modestile wurde immer kürzer, und die *jeunesse dorée* begrüsste nacheinander den Cakewalk, Twostepp, Bunny Hug, Judy Walk, Turkey Trot und den Grizzly Bear. Während sich ein immer breiteres Publikum bei diesen transatlantischen Importen vergnügte, erlebte der Hof Wilhelms II. eine Rückkehr des Prunks und Zeremoniells der Alten Welt. Alle Hofbälle wurden so organisiert, dass niemand den Mitgliedern der Königsfamilie die Schau stehlen konnte: «Nimmt eine Prinzessin am Tanze Teil», stellte die Zeitschrift *Der Bazar* 1900 fest, «so dürfen ausser dem Paar, in dem sich die Prinzessin befindet, nur noch zwei andere Paare tanzen.» Wilhelm II. untersagte es Mitgliedern der Streitkräfte ausdrücklich, die neuen Tanzschritte in aller Öffentlichkeit vorzuführen: «Die Herren von der Armee und der Marine werden hiermit ersucht, in Uniform weder Tango, noch One- oder Two-Step zu tanzen, auch Familien zu meiden, in denen diese Tänze ausgeführt werden.»[18]

Auch in der Architektur und den bildenden Künsten war diese sich vergrössernde Kluft zu beobachten. Nehmen wir zum Beispiel den Kontrast zwischen dem überladenen, neobarocken Grössenwahn des Berliner Doms, der 1905 nach zehn Jahren Bauzeit vollendet wurde, und dem anmutigen, asketischen Protomodernismus der neuen Architekten (unter anderen Alfred Messel, Hans Poelzig und Peter Behrens). Ihre Arbeiten zwischen 1896 und 1912 entsprachen ihrer dezidierten Ablehnung des eklektischen «historischen Stils», den das offizielle Preussen bevorzugte.[19] Die Schiedsrichter des öffentlichen Geschmacks – von Kaiser Wilhelm II. bis hin zu den Rektoren und Professoren der staatlichen Akademien – waren der Meinung, dass Kunst der Erbauung dienen solle, indem sie einen Gegenstand aus der mittelalterlichen Überlieferung, der Mythologie zeichne oder historische Episoden in Erinnerung rufe, dabei müsse sie jedoch dem ewigen Kanon der Klassiker treu bleiben. Im Jahr 1892 brach jedoch in Berlin ein heftiger Streit um eine von elf Künstlern veranstaltete Ausstellung aus, die sich von den Fesseln der offiziellen Galerie befreien wollten. Der kom-

promisslose Naturalismus Max Liebermanns, Walter Leistikows und ihrer Partner richtete sich gegen den Kern der offiziell sanktionierten Kunst. 1898 hatte sich die Auflehnung bereits zur «Berliner Secession» ausgeweitet, und die erste Ausstellung im Jahr darauf zeigte die breite Palette an Stilen und Perspektiven, die innerhalb der nichtoffiziellen Kunstwelt am Entstehen war. Die Ausstellung war ein grosser Erfolg.

Das Bemerkenswerte an den Secessionisten war nicht nur ihre oppositionelle Haltung gegenüber der offiziellen Kultur, sondern die spezifisch preussischen und in der Region verankerten Motive vieler ihrer Werke. Der aus Bromberg in Westpreussen stammende Walter Leistikow wurde berühmt mit faszinierenden Bildern der Mark Brandenburg: Bäume am Rand von Seen im Schatten, flache Landschaften, durchsetzt von stillen, leuchtenden Gewässern. Sein Gemälde *Grunewaldsee*, ein dunkles, stimmungsvolles Bild des Sees am Südwestrand Berlins, wurde 1898 von der offiziellen Grossen Berliner Kunstausstellung abgelehnt – genau genommen veranlasste gerade der Streit um diese Entscheidung die Secessionisten dazu, im folgenden Jahr eine eigene Galerie zu eröffnen. Leistikows Gemälde und Radierungen störten das zeitgenössische Empfinden nicht zuletzt deshalb, weil sie die brandenburgische Landschaft mit einer neuen, potenziell subversiven Sensibilität besetzten. Wilhelm II. hasste Leistikows Werk und drückte dieses Gefühl der Entfremdung aus, als er sich beschwerte, der Künstler habe ihm «den ganzen Grünewald versaut».[20] Käthe Kollwitz nahm eine spezifisch preussische Tradition auf neue Weise für sich in Anspruch: In einem gefeierten Radierungszyklus, der von Hauptmanns Stück inspiriert wurde, liess sie den Aufstand der schlesischen Weber von 1844 wieder auferstehen. Es waren Szenen eines erbitterten Konflikts und grossen Leids, die epische Breite der Historienbilder wurde so abgewandelt, dass sie den Blick für eine sozialistische Sichtweise der Vergangenheit öffneten. Selbst die Werke der protomodernistischen Architekten Messel, Poelzig und Behrens entstanden in der Auseinandersetzung mit der preussischen Tradition: Ihre graziösen und technisch innovativer, architektonischen Entwürfe waren in vieler Hinsicht eine Antwort auf den kargen Neoklassizismus des «preussischen Stils», der mit Gilly und Schinkel assoziiert wird.[21]

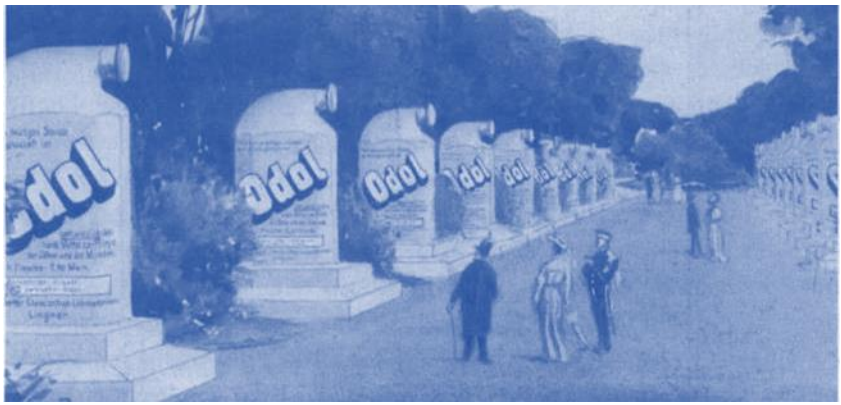
In den letzten Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg hatten öffentliche Denkmäler und Statuen Hochkonjunktur. In Preussen, wie in ganz Europa, neigte die

48. Die Siegesallee, Berlin.

Bildhauerkunst jener Zeit zu Schwerfälligkeit und Schwülstigkeit. Patriotische Themen waren angesagt. Eine 1904 veröffentlichte Studie stellte fest, dass in den vergangenen Jahren allein Kaiser Wilhelm I. 372 Denkmäler errichtet worden waren, grösstenteils in den preussischen Provinzen. Einige waren aus staatlichen Mitteln finanziert worden, aber lokale «Denkmalkomitees» spielten in vielen Regionen ebenfalls eine Rolle, holten die erforderlichen Genehmigungen ein und sammelten Spenden. Dabei reagierte die öffentliche Meinung um die Jahrhundertwende durchaus mit gemischten Gefühlen auf solche Objekte. Die Eröffnung der 750 Meter langen Siegesallee, war ein vielsagendes Beispiel. Sie führte entlang einer der Verkehrsachsen der Hauptstadt und war von Denkmälern gesäumt. In einer langen Reihe halbrund angelegter Nischen mit Steinbalustraden, standen auf hohen Podesten Statuen der Herrscher des Hauses Brandenburg, flankiert von den Büsten der Generale und hohen Staatsbeamten ihrer Herrschaft. Bereits zum Zeitpunkt der Eröffnung wirkte dieses gigantische Projekt völlig unzeitgemäss. Um die Allee rechtzeitig zu vollenden, hatte Kaiser Wilhelm II. die Statuen bei Bildhauern von unterschiedlicher Kunstfertig-

keit in Auftrag gegeben – sie waren allesamt konventionell und bombastisch, viele wirkten überdies plump und leblos. Das Ergebnis war eine kostspielige Demonstration von Prunk und Monotonie. Mit der gewohnten Respektlosigkeit nannten die Berliner die Allee nur noch die «Puppenallee», und unzählige zeitgenössische Karikaturen machten sich über den Grössenwahn des Kaisers lustig. Die Krönung war eine Werbeanzeige aus dem Jahr 1903, die eine Siegesallee zeigte, gesäumt von riesigen Odol-Flaschen.

Die zunehmende Polarisierung zwischen der offiziellen und nichtoffiziellen Kultur war – selbst im deutschen Kontext – ein spezifisch preussisches Phänomen. In den süddeutschen Staaten, wo es fortschrittlich gesinnten Koalitionen gelang, eine Verfassungsreform durchzusetzen, war dies längst nicht so ausgeprägt. Auch die Beziehung zwischen den «Regierungsparteien» und den Sozialdemokraten war im Süden weniger belastet, teils, weil die etablierten Parteien einer Zusammenarbeit mit der Linken offener gegenüberstanden, teils, weil die süddeutschen Sozialdemokraten gemässigter und weniger konfrontativ eingestellt waren als ihre preussischen Genossen. Auch auf hochkultureller Ebene war die Polarisierung längst nicht so stark. Im Gegensatz zu Kaiser Wilhelm II., der öffentlich über alle Formen des kulturellen «Modernismus» herzog, war etwa Grossherzog Ernst Ludwig von Hessen ein Bewunderer und Mäzen der modernen Malerei und Bildhauerkunst. In diesem kleinen Bundesstaat war der Hof tatsächlich noch ein bedeutendes Zentrum der kulturellen Innovation.



49. Werbung für das 1892 vom Dresdner Unternehmer Karl August Lingner auf den Markt gebrachte Mundwasser Odol.

Kulturkampf

Ende des Jahres 1878 befand sich über die Hälfte der katholischen Bischöfe Preussens entweder im Exil oder im Gefängnis. Über 1‘800 Priester waren inhaftiert oder des Landes verwiesen und Kirchenbesitz im Wert von mehr als 16 Millionen Mark beschlagnahmt worden. Allein in den ersten vier Monaten des Jahres 1875 waren 241 Priester, 136 katholische Zeitschriftenredakteure und 210 katholische Laien zu Geldstrafen verurteilt oder inhaftiert worden, 20 Zeitungen waren konfisziert, 74 katholische Gebäude durchsucht, 103 katholische politische Aktivisten ausgewiesen oder interniert und 55 katholische Organisationen oder Vereine geschlossen worden. Noch im Jahr 1881 besass ein Viertel aller preussischen Gemeinden keinen Priester. Das war Preussen auf dem Höhepunkt des so genannten Kulturkampfes, der die deutsche Politik und das öffentliche Leben mehrere Generationen lang prägen sollte.[22]

Preussen war keineswegs der einzige europäische Staat, in dem in dieser Ära wegen konfessioneller Fragen Spannungen ausbrachen. In den 1870er und 1880er Jahren tobten auf dem ganzen europäischen Kontinent Konflikte zwischen Katholiken und säkularen liberalen Bewegungen. Doch der Konflikt in Preussen zeichnete sich durch seine Schärfe aus. In keinem anderen Land ging der Staat so systematisch und radikal gegen katholische Einrichtungen und Geistliche vor. Verwaltungsreformen und neue Gesetze waren die beiden wichtigsten Hebel für die Diskriminierung. Im Jahr 1871 schaffte die Regierung die «Abteilung für katholische Kirchenangelegenheiten» im preussischen Kultusministerium ab und entzog den Katholiken damit eine eigene Repräsentation innerhalb der obersten Ebene der Verwaltung. Das Strafgesetzbuch wurde dahingehend abgeändert, dass die Behörden Geistliche verfolgen konnten, die bei der Ausübung ihres Amtes von der Kanzel herab staatliche Angelegenheiten in einer «den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise» kommentierten (der so genannte Kanzelparagraf). Mit dem Schulaufsichtsgesetz vom März 1872 wurde der Kirche die geistliche Aufsicht über die Schulen entzogen, den Mitgliedern religiöser Orden wurde es untersagt, im staatlichen Schulsystem zu unterrichten. Die Jesuiten wurden aus dem Deutschen Reich ausgewiesen. Nach den Maigesetzen von 1873 wurde die Ausbildung und Ernennung des Klerus in Preussen unter staatliche Aufsicht gestellt. 1874 führte die preussische Regierung die obligatorische Zivilehe ein, eine Massnahme, die ein Jahr später auf

das ganze Reich ausgedehnt wurde. Durch weitere Gesetze wurden 1875 mehrere angeblich verdächtige religiöse Orden abgeschafft, der Kirche staatliche Mittel gesperrt und garantierte Rechte aus der preussischen Verfassung gestrichen. Da katholische Geistliche ausgewiesen, inhaftiert oder in den Untergrund getrieben worden waren, erliessen die Behörden Bestimmungen, nach denen es staatlich autorisierten Bevollmächtigten erlaubt war, vakante Bischofssitze geschäftsführend zu übernehmen.

Bismarck war die treibende Kraft hinter dieser beispiellosen Aktion. Was waren seine Gründe? Die Antwort liegt nicht zuletzt in seiner überaus konfessionell geprägten Auffassung von der deutschen nationalen Frage verborgen. In den fünfziger Jahren war er während seiner Zeit als Gesandter im deutschen Bundestag in Frankfurt zu der Überzeugung gelangt, dass der politische Katholizismus der grösste «Feind Preussens» in Süddeutschland sei. Das Spektakel der erneuerten katholischen Frömmigkeit mit demonstrativen Pilgerzügen und öffentlichen Feierlichkeiten erfüllte ihn ebenso sehr mit Abscheu, wie die Tatsache, dass sich der Katholizismus um die Mitte des Jahrhunderts verstärkt nach Rom orientierte. Von Zeit zu Zeit zweifelte er sogar, ob dieser «heuchlerische, götzendienerische Papismus voll Hass und Hinterlist», der «mit seinen anmasslichen Menschensatzungen die Offenbarung Gottes fälscht und die Abgötterei als Grundlage weltlicher Herrschaft pflegt», überhaupt die Bezeichnung Religion verdient habe.[23] Eine Vielzahl von Aspekten kam hier zusammen: eine protestantisch geprägte Verachtung (verschärft noch durch Bismarcks pietistische Spiritualität) für die äussere Zurschaustellung, die für die katholische Erneuerung so charakteristisch war, vermischt mit einer Spur von deutschem Idealismus und politischen Befürchtungen (die fast schon an Paranoia grenzten) bezüglich der Fähigkeit der Kirche, den Verstand zu manipulieren und die Massen zu mobilisieren.

Diese Antipathien hatten sich während der Auseinandersetzungen um die deutsche Einigung noch verschärft. Die deutschen Katholiken hatten traditionell Österreich die führende Rolle in der deutschen Politik zugedacht und waren überhaupt nicht glücklich über die Aussicht eines von Preussen dominierten «Kleindeutschlands», das die sechs Millionen (überwiegend katholischen) Deutschen in Österreich ausschloss. Im Jahr 1866 löste die Meldung vom preussischen Sieg im Süden Unruhen unter den Katholiken aus, während die katholische Gruppe im preussischen Landtag sich bei einer ganzen Reihe symbol-

trächtiger Initiativen gegen die Regierung stellte, etwa beim Indemnitätsgesetz, dem preussischen Annektierungsprogramm und dem Vorschlag, Bismarck und die preussischen Generäle finanziell für den jüngsten Sieg zu belohnen. In den Jahren 1867/68 geriet der preussische Regierungschef – mittlerweile Kanzler des Norddeutschen Bundes – in Rage über den massiven katholischen Widerstand gegen eine engere Union mit dem Norden. Besonders alarmierend für ihn war die bayerische Kampagne von 1869 gegen die preussenfreundliche Politik der liberalen Regierung in München. Der Klerus war massgeblich an der Mobilisierung der Anhänger für das katholisch-partikularistische Programm der Opposition beteiligt, agitierte von der Kanzel herab und sammelte Hunderttausende von Unterschriften für Petitionen.[24] Nach 1871 wurden Zweifel an der politischen Zuverlässigkeit der Katholiken noch dadurch verstärkt, dass von den drei grössten Minderheiten (Polen, Elsässer und Dänen), deren Vertreter oppositionelle Parteien im Reichstag bildeten, gleich zwei nachdrücklich katholisch waren. Und Bismarck war absolut überzeugt von der politischen «Untreue» der 2,5 Millionen katholischen Polen im preussischen Osten, hatte er die Kirche und ihr Netzwerk doch schon lange im Verdacht, mit der polnischen Nationalbewegung gemeinsame Sache zu machen. All dies besass natürlich innerhalb des neuen Nationalstaats ein noch zerstörerischeres Potenzial als zuvor.

Das neue bismarcksche Reich war ja keineswegs eine «organische» oder historisch gewachsene Einheit – es war das ausserordentlich künstliche Produkt von vier Jahren Diplomatie und Krieg.[25] In den siebziger Jahren erschienen, wie so oft in der Geschichte des preussischen Staates, die Erfolge der Monarchie wenigstens ebenso zerbrechlich wie beeindruckend. Es herrschte das beunruhigende Gefühl, dass dieses Gebilde, das so reibungslos zusammengefügt worden war, ebenso schnell wieder zerfallen konnte, dass das Reich womöglich nie den nötigen politischen oder kulturellen Zusammenhalt bekommen würde, der es gegen eine Zersplitterung von innen schützte. Diese Ängste mögen uns aus heutiger Sicht übertrieben erscheinen, aber viele Zeitgenossen hielten sie für begründet. In diesem Klima der Ungewissheit erschien es durchaus plausibel, die Katholiken als grössten innenpolitischen Hemmschuh für die nationale Konsolidierung anzusehen.

Bei seinem Vorstoss gegen die Katholiken wusste Bismarck genau, dass er mit der begeisterten Unterstützung der Nationalliberalen rechnen konnte, die wegen ihrer einflussreichen Stellung im neuen Reichstag und im preussischen

Abgeordnetenhaus zu unverzichtbaren politischen Verbündeten geworden waren. Der Antikatholizismus zählte in Preussen, wie in grossen Teilen Deutschlands (und Europas), zu den wichtigsten Merkmalen des Liberalismus am Ende des 19. Jahrhunderts. Liberale gaben den Katholizismus als den diametralen Gegensatz zu ihrer eigenen Weltanschauung aus. Sie zogen über den «Absolutismus» und die «Sklaverei» des Dogmas von der päpstlichen Unfehlbarkeit her, das vom Vatikanischen Konzil 1870 verabschiedet wurde. (Demnach ist die Autorität des Papstes unanfechtbar, wenn er *ex cathedra* über Angelegenheiten des Glaubens und der Moral spricht.) Liberale Journalisten stellten katholische Gläubige als diensteifrige und gesteuerte Masse dar (was den Gegensatz eines liberalen sozialen Universums, das auf männlichen, steuerzahlenden Würdenträgern mit freiem Gewissen ruhte, implizierte). Eine hässliche Galerie antiklerikaler Klischeebilder entstand: Die Satiren in liberalen Zeitschriften wimmelten nur so von verschlagenen, dürren Jesuiten und geilen, fetten Priestern – dankbare Opfer, weil die Feder der Karikaturisten das tiefe Schwarz ihrer Robe so kunstvoll einsetzen konnte. Indem sie den Gemeindepriester in seiner seelsorgerischen Rolle verunglimpften oder die Sittlichkeit der Nonnen anzweifelten, brachten sie in Wirklichkeit den Glauben der Liberalen an die Heiligkeit der patriarchalischen Kernfamilie zum Ausdruck. Mit ihrem Misstrauen gegenüber der prominenten Stellung der Frauen innerhalb vieler neuer katholischer Orden sowie mit der lüsternen Faszination für das Zölibat (oder eben nicht) der Priester enthüllten die Liberalen ein tief verwurzeltes Klischee hinsichtlich der «Männlichkeit», die für das Selbstverständnis der Bewegung entscheidend war (wenn auch nicht immer ausdrücklich gezeigt).[26] Für die Liberalen war die Kampagne gegen die Kirche deshalb in der Tat ein «Kulturkampf» – der Begriff wurde von dem liberalen protestantischen Pathologen Rudolf Virchow in einer Rede vom Februar 1872 vor dem preussischen Abgeordnetenhaus geprägt.[27]

Bismarcks Kampagne gegen die preussischen Katholiken war letztlich ein Fehlschlag. Er hatte gehofft, dass ein antikatholischer Kreuzzug dazu beitragen würde, eine breite protestantische, liberal-konservative Lobby zu schaffen, mit deren Hilfe er Gesetze zur Konsolidierung des neuen Reichs verabschieden konnte. Doch der integrative Effekt der Kampagne war schwächer, als er angenommen hatte. Der Antikatholizismus konnte keine dauerhafte Plattform für

50. Antiklerikale Klischees.
Karikatur von Ludwig Stutz
aus der satirischen Zeitschrift *Kladderadatsch*,
Berlin, Dezember 1900.

staatliches Handeln bilden, weder in Preussen noch im Reich, und das hatte zahlreiche Gründe. Bismarck selbst war kein so grosser Fanatiker wie viele, deren Leidenschaften von seiner Politik aufgestachelt wurden. Er war ein religiöser Mensch, der bei seinen politischen Entscheidungen den Rat Gottes suchte (und für gewöhnlich feststellte, dass Gott sich seiner Meinung anschloss, wie der linksliberale Ludwig Bamberger sardonisch kommentierte).[28] Seine Religiosität war – in der pietistischen Tradition – nicht sektiererisch und ökumenisch. Er lehnte die völlige Trennung von Staat und Kirche ab, die die Liberalen anstrebten, und er glaubte nicht, dass Religion eine rein private Angelegenheit sei. Bismarck teilte auch nicht die Hoffnung der Linksliberalen, dass Religion letzten Endes ganz als gesellschaftliche Kraft verschwinden werde. Folglich wurde er selbst durch die antiklerikalen und säkularisierenden Energien zermürbt, die der Kulturkampf freigesetzt hatte.

Die antikatholische Kampagne scheiterte auch deshalb, weil die konfessionelle Spaltung quer zu den anderen Trennlinien in der preussischen politischen Landschaft verlief. Im Zuge des Kulturkampfes stellte sich heraus, dass die Kluft zwischen Linksliberalen und Rechtsliberalen in mancher Hinsicht tiefer war als die Kluft zwischen Liberalen und Katholiken. Mitte der siebziger Jahre fingen Linksliberale an, sich mit der Begründung gegen die Kampagne zu wehren, dass sie grundlegende Rechte antaste. Der zunehmende Radikalismus kirchenfeindlicher Massnahmen liess auch bei vielen Protestanten Zweifel aufkommen, welche Ziele der «klerikale» Flügel des deutschen Konservativismus denn wirklich verfolgte. Immer mehr Menschen gelangten zu der Ansicht, das wahre Opfer des Kulturkampfes sei weder die katholische Kirche noch die katholische Politik als solche, sondern die Religion selbst. Prominenteste Beispiele für derartige Bedenken Konservativer waren Ernst Ludwig von Gerlach und Hans von Kleist, beides Männer, die vom pietistischen Milieu des alten Preussen geprägt wurden.

Selbst wenn Bismarck stärkeren Rückhalt für seine Politik gefunden hätte, ist mehr als fraglich, ob es ihm gelungen wäre, abweichende Meinungen von Katholiken durch die Mittel zu neutralisieren, die einem konstitutionellen Rechtsstaat zu Gebote standen. Bismarck war selbst über zwanzig gewesen, als 1837 im preussischen Rheinland der Streit über die Mischehen ausgebrochen war – eine Auseinandersetzung, welche die katholische Bevölkerung in der Provinz mobilisiert und die moralische Autorität des Episkopats gestärkt hatte. Ausser-

dem waren ihm mit Sicherheit die vergeblichen Bemühungen der preussischen Regierung in Erinnerung, die preussische Union den «Altlutheranern» Schlesiens aufzuoktroyieren. Auch dieser Fall hatte deutlich gemacht, wie sinnlos es war, auf eine konfessionelle Minderheit gesetzlichen Zwang auszuüben. Dennoch begingen Bismarck und seine Mitstreiter den alten Fehler, die Macht des Staates zu über- und die Entschlossenheit der Gegner zu unterschätzen. In vielen Regionen beachteten katholische Geistliche die neuen Gesetze einfach nicht.[29] Die neuen staatlichen «Kulturexamen» für junge Priester, die kurz vor der Ordination standen, wurden nicht besucht; die erforderliche staatliche Genehmigung für die Besetzung neuer Kirchenämter wurde nicht eingeholt.

Die preussischen Behörden, die diese Gesetze durchgepeitscht und sich wenig Gedanken über die Durchsetzung gemacht hatten, reagierten auf diesen zivilen Ungehorsam, indem sie (wie ihre Vorgänger in den dreissiger Jahren) eine ganze Reihe von Sanktionen verhängten, von Geldstrafen bis hin zu Gefängnis und Exil. Doch die Massnahmen zeigten so gut wie keine Wirkung. Die Kirche setzte ihre «illegalen» Ernennungen fort, und die von den Regierungsbehörden verhängten Geldstrafen stiegen weiter an. Anfang 1874 hatte allein der Erzbischof von Gnesen-Posen Geldstrafen in Höhe von 29.700 Talern angesammelt, mehr als doppelt so viel wie sein Jahresgehalt; bei seinem Kollegen in Köln waren es 29.500 Taler. Als die Strafen nicht bezahlt wurden, konfiszierten die lokalen Behörden den Besitz der Bischöfe und boten ihn auf öffentlichen Auktionen zur Versteigerung an. Doch auch diese Massnahme brachte nichts, weil sich loyale Katholiken zusammenschlossen und die Auktion so steuerten, dass die Waren zu einem möglichst niedrigen Preis verkauft und dem enteigneten Geistlichen zurückgegeben wurden.

Haftstrafen erwiesen sich als ebenso nutzlos. Hohe kirchliche Würdenträger, Bischöfe und Erzbischöfe wurden nämlich während der Haft so nachsichtig behandelt, dass sie ebenso gut zu Hause hätten bleiben können. Es war ihnen gestattet, ganze Zimmerfluchten zu belegen, die mit Möbeln aus dem Bischofspalast eingerichtet waren, und sie erhielten ihre Mahlzeiten aus der Palastküche. Im Falle des betagten Bischofs von Kulm (Westpreussen), Johannes von der Marwitz, legte der örtliche Richter sogar sein Veto gegen die Haftstrafe ein, mit der Begründung, die Stufen der hiesigen Haftanstalt seien für ihn zu steil. Einfache Gemeindepriester wurden wohl strenger behandelt, aber auch hier blieben

die Massnahmen wirkungslos, weil sie lediglich die Solidarität der Gläubigen verstärkte und die Entschlossenheit der Priester zum Widerstand festigte. Schon nach kurzen Gefängnisaufenthalten kehrten die meisten Priester als Helden in ihre Gemeinden zurück.

Die Regierung versuchte im Mai 1874 das Problem zu lösen, indem sie neue Vorschriften erliess, die kollektiv unter dem Stichwort Expatriierungsgesetz bekannt wurden und die Ausweisung rebellischer Bischöfe und Geistlicher an entlegene Örtlichkeiten vorsah – ein beliebter Ort war die Ostseeinsel Rügen. In den vier Jahren von 1875 bis 1879 wurden mehrere Hundert Priester zusammengetrieben und ausgewiesen. Doch die Massnahme schuf mehr Probleme als sie löste. Wer sollte die Durchsetzung des Ausweisungsbefehls überwachen? In der Theorie waren die Landräte dafür zuständig, doch von einem Beamten, der eine Bevölkerung von 50.000 Menschen, verstreut über 200 Quadratkilometer zu beaufsichtigen hatte, konnte man kaum erwarten, dass er ständig über die Neuigkeiten in jeder Gemeinde auf dem Laufenden war. Nicht selten kehrten Priester nach ihrer Ausweisung einfach unbemerkt zurück und übten ihre seelsorgerischen Pflichten wieder aus. In einem Fall war ein vertriebener Priester in seiner Gemeinde bereits zwei Jahre tätig, ehe die Behörden über seine Anwesenheit informiert wurden; zu der Zeit war die Ausweisungsfrist bereits abgelaufen.[30] Ferner erwies es sich als überaus schwierig, die vertriebenen Priester durch politisch verlässliche Nachfolger zu ersetzen. Die vom Staat als Ersatz berufenen Personen wurden von der katholischen Bevölkerung verachtet und schlichtweg ignoriert. In etlichen Fällen mussten die lokalen Behörden feststellen, dass sie die Bevölkerung nur mit Hilfe von Zwangsgottesdiensten in Armeelagern gefügig machen konnten.

Somit erreichte Bismarcks Kampagne alles andere als eine Neutralisierung des Katholizismus als politische und gesellschaftliche Kraft, im Gegenteil, sie stärkte ihn sogar. Bismarck hatte angenommen, dass das katholische Lager unter dem Druck der neuen Gesetze gespaltet werden würde: Die Ultramontanen (Fürsprecher der päpstlichen Autorität) sollten an den Rand gedrängt werden, die übrige Kirche hingegen sollte sich zu einem gefügigen Partner des Staates entwickeln. Doch das Gegenteil trat ein: Die staatliche Vorgehensweise hatte den Effekt, dass liberale und etatistische Elemente im Katholizismus zurückgedrängt und marginalisiert wurden. Die Kontroversen, die in vielen katholischen Gemeinden nach dem Dogma der päpstlichen Unfehlbarkeit 1870 ausgebrochen

waren, verstummten, weil selbst die Kritiker der Doktrin einräumten, dass der päpstliche Absolutismus im Vergleich zu einem säkularen Staat das kleinere Übel war. Ein kleines Kontingent liberaler Gegner der Unfehlbarkeit, in der Mehrzahl Akademiker, spaltete sich in der Tat von Rom ab und bildete «altkatholische» Gemeinden – ein später Nachklang der radikalen «Deutschkatholiken», die in den vierziger Jahren unter dem Wahlspruch «los von Rom» zusammengekommen waren –, doch sie hatten nie eine nennenswerte soziale Basis.

Wohl am deutlichsten liess sich das Scheitern Bismarcks an der spektakulären Zunahme der Zentrumspartei ablesen, der Partei der preussischen – und vieler deutscher – Katholiken. Es gelang Bismarck zwar, das Zentrum im preussischen Parlament zu isolieren – zumindest eine Zeit lang –, doch er konnte nicht verhindern, dass ihr Stimmenanteil bei den Reichswahlen anstieg. Während 1871 nur 23 Prozent der preussischen Katholiken das Zentrum gewählt hatten, waren es drei Jahre später 45 Prozent. Zum grossen Teil dank der Exzesse von Bismarcks Kulturkampf erlebte das Zentrum eine frühe Blüte, schlug tiefe Wurzeln in seinem sozialen Milieu, mobilisierte Katholiken, die bislang politisch passiv geblieben waren, und dehnte die Grenzen der Parteipolitik aus.[31] Die übrigen Parteien folgten allmählich nach, indem sie für sich neue Wählerschichten gewannen, doch erst im Jahre 1912 wurde der grosse Sprung des Zentrums durch verbesserte Wahlergebnisse der anderen Parteien ausgeglichen. Und selbst dann blieb das Zentrum hinter den Sozialdemokraten zweitstärkste Kraft im Reichstag. Da sich die meisten Liberalen und Konservativen immer noch davor hüteten, mit den Sozialdemokraten gemeinsame Sache zu machen, wurde das Zentrum im Parlament zum Zünglein an der Waage – wohl kaum Bismarcks Wunschergebnis, als er 1871 den «Kulturkampf» losgetreten hatte.

Konfessionelle Spannungen in Preussen waren nichts Neues, doch eine so weit reichende und rücksichtslos geführte antikatholische Kampagne hatte es in der Geschichte des Staates noch nicht gegeben. Der Streit um Mischehen Ende der dreissiger Jahre war dramatisch gewesen, nicht zuletzt wegen des emotionsgeladenen Charakters des Themas, aber im Wesentlichen war dies ein institutioneller Konflikt zwischen Kirche und Staat gewesen, bei dem es darum ging, die Grenzen der Zuständigkeit in einer administrativen Grauzone abzustecken. Im Gegensatz dazu war der Kulturkampf eine Auseinandersetzung, bei der es den Anschein hatte, als stünde gar die Identität der neuen Nation auf dem Spiel.

Dass der Konflikt zwischen Staat und Kirche sich überhaupt so sehr ausweiten konnte, dass er die Gesamtheit des öffentlichen Lebens erfasste, war eine Folge des labilen Beziehungsgeflechts zwischen den gespaltenen Konfessionen Preussens, der rücksichtslosen Politik Bismarcks und den Herausforderungen durch den deutschen Nationalstaat. Bei dem Versuch, die katholische Kirche aus der Politik zu drängen, hatte Bismarck mit Hilfe preussischer Instrumente deutsche Ziele erreichen wollen. «[...] so können Sie mir vielleicht nachweisen, dass ich geirrt habe», rechtfertigte er sich vor dem Reichstag in einer Rede von 1881, «aber nicht nachweisen, dass ich das nationale Ziel einen Augenblick aus den Augen verloren habe.»[32] Kaum ein politischer Konflikt illustriert so klar wie der Kulturkampf, welche Auswirkung die deutsche Vereinigung auf die preussische Politik hatte: Sie verflüchtigte sich gewissermassen.

Polen, Juden und andere Preussen

«Meine Herren!», begann ein polnischer Abgeordneter im Februar 1870 seine Rede vor dem Reichstag des Norddeutschen Bundes:

«Es ist eine eigenthümliche Lage, in der wir uns befinden, wenn in den Verhandlungen dieses Hauses stets die Worte von deutscher Vergangenheit, von deutschen Sitten und Gebräuchen, von Wohlfahrt des deutschen Volkes in diesem Saale an unser Ohr tönen, nicht als ob wir dem deutschen Volke seine Wohlfahrt missgönnten, oder seiner Zukunft in den Weg treten wollten; aber all diese Vergangenheiten, diese Sitten und Gebräuche, diese Zukunft mögen für Sie ein Band der Vereinigung sein, während sie gerade uns Ihnen gegenüber ein Moment mehr der Trennung sind.»[33]

Die Polen im Osten Preussens hatten nach der politischen Vereinigung der deutschen Staaten ein ungutes Gefühl. Als polnischer Untertan der preussischen Krone hatte man sich gewiss bereits in einer schwierigen Lage befunden, doch ein polnischer Deutscher – das war ein Widerspruch in sich. Untertanenschaft und Nationalität waren komplementäre Auffassungen; die Polen hätten lernen können – zumindest nach aussen hin – im Frieden mit dem preussischen Staat zu leben. Sie hätten womöglich sogar seine Vorzüge gepriesen. Aber wie konnten sie als Polen innerhalb einer deutschen Nation weiter existieren? Der Aufstieg der Nation zum Brennpunkt der Identitätssuche und zum Beweggrund po-

litischen Handelns musste weit reichende Konsequenzen für die Polen in den preussischen Landen haben.

Von den 18,5 Millionen Einwohnern Preussens im Jahre 1861 waren 2,25 Millionen Polen, die vor allem in den Provinzen Posen und Westpreussen (55 Prozent bzw. 32 Prozent Polen) sowie in den südöstlichen Kreisen Schlesiens lebten. Die preussische Politik gegenüber dieser Minderheit, der grössten in den Ländern der Hohenzollern, war stets ambivalent gewesen und hatte zwischen Toleranz und Repression geschwankt. Nach 1815 akzeptierte die Regierung die Existenz einer eigenen polnischen Nationalität und eines Vaterlands unter dem Zepter der Hohenzollern, freilich nur unter der Bedingung, dass die Polen treue preussische Untertanen blieben. Als die Regierung nach dem Novemberaufstand von 1830 schwere Bedenken wegen der Gefahren hatte, die von der polnischen Nationalbewegung ausgingen, wechselte sie zu kultureller Repression und führte Deutsch als Unterrichts- und Amtssprache ein. Im Jahre 1840 wurde diese Politik nach der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV. jedoch aufgegeben. 1846 wehte der Wind nach einer gescheiterten polnischen Erhebung im Grossherzogtum Posen wieder aus einer anderen Richtung. Hinter dem Aufstand steckte die Gruppe «Union der Arbeiterklasse» mit Sitz in Posen, deren Ziel es war, die Macht der preussischen Verwaltung *und* des polnischen Landadels zu brechen. Noch vor Ausbruch des Aufstands wurden deren führende Köpfe jedoch von ängstlichen polnischen Adeligen an die preussische Polizei verraten. Die Behörden griffen hart durch: 254 Polen wurden in Berlin wegen Beteiligung an der Verschwörung verurteilt, Kleinstädte wurden von Polizeieinheiten durchkämmt und verdächtige Presseorgane mundtot gemacht oder verboten.

Dieser Zickzackkurs war im Wesentlichen pragmatisch und reaktiv. Es ging darum, die politische Stabilität der polnischen Gebiete zu sichern. Die Pflege einer eigenen polnischen Kultur wurde akzeptiert, solange dies nicht nationale oder sezessionistische Ansprüche schürte. Nach den Revolutionen von 1848 änderte sich die Situation. Anfangs schienen sie den Polen gute Nachrichten zu bringen. Die preussische, liberale Meinung war überwiegend polenfreundlich. Im März 1848 wurden inhaftierte Radikale von 1846 freigelassen und marschierten unter lautem Jubel durch die Strassen Berlins. Das neue «Märzministerium» befürwortete die Restauration Polens als Puffer gegen eine potenzielle russische Aggression, und am 2. April verabschiedete der neu einberufene

preussische Vereinigte Landtag einen entsprechenden Antrag. Nicht zum ersten Mal, und auch nicht zum letzten Mal, schien die Stunde der Freiheit Polens unmittelbar bevorzustehen. Ludwig Mieroslawski, ein Militärstratege und einer der Anführer des Aufstands von 1846, eilte nach Posen, um eine polnische Armee aufzustellen.[34] In den überwiegend polnischen Gebieten des Herzogtums schwand die Autorität der preussischen Verwaltung, als der Landadel die Angelegenheit selbst in die Hand nahm. Sie rekrutierten Kämpfer und sammelten Spenden für Mieroslawski. Es war eine alarmierende Demonstration, wie zerbrechlich die preussische Herrschaft im östlichen Rand des Königreichs doch war.

Gleichzeitig löste die Revolution jedoch im Grossherzogtum Posen eine ethnische Polarisierung aus. Als sich das polnische Nationalkomitee in Posen weigerte, Deutsche aufzunehmen, bildeten Letztere ein eigenes deutsches Komitee, das schon bald unter den Einfluss der Nationalisten geriet. Viele Deutsche in überwiegend polnischen Gegenden flohen in Gebiete, in denen die preussische lokale Verwaltung noch intakt war. Am 9. April gründeten Aktivisten in Bromberg das Zentrale Bürgerkomitee des Netze-Distrikts für die Förderung preussischer und deutscher Interessen im Grossherzogtum Posen – das Nebeneinander von «preussisch» und «deutsch» war zumindest bezeichnend.[35] Nachdem mehrere Anläufe, einen Kompromiss zu finden, gescheitert waren, marschierte die preussische Armee im Mai in das Grossherzogtum ein und zerschlug Mieroslawskis Armee in einer Reihe blutiger Gefechte. Preussische Beamte kehrten auf ihre Posten zurück. Die preussische Nationalversammlung in Berlin plädierte weiterhin für eine Politik der polnischen, nationalen Gleichberechtigung unter preussischer Herrschaft, wurde aber Anfang Dezember 1848 aufgelöst.

Die neue preussische Verfassung, 1848 oktroyiert und am 31. Januar 1850 in Kraft getreten, enthielt keinen Verweis auf polnische Minderheitenrechte und keinen Passus, dass Posen oder ein anderer polnischer Kreis einen Sonderstatus geniesse. Die hohen Verwaltungsbeamten hatten offenbar den Gedanken aufgegeben, dass die preussische Krone sich die Loyalität der Polen durch eine nachsichtige Politik sichern könnte. Die Polen seien für solche Appelle nicht zugänglich. Sie könnten durch keinerlei Zugeständnisse gewonnen werden, so hiess es in einem Bericht des Innenministeriums im November 1849.[36] Da eine Versöhnung mit der polnischen Nationalbewegung in Posen unmöglich war,

blieb der preussischen Regierung nichts anderes übrig, als «sie tatkräftig auf die untergeordnete Stellung zu beschränken, die ihr zukommt»[37]. Der Begriff «Germanisierung» tauchte immer häufiger in offiziellen Dokumenten auf.

Dabei zeigte die preussische Regierung wenig Interesse daran, die Idee der Germanisierung als Basis für konkrete politische Massnahmen zu übernehmen. Bitten der Deutschen in Posen um staatliche Unterstützung für die deutsche Minderheit blieben unbeantwortet. Ministerpräsident Otto von Manteuffel war der Auffassung, dass das deutsche Element keine Zukunft habe, wenn es sich nur mit Hilfe staatlicher Intervention halten könne. Die Behörden hatten zwar ein Auge auf nationalistische Agitation, doch die Polen genossen immer noch die bürgerlichen Freiheiten, die ihnen laut preussischer Verfassung zustanden, etwa das Recht, im Namen polnischer Abgeordneter im Landtag Wahlkämpfe zu organisieren. Darüber hinaus achtete die preussische Justiz sorgfältig darauf, den Status des Polnischen als interne Verwaltungssprache und Unterrichtssprache an Grundschulen zu erhalten.[38]

In den sechziger Jahren ertönten wiederholt Aufrufe zu Germanisierungsmassnahmen, doch die Regierung zögerte immer noch, teils, weil sie der Ansicht war, die Kräfte des Marktes würden letztlich die deutsche Siedlung begünstigen, und teils, weil Bismarck – in den Jahren 1866-1869 – sehr darum bemüht war, den polnischen Klerus zu beschwichtigen. Er wollte keinesfalls die deutschen Katholiken der süddeutschen Staaten abschrecken und die Vereinigung gefährden. Bismarck war in diesen Jahren so fest entschlossen, gute Beziehungen zur polnischen Hierarchie zu pflegen, dass er 1869 sogar den Oberpräsidenten Carl von Horn nach einem Streit zwischen diesem und Erzbischof Ledóchowski von Posen-Gnesen entliess.[39]

Auf die Vollendung der politischen Einigung folgte ein Paradigmenwechsel im Umgang der Regierung mit der polnischen Frage. Die preussischen Behörden waren im Sommer 1870 tief beunruhigt über die Woge unverhohlener Parteinahme für Frankreich. Polnische Rekruten wurden aufgefordert, von ihren preussischen Regimentern zu desertieren (ein Aufruf, dem so gut wie keiner von ihnen Folge leistete), und es kam zu wütenden Demonstrationen, als die Nachricht von den preussisch-deutschen Siegen eintraf. Die Lage in Posen schien während der Feindseligkeiten mit Frankreich so instabil, dass Reservetruppen in der Provinz einquartiert wurden, um die Ordnung zu bewahren.[40]

Das rebellische Verhalten kommentierte Bismarck mit einem hasserfüllten Wutausbruch. Es tue sich eine slawische Propaganda zusammen mit den Ultramontanen und Reaktionären von der russischen Grenze bis zum Adriatischen Meere, erklärte er in einer Sitzung des preussischen Staatsministeriums im Herbst 1871, und es sei notwendig, nationale Interessen, die deutsche Sprache gegen solche feindlichen Bestrebungen offen zu verteidigen.[41] Dieses Szenario von einer slawisch-romanischen Umzingelung enthüllt, wie tief die Angst Bismarcks um den neuen preussisch-deutschen Nationalstaat sass. Einmal mehr zeigte sich das paradoxe Gefühl der Zerbrechlichkeit und Drangsalierung, das den preussischen Staat in jeder Phase der Vergrösserung ständig verfolgt hatte.

Das erste Angriffsziel Bismarcks war der polnische Klerus, dessen Interessen er zuvor noch so beharrlich verteidigt hatte. Der Hauptzweck des Schulaufsichtsgesetzes vom H. März 1872 war es, die kirchlichen Würdenträger, die traditionell die Inspektion der 2480 katholischen Schulen in der Provinz überwacht hatten, durch professionelle, vom Staat bezahlte Inspektoren zu ersetzen. Polen wurde somit zum Sprungbrett für Preussens Kulturkampf gegen die katholische Kirche, und die bewährte preussische Politik einer pragmatischen Zusammenarbeit mit der Kirchenhierarchie wurde aufgegeben. Das hatte, wie nicht anders zu erwarten war, den Effekt, die führende Rolle des Klerus im polnischen nationalen Kampf zu untermauern. In vielen Gegenden lösten die Bemühungen der preussischen Behörden, die Gesetze gegen den einheimischen polnischen Klerus durchzusetzen, sofortige Gegenaktionen aus. Die Gemeinden kamen zusammen und schützten ihre Priester mit dem eigenen Leib gegen eine Verhaftung. Die «Staatspriester», die als Ersatz für inhaftierte oder deportierte Geistliche geschickt worden waren, wurden von ihren Gemeinden entweder gemieden oder verprügelt. Pater Moerke, ein deutscher Priester, der 1877 von den Behörden der Gemeinde Powidz zugeteilt wurde, fand seine Kirche leer vor – die Gemeindemitglieder zogen es vor, die Messen eines polnischen Priesters in einem Nachbardorf zu besuchen. Nicht einmal mit Moerkes Tod im Jahr 1882 wurde das Stigma abgewaschen: Die Dorfbewohner gruben den Sarg aus und warfen ihn in einen See.[42]

In den Jahren 1872/73 erliess Berlin eine Flut königlicher Anweisungen, die den Gebrauch anderer Sprachen ausser Deutsch in den Schulen der Ostprovinzen einschränkten. Zu den Opfern dieser Politik zählten nebenbei auch die preussischen Litauer, die noch nie Anlass zu einer Beschwerde gegeben hatten,

sowie die Polnisch sprechenden Masuren in Ostpreussen, die weder Katholiken noch unbedingt Anhänger der Restauration Polens waren.[43] Ein Statut von 1876 legte Deutsch als einzige Amtssprache für alle preussischen Regierungsbehörden und politischen Organe fest; andere Sprachen durften noch in vielen Pfarreinrichtungen gebraucht werden, sollten aber im Laufe von maximal 20 Jahren im öffentlichen Gebrauch eingestellt werden. In allen polnischen Gebieten war der niedere Klerus massgeblich an der Organisation der Proteste gegen die neue Sprachenpolitik beteiligt. Gemeindepriester halfen bei der Einreichung von Petitionen gegen diese Politik der preussischen Behörden – von denen manche sage und schreibe 300.000 Unterschriften hatten.[44]

Von diesem Punkt an blieb Germanisierung der Grundsatz, der die Wortwahl und zum grossen Teil die Handlungen der aufeinanderfolgenden preussischen Verwaltungen in den polnischen Gebieten bestimmte. Im Jahr 1885 vertrieb die preussische Regierung 32.000 nicht eingebürgerte Polen und Juden aus Berlin und den Ostprovinzen, obwohl sie weder gegen deutsches noch gegen preussisches Recht verstossen hatten – das wohl berüchtigtste Beispiel der neuen härteren Praxis. Alarmiert durch die steigende Abwanderung von Deutschen aus dem agrarisch geprägten Osten in die rasch wachsenden westlichen Industrieregionen, billigte die konservativ-nationalliberale Mehrheit im preussischen Landtag die Gründung einer Königlich Preussischen Ansiedlungskommission. Mit dem Hauptquartier in Posen und einem Kapital von 100 Millionen Mark hatte die Kommission die Aufgabe, hoch verschuldete polnische Güter aufzukaufen, sie aufzuteilen und an zuziehende deutsche Bauern auszugeben. Bismarck – sowie viele Konservative – war ursprünglich gegen eine Teilung der Güter gewesen, weil er sie für unvereinbar mit den Interessen der Junkerklasse hielt, doch das Ansiedlungsprogramm konnte nur mit Unterstützung der Nationalliberalen durchgesetzt werden, die auf einer Teilung bestanden.

Wie Bismarcks Kompromiss in der Besiedlungspolitik zeigte, musste die preussische Politik in den polnischen Regionen Ende der achtziger Jahre ein breites Spektrum innenpolitischer Zwänge berücksichtigen. Dieser Trend verstärkte sich in den neunziger Jahren, als eine Reihe einflussreicher Lobbygruppen mit einem besonderen Interesse an der polnischen Frage entstand. Die wichtigsten unter ihnen waren der Alldeutsche Verband, der 1891 als Sprach

rohr der deutschen Ultranationalisten gegründet wurde, und der Verein zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken (seit 1899 nur als Ostmarkenverein bekannt), dessen Name bereits Programm war. Diese Organisationen machten sich schon bald auf dem Feld der Polenpolitik bemerkbar. Die Alldeutschen sammelten 1894 erste Erfahrungen mit einer lautstarken Kampagne gegen Bismarcks Nachfolger Leo von Caprivi, der kritisiert wurde, weil er angeblich die Germanisierung in den polnischen Gebieten nicht energisch genug vorantrieb. Auch der Ostmarkenverein rührte tatkräftig über seine Zeitschrift *Die Ostmark* die Propagandatrommel, organisierte öffentliche Zusammenkünfte und beeinflusste freundlich gesinnte Parlamentarier. Derartige Organisationen nahmen eine merkwürdige Stellung zwischen Staat und Zivilgesellschaft ein. Sie waren einerseits unabhängige Einheiten, die sich über Spenden, Mitgliedsbeiträge und den Verkauf von Publikationen finanzierten. Andererseits hatten sie aber auch Verbindungen zu Regierungsbehörden. Der Gründer der Alldeutschen, Alfred Hugenberg, war als lokaler Beamter mit der Königlichen Ansiedlungskommission nach Posen gekommen. Dem Ostmarkenverein, der um 1900 rund 20.000 Mitglieder zählte, gehörte ein beträchtlicher Anteil unterer Staatsbeamter und Schullehrer an. Diese Leute wären sofort aus einer Organisation ausgetreten, deren Ziele im Konflikt mit den Interessen des Staates gestanden hätten, doch 1895 wurden sämtliche diesbezüglichen Zweifel ausgeräumt, als der preussische Innenminister während einer politischen Debatte im Landtag öffentlich die «Verteidigungsleistung» des Ostmarkenvereins würdigte.

Bei allen Differenzen innerhalb des agrarisch-konservativ-nationalistischen Lagers in Einzelfragen (wie dem steigenden Einsatz polnischer Saisonarbeiter auf grossen Gütern) setzte die Regierung weiterhin auf Germanisierung. 1900 wurden unter dem gerade ernannten Kanzler Bernhard von Bülow neue Massnahmen eingeführt, die den Gebrauch des Polnischen noch stärker zurückdrängen sollten. Der Religionsunterricht, die traditionelle Nische für polnischen Schulunterricht, musste künftig in allen Klassen von der Grundschule aufwärts auf Deutsch erteilt werden. Im Jahr 1904 verabschiedete der preussische Landtag ein Gesetz, das es den lokalen Beamten gestattete, Baugenehmigungen für neue Bauernhäuser in Fällen zurückzuhalten, wo das Ansiedlungsprogramm behindert würde – dahinter steckte der Gedanke, Polen daran zu hindern, deutsche Bauernhöfe aufzukaufen, zu teilen und anschliessend an polnische Kleinbauern

zu verkaufen. Es gab ausserdem staatliche Zuschüsse für die Mittelstandskasse, eine Bank, die sich auf die Minderung der Schuldenlast der deutschen Bauern spezialisiert hatte. Diese Aktionen wurden durch diskriminierende Einstellungspraktiken in der kommunalen Verwaltung flankiert: Von 3‘995 Mitarbeitern, die die Posen – sehen Post- und Eisenbahnbehörden in den Jahren 1907-1909 einstellten, waren nur 795 Polen, die übrigen Deutsche. Polnische Ortsnamen wurden nach und nach von den Landkarten gestrichen (allerdings blieben sie in der polnischen Tradition lebendig).[45] Der Höhepunkt (oder besser Tiefpunkt) des Germanisierungsprogramms war das polenfeindliche Enteignungsgesetz vom 20. März 1908, das die zwangsweise Enteignung polnischer Landbesitzer (unter einer finanziellen Entschädigung) zum Zwecke der deutschen Ansiedlung gestattete. Den Konservativen lag jede Form von Enteignung aus naheliegenden Gründen schwer im Magen. Letzten Endes unterstützten sie jedoch das Gesetz, nachdem sie zu dem Schluss gelangt waren, dass die ethnische Auseinandersetzung zwischen Deutschen und Slawen wichtiger war als die Unantastbarkeit legitimer Besitzansprüche.

Das Germanisierungsprogramm war ein sinnloses Unterfangen. Es verhinderte nicht, dass das Wachstum der polnischen Bevölkerung in den östlichen Regionen das der Deutschen überflügelte. Die Parzellierung deutscher Bauernhöfe ging weiter, zum Teil finanziert von polnischen Banken, die geschickt Schlupflöcher in den preussischen Bestimmungen nutzten. Der Versuch, Schulen zum ausschliesslichen Gebrauch des Deutschen zu bewegen, musste nach wiederholten Schulstreiks und nachhaltigem zivilen Ungehorsam aufgegeben werden. Das Enteignungsgesetz erfüllte nie die grossen Hoffnungen. Kaum war es in Kraft getreten, da wurde es durch interne Richtlinien verwässert, die riesige Landstriche – aus pragmatischen und politischen Gründen – von der Enteignung ausnahmen. Im Oktober 1912 kündigte die preussische Regierung erstmals die Absicht an, eine Enteignung durchzuführen. Aber selbst in diesem Fall handelte es sich um ein kleines Gebiet (nur 1700 Hektar, die sich über vier wirtschaftlich unbedeutende Güter erstreckten), und die öffentliche Meinung in den polnischen Gebieten reagierte so massiv darauf, dass die Regierung beschloss, künftig Enteignungen zu vermeiden.[46]

Die wahre Bedeutung des Germanisierungsprogramms liegt somit weniger in dem vernachlässigbaren Einfluss auf die ethnischen Grenzen in Osteibien, als in dem, was es über das veränderte politische Klima in Preussen aussagte. Tra-

ditionell hatte sich die preussische Monarchie auf den Standpunkt gestellt, dass die Polen, genau wie die deutschsprachigen Brandenburger und Pommern oder die Litauer in Ostpreussen, christliche Untertanen der preussischen Krone waren. Aber von 1870 an rückten die preussischen Behörden von dieser Sichtweise ab und hörten damit auf Eingebungen von Organisationen ausserhalb des Staates, deren Argumente und Propaganda mit der Rhetorik des deutschen Ultranationalismus durchtränkt waren. In dieser Beziehung entstand ein Teufelskreis: Da der Staat sich unsicher war, wie stark der Rückhalt in der Öffentlichkeit war, förderte er die Tätigkeit nationalistischer Lobbygruppen, die ihre Autorität wiederum zum grossen Teil von dieser Unterstützung durch den Staat – sei es implizit oder explizit – ableiteten.

Der Staat setzte hier sogar die Grundthese seiner historischen Existenz aufs Spiel, nämlich die Annahme, dass sich die Identität Preussens von der Herrschaft einer Dynastie ableitete, deren Sonne (wenn auch mit unterschiedlicher Intensität) für alle Untertanen schien. Von Beginn bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts hinein hatten preussische Regierungen im deutschen Nationalismus die Aufhebung des dynastischen Prinzips gesehen. Doch um die Jahrhundertwende war der überwältigende Einfluss des nationalen Paradigmas unbestreitbar. Nationalistische Historiker widmeten sich der Aufgabe, die Geschichte Preussens als Expansion der deutschen Herrschaft nach Osten neu zu schreiben, und Kanzler Bernhard von Bülow (ein Mecklenburger, kein gebürtiger Preusse) scheute sich nicht, sich vor den preussischen Landtag zu stellen und die polenfeindlichen Massnahmen damit zu rechtfertigen, dass Preussen immer ein deutscher «Nationalstaat» gewesen sei und auch bleiben werde.[47]

Die Juden in Preussen bekamen diese Entwicklungen ebenfalls zu spüren. Selbstverständlich ging es im Fall der Juden nicht darum, das Tempo der kulturellen Assimilierung zu forcieren (ein Ziel, das die grosse Mehrheit der preussischen Juden ohnehin bereits begeistert übernommen hatte), oder darum, Abspaltungstendenzen oder Unabhängigkeitsbestrebungen zu unterdrücken. Das wichtigste Anliegen der jüdischen Gemeinden im Deutschland des 19. Jahrhunderts war die Aufhebung der uralten gesetzlichen Diskriminierungen. Das war eigentlich bereits am Vorabend der politischen Einigung erreicht worden: Das Bundesgesetz (das im ganzen Norddeutschen Bund galt) vom 3. Juli 1869 er-

klärte ausdrücklich, dass sämtliche Einschränkungen der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte, die auf Glaubensunterschiede zurückzuführen seien, künftig abgeschafft würden. Es hatte den Anschein, als sei die lange Reise der Emanzipation, die mit dem Edikt Hardenbergs vom März 1812 begonnen hatte, endlich abgeschlossen.

Ein wichtiger Zweifel blieb jedoch. Die preussische Regierung diskriminierte weiterhin jüdische Bewerber um ein öffentliches Amt. Beispielsweise wurde es Juden ausserordentlich schwer gemacht, eine Beförderung in einen höheren Rang im Justizapparat zu erreichen, obwohl Juden unter Anwälten, Gerichtsschreibern und Beisitzern überproportional vertreten waren und die jüdischen Kandidaten bei den massgeblichen Staatsexamen hervorragend abschnitten. Dasselbe galt für die meisten Zweige des höheren Staatsdienstes sowie für andere vom Staat finanzierte Institutionen von kultureller Bedeutung, wie Grundschulen, Gymnasien und Universitäten. Von 1885 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde in Preussen überdies kein einziger Jude in den Rang eines Reserveoffiziers befördert, auch nicht in den anderen deutschen Staaten, deren militärische Kontingente der preussischen Armee unterstellt waren. (Bayern bewahrte sich eine gewisse militärische Autonomie und handhabte Beförderungen etwas offener.)[48]

Diese Diskriminierung durch die staatliche Behörde war desto auffälliger, wenn man bedenkt, dass sie eigentlich überhaupt nicht in die politische Landschaft Preussens passte. So hatten Juden keinerlei Schwierigkeiten, in vielen grossen Städten auf wichtige politische und administrative Posten gewählt zu werden. Hier profitierten sie als hohe Steuerzahler von dem restriktiven Wahlrecht. Juden hatten einen beachtlichen Anteil der Sitze im Stadtrat von Breslau inne (bis auf ein Viertel!) und konnten jeden Posten in der Stadtverwaltung annehmen, ausgenommen den des Bürgermeisters und Stellvertreters, die von den zentralen Behörden in Berlin vergeben wurden.[49] In Königsberg blühte die jüdische Gemeinde in einer städtischen Umgebung auf, die sich durch unbeschwerte zwischengemeinschaftliche Beziehungen und einen «kulturellen Pluralismus» auszeichnete. In vielen grossen preussischen Städten wurden Juden zum prägenden Bestandteil des städtischen Bürgertums und beteiligten sich engagiert am politischen und kulturellen Leben.[50]

Wegen der Ungleichbehandlung im staatlichen Sektor empfanden politisch bewusste und aktive Juden in Preussen eine tiefe Unzufriedenheit.[51] Der Emanzipationsprozess war stets eng mit dem Staat verknüpft gewesen. Emanuipiert

sein hiess «einzutreten in das Leben des Staates», wie Christian Wilhelm von Dohm es schon 1781 in seinem Traktat formuliert hatte. Darüber hinaus war die verfassungsrechtliche Lage eindeutig: Laut Reichsgesetz war jede Diskriminierung aus religiösen Gründen gesetzwidrig. Die preussische Verfassung stellte fest (Art. 12), dass alle Preussen vor dem Gesetz gleich waren und dass (Art. 4) gleich qualifizierte Personen gleichen Zugang zu öffentlichen Ämtern haben mussten. Nur bei öffentlichen Ämtern, bei denen es um die Aufsicht über die Religion ging, war es zulässig, christliche Kandidaten zu bevorzugen. Der sicherste Weg für die jüdische Minderheit, ihre Rechte zu schützen, war folglich, den Staat beim Wort zu nehmen und ihm den Geist der eigenen Gesetze vorzuhalten.[52]

Von linksliberalen Abgeordneten aufgefordert, Rechenschaft abzulegen, bestritten preussische Minister entweder, dass eine derartige Diskriminierung praktiziert wurde, oder versuchten, sie zu rechtfertigen. Sie argumentierten zum Beispiel, dass die Regierung bei heiklen öffentlichen Berufungen der Stimmung der Bevölkerung Rechnung tragen müsse. In einer Landtagsdebatte im Jahr 1901 erklärte der preussische Justizminister Karl Heinrich von Schönstedt: «Ich kann bei der Ernennung der Notare jüdische Rechtsanwälte nicht ebenso wie christliche behandeln, da weiteste Kreise der Bevölkerung nicht gewillt sind, ihre Angelegenheiten von jüdischen Notaren erledigen zu lassen.»[53] Der preussische Kriegsminister Heeringen berief sich versteckt auf dieselbe Logik, als er sich zu einer Reichstagsuntersuchung vom Februar 1910 zum Ausschluss jüdischer Freiwilliger von Beförderungen zum Reserveoffizier äusserte. Bei der Ernennung eines befehlshabenden Offiziers, erklärte er, müsse die Armee auch andere Faktoren berücksichtigen als lediglich «Können und Wissen und [...] auch Charakter». «Imponderabilien» kämen ebenfalls zum Tragen:

«Die ganze Persönlichkeit des Betreffenden, so wie er vor die Front, vor die Truppe tritt, muss achtunggebietend sein. [...] Nun liegt es mir ganz fern, ohne weiteres grundsätzlich behaupten zu wollen, dass das bei unseren jüdischen Mitbürgern nicht der Fall wäre. Aber auf der anderen Seite können wir doch nicht in Abrede stellen, dass in unserem niederen Volk hier und da noch eine andere Auffassung herrscht.»[54]

Diese Bereitschaft, der «öffentlichen Meinung» nachzugeben, war auch in anderen Feldern zu spüren. Anfang der achtziger Jahre intervenierte beispielsweise das preussische Innenministerium zugunsten antisemitischer Studenten-

vereinigungen und untergrub damit den Einfluss überwiegend liberaler Universitätsverwaltungen, die versuchten, sie zu unterdrücken.[55] Um dieselbe Zeit schlug die preussische Regierung ausserdem eine härtere Gangart bei der Einbürgerung ausländischer Juden ein: Das war der Hintergrund für die aussergewöhnliche Vertreibung von mehr als 30.000 nicht eingebürgerten Polen und Juden im Jahr 1885.

Unter dem Druck antisemitischer Agitation und zahlreicher Petitionen fing die preussische Regierung in den neunziger Jahren sogar an, jüdische Staatsbürger daran zu hindern, christliche Namen anzunehmen. Die Antisemiten wehrten sich mit der rassistischen Begründung gegen die Namensänderung, dass dadurch verschleiert werde, wer denn Jude sei und wer nicht. Die preussischen Behörden (insbesondere unter dem konservativen Innenminister Botho Graf zu Eulenburg) übernahmen den antisemitischen Standpunkt, wichen damit von der bewährten Linie ab und benachteiligten insbesondere jüdische Bewerber.[56] Dieselbe Logik steckte hinter der so genannten «Judenzählung», die im Oktober 1916 vom preussischen Kriegsministerium angeordnet wurde, um herauszufinden, wie viele Juden im aktiven Dienst an der Front im Einsatz waren.[57] Nationale antisemitische Organisationen wie der (1912 gegründete) Reichshammerbund behaupteten schon seit langem, dass die deutschen Juden Kriegsgewinnler seien, die keinen Beitrag zur Verteidigung des Vaterlands leisteten. Ab Kriegsausbruch und verstärkt ab Ende 1915 bombardierten sie das preussische Kriegsministerium mit anonymen Denunziationen und Beschwerden.

Nachdem diese Proteste eine Zeit lang ignoriert worden waren, beschloss der preussische Kriegsminister Wild von Hohenborn, eine statistische Studie über die Juden in den Streitkräften durchzuführen. In einem Dekret vom 11. Oktober 1916, das die Studie ankündigte, verwies der Minister auf Behauptungen, dass es der Mehrzahl der jüdischen Militärangehörigen gelungen sei, Gefechte zu vermeiden, indem sie sich Posten weit hinter der Front gesichert hätten. Obwohl die Studie ergab, dass die Juden in Wirklichkeit in Fronteinheiten stark vertreten waren, empörte das Dekret jüdische Zeitgenossen, vor allem jene, deren Angehörige oder Kameraden in diesem Moment in den deutschen Schützengräben kämpften. Es war, wie ein jüdischer Autor sich bei Kriegsende erinnerte, «der untilgbar schmählichste Schimpf, der unsere Gemeinschaft seit ihrer Einbürgerung schändete»[58].

Natürlich hatte die Duldung des Antisemitismus durch den Staat auch Grenzen. Im Jahr 1900 brach in der westpreussischen Stadt Könitz ein antijüdischer Krawall aus, nachdem man in der Nähe des Hauses eines jüdischen Fleischers einen auf makabre Weise zerstückelten Leichnam gefunden hatte. Antisemitische Journalisten (vor allem aus Berlin) klagten den Fleischer sofort des «Ritualmordes» an, und viele leichtgläubige Städter, überwiegend Polen, folgten diesem Beispiel. Die mit dem Fall befassten preussischen Richter und Ermittlungsbeamten schenkten jedoch den Anschuldigungen keinen Glauben, und die Behörden beeilten sich, die Unruhen zu unterdrücken und die Hauptankläger zu bestrafen.[59] Das amtliche Preussen betrachtete die Emanzipation als abgeschlossen, und es wurde nicht ernsthaft der Versuch unternommen – den die Antisemiten nachdrücklich forderten –, zur Ära der gesetzlichen Diskriminierung zurückzukehren. Juden spielten weiterhin eine wichtige Rolle im öffentlichen Leben Preussens: als Parlamentarier, Journalisten, Unternehmer, Theaterdirektoren, Stadträte, als persönliche Bekannte des Kaisers und sogar als Minister und Mitglieder des Herrenhauses des preussischen Landtags.

Doch die Juden verfolgten gewiss zu Recht mit Beunruhigung das Zögern des Staates, energischer den Wortlaut der Verfassung durchzusetzen. Wenn die traditionell protestantischen, agrarischen Oligarchien an ihrem gewohnten Anteil staatlicher Protektion festhielten (was sie natürlich taten), so war das eine Sache; etwas ganz anderes, fast schon Unheilvolles war es, wenn Regierungsbehörden mit Hinweis auf die «Stimmung der Bevölkerung» eine Abweichung von der konstitutionellen Praxis oder vom Grundsatz der unparteiischen Verwaltung gestatteten. Damit erlaubten sie es den Antisemiten, die Rahmenbedingungen der Debatte festzulegen. Hierin steckte eine gewisse Ironie, denn während die Juden zu den besten Freunden des Staates zählten, gehörten die Antisemiten ohne Frage zu seinen wohl unversöhnlichsten Feinden. Für sie besass schon das Wort «Staat» den Beiklang von Künstlichkeit und maschinenähnlicher Unpersönlichkeit, im Gegensatz zu den organischen, natürlichen Attributen, die sie mit dem Begriff «Volk» assoziierten. In ihren Augen war einzig und allein eine Form der Staatsorganisation akzeptabel, die den Staatsapparat zu einem Werkzeug der Selbstermächtigung des Volkes degradierte – zu einer ethnischen, nicht politischen Einheit.[60] Hier liegen die Parallelen zur Polenpolitik. Polen und Juden waren in fast jeder denkbaren Hinsicht grundverschiedene so-

ziale Gruppen, doch sie boten beide den konservativen Eliten, die Preussen regierten, politische Bereiche, in denen die politische Logik des modernen Staates – im Sinne einer einheitlichen, gesetzlichen Autorität für alle Bürger – im Widerspruch stand zur ethnischen Logik der Nation. In beiden Fällen wurde die Vorstellung vom (preussischen) Staat zurückgedrängt und setzte sich die Ideologie der (deutschen) Nation durch.

Preussischer König und deutscher Kaiser

Nach der Schaffung des Deutschen Reiches hatte die Dynastie der Hohenzollern einen komplexen Anpassungsvorgang zu bewältigen. Der preussische König war jetzt zugleich deutscher Kaiser. Was dies in der Praxis konkret bedeutete, war in den ersten Jahren nach der Einigung noch völlig unklar. Die neue deutsche Verfassung sagte wenig über die Rolle des Kaisers aus. Die liberale Frankfurter Verfassung von 1848 hatte einen Abschnitt mit der Überschrift «Reichsoberhaupt» enthalten, der sich ausschliesslich mit dem Amt des Kaisers befasste. In der deutschen Verfassung von 1871 fehlt ein solcher Abschnitt. Die Befugnisse des Kaisers werden in Abschnitt IV unter der bescheidenen Rubrik «Präsidium» beschrieben. Aus diesen und anderen Passagen in dem Dokument wird deutlich, dass der Kaiser nicht mehr als ein deutscher Fürst unter anderen sein sollte, ein *primus inter pares*, dessen Vollmachten sich eher aus seiner Sonderstellung innerhalb des Bundesorgans ableiteten als aus einem Anspruch auf direkte Herrschaft über das Territorium des Reiches. Hinzu kam, dass sein offizieller Titel nicht «Kaiser von Deutschland» lautete, wie Kaiser Wilhelm I. es persönlich vorgezogen hätte, sondern «Deutscher Kaiser». Hier klang die begrenzte Souveränität nach, die mit dem Titel des 18. Jahrhunderts, «König *in* Preussen», impliziert war; damals wie heute mussten die anderen Souveräne berücksichtigt werden, deren Zuständigkeiten sich mit denen des neuen Amtes überlappten.

In der Beziehung zwischen Reichskanzler und Kaiser/König behielt Bismarck im Allgemeinen die Oberhand. Wilhelm I. setzte sich gelegentlich durch und war gewiss kein «Schattenkaiser», aber er konnte bei wichtigen Angelegenheiten in der Regel zu einer Einigung mit Bismarck gedrängt, erpresst oder überredet werden. Wilhelm I. hatte den Krieg gegen Österreich nicht gewollt, und er missbilligte die politische Kampagne des Kanzlers gegen die Katholiken.

Wenn sie unterschiedlicher Meinung waren, spielte Bismarck seine ganze Charakterstärke aus und schlug Wilhelm seine Argumente unter Tränen, Wutausbrüchen und Rücktrittsdrohungen um die Ohren. Eben diese Szenen waren für den Kaiser fast unerträglich und veranlassten ihn zu dem berühmten Kommentar: «Es ist schwer, unter Bismarck Kaiser zu sein.» Es lag auch keine falsche Bescheidenheit in der Beobachtung des Kaisers bei einem anderen Anlass, dass Bismarck «wichtiger als ich» sei.[61]

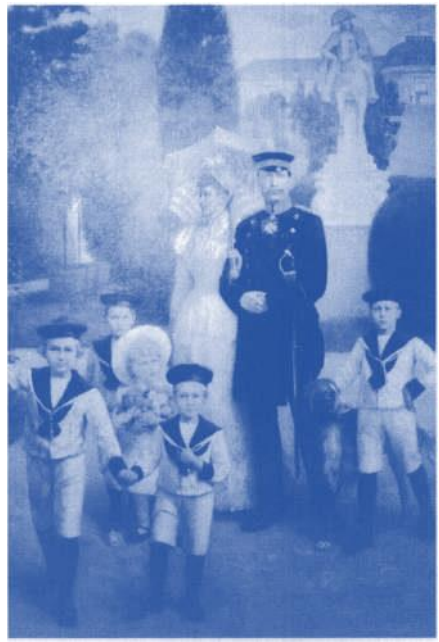
Wilhelm I. war ein ehrbarer und weithin bewunderter Mensch, eine Persönlichkeit mit der Würde eines biblischen Patriarchen. Aber er war über siebzig, als das Reich ausgerufen wurde, und blieb im Grunde bis zu seinem Tod 1888 im Alter von 90 Jahren preussischer König. Er sprach selten in der Öffentlichkeit und überschritt kaum einmal die Grenzen seines Königreiches. Er behielt die knauserigen Gewohnheiten eines ostelbischen Junkers bei: Zum Beispiel wehrte er sich aus Kostengründen gegen die Installation eines Bades mit heissem Wasser im Berliner Schloss. Vielmehr zog er es vor, einmal in der Woche in einem über ein Gestell gezogenen, wasserdichten Ledersack zu baden, der eigens von einem Hotel in der Nähe herbeigeschafft werden musste. Er markierte, wie voll die Spirituosenflaschen waren, damit die Diener bei Hofe nicht heimlich daran nippten. Alte Uniformen mussten lange halten. Nach der Unterzeichnung von Regierungsdokumenten wischte Wilhelm immer die feuchte Spitze des Federhalters am dunkelblauen Ärmel seiner Jacke ab. Kutschen mit Gummireifen lehnte er beharrlich mit der Begründung ab, sie seien unnötiger Luxus. In diesen Verschrobenheiten steckte auch ein Element selbstbewussten Auftretens: Der König trachtete danach, die preussische Schlichtheit, Selbstdisziplin und Sparsamkeit zu personifizieren. Jeden Tag erschien er pünktlich am Eckfenster seines Studierzimmers, um den Wachwechsel zu beobachten – diese Wiedereinführung einer alten, preussischen Tradition wurde zu einer der grössten Touristenattraktionen Berlins.[62]

Der Sohn und Nachfolger Wilhelms I., Friedrich III., war ein charismatischer Mann mit guten Verbindungen zur deutschen liberalen Bewegung. Er wurde auch wegen der wichtigen Rolle geachtet, die er in den Vereinigungskriegen gespielt hatte. Wenn er Gelegenheit dazu gehabt hätte, hätte er durchaus ein national-kaiserlicher Monarch werden können. Doch als Friedrich im März 1888 den Thron bestieg, litt er bereits an schwerem Kehlkopfkrebs und hatte nur noch drei Monate zu leben. Während des Grossteils seiner Herrschaft war

er bettlägerig und musste sich wegen seines Zustands darauf beschränken, mit der Familie und den Mitarbeitern schriftlich zu kommunizieren.

Bei der Thronbesteigung Wilhelms II. im Jahr 1888 glich das Amt des Kaisers also einem Haus, in dem die meisten Zimmer noch nie jemand bewohnt hat. Sein Antritt leitete eine Revolution im Führungsstil der deutschen Kaisermonarchie ein. Wilhelm II. betrachtete sich von Anfang an als Persönlichkeit des öffentlichen Lebens. Er achtete peinlich genau auf sein Äusseres, wechselte, passend zum jeweiligen Anlass, rasch Uniformen und Zubehör, schmierte den berühmten Schnurrbart mit einem Spezialwachs ein, damit er besonders steif wurde, und setzte bei öffentlichen Zeremonien den Gesichtsausdruck eines Würdenträgers auf. Von seiner Manie für das äussere Erscheinen blieb selbst die Kaiserin nicht verschont, die ehemalige Prinzessin Auguste Victoria von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg. Wilhelm liess nicht nur Entwürfe für ihre Kleider, Juwelen und ausgefallenen Hüte anfertigen, er drängte sie auch, ihre schlanke Taille zu bewahren. Sie musste Diät halten, Medikamente einnehmen und ein Korsett tragen.[63] Als erster deutscher Monarch lebte und arbeitete er in nächster Nähe – man könnte fast sagen in Symbiose – mit Fotografen und Kameramännern. Sie filmten ihn bei öffentlichen Auftritten und Familienfesten, sie filmten ihn beim Manöver und auf der Jagd; sie folgten ihm sogar auf die königliche Jacht. Zeitgenössische Filme des Kaisers, von denen unzählige existieren, zeigen ihn stets umgeben von Filmkameras.

Kurzum, Wilhelm II. war ein Medienmonarch, vielleicht der erste europäische Monarch, der diesen Beinamen wirklich verdiente. Mehr als einer seiner Vorgänger, ja sogar mehr als seine zeitgenössischen Kollegen, sonnte er sich in der Öffentlichkeit. Dabei ging es ihm keineswegs nur darum, die Aufmerksamkeit auf sich selbst zu lenken, auch wenn dieser Kaiser zweifellos ein tief narzisstischer Mensch war, sondern es ging ihm darum, das nationale und kaiserliche Versprechen seines Amtes auszufüllen. Er förderte die deutsche Marine, die wahrhaft nationale Alternative zum preussisch dominierten Heer, unterstützte die Spendenbeschaffungskampagnen und hatte bei riesigen Flottenparaden den Vorsitz, die alljährlich in Kiel veranstaltet wurden. Er versuchte, mit gemischten Ergebnissen, einen nationalen Kult um seinen Grossvater Wilhelm den Grossen, den Reichsgründer, zu etablieren. Er reiste durch das ganze Reich, eröffnete Krankenhäuser, taufte Schiffe, besuchte Fabriken und nahm Paraden ab. Und vor allem hielt er Reden.



51. In die relativ strenge Uniform des 2. Garderegiments gewandet, geht Kaiser Wilhelm II. mit seiner Familie über das Gelände von Sanssouci. Gemälde von Wilhelm Friedrich Georg Pape, 1891.

Kein Monarch der Hohenzollern hatte jemals so häufig und so direkt vor so grossen Versammlungen gesprochen wie Wilhelm II. Er liess die Deutschen in den Genuss eines fast ununterbrochenen Schwalls öffentlicher Stellungnahmen kommen. In den sechs Jahren von Januar 1897 bis Dezember 1902 machte er beispielsweise mindestens 233 Besuche in mindestens 123 deutschen Städten, und in den meisten hielt er Ansprachen, die anschliessend veröffentlicht und in der regionalen und nationalen Presse diskutiert wurden. Wilhelms Reden wurden, zumindest vor 1908, nicht von professionellen Redeschreibern für ihn verfasst, das erledigten die Mitglieder des zivilen Kabinetts, sie recherchierten und schrieben Texte für bestimmte Orte und Anlässe. Manchmal befestigten sie eine gedruckte Endversion an einem hölzernen Lesebrett, das dem Kaiser bei der Ankunft überreicht wurde, doch ihre Arbeit war zum grossen Teil vergebliche Mühe – Wilhelm zog es vor, frei zu sprechen. Im Gegensatz zu seinem Vater, der als Kronprinz seine Texte fortwährend im Voraus geschrieben und dann «immer wieder verändert» hatte, bereitete Wilhelm II. nur selten eine Rede vor.[64] Sie wurden bewusst als spontane, unmittelbare Akte der Kommunikation inszeniert.

Die bombastischsten Auftritte des Kaisers glichen Historienbildern aus dem 19. Jahrhundert – überladen mit schwülstigem Symbolgehalt, in dem sich Stürme mit Strahlen des erlösenden Lichts abwechselten, wo alles ringsumher dunkel war und hehre Gestalten (häufig Mitglieder der eigenen Dynastie) über den kleinen alltäglichen Streitereien schwebten. Die Monarchie sollte auf diese Weise «charismatisiert» und jener transzendente, überhöhte Aussichtspunkt heraufbeschworen werden, von dem aus ein Kaiser über sein Volk herrschen sollte. Ein zentrales Thema war die historische Kontinuität der Hohenzollerndynastie und ihre preussisch-deutsche Mission.[65] Die kaiserliche Monarchie wurde nachdrücklich als Garant der Einheit des Reiches dargestellt, als der Punkt, an dem «historische, konfessionelle und wirtschaftliche Gegensätze versöhnt» werden können.[66] Auch die schicksalhafte Dimension der Monarchie zog sich wie ein roter Faden durch alle Reden seiner Herrschaft. Gott habe ihn in dieses erhabene Amt berufen, damit er Gottes Plan für die deutsche Nation erfülle. In einer charakteristischen Ansprache im September 1907 im Rathaus von Memel forderte Wilhelm II. die Zuhörer auf, sich daran zu erinnern, dass «...das Walten der göttlichen Vorsehung» bei den grossen, historischen Leistungen des deutschen Volkes «zu erkennen ist, und wenn unser Herrgott nicht mit uns noch etwas grosses in der Welt vorhätte, dann würde er unserem Volke auch nicht so herrliche Eigenschaften und Fähigkeiten verliehen haben.»[67]

Die Resonanz auf Wilhelms Reden war gemischt. Ein Hauptproblem bestand darin, dass die Menschen, die seine Worte hörten, nicht die waren, die sie lasen. Die Zuhörer bei Versammlungen waren leicht zu beeindrucken. Doch Worte, die vor einer rustikalen Versammlung von Junkern in Brandenburg womöglich angemessen oder gar aufrüttelnd erschienen, konnten ihre Wirkung auf Flugschriften in München und Stuttgart zum grossen Teil verlieren. Anfang 1891 sagte Wilhelm vor einer Versammlung rheinländischer Industrieller in Düsseldorf: «Einer nur ist Herr im Reiche, und der bin ich!» Die Bemerkung war als Spitze gegen Bismarck gedacht, der seit seinem Abschied fortwährend in der Presse über den Kaiser lästerte und bekanntlich in rheinländischen Industriellekreisen beliebt war. Doch sie enthielt auch eine unbeabsichtigte Beleidigung für jene im nichtpreussischen Deutschland, die darin eine Kränkung der anderen Fürsten sahen. Immerhin waren auch sie «Herren im Reich».[68]

Tatsache ist, dass das öffentliche Amt Wilhelms II. eine merkwürdige Kombination unterschiedlicher Identitäten war. Wenn er alljährlich beim Festmahl

des Brandenburgischen Provinziallandtages sprach, ein Anlass, der ihm besonders lieb war, dann nannte er sich für gewöhnlich «Markgraf» – eine Anspielung auf die einzigartigen historischen Bande zwischen seiner Dynastie und der Heimatprovinz.[69] Dies war eine harmlose, wenn auch ein wenig pathetische Geste, die bei den konservativen Provinzpolitikern des Landtags gut ankam, aber für die Süddeutschen, die am nächsten Tag in der Presse den veröffentlichten Redetext überflogen, war dies ungeniessbare Kost. Der enge Freund und Ratgeber Wilhelms, Philipp zu Eulenburg, der als preussischer Gesandter in München sass, erklärte das Problem in einem Brief vom März 1892:

«Die grosse Redegewandtheit und die Art und Weise Euerer Majestät üben auf die *Zuhörer* und *Anwesenden* einen bestrickenden Einfluss – wie dieses die Haltung unter den Brandenburgern nach der Rede Euerer Majestät wieder bewiesen hat. Bei der kühlen Beurteilung des Inhalts ergibt sich aber, unter den Händen des deutschen Professors, ein anderes Bild. [...] Hier in Bayern sind die Leute geradezu *ausser sich,* wenn Euere Majestät als ‚Markgraf' sprechen und die ‚Markgrafen Worte' im Reicfoanzeiger stehen – quasi als Kaiserworte. Im Reichsanzeiger wollen die Reichsangehörigen *Kaiserworte* hören – auch nichts von Friedrich dem Grossen (von dem sie nur zu gut wissen, dass er sagte: ‚La Bavière est un paradis habité par des animaux' [Bayern ist ein von Tieren bewohntes Paradies], und anderes noch), und auch nichts von Rossbach und Leuthen.»[70]

Die Beziehung zwischen der kaiserlichen Krone und dem bayerischen Staat war ein ständiger Unruhefaktor. Im November 1891 wurde Wilhelm II. bei einem Besuch in München gebeten, sich in das offizielle Gästebuch der Stadt einzutragen. Aus unbekannten Gründen beschloss er, die Zeile *suprema lex régis voluntas* (der Wille des Königs ist höchstes Gesetz) hineinzuschreiben. Die Wahl des Zitats könnte durchaus mit einem Gespräch zu tun gehabt haben, das der Kaiser damals geführt hatte, als er gebeten wurde, sich in das Buch einzutragen, doch es erwarb schon bald einen unerwarteten Bekanntheitsgrad. Einmal mehr machte Eulenburg auf den Fauxpas aufmerksam:

«Weshalb Ew. Majestät das Wort schrieben, habe ich nicht zu fragen, aber ich würde ein feiges Unrecht begehen, wenn ich nicht von der schlimmen Wirkung schriebe, die das Wort in Süddeutschland verursachte, wo mich Ew. Majestät zum Aufpassen hingesetzt haben. [...] Auch weil die Leute, hiervon abge-

52. «Kaisermanöver», Karikatur von Olaf Gulbransson im *Simplicissimus,* 20. September 1909.

sehen, eine Art persönlichen kaiserlichen Willen über den bayerischen Willen herauszulesen meinten. Alle Parteien, ohne Ausnahme, haben sich durch das Wort Ew. Majestät verletzt gefühlt, und es war dazu angetan, in schmählichster Weise gegen Ew. Majestät ausgebeutet zu werden.»[71]

Wenn süddeutsche Karikaturisten versuchten, die Reichsansprüche des Kaisers lächerlich zu machen, so zeichneten sie ihn fast immer als eine nachdrücklich und unverbesserlich preussische Gestalt. Eine wundervolle Zeichnung aus dem Jahr 1909 für den *Simplicissimus* von dem in München wohnenden Olaf Gulbransson zeigt Wilhelm II. im Gespräch mit dem bayerischen Regenten bei den alljährlichen Reichsmanövern. Schon allein der Rahmen war bereits belastet, weil die Beziehung zwischen der preussisch-kaiserlichen und der bayerischen Armee in München ein ausserordentlich heikles Thema war. In der Bildunterschrift war zu lesen: «Seine Majestät erklären dem Prinzen Ludwig von Bayern die feindlichen Stellungen.» Die stereotypen preussisch-bayerischen Gegensätze sind in der Haltung und Kleidung der beiden Figuren ausgezeichnet wiedergegeben: Während Wilhelm in seiner makellosen Uniform mit Pikelhelm und in Reitstiefeln, die wie poliertes Ebenholz glänzen, kerzengerade dasteht, gleicht Prinz Ludwig einem menschlichen Sitzsack. Weite Hosen flattern

formlos um seine Beine, und über seinem Bart linst er irritiert hinter einem Kneifer hervor. Alles, was an dem Preussen stramm und dominant ist, erscheint an dem Bayern gemütlich und schlaff.[72]

Wilhelm II. war, das muss einmal gesagt werden, denkbar ungeeignet für die kommunikativen Aufgaben seines Amtes. Es war ihm fast unmöglich, sich so nüchtern und gemessen auszudrücken, wie die politisch informierten Zuhörer es von ihm erwarteten. Die Texte seiner Reden wurden leicht zu Zielscheiben des Spotts. Sie wirkten übertrieben, überladen, grössenwahnsinnig. Sie «gingen leicht über das Ziel hinaus», wie ein hoher Regierungsbeamter bemerkte.[73] Metaphern und Passagen aus seinen Reden wurden häufig herausgepickt und in der satirischen Presse gegen ihn verwendet. Weder Wilhelm I. noch Bismarck hatte man jemals so sehr ins Lächerliche gezogen (allerdings finden sich Parallelen in den illegalen Darstellungen Friedrich Wilhelms IV. um die Zeit der 1848er-Revolutionen). Die juristischen Mittel gegen Majestätsbeleidigung wie Konfiszierung der Ausgaben oder Strafverfolgung und Verhaftung der Autoren und Herausgeber wurden weidlich ausgeschöpft, doch sie erwiesen sich als kontraproduktiv, weil sie in der Regel die Auflagenzahlen in die Höhe trieben und die verfolgten Journalisten zu nationalen Berühmtheiten machten.[74] Bemühungen, die Art und Weise zu kontrollieren, mit der die Bemerkungen des Kaisers ein breiteres Publikum erreichten, schlugen fehl.[75] Wilhelm II. reiste so häufig und sprach an einer solchen Vielzahl von Orten und Kontexten, dass es unmöglich war, die Verbreitung der Informationen über seine Äusserungen zu dosieren. Die berüchtigte «Hunnenrede» des Kaisers in Bremerhaven am 27. Juli 1900 war ein Musterbeispiel. Hässliche Auszüge aus einer taktlosen, improvisierten Ansprache vor Soldaten, die sich auf die Einschiffung nach China vorbereiteten, gelangten trotz intensiver Bemühungen der anwesenden Regierungsvertreter in die Zeitung und lösten in der Presse und im Parlament Empörung aus.[76] Der Kaiser hatte – wie viele moderne Berühmtheiten – zwar gelernt, die Medien zu hofieren, aber nicht sie zu kontrollieren.

Das Amt des Kaisers hatte, wie gesagt, keine solide Grundlage in der deutschen Verfassung. Überdies fehlte ihm eine politische Tradition. Es fand keine Kaiserkrönung statt. Wilhelm II. hatte dieses Defizit erkannt. Er sah klarer als seine Vorgänger, dass die preussische Krone es nicht geschafft hatte, sich als Bezugspunkt im öffentlichen Leben des deutschen Reichs zu etablieren. Bei der

Thronbesteigung war er entschlossen, die kaiserliche Dimension seines Amtes auszufüllen. Er reiste unablässig durch die deutschen Staaten; er glorifizierte seinen Grossvater als den heiligen Krieger, der ein neues Zuhause für das deutsche Volk gebaut hatte, und er führte neue Feiertage und Gedenkfeiern ein, um gewissermassen die konstitutionelle und kulturelle Blösse des preussischen Throns in den Mantel einer nationalen Geschichte zu kleiden. Er präsentierte sich selbst dem deutschen Volk als die Personifizierung der «Reichsidee». In diesem unablässigen Bemühen, die Reichskrone als politische und symbolische Realität in den Köpfen der Deutschen zu verankern, spielten die Reden eine wichtige Rolle. Sie waren Werkzeuge der «rhetorischen Mobilmachung», die dem Kaiser/König eine einzigartig prominente Stellung im öffentlichen Leben sicherte.[77] Für Wilhelm persönlich boten sie eine Entschädigung für die Situation politischer Beschränkung und Entmachtung, in der er sich so häufig wiederfand. Genau genommen waren sie, wie Walther Rathenau, der Autor der wohl tiefsinnigsten Reflektionen über diesen Monarchen, im Jahr 1919 beobachtete, das wirkungsvollste Instrument seiner kaiserlichen Souveränität.[78]

Wie erfolgreich Wilhelm beim Streben nach diesem Ziel war, ist eine ganz andere Frage. Einerseits lösten die eklatantesten Eskapaden Wogen feindseliger Kommentare in der Presse aus. Als sichtbarstes (oder hörbarstes) Zeichen der Unabhängigkeit des Souveräns wurden diese Eskapaden zum Brennpunkt der politischen Kritik am «persönlichen Regiment».[79] Langfristig erodierten sie allmählich den politischen Status der Äusserungen vom Thron. Es kam, vor allem nach 1908, immer häufiger vor, dass die Regierung sich völlig von unwillkommenen Reden mit dem Hinweis distanzierte, dies seien keine bindenden, programmatischen Äusserungen, sondern lediglich Ausdruck der persönlichen Meinung des Monarchen – ein Dementi, das den Schluss nahelegte, dass die politischen Ansichten des Kaisers keine grösseren, politischen Konsequenzen hätten.[80] Wie der Wiener Korrespondent der *Frankfurter Zeitung* 1910 treffend beobachtete, enthüllte ein Vergleich zwischen Wilhelm II. und Kaiser Franz Joseph von Österreich, wie kontraproduktiv der allzu starke Gebrauch öffentlicher Stellungnahmen letztlich war: Der Habsburger sei, so hiess es in dem Artikel, ein «schweigender Kaiser», der stets zwischen seiner Privatperson und dem öffentlichen Amt sauber unterscheide. Niemals habe er das öffentliche Forum für irgendwelche persönlichen Äusserungen benutzt, aber «man mache

doch einmal den Versuch, in Österreich vom Kaiser zu reden, wie man es in Deutschland an jeder Tafelrunde hört, und man kann etwas erleben auch von gar nicht in Loyalität getauchten Männern»[81].

Andererseits ist es bekanntlich schwierig, den Gradmesser der öffentlichen Meinung zu treffen, und man sollte sich vor jedem Urteil hüten, das sich ausschliesslich auf Zeitungskommentare stützt – «veröffentlichte Meinung» und «öffentliche Meinung» sind nicht ein und dasselbe. Der Kaiser möge «die Aura einer Souveränität, die über jede Kritik erhaben ist» verloren haben, schrieb ein ausländischer Beobachter im Herbst 1908, als Wilhelm II. in einen Skandal wegen der taktlosen Äusserungen verwickelt war, die im Londoner *Daily Telegraph* veröffentlicht worden waren. «Doch bei der persönlichen Ausstrahlung, die er besitzt, wird er in den Augen der Masse seiner Untertanen immer einen immensen Einfluss behalten.»[82] Wilhelms Anrufungen der göttlichen Vorsehung wurden zwar zur Zielscheibe des Spotts der gehobenen Zeitungen, aber sie trafen eine mitfühlende Ader des Geschmacks vieler einfacher Deutscher. Nach demselben Muster erschienen seine offenen Schmähreden gegen die Avantgardekunst der kulturellen Intelligenz als lächerlich und rückwärtsgewandt, kamen jedoch der grossen Mehrheit der Kulturkonsumenten ganz vernünftig vor. Denn auch in ihren Augen musste Kunst eine Form des Eskapismus und der Erbauung bieten.[83] In Bayern lockten die Zeremonien des «Kaiserkultes» (Paraden, Denkmalenthüllungen und Feierlichkeiten von 1913) Zuschauermassen nicht nur aus der Mittelschicht, sondern auch Bauern und Ladenbesitzer an.[84] Selbst innerhalb des sozialdemokratischen Milieus der Industrieregionen bestand offenbar eine Kluft zwischen der kritischen Perspektive der SPD-Elite und der Masse der SPD-Anhänger, unter denen der Kaiser «als Verkörperung des patriarchalisch-fürsorglichen Prinzips» wahrgenommen wurde.[85] Die von Polizeispitzeln in den Kneipen der Hamburger Arbeiterviertel aufgezeichneten Gespräche enthielten einige abfällige, aber auch viele positive und sogar leidenschaftliche Kommentare zu «unserm Willem».[86] Beträchtliche (wenn auch nicht genau quantifizierbare) Reserven des kaiserlich-royalistischen Ansehens sammelten sich in der deutschen Gesellschaft an. Die gesellschaftlichen Transformationen und politischen Unruhen eines Weltkrieges waren nötig, um sie ganz zu beseitigen.

Soldaten und Zivilisten

Am 16. Oktober 1906 führte ein Stadtstreicher namens Friedrich Wilhelm Voigt in Berlin eine spektakuläre Aktion durch. Voigt hatte einen grossen Teil seines Lebens im Gefängnis verbracht. Nachdem er im Alter von 14 Jahren nach einer Verurteilung wegen Diebstahls die Schule verlassen hatte, ging er bei seinem Vater, einem Schuster in Tilsit, in die Lehre. Von 1864 bis 1891 wurde er sechsmal wegen Diebstahls, Raubs und Fälschung verurteilt, wofür er insgesamt 29 Jahre hinter Gitter verbrachte. Im Februar 1906 wurde er nach 15 Jahren Haft wegen Diebstahls entlassen. Da die Berliner Polizeibehörden ihm die Aufenthaltserlaubnis verweigerten, richtete er sich illegal in einer Mietskaserne in der Nähe des Schlesischen Bahnhofs ein, wo er einen Platz als Mitschläfer fand. Sein Bett war tagsüber von einem Fabrikarbeiter belegt, der Nachtschicht arbeitete.

Im Laufe der zweiten Oktoberwoche 1906 trug Voigt nach und nach die Uniform eines Hauptmanns des 1. Garderegiments aus Kleidern und Ausrüstungsgegenständen zusammen, die er in Trödelläden in ganz Potsdam und Berlin erstanden hatte. Am Morgen des 16. Oktober holte er die Uniform bei der Gepäckaufbewahrung an der Station Beusselstrasse ab und ging zur Jungfernheide, um sich umzuziehen. Als preussischer Hauptmann verkleidet fuhr er mit der Bahn ins Stadtzentrum. Gegen Mittag, als in der ganzen Stadt die Wachen wechselten, hielt Voigt eine Einheit aus vier Soldaten und einem Unteroffizier an, die vom Wachdienst bei der militärischen Schwimmanstalt am Plötzensee auf dem Weg zurück in die Kaserne war. Der Unteroffizier liess seine Leute stillstehen, während Voigt ihnen mitteilte, dass er kraft der Vollmacht einer Kabinettsorder des Königs das Kommando übernehme. Voigt entliess den Unteroffizier, sammelte weitere sechs Wachsoldaten ein, die vom Dienst an einem nahe gelegenen Schiessstand kamen, und führte «seine» Soldaten zur Station Putlitzstrasse, wo sie alle einen Zug nach Köpenick nahmen. Unterwegs spendierte er ihnen am Kiosk ein Bier.

Als sie am Rathaus ankamen, stellte Voigt Wachen am Haupteingang auf und drang mit einigen Soldaten in einen Flur mit Büroräumen ein, wo er die Verhaftung des obersten Stadtsekretärs Rosenkranz und des Bürgermeisters Dr. Georg Langerhans anordnete. Langerhans, der selbst Reserveleutnant war, sprang beim Anblick von Voigts Epauletten auf und leistete keinen Widerstand,

als ihm gesagt wurde, er werde unter Bewachung nach Berlin eskortiert. Der Polizeiinspektor des Rats wurde schnarchend in seinem Büro angetroffen – es war ein warmer Herbstnachmittag in diesem Vorstadtbezirk –, und Voigt verpasste ihm einen strengen Tadel. Der Stadtkämmerer Wildberg wurde angewiesen, die Geldkassette zu öffnen und den gesamten Inhalt – 4‘000 Mark und 70 Pfennig – an Voigt auszuhändigen, der ihm eine Quittung über die beschlagnahmte Summe ausstellte. Voigt befahl einer Abteilung seiner Wachsoldaten, die verhafteten Beamten mit der Bahn nach Berlin zu eskortieren und sich beim Militärposten an der Neuen Wache zu melden. Wenige Minuten später wurde er gesehen, als er das Gebäude in Richtung Station Köpenick verliess. Dann verschwand er von der Bildfläche. Nach eigener Aussage kehrte er in der nächsten Stunde nach Berlin zurück, legte die Uniform ab und setzte sich in ein Stadtcafe mit Blick auf die Neue Wache. Von dort aus konnte er beobachten, welche Verwirrung die Ankunft der Wachen mit ihren verängstigten Gefangenen stiftete. Zehn Tage später wurde er verhaftet und am 1. Dezember 1906 zu vier Jahren Haft verurteilt.

Voigts Tat stiess damals auf grosses Interesse. Bereits wenige Tage danach wurde sie auf der Bühne des Metropol-Theaters verspottet. Selbst die internationale Presse berichtete ausführlich darüber. Die Geschichte vom Schwindler in Hauptmannsuniform, der mit der Geldkassette des Köpenicker Rats unter dem Arm abzieht, wurde schon bald zu einer der beliebtesten und dauerhaftesten Geschichten des modernen Preussen. Es wurde unzählige Male für die Bühne dramatisiert, die berühmteste Version ist Carl Zuckmayers herrlicher *Hauptmann von Köpenick* von 1931, der später in einem vor Witz sprühenden und stimmungsvollen Spielfilm für die Leinwand bearbeitet wurde, mit einem liebenswerten Heinz Rühmann in der Hauptrolle. Von dieser Beliebtheit profitierte auch der Täter selbst. Voigt wurde von Wilhelm II. begnadigt und aus dem Gefängnis Tegel entlassen, nachdem er weniger als die Hälfte seiner Haftstrafe verbüsst hatte. Kaum vier Tage nach seiner Entlassung trat er in einem Passagenpanoptikum öffentlich auf, in einer Galerie städtischer Vergnügungen an der Ecke Friedrich- und Behrenstrasse im Zentrum von Berlin. Nachdem die preussischen Behörden ihm derartige Auftritte verboten hatten, ging er erfolgreich auf Tour nach Dresden, Wien und Budapest, wo er bereits eine Berühmtheit war. In den folgenden zwei Jahren trat Voigt in Nachtklubs, Restaurants und auf Jahrmärkten auf, erzählte seine Geschichte immer wieder und signierte

Postkarten mit ihm als Hauptmann von Köpenick. Im Jahr 1910 unternahm er weitere Touren durch Deutschland, Grossbritannien, Amerika und Kanada. Er war so berühmt, dass er sogar in Madame Tussaud's Wachsfigurenkabinett Eingang fand. Der Verkauf seiner Erinnerungen *Wie ich Hauptmann von Köpenick wurde*, die 1909 in Leipzig erschienen, brachte Voigt so viel Geld ein, dass er sich 1910 in Luxemburg ein Haus kaufen und niederlassen konnte, wo er 1922 verarmt starb.[87]

Auf einer Ebene war die Episode gewiss eine Parabel über die Macht einer preussischen Uniform. Voigt selbst war eine eher unscheinbare Gestalt, und das Leben in Armut und Haft hatte ihn sichtlich gezeichnet – ein Polizeibericht, der sich auf Augenzeugenberichte stützte, beschrieb den Schwindler mit den wenig schmeichelhaften Worten: «Er ist von schlanker Gestalt, hat einen grauen herunterhängenden starken Schnurrbart und rasiertes Kinn. Das Gesicht ist breit, eingefallen und blass, ein Backenknochen hervorstehend, so dass das Gesicht schief erscheint. Die Nase ist eingedrückt, die Beine sind etwas nach aussen gebogen (sogenannte O-Beine). Die Haltung ist stark nach vorn geneigt, eine Schulter steht nach hinten heraus [...]» Es war, wie ein Journalist kommentierte, die Uniform und nicht die wettergegerbte Erscheinung, die den Coup gelingen liess. So gesehen wirft Voigts Geschichte ein Licht auf ein soziales Umfeld, das von kriecherischem Respekt vor militärischer Autorität geprägt war. Diese Botschaft blieb den Zeitgenossen keineswegs verborgen: Französische Journalisten sahen darin einen weiteren Beweis für den blinden und mechanischen Gehorsam, für den die Preussen berühmt waren; die *Times* kommentierte selbstgefällig, so eine Geschichte könne sich auch nur in Deutschland ereignen.[88] Nach dieser Lesart war die Geschichte des Hauptmanns eine dezidierte Entlarvung des preussischen Militarismus.

Die eigentliche Faszination der Episode liegt jedoch in ihrer Ambivalenz. Voigts Abenteuer begann mit Gehorsam, aber es endete mit Gelächter.[89] Kaum war er mit dem Bargeld abgezogen, da war sein Verbrechen bereits ein Medienereignis. Die Zeitungen in und um Berlin beschrieben es als «unerhörtes Gaunerstückchen», «eine Räubergeschichte, so abenteuerlich-romantisch, wie wir sie sonst aus romanhaften Erzählungen kennen» und räumten ein, dass es unmöglich war, ohne ein Schmunzeln daran zu denken; Voigt wurde als «frech», «verwegen», «raffiniert» und «genial» bezeichnet. Die sozialdemokratische Zeitung *Vorwärts!* meldete, dass die «Heldentat» Stadtgespräch sei; in Restau-

rants, in der Strassenbahn und in Zügen wurde die «heroische Tat» diskutiert, «und [...] keineswegs in dem Sinne, dass man sich etwa entrüstet über die Beraubung der Köpenicker Stadtkasse, sondern im spöttischen, sarkastischen Tone; eine gewisse Schadenfreude klingt überall durch über den Köpenicker Geniestreich. Es ist auch gar nicht möglich, angesichts diese Vorfalls ernst zu bleiben»[90]. Geschäftstüchtige Unternehmer druckten serienweise «Sympathiepostkarten» mit Bildern von Voigt als Schuster und als Hauptmann. Den Käufern wurde mitgeteilt, dass ein Teil des Erlöses aus dem Verkauf einer lokalen Gesellschaft für die Fürsorge von Häftlingen oder sogar Voigt selbst zukommen würde.[91] Genau dieses komödiantische, subversive Element der Geschichte nutzte Voigt in seinen Memoiren und Theaterauftritten geschickt aus. Als Medienereignis war die Tat des Hauptmanns fast schon eine Katastrophe für das preussische Militär. Sie war, wie der sozialdemokratische Journalist und Historiker Franz Mehring schrieb, «ein zweites Jena»[92].

Die Wurzeln der Komik sind leicht zu finden. Der preussische «Militarismus» war schon längere Zeit die Zielscheibe des Spotts. Aber was bedeutete dieser Begriff eigentlich genau? Das Wort kam während des Ringens um die Verfassung Anfang der 1860er Jahre vonseiten der Liberalen in ihrem Kampf gegen den Absolutismus in Umlauf und verlor nie diese Konnotation. In den süddeutschen Staaten wurde der Begriff «Militarismus» Ende der sechziger Jahre häufig gebraucht, fast immer mit einem Seitenhieb gegen Preussen.[93] «Militarismus» bezeichnete ebenso das preussische System der allgemeinen Wehrpflicht (im Gegensatz zu der Regelung, die im Süden noch in Kraft war und wo reiche Untertanen die Befreiung vom Dienst erkaufen konnten) wie auch die Zahlung von Abgaben für den Erhalt der nationalen Armee oder allgemeiner die Sicherung der preussischen Hegemonie über die süddeutschen Staaten. Für Linksliberale konnte Militarismus hohe Steuern und möglicherweise unkontrollierte Staatsausgaben bedeuten. Für einige Nationalliberale beinhaltete das Gegenstück Antimilitarismus eine romantische Verklärung der Landwehren – eine treibende Kraft für die Reformen der napoleonischen Zeit. Für die marxistischen Analytiker der sozialdemokratischen Bewegung entsprach Militarismus dem Ausdruck von Gewalt und Repression, der latent im Kapitalismus enthalten war. Gerade weil der Begriff eine Vielzahl von Vorurteilen in wechselnder Kombination kanalisierte, wurde er zu einem der wichtigsten «semantischen Sammlungspunkte» in der modernen deutschen politischen Kul-

tur.[94] In welchem Sinn er auch gebraucht wurde, er lenkte die Aufmerksamkeit auf die strukturellen Verbindungen zwischen dem Militär und dem breiteren sozialen und politischen System, in das es eingebettet war.

Die Armee war nach 1871 zweifellos eine der zentralen Institutionen des preussischen Lebens. Ihre Gegenwart im alltäglichen Leben war in einem Ausmass zu spüren, das heutzutage unvorstellbar wäre. Aus den Einigungskriegen ging die Armee, deren öffentliches Ansehen im 19. Jahrhundert phasenweise sehr schlecht gewesen war, mit einem Glorienschein hervor. Ihr Anteil an der Gründung des neuen Deutschlands wurde während der Kaiserzeit mit den Feierlichkeiten zum Sedanstag gewürdigt, der an den Sieg über Frankreich erinnerte. Das neue Prestige der militärischen Führung äusserte sich auch in beeindruckenden Gebäuden, die in Garnisonsstädten errichtet wurden, um die Truppen und Regimentsverwaltungen unterzubringen. Die militärischen Präsentationen in Form von Paraden, Marschkapellen und Manövern wurden penibel einstudiert. Militärangehörige bekamen bei fast allen öffentlichen Anlässen Ehrenplätze.[95] Und militärische Bilder und Symbole drangen sogar in die Privatsphäre ein: Die Aufnahme in Uniform war begehrt, vor allem für Rekruten aus armen, ländlichen Familien, wo Fotografien immer noch eine kostbare Seltenheit waren; die Uniform wurde, selbst an freien Tagen, voller Stolz getragen; militärische Insignien und Medaillen wurden als Andenken an verstorbene Angehörige aufbewahrt. Der Dienst als preussischer Reserveoffizier – um 1914 gab es rund 120.000 – war in der bürgerlichen Gesellschaft ein begehrtes Statussymbol (daher auch die Bemühungen ehemaliger jüdischer Freiwilliger, in das Korps aufgenommen zu werden). Schulkinder in Garnisonsstädten sangen Kriegslieder und marschierten auf den Spielplätzen. Ehemalige Militärangehörige traten in Scharen in die rasch wachsenden Veteranenverbände und Militärvereine ein; bis 1913 zählte der Kyffhäuserbund, die zentrale Organisation der Veteranenverbände in Deutschland, gut 2,9 Millionen Mitglieder.[96]

Mit anderen Worten, das Militär drang nach 1871 immer tiefer in das Alltagsleben ein. Was diese Tatsache konkret zu bedeuten hat, ist allerdings keineswegs so offensichtlich. Nach Ansicht einiger Historiker vertiefte die Militarisierung der preussisch-kaiserlichen Gesellschaft die Kluft zwischen Deutschland und den westeuropäischen Staaten, unterdrückte die kritischen und liberalen Energien der Zivilgesellschaft, bewahrte eine hierarchisch geordnete Gesellschaft und trichterte Millionen Deutschen politische Ansichten ein, die re-

aktionär, chauvinistisch und ultranationalistisch zu nennen waren.[97] Aber war die preussische Erfahrung wirklich so einzigartig? Nicht nur in Preussen zog die militärische Kultur in den letzten vier Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg immer weitere Kreise. Auch in Frankreich strömten Veteranen und Militärangehörige in Scharen zu militärischen Klubs und Vereinigungen – die Mitgliedszahlen waren durchaus vergleichbar mit denen in Preussen-Deutschland. Bei einem Vergleich der Militarisierung nationaler Gedenkfeiern in Frankreich und Deutschland nach 1871 treten enge Parallelen zu Tage.[98]

Selbst in Grossbritannien, einer Seemacht, die sich pathetisch der zivilen Qualität ihrer politischen Kultur rühmte, lockte die ultrarechte National Service League gut 100.000 Mitglieder an, darunter 177 Abgeordnete aus dem Unterhaus. Die Propaganda der League kombinierte eine paranoide Sichtweise in Fragen der nationalen Sicherheit mit rassistischen Vorurteilen von der Überlegenheit der britischen Rasse.[99] In Grossbritannien wurde das Reichszeremoniell, wie in Deutschland, in der spätviktorianischen Ära immer ausgefeilter. Der «zivile Charakter» und Antimilitarismus der britischen Gesellschaft waren womöglich eher eine Frage der Selbstwahrnehmung als eine getreue Wiedergabe der Realität.[100] Darüber hinaus darf man nicht ausser Acht lassen, dass die deutsche Friedensbewegung damals einen so starken Zulauf hatte wie in keinem anderen Land. Am Sonntag, dem 20. August 1911, versammelten sich 100.000 Menschen zu einer Friedenskundgebung in Berlin, um gegen die riskante Politik der Grossmächte während der Marokkokrise zu demonstrieren. Im Spätsommer kam es zu einer Welle ähnlicher Kundgebungen in Halle, Elberfeld, Barmen, Jena, Essen und anderen deutschen Städten. Den Höhepunkt bildete eine Mammutveranstaltung in Berlin am 3. September, als sich 250.000 Menschen im Treptower Park drängten. In den Jahren 1912/13 ebbte die Bewegung ein wenig ab, doch Ende Juli 1914, als der Krieg eindeutig bevorstand, wurden wiederum grosse Friedenskundgebungen in Düsseldorf und Berlin veranstaltet. Die deutsche Öffentlichkeit reagierte keineswegs, wie für gewöhnlich behauptet wird, mit einhelliger Begeisterung auf den Krieg. Im Gegenteil: In den ersten Augusttagen 1914 war die Stimmung gedrückt, ambivalent und an manchen Orten ängstlich.[101]

«Militarismus» war überdies ein diffuses und intern gespaltenes Phänomen. Man muss klar unterscheiden zwischen den im Wesentlichen aristokratischen und konservativen Moralvorstellungen des preussischen Offizierskorps und den

sehr unterschiedlichen Identitäten und Bindungen, die mit dem «Militarismus der kleinen Leute» verknüpft waren. Der legendäre Standesdünkel der preussischen Offizierskaste und ihre Geringschätzung für zivile Wertvorstellungen und Normen waren ein Extrakt des alten Geistes der Exklusivität des ostelbischen Adelsstandes, vermischt mit der Abwehrhaltung und Paranoia einer sozialen Gruppe, die auf ihre traditionelle Vorherrschaft nicht verzichten wollte. Im Gegensatz dazu waren die Moralvorstellungen vieler Veteranenvereine plebejisch und egalitär. Eine Studie hat ergeben, dass die Soldaten aus den annektierten preussischen Provinzen Hessen-Nassaus, die im Zeitraum 1871 bis 1914 in Militärvereine eintraten, zum grossen Teil Landarbeiter ohne eigenen Boden, Handwerker und arme Kleinbauern waren. Sie traten nicht aus Begeisterung ins Militär ein, sondern weil die Mitgliedschaft ihnen eine Möglichkeit bot, den eigenen Status und die Ansprüche gegenüber den unabhängigen Grossbauern aufzuwerten. Die Mitgliedschaft im Veteranenverein war somit ein «Vehikel der Teilnahme». «Von unten» betrachtet, war das Entscheidende am Militär nicht die Ehrerbietung *zwischen* den Rängen, sondern die Gleichheit unter den Männern, die gemeinsam Dienst taten.[102]

Mehr als das preussische Heer machte sich die deutsche Marine die allgemeine Begeisterung für die nationale Erweiterung zunutze. Mit der Förderung eines massiven Schiffsbauprogramms seit Ende der neunziger Jahre wollte sich Kaiser Wilhelm II. als wahrhaft nationaler und deutscher Kaiser etablieren. Das deutsche Marineprogramm stiess rasch auf breite Unterstützung. Im Jahr 1914 zählte der Deutsche Flottenverein mehr als eine Million Mitglieder, überwiegend aus der mittleren und unteren Mittelschicht. Die Kriegsmarine wurde als die wahre nationale Streitkraft wahrgenommen, frei von partikularistischen Bindungen, in der in erster Linie das Verdienst den Ausschlag für Beförderungen gab. Die unzähligen technologischen Innovationen, die um die Jahrhundertwende den Schiffsbau revolutionierten, zogen ebenfalls das Interesse auf sich; Schiffe waren schon deshalb aufregend, weil sie das Beste waren, was deutsche Ingenieurskunst und die Industrie zu bieten hatten. Und schliesslich verbanden viele mit der Flotte das Versprechen einer imperialistischen deutschen Politik unter dem Banner der Weltpolitik.

Das Heer hingegen wurde mit der partikularistischen Machtstruktur Preussens assoziiert. Die radikalste militaristische Organisation der Vorkriegsjahre, der Wehrverein, der im Sommer 1914 rund 100.000 Mitglieder hatte, kritisierte

in Wirklichkeit sogar scharf den «konservativen» Militarismus der preussischen Elite. In seinen Augen war sie reaktionär, lethargisch, engstirnig und gehemmt durch unsinnige Klassenunterschiede. In gewisser Weise hatten die Mitglieder des Wehrvereins recht: Bis 1913 wehrten sich Teile des preussischen Militärkommandos gegen eine Vergrösserung der Armee mit der Begründung, dass es den aristokratischen Korpsgeist der Offizierskaste verwässern würde, wenn Kandidaten aus der Mittelschicht in die höchsten Ränge strömten.[103]

Armee und Staat

Das Versäumnis, die Entscheidungsvollmacht in zivilen und militärischen Angelegenheiten in einer Hand zu vereinen, war ein massgeblicher Fehler der preussischen Verfassung von 1848/1850. Im Zuge der Revolutionen von 1848 entstand ein verfassungsmässiger Rahmen für die preussische Politik, allerdings wurde die preussische Monarchie nicht entmilitarisiert. Diesen Fehler erbte das neue Deutsche Reich vom alten preussischen Staat. Die Frage, wer die Militärausgaben kontrollierte, blieb ungeklärt. Die Verfassung von 1871 postulierte zum einen (Art. 63), dass der Kaiser «den Präsenzstand, die Gliederung und Eintheilung der Kontingente des Reichsheers» bestimmte, und zum anderen (Art. 60), dass «die Friedens-Präsenzstärke des Heeres im Wege der Reichsgesetzgebung», also über den Reichstag, festgestellt werde.[104] Wegen der Unklarheit in diesem Punkt kam es wiederholt zu Konflikten zwischen der Exekutive und der Legislative. Von den vier Auflösungen des Reichstags, die im Kaiserreich erfolgten (1878, 1887, 1893, 1907), waren drei auf Auseinandersetzungen um die Militärausgaben zurückzuführen.[105]

Die preussische Armee blieb eine Prätorianergarde unter dem persönlichen Befehl des Königs, weitgehend abgeschirmt gegen eine Überwachung durch das Parlament. Die Exekutivorgane des deutschen Militärs blieben ihrerseits eingebettet in die souveränen Institutionen des alten preussischen Staates. Beispielsweise gab es keinen eigenen Reichskriegsminister, sondern nur einen preussischen, der zugleich für die militärischen Angelegenheiten des Reiches zuständig war. Der preussische Kriegsminister wurde vom Kaiser (in seiner Funktion als preussischer König) ernannt und legte einen Eid auf die preussische Verfassung ab, nicht auf die Reichsverfassung. Er war in den meisten Angelegenheiten

direkt dem Kaiser unterstellt, musste sich aber in Haushaltsfragen vor dem Reichstag rechtfertigen. Vor diesem Organ erschien er jedoch nicht als preussischer Kriegsminister (denn dieser Posten hatte formell keinen Bezug zu der Reichsgesetzgebung), sondern als preussischer Bevollmächtigter im Bundesrat.

Was die Organe betraf, welche die Armee in Friedenszeiten und im Krieg leiteten, so waren sie völlig unabhängig von den Strukturen der zivilen Regierungsgewalt. Das Militärkabinett, das für Personalfragen (Ernennungen und Beförderungen) zuständige Gremium, trennte sich formal 1883 vom preussischen Kriegsministerium, genau wie der Generalstab, dem im Kriegsfall die Gesamtaufsicht über die Operationen des Landheeres übertragen wurde.[106] Beide unterstanden künftig dem Monarchen persönlich. Statt weisungsbefugte Organe der zentralen Militärverwaltung zu schaffen, zersplitterte Wilhelm II. die Befehlsstruktur noch stärker, indem er nur wenige Wochen nach der Thronbesteigung eine neue Militärbehörde mit dem hochtrabenden Titel «Hauptquartier Seiner Majestät des Kaisers und Königs» gründete.[107] Ferner erhöhte er die Zahl der Kommandoposten in Heer und Marine, die dem Kaiser direkt unterstellt waren.[108] Das Ganze war Teil einer bewussten Strategie, ein Umfeld zu schaffen, das die monarchische Befehlsausübung nicht behindern würde.[109] Das preussisch-deutsche Militärsystem blieb somit ein Fremdkörper in der deutschen Verfassung. Es war auf institutioneller Ebene von den Organen der zivilen Regierung abgeriegelt und letztlich nur dem Kaiser selbst unterstellt, der seit der Jahrhundertwende gemeinhin als «Oberster Kriegsherr» tituliert wurde.[110] Die Folge war eine anhaltende Ungewissheit, wo die Trennlinie zwischen ziviler und militärischer Befehlsgewalt verlief. Dies war Preussens verhängnisvollstes Vermächtnis für das neue Deutschland.

Vor 1914 traten die potenziellen Gefahren dieser fehlenden Klarheit bezüglich der zivilen und militärischen Befehlsgewalt nirgendwo deutlicher zutage als während des Krieges von 1904 bis 1907 in Deutsch-Südwestafrika (dem heutigen Namibia), wo im Januar 1904 ein Aufstand ausbrach. Mitte des Monats umzingelte eine Gruppe bewaffneter Herero Okahandja, einen Ort im mittleren Westen der Kolonie, plünderte Farmen und Polizeistationen, tötete mehrere Siedler und kappte die Telegrafen- und Eisenbahnverbindungen zur Hauptstadt Windhuk. Die Bewahrung der Ordnung in der Kolonie war Aufgabe des Gouverneurs Theodor Gotthilf Leutwein, geboren 1849 in Strümpfeibrunn im Grossherzogtum Baden. Er tat seit 1893 in der Kolonie Dienst, seit 1895 als

Kommandeur der Schutztruppe und seit 1898 als ihr erster Gouverneur. Da er sich ausserstande sah, den Aufstand mit den Militärkräften vor Ort einzudämmen (er hatte nicht einmal 800 Soldaten zur Verfügung, und das in einer Kolonie, die eineinhalbmal so gross war wie das Deutsche Reich), forderte Leutwein Verstärkung aus Berlin an sowie einen erfahrenen Befehlshaber, der die militärischen Operationen leiten sollte.[111] Der Kaiser entsandte Generalleutnant Lothar von Trotha, den Spross einer preussischen Militärfamilie aus Magdeburg, der bereits mehrere Posten in Übersee übernommen hatte.

Beide Männer waren zwar Karriereoffiziere, doch sie waren in völlig unterschiedliche Strukturen eingebunden. Als Gouverneur war Leutwein die oberste zivile Instanz und unterstand der Kolonialabteilung des preussischen Auswärtigen Amtes, das seinerseits dem Reichskanzler und preussischen Ministerpräsidenten Bernhard von Bülow unterstellt war. Trotha hingegen betrat die Kolonie in einer rein militärischen Funktion: Er war nur dem Generalstab verantwortlich, der unmittelbar dem Kaiser unterstand. Mit anderen Worten, Leutwein und Trotha gehörten zwei voneinander unabhängigen Befehlsketten an. Die beiden Männer personifizierten gewissermassen die zivil-militärische Trennlinie, die sich durch die ganze preussische Verfassung zog.

Der Gouverneur und der General gerieten sich schon bald wegen der Frage in die Haare, wie der Aufstand bekämpft werden solle. Leutwein hatte immer die Absicht gehabt, die Herero lediglich so sehr militärisch zu bedrängen, dass eine Kapitulation unter ausgehandelten Bedingungen noch möglich war. Seine Bemühungen, und die seiner Untergebenen, konzentrierten sich darauf, den Aufstand zu schwächen, indem die radikalsten Gruppierungen isoliert und mit anderen Herero-Gruppen separate Regelungen ausgehandelt wurden. General Trotha verfolgte jedoch einen anderen Ansatz. Nach dem gescheiterten Versuch, eine grosse Streitmacht Herero-Krieger in einer offenen Feldschlacht am 11./12. August 1904 am Waterberg einzukesseln und zu vernichten, verlegte er sich auf eine Strategie des Völkermords. Am 2. Oktober liess der General eine amtliche «Proklamation» in der ganzen Kolonie aushängen und den Soldaten unter deutschem Kommando verlesen. Der im bombastischen Wildwestdeutsch eines Karl-May-Romans verfasste Text schloss mit einer unmissverständlichen Drohung:

«Das Volk der Herero muss [...] das Land verlassen. Wenn das Volk dies nicht tut, so werde ich es mit dem ‚groot Rohr' [Artillerie] dazu zwingen. Inner-

halb der deutschen Grenzen wird jeder Herero mit oder ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh, erschossen. Ich nehme keine Weiber und Kinder mehr auf, treibe sie zu ihrem Volk zurück oder lasse auf sie schiessen. Das sind meine Worte an das Volk der Herero. [Unterschrieben:] Der grosse General des mächtigen deutschen Kaisers.»[112]

Das war nicht etwa nur psychologische Kriegsführung. In einem Brief, den er zwei Tage danach an seine Vorgesetzten im preussischen Generalstab schickte, erklärte Trotha seine Handlungsweise.

«Ich glaube, dass die Nation als solche vernichtet werden muss, oder, wenn dies durch taktische Schläge nicht möglich war, operativ und durch die weitere Detail-Behandlung aus dem Land gewiesen wird.»

Da ein militärischer Sieg unmöglich schien, schlug Trotha stattdessen vor, sämtliche gefangenen genommenen Männer hinzurichten und die Frauen und Kinder in die Wüstenzonen der Kolonie zu treiben, wo sie so gut wie sicher elend umkommen mussten. Es habe keinen Sinn, argumentierte er, für Frauen und Kinder der Herero Ausnahmen zu machen, weil diese nur die deutschen Soldaten mit ihren Krankheiten infizieren und den Engpass bei der Wasser- und Lebensmittelversorgung verschärfen würden. Dieser Aufstand, so Trotha, «ist und bleibt der Anfang eines Rassenkampfes»[113].

In einem Brief an die Kolonialabteilung des preussischen Auswärtigen Amtes – also an die zivile Kolonialbehörde in Berlin –, schilderte Gouverneur Leutwein Ende Oktober seine völlig andere Beurteilung der Lage. In seinen Augen hatte Trotha den Konflikt in der Kolonie verschärft, indem er die Bemühungen Leutweins untergrub, auf dem Verhandlungsweg ein Ende der Kämpfe zu erreichen. Wenn diese Initiativen konsequent fortgesetzt worden wären, so Leutwein, wäre der Aufstand womöglich bereits eingedämmt. Im Zentrum der Krise steckte das Problem der Trennlinie. Indem Trotha zu einer erklärten Politik des willkürlichen Mordes und der Vertreibung überging, hatte er laut Leutwein seine Kompetenzen als militärischer Befehlshaber überschritten, «[...] da ich der Ansicht bin, dass [...] in die Rechte des Gouverneurs eingegriffen worden ist. Denn ob ein Volk vernichtet, oder über die Grenze gejagt werden soll, ist nicht bloss eine militärische, sondern auch eine politisch-wirtschaftliche Frage.»[114]

In einem wütenden Telegramm vom 23. Oktober 1904 bat Leutwein festzustellen, «wie viel politische Macht und Verantwortlichkeit dem Gouverneur noch zusteht»[115].

Der Kanzler und preussische Ministerpräsident Bernhard von Bülow teilte Leutweins Bedenken wegen Trothas Extremismus. Die «vollständige und planmässige Ausrottung der Herero», teilte Bülow dem Kaiser mit, widerspreche «allen Prinzipien des Christentums und der Menschlichkeit», habe verheerende wirtschaftliche Folgen und schade dem internationalen Ansehen Deutschlands. Aber obwohl Bülow das höchste politische Amt in Preussen und im Reich bekleidete, hatte er keine Befehlsgewalt über General Trotha oder seine Vorgesetzten im preussischen Generalstab. Somit hatte er auch keine Möglichkeit, die Krise in der Kolonie durch direktes Eingreifen zu schlichten. Erst in der Person des Kaisers liefen die zivilen und militärischen Befehlsketten zusammen. Um sein Ziel zu erreichen, musste Bülow folglich den Kaiser dazu bringen, Trothas Schiessbefehl vom 2. Oktober zu widerrufen. Nach einem Tauziehen mit dem Generalstab über technische Details schaffte er dies endlich, und am 8. Dezember 1904 wurde ein neuer kaiserlicher Befehl an die Kolonie telegrafiert. Für die Herero kam er allerdings zu spät. Als der Befehl, die Erschiessungen und Zwangsumsiedlungen zu stoppen, einging, war ein grosser Teil der Ureinwohner bereits umgekommen, die meisten in den Wüstengebieten der Omaheke am Ostrand der Kolonie.[116]

Die verfassungsmässige Kluft zwischen zivilen und (preussischen) militärischen Befehlsstrukturen blieb während des ganzen Kaiserreiches bestehen. Dadurch spitzte sich die Lage etwa in Elsass-Lothringen zu, wo zivile Verwaltungsbeamte und Korpskommandeure wiederholt aneinander gerieten. Am bekanntesten ist wohl die Zabern-Affäre im Oktober 1913: Beleidigende Bemerkungen eines jungen Offiziers provozierten damals eine Kette kleinerer Handgemenge mit der einheimischen Bevölkerung. Das Ganze endete mit der illegalen Verhaftung von rund 20 Bürgern. Das Militär hatte eindeutig seine Kompetenzen überschritten, und die zivilen Behörden protestierten lautstark. Der Kaiser stellte sich jedoch auf den Standpunkt, dass das Prestige «seiner» Armee auf dem Spiel stehe, und unterstützte offen die Soldaten gegen die Zivilisten. Der Fall schlug landesweit Wellen. Nur mit viel Fingerspitzengefühl gelang es dem Kanzler, den Kaiser zu disziplinarischen Massnahmen gegen die militärischen Haupttäter zu überreden.[117]

Hatte der Krieg, der im August 1914 ausbrach, eine spezifisch preussische Dimension? Ein Zweifrontenkrieg, eine «Einkreisung» von einer Koalition europäischer Mächte – dies war traditionell der Albtraum der Preussen, nicht der

Sachsen, Badener oder Bayern. Von allen deutschen Staaten im 19. Jahrhundert musste sich nur Preussen den Gefahren stellen, die exponierte Grenzen zu den Gebieten der Grossmächte in Ost und West mit sich brachten. So gesehen war der Schlieffenplan mit seinen sorgfältig ausgewogenen Speerspitzen im Westen und Osten eine typisch preussische Strategie. Vielen Zeitgenossen erschien es überdies naheliegend, dass die Mobilisierung von 1914 in die Reihe früherer schicksalhafter Begegnungen Preussens gehörte: 1870,1813,1756. In der öffentlichen Diskussion, die die Meldung vom Krieg 1914 begrüsste, wurde immer wieder auf diese historischen Vorbilder Bezug genommen. Mit dieser heraufbeschworenen Kontinuität wurde natürlich die Tatsache verheimlicht, dass die Konstellation von 1914 aus den grundlegenden Veränderungen heraus entstanden war, welche die deutsche Vereinigung mit sich gebracht hatte. Es handelte sich um einen Krieg des Deutschen Reiches, nicht des preussischen Staates. Wenn Zeitgenossen das «Andenken» an frühere preussische Kriege heraufbeschworen, so projizierten sie in Wirklichkeit die nationalistische Stimmung von 1914 auf die preussische Vergangenheit: 1813 war (allerdings zu Unrecht) als nationaler deutscher Aufstand gegen die Franzosen in Erinnerung; der Präventivschlag Friedrichs des Grossen von 1756 wurde zu einer «deutschen, ja sogar alldeutschen» Heldentat verklärt.[118]

Diese Verschmelzung der preussischen mit der deutschen Vergangenheit war keineswegs neu – im Laufe des Jahrhunderts seit den Napoleonischen Kriegen waren nach und nach die angesehensten Symbole Preussens nationalisiert worden: vom Eisernen Kreuz bis hin zu Friedrich dem Grossen und Königin Luise. So gesehen war die Geschichte von Brandenburg-Preussen nur eine Episode einer grösseren, deutschen Geschichte, deren erste Kapitel an die uralten Verse des *Nibelungenliedes* und die Eichen im Teutoburger Wald gemahnten, wo Hermann der Cherusker einst die Armeen Roms geschlagen hatte. Bezeichnenderweise wurde der erste deutsche Sieg im Osten, die Umzingelung und Vernichtung der russischen 2. Armee am 26.-30. August 1914, nicht nach den ominösen ostpreussischen Örtlichkeiten – Grünfliess, Omulelofen, Kurken – benannt, wo er wirklich stattfand, sondern nach Tannenberg, gut 30 Kilometer westlich davon. Der Name wurde bewusst gewählt, damit die Schlacht als die deutsche Antwort auf die Niederlage erschien, welche die polnisch-litauischen Armeen den Rittern des Deutschen Ordens bei der «ersten» Schlacht von Tan-

nenberg 1410 beigebracht hatten. Dieses Ereignis lag lange vor der Existenz eines preussischen Königreiches und rief die Ära der mittelalterlichen Ostkolonisation in Erinnerung.

Das Kriegserlebnis festigte keineswegs eine eigene preussische Staatsidentität, sondern hatte insofern eine zersetzende Wirkung, als der Primat des deutschen, nationalen Kampfes hervorgehoben wurde. Gleichzeitig spitzten sich preussenfeindliche Stimmungen in den unlängst erworbenen Provinzen zu. Die Säulen der Reichsexekutive wurden durch den Krieg gestärkt, es entstanden neue und einflussreiche überregionale Behörden, und die wirtschaftliche Integration wurde beschleunigt. Auch das Solidaritätsgefühl der Nation wurde gesteigert: Zum Beispiel lösten die Schäden und Vertreibungen in Ostpreussen während einer vorübergehenden Besetzung durch die Russen eine gigantische Welle an Hilfslieferungen aus dem ganzen Reich aus. Die Einquartierung, der Wehrdienst und die Zunahme national organisierter Formen der sozialen Fürsorge trugen allesamt dazu bei, die Identifikation mit der imaginären Gemeinschaft aller Deutschen zu vertiefen. Selbst in Masuren, wo traditionell eine starke Bindung zum Staat der Hohenzollern geherrscht hatte, fielen «die letzten Reste des vornationalen preussischen Bewusstseins [...] dem gesamtdeutschen Patriotismus zum Opfer»[119].

Andererseits schürte der Krieg aber auch regionale Ressentiments, selbst unter den Soldaten. Bei der Überwachung der Briefe von Frontsoldaten stellte sich heraus, dass eine Verunglimpfung der «Preussen» unter rheinischen, hannoverschen, hessischen und schlesischen Truppeneinheiten weit verbreitet war. In noch grösserem Ausmass galt dies für bayerische Soldaten – ihre Verzweiflung über die Dauer und den Verlauf des Krieges äusserte sich in wiederholten Wutausbrüchen gegen die Preussen, deren Arroganz und «Grössenwahn» angeblich den Krieg verlängerten. Ein bayerischer Polizeispitzel fasste die Haltung der bayerischen Soldaten auf Fronturlaub wie folgt zusammen: «Nach dem Krieg werden wir halt Französisch werden, lieber aber schon noch als preussisch, das haben wir jetzt satt...» Andere Berichte aus dem Jahr 1917 warnten vor einem verstärkten «Preussenhass» unter der Zivilbevölkerung im Süden.[120]

Das wichtigste preussische Vermächtnis für das Kriegsdeutschland hatte mit der Verfassung zu tun. Das Problem der deutschen Militärordnung wurde nach Kriegsausbruch noch akuter. Mit der Mobilmachung trat im ganzen Reich das preussische Gesetz über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 in Kraft. Nach diesem antiquierten Statut wurden die 24 Bezirke der Armeekorps der

Befehlsgewalt ihres jeweiligen befehlshabenden Generals unterstellt, der mit fast schon diktatorischen Vollmachten ausgestattet war. Die parallel verlaufenden zivilen und militärischen Befehlsketten, die in Elsass-Lothringen vor 1914 für Zwietracht gesorgt und in Südwestafrika so grosses Unheil angerichtet hatten, wurden nunmehr auf das ganze Kaiserreich ausgedehnt. Die Folgen waren Ineffizienz, Verschwendung und Unordnung, als die «etwa zwanzig Schattenregierungen» sich mit den zivilen Verwaltungen in ganz Deutschland stritten (mit Ausnahme Bayerns, wo die Bezirkskommandos der Gewalt des bayerischen Kriegsministeriums unterstanden).[121]

Auch an der Spitze des deutschen Staates nutzte die Militärführung die preussischen Mängel im System aus, um die Vollmachten der zivilen Verwaltung zu usurpieren. Federführend waren zwei archetypische Produkte des preussischen Militärestablishments: Paul von Beneckendorff und von Hindenburg (geboren 1847) stammte aus einer Junkerfamilie in der Provinz Posen und hatte die Kadettenschulen in Wahlstatt und Berlin besucht. Erich Ludendorff (geboren 1865) war der Sohn eines Gutsbesitzers aus derselben Provinz, der im königlich-preussischen Cadetten-Haus in Plön, Holstein, und an der Kadettenschule in Gross-Lichterfelde bei Berlin ausgebildet worden war. Ludendorff war ein sprunghafter, nervöser Workaholic, der zu drastischen Stimmungsumschwüngen neigte. Hindenburg hingegen war eine charismatische Gestalt mit aufragendem Schnurrbart und einem fast rechteckigen Kopf. Er strahlte jederzeit Ruhe und Zuversicht aus. Ludendorff war der geschicktere Taktiker und Stratege, aber Hindenburg war der talentiertere Vermittler. Die beiden bildeten im Krieg ein ausserordentlich effizientes Team.[122] Hindenburg hatte sich bereits 1911 im Alter von 64 Jahren zur Ruhe gesetzt, wurde jedoch zurückgerufen, als der Krieg ausbrach. Er wurde nach Ostpreussen geschickt und befehligte die deutsche 8. Armee gegen die Russen. Nach einer kurzen Dienstzeit in Belgien wurde Ludendorff ebenfalls nach Ostpreussen geschickt, um Hindenburg als Stabschef zu unterstützen. Nach zwei grossen Siegen über die russische 2. und 1. Armee in den Schlachten von Tannenberg und an den Masurischen Seen (26.-30. August und 6.-15. September) wurde Hindenburg zum Oberbefehlshaber über die deutschen Truppen an der Ostfront befördert.

Bereits im Winter 1914 klaffte ein Riss in der deutschen Heeresleitung. Erich von Falkenhayn, der Generalstabschef und Günstling des Kaisers, betonte, der Schlüssel zum Erfolg liege an der Westfront, und wollte deshalb den grössten

Teil der deutschen Ressourcen dort einsetzen. Im Gegensatz dazu waren Hindenburg und Ludendorff, angespornt von ihren grossen Siegen über die Russen, überzeugt, der Schlüssel zu einem deutschen Sieg liege in der völligen Vernichtung der russischen Truppen im Osten. Am 11. Januar 1915 drohte Hindenburg mit seinem Rücktritt, falls Falkenhayn nicht entlassen werde – ein beispielloser Schritt in der Geschichte der preussischen Armee. Der Rücktritt wurde abgelehnt und Falkenhayn blieb auf seinem Posten, aber die beiden Befehlshaber im Osten untergruben allmählich seine Autorität, indem sie Wilhelm II. drängten, eine Umstrukturierung des östlichen Kommandos zu genehmigen, wodurch die Stellung des Generalstabschefs erheblich eingeschränkt wurde. Im Sommer 1916 beugte sich Wilhelm II. schliesslich dem Unvermeidlichen, entliess Falkenhayn und ernannte Hindenburg zum Generalstabschef und Ludendorff zum ersten Generalquartiermeister.

Dieser Wechsel in der Militärführung hatte auch eine populistische Dimension. Um den untersetzten General entwickelte sich ein regelrechter Kult; sein Antlitz mit dem unverwechselbar kantigen Kopf, wurde endlos vervielfältigt und prangte an unzähligen öffentlichen Plätzen. «Hindenburg-Statuen» – auf Stadtplätzen errichtete hölzerne Kolosse, beschlagen mit Nägeln, die mit Spenden für das Rote Kreuz gekauft worden waren – wurden in ganz Deutschland aufgestellt. Hindenburg schien die Sehnsucht zu erfüllen, die manche Kreise während des Krieges verspürten: die Sehnsucht nach einem Führer, dessen Autorität und Macht über Freund und Feind gleichermassen absolut und unverwässert gelten sollte. Wie ein prominenter Industrieller es ausdrückte: «Es muss der starke Mann kommen, der allein uns vor dem Abgrunde [...] bewahren könnte.»[123] Dass sich weder Wilhelm II. noch Kanzler Bethmann Hollweg für diese Rolle eigneten, verstand sich von selbst.

Nachdem Hindenburg und Ludendorff durch Erpressung und Insubordination auf die höchsten militärischen Posten des Reiches gelangt waren, untergruben sie anschliessend die Autorität der zivilen Führung. Sie zwangen den Kaiser, einen Minister oder Berater nach dem anderen zu entlassen. Anfang Juli 1917 erfuhren die beiden, dass der Kanzler eine Wahlrechtsreform für Preussen plane. Prompt reisten sie mit dem Zug nach Berlin und verlangten Bethmann Hollwegs Entlassung. Anfangs blieb der Kaiser standhaft: Bethmann blieb im Amt, und die Wahlrechtsreform wurden am 11. Juli angekündigt. Am folgenden Tag erklärten Hindenburg und Ludendorff telefonisch ihren Rücktritt und be-

standen darauf, dass sie nicht länger mit dem Kanzler Zusammenarbeiten könnten. Um dem Kaiser weitere Peinlichkeiten zu ersparen, trat Bethmann Hollweg zwei Tage später selbst zurück. Sein Abschied aus der Politik markierte einen grundlegenden Bruch in der politischen Geschichte des Reiches. Künftig war der Kaiser weitgehend der Gnade der «siamesischen Zwillinge» ausgeliefert. Die Heeresleitung mischte sich in das zivile Leben ein, führte neue Arbeitsbestimmungen ein und mobilisierte die Wirtschaft für den totalen Krieg. Deutschland stand bis zum letzten Kriegstag de facto unter einer Militärdiktatur.

Ein König geht, der Staat bleibt

Die letzten Tage der preussischen Monarchie wurden eher von falschem Pathos begleitet als von tragischen Elementen. Sein Umfeld hatte Wilhelm II. von den schlimmsten Nachrichten über den Zusammenbruch der deutschen Offensive von 1918 abgeschirmt. Desto schockierter war er, als er am 29. September von Ludendorff selbst erfuhr, dass die Niederlage unabwendbar sei und unmittelbar bevorstehe. Nun stand nämlich seine eigene Zukunft auf dem Spiel. In den letzten Kriegswochen war das Thema immer breiter diskutiert worden, vor allem, als Mitte Oktober die Zensurbestimmungen gelockert wurden. Überaus akut wurde es durch den Wortlaut der amerikanischen Note an die deutsche Regierung vom 14. Oktober, in der Präsident Wilson davon sprach, «jede Willkür und Macht, die für sich allein und heimlich den Frieden der Welt stören kann», zu vernichten. Er fügte orakelhaft hinzu: «Und die Macht, die bisher die deutsche Nation beherrscht, ist von der hier beschriebenen Art. Es liegt innerhalb der Wahl der deutschen Nation, das zu ändern.»[124] Viele Deutsche verstanden diese Worte in dem Sinne, dass die Amerikaner sich nur mit einer völligen Abschaffung der preussisch-deutschen Monarchie zufrieden geben würden. Die Rufe nach einer Abdankung des Kaisers wurden immer lauter, und es stellte sich bereits die Frage, ob der Monarch in der Hauptstadt überhaupt noch sicher war. Am 29. Oktober reiste Wilhelm in das Hauptquartier bei Spa. Einige Vertraute argumentierten, dies sei die einzige Möglichkeit, eine Abdankung zu vermeiden, und seine Anwesenheit im Hauptquartier werde möglicherweise die deutsche Moral an der Front stärken und damit eine Wende des deutschen

53. «Zeichnet Kriegsanleihen! Die Zeit ist hart, aber der Sieg ist sicher!» Von Bruno Paul entworfenes Plakat, 1917.

Kriegsglücks herbeiführen.[125] In Wirklichkeit erhielt Wilhelms Ansehen und das seines Amtes durch die Fahrt nach Spa, die an die verhängnisvolle Flucht Ludwigs XVI. nach Varennes erinnerte, einen herben Rückschlag.

In der letzten Woche seiner Herrschaft litt das ganze königlich-kaiserliche Gefolge unter einem gehörigen Realitätsverlust. Die absurdesten Pläne wurden ernsthaft erwogen, etwa der Vorschlag, dass Wilhelm die Würde des Throns retten solle, indem er sich in einem selbstmörderischen Angriff auf die feindlichen Linien stürze. Der König sprach davon, an der Spitze «seiner Armee» zurück nach Berlin zu marschieren. Doch das Militär teilte ihm mit, dass die Armee nicht länger seinem Befehl Folge leiste. Dann spielte er mit den verschiedenen Varianten der Abdankung: Konnte er womöglich als Kaiser abdanken, aber König von Preussen bleiben? Da in den grossen Städten Deutschlands die Revolution jedoch immer grössere Kreise zog, war dieser weltfremde Versuch, die beiden Ämter voneinander zu trennen, die seit der Ausrufung des Kaiserreiches so untrennbar miteinander verbunden gewesen waren, von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die politischen Ereignisse überrollten letztendlich die ängstlichen Überlegungen in Spa und nahmen das Ergebnis vorweg. Am 9. November, nachmittags um zwei Uhr, als Wilhelm II. im Begriff war, eine Erklä-

rung zu unterschreiben, nach der er auf den Kaiserthron, nicht aber auf den preussischen Thron verzichtete, erreichte die Nachricht das Hauptquartier, dass der neue Reichskanzler Max von Baden bereits vor einer Stunde den Verzicht des Kaisers auf beide Throne verkündet und der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann soeben die Republik ausgerufen habe. Der SPD-Vorsitzende Friedrich Ebert habe vom inzwischen zurückgetretenen Prinzen Max von Baden die Regierungsgeschäfte übernommen. Diese erschütternde Meldung musste Wilhelm II. erst einmal einige Stunden lang verdauen, dann stieg er in den königlichen Zug nach Deutschland, ohne dass er eine Abdankungsurkunde unterschrieben hätte (dies holte er für beide Throne am 28. November nach). Da sich jedoch herausstellte, dass eine Rückkehr nach Deutschland nicht in Frage kam, änderte der königliche Zug die Route und fuhr nach Holland. Auf die Meldung hin, dass Teile der Bahnlinie zur Grenze von «Revolutionären» kontrolliert würden, stieg der König mit Gefolge in einen kleinen Konvoi aus Automobilen um. In den frühen Morgenstunden des 10. November 1918 überquerte Wilhelm die holländische Grenze und verliess sein Land für immer.

Dieses nüchterne Ende der Geschichte der Hohenzollern entbehrte nicht, über die Jahrhunderte gesehen, einer gewissen Pikanterie. Die Konversion des Kurfürsten Johann Sigismund zum Calvinismus anno 1613 war eine Hommage an die stabile, politische und militärische Kultur der Republik der Niederlande gewesen. Hier hatte der junge Friedrich Wilhelm in den finstersten Jahren des Dreissigjährigen Krieges Zuflucht gefunden, und aus dem calvinistischen Herrscherhaus von Oranien wählte er seine Frau aus. Später trachtete der Grosse Kurfürst danach, seine Erblande nach dem Vorbild der Republik neu zu gestalten. Das dynastische Band zwischen den beiden Häusern wurde wiederholt erneuert, vor allem 1767, als Wilhelm V. von Nassau-Oranien Prinzessin Wilhelmina von Preussen heiratete, die Nichte Friedrichs des Grossen und Schwester König Friedrich Wilhelms II. Die engen Familienbande dienten als Vorwand für Preussens Intervention 1787 in Holland, als Friedrich Wilhelm II. eine kleine Invasionsstreitmacht in die Niederlande führte, um die Autorität des Hauses von Oranien gegen die Machenschaften der von Frankreich geförderten «Patriotenbewegung» zu schützen. Im Jahr 1830/31 unterstützten die Preussen (vergeblich) den holländischen König in seinem Versuch, die Abspaltung Belgiens von den Vereinigten Niederlanden zu verhindern. Und nun suchte am Ende des Ersten Weltkriegs der letzte preussische König in den Niederlanden Asyl.

Für den Kaiser und König – den inzwischen meistgesuchten Mann in Europa – ging es um Leben und Tod. Die niederländische Königin Wilhelmina wies standhaft die Forderungen der Alliierten zurück, den Kaiser zu einem Prozess als Kriegsverbrecher auszuliefern (ein Verfahren, das durchaus mit der Hinrichtung des Monarchen hätte enden können). Nach einem kurzen Zwischenspiel als Hausgäste eines holländischen Adeligen richteten sich Wilhelm, seine Frau und der Rest seines Gefolges in Doorn in einem geziemenden Landsitz ein. Das so genannte «Huis Doorn» wurde nach dem Zweiten Weltkrieg von der niederländischen Regierung verstaatlicht und kann heute besichtigt werden. Es vermittelt immer noch die dichte, irreale Atmosphäre eines Miniaturreiches, in dem die Titel und Rituale der erloschenen preussisch-deutschen Monarchie pedantisch am Leben gehalten wurden, und zwar in Räumen voller königlich-kaiserlicher Memorabilien, geretteter Möbelstücke, Familienporträts und Postkarten von Gönnern. Hier verbrachte Wilhelm II. den Rest seines Lebens (er starb am 4. Juni 1941), sägte Holz mit seinem gesunden Arm, las, schrieb, unterhielt sich mit anderen und trank Tee.

Er fühle sich im Deutschen Reich «als Preusse verraten und verkauft», erklärte der Fraktionsvorsitzende der Deutschkonservativen im preussischen Abgeordnetenhaus, Ernst von Heydebrand und der Lasa, im Dezember 1917. Er spielte damit auf die Tatsache an, dass der frisch ernannte Kanzler und Ministerpräsident Preussens, Graf Georg von Hertling, ein Bayer war und sein Stellvertreter Friedrich Payer ein Linksliberaler aus Württemberg. Die Staatssekretäre des Reiches nahmen nunmehr routinemässig an den Treffen des preussischen Staatsministeriums teil und signalisierten damit ebenfalls die schwindende Autonomie Preussens im deutschen Staatensystem. «Wohin sind wir in Preussen gekommen?»[126] Das waren die Worte eines Mannes, der genau wusste, dass seine Ära zu Ende ging. Das Dreiklassenwahlrecht, der Garant der konservativen Hegemonie, stand bereits auf dem Prüfstand. Die übrigen Säulen des konservativen Systems – das Herrenhaus, der königliche Hof und die zugehörige Vetternwirtschaft – sollten kurz darauf in den Wirren der Niederlage und der Revolution von 1918/19 hinweggefegt werden. Das konservativ-agrarische Establishment, ein Netzwerk, das die Welt des Landadels mit jener der Offiziersmesse und Ministerien verband, büsste die förmliche Verankerung im Staatsaufbau ein.

Etwas ging seinem Ende entgegen, allerdings ganz gewiss nicht die Welt, und auch nicht Preussen. Vielmehr ging eine partikulare preussische Welt, genauer die Welt des preussischen Partikularismus, zu Ende. Das «alte Preussen» war schon seit langem in die Defensive gedrängt worden. Angesichts des drohenden Wandels hatten seine Fürsprecher immer auf die Einzigartigkeit der sittlichen Moral und der Institutionen verwiesen. Doch ihre Fürsprache für Preussen war stets parteiisch gewesen: Sie sprachen für das protestantische Preussen des Landadels, nicht für das katholische und sozialistische Preussen der Industriestädte. Die Quintessenz der preussischen Identität war in ihren Augen die kollektive Moral einer bestimmten Klasse und das respektvolle Solidaritätsgefühl mit einem idealisierten Osteibien.

Dabei hatten die Konservativen keineswegs die Anhänglichkeit an Preussen für sich gepachtet, auch wenn sie das womöglich gelegentlich geglaubt hatten. Es hatte stets auch eine alternative – nicht partikularistisch, sondern universalistisch ausgerichtete – Tradition gegeben, die nicht mit dem einzigartigen Charakter einer spezifischen, historisch «gewachsenen» Gemeinschaft verknüpft war, sondern mit dem Staat als unpersönlichem, epochenübergreifendem Instrument des Wandels. Genau dieses Preussen war im ersten Aufblühen der borussischen Schule gefeiert worden, die nach der Vereinigung unzählige Geschichtswerke hervorgebracht hatte. In den grossen Darstellungen der borussischen Historiker nahm der Staat einen Ehrenplatz ein. Er war die kompakte, protestantische Antwort auf die diffusen Strukturen des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Aber er war auch ein Gegenmittel gegen die Verblendung und Engstirnigkeit der Provinz und ein Gegengewicht zu der Autorität all jener, die dort das Sagen hatten. Während die Geschichtsschreibung im viktorianischen Grossbritannien den Stempel der Teleologie der Whigs trug, nach der alle Geschichte der Aufstieg der Zivilgesellschaft als Träger der Freiheit gegenüber dem monarchischen Staat war, wurde die These in Preussen auf den Kopf gestellt: Hier stieg der Staat auf und entfaltete allmählich seine rationale Ordnung anstelle der willkürlichen, personalisierten Regimes der alten Granden.

Die Zelebrierung des Staates als Träger des Fortschritts war keine Erfindung des 19. Jahrhunderts – sie lässt sich beispielsweise bis zu den Traktaten und Darstellungen des Hobbes'schen politischen Theoretikers und einstigen Hofhistoriografen Brandenburgs Samuel Pufendorf zurückverfolgen. Doch um die Zeit

der Stein-Hardenberg'schen Reformen erwuchs dieser Staatsidee ein wirkliches Charisma. Erst damals konnte von einer Verschmelzung des Lebens des Staates mit dem des Volkes die Rede sein, von der Entwicklung des Staates zu einem Werkzeug der Emanzipation, der Aufklärung und Staatsbürgerschaft. Und keiner sang das Loblied auf den Staat schöner als Hegel, der schwäbische Philosoph, der in Berlin vom Oktober 1818 bis zu seinem Tode 1831 lehrte. Einmal bemerkte er sinngemäss, der konturlose Sand Brandenburgs biete einen geeigneteren Rahmen für philosophische Spekulationen als die überladene romantische Landschaft seiner Heimat. In den 1820er Jahren lehrte Hegel, inzwischen eine akademische Berühmtheit, die Berliner Studenten, dass die Versöhnung zwischen dem Partikularen und dem Universalen – der Heilige Gral der deutschen, politischen Kultur – im reformierten preussischen Staat seiner Zeit verwirklicht worden sei.[127]

Diese exaltierte Auffassung vom Staat war so einflussreich, dass sie dem politischen und sozialen Denken in Preussen ein besonderes Gepräge verlieh. In seinem Werk *Proletariat und Gesellschaft* (1848) beobachtete Lorenz Stein, der wohl begabteste Schüler Hegels, dass Preussen, im Gegensatz zu Frankreich und Grossbritannien, einen Staat habe, der so unabhängig und autoritär sei, dass er in die Interessenkonflikte der Zivilgesellschaft eingreife. Dadurch verhindere er wiederum eine Revolution und bewahre alle Mitglieder der Gesellschaft vor der «Diktatur» einer Interessengruppe. Folglich oblag es Preussen, seine Mission als «Monarchie der sozialen Reform» zu erfüllen. Eine ganz ähnliche Position vertrat der einflussreiche konservative «Staatssozialist» Carl Rodbertus, der in den 1830er und 1840er Jahren argumentierte, eine Gesellschaft, die allein auf dem Vermögensprinzip beruhe, werde stets die Besitzlosen von der wahren Mitgliedschaft ausschliessen – nur ein kollektivierter, autoritärer Staat könne die Mitglieder der Gesellschaft zu einem alles umfassenden und bedeutsamen Ganzen zusammenschweissen.[128] Seine Thesen beeinflussten wiederum das Denken Hermann Wageners, des Chefredakteurs der ultrakonservativen *Neuen Preussischen Zeitung* (bekannt als *Kreuzzeitung*, weil sie im Titel ein Eisernes Kreuz führte). Selbst der grösste Romantiker der Konservativen, Ernst Ludwig von Gerlach, betrachtete den Staat als die einzige Institution, die imstande war, den Massen der Bevölkerung eine Zielstrebigkeit und Identität zu verleihen.[129]

Viele Protagonisten dieser Tradition hielten es für selbstverständlich, dass der Staat eine mehr oder weniger begrenzte Verantwortung für das materielle

Wohlergehen der Beherrschten übernehmen musste. Zu den einflussreichsten Stein-Lesern des späten 19. Jahrhunderts zählte der Historiker Gustav Schmoller, der den Begriff «Sozialpolitik» prägte und damit das Recht und die Pflicht des Staates meinte, im Namen der verwundbarsten Mitglieder der Gesellschaft in die Volkswirtschaft einzugreifen. Es der Gesellschaft zu überlassen, ihre Angelegenheiten selbst zu regulieren, so Schmoller, bedeute, ein Chaos heraufzubeschwören.[130] Schmoller war eng mit dem Ökonomen und «Staatssozialisten» Adolph Wagner befreundet, der 1870 eine Professur an der Universität Berlin übernahm. Dieser eifrige Student der Schriften Rodbertus' zählte zu den ersten Mitgliedern des 1872 gegründeten Vereins für Sozialpolitik, eines wichtigen ersten Forums für die Diskussion um die sozialen Verpflichtungen des Staates. Wagner und Schmoller standen exemplarisch für die Anschauung der «jungen historischen Schule», die auf dem Boden der hegelianisch-preussischen Tradition gedieh.[131] Ihr Glaube an die soziale Aufgabe des Staates fand in einem politischen Umfeld breiten Anklang, das von der schmerzlichen Erfahrung der 1873 einsetzenden Rezession beunruhigt war. Viele hielten mittlerweile nach Alternativen zu einer liberalen Doktrin des Laisser-faire Ausschau, die offenbar ihre Glaubwürdigkeit verloren hatte. Die Anziehungskraft der Sozialpolitik war so stark, dass sie eine ausserordentlich vielfältige Anhängerschaft anlockte, darunter Nationalliberale, Führer der Zentrumspartei, Staatssozialisten und konservative Persönlichkeiten, die Bismarck nahestanden, auch Hermann Wagener, der Bismarck in den sechziger und siebziger Jahren in sozialen Fragen beriet.[132]

Schon lange im Voraus war folglich der Boden für die bahnbrechenden Bismarck'schen Sozialgesetze der achtziger Jahre bereitet worden. Das Krankenversicherungsgesetz vom 15. Juni 1883 schuf ein Netz lokaler Versicherungsanbieter. Diese Versicherungen verteilten im Bedarfsfall Mittel aus Einkünften, die sich aus Beiträgen der Arbeiter und Arbeitgeber zusammensetzten. Das Unfallversicherungsgesetz von 1884 traf Vorkehrungen für den Beistand bei Arbeitsunfällen. Die letzte der drei Säulen der deutschen Sozialgesetzgebung folgte im Jahr 1889 mit der Alters- und Invalidenversicherung. Gemessen am heutigen Standard waren die Vorsorgemassnahmen gering, die entsprechenden Zahlungen sehr bescheiden und die Palette der Vorsorge alles andere als vollständig – zum Beispiel galt das Gesetz von 1883 nicht für Landarbeiter. Die Sozialgesetzgebung des Kaiserreichs konnte nie auch nur annähernd den Trend

zu einer steigenden wirtschaftlichen Ungleichheit in der preussischen und deutschen Gesellschaft stoppen. Darüber hinaus liegt auf der Hand, dass Bismarcks Ziele manipulativ und pragmatisch waren. Ihm ging es vor allem darum, die Arbeiterklasse wieder für die preussisch-deutsche «soziale Monarchie» zu gewinnen und auf diese Weise die wachsende sozialdemokratische Bewegung zu schwächen.

Eine Personalisierung des Themas geht jedoch am Kern der Sache vorbei. Immerhin war Bismarcks Unterstützung der Sozialversicherung durchaus Ausdruck einer breiteren «Diskurskoalition» mit tiefen kulturellen und historischen Wurzeln. In diesem ideologischen Rahmen wurden die zur Verfügung stehenden Leistungen rasch ausgeweitet – das ging so weit, dass sie allmählich einen spürbaren Effekt auf das Wohlergehen der Arbeiter hatten und möglicherweise sogar, wie Bismarck gehofft hatte, eine besänftigende Wirkung auf ihre politische Haltung.[133] Die Reformbewegung wurde Anfang der neunziger Jahre fortgesetzt. Die neue Regierung unter Wilhelm II. und Kanzler Caprivi setzte Arbeitsgesetze in Kraft, die Fortschritte auf den Feldern Arbeitssicherheit, Arbeitsbedingungen, Jugendschutz und Schlichtung brachten. Der Grundsatz, für den sie standen, dass nämlich unternehmerische Kräfte die vom Staat begünstigten Interessen aller Gruppen respektieren müssten, blieb in den folgenden Jahrzehnten ein beherrschendes Thema in der Sozialpolitik.[134]

Am Vorabend des Ersten Weltkrieges war der preussische Staatsapparat gewaltig. Von den achtziger Jahren bis 1913 hatte er sich so ausgedehnt, dass er mehr als eine Million Mitarbeiter zählte. Laut einer 1913 veröffentlichten Schätzung war das preussische Ministerium für öffentliche Arbeiten, Handel und Gewerbe der grösste Arbeitgeber der Welt. Allein die preussische Eisenbahnverwaltung beschäftigte 310.000 Arbeiter und der staatlich kontrollierte Bergbausektor weitere 180.000. In allen Sektoren bot der preussische Staat fortschrittliche soziale Dienstleistungen, darunter Arbeitslosen- und Unfallversicherung und Gesundheitsschutzmassnahmen. In einer Rede von 1904 erklärte der preussische Minister für öffentliche Arbeiten Hermann Friedrich von Budde, ein ehemaliger Kadett und Stabsoffizier, vor dem preussischen Abgeordnetenhaus, dass ein grosser Teil seiner Tätigkeit dem Wohl seiner Arbeiter gewidmet sei. Der ultimative Zweck der öffentlichen Hand sei es, fügte er hinzu, die soziale Frage mittels der sozialen Fürsorge zu lösen.[135] Hier stellte sich ein Preussen dar, das durchaus in der Lage gewesen wäre, die Misere des Königshauses zu überdauern.

KAPITEL 17

Das Ende

Revolution in Preussen

Am 29. Oktober 1918 verweigerten sich Matrosen im Kieler Hafen dem Befehl, in See zu stechen und einen aussichtlosen Angriff auf die britische *Grand Fleet* zu unternehmen. Während die meuternden Seeleute den Flottenstützpunkt unter ihre Kontrolle brachten, musste der Befehlshaber, Prinz Heinrich von Preussen, verkleidet fliehen. Im ganzen Land breitete sich eine Welle von Streiks und militärischen Aufständen aus und erfasste auch die Städte. Bald brachte die Revolution ihre eigenen politischen Institutionen hervor: Von Arbeitern und Soldaten gewählte «Räte» artikulierten überall im Land die Forderungen von weiten Teilen der Bevölkerung, die dem monarchischen System und seinem zum Scheitern verurteilten Krieg die Unterstützung versagten. Was hier geschah, war, wie ein Zeitgenosse festhielt, kein Aufstand nach französischem Vorbild, bei dem die Hauptstadt die Revolution in die Provinzen hineinträgt; es glich eher einem Wikingereinfall, der sich von der Küste her im ganzen Land ausbreitete wie ein «Ölfleck».[1] Eine nach der anderen ergaben sich die preussischen Städte und Provinzen widerstandslos den Aufständischen.

Am Samstag, dem 9. November, gegen 14 Uhr verkündete Philipp Scheidemann, der Sprecher der Sozialdemokraten, die soeben eine Übergangsregierung gebildet hatten, vom Balkon des Reichstagsgebäudes in Berlin einer jubelnden Menge: «Das Alte, Morsche, ist zusammengebrochen. Der Militarismus ist erledigt. Die Hohenzollern haben abgedankt! Es lebe das Neue, es lebe die deutsche Republik!» Als der Kunstkritiker und Tagebuchschreiber Harry Graf Kessler am Abend des 9. November um 22 Uhr den Reichstag betrat, herrschte dort «ein buntes Treiben»: Auf den Treppen drängten sich Matrosen, bewaffnete Zivilisten, Frauen und Soldaten. Die grosse Eingangshalle war von Soldaten und Matrosen bevölkert; manche standen, andere lagen auf dem schweren roten Teppich oder schliefen auf den Bänken entlang der Wände. Es wirkte, er-

innerte sich Kessler, wie eine Szene aus einem Film über die Russische Revolution.[2] Wie bei jeder Revolution ging es um die feierliche Inbesitznahme ehemals privilegierten Raumes. Der preussische Beamte Herbert du Mesnil, ein Nachfahre von Hugenotten, die sich einst in Preussen niedergelassen hatten, war ähnlich befremdet, als am Abend des 8. November ein Trupp von Aufständischen in seinen Klub in Koblenz eindrang. Der Anführer, ein einfacher Soldat, trampelte mit seinem Pferd durch die prunkvoll ausgestatteten Räume des Klubs, während die Gäste, überwiegend preussische Reserveoffiziere, ihm mit erstaunten Blicken zusahen.[3]

Zunächst schien es unwahrscheinlich, dass der preussische Staat den Aufruhr überleben würde. Das hohenzollerische Königtum, das für die unterschiedlichen Länder des preussischen Patrimoniums einen gemeinsamen Mittelpunkt dargestellt hatte, gab es nicht mehr. Im Rheinland forderte die katholische Presse eine Abspaltung von Berlin.[4] Im Dezember 1918 unterschrieben 600.000 ein Manifest der Deutsch-Hannoveraner, in dem die territoriale Autonomie gefordert wurde.[5] In den Provinzen im Osten entluden sich am zweiten Weihnachtsfeiertag 1918 Forderungen, den polnischen Staat wiederherzustellen, in einer Revolte gegen die deutschen Behörden, die ganz Posen erfasste und innerhalb kurzer Zeit zu einem regelrechten Guerillakampf eskalierte.[6] Im Übrigen gab es gute Gründe für die Annahme, das neue Deutschland werde ohne Preussen besser dran sein. Selbst nach den Gebietsverlusten, die im Versailler Vertrag festgelegt wurden,[7] blieb Preussen der mit Abstand grösste deutsche Staat. Die Erfahrungen mit seiner Dominanz im alten Reich legten den Schluss nahe, dass sich die unverhältnismässige Grösse Preussens für die junge deutsche Republik als Hypothek erweisen könnte. In einem Bericht des Reichsinnenministeriums unter Federführung des linksliberalen Juristen Hugo Preuss vom Dezember 1918 wurde festgestellt, dass es sinnlos sei, die bestehenden Staatsgrenzen innerhalb Deutschlands beizubehalten, da diese weder geografisch bedingt noch vorteilhaft seien, sondern «lediglich Zufallsbildungen rein dynastischer Hauspolitik». Der Bericht folgerte, dass ein Ende der preussischen Hegemonie in Deutschland mit der Auflösung Preussens einhergehen müsse.[8]

Doch der preussische Staat überlebte. Die moderate sozialdemokratische Führung hielt an einer Politik der Kontinuität und Stabilität fest. Das bedeutete unter anderem, dass sie sich vom Ziel einer zentralistisch organisierten Repub-

lik verabschiedete und sich entschied, die nach wie vor intakten Strukturen der preussischen Verwaltung zu erhalten. Am 12. November 1918 gab der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte von Gross-Berlin die Anweisung aus, dass alle Verwaltungseinrichtungen auf der Ebene der Kommunen, der Provinzen und des Staates ihre Arbeit fortsetzen sollten. Tags darauf veröffentlichte der Rat ein Manifest, das sich «An das preussische Volk» wandte. Darin wurde angekündigt, dass die neuen Machthaber «das alte, von Grund auf reaktionäre Preussen [...] in einen völlig demokratischen Bestandteil der einheitlichen Volksrepublik» umwandeln würden. Am 14. November schliesslich wurde aus Vertretern der SPD und der sozialistisch ausgerichteten USPD eine preussische Koalitionsregierung gebildet. Auf lokaler Ebene wurde dieser Übergang dadurch erleichtert, dass Staatsbeamte den Arbeiter- und Soldatenräten versicherten, ihre Loyalität gelte nicht der abgeschafften Monarchie, sondern dem nunmehr von den Revolutionären verwalteten preussischen Staat.[9]

Die nationale revolutionäre Führung hatte keine grundsätzlichen Bedenken gegen den Fortbestand des preussischen Staates.[10] Der Vorschlag von Hugo Preuss, Preussen müsse zerschlagen werden, um den Weg für eine zentralistischere Staatsstruktur frei zu machen, fand wenig Unterstützung. Es überrascht kaum, dass die Minister der SPD und der USPD, die jetzt gemeinsam in Preussen regierten, sich sehr schnell mit dem Staat identifizierten und ausgesprochene Gegner einer Zentralisierung wurden. Selbst auf Reichsebene wurde der Vorschlag von Preuss vom Rat der Volksbeauftragten verworfen (mit Ausnahme des Vorsitzenden und späteren Präsidenten Friedrich Ebert, der aus Baden stammte).[11] Die Sozialdemokraten betrachteten die Einheit Preussens ausserdem als wirksamstes Gegenmittel gegen separatistische Bestrebungen im Rheinland. Sie fürchteten, eine Abspaltung des Rheinlands von Preussen sei der erste Schritt zu einer generellen Abspaltung von Deutschland. Angesichts der französischen Pläne im Westen und der polnischen Annexionsgelüste im Osten, so ihr Argument, würden derartige Experimente nur den Feinden Deutschlands in die Hände spielen. Die Sicherheit und der Zusammenhalt des deutschen Nationalstaats hänge daher von der Einheit Preussens ab. Dieser Bruch mit der zentralistischen Tradition der deutschen Linken beseitigte eine der grössten Bedrohungen für den Fortbestand des Staates.

All das bedeutete jedoch keineswegs, dass Preussen seine alte hegemoniale

Stellung zurückgewinnen konnte. Die preussische Verwaltung war zwar nach wie vor die grösste in Deutschland, das preussische Schulsystem blieb das Vorbild für alle anderen deutschen Staaten, und die preussische Polizei war nach der Reichswehr das wichtigste politische Machtinstrument in der Weimarer Republik. Ohne die Mitwirkung der preussischen Bürokratie auf Staats-, Provinz- und kommunaler Ebene konnten Reichsgesetze nicht umgesetzt werden.[12] Aber Preussen hatte keine Möglichkeiten mehr, unmittelbar auf die anderen deutschen Staaten Einfluss zu nehmen. Die nationale Exekutive war jetzt völlig unabhängig von der preussischen Regierung, und die Personalunion des deutschen Reichskanzlers mit dem preussischen Ministerpräsidenten – in der Kaiserzeit das entscheidende Instrument, um den preussischen Einfluss geltend zu machen – gehörte der Vergangenheit an. Darüber hinaus besass Deutschland jetzt erstmals ein echtes Nationalheer (wenn es auch durch den Versailler Vertrag strengeren Beschränkungen unterworfen war), das unter dem Kommando eines Ministers stand, auf den Preussen keinen Einfluss hatte. Der steuerrechtliche Dualismus des alten Reiches, nach dem die Mitgliedstaaten die ausschliessliche Kontrolle über die direkten Steuern ausübten und das Reich über ein System an Matrikularbeiträgen finanzierten, war ebenfalls abgeschafft worden. An seine Stelle trat eine zentralisierte Verwaltung. Die Steuerhoheit lag bei der Reichsregierung, von der die Staatseinkünfte je nach Bedarf an die Staaten verteilt wurden. Wie alle anderen deutschen Staaten büsste Preussen also seine steuerliche Autonomie ein.[13]

Während des Winters von 1918 blieb die Revolutionsbewegung instabil und in sich gespalten. Die Linke bestand im Wesentlichen aus drei politischen Lagern. Das grösste war die MSPD (Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands), die den Grossteil der Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei der Kriegszeit repräsentierte. Unmittelbar links von ihr war die USPD angesiedelt (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands), der radikalere linke Flügel der alten SPD, der sich 1917 von der Mutterpartei abgespalten hatte, weil vielen die Reformbestrebungen der Führung nicht weit genug gingen. Am äussersten linken Rand folgte der Spartakusbund, aus dem Ende Dezember 1918 die Kommunistische Partei hervorging. Das Ziel der Spartakisten war der offene Klassenkampf und die Schaffung eines deutschen Sowjetsystems nach bolschewistischem Modell. In den ersten Wochen der Revolution arbeiteten die SPD und die USPD eng zusammen, um die neue Ordnung zu sta-

bilisieren. Sowohl die Reichs- als auch die preussische Regierung bestanden aus SPD/USPD-Koalitionen. In der Praxis erwies sich die Zusammenarbeit jedoch als schwierig, unter anderem deshalb, weil die ihre politische Identität suchende USPD ein sehr instabiles Konstrukt war. Innerhalb weniger Wochen nach Ausbruch der Revolution stand die Partnerschaft von SPD und USPD bereits vor einer Zerreissprobe. Auslöser war die Diskussion über den zukünftigen Status der preussisch-deutschen Armee.

Die Grundlagen der Beziehung zwischen der provisorischen sozialistischen Führung und der Heeresleitung waren schon am ersten Tag der neuen Republik gelegt worden. Am Abend des 9. November führte Friedrich Ebert, (zusammen mit Hugo Haase) Vorsitzender des Rates der Volksbeauftragten, ein Telefongespräch mit dem ersten Generalquartiermeister Wilhelm Groener (Ludendorff war am 26. Oktober vom Kaiser entlassen worden). Die beiden Männer kamen überein, bei der Wiederherstellung der Ordnung in Deutschland zusammenzuarbeiten. Groener versprach eine rasche und reibungslose Demobilisierung. Im Gegenzug forderte er Eberts Zusage, dass die Regierung die Versorgung der Soldaten sicherstellen, die Armee bei der Aufrechterhaltung der Disziplin unterstützen, Unterbrechungen des Eisenbahnnetzes verhindern und allgemein die Unabhängigkeit der Heeresleitung anerkennen werde. Gleichzeitig machte Groener klar, dass für die Armee das wichtigste Ziel darin bestand, eine bolschewistische Revolution zu verhindern, und dass er in dieser Frage auf die Unterstützung Eberts zähle.

Der Ebert-Groener-Pakt war ein zweischneidiges Schwert. Die sozialistische republikanische Führung verschaffte sich mit ihm die Mittel, um für Ordnung zu sorgen und sich vor weiteren Unruhen zu schützen. Für eine Exekutive, die keine nennenswerten eigenen Streitkräfte besass und deren Autorität keine verfassungsmässige Grundlage hatte, war er ein wichtiger Schritt. So betrachtet war der Ebert-Groener-Pakt taktisch geschickt, pragmatisch und in Ermangelung einer plausiblen Alternative schlichtweg notwendig. Allerdings war es kein gutes Omen, dass das Heer für die Erfüllung drängender Aufgaben wie der Demobilisierung, die eindeutig in sein Aufgabengebiet fielen, politische Bedingungen stellte. Entscheidend war dabei nicht der Inhalt von Groeners Forderungen, die durchaus nachvollziehbar waren, sondern die Tatsache, dass das Heer formal das Recht für sich in Anspruch nahm, mit der Regierung auf gleicher Augenhöhe zu verhandeln.[14]

Trotz aller gut gemeinten Bemühungen Eberts, zwischen der Heeresleitung und den revolutionären Soldatenräten Brücken zu bauen, herrschte zwischen dem Heer und den linken «Elementen» in der Revolutionsbewegung tiefes Misstrauen. Als Generalleutnant Lequis am 8. Dezember mit zehn Divisionen Berlin erreichte, verweigerten ihm der Vollzugsrat (die nationale Exekutive der Arbeiter- und Soldatenräte) und die USPD-Minister in der Übergangsregierung den Zutritt zur Hauptstadt. Mit Mühe konnte Ebert sie dazu überreden, Lequis in die Stadt zu lassen, dessen Männer überwiegend Berliner waren, die sehnlichst nach Hause wollten.[15] Wenig später kam es erneut zu Spannungen. Der erste «Allgemeine Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands» verabschiedete am 16. Dezember eine Resolution, in der eine völlige Neuordnung des Militärs gefordert wurde: Stabschef Hindenburg sollte entlassen und das alte preussische System der Kadettenschulen abgeschafft werden. Alle Rangabzeichen sollten der Vergangenheit angehören. Offiziere sollten ab sofort von ihren Mannschaften gewählt werden, und neben dem regulären Heer sollte es künftig eine Volkswehr geben. Hindenburg wies die Forderungen brüsk zurück. Falls man versuchen sollte, sie umzusetzen, so liess er Ebert durch Groener ausrichten, sei die Abmachung zwischen ihnen null und nichtig. Als Ebert in einer gemeinsamen Sitzung des Kabinetts und des Vollzugsrats[16] verkündete, dass die Vorschläge vom 16. Dezember nicht umgesetzt würden, waren die Unabhängigen konsterniert. Sie machten sich umgehend daran, überall in Berlin ihre radikalen Anhänger zu mobilisieren.

Das politische Klima war jetzt hoch elektrisiert, das Verhältnis zwischen SPD und USPD äusserst angespannt. In Berlin wimmelte es von bewaffneten Arbeitern und Einheiten radikalisierter Soldaten – die wildeste war die Volksmarinedivision, die ihr Hauptquartier im Marstall aufgeschlagen hatte, einem imposanten, neobarocken Gebäude an der Ostseite des Schlossplatzes. Im Kreis der extremen Linken war von einem bewaffneten Aufstand die Rede. Auf einer Generalversammlung der Unabhängigen Sozialdemokraten von Gross-Berlin attackierte Rosa Luxemburg, Führerin und Ideologin der Spartakisten, die Kompromisspolitik der Unabhängigen und forderte, dass diese sich aus der Regierung Ebert zurückziehen sollten. Es habe keinen Sinn, erklärte sie, «mit der Bourgeoisie und den Junkern» über die Einführung des Sozialismus zu «debattieren»:

«Sozialismus heisst nicht, sich in ein Parlament zusammensetzen und Gesetze beschliessen, Sozialismus bedeutet für uns Niederwerfung der herrschen-

den Klassen mit der ganzen Brutalität *[Grosses Gelächter]*, die das Proletariat in seinem Kampfe zu entwickeln vermag.»[17]

Am 23. Dezember entluden sich die Spannungen in einem offenen Konflikt. Als Konsequenz aus Berichten über Plünderungen und Vandalismus seitens der «roten Matrosen» befahl die Übergangsregierung der Volksmarinedivision, den Marstall zu räumen und die Hauptstadt zu verlassen. Statt zu gehorchen, entführten und misshandelten die Matrosen den Berliner Stadtkommandanten Otto Wels, umstellten die Reichskanzlei (den Sitz der SPD/USPD-Regierung), besetzten die Telefonzentrale und schnitten der Reichskanzlei die Kommunikationswege zur Aussenwelt ab. Mit Hilfe eines geheimen heissen Drahts forderte Ebert bei der Obersten Heeresleitung in Kassel militärische Unterstützung an. Man rief Generalleutnant Lequis aus Potsdam zu Hilfe, der die Ordnung wiederherstellen sollte. Sein Vorgehen war nicht gerade vertrauenerweckend: Am Morgen des 24. Dezember drängten seine Truppen die «roten Matrosen» von der Reichskanzlei zurück und nahmen den Marstall zwei Stunden lang unter Beschuss. Das genügte, um die aufständischen Matrosen zur Aufgabe zu bewegen, aber die Nachricht vom Aufstand hatte schnell die Runde gemacht. Lequis' Truppen sahen sich alsbald von einer wütenden (und zum Teil bewaffneten) Menge von Spartakisten, Unabhängigen und linken Sympathisanten umringt und traten den Rückzug an.

Das Debakel vom Weihnachtstag 1918 hatte eine Polarisierung des politischen Klimas zur Folge. Die extreme Linke kam zu der Überzeugung, dass ein einziger entschiedener Schlag ausreichen würde, um die Macht der Ebert-Scheidemann-Regierung zu brechen. Niemand glaubte mehr an eine weitere Zusammenarbeit zwischen SPD und USPD – Letztere schied am 29. Dezember aus dem Rat der Volksbeauftragten aus, und am 3. Januar 1919 kündigte sie die preussische Koalition auf. Von nun an regierte die MSPD allein.[18]

Groener reagierte auf die zunehmenden Spannungen, indem er die Bildung von Freikorps forderte, eine Bezeichnung, in der die bewegenden Mythen von 1813 anklangen. In Westfalen hatte sich unter General Ludwig Maercker bereits eines formiert, und bald wurden es mehr. Am Zweiten Weihnachtsfeiertag wurde das Freikorps Reinhard unter dem ehemaligen Gardeoffizier Oberst Wilhelm Reinhard aufgestellt. Ein weiteres wurde in Potsdam gebildet, unter Major von Stephani, der unter anderem demobilisierte Offiziere und Mannschaften aus seinem alten Regiment, dem 1. Garderegiment zu Fuss, um sich scharte.

Die Motivation der Freikorps-Rekruten rekrutierte sich aus einer Mischung aus übersteigertem Nationalismus, einer Sehnsucht, die «Schmach» der deutschen Niederlage wiedergutzumachen, Hass auf die Linke und einer tief sitzenden Angst vor einem bolschewistischen Aufstand. Alle Freikorps wurden dem Oberbefehl des schlesischen Karriereoffiziers General Walther Freiherr von Lüttwitz unterstellt.

Um eine reibungslose Zusammenarbeit der militärischen und zivilen Führung zu gewährleisten, ernannte Ebert den SPD-Mann Gustav Noske zum Reichswehrminister. Noske stammte aus der Stadt Brandenburg und war der Sohn eines Webers und einer Fabrikarbeiterin. Vor seinem Eintritt in die SPD hatte er als Korbmachergeselle gearbeitet. In der Partei hatte er sich als Schriftleiter der sozialdemokratischen Zeitungen vor allem um die Pressearbeit gekümmert. Im Jahr 1906 war er für die SPD in den Reichstag eingezogen, wo er dem führenden rechten Flügel der Partei um Ebert angehörte. Noske hatte aus seinen Sympathien für das Heer nie einen Hehl gemacht. Er stiess am 29. Dezember 1918 zur Übergangsregierung, nachdem die USPD ausgeschieden war. Als ihm angetragen wurde, den Feldzug der Übergangsregierung gegen die linken Revolutionäre in Berlin zu leiten, soll er geantwortet haben: «Einer muss der Bluthund werden, ich scheue die Verantwortung nicht.»[19]

Der nächste Aufstand liess nicht lange auf sich warten. Am 4. Januar ordnete die Berliner Übergangsregierung die Entlassung des kommissarischen Berliner Polizeichefs Emil Eichhorn an, eines linken Unabhängigen, der während der «Weihnachtskämpfe» der Regierung die Unterstützung versagt hatte. Eichhorn weigerte sich zurückzutreten. Stattdessen verteilte er Waffen aus dem Polizeiarsenal an linksradikale Verbände und verbarrikadierte sich im Polizeipräsidium. Ohne von der USPD-Führung dazu autorisiert worden zu sein, rief Eichhorn zum allgemeinen Aufstand auf – eine Aufforderung, der die extreme Linke mit Begeisterung nachkam. Am 5. und 6. Januar starteten die Kommunisten ihren ersten konzertierten Versuch, die Macht in Berlin an sich zu reissen. Sie plünderten Arsenale, bewaffneten Gruppen radikalisierter Arbeiter und besetzten wichtige Gebäude und Schlüsselpositionen der Stadt. Erneut musste die SPD-Übergangsregierung Truppen anfordern, die den Unruhen ein Ende bereiten sollten.

«Für ein Paar Tage verwandelte sich die Stadt in einen phantastischgefährlichen Dschungel, in einen dadaistischen Albtraum. An allen Ecken und Enden wurde geschossen, und selten war klar, wer auf wen schoss. Benachbarte Stras-

sen waren von den Bürgerkriegsgegnern besetzt, auf Dächern und in Kellern entbrannten wilde Nahkämpfe, irgendwo aufgestellte Maschinengewehre feuerten plötzlich und oft ziellos durch die Gegend und verstummten ebenso plötzlich, Plätze und Strassen, die gerade noch ruhig gewesen waren, füllten sich in Minutenschnelle mit rennenden flüchtenden Passanten, mit stöhnenden Verwundeten und Toten.»[20]

Am 7. Januar wurde Harry Graf Kessler Zeuge einer Kampfszene am Berliner Hafenplatz: Regierungstruppen versuchten, das von Linken besetzte Hauptquartier der Eisenbahnverwaltung unter ihre Kontrolle zu bringen. Das Knattern der Pistolen und Maschinengewehre war ohrenbetäubend. Das Gefecht war in vollem Gange, als ein mit Pendlern voll besetzter Hochbahnzug über das Viadukt zuckelte, das den Platz überspannte, unbeeindruckt vom Schiesslärm unten. Die Schreie nähmen kein Ende, notierte Kessler, «ganz Berlin ist ein brodelnder Hexenkessel, in dem Gewalten und Ideen durcheinander quirlen»[21]. Nach langer Hetzjagd wurden die kommunistischen Anführer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 15. Januar von Angehörigen der Gardekavallerieschützendivision, die im «Eden»-Hotel in Berlin-Mitte stationiert war, gefangen genommen und anschliessend zu Tode geprügelt.

Daraufhin entbrannten die Kommunisten in unerbittlichem Hass auf die Sozialdemokraten. Als sie im März 1919 einen Generalstreik ausriefen, kam es in Berlin erneut zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Etwa 15.000 bewaffnete Kommunisten und Sympathisanten brachten Polizeistationen und Bahnhöfe unter ihre Kontrolle. Gustav Noske, der die Macht der extremen Linken um jeden Preis brechen wollte, setzte 40.000 Mann an Regierungstruppen und Freikorps ein. Mit Hilfe von Maschinengewehren, Feldartillerie, Mörsern, Flammenwerfern und sogar Granaten und Bomben aus der Luft wurde die Rebellion niedergeschlagen. Als die Kämpfe am 16. März zu Ende gingen, hatten 1‘200 Menschen den Tod gefunden. Die gewaltsame Unterdrückung der Aufstände vom Januar und März sowie die Ermordung ihrer intellektuellen Anführer war für die extreme Linke ein Schlag, den sie der SPD niemals verzieh. In ihren Augen hatten die Sozialdemokraten die deutschen Arbeiter verraten und einen «Teufelspakt» mit dem preussischen Militarismus geschlossen.[22]

Nirgends ist diese Sicht der Dinge deutlicher ausgedrückt als in den Werken

54. «Prost Noske! Das Proletariat ist entwaffnet!» Zeichnung für die linke satirische Zeitschrift *Die Pleite* von George Grosz, April 1919.

des Berliner Künstlers George Grosz. Grosz, ein früher Parteigänger der dadaistischen Bewegung in Berlin, war aus psychischen Gründen vom Militärdienst freigestellt worden und hatte die letzten Kriegsjahre in Berlin verbracht. Im Dezember 1918 gehörte er zu den ersten von Mitgliedern der Kommunistischen Partei. Er erhielt sein Parteibuch direkt aus den Händen von Rosa Luxemburg. Während des Märzaufstandes versteckte er sich in der Wohnung seiner zukünftigen Schwiegermutter. In einer bemerkenswerten polemischen Zeichnung, die er Anfang April 1919 veröffentlichte, stellte Grosz eine von Leichen übersäte Strasse dar. Bei einer der Leichen sind die Eingeweide zu sehen. Am unteren rechten Rand ragt eine aufgedunsene Leiche in den Bildausschnitt hinein. Die Hose ist hinuntergezogen und gibt den Blick auf verstümmelte Genitalien frei. Der Vordergrund wird dominiert von der Karikatur eines preussischen Offiziers, den Stiefelabsatz auf dem Bauch eines Toten, das Monokel tief in das Gesicht gepresst, die Zähne gebleckt in einer verkrampften Grimasse, die Haltung stocksteif. In der Rechten hält er ein blutverschmiertes Schwert, in der linken eine erhobene Sektflöte. Die Unterschrift lautet: «Prost Noske! Das Proletariat ist entwaffnet!»[23]

Auch für jene, die nicht unbedingt mit den Spartakisten sympathisierten, brachte *Prost Noske!* einen beunruhigenden Aspekt der Ereignisse vom Frühjahr 1919 zum Ausdruck. Die ungewöhnliche Brutalität der Repressionen war zutiefst bedenklich. Es handelte sich um eine neue Form des politisch motivierten Terrors: Sie stöberten die Linken in ihren Verstecken auf, misshandelten sie und richteten sie im Schnellverfahren hin. Die Berliner Presse berichtete von improvisierten Tribunalen, die 30 Gefangene gleichzeitig verurteilten und hinrichteten, und Harry Graf Kessler beklagte, dass ein bisher nicht gekannter Geist der «Blutrache» in Berlin eingezogen sei. Was dort – und nicht nur dort[24] – zu beobachten war, waren die Folgen der Brutalisierung durch den Krieg und die schlussendliche Niederlage sowie einer zunehmend anti-zivilen Einstellung des Militärs. Hinzu kamen die verunsichernden ideologischen Auswirkungen der russischen Oktoberrevolution von 1917.

Ein weiteres ominöses Merkmal der Konflikte von 1919 war die wachsende Abhängigkeit der neuen politischen Führung von einem militärischen Establishment, dessen Enthusiasmus für die noch junge deutsche Republik, gelinde gesagt, zweifelhaft war. Wie zweifelhaft, das zeigte sich im Januar 1920: Einige ranghohe Offiziere weigerten sich rundheraus, die militärischen Auflagen des Versailler Vertrags umzusetzen. An der Spitze der Rebellion stand kein anderer als General Walther Freiherr von Lüttwitz, der die Truppen befehligt hatte, die im Januar und März an den Repressionen in Berlin beteiligt gewesen waren. Als er von Reichswehrminister Noske den Befehl erhielt, die Marinebrigade unter Kapitän Hermann Ehrhardt aufzulösen, die im Jahr zuvor gegen die Räterepublik in München eingesetzt worden war, weigerte sich Lüttwitz. Stattdessen forderte er Neuwahlen und für sich den Oberbefehl über das gesamte deutsche Heer – ein weiteres Beispiel für jenen Geist der egoistischen Befehlsverweigerung, der sich in der altpreussischen Militärführung breitgemacht hatte, seitdem Hindenburg und Ludendorff während des Ersten Weltkrieges die Regierung sozusagen in Geiselhaft genommen hatten. Am 10. März 1920 wurde Lüttwitz aus dem Militärdienst entlassen; drei Tage später unternahm er gemeinsam mit Wolfgang Kapp einen Putschversuch.

Der konservative ultranationalistische Aktivist Kapp war ein politischer Intrigant, der schon in den Sturz von Kanzler Bethmann Hollweg 1917 verwickelt gewesen war. Das Ziel der Putschisten war, die Regierung der Republik durch

ein autokratisches Militärregime zu ersetzen. Am 13. März nahmen Lüttwitz und die Brigade Ehrhardt das Regierungsviertel der Hauptstadt ein. Die Regierung musste fliehen, zuerst nach Dresden, dann weiter nach Stuttgart. Kapp ernannte sich selbst zum Reichskanzler und Ministerpräsidenten von Preussen; Lüttwitz wurde Reichswehrminister und Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Für einen Augenblick sah es so aus, als sei die Geschichte der jungen Republik schon wieder zu Ende. Aber nur vier Tage später war der schlecht vorbereitete Putsch gescheitert. Dem von der SPD initiierten Generalstreik, der die gesamte Industrie und Teile der Verwaltung lahmlegte, hatten die Möchtegern-Diktatoren nichts entgegenzusetzen. Kapp verkündete am 17. März seinen «Rücktritt» und stahl sich eilends nach Schweden davon. Noch am selben Abend gab auch Lüttwitz auf, der später in Österreich wieder auftauchte.

Die Probleme mit der Reichswehr und ihrem Verhältnis zur Führung der Republik blieben auch nach dem Scheitern des Kapp-Lüttwitz-Put – sches virulent. Ab März 1920 lag die oberste Heeresleitung in den Händen von Hans von Seeckt, eines preussischen Generalstabsoffiziers aus Schleswig-Holstein, der sich ursprünglich geweigert hatte, gegen Kapp und Lüttwitz vorzugehen, sich nach deren Scheitern jedoch ostentativ hinter die Regierung stellte. Unter seiner Führung enthielt sich die Heeresleitung offensichtlicher politischer Interventionen und konzentrierte sich darauf, die militärische Stärke Deutschlands wieder aufzubauen und dabei den engen Spielraum des Versailler Vertrags so gut wie möglich auszunutzen. Dennoch blieb das Heer in vielerlei Hinsicht ein Fremdkörper im Gefüge der Republik. Seine Loyalität galt nicht der tatsächlichen politischen Führung, sondern dem «dauerhaften und unsterblichen» Deutschen Reich.[25] In einem 1928 veröffentlichten Aufsatz erläuterte Seeckt, welcher Status dem Militär in einem republikanischen Staat seiner Ansicht nach zukam. Er gestand zu, dass die Kontrolle über das Militär in der Hand der «obersten Staatsleitung» liegen müsse, betonte jedoch gleichzeitig: «Das Heer hat dafür das Recht, vom Staat zu fordern, dass sein Anteil am Leben und Wesen des Staates volle Berücksichtigung findet» – was auch immer darunter zu verstehen war.

Wie weit gefasst Seeckts Vorstellungen vom Status des Heeres waren, fand Ausdruck in der Forderung, dass in der Innen- und Aussenpolitik die militärischen Interessen, die sich im Heer manifestierten, volle Berücksichtigung finden müssten und dass die «besondere Lebensart» des Heeres respektiert werden

müsse. Noch vielsagender war die Feststellung, dass das Heer nur «dem Staat als Ganzes» untergeordnet sei, nicht «einzelnen Teilen des Staatsorganismus». Offen liess er die Frage, wer oder was genau diese Totalität des Staates verkörpere, wobei man versucht ist, seine Worte als Artikulation eines verkappten Monarchismus zu lesen, dessen Loyalität letztlich nicht dem Staat galt, sondern dem leeren Thron des abgedankten Kaisers bzw. Königs. Anders gewendet: Die Legitimität dieser Armee leitete sich von etwas ab, das ausserhalb der bestehenden politischen Ordnung lag, und ihre Bereitschaft, diese Ordnung aufrechtzuerhalten, stand unter Vorbehalt[26] – ein problematisches Erbe der preussischen Verfassungstradition, in der das Heer den Treueid auf den Monarchen geschworen hatte und somit in die Strukturen der zivilen Verwaltung nicht eingebunden war.

Preussen wird demokratisch

Die Welt schien Kopf zu stehen. Der preussische Staat war durch Niederlage und Revolution hindurchgegangen, und jetzt waren die Polaritäten des politischen Systems vertauscht. In dieser verkehrten Welt setzten sozialdemokratische Minister Truppen ein, um die Aufstände linker Arbeiter niederzuschlagen. Es entstand eine neue politische Elite; ehemalige Schlosserlehrlinge, Verwaltungsangestellte und Korbmacher sassen plötzlich auf preussischen Ministersesseln. In diesem neuen Preussen lag die Souveränität gemäss der preussischen Verfassung vom 30. November 1920 bei der «Gesamtheit des Volkes». Das preussische Parlament wurde von keiner höheren Instanz mehr einberufen und aufgelöst, sondern konstituierte sich nach den Massgaben der Verfassung selbst. Im Gegensatz zur Weimarer (Reichs-)Verfassung, die eine enorme Machtkonzentration in der Person des Reichspräsidenten vorsah, kam das preussische System ohne einen Präsidenten aus. In dieser Beziehung war es ein stärker demokratisch und weniger autoritär geprägtes System als die Weimarer Republik. Eine republikanische Koalition unter der Führung der SPD, der neben Sozialdemokraten Abgeordnete der Zentrumspartei, der linksliberalen DDP und – später – der rechtsliberalen DVP angehörten, verfügte von 1920 bis 1932 (mit einigen ganz kurzen Unterbrechungen) stets über die Mehrheit im preussischen Landtag und stellte die Regierung. Preussen wurde in Deutschland zum

«Bollwerk der Demokratie» und zur wichtigsten Bastion der politischen Stabilität in der Weimarer Republik. War die Politik auf Reichsebene geprägt von Extrempositionen, Konflikten und häufigen Regierungswechseln, so stand die Grosse Koalition in Preussen sicher in den Stürmen der Zeit und steuerte einen moderaten Reformkurs. Kam es aufgrund politischer Krisen regelmässig zur vorzeitigen Auflösung des Reichstags, so hatten die preussischen Landtage (mit Ausnahme des letzten) stets über die volle Legislaturperiode hinweg Bestand.

Die wichtigste Persönlichkeit in diesem überraschend stabilen politischen System war der «rote Zar von Preussen», Ministerpräsident Otto Braun. Braun war in Königsberg geboren und hatte das Steindruckerhandwerk erlernt. Im Alter von 16 Jahren trat er 1888 in die SPD ein und machte sich dort schnell einen Namen als Anführer der sozialistischen Bewegung unter ostpreussischen Landarbeitern. Im Jahr 1911 wurde er in den Parteivorstand gewählt und gehörte zwei Jahre später zum kleinen Kontingent von SPD-Abgeordneten im Preussischen Abgeordnetenhaus. Seine Besonnenheit und sein Pragmatismus haben dazu beigetragen, im grössten deutschen Teilgebiet einen Rahmen zu schaffen, der eine reibungslose Regierungsarbeit ermöglichte. Wie viele andere Sozialdemokraten seiner Generation bekannte sich Braun zu einer tiefen Verbundenheit mit Preussen und hatte grossen Respekt vor den intrinsischen Werten und der Legitimität des preussischen Staates – eine Einstellung, die zu einem gewissen Grad von allen Koalitionspartnern geteilt wurde. Sogar die Zentrumspartei schloss ihren Frieden mit einem Staat, in dem Katholiken einst so vehement verfolgt worden waren. Der Höhepunkt dieser Annäherung war das Konkordat zwischen dem preussischen Staat und dem Vatikan, das am 14. Juni 1929 von Eugenio Pacelli, dem apostolischen Nuntius, sowie Otto Braun (preussischer Ministerpräsident), Carl H. Becker (preussischer Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung) und Hermann Höpker Aschoff (preussischer Finanzminister) unterzeichnet wurde.[27] Im Jahr 1932 konnte Braun mit einer gewissen Befriedigung auf das zurückblicken, was man seit dem Ende des Ersten Weltkrieges erreicht hatte. In einem Artikel, der 1932 im SPD-Blatt *Volksbanner* erschien, wies er darauf hin, dass das einst von Klassenherrschaft und der politischen Unterdrückung der Arbeiterklasse geprägte Preussen, der Staat der jahrhundertealten Hegemonie der Junkerkaste, innerhalb von nur zwölf Jahren in einen republikanischen Volksstaat umgewandelt worden sei.[28]

Aber wie tiefgreifend war diese Umwandlung? Wie tief ist die neue politische Elite in die Strukturen des alten preussischen Staates eingedrungen? Die Antwort hängt davon ab, worauf man das Augenmerk richtet. Wenn man die Justiz betrachtet, sind die Erfolge der neuen Machthaber wenig beeindruckend. Zwar gab es vereinzelte Verbesserungen – Gefängnisreform, Schlichtungsverfahren, Rationalisierung der Verwaltung –, aber es wurde kaum etwas unternommen, um die Ausbildung einer republikanischen Gesinnung in den oberen Rängen der Justizbürokratie zu fördern. Besonders die Richter standen der Legitimität der neuen Ordnung skeptisch gegenüber. Viele Richter trauerten König und Krone nach – in einem berühmten Ausspruch von 1919 beklagte der Vorsitzende des Deutschen Richterbundes, Johannes Leeb: «Jede Majestät ist gefallen, auch die Majestät des Gesetzes.» Es war kein Geheimnis, dass viele Richter gegenüber linken politischen Straftätern voreingenommen und bei Verbrechen von rechten Extremisten tendenziell nachsichtiger waren.[29] Das entscheidende Hindernis für ein radikales Vorgehen des Staates auf diesem Gebiet war ein – vor allem bei der Zentrumspartei und den Liberalen verbreiteter – tief verwurzelter Respekt vor der fachlichen und persönlichen Unabhängigkeit der Richter. Dass die Richter autonom, d.h. vor politischen Vergeltungsaktionen und Einflussnahmen sicher waren, betrachtete man als unabdingbare Voraussetzung für die Integrität eines Gerichtsverfahrens. Als dieses Prinzip in der preussischen Verfassung von 1920 erst einmal festgeschrieben war, wurde eine grundlegende Säuberung der Justiz von antirepublikanischen Elementen unmöglich. Die Veränderung des Ernennungsprozesses und die Einführung eines vorgeschriebenen Pensionierungsalters versprachen Verbesserungen in der Zukunft, aber das 1920 eingesetzte System hielt sich nicht lange genug, als dass diese Nachbesserungen hätten Wirkung zeigen können. Ein Senator des Staatsgerichtshofes in Berlin schätzte 1932, dass gerade mal fünf Prozent der preussischen Richter als Republikaner gelten konnten.

Ausserdem erbte die SPD-geführte Regierung eine Beamtenschaft, die in der Kaiserzeit sozialisiert, rekrutiert und ausgebildet worden war und deren Republiktreue dementsprechend schwach war. Wie schwach, das zeigte sich im März 1920, als viele Regierungsbeamte auf Provinz- und Bezirksebene in ihren Büros einfach weiterarbeiteten und damit implizit den Führungsanspruch der Möchtegern-Usurpatoren Kapp und Lüttwitz akzeptierten. Besonders akut war die Lage in Ostpreussen, wo sämtliche Landräte die neue «Regierung» anerkannten.[30]

Der Erste, der dieses Problem mit der nötigen Vehemenz anging, war der neue sozialdemokratische Innenminister Carl Severing, ein ehemaliger Schlosser aus Bielefeld, der seinen Aufstieg in der SPD der Tätigkeit als Journalist und Redakteur verdankte und 1907 bis 1912 Reichstagsabgeordneter gewesen war. Im «System Severing» wurden kompromittierte Amtsträger entlassen und alle Kandidaten für «politische» (d.h. höhere) Verwaltungsposten von den Regierungsparteien überprüft. Es dauerte nicht lange, bis diese Praxis spürbare Auswirkungen auf die politische Zusammensetzung der oberen Etagen zeitigte. Bis 1929 waren 291 von 540 politischen Beamten in Preussen Mitglieder der republikanischen Koalitionsparteien SPD, Zentrum und DDP. Neun von elf Oberpräsidenten in den Provinzen und 21 von 32 Regierungspräsidenten in den Bezirken gehörten einer der Koalitionsparteien an. Im Zuge dieses Prozesses änderte sich die Zusammensetzung der politischen Elite: Waren 1918 noch elf von zwölf Oberpräsidenten in den Provinzen Adelige gewesen, so stammten von den Männern, die diese Position zwischen 1920 und 1932 innehatten, nur zwei aus dem Adel. Dass es gelang, diese Umstrukturierung durchzuführen, ohne das Funktionieren des Staates zu gefährden, war eine bemerkenswerte Leistung.

Ein weiteres wichtiges Gebiet war das Polizeiwesen. Die preussische Polizei war mit Abstand die grösste im Deutschen Reich. Auch bei ihr gab es nagende Zweifel bezüglich ihrer politischen Loyalität, vor allem nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch, bei dem die preussische Polizeiführung es versäumt hatte, der Regierung ihre uneingeschränkte Loyalität zu versichern. Nur zwei Wochen nach dem Zusammenbruch des Putsches, am 30. März 1920, kündigte Otto Braun an, er beabsichtige die preussischen Sicherheitsorgane «an Haupt und Gliedern gründlich» umzugestalten.[31] Auf diesem Gebiet war die personelle Erneuerung relativ unproblematisch, da die Entscheidung über Neubesetzungen ausschliesslich beim Innenministerium lag, das, von einer kurzen Unterbrechung abgesehen, bis 1932 in der Hand der SPD war. Die Verantwortung für die Personalpolitik trug (ab 1923) der dezidiert republikanisch gesinnte Polizeichef Wilhelm Abegg, der dafür sorgte, dass alle Schlüsselpositionen mit Anhängern der Republik besetzt wurden. Bis Ende der zwanziger Jahre bestanden die höheren Ränge der Polizei vollständig aus Republikanern – 15 von 30 preussischen Polizeipräsidenten waren am 1. Januar 1928 Sozialdemokraten, fünf gehörten der Zentrumspartei an, vier der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), und drei

waren Mitglieder der Deutschen Volkspartei (DVP); die übrigen drei bekannten sich zu keiner politischen Partei. Auf allen Ebenen des Polizeidienstes war es offizielle Massgabe, zu den Auswahlkriterien bei der Rekrutierung nicht nur die geistige und körperliche Eignung eines Kandidaten zu zählen, sondern auch sein Verhalten in der Vergangenheit, das garantiere, dass er sich in positiver Weise für den Staat einsetzen werde.[32]

Dennoch blieben Zweifel an der politischen Zuverlässigkeit der Polizei. Die grosse Mehrheit der Beamten waren ehemalige Soldaten, die militärische Haltungen und Einstellungen mit in den Polizeidienst brachten. Unter den hochrangigen Polizeikadern gab es immer noch einen grossen Anteil altpreussischer Reserveoffiziere mit informellen Beziehungen zu diversen rechtsgerichteten Organisationen. Die Haltung in den meisten Polizeieinheiten war konservativ und antikommunistisch, nicht jedoch dezidiert republikanisch. Die Staatsfeinde suchte man eher bei den Linken – einschliesslich des linken Flügels der Regierungspartei SPD – als bei den Extremisten von rechts, denen man, wenn auch nicht mit Sympathie, so doch mit Nachsicht begegnete. Ein Polizeibeamter, der offen seine Loyalität zur Republik äusserte, lief Gefahr, ein Aussenseiter zu bleiben. Marcus Heimannsberg zum Beispiel, ein Funktionär der Zentrumspartei, war ein Mann von einfacher Herkunft, der unter der Protektion des SPD-Innenministers Carl Severing rasch in die höheren Ränge aufstieg. Sozial blieb er jedoch isoliert, weil die anderen hochrangigen Beamten ihm seine politischen Kontakte übel nahmen. Andere Republikaner, die nicht das Glück hatten, protegiert zu werden, wurden von ihren Kollegen diskriminiert und riskierten, dass sie bei der Beförderung übergangen wurden. Vielerorts wurden Polizisten, die für ihre republikanische Gesinnung bekannt waren, von den geselligen – und für den beruflichen Aufstieg wichtigen – Stammtischabenden ausgeschlossen.[33]

Letztlich muss man die Leistungen der preussischen Staatsführung daran messen, was unter den gegebenen Umständen realistisch gesehen machbar war. Eine Säuberung der Justiz war nicht nur bei den Liberalen und der Zentrumspartei, sondern auch beim rechten Flügel der SPD nicht durchzusetzen, da sie allesamt das rechtsstaatliche Prinzip hochhielten, nach dem Richter Immunität gegenüber politischer Einflussnahme genossen. Zwar trifft es zu, dass einige rechtsorientierte preussische Richter in politischen Prozessen unausgewogene Urteile gefällt haben. Diese Urteile wurden allerdings dadurch relativiert, dass

es sehr häufig Amnestien für politische Straftäter gab; ihre Bedeutung ist in der Literatur zur politischen Justiz in der Weimarer Republik wohl überschätzt worden.[34] Längerfristig hätten das neue Pensionierungsalter und die neuen Richtlinien für die Ernennung von Richtern fraglos dazu beigetragen, eine eindeutig republikanisch ausgerichtete Justiz aufzubauen. Was die Beamtenschaft betrifft, so kam eine vollständige Säuberung des Regierungsapparats nicht in Betracht, weil das der gemässigten Einstellung der preussischen Koalition widersprochen hätte – ganz abgesehen davon, dass nicht genügend qualifizierte Republikanhänger zur Verfügung standen. Um die Stabilität und Effektivität der Polizei zu gewährleisten, schien es vor allem in den unruhigen frühen Jahren der Republik der beste Weg zu sein, einen republikanischen Führungskader einzusetzen und den Grossteil der Beamten vom alten Regime zu übernehmen. Die Koalitionsregierungen entschlossen sich also zu einer Politik der allmählichen Republikanisierung. Sie konnten nicht ahnen, dass die deutsche Republik ausgelöscht sein würde, ehe dieses Programm seine Wirkung voll entfalten konnte.

Die eigentliche Bedrohung der Existenz Preussens kam ohnehin nicht aus den Reihen der Staatsverwaltung, sondern von mächtigen Interessengruppen ausserhalb des Staates, die den Sturz der Republik anstrebten. Der Spartakusaufstand von 1919/20 war zwar niedergeschlagen worden, aber die Linksextremen konnten weiterhin eine bedeutende Anhängerschaft mobilisieren – die kommunistische Partei war sogar die einzige, deren Stimmenanteil in Preussen mit jedem Wahlgang kontinuierlich anstieg, von 7,4 Prozent im Jahr 1921 auf 13,2 Prozent 1933. Ideologisch weniger homogen, dafür umso zahlreicher und ebenso radikal und entschlossen waren die Kräfte, die sich am rechten Rand des politischen Spektrums formierten. Was an der preussischen (und generell der deutschen) Politik in der Weimarer Zeit ins Auge springt, ist die Tatsache, dass das «konservative Milieu» in der politischen Kultur der neuen Republik nie so recht heimisch wurde. Stattdessen entstand eine breite, radikalisierte und in sich gespaltene rechte Opposition, die sich weigerte, die Legitimität der neuen Ordnung anzuerkennen.

Die bedeutendste Organisation der politischen Rechten im Preussen der Weimarer Zeit war bis 1930 die Deutschnationale Volkspartei (DNVP). Gegründet wurde sie am 29. November 1918, einen Tag nach der offiziellen Abdankung Wilhelms II. Formal gesehen war sie eine Nachfolgeorganisation der konservativen preussischen Parteien der Kaiserzeit. Das erste Programm der DNVP wur-

de bereits am 24. November 1918 in der *Kreuzzeitung* veröffentlicht, einem konservativen Berliner Blatt, das während der 1848er-Revolution gegründet worden war. Insgesamt betrachtet war die DNVP jedoch eine neue Kraft in der preussischen Politik. Ihre soziale Basis wurde nicht mehr so stark von ostelbischen Grundbesitzern dominiert, da sich auch in den Städten viele von ihr angesprochen fühlten, von Büroangestellten und Sekretärinnen bis hin zu mittleren und höheren Führungskräften. Von den 49 DNVP-Abgeordneten, die am 26. Januar 1919 in die verfassunggebende preussische Landesversammlung gewählt wurden, hatten nur 14 vor 1918 dem preussischen Landtag angehört. Das Spektrum der bunt gemischten Partei reichte von moderaten, pragmatischen Konservativen (einer Minderheit) bis hin zu ultranationalen Befürwortern einer Wiedereinführung der Monarchie bzw. einer «konservativen Revolution» und Anhängern eines rassistischen «völkischen» Radikalismus. Damit hatte die Partei eine unbehagliche Position inne, irgendwo zwischen dem «alten» preussischen Konservatismus und den extremistischen Positionen der deutschen «neuen Rechten».[35]

Die politisch-kulturelle Matrix des alten ostelbischen Konservativismus existierte nicht mehr. Sie hatte sich schon seit 1890 im Wandel befunden, und nach 1918 löste sie sich ganz auf. Da war zunächst der Schaden, den die konservativen Netzwerke in der Revolution von 1918/19 genommen hatten. Faktisch wurden sämtliche Privilegien, auf die sich die agrarische politische Lobby gestützt hatte, hinweggefegt. Die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts entzog der politischen Hegemonie des Konservatismus mit einem Schlag die Basis, und die Abdankung des Kaisers und die Proklamation der Republik kamen der Enthauptung jenes überkommenen Systems von Privilegien und Patronage gleich, das den beispiellosen Einfluss des Landadels auf die Bürokratie sichergestellt hatte. Selbst auf regionaler und lokaler Ebene zeichnete sich bald eine Veränderung der politischen Landschaft ab, nämlich in dem Masse, in dem die Oberpräsidenten und Landräte der alten Schule von republikanischen Nachfolgern abgelöst wurden.

All das fiel in eine Zeit nie da gewesener wirtschaftlicher Umbrüche. Durch die Beseitigung von Antistreikgesetzen, den Zusammenschluss von Landarbeitern und die Aufhebung der alten Gesindeordnung gerieten die Löhne auf dem landwirtschaftlichen Sektor unter Druck. Steuerreformen beseitigten die steuerlichen Ausnahmen, die seit jeher ein strukturelles Kennzeichen der preussi-

schen Landwirtschaft gewesen waren. Ausserdem war die neue Republik für die protektionistischen Argumente der Gutsbesitzer viel weniger empfänglich als die Regierungen der Kaiserzeit. Um den Export industriell gefertigter Güter zu erleichtern, wurden die Zollschranken abgebaut. Dies führte zu einem dramatischen Anstieg der Lebensmitteleinfuhren, der sich auch nach der Wiedereinführung eines gekürzten Zollsatzes 1925 fortsetzte. Infolge der steigenden Steuern und Zinsen, der galoppierenden Verschuldung, des Lohndrucks und fehlgeleiteter Investitionen während der Inflation gingen viele Lebensmittelproduzenten – vor allem grössere Güter – bankrott.[36] Auch nach der Währungsstabilisierung 1924 liess der Druck auf die Landwirtschaft nicht nach. Im Gegenteil, die späten Jahre der Weimarer Republik waren aus Sicht des agrarischen Sektors geprägt von unvorhersehbaren Preisschwankungen und Wirtschaftskrisen.[37]

Die Beseitigung der letzten Reste des alten konservativen Milieus hatte auch eine religiöse Dimension. Für die Protestanten in der Preussischen Union, die in den ostelbischen Gebieten die Bevölkerungsmehrheit stellten, war der Verlust des Königs mehr als ein rein politischer Vorgang. Die Preussische Union war schon immer eine gezielt auf den König ausgerichtete Institution gewesen: Der König von Preussen war *ex officio* ranghöchster Bischof und Schirmherr der Union, mit weit reichenden Befugnissen und einer besonderen Stellung im liturgischen Leben. Insbesondere Wilhelm II. hatte seine leitende kirchliche Rolle ausgesprochen ernst genommen.[38] Für die preussischen Protestanten war demzufolge mit dem Ende der Monarchie eine gewisse institutionelle Orientierungslosigkeit verbunden. Hinzu kamen erhebliche Verluste protestantischer Gebiete (Preussens und Deutschlands) in Westpreussen und der ehemaligen Provinz Posen sowie das offen atheistische und antichristliche Auftreten einiger prominenter republikanischer Politiker.[39] Für zusätzliche Irritation sorgte die Tatsache, dass es der katholischen Zentrumspartei gelungen war, sich im neuen System eine einflussreiche Position zu sichern.

Viele preussische Protestanten reagierten auf diese Entwicklungen, indem sie sich von der Republik abwandten und in Scharen die DNVP wählten, die trotz anfänglicher Avancen an die katholische Wählerschaft eine überwiegend protestantische Partei blieb. Ein ranghöher Kleriker verwies im September 1930 auf das Problem, dass die loyalsten Mitglieder der Kirche die derzeitige Regierungsform ablehnen würden.[40] Die Anzeichen einer zunehmenden Zersplitterung und Radikalisierung im religiösen Bereich mehrten sich. Nach 1918 wurde

es grosse Mode, die Legitimität der evangelischen Kirche rational zu begründen, indem man sich auf ihre nationale und ethnisch-deutsche Bestimmung berief. Eine von vielen völkisch-religiösen Gruppierungen, die in den frühen Jahren der Weimarer Republik entstand, war der Bund für deutsche Kirche. Gegründet wurde er 1921 von Joachim Kurd Niedlich (Pseudonym Jörg Joachim), einem Studienrat am renommierten Französischen Gymnasium in Berlin. Niedlich wurde bekannt als Vertreter einer rassistisch-christlichen Weltanschauung, die in der Idee wurzelte, Jesus sei ein heroischer Kämpfer und Gottessucher von nordischer Abstammung gewesen. Im Jahr 1925 vereinigte sich der Bund mit der neu gegründeten «Deutsch-christlichen Arbeitsgemeinschaft». In ihrem gemeinsamen Programm forderten sie unter anderem die Schaffung einer deutschen Nationalkirche sowie die Herstellung einer «deutschen Bibel», die dem deutschen Gemüt entspreche. Ausserdem propagierten sie die Rassenhygiene in Deutschland.[41]

Der Einfluss ultranationalistischen und völkischen Gedankenguts war nicht auf Randgebiete des kirchlichen Lebens beschränkt. Nach 1918 kam der Sorge um die deutschen protestantischen Gemeinden in den nunmehr polnischen Gebieten eine grosse symbolische Bedeutung zu. Viele Protestanten, vor allem die in Preussen, setzten die Zwangslage ihrer Kirche gleich mit dem Zustand des deutschen Volkes insgesamt. «Volk und Vaterland» war das offizielle Motto des zweiten Deutschen Evangelischen Kirchentages, der 1927 in Königsberg stattfand.

Eng verknüpft mit dieser Schwerpunktverlagerung war ein Hang zum Antisemitismus, der immer ausgeprägter wurde. Eine Veröffentlichung des Bundes für deutsche Kirche von 1927 verkündete, Christus werde am Ende als göttlich verklärter Siegfried der «jüdisch-satanischen Schlange» mit seiner «eisernen Faust» den Hals brechen.[42] Im Lauf der zwanziger Jahre agitierte eine ganze Reihe christlicher Gruppierungen gegen die offiziellen Sammlungen für die Judenmission, und im März 1930 beschloss die Generalsynode der Altpreussischen Union, dass die Mission kein offizieller Nutzniesser von Kirchenmitteln mehr sein solle.[43] Bestürzt über diese Entscheidung verfasste der Präsident der Berliner Mission einen Rundbrief an die Konsistorien und Kreiskirchenräte der preussischen Staatskirche, in dem er vor den heimtückischen Auswirkungen des Antisemitismus warnte und feststellte: «Erstaunlich, ja erschreckend gross ist die Zahl der landeskirchlichen Geistlichen, zumal der jüngeren Generation, welche der [von den Antisemiten] betriebenen Agitation schon fast erlegen

sind.»[44] Unter denen, die in der jüdischen Minderheit eine Bedrohung für das deutsche «Volkstum» sahen, waren hochrangige Akademiker an den theologischen Fakultäten Preussens. Eine Untersuchung der evangelischen Sonntagsblätter der Jahre 1918 bis 1933 macht deutlich, wie ausgeprägt die ultranationalistische und antijüdische Stimmung in protestantischen Kreisen waren.[45] Es war unter anderem dieser Prozess der Neuorientierung und Radikalisierung, der es den Nationalsozialisten so leicht machte, sich im protestantischen Milieu östlich der Elbe zu etablieren.[46]

Und was wurde aus der alten preussischen Elite, den Junkern, die einst die ostelbischen Gebiete dominiert hatten? Von allen gesellschaftlichen Gruppen waren die Junker von den Nachkriegsumwälzungen am stärksten betroffen. Für die ältere Generation des preussischen Militäradels war die Erfahrung des verlorenen Krieges und der Revolution geradezu traumatisch. Am 21. Dezember 1918 befahl General von Tschirschky, Kommandant des 3. Garde-Ulanen-Regiments und ehemaliger Flügeladjutant, eine letzte Parade in Potsdam. «Da stand er, der alte rotweinfreudige Haudegen, mit seinem schneidigen Kaiser-Wilhelm-Schnurrbart und einer Stentorstimme, die den Lärm des ganzen Bornstedter Feldes überdonnern konnte – und die Tränen liefen ihm über die rauhen Backen.»[47] Zeremonien dieser Art – und es gab viele davon – waren bewusste historische Rituale des Abschieds und des Rückzugs, das Eingeständnis, dass die alte Welt unterging. Siegfried Graf zu Eulenburg-Wicken, der letzte Kommandant des 1. Garderegiments zu Fuss, brachte dieses Gefühl des Abschlusses in einer «Abschiedszeremonie» zum Ausdruck, die im Winter 1918 in der «Totenstille» der Garnisonkirche zu Potsdam organisiert wurde. Die Anwesenden waren sich bewusst, erinnerte sich ein Teilnehmer, dass «das Alte zusammengebrochen war und keine Zukunft mehr hatte.»[48]

Diese eindrucksvollen Inszenierungen waren jedoch keineswegs typisch für die allgemeine Stimmung in preussischen Adelsfamilien. Zwar fügten sich manche Adlige (vor allem der älteren Generation) fatalistisch dem Lauf der Dinge und zogen sich zurück; andere hingegen (vor allem die jüngere Generation) waren entschlossen, Herr der Lage zu bleiben und ihre angestammten Führungspositionen zurückzuerobern. In vielen Gebieten östlich der Elbe war der im Landbund organisierte Adel erstaunlich erfolgreich, wenn es darum ging, lokale Organisationen der Revolution zu infiltrieren, ländliche Institutionen von einer Politik der radikalen Umverteilung abzubringen, und sie auf die Linie

einzuschwören, die der agrarische Block schon im alten Regime verfolgt hatte. So wurde beispielsweise der Heimatbund Ostpreussen, eine landwirtschaftliche Gruppierung mit ultranationalistischen und antidemokratischen politischen Zielen, von Adeligen dominiert.[49] Viele junge Adelige, vor allem aus den weniger angesehenen Familien, spielten eine wichtige Rolle bei der Aufstellung der Freikorps, die in den ersten Monaten der Republik die extreme Linke zerschlugen. Diese Männer erlebten die Gewaltexzesse der Freikorps als eine Befreiung, als berauschende Erlösung vom Gefühl des Verlusts und eines Sturzes ins Bodenlose. Die in den frühen Jahren der Republik veröffentlichten Memoiren adeliger Freikorpsmitglieder zeugen davon, wie diese die traditionellen Ehrenkodizes vollständig abgeschüttelt haben und in die Rolle des brutalen, hemmungslosen, republikfeindlichen, hypermännlichen Kämpfers geschlüpft sind, bereit zu brutaler und willkürlicher Gewalt gegen einen ideologisch definierten Feind.[50]

Für den ostelbischen Adel war das Ende der preussischen Monarchie ein existenzieller Schock – in höherem Masse als für alle anderen gesellschaftlichen Gruppen. «Mir ist es noch immer so, als ob ich ohne meinen Kaiser und König nicht leben könnte», schrieb der Magnat Dietlof Graf von Arnim-Boitzenburg, der letzte Präsident des preussischen Oberhauses, im Januar 1919.[51] Dennoch war die Einstellung der meisten Adeligen zum im Exil lebenden König und seiner Familie ambivalent. Die schmachvollen Umstände, unter denen der Monarch zurückgetreten war, insbesondere die Tatsache, dass er es versäumt hatte, das Prestige der Krone zu retten, indem er sein Leben in der Schlacht opferte, verhinderte bei vielen Vertretern des preussischen Adels eine echte Identifikation mit dem letzten Herrscher auf dem preussischen Thron. Deshalb konnte sich der Monarchismus nicht zu einer Ideologie ausformen, die dem gesamten konservativen Adel einen gemeinsamen und stabilen Standpunkt verschafft hätte. Der Adel, besonders die jüngere Generation, entfernte sich immer weiter vom Monarchismus ihrer Väter und Grossväter, der an eine Person aus Fleisch und Blut gebunden war, und näherte sich der diffusen Idee eines «Führers» an, dessen Charisma und natürliche Autorität das Vakuum füllen sollte, das die Abdankung des Königs hinterlassen hatte.[52] Ein typischer Ausdruck dieser Sehnsucht sind die Tagebuchaufzeichnungen von Andreas Graf von Bernstorff, Spross einer angesehenen Familie, die dem preussischen Thron treu gedient hatte: «Uns kann nur ein Diktator noch helfen, der mit eisernem Besen zwi-

schen dieses ganze internationale Schmarotzer-Gesindel fährt. Hätten wir doch, wie die Italiener, einen Mussolini!»[53] Kurz, die Weimarer Jahre wurden Zeuge einer drastischen Radikalisierung der politischen Einstellungen des preussischen Adels und des gesamten konservativen Milieus östlich der Elbe.

Bis Ende der zwanziger Jahre waren innerhalb der agrarpolitischen Landschaft zahlreiche Interessengruppen und Bewegungen entstanden, die ihre Forderungen immer radikaler artikulierten. Nutzniesser dieser brisanten politischen Lage waren in erster Linie die Nationalsozialisten, die in ihrem Parteiprogramm von 1930 versprachen, den gesamten landwirtschaftlichen Sektor durch ein System von Zöllen und Preisbindungen zu privilegieren. Bauern, die von der DNVP enttäuscht waren, weil es ihr nicht gelungen war, finanzielle Verbesserungen für die Landwirtschaft durchzusetzen, kehrten der Partei auf der Suche nach einer radikaleren Alternative nun den Rücken – insgesamt wechselte ein Drittel derer, die bei der Reichstagswahl von 1928 die DNVP gewählt hatten, bei der Wahl von 1930 ins Lager der NSDAP.[54] Die Bemühungen der DNVP-Führung, die Abtrünnigen durch einen verschärften antirepublikanischen Kurs zurückzugewinnen, waren vergebens. Unter denen, die sich von der nationalsozialistischen Bewegung angesprochen fühlten, waren zahlreiche Mitglieder des ostelbischen Adels. Ein besonders bemerkenswerter Fall ist die Familie Wedel, ein altes pommersches Geschlecht, dessen Mitglieder sich in jedem preussischen Krieg seit der Begründung des Königreichs durch ihren Einsatz für die Krone hervorgetan hatten. Nicht weniger als 77 Mitglieder der Familie Wedel traten in die NSDAP ein – in keiner anderen deutschen Adelsfamilie waren es mehr.[55]

Nirgends war der Wahlerfolg der Nationalsozialisten gewaltiger als in Masuren im südlichen Ostpreussen, wo der Wahlkampf im Sommer 1932 das bizarre Spektakel nationalsozialistischer Kundgebungen auf Polnisch hervorbrachte. Im Juli 1932 gaben 70,6 Prozent der Wähler im Kreis Lyck ihre Stimme der NSDAP, mehr als irgendwo sonst im Reich. Der Stimmenanteil in den benachbarten Kreisen Neidenburg und Johannisburg lag nur wenig darunter. Auch bei den Wahlen vom März 1933 lag die Unterstützung für die Nationalsozialisten in Masuren reichsweit an der Spitze, mit 81 Prozent in Neidenburg, 80,38 Prozent in Lyck und 76,6 Prozent in Ortelsburg – dem Ort, in dem Friedrich Wilhelm III. und Königin Luise auf der Flucht vor den Franzosen einst übernachtet hatten.[56]

Die Auflösung Preussens

Die Reichstagswahlen vom September 1930 brachten für die Nationalsozialisten den ersten grossen Wahlerfolg. Nach den vorangegangenen Wahlen vom Mai 1928 waren sie eine Splitterpartei mit gerade einmal 2,6 Prozent der Wählerstimmen gewesen (nach der heutigen Verfassung der Bundesrepublik wären sie an der 5-Prozent-Klausel gescheitert), und wäre der Reichstag von 1928 nicht vorzeitig aufgelöst worden, dann wäre es bis 1932 auch dabei geblieben. Die Nationalsozialisten profitierten davon, dass der Reichstag auf Veranlassung von Reichspräsident Paul von Hindenburg aufgelöst wurde, und zogen nunmehr mit 18,3 Prozent ins Parlament ein. Die Anzahl der NSDAP-Wähler stieg von 810.000 auf 6,4 Millionen, die Zahl der Abgeordneten von zwölf auf 107. Es handelte sich dabei um den grössten Zugewinn, den je eine Partei von einer Reichstagswahl zur nächsten für sich verbuchen konnte. Die politische Landschaft in Deutschland wurde dadurch komplett umgekrempelt.

Die preussische Regierung war vor einem vergleichbaren Erdrutsch sicher, da es in diesem Jahr keine Landtagswahlen gab. Wie alle seine Vorgänger blieb der preussische Landtag von 1928 vier Jahre lang bestehen. Auf Landesebene waren die Nationalsozialisten weiterhin eine kleine Splitterpartei. Doch blieb die Situation äusserst prekär. Das grösste Problem war, dass die preussische Landesregierung bei der Bekämpfung der Gefahr von rechts nicht mehr mit der Reichsregierung Zusammenarbeiten konnte. Zu Zeiten der SPD-geführten Reichsregierung unter Hermann Müller (1928-1930) hatten sich Reichs- und preussische Landesregierung einig gewusst in der Bekämpfung der nationalsozialistischen Bedrohung. Grundlage für ihr Vorgehen war die Weimarer Reichsverfassung, nach der es Staatsbeamten ausdrücklich verboten war, für eine als verfassungsfeindlich eingestufte Gruppierung politisch aktiv zu werden. Am 25. Mai 1930 erliess die preussische Regierung eine Verordnung, nach der es preussischen Beamten verboten war, Mitglied der NSDAP oder der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) zu sein. Braun drängte seine Kollegen in der Reichsregierung, mit einem Verbot auf Reichsebene nachzuziehen. Reichsinnenminister Carl Severing (SPD) erklärte sich einverstanden und traf Vorbereitungen, die NSDAP als verfassungsfeindliche Organisation zu verbieten. Wenn diese Bemühungen Erfolg gehabt hätten, dann hätte das Kabinett verhindern können, dass Regierungsorganisationen (einschliesslich der Reichs-

wehr) von NSDAP-Mitgliedern unterwandert wurden. Ausserdem hätte man eine Handhabe gegen die thüringische Landesregierung gehabt, wo die Ernennung des Nationalsozialisten Heinrich Frick zum Innenminister der Infiltrierung der Bürokratie mit Nationalsozialisten Tür und Tor geöffnet hatte.[57]

Durch die Septemberwahl änderte sich die Lage. Heinrich Brüning, Müllers Nachfolger als Reichskanzler, liess den Plan eines Verbots fallen und erklärte öffentlich, dass es ein fataler Fehler sei, in der NSDAP eine Bedrohung zu sehen, die vergleichbar sei durch die Kommunistische Partei. Brüning spielte die Gefährlichkeit der Nationalsozialisten auch dann noch herunter, als man im Oktober 1931 bei einem Anführer der paramilitärischen «Sturmabteilung» (SA) geheime Pläne für einen gewaltsamen Umsturz der Weimarer Republik fand sowie Listen anschliessend zu vollstreckender Todesurteile. Langfristig wollte Brüning die Weimarer Verfassung durch eine neue Verfassung ersetzen, die sich stärker an jener des Kaiserreiches orientierte. Dieses Ziel konnte er nur verwirklichen, wenn es ihm gelang, die Linke handlungsunfähig zu machen. Um die SPD aus ihrer preussischen Hochburg zu verdrängen, plante Brüning, das Amt des preussischen Ministerpräsidenten mit dem des Reichskanzlers in Personalunion zu vereinigen – eine Rückkehr zum Bimarck'schen Modell von 1871. Gleichzeitig wollte er aus dem rechten Spektrum einen Machtblock formen, in dem die Nationalsozialisten eine untergeordnete Rolle spielen sollten, und dadurch die Sozialdemokraten von der politischen Macht gänzlich abschneiden.

Mit diesem Ziel vor Augen blockierte die Regierung Brüning alle Anstrengungen der preussischen Regierung, die nationalsozialistische Bewegung auszuschalten. Es war der Berliner Polizeipräsident und ehemalige preussische Innenminister Albert Grzesinski, einer der engagiertesten Verteidiger der Demokratie gegen den Extremismus, der Otto Braun im Dezember 1931 überredete, Haftbefehl gegen Hitler zu erlassen. Doch Brüning verbot die Verhaftung Hitlers. Falls sie versuchen sollten, Hitler festzunehmen, liess er die Preussen wissen, werde Reichspräsident Hindenburg den Haftbefehl mit Hilfe einer bereits vorbereiteten Notverordnung aufheben. Am 2. März 1932 schickte der preussische Ministerpräsident Otto Braun ein 200-seitiges Dossier an Heinrich Brüning. Darin wurde die NSDAP auf der Basis einer eingehenden Analyse ihrer Aktivitäten als staatsgefährdende Organisation entlarvt, die die Verfassung unterminieren und die Republik stürzen wolle. Dem Dossier lag ein Brief bei, mit

dem der Kanzler informiert wurde, dass ein Verbot der SA in Preussen unmittelbar bevorstehe. Erst jetzt, derart unter Druck gesetzt, reagierte Brüning. Er drängte Hindenburg, ein reichsweites Vorgehen gegen die Nationalsozialisten mitzutragen. Das Ergebnis war die Notverordnung vom 13. April 1932, durch die im ganzen Reich sämtliche paramilitärischen Organisationen der NSDAP verboten wurden.

Damit war immerhin ein kleiner Erfolg erzielt. Zu einem gewissen Grad konnte der preussische Staat seiner Rolle als Bollwerk der Weimarer Demokratie gerecht werden. Doch die republikanische Koalition befand sich in einer extrem schwierigen Situation. Man musste davon ausgehen, dass die Millionen von Wählern, die bei den Reichstagswahlen vom September 1930 für die NSDAP gestimmt hatten, dies auch bei der nächsten preussischen Wahl 1932 tun würden. Das Ausmass der Krise konnte nicht mehr geleugnet werden, als eine lockere Allianz rechtsgerichteter Parteien – einschliesslich der DNVP und der NSDAP – im Februar 1931 einen Volksentscheid über die Auflösung des preussischen Landtags durchsetzen konnte. Beim Urnengang im August 1931 stimmten nicht weniger als 9,8 Millionen Preussen dem Antrag zu, wobei eine deutliche Konzentration der Befürworter in den landwirtschaftlich geprägten Provinzen des Ostens zu verzeichnen war. Auch wenn dieses Ergebnis nicht für eine Auflösung reichte – beunruhigend war es in jedem Fall.[58] In vielen Gebieten hatte die SA trotz des Verbots nach wie vor grossen Zulauf. In Ober- und Niederschlesien schnellte die Mitgliederzahl der SA (die jetzt im Verborgenen operierte) von 17.500 im Dezember 1931 auf 34.500 im Juli 1932 empor.[59] In den Städten lieferten sich Nationalsozialisten, Kommunisten, Polizei und Männer vom «Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold», einer republikanischen Miliz, regelmässig Strassenschlachten, bei denen nicht nur Schlagringe, sondern auch Schusswaffen zum Einsatz kamen.[60]

Schon im Vorfeld der Landtagswahlen vom Frühjahr 1932 war abzusehen, dass sich die nächste preussische Regierung auf keine demokratische Mehrheit mehr würde stützen können. Das Wahlergebnis des 24. April 1932 bestätigte die schlimmsten Befürchtungen der bedrängten Republikaner. Bei einer ungewöhnlich hohen Wahlbeteiligung von 81 Prozent kamen die Nationalsozialisten auf stattliche 36,3 Prozent der Stimmen. Hauptleidtragender dieses Erfolgs war die DNVP (deren Anteil auf 6,9 Prozent zusammenschmolz) und die liberalen Parteien DDP und DVP, die mit je 1,5 Prozent auf den Status von Splitterparteien herabsanken. Die Kommunisten konnten mit 12,8 Prozent ihr bis dahin

bestes Ergebnis verbuchen. Die Konsequenz dieses Ausgangs war ein seltsames Interregnum: Nach der überarbeiteten Geschäftsordnung des preussischen Landtags konnte die rechtsextreme republikfeindliche Opposition die Regierung nicht stellen, da sie keine Mehrheit zustande brachte – eine Koalition mit den Kommunisten kam nicht in Frage. Folglich blieb die SPD-geführte Regierungskoalition unter Otto Braun offiziell im Amt, obwohl auch sie über keine Mehrheit im Parlament verfügte und auf das Notverordnungsrecht angewiesen war. Am 14. Juli musste der Staatshaushalt per Notverordnung verabschiedet werden. Die preussische Demokratie hatte ihr Mandat eingebüsst.

Auch auf Reichsebene kam es zu verhängnisvollen Entwicklungen mit weit reichenden Konsequenzen für Preussen. Im Frühjahr 1932 hatte Brüning das Vertrauen von Reichspräsident Hindenburg und seiner konservativen Entourage verspielt. Weder hatte er Fortschritte gegen die preussischen Sozialdemokraten erzielt, noch war es ihm gelungen, die politische Rechte zu einem Block zu formen und die Linke aus der Politik zu verdrängen. Hindenburg war zutiefst konsterniert, als bei der Wahl des Reichspräsidenten am 13. März 1932 (zweiter Wahlgang 10. April) die rechten Parteien ihre eigenen Kandidaten aufstellten (u.a. Hitler für die NSDAP und Duesterberg für die DNVP) und er als Amtsinhaber auf die Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten angewiesen war, um seine Wiederwahl zu sichern. Der mittlerweile 84-jährige Hindenburg, einst eine gefeierte Galionsfigur der nationalistischen Rechten, war zum Kandidaten der Katholiken und Sozialisten geworden.[61] Deutlicher hätte man das Scheitern der Pläne Brünings, einer konservativen Restauration den Weg zu bereiten, kaum demonstrieren können. Die Stimmung Hindenburgs hellte sich nicht gerade auf, als er hörte, dass die Regierung Brüning ein Gesetz vorbereitete, das vorsah, einige finanziell unrentable ostelbische Güter in kleine Parzellen aufzuteilen und an Arbeitslose zu verteilen. Für Hindenburg, der selbst Landbesitzer mit engen Kontakten zum Junkermilieu war, grenzten derartige Pläne an agrarischen Bolschewismus.[62] Brüning stand ohne Mehrheit im Reichstag da und hatte das Vertrauen des Reichspräsidenten verspielt. Am 30. Mai 1932 zog er die Konsequenzen und erklärte seinen Rücktritt.

Mit dem Abgang Brünings verlor die Weimarer Republik den letzten Anschein einer funktionierenden Demokratie. Ersetzt wurde er durch eine Junta von Ultrakonservativen, die sich ohne Umschweife daran machten, die Republik zu demontieren. Am 1. Juni 1932 ernannte Hindenburg Franz von Papen

zum neuen Reichskanzler. Papen entstammte dem westfälischen Landadel, war ein langjähriger Vertrauter des Reichspräsidenten und ein Mann mit ausgeprägt reaktionären Instinkten. Die einflussreichste Persönlichkeit des Kabinetts war Reichswehrminister Kurt von Schleicher, ein mit allen Wassern gewaschener Intrigant, der den Reichspräsidenten überredet hatte, Papen zum Kanzler zu ernennen. Eine weitere Schlüsselfigur war Reichsinnenminister Wilhelm von Gayl. Was das taktische Vorgehen betraf, waren sich Gayl, Papen und Schleicher oft uneinig, doch alle drei waren begeisterte Anhänger eines neuen, konservativen Staates, in dem die politischen Parteien abgeschafft und die Befugnisse gewählter Gremien auf allen Ebenen beschnitten werden sollten. Und alle drei waren der Ansicht, dass die Zeit gekommen war, das republikanische System zurückzudrängen.

Als Erstes galt es, die Nationalsozialisten durch Zugeständnisse zu einer Zusammenarbeit zu bewegen, und zwar zu Bedingungen, die für die Konservativen akzeptabel waren. Hitler hatte seit langem eine erneute Auflösung des Reichstags gefordert. Am 4. Juni, nur drei Tage nach seiner Ernennung, erwirkte Reichskanzler von Papen einen entsprechenden Erlass des Reichspräsidenten. Zehn Tage später setzte er das reichsweite Verbot für die SA und die SS aus. Im Gegenzug versprach Hitler, dass die NSDAP-Fraktion nichts gegen sein Verbleiben im Amt unternehmen und nicht gegen seine Notverordnungen stimmen werde.[63] Die Formierung eines rechten politischen Blocks hatte begonnen.

Als Nächstes kam Preussen an die Reihe. Kurt von Schleicher, die einflussreichste Figur in der Kamarilla um Reichspräsident Hindenburg, hatte sich schon lange dafür ausgesprochen, die preussische Regierung mit Hilfe des präsidialen Notverordnungsrechts aufzulösen und ihre Aufgaben der Exekutive auf Reichsebene zu übertragen.[64] In der Kabinettssitzung vom 11. Juli 1932 forderte Gayl die, wie er sich ausdrückte, «Endlösung» für das preussische Problem:

«Die junge, immer weitere Kreise erfassende Bewegung Adolf Hitlers musste, um die in ihr lebendigen nationalen Kräfte dem Wiederaufbau des Volkes nutzbar zu machen, von den ihr unter Brüning und Severing angelegten Fesseln befreit und zum erfolgreichen Kampf gegen den internationalen Kommunismus geführt werden. [...] Um die Bahn für [diese] Aufgabe frei zu machen und dabei das Reich gegen die schwarzrote Preussenregierung durchzusetzen, [war] der Gegensatz Reich/Preussen ein für allemal aus der Welt zu schaffen.»[65]

Da Gayl diese Punkte in gesonderten Treffen mit Papen und Schleicher bereits abgestimmt hatte, wurde sein Antrag ohne Widerspruch angenommen. Fünf Tage später, am 16. Juli, teilte Papen seinen Kabinettskollegen mit, er habe für das Vorgehen gegen Preussen vom Reichspräsidenten einen «Blankovollmacht» erhalten.[66]

Während die Clique um den Reichspräsidenten ihre Pläne schmiedete, nutzten die Nationalsozialisten die Möglichkeiten, die ihnen Papens Aufhebung des Verbots von SS und SA eröffnete, weidlich aus. Ab dem 12. Juni wimmelte es auf den Strassen erneut von SA-Abteilungen, die die endgültige Abrechnung mit den Kommunisten suchten. Es kam zu einer Welle der Gewalt. In der belebten Industrie- und Hafenstadt Altona, die damals noch von Hamburg unabhängig war und zur preussischen Provinz Holstein gehörte, erreichten die Auseinandersetzungen ihren Höhepunkt. Am 17. Juli 1932, der als «Altonaer Blutsonntag» in die Geschichte eingegangen ist, organisierten die Nationalsozialisten einen Provokationsmarsch durch das (überwiegend kommunistische) Arbeiterviertel. Bei den anschliessenden Ausschreitungen kamen 18 Menschen ums Leben (die meisten wurden von Polizisten erschossen) und mehr als 100 wurden verletzt. Papen und seine Leute sahen ihre Stunde gekommen. Mit dem Argument, die preussische Regierung sei ihrem Auftrag, im eigenen Land für Recht und Ordnung zu sorgen, nicht nachgekommen – ein atemberaubend zynischer Vorwurf, schliesslich hatte Papen selbst das Verbot paramilitärischer Organisationen ausgesetzt –, erreichte der Kanzler, dass Hindenburg am 20. Juli 1932 eine Notverordnung erliess, mit der die Regierung von Ministerpräsident Otto Braun ihres Amtes enthoben wurde. Die preussischen Minister wurden durch «Reichskommissare» ersetzt.[67] Der Berliner Polizeipräsident Albert Grzesinski und sein Stellvertreter Bernhard Weiss wurden ebenso verhaftet wie Marcus Heimannsberg, der bereits erwähnte Zentrumsmann, der in kurzer Zeit in die höheren Ränge der Polizei aufgestiegen war. Sie alle wurden erst wieder freigelassen, als sie sich bereit erklärten, freiwillig von ihren Ämtern zurückzutreten. In Berlin wurde der Notstand ausgerufen.

Die SPD-Führung reagierte auf dieses ganz und gar gesetzeswidrige Manöver mit völliger Passivität und Resignation. Obwohl seit Wochen bekannt war, dass eine derartige Aktion in Vorbereitung war, wurden keinerlei Versuche unternommen, Gegenmassnahmen zu ergreifen. Im Dezember hatten die Sozialde-

mokraten die Eiserne Front gebildet, die aus dem paramilitärischen Reichsbanner «Schwarz-Rot-Gold», Gewerkschaftsorganisationen und Arbeitersportverbänden bestand, doch man verzichtete darauf, sie zu mobilisieren oder auch nur in Alarmbereitschaft zu versetzen. Die SPD unternahm auch dann nichts, als nach dem Altonaer Blutsonntag offensichtlich war, dass ein Staatsstreich unmittelbar bevorstand. Im Gegenteil: Am Tag danach einigte sich die Parteiführung darauf, dass man weder einen Generalstreik ausrufen, noch zum bewaffneten Widerstand aufrufen werde. Für Papen und seine Mitverschwörer war das gelinde gesagt ein ermutigendes Zeichen. Sie konnten jetzt davon ausgehen, dass ihr Plan auf keinen nennenswerten Widerstand treffen würde.

Die Gründe für diese bedauerliche Lethargie sind leicht zu erklären. Zu diesem Zeitpunkt waren die preussischen Sozialdemokraten bereits demoralisiert, weil sie bei den Landtagswahlen im April 1932 die Mehrheit im Parlament eingebüsst hatten. Als Demokraten mit festen Grundsätzen fühlten sie sich durch die Entscheidung des Wählers in ihrer politischen Legitimität geschwächt. Einem Mann wie Otto Braun, der Respekt vor dem Gesetz hatte, fiel der Schritt vom Beamten zum Widerstandskämpfer nicht leicht: «Ich bin vierzig Jahre lang Demokrat gewesen», sagte er zu seinem Sekretär, «und werde jetzt nicht Bandenführer werden.»[68] Wie viele seiner Kollegen war Braun überzeugt, dass die Zentralisierung des Reiches und die Teilung Preussens langfristig ohnehin unvermeidlich waren. War es diese Einsicht, die sie davon abhielt, in der Frage der staatlichen Existenz Preussens eindeutig Stellung zu beziehen, unabhängig davon, wie angewidert sie waren von den politischen Machenschaften, die hinter der Reichsexekution gegen Preussen steckten?[69] Fest steht, dass das Kräfteverhältnis der preussischen Regierung wenig Möglichkeiten liess. Ein Aufruf zum Generalstreik – die Waffe, mit der man 1920 Kapp und Lüttwitz zu Fall gebracht hatte – hätte 1932 angesichts der hohen Arbeitslosigkeit wenig bewirkt.

Zwischen den preussischen Ministerien und dem Reichswehrministerium hatte es schon immer Spannungen gegeben, und es war klar, dass die Führung der Reichswehr nichts gegen die Auflösung Preussens einzuwenden hatte. Widerstand gegen den Staatsstreich hätte daher mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer Auseinandersetzung zwischen der preussischen Polizei und der Reichswehr geführt, wobei ungewiss war, wie die Polizei reagiert hätte. In einigen Gebieten hatten die Nationalsozialisten die sozialen Netzwerke der Polizei

ziemlich erfolgreich unterwandert – zwar war es Polizisten seit dem 25. Juni 1930 verboten, der NSDAP beizutreten, aber die Nationalsozialisten unterliefen dieses Verbot, indem sie Aktivisten in den Verein ehemaliger Polizeibeamter einschleusten, der vielfältige Verbindungen zu den Beamten im Dienst unterhielt. Dieser Verein war konservativ ausgerichtet und für die nationalsozialistische Kritik an der Weimarer Republik durchaus empfänglich.[70] Hätte man die Männer vom republikanischen Reichsbanner mobilisiert, so wären 200.000 Republikanhänger konservativen Milizen gegenübergestanden, die über 700.000 Mann aufzubieten hatten. Schliesslich kam hinzu, dass der sozialdemokratische Ministerpräsident Otto Braun sowohl schwer krank als auch physisch und emotional erschöpft war.

So kam es, dass die Führung der preussischen Koalition ihre Hoffnungen auf den deutschen Staatsgerichtshof in Leipzig und auf die anstehenden Reichstagswahlen richtete. Sie gingen davon aus, dass der Staatsgerichtshof den «Preussenschlag» für verfassungswidrig erklären würde und dass die Konservativen um Papen wegen ihrer mutwilligen Beschädigung der Republik vom Wähler abgestraft werden würden. Beide Hoffnungen wurden enttäuscht. Aus den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 ging die NSDAP mit 37,8 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen als stärkste Partei hervor. Es war das höchste Ergebnis, das die Nationalsozialisten je bei einer freien Wahl erreichten. Der Staatsgerichtshof drückte sich in seinem Urteil um eine klare Stellungnahme. Er wies den Vorwurf zurück, die preussischen Behörden hätten ihre Pflichten vernachlässigt, vermied jedoch die eindeutige Verurteilung des Staatsstreichs, die die Demokraten so dringend gebraucht hätten. Die Chance, einen letzten, verzweifelten Versuch zur Verteidigung der Republik zu unternehmen, war vertan. «Man muss den Roten nur die Zähne zeigen, dann kuschen sie», brüstete sich der NS-Propagandachef Joseph Goebbels in seinem Tagebucheintrag vom 20. Juli. Und am nächsten Tag fügte er hinzu: «Die Roten sind beseitigt. [Sie] haben ihre grosse Stunde verpasst. Die kommt nie wieder.»[71]

Der Putsch in Preussen läutete das Ende der Weimarer Republik ein. Papen, Schleicher und das «Kabinett der Barone», eine Gruppe konservativer Technokraten adeliger Herkunft, die in der breiten Bevölkerung praktisch unbekannt waren, begannen die Schrauben anzuziehen. Der *Vorwärts!*, die gemässigte Tageszeitung der SPD, wurde zweimal verboten, bei der linksliberalen *Berliner*

Volkszeitung gingen offizielle Verwarnungen ein.[72] Gleichzeitig kam es zu einer kleinen, aber bedeutsamen Veränderung in der gerichtlichen Praxis in Preussen. In der Provinz Hannover und im Gerichtsbezirk von Köln war bei Hinrichtungen nach wie vor die Guillotine gebräuchlich. In seiner Eigenschaft als Reichskommissar in Preussen ordnete Papen am 5. Oktober 1932 an, dass die Anwendung der Guillotine – die den Stempel der Französischen Revolution trug – einzustellen sei. Stattdessen hatten die Scharfrichter wie früher das «germanische» bzw. «preussische» Beil zu verwenden. Dieser Befehl war ein deutliches Signal, dass Papen die Französische Revolution, deren ideologische Erben die Sozialdemokraten waren, «zurückdrehen» und ihre historischen Folgen ungeschehen machen wollte.[73] Kein Wunder, dass einige in der NSDAP-Führung fürchteten, dass «diese Regierung zu viel tue und uns nichts mehr übrig bleibe»[74].

Doch Papens Tage als Reichskanzler waren gezählt. Zu Zeiten der Regierung von Heinrich Brüning hatte die SPD den Kanzler toleriert, um das System vor der nationalsozialistischen Bedrohung zu schützen. Papen hingegen hatte mit der Reichsexekution gegen Preussen jede Chance auf Unterstützung durch die Sozialdemokraten verspielt. Auch die Nationalsozialisten, die wegen Papens Intrigen verärgert waren, verlegten sich wieder auf eine offene Opposition. Für den Reichskanzler bestand keinerlei Aussicht, dass er im neuen Parlament eine Mehrheit zustande bringen könnte. Wenige Tage nach seiner Konstituierung sprach der Reichstag Papen das Misstrauen aus. 512 Abgeordnete stimmten dem Antrag zu, fünf enthielten sich. Nur 42 unterstützten Papen – das konnte man kaum als tragfähige Basis bezeichnen.

Der Regierung Papen blieben jetzt zwei Möglichkeiten. Man konnte den Reichstag erneut auflösen und Neuwahlen ansetzen. Damit würde man immerhin drei Monate Zeit gewinnen: sechzig Tage bis zur Wahl, und weitere dreissig bis zum Zusammentreten des Parlaments. Neunzig Tage Gnadenfrist, bis der Prozess von vorne beginnen würde. Alles, was von der deutschen Demokratie noch übrig war, war der roboterhafte Wahlreflex im Herzen der Republik, ein rhythmisch wiederkehrendes Zucken. Aber es gab noch eine andere Möglichkeit: die Auflösung des Reichstages *ohne* Neuwahlen. Für dieses Vorgehen existierte in der preussischen Geschichte sogar ein Präzedenzfall: der offene Bruch Bismarcks mit dem preussischen Parlament während der Verfassungskrise von 1862. Damals war es Bismarck gelungen, Bewegung in die festgefahrene Lage zwischen Regierung und Parlament zu bringen, indem er mit der Ver-

fassung brach und gegen das Parlament regierte. Diese Alternative stand Papen und Hindenburg offen. Reichspräsident Hindenburg war alt genug – er war Jahrgang 1847 (!) –, um die Krise der 1860er Jahre als junger Erwachsener miterlebt zu haben. Seine Familie muss die Ereignisse jener Tage mit grossem Interesse verfolgt haben, stammte er doch aus der gleichen gesellschaftlichen Klasse und hatte den gleichen sozialen Hintergrund wie Bismarck.

Papen erwog zwar die Option eines Staatsstreichs im Stil Bismarcks, doch am Ende verwarf er sie. Im Kabinett wurde zu bedenken gegeben, dass ein Staatsstreich enorme Risiken in sich barg und womöglich einen Bürgerkrieg auslösen konnte. Auch war völlig unklar, wie die Reichswehr sich verhalten würde, deren politisches Sprachrohr, Reichswehrminister Kurt von Schleicher, sich immer deutlicher als Gegenspieler Papens positionierte. Also entschloss sich Papen, erneut Neuwahlen anzusetzen. Doch obwohl sie einige Prozentpunkte einbüsste, ging die NSDAP auch aus dieser Wahl (6. 11.) als stärkste Kraft hervor. Damit war klar, dass der neue Reichstag Papen ebenso wenig als Reichskanzler dulden würde wie der alte. Papen gab auf. Am 2. Dezember trat sein früherer Vertrauter Kurt von Schleicher an seine Stelle. Die erste Leistung Schleichers als Kanzler bestand darin, dass er den Reichstag davon überzeugte, erst nach Weihnachten zu seiner konstituierenden Sitzung zusammenzutreten. Ein Wahlkampf in der Adventszeit, noch dazu der dritte innerhalb eines Jahres, das wäre zu viel gewesen für die Bevölkerung. Der Ältestenrat des Reichstages beschloss daher, dass das Parlament erst am 31. Januar 1933 wieder einberufen werden sollte.

Als es so weit war, hatte Franz von Papen seinen alten Freund Hindenburg dazu überredet, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen. Nach langwierigen Verhandlungen hinter den Kulissen unterbreitete Papen Hindenburg ein Angebot, das dieser nicht ablehnen konnte. Hitler hatte sich einverstanden erklärt, im Falle seiner Ernennung zum Kanzler nur zwei Nationalsozialisten in sein Kabinett zu berufen. Die anderen sieben Minister würden Konservative sein, und Papen selbst würde Vizekanzler. Solchermassen eingekreist würde Hitler gezwungen sein, sich mit der konservativen Kamarilla zu arrangieren.[75] «In zwei Monaten», trumpfte Papen auf, «haben wir Hitler so in die Ecke gedrückt, dass er quietscht.»[76]

So kam es, dass Hitler, wie Alan Bullock es vor vielen Jahren ausdrückte, «durch eine Intrige über die Hintertreppe ins Amt geschubst wurde».[77]

Zwar war die Machtergreifung der Nationalsozialisten damit nicht abgeschlossen – ganz im Gegenteil, sie hatte gerade erst begonnen. Aber die Nationalsozialisten hatten nun einige Trümpfe in der Hand. Durch Papens Putsch vom 20. Juli 1932 war die gewählte preussische Regierung durch ein Reichskommissariat ersetzt worden. Das bedeutete unter anderem, dass Hermann Göring als Minister ohne Geschäftsbereich dem Reichskabinett angehören und gleichzeitig kommissarischer preussischer Innenminister sein konnte. Somit war ihm mit der preussischen Polizei die grösste Polizeitruppe in Deutschland unterstellt, eine Gewalt, die er im Frühjahr 1933 schonungslos und äusserst effektiv einsetzte. In dieser Hinsicht – und nicht nur in dieser Hinsicht – hat die konservative Kamarilla um Hindenburg mit ihren aufwendigen Manövern mit dazu beigetragen, den Nationalsozialisten den Weg zum Machtmonopol zu bereiten.

Das Geflecht von Intrigen, das den Nationalsozialisten zur Macht verhalf, war dicht durchzogen von Strängen des preussischen Erbes. Dieses Erbe begegnet uns in der Haltung des Heeres, das sich nach 1930 von der Republik distanzierte, die Vorgänge aus sicherer Distanz beobachtete und dabei sein eigenes Spiel trieb. Es begegnet uns im übergrossen Verständnis, das Reichspräsident Hindenburg für die Interessen des ostelbischen Landadels hatte. Die beiden Reichskanzler Brüning und Schleicher verloren das Vertrauen des Reichspräsidenten unter anderem deshalb, weil sie Sympathien für eine Bodenreform signalisierten, die zur Teilung bankrotter ostelbischer Gutshöfe geführt hätte. Die Erinnerung an die Vorherrschaft der Konservativen im alten Staate Preussen war nach wie vor lebendig, und es war diese Erinnerung, die die politischen Phantasien jener Reaktionäre beflügelte, die an der Demontage der Weimarer Republik mitwirkten.[78] Unbestreitbar ist auch die kollektive Arroganz und der anmassende Führungsanspruch des preussischen Adels, die sich nirgends deutlicher zeigten als in der Prahlerei Papens, er und sein Kabinett der Barone hätten sich Hitler «engagiert», als wäre der Führer der NSDAP ein fahrender Musikant oder ein Teilzeitgärtner gewesen. Auch Hindenburg war der himmelweite Unterschied an Rang und Würde zwischen ihm, dem preussischen Generalfeldmarschall, und Hitler, dem österreichischen Gefreiten, nur allzu bewusst. Deshalb war es so schwer für ihn zu erkennen, wer Hitler wirklich war, welche Gefahr er darstellte und mit welcher Mühelosigkeit er die politische Ordnung und ihre Konventionen ausser Kraft setzen würde.

Allerdings – auch die Demokraten und Republikaner in der Landesregierung waren Preussen, wenn auch aus einem völlig anderen sozialen Milieu. Der tatkräftige Albert Grzesinski zum Beispiel stammte aus dem pommerschen Treptow an der Tollense. Er war das uneheliche Kind eines Berliner Dienstmädchens und erlernte in Berlin das Metalldrückerhandwerk, ehe er als Gewerkschaftsfunktionär und politischer Aktivist Karriere machte. Nach der Revolution hätte er in die deutsche Reichsregierung eintreten können – man bot ihm 1920 das Reichswehrministerium an – doch Grzesinski zog es vor, als Polizeipräsident von Berlin (1925/26 und 1930-1932) und als Innenminister (1926-1930) dem preussischen Staat zu dienen. In beiden Ämtern verfolgte er eine entschieden republikfreundliche Personalpolitik. Als Innenminister brachte er 1927 ein Gesetz ein, das die Eingliederung der Gutsbezirke in die Landkreise bewirkte und somit den Gutsherren die Polizeigewalt nahm. Indem er dieses letzte Überbleibsel der feudalen Privilegien der Junker beseitigte, schloss er eine Lücke im Verwaltungsgefüge des Staates, vollendete das Werk der preussischen Reformer der napoleonischen Zeit und zog sich nebenbei den bleibenden Hass der Rechten zu. Als energischer Gegner der Nationalsozialisten erregte Grzesinski ausserdem die tiefe Abscheu der Goebbels-Presse, die ihn (fälschlicherweise) wiederholt als «einen Juden in einer Judenrepublik» gebrandmarkt hat.[79] Im Dezember 1931 arbeitete er an der Ausweisung Hitlers aus Preussen, wurde jedoch von der Reichsregierung unter Brüning abgeblockt. In einer viel beachteten Rede, die er Anfang 1932 in Leipzig hielt, nannte es Grzesinski blamabel, dass der «Ausländer Hitler» mit der Reichsregierung verhandeln könne, «ohne dass man diesen Mann mit der Hundepeitsche davonjagt». Hitler hat ihm diese Worte nie verziehen, und deshalb tat Grzesinski gut daran, 1933 ins Ausland zu fliehen, erst nach Frankreich und später weiter nach New York, wo er seinen Lebensunterhalt wieder als Metalldrücker verdiente.[80] Das Leben Grzesinskis war gekennzeichnet vom energischen Einsatz nicht nur für die Demokratie an sich, sondern für die besondere historische Berufung Preussens und seiner Institutionen.

Dasselbe gilt für den Mann, der bis 1932 die Geschicke des preussischen Staates lenkte: Ministerpräsident Otto Braun. Braun war der Sohn eines einfachen Eisenbahnangestellten in Königsberg. Als er 1888, zur Zeit Bismarcks, in die SPD eintrat, waren sozialdemokratische Organisationen noch verboten. Mit spitzer Feder verschaffte er sich unter den besitzlosen ostelbischen Landarbei-

55. Otto Braun, preussischer Ministerpräsident. Porträt von Max Liebermann, 1932.

tern Respekt und Anerkennung. Er hatte schon dem alten preussischen Landtag angehört, als einer der wenigen sozialdemokratischen Abgeordneten, denen es gelungen war, die Schranken des Dreiklassenwahlrechts zu überwinden. Als Vorkämpfer des ländlichen Proletariats war Braun der Antityp zur altpreussischen Agrarelite, deren politische Vorherrschaft er 1918/19 beenden half. Und doch war er genauso betont und ebenso unverwechselbar preussisch wie sie. Sein unstillbarer Arbeitseifer, sein Blick fürs Detail, seine Abneigung gegen jede Form der Selbstdarstellung und seine hohe Wertschätzung des Staatsdienstes – alles Attribute, die man gemeinhin zum preussischen Tugendkanon zählt. Selbst seinen autoritären Führungsstil, der ihm den Beinamen «der rote Zar von Preussen» einbrachte, konnte man als preussischen Charakterzug deuten. «Ein Sozialdemokrat wie Otto Braun», bemerkte der konservative Journalist Wilhelm Stapel 1932, «ist, obwohl parteimässig Preussengegner, mehr Preusse als Deutscher. Im Amt trat er auf wie ein Junker, der den ungnädigen König sich selbst überlässt und ‚seinen Kohl baut'.»[81] Braun entdeckte sogar seine Jagdleidenschaft, ein Hobby, das er mit Reichspräsident Paul von Hindenburg teilte. Da die Jagdgebiete der beiden Männer aneinander angrenzten, entwickelte sich zwischen ihnen eine zwanglose Freundschaft, und sie tauschten ihre Ansichten zu zentralen tagespolitischen Problemen aus.[82] Es bestand also eine seltsame

Affinität zwischen der sozialdemokratischen Parteielite und dem preussischen Staat, der einst ihre Nemesis gewesen war. Auffällig ist, dass die führenden Sozialdemokraten mit der Verantwortung und den Risiken der Staatsführung in Preussen besser umgehen konnten als auf Reichsebene.

In gewisser Weise könnte man also sagen, dass am 20. Juli 1932 das alte Preussen das neue zerstörte. Genauer ausgedrückt: Das partikularistische, agrarische Preussen legte Axt an das universalistische, zentralistische Preussen der Weimarer Koalition. Die traditionelle Gesellschaft setzte sich gegen die Modernisierungstendenzen des Staates durch, die Nachkommen von der Marwitz' triumphierten über den Geist Hegels. Vermutlich macht man es sich mit dieser metaphorischen Antinomie jedoch zu einfach, auch wenn sie sicherlich einen Teil der Bedeutung der Ereignisse vom Sommer 1932 erfasst. Die Männer, die den Putsch gegen Preussen anführten, waren keine Junker im herkömmlichen Sinn. Papen war ein westfälischer Katholik, Wilhelm von Gayl stammte aus Königsberg.[83] Selbst Kurt von Schleicher war eine ausgesprochen untypische Figur, ein politischer Intrigant, der, obgleich Sohn eines schlesischen Offiziers, der grundbesitzenden Elite nicht angehörte. Seine Politik, eine Mischung aus autoritärem Korporativismus und Konstitutionalismus, lässt sich nur schwer in ein vorgefertigtes Schema einordnen.[84] Bei allen dreien stand im Mittelpunkt ihrer Politik die Nation, nicht der preussische Staat, und ganz gewiss nicht die preussische Provinz.

Hindenburg, der Mann im Zentrum der Ereignisse von 1932, ist ein besonders schwieriger Fall. Als ostelbischer Grundbesitzer und gefeierter Armeeführer schien er ganz die preussische Tradition zu verkörpern. Und doch wurde sein Leben von denselben Kräften bestimmt, die zur Vereinigung des Deutschen Reiches führten. Er war gerade noch 18, als er im Preussisch-Österreichischen Krieg von 1866 an der Schlacht bei Königgrätz teilnahm. Aufgewachsen war er in der Provinz Posen, einem Gebiet, in dem der nationalistische Antagonismus zwischen Deutschen und Polen deutlich zu spüren war. Bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges kehrte er aus dem Ruhestand zurück und benutzte seine Position an der Spitze der deutschen Streitkräfte an der Ostfront, um die Autorität der politischen Exekutive in Preussen und im Reich zu untergraben. Er erpresste den Kaiser, dem er stets seine uneingeschränkte persönliche Loyalität versicherte, und drängte ihm seine Ansichten auf. Dazu gehörte auch die verhängnisvolle Entscheidung zum uneingeschränkten U-Boot-Krieg – eine provoka-

tive und sinnlose Aktion, die zum Kriegseintritt der Vereinigten Staaten führte und die Niederlage Deutschlands besiegelte. Einen nach dem anderen nahm er sich die engsten Vertrauten des Kaisers vor – darunter Kanzler Theobald von Bethmann Hollweg – und verdrängte sie aus der Politik. Bei Hindenburg handelte es sich nicht um einmalige Befehlsverweigerung aus Gewissensgründen wie bei Seydlitz oder Yorck, sondern um systematischen Ungehorsam. Getrieben wurde er von einem unbändigen Ehrgeiz und der völligen Geringschätzung aller Interessen oder Autoritäten ausserhalb der von ihm dominierten militärischen Hierarchie. Gleichzeitig nährte Hindenburg bewusst den im ganzen Reich betriebenen Personenkult, der das Bild des unbesiegbaren germanischen Kriegers auf ihn projizierte und die Figur des Kaisers zusehends überschattete und marginalisierte.

Obwohl Hindenburg zu denen gehört hatte, die Wilhelm II. im November 1918 zur Abdankung und zur Flucht nach Holland drängten, umgab er sich hinterher mit dem Mäntelchen des prinzipientreuen Monarchisten. Wenig später wiederum (als er 1925 zum Reichspräsidenten aufstieg und 1932 in diesem Amt bestätigt wurde) schwor er seinen monarchistischen Überzeugungen ab und legte feierlich einen Eid auf die republikanische Verfassung des Deutschen Reiches ab. In den letzten Septembertagen 1918 hatte Hindenburg die deutsche politische Führung energisch zu Verhandlungen über einen Waffenstillstand gedrängt, nur um sich hinterher gänzlich vom Ergebnis der Friedensverhandlungen zu distanzieren und die Verantwortung für Niederlage und Schmach allein der Politik zuzuschieben. Während die Regierung um Friedrich Ebert überlegte, ob sie die Bedingungen des Versailler Vertrages akzeptieren sollte, gestand Hindenburg in einem Schreiben vom 17. Juni 1919, dass weiterer militärischer Widerstand aussichtslos sei. Als Ebert allerdings eine Woche später die Oberste Heeresleitung anrief, weil er eine formal eindeutige Entscheidung für die Annahme des Vertrages wollte, richtete es Hindenburg so ein, dass er während das Gesprächs nicht im Raum war, und überliess es seinem Kollegen Wilhelm Groener, den «schwarzen Peter» zu spielen (wie Hindenburg selbst es formulierte).[85] Er ging sogar noch einen Schritt weiter: Im wohl mythenbildendsten Moment seiner mit Mythen überfrachteten Laufbahn behauptete er im November 1919 vor der Kommission, die den Ursachen für die deutsche Niederlage nachging, das deutsche Heer sei «im Felde unbesiegt» geblieben und habe an der Heimatfront einen verräterischen «Dolchstoss von hinten» erhalten – diese Selbsttäuschung sollte die Republik ihr ganzes kurzes Leben lang verfolgen.

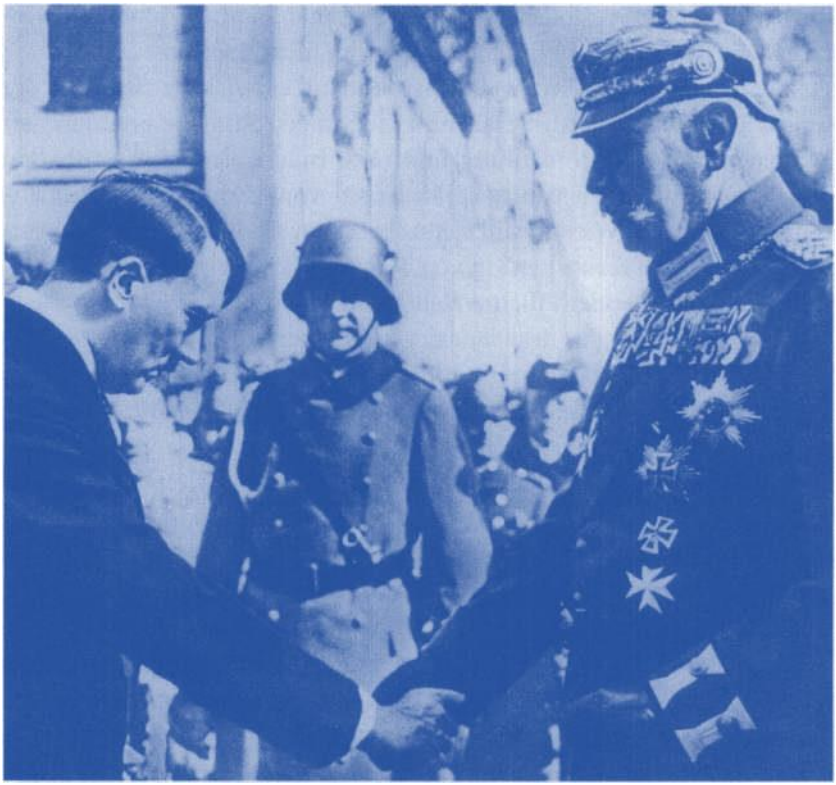
Den Vorwurf, man habe das Vaterland verraten, wurde die neue politische Elite fortan nicht mehr los.

Nach 1925, in seiner Zeit als Reichspräsident, entwickelte sich trotz der unterschiedlichen sozialen Herkunft eine ungewöhnliche Freundschaft zwischen Paul von Hindenburg und Otto Braun, dem gewissenhaften sozialdemokratischen Ministerpräsidenten von Preussen. Als Hindenburg sich 1932 zur Wiederwahl stellte, bescheinigte ihm Braun wohlwollend, er sei die «Verkörperung von Ruhe und Stetigkeit, von Mannestreue und hingehender Pflichterfüllung für das Volksganze»[86].

Doch 1932, angesichts der Pläne der konservativen Kamarilla, liess Hindenburg seinen einstigen Freund im Stich – wie es scheint ohne die geringsten Gewissensbisse. Er nahm den Eid zurück, den er 1925 und 1932 auf die Verfassung abgelegt hatte, und machte gemeinsame Sache mit den erklärten Feinden der Republik. Nachdem er öffentlich verkündet hatte, er werde Hitler niemals mit einem bedeutenderen Amt als dem des Postministers betrauen, ernannte er den österreichischen Führer der NSDAP im Januar 1933 zum Reichskanzler. Hindenburg hatte von sich selbst eine hohe Meinung. Zweifellos war er ernsthaft davon überzeugt, er verkörpere die preussische «Tradition» des uneigennützigen Dienstes am Staat. In Wirklichkeit war er alles andere als ein Mann der Tradition. Er war kein Produkt des alten Preussen. Sein Handeln war bestimmt von einer für das neue Deutschland typischen Machtpolitik, die sich flexibel den Verhältnissen anpasste. Schon als Kommandant des Heeres, aber auch später als deutsches Staatsoberhaupt, brach Hindenburg nahezu jedes seiner Versprechen. Er war kein Mann, der beharrlich und gewissenhaft seinen Dienst tat. Er war ein Mann, der in erster Linie auf sein Image bedacht war und dabei vor Manipulation und Verrat nicht zurückschreckte.

Preussen und das Dritte Reich

Am 21. März 1933 war die Garnisonkirche in Potsdam Schauplatz einer Zeremonie, bei der Adolf Hitler das «neue Deutschland» ausrief. Anlass war die Reichstagseröffnung nach den Wahlen vom 5. März 1933. Unter normalen Umständen hätte man dieses Ereignis im Reichstagsgebäude selbst gefeiert, doch seitdem der niederländische Kommunist Marinus van der Lubbe den Reichstag am 27. Februar in Brand gesteckt hatte, war der Plenarsaal nur noch eine



56. Der «Tag von Potsdam», 21. März 1933.
Hindenburg schüttelt Hitler vor der Garnisonkirche die Hand.

schwarze Ruine. Die 1735 von Friedrich Wilhelm I. erbaute Garnisonkirche war ein beredtes Denkmal preussischer Militärgeschichte. Die Wetterfahne auf der Kirchturmspitze trug die Initialen FWR und war geziert mit der eisernen Silhouette des preussischen Adlers, der sich zu einer vergoldeten Sonne emporschwang. Die steinerne Kanzel war nicht mit Putten oder biblischen Gestalten, sondern mit Trompeten, Flaggen und Kanonen verziert. In der Krypta befanden sich Seite an Seite die Sarkophage des «Soldatenkönigs» Friedrich Wilhelm I. und seines berühmten Sohnes Friedrich des Grossen.[87] Der NS-Propagandachef Joseph Goebbels erkannte das symbolische Potenzial dieses historischen Schauplatzes sofort und machte die Vorbereitungen zur Chefsache. Das Ereignis sollte zu einem bis ins letzte Detail geplanten Spektakel werden. Schliess-

lich, so Goebbels in seinem Tagebucheintrag vom 15. März 1933, war dies der Augenblick, da sich der mit Hitlers Ernennung zum Reichskanzler entstandene «neue Staat [...] zum ersten Mal symbolisch präsentieren» würde.[88]

Der «Tag von Potsdam» war ein konzentrierter Akt politischer Propaganda: Er stellte die Synthese, ja die mystische Vereinigung des alten Preussen mit dem neuen Deutschland zur Schau.[89] An den Feierlichkeiten nahmen Veteranen aus den Einigungskriegen teil, die eigens nach Potsdam gebracht wurden. Man präsentierte die Flaggen der ehrwürdigsten preussischen Regimenter, darunter die des berühmten 9. Infanterieregiments, das traditionell in der Garnisonkirche den Fahneneid leistete. Die Strassen der Stadt waren mit Fahnen geschmückt, auf denen entweder die Farben des Deutschen Reiches (nun wieder schwarz-weiss-rot), Preussens oder Hakenkreuze zu sehen waren. Die schwarz-rot-goldene Flagge der Weimarer Republik suchte man vergeblich. Sogar das Datum war symbolträchtig. Goebbels hatte den 21. März nicht nur deshalb ausgewählt, weil es der Tag des offiziellen Frühlingsanfangs war, sondern weil nach der Proklamation des Deutschen Reiches im Januar 1871 an diesem Tag zum ersten Mal der deutsche Reichstag zusammengetreten war. Im Mittelpunkt der Zeremonie stand Reichspräsident Hindenburg. Er trug seine Paradeuniform, an der Orden in allen Grössen und Formen funkelten, und in der Rechten hielt er den Feldherrnstab. Gemessenen Schrittes zog er durch die Strassen der Altstadt, vorbei an den endlosen Reihen salutierender Reichswehrsoldaten und paramilitärischer Einheiten in braunen Hemden. Bevor er seinen Ehrenplatz vor dem Altar einnahm, drehte er sich um und wies mit seinem Feldherrnstab auf den leeren Thron des früheren Königs und Kaisers Wilhelm II., der nun in den Niederlanden im Exil war. Dieser Hokuspokus war gezielt an die beiden Hohenzollernprinzen adressiert, die bei der Feier anwesend waren, einer in der traditionellen Uniform der Totenkopfhusaren, der andere in der braunen Montur der SA.

In seiner Rede an die versammelten Gäste verlieh Hindenburg der Hoffnung Ausdruck, dass «der alte Geist dieser Ruhmesstätte» die junge Generation in Deutschland inspirieren möge. Preussen sei durch «nie verzagenden Mut und hingebende Vaterlandsliebe» zu seiner Grösse aufgestiegen; möge dasselbe auch für das neue Deutschland gelten. Hitler, der an Stelle seiner Parteiuniform einen massgeschneiderten schwarzen Frack trug, antwortete ihm vom Lesepult aus. Er sprach Hindenburg seine tiefe Verehrung aus und dankte der «Vorse-

hung», dass sie diesen unbezwingbaren Kriegsherrn an die Spitze der Bewegung zur Erneuerung Deutschlands gestellt habe. Er schloss mit einem Satz, der die propagandistische Funktion der ganzen Zeremonie auf den Punkt brachte: «Möge uns dann aber auch die Vorsehung verleihen jenen Mut und jene Beharrlichkeit, die wir in diesem für jeden Deutschen geheiligten Raume um uns spüren als für unseres Volkes Freiheit und Grösse ringende Menschen zu Füssen der Bahre seines grössten Königs.»[90] Nachdem sich die beiden feierlich die Hände geschüttelt hatten, legten sie an den Gräbern der preussischen Könige Kränze nieder, während draussen Reichswehrkanonen Salutschüsse abfeuerten und drinnen der Chor den «Choral von Leuthen» schmetterte. Danach folgte eine Militärparade durch die Strassen der Stadt. Goebbels erinnerte sich in einem überschwenglichen Tagebucheintrag:

«Der Reichspräsident steht auf erhöhter Estrade, den Feldmarschallstab in der Hand, und grüsst Reichswehr, SA, SS und Stahlhelm, die an ihm vorbeimarschieren. Er steht und grüsst. Über all dem liegt die ewige Sonne, und Gottes Hand steht unsichtbar segnend über der grauen Stadt preussischer Grösse und Pflicht.»[91]

Der Lobgesang auf das «Preussentum» zog sich wie ein roter Faden durch Ideologie und Propaganda der Nationalsozialisten. Der rechte Ideologe Arthur Moeller van den Bruck hatte 1923 in seinem Buch *Das dritte Reich* (daher stammt der Name) prophezeit, dass das neue Deutschland eine Synthese des «männlichen» preussischen Geistes und der «weiblichen» deutschen Seele sein werde.[92] Im zwei Jahre später veröffentlichten *Mein Kampf* fand Adolf Hitler für den alten preussischen Staat wohlwollende Worte. Er sei «des Reiches Keimzelle» gewesen, das seine Existenz ganz dem «strahlenden Heldentum» und «soldatischem Todesmut» Preussens verdanke. Gerade Preussen erweise «in wundervoller Schärfe, dass nicht materielle Eigenschaften, sondern ideelle Tugenden allein zur Bildung eines Staates befähigen»[93]. «Wie ein verheissungsvoller Ruf», schrieb der aus dem Baltikum stammende NS-Ideologe Alfred Rosenberg 1930, «klingen noch heute in unseren Ohren die Trompeten von Fehrbellin und die Stimme des Grossen Kurfürsten, mit dessen Tat Deutschlands Auferstehung, Rettung und Neugeburt ihren Anfang nahmen.» Bei allem, was es an Preussen zu kritisieren gebe, so fügte er hinzu, bleibe doch «[die] entscheidende Rettung der germanischen Substanz [...] für immer seine Ruhmestat; ohne sie gäbe es keine deutsche Kultur [und] überhaupt kein deutsches Volk»[94].

Keiner blies so regelmässig in das preussische Horn wie Joseph Goebbels, der sich des Propagandapotenzials von Preussen erstmals im September 1926 bewusst wurde, bei einem Besuch in Sanssouci. Von diesem Zeitpunkt an gehörte das preussische Motiv zum Standardrepertoire der nationalsozialistischen Propagandamaschinerie. «Der Nationalsozialismus», sagte Goebbels in einer Wahlkampfrede im April 1932, «darf mit Fug und Recht von sich behaupten, dass er Preussenthum sei. Wo immer wir Nationalsozialisten auch stehen, in ganz Deutschland sind wir die Preussen. Die Idee, die wir tragen, ist preussisch. Die Wahrzeichen, für die wir fechten, sind von Preussengeist erfüllt, und die Ziele, die wir zu erreichen trachten, sind in verjüngter Form die Ideale, denen Friedrich Wilhelm I., der grosse Friedrich und Bismarck nachstrebten.»[95]

Die Kulturpolitik des Regimes betonte nach 1933 auf vielfältige Weise die Kontinuität von preussischer Vergangenheit und nationalsozialistischer Gegenwart. Ein berühmtes Propagandaplakat präsentierte Hitler als jüngsten Vertreter einer Reihe von deutschen Staatsmännern, die von Friedrich dem Grossen über Bismarck bis Hindenburg reichte. Kurz nach dem «Tag von Potsdam» sorgten

57. Der «Hindenburgstein»: Arbeiter legen beim Ausgraben des Monolithen im Samland (Ostpreussen) eine Pause ein, Fotografie, 1930er Jahre.

58. Hindenburgs Sarg wird in sein Mausoleum unter den Zinnen des Tannenberg-Denkmals gebracht; Fotografie von Matthias Bräunlich, 1935.

diese Themen im öffentlichen Bewusstsein blieben, indem sie die «Tage von Tannenberg» veranstalteten, ein Propagandaspektakel rund um das gewaltige Tannenberg-Denkmal bei Hohenstein in Ostpreussen, das 1927 fertig gestellt und von den Nationalsozialisten umgebaut worden war. Das Denkmal bestand aus acht oktogonal angelegten gewaltigen Türmen, die mit mächtigen Mauern verbunden waren. Es erinnerte an die Niederlage des Deutschen Ordens gegen ein polnisch-litauisches Heer im Jahr 1410 sowie vor allem an den Sieg von 1914, mit dem die Deutschen an ihren Feinden «Rache» genommen hatten. (Dass der Gegner in diesem Fall ein anderer war, nämlich Russland, darüber sah man geflissentlich hinweg.) Zugleich war es Ausdruck der (völlig unhistorischen) Idee, Ostpreussen sei immer schon eine Bastion des «Deutschtums» gegen den slawischen Osten gewesen. Wiederum wurde der 87-jährige Hindenburg hervorgeholt, der «Sieger von Tannenberg», und als er im darauffolgenden Jahr starb, wurden seine sterblichen Überreste – wie auch die seiner Frau – in einem der Türme des Denkmals beigesetzt. Da er zu Lebzeiten den Wunsch geäussert hatte, er wolle unter einem einzigen, grossen ostpreussischen Stein begraben werden, wurde der Eingang zu seiner Gruft mit einem riesigen Granitblock verschlossen, dem «Hindenburgstein». Dieser Stein war bei Cojehnen im Samland ausgegraben worden, im Norden der ostpreussischen Ebene, und galt unter deutschen Geologen als einer der grössten Monolithe dieser Gegend.

Ein Team aus Steinmetzen und Bergbauspezialisten legte den gewaltigen Findlingsblock unter grossem Zeitdruck frei, brachte ihn mit Hilfe von Sprengstoff und Spezialwerkzeugen in die Form eines riesigen Trapezes und transportierte ihn auf eigens verlegten Eisenbahnschienen zum Denkmal.[96]

In der offiziellen Architektur des Dritten Reiches war das preussische Erbe deutlich zu erkennen. Beispiele dafür sind die drei «Ordensburgen», Crössinsee, Vogelsang und Sonthofen, die die Nationalsozialisten als Eliteschulen für zukünftige Parteikader gebaut haben. Die aufstrebenden Türme und düsteren Dachvorsprünge dieser monumentalen Bauten erinnerten an die Burgen des Deutschen Ordens, der einst den «deutschen Osten» erobert und das baltische Fürstentum Preussen begründet hatte. Ein ganz anderer Teil des preussischen architektonischen Erbes lebte in den neoklassizistischen öffentlichen Gebäuden fort, die das NS-Regime im Zuge der Umgestaltung deutscher Städte in Auftrag gab. Hitlers Lieblingsarchitekt, Paul Ludwig Troost, stand in der Tradition von Karl Friedrich Schinkel (1781-1841), dem wichtigsten Vertreter des «preussischen Stils». Viele sahen in Troosts Haus der Deutschen Kunst, das nach seinen Plänen 1933-1937 am Südrand des Englischen Gartens in München errichtet wurde, einen Abklatsch des vornehmen Neoklassizismus von Schinkels Altem Museum in Berlin.

Albert Speer, der 1931 in die NSDAP eingetreten war und nach dem frühen Tod Paul Ludwig Troosts 1934 Hitlers «Hofarchitekt» wurde, war ein Bewunderer Schinkels. Der Beruf des Architekten hatte in Speers Familie eine lange Tradition – sein Grossvater hatte an der Berliner Bauakademie bei Schinkel studiert –, und sein wichtigster Lehrer an der Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg war Heinrich Tessenow, der durch seine Umgestaltung von Schinkels Neuer Wache Unter den Linden zu einem Denkmal für die Gefallenen des Ersten Weltkriegs berühmt geworden war. Die Fassade und die Innenhöfe von Speers Neuer Reichskanzlei, die Hitler Anfang 1938 in Auftrag gegeben hatte und die nach zwölf Monaten fieberhafter Arbeit am 12. Januar 1939 fertig gestellt wurde, nahm zahlreiche bewusste Anleihen bei Schinkels berühmtesten Bauwerken. Unmissverständlich dargelegt wurde der Kontinuitätsgedanke in einem offiziellen Prachtband, der 1943 von der Reichsarchitektenkammer herausgegeben wurde. Das Buch mit dem Titel *Karl Friedrich Schinkel: Der Vorläufer neuer deutscher Baugesinnung* machte es sich ausdrücklich zur Aufgabe, die baulichen Leistungen der Nationalsozialisten in die preussische neoklassizistische Tradition einzuordnen.[97]

Auch in den Kinofilmen, die nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten von ideologisch gleichgeschalteten Filmstudios produziert wurden, spielten preussische Themen eine gewichtige Rolle. Goebbels nutzte preussische Sujets gezielt als Instrument der ideologischen Mobilisierung und konnte sich dabei auf einen Trend stützen, der sich schon während der Weimarer Republik herausgebildet hatte.[98] Der Eskapismus und die Nostalgie früherer Produktionen wurden abgelöst von Dramen mit eindeutigen zeitgenössischen Anklängen. In dem 1935 entstandenen Film *Der alte und der junge König* zum Beispiel wurde auf grotesk realitätsverzerrende Weise dargestellt, wie es zum Scheitern der Beziehung zwischen dem späteren Friedrich dem Grossen und seinem Vater Friedrich Wilhelm I. kam. Die Missverständnisse zwischen Vater und Sohn werden den Intrigen der britischen Diplomatie angelastet, in einer Szene werden gar die französischen Bücher des Kronprinzen auf Anordnung seines Vaters auf einen Haufen geworfen und verbrannt – eine Anspielung auf zeitgenössische Ereignisse, die dem Publikum nicht entgehen konnte. Die Hinrichtung Kattes wird als legitime Umsetzung des königlichen Willens dargestellt. In den Dialogen finden sich anachronistische Juwelen wie: «Ich will Preussen gesund machen. Und wer mich daran hindert, ist ein Lump.» (Friedrich Wilhelm); oder «Der König mordet nicht. Sein Wille ist Gesetz. Und was sich ihm nicht beugt, muss er vernichten.» (Kommentar eines Offiziers zum Tod Kattes).[99]

Andere Produktionen zeigten Anekdoten aus dem Leben Friedrichs des Grossen oder waren im Umfeld einer historischen Krise angesiedelt, etwa des Siebenjährigen Krieges oder der Niederlage gegen Napoleon 1806/07. Besonders beliebt, vor allem in den Kriegsjahren, war die dramatische Verknüpfung von niederträchtigem Verrat und der Erlösung durch das Sichaufopfern für ein höheres Gut.[100] Nirgends wird dieses Thema eindringlicher dargestellt als in der letzten grossen Filmproduktion des Dritten Reiches: *Kolberg*. Dabei handelte es sich um ein episches Historiendrama, das in jener Festung spielt, in der Gneisenau und Schill gemeinsam mit den Zivilbehörden der Stadt versuchten, sich die zahlenmässig überlegenen Franzosen vom Leib zu halten. Wider allen Erwartens – und anders als in Wirklichkeit – gelingt es, die Franzosen zum Rückzug zu zwingen und die Stadt mit einem Friedensvertrag zu retten. Der Film zeigt Preussen als Königreich des reinen Willens, das einzig durch Mut und Tapferkeit standhält. Der Zweck des Films war eindeutig: Er rief dazu auf, zur

Abwehr der Feinde, die Deutschland von allen Seiten bedrängten, alle Ressourcen zu mobilisieren. Er war, wie Regisseur Veit Harlan es ausdrückte, ein «Symbol der Gegenwart», das den Zuschauern Kraft geben sollte «für das Heute, für die Zeit unseres eigenen Kampfes».[101] Ob dieses Ziel erreicht wurde, darf bezweifelt werden. Als der Film in den Verleih kam, gab es in Deutschland kaum noch funktionierende Kinos. Dort, wo der Film überhaupt ein Publikum fand, waren die Reaktionen bedrückt bis resigniert. Im Frühling 1945, inmitten von Ruinen und Chaos, glaubten die wenigsten Deutschen noch daran, dass Deutschland durch die Bemühungen einiger Patrioten gerettet werden könnte.

Es wäre falsch, in all dem nichts als zynische Manipulation zu sehen. Goebbels besass ein erstaunliches Talent, an seine eigenen Lügen zu glauben. Und Hitler identifizierte sich derart mit Friedrich dem Grossen, dass der einzige Wandschmuck im Führerbunker, in dem Hitler die letzten Tage seines Lebens verbrachte, 16 Meter unter den Strassen von Berlin, das Porträt Friedrichs des Grossen von An ton Graff war. Während der Kriegsjahre verglich sich Hitler wiederholt mit Friedrich, mit dem Mann, dessen «Heldentum» Preussen seinen historischen Aufstieg verdankte.[102] «Vor diesem Bilde», sagte er Ende Februar 1945 zu Panzergeneral Heinz Guderian, «hole ich mir immer neue Kraft, wenn die schlechten Nachrichten mich niederzudrücken drohen.» In der irrealen Atmosphäre des Bunkers, abgeschnitten von der Aussenwelt, war es leicht sich vorzustellen, im epischen Drama des Dritten Reiches wiederhole sich die preussische Geschichte. In den ersten Monaten des Jahres 1945 festigte Goebbels Hitlers Moral, indem er ihm aus der *Geschichte Friedrichs II. von Preussen* von Thomas Carlyle vorlas, vor allem jene Passagen, die beschrieben, wie Preussen im Januar 1762, in der dunkelsten Stunde des Siebenjährigen Krieges, in der alles verloren schien, durch den Tod der russischen Zarin Elisabeth vor dem sicheren Untergang bewahrt wurde.[103] Auf eben diese historischen Motive bezog sich Hitler Anfang April 1945, als er vier Tage lang versuchte, Mussolinis Durchhaltewillen zu stärken. Die Monologe, die Hitler im Beisein des kriegsmüden Duce führte, enthielten lange Ausführungen zur preussischen Geschichte.[104] In der Vorstellung des Propagandaministers war das geschichtliche Wunschdenken so tief verankert, dass die Nachricht vom Tode Präsident Franklin D. Roosevelts am 12. April 1945 bei Goebbels ein Hochgefühl des Triumphs auslöste. Er war überzeugt, dass 1945 das *annus mirabilis* des Dritten

Reiches werden würde. Er liess in seinem Büro Champagner servieren und rief sofort Hitler an: «Mein Führer, ich beglückwünsche Sie. Roosevelt ist tot! Das Schicksal hat Ihren grössten Feind geschlagen. Gott hat uns nicht verlassen.»[105]

Es wäre ein Irrtum, wenn man in all dem Beweise für die Lebendigkeit der «preussischen Tradition» sehen würde. Wer seinen Machtanspruch in der Gegenwart legitimieren will, greift oft auf Traditionen zurück, um sich mit ihnen zu schmücken. Selten werden dabei die selbst ernannten Erben den historischen Tatsachen gerecht. Die nationalsozialistische Sicht der preussischen Vergangenheit war interessengeleitet, verzerrt und selektiv. Der gesamte Verlauf der preussischen Geschichte wurde dem Paradigma der deutschen Nationalgeschichte unter rassistischem Vorzeichen unterworfen. Die Nationalsozialisten bewunderten den «Soldatenkönig» für seine Konsolidierung des Staates mit Hilfe des Militärs und hatten wenig Verständnis für seine pietistische Spiritualität, die den ethischen Rahmen aller seiner Unternehmungen darstellte und seine Herrschaft prägte – so erklärt sich beispielsweise, dass anlässlich der Zeremonie vom März 1933 das Christentum fast vollständig aus der Garnisonkirche verbannt wurde. Der von der nationalsozialistischen Propaganda präsentierte Friedrich der Grosse war eine arg beschnittene Version des historischen Vorbilds – seine Vorliebe für Französisch als Sprache der Zivilisierten, seine Geringschätzung der deutschen Kultur und seine ambivalenten sexuellen Neigungen wurden einfach unterschlagen. Mit Ausnahme von Wilhelm I., der 1871 das Deutsche Reich gegründet hatte, bestand an den übrigen Monarchen aus dem Hause Hohenzollern wenig Interesse. Friedrich Wilhelm II. und Friedrich Wilhelm IV., der sensible, künstlerisch begabte «Romantiker auf dem Thron», verschwanden fast vollständig von der Bildfläche.

Zwei Phasen der preussischen Geschichte waren bei den Nationalsozialisten besonders beliebt, da sie sich ausgesprochen gut zur Mythenbildung eigneten: der Siebenjährige Krieg und die Befreiungskriege. Der preussischen Aufklärung dagegen schenkten sie keinerlei Beachtung. Sie schätzten den preussischen Reformer Stein wegen seines Einsatzes für die Nation und liessen Hardenberg, den frankophilen Realpolitiker, der die Emanzipation der preussischen Juden vorangetrieben hatte, in der Versenkung verschwinden. Es gab einige Begeisterung für Fichte und Schleiermacher, aber kein offizielles Interesse an Hegel, dessen Betonung der transzendenten Würde des Staates nicht zum völkischen Rassismus passte. Kurz, das Preussen der Nationalsozialisten war

ein schillernder Fetisch, der aus einzelnen Fragmenten einer legendenhaften Vergangenheit zusammengesetzt war. Es war eine bewusst hergestellte Erinnerung, ein Talisman, mit dem das Regime sich schmückte.

Jedenfalls wirkte sich diese offizielle Begeisterung für das «Preussentum» nicht mildernd auf das Schicksal des tatsächlichen Preussen aus. Der preussische Landtag wurde 1933 aufgelöst, nachdem auch Neuwahlen der NSDAP keine absolute Mehrheit verschafft hatten. Durch das Gesetz zur Neuordnung des Reiches vom Januar 1934 wurden die regionalen Regierungen und die neu eingesetzten Reichskommissare direkt dem Reichsinnenministerium unterstellt. Die preussischen Ministerien wurden nach und nach mit den entsprechenden Reichsministerien zusammengelegt (aus technischen Gründen mit Ausnahme der Finanzen), und es gab Pläne (die allerdings auch 1945 noch auf ihre Umsetzung warteten), den Staat in einzelne Provinzen aufzuteilen. Zwar blieb «Preussen» die offizielle Bezeichnung, die auch auf der Landkarte auftauchte – Preussen war der einzige deutsche Staat, der formal nicht im Reich aufging –, aber de facto, als Staat im eigentlichen Sinne, hatte Preussen aufgehört zu existieren. Zu den offiziellen Lobeshymnen auf das preussische Erbe stand das nicht im Widerspruch. Mit dem diffusen, abstrakten Begriff «Preussentum» war keine bestimmte Staatsform und keine spezifische soziale Konstellation gemeint, sondern ein Tugendkatalog, ein von der historischen Situation losgelöster «Geist», der sich in der «Führerdemokratie» des Dritten Reiches mindestens ebenso gut entfalten konnte wie unter der absolutistischen Herrschaft Friedrichs des Grossen. Eben diese Unterscheidung beschwor Hermann Göring, der im April 1933 Papen als kommissarischer preussischer Ministerpräsident abgelöst hatte, in einer Rede im preussischen Staatsrat vom Juni 1934. «Der alte preussische Staatsbegriff», erklärte er, sei «bereits im Reich aufgegangen. Übriggeblieben ist die ewige Ethik des Preussentums. [...] Dieser ethische Begriff ‚Preussen' ist nicht mehr an Grenzen gebunden.»[106]

Zum grossen Entsetzen vieler traditionsbewusster Adelsfamilien machte das neue Regime nach 1933 keinerlei Anstalten, die Monarchie wieder einzusetzen. In den zwanziger Jahren hatten enge Kontakte bestanden zwischen der ehemaligen königlichen bzw. kaiserlichen Entourage in Doorn und einem losen Netzwerk (überwiegend preussischer) konservativer monarchistischer Gruppierungen der Weimarer Republik. Später kam es zu engeren informellen Verbindun-

gen mit der nationalsozialistischen Bewegung: 1928 trat August Wilhelm, Sohn Wilhelms II., mit ausdrücklicher Erlaubnis seines Vaters in die SA ein. Die zweite Gemahlin des vormaligen Kaisers, Prinzessin Hermine von Schönaich-Carolath, war mit einigen hochrangigen Parteimitgliedern befreundet und nahm sogar am Nürnberger Parteitag von 1929 teil. Der Zusammenbruch des konservativen Blocks und der Erfolg der NSDAP bei den Reichstagswahlen 1930 war für die Königstreuen in Doorn Ansporn genug, formelle Kontakte zur nationalsozialistischen Bewegung anzubahnen. In der Folge kam es im Januar 1931 in Doorn zu einem Treffen zwischen Wilhelm II. und Hermann Göring. Es gibt keine Aufzeichnungen von diesem Gespräch, aber allem Anschein nach hat Göring dem Kaiser eine Rückkehr nach Deutschland in Aussicht gestellt.[107]

Doch ungeachtet aller positiven Signale – es gab ermutigende Andeutungen von Hitler und ein zweites Treffen mit Göring im Sommer 1932 – wurde die Idee nach der Machtergreifung ohne viel Federlesens fallen gelassen. Hitler hatte dem Kaiser nur deshalb Hoffnungen gemacht, weil er sich glaubwürdig als legitimer Erbe der preussisch-deutschen monarchischen Tradition darstellen wollte. Der Tag der Wahrheit kam am 27. Januar 1934: Hitler gab Anweisung, die Feierlichkeiten zu Ehren des 75. Geburtstags des Kaisers aufzulösen. Wenige Tage später wurden sämtliche monarchistischen Organisationen per Gesetz verboten. Damit war das Schicksal der Restaurationsbewegung besiegelt. Während des sogenannten Röhm-Putsches wurde der SA-Mann der königlichen Familie, Prinz August Wilhelm, unter Hausarrest gestellt. In der Folgezeit wurde es ihm untersagt, sich in irgendeiner Form politisch zu äussern. Nach und nach gelang es dem NS-Regime, in Preussen wie in Deutschland die Erinnerung an die Monarchie zu tilgen. Bilder des Kaisers und Erinnerungsstücke an die Monarchie wurden verboten, während beträchtliche Zahlungen an das ehemalige Königshaus sicherstellten, dass es sich ruhig verhielt.[108] Zu denen, die sich entschieden von dieser Politik distanzierten, gehörte Graf Ewald von Kleist-Wendisch-Tychow, Vorsitzender der Bezirksabteilung der Deutschen Adelsgenossenschaft in Hinterpommern. Im Januar 1937 löste er seine Abteilung der Genossenschaft auf. Die Weigerung der Regierung, die preussisch-deutsche Krone wieder einzusetzen, erklärte er, sei mit den Traditionen und der Ehre des Adels nicht zu vereinbaren.[109]

Es ist schwierig, das Verhältnis zwischen dem Hitler-Regime und den traditionellen preussischen Funktionseliten zu charakterisieren. Eine systematische

Untersuchung der Einstellungen und des Verhaltens des deutschen Landadels in den einzelnen Phasen des Dritten Reiches liegt noch nicht vor. Eines steht jedoch fest: Das vorherrschende Bild vom Landadel, der sich hochmütig in die Einsamkeit seiner Güter zurückgezogen und dort gewartet habe, bis der nationalsozialistische Spuk vorüber war, ist irreführend. Es gab kaum eine Adelsfamilie östlich der Elbe, aus der nicht mindestens ein Familienmitglied in der NSDAP war. Die altehrwürdige Dynastie von Schwerin steuerte nicht weniger als 52 Parteimitglieder bei, die Hardenbergs 27, die Tresckows 30, die Schulenburgs 41, von denen 17 schon vor 1933 in die Partei eingetreten waren. Viele Adelige, und darin lag die Anziehungskraft der NSDAP, betrachteten eine Allianz mit der NS-Bewegung als den Schlüssel zur Sicherung ihrer traditionellen sozialen Führungsrolle unter verändertem Vorzeichen.[110] Andere traten der Partei deshalb bei, weil sie von ihrer Ideologie und Atmosphäre angezogen wurden – die Einstellungen in adeligen Kreisen unterschieden sich weniger stark von denen der Nationalsozialisten, als oftmals angenommen worden ist.

Auch die aussenpolitischen Zielsetzungen des neuen Regimes fanden im preussischen Adel breiten Anklang – insbesondere die Revision des Versailler Vertrags und die Rückforderung von Gebieten, die Polen zugesprochen worden waren. Anfangs waren einige Familien abgeschreckt, weil es in den Führungsetagen der NSDAP kaum Preussen gab – einer Erhebung zufolge waren 1933 unter den 500 ranghöchsten NSDAP-Mitgliedern nur 17 Preussen.[111] Als die Partei jedoch den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten weiter nach Norden verlagerte, schwanden derlei Vorbehalte. Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg zum Beispiel sah in der NSDAP anfänglich in erster Linie eine süddeutsche Bewegung, doch später begrüsste er sie als eine «neue Form des Preussentums» – da war sie wieder, diese herrlich schwammige Abstraktion, der man immer wieder begegnete.[112]

Das Offizierskorps der Reichswehr, in dem Söhne aus Junkerfamilien noch immer gut vertreten waren, begegnete der nationalsozialistischen Bewegung zunächst mit Skepsis, doch nach den Märzwahlen 1933 schlug es sich ebenfalls auf die Seite der neuen Führung. Viele hohe Offiziere fühlten sich nach dem «Röhm-Putsch» vom 30. Juni 1934 durch das harte Durchgreifen Hitlers gegen die Braunhemden in ihrer Haltung bestätigt. Der Beginn der Wiederaufrüstung und die Remilitarisierung des Rheinlandes im März 1935 taten ein Übriges, um die Beziehungen zu festigen.

Ein charakteristisches Beispiel für diesen Stimmungswechsel war der Inspekteur der Waffenschulen in Berlin. Generalleutnant Johannes Blaskowitz stammte aus Peterswalde in Ostpreussen und war an den Kadettenschulen in Köslin und Berlin-Lichterfelde ausgebildet worden. Im Jahr 1932 hatte er seinem Regiment bei einer Übung eingeschärft: «Falls die Nazis [...] Dummheiten machen, wird ihnen mit aller Gewalt entgegengetreten werden, und man wird selbst vor blutigsten Auseinandersetzungen nicht zurückschrecken.»[113] Doch im Frühling 1935 sprach er eine andere Sprache. In einer Rede anlässlich der Einweihung eines Denkmals für die Gefallenen des Ersten Weltkriegs pries Blaskowitz, der Sohn eines pietistischen ostpreussischen Pfarrers, Adolf Hitler als den Mann, der Deutschland in der Stunde der Not von Gott gesandt worden sei: «Gottes Hilf' [...] gab uns unseren Führer, der alle nationalen Kräfte in eine mächtige Bewegung zusammenfasste und die wahre Volksgemeinschaft neu erstehen liess, der gestern die Wehrhoheit des deutschen Volkes wiederherstellen liess und damit das Vermächtnis unserer toten Helden erfüllte.»[114]

Unbestreitbar waren Preussen tief verstrickt in die Gräueltaten der SS, der Gestapo und auch der deutschen Wehrmacht, deren vermeintlich «weisse Weste» in jüngerer Zeit als Mythos entlarvt worden ist. Doch war preussische Abstammung keineswegs eine Voraussetzung für den begeisterten Einsatz für die nationalsozialistische Sache. Bayern, Sachsen und Württemberger waren in allen Institutionen des Regimes genauso vertreten und standen den Preussen an Rang und Eifer in nichts nach. Die Mitglieder des Polizeibataillons 101, dessen Massenerschiessungen jüdischer Männer, Frauen und Kinder Christopher Browning in seinem Buch *Ganz normale Männer* so erschütternd dokumentiert hat, waren keine Preussen, sondern stammten aus Hamburg, das traditionell als liberal, bürgerlich, und anglophil galt.[115] Österreicher, die historischen und kulturellen Antipoden der Preussen, waren in den oberen Rängen der Maschinerie, die den nationalsozialistischen Massenmord überwachte, deutlich überrepräsentiert – Beispiele sind Odilo Globocnik, der die Vernichtungslager organisierte, SS- und Polizeiführer Hans Rauter, der für die Deportation von 100.000 niederländischen Juden verantwortlich war, oder Franz Stangl, der Kommandant des Vernichtungslagers Sobibor (später des Lagers in Treblinka), um nur einige Österreicher zu nennen, die in den Holocaust verwickelt waren.[116] Durch diese Feststellungen soll die Rolle, die Preussen bei den Verbrechen des Dritten

59. Die Deportation von Juden aus dem Memelgebiet im einst preussischen Litauen. Auf ihrem Vernichtungsfeldzug gegen das deutsche und europäische Judentum zerstörten die Nationalsozialisten einen prägenden Strang des preussischen Erbes.

Reichs gespielt haben, keineswegs kleingeredet werden. Es geht nur darum, der Sichtweise zu widersprechen, preussische Werte oder Denkweisen für sich genommen seien eine besondere Qualifikation für begeisterten Einsatz für die nationalsozialistische Sache gewesen.

Preussen – insbesondere Mitglieder der traditionellen preussischen Eliten – spielten auch in den Reihen des konservativen deutschen Widerstands eine bedeutende Rolle. Viele alte pietistische Familien in Pommern – wie die Thaddens, Kleists oder Bismarcks – waren Unterstützer der Bekennenden Kirche, die sich den Bestrebungen widersetzte, das Christentum in Deutschland im Sinne des NS-Regimes umzuformen.[117] Sicherlich, nur ein Bruchteil der Männer unter Waffen schloss sich dem aktiven Widerstand an. Dennoch ist es auffällig, dass zwei Drittel der Verschwörer vom 20. Juli 1944 aus dem preussi-

schen Milieu stammten, viele davon aus angesehenen Familien, die Generationen von Soldaten hervorgebracht hatten. Zu denen, die direkt nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler verhaftet wurden, gehörten unter anderem der ehemalige stellvertretende Polizeipräsident von Berlin, Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg, dessen Vorfahren seit Jahrhunderten als Offiziere in der brandenburg-preussischen Armee gedient hatten, sowie der Jurist und Offizier Peter Graf Yorck von Wartenburg, ein unmittelbarer Nachfahre jenes Grafen Yorck, der im Dezember 1812 bei Tauroggen zu den Russen übergelaufen war. Ein weiterer Preusse, der zu den Verschwörern zählte, war Feldmarschall Erwin von Witzleben, Spross einer alten ostelbischen Soldatenfamilie. Nach dem Attentat auf Hitler hätte er das Oberkommando über die Wehrmacht übernehmen sollen. Er wurde am 21. Juli verhaftet und wochenlang von der Gestapo gefoltert und gedemütigt. Am 7. August 1944 stellte man ihn vor den Volksgerichtshof, wo er, gezeichnet von den Misshandlungen, seine gürtellose Hose mit den Händen festhielt und die Beschimpfungen Roland Freislers, Hitlers Blutrichter, über sich ergehen liess. Tags darauf wurde er in Berlin-Plötzensee gehenkt.

Keine Einheit der deutschen Wehrmacht war im Widerstand so engagiert wie das Potsdamer Infanterieregiment 9, ein preussisches Traditionsregiment (die offizielle Nachfolgeeinheit des alten preussischen 1. Garderegiments zu Fuss), das eng mit der Potsdamer Garnisonkirche verbunden war. Dieser Einheit gehörte zum Beispiel Generalmajor Henning von Tresckow an, der im März 1943 eine Bombe an Bord von Hitlers Flugzeug schmuggelte, deren Zeitzünder leider versagte. Tresckow arbeitete eng mit Stauffenberg und den übrigen Verschwörern zusammen. Am 21. Juli 1944 sprengte er sich mit einer Handgranate selbst in die Luft. Anlässlich einer Vorführung neuer Uniformen 1943 plante Hauptmann Axel Freiherr von dem Bussche, sich einen Sprengstoffgürtel anzulegen und Hitler mit einem Selbstmordanschlag umzubringen. Als sein Vorgesetzter an der Ostfront sich weigerte, ihn freizustellen, bot Leutnant Ewald-Heinrich von Kleist-Schmenzin an, für Bussche einzuspringen. Die geplante Vorführung wurde jedoch abgesagt, sodass es nie so weit kam. Weitere Offiziere des Infanterieregiments 9, die unmittelbar an der Verschwörung vom 20. Juli beteiligt waren, waren der Sohn des ehemaligen Stabschefs Ludwig Freiherr von Hammerstein-Equord, Hauptmann Hans Fritzsche vom Ersatzbataillon 9 in Potsdam und Leutnant Georg Sigismund von Oppen, dessen Familie ein Gut in Altfried-

land besass, 50 Kilometer östlich von Berlin. Hammerstein-Equord, Oppen und Fritzsche kehrten früh genug zum Hauptquartier ihres Regiments zurück, um keinen Verdacht zu erwecken. Den Vergeltungsmassnahmen nach dem gescheiterten Anschlag entgingen sie vor allem deshalb, weil Fritz-Dietlof von der Schulenburg sich selbst unter der Folter weigerte, der Gestapo ihre Namen zu verraten. Mehrere andere Mitglieder des Regiments begingen Selbstmord oder fielen der Welle von Repressalien zum Opfer, die auf den 20. Juli folgte.[118]

Die Motive der Widerstandkämpfer waren unterschiedlich. Viele Schlüsselfiguren hatten eine Phase der Begeisterung für die NS-Bewegung hinter sich, und manche waren sogar in ihre Verbrechen verstrickt. Während sich die einen wegen des Massenmords an Juden, Polen und Russen angewidert abwandten, überwogen bei anderen religiöse Vorbehalte. Manche wollten die Wiedereinsetzung der Monarchie, wenn auch nicht gerade in Gestalt Wilhelms II., dem man die Flucht nach Holland nicht verziehen hatte. Preussische Motive spielten auf den verschiedensten Ebenen des Widerstands eine Rolle. Der Kreisauer Kreis zum Beispiel, ein Netzwerk konservativer Widerständler im Umkreis des Moltke-Gutes Kreisau in Schlesien, dem auch Militärs angehörten, nahm eine skeptische Haltung gegenüber der Demokratie ein (die es in ihren Augen nicht vermocht hatte, Deutschland vor dem Aufstieg Hitlers zu bewahren) und betrachteten das Preussische Herrenhaus, die nicht gewählte erste Kammer des alten preussischen Landtags, als Modell für eine autoritäre Alternative zur parlamentarischen Demokratie.[119] Für viele Widerstandskämpfer war Preussen das Symbol einer untergegangenen besseren Welt, deren Traditionen von den Hardlinern im Dritten Reich pervertiert wurden. «Vom wahren Preussentum ist der Begriff der Freiheit niemals zu trennen», sagte Henning von Tresckow im Frühjahr 1943 im Familienkreis anlässlich der Konfirmation seiner beiden Söhne in der Garnisonkirche. Losgelöst von den Geboten der «Freiheit», des «Verständnisses» und des «Mitleids», so warnte er, liefen die preussischen Ideale wie Selbstdisziplin und Pflichtgefühl Gefahr, «zu seelenlosem Kommiss und engherziger Rechthaberei» herabzusinken.[120]

Der Widerstand der preussischen Elite wurzelte in der zum Mythos gewordenen Erinnerung an die Befreiungskriege. Eine Figur, die immer wieder als Vorbild genannt wurde, war Yorck, der sich bei Tauroggen ungeachtet der Gefahr, als Hochverräter angeklagt zu werden, durch den Schnee auf den Weg ins rus-

sische Lager machte.[121] Carl-Friedrich Goerdeler, der wohl einflussreichste zivile Verbündete des militärischen Widerstandes, verfasste im Sommer 1940 ein Memorandum, in dem er die Reichswehr drängte, sich gegen Hitler zu erheben. Das Memorandum endete mit einem ausführlichen Zitat aus einem Brief von Reichsfreiherr von und zum Stein vom 12. Oktober 1808, in dem dieser Friedrich Wilhelm III. gedrängt hatte, gegen Napoleon vorzugehen: «Ist also in jedem Falle nichts wie Unglück und Leiden zu erwarten, so ergreife man doch lieber einen Entschluss, der ehrenvoll und edel ist, und eine Entschädigung und Trostgründe anbietet im Fall eines üblen Erfolges.»[122] Später verglich er die Niederlagen in Nordafrika und Stalingrad mit den heilsamen Fiaskos von Jena und Auerstedt.[123] Ein weiteres eindringliches Beispiel für diese Haltung liefert der Briefwechsel zwischen Rudolf von Gersdorff, der im Frühjahr 1943 einen missglückten Selbstmordanschlag auf Hitler geplant hatte, und Feldmarschall Erich von Manstein. Als Manstein Gersdorff wegen seiner aufrührerischen Ansichten tadelte und ihn daran erinnerte, dass ein preussischer Feldmarschall nicht rebelliere, berief Gersdorff sich auf die Fahnenflucht Yorcks bei Tauroggen.[124]

Für die Männer des Widerstandes wurde Preussen zu einer imaginären Heimat, zum Ziel eines Patriotismus, der im Dritten Reich keine Anhaltspunkte fand. Der Anziehungskraft dieses mythischen Preussen vermochten sich auch Nicht-Preussen, die sich in Widerstandskreisen bewegten, kaum zu entziehen. Auch der Sozialdemokrat Julius Leber, ein in Lübeck aufgewachsener Elsässer, der wegen seiner Beteiligung an der Verschwörung gegen Hitler am 5. Januar 1945 hingerichtet wurde, blickte voller Bewunderung auf die Jahre zurück, in denen Stein, Gneisenau und Scharnhorst im «Freiheitsbewusstsein des Staatsbürgers» «neue Impulse für den Staat» suchten.[125] Das Preussen der NS-Propaganda stand in spannungsgeladenem Gegensatz zu dem des zivilen und militärischen Widerstandes. Goebbels bediente sich preussischer Motive, um den Primat von Loyalität, Gehorsam und Wille zu betonen, in denen er unabdingbare Voraussetzungen für den epischen Kampf des deutschen Volkes gegen seine Feinde sah. Für die Männer des Widerstandes hingegen verloren diese Sekundärtugenden ihren Wert, wenn man sie von ihren ethischen und religiösen Wurzeln trennte. Aus Sicht der Nationalsozialisten stand Yorck für das unterdrückte Deutschland, das sich gegen fremde Tyrannei erhebt – für die Widerstandskämpfer war er ein Symbol für ein transzendiertes Pflichtgefühl, das sich unter bestimmten Umständen sogar in einem Akt von Hochverrat artikulieren konnte.

Natürlich ist uns einer dieser beiden Preussen-Mythen sympathischer als der andere, doch selektiv und beschwörend waren sie beide. Der Mythos vom «Preussentum» war derart verblasst, war so abstrakt geworden, dass er leicht instrumentalisiert werden konnte. Er hatte keine Entsprechung in der Realität mehr, nicht einmal in der Erinnerung. Alles, was von ihm übrigblieb, war ein Katalog blutleerer, mythischer Attribute, deren historische und moralische Bedeutung umstritten war – und daran sollte sich auch so schnell nichts ändern.

Die Exorzisten

Am Ende setzte sich das nationalsozialistische Preussenbild durch. Die westlichen Alliierten waren überzeugt, dass der Nationalsozialismus nichts weiter als die jüngste Manifestation des Preussentums war. Dabei konnten sie sich auf eine beeindruckende intellektuelle Tradition der Preussenfeindlichkeit stützen, die bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges zurückreichte. Im August 1914 veröffentlichte Ramsay Muir, Professor für Neuere Geschichte an der Universität von Manchester und engagierter Liberaler, eine viel beachtete Analyse der «historischen Hintergründe» des aktuellen Konflikts. Muir zufolge wurde dieser Konflikt «von einem Gift ausgelöst, das seit mehr als zwei Jahrhunderten im europäischen System am Werk ist, und die Hauptquelle dieses Giftes ist Preussen»[126]. William Harbutt Dawson, ein sozialliberaler Publizist, der im frühen 20. Jahrhundert einer der einflussreichsten Kommentatoren der deutschen Geschichte und Politik in Grossbritannien war, wies in einer kurz nach Kriegsausbruch erschienenen Studie darauf hin, dass der «preussische Geist» eine Militarisierung der ansonsten friedliebenden deutschen Nation bewirke: «Dieser Geist war schon immer ein hartes und unnachgiebiges Charakteristikum Deutschlands; noch heute ist er das Astloch in der Eiche, der Klumpen im weichen Lehm.»[127]

Vielen Analysen gemeinsam war die Vorstellung, dass Deutschland in zwei Teile zerfiel, das liberale, weltoffene und pazifistische West- und Süddeutschland auf der einen Seite und das reaktionäre, militaristische Nordostdeutschland auf der anderen.[128] Die Spannungen zwischen diesen Teilen, so das Argument, seien in dem 1871 von Bismarck gegründeten Reich nicht aufgelöst worden. Einer der ersten und einflussreichsten Analysten dieses Problems war der ame-

rikanische Soziologe Thorstein Veblen. In einer differenzierten Studie der deutschen Industriegesellschaft, die 1915 veröffentlicht und 1939 neu aufgelegt wurde, vertrat Veblen die Ansicht, in Deutschland habe ein einseitiger Modernisierungsprozess eine Verzerrung der politischen Kultur bewirkt. Der «Modernismus» habe zu einer völligen Umgestaltung der Industrie geführt, habe das Gefüge des Staatswesens jedoch weit weniger stark und weniger nachhaltig verschoben. Die Ursache dafür, diagnostizierte Veblen, habe im Fortbestand eines im Wesentlichen vormodernen preussischen «Territorialstaates» gelegen. Die Geschichte dieses Staates sei eine nahezu ununterbrochene Abfolge aggressiver Kriege gewesen. Dadurch sei eine von extremer Unterwürfigkeit geprägte politische Kultur entstanden, denn «der Einsatz im Krieg, der den Gehorsam gegenüber einem Anführer und die Ausführung willkürlicher Befehle erfordert, führt zu einer Haltung der begeisterten Unterwürfigkeit und des blinden Gehorsams». In einem solchen System könne die Loyalität des Volkes nur sichergestellt werden durch «unablässige Gewöhnung», eine «Disziplin, die klug und unermüdlich auf dieses Ziel hinarbeitet», und ein «System der bürokratischen Überwachung und ständigen Einmischung in das Privatleben der Untertanen».[129]

Veblens Thesen waren kaum durch Quellen oder empirische Daten belegt, aber er argumentierte auf durchaus hohem theoretischem Niveau. Er wollte die unterstellten Defizite der preussisch-deutschen politischen Kultur nicht nur beschreiben, sondern sie erklären. Zu diesem Zweck stützte er sich implizit auf einen Begriff der «Moderne», in dessen Licht Preussen als archaisch, anachronistisch und nur teilweise modernisiert erscheinen musste. Erstaunlich ist, wie viele Grundlagen der These vom deutschen «Sonderweg», die in der deutschen Geschichtswissenschaft der späten 1960er und 1970er Jahre eine so einflussreiche Rolle spielen sollte, in der Darstellung von Veblen schon vorweggenommen sind. Das ist natürlich kein Zufall – Ralf Dahrendorf, dessen Überblicksdarstellung *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland* (1965) einer der grundlegenden Texte der Kritischen Schule war, verdankte den Arbeiten Veblens viel.[130]

Selbst die eher unausgegorenen Darstellungen, die während des Zweiten Weltkrieges als historische Analysen durchgingen, nahmen eine historische Sichtweise ein, anstatt sich in Generalisierungen über den deutschen «Nationalcharakter» zu ergehen. Seit dem 17. Jahrhundert, bemerkte ein Autor 1941, sei

«der alte deutsche Eroberungswille bewusst immer stärker gefördert worden, nach den Massgaben jener Mentalität, die als ‚Preussentum' bekannt ist». Die Geschichte Preussens sei «eine nahezu ununterbrochene Ära der kriegerischen Ausdehnung unter dem eisernen Regime des Militarismus und der absolutistischen Bürokratie» gewesen. In strengen, für alle verpflichtenden Schulen, deren Lehrer ehemalige Unteroffiziere gewesen seien, sei den Kindern «der typisch preussische Gehorsam» eingetrichtert worden. Das harte Schulleben sei durch eine ausgedehnte Phase abgelöst worden, die man entweder in Kasernen oder im aktiven Kriegsdienst verbrachte. Dort habe «der deutsche Geist den letzten Schliff erhalten. Was die Schulen nicht vermocht hatten, erledigte die Soldatenzeit.»[131]

In den Köpfen vieler Zeitgenossen gab es einen offensichtlichen Zusammenhang zwischen «Preussentum» und Nazismus. Der deutsche Emigrant Edgar Stern-Rubarth beschrieb Hitler – ungeachtet der österreichischen Abstammung des Diktators – als «Erz-Preussen» und erklärte, dass «das ganze Gebäude des von ihm erträumten Reiches» nicht nur auf den materiellen Errungenschaften des preussischen Staates ruhte, sondern «mehr noch auf den philosophischen Grundlagen des Preussentums».[132] Joseph Borkin, ein amerikanischer Beamter in der Antitrust-Abteilung des Justizministeriums, der später in Nürnberg an der Vorbereitung des Verfahrens gegen den gigantischen Chemieverbund IG Farben beteiligt war, bemerkte in einer 1943 veröffentlichten Studie zur deutschen Industrieplanung *(Germany's Master Plan),* dass die politische Entwicklung der Deutschen lange Zeit durch die herrschende Klasse der preussischen Junker verlangsamt worden sei, die «niemals durch gesellschaftliche Veränderungen aus dem Sattel geworfen» worden sei. Borkin schloss daraus, dass das Ziel der preussischen «Weltanschauung, die politische und ökonomische Beherrschung der Welt, die Quelle» sei, aus der «sowohl der Imperialismus der Hohenzollern als auch der Nationalsozialismus fliessen». Wie viele andere Darstellungen dieser Art stand dieses Buch in einer Tradition der kritischen Auseinandersetzung mit der preussischen Geschichte und der deutschen politischen Kultur insgesamt, die ihre Wurzeln in Deutschland selbst hatte.[133]

Wie stark diese Szenarien von Machthunger, Unterwürfigkeit und politischem Archaismus in den Köpfen derjenigen präsent waren, die nach dem Krieg als politische Entscheidungsträger über das Schicksal Deutschlands zu bestimmen hatten, kann kaum überschätzt werden. In einer Rede vom Dezember 1939

meinte der britische Aussenminister Anthony Eden: «Hitler ist im Grunde gar nicht so einzigartig. Er ist nur der jüngste Ausdruck des Eroberungsgeistes des preussischen Militärs.» Der *Daily Telegraph* kommentierte die Rede unter der Überschrift «Hitlers Herrschaft in der Tradition der preussischen Tyrannei», und in der gesamten Boulevardpresse wurde sie positiv aufgenommen.[134] Am Tag der deutschen Invasion in der Sowjetunion 1941 sprach Winston Churchill in einer berühmten Rede vom «fürchterlichen Angriff» der nationalsozialistischen «Kriegsmaschinerie mit ihren eitlen, säbelrasselnden, Hacken zusammenschlagenden preussischen Offizieren, und den dummen, fügsamen Massen von Hunnenkriegern, die über das Land herfallen wie ein Heuschreckenschwarm».[135] In einem Artikel für den *Daily Herald* vom November 1941 erklärte Ernest Bevin, Arbeitsminister in Churchills Kriegskabinett, die deutschen Kriegsvorbereitungen hätten lange vor Hitlers Aufstieg begonnen. Selbst wenn man «Hitler, Göring und die anderen loswürde», warnte Bevin, wäre das deutsche Problem längst nicht gelöst. Was Europa ein für alle Mal abschütteln müsse, sei der preussische Militarismus mit seiner schrecklichen Philosophie.[136] Daraus folgte, dass der Sturz des nationalsozialistischen Regimes allein kein zufriedenstellendes Ende des Krieges bedeuten würde.

Im Sommer 1943 legte der stellvertretende Premierminister und Labour-Chef Clement Attlee dem Kabinett ein Positionspapier vor, in dem er eindringlich vor der Illusion warnte, dass es möglich sei, nach dem Zusammenbruch des Regimes mit einer Nachfolgeregierung aus Mitgliedern der traditionellen Eliten der deutschen Gesellschaft zu verhandeln. Das «eigentliche aggressive Element» der deutschen Gesellschaft, argumentierte Attlee, sei die Riege der preussischen Junker. Die grösste Gefahr bestehe darin, dass diese Riege, die sich mit der westfälischen Schwerindustrie verbündet habe, die NS-Führung absetzen und sich den Alliierten als Nachfolgeregierung präsentiere, um über Friedensbedingungen zu verhandeln. Der Fehler von 1918 sei gewesen, dass man diese Elemente geduldet habe, weil man in ihnen ein Bollwerk gegen den Bolschewismus gesehen habe. Dieser Fehler dürfe nicht noch einmal gemacht werden. Nur durch die «Liquidierung der Junker als gesellschaftliche Klasse», so Attlee, könne «der preussische Virus» ein für alle Mal ausgelöscht werden.[137]

Die Annahme, in Preussen liege die historische Wurzel des aggressiven deutschen Militarismus, spielte auch für die Politik Präsident Roosevelts gegenüber Deutschland eine entscheidende Rolle. «Eines möchte ich unmissverständlich

klarmachen», erklärte er am 17. September 1943 in einer Rede vor dem Kongress, «wenn Hitler und die Nazis abtreten, dann muss auch die Riege der preussischen Militärs gehen. Wenn wir irgendeine Garantie für einen dauerhaften Frieden wollen, [...] dann müssen die kriegstreiberischen Banden in Deutschland mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden.»[138] Die Erinnerung daran, wie sich Woodrow Wilson 1918 geweigert hatte, mit «den Militärführern und monarchischen Autokraten Deutschlands» zu verhandeln, war nach wie vor lebendig.[139] Und doch hatte der Militärapparat, der 1914-1918 die Basis der deutschen Kriegsanstrengungen gewesen war, die im Versailler Vertrag verhängten Sanktionen unbeschadet überstanden und nur zwei Jahrzehnte später einen erneuten Eroberungskrieg begonnen. Daraus folgte für Roosevelt (wie auch für Attlee), dass die traditionelle preussische Militärführung eine ebenso grosse Bedrohung für den Frieden darstellte wie die Nationalsozialisten und dass es undenkbar war, mit der Militärführung über einen Waffenstillstand zu verhandeln, selbst wenn das NS-Regime abgewählt oder gestürzt werden sollte. Die Idee vom «Preussentum» leistete also einen wichtigen Beitrag zur Politik der bedingungslosen Kapitulation, auf die sich die Alliierten im Januar 1943 auf der Konferenz von Casablanca verständigten.[140]

Den Sowjets hingegen war das Spannungsverhältnis zwischen preussischer Tradition und nationalsozialistischem Regime bewusst. Während das Attentat vom 20. Juli 1944 bei Politikern im Westen auf wenig positive Resonanz stiess, wurde die Leistung der Verschwörer in den offiziellen Medien der Sowjetunion durchaus gewürdigt.[141] Im Gegensatz zu den Westmächten machte sich die Sowjetunion in ihrer Propaganda preussische Themen konsequent zunutze. Das Nationalkomitee «Freies Deutschland», das 1943 als Propagandavehikel gegründet wurde und aus deutschen Offizieren in Gefangenschaft bestand, weckte gezielt die Erinnerung an die preussischen Reformer, allen voran Gneisenau, Stein und Clausewitz, die während der französischen Besatzungszeit allesamt ihr Offizierspatent niedergelegt und sich der Armee des Zaren angeschlossen hatten. Dem Grafen Yorck, der 1812 den Befehl seines Königs ignorierte und über das Eis zu den Russen überlief, kam selbstverständlich ein Ehrenplatz zu.[142]

Natürlich war das alles Augenwischerei, aber es war zugleich Ausdruck einer spezifisch russischen Blicks auf die preussische Geschichte. Die Geschichte der Beziehungen der beiden Staaten war keineswegs von unnachgiebigem gegen-

seitigem Hass bestimmt. Das grosse Idol Stalins, Peter der Grosse, war seinerseits ein begeisterter Bewunderer des Grossen Kurfürsten gewesen, dessen Verwaltungsreformen ihm als Vorbild für eigene Anstrengungen dienten. Russland und Preussen hatten bei der Teilung Polens eng zusammengearbeitet, und nach der Niederlage gegen Napoleon war ab 1812 das Bündnis mit Russland die entscheidende Voraussetzung für das Wiedererstarken Preussens gewesen. Auch nach den Befreiungskriegen unterhielt man weiterhin gute Beziehungen, wurden doch die diplomatischen Bande der Heiligen Allianz durch die Hochzeit von Prinzessin Charlotte, der Tochter Friedrich Wilhelms III., mit Grossfürst Nikolai, dem späteren Zaren Nikolaus I., gefestigt. In der Zeit des preussisch-österreichischen Dualismus stand Russland zwar 1848-1850 hinter Österreich, begünstigte Preussen jedoch während des Krieges von 1866 durch eine Politik der wohlwollenden Neutralität. Beispiele aus jüngerer Zeit für diese lange Tradition der Zusammenarbeit und des Austausches waren die Unterstützung für die bedrängten Bolschewisten 1917/18 und die enge militärische Kooperation der Reichswehr und der Roten Armee in den Weimarer Jahren.

Doch nach dem Sieg der Alliierten konnte nichts von alldem die Auflösung Preussens verhindern. Zwischen den verschiedenen britischen Behörden, die das besetzte Deutschland verwalteten, bestand im Herbst 1945 Konsens darüber, dass «dieser todgeweihte Leichnam Preussens endlich getötet» werden müsse.[143] (Allein die tautologische Formulierung spricht Bände.) Der Fortbestand Preussens stelle einen «gefährlichen Anachronismus» dar.[144] Im Sommer 1946 stand die politische Linie der britischen Verwaltung in dieser Sache fest. In einem Memorandum vom 8. August 1946 fasste der britische Vertreter im Alliierten Kontrollrat in Berlin die Gründe für die Auflösung Preussens kurz und bündig zusammen:

«Ich muss nicht eigens betonen, dass Preussen in den letzten 200 Jahren eine Bedrohung für die Sicherheit Europas dargestellt hat. Der Fortbestand des preussischen Staates, und sei es nur in der Gestalt seines Namens, könnte später zum Ausgangspunkt revanchistischer Bestrebungen des deutschen Volkes werden, würde militaristischen Ambitionen in Deutschland Vorschub leisten und den Wiederaufstieg eines autoritär geprägten, zentralistischen Deutschlands begünstigen. Das muss im Interesse aller unbedingt verhindert werden.»[145]

Diese Sichtweise stiess bei der amerikanischen und der französischen Delegation auf breite Zustimmung. Nur die Sowjets zögerten, hauptsächlich des-

halb, weil Stalin die Hoffnung noch nicht aufgegeben hatte, Preussen könnte der Kern eines vereinigten Deutschlands werden, das die Sowjetunion möglicherweise unter ihre Kontrolle bringen könnte. Doch Anfang Februar 1947 lenkte auch Stalin ein und machte den Weg frei für das juristische Ende des preussischen Staates.

Inzwischen war die Auslöschung Preussens als soziales Milieu bereits weit fortgeschritten. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands in der sowjetischen Besatzungszone verkündete im August 1945, dass «die feudalen Grossgrundbesitzer und die Junkerkaste» schon immer «Träger des Militarismus und Chauvinismus» gewesen seien – eine Formulierung, die später Eingang finden sollte in das Kontrollratsgesetz Nr. 46 zur Auflösung des Staates Preussen vom 25. Februar 1947. Die Beseitigung ihrer «sozioökonomischen Macht» sei daher die erste und prinzipielle Vorbedingung für die «Ausrottung des preussischen Militarismus». Es folgte eine Welle von Enteignungen. Die politische Gesinnung der Eigentümer blieb ebenso unberücksichtigt wie ihre Rolle im Widerstand. Unter anderem wurde auch das Gut von Ulrich-Wilhelm Graf Schwerin von Schwanenfeld konfisziert, der wegen seiner Beteiligung an der Verschwörung vom 20. Juli am 21. August 1944 hingerichtet worden war.[146]

Diese Umwälzungen spielten sich vor dem Hintergrund der grössten Flüchtlingswelle ab, die es in der Geschichte der deutschen Besiedlung Europas je gegeben hatte. Auf der Flucht vor der Roten Armee strömten in den letzten Kriegsmonaten Millionen von Preussen aus den östlichen Provinzen westwärts. Von denen, die blieben, begingen einige Selbstmord, andere wurden umgebracht oder starben an Hunger, Kälte und Krankheiten. Im Verlauf der Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus Ost- und Westpreussen, aus Hinterpommern und Schlesien liessen Hunderttausende ihr Leben. Allein in der Provinz Ostpreussen kamen etwa 500.000 Zivilisten ums Leben. Die Auswanderungswelle und die Umsiedlungen dauerten bis in die fünfziger und sechziger Jahre hinein an. Mit der Plünderung oder Brandschatzung der grossen ostelbischen Gutshäuser verschwand nicht nur eine sozioökonomische Elite, sondern eine ganze Kultur, ein ganzer Lebensstil. Finckenstein mit seinen Erinnerungsstücken aus der napoleonischen Ära, Beynuhnen mit seiner Antikensammlung, Waldburg mit seiner Rokokobibliothek, Blumberg und Gross Wohnsdorff, die an die liberalen Minister von Schön und von Schroetter erinnerten – diese und

60. Ostberlin, 1950: Fünf Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges liegen Kopf und Torso der zerstörten Statue Kaiser Wilhelms I. neben einem Stück seines Pferdes.

viele weitere Landsitze wurden von einem Feind geplündert und niedergebrannt, der jede noch so kleine Spur deutscher Besiedlung um jeden Preis tilgen wollte.[147] So kam es, dass die Preussen bzw. ihre Nachfahren in der Mitte des 20. Jahrhunderts einen hohen Preis bezahlten für den Vernichtungskrieg, den Hitler-Deutschland in Osteuropa entfesselt hatte.

Die Auslöschung Preussens aus dem kollektiven Gedächtnis der deutschen Bevölkerung begann noch vor Kriegsende mit einem massiven Luftangriff auf die Stadt Potsdam. Da Potsdam eine Stadt mit reichem Kulturerbe und geringer strategischer oder industrieller Bedeutung war, stand sie auf der Liste alliierter Zielorte nicht allzu weit oben und war während des Krieges von ernsthaftem Bombardement verschont geblieben. In den späten Abendstunden des 14. April 1945 jedoch liessen 491 britische Bomber ihre Bombenfracht über der Stadt fallen und verwandelten sie in ein flammendes Inferno. Durch einen Angriff, der gerade einmal eine halbe Stunde dauerte, wurde fast die Hälfte der historischen Gebäude in der Altstadt zerstört. Als alle Brände gelöscht waren und der Rauch sich verzogen hatte, ragte der 57 Meter hohe, ausgebrannte Turm der Garnisonkirche aus einer Ruinenlandschaft empor. Vom berühmten Glockenspiel, das wegen seiner automatisierten Wiedergabe des Chorals «Lobe den

Herrn» weithin bekannt gewesen war, blieb nichts übrig ausser einem Klumpen Metall. Die Zerstörung ging nach 1945 weiter; grosse Bereiche der Altstadt mussten dem Wiederaufbau im sozialistischen Sinne weichen. Zu den stadtplanerischen Erfordernissen der Nachkriegszeit gesellte sich dann auch noch der preussenfeindliche Bildersturm der kommunistischen Behörden.[148]

Nirgends war der Bruch mit der Vergangenheit umfassender als in Ostpreussen. Der Nordosten der Provinz, einschliesslich Königsberg, fiel als Kriegsbeute an die Sowjetunion. Am 4. Juli 1946 wurde die Stadt nach einem der treuesten Gefolgsmänner Stalins in Kaliningrad umbenannt, der Bezirk um sie herum wurde zum *Kaliningradskaja Oblast.* In den letzten Kriegsmonaten war die Stadt hart umkämpft gewesen, und in den ersten Jahren der Nachkriegszeit blieb sie eine Ruinenlandschaft. «Was für eine Stadt!», hielt ein russischer Besucher 1951 fest. «Die Strassenbahn führt uns durch bucklige und enge Gassen des ehemaligen Königsberg. Ehemalig deshalb, weil Königsberg tatsächlich eine ehemalige Stadt ist. Sie existiert nicht. Kilometerweit eröffnet sich ein unvergessliches Ruinengemälde. Das alte Königsberg ist eine tote Stadt.»[149] Um die Erinnerung an die Vergangenheit zu tilgen, wurden die meisten historischen Gebäude der Altstadt abgerissen. In einigen Strassen sind die lateinischen Buchstaben auf den gusseisernen Kanaldeckeln des Abwassersystems aus dem späten 19. Jahrhundert das Einzige, was Passanten an die ältere Vergangenheit erinnert. Um die Verwüstung herum entstand eine neue sowjetische Stadt, monoton und provinziell, von der Aussenwelt abgeschnitten durch ein militärisches Sperrgebiet.

Auch in den westlichen Besatzungszonen schritt der Prozess der Auslöschung Preussens rasch voran. Französische Politiker und Reporter sprachen in den ersten Nachkriegsjahren von der Notwendigkeit einer vollständigen *déprussification.*[150] Die Bronzetafeln am Sockel der Siegessäule, die 1873 nach den Einigungskriegen zur Feier des preussischen Triumphs über Dänemark, Österreich und Frankreich aufgestellt worden war, wurden von der französischen Besatzungsbehörde abgenommen und nach Paris geschickt. Erst 1986, anlässlich der Feierlichkeiten zum 750jährigen Gründungsjubiläum Berlins, wurden sie der Stadt zurückgegeben. Noch grösseren Symbolgehalt hatte das Schicksal, das die überlebensgrossen Statuen aller Herrscher aus dem Hause Hohenzollern erwartete, die einst die Siegesallee gesäumt hatten. Diese bombastischen, in weissen Stein gemeisselten Figuren waren während des Dritten Reiches auf die

Grosse Sternallee verpflanzt worden, die nach den Plänen von Hitlers Generalbauinspekteur Albert Speer eine der Achsen der zukünftigen Reichshauptstadt bilden sollte. Während des Krieges hatte man sie unter Tarnnetzen verborgen. Auf Anweisung des Alliierten Kontrollrates in Berlin wurden sie 1947 abgebrochen. Sieben Jahre später wurden sie heimlich in der sandigen brandenbur-

61. Die Eroberung Königsbergs durch sowjetische Truppen, 1945.

gischen Erde vergraben, fast so, als müsste man die Deutschen daran hindern, sich um die Totems ihrer Vorfahren zu scharen und erneut in den Krieg zu ziehen.[151] Den gleichen Motiven begegnen wir bei der Umerziehungspolitik der Alliierten in den Besatzungszonen. Ziel dieser Politik war es, Preussen als «Gedankenkonstrukt» zu eliminieren und aus der Vorstellungswelt der Deutschen zu verbannen. Die Alliierten haben sich nie darauf verständigt, was genau das in der Praxis bedeuten sollte, und auch in den einzelnen Besatzungszonen wurde das nie konkret definiert. Nichtsdestotrotz übte der Gedanke einen grossen Einfluss aus. Im Geschichtsunterricht befasste man sich wenig mit Preussen. Die teleologischen nationalistischen Geschichtserzählungen herkömmlicher Lehrbücher, die mit der Reichsgründung von 1871 ihren Höhepunkt erreichten, wurden insbesondere in der französischen Zone durch ein Geschichtsbild ersetzt, das die deutsche Geschichte vor 1871 in den Mittelpunkt rückte und die vielfältigen Beziehungen zu den anderen Staaten Europas (allen voran Frankreich) betonte. An die Stelle eines chronologischen Überblicks über Schlachten und Diplomatie, der den Kern der alten, Preussen-zentrierten Geschichtserzählung gebildet hatte, trat ein regional- und kulturgeschichtlicher Ansatz. Wo es unvermeidlich war, einen Bezug zu Preussen herzustellen, geschah es in eindeutig

62. Arbeiter vergraben die Statuen der Hohenzollernherrscher im Garten von Schloss Bellevue, 1954.

negativem Ton. In den neuen Lehrbüchern der französischen Zone wurde Preussen als unersättliche, reaktionäre Macht dargestellt, die sich den Errungenschaften der Französischen Revolution in den Weg gestellt und die Wurzeln der Aufklärung und der Demokratie in Deutschland zerstört habe. Vor allem das Ansehen Bismarcks war nach dieser Neuorientierung schwer beschädigt,[152] und auch Friedrich der Grosse verlor seine privilegierte Stellung im kollektiven Gedächtnis, ungeachtet aller Bemühungen des konservativen Historikers Gerhard Ritter, ihn als aufgeklärten Herrscher zu rehabilitieren.[153] Diese Politik der Alliierten war deshalb so erfolgreich, weil sie im Einklang stand mit einer in Deutschland selbst (vor allem im katholischen Rheinland und in Süddeutschland) beheimateten, traditionellen Antipathie gegen Preussen.

Die geopolitischen Notwendigkeiten, von denen die Politik in Deutschland nach der Gründung zweier deutscher Staaten 1949 bestimmt wurde, haben diese Tendenz noch verstärkt. Die Bundesrepublik und die Deutsche Demokratische Republik lagen nun zu beiden Seiten des Eisernen Vorhangs, der die kapitalistische von der kommunistischen Welt trennte. Während die Politik Konrad Adenauers ohne Einschränkungen auf den Westen ausgerichtet war, wurde der kommunistische Nachbar im Osten zu einem Moskauer Satellitenstaat, zu einem «Versuchsmännchen aus der Sowjetretorte». Unter dem Eindruck der deutschen Teilung, die zu einem dauerhaften Kennzeichen der Welt nach dem Zweiten Weltkrieg zu werden schien, verschwand die preussische Vergangenheit aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit. Unterdessen nahm Westberlin, eine Insel tief im Herzen der Ostrepublik, eine neue, charismatische Identität an. Als die Sowjets 1949 die Versorgungswege der von den Westmächten besetzten Zonen der Stadt abschnitten, überwanden die Alliierten die Blockade mit Hilfe einer gigantischen Luftbrücke. Die westliche Welt wurde von einer Welle der Solidarität mit dem belagerten Vorposten erfasst. Dieses Ereignis war der entscheidende erste Schritt hin zu einer Rehabilitierung Deutschlands als Mitglied der internationalen Gemeinschaft. Noch berühmter wurde die Stadt im August 1961, als man mit dem Bau der Berliner Mauer begann – ein überwältigendes Denkmal des Kalten Krieges. In den sechziger und siebziger Jahren entwickelte sich die Stadt zu einem Schaufenster des Westens, der Freiheit und des Konsums, zu einer von Mauern umgebenen, pulsierenden Enklave der neonbeleuchteten Go-Go-Bars und der hohen Kultur, in der es politisch immer wieder bro-

delte. Sie gehörte nicht mehr zu Preussen, und auch nicht zu Deutschland, sondern zur westlichen Welt – ein Zustand, den Präsident John E Kennedy so treffend auf den Punkt brachte, als er bei seinem Berlinaufenthalt am 26. Juni 1963 erklärte: «Ich bin ein Berliner.»

Zurück zu Brandenburg

In einem wunderbaren Aufsatz von 1894 erinnerte sich der gefeierte preussische Schriftsteller Theodor Fontane, zu diesem Zeitpunkt bereits ein alter Mann, an sein literarisches Erstlingswerk. Die Erinnerung führte ihn sechs Jahrzehnte zurück in das Jahr 1834. Damals war er ein 14-jähriger Junge gewesen, der bei seinem Onkel in Berlin wohnte. Es war an einem warmen Sonntagnachmittag im August. Fontane beschloss, seine Hausaufgabe, einen Deutschaufsatz «nach selbstgewähltem Thema», zu verschieben und Freunde der Familie in Löwenbruch zu besuchen, einem Dorf, das etwa fünf Kilometer südlich von Berlin lag. Um drei Uhr nachmittags hatte er das Hallesche Tor an der Stadtgrenze erreicht. Von dort führte ihn die Strasse südwärts über die weite Ebene von Teltow und durch Kreuzberg und Tempelhof nach Grossbeeren. Bei den ersten Häusern von Grossbeeren setzte sich Fontane unter eine Pappel, um ein wenig auszuruhen. Es ging auf den Abend zu, und über den frisch gepflügten Feldern hingen Wolkenfetzen. Etwas weiter die Strasse entlang konnte er auf einer Anhöhe den Friedhof von Grossbeeren und den Kirchturm des Dorfes erkennen, der in der Abendsonne leuchtete.

Wie er so dasass und diese friedvolle Szene betrachtete, musste Fontane an die Geschehnisse denken, die sich an eben diesem Ort vor ziemlich genau zwanzig Jahren zugetragen hatten, auf dem Höhepunkt der Napoleonischen Kriege. Hier in Grossbeeren hatte General Bülow die französischen und sächsischen Truppen unter General Oudinot angegriffen. Die Preussen, zumeist Männer der Landwehr, hatten verhindert, dass der Feind in Berlin einfallen konnte, und mit diesem Sieg für die entscheidende Wende im Feldzug des Sommers von 1813 gesorgt. Fontane wusste aus dem Schulunterricht nur vage über diese Schlacht Bescheid, aber woran er sich erinnerte reichte aus, um die Landschaft vor seinen Augen mit bewegten *Tableaux vivants* aus der Vergangenheit zu beleben. Obwohl vom kommandierenden Offizier dazu gedrängt, hatte sich Bülow geweigert, hinter die Hauptstadt zurückzuweichen und dort den französischen Vorstoss abzuwarten. «Er würde vorziehen, die Gebeine seiner Landwehrmänner

vor als *hinter* Berlin bleichen zu sehen.» Zur Rechten Fontanes drehte sich auf einem kleinen Hügel eine Windmühle. Dort hatte der Prinz von Hessen-Homburg «wie sein Ahnherr bei Fehrbellin» mit einigen Bataillonen von Landwehrmännern die französischen Stellungen angegriffen. Noch lebendiger stand Fontane eine Geschichte vor Augen, die ihm seine Mutter seit frühester Kindheit immer wieder erzählt hatte, ein «kleiner Vorgang», der in die Familiengeschichte eingegangen war. Emilie Fontane, geborene Labry, stammte aus der Berliner Kolonie französischsprachiger Hugenotten. Am 24. August 1813, im Alter von 13 Jahren, war sie wie viele Mädchen und Frauen vor die Stadt gezogen, um sich um die Verwundeten zu kümmern, die am Tag nach der Schlacht noch immer auf dem Felde lagen. Per Zufall war der erste Mann, den sie sah, ein tödlich verwundeter Franzose, dem «kaum noch ein Atemzug in der Brust» blieb. Als er hörte, dass ihn jemand in seiner Muttersprache anredete, richtete er sich «wie verklärt» auf und umfasste mit einer Hand den Becher Wein und mit der anderen ihr Handgelenk. Doch bevor er den Wein kosten konnte, war er tot. Als er sich in jener Nacht in Löwenbruch schlafen legte, da wusste Fontane, dass er sein Thema gefunden hatte. Er würde seinen Schulaufsatz über die Schlacht von Grossbeeren schreiben.[154]

Handelt diese Passage von Preussen, oder handelt sie von Brandenburg? Was Fontane (wenn auch nur in Bruchstücken) heraufbeschwört, ist ein erkennbar preussisches Geschichtsbild, doch die Unmittelbarkeit seiner Erinnerung beruht auf der Vertrautheit des Schauplatzes: gepflügte Felder, eine Pappel, ein kleiner Hügel, ein Kirchturm, der von den letzten Strahlen der untergehenden Sonne erleuchtet wird. Was das Tor zur Erinnerung an die preussische Vergangenheit aufstiess, war die brandenburgische Landschaft. Eines der charakteristischen Kennzeichen von Fontanes literarischem Œuvre ist das enorme Gespür für die Bedeutung des Schauplatzes. Im Rückblick bezeichnete er die Wanderung nach Grossbeeren sogar als Prototyp der Reiseerzählung, die er später als literarische Gattung etablieren sollte. Heute ist Fontane vor allem für seine Romane bekannt – genau beobachtete Gesellschaftsdramen des 19. Jahrhunderts –, aber zu Lebzeiten war sein berühmtestes und beliebtestes Werk eine fünfbändige Hommage an seine Heimatprovinz, die *Wanderungen durch die Mark Brandenburg.*

Die *Wanderungen* sind ein einzigartiges Werk. Es basiert auf Notizen, die Fontane in zahllosen Exkursionen kreuz und quer durch die Mark gesammelt

und mit Texten aus Inschriften und lokalen Archiven verwoben hat. Fontane begann seine Wanderungen im Sommer 1859 mit zwei Ausflügen in die Grafschaft Ruppin und den Spreewald und setzte sie während der gesamten sechziger Jahre fort. Die ursprünglich in verschiedenen Zeitungen veröffentlichten Artikel wurden später überarbeitet, nach Regionen geordnet und ab 1862 als gebundene Bücher herausgegeben. Den Leser erwartete eine ungewöhnliche Mischung aus topografischen Beobachtungen, Inschriften, Bestandsaufnahmen und architektonischen Beschreibungen, romantischen Episoden aus der Vergangenheit und persönlichen Erinnerungsschnipseln aus Gesprächen mit Kutschern, Wirten, Landbesitzern, Dienern, Dorfbürgermeistern und Landarbeitern. Zwischen Passagen schlichter, beschreibender Prosa und trockenen Skizzen kleinstädtischen Lebens sind meditative Szenen eingestreut – ein Friedhof; ein unbewegter, von Bäumen gesäumter See; eine verfallene, von Gras überwucherte Mauer; Kinder, die über die Stoppeln eines frisch gemähten Feldes laufen. Das gesamte Werk ist durchzogen von Nostalgie und Melancholie, jenen Kennzeichen der Empfindsamkeit der literarischen Moderne. Das Brandenburg von Fontane ist eine Erinnerungslandschaft, die zwischen Vergangenheit und Gegenwart oszilliert.

Das vielleicht Bemerkenswerteste an den *Wanderungen* ist die ausschliessliche Beschränkung auf die Regionen der Mark. Fontane war durchaus bewusst, dass es für viele seiner Zeitgenossen etwas Groteskes hatte, dem prosaischen, konturlosen, hinterwäldlerischen Brandenburg einen fünfbändigen historischen Reisebericht zu widmen. Doch er wusste, was er tat. «Auch im märkischen Sande», schrieb er 1863 an einen Freund, «flössen und fliessen überall die Quellen des Lebens und jeder Fussbreit Erde hat seine Geschichte und erzählt sie auch – man muss nur willig sein, auf die oft leisen Stimmen zu lauschen.»[155] Er zielte nicht auf den *grand récit* ab, die «grosse Erzählung» der preussischen Geschichte, sondern auf die «Wiederbelebung des Lokalen», wie er es in einem Brief vom Oktober 1861 formulierte.[156] Zu diesem Zweck musste er die Geschichte gegen den Strich bürsten, um die «verborgenen Schönheiten» seiner Heimat aufzudecken, die Feinheiten seiner unterschätzten Topografie herauszukitzeln und unter der politischen Identität von Preussen nach und nach Brandenburg freizulegen. Um ihre Einzigartigkeit zu zeigen, musste die Mark losgelöst von der preussischen Geschichte betrachtet werden.[157] Die preussische Geschichte ist zwar präsent in den *Wanderungen*, doch sie scheint in weite Ferne

gerückt, wie der Nachhall eines weit entlegenen Schlachtfeldes. Das letzte Wort haben die Brandenburger, mit ihrem lebhaften Humor und der herben Melodie ihrer Sprache.

Von scharfer Kritik durch historische Pedanten blieben die *Wanderungen* nicht verschont, doch beim breiten Lesepublikum waren sie ausserordentlich beliebt und sind vielfach nachgeahmt worden. Ihr Erfolg lenkt unsere Aufmerksamkeit auf die Beharrungskraft regionaler Bindungen in den preussischen Landen. Preussen war, am Ende seiner Lebensspanne ebenso wie am Anfang, ein Verbund aus Regionen, deren Identität im Wesentlichen nicht davon abhing, ob sie zum preussischen Staat gehörten oder nicht. Am deutlichsten zeigt sich das bei den in späterer Zeit erworbenen Gebieten. Die Beziehung zwischen der Rheinprovinz und Berlin war und blieb eine «Vernunftehe», trotz der vergleichsweise pragmatischen und flexiblen Verwaltung durch die preussischen Behörden.[158] Westfalen, das genau genommen keine historische Einheit, sondern ein Puzzle aus kulturell sehr unterschiedlichen Landstrichen war, erlebte im späten 19. Jahrhundert eine Intensivierung regionaler Bindungen, die durch konfessionelle Gegensätze noch verstärkt wurde. In katholischen Gegenden Westfalens wie dem Bistum Paderborn stiess der Krieg Preussens gegen Frankreich von 1870 auf wenig Begeisterung. Es gab kaum Freiwillige, und viele Wehrpflichtige flohen nach Holland, um dem Kriegsdienst zu entgehen.[159] Insofern ist es irreführend, für die Zeit nach 1815 von der «Assimilierung» der Rheinprovinz zu sprechen. Vielmehr wurden die Gebiete im Westen Teil des preussischen Amalgams, wodurch der Staat gezwungen war, sich neu zu konstituieren. Paradoxerweise (und das gilt nicht nur für das Rheinland) wurde durch die Einführung der preussischen Verwaltung mit ihren Oberpräsidien und Provinziallandtagen das Gefühl einer eigenen regionalen Identität sogar noch gefördert.[160]

Diese Effekte wurden durch die territoriale Expansion Preussens nach dem Krieg gegen Österreich noch gesteigert. Ein Grossteil der Bevölkerung in den eroberten Provinzen war mit den willkürlichen Annexionen von 1866 ganz und gar nicht einverstanden. Besonders ausgeprägt war dieses Problem in Hannover, wo die Regierung Bismarck die altehrwürdige Dynastie der Welfen kurzerhand absetzte und ihre Ländereien beschlagnahmte, ein Vorgehen, das für viele Konservative völlig inakzeptabel war und als Hochverrat angesehen wurde.[161] Zum Anwalt derartiger Bedenken machte sich die Partei der Deutsch-Hannove-

raner, die sich für eine Wiedereinsetzung der Welfen stark machte, darüber hinaus aber auch weiter reichende konservative und regionalistische Ziele verfolgte. Die welfischen Hannoveraner mochten am Ende zu begeisterten Deutschen werden, aber sie würden niemals von ganzem Herzen Preussen sein. Den welfischen Regionalisten stand in der Provinz Hannover zwar eine einflussreiche nationalliberale Bewegung gegenüber, die den Staat Bismarcks unterstützte, doch wie ihr Name verrät, waren die Nationalliberalen Anhänger Deutschlands, nicht Preussens. Sie jubelten Bismarck zu, weil sie ihn als Werkzeug einer «deutschen Mission» betrachteten, nicht einer spezifisch preussischen.

Zufällig fiel die letzte grosse Expansionsphase Preussens in eine Zeit, in der es überall in Deutschland zu einer Intensivierung des Regionalbewusstseins kam. Unter dem Vorsitz von lokalen Honoratioren widmeten sich archäologische und historische Vereine intensiv der kulturellen, der politischen und der Sprachgeschichte der vielen deutschen «Landschaften». In Schleswig-Holstein wurde dieser Trend durch die Annexion durch Preussen 1866 noch verstärkt, und so entfalteten sich in vielen Gegenden regionale Loyalitäten, nicht nur bei den dänisch-sprachigen «Preussen» von Nordschleswig, die sich mit der neuen Ordnung nicht abfinden konnten und 1919 ihre Chance ergriffen, sich von Preussen loszusagen. Auch in der deutschsprachigen Bevölkerung gab es viele, die der Idee eines autonomen Staates Schleswig-Holstein anhingen. Die meisten schleswig-holsteinischen Abgeordneten im konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes von 1867 setzten sich für die Unabhängigkeit ihrer Region ein. Ein gewisses Mass an akademischer Rückendeckung erhielten diese Bestrebungen durch die engagierte Schleswig-Holstein-Lauenburgische Gesellschaft für vaterländische Geschichte, deren Vorträge und Veröffentlichungen sich schwerpunktmässig mit Themen der Region befassten.[162]

Man sollte diesen Trend nicht überbewerten. Das zunehmende Regionalbewusstsein stellte keine unmittelbare Bedrohung der preussischen Autorität dar. Die Schleswig-Holsteiner mögen gemurrt haben, aber sie haben weiter ihre Steuern bezahlt und den Militärdienst geleistet. Und doch war das Erstarken regionaler Identitäten bedeutsam. Nicht so sehr wegen ihres subversiven politischen Potenzials, sondern wegen der Synergieeffekte, die sich zwischen regionalen und nationalen Loyalitäten ergaben. Die moderne, volkstümliche Heimatideologie fügte sich nahtlos in die kulturellen und ethnischen Konzepte einer

vereinten deutschen Nation ein. Die aufoktroyierten, vermeintlich unorganischen Strukturen des preussischen Staates wurden dabei umgangen.[163] Die Erosion der «preussischen» Identität erfolgte also gleichzeitig von oben (durch den Nationalismus) und unten (durch das Wiederaufleben des Regionalismus). Lediglich in der Mark Brandenburg (und, schwächer ausgeprägt, in Pommern) bildete sich eine regionale Identität aus, die zur Grundlage einer Bindung an Preussen und seine deutsche Mission wurde (wenn auch nicht notwendigerweise an Berlin, das von nicht wenigen als fremdartige, städtische Wucherung in der agrarischen Landschaft der Mark gesehen wurde).

Aber selbst dort, wie das Beispiel Fontane zeigt, konnte die Wiederentdeckung der Region und ihrer Ansprüche an die Loyalität ihrer Bewohner eine Abkehr von Preussen bewirken. Fontane, der häufig als Apologet des «Preussentums» angesehen wird, hatte in Wirklichkeit eine zutiefst ambivalente Haltung gegenüber dem preussischen Staat, den er gelegentlich scharf kritisierte.[164] «Preussen war eine Lüge», erklärte er im ersten Satz eines vernichtenden Aufsatzes, den er während der Revolution von 1848 veröffentlichte. «Das jetzige Preussen hat keine Geschichte.»[165] Nicht nur 1848, sondern auch nach der Reichsgründung 1871 gehörte Fontane zu denen, die der Meinung waren, dass die Einheit Deutschlands automatisch das Ende Preussens bedeuten müsse.[166] Dass Brandenburg, dessen besondere Geschichte und Eigenart er so sorgfältig dokumentiert hatte, jenen monarchischen Staat überdauern würde, der aus brandenburgischem Boden erwachsen war, brauchte er nicht eigens zu betonen.

Eines der auffallendsten Kennzeichen der Entwicklung seit dem Ende des preussischen Staates 1947 ist die geringe Anziehungskraft Preussens als Fokus einer kollektiven Identität und die entsprechend starke Ausprägung regionaler Bindungen. So ist es bemerkenswert, dass in den offiziellen Verlautbarungen der nach dem Krieg in der Bundesrepublik gegründeten Vertriebenenorganisationen Preussen praktisch nicht auftaucht. Die grosse Mehrheit der rund zehn Millionen Flüchtlinge definierte sich nicht als Preusse, sondern als Ostpreusse, Nieder- bzw. Oberschlesier oder Pommer. Daneben gab es eigene Organisationen der Salzburger aus Preussisch-Litauen (Nachkommen jener protestantischen Flüchtlinge aus Salzburg, die in den frühen 1730er Jahren in den preussischen Osten kamen) und verschiedener anderer regionaler Bevölkerungsgruppen. Aber es gab kaum Anzeichen einer gemeinsamen «preussischen» Identität

und überraschend wenig Austausch und Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Gruppierungen. In dieser Hinsicht spiegelten die Vertriebenenorganisationen den Verbundcharakter des zutiefst regional geprägten alten preussischen Staates wider.

Selbstverständlich stiess das Thema Preussen in der Nachkriegszeit in beiden deutschen Staaten auf grosses Interesse. Die offizielle Geschichtsschreibung der DDR wandte sich schnell von der Preussenfeindlichkeit der älteren kommunistischen Kader ab und adoptierte die Militärreformer der napoleonischen Zeit als Urväter der 1952 neu gegründeten Kasernierten Volkspolizei. Im Jahr 1953 nutzten die Behörden den 140. Jahrestag der Befreiungskriege gegen Napoleon für eine Propagandakampagne, in der die Ereignisse von 1813 im Sinne der kommunistischen Machthaber umgedeutet wurden. Im Mittelpunkt stand natürlich die «russisch-deutsche Freundschaft», und 1813 galt nun als ein «Volksaufstand» gegen Monarchie und Tyrannei.[167] Die Gründung des Scharnhorst-Ordens für Funktionäre der Nationalen Volksarmee 1966, die Fernsehserien über Scharnhorst und Clausewitz Ende der siebziger Jahre, das Erscheinen des bahnbrechenden Bestsellers *Friedrich II. von Preussen* von Ingrid Mittenzwei 1979 und die Versetzung der grandiosen Reiterstatue des Königs von Christian Daniel Rauch an einen Ehrenplatz Unter den Linden – das sind nur einige der Meilensteine auf dem Weg zu einer zunehmend wohlwollenden und differenzierten Einstellung zur Geschichte des preussischen Staates. Das Ziel – zumindest der staatlichen Behörden – war, die Identifikation der Bevölkerung mit der DDR zu fördern, indem man sie mit einer bestimmten Version der preussischen Geschichte und Tradition verknüpfte. Unter anderem als Reaktion auf diese Entwicklung unterstützten die bundesrepublikanischen Behörden die riesige Preussen-Ausstellung, die 1981 im Westberliner Gropius-Bau gezeigt wurde. Doch trotz aller Kontroversen und bei allem echten öffentlichen Interesse auf beiden Seiten der deutsch-deutschen Grenze handelte es sich hierbei um Initiativen von oben, deren Antrieb die Imperative der «politischen Bildung» und der «Volkserziehung» waren. Es ging um die Identität von Staaten, nicht die der Menschen, die in ihnen lebten.

Während Preussen seine Fähigkeit, Emotionen zu wecken, weitgehend eingebüsst hat, ist die Verbundenheit mit Brandenburg unverändert stark. Nach 1945 versuchten die Behörden in der DDR, die regionalen Identitäten aus der

Zeit vor der Einführung des Sozialismus in einer konzertierten Aktion auszulöschen. Die fünf Länder der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone wurden 1952 abgeschafft. An ihre Stelle traten 14 völlig neue Bezirke. Das Ziel war nicht nur, die Zentralisierung der Verwaltung voranzutreiben, sondern «neue Loyalitäten» zu schaffen und das traditionelle Regionalbewusstsein durch eine «neue, sozialistische Identität» zu ersetzen.[168] Doch die Ausrottung regionaler Identitäten erwies sich als ausgesprochen schwierig. Trotz der ambivalenten und gelegentlich ablehnenden Haltung der Zentralverwaltung blühten regional geprägte Volksfeste, Musik, Küche und Literatur. Die Bemühungen von offizieller Seite, eine emotionale Bindung an die neu aus der Taufe gehobenen «sozialistischen Heimatländer» zu fördern, konnten nichts daran ändern, dass die Mehrheit der Ostdeutschen die Existenz dieser Bezirke allenfalls oberflächlich zur Kenntnis nahm.

Wie hartnäckig die traditionellen Zugehörigkeitsgefühle waren, zeigte sich 1990, als die Bezirke abgeschafft und die alten Länder wieder errichtet wurden. Der Kreis Perleberg in der Prignitz (nordöstlich von Berlin) war seit dem 14. Jahrhundert Teil der Mark Brandenburg gewesen. Durch die Reform von 1952 wurde er um drei mecklenburgische Dörfer vergrössert und in den Bezirk Schwerin eingegliedert (ein Name, der traditionell nicht mit Brandenburg assoziiert wurde, sondern mit dem nördlichen Nachbarn, dem ehemaligen Herzogtum Mecklenburg-Schwerin). Im Jahr 1990, nach 40 Jahren im mecklenburgischen Exil, packten die Bewohner von Perleberg die Gelegenheit beim Schopf und machten ihre Verbundenheit mit Brandenburg geltend. 78,5 Prozent der Wähler in Perleberg stimmten für eine Rückkehr, und dementsprechend wurde der Kreis der brandenburgischen Verwaltung unterstellt. Bei den Einwohnern der mecklenburgischen Dörfer, die 1952 Perleberg zugeschlagen worden waren, löste dieses Votum Bestürzung aus. Die Männer und Frauen von Dambeck und Brunow forderten nachdrücklich ihre Rückkehr in das angestammte Mecklenburg. Ende 1991, nach zahlreichen Protesten und Verhandlungsrunden, ging ihr Wunsch in Erfüllung. Nun waren alle glücklich. Das heisst – alle ausser den etwa 150 Einwohnern von Klüss, deren Dorf offiziell zu Brunow gehörte, aber genau an der alten Grenze zu Brandenburg lag. Seit dem 18. Jahrhundert hatte Klüss vom grenzüberschreitenden Handel gelebt (unter anderen von lukrativen Schmuggelgeschäften), und die Einwohner wollten ihre traditionellen Verbindungen mit der Mark nur ungern aufgeben.[169]

Am Ende war nur noch Brandenburg.

Danksagung

Von März 1985 bis Oktober 1987 studierte ich in Westberlin, an einem Ort, den es heute nicht mehr gibt. Diese Stadt war eine Insel im kommunistischen Osten Deutschlands, umgeben von einer Mauer aus Betonplatten, «ein Käfig», wie ein italienischer Journalist es ausdrückte, «in dem man sich frei fühlt». Wer dort gelebt hat, wird die einzigartige Atmosphäre in dieser gestrandeten Festung des Westens nie vergessen – eine pulsierende, multiethnische Enklave, ein Zufluchtsort für junge Männer aus der Bundesrepublik, die dem Militärdienst entfliehen wollten, und ein Symbol für den Kalten Krieg, das offiziell immer noch der Souveränität der Alliierten unterstellt war. In Westberlin erinnerte kaum etwas an die preussische Vergangenheit. Preussen erschien wie ein Staat aus grauer Vorzeit.

Erst wenn man am Bahnhof Friedrichstrasse die Grenze überquerte und sich an einer Wand aus Metallplatten entlang und an Wachen mit versteinerten Gesichtern vorbei durch Drehkreuze zwängte, gelangte man ins Herz des alten preussischen Berlins – zu den langen Reihen eleganter Gebäude Unter den Linden mit der atemberaubenden Symmetrie des Forum Fridericianum, wo einst Friedrich der Grosse den kulturellen Ambitionen seines Königtums zur Schau gestellt hatte. Wenn man die Grenze überquerte, machte man eine Reise in die Vergangenheit, eine Vergangenheit, die durch Kriegszerstörungen und die jahrzehntelange Vernachlässigung danach nur teilweise überlagert wurde. Am Gendarmenmarkt wuchs aus der eingestürzten Kuppel des Französischen Doms aus dem 18. Jahrhundert ein Baum empor, dessen Wurzeln tief ins Mauerwerk eingedrungen waren. Der Berliner Dom war 40 Jahre nach dem Krieg noch immer eine von Artillerie- und Gewehrfeuer entstellte schwarze Ruine. Für einen Australier aus dem unbekümmerten, sonnenverwöhnten Sydney hatten diese Ausflüge über die Grenze eine unerschöpfliche Faszination.

Wer sich mit preussischer Geschichte befasst, kann auf eine der differenziertesten und vielfältigsten Historiografien der Welt zurückgreifen.

Da ist zunächst der hervorragende preussische Kanon, der bis zu den Anfängen der Geschichtswissenschaft als akademische Disziplin zurückreicht. An den Aufsätzen und Monografien aus der klassischen Zeit der preussischen Geschichtsschreibung beeindruckt noch heute die profunde und weit ausgreifende Gelehrsamkeit sowie ihre stilistische Eleganz und Ausdruckskraft. Seit 1989 lässt sich unter jungen deutschen Historikern ein wachsendes Interesse an preussischen Fragestellungen beobachten. Gleichzeitig haben jene ostdeutschen Historiker breitere Anerkennung erfahren, die trotz des eingeschränkten intellektuellen Horizonts der DDR erheblich zu unserem Verständnis der preussischen Gesellschaft und ihrer Entwicklung beigetragen haben. Hinzu kommt die reichhaltige und auf beiden Seiten des Atlantiks nach wie vor sehr robuste Tradition englischsprachiger Werke. Ein besonderes Vergnügen, das die Arbeit an diesem Buch mit sich brachte, war das Schmökern in den Werken so vieler Kollegen, unserer wie vergangener Tage.

Einigen von ihnen bin ich zu besonderem Dank verpflichtet. James Brophy, Karin Friedrich, Andreas Kossert, Benjamin Marschke, Jan Palmowski, Florian Schui und Gareth Stedman Jones haben mir ihre noch unveröffentlichten Manuskripte zugänglich gemacht. Marcus Clausius hat mir Kopien seiner Exzerpte aus dem Reichskolonialamt zugesandt. Zu denen, die mir mit Ratschlägen und Anregungen weitergeholfen haben, gehören Holger Afflerbach, Margaret Lavinia Anderson, David Barclay, Derek Beales, Stefan Berger, Tim Blanning, Richard Bosworth, Annabel Brett, Clarissa Campbell-Orr, Scott Dixon, Richard Drayton, Philip Dwyer, Richard Evans, Niall Ferguson, Bernhard Fulda, Wolfram Kaiser, Alan Kramer, Michael Ledger-Lomas, Julia Moses, Jonathan Parry, Wolfram Pyta, James Retallack, Torsten Riotte, Emma Rothschild, Ulinka Rublack, Martin Rühl, Hagen Schulze, Hamish Scott, James Sheehan, Brendan Simms, Jonathan Sperber, Thomas Stamm-Kuhlmann, Jonathan Steinberg, Adam Tooze, Maiken Umbach, Helmut Walser-Smith, Joachim Whaley, Peter Wilson, Emma Winter und Wolfgang Mommsen, der oft nach Cambridge kam und dessen unerwarteter Tod im August 2004 für viele seiner Freunde und Kollegen hier ein grosser Schock war. Wie so viele Historiker, die in Grossbritannien arbeiten und sich mit deutscher Geschichte beschäftigen, habe ich in dem Semimar «Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland», das Tim Blanning und Jonathan Steinberg in den achtziger und frühen neunziger Jahren in Cambridge geleitet haben, viel gelernt. Vieles verdanke ich auch 25 Jahren an-

geregter Gespräche mit meinem Schwiegervater Rainer Lübbren, einem differenzierten Beobachter der Geschichte.

Mein ganz besonderer Dank gilt jenen Freunden, die so grosszügig und ausdauernd waren, das Manuskript ganz oder in Auszügen zu lesen und zu kommentieren: Chris Bayly, meinem Vater Peter Clark, James Mackenzie, Holger Nehring, Hamish Scott, James Simpson, Gareth Stedman Jones und John A. Thompson. Patrick Higgins hat gute Ideen beigesteuert und mich zur Streichung von allzu ausladenden oder irrelevanten Passagen bewogen. Die Zusammenarbeit mit dem Penguin-Team – Chloe Campbell, Richard Duguid und Rebecca Lee – hat mir ebenfalls grosses Vergnügen bereitet. Simon Winder entspricht dem Idealbild des Lektors, der mit hellsichtigem Blick besser als der Autor selbst das Buch zu sehen vermag, das sich in einem Manuskript verbirgt. Die aufmerksame Korrekturleserin Bela Cunha hat einen Raubzug gegen Fehler, Ungenauigkeiten und Syllogismen geführt. Dank an Cecilia Mackay, die bei der Bildrecherche geholfen hat. Bei so viel professioneller Unterstützung sollte das Buch eigentlich völlig frei von Fehlern sein – dafür, dass es das nicht ist, übernehme ich die volle Verantwortung.

Wie dankt man den wichtigsten Menschen überhaupt? Während ich dieses Buch geschrieben habe, sind Josef und Alexander ein gutes Stück grösser geworden und haben mich auf tausend Arten abgelenkt und aufgeheitert. Nina Lübbren hat meine egoistische Besessenheit anstandslos und mit viel Humor ertragen. Sie war die erste Leserin und Kritikerin jedes einzelnen Absatzes. Ihr ist dieses Buch in Liebe gewidmet.

Abbildungsverzeichnis

1 Lucas Cranach d. J., *Kurfürst Joachim II.*, um 1551 28
2 Richard Brend'amour, *Kurfürst Georg Wilhelm* 43
3 Holzschnitt aus Philip Vincent, *The Lamentations of Germany*, 1638 55
4 *Friedrich Wilhelm, der Große Kurfürst, als Scipio*, Albert van der Eeckhout zugeschrieben, um 1660 63
5 Ansicht der Stadt Königsberg (um 1690) 85
6 *Friedrich I., König in Preußen*, Samuel Theodor Gericke zugeschrieben, nach 1701 96
7 *Jacob Paul von Gundling* (Anonym), 1729 108
8 *Das Tabakskollegium.* Georg Lisiewski zugeschrieben, um 1737 111
9 Johann Christof Merk, *Der Grenadier James Kirkland*, um 1714 124
10 Daniel Chodowiecki, *Kronprinz Friedrich grüßt Katte durch das Fenster seiner Zelle* 139
11 Der Komplex der Waisenanstalt in Halle 162
12 König Friedrich Wilhelm I. begrüßt die protestantischen Exilanten aus dem Erzbistum Salzburg 175
13 Epitaph des Bürgermeisters Thomas Matthias, St.-Gotthardt-Kirche, Brandenburg, 1549/1576 179
14 Der Havelberger Dom 181
15 Daniel Chodowiecki, *Bettelnde Soldatenfrau*, 1764 187
16 E. Feltner, »*Der Junker*«, 1906 205
17 Adolph Menzel, *Friedrich der Große besichtigt eine Manufaktur*, 1856 215
18 Johann Gottlieb Glume, *Friedrich der Große vor dem Siebenjährigen Krieg* 223
19 Schlacht bei Kunersdorf, 12. August 1759 243
20 Porträt Friedrich des Großen von Johann Heinrich Christop Francke 245
21 Daniel Chodowiecki, *Friedrich der Große öffnet den Sarkophag des Großen Kurfürsten*, 1789 271
22 Johann Michael Siegfried Löwe (nach Daniel Chodowiecki), *Moses Mendelssohns Examen am Berliner Tor zu Potsdam*, 1792 310
23 Reichsfreiherr Heinrich Friedrich Karl vom und zum Stein 327
24 Christian Rauch, *Karl August, Fürst von Hardenberg*, 1816 329

25 Le Beau (nach Nadet), *Treffen von Napoleon and Zar Alexander bei Tilsit* 361
26 Friederich Meyer (nach Heinrich Anton Dähling), Die königliche Familie im Schlossgarten bei Charlottenburg, um 1805 367
27 Johann Gottfried Schadow, *Die Prinzessinnen Luise und Friederike von Preußen, 1795–1797* 369
28 Totenmaske von Königin Luise, 1810 371
29 Friedrich Bury, *Gerhard Johann von Scharnhorst,* vor 1813 377
30 Luise Henry, *Wilhelm von Humboldt*, 1826 387
31 *Major von Schill* (Anonym) 403
32 *Hans David Ludwig Graf Yorck* (Anonym) 415
33 Johann Lorenz Rugendas, *Die Schlacht von Leipzig* 428
34 Eisernes Kreuz 435
35 Luisenorden 435
36 Moritz Daniel Oppenheimer, *Die Heimkehr des Freiwilligen aus den Befreiungskriegen zu den nach alter Sippe lebenden Seinen,* 1833/34 442
37 Karl Sand auf dem Weg nach Mannheim 461
38 George French Angas, *Altlutherische Siedlung in Klemzig, Südaustralien*, 1845 482
39 Franz Kugler, *Hegel am Lesepult*, 1828 497
40 Friedrich Wilhelm IV. als betrunkener Gestiefelter Kater, 1843 513
41 *Hunger und Verzweiflung* (Anonym), 1844 517
42 Szene aus dem Berliner Vereinsleben 1848 (Anonym) 538
43 F. G. Nordmann, *Die Barrikade an der Ecke Kronen- und Friedrichstraße*, 1848 543
44 *Friedrich Wilhelm IV. empfängt die Delegation des Frankfurter Parlaments* (Anonym), 1849 566
45 *Otto von Bismarck im Alter von 32 Jahren* (Anonym), 1847 594
46 *Preußische Truppen beim Sturm auf die Düppeler Schanzen,* 18. April 1864 (Anonym) 605
47 König Wilhelm I. von Preußen wird im Spiegelsaal von Versailles zum Deutschen Kaiser ausgerufen (Anonym, nach Anton von Werner), 1871 633
48 Die Siegesallee, Berlin 646
49 Werbung für das Mundwasser Odol 647
50 Ludwig Stutz (Antiklerikale Karikatur), 1900 652

51 Wilhelm Friedrich Georg Pape, Kaiser Wilhelm II. mit seiner Familie im Park von Sanssouci, 1891 673
52 Olaf Gulbransson, »Kaisermanöver«, 1909 676
53 Bruno Paul, »Zeichnet Kriegsanleihen!«, 1917 697
54 George Grosz, »Prost Noske!«, 1919 713
55 Max Liebermann, Otto Braun, preußischer Ministerpräsident, 1932 740
56 Der »Tag von Potsdam«, 21. März 1933 744
57 Ausgrabung des »Hindenburgsteins«, 1935 747
58 Hindenburgs Sarg wird in sein Mausoleum in Tannenberg gebracht, 1935 748
59 Die Deportation von Juden aus dem Memelgebiet 757
60 Fragmente einer Statue Wilhelms I., Ostberlin, 1950 768
61 Die Eroberung Königsbergs durch sowjetische Truppen, 1945 770
62 Statuen von der Siegesallee werden im Garten von Schloss Bellevue vergraben, 1954 771

Verzeichnis der Karten

Eine Geschichte Brandenburg-Preußens in sechs Karten 18–20
Brandenburg um 1600 23
Der jülich-klevische Erbfolgestreit 31
Das Herzogtum Preußen 32
Die Erste Teilung Polens, 1772 278/279
Die Zweite und Dritte Teilung Polens, 1793 bzw. 1795 340/341
Der Deutsche Bund 1815 450
Die Entstehung des Deutschen Zollvereins 452
Der Preußisch-Österreichische Krieg von 1866 602

Anmerkungen

Einleitung

1 Kontrollratsgesetz Nr. 46,25. Februar 1947, *Official Gazette of the Control Council for Germany* (Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland), Nr. 14, Berlin, 31. März 1947.

2 Rede im Parlament vom 21. September 1943, Winston S. Churchill, *The Second World War*, 6 Bde., Bd. 5: *Closing the Ring*, London 1952, S. 491 (dt. *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 5: *Der Ring schliesst sich*, Hamburg u.a. 1952).

3 Ludwig Dehio, *Gleichgewicht oder Hegemonie. Betrachtungen über ein Grundproblem der neueren Staatengeschichte*, Krefeld 1948, S. 223; derselbe, «Der Zusammenhang der preussisch-deutschen Geschichte, 1640-1945», in: Karl Forster (Hg.), *Gibt es ein deutsches Geschichtsbild?*, Würzburg 1961, S. 65-90, hier S. 83. Zu Dehio und der Debatte, ob es eine Kontinuität von Preussen zu Deutschland gab, siehe Thomas Beckers, *Abkehr von Preussen. Ludwig Dehio und die deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*, Aichach 2001, insbesondere S. 51-59; Stefan Berger, *The Search for Normality. National Identity and Historical Consciousness in Germany since 1800*, Providence, RI, und Oxford 1997, S. 56-71; Jürgen Mirow, *Das alte Preussen im deutschen Geschichtsbild seit der Reichsgründung*, Berlin 1981, S. 255-260.

4 Zur kritischen Schule allgemein, siehe Berger, *Search for Normality*, S. 65-71. Zum deutschen Sonderweg siehe Jürgen Kocka, «German History before Hitler: The Debate about the German Sonderweg», in: *Journal of Contemporary History*, 23 (1988), S. 3-16. Eine kritische Betrachtung liefern David Blackbourn und Geoff Eley, *The Peculiarities of German History. Bourgeois Society and Politics in Nineteenth-century Germany*, Oxford 1984. Eine neuere Diskussion der Frage nach den Eigenheiten Preussens findet sich in Hartwin Spenkuch, «Vergleichsweise besonders? Politisches System und Strukturen Preussens als Kern des deutschen Sonderwegs», in: *Geschichte und Gesellschaft*, 29 (2003), S. 262-293.

5 Beispiele für diese Tradition sind Hans-Joachim Schoeps, *Preussen. Geschichte eines Staates*, Frankfurt/Main, Berlin 1966, nachgedruckt 1981; Sebastian Haffner, *Preussen ohne Legende*, Hamburg 1979; Gerd Heinrich, *Geschichte Preussens. Staat und Dynastie*, Frankfurt 1981. Kommentare zu dieser Richtung: Ingrid Mittenzwei, «Die zwei Gesichter Preussens» in: *Forum*, 19 (1978), nachgedruckt in: *Deutschland-Archiv*, 16 (1983), S. 214-218; Hans-Ulrich Wehler, *Preussen ist wieder chic. Politik und Polemik in zwanzig Essays*, Frankfurt/Main 1983, insbesondere Kap. 1; Otto Büsch (Hg.), *Das Preussenbild in der Geschichte. Protokoll eines Symposions*, Berlin 1981.

6 Siehe insbesondere (mit Literaturhinweisen) Manfred Schlenke, «Von der Schwierigkeit, Preussen auszustellen. Rückschau auf die Preussen-Ausstellung Berlin 1981», in: Derselbe (Hg.), *Preussen. Politik, Kultur, Gesellschaft*, *2* Bde., Hamburg 1986, Bd. 1, S. 12-34. Zur Debatte, die die Ausstellung ausgelöst hat, siehe Barbara Vogel, «Bemerkungen zur Aktualität der preussischen Geschichte», in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 25 (1985), S. 467-507; T. C. W. Blanning, «The Death and Transfiguration of Prussia», in: *Historical Journal*, 29 (1986), S. 433-459.

7 Die wichtigste Organisation der konservativen Preussen-Freunde von heute ist die Preussische Gesellschaft. Die von ihr herausgegebene Zeitschrift *(Preussische Nachrichten von Staats- und Gelehrtensachen)* hat nach eigenen Angaben 10.000 Leser. Im Internet ist die Gesellschaft zu finden unter *http://www.preussen.org*. Die Anhängerschaft deckt eine grosse Bandbreite rechts der politischen Mitte ab, von autoritär eingestellten Neoliberalen bis hin zu Befürwortern eines unabhängigen preussischen Staates, ultrakonservativen Monarchisten und Rechtsextremen.

8 Um die Exhumierung der sterblichen Überreste Friedrichs des Großen durch die Rote Armee zu verhindern, wurden sie gegen Ende des Zweiten Weltkriegs nach Hohenzollern-Hechingen gebracht. Da Friedrich in seinem Testament verfügt hatte, er solle mit seinen Windhunden auf einer der Terrassen von Sanssouci begraben werden, wurden sie 1991 wieder nach Potsdam überführt. Besonders umstritten war damals, dass Bundeskanzler Helmut Kohl an der Umbettungszeremonie teilnahm. Zum Berliner Stadtschloss siehe »Wir brauchen zentrale Akteure«, in: *Süddeutsche Zeitung*, 10. Januar 2002, S. 17; Peter Conradi, »Das Neue darf nicht verboten werden«, in: *Süddeutsche Zeitung*, 8. März 2002, S. 13; Joseph Paul Kleihues, »Respekt vor dem Kollegen Schlüter«, in: *Die Welt*, 30. Januar 2002, S. 20. Details zur Kampagne für den Wiederaufbau des Schlosses unter *http://www.berliner-stadtschloss.de/index1.htm* und *http://www.stadtschloss-berlin.de/*.

9 Hans-Ulrich Wehler, »Preußen vergiftet uns. Ein Glück, daß es vorbei ist!«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23. Februar 2002, S. 41; vgl. Tilman Mayer, »Ja zur Renaissance. Was Preußen aus sich machen kann«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27. Februar 2002, S. 49; siehe auch Florian Giese, »Preußens Sendung und Gysis Mission« in: *Zeit online* 09/2002, zugänglich unter http://www.zeit.de/archiv/2002/09/200209_preussen.xml/.

10 Siehe zum Beispiel Linda Colley, *Britons. Forging the Nation*, New Haven, CT 1992 und, allgemeiner, James C. Scott, *Seeing Like a State. How Certain Schemes to Improve the Human Condition Have Failed*, New Haven, CT, 1998, insbesondere S. 11, 76–83, 183. Zur Debatte um den »konstruierten« Charakter des Nationalismus, siehe Oliver Zimmer und Len Scales (Hg.), *Power and the Nation in European History*, Cambridge 2005.

11 Voltaire an Nicolas Claude Theriot, au Chêne, 26. Oktober [1757], in: Theodor Bestermann (Hg.), *Voltaire's Correspondence*, übersetzt von Julius R. Ruff, 51 Bde, Geneva 1958, Bd. 32, S. 135.

Kapitel 1: Die brandenburgischen Hohenzollern

1 »Regio est plana, nemorosa tamen, & ut plurimus paludosa…«, Nicolaus Leuthinger, *Topographia prior Marchiae regionumque vicinarum…*, Frankfurt/Oder 1598, abgedruckt in: J. G. Kraus (Hg.), *Scriptorum de rebus marchia brandenburgensis maxime celebriu…*, Frankfurt 1729, S. 117. Weitere Beispiele siehe Zacharias Garcaeus, *Successiones familiarum et Res gestae illustrissimum praesidium Marchiae Brandenburgensis ab anno DCCCCXXVII ad annum MDLXXXII*, abgedruckt ebenda, S. 6f.

2 William Howitt, *The Rural and Domestic Life of Germany*, London 1842, S. 429.

3 Tom Scott, *Society and Economy in Germany, 1300–1600*, London 2002, S. 24, 119.

4 Dirk Redies, »Zur Geschichte des Eisenhüttenwerkes Peitz«, in: Museumsverband des Landes Brandenburg (Hg.), *Ortstermine. Stationen Brandenburg-Preußens auf dem Weg in die moderne Welt*, Berlin 2001, Teil 2, S. 4–16.

5 F. W. A. Bratring, *Statistisch-Topographische Beschreibung der gesamten Mark Brandenburg*, Berlin 1804, durchges. und verb. Neuausgabe v. Otto Büsch und Gerd Heinrich, 2 Bde, Berlin 1968, Bd. 1, S. 28, 30, Bd. 2, S. 1108. Bratring nennt Zahlen, die jedoch zweifelhaft sind, zumal sie aus einer späteren Zeit stammen, als es in vielen Teilen der Mark Verbesserungen gegeben hatte.

6 William W. Hagen, *Ordinary Prussians. Brandenburg Junkers and Villagers, 1500–1840*, Cambridge 2002, S. 44.

7 Siehe dazu Hans Hattenhauer, »Über die Heiligkeit des Heiligen Römischen Reiches«, in: Wilhelm Brauneder (Hg.), *Heiliges Römisches Reich und moderne Staatlichkeit*, Frankfurt am Main 1993, S. 125–146. Zur Mehrdeutigkeit des Begriffs

siehe Georg Schmidt, *Geschichte des alten Reiches, Staat und Nation in der frühen Neuzeit 1495–1806*, München 1999, S. 10.

8 Nur zwischen 1742 und 1745 ging der Kaisertitel aufgrund außergewöhnlicher Umstände an die bayerische Linie der Wittelsbacher.

9 Zur Herrschaftsteilung siehe Paula Sutter Fichtner, *Protestantism and Primogeniture in Early Modern Germany*, New Haven, CT, 1989, insbesondere S. 4–21; Geoffrey Parker, *The Thirty Years' War*, London 1984, S. 15 (deutsch: *Der Dreißigjährige Krieg*, Frankfurt am Main 1987).

10 Die theatralische Abreise Elisabeths hatte weniger mit ihrer Furcht vor religiöser Verfolgung zu tun als mit den außerehelichen Liaisons, die Luther Joachim I. in einer Reihe offener Briefe vorgeworfen hatte. Vgl. Manfred Rudersdorf / Anton Schindling, »Kurbrandenburg«, in: Anton Schindling / Walter Ziegler (Hg.), *Die Territorien des Reiches im Zeitalter der Reformation und Konfessionalisierung. Land und Konfession 1500–1650*, 6 Bde, Münster 1990, Bd. 2, *Der Nordosten*, S. 34–67, hier S. 40.

11 Axel Gotthard, »Zwischen Luthertum und Calvinismus (1598–1640)«, in: Frank-Lothar Kroll (Hg.), *Preußens Herrscher. Von den ersten Hohenzollern bis Wilhelm II*, München 2000, S. 74–94, hier S. 75; Otto Hintze, *Die Hohenzollern und ihr Werk. Fünfhundert Jahre Vaterländischer Geschichte*, 7. Aufl., Berlin 1916, S. 153.

12 Walter Mehring, *Die Geschichte Preußens*, Berlin 1981, S. 37.

13 Zum Erbgesetz, das diesem Anspruch zugrunde lag, siehe Heinz Ollmann-Kösling, *Der Erbfolgestreit um Jülich-Kleve (1609–1614). Ein Vorspiel zum Dreißigjährigen Krieg*, Regensburg 1996, S. 52–54.

14 Überblick mit Literaturangaben bei Rudolf Endres, *Adel in der frühen Neuzeit*, München 1993, insbesondere S. 23–30, 83–92.

15 Peter-Michael Hahn, »Landesstaat und Ständetum im Kurfürstentum Brandenburg während des 16. und 17. Jahrhunderts«, in: Peter Baumgart (Hg.), *Ständetum und Staatsbildung in Brandenburg-Preußen. Ergebnisse einer international Fachtagung*, Berlin 1983, S. 41–79, hier S. 42.

16 Diese Darstellung beruht auf dem Text der Ordnung des Geheimen Rates vom 13. Dezember 1604, transkribiert in Siegfried Isaacsohn, *Geschichte des preußischen Beamtenthums vom Anfang des 15. Jahrhunderts bis auf die Gegenwart*, 3 Bde, Berlin 1874–1884, Bd. 2, S. 24–28.

17 Ebenda, S. 28; Johannes Schultze, *Die Mark Brandenburg*, 4 Bde, Berlin 1961–1969, Bd. 4, S. 188; Hintze, *Die Hohenzollern*, S. 154f.

18 Gotthard, »Zwischen Luthertum und Calvinismus«, in: Kroll (Hg.), *Preußens Herrscher*, S. 85ff.; Schultze, *Die Mark Brandenburg*, Bd. 4, S. 176–179.

19 Hintze, *Die Hohenzollern*, S. 162. Alison D. Anderson, *On the Verge of War. International Relations and the Jülich-Kleve Succession Crisis (1609–1614)*, Boston 1999, S. 18–40.

20 Parker, *Thirty Years' War*, S. 28–37; Schultze, *Die Mark Brandenburg*, Bd. 4, S. 185.

21 Gotthard, »Zwischen Luthertum und Calvinismus«, S. 84.

22 Friedrich Schiller, *The History of the Thirty Years War in Germany*, übersetzt von Capt. Blacquiere, 2 Bde., London 1799, Bd. 1, S. 93.

23 Zitiert in Gotthard, »Zwischen Luthertum und Calvinismus«, S. 84.

Kapitel 2: Verwüstung

1 Zu Ursachen und Verlauf des Dreißigjährigen Kriegs gibt es eine Vielzahl englischsprachiger Darstellungen. Das Standardwerk ist nach wie vor Geoffrey Parker, *The Thirty Years' War*, London 1988. Eine brauchbare jüngere Einführung in die wichtigsten Problemstellungen bietet Ronald G. Asch, *The Thirty Years' War: The Holy Roman Empire and Europe, 1618–1648*, London 1997. Ein geschichtlicher Überblick von Peter H. Wilson ist derzeit in Vorbereitung. Sigfrid Henry Stein-

berg, *The »Thirty Years' War« and the Conflict for European Hegemony, 1600–1660*, London 1966 (dt. v. G. Raabe: *Der Dreißigjährige Krieg und der Kampf um die Vorherrschaft in Europa*, 1600–1660, Göttingen 1967), und Georges Pagès, *La Guerre de Trent Ans, 1618–1648*, Paris 1949 (*The Thirty Years' War*, übersetzt von D. Maland and J. Hooper, London 1970), sind ältere Werke, die europäische Fragen gegenüber innerdeutschen konfessionellen Auseinandersetzungen hervorheben.

2 Friedrich II., *Mémoires pour servir à l'Histoire de la Maison de Brandebourg*, dt: *Denkwürdigkeiten zur Geschichte des Hauses Brandenburg*, hg. von Gustav B. Volz, übers. von E. König u. a., Berlin 1913, Nachdruck München 1990, S. 50.

3 Aus den Notizen von Graf Adam von Schwarzenberg, zitiert in J. W. C. Cosmar, *Beiträge zur Untersuchung der gegen den Kurbrandenburgischen Geheimen Rath Grafen Adam zu Schwarzenberg erhobenen Beschuldigungen. Zur Berichtigung der Geschichte unserer Kurfürsten Georg Wilhelm und Friedrich Wilhelm*, Berlin 1828, S. 48.

4 Bericht des Grafen von Schwarzenberg über Bemerkungen des Kurfürsten gegenüber Kanzler Pruckmann, 22. Juli 1626, zitiert in Johann Gustav Droysen, *Geschichte der preußischen Politik*, 14 Bde., Berlin 1855–1865, Bd. 3, Teil I, *Der Staat des Großen Kurfürsten*, S. 41; Cosmar, *Beiträge*, S. 50.

5 Bei katholischen Besitzungen wurde auf den Status quo zur Zeit des Friedens von Passau (1552) rekurriert.

6 Zur Rolle und den Zielen Schwedens in diesem Krieg siehe Michael Roberts, *Gustavus Adolphus: A History of Sweden 1611–1632*, 2 Bde, London 1953–1958), Bd. 1, S. 220–228, Bd. 2, S. 619–673.

7 Zitiert in L. Hüttl, *Friedrich Wilhelm von Brandenburg, der Große Kurfürst*, München 1981, S. 39.

8 Friedrich II., *Denkwürdigkeiten*, S. 59.

9 W. Lahne, *Magdeburgs Zerstörung in der zeitgenössischen Publizistik*, Magdeburg 1931, insbesondere S. 7–24; 110–147.

10 Roberts, *Gustavus Adolphus*, Bd. 2, S. 508–513.

11 Hintze, *Die Hohenzollern*, S. 176.

12 Friedrich II., *Denkwürdigkeiten*, S. 50; J. A. R. Marriott und C. Grant Robertson, *The Evolution of Prussia. The Making of an Empire*, Oxford 1917, S. 74; Gotthard, »Zwischen Luthertum und Calvinismus«, S. 87–94.

13 Droysen, *Der Staat des Großen Kurfürsten*, S. 38.

14 Roberts, *Gustavus Adolphus*, Bd. 1, S. 174–181.

15 Droysen, *Der Staat des Großen Kurfürsten*, S. 39.

16 Christoph Fürbringer, *Necessitas und Libertas. Staatsbildung und Landstände im 17. Jahrhundert in Brandenburg*, Frankfurt/Main 1985, S. 34.

17 Hahn, »Landesstaat und Ständetum«, S. 59.

18 Droysen, *Der Staat des Großen Kurfürsten*, S. 118.

19 Fürbringer, *Necessitas und Libertas*, S. 54.

20 Ebenda, S. 54–57.

21 Otto Meinardus (Hg.), *Protokolle und Relationen des Brandenburgischen Geheimen Rates aus der Zeit des Kurfürsten Friedrich Wilhelm*, 4 Bde, Leipzig 1889–1919, Bd. 1 (= Bd. 41 der Reihe *Publicationen aus den K. Preußischen Staatsarchiven*), S. xxxiv.

22 Ebenda, S. xxxv; August von Haeften (Hg.), *Ständische Verhandlungen*, Bd. 1: Kleve-Mark, Berlin 1869 (= Bd. 5 der Reihe *Urkunden und Acktenstücke zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg*; im Folgenden UuA), S. 58–82.

23 Fritz Schröer, *Das Havelland im Dreißigjährigen Krieg. Ein Beitrag zur Geschichte der Mark Brandenburg*, Köln 1966, S. 32.

24 Ebenda, S. 37.

25 Geoff Mortimer, *Eyewitness Accounts of the Thirty Years' War 1618–1648*, Houndmills 2002, S. 12.

26 Zur Kontribution siehe ebenda, S. 47–50, 89–92; Parker, *Thirty Years' War*, S. 197, 204.

27 Schröer, *Havelland*, S. 48.
28 Ebenda, S. 34.
29 B. Seiffert (Hg.), »Zum Dreißigjährigen Krieg: Eigenhändige Aufzeichnungen von Stadtschreibern und Ratsherren der Stadt Strausberg«, in: *Jahresbericht des Königlichen Wilhelm-Gymnasiums zu Krotoschin*, 48 (1902), Ergänzungsband, S. 1–47, zitiert in Mortimer, *Eyewitness Accounts*, S. 91.
30 Herman von Petersdorff, »Beiträge zur Wirtschafts-, Steuer- und Heeresgeschichte der Mark im Dreißigjährigen Kriege«, *Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte* (im Folgenden *FBPG*), 2/1889, S. 1–73, hier S. 70–73.
31 Robert Ergang, *The Myth of the All-Destructive Fury of the Thirty Years' War*, Pocono Pines 1956; Steinberg, *Der Dreißigjährige Krieg*, S. 2–3, 91. Revisionistische Sichtweise: Ronald G. Asch, »›Wo der Soldat hinkömbt, da ist alles sein‹«: Military Violence and Atrocities in the Thirty Years' War Re-examined«, *German History*, 18/2000, S. 291–309.
32 Philip Vincent, *The Lamentations of Germany*, London 1638.
33 Zum Verhältnis von erzähltem und erlebtem Trauma im Dreißigjährigen Krieg siehe Bernd Roeck, »Der Dreißigjährige Krieg und die Menschen im Reich. Überlegungen zu den Formen psychischer Krisenbewältigung in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts«, in Bernhard R. Kroener / Ralf Pröve (Hg.), *Krieg und Frieden. Militär und Gesellschaft in der frühen Neuzeit*, Paderborn 1996, S. 265–279; Geoffrey Mortimer, »Individual Experience and Perception of the Thirty Years' War in Eyewitness Personal Accounts«, *German History*, 20/2002, S. 141–160.
34 Bericht über die »Kiezer« von Plaue, 12. Januar 1639, zitiert in: Schröer, *Havelland*, S. 94.
35 B. Elsler (Hg.), *Peter Thiele's Aufzeichnungen von den Schicksalen der Stadt Beelitz im Dreißigjährigen Kriege*, Beelitz 1931, S. 12.
36 Ebenda, S. 13.
37 Ebenda, S. 12, 15.
38 Georg Grüneberg, *Die Prignitz und ihre städtische Bevölkerung im 17. Jahrhundert*, Lenzen 1999, S. 75–76.
39 Meinardus (Hg.), *Protokolle und Relationen*, Bd. 1, S. 13.
40 Rede Schwarzenbergs vor mehreren Befehlshabern des brandenburgischen Regiments, Cölln, 22. Februar/1. März 1639, zitiert in Otto Meinardus, »Schwarzenberg und die brandenburgische Kriegführung in den Jahren 1638–1640«, *FBPG*, 12/2, 1899, S. 87–139, hier S. 127–128.
41 Meinardus (Hg.), *Protokolle und Relationen*, Bd. 1, S. 181, Dok. Nr. 203, 12 März 1641.
42 Mortimer, *Eyewitness Accounts*, S. 45–58, 174–178.
43 M. S. Anderson, *War and Society in Europe of the Old Regime 1618–1789*, Phoenix Mill 1998, S. 64–66.
44 Werner Vogel (Hrsg.), *Prignitz-Kataster 1686–1687*, Köln/Wien 1985, S. 1. Das Standardwerk zu den Sterblichkeitsraten ist nach wie vor Günther Franz, *Der Dreißigjährige Krieg und das deutsche Volk*, 3. Aufl., Stuttgart 1961, S. 17–21. Franz hat in der Geschichtswissenschaft eine schwierige Position inne, hauptsächlich deswegen, weil er bekennender Nationalsozialist war. Obwohl in Nachkriegsausgaben seiner Werke die ungeheuerlichsten Passagen sorgfältig überarbeitet worden sind, enthalten sie immer noch Spuren seiner Überzeugungen. In den sechziger Jahren wurden die von Franz angestellten Berechnungen von Saul Steinberg vehement zurückgewiesen. Laut Steinberg beruhten sie auf Berichten, in denen Sterblichkeit und Leerstand übertrieben worden seien, um der Besteuerung zu entgehen. Steinbergs provokative – und bizarre – Schlussfolgerung war, dass es Deutschland »1648 weder besser noch schlechter ging als 1609« (Steinberg, *Der Dreißigjährige Krieg*, S. 3). Hans-Ulrich Wehler schloss sich auf S. 54 des ersten Bandes seiner *Deutschen Gesellschaftsgeschichte*, 5 Bde., München, 1987–2003) dieser Ansicht an. Jüngere Studien unterstützen hingegen eher die Ergebnisse von Franz. Vor allem für Brandenburg gibt es eine Vielzahl verlässlicher Quellen, vgl. J. C. Thiebault, »The

Demography of the Thirty Years' War Revisited: Günther Franz and his Critics«, *German History*, 15/1997, S. 1–21.

45 Lieselott Enders, *Die Uckermark. Geschichte einer kurmärkischen Landschaft vom 12. bis zum 18. Jahrhundert*, Weimar 1992, S. 527.

46 Siehe zum Beispiel A. Kuhn, »Über das Verhältnis Märkischer Sagen und Gebräuche zur altdeutschen Mythologie«, *Märkische Forschungen*, 1 (1841), S. 115–146.

47 Samuel Pufendorf, *Elements of Universal Jurisprudence in Two Books* (1660), Buch 2, 5 in: Craig L. Carr (Hg.), *The Political Writings of Samuel Pufendorf*, übersetzt von Michael J. Seidler, New York 1994, S. 87.

48 Samuel Pufendorf, *De iure naturae et gentium libri octo*, dt. von J. N. Hertii, J. Barbeyras u. a.: *Acht Bücher vom Natur- und Völkerrecht*, Frankfurt am Main 1711 (Nachdruck Hildesheim 1998), S. 523.

49 Ebenda, S. 528.

50 Samuel Pufendorf, *De rebus gestis Friderici Wilhelmi Magni Electoris Brandenburgici commentatiorum*, XIX. Buch, Berlin 1695.

51 Johann Gustav Droysen, »Zur Kritik Pufendorfs«, in: ders., *Abhandlungen zur neueren Geschichte*, Leipzig 1876, S. 309–386, hier S. 314.

Kapitel 3: Ein sonderbares Licht in Teutschland

1 Ferdinand Hirsch, »Die Armee des Großen Kurfürsten und ihre Unterhaltung während der Jahre 1660–1666«, in: *Historische Zeitschrift* 17/1885, S. 229–275.

2 Helmut Börsch-Supan, »Zeitgenössische Bildnisse des Großen Kurfürsten«, in: Gerd Heinrich (Hg.), *Ein Sonderbares Licht in Teutschland. Beiträge zur Geschichte des Großen Kurfürsten von Brandenburg (1640–1688)*, Berlin 1990, S. 151–166.

3 Otto Meinardus, »Beiträge zur Geschichte des Großen Kurfürsten«, *FBPG*, 16/2 (1903), S. 173–99, hier S. 176.

4 Zum Einfluss des Neostoizismus auf das politische Denken und Handeln von Kurfürst Friedrich Wilhelm und auf Herrscher der Frühen Neuzeit allgemein, siehe insbesondere Gerhard Oestreich, *Geist und Gestalt des frühmodernen Staates*, Berlin 1969.

5 Derek McKay, *The Great Elector, Frederick William of Brandenburg-Prussia*, Harlow 2001, S. 170f.

6 Zitiert nach einem Edikt von 1686 in: Martin Philippson, *Der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg*, 3 Bde, Berlin 1897–1903, Bd. 3, S. 91.

7 Zu den Flotten- und kolonialen Plänen des Kurfürsten siehe Ernst Opgenoorth, *Friedrich Wilhelm der Große Kurfürst von Brandenburg*, 2 Bde, Göttingen 1971–1978, Bd. 2, S. 305–311; E. Schmitt, »The Brandenburg Overseas Trading Companies in the 17th Century«, in: Leonard Blusse/Femme Gaastra (Hg.), *Companies and Trade. Essays on European Trading Companies During the Ancien Regime*, Leiden 1981, S. 159–176; Hüttl, *Friedrich Wilhelm*, S. 445f.; Heinz Duchhardt, »Afrika und die deutschen Kolonialprojekte der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts«, in: *Archiv für Kulturgeschichte* 68/1986, S. 119–133; eine nützliche Diskussion der Darstellung in der Historiografie liefert Klaus-Jürgen Matz, »Das Kolonialexperiment des Großen Kurfürsten in der Geschichtsschreibung des 19. und 20. Jahrhunderts«, in: Heinrich (Hg.), *Ein Sonderbares Licht*, S. 191–202.

8 Albert Waddington, *Le Grand Electeur Frederic Guillaume de Brandebourg: sa politique exterieure, 1640–1688*, 2 Bde., Paris 1905–1908, Bd. 1, S. 43; Anmerkungen von Götze und Leuchtmar, Stettin, 23. April 1643, in: Bernhard Erdmannsdörffer (Hg.), *Politische Verhandlungen*, 4 Bde., Berlin 1864–1884, Bd. 1 (= UuA, Bd. 1), S. 596f.

9 Lisola an Walderode, Berlin, 30. November 1663, in: Alfred Pribram (Hg.), *Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg*, Bd. 14, Berlin 1890, S. 171f.

10 Hermann von Petersdorff, *Der Große Kurfürst*, Gotha 1926, S. 40.
11 McKay, *Great Elector*, S. 21; Philippson, *Der Große Kurfürst*, Bd. 1, S. 41f.
12 Markgraf Ernst an Friedrich Wilhelm, Cölln, 18. Mai 1641, in: Erdmannsdörffer (Hg.), *Politische Verhandlungen*, Bd. 1, S. 451f.
13 Mitglieder des Geheimen Rats an Friedrich Wilhelm, 6. September 1642, und Bericht über den Tod des Markgrafen von Dr. Johannes Magirius, 26. September 1642, in: Erdmannsdörffer (Hg.), *Politische Verhandlungen*, Bd. 1, S. 499–502, 503–505.
14 Alexandra Richie, *Faust's Metropolis. A History of Berlin*, London 1998, S. 44f.
15 Philippson, *Der Große Kurfürst*, Bd. 1, S. 56–58.
16 Hirsch, »Die Armee des großen Kurfürsten«, S. 229–275; Waddington, *Grand Electeur*, Bd. 1, S. 89; McKay, *Great Elector*, S. 173–175.
17 Curt Jany, »Lehndienst und Landfolge unter dem Großen Kurfürsten«, *FBPG* 8/1895, S. 419–467.
18 Eine Analyse der Schlacht (mit grafischen Darstellungen) findet sich bei Robert I. Frost, *The Northern Wars 1558–1721*, Harlow 2000, S. 173–176.
19 Friedrich Wilhelm an Otto von Schwerin, Schweinfurt, 10. Februar 1675, in: Ferdinand Hirsch (Hg.), *Politische Verhandlungen*, Berlin 1864–1930, Bd. 11 (= UuA, Bd. 18), S. 824f.; Jany, »Lehndienst und Landfolge unter dem Großen Kurfürsten«, in: FBPG, 10/1898, S. 1–30, hier S. 7.
20 Droysen, *Der Staat des Großen Kurfürsten*, S. 351.
21 *Diarium Europeaeum XXXII*, zitiert in: Jany, »Lehndienst und Landfolge«, S. 7.
22 Pufendorf, *Rebus gestis*, Buch VI, § 36–9; Leopold von Orlich, *Friedrich Wilhelm der Große Kurfürst. Nach bisher noch unbekannten Original-Handschriften*, Berlin 1836, S. 79–81; der Bericht des Kurfürsten ist im Anhang abgedruckt, S. 139–142.
23 Zitiert in Peter Burke, *The Fabrication of Louis XIV*, New Haven, CT, 1992, S. 152(dt. v. Matthias Fienbork: *Ludwig XIV. – Die Inszenierung des Sonnenkönigs*, Berlin 1993).
24 Friedrich Wilhelm, Das Politische Testament von 1667, in: Richard Dietrich (Hg.), *Die politischen Testamente der Hohenzollern*, Köln 1986, S. 179–204, hier S. 191f.
25 Heinz Duchhardt/Bogdan Wachowiak, *Um die Souveränität des Herzogthums Preußen: Der Vertrag von Wehlau, 1657*, Hannover 1998; zur zeitgenössischen polnischen Sicht des Vertrages siehe Barbara Szymczak, *Stosunki Rzeczypospolitej z Brandenburgią i Prusami Książęcymi w latach 1648–1658 w opinii i działanich szlachty koronnej*, Warschau 2002, insbesondere S. 229–258.
26 Bemerkung des österreichischen Gesandten in Paris gegenüber Ludwig XIV., zitiert in: Orlich, *Friedrich Wilhelm*, S. 158.
27 Graf Raimondo Montecuccoli, *Commentarium generales Artis bellicae* (1680), zitiert in: Johannes Kunisch, »Kurfürst Friedrich Wilhelm und die Großen Mächte«, in: Heinrich (Hg.), *Ein Sonderbares Licht*, S. 9–32, hier S. 30f.
28 Memoiren des Grafen Waldeck, in: Bernhard Erdmannsdörffer, *Graf Georg Friedrich von Waldeck. Ein preußischer Staatsmann im siebzehnten Jahrhundert*, Berlin 1869, S. 361f., sowie S. 354f.
29 W. Troost, »William III, Brandenburg, and the construction of the anti-French coalition, 1672–88«, in: Jonathan I. Israel, *The Anglo-Dutch Moment: Essay on the Glorious Revolution and Its World Impact*, Cambridge 1991), S. 299–334, hier S. 322.
30 Philippson, *Der Große Kurfürst*, Bd. 3, S. 252f.
31 Peter Baumgart, »Der Große Kurfürst. Staatsdenken und Staatsarbeit eines europäischen Dynasten«, in: Heinrich (Hg.), *Ein Sonderbares Licht*, S. 33–57, hier S. 45.
32 Dietrich (Hg.), *Die politischen Testamente*, S. 191.
33 Die Beschreibung der Zeremonie stützt sich auf: Bruno Gloger, *Friedrich Wilhelm, Kurfürst von Brandenburg. Biographie*, Berlin 1985, S. 152–4.
34 André Holenstein, *Die Huldigung der Untertanen. Rechtskultur und Herrschaftsordnung (800–1800)*, Stuttgart und New York 1991, S. 512f.
35 Diese Interpretation der erhobenen Finger ist für die deutschen Territorien ab dem frühen 15. Jahrhundert vielfach belegt, aber die Praxis ist viel älter; siehe

ebenda S. 57f.; Eine Abbildung in Gloger, *Friedrich Wilhelm* (S. 153) zeigt, dass die Abgeordneten ihre Hände zum traditionellen Gruß heben. Das Zitat stammt aus einem Eid, den die Untertanen einer ländlichen Grafschaft in der brandenburgischen Provinz Prignitz leisteten, siehe Hagen, *Ordinary Prussians*, S. 79.

36 F. L. Carsten, *The Origins of the Junkers*, Aldershot 1989 (dt.: *Geschichte der preußischen Junker*, Frankfurt am Main 1988, S. 27).

37 Zur allgemeinen Regierungskrise im 17. Jahrhundert siehe Trevor Aston (Hg.), *Crisis in Europe, 1560–1660*, New York 1966; Geoffrey Parker und Lesley M. Smith, *The General Crisis of the Seventeenth Century*, London 1978; Theodor K. Rabb, *The Struggle for Stability in Early Modern Europe*, New York 1975.

38 Friedrich Wilhelm an die obersten Räte des Herzogtums Preußen, Kleve, 18. September 1648, in: Erdmannsdörffer (Hg.), *Politische Verhandlungen*, Bd. 1, S. 281f.

39 Fürbringer, *Necessitas und Libertas*, S. 59; Beispiele für diese Argumentationsweise in: Oberste Räte des Herzogtums Preußen an Friedrich Wilhelm, Königsberg, 12. September 1648, in: ebenda, S. 292f.

40 Resolution der Stände der Grafschaft Mark, Emmerich, 22. März 1641, in: Haeften (Hg.), *Ständische Verhandlungen*, Bd. 1, S. 140–145, hier S. 142.

41 Siehe zum Beispiel: Friedrich Wilhelm an die Städte Wesel, Calcar, Düsseldorf, Xanten und Rees, Küstrin, 15. Mai 1643; und: Klevische Stände an die Niederländischen Generalstände, Kleve, 2. April 1647, in: ebenda, S. 205, 331–334.

42 Helmuth Croon, *Stände und Steuern in Jülich-Berg im 17. und vornehmlich im 18. Jahrhundert*, Bonn 1929, S. 250; Beispiele: Stände der Grafschaft Mark an die protestierenden Stände von Kleve, Unna, 10. August 1641; Stände von Mark an die Stände von Kleve, Unna, 10. Dezember 1650, in: Haeften (Hg.), *Ständische Verhandlungen*, Bd. 1, S. 182, 450.

43 Kommentar des Statthalters im Herzogtum Preußen, Prinz Bogusław Radziwiłł, zitiert in: McKay, *Great Elector*, S. 135.

44 Kommentar der Stände, Königsberg, 24. April 1655, in: Kurt Breysig (Hg.), *Ständische Verhandlungen*, Berlin 1894–1899, Bd. 3: *Preußen*, Teil 1 (= UuA, Bd. 15), S. 354. Zu dieser Frage im Herzogtum Preußen, siehe Stefan Hartmann, »Gefährdetes Erbe. Landesdefension und Landesverwaltung in Ostpreußen zur Zeit des Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg (1640–1688)«, in: Heinrich (Hg.), *Ein Sonderbares Licht*, S. 113–36; Hugo Rachel, *Der Große Kurfürst und die Ostpreußischen Stände (1640–1688)*, Leipzig 1905, S. 299–304.

45 E. Arnold Miller, »Some Arguments Used by English Pamphleteers, 1697–1700, Concerning a Standing Army«, *Journal of Modern History* (im Folgenden *JMH*), 1946, S. 306–313, hier S. 309f.; Lois G. Schwoerer, »The Role of King William III in the Standing Army Controversy, 1697–1699«, *Journal of British Studies*, 1966, S. 74–94.

46 David Hayton, »Moral Reform and Country Politics in the Late Seventeenth-century House of Commons«, *Past & Present* 128/1990, S. 48–91, hier S. 48.

47 Anon., Pamphlet von 1675 mit dem Titel »Letter from a Person of Quality«, zitiert in: J. G. A. Pocock, »Machiavelli, Harrington and English Political Ideologies in the Eighteenth Century«, *William and Mary Quarterly*, 4/1965, S. 549–584, hier S. 560.

48 Fürbringer, *Necessitas und Libertas*, S. 60.

49 F. L. Carsten, *Die Entstehung Preußens*, Köln 1968, S. 209–212; Kunisch, »Kurfürst Friedrich Wilhelm«, in: Heinrich (Hg.), *Ein Sonderbares Licht*, S. 9–32, hier S. 21f.

50 Antwort des Geheimen Rats im Auftrag des Kurfürsten, Cölln [Berlin], 2. Dezember 1650, in: Siegfried Isaacsohn (Hg.), *Ständische Verhandlungen*, Bd. 2 (= UuA, Bd. 10), Berlin 1880, S. 193f.

51 Kontradiktionspatent der Stände von Kleve, Jülich, Berg und Mark, Wesel, 14. Juli 1651; Vereinigung der Stände von Kleve und Mark, Wesel, 8. August 1651, in: Haeften (Hg.), *Ständische Verhandlungen*, Bd. 1, S. 509 und S. 525f.; F. L. Carsten, »The Resistance of Cleves and Mark to the Despotic Policy of the Great Elector«, *English Historical Review*, 66 (1951), S. 219–241, hier S. 224; McKay, *Great Elector*, S. 34; Waddington, *Grand Electeur*, Bd. 1, S. 68f.

52 Karl Spannagel, *Konrad von Burgsdorff. Ein brandenburgischer Kriegs-und Staatsmann aus der Zeit der Kurfürsten Georg Wilhelm und Friedrich Wilhelm*, Berlin 1903, S. 265–267.

53 Zum Steueraufkommen in Kleve siehe Sidney B. Fay, »The Beginnings of the Standing Army in Prussia«, *American Historical Review*, 22 (1916/17), S. 763–777, hier S. 772; McKay, *Great Elector*, S. 132. Bericht von Johann Moritz Carsten, »Resistance of Cleves and Mark«, S. 235. Zu den Auswirkungen der Nordischen Kriege auf die Situation in Kleve, siehe Haeften (Hg.), *Ständische Verhandlungen*, Bd. 1, S. 773–793. Zur Verhaftung von Ständevertretern, siehe: Friedrich Wilhelm an Jacob von Spaen, Cölln an der Spree, 3. Juli 1654, in: ebenda, S. 733–734; Carsten, »Resistance of Cleves and Mark«, S. 231.

54 McKay, *Great Elector*, S. 62; Volker Press, »Vom Ständestaat zum Absolutismus: 50 Thesen zur Entwicklung des Ständewesens in Deutschland«, in: Baumgart (Hg.), *Ständetum und Staatsbildung*, S. 280–336, hier S. 324.

55 Fay, »Standing Army«, S. 772.

56 McKay, *Great Elector*, S. 136–7; Philippson, *Der Große Kurfürst*, Bd. 2, S. 165; Otto Nugel, »Der Schöppenmeister Hieronymus Roth«, *FBPG*, 14/2 (1901), S. 19–105, hier S. 32.

57 Hier zitiert Roth die Worte eines oppositionellen Adeligen gegen Friedrich Wilhelms Vorfahren, Johann Sigismund. Roth und Schwerin berichten Unterschiedliches über das, was während dem Treffen geschah; siehe Otto von Schwerin an den Statthalter und die obersten Räte von Preußen, Bartenstein, 21. Oktober 1661, und: Privates Rundschreiben des Schöffenmeisters Roth [Anfang November 1661], in: Kurt Breysig (Hg.), *Ständische Verhandlungen, Preußen*, S. 595, 611, 614–19. Ausführliche Darstellungen: Nugel, »Hieronymus Roth«, S. 40–44; Andrzej Kamieński, *Polska a Brandenburgia-Prusy w drugiej połowie XVII wieku. Dzieje politiczyne*, Poznań 2002, insbesondere S. 61–64. Weniger Sympathie für Roth findet sich bei: Droysen, *Der Staat des Großen Kurfürsten*, Bd. 2, S. 402f.

58 Zitiert in Nugel, »Hieronymus Roth«, S. 100.

59 Es handelte sich um die Hinrichtung von Christian Ludwig von Kalckstein, der in der polnischen Armee gedient hatte und 1668 ins Exil geschickt wurde, weil er ein Attentat auf den Kurfürsten geplant haben soll. Zum Fall Kalckstein, siehe Josef Paczkowski, »Der Große Kurfürst und Christian Ludwig von Kalckstein«, *FBPG*, 2 (1889), S. 407–513, und 3 (1890), S. 419–463; Petersdorff, *Der Große Kurfürst*, Gotha 1926, S. 113–116; Droysen, *Der Staat des Großen Kurfürsten*, Bd. 3, S. 191–212; Opgenoorth, *Friedrich Wilhelm*, Bd. 2, S. 115–118; Kamieński, *Polska a Brandenburgia-Prusy*, S. 65–71, 177–179.

60 So die Klage eines Beamten vor Ort, zitiert in: McKay, *Great Elector*, S. 144.

61 Dietrich (Hg.), *Die politischen Testamente*, S. 185; Erdmannsdörffer, *Waldeck*, S. 45; Rachel, *Der Große Kurfürst*, S. 59–62; Peter Bahl, *Der Hof des Großen Kurfürsten. Studien zur höheren Amtsträgerschaft Brandenburg-Preußens*, Köln 2001, S. 196–217.

62 McKay, *Great Elector*, S. 114. Zur abnehmenden Finanzkraft und dem sinkenden Einfluss des Adels siehe Frank Göse, *Ritterschaft – Garnison – Residenz. Studien zur Sozialstruktur und politischen Wirksamkeit des brandenburgischen Adels 1648–1763*, Berlin 2005, S. 133, 414, 421, 424.

63 Zu diesem Unterschied anhand einer ganz anderen deutschen Region siehe Michaela Hohkamp, *Herrschaft in Herrschaft. Die vorderösterreichische Obervogtei Triberg von 1737 bis 1780*, Göttingen 1988, insbesondere S. 15.

64 Siehe zum Beispiel Konrad von Burgsdorff an Geheimrat Erasmus Seidel, Düsseldorf, 20. Februar 1647, in: Erdmannsdörffer (Hg.), *Politische Verhandlungen*, Bd. 1, S. 300; Der Rat von Kleve an Friedrich Wilhelm, Kleve, 23. November 1650, in: Haeften (Hg.), *Ständische Verhandlungen*, Bd. 1, S. 440–441; Spannagel, *Burgsdorff*, S. 257–260.

65 Siehe zum Beispiel: Otto von Schwerin an Friedrich Wilhelm, Bartenstein, 30. November 1661, in: Breysig (Hg.), *Ständische Verhandlungen, Preußen*, S. 667–669. Darin drängt Schwerin den Kurfürsten, die Verbrauchssteuer angesichts der Proteste seitens der Stände fallen zu lassen.
66 Protokolle des Geheimen Rates, in: Meinardus (Hg.), *Protokolle und Relationen*. Zur Häufigkeit von Beschwerden der Stände siehe Hahn, »Landesstaat und Ständetum«, S. 52.
67 Peter-Michael Hahn, »Aristokratisierung und Professionalisierung. Der Aufstieg der Obristen zu einer militärischen und höfischen Elite in Brandenburg-Preußen von 1650–1725«, in: *FBPG*, 1 (1991), S. 161–208.
68 Zitiert in Otto Hötzsch, *Stände und Verwaltung von Kleve und Mark in der Zeit von 1666 bis 1697 (= Urkunden und Aktenstücke zur inneren Politik des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg*, Teil 2, Leipzig 1908, S. 740.
69 Siehe Peter Baumgart, »Wie absolut war der preußische Absolutismus?«, in: Manfred Schlenke (Hg.), *Preußen. Beiträge zu einer politischen Kultur*, Reinbek 1981, S. 103–119.
70 Otto Hötzsch, »Fürst Moritz von Nassau-Siegen als brandenburgischer Staatsmann (1647 bis 1679)«, *FBPG*, 19 (1906), S. 89–114, hier S. 95f. und 101f.; siehe auch Ernst Opgenoorth, »Johan Maurits as the Stadtholder of Cleves under the Elector of Brandenburg«, in: E. van den Boogaart (Hg.), *Johan Maurits van Nassau-Siegen, 1604–1679: A Humanist Prince in Europe and Brazil. Essays on the Tercentenary of his Death*, Den Haag 1979, S. 39–53, hier S. 53. Zu Soest, siehe Ralf Günther, »Städtische Autonomie und fürstliche Herrschaft. Politik und Verfassung im frühneuzeitlichen Soest«, in: Ellen Widder (Hg.), *Soest. Geschichte der Stadt. Zwischen Bürgerstolz und Fürstenstaat. Soest in der frühen Neuzeit*, Soest 1995, S. 17–123, hier S. 66–71.
71 König Friedrich Wilhelm I. versuchte diese Vereinbarung aufzuheben, aber die Wahl der Landräte durch die Bevölkerung vor Ort wurde unter Friedrich II. wiedereingeführt; siehe Baumgart, »Wie absolut war der preußische Absolutismus?«, S. 112.
72 McKay, *Great Elector*, S. 261.
73 Bericht des britischen Gesandten Stepney an Außenminister Vernon, Berlin, 19./29. Juli 1698, PRO SP 90/1, Bl. 32.
74 Dietrich (Hg.), *Die politischen Testamente*, S. 189.
75 Ebenda, S. 190.
76 Ebenda, S. 190, 191.
77 Ebenda, S. 187.
78 Ebenda, S. 188.
79 Zitiert in McKay, *The Great Elector*, S. 210. Zur Frage der »Machtlosigkeit« siehe auch Droysen, *Der Staat des Großen Kurfürsten*, Bd. 2, S. 370; Philippson, *Der Große Kurfürst*, Bd. 2, S. 238; Waddington, *Histoire de Prusse*, 2 Bde., Paris 1922, Bd. 1, S. 484.

Kapitel 4: Die Rangerhöhung

1 Beschreibungen und Untersuchungen der Krönung siehe Peter Baumgart, »Die preußische Königskrönung von 1701, das Reich und die europäische Politik«, in: Oswald Hauser (Hg.), *Preußen, Europa und das Reich*, Köln und Wien 1987, S. 65–86; Heinz Duchhardt, »Das preußische Königtum von 1701 und der Kaiser«, in: Heinz Duchhardt und Manfred Schlenke (Hg.), *Festschrift für Eberhard Kessel*, München 1982, S. 89–101; Heinz Duchhardt, »Die preußische Königskrönung von 1701. Ein europäisches Modell?« in: Derselbe (Hg.), *Herrscherweihe und Königskrönung im Frühneuzeitlichen Europa*, Wiesbaden 1983, S. 82–95; Iselin Gundermann, »Die Salbung König Friedrichs I. in Königsberg«, in: *Jahrbuch für Berlin-Brandenburgische Kirchengeschichte*, 63 (2001), S. 72–88.

2 Johann Christian Lünig, *Theatrum ceremoniale historico-politicum oder historischer und politischer Schau-Platz aller Ceremonien* etc., 2 Bde., Leipzig 1719/20, Bd. 2, S. 100, 96.
3 George Stepney an Außenminister James Vernon, 19./29. Juli 1698, PRO SP 90/1, Bl. 32.
4 Burke, *The Fabrication of Louis XIV* (dt.: *Die Inszenierung des Sonnenkönigs*), S. 23, 25, 29, 76, 153, 175, 181, 185, 189.
5 Lord Raby an Charles Hedges, Berlin, 14. Juli 1703, PRO SP 90/2, Bl. 39.
6 Derselbe, 30. Juni 1703, PRO SP 90/2, Bl. 21.
7 Lord Raby an Außenminister Harley, 10. Februar 1705, PRO SP 90/3, Bl. 195.
8 Das späte 17. Jahrhundert erlebte eine Vielzahl von Neugründungen dieser Art. Die wichtigsten Vorbilder für Friedrich III./I. waren die Pariser *Académie des Sciences* (1666) und die Londoner *Royal Society* (1673). Leibniz war sowohl Mitglied der *Académie des Sciences* als auch der *Royal Society*. Siehe R. J. W. Evans, »Learned Societies in Germany in the Seventeenth Century«, in: *European Studies Review*, 7 (1977), S. 129–151.
9 Das Standardwerk zur Akademie und ihrer Geschichte ist Adolf Harnacks monumentale *Geschichte der Königlich-Preußischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin*, 3 Bde., Berlin 1900.
10 Friedrich II., *Denkwürdigkeiten*, S. 141–143.
11 Christian Wolff, *Vernünfftige Gedancken von dem Gesellschafftlichen Leben der Menschen und insonderheit dem gemeinen Wesen zur Beförderung der Glückseligkeit des menschlichen Geschlechts*, Frankfurt 1721, S. 466. Zur Bedeutung der Außenwirkung und der »Reputation« für die zeitgenössische Legitimierung der Monarchie, siehe Jörg Jochen Berns, »Der nackte Monarch und die nackte Wahrheit«, in: A. Buck, G. Kauffmann, B. L. Spahr u. a. (Hg.), *Europäische Hofkultur im 16. und 17. Jahrhundert*, Hamburg 1981; Andreas Gestrich, »Höfisches Zeremoniell und sinnliches Volk: Die Rechtfertigung des Hofzeremoniells im 17. und frühen 18. Jahrhundert«, in: Jörg Jochen Berns und Thomas Rahn (Hg.), *Zeremoniell als höfische Ästhetik in Spätmittelalter und Früher Neuzeit*, Tübingen 1995, S. 57–73; Andreas Gestrich, *Absolutismus und Öffentlichkeit: Politische Kommunikation in Deutschland zu Beginn des 18. Jahrhunderts*, Göttingen 1994.
12 Linda und Marsha Frey, *Frederick I: The Man und His Times*, Boulder, CO, 1984, S. 225 (dt.: *Friedrich I.: Preußens erster König*, übers. v. Uta Szyszkowitz, Graz 1984). Dem britischen Botschafter zufolge kamen über 20.000 ausländische Besucher zum Begräbnis der Königin im Juni 1705; Lord Raby an Außenminister Harley, PRO SP 90/3, Bl. 333.
13 Siehe A. Winterling, *Der Hof der Kurfürsten von Köln 1688–1794: Eine Fallstudie zur Bedeutung »absolutistischer« Hofhaltung*, Bonn 1986, S. 153ff.
14 David E. Barclay, *Frederick William IV und the Prussian Monarchy 1840–1861*, Oxford 1995, S. 73f. u. S. 287f. (dt.: *Anarchie und guter Wille: Friedrich Wilhelm IV. und die preußische Monarchie*, übers. v. Marion Müller, Berlin 1995).
15 Schultze, *Die Mark Brandenburg*, Bd. 4: *Von der Reformation bis zum Westfälischen Frieden (1535–1648)*, S. 206f.; Gotthard, »Zwischen Luthertum und Calvinismus«, S. 93. Zur späteren Marginalisierung der Gemahlin siehe Thomas Biskup, »The Hidden Queen: Elisabeth Christine of Prussia und Hohenzollern Queenship in the Eighteenth Century«, in: Clarissa Campbell-Orr (Hg.), *Queenship in Europe 1660–1815. The Role of the Consort*, Cambridge 2004, S. 300–332.
16 Frey und Frey, *Frederick I*, S. 35f.
17 Carl Hinrichs, *Friedrich Wilhelm I. König in Preußen. Eine Biographie*, Hamburg 1941, S. 146f.; Baumgart, »Die preußische Königskrönung«, in: Hauser (Hg.), *Preußen*, S. 65–86.
18 Wolfgang Neugebauer, »Friedrich III./I. (1688–1713)«, in: Kroll, *Preußens Herrscher*, S. 113–133, hier S. 129.
19 Zitiert in Frey und Frey, *Frederick I*, S. 247.

20 Hans-Joachim Neumann, *Friedrich Wilhelm I. Leben und Leiden des Soldatenkönigs*, Berlin 1993, S. 51–55.
21 Will Breton an den Earl of Stafford, Berlin, 28. Februar 1713, PRO SP 90/6; Carl Hinrichs, »Der Regierungsantritt Friedrich Wilhelms I.«, in: Derselbe, *Preußen als historisches Problem*, hg. v. Gerhard Oestreich, Berlin 1964, S. 91–137, hier S. 106.
22 Whitworth an Lord Townshend, 15. August 1716, PRO SP 90/7, Bl. 9.
23 Bericht vom 2. Oktober 1728, in: Richard Wolff, *Vom Berliner Hofe zur Zeit Friedrich Wilhems I. Berichte des Braunschweiger Gesandten in Berlin, 1728–1733* (= *Schriften des Vereins für die Geschichte Berlins*), Berlin 1914, S. 20f.
24 Der Vers und alle Details aus Gundlings Leben stammen aus: Martin Sabrow, *Herr und Hanswurst. Das tragische Schicksal des Hofgelehrten Jacob Paul von Gundling*, München 2001, insbesondere S. 62–67, 80f., 150f.
25 Gustav Schmoller, »Eine Schilderung Berlins aus dem Jahre 1723«, in: *FBPG*, 4 (1891), S. 213–216. Autor des Berichts ist Generalfeldmarschall Reichsgraf von Flemming, der sich im Mai und Juni 1723 in Berlin aufhielt.
26 Diese Typologie verdanke ich Jonathan Steinberg, der sie in dem Seminar »Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland, 1740–1914 (The Struggle for Mastery in Germany 1740–1914)« benutzte, das er und Tim Blanning in den achtzier und frühen neunziger Jahren hielten. Ich bin einer von vielen britischen Historikern der deutschen Geschichte, die großen Vorteil aus diesem inspirierenden Kurs zogen.
27 Wolfgang Neugebauer, »Zur neueren Deutung der preußischen Verwaltung im 17. und 18. Jahrhundert in vergleichender Sicht«, in: Otto Büsch und Wolfgang Neugebauer (Hg.), *Moderne preußische Geschichte 1648–1947. Eine Anthologie*, 3 Bde., Berlin 1981, Bd. 2, S. 541–597, hier S. 559.
28 Reinhold Dorwart, *The Administrative Reforms of Friedrich Wilhelm I of Prussia*, Cambridge, Mt 1953, S. 118. Überblick über die Reorganisation unter Knyphausen in: Kurt Breysig (Hg.), *Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte der Inneren Politik des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg*, Teil 1: *Geschichte der brandenburgischen Finanzen in der Zeit von 1660 bis 1697*, Bd. 1: *Die Centralstellen der Kammerverwaltung*, Leipzig 1895, S. 106–150.
29 Vorher waren die kurfürstlichen Güter von verschiedenen Provinzbehörden verwaltet worden. Die neue Zentralstelle hatte die Bezeichnung *Hofrentei*, später bekannt als *Generaldomänenkasse*. Richard Dietrich, »Die Anfänge des preußischen Staatsgedankens in politischen Testamenten der Hohenzollern«, in: Friedrich Benninghoven und Cécile Lowenthal-Hensel (Hg.), *Neue Forschungen zur Brandenburg-Preußischen Geschichte* (= Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz 14); Köln 1979, S. 1–60, hier S. 12.
30 Zitiert in: Andreas Kossert, *Masuren. Ostpreußens vergessener Süden*, Berlin 2001, S. 86.
31 Hinrichs, *Friedrich Wilhelm I.*, S. 454–457, 464–468, 473–487; Frey und Frey, *Frederick I*, S. 89f.; Rodney Gotthelf, »Frederick William I and Prussian Absolutism, 1713–1740«, in: Philip G. Dwyer (Hg.), *The Rise of Prussia 1700–1830*, Harlow 2000, S. 47–67, hier S. 50f.; Fritz Terveen, *Gesamtstaat und Retablissement. Der Wiederaufbau des nördlichen Ostpreußens unter Friedrich Wilhelm I. (1714–1740)*, Göttingen 1954, S. 17–21.
32 Hans Haussherr, *Verwaltungseinheit und Ressorttrennung. Vom Ende des 17. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts*, Berlin 1953, insbesondere Kap. 1: »Friedrich Wilhelm I. und die Begründung des Generaldirektoriums in Preußen«, S. 1–30.
33 Ebenda; Hinrichs, »Die preußische Staatsverwaltung in den Anfängen Friedrich Wilhelms I.«, in: Derselbe, *Preußen als historisches Problem*, S. 138–160, hier S. 149; Hinrichs, *Friedrich Wilhelm I.*, S. 609–621 (zur kollegialen Umstrukturierung des Generalkriegskommissariats unter Friedrich Wilhelm); Dorwart, *Administrative Reforms*, S. 138–144.

34 Gotthelf, »Frederick William I«, S. 58f.
35 Reinhold August Dorwart, *The Prussian Welfare State before 1740*, Cambridge, Mt 1971, S. 16; vgl. Gerhard Oestreich, *Friedrich Wilhelm I. Preußischer Absolutismus, Merkantilismus, Militarismus*, Göttingen 1977, S. 65–70, der den unsystematischen Charakter der Wirtschaftspolitik unter Friedrich Wilhelm I. herausstellt.
36 Kossert, *Masuren*, S. 88–91.
37 Peter Baumgart, »Der Adel Brandenburg-Preußens im Urteil der Hohenzollern des 18. Jahrhunderts«, in: Rudolf Endres (Hg.), *Adel in der Frühneuzeit. Ein regionaler Vergleich*, Köln und Wien 1991, S. 141–161, hier S. 150f.
38 Oestreich, *Friedrich Wilhelm I.*, S. 62, 65.
39 Gustav Schmoller, »Das Brandenburg-preußische Innungswesen von 1604–1806, hauptsächlich die Reform unter Friedrich Wilhelm I.«, in: *FBPG* 1/2 (1888), S. 1–59.
40 Zum Verbot polnischen Getreides 1722 siehe Wilhelm Naudé und Gustav Schmoller (Hg.), *Die Getreidehandelspolitik und Kriegsmazinverwaltung Brandenburg-Preußens bis 1740*, Berlin 1901, S. 208f. (Einleitung von Naudé), und Dok. Nr. 27, S. 373; Lars Atorf, *Der König und das Korn. Die Getreidehandelspolitik als Fundament des brandenburgisch-preußischen Aufstiegs zur europäischen Großmacht*, Berlin 1999, S. 106.
41 Atorf, *Der König und das Korn*, S. 113f.
42 Naudé und Schmoller (Hg.), *Getreidehandelspolitik*, S. 292; Atorf, *Der König und das Korn*, S. 120–133.
43 Zitiert in F. Schevill, *The Great Elector*, Chicago 1947, S. 242.
44 Siehe Hugo Rachel, »Der Merkantilismus in Brandenburg-Preußen«, in: *FBPG* 40 (1927), S. 221–266, hier S. 236f., 243; Otto Hintze, »Die Hohenzollern und die wirtschaftliche Entwicklung ihres Staates«, in: *Hohenzollern-Jahrbuch* 20 (1916), S. 190–202, hier S. 197; Oestreich, *Friedrich Wilhelm I*, S. 67.
45 Zitiert in Baumgart, »Der Adel Brandenburg-Preußens«, S. 147.
46 Haussherr, *Verwaltungseinheit*, S. 11.
47 Friedrich Wilhelm I., Instruktion für seinen Nachfolger (1722), in: Dietrich (Hg.), *Die politischen Testamente*, S. 221–243, hier S. 229.
48 William Breton an den Earl of Strafford, 28. Februar 1713, PRO, SP 90/6.
49 Hinrichs, *Friedrich Wilhelm I.*, S. 364.
50 Oestreich, *Friedrich Wilhelm I.*, S. 30.
51 Otto Büsch, *Militärsystem und Sozialleben im alten Preußen*, Berlin 1962, S. 15.
52 William Breton an den Earl of Strafford, 18. Mai 1713, PRO, SP 90/6, Bl. 105.
53 Hartmut Harnisch, »Preußisches Kantonsystem und ländliche Gesellschaft«, in: Kroener und Pröve (Hg.), *Krieg und Frieden*, S. 137–165, hier S. 148.
54 Max Lehmann, »Werbung, Wehrpflicht und Beurlaubung im Heere Friedrich Wilhelms I.«, in: *Historische Zeitschrift* 67 (1891), S. 254–289; Büsch, *Militärsystem*, S. 13.
55 Carsten, *Geschichte der preußischen Junker*, S. 41.
56 Gordon A. Craig, *The Politics of the Prussian Army, 1640–1945*, London und New York 1964, S. 11 (dt.: *Die preußisch-deutsche Armee, 1640–1945*, Düsseldorf 1960).
57 Zu den Motiven der Adeligen, sich rekrutieren zu lassen siehe Hahn, »Aristokratisierung und Professionalisierung«; zum Militärdienst als Statussymbol des Adels siehe Göse, *Ritterschaft*, S. 232; Zitat aus Harnisch, »Preußisches Kantonsystem«, S. 147.
58 Büsch, *Militärsystem*, stellt diese allgemeine Behauptung auf, obwohl die in seiner wertvollen Untersuchung angeführten Fakten eine differenziertere Schlussfolgerung nahelegen.
59 Harnisch, »Preußisches Kantonsystem«, S. 155.
60 Hagen, *Ordinary Prussians*, S. 468f.
61 Büsch, *Militärsystem*, S. 33f.
62 Harnisch, »Preußisches Kantonsystem«, S. 157, 162; Büsch, *Militärsystem*, S. 55.
63 Friedrich der Große, »Politisches Testament« (1768), siehe Dietrich, *Die politischen Testamente*, S. 517.

64 Philippson, *Der Große Kurfürst*, Bd. 1, S. 20; Politisches Testament des Großen Kurfürsten (1667), in: Dietrich, *Die politischen Testamente*, S. 179–204, hier S. 203; McKay, *Great Elector*, S. 14f.
65 Die Bemerkung richtete sich an den französischen Gesandten Rébenac; zitiert in: McKay, *Great Elector*, S. 238.
66 Ebenda, S. 239f.
67 Carl Hinrichs, »Der Konflikt zwischen Friedrich Wilhelm I. und Kronprinz Friedrich«, in: Derselbe, *Preußen als historisches Problem*, S. 185–202, hier S. 189.
68 Zitiert in: Reinhold Koser, *Friedrich der Große als Kronprinz*, Stuttgart 1886, S. 26.
69 Hinrichs, »Der Konflikt«, S. 191; Carl Hinrichs, *Preußentum und Pietismus. Der Pietismus in Brandenburg-Preußen als religiös-soziale Reformbewegung*, Göttingen 1971, S. 60.
70 Hinrichs, »Der Konflikt«, S. 193.
71 Zur fortschreitenden Entfremdung von Vater und Sohn siehe Johannes Kunisch, *Friedrich der Große. Der König und seine Zeit*, München 2004, S. 18–28.
72 Karl Ludwig Pöllnitz, *Mémoires pour servir à l'histoire des quatre derniers souverains de la Maison de Brandebourg Royale de Prusse*, 2 Bde., Berlin 1791, Bd. 2, S. 209. Die Memoiren von Pöllnitz sind an vielen Stellen unzuverlässig, aber diese Beobachtung wird durch andere Berichte gestützt und stimmt mit dem überein, was wir über das Leben des Kronprinzen in dieser Zeit wissen.
73 Kunisch, *Friedrich der Große*, S. 34f.
74 Theodor Schieder, *Friedrich der Große. Ein Königtum der Widersprüche*, Frankfurt am Main u. a. 1983, S. 37.
75 Ebenda, S. 38.
76 Zitiert in Theodor Fontane, *Wanderungen durch die Mark Brandenburg*, Hg. Edgar Gross, 6 Bde, 2. Aufl., München 1963, Bd. 2: *Das Oderland*, S. 281; über Katte und seine Geschichte allgemein siehe S. 267–305.
77 Zitiert in ebenda, S. 286f.
78 Kunisch, *Friedrich der Große*, S. 43f.
79 Schieder, *Friedrich der Große*, S. 44; Kunisch, *Friedrich der Große*, S. 46.
80 Peter Baumgart, »Friedrich Wilhelm I. (1713–1740)«, in: Kroll (Hg.), *Preußens Herrscher*, S. 134–159, hier S. 158.
81 Hintze, *Die Hohenzollern*, S. 280.
82 Edgar Melton, »The Prussian Junkers, 1600–1786«, in: H. M. Scott (Hg.), *The European Nobilities in the Seventeenth und Eighteenth Centuries*, 2 Bde., Harlow 1995, Bd. 2: *Northern Central und Eastern Europe*, S. 71–109, hier S. 92.
83 Rainer Prass, »Die Brieftasche des Pfarrers. Wege der Übermittlung von Informationen in ländliche Kirchengemeinden des Fürstentums Minden«, in: Ralf Pröve und Norbert Winnige (Hg.), *Wissen ist Macht. Herrschaft und Kommunikation in Brandenburg-Preußen 1600–1850*, Berlin 2001, S. 69–82, hier S. 78f.
84 Wolfgang Neugebauer, *Absolutistischer Staat und Schulwirklichkeit in Brandenburg-Preußen*, Berlin 1985, S. 172f.
85 Rodney Mische Gothelf, *Absolutism in Action. Frederick William I and the Government of East Prussia, 1709–1730*, Diss., St Andrews 1998, S. 180.
86 Ebenda, S. 239–242.
87 Ebenda, S. 234f.
88 Wolfgang Neugebauer, *Politischer Wandel im Osten. Ost- und Westpreußen von den alten Ständen zum Konstitutionalismus*, Stuttgart 1992, S. 65–86.
89 Carsten, *Geschichte der preußischen Junker*, S. 49.
90 Peter Baumgart, »Zur Geschichte der kurmärkischen Stände im 17. und 18. Jahrhundert«, in: Büsch und Neugebauer (Hg.), *Moderne Preußische Geschichte*, Bd. 2, S. 509–540, hier S. 529; Melton, »The Prussian Junkers«, S. 100f.
91 Fritz Terveen, »Stellung und Bedeutung des preußischen Etatministeriums zur Zeit Friedrich Wilhelms I. 1713–1740«, in: *Jahrbuch der Albertus-Universität zu Königsberg/Preußen*, 6 (1955), S. 159–179.

Kapitel 5: Protestanten

1 Andreas Engel, *Annales Marchiae Brandenburgicae, das ist das Ordentliche Verzeichniss vnd beschreibung der fürnemsten… Märckischen… Historien…vom 416. Jahr vor Christi Geburt, bis… 1596*, Frankfurt 1598.
2 Bodo Nischan, *Prince, People and Confession. The Second Reformation in Brandenburg*, Philadelphia 1994, S. 111–143. Diese Darstellung der Konfessionspolitik des Kurfürsten in diesem Buch bezieht sich stark auf Nischans Studie.
3 Ebenda, S. 186ff. Weitere hilfreiche Darstellungen der »Berliner Tumulte« finden sich u. a. in Eberhard Faden, »Der Berliner Tumult von 1615«, in: Martin Henning und Heinz Gebhardt (Hg.), *Jahrbuch für brandenburgische Landesgeschichte*, 5 (1954), S. 27–45; Oskar Schwebel, *Geschichte der Stadt Berlin*, Berlin 1888, S. 500–513.
4 Zitiert in Nischan, *Second Reformation*, S. 209.
5 Zur Bedeutung von Gefühlen als eigenständiger Faktor bei Machtkonflikten dieser Art siehe Ulinka Rublack, »State-formation, gender and the experience of governance in early modern Württemberg«, in: Dieselbe (Hg.), *Gender in Early Modern German History*, Oxford 2003, S. 200–217, hier S. 214.
6 Bodo Nischan, »Reformation or Deformation? Lutheran and Reformed Views of Martin Luther in Brandenburg's ›Second Reformation‹«, in: Derselbe, *Lutherans and Calvinists in the Age of Confessionalism*. Variorum, nachgedruckt in: Aldershot 1999, S. 203–215, hier S. 211. Pistoris' Zitat aus: Derselbe, *Second Reformation*, S. 84.
7 Ebenda, S. 217.
8 Droysen, *Geschichte der preußischen Politik*, Bd. 4, *Der Staat des Großen Kurfürsten*, S. 25.
9 Schultze, *Die Mark Brandenburg*, Bd. 4, S. 192.
10 Friedrich Wilhelm an die Oberräte des Herzogtums Preußen (Entwurf zu Händen des Kanzlers von Götze), Königsberg, 26. April 1642, in: Erdmannsdörffer (Hg.), *Politische Verhandlungen*, Bd. 1, S. 98–103.
11 Der Königsberger Klerus an die Oberräte des Herzogtums Preußen [ohne Datum; Erwiderung auf den Brief des Kurfürsten vom 26. April], in: Erdmannsdörffer (Hg.), *Politische Verhandlungen*, Bd. 1, S. 98–103. Das hier angerufene »Gesetz« bezieht sich auf das Mandat Herzog Albrechts von Preußen, in dem er das lutherische Supremat innerhalb des Herzogtums bestätigte.
12 Klaus Deppermann, »Die Kirchenpolitik des Großen Kurfürsten«, in: *Pietismus und Neuzeit*, 6 (1980), S. 99–114, hier S. 110ff.
13 Eine gute Darstellung dieser Vorfälle, die auf den Beobachtungen eines hessischen Diplomaten am Berliner Hof basiert, findet sich in Walther Ribbeck, »Aus Berichten des hessischen Sekretärs Lincker vom Berliner Hofe während der Jahre 1666–1669«, in: *FBPG*, 12/2 (1899), S. 141–158.
14 Gerd Heinrich, »Religionstoleranz in Brandenburg-Preußen. Idee und Wirklichkeit«, in: Manfred Schlenke (Hg.), *Preußen. Politik, Kultur, Gesellschaft*, Reinbek 1986, S. 83–102; hier S. 83.
15 McKay, *Great Elector*, S. 156, Anm. 40.
16 Siehe Markgraf Ernst an Friedrich Wilhelm, Cölln, 1. Juli 1641; Friedrich Wilhelm, Resolution, Königsberg, 30. Juli 1641, in: Erdmannsdörffer (Hg.), *Politische Verhandlungen*, Bd. 1, S. 479.
17 Zitiert in: McKay, *Great Elector*, S. 186.
18 Siehe Dok. Nr. 121–130 in: Selma Stern, *Der preußische Staat und die Juden*, 8 Bde in 4 Teilen, Tübingen 1962–1975, Teil 1: *Die Zeit des Großen Kurfürsten und Friedrichs I.*, Bd. 2, S. 108–116.
19 Zitiert in Martin Lackner, *Die Kirchenpolitik des Großen Kurfürsten*, Witten 1973, S. 300.
20 M. Brecht, »Philipp Jakob Spener, Sein Programm und dessen Auswirkungen«, in: Derselbe (Hg.), *Geschichte des Pietismus*, 4 Bde, Göttingen 1993, Bd. 1: *Der*

Pietismus vom 17. bis zum frühen 18. Jahrhundert, S. 278–389, hier S. 333–338; H. Leube, »Die Geschichte der pietistischen Bewegung in Leipzig«, in: Derselbe, *Orthodoxie und Pietismus. Gesammelte Studien*, Bielefeld 1975, S. 153–267.

21 Zu pietistisch-lutherischen Konflikten in Hamburg, Gießen, Darmstadt und anderen Städten, siehe Klaus Deppermann, *Der Hallesche Pietismus und der preußische Staat unter Friedrich III. (I.)*, Göttingen 1961, S. 49f.; Brecht, »Philipp Jakob Spener«, S. 344–351.

22 Johannes Wallmann, »Das Collegium Pietatis«, in: M. Greschat (Hg.), *Zur neueren Pietismusforschung*, Darmstadt 1977, S. 167–223; Brecht, »Philipp Jakob Spener«, S. 316–319.

23 Philipp Jakob Spener, *Theologische Bedencken*, 4 Teile in 2 Bdn, Halle 1712–1715, Teil 3, Bd. 2, S. 293.

24 Philipp Jakob Spener, *Letzte Theologische Bedencken*, Halle 1711, Teil 3, S. 296f., 428, 439f., 678; Zitate aus dem Nachdruck in Dietrich Blaufuß und S. Schicketanz, *Philipp Jakob Spener. Letzte Theologische Bedencken und andere Briefflliche Antworten*, Hildesheim 1987.

25 Zitiert in T. Kervorkian, »Piety Confronts Politics: Philipp Jakob Spener in Dresden 1686–1691«, in: *German History*, 16 (1998), S. 145–164.

26 Artikel über Philipp Jakob Spener von Klaus-Gunther Wesseling, *Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon*, Bd. 10 (1995), Spalten 909–939, *http://www.bautz.de/bbkl/s/ spener-S-j.shtml*; Zugriff am 29. Oktober 2003.

27 R. L. Gawthrop, *Pietism and the Making of Eighteenth-century Prussia*, Cambridge 1993, S. 122.

28 Philipp Jakob Spener, *Pia Desideria: Oder hertzliches Verlangen nach gottgefälliger Besserung der wahren evangelischen Kirchen*, 2. Aufl., Frankfurt am Main 1680. Zitate stammen aus dem Nachdruck in E. Beyreuther (Hg.), *Speners Schriften*, Bd. 1, Hildesheim 1979, S. 123–308; hier S. 267–71.

29 Spener, *Pia Desideria*, S. 250ff.

30 Ebenda, S. 257.

31 Brecht, »Philipp Jakob Spener«, S. 352.

32 Deppermann, *Der Hallesche Pietismus*, S. 172.

33 Ebenda, S. 74, 172; Brecht, »Philipp Jakob Spener«, S. 354.

34 Kurt Aland, »Der Pietismus und die soziale Frage«, in: Derselbe (Hg.), *Pietismus und moderne Welt*, Witten 1974, S. 99–137; hier S. 101.

35 Brecht, »Philipp Jakob Spener«, S. 290; Deppermann, *Der Hallesche Pietismus*, S. 58–61.

36 E. Beyreuther, *Geschichte des Pietismus*, Stuttgart 1978, S. 155.

37 W. Oschlies, *Die Arbeits-und Berufspädagogik August Hermann Franckes (1663–1727). Schule und Leben im Menschenbild des Hauptvertreters des halleschen Pietismus*, Witten 1969, S. 20.

38 Zu den *Fußstapfen* und anderen programmatischen Texten Franckes siehe M. Brecht, »August Hermann Francke und der Hallesche Pietismus«, in: Derselbe (Hg.), *Geschichte des Pietismus*, Bd. 2, S. 440–540; hier S. 475.

39 F. Ernest Stoeffler (Hg.), *Continental Pietism and Early American Christianity*, Grand Rapids 1976; Mark A. Noll, »Evangelikalismus und Fundamentalismus in Nordamerika«, in: Ulrich Gäbler (Hg.), *Der Pietismus im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert*, Göttingen 2000, S. 465–531. Zu epistolarischen Netzwerken und religiöser Erneuerung siehe W. R. Ward, *The Protestant Evangelical Awakening*, Cambridge 1992, insbesondere Kap. 1.

40 Carl Hinrichs, »Die universalen Zielsetzungen des Halleschen Pietismus«, in: Derselbe, *Preußentum und Pietismus*, S. 1–125, insbesondere S. 29–47.

41 Martin Brecht, »August Hermann Francke und der Hallische Pietismus« in: Derselbe (Hg.), *Der Pietismus vom siebzehnten bis zum frühen achtzehnten Jahrhundert* (*Geschichte des Pietismus*, Bd. 1), Göttingen 1993, S. 440–539, hier S. 478, 485.

42 Gawthrop, *Pietism*, S. 137–149, 211, 213 und passim. Im Gegensatz dazu betont Mary Fulbrook in *Piety and Politics: Religion and the Rise of Absolutism in England, Württemberg and Prussia*, Cambridge 1983, S. 164–167, die utilitaristische Dimension der Beziehung. Siehe auch: W. Stolze, »Friedrich Wilhelm I. und der Pietismus«, in: *Jahrbuch für Brandenburgische Kirchengeschichte*, 5 (1908), S. 172–205; K. Wolff, »Ist der Glaube Friedrich Wilhelms I. von A. H. Francke beeinflußt?«, in: *Jahrbuch für Brandenburgische Kirchengeschichte*, 33 (1938), S. 70–102.
43 Deppermann, *Der Hallesche Pietismus*, S. 168.
44 Schoeps, *Preußen*, S. 47; Gawthrop, *Pietism*, S. 255.
45 Fulbrook, *Piety and Politics*, S. 168. Diese Voraussetzung wurde erweitert und galt ab 1736 auch durch entsprechende Studienjahre an der Universität Königsberg als erfüllt.
46 Hartwig Notbohm, *Das evangelische Kirchen-und Schulwesen in Ostpreußen während der Regierung Friedrichs des Großen*, Heidelberg 1959, S. 15.
47 M. Scharfe, *Die Religion des Volkes. Kleine Kultur-und Sozialgeschichte des Pietismus*, Gütersloh 1980, S. 103; Beyreuther, *Geschichte des Pietismus*, S. 338f.; Gawthrop, *Pietism*, S. 215–246.
48 Carl Hinrichs, »Pietismus und Militarismus im alten Preußen« in: Derselbe, *Preußentum und Pietismus*, S. 126–173, hier S. 155.
49 Gawthrop, *Pietism*, S. 226; Hinrichs, »Pietismus und Militarismus«, S. 163f.
50 Benjamin Marschke, *Absolutely Pietist: Patronage, Factionalism, and State-building in the Early Eighteenth-century Prussian Army Chaplaincy*, Halle 2005, S. 114. Ich bin Dr. Marschke sehr dankbar dafür, mich das Manuskript seiner Arbeit vor ihrer Drucklegung einsehen zu lassen.
51 Entlang diesen Linien wird beispielsweise argumentiert in Gawthrop, *Pietism*, S. 228.
52 Ebenda, S. 236f.
53 Siehe A. J. La Vopa, *Grace, Talent, and Merit. Poor Students, Clerical Careers and Professional Ideology in Eighteenth-century Germany*, Cambridge 1988, S. 137–164, 386ff.
54 Ein Überblick über das Vermächtnis der pietistischen Neuerungen im Bereich der Schulbildung, auf dem auch diese Darstellung hier basiert, findet sich in: J. Van Horn Melton, *Absolutism and the Eighteenth-century Origins of Compulsory Schooling in Prussia and Austria*, Cambridge 1988, S. 23–50.
55 Terveen, *Gesamtstaat und Retablissement*, S. 86–92. Zu Friedrich Wilhelms I. Interesse an der Bekehrung der Litauer siehe Hinrichs, *Preußentum und Pietismus*, S. 174; Notbohm, *Das evangelische Schulwesen*, S. 16.
56 Kurt Forstreuter, »Die Anfänge der Sprachstatistik in Preußen«, in: Derselbe, *Wirkungen des Preußenlandes*, Köln 1981, S. 312–333.
57 M. Brecht, »Der Hallesche Pietismus in der Mitte des 18. Jahrhunderts – seine Ausstrahlung und sein Niedergang«, in: Derselbe und Klaus Deppermann (Hg.), *Der Pietismus im achtzehnten Jahrhundert*, Göttingen 1995, S. 319–357, hier S. 323.
58 Zur pietistischen Missionierung der Juden siehe Christopher Clark, *The Politics of Conversion. Missionary Protestantism and the Jews in Prussia 1728–1941*, Oxford 1995, S. 9–82.
59 Scharfe, *Die Religion des Volkes*, S. 148.
60 H. Obst, *Der Berliner Beichtstuhlstreit*, Witten 1972; Gawthrop, *Pietism*, S. 124f.; Fulbrook, *Piety and Politics*, S. 160ff.
61 Marschke, *Absolutely Pietist*.
62 Gawthrop, *Pietism*, S. 275f.
63 Zur Frage der Heuchelei siehe Johannes Wallmann, »Was ist der Pietismus?«, in: *Pietismus und Neuzeit*, 20 (1994), S. 11–27, hier S. 11f.
64 Brecht, »Der Hallesche Pietismus«, S. 342.
65 Justus Israel Beyer, *Auszüge aus den Berichten des reisenden Mitarbeiters beym jüdischen Institut*, 15 Bde, Halle 1777–1791, Bd. 14, S. 2.

66 Siehe etwa W. Bienert, *Der Anbruch der christlichen deutschen Neuzeit dargestellt an Wissenschaft und Glauben des Christian Thomasius*, Halle 1934, S. 151.
67 Martin Schmidt, »Der Pietismus und das moderne Denken«, in: Aland (Hg.), *Pietismus und Moderne Welt*, S. 9–74, hier S. 21, 27, 53–61.
68 Siehe z.B. J. Geyer-Kordesch, »Die Medizin im Spannungsfeld zwischen Aufklärung und Pietismus: Das unbequeme Werk Georg Ernst Stahls und dessen kulturelle Bedeutung«, in: N. Hinske (Hg.), *Halle, Aufklärung und Pietismus*, Heidelberg 1989.
69 Zu Kants ambivalenter Einstellung gegenüber der pietistischen Tradition siehe die exzellente Einführung zu Immanuel Kant, *Religion and Rational Theology*, hg. und übersetzt von Allen W. Wood und George di Giovanni, Cambridge 1996.
70 Richard van Dülmen, *Kultur und Alltag in der frühen Neuzeit*, 3 Bde, München 1994, Bd. 3: *Religion, Magie, Aufklärung 16.–18. Jahrhundert*, S. 132–134.
71 W. M. Alexander, *Johann Georg Hamann. Philosophy and Faith*, Den Haag 1966, insbesondere S. 2f.; I. Berlin, *The Magus of the North. Johann Georg Hamann and the Origins of Modern Irrationalism*, hg. von H. Hardy, London 1993, S. 5f., 13f., 91.
72 L. Dickey, *Hegel. Religion, Economics and the Politics of Spirit*, Cambridge 1987, insbesondere S. 149, 161.
73 Diesen Vergleich zieht Fulbrook in *Piety and Politics*.
74 Politisches Testament von 1667, in: Dietrich (Hg.) *Die Politischen Testamente*, S. 188.
75 Memorandum von Sebastian Striepe an Friedrich Wilhelm [Mitte Januar 1648], in: Erdmannsdörffer (Hg.), *Politische Verhandlungen*, Bd. 1, S. 667–673.
76 Siehe zum Beispiel Friedrich Wilhelm an Ludwig XIV., Kleve 13. August 1666, in: B. Eduard Simson, *Auswärtige Acten. Erster Bd. (Frankreich)*, Berlin 1865, S. 416f.
77 McKay, *Great Elector*, S. 154.
78 In einer wütenden Note an seinen Botschafter in Berlin beschuldigte der französische König Friedrich Wilhelm, seine Untertanen »der angeblich reformierten Religion« im »Wissen um ihre Schuld« mit Gewalt an der Rückkehr nach Frankreich abzuhalten und warnte, dass, sollte er nicht Abstand von diesem Schandtaten nehmen, »ich [Ludwig XIV.] gezwungen sein werde, Entscheidungen zu treffen, die ihm nicht gefallen werden«. Waddington, *Prusse*, Bd. 1, S. 561.
79 Das Fürstentum Orange (oder Oranien) hatte Wilhelm III. von Oranien-Nassau gehört, Statthalter der Niederlande ab 1672 und König von England, Schottland und Irland ab 1689. Wilhelm III., selbst ein Einzelkind, starb 1702 kinderlos. Der erste Anwärter auf den Titel war demnach Friedrich I., dessen Mutter Luise Henriette von Nassau-Oranien die älteste Tochter von Wilhelms Großvater, Friedrich Heinrich, Statthalter der Niederlande von 1625 bis 1647, war, obwohl es auch hier, wie in so vielen anderen Fällen, Dispute über die weibliche Erbfolge gab. Ludwig XIV. hatte das Territorium 1682 annektiert, doch der Streit über die Erbfolge blieb ungelöst bis zum Frieden von Utrecht von 1713.
80 Text der Proklamation in Raby an Hedges, Berlin, 19. Januar 1704, PRO SP 90/2.
81 Ebenda.

Kapitel 6: Die Mächte im Land

1 Andreas Nachama, *Ersatzbürger und Staatsbildung. Zur Zerstörung des Bürgertums in Brandenburg-Preußen*, Frankfurt am Main 1984. Eine weitere sehr negative Beurteilung insbesondere des Lebens in schlesischen Städten gibt Johannes Ziekursch, *Das Ergebnis der friderizianischen Städteverwaltung und die Städteordnung Steins. Am Beispiel der schlesischen Städte dargestellt*, Jena 1908, S. 80, 133, 135 und passim. Zur Urbanisierung siehe Jörn Sieglerschmidt, »Social and Economic Landscapes«, in: Sheilagh Ogilvie (Hg.), *Germany. A New Social and Economic History*, 3 Bde, London 1995–2003, S. 1–38, hier S. 17.
2 Nachama, *Ersatzbürger und Staatsbildung*, S. 66f.; McKay, *Great Elector*, S. 162ff.

3 Karin Friedrich, »The Development of the Prussian Town, 1720–1815«, in: Dwyer (Hg.), *Rise of Prussia*, S. 129–150, hier S. 136f.
4 Horst Carl, *Okkupation und Regionalismus. Die preußischen Westprovinzen im Siebenjährigen Krieg*, Mainz 1993, S. 41; Dieter Stievermann, »Preußen und die Städte der westfälischen Grafschaft Mark«, in: *Westfälische Forschungen*, 31 (1981), S. 5–31.
5 Carl, *Okkupation und Regionalismus*, S. 42ff.
6 Martin Winter, »Preußisches Kantonsystem und städtische Gesellschaft«, in: Ralf Pröve und Bernd Kölling (Hg.), *Leben und Arbeiten auf märkischem Sand. Wege in die Gesellschaftsgeschichte Brandenburgs 1700–1914*, Bielefeld 1999, S. 243–265, hier S. 262.
7 Olaf Gründel, »Bürgerrock und Uniform. Die Garnisonsstadt Prenzlau 1685–1806«, in: Museumsverband des Landes Brandenburg (Hg.), *Ortstermine. Stationen Brandenburg-Preußens auf dem Weg in die moderne Welt*, Berlin 2001, S. 6–23, hier S. 14.
8 Ausführlicher werden diese Probleme in einer Studie über die Städte in Schwedisch-Pommern besprochen. Siehe Stefan Kroll, *Stadtgesellschaft und Krieg. Sozialstruktur, Bevölkerung und Wirtschaft in Stralsund und Stade 1700 bis 1715*, Göttingen 1997.
9 Ralf Pröve, »Der Soldat in der ›guten Bürgerstube‹. Das frühneuzeitliche Einquartierungssystem und die sozioökonomischen Folgen«, in: Kroener und Pröve (Hg.), *Krieg und Frieden*, S. 191–217, hier S. 216.
10 Friedrich, »The Development of the Prussian Town«, S. 139.
11 Winter, »Preußisches Kantonsystem«, S. 249.
12 Eine Besprechung dieser Praxis findet sich in »Ausführlicher Auszug und Bemerkungen über den militärischen Theil des Werks De la monarchie prussienne sous Frédéric le Grand, S. M. le Comte de Mirabeau 1788«, in: *Neues Militärisches Journal*, 1 (1788), S. 31–94, hier S. 48f.
13 Exzellente Darstellungen der »Garnisonsgesellschaft«, die sich aus dieser Symbiose heraus entwickelte, finden sich in Beate Engelen, »Warum heiratet man einen Soldaten? Soldatenfrauen in der ländlichen Gesellschaft Brandenburg-Preußens im 18. Jahrhundert«, in: Stefan Kroll und Kristiane Krüger (Hg.), *Militär und ländliche Gesellschaft in der frühen Neuzeit*, Münster 2000, S. 251–274; Beate Engelen, »Fremde in der Stadt. Die Garnisonsgesellschaft Prenzlaus im 18. Jahrhundert«, in: Klaus Neitmann, Jürgen Theil und Olaf Grundel (Hg.), *Die Herkunft der Brandenburger. Sozial- und Mentalitätsgeschichtliche Beiträge zur Bevölkerung Brandenburgs von hohen Mittelalter bis zum 20. Jahrhundert*, Potsdam 2001; und Ralf Pröve, »Vom Schmuddelkind zur anerkannten Subdisziplin? Die ›neue Militärgeschichte‹ in der Frühen Neuzeit. Entwicklungen, Perspektiven, Probleme«, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 51 (2000), S. 597–613.
14 Siehe Brigitte Meier, »Städtische Verwaltungsorgane in den brandenburgischen Klein-und Mittelstädten des 18. Jahrhunderts«, in: Wilfried Ehbrecht (Hg.), *Verwaltung und Politik in den Städten Mitteleuropas. Beiträge zu Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit in altständischer Zeit*, Köln 1994, S. 177–181, hier S. 179; Gerd Heinrich, »Staatsaufsicht und Stadtfreiheit in Brandenburg-Preußen unter dem Absolutismus (1660–1806)«, in: Wilhelm Rausch (Hg.), *Die Städte Mitteleuropas im 17. und 18. Jahrhundert*, Linz 1981, S. 155–172, hier S. 167f.
15 Zu dieser neuen wirtschaftlichen Elite siehe Kurt Schwieger, *Das Bürgertum in Preußen vor der Französischen Revolution*, Kiel 1971, S. 167ff., 173, 181.
16 Sämtliche Beispiele entnommen aus Rolf Straubel, *Kaufleute und Manufakturunternehmer. Eine Empirische Untersuchung über die sozialen Träger von Handel und Großgewerbe in den mittleren preußischen Provinzen (1763 bis 1815)*, Stuttgart 1995, S. 10, 431ff.
17 Rolf Straubel, *Frankfurt (Oder) und Potsdam am Ende des Alten Reiches. Studien zur städtischen Wirtschafts-und Sozialstruktur*, Potsdam 1995, S. 137; Günther, »Städtische Autonomie«, S. 108.
18 Monika Wienfort, »Preußisches Bildungsbürgertum auf dem Lande 1820–1850«, in: *FBPG*, 5 (1995), S. 75–98.

19 Neugebauer, *Absolutistischer Staat*, S. 545–552. Laut Neugebauer waren viele dieser Initiativen vom Engagement der Bürger abhängig, die sie ins Leben gerufen hatten und lösten sich nach deren Tod häufig auf.
20 Brigitte Meier, »Die ›Sieben Schönheiten‹ der brandenburgischen Städte«, in: Pröve und Kölling (Hg.), *Leben und Arbeiten*, S. 220–242, hier S. 225.
21 Philip Julius Lieberkühn, *Kleine Schriften nebst dessen Lebensbeschreibung*, Züllichau und Freystadt 1791, S. 9. Zu Lieberkühns Tätigkeit in Neuruppin siehe auch Brigitte Meier, *Neuruppin 1700 bis 1830. Sozialgeschichte einer kurmärkischen Handwerker-und Garnisonsstadt*, Berlin 1993.
22 Hanna Schissler, »The Junkers: Notes on the Social and Historical Significance of the Agrarian Elite in Prussia«, in: Robert G. Moeller (Hg.), *Peasants and Lords in Modern Germany. Recent Studies in Agricultural History*, Boston, MA 1986, S. 24–51.
23 Carsten, *Origins of the Junkers*, S. 1ff.
24 Dietrich, *Die Politischen Testamente*, S. 229ff.
25 Edgar Melton, »The Prussian Junkers, 1600–1786«, in: Scott (Hg.), *The European Nobilities*, Bd. 2: *Northern, Central and Eastern Europe*, S. 71–109, hier S. 72.
26 Zu allen diesen Punkten siehe Edgar Meltons hervorragende Diskussion in »The Prussian Junkers«, insbesondere S. 95–99.
27 C. F. R. von Barsewisch, *Meine Kriegserlebnisse während des Siebenjährigen Krieges 1757–1763. Wortgetreuer Abdruck aus dem Tagebuche des Kgl. Preuss. General-Quartiermeister-Lieutenants C. F. R. von Borsewisch*, 2. Aufl., Berlin 1863.
28 Craig, *Die preußisch-deutsche Armee 1640–1945. Staat im Staate*, Düsseldorf 1960, S.35.
29 Hanna Schissler, *Preußische Agrargesellschaft im Wandel. Wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Transformationsprozesse von 1763 bis 1847*, Göttingen 1978, S. 217; Johannes Ziekursch, *Hundert Jahre Schlesischer Agrargeschichte*, Breslau 1915, S. 23–26; Robert Berdahl, *The Politics of the Prussian Nobility. The Development of a Conservative Ideology 1770–1848*, Princeton 1988, S. 80–85. Zur Vertretung nichtadeliger Landbesitzer in den Kreistagen der Mark Brandenburg siehe Klaus Vetter, »Zusammensetzung, Funktion und politische Bedeutung der kurmärkischen Kreistage im 18.Jh.«, in: *Jahrbuch für die Geschichte des Feudalismus*, 3 (1979), S. 393–416; Peter Baumgart, »Zur Geschichte der kurmärkischen Stände im 17. und 18.Jh.«, in: Dieter Gerhard, *Ständische Vertretungen in Europa im 17. und 18. Jahrhundert*, Göttingen 1969, S. 131–161.
30 Gustavo Corni, »Stato assoluto e società agraria in Prussia nell' età di Federico II« (= *Annali dell' Istituto storico italo-germanico)*, 4, Bologna 1982, S. 283f., 288, 292, 299f.
31 Melton, »Prussian Junkers«, S. 102f.; Schissler, »Junkers«, S. 24–51; Berdahl, *Politics*, S. 79.
32 Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, 4 Bde, München 1987–2003, Bd. 1: *Vom Feudalismus des Alten Reiches bis zur Defensiven Modernisierung der Reformära 1700–1815*, S. 74, 82.
33 Hans Rosenberg, *Bureaucracy, Aristocracy & Autocracy. The Prussian Experience, 1660–1815*, Cambridge, MA, 1966, S. 30, 60.
34 Ebenda, S. 49; Hans Rosenberg, »Die Ausprägung der Junkerherrschaft in Brandenburg-Preußen 1410–1648«, in: Derselbe, *Machteliten und Wirtschaftskonjunkturen*, Göttingen 1978, S. 24–82, hier S. 82; Francis I. Carsten, *The Origins of Prussia*, Oxford 1954, S. 277.
35 Eine der besten und einflussreichsten Darstellungen des Sonderweg-Arguments findet sich in Hans-Ulrich Wehler, *Das deutsche Kaiserreich 1871–1918*, Göttingen 1973. Im Hinblick auf die agrarische Dimension des Arguments siehe insbesondere S. 15, 238. Wehlers wichtigste Inspiration war der Soziologe Max Weber, dessen einflussreiche nationalliberale Kritik an der Junkerklasse in Wehlers Synthese wiederklingt: Max Weber, »Capitalism and Rural Society in Germany« (1906), und

»National Character and the Junkers« (1917), in: H. H. Gerth und C. Wright Mills (Hg.), *From Max Weber: Essays in Sociology*, Oxford 1946, S. 363–395. Allgemeiner zur junkerfeindlichen Tradition siehe Heinz Reif, »Die Junker«, in: Etienne François und Hagen Schulze (Hg.), *Deutsche Erinnerungsorte*, 3 Bde, München 2001, Bd. 1, S. 520–536, insbesondere S. 526ff.

36 Siehe Jan Peters, Hartmut Harnisch und Lieselott Enders, *Märkische Bauerntagebücher des 18. und 19. Jahrhunderts. Selbstzeugnisse von Milchviehbauern aus Neuholland*, Weimar 1989, S. 54.

37 Carsten, *Origins of the Junkers*, S. 12, 54, 56.

38 Hagen, *Ordinary Prussians*, S. 47, 56.

39 Ebenda, S. 65, 78. Für eine umfassendere Diskussion dieser Themen siehe den klassischen Aufsatz von William Hagen, »Seventeenth-century Crisis in Brandenburg: The Thirty Years' War, the Destabilization of Serfdom, and the Rise of Absolutism«, in: *American Historical Review*, 94 (1989), S. 302–335; siehe auch William W. Hagen, »Die brandenburgischen und großpolnischen Bauern im Zeitalter der Gutsherrschaft 1400–1800«, in: Jan Peters (Hg.), *Gutsherrschaftsgesellschaften im europäischen Vergleich*, Berlin 1997, S. 17–28, hier S. 22f.

40 Enders, *Die Uckermark*, S. 462.

41 Hagen, *Ordinary Prussians*, S. 72.

42 »Bauernunruhen in der Priegnitz«, in: Geheimes Staatsarchiv (GStA) Berlin-Dahlem, Hauptabteilung I, Repr. 22, Nr. 72a, Fasz. 11.

43 Diese Ereignisse finden sich im Detail nacherzählt in Lieselott Enders' panoramischer Geschichte der Uckermark. Siehe Enders, *Die Uckermark*, S. 394ff.

44 Ebenda, S. 396.

45 »Klagen der Ritterschaft in Priegnitz gegen aufgewiegelte Unterthanen, 1701–1703«, in: GStA Berlin-Dahlem, HA I, Rep. 22, Nr. 72a, Fasz. 15: »Beschwerde von Dörfern über die Nöte und Abgaben, 1700–1701.« Diese Unterlagen werden besprochen in Hagen, *Ordinary Prussians*, S. 85.

46 Enders, *Die Uckermark*, S. 446.

47 Hagen, *Ordinary Prussians*, S. 89–93.

48 Friedrich Otto von der Gröben an Friedrich Wilhelm, Amt Zechlin, 20. Januar, 1670, in: Breysig (Hg.), *Die Centralstellen*, S. 813–816, hier S. 814.

49 Hagen, *Ordinary Prussians*, S. 120.

50 Das ist eines der zentralen Themen in Hagens *Ordinary Prussians*. Eine knappere Darstellung findet sich in William Hagen, »The Junkers' Faithless Servants«, in: Richard J. Evans und W. Robert Lee (Hg.), *The German Peasantry*, London 1986, S. 71–101; Robert Berdahl, »Christian Garve on the German Peasantry«, in: *Peasant Studies*, 8 (1979), S. 86–102; derselbe, *The Politics of the Prussian Nobility*, S. 47–54.

51 Enders, *Die Uckermark*, S. 467.

52 Zu dieser Literatur siehe Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 1: *Vom Feudalismus des Alten Reiches*, S. 82; Berdahl, *Politics of the Prussian Nobility*, S. 45f.

53 Veit Valentin, *Geschichte der deutschen Revolution von 1848/49*, 2 Bde, Berlin 1931, Bd. 2, S. 234f.

54 Zur Genese des Junkerbildes als »Erinnerungsort« siehe Heinz Reifs brillianten Aufsatz, »Die Junker«, insbesondere S. 521ff.

55 Hagen, *Ordinary Prussians*, S. 292–297.

56 Dieser Fall wird dokumentiert und analysiert in Heinrich Kaak, »Untertanen und Herrschaft gemeinschaftlich im Konflikt. Der Streit um die Nutzung des Kietzer Sees in der östlichen Kurmark 1792–1797«, in: Peters, *Gutsherrschaftsgesellschaften*, S. 323–342.

57 Siehe zum Beispiel den Fall der Frau von Dossow, die 1756 Teile des Rittergutes Zieten bei Wustrau im Kreis Ruppin erwarb und führte und durch die Einführung moderner Techniken der Gutsverwaltung die Erträge deutlich steigern konnte. Carl Brinkmann, *Wustrau. Wirtschafts-und Verfassungsgeschichte eines brandenburgischen Rittergutes*, Leipzig 1911, S. 82f.

58 So Veit Ludwig von Seckendorffs *Teutscher Fürstenstaat*, zitiert in: Johannes Rogalla von Biberstein, *Adelherrschaft und Adelskultur in Deutschland*, Limburg 1998, S. 356.
59 Ute Frevert, *Women in German History. From Bourgeois Emancipation to Sexual Liberation*, Oxford 1989, S. 64f.; (dt.: *Frauen-Geschichte zwischen bürgerlicher Verbesserung und neuer Weiblichkeit*, Frankfurt am Main 1986); Heide Wunder, *He is the Sun, She is the Moon: Women in Early Modern Germany*, übersetzt von Thomas Dunlap, Cambridge, MA, 1998, S. 202–208, (deutsches Original: *Er ist die Sonn', sie ist der Mond: Frauen in der Frühen Neuzeit*, München 1992).
60 Allgemeiner zu diesem Phänomen siehe Sheilagh Ogilvie, *A Bitter Living. Women, Markets and Social Capital in Early Modern Germany*, Oxford 2003, S. 321f.
61 Hagen, *Ordinary Prussians*, S. 167, 368.
62 Ebenda, S. 256.
63 Ulrike Gleixner, *»Das Mensch« und »Der Kerl«. Die Konstruktion von Geschlecht in Unzuchtsverfahren der Frühen Neuzeit (1700–1760)*, Frankfurt am Main 1994, S. 15.
64 Hagen, *Ordinary Prussians*, S. 499.
65 Gleixner, *Unzuchtsverfahren*, S. 116, 174.
66 Ebenda, S. 172.
67 Hagen, *Ordinary Prussians*, S. 177, 257f.
68 Gleixner, *Unzuchtsverfahren*, S. 176–210.
69 Friedrich II., Politisches Testament von 1752, in: Dietrich, *Die Politischen Testamente*, S. 261.
70 Zur Idee, dass die *»industrie«* ein Index des zivilisatorischen Entwicklungsstandes sei, siehe Florian Schui, »Early debates about *industrie*: Voltaire and his Contemporaries (*c* 1750–78)«, Diss., Cambridge 2005; Hugo Rachel, *Wirtschaftsleben im Zeitalter des Frühkapitalismus*, Berlin 1931, S. 130ff.; Rolf Straubel, »Bemerkungen zum Verhältnis von Lokalbehörde und Wirtschaftsentwicklung. Das Berliner Seiden- und Baumwollgewerbe in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts«, in: *Jahrbuch für Geschichte*, 35 (1987), S. 119–149, hier S. 125ff.
71 William O. Henderson, *Studies in the Economic Policy of Frederick the Great*, London 1963, S. 36, 159f.; Ingrid Mittenzwei, *Preußen nach dem Siebenjährigen Krieg. Auseinandersetzungen zwischen Bürgertum und Staat um die Wirtschaftsgeschichte.* Berlin 1979, S. 71–100.
72 Clive Trebilcock, *The Industrialization of the Continental Powers 1780–1914*, Harlow 1981, S. 27.
73 Zitiert in: August Schwemann, »Freiherr von Heinitz als Chef des Salzdepartements (1786–96)«, in: *FBPG*, 7 (1894), S. 111–159, hier S. 112.
74 Ebenda, S. 112f.
75 Theodor Schieder, *Friedrich der Große*, S. 327.
76 Honoré-Gabriel de Riquetti, Comte de Mirabeau, *De la monarchie Prussienne sous Frédéric le Grand*, 8 Bde, Paris 1788, Bd. 3, S. 2, 7–15, 17f. (dt.: *Von der preußischen Monarchie unter Friedrich dem Großen*, Wiesbaden 1981).
77 Ebenda, Bd. 3, S. 191; zitiert nach der deutschen Ausgabe: *Von der preußischen Monarchie*, 4. Buch, S. 480.
78 Ebenda, Bd. 3, S. 175f.; Bd. 5, S. 334f., 339.
79 Trebilcock, *Industrialization*, S. 28; Walther Hubatsch, *Friedrich der Große und die preußische Verwaltung*, Köln 1973, S. 81f.
80 Johannes Feig, »Die Begründung der Luckenwalder Wollindustrie durch Preußens Könige im achtzehnten Jahrhundert«, in: *FBPG*, 10 (1898), S. 79–103, hier S. 101f.; das Zitat von Schmoller findet sich auf S. 103.
81 Für eine Diskussion dieses Problems siehe Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 1, S. 109.
82 Ingrid Mittenzwei, *Preußen nach dem Siebenjährigen Krieg*, S. 71–100; Max Barkhausen, »Government Control and Free Enterprise in Western Germany and the Low Countries in the Eighteenth Century«, in: Peter Earle (Hg.), *Essays in European Economic History*, Oxford 1974, S. 241–257; Stefan Gorissen, »Gewerbe, Staat

und Unternehmer auf dem rechten Rheinufer«, in: Dietrich Ebeling (Hg.), *Aufbruch in eine neue Zeit. Gewerbe, Staat und Unternehmer in den Rheinlanden des 18. Jahrhunderts*, Köln 2000, S. 59–85, insbesondere S. 74ff.; Wilfried Reininghaus, *Die Stadt Iserlohn und ihre Kaufleute (1700–1815)*, Dortmund 1995, S. 19.

83 Rolf Straubel, *Kaufleute und Manufakturunternehmer*, S. 11, 24, 26, 29f., 32; Mein Abriss des Wachstums des preußischen Manufakturensektors in dieser Periode bezieht sich stark auf Straubels herausragende Pionierstudie. Eine nützliche ältere Studie des Übergangs zu kapitalistischen Produktionsformen im Manufaktursektor mit statistischen Angaben zu allen preußischen Provinzen (Straubel behandelt ausschließlich die mittleren Provinzen) ist Karl Heinrich Kaufholds *Das Gewerbe in Preußen um 1800*, Göttingen 1978.

84 Straubel, *Kaufleute und Manufakturunternehmer*, S. 399f.; derselbe, »Berliner Seiden-und Baumwollgewerbe«, S. 134f.; Mittenzwei, *Preußen nach dem Siebenjährigen Krieg*, S. 39–50.

85 Straubel, *Kaufleute und Manufakturunternehmer*, S. 397f., 408f.; eine positive Bewertung der Tätigkeit der Steuerräte für die lokale Entwicklung findet sich in Heinrich, »Staatsaufsicht und Stadtfreiheit«, in: Rausch (Hg.), *Städte Mitteleuropas*, S. 155–172, insbesondere S. 165.

Kapitel 7: Der Kampf um die Vorherrschaft

1 H. M. Scott, »Prussia's Emergence as a European Great Power, 1740–1763«, in: Dwyer (Hg.), *Rise of Prussia*, S. 153–176, hier S. 161.

2 Friedrich II., *De la Littérature Allemande; des defauts qu'on peut lui reprocher; quelles en sont les causes; et par quels moyens on peut les corriger*, Berlin 1780; nachgedruckt Heilbronn 1883, S. 4f., 10 (dt.: *Über die deutsche Litteratur*, übers. und hrsg. von Heinrich Simon, Leipzig 1886, S. 21, 28.)

3 T. C. W. Blanning, *The Culture of Power and the Power of Culture. Old Regime Europe 1660–1789*, Oxford 2002, S. 84.

4 Friedrich II., *The Refutation of Machiavelli's Prince, or Anti-Machiavel*, ins Englische übersetzt und mit einer Einführung versehen von Paul Sonnino, Athens 1981, S. 157–162 (deutsch: *Anti-Machiavell oder Prüfung von Machiavells »Fürst«*, bearbeitet von Voltaire, übers. von Helga Bergmann, Leipzig 1991, S. 97–106.)

5 Dietrich, *Die Politischen Testamente*, S. 657ff.

6 Wolfgang Pyta, »Von der Entente Cordiale zur Aufkündigung der Bündnispartnerschaft. Die preußisch-britischen Beziehungen im Siebenjährigen Krieg 1758–1762«, in: *FBPG*, New Series 10 (2000), S. 1–48, hier S. 41f.

7 Eine Besprechung der historischen Werke findet sich in Kunisch, *Friedrich der Große*, S. 102f, 119, 218–223.

8 Friedrich Wilhelm I., Instruktion für seinen Nachfolger (1722); Friedrich II., Politisches Testament von 1752, beide in: Dietrich, *Die Politischen Testamente*, S. 243, 255.

9 Ebenda, S. 601.

10 Jacques Brenner (Hg.), *Mémoires pour servir à la vie de M. de Voltaire, écrits par lui-même*, Paris 1965, S. 45.

11 Ebenda, S. 43.

12 Kunisch, *Friedrich der Große*, S. 60.

13 David Wootton, »Unhappy Voltaire, or ›I shall Never Get Over it as Long as I Live‹«, *History Workshop Journal*, Nr. 50 (2000), S. 137–155.

14 Giles MacDonogh, *Frederick the Great. A Life in Deed and Letters*, London 1999, S. 201–204.

15 Paul Noack, *Elisabeth Christine und Friedrich der Große. Ein Frauenleben in Preußen*, Stuttgart 2001.

16 Ebenda, S. 142; Biskup, »Hidden Queen«, passim.

17 Noack, *Elisabeth Christine*, S. 185f.

18 Friedrich an Duhan de Jandun, 19. März 1734, in: Preuss (Hg.), *Œuvres de Frédéric II*, 31 Bde, Berlin 1851, Bd. 17, S. 271.
19 PRO SP 90/2, 90/3, 90/4, 90/5, 90/6, 90/7.
20 Charles Ingrao, *The Habsburg Monarchy 1618–1815*, Cambridge 1994, S. 152.
21 Friedrich Wilhelm I., Letzte Ansprache (28. Mai 1740), in: Dietrich, *Die Politischen Testamente*, S. 246. Aufgezeichnet wurde die Ansprache von Staats- und Kabinettsminister Heinrich Graf von Podewils.
22 Walter Hubatsch, *Friedrich der Große und die preußische Verwaltung*, Köln 1973, S. 70.
23 H. M. Scott, »Prussia's Emergence as a European Great Power, 1740–1763«, in: Dwyer (Hg.), *Rise of Prussia*, S. 153–176.
24 Schieder, *Friedrich der Große*, S. 136; Hubatsch, *Friedrich der Große*, S. 70; Kunisch, *Friedrich der Große*, S. 167.
25 Schieder, *Friedrich der Große*, S. 368
26 Analysen der Schlachten der ersten beiden Schlesischen Kriege finden sich in David Fraser, *Frederick the Great. King of Prussia*, London 2000, S. 91–95, 116–119, 178–184; Christopher Duffy, *Frederick the Great. A Military Life*, London 1985, S. 21–75; Dennis Showalter, *The Wars of Frederick the Great*, Harlow 1996, S. 38–89.
27 Johannes Kunisch, »Friedrich II., der Große (1740–1786)«, in: Kroll (Hg.), *Preußens Herrscher*, S. 160–178, hier S. 166.
28 T. C. W. Blanning, »Frederick the Great and Enlightened Absolutism«, in: H. M. Scott (Hg.), *Enlightened Absolutism. Reform and Reformers in Later Eighteenth-century Europe*, London 1990, S. 265–288, hier S. 281.
29 Kunisch, *Friedrich der Große*, S. 332.
30 William J. McGill, »The Roots of Policy: Kaunitz in Vienna and Versailles 1749–1753«, *Journal of Modern History*, 43 (1975), S. 228–244.
31 Friedrich II., *Anti-Machiavel*, S. 160ff. Zu den Ambiguitäten des *Antimachiavel*, siehe Schieder, *Friedrich der Große*, S. 75–89; Kunisch, *Friedrich der Große*, S. 126ff.
32 Lagebericht von Kaunitz, 7. September 1778, in: Karl Otmar von Aretin, *Heiliges Römisches Reich 1776–1806. Reichsverfassung und Staatssouveränität*, 2 Bde, Wiesbaden 1967, Bd. 2, S. 2.
33 Zu den Gründen für diese Niederlage und Friedrichs Rolle dabei siehe Reinhold Koser, »Bemerkung zur Schlacht von Kolin«, in: *FBPG*, 11 (1898), S. 175–200.
34 Scott, »Prussia's Emergence«, S. 175.
35 In den letzten Kriegsjahren ließ die Qualität des preußischen Fußvolkes aufgrund der hohen Verluste bei der Infanterie zusehends nach, was Friedrich aber in gewissem Umfang durch die verbesserte Ausbildung und Aufstellung der preußischen Artillerie ausgleichen konnte.
36 C. F. R. von Barsewisch, *Meine Kriegserlebnisse während des Siebenjährigen Krieges 1757–1763. Wortgetreuer Abdruck aus dem Tagebuche des Kgl. Preuss. General-Quartiermeister-Lieutenants C. F. R. von Barsewisch*, 2. Aufl., Berlin 1863, S. 75, 77.
37 Helmut Bleckwenn (Hg.), *Preußische Soldatenbriefe*, Osnabrück 1982, S. 18.
38 Franz Reiß an seine Frau, Lobositz, 6. Oktober 1756, in: Bleckwenn (Hg.), *Preußische Soldatenbriefe*, S. 29.
39 Barsewisch, *Meine Kriegserlebnisse*, S. 46–51.
40 Johann Wilhelm von Archenholtz, *The History of the Seven Years War in Germany*, übersetzt von F. A. Catty, Frankfurt/Main 1843, S. 102.
41 Horst Carl, »Unter fremder Herrschaft. Invasion und Okkupation im Siebenjährigen Krieg«, in: Kroener und Pröve (Hg.), *Krieg und Frieden*, S. 331–348, hier S. 335.
42 Graf de Saint-Germain an M. Paris Du Verney, Mühlhausen, 19. November 1757, zitiert in: Carl, »Invasion und Okkupation«, S. 331f.
43 Johann Wilhelm von Archenholtz, *Geschichte des Siebenjährigen Krieges in Deutschland von 1756 bis 1763*, Berlin 1793, S. 97f.
44 Horst Carl, »Invasion und Okkupation«, S. 341.
45 Der Referenztext zum österreichisch-französischen Hintergrund der diplomatischen Revolution ist nach wie vor Max Braubach, *Versailles und Wien von Ludwig*

XIV. bis Kaunitz. Die Vorstadien der diplomatischen Revolution im 18. Jahrhundert, Bonn 1952.

46 Michel Antoine, *Louis XV*, Paris 1989, S. 743.

47 Die Zitate stammen von Jean-Louis Soulavie, Charles de Peyssonnel und Louis Philippe Comte de Ségur und werden zitiert in T. C. W. Blanning, *The French Revolutionary Wars, 1787–1802*, London 1996, S. 23.

48 Zur Dämonisierung Marie Antoinettes siehe die Aufsätze in Dena Goodman (Hg.), *Marie Antoinette: Writings on the Body of a Queen*, London 2003.

49 Manfred Hellmann, »Die Friedenschlüsse von Nystad (1721) und Teschen (1779) als Etappen des Vordringens Russlands nach Europa«, in: *Historisches Jahrbuch*, 97/8 (1978), S. 270–288. Allgemeiner: Walther Mediger, *Moskaus Weg nach Europa. Der Aufstieg Russland zum europäischen Machtstaat im Zeitalter Friedrichs des Großen*, Brunswick 1952; eine Analyse der übergreiferenden Konsequenzen des Siebenjährigen Krieges für das europäische Staatensystem findet sich in H. M. Scott, *The Emergence of the Eastern Powers, 1756–1775*, Cambridge 2001, insbesondere S. 32–67.

50 Zitiert in Christopher Duffy, *Russia's Military Way to the West: Origins and Nature of Russian Military Power 1700–1800*, London 1981, S. 124.

51 T. C. W. Blanning, *Joseph II*, London 1994, passim; Ingrao, *Habsburg Monarchy*, S. 182; Werner Bein, *Schlesien in der habsburgischen Politik. Ein Beitrag zur Entstehung des Dualismus im Alten Reich*, Sigmaringen 1994, S. 295–322.

52 Kossert, *Masuren*, S. 93.

53 Friedrich II., Politisches Testament von 1768, in: Dietrich, *Die Politischen Testamente*, S. 554.

54 Atorf, *Der König und das Korn*, S. 208–222.

55 Gustav Schmoller und Otto Hintze (Hg.), *Die Behördenorganisation und die allgemeine Staatsverwaltung Preußens im 18. Jahrhundert*, 15 Bde, Berlin 1894–1936, Bd. 7 (1894), Nr. 9, S. 21ff. und Nr. 69, S. 107f.

56 Atorf, *Der König und das Korn*, S. 202f.

57 Carl, *Okkupation und Regionalismus*, S. 415.

58 Friedrich II., Politisches Testament von 1768, in: Dietrich, *Die Politischen Testamente*, S. 647.

59 Kunisch, *Friedrich der Große*, S. 244f.

60 Friedrich II., »Reflextions sur L'administration des finances pour Le Gouvernement Prussien – Überlegungen zur Finanzverwaltung der preußischen Regierung«, in: Dietrich, *Die Politischen Testamente*, S. 723.

61 H. M. Scott, »1763–1786: The Second Reign of Frederick the Great«, in: Dwyer (Hg.), *Rise of Prussia*, S. 177–200.

62 Zitiert in: Blanning, *French Revolutionary Wars*, S. 8. Zur Zuschreibung dieses Zitats zu Berenhorst siehe ebenda, S. 32, Anm. 18.

63 Kunisch, »Friedrich II.«, S. 171.

64 Friedrich II., Politisches Testament von 1752, in: Dietrich, *Die Politischen Testamente*, S. 254–461, hier S. 331ff.

65 Zur Politik des Fürstenbundes siehe Maiken Umbach, »The Politics of Sentimetality and the German Fürstenbund, 1779–1785«, *Historical Journal*, 41, 3 (1998), S. 679–704.

66 Karl Otmar von Aretin, *Heiliges Römisches Reich: 1776–1806: Reichsverfassung und Staatssouveränität*, 2 Bde, Weisbaden 1967, Bd. 1, S. 19–23; Gabriele Haug-Moritz, *Württembergischer Ständekonflikt und deutscher Dualismus: Ein Beitrag zur Geschichte des Reichsverbands in der Mitte des 18. Jahrhunderts*. Stuttgart 1992, S. 163–199, 344f.; dieselbe, »Friedrich der Große als ›Gegenkaiser‹: Überlegungen zur preußischen Reichspolitik, 1740–1786«, in: Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Hg.), *Vom Fels zum Meer. Preußen und Südwestdeutschland*, Tübingen 2002, S. 25–44; Volker Press, »Friedrich der Große als Reichspolitiker«, in: Heinz Duchhardt (Hg.), *Friedrich der Große, Franken und das Reich*, Köln 1986, S. 25–56, insbesondere S. 42ff.

67 Hans-Martin Blitz, *Aus Liebe zum Vaterland. Die deutsche Nation im 18. Jahrhundert*, Hamburg 2000, S. 160–163.
68 Haug-Moritz, *Württembergischer Ständekonflikt*, S. 165.
69 Ramler an Gleim, 11. Dezember 1757, in: Carl Schüddekopf (Hg.), *Briefwechsel zwischen Gleim und Ramler*, 2 Bde, Tübingen 1907, Bd. 2, S. 306f.
70 Johann Wilhelm Archenholtz, *Geschichte des Siebenjährigen Krieges in Deutschland*, Berlin 1793, S. 73.
71 August Friedrich Wilhelm Sack, »Danck-Predigt über 1. Buch Mose 50 v. 20 wegen des den 6ten Mai 1757 bey Prag von dem Allmächtigen unsern Könige verliehenen herrlichen Sieges«, in: Derselbe, *Drei Danck-Predigten über die von dem großen Könige Friedrich II. im Jahre 1757 erfochtenen Siege bei Prag, bei Roßbach und bei Leuthen, in demselben Jahre im Dom zu Berlin gehalten. Zum hundertjährigen Gedächtniss der genannten Schlachten wider herausgegeben*, Berlin 1857, S. 14.
72 Zitiert in: Blitz, *Aus Liebe zum Vaterland*, S. 179.
73 Schüddekopf (Hg.), *Briefwechsel*, S. 306f.; Blitz, *Aus Liebe zum Vaterland*, S. 171–186.
74 Thomas Biskup, »The Politics of Monarchism. Royalty, Loyalty and Patriotism in Later 18th-century Prussia«, Dissertation, Cambridge 2001, S. 55.
75 Thomas Abbt, »Vom Tode für das Vaterland (1761)« in: Franz Brüggemann (Hg.), *Der Siebenjährige Krieg im Spiegel der zeitgenössischen Literatur*, Leipzig 1935, S. 47–94, hier S. 92.
76 Christian Ewald von Kleist, »Grabschrift auf den Major von Blumenthal, der den 1sten Jan. 1757 bey Ostritz in der Oberlausitz in einem Scharmützel erschossen ward«, in: Derselbe, *Des Herrn Christian Ewald von Kleist sämtliche Werke*, 2 Teile, Berlin 1760, Teil 2, S. 123. Diese Strophe wird ebenfalls zitiert in Abbts »Vom Tode«.
77 Johannes Kunisch (Hg.), *Aufklärung und Kriegserfahrung. Klassische Zeitzeugen zum Siebenjährigen Krieg*, Frankfurt am Main 1996, Kommentar zu Abbt, S. 986.
78 Friedrich Nicolai, *Das Leben und die Meinungen des Herrn Magister Sebaldus Nothanker*, Leipzig 1938, S. 34.
79 Helga Schultz (Hg.), *Der Roggenpreis und die Kriege des großen Königs. Chronik und Rezeptsammlung des Berliner Bäckermeisters Johann Friedrich Heyde 1740 bis 1786*, Berlin 1988.
80 Carl, *Okkupation und Regionalismus*, S. 366f.
81 Abbt, »Vom Tode«, in: Brüggemann (Hg.), *Der Siebenjährige Krieg*, S. 53.
82 Nicolai, *Sebaldus Nothanker*, S. 34.
83 Johann Wilhelm Ludwig Gleim, »Siegeslied nach der Schlacht bei Roßbach«, in: Brüggemann (Hg.), *Der Siebenjährige Krieg*, S. 109–117.
84 Abbt, »Vom Tode«, in: Brüggemann (Hg.), *Der Siebenjährige Krieg*, S. 66.
85 Johann Wilhelm Ludwig Gleim, »An die Kriegsmuse nach der Niederlage der Russen bei Zorndorf«, in: Brüggemann (Hg.), *Der Siebenjährige Krieg*, S. 129–136, hier S. 135.
86 Anna Louisa Karsch, »Dem Vater des Vaterlandes Friedrich dem Großen, bei triumphierender Zurückkunft gesungen im Namen Seiner Bürger. Den 30.März 1763«, in: C. L. von Klenke (Hg.), *Anna Louisa Karschin 1722–1791. Nach der Dichterin Tode nebst ihrem lebenslauff Herausgegeben von Ihrer Tochter*, Berlin 1792; Text heruntergeladen von der »Bibliotheca Augustana«, online unter *http://www.fh-augsburg.de/~harsch/germanica/Chronologie/ 18Jh/Karsch/kar_intr.html*, letzter Zugriff am 26. November 2003.
87 Schultz, *Der Roggenpreis*, S. 98; Kunisch, *Friedrich der Große*, S. 443.
88 Biskup, *Politics of Monarchism*, S. 42; Kunisch, *Friedrich der Große*, S. 446.
89 Biskup, *Politics of Monarchism*, S. 43.
90 Bruno Preisendörfer, *Staatsbildung als Königskunst. Ästhetik und Herrschaft im preußischen Absolutismus*, Berlin 2000, S. 83–110, insbesondere S. 107ff.
91 Helmut Börsch-Supan, »Friedrich der Große im zeitgenössischen Bildnis«, in: Oswald Hauser (Hg.), *Friedrich der Große in seiner Zeit*, Köln 1987, S. 255–270, hier S. 256, 266.

92 Eckhart Hellmuth, »Die ›Wiedergeburt‹ Friedrichs des Großen und der ›Tod fürs Vaterland‹. Zum patriotischen Selbstverständnis in Preußen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts«, *Aufklärung*, 10/2 (1998), S. 22–54.

93 Friedrich Nicolai, *Anekdoten von König Friedrich dem Zweiten von Preußen*, Berlin und Stettin 1788–1792; Nachdruck Hildesheim 1985, S. i–xvii.

94 Allgemeinere Ausführungen zu diesem Aspekt der Anekdote finden sich in Volker Weber, *Anekdote. Die andere Geschichte. Erscheinungsformen der Anekdote in der deutschen Literatur, Geschichtsschreibung und Philosophie*, Tübingen 1993, S. 25, 48, 59, 60, 62–66.

95 Carl, »Invasion und Okkupation«, S. 347.

96 Colley, *Britons*, insbesondere S. 11–54.

97 Hellmuth, »Die ›Wiedergeburt‹«, S. 26.

98 Dies war eine Folge der Annektierung Polnisch-Preußens (vormals Königlich-Preußen), mit der Friedrich in den alleinigen Besitz des früheren Herzogtums Preußen gelangte und die ihn der Notwendigkeit enthob, den seinem Vorfahren Friedrich I. verliehenen unhandlichen Titel zu führen.

99 Norman Davies, *God's Playground. A History of Poland*, 2 Bde, Oxford 1981, Bd. 1, S. 339f., 511.

100 Dietrich, *Die Politischen Testamente*, S. 369–375, 654f. Friedrich hatte die Artischockenmetapher, wie er selbst zugibt, von Viktor Amadeus, König von Sardinien, entliehen, der sie auf Mailand gemünzt hatte. Zur historischen Kontroverse darüber, ob diese Reflektionen »Pläne« darstellten oder lediglich ziellose Grübelein waren, siehe Dietrichs Einführung auf den Seiten S. 128–147.

101 Die Stadt Elbing stand seit 1660 unter preußischer Verwaltung; das Gebiet des Distrikts Elbing wurde von Friedrich I. in den Jahren 1698–1703 als Lehen erworben. Jerzy Lukowski, *The Partitions of Poland. 1772, 1793, 1795*, Harlow 1999, S. 16f.

102 Vgl. Ingrid Mittenzwei, *Friedrich II. von Preußen: eine Biographie*, Köln 1980, S. 172; Wolfgang Plat, *Deutsche und Polen. Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen*, Köln 1980, S. 85ff.; Davies, *God's Playground*, S. 523.

103 Ernst Opgenoorth (Hg.), *Handbuch der Geschichte Ost-und Westpreußens. Von der Teilung bis zum Schwedisch-Polnischen Krieg, 1466–1655*, Lüneburg 1994, S. 22.

104 Davies, *God's Playground*, S. 521.

105 Willi Wojahn, *Der Netzedistrikt und die sozialökonomischen Verhältnisse seiner Bevölkerung um 1773*, Münster 1996, S. 16f.

106 Siehe zum Beispiel Heinz Neumeyer, *Westpreußen. Geschichte und Schicksal*, München 1993.

107 William W. Hagen, *Germans, Poles and Jews. The Nationality Conflict in the Prussian East, 1772–1914*, Chicago 1980, S. 39ff., 43. Zum zeitgenössischen deutschen Konsens hinsichtlich der Minderwertigkeit der Polen siehe Jörg Hackmann, *Ostpreußen und Westpreußen in deutscher und polnischer Sicht. Landeshistorie als beziehungsgeschichtliches Problem*, Wiesbaden 1996, S. 66.

108 Peter Baumgart, »The Annexation and Integration of Silesia into the Prussian State of Frederick the Great«, in: Mark Greengrass (Hg.), *Conquest and Coalescence. The Shaping of the State in Early Modern Europe*, London 1991, S. 155–181, hier S. 167; Hubatsch, *Friedrich der Große*, S. 77.

109 Hans-Jürgen Bömelburg, *Zwischen polnischer Ständegesellschaft und preußischem Obrigkeitsstaat. Vom Königlichen Preußen zu Westpreußen (1756–1806)*, München 1995, S. 254f.

110 Brigitte Poschmann, »Verfassung, Verwaltung, Recht, Militär im Ermland«, in: Opgenoorth (Hg.), *Geschichte Ost-und Westpreußens*, S. 39–43, hier S. 42.

111 Wojahn, *Netzedistrikt*, S. 25.

112 Zu den Steuersätzen siehe Max Bär, *Westpreußen unter Friedrich dem Großen*, 2 Bde, Leipzig 1909, Bd. 2, S. 422, insbesondere Anm. 1; Hagen, *Germans, Poles and Jews*, S. 40.

113 Corni, *Stato assoluto*, S. 304f.

114 Bär, *Westpreussen*, Bd. 2, S. 465f.; Corni, *State assoluto*, S. 305.
115 Bär, *Westpreussen*, Bd. 1, S. 574-581.
116 Bömelburg, *Zwischen polnischer Ständegesellschaft*, S. 411,413.
117 August Carl Holsche, *Der Netzedistrikt. Ein Beitrag zur Länder- und Völkerkunde mit statistischen Nachrichten*, Königsberg 1793, zitiert in: Wojahn, *Netzedistrikt*, S. 29.
118 Neumeyer, *Westpreussen*, S. 313f.; Bömelburg, *Zwischen polnischer Ständegesellschaft*, S. 367.
119 Siehe Bär, *Westpreussen*, Bd. 2, passim.
120 Friedrich II., Politisches Testament von 1752, in: Dietrich, *Die politischen Testamente*, S. 283.
121 Zitiert in Kunisch, *Friedrich der Grosse*, S. 245.
122 Friedrich II., Politisches Testament von 1752, in: Dietrich, *Die politischen Testamente*, S. 329.
123 Kunisch, *Friedrich der Grosse*, S. 128.
124 Zu Wolffs Rolle Für die Herausbildung eines stärkeren Staatssystems in Preussen siehe Blanning, *The Culture of Power*, S. 200. Wolff war 1721 nach einem Streit mit den Pietisten an der Universität Halle aus Preussen verbannt worden; mit zu den ersten Dingen, die Friedrich II. nach seiner Thronbesteigung tat, gehörte, ihn nach Berlin zurückzurufen. Siehe auch Christian Freiherr von Wolff, *Vernünfftige Gedanken von dem gesellschaftlichen Leben der Menschen und insonderheit dem gemeinen Wesen*, Halle 1756, S. 212f., 216f., 238,257,345,353,357.
125 Zitiert in: Hubatsch, *Friedrich der Grosse*, S. 75.
126 Ebenda, S. 85.
127 Blanning, *The Culture of Power*, S. 92; Hans-Joachim Giersberg, «Friedrich II. und die Architektur», in: Hans-Joachim Giersberg und Claudia Meckel (Hg.), *Friedrich II. und die Kunst*, 2 Bde, Potsdam 1986, Bd. 2, S. 54; Hans-Joachim Giersberg, *Friedrich II. als Bauherr. Studien zur Architektur des 18. Jahrhunderts in Berlin und Potsdam*, Berlin 1986, S. 23.
128 Das Opernhaus war theoretisch geladenen Gästen vorbehalten; tatsächlich aber wurde es auch von Berlinern und Besuchern Frequentiert. Um Zutritt zu erhalten, musste man lediglich dem Portier ein Trinkgeld geben. Auch die Königliche Bibliothek war zu bestimmten Tageszeiten der allgemeinen Öffentlichkeit zugänglich.
129 Siehe Martin Engel, *Das Forum Fridericianum und die monumentalen Residenzplätze des 18. Jahrhunderts*, Dissertation in Kunstgeschichte, Freie Universität Berlin (2001), S. 302f. Diese Doktorabeit kann online über die Website der Digitalen Naturwissenschaftliche Bibliothek der FU Berlin (Darwin) gelesen werden: *http://www.diss.fu-berlin.de/2oo4/161/indexe.htmlttinformation;* letzter Zugriff am 24. Februar 2005. Zum Forum siehe auch Kunisch, *Friedrich der Grosse*, S. 258f.., 282.
130 Hubatsch, *Friedrich der Grosse*, S. 233; Reinhart Koselleck, *Preussen zwischen Reform und Revolution. Allgemeines Landrecht, Verwaltung und soziale Bewegung von 1791 bis 1848*, Stuttgart 1967, S. 23-149; Hans Hattenhauer, «Preussen auf dem Weg zum Rechtsstaat», in: Jörg Wolff (Hg.), *Das Preussische Allgemeine Landrecht: politische, rechtliche und soziale Wechsel- und Fortwirkungen*, Heidelberg 1995, S. 49-67.
131 ALR §75, Hans Hattenhauer (Hg.), *Allgemeines Landrecht für die preussischen Staaten von 1794*, Frankfurt am Main 1970.
132 Friedrich II., Politisches Testament von 1752, in: Dietrich, *Die Politischen Testamente*, S. 381.
133 Kunisch, *Friedrich der Grosse*, S. 293-299.
134 Friedrich II., Politisches Testament von 1768, in: Dietrich, *Die Politischen Testamente*, S. 519.
135 Neuchâtel blieb im Besitz der Hohenzollern bis 1857, als es an die Schweizer Eidgenossenschaft abgetreten wurde. Wolfgang Stribrny, *Die Könige von Preussen als Fürsten von Neuenburg-Neuchâtel (1707-1848)*, Berlin 1998, S. 296.

136 Friedrich II., Politisches Testament von 1768, in: Dietrich, *Die Politischen Testamente*, S. 619.
137 Ebenda, S. 510f. Das »Rétablissement« Ostpreußens wurde 1743 eingestellt; siehe Notbohm, *Das evangelische Schulwesen*, S. 186.
138 Walter Mertineit, *Die fridericianische Verwaltung in Ostpreußen. Ein Beitrag zur Geschichte der preußischen Staatsbildung*, Heidelberg 1958, S. 179.
139 Ebenda, S. 183ff.
140 Friedrich II., Politisches Testament von 1752, in: Dietrich, *Die politischen Testamente*, S. 325ff.

Kapitel 8: Sapere aude!

1 Immanuel Kant, »Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?«, in: *Berlinische Monatsschrift*, (datiert 30. September 1784, veröffentlicht Dezember 1784), nachgedruckt in: *Berlinische Monatsschrift (1783–1796)*, Leipzig 1986, S. 89–96, hier S. 89.
2 Ebenda, S. 90.
3 Richard van Dülmen, *Die Gesellschaft der Aufklärer. Zur bürgerlichen Emanzipation und aufklärerischen Kultur in Deutschland*, Frankfurt am Main 1986, S. 48ff. Zu Kant und der »Sprache der Vernunft« siehe Hans Saner, *Kants Weg vom Krieg zum Frieden. Widerstreit und Einheit. Wege zu Kants politischem Denken*, München 1967, S. 89–96, hier S. 93.
4 Ferdinand Runkel, *Geschichte der Freimaurerei in Deutschland*, 3 Bde, Berlin 1931/32, Bd. 1, S. 154–158. Allgemeinere Informationen zu den Freimaurern siehe Ulrich Im Hof, *Das Europa der Aufklärung*, München 1993, S. 126–130.
5 Vgl. dazu Norbert Schindler, »Freimaurerkultur im 18. Jahrhundert. Zur sozialen Funktion des Geheimwissens in der entstehenden bürgerlichen Gesellschaft«, in: Robert Berdahl u. a. (Hg.), *Klassen und Kultur*, Frankfurt am Main 1982, S. 205–262, hier S. 208.
6 *Berlinische Monatsschrift*, 2 (1783), S. 516.
7 Friedrich Gedike und J. E. Biester, »Vorrede«, in: *Berlinische Monatsschrift*, 1 (1783), S. 1.
8 Im Hof, *Europa der Aufklärung*, S. 106–109.
9 Joseph Kohnen, »Druckerei-, Verlags-und Zeitungswesen in Königsberg zur Zeit Kants und Hamanns. Das Unternehmen Johann Jakob Kanters«, in: Derselbe (Hg.), *Königsberg. Beiträge zu einem besonderen Kapitel der deutschen Geistesgeschichte des 18. Jahrhunderst*, Frankfurt am Main 1994, S. 1–30, insbesondere S. 9f., 12f., 15.
10 Nachruf von Leopold Friedrich Günther von Goeckingh (1748–1828), zitiert in Eberhard Fromm, »Der poetische Exerziermeister«, in: *Deutsche Denker*, S. 58–63, online zugänglich unter *http://www.luise-berlin.de/bms/bmstext/9804deua.htm*; letzter Zugriff am 18. Dezember 2003.
11 Zu den »Praktikern der Zivilgesellschaft«, siehe Isabel V. Hull, *Sexuality, State and Civil Society in Germany, 1700–1815*, Ithaca, NY, 1996, insbesondere Kap. 5.
12 Horst Möller, *Vernunft und Kritik. Deutsche Aufklärung im 17. und 18. Jahrhundert*, Frankfurt am Main 1986, S. 295f.
13 Kant, »Was ist Aufklärung?«, S. 95.
14 Randbemerkung auf die Anfrage des Generaldirektoriums, ob ein Katholik in Frankfurt an der Oder Bürgerrechte erwerben dürfe (Juni 1740), in: Otto Bardong (Hg.), *Friedrich der Große*, Darmstadt 1982, S. 542. Diese Stelle wird ausführlich diskutiert in Blanning, »Frederick the Great«, in: Scott (Hg.), *Enlightened Absolutism*, S. 265–288, hier S. 282.
15 Mittenzwei, *Friedrich II.*, S. 44f.
16 Richard J. Evans, *Rituals of Retribution. Capital Punishment in Germany, 1600–1987*, London 1997, S. 113 (dt.: *Rituale der Vergeltung. Die Todesstrafe in der deutschen Geschichte 1532–1987*, Berlin 2001).

17 Matthias Schmoeckel, *Humanität und Staatsraison. Die Abschaffung der Folter in Europa und die Entwicklung des gemeinen Strafprozeß- und Beweisrechts seit dem hohen Mittelalter*, Köln 2000, S. 19–33.
18 Evans, *Rituals*, S. 122.
19 Blanning, »Frederick the Great«, S. 282.
20 Jonathan I. Israel, *Radical Enlightenment. Philosophy and the Making of Modernity 1650–1750*, Oxford 2001, S. 659–663.
21 Kant, »Was ist Aufklärung?«, S. 96. Ähnlich argumentiert Kant in dem Aufsatz »Über den Gemeinspruch: ›Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis‹« (erstmals veröffentlicht in *Berlinische Monatsschrift*, 1793); siehe Immanuel Kant, *Political Writings*, hg. von Hans Reiss, übersetzt von H. B. Nisbet, 2. Aufl., Cambridge 1991, S. 61–92, hier insbesondere S. 79, 81, 84f.
22 Blanning, *The Culture of Power*, S. 103–182.
23 Möller, *Vernunft und Kritik*, S. 303.
24 Dieses Zitat geht auf den hohen preußischen Justizbeamten Leopold von Kircheisen zurück und stammt aus dem Jahre 1792, sechs Jahre nach dem Tod Friedrichs II. Zitiert nach Hull, *Sexuality, State and Civil Society*, S. 215.
25 John Moore, *A View of Society and Manners in France, Switzerland and Germany*, 2 Bde, 4. Aufl., Dublin 1789; erstmals veröffentl. anonym 1779, Bd. 2, S. 130, zitiert in: Blanning, »Frederick the Great«, S. 287.
26 Friedrich Nicolai, *Beschreibung der Königlichen Residenzstädte Berlin und Potsdam, aller daselbst befindlicher Merkwürdigkeiten und der umliegenden Gegend*, 2 Bde, Berlin 1786, Bd. 2, S. 839f.
27 Hilde Spiel, *Fanny von Arnstein oder die Emanzipation. Ein Frauenleben an der Zeitenwende*, Frankfurt am Main 1962, S.24f.
28 Stern, *Der preußische Staat*, Teil 3, Bd. 2: *Die Zeit Friedrichs des Großen*, Tübingen 1971, passim.
29 Instruktion König Friedrich Wilhelms I. von 1722, in: Dietrich (Hg.), *Die Politischen Testamente*, S. 221–243, hier S. 236.
30 Politisches Testament Friedrichs des Großen von 1768, in: Dietrich (Hg.), *Die Politischen Testamente*, S. 462–697, hier S. 507.
31 Mordechai Breuer, »The Early Modern Period«, in: Michael A. Meyer und Michael Brenner (Hg.), *German-Jewish History in Modern Times*, 4 Bde, New York 1996, Bd. 1: *Tradition and Enlightenment 1600–1780*, S. 79–260, hier S. 146–149 (dt.: Mordechai Breuer, Michael Graetz (Hg.), *Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit*, Bd. 1: *Tradition und Aufklärung, 1600–1780*, München 1996).
32 Stefi Jersch-Wenzel, »Minderheiten in der preußischen Gesellschaft«, in: Büsch und Neugebauer (Hg.), *Moderne preußische Geschichte*, Bd. 1, Teil 2, S. 486–506, hier S. 492.
33 Dorwart, *Prussian Welfare State*, S. 129; Stern, *Der preußische Staat*, Teil 2: *Die Zeit Friedrich Wilhelms I.*, Bd. 2: Akten, Dok. Nr. 7, 8, 211 und passim.
34 J. H. Callenberg, *Siebente Fortsetzung seines Berichts von einem Versuch, das arme jüdische Volck zur Annehmung der christlichen Wahrheit anzuleiten*, Halle 1734, S. 92f., 126, 142. Siehe auch derselbe, *Relation von einer weiteren Bemühung, Jesum Christum als den Heyland des menschlichen Geschlechts dem Jüdischen Volcke bekannt zu machen*, Halle 1738, S. 134, 149.
35 Michael Graetz, »The Jewish Enlightenment«, in: Meyer und Brenner (Hg.), *German-Jewish History*, Bd. 1, S. 261–380, hier S. 311.
36 Charlene A. Lea, »Tolerance Unlimited: The ›Noble Jew‹ on the German and Austrian Stage (1750–1805)«, in: *The German Quarterly*, 64/2 (1991), S. 167–177.
37 Spiel, *Fanny von Arnstein*, S. 19; David Sorkin, *The Transformation of German Jewry, 1780–1840*, New York 1987, S. 8 und passim.
38 Mendelssohn an Lessing, Berlin, 2. August 1756, in: Moses Mendelssohn, *Gesammelte Schriften. Jubiläumsausgabe*, Bd. 11: *Briefwechsel I*, Stuttgart-Bad Cannstatt 1974, S. 55; zur Freundschaft zwischen Mendelssohn, Lessing und Nicolai siehe

Michael Graetz, »The Jewish Enlightenment«, in: Meyer und Brenner (Hg.), *German-Jewish History*, Bd. 1, S. 274.

39 Deborah Hertz, *Jewish High Society in Old-regime Berlin*, New Haven und London 1988, S. 95–118; Steven M. Lowenstein, *The Berlin Jewish Community. Enlightenment, Family and Crisis, 1770–1830*, New York 1994, S. 104–110.

40 Christian Wilhelm Dohm, *Über die bürgerliche Verbesserung der Juden*, 2 Bde, Berlin und Stettin 1781–1783, Bd. 1, S. 130.

41 Dohm, *Über die bürgerliche Verbesserung*. Zu Kommentaren zu diesem Buch und seinem historischen Kontext siehe insbesondere R. Liberles, »The Historical Context of Dohm's Treatise on the Jews«, in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hg.), *Das deutsche Judentum und der Liberalismus–German Jewry and Liberalism*, Königswinter 1986, S. 44–69; Horst Möller, »Aufklärung, Judenemanzipation und Staat. Ursprung und Wirkung von Dohms Schrift über die bürgerliche Verbesserung der Juden«, in: W. Grab (Hg.), *Deutsche Aufklärung und Judenemanzipation. Internationales Symposium anläßlich der 250. Geburtstage Lessings und Mendelssohns (Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte*, Suppl. 3), Tel Aviv 1980, S. 119–149.

42 Spiel, *Fanny von Arnstein*, S. 279.

43 Ebenda, S. 280.

44 Karl Borromäus Sessa, *Unser Verkehr. Eine Posse in einem Aufzuge*, 2. Aufl., Leipzig 1815, S. 18. Das Stück wird diskutiert in Michael A. Meyer, »Becoming German, Remaining Jewish«, in: Meyer und Brenner (Hg.), *German-Jewish History*, Bd. 2, S. 199–250, hier S. 204ff. Allgemeiner zur judenfeindlichen Satire siehe Charlene A. Lea, *Emancipation, Assimilation and Stereotype. The Image of the Jew in German and Austrian Drama (1800–1850)*, Bonn 1978; Mark H. Gelber, »Wandlungen im Bild des ›gebildeten Juden‹ in der deutschen Literatur«, in: *Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte*, 13 (1984), S. 165–178.

45 Das Problem der Konversion wird erörtert in Hertz, *Jewish High Society*; siehe auch dieselbe, »Seductive Conversion in Berlin, 1770–1809«, in: Todd Endelman (Hg.), *Jewish Apostasy in the Modern World*, New York und London 1990, S. 48–82; Lowenstein, *The Berlin Jewish Community*, S. 120–133.

46 Zitiert nach James Sheehan, *German History 1770–1866*, Oxford 1993, S. 293; dt.: *Der Ausklang des Alten Reiches. Deutschland seit dem Ende des Siebenjährigen Krieges bis zur gescheiterten Revolution, 1763–1850*, Berlin 1994, S. 268.

47 Da Friedrich II. kinderlos blieb, ging das Recht der Thronfolge auf seinen jüngeren Bruder August Wilhelm über, der 1758 gestorben war, aber seinen Sohn als Thronerben zurückgelassen hatte.

48 Kunisch, *Friedrich der Große*, S. 285.

49 David E. Barclay, »Friedrich Wilhelm II. (1786–1797)«, in: Kroll (Hg.), *Preußens Herrscher*, S. 179–196.

50 Thomas S. Saine, *The Problem of Being Modern. Or, the German Pursuit of Enlightenment from Leibniz to the French Revolution*, Detroit, MI, 1997, S. 300.

51 Dirk Kemper (Hg.), *Mißbrauchte Aufklärung? Schriften zum preußischen Religionsedikt vom 9. Juli 1788*, Hildesheim 1996; Ian Hunter, »Kant and the Prussian Religious Edict. Metaphysics within the Bounds of Political Reason Alone«, Thesenpapier, Centre of the History of European Discourses, University of Queensland, online zugänglich unter *http:// eprint.uq.edu.au/archive/00000396/01/hunterkant.pdf*; letzter Zugriff am 30. Dezember 2003.

52 Siehe die Kommentare der Herausgeber und Übersetzer in A. W. Wood und G. Di Giovanni (Hg.), *Immanuel Kant: Religion and Rational Theology*, Cambridge 1996; Saine, *The Problem of Being Modern*, S. 289–309; Paul Schwartz, *Der erste Kulturkampf in Preußen um Kirche und Schule (1788–1798)*, Berlin 1925, S. 93–107; Klaus Epstein, *The Genesis of German Conservatism*, Princeton, NJ, 1966, S. 360–368 (dt.: *Die Ursprünge des Konservatismus in Deutschland. Der Ausgangspunkt: Die Herausforderung durch die Französische Revolution 1770–1806*, Frankfurt am Main 1973).

53 Diese Sichtweise der Tätigkeit Wöllners wird überzeugend dargelegt in Michael J. Sauter, »Visions of the Enlightenment: The Edict on Religion of 1788 and Political Reaction in Eighteenth-century Prussia«, Diss., Department of History, University of California, Los Angeles, CA, 2002.
54 Kemper, *Missbrauchte Aufklärung?*, S. 227.
55 Eine interessante Diskussion des Edikts, die nützliche Vergleiche zur Sprache des preußischen Gesetzestextes zieht, bietet Nicholas Hope, *German and Scandinavian Protestantism, 1700 to 1918*, Oxford 1995, S. 312f. Zu den aufklärerischen Zügen des Ediktes siehe insbesondere Fritz Valjavec, »Das Woellnersche Religionsedikt und seine geschichtliche Bedeutung«, in: *Historisches Jahrbuch*, 72 (1952), S. 386–400. Zu zweckorientierten Sichtweisen der Religion siehe Epstein, *Genesis*, S. 150.
56 Kurt Nowak, *Geschichte des Christentums in Deutschland. Religion, Politik und Gesellschaft vom Ende der Aufklärung bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts*, München 1995, S. 15–36.
57 Hunter, »Kant and the Prussian Religious Edict«, S, 7.
58 Ebenda S. 11f.
59 Kabinettserlass Friedrich Wilhelms II. vom 10. September 1788, zitiert in Klaus Berndl, »Neues zur Biographie von Ernst Ferdinand Klein«, in: Eckhart Hellmuth, Immo Meenken und Michael Trauth (Hg.), *Zeitenwende? Preußen um 1800*, Stuttgart 1999, S. 139–182, hier S. 161, Anm. 118.
60 Saine, *The Problem of Being Modern*, S. 294–308.
61 Berndl, »Ernst Ferdinand Klein«, S. 162ff.
62 Wilhelm Schrader, *Geschichte der Friedrichs-Universität zu Halle*, 2 Bde, Berlin 1894, Bd. 1, S. 521; Epstein, *Genesis*, S. 364–367; Berndl, »Ernst Ferdinand Klein«, S. 167–170.
63 Horst Möller, *Aufklärung in Preußen. Der Verleger, Publizist und Geschichtsschreiber Friedrich Nicolai*, Berlin 1974, S. 213.
64 Axel Schumann, »Berliner Presse und Französische Revolution: Das Spektrum der Meinungen unter preußischer Zensur 1789–1806«, Ph. D. thesis, Technische Universität, Berlin (2001), online zugänglich unter http://edocs.tu-berlin.de/diss/2001/schumann_axel.pdf; letzter Zugriff am 31 Dezember 2003, insbesondere. S. 227–241.
65 »Theatralische Gaukelspiele in Berlin«, in: *Journal des Luxus und der Moden*, 11 (1796), S. 422–429, hier 428, zitiert nach Hellmuth, »Die ›Wiedergeburt‹«, S. 23–52, hier S. 26.
66 Einen ausgezeichneten Überblick über das damalige Gesellschaftsleben in Berlin, auf den sich die folgenden beiden Absätze stützen, bietet Florian Maurice, *Freimaurerei um 1800. Ignaz Aurelius Feßler und die Reform der Großloge Royal York in Berlin*, Tübingen 1997, S. 129–166.
67 Gerhard Ritter, *Stein. Eine politische Biographie*, Stuttgart 1958, S. 29, 31, 34, 37, 39, 40; Guy Stanton Ford, *Stein and the Era of Reform in Prussia, 1807–1815*, 2. Aufl., Gloucester, MA, 1965, S. 4–26, 31f.
68 Ford, *Stein*, S. 33f.
69 Ritter, *Stein*, S. 71.
70 Silke Lesemann, »Prägende Jahre. Hardenbergs Herkunft und Amtstätigkeit in Hannover und Braunschweig (1771–1790)«, in: Thomas Stamm-Kuhlmann (Hg.), *»Freier Gebrauch der Kräfte«. Eine Bestandsaufnahme der Hardenberg-Forschung*, München 2001, S. 11–30, hier S. 11–18.
71 Lesemann, »Prägende Jahre«, S. 18–25.
72 Es war schon seit langem vereinbart, dass Ansbach und Bayreuth nach dem Tod des regierenden Markgrafen der Hohenzollern an Preußen fallen sollten. Im Jahr 1792 ließ er es jedoch, unter dem Druck der Ereignisse in Frankreich und seines immensen Schuldenbergs, zu, dass er vorzeitig von Berlin »aufgekauft« wurde.
73 Andrea Hofmeister-Hunger, *Pressepolitik und Staatsreform. Die Institutionalisierung staatlicher Öffentlichkeitsarbeit bei Karl August von Hardenberg (1792–1822)*, Göttingen 1994, S. 32–47; Rudolf Endres, »Hardenbergs fränkisches Reform-

modell«, in: Stamm-Kuhlmann (Hg.), *Hardenberg-Forschung*, S. 31–49, hier S. 38.

74 Rudolf Endres, »Hardenbergs fränkisches Reformmodell«, S. 45f.

75 Rolf Straubel, *Carl August von Struensee. Preußische Wirtschafts-und Finanzpolitik im ministeriellen Kräftespiel (1786–1804/06)*, Potsdam 1999, S. 112–117.

76 Manfred Gailus, »›Moralische Ökonomie‹ und Rebellion in Preußen vor 1806: Havelberg, Halle und Umgebung«, in: *FBPG* (Neue Reihe), 11 (2001), S. 77–100, insbesondere S. 95ff.

77 Zur Nutzung der neuen polnischen Randprovinzen in Süd- und Neuostpreußen als »Experimentierfelder« für Verwaltungsreformen siehe Ingeborg Charlotte Bussenius, *Die Preußische Verwaltung in Süd- und Neuostpreussen 1793–1806*, Heidelberg 1960, S. 314f.

78 Hans Hattenhauer, »Das ALR im Widerstreit der Politik«, in: Jörg Wolff (Hg.), *Das Preußische Allgemeine Landrecht. Politische, rechtliche und soziale Wechsel- und Fortwirkungen*, Heidelberg 1995, S. 31–48, hier S. 48.

79 ALR §1 Einleitung, zitiert nach Hans Hattenhauer (Hg.), *Allgemeines Landrecht für die preußischen Staaten von 1794*, 3. erw. Aufl., Neuwied 1996. Die betreffende Passage wird ausführlich erörtert in Hattenhauer, »Preußen auf dem Weg«, in: Wolff (Hg.), *Das Preußische Allgemeine Landrecht*, S. 49–67, hier S. 62.

80 ALR §22 Einleitung.

81 Thilo Ramm, »Die friderizianische Rechtskodifikation und der historische Rechtsvergleich«, in: Wolff (Hg.), *Das Preußische Allgemeine Landrecht*, S. 1–30, hier S. 12.

82 Siehe dazu Günther Birtsch, »Die preußische Sozialverfassung im Spiegel des Allgemeinen Landrechts für die preußischen Staaten von 1794«, in: Wolff (Hg.), *Das Preußische Allgemeine Landrecht*, S. 133–147, hier S. 133. Eine allgemeinere Erörterung der ständischen Aspekte im Landrecht bietet Andreas Schwennicke, *Die Entstehung der Einleitung des Preußischen Allgemeinen Landrechts von 1794*, Frankfurt am Main 1993, S. 34–43, 70–105.

83 ALR §§ 147, 161–172, 185ff., 227–230, 308, 309. Birtsch, »Die preußische Sozialverfassung«, S. 143. Zum ALR als Versuch, absolutistische mit ständischen Grundsätzen zu vereinbaren siehe Günther Birtsch, »Gesetzgebung und Representation im späten Absolutismus. Die Mitwirkung der preußischen Provinzialstände bei der Entstehung des Allgemeinen Landrechts«, in: *Historische Zeitschrift*, 202 (1969), S. 265–294; Koselleck, *Preußen zwischen Reform und Revolution*, S. 23–149.

84 ALR Einleitung, »Quelle des Rechts«. Dazu siehe auch Monika Wienfort, »Zwischen Freiheit und Fürsorge. Das Allgemeine Landrecht im. 19. Jahrhundert«, in: Patrick Bahners und Gerd Roellecke (Hg.), *Preußische Stile. Ein Staat als Kunststück*, Stuttgart 2001, S. 294–309.

85 Ähnlich argumentiert etwa Detlef Merten, »Die Rechtsstaatlichkeit im Allgemeinen Landrecht«, in: Friedrich Ebel (Hg.), *Gemeinwohl – Freiheit – Vernunft – Rechtsstaat. 200 Jahre Allgemeines Landrecht für die preußischen Staaten*, Berlin 1995, S. 109–138.

86 Heinrich von Treitschke, *Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert*, 5 Bde, Leipzig 1927, Bd. 1, S. 77.

87 Staël-Holstein, Anne Louise Germaine de, *Über Deutschland*, übers. von Friedrich Buchholz, u. a., vollst., durchges. Fassung der dt. Erstausgabe von 1814, Frankfurt am Main 1985, S. 104.

Kapitel 9: Hybris und Nemesis: 1789–1806

1 Ernst Wangermann, »Preußen und die revolutionären Bewegungen in Ungarn und den österreichischen Niederlanden zur Zeit der französischen Revolution«, in: Otto Büsch und Monika Neugebauer-Wölk (Hg.), *Preußen und die revolutionäre Herausforderung seit 1789*, Berlin 1991, S. 22–85, hier S. 81, 83.

2 Monika Neugebauer-Wölk, »Preußen und die Revolution in Lüttich. Zur Politik des Christian Wilhelm von Dohm, 1789/90«, in: Büsch und Neugebauer-Wölk (Hg.), *Preußen und die revolutionäre Herausforderung*, S. 59–76, hier S. 63.
3 Wangermann, »Preußen und die revolutionären Bewegungen«, S. 82.
4 Paul W. Schroeder, *The Transformation of European Politics 1763–1848*, Oxford 1994, S. 66, 76; Brendan Simms, *The Struggle for Mastery in Germany, 1779–1850*, London 1998, S. 56f.
5 Zitiert nach Wolfgang Lautemann, Manfred Schlenke (Hg.), *Geschichte in Quellen*, Bd. 4: *Amerikanische und Französische Revolution*, München 1981, S. 266.
6 Ebenda.
7 Zu den Folgen von Pillnitz, siehe Gary Savage, »Favier's Heirs. The French Revolution and the Secret du Roi«, in: *Historical Journal*, 41/1 (1998), S. 225–258; Gunther E. Rothenberg, »The Origins, Causes and Extension of the Wars of the French Revolution and Napoleon«, in: *Journal of Interdisciplinary History*, 18/4 (1988), S. 771–793, insbesondere S. 780f.; T. C. W. Blanning, *Origins of the French Revolutionary Wars*, London 1986, S. 100f.; Patricia Chastain Howe, »Charles-François Dumouriez and the Revolutionizing of French Foreign Affairs in 1792«, in: *French Historical Studies*, 14/3 (1986), S. 367–390, hier S. 372f.
8 Die Erklärung des Herzogs von Braunschweig ist abgedruckt in Lautemann (Hg.), *Amerikanische und Französische Revolution*, S. 304ff. Der Text kann auch online eingesehen werden unter dem Hanover Historical Texts Project, *http://history.hanover.edu/texts/bruns.htm*; letzter Zugriff am 13 Januar 2004. Zum Hintergrund des Manifests siehe Hildor Arnold Barton, »The Origins of the Brunswick Manifesto«, in: *French Historical Studies*, 5 (1967), S. 146–169.
9 Zitiert in Lukowski, *Partitions*, S. 140.
10 Hertzberg an Lucchesini, zitiert in ebenda, S. 143.
11 Eine allgemeinere Darstellung der zweiten Teilung enthält Michael G. Müller, *Die Teilungen Polens: 1772, 1793, 1795*, München 1984, insbesondere. S. 43–50; Lukowski, *Partitions*, S. 128–158.
12 Diese Auswahl von Attributen stammt aus Heinrich von Sybel, *Geschichte der Revolutionszeit von 1789 bis 1800*, 5 Bde., Stuttgart 1898, Bd. 3, S. 276; Heinrich von Treitschke, *Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert*, 5 Bde, Leipzig 1894, Bd. 1, S. 207; Rudolf Ibbeken, *Preußen. Geschichte eines Staates*, Stuttgart 1970, S. 106f.; Golo Mann, *Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, Frankfurt am Main 1992. Die Sichtweisen werden diskutiert und analysiert in Philip G. Dwyer, »The Politics of Prussian Neutrality 1795–1805«, in: *German History*, 12 (1994), S. 351–373.
13 Zur Finanzkrise siehe Aretin, *Reich*, Bd. 1, S. 318. Zu Verbindungen zur »Friedenspartei«, siehe Willy Real, »Die preußischen Staatsfinanzen und die Anbahnung des Sonderfriedens von Basel 1795«, in: *FBPG*, 1 (1991), S. 53–100.
14 Dwyer, »Politics«, S. 357.
15 Schroeder, *Transformation*, insbesondere S. 144–150.
16 Siehe Brendan Simms, *The Impact of Napoleon. Prussian High Politics, Foreign Policy and Executive Reform, 1797–1806*, Cambridge 1997, S. 101–105.
17 Aretin, *Reich*, Bd. 1, S. 277; Sheehan, *German History*, S. 278; Simms, *Struggle for Mastery*, S. 62.
18 Zitiert in Simms, *Struggle for Mastery*, S. 60f.
19 Leszczinski (Hg.), *Kriegerleben des Johann von Borcke, weiland Kgl. Preuss. Oberstlieutenant. 1806–1815*, Berlin 1888, S. 46ff.; zitiert nach Eckart Klessmann (Hg.), *Deutschland unter Napoleon in Augenzeugenberichten*, München 1976, S. 132–141.
20 Friedrich Nippold (Hg.), *Erinnerungen aus dem Leben des Generalfeldmarschalls Hermann von Boyen*, 3 Bde, Leipzig 1889/90, Bd. 1, S. 171f.; dazu auch Sheehan, *Der Ausklang des Alten Reiches*, Berlin 1994, S. 214.
21 Zitiert in Dwyer, »Politics«, S. 361. Zum Übergang von einer zweckdienlichen zu einer prinzipiellen Neutralität siehe S. 358–67.

22 Simms, *Impact of Napoleon*, S. 148–56; Dwyer, »Politics« S. 365.
23 Gregor Schöllgen, »Sicherheit durch Expansion? Die außenpolitischen Lageanalysen der Hohenzollern im 17. und 18. Jahrhundert im Lichte des Kontinuitätsproblems in der preußischen und deutschen Geschichte«, in: *Historisches Jahrbuch*, 104 (1984), S. 22–45.
24 Klaus Zernack, »Polen in der Geschichte Preußens«, in: Otto Büsch u. a. (Hg.), *Handbuch der preußischen Geschichte*, Bd. 2: *Das neunzehnte Jahrhundert und große Themen der Geschichte Preußens*, Berlin, 1992, S. 377–448, hier S. 430; derselbe, »Preußen–Frankreich–Polen. Revolution und Teilung«, in: Büsch und Neugebauer-Wölk (Hg.), *Preußen*, S. 22–40; William W. Hagen, »The Partitions of Poland and the Crisis of the Old Regime in Prussia, 1772–1806«, in: *Central European History*, 9 (1976), S. 115–28.
25 Diese Punkte werden ausführlich erörtert in Torsten Riotte, »Hanover in British Policy 1792–1815«, Diss., University of Cambridge (2003).
26 Darauf hat Reinhold Koser hingewiesen in »Die preußische Politik, 1786–1806«, in: Derselbe, *Zur preußischen und deutschen Geschichte*, Stuttgart 1921, S. 202–268, hier S. 248f.
27 Zur Krise um Sir Rumbold siehe Simms, *The Impact of Napoleon*, S. 159–167, 277, 285.
28 J. G. Droysen, *Geschichte der preußischen Politik*, Berlin 1855–1886, Bd. 3, 3, S. 15, Anm. 1; dazu auch McKay, *Great Elector*, S. 105.
29 Brendan Simms, »The Road to Jena: Prussian High Politics, 1804–06«, in: *German History*, 12 (1994), S. 374–394. Eine umfassendere Analyse der Rolle, welche die gegenseitigen Rivalitäten spielten, findet sich in derselbe, *Impact of Napoleon*, insbesondere S. 285–291.
30 Haugwitz an Lucchesini, 15. Juni 1806, zitiert in Simms, »The Road to Jena«, S. 386.
31 Diese Rivalitäten werden analysiert in Simms, ebenda.
32 Diese Zusammenfassung ist entnommen aus Ford, *Stein*, S. 105f.
33 Zitiert nach Erich Botzenhart und Gunther Ipsen (Hg.), *Freiherr vom Stein. Ausgewählte politische Briefe und Denkschriften*, 2. Aufl., Stuttgart 1986, 2/1, S.71–77; Auszüge aus der Denkschrift veröffentlicht in Lautemann, *Amerikanische und Französische Revolution*, S. 622ff.; siehe auch Ford, *Stein*, S. 106.
34 Hardenberg, Denkschrift vom 18. Juni 1806, in Leopold von Ranke (Hg.), *Denkwürdigkeiten des Staatskanzlers Fürsten von Hardenberg*, 5 Bde, Leipzig, 1877, Bd. 3, S. 35; dazu Simms, »The Road to Jena«, S. 388f.
35 Thomas Stamm-Kuhlmann, *König in Preußens großer Zeit. Friedrich Wilhelm III., der Melancholiker auf dem Thron*, Berlin 1992, S. 229ff.
36 Friedrich Wilhelm III. an Napoleon, Naumburg, 26. September 1806, in Ranke (Hg.), *Denkwürdigkeiten des Staatskanzlers Fürsten von Hardenberg*, Bd. 3, S. 179–187; zitiert nach Klessmann (Hg.), *Deutschland unter Napoleon*, S. 101.
37 Napoleon an Friedrich Wilhelm III., 12. Oktober 1806, in: Klessmann (Hg.), *Deutschland unter Napoleon*, S. 123–126.
38 Eine ausgezeichnete Diskussion der militärischen Verbesserungen und ein Vergleich mit den französischen Fähigkeiten findet sich in Dennis Showalter, »Hubertusberg to Auerstedt: The Prussian Army in Decline?«, in: *German History*, 12 (1994), S. 308–333.
39 Michel Kérautret, »Frédéric II et l'opinion française (1800–1870). La compétition posthume avec Napoléon«, in: *Francia*, 28/2 (2001), S. 65–84, hier S. 69.
40 Memoiren des sächsischen Offiziers Karl Heinrich von Einsiedel, zitiert in Klessmann (Hg.), *Deutschland unter Napoleon*, S. 147f.; Karl-Heinz Blaschke, »Von Jena 1806 nach Wien 1815: Sachsen zwischen Preußen und Napoleon«, in: Gerd Fesser und Reinhard Jonscher (Hg.), *Umbruch im Schatten Napoleons. Die Schlachten von Jena und Auerstedt und ihre Folgen*, Jena 1998, S. 143–156.

Kapitel 10: Die Welt der Bürokraten

1 Lady Jackson, *The Diaries and Letters of Sir George Jackson from the Peace of Amiens to the Battle of Talavera*, 2 Bde, London 1872, Bd. 2, S. 53.
2 Friedrich Wilhelm III., »Eigenhändiges Konzept des Königs zu dem Publicandum betr. Abstellung verschiedener Missbräuche bei der Armee, Ortelsburg«, 1. Dezember 1806, GStA Berlin-Dahlem, HA VI, NL Friedrich Wilhelm III., Nr. 45/1, Bl. 13–17.
3 Ebenda, Bl. 17; dieser Aspekt des Dokuments wird ausführlicher erörtert in Stamm-Kuhlmann, *König in Preußens großer Zeit*, S. 245f. Zu den Strafen, die gegen Offiziere verhängt wurden, die der Pflichtverletzungen schuldig gesprochen wurden, siehe Craig, *Politics of the Prussian Army*, S. 42. Allgemeiner zum Anteil des Königs an der Militärreform siehe Alfred Herrmann, »Friedrich Wilhelm III. und sein Anteil an der Heeresreform bis 1813«, in: *Historische Vierteljahrsschrift*, 11 (1908), S. 484–516.
4 Berdahl, *Politics of the Prussian Nobility*, S. 107f.; Bernd Münchow-Pohl, *Zwischen Reform und Krieg. Untersuchungen zur Bewußtseinslage in Preußen 1809–1812*, Göttingen 1987, S. 94–131, insbesondere S. 108f.
5 Die Frage, ob dem preußischen Staat die Reform durch den Schock von außen gewissermaßen aufgezwungen wurde oder ob sie in einer eigenen Reformtradition wurzelte, ist umstritten. Zu den Umrissen der Diskussion siehe T. C. W. Blanning, »The French Revolution and the Modernisation of Germany«, in: *Central European History*, 22 (1989), S. 109–129; Paul Nolte, »Preußische Reformen und preußische Geschichte: Kritik und Perspektiven der Forschung«, in: *FBPG*, 6 (1996), S. 83–95. Zur Niederlage als »traumatische Erfahrung« siehe Ludger Herrmann, »Die Schlachten von Jena und Auerstedt und die Genese der politischen Öffentlichkeit in Preußen«, in: Fesser und Jonscher (Hg.), *Umbruch im Schatten Napoleons*, S. 39–52.
6 J. R. Seeley, *Life and Times of Stein, or Germany and Prussia in the Napoleonic Age*, 3 Bde, Cambridge 1878, Bd. 1, S. 32 (dt.: *Stein. Sein Leben und seine Zeit. Deutschland und Preußen im Zeitalter Napoleons*, 3 Bde, Gotha 1883–1887).
7 Zitiert in Stamm-Kuhlmann, *König in Preußens großer Zeit*, S. 255.
8 Zu diesem Gedicht siehe Thomas Stamm-Kuhlmann, »War Friedrich Wilhelm III. von Preußen ein Bürgerkönig?«, in: *Zeitschrift für Historische Forschung*, 16 (1989), S. 441–460.
9 Zitiert in ebenda.
10 Zitiert in Joachim Bennewitz, »Königin Luise in Berlin«, in: *Berlinische Monatsschrift*, 7 (2000), S. 86–92, hier S. 86, online zugänglich unter *http://www.berlinische-monatsschrift.de/bms/bmstxt00/0007gesa.htm*; letzter Zugriff am 21. März 2004.
11 Siehe Rudolf Speth, »Königin Luise von Preußen – deutscher Nationalmythos im 19. Jahrhundert«, in: Sabine Berghahn und Sigrid Koch (Hg.), *Mythos Diana – von der Princess of Wales zur Queen of Hearts*, Gießen 1999, S. 265–285.
12 Luise an Friedrich Wilhelm III., Weimar, 8 Uhr abends, 13. Oktober 1806, in Paul Bailleu, *Königin Luise. Ein Lebensbild*, Berlin 1908, S. 201.
13 Siehe Philipp Demandt, *Luisenkult. Die Unsterblichkeit der Königin von Preußen*, Köln 2003, S. 8.
14 Zitiert in Bailleu, *Königin Luise*, S. 258.
15 Stamm-Kuhlmann, *König in Preußens großer Zeit*, S. 318.
16 Richard J. Evans, *Tales from the German Underworld*, New Haven, CT, 1998, S. 31–35, 46 (dt.: *Szenen aus der deutschen Unterwelt. Verbrechen und Strafe, 1800–1914*, übers. von Claudia Preuschoft, Reinbek 1997). Zur Reform des Strafgesetzbuches dieser Jahre siehe Jürgen Regge, »Das Reformprojekt eines ›Allgemeinen Criminalrechts für die preußischen Staaten‹ (1799–1806)«, in: Hans Hattenhauer und Götz Landwehr (Hg.), *Das nachfriderizianische Preußen 1786–1806*, Heidelberg 1988, S. 189–233.
17 Zitat von Friedrich Wilhelm III. aus Rudolf Stadelmann, *Preußens Könige in ihrer Tätigkeit für die Landescultur*, 4 Bde, Leipzig, 1878–1887, nachgedruckt Osnabrück,

1965, Bd. 4, S. 209f., 213f.; Bericht des Generaldirektoriums, 15. März 1800, zitiert in Stamm-Kuhlmann, *König in Preußens großer Zeit*, S. 156.

18 Otto Hintze, »Preußische Reformbestrebungen vor 1806«, in: *Historische Zeitschrift*, 76 (1896), S. 413–443; Hartmut Harnisch, »Die agrarpolitischen Reformmaßnahmen der preußischen Staatsführung in dem Jahrzehnt vor 1806–1807«, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, 3 (1977), S. 129–154.

19 Thomas Welskopp, »Sattelzeitgenossen. Freiherr Karl vom Stein zwischen Bergbauverwaltung und gesellschaftlicher Reform in Preußen«, in: *Historische Zeitschrift*, 271/2 (2000), S. 347–372.

20 Zur Halbherzigkeit und Wankelmütigkeit der Außenpolitik Hardenbergs vor 1806 siehe Reinhold Koser, »Umschau auf dem Gebiete der brandenburg-preußischen Geschichtsforschung«, in: *FBPG*, 1 (1888), S. 1–56, hier S. 50.

21 Hans Schneider, *Der preußische Staatsrat, 1817–1914. Ein Beitrag zur Verfassungs- und Rechtsgeschichte Preußens*, München 1952, S. 21f.

22 Die These, dass die Reformen zugleich die Bürokratisierung der preußischen Monarchie beschleunigt hätten, stammt von Rosenberg, *Bureaucracy*, passim. Rosenbergs allgemeinere Behauptung, dass die Verwaltungsreform einem ständischen Griff nach der Macht durch das Beamtentum gleichkam, das gewissermaßen als »vierter Stand« versuchte, die Autorität des Monarchen zu usurpieren, ist überzeugend kritisiert worden von Simms in *Impact of Napoleon*, S. 25, 306–312.

23 Ritter, *Stein*, S. 145–155.

24 Ernst Rudolf Huber, *Heer und Staat in der deutschen Geschichte*, Heidelberg 1938, S. 115–123, 312–320.

25 Craig, *Politics of the Prussian Army*, S. 31 (dt.: *Die preußisch-deutsche Armee, 1640–1945. Staat im Staate*, Düsseldorf 1960, S. 50); Simms, *Impact of Napoleon*, S. 132, 323.

26 William O. Shanahan, *Prussian Military Reforms (1786–1813)*, New York 1945, S. 75–82; Craig, *Politics of the Prussian Army*, S. 24, 28.

27 Craig, *Preußisch-deutsche Armee*, S. 48–51. Friedrich Wilhelms Unterhaltung mit dem Erzieher seines Sohnes, General Johann Heinrich von Minutoli, wird zitiert in Stamm-Kuhlmann, *König in Preußens großer Zeit*, S. 340f. Zur Unterstützung des Königs der Militärreform siehe Seeley, *Stein*, Bd. 2, S. 118.

28 Emil Karl Georg von Conrady, *Leben und Wirken des Generals Carl von Grolman*, 3 Bde, Berlin 1894–1896, Bd. 1, S. 159–162.

29 Zitiert in Huber, *Heer und Staat*, S. 128.

30 Showalter, »Hubertusberg to Auerstedt«, S. 315; Manfred Messerschmidt, »Menschenführung im preußischen Heer von der Reformzeit bis 1914«, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.), *Menschenführung im Heer*, Herford 1982, S. 81–112, insbesondere. S. 84f.

31 Carl von Clausewitz, *Vom Kriege*, vollst. Ausgabe im Urtext, bearb. von Werner Hahlweg, 18. Aufl., Bonn 1973; siehe dazu die einleitenden Worte in der englischen Fassung von Peter Paret, »The Genesis of On War«, und Michael Howard, »The influence of Clausewitz«, in: Carl von Clausewitz, *On War*, hrsg. und übers. von Michael Howard und Peter Paret, London 1993, S. 3–28, 29–49.

32 Zitiert in Stadelmann, *Preußens Könige*, Bd. 4, S. 327.

33 Hagen, *Ordinary Prussians*, S. 598.

34 Ich möchte Sean Eddie, der zur Zeit eine Dissertation über die preußische Agrarpolitik um 1750 bis 1850 ausarbeitet, dafür danken, dass er diesen Aspekt des Agrarsystems klären konnte.

35 Karl Heinrich Kaufhold, »Die preußische Gewerbepolitik im 19. Jahrhundert (bis zum Erlaß der Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund 1869) und ihre Spiegelung in der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik Deutschland«, in: Bernd Sösemann (Hg.), *Gemeingeist und Bürgersinn. Die preußischen Reformen*, Berlin 1993, S. 137–160, hier S. 141; Passagen aus dem Edikt zitiert nach Lautemann (Hg.), *Amerikanische und Französische Revolution*, S. 649–652.

36 Hagen, *Ordinary Prussians*, S. 612, 614; Berdahl, *Politics of the Prussian Nobility*, S. 118.

37 Hartmut Harnisch, »Vom Oktoberedikt des Jahres 1807 zur Deklaration von 1816. Problematik und Charakter der preußischen Agrarreformgesetzgebung zwischen 1807 und 1816«, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* (Sonderband, 1978), S. 231–293.

38 Einen Überblick über die zeitgenössische Diskussion zu dieser Frage bietet Georg Friedrich Knapp, *Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter in den älteren Theilen Preußens*, 2 Bde, Leipzig 1887, Bd. 2, S. 213. Zu Schöns wirtschaftlichem Liberalismus siehe Berdahl, *Politics of the Prussian Nobility*, S. 116f.

39 Tagebuch des Leopold von Gerlach, 1. Mai 1816, BA Potsdam, NL von Gerlach, 90 Ge 2, Bl. 9.

40 Ewald Frie, *Friedrich August Ludwig von der Marwitz, 1777–1837. Biographie eines Preußen*, Paderborn 2001, insbesondere S. 333–341.

41 Altenstein, Denkschrift für Hardenberg, Riga, 11. September 1807, zitiert in Clemens Menze, *Die Bildungsreform Wilhelm von Humboldts*, Hannover 1975, S. 72.

42 Martina Bretz, »Blick in Preußens Blüte: Wilhelm von Humboldt und die ›Bildung der Nation‹«, in: Bahners und Roellecke (Hg.), *Preußische Stile*, S. 235–248, hier S. 230; Tilman Borsche, *Wilhelm von Humboldt*, München 1990, S. 26.

43 Borsche, *Humboldt*, S. 60.

44 Wilhelm von Humboldt, »Der Königsberger und der litauische Schulplan«, in: Albert Leitzmann (Hg.), *Gesammelte Schriften*, 17 Bde, Berlin 1903–1936, Bd. 13, S. 259–283, hier S. 260f.

45 Menze, *Bildungsreform*, S. 320f.; Borsche, *Humboldt*, S. 62–65.

46 Koselleck, *Preußen*, S. 194.

47 Hardenberg, Denkschrift vom 5. März 1809, zitiert in Ernst Klein, *Von der Reform zur Restauration. Finanzpolitik und Reformgesetzgebung des preußischen Staatskanzlers Karl August von Hardenberg*, Berlin 1965, S. 23.

48 Ilja Mieck, »Die verschlungenen Wege der Städtereform in Preußen (1806–1856)«, in: Bernd Sösemann (Hg.), *Gemeingeist und Bürgersinn*, S. 53–83, insbesondere S. 82f.

49 Stefi Jersch-Wenzel, »Legal Status and Emancipation«, in: Michael A. Meyer und Michael Brenner (Hg.), *German-Jewish History in Modern Times*, Bd. 2: *Emancipation and Acculturation: 1780–1871*, New York 1997, S. 5–49, hier S. 24–27 (dt.: Michael Brenner, Stefi Jersch-Wenzel, Michael A. Meyer (Hg.), *Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit*, Bd. 2: *Emanzipation und Akkulturation, 1780–1871*, München 1996).

50 Humboldt, Bericht vom 17. Juli 1809, in: Ismar Freund (Hg.), *Die Emanzipation der Juden in Preußen unter besonderer Berücksichtigung des Gesetzes vom 11. März 1812. Ein Beitrag zur Rechtsgeschichte der Juden in Preußen*, 2 Bde., Berlin 1912, Bd. 2, S. 269–82, hier S. 276.

51 Zitat von *Sulamith* im Bildarchiv preußischer Kulturbesitz (Hg.), *Juden in Preußen. Ein Kapitel deutscher Geschichte*, Dortmund 1981, S. 159.

52 Horst Fischer, *Judentum, Staat und Heer in Preußen im frühen 19. Jahrhundert. Zur Geschichte der staatlichen Judenpolitik*, Tübingen 1968, S. 28f.

53 Der Text des Edikts ist zu finden in Anton Doll, Hans-Josef Schmidt, Manfred Wilmanns, *Der Weg zur Gleichberechtigung der Juden* (= Veröffentlichungen der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz, 13, Koblenz 1979, S. 45–48.

54 Denkschrift vom 13. Mai 1809 durch Staatsrat Köhler, in Freund, *Emanzipation der Juden in Preußen*, Bd. 2, S. 251f.

55 Die Langfristigkeit des gesellschaftlichen und administrativen Wandels in der Periode von um 1780 bis 1847 hob Koselleck in seiner Darstellung *Preußen zwischen Reform und Revolution* hervor. Eine ähnliche langfristige Perspektive der Reformära in Bayern wählt Walter Demel, *Der bayerische Staatsabsolutismus 1806/08–1817. Staats- und gesellschaftspolitische Motivationen und Hintergründe der Reformära in der ersten Phase des Königreichs Bayern*, München 1983. Demel ordnet diese lange Phase der Anpassung und Abstimmung in die Rubrik »Reformabsolutismus« ein. Die historiografische Debatte um diese Fragen wird erörtert in Paul Nolte,

»Vom Paradigma zur Peripherie der historischen Forschung? Geschichten der Verfassungspolitik in der Reformzeit«, in: Stamm-Kuhlmann, *»Freier Gebrauch der Kräfte«*, S. 197–216.

56 Interne Spannungen und Streitigkeiten in der Bürokratie sind ein zentrales Thema in Barbara Vogel, *Allgemeine Gewerbefreiheit. Die Reformpolitik des preußischen Staatskanzlers Hardenberg (1810–1820)*, Göttingen 1983, S. 224f. und passim.

57 Kommentar von Theodor von Schön, zitiert in Monika Wienfort, *Patrimonialgerichte in Preußen. Ländliche Gesellschaft und bürgerliches Recht 1770–1848/49*, Göttingen 2001, S. 86.

58 Zu der Frage, inwiefern Bauernunruhen sich verzögernd auswirkten, siehe Clemens Zimmermann, »Preußische Agrarreformen in neuer Sicht«, in: Sösemann (Hg.), *Gemeingeist und Bürgersinn*, S. 128–136, hier S. 132.

59 Wienfort, *Patrimonialgerichte*, S. 92.

60 Manfred Botzenhart, »Landgemeinde und staatsbürgerliche Gleichheit. Die Auseinandersetzungen um eine allgemeine Kreis- und Gemeindeordnung während der preußischen Reformzeit«, in: Sösemann (Hg.), *Gemeingeist und Bürgersinn*, S. 85–105, hier S. 99f.

61 Wienfort, *Patrimonialgerichte*, S. 94.

62 Botzenhart, »Landgemeinde und staatsbürgerliche Gleichheit«, S. 104f.

63 Zitiert in Klein, *Von der Reform zur Restauration*, S. 34–52.

64 Edikt über die Finanzen des Staats und die neuen Einrichtungen wegen der Abgaben vom 27. Oktober 1810, *Preußische Gesetzsammlung 1810*, S.25; auszugsweise zitiert in Lautemann (Hg.), *Amerikanische und Französische Revolution*, S.633f.; online unter: http://www.uni-heidelberg.de/institute/fak2/mussgnug/reform.doc; letzter Zugriff am 18.10.2006.

65 Eine Analyse dieser Gegensätze bietet Paul Nolte, *Staatsbildung als Gesellschaftsreform. Politische Reform in Preußen und den süddeutschen Staaten 1800 bis 1820*, Frankfur am Main 1990, S. 124; Horst Möller, *Fürstenstaat oder Bürgernation. Deutschland 1763– 1815*, Berlin 1998, S. 620f.

66 Hagen, *Ordinary Prussians*, S. 595f., 632; Helmut Bleiber, »Die preußischen Agrarreformen in der Geschichtsschreibung der DDR«, in: Sösemann (Hg.), *Gemeingeist und Bürgersinn*, S. 109–125, hier S. 122. Eine vergleichbar positive Einschätzung der Lage der Bauern nach der Befreiung im Bezirk Marienwerder enthält Horst Mies, *Die preußische Verwaltung des Regierungsbezirks Marienwerder (1830–1870)*, Köln 1972, S. 109; Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 1, S. 409–428.

67 Zu den Grenzen des Erreichten siehe Menze, *Bildungsreform*, S. 337–468. Zum Modellcharakter der preußischen Einrichtungen siehe Hermann Lübbe, »Wilhelm von Humboldts Bildungsziele im Wandel der Zeit«, in: Bernfried Schlerath (Hg.), *Wilhelm von Humboldt. Vortragszyklus zum 150. Todestag*, Berlin 1986, S. 241–258.

68 Siehe Stefan Hartmann, »Die Bedeutung des Hardenbergschen Edikts von 1812 für den Emanzipationsprozess der preußischen Juden im 19. Jahrhundert«, in: Sösemann (Hg.), *Gemeingeist und Bürgersinn*, S. 247–260.

69 Siehe Wienforts Analyse der wechselnden Funktion der Patrimonialgerichte in *Patrimonialgerichte*, passim.

70 Schneider, *Staatsrat*, S. 47, 50; Paul Haake, »König Friedrich Wilhelm III., Hardenberg und die preußische Verfassungsfrage«, in: *FBPG*, 26 (1913), S. 523–573; 28 (1915), S. 175–220; 29 (1916), S. 305–369; 30 (1917), S. 317–365; 32 (1919), S. 109–180; hier 29 (1916), S. 305–310; derselbe, »Die Errichtung des preußischen Staatsrats im März 1817«, in: *FBPG*, 27 (1914), S. 247–265, hier S. 247, 265.

71 Andrea Hofmeister-Hunger, *Pressepolitik*, S. 195–209.

72 Hermann Granier, »Ein Reformversuch des preußischen Kanzleistils im Jahre 1800«, in: *FBPG*, 15 (1902), S. 168–180, insbesondere S. 169f., 179f.

73 Zu Stein siehe insbesondere Andrea Hofmeister, »Presse und Staatsform in der Reformzeit«, in: Heinz Duchhardt und Karl Teppe (Hg.), *Karl vom und zum Stein:*

Der Akteur, der Autor, seine Wirkungs-und Rezeptionsgeschichte, Mainz 2003, S. 29–48.

74 Matthew Levinger, »Hardenberg, Wittgenstein and the Constitutional Question in Prussia, 1815–22«, in: *German History*, 8 (1990), S. 257–277.

Kapitel 11: Eine eiserne Zeit

1 Sack an Innenminister Graf Dohna, Berlin, 15. April 1809, zitiert in Hermann Granier, *Berichte aus der Berliner Franzosenzeit 1807–1809*, Leipzig 1913, S. 401.
2 Stamm-Kuhlmann, *König in Preußens großer Zeit*, S. 299.
3 Münchow-Pohl, *Zwischen Reform und Krieg*, S. 133f.
4 Friedrich Wilhelm III., handschriftliche Notiz vom 24. Juni 1809, zitiert in Stamm-Kuhlmann, *König in Preußens großer Zeit*, S. 302.
5 Zu diesen Vorfällen siehe Münchow-Pohl, *Zwischen Reform und Krieg*, S. 139; Heinz Heitzer, *Insurrectionen zwischen Weser und Elbe. Volksbewegungen gegen die französische Fremdherrschaft im Königreich Westfalen (1806–1813)*, Berlin 1959, S. 158ff.
6 Zitiert in Münchow-Pohl, *Zwischen Reform und Krieg*, S. 140.
7 Die folgende Darstellung stützt sich im Wesentlichen auf Georg Bärsch, *Ferdinand von Schill's Zug und Tod im Jahre 1809. Zur Erinnerung an den Helden und die Kampfgenossen*, Berlin [1860].
8 Ebenda, S. 25.
9 Klessmann (Hg.), *Deutschland unter Napoleon*, S. 358.
10 Polizeipräsident Gruner an Innenminister Graf Dohna, Bericht vom 2. Mai 1809, zitiert in Stamm-Kuhlmann, *König in Preußens großer Zeit*, S. 308.
11 Bärsch, *Schill*, S. 55, 72, 74, 100–112. Zum Verbleib von Schills Kopf siehe Wolfgang Menzel, *Wolfgang Menzel's Geschichte der Deutschen bis auf die neuesten Tage*, 3. verm. Aufl. in einem Band, Stuttgart, Tübingen 1837, S. 966.
12 Kabinettsorder an Goltz, 9. Mai 1809, zitiert in Stamm-Kuhlmann, *König in Preußens großer Zeit*, S. 309.
13 Zitiert in ebenda, S. 306.
14 Blücher an Friedrich Wilhelm, Stargard, 9. Oktober 1809, in: Wilhelm Capelle, *Blüchers Briefe*, Leipzig [1915], S. 31ff.
15 Der vollständige Wortlaut der Denkschrift vom 8. August 1811 ist abgedruckt in Georg Heinrich Pertz, *Das Leben des Generalfeldmarschalls General Grafen Neidhardt von Gneisenau*, 5 Bde, Berlin, 1864–1869, Bd. 2, S. 108–142.
16 Heinrich von Kleist, »Germania an ihre Kinder« (1809–14), nachgedruckt mit einem Kommentar in Helmut Sembdner, »Kleists Kriegslyrik in unbekannten Fassungen«, in: derselbe, *In Sachen Kleist. Beiträge zur Forschung*, 3. Aufl., München 1994, S. 88–98, online verfügbar unter *http://www.textkritik.de/bka/dokumente/materialien/sembdnerkk.htm*; letzter Zugriff am 21. April 2004.
17 Friedrich Ludwig Jahn, *Die Deutsche Turnkunst*, 2. Aufl., Berlin 1847, S. vii, 97.
18 Ebenda, S. 97.
19 Zum egalitären Charakter der Turneruniform siehe George L. Mosse, *The Nationalization of the Masses. Political Symbolism and Mass Movements in Germany from the Napoleonic Wars through the Third Reich*, Ithaca, NY, 1975, S. 28 (dt.: *Die Nationalisierung der Massen. Politische Symbolik und Massenbewegungen in Deutschland von den Napoleonischen Kriegen bis zum Dritten Reich*, Frankfurt am Main 1976).
20 Zitiert in Simms, *Struggle for Mastery*, S. 95.
21 Pertz, *Gneisenau*, Bd. 2, S. 121, 137.
22 Eine ausgezeichnete Analyse des Hintergrunds für den französisch-russischen Konflikt, mit Literaturhinweisen, findet sich in Schroeder, *Transformation*, S. 416–426.

23 Diese Zitate stammen alle aus Münchow-Pohl, *Zwischen Reform und Krieg*, S. 352–356.
24 Ompteda an Münster, Berlin, 26. Juni 1812, in: Friedrich von Ompteda, *Politischer Nachlaß des hannoverschen Staats-und Cabinetts-Ministers Ludwig v. Ompteda aus den Jahren 1804 bis 1813*, 5 Bde, Jena 1862–1869, Bd. 2, S. 281.
25 Berichtsentwurf vom 12. November 1812, zitiert in Münchow-Pohl, *Zwischen Reform und Krieg*, S. 373f.
26 Zitiert aus einer veröffentlichten Erinnerung aus dem Jahr 1825 von Johann Theodor Schmidt, in Münchow-Pohl, *Zwischen Reform und Krieg*, S. 377.
27 Bericht von Schön, 21. Dezember 1812, zitiert in ebenda, S. 378.
28 Stamm-Kuhlmann, *König in Preußens großer Zeit*, S. 362.
29 Friedrich Wilhelm III., Notizen vom 28. Dezember 1812, zitiert und diskutiert in ebenda, S. 362ff.
30 Wilhelm von Schramm, *Clausewitz. Leben und Werk*, Esslingen 1977, S. 401, 406ff.
31 Zur Debatte um die Frage, ob Yorcks Aktion in irgendeiner Form autorisiert war, siehe Theodor Schiemann, »Zur Würdigung der Konvention von Tauroggen«, in: *Historische Zeitschrift*, 84 (1900), S. 210–243, hier S. 210ff. Nähere Einzelheiten zu Yorcks Motiv und Planung, siehe Peter Paret, *Yorck and the Era of Prussian Reform 1807–1815*, Princeton, NJ, 1966, insbesondere. S. 192ff.
32 Yorck an Friedrich Wilhelm III., 3. Januar 1813. Der vollständige Wortlaut ist abgedruckt in Schiemann, »Würdigung«, S. 229–232, hier S. 231.
33 Johann Gustav Droysen, *Das Leben des Feldmarschalls Grafen Yorck von Wartenburg*, 3 Bde, 7. Aufl., Berlin 1875, Bd. 1, S. 209, 215, 226; Paret, *Yorck*, S. 155ff.
34 Yorck an Bülow, 13. Januar 1813, zitiert in Droysen, *Yorck von Wartenburg*, Bd. 1, S. 426.
35 Ebenda, S. 426, 428f., 434, 439–443.
36 Zitiert in Stamm-Kuhlmann, *König in Preußens großer Zeit*, S. 369.
37 Zitiert in ebenda, S. 371.
38 Der volle Wortlaut der Ansprache »An Mein Volk« ist online zugänglich unter Martin Hentrich, *http://www.davier.de/anmeinvolk.htm*; letzter Zugriff am 5. April 2004.
39 Stamm-Kuhlmann, *König in Preußens großer Zeit*, S. 373.
40 Carl Euler, *Friedrich Ludwig Jahn. Sein Leben und Wirken*, Stuttgart 1881, S. 225, 262–280; Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte, 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat*, München 1983, S. 83ff.; Eckart Klessmann (Hg.), *Die Befreiungskriege in Augenzeugenberichten*, Düsseldorf 1966, S. 41.
41 Leopold von Gerlach, Tagebuch [Februar/März] 1813, Bundesarchiv Potsdam, 90 Ge 6 Tagebuch Leopold von Gerlach, 1, Bl. 42.
42 Schroeder, *Transformation*, S. 457.
43 Eine Analyse dieser Phase des Feldzugs, auf die sich die vorliegende Zusammenfassung stützt, bietet Michael V. Leggiere, *Napoleon and Berlin. The Franco-Prussian War in North Germany, 1813*, Norman, OK, 2002, insbesondere S. 256–277.
44 Zitiert in Klessmann, *Befreiungskriege*, S. 168.
45 Etienne-Jacques-Joseph-Alexandre Macdonald, *Souvenirs du maréchal Macdonald, duc de Tarente*, Paris 1892, zitiert in Klessmann, *Befreiungskriege*, S. 173.
46 Leggiere, *Napoleon and Berlin*, S. 293.
47 Craig, *Preußisch-deutsche Armee*, S. 84f.
48 Eine sehr ausführliche Analyse der Schlacht, auf die sich die vorliegende Darstellung stützt, bietet Peter Hofschroer, *1815. The Waterloo Campaign. Wellington, His German Allies and the Battles of Ligny and Quatre Bras*, London 1999; derselbe, *1815. The Waterloo Campaign. The German Victory: From Waterloo to the Fall of Napoleon*, London 1999, insbesondere S. 116–129; David Hamilton-William, *Waterloo. New Perspectives. The Great Battle Reappraised*, London 1993, S. 332–353.
49 Hans-Wilhelm Möser, »Commandement et problèmes de commandement dans l'armée prussienne de Basse-Rhénanie«, in: Marcel Watelet und Pierre Courreur

(Hg.), *Waterloo. Lieu de Mémoire européenne: histoires et controverses (1815–2000)*, Louvain-la-Neuve 2000, S. 51–57.

50 Zitiert in Karl August Varnhagen von Ense, *Leben des Fürsten Blücher von Wahlstadt* (= Biographische Denkmale, Bd. 3), Berlin 1826, S. 451; Craig, *Preußisch-deutsche Armee*, S. 82.

51 Dennis Showalter, »Prussia's Army: Continuity and Change, 1713–1830«, in: Dwyer (Hg.), *Rise of Prussia*, S. 234f.

52 Hofschroer, *Waterloo Campaign. The German Victory*, S. 59f.

53 Leggiere, *Napoleon and Berlin*, S. 290.

54 Hagen Schulze, *Der Weg zum Nationalstaat. Die deutsche Nationalbewegung vom 18. Jahrhundert bis zur Reichsgründung*, München 1985, S. 67f.; Ute Frevert, *Die kasernierte Nation. Militärdienst und Zivilgesellschaft in Deutschland*, München 2001, S. 39ff.

55 Eugen Wolbe, *Geschichte der Juden in Berlin und in der Mark Brandenburg*, Berlin 1937, S. 238.

56 Zitiert in Spiel, *Fanny von Arnstein*, S. 414.

57 Zum Eisernen Kreuz siehe Stamm-Kuhlmann, *König in Preußens großer Zeit*, S. 389–393.

58 Jean Quataert, *Staging Philanthropy. Patriotic Women and the National Imagination in Dynastic Germany*, Ann Arbor, MI, 2001, S. 30.

59 Der Wortlaut des Dokuments, mit dem der Orden gestiftet wurde, kann eingesehen werden unter: »Preußische Orden«, *http://www.preussenweb.de/prorden.htm*; letzter Zugriff am 10. Januar 2006.

60 Zu Turnern und Männlichkeit siehe David A. McMillan, »›. . . die höchste und heiligste Pflicht . . .‹ Das Männlichkeitsideal der deutschen Turnbewegung, 1811–1871«, in: Thomas Kühne (Hg.), *Männergeschichte, Geschlechtergeschichte*, Frankfurt am Main 1996, S. 88–100. Zu Arndt siehe Karen Hagemann, »Der ›Bürger‹ als Nationalkrieger. Entwürfe von Militär, Nation und Männlichkeit in der Zeit der Freiheitskriege«, in: Karen Hagemann und Ralf Pröve (Hg.), *Landsknechte, Soldatenfrauen und Nationalkrieger*, Frankfurt am Main 1998, S. 78–89.

61 Das ist eine der zentralen Thesen von Karen Hagemann, »*Männlicher Muth und Teutsche Ehre«: Nation, Militär und Geschlecht zur Zeit der Antinapoleonischen Kriege Preußens*, Paderborn 2002. Zum Militärdienst und Männlichkeit siehe Frevert, *Die kasernierte Nation*, S. 43–49; zur weiblichen Beteiligung, S. 50–62.

62 T. A. H. Schmalz, *Berichtigung einer Stelle in der Bredow-Venturinischen Chronik vom Jahre 1808*, Berlin 1815, S. 14. Das Pamphlet wurde unter dem Vorwand veröffentlicht, dass eine falsche biografische Angabe in der Bredow-Venturinischen Chronik korrigiert werden müsse.

63 Siehe den Artikel über Schmalz in *Allgemeine Deutsche Biographie*, Bd. 31, Leipzig 1890, S. 624–627, hier S. 626.

64 »Es ist kein Krieg, von dem die Kronen wissen; / Es ist ein Kreuzzug, s'ist ein heil'ger Krieg!«, aus dem Gedicht »Aufruf« (1813), in T. Körner, *Sämmtliche Werke*, hrsg. von K. Streckfuß, 3. Aufl., Berlin 1838, S. 21.

65 George Mosse, *Fallen Soldiers. Reshaping the Memory of the World Wars*, New York, Oxford 1990, S. 19f.

66 Friedrich von Gentz, *Schriften von Friedrich von Gentz. Ein Denkmal*, hrsg. von G. Schlesier, 5 Bde, Mannheim, 1838–1840, Bd. 3, S. 39f.

67 Nipperdey, *Deutsche Geschichte*, S. 83ff.

68 George Henry Rose an Castlereagh, Berlin, 6. Januar 1816, PRO FO 64 101, Bl. 8. Zu der »Gärung in allen Diensträngen des Staates« sowie zur Insubordination in der regulären Armee nach Einstellung der Feindseligkeiten siehe auch Castlereagh an G. H. Rose, Blickling, 28. Dezember 1815, PRO FO 64 100, Bl. 241.

69 Siehe Leopold von Gerlach, »Familiengeschichte« (geschrieben von Leopold von Gerlach in den 1850er Jahren und von seinem Bruder Ludwig nach seinem Tod im

Jahr 1859 fortgesetzt), in: Hans-Joachim Schoeps (Hg.), *Aus den Jahren preußischer Not und Erneuerung. Tagebücher und Briefe der Gebrüder Gerlach und ihres Kreises 1805–1820*, Berlin 1963, S. 95.

70 Siehe zum Beispiel Friedrich Keinemann, *Westfalen im Zeitalter der Restauration und der Juli-Revolution 1815–1833. Quellen zur Entwicklung der Wirtschaft, zur materiellen Lage der Bevölkerung und zum Erscheinungsbild der Volksstimmung*, Münster 1987, insbesondere S. 22f., 31, 94, 95, 100, 273. Dazu auch die zeitgenössische Schilderung der Gedenkfeiern, zusammengestellt auf Anregung Ernst Moritz Arndts durch den Patrioten Karl Heinrich Wilhelm Hoffmann, *Des Teutschen Volkes Feuriger Dank und Ehrentempel*, Offenbach 1815.

71 Zur Rolle dieser Gruppen beim Gedenken an die »Generationserfahrung« von 1813–1815 siehe Eckhard Trox, *Militärischer Konservatismus. Kriegervereine und »Militärpartei« in Preußen zwischen 1815 und 1848/49*, Stuttgart 1990, insbesondere S. 56f.

72 *Vossische Zeitung*, Nr. 132 (5. Juni 1845), Nr. 147 (27. Juni 1847).

73 Theodor Fontane, *Meine Kinderjahre. Autobiographischer Roman*, Frankfurt am Main 1983, S. 126–130.

74 Schiemann, »Würdigung«, S. 217.

75 Zur Bedeutung der Örtlichkeit für die Prägung der Kriegserinnerung und zur Wechselwirkung zwischen »nationalen« und »lokalen« Formen der Erinnerung nach dem Ersten Weltkrieg siehe A. Prost, »Mémoires locales et mémoires nationales. Les monuments de 1914–18 en France«, in: *Guerres Mondiales et Conflits Contemporains*, 42 (Juli 1992), S. 42–50.

76 Fischer, *Judentum, Staat und Heer*, S. 33, 38.

77 Moshe Zimmermann, *Hamburgischer Patriotismus und deutscher Nationalismus. Die Emanzipation der Juden in Hamburg 1830–1865*, Hamburg 1979, S. 27; Frevert, *Die kasernierte Nation*, S. 95–103.

78 Siehe zum Beispiel *Der Orient*, 4 (1843), Nr. 47, 21. November 1843, S. 371f.; ebenda, Nr. 48, 28. November 1843, S. 379, 387; ebenda, Nr. 51, 19. Dezember 1843, S. 403. Zu Reaktionen der *Allgemeinen Zeitung des Judentums* sowie anderer liberaler Zeitungen wie die *Aachener Zeitung* und *Vossische Zeitung* siehe Fischer, *Judentum, Staat und Heer*, S. 47–53.

79 Siehe Ziva Amishai-Maisels, »Innenseiter, Außenseiter: Moderne Jüdische Künstler im Portrait«, in: Andreas Nachama, Julius Schoeps, Edward von Voolen (Hg.), *Jüdische Lebenswelten. Essays*, Frankfurt am Main 1991, S. 165–184, hier S. 166.

80 Zu Oppenheimers Werk siehe I. Schorsch, »Art as Social History: Moritz Oppenheimer and the German Jewish Vision of Emancipation«, in: Derselbe, *From Text to Context. The Turn to History in Modern Judaism*, Hanover, NH, 1994, S. 93–117.

81 Helmut Börsch-Supan und Lucius Griesebach (Hg.), *Karl Friedrich Schinkel. Architektur, Malerei, Kunstgewerbe*, Berlin 1981, S. 143.

82 Mosse, *Fallen Soldiers*, S. 20.

83 Börsch-Supan und Griesebach (Hg.), *Schinkel*, S. 143.

84 Zitiert in Jost Hermand, »Dashed Hopes: On the Painting of the Wars of Liberation«, übersetzt von J. D. Steakley, in: S. Drescher, D. Sabean und A. Sharlin (Hg.), *Political Symbolism in Modern Europe. Essays in Honor of George L. Mosse*, New Brunswick, London 1982, S. 216–238; hier S. 224. Diese Passage aus Friedrichs Briefwechsel mit Arndt wurde von den Ermittlern der königlich preußischen Untersuchungskommission in Mainz während des Verhörs von Arndt im Jahr 1821 als potenzielles Belastungsmaterial gewertet. C. Sommerhage, *Caspar David Friedrich. Zum Portrait des Malers als Romantiker*, Paderborn, München, Wien, Zürich 1993, S. 127.

85 Zitiert in Reinhart Koselleck, »Kriegerdenkmale als Identitätsstiftungen der Überlebenden«, in: Odo Marquard und Karlheinz Stierle (Hg.), *Identität*, München 1979, S. 255–276, hier S. 269. Die Bemerkung ist aus einem Brief an Stägemann vom 30. August 1822 zitiert, in dem Schön sich anschließend fragt, wo die Grenze sei, wenn alle Freunde des Königs Statuen erhalten sollen.

86 Siehe zum Beispiel Otto Dann, *Nation und Nationalismus in Deutschland 1770–1990*, München 1993, S. 86f.; Schulze, *Der Weg zum Nationalstaat*, S. 63ff.; Dieter Langewiesche, »›Für Volk und Vaterland kräftig zu wirken‹: Zur politischen und gesellschaftlichen Rolle der Turner zwischen 1811 und 1871«, in: Ommo Grupe (Hg.), *Kulturgut oder Körperkult? Sport und Sportwissenschaft im Wandel*, Tübingen 1990, S. 22–61; Dieter Düding, *Organisierter gesellschaftlicher Nationalismus in Deutschland (1808–1847). Bedeutung und Funktion der Turner- und Sängervereine für die deutsche Nationalbewegung*, München 1984, S. 85f. Meine Darstellung der Turnbewegung stützt sich weitgehend auf die ausgezeichnete Analyse der frühen Nationalbewegung von Düding.

87 »Grundsätze und Beschlüsse der Wartburgfeier, den studierenden Brüdern auf anderen Hochschulen zur Annahme, dem gesamten Vaterlande zur Würdigung vorgelegt von den Studierenden in Jena«, Grundsätze § 3. Dieses Dokument, das auf Anregung des Jenaer Historikers Heinrich Luden im Dezember 1817 geschrieben wurde, ist transkribiert in H. Ehrentreich, »Heinrich Luden und sein Einfluß auf die Burschenschaft«, in: Herman Haupt (Hg.), *Quellen und Darstellungen*, 17 Bde, Heidelberg 1910–1940, Bd. 4 (1913), S. 48–129 (Text auf S. 113–129, Zitate aus S. 114, 117).

88 Zur Romantik und dem Aufkommen einer »Erlebniskunst« siehe Joseph Leo Koerner, *Caspar David Friedrich and the Subject of Landscape*, London 1990, S. 13, 109.

89 Nipperdey, *Deutsche Geschichte*, S. 280.

90 Dietmar Klenke, »Nationalkriegerisches Gemeinschaftsideal als politische Religion. Zum Vereinsnationalismus der Sänger, Schützen und Turner am Vorabend der Einigungskriege«, in: *Historische Zeitschrift*, 260 (1995), S. 395–448.

91 Leopold von Gerlach, Tagebuch, Breslau, Februar 1813, Bundesarchiv Potsdam, 90 Ge 6 Tagebuch Leopold von Gerlach, 1, Bl. 60.

92 Stein an Graf Münster (Hannoverscher Minister in London), St. Petersburg, 1. Dezember 1812, zitiert in Walther Hubatsch (Hg.), *Freiherr vom Stein. Briefe und amtliche Schriften*, 10 Bde., Stuttgart 1957–1974, Bd. 3, S. 818; siehe auch John R. Seeley, *The Life and Times of Stein, or: Germany and Prussia in the Napoleonic Age*, 3 Bde, Cambridge 1878, Bd. 3, S. 17; Ritter, *Stein*, S. 408.

93 Einschlägige Beispiele finden sich in Johann Gustav Droysen, *Vorlesungen über die Freiheitskriege*, Kiel 1846; Heinrich Sybel, *Die Erhebung Europas gegen Napoleon I.*, München 1860. Siehe auch Joachim Streisand, »Wirkungen und Beurteilungen der Befreiungskriege«, in: Fritz Straube (Hg.), *Das Jahr 1813. Studien zur Geschichte und Wirkung der Befreiungskriege*, Berlin [Ost] 1963, S. 235–251. Zur Nationalisierung preußischer Symbole Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts siehe Demandt, *Luisenkult*, S. 379–430; Svenja Goltermann, *Körper der Nation: Habitusformierung und die Politik des Turnens, 1860–1890*, Göttingen 1998 und Rainer Lübbren, *Swinegel Uhland. Persönlichkeiten im Spiegel von Straßennamen*, Heiloo 2001, S. 32–41. Wie Lübbren darlegt, sind heute mehr Straßen nach Friedrich Ludwig Jahn benannt als nach einer anderen deutschen historischen Persönlichkeit, mit Ausnahme Schillers. Zu Jena 1806 als nationales Symbol siehe Jürgen John, »Jena 1806: Symboldatum der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts«, in: Fesser und Jonscher (Hg.), *Umbruch im Schatten Napoleons*, S. 177–195.

Kapitel 12: »Der Gang Gottes in der Welt«

1 Zur Krise um Polen und Sachsen siehe Schroeder, *Transformation*, S. 523–538; Stamm-Kuhlmann, *König in Preußens großer Zeit*, S. 399ff.

2 Michael Rowe, *From Reich to State. The Rhineland in the Revolutionary Age, 1780–1830*, Cambridge 2003, S. 214.

3 Schroeder, *Transformation*, S. 544.

4 Metternich an Trauttmannsdorff, 18. März 1828, zitiert in: Lawrence J. Baack,

Christian Bernstorff and Prussia. Diplomacy and Reform Conservatism 1818–1832, New Brunswick, NJ, 1980, S. 126.

5 Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 2, S. 125–139, hier S. 129.

6 Rolf Dumke, »Tariffs and Market Structure: the German Zollverein as a Model for Economic Integration«, in: W. Robert Lee (Hg.), *German Industry and Industrialization*, London 1991, S. 77–115, hier S. 84.

7 Wolfram Fischer, »The German Zollverein. A Study in Customs Union«, in: *Kyklos*, 13 (1960), S. 65–89; William O. Henderson, *The Zollverein*, London 1968; W. Robert Lee, »›Relative Backwardness‹ and Long-run Development. Economic, Demographic and Social Changes«, in: Philip G. Dwyer (Hg.), *Modern Prussian History 1830–1947*, Harlow 2001, S. 61–87, hier S. 81ff.

8 Die klassische Studie, die in dieser Tradition steht, ist Helmut Böhme, *Deutschlands Weg zur Großmacht*, Köln 1966, siehe insbesondere S. 211–215; derselbe, *Prolegomena zu einer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt am Main 1968. Ein aktuelleres Werk, das die These, der Zollverein habe die Basis für Preußens industrielle Überlegenheit und damit für die Dominierung des deutschen Nationalstaats geschaffen vertritt, ist Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 2, S. 134f., Bd. 3, S. 288f., 556.

9 Eine revisionistische Analyse der wirtschaftlichen Folgen des Zollvereins, mit einem Überblick über die aktuelle Literatur, bietet Hans-Joachim Voth, »The Prussian Zollverein and the Bid for Economic Superiority«, in: Dwyer (Hg.), *Modern Prussian History*, S. 109–125.

10 Baack, *Christian Bernstorff*, S. 337.

11 Zur Krise von 1830 siehe Robert D. Billinger Jr., *Metternich and the Germans. States, Rights and Federal Duties, 1820–1834*, Newark, DE, 1991, S. 50–109; Jürgen Angelow, *Von Wien nach Königgrätz. Die Sicherheitspolitik des deutschen Bundes im europäischen Gleichgewicht (1815–1866)*, München 1996, S. 97–106.

12 Zitiert in: Johann Gustav Droysen, »Zur Geschichte der preußischen Politik in den Jahren 1830–1832«, in: Derselbe, *Abhandlungen zur neueren Geschichte*, S. 3–131, hier S. 50.

13 Ludwig I. an Friedrich Wilhelm III., 17. März 1831, in: Anton Chroust (Hg.), *Gesandtschaftsberichte aus München 1814–1848, Abteilung III, Die Berichte der preußischen Gesandten*, 5 Bde, München 1950 (= Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte, Bd. 40), Bd. 2, S. 196f., Anm. 1.

14 Rühle von Lilienstern an Friedrich Wilhelm III., 27. März 1831, zitiert in: Baack, *Christian Bernstorff*, S. 271f.

15 Ebenda, S. 284–294.

16 Robert D. Billinger, »They Sing the Best Songs Badly: Metternich, Frederick William IV and the German Confederation during the War Scare of 1840–41«, in: Helmut Rumpler (Hg.), *Deutscher Bund und Deutsche Frage 1815–1866*, Wien, München 1990, S. 94–113; Angelow, *Von Wien nach Königgrätz*, S. 114–125, hier S. 104.

17 Hess an Metternich, Berlin, 5. Februar 1841, zitiert in: Billinger, »They Sing the Best Songs«, S. 103.

18 Hess an Metternich, 4. März 1841, zitiert ebenda, S. 109f.

19 William Russell an Viscount Palmerston, Berlin, 18. September 1839, in: Markus Mösslang, Sabine Freitag und Peter Wende (Hg.), *British Envoys to Germany, 1816–1866*, 3 Bde., Cambridge 2002, Bd. 2: *1830–1847*, S. 180.

20 William Russell an Viscount Palmerston, Berlin, 3. Mai 1837, ebenda, S. 160.

21 Zur Beteiligung des Zaren an Bemühungen, die preußische Monarchie dauerhaft mit einem absolutistischen System zu verknüpfen, siehe Stamm-Kuhlmann, *König in Preußens großer Zeit*, S. 557.

22 Winfried Baumgart, *Europäisches Konzert und nationale Bewegung 1830–1878* (= Handbuch der Geschichte der Internationalen Beziehungen, Bd. 6), Paderborn 1999, S. 243.

23 Die Darstellung dieser Ereignisse stützt sich auf die Analyse in George S. William-

son, »What killed August von Kotzebue?«, in: *Journal of Modern History*, 72 (2000), S. 890–943. Zitat nach Nipperdey, *Deutsche Geschichte*, S. 281f. und Günther Heydemann, *Carl Ludwig Sand. Die Tat als Attentat*, Hof an der Saale 1985, S. 90, 92.

24 De Wette an Sands Mutter, 31. März 1819, zitiert in Heydemann, *Carl Ludwig Sand*, S. 133; dazu auch Matthew Levinger, *Enlightened Nationalism. The Transformation of Prussian Political Culture 1808–1848*, Oxford 2000, S. 142; Auszüge in Nipperdey, *Deutsche Geschichte*, S. 282.

25 Siehe Edith Ennen, *Ernst Moritz Arndt 1769–1860*, Bonn 1968, S. 22–28; Karl Heinz Schäfer, *Ernst Moritz Arndt als politischer Publizist. Studien zur Publizistik, Pressepolitik und kollektivem Bewußtsein im frühen 19. Jahrhundert*, Bonn 1974, S. 143, 212–216.

26 Schoeps, *Not und Erneuerung*, S. 35, 210f.

27 Thomas Stamm-Kuhlmann, »Restoration Prussia, 1786–1848«, in: Dwyer (Hg.), *Modern Prussian History*, S. 43–65; Levinger, *Enlightened Nationalism*, S. 135f.; Eric Dorn Brose, *The Politics of Technological Change in Prussia. Out of the Shadow of Antiquity*, Princeton, NJ, 1993, S. 53–56.

28 Siehe zum Beispiel Hardenberg an Wittgenstein, Berlin, 4. April 1819, in: Hans Branig (Hg.), *Briefwechsel des Fürsten Karl August v. Hardenberg mit dem Fürsten Wilhelm Ludwig von Sayn-Wittgenstein, 1806–1822* (= Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz, Bd. 9), Köln 1972, S. 248; Levinger, »Hardenberg, Wittgenstein and the Constitutional Question«.

29 Metternich an Wittgenstein, Aachen, 14. November, in: Richard von Metternich-Winneburg, Aus Metternich's nachgelassenen Papieren, 8 Bde, Wien 1880–1884, Bd. 3, S. 171.

30 Jonathan Sperber, *Rhineland Radicals. The Democratic Movement and the Revolution of 1848–1849*, Princeton, NJ, 1991, S. 39f.

31 Gustav Croon, *Der Rheinische Provinziallandtag bis zum Jahre 1874. Im Auftrage des Rheinischen Provinzialauschusses*, Düsseldorf 1918, nachgedruckt Bonn, 1974, S. 30–41.

32 Neugebauer, *Politischer Wandel*, S. 318.

33 Koselleck, *Preußen zwischen Reform und Revolution*; zum Vergleich für Bayern Demel, *Der bayerische Staatsabsolutismus 1806/08–1817*. Zur Historiografie der Reformära siehe Paul Nolte, »Vom Paradigma zur Peripherie der historischen Forschung? Geschichten der Verfassungspolitik in der Reformzeit«, in: Stamm-Kuhlmann, »*Freier Gebrauch der Kräfte*«, S. 197–216.

34 Jörg van Norden, *Kirche und Staat im preußischen Rheinland 1815–1838. Die Genese der Rheinisch-Westfälischen Kirchenordnung vom 5. 3. 1835*, Köln 1991.

35 Dirk Blasius, »Der Kampf um die Geschworenengerichte im Vormärz«, in: Hans-Ulrich Wehler (Hg.), *Sozialgeschichte heute. Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag*, Göttingen 1974; Christina von Hodenberg, *Die Partei der Unparteiischen. Der Liberalismus der preußischen Richterschaft 1815–1848/49*, Göttingen 1996, S. 80.

36 Kenneth Barkin, »Social Control and Volksschule in Vormärz Prussia«, in: *Central European History*, XVI (1983), S. 31–52.

37 Horace Mann, *Report on an Educational Tour in Germany and Parts of Great Britain and Ireland*, London 1846, S. 163.

38 Karl-Ernst Jeismann, *Das preußische Gymnasium in Staat und Gesellschaft*, 2 Bde, Stuttgart, 1996, Bd. 2, S. 114f.

39 Das ist eins der zentralen Themen von Levinger, *Enlightened Nationalism*.

40 Das Standardwerk zur parlamentarischen Politik in Preußen vor 1848 ist immer noch die erschöpfende Studie von Herbert Obenaus, *Anfänge des Parlamentarismus in Preußen bis 1848*, Düsseldorf, 1984, S. 202–209. Siehe auch Neugebauer, *Politischer Wandel*, S. 312–317.

41 Neugebauer, *Politischer Wandel*, S. 174, 179, Zitat S. 390.

42 Ebenda, S. 390, 396f., 399, 401, 404. Siehe auch Obenaus, *Anfänge*, S. 407–410, 583–594.
43 Neugebauer, *Politischer Wandel*, S. 430f.
44 Hagen, *Germans, Poles and Jews*, S. 79.
45 Thomas Serrier, *Entre Allemagne et Pologne. Nations et Identités Frontalières, 1848–1914*, Paris 2002, insbesondere S. 37–51 (dt.: *Provinz Posen, Ostmark, Wielkopolska. Eine Grenzregion zwischen Deutschen und Polen, 1848–1914*, Marburg 2005).
46 Georg W. Strobel, »Die liberale deutsche Polenfreundschaft und die Erneuerungsbewegung Deutschlands«, in: Peter Ehlen (Hg.), *Der polnische Freiheitskampf 1830/31*, München 1982, S. 31–47, hier S. 33.
47 Zitat von Flottwell aus dem Verwaltungsbericht für 1831, in: Manfred Laubert, *Die Verwaltung der Provinz Posen 1815–47*, Breslau 1923, S. 114–117, hier S. 115; das übrige Material stammt aus Hagen, *Germans, Poles and Jews*, S. 87–91; Irene Berger, *Die preußische Verwaltung des Regierungsbezirks Bromberg (1815–1847)*, Köln 1966, S. 71.
48 Alfred Hartlieb von Wallthor, »Die Eingliederung Westfalens in den preußischen Staat«, in: Peter Baumgart (Hg.), *Expansion und Integration. Zur Eingliederung neugewonnener Gebiete in den preußischen Staat*, Köln 1984, S. 227–254, hier S. 251.
49 Croon, *Der Rheinische Provinziallandtag*, S. 116.
50 James M. Brophy, *Joining the Political Nation. Popular Culture and the Public Sphere in the Rhineland, 1800–1850* (in Kürze: Cambridge 2007). Ich möchte Professor Brophy für die Erlaubnis danken, aus dem noch unveröffentlichten Typoskript seines Buches zu zitieren.
51 Treitschke, *Deutsche Geschichte*, Bd. 5, S. 141.
52 Brief von R. Smith an das Komitee der »London Society for Promoting Christianity among the Jews«, 17. Dezember 1827, in: *The Jewish Expositor and Friend of Israel*, 13 (1828), S. 266.
53 Zitiert in: Fritz Fischer, *Moritz August von Bethmann Hollweg und der Protestantismus*, Berlin 1937, S. 70.
54 Adalbert von der Recke, *Tagebuch für die Rettungsanstalt zu Düsselthal 1822–1823*, Archiv der Graf-Recke-Stiftung Düsselthal 1822–3, Bl. 8 (19. Januar 1822).
55 Ebenda, Bl. 29 (3. Februar 1822).
56 Gerlach, »Das Königreich Gottes«, in: *Evangelische Kirchenzeitung*, 68 (1861), Spalten 438–454, hier Sp. 438f.
57 J. von Gerlach (Hg.), *Ernst Ludwig von Gerlach. Aufzeichnungen aus seinem Leben und Wirken 1795–1877*, Schwerin 1903, S. 132, 149f.
58 Friedrich Wiegand, »Eine Schwärmerbewegung in Hinterpommern vor hundert Jahren«, in: *Deutsche Rundschau*, 189 (1921), S. 323–336, hier S. 333.
59 Christopher Clark, »The Napoleonic Moment in Prussian Church Policy«, in: David Laven und Lucy Riall (Hg.), *Napoleon's Legacy. Problems of Government in Restoration Europe*, Oxford, 2000, S. 217–235, hier S. 223; Christopher Clark, »Confessional Policy and the Limits of State Action: Frederick William III and the Prussian Church Union 1817–1840«, in: *Historical Journal*, 39 (1996), S. 985–1004.
60 Siehe zum Beispiel GStA Berlin-Dahlem, HA I Rep. 76 III, Sekt. 1, Abt. XIIIa, Nr. 5, Bd. 1.
61 Zu einem Vergleich zwischen der Preußischen Union und dem Konkordat siehe Clark, »The Napoleonic Moment«, in: Laven und Riall (Hg.), *Napoleon's Legacy*, S. 217–235.
62 Helga Franz-Duhme und Ursula Röper-Vogt (Hg.), *Schinkels Vorstadtkirchen. Kirchenbau und Gemeindegründung unter Friedrich Wilhelm III. in Berlin*, Berlin 1991, S. 30–60.
63 Rulemann Friedrich Eylert, *Charakterzüge und historische Fragmente aus dem Leben des Königs von Preußen Friedrich Wilhelm III.*, 3 Bde, Magdeburg 1844ff., Bd. 3, S. 304.

64 Verwaltung von Frankfurt/Oder an Rochow, Frankfurt an der Oder, 9. Juni 1836, GStA Berlin-Dahlem, HA I, Rep. 76 III, Sekt. I, Abt. XIIIa, Nr. 5, Bd. 2, Bl. 207f.
65 Huschke, Steffens, Gempler, von Haugwitz, Willisch, Helling, Schleicher, Mühsam, Kaestner, Mage und Borne an Friedrich Wilhelm III., Breslau, 23. Juni 1830, GStA Berlin-Dahlem, HA I, Rep. 76 III, Sekt. 15, Abt. XVII, Nr. 44, Bd. 1. Mit dem Begriff »Väter« auf frühere Generationen zu verweisen, ist in lutherischen Petitionsschreiben üblich.
66 *Neue Würzburger Zeitung*, 22. Juni 1838, transkribiert in GStA Berlin-Dahlem, HA I, Rep. 76 III, Sekt. I, Abt. XIIIa, Nr. 5, Bd. 2, Bl. 135.
67 Zitiert in Stamm-Kuhlmann, *König in Preußens großer Zeit*, S. 544.
68 Nils Freytag, *Aberglauben im 19. Jahrhundert. Preußen und die Rheinprovinz zwischen Tradition und Moderne (1815–1918)*, Berlin 2003, S. 117f.
69 Christoph Weber, *Aufklärung und Orthodoxie am Mittelrhein 1820–1850*, München 1973, S. 46f.
70 Freytag, *Aberglauben*, S. 322–333.
71 Ebenda, S. 333–344.
72 Zu Schönherr siehe H. Olshausen, *Leben und Lehre des Königsberger Theosophen Johann Heinrich Schoenherr*, Königsberg 1834.
73 Pfarrer Diestel an das Königsberger Konsistorium, 15. Oktober 1835, GStA Berlin-Dahlem, HA I, Rep. 76 III, Sekt. 2, Abt. XVI, Nr. 4, Bd. 1.
74 Die Darstellung stützt sich auf zeitgenössische Presseberichte in Samuel Laing, *Notes of a Traveller on the Social and Political State of France, Prussia, Switzerland, Italy and Other Parts of Europe during the Present Century*, London 1854, S. 109f.
75 Nähere Einzelheiten zur Affäre um Schönherr-Ebel siehe die Akten in GStA Berlin-Dahlem, HA I, Rep. 76 III, Sekt. 2, Abt. XVI, Nr. 4, Bde. 1 und 2. Siehe auch S. Konschel, *Der Königsberger Religionsprozeß gegen Ebel und Diestel*, Königsberg 1909; und Ernst Wilhelm Graf von Kanitz, *Aufklärung nach Actenquellen. Über den 1835 bis 1842 zu Königsberg in Preußen geführten Religionsprozeß für Welt- und Kirchengeschichte*, Basel 1862.
76 Empfehlung des Finanzministeriums, 28. November 1816, in: Freund, *Die Emanzipation der Juden*, Bd. 2, S. 475–496, hier S. 482f.
77 Fischer, *Judentum, Staat und Heer*, S. 95.
78 Friedrich Wilhelm III., Kabinettsorder vom 14. Juni 1824, reproduziert im Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz (Hg.), *Juden in Preußen: Ein Kapitel deutscher Geschichte*, Dortmund 1981, S. 195; Nathan Samter, *Judentaufen im 19. Jahrhundert*, Berlin 1906, S. 37. Allgemein zu Burg siehe die aktuelle Ausgabe seiner Memoiren: Meno Burg, *Geschichte meines Dienstlebens. Erinnerungen eines jüdischen Majors der preußischen Armee*, Berlin 1998.
79 Zu dieser Politik siehe Christopher Clark, »The Limits of the Confessional State: Conversions to Judaism in Prussia 1814–1843«, in: *Past & Present*, 147 (1995), S. 159–179.
80 Clark, *Politics of Conversion*.
81 Kabinettsorder von Friedrich Wilhelm III., in Auszügen zitiert in einem Rundschreiben an alle kirchlichen Superintendenten, 18. Oktober 1821, Evangelisches Zentralarchiv, Berlin, 9/37.
82 Friedrich Julius Stahl, *Der christliche Staat und sein Verhältniss zum Deismus und Judenthum. Eine durch die Verhandlungen des vereinigten landtages hervorgerufene Abhandlung*, Berlin 1847, S. 7, 27, 31ff. Zur Debatte im Vereinigten Landtag siehe Wanda Kampmann, *Deutsche und Juden. Studien zur Geschichte des deutschen Judentums*, Heidelberg 1963, S. 189–205. Allgemeiner zu Stahls politischer Theorie siehe Wilhelm Füßl, *Professor in der Politik. Friedrich Julius Stahl (1802–1861)*, Göttingen 1988.
83 »Ulm, 12. September«, in: *Der Orient*, 3 (1842), S. 342f.; »Vorwärts in der Judenemancipation: Ein offenes Sendschreiben«, in: *Der Orient*, 4 (1843), S. 106; »Tübingen, im Februar«, in: *Der Orient*, 5 (1844), S. 68.
84 Heinrich, *Staat und Dynastie*, S. 316.

85 Thomas Stamm-Kuhlmann, »Pommern 1815 bis 1875«, in: Werner Buchholz (Hg.), *Deutsche Geschichte im Osten Europas: Pommern*, Berlin 1999, S. 366–422, hier S. 369; Ilja Mieck, »Preußen von 1807 bis 1850. Reformen, Restauration und Revolution«, in: Büsch u. a. (Hg.), *Handbuch der preußischen Geschichte*, Bd. 2, S. 3–292, hier S. 104ff.

86 Karl Georg Faber, »Die kommunale Selbstverwaltung in der Rheinprovinz im neunzehnten Jahrhundert«, in: *Rheinische Vierteljahrsblätter*, 30/1 (1965), S. 132–151.

87 Manfred Jehle (Hg.), *Die Juden und die jüdischen Gemeinden Preußens in amtlichen Enquêten des Vormärz*, 4 Bde, München 1998, Bd. 1, S. 140f.

88 Zur westfälischen Reform siehe Norbert Wex, *Staatliche Bürokratie und städtische Autonomie. Entstehung, Einführung und Rezeption der Revidierten Städteordnung von 1831 in Westfalen*, Paderborn 1997.

89 Zitiert von Theodor Schieder, »Partikularismus und nationales Bewußtsein im Denken des Vormärz«, in: Werner Conze (Hg.), *Staat und Gesellschaft im deutschen Vormärz 1815–1848*, Stuttgart 1962, S. 9–38, hier S. 20. Zum föderalen Charakter des preußischen Staates siehe Abigail Green, »The Federal Alternative: A New View of Modern German History?« in: *Historical Journal* (in Kürze); ich möchte Frau Green dafür danken, dass sie mir eine Fassung des Artikels vor der Veröffentlichung zukommen ließ.

90 Klaus Pabst, »Die preußischen Wallonen – eine staatstreue Minderheit im Westen«, in: Hans Henning Hahn und Peter Kunze (Hg.), *Nationale Minderheiten und staatliche Minderheitenpolitik in Deutschland im 19. Jahrhundert*, Berlin 1999, S. 71–79.

91 Otto Friedrichs, *Das niedere Schulwesen im linksrheinischen Herzogtum Kleve 1614–1816. Ein Beitrag zur Regionalgeschichte der Elementarschulen in Brandenburg-Preußen*, Bielefeld 2000. Zu den Kuren siehe Andreas Kossert, *Ostpreußen. Geschichte und Mythos*, Berlin 2005, S. 190–195.

92 Forstreuter, »Die Anfänge der Sprachstatistik« in: Derselbe, *Wirkungen*, S. 313, 315f.

93 Kurt Forstreuter, *Die Deutsche Kulturpolitik im sogenannten Preußisch-Litauen*, Berlin 1933, S. 341.

94 Samuel Laing, *Notes of a Traveller*, S. 67.

95 Zu Beispielen für Petitionen von Separatisten, die sich auf das Landrecht berufen, siehe die Transkripte in Johann Gottfried Scheibel, *Actenmässige Geschichte der neuesten Unternehmungen einer Union zwischen der reformirten und der lutherischen Kirche vorzüglich durch gemeinschaftliche Agende in Deutschland und besonders in dem preußischen Staate*, 2 Bde, Leipzig 1834, Bd. 2, S. 95–104, 106f., 197–208, 211f. Zum Landrecht als Kern einer einheitlichen Identität siehe Koselleck, *Preußen zwischen Reform und Revolution*, S. 23–51.

96 Zitiert in Brophy, *Joining the Political Nation*, Kap. 2.

97 Rudolf Lange, *Der deutsche Schulgesang seit fünfzig Jahren. Ein Beitrag zur Schulbuchliteratur*, Berlin 1867, S. 50f. Nach 1945 wurde das »*Preußenlied*« unter ostpreußischen Vertriebenenkreisen in Westdeutschland sehr beliebt, auch wenn das Preußen, das sie besangen nicht das Königreich Preußen war, sondern das verlorene Preußenland an der Ostsee.

98 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, *Grundlinien der Philosophie des Rechts, oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse*, hrsg. von Eduard Gans, Berlin 1833; kommentierte Neuauflage: Berlin 1981, § 258, S. 284. Meine Version von Hegels Staatstheorie stützt sich auf Gareth Stedman Jones' unveröffentlichtes Manuskript »Civilising the People: Hegel«; ich möchte Professor Stedman Jones für die Erlaubnis danken, seine Schrift vor Erscheinen einzusehen.

99 Ebenda, § 273, S. 315f.

100 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, *Die Philosophie des Rechts. Die Mitschriften Wannenmann (Heidelberg 1817–1818) und Homeyer (Berlin 1818–1819)*, hrsg. von K.-H. Ilting, Stuttgart 1983, § 116, S. 268, § 118, S. 269f., dazu auch § 70, S. 91.

101 Zitiert in Horst Althaus, *Hegel und die heroischen Jahre der Philosophie. Eine Biographie*, München, Wien 1992, S. 395.

102 Siehe die Einführung von Gareth Stedman Jones zu Karl Marx und Friedrich Engels, *The Communist Manifesto*, London, 2002, S. 74–82.
103 Zitiert in Althaus, *Hegel*, S. 335.
104 Zur Spaltung des Hegelianismus in unabhängige linke und rechte Traditionen siehe John Edward Toews, *Hegelianism. The Path Toward Dialectical Humanism, 1805–1841*, Cambridge 1985, S. 71–140.
105 Zitiert in Althaus, *Hegel*, S. 340.
106 Leopold von Ranke, »Politisches Gespräch«, in: Derselbe, *Sämmtliche Werke*, 54 Bde, Leipzig 1874–1890, S. 314–339, hier S. 329, 337; dazu auch George G. Iggers, *The German Conception of History. The National Tradition of Historical Thought from Herder to the Present*, Middletown, CT, 1968, S. 82, 88f. (dt.: Georg Iggers, *Deutsche Geschichtswissenschaft. Eine Kritik der traditionellen Geschichtsauffassung von Herder bis zur Gegenwart*, München 1971).
107 Marx an seinen Vater, Berlin, 10. November 1837, in: Hans-Joachim Lieber und Peter Furth (Hg.), *Karl Marx. Frühe Schriften*, Stuttgart 1962, S. 7–17, hier S. 14; dazu auch Sheehan, *Der Ausklang des Alten Reiches*, S. 526f.

Kapitel 13: Eskalation

1 Christopher Bayly, *The Birth of the Modern World 1780–1914*, Oxford 2004, S. 147.
2 William Russell an Viscount Palmerston, Berlin, 18. Juni 1840, zitiert in: Mösslang, Freitag und Wende (Hg.), *British Envoys*, Bd. 2, *1830–1847*, S. 184.
3 Walter Bußmann, *Zwischen Preußen und Deutschland. Friedrich Wilhelm IV. Eine Biographie*, Berlin 1990, S. 47f., 93ff.; Dirk Blasius, *Friedrich Wilhelm IV., 1795–1861. Psychopathologie und Geschichte*, Göttingen 1992, S, 14–17, 55; David E. Barclay, *Friedrich Wilhelm IV and the Prussian Monarchy 1840–1861*, Oxford 1995, S. 29f., 32–35.
4 Bußmann, *Zwischen Preußen und Deutschland*, S. 119–142.
5 Bärbel Holtz u. a. (Hg.), *Die Protokolle des preußischen Staatsministeriums, 1817–1934/38*, 12 Bde, Hildesheim 1999–2004, Bd. 3: *9. Juni 1840 bis 14. März 1848*, S. 15 (Einführung von Holtz); Blasius, *Friedrich Wilhelm*, S. 79f.
6 Robert Blake, »The Origins of the Jerusalem Bishopric«, in: Adolf M. Birke und Kurt Kluxen (Hg.), *Kirche, Staat und Gesellschaft. Ein deutsch-englischer Vergleich*, München 1984, S. 87–97; Bußmann, *Friedrich Wilhelm*, S. 140–158; Barclay, *Frederick William IV*, S. 84–92.
7 Frank-Lothar Kroll, »Monarchie und Gottesgnadentum in Preußen 1840–1861«, in: Derselbe, *Das geistige Preußen. Zur Ideengeschichte eines Staates*, Paderborn 2001, S. 55–74. Siehe auch »Politische Romantik und Romantische Politik bei Friedrich Wilhelm IV.«, ebenda, S. 75–86.
8 Leopold von Gerlach, Tagebuch, Frankfurt, 3. Juni 1842, Bundesarchiv Potsdam, 90 Ge 6, Tagebuch Leopold von Gerlach, Bd 1842–1846, Bl. 21.
9 Treitschke, *Deutsche Geschichte*, Bd. 5, S. 138.
10 Neugebauer, *Politischer Wandel*, S. 446–449.
11 Hagen, *Germans, Poles and Jews*, S. 91f.
12 Holtz u. a. (Hg.), *Protokolle*, Bd. 3 (Einführung), S. 17.
13 Treitschke, *Deutsche Geschichte*, Bd. 5, S. 154ff.
14 Barclay, *Friedrich Wilhelm IV*, S. 54f.
15 Obenaus, *Anfänge*, S. 532f.; Neugebauer, *Politischer Wandel*, S. 450.
16 Der volle Text des Politischen Testaments von 1808 ist enthalten in Heinrich Scheel und Doris Schmidt (Hg.), *Das Reformministerium Stein. Akten zur Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte aus den Jahren 1807/08*, 3 Bde, Berlin 1966–1968: Bd. 3, S. 1136ff.
17 Neugebauer, *Politischer Wandel*, S. 257f., 329, 372.
18 Theodor von Schön, *Woher und Wohin? oder der preußische Landtag im Jahre 1840.*

Ausschließlich für den Verfasser, in wenigen Exemplaren abgedruckt, Königsberg 1840. Nachgedruckt in Hans Fenske (Hg.), *Vormärz und Revolution 1840–1848*, Darmstadt 1976, S. 34–40, hier S. 36f; Hans Rothfels, *Theodor von Schön und die Revolution von 1848*, Halle 1937, S. 111ff..

19 Der folgende Abriss der Kontroverse über Schön basiert hauptsächlich auf Treitschke, *Deutsche Geschichte*, Bd. 5, S. 158–167. Siehe auch Hans Rothfels, *Theodor von Schön, Friedrich Wilhelm IV. und die Revolution von 1848*, Halle 1937, S. 107–123.

20 Sheehan, *German History*, S. 625.

21 Karl Obermann, »Die Volksbewegung in Deutschland von 1844 bis 1846«, in: *Zeitschrift für Geschichte*, 5/3 (1957), S. 503–525; James Sheehan, *German Liberalism in the Nineteenth Century*, Chicago 1978, S. 12ff.

22 Nipperdey, *Deutsche Geschichte*, S. 398; Dirk Blasius, »Der Kampf um das Geschworenengericht im Vormärz«, in: Hans-Ulrich Wehler (Hg.), *Sozialgeschichte heute. Festschrift für Hans Rosenberg*, Göttingen 1974, S. 148–161.

23 Sperber, *Rhineland Radicals*, S. 104.

24 Hagen, *Germans, Poles and Jews*, S. 93.

25 R. Arnold, »Aufzeichnungen des Grafen Carl v. Voss-Buch über das Berliner Politische Wochenblatt«, in: *Historische Zeitschrift*, 106 (1911), S. 325–340, insbesondere S. 334–339; Berdahl, *Politics of the Prussian Nobility*, S. 158–181, 246–263; Epstein, *German Conservatism*, S. 66; Fritz Valjavec, *Die Entstehung der politischen Strömungen in Deutschland, 1770–1815*, München 1951, S. 310, 322, 414.

26 Bärbel Holtz, »Wider Ostrakismos und moderne Konstitutionstheorien. Die preußische Regierung im Vormärz zur Verfassungsfrage«, in: Dieselbe und Hartin Spenkuch (Hg.), *Preußens Weg in die politische Moderne. Verfassung – Verwaltung – politische Kultur zwischen Reform und Reformblockade*, Berlin 2001, S. 101–139; dieselbe, »Der vormärzliche Regierungsstil von Friedrich Wilhelm IV.«, in: *FBPG*, 12 (2002), S. 75–113.

27 Leopold von Gerlach, Tagebuch, Sanssouci, 28./29. Oktober 1843, Bundesarchiv Potsdam, 90 Ge 6 Tagebuch Leopold von Gerlach, Bd 1842–1846, Bl. 98–101.

28 Siehe die abgedruckten Berichte in Jehle (Hg.), *Die Juden und die jüdischen Gemeinden Preußens*, insbesondere Bd. 1, S. 81 (Königsberg), 84f. (Danzig), 97 (Gumbinnen), 118 (Marienwerder), 139 (Stettin), 147 (Köslin), 174 (Stralsund), 260 (Bromberg), 271 (Schlesien), 275 (Breslau), 283 (Liegnitz), 441 (Minden), 457 (Köln), 477 (Düsseldorf), 497 (Koblenz). Der Aufruf der Kölner Regierung zur vollen Gleichberechtigung findet sich auf S. 446. Zur Rolle der lokalen Verwaltungsbeamten als Mitgestalter der allgemeinen Politik siehe Berger, *Die preußische Verwaltung*, S. 260.

29 »... Das von den Extremen unserer Zeit / Ein närrisches Gemisch ist ...« zitiert nach Heinrich Heines satirischem Gedicht »Der neue Alexander«, in: Heinrich Heine, *Sämtliche Schriften*, hrsg. von Klaus Briegleb, 6 Bde., München 1968–1976, Bd. 4, S. 458.

30 David Friedrich Strauß, *Der Romantiker auf dem Thron der Cäsaren, oder Julian der Abtrünnige. Ein Vortrag*, Mannheim 1847, insbesondere S. 52.

31 Mehr zu diesen Kalendern und ihrer Rezeption findet sich in Brophy, *Joining the Political Nation*, Kap. 1.

32 Freytag, *Aberglauben*, S. 179–182.

33 Brophy, *Joining the Political Nation*; Ann Mary Townsend, *Forbidden Laughter. Popular Humour and the Limits of Repression in Nineteenth-century Prussia*, Ann Arbor 1992, S. 24f., 27, 48f., 93, 137.

34 James M. Brophy, »Carnival and Citizenship: the Politics of Carnival Culture in the Prussian Rhineland, 1823–1848«, in: *Journal of Social History*, 30 (1997), S. 873–904; derselbe, »The Politicization of Traditional Festivals in Germany, 1815–1848«, in: Karin Friedrich (Hg.), *Festival Culture in Germany and Europe from the Sixteenth to the Twentieth Century*, Lampeter 2000, S. 73–106.

35 Sperber, *Rhineland Radicals*, S. 98ff.
36 Beide Beispiele stammen aus David Barclay, *Anarchie und guter Wille. Friedrich Wilhelm IV. und die preußische Monarchie*, Berlin, 1995, S. 172.
37 Barclay, *Frederick William IV*, S. 118; Townsend, *Forbidden Laughter*, S. 162–170.
38 Treitschke, *Deutsche Geschichte*, Bd. 5, S. 267–270.
39 »Hatt' wohl je ein Mensch so'n Pech / Wie der Bürgermeister Tschech, / Dass er diesen dicken Mann / Auf zwei Schritt nicht treffen kann!«, zitiert in: Brophy, *Joining the Political Nation*, Kap. 1. Zur politischen Bedeutung des *Tschechliedes* siehe auch Treitschke, *Deutsche Geschichte*, Bd. 5, S. 268ff.
40 Anonym, »Das Blutgericht (1844)«, Lied der Weber in Peterswaldau und Langenbielau, reproduziert in Lutz Kroneberg und Rolf Schloesser (Hg.), *Weber-Revolte 1844. Der schlesische Weberaufstand im Spiegel der zeitgenössischen Publizistik und Literatur*, Köln 1979, S. 469–472.
41 Meine Darstellung der Ereignisse basiert größtenteils auf dem zeitgenössischen Bericht von Wilhelm Wolff, »Das Elend und der Aufruhr in Schlesien 1844«, verfasst im Juni 1844 und veröffentlicht im Dezember desselben Jahres im *Deutschen Bürgerbuch für 1845*. Der Aufsatz ist nachgedruckt in Kroneberg und Schloesser (Hg.), *Weber-Revolte*, S. 241–264.
42 *Allgemeine deutsche Real-Encyklopädie für die gebildeten Stände: Conversations-Lexikon*, 15 Bde., Leipzig, 1843–1848, Bd. 11 (1846), S. 15.
43 Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 2, S. 288; Sperber, *Rhineland Radicals*, S. 35.
44 »Erfahrungen eines jungen Schweizers im Vogtlande«, in: Bettine von Arnim, *Politische Schriften*, hrsg. von Wolfgang Bunzel, Frankfurt am Main 1995, S. 329–368, siehe auch S. 1039f.
45 Heinrich Grunholzer, Anhang zu Bettina von Arnim, *Dies Buch gehört dem König* (1843), in Auszügen enthalten in Kroneberg und Schloesser (Hg.), *Weber-Revolte*, S. 40–53. Grunholzers Bericht wurde von Arnim bestellt, die ihn zur Untermauerung ihrer eigenen Einführung benutzte, in welcher sie den König aufforderte, die soziale Versorgung im Königreich Preußen zu verbessern.
46 Friedrich Wilhelm Wolff, »Die Kasematten von Breslau«, in: Franz Mehring (Hg.), *Gesammelte Schriften von Wilhelm Wolff*, Berlin 1909, S. 49–56.
47 Zitiert in: Sheehan, *German History*, S. 645.
48 Alexander Schneer, *Über die Not der Leinen-Arbeiter in Schlesien und die Mittel ihr abzuhelfen*, Berlin 1844.
49 Gründe für die Anwendung der Malthusianischen These auf Bayern liefert William Robert Lee, *Population Growth, Economic Development and Social Change in Bavaria 1750–1850*, New York 1977, S. 376.
50 Manfred Gailus, »Food Riots in Germany in the Late 1840s«, in: *Past & Present*, 145 (1994), S. 157–193, hier S. 163.
51 E. S. Thompson, »The Moral Economy of the English Crowd in the Eighteenth Century«, in: *Past & Present*, 5 (1971), S. 76–136; Hans-Gerhard Husung, *Protest und Repression im Vormärz*, Göttingen 1983, S. 244–247; Gailus, »Food Riots«, S. 159f.
52 Hermann Beck, »Conservatives and the Social Question in Nineteenth-century Prussia«, in: Larry Eugene Jones und James Retallack (Hg.), *Between Reform, Reaction and Resistance: Studies in the History of German Conservatism from 1789 to 1945*, Providence 1993, S. 61–94; derselbe, »State and Society in pre-März Prussia: the Weavers' Uprising, the Bureaucracy and the Association for the Welfare of Workers«, in: *Central European History*, 25 (1992), S. 303–331; derselbe, *The Origins of the Authoritarian Welfare State in Prussia. Conservatives, Bureaucracy and the Social Question, 1815–70*, Ann Arbor 1995; Wolfgang Schwentker, »Victor Aimé Huber and the Emergence of Social Conservatism«, in: Jones und Retallack (Hg.), *Between Reform, Reaction and Resistance*, S. 95–121.
53 Kroneberg und Schloesser (Hg.), *Weber-Revolte*, S. 24f.

54 Karl Marx, »Kritische Randglossen zu dem Artikel ›Der König von Preußen und die Sozialreform‹«, in: *Vorwärts!*, 10. August 1844, in Auszügen wiedergegeben in Kroneberg und Schloesser (Hg.), *Weber-Revolte*, S. 227f.
55 Zur Verbindung zwischen dem Staatsverschuldungsgesetz, Preußens finanzieller Notlage und der Verfassungsreform siehe Niall Ferguson, *The World's Banker. The History of the House of Rothschild*, London 1998, S. 133.
56 Brose, *Technological Change in Prussia*, S. 223f., 235–239; Barclay, *Friedrich Wilhelm IV*, S. 120.
57 Helmuth von Moltke, »Welche Rücksichten kommen bei der Wahl der Richtung von Eisenbahnen in Betracht?«, in: *Gesammelte Schriften und Denkwürdigkeiten des Generalfeldmarschalls Helmuth von Moltke*, 8 Bde, Berlin, 1892/93, Bd. 2: *Vermischte Schriften*, S. 229–274, insbesondere S. 273f.
58 Agnes von Gerlach (Hg.), *Denkwürdigkeiten aus dem Leben Leopolds von Gerlach, nach seinen Aufzeichnungen*, 2 Bde, Berlin 1891–1892, Bd. 1, S. 99. Siehe auch Berdahl, *Politics of the Prussian Nobility*, S. 324f.
59 Obenaus, *Anfänge*, S. 556–563; Friedrich Keinemann, *Preußen auf dem Wege zur Revolution: Die Provinziallandtags- und Verfassungspolitik Friedrich Wilhelms IV. Von der Thronbesteigung bis zum Erlaß des Patents vom 3. Februar 1847. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der Revolution von 1848*, Hamm 1975, S. 45–51; Barclay, *Friedrich Wilhelm IV*, S. 121; Berdahl, *Politics of the Prussian Nobility*, S. 325f.
60 Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 2, S. 615. Zur Eisenbahnpolitik siehe Brose, *Technological Change in Prussia*, Kap. 7.
61 Simms, *Struggle for Mastery*, S. 169f.
62 Eduard Bleich (Hg.), *Der erste vereinigte Landtag in Berlin 1847*, 4 Bde, Berlin 1847, nachgedruckt Vaduz-Liechtenstein 1977; Bd. 1, S. 3–10.
63 Berdahl, *Politics of the Prussian Nobility*, S. 336.
64 Zum Text der Rede siehe Bleich (Hg.), *Der erste vereinigte Landtag*, Bd. 1, S. 22, 25f.
65 Obenaus, *Anfänge*, S. 704f.; Ernst Rudolf Huber, *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789*, 8 Bde, Stuttgart 1957–1990, Bd. 2: *Der Kampf um Einheit und Freiheit. 1830 bis 1850*, S. 494.
66 Zur Verwendung des Terminus »konservativ« in den 1840er Jahren siehe Rudolf Vierhaus, »Konservatismus«, in: Otto Brunner, Werner Conze, Reinhard Koselleck (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Stuttgart 1972, S. 531–565, insbesondere S. 540f.; Alfred von Martin, »Weltanschauliche Motive im altkonservativen Denken«, in: Gerd-Klaus Kaltenbrunner, *Rekonstruktion des Konservatismus*, Freiburg 1972, S. 139–180.
67 Gerlach, *Denkwürdigkeiten*, Bd. 1, S. 118.
68 Tagebucheinträge vom 22. Juni 1836, 21. Januar 1836, 17. Juni 1837, 14. November 1839, 26. Dezember 1841, Karl Varnhagen von Ense, *Aus dem Nachlass Varnhagens von Ense. Tagebücher von K. A. Varnhagen von Ense*, 14 Bde, Leipzig 1861–1870, Bd. 1 (1861), S. 5, 34f., 151ff., 384f.
69 Tagebucheintrag vom 27. August 1837, ebenda, S. 58f.
70 Freytag, *Aberglauben*, S. 151f.
71 Friedrich Engels an Wilhelm Gräber, 13. November 1839, in: *Karl Marx, Friedrich Engels: Werke, Ergänzungsband: Schriften, Manuskripte, Briefe bis 1844, Zweiter Teil*, Berlin 1967, S. 431–436, hier S. 434.
72 Mit dieser Praxis befasst sich Engels in Friedrich Engels an Friedrich Gräber, 29. Oktober 1839, in: ebenda, S. 425–430, hier S. 430.
73 Brophy, *Joining the Political Nation*; derselbe, »Violence between Civilians and State Authorities in the Prussian Rhineland 1830–1848«, in: *German History*, 22 (2004), S. 1–35.
74 Alf Lüdtke, *»Gemeinwohl«, Polizei und »Festungspraxis«: staatliche Gewaltsamkeit und innere Verwaltung in Preußen, 1815–1850*, Göttingen 1982, S. 152f.
75 Evans, *Rituals of Retribution*, S. 228f.
76 Zitiert in: Simms, *Struggle for Mastery*, S. 199.

Kapitel 14: Glanz und Elend der preußischen Revolution

1 *Vossische Zeitung* (*Extrablatt*), 28. Februar 1848, online unter *http://www.zlb.de/projekte/1848/vorgeschichte-image.htm*; letzter Zugriff am 11. Juni 2004.
2 Karl August Varnhagen von Ense, »Darstellung des Jahres 1848« (geschrieben im Herbst 1848), in: Konrad Feilchenfeldt (Hg.), *Karl August Varnhagen von Ense. Tageblätter*, 5 Bde, Frankfurt am Main 1994, Bd. 4: *Biographien, Aufsätze, Skizzen, Fragmente*, S. 685–734, hier S. 724.
3 Wolfram Siemann, »Public Meeting Democracy in 1848«, in: Dieter Dowe, Heinz-Gerhard Haupt, Dieter Langewiesche und Jonathan Sperber (Hg.), *Europe in 1848. Revolution and Reform*, New York 2001, S. 767–776; Schulze, *Der Weg zum Nationalstaat*, S. 3–48; meine Darstellung der Märztage in Berlin folgt weitgehend Schulzes Chronik der frühen Revolutionstage.
4 Alessandro Manzoni, *Die Verlobten*, Stuttgart, München 1998, S. 230.
5 Siehe die Beschreibung der Ereignisse auf dem Schlossplatz am 15. März in Karl Ludwig von Prittwitz, *Berlin 1848. Das Erinnerungswerk des Generalleutnants Karl Ludwig von Prittwitz und andere Quellen zur Berliner Märzrevolution und zur Geschichte Preußens um die Mitte des 19. Jahrhunderts*, bearb. und mit einer Einleitung von Gerd Heinrich, Berlin 1985, S. 71ff.
6 Karl August Varnhagen von Ense, Tagebucheintrag, 15. März 1848, in: Feilchenfeldt (Hg.), *Varnhagen von Ense*, Bd. 5: *Tageblätter*, S. 429f.
7 Prittwitz, *Berlin 1848*, S. 116.
8 Ebenda, S. 119f., 124.
9 Ebenda, S. 129f.
10 Varnhagen, *Tageblätter*, 18. März 1848, S. 433.
11 Prittwitz, *Berlin 1848*, S. 174.
12 Ebenda, S. 232.
13 Text der Ansprache ebenda, S. 259.
14 Abweichende Darstellungen der Rolle des Militärs und Friedrich Wilhelms IV. beim Rückzug aus Berlin liegen vor in Felix Rachfahl, *Deutschland, König Friedrich Wilhelm IV. und die Berliner Märzrevolution von 1848*, Halle 1901; Friedrich Thimme, »König Friedrich Wilhelm IV., General von Prittwitz und die Berliner Märzrevolution«, in: *FBPG*, 16 (1903), S. 201–238; Friedrich Meinecke, »Friedrich Wilhelm IV. und Deutschland«, in: *Historische Zeitschrift*, 89 (1902), S. 17–53, hier S. 47ff.
15 Heinrich, *Geschichte Preußens*, S. 364.
16 David Blackbourn, *History of Germany 780–1918. The Long Nineteenth Century*, 2. Aufl., Oxford 2003, S. 107.
17 Ralf Rogge, »Umriß des Revolutionsgeschehens 1848/49 in Solingen«, in: Wilfried Reininghaus (Hg.), *Die Revolution 1848/49 in Westfalen und Lippe*, Münster 1999, S. 319–344, hier S. 322f.
18 Manfred Beine, »Sozialer Protest und kurzzeitige Politisierung«, in: Reininghaus (Hg.), *Die Revolution*, S. 171–215, hier S. 172.
19 Theodore S. Hamerow, *Restoration, Revolution, Reaction. Economics and Politics in Germany 1815–1871*, Princeton 1958, S. 103–106.
20 Christof Dipper, »Rural Revolutionary Movements. Germany, France, Italy«, in: Dowe u.a. (Hg.), *Europe in 1848*, S. 416–442, hier S. 421.
21 Manfred Gailus, »The Revolution of 1848 as Politics of the Streets«, in: Dowe u.a. (Hg.), *Europe in 1848*, S. 778–796, hier S. 781.
22 Augenzeugenbericht des Berliner Oberbürgermeisters Krausnick, zitiert in: Prittwitz, *Berlin 1848*, S. 327–330; Barclay, *Friedrich Wilhelm IV*, S. 145; Rudolf Valentin, *Geschichte der deutschen Revolution von 1848–9*, 2 Bde, Berlin 1930/31, Bd. 1, S. 446.
23 Der Ausritt des Königs durch Berlin wird beschrieben in Karl Haenchen (Hg.), *Revolutionsbriefe 1848: Ungedrucktes aus dem Nachlaß König Friedrich Wilhelms IV. von Preußen*, Leipzig 1930, S. 53f. (Bericht von August von Schöler); Adolf Wolff, *Revolutions-Chronik. Darstellung der Berliner Bewegungen im Jahre 1848 nach poli-*

tischen, socialen und literarischen Beziehungen, 3 Bde, Berlin 1851, 1852, 1854, Bd. 1, S. 294–299.

24 Zitiert in: Prittwitz, *Berlin 1848*, S. 440f.

25 Otto von Bismarck, *Gedanken und Erinnerungen*, Stuttgart, Berlin 1928, S. 58.

26 Zu Verschwörungen im Militär zu dieser Zeit siehe Manfred Kliem, *Genesis der Führungskräfte der feudal-militaristischen Konterrevolution 1848 in Preußen*, Berlin 1966.

27 Zur Nationalversammlung siehe Hans Mähl, *Die Überleitung Preußens in das konstitutionelle System durch den zweiten Vereinigten Landtag*, München 1909, S. 123–227; Wolfram Siemann, *Die deutsche Revolution von 1848/49*, Frankfurt am Main 1985, S. 87; Manfred Botzenhart, *Deutscher Parlamentarismus in der Revolutionszeit 1848–1850*, Düsseldorf 1977, S. 132–141, 441–453.

28 Friedrich Wilhelm IV. an den Staatsminister, Berlin, 4. Juni 1848, in: Erich Brandenburg (Hg.), *König Friedrich Wilhelms IV. Briefwechsel mit Ludolf Camphausen*, Berlin 1906, S. 144–147, hier S. 144.

29 Barclay, *Friedrich Wilhelm IV*, S. 164; Jürgen Hofmann, *Das Ministerium Camphausen-Hansemann: zur Politik der preußischen Bourgeoisie in der Revolution 1848/49*, Berlin (Ost), S. 127.

30 Rüdiger Hachtmann, *Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution*, Bonn 1997, S. 561–566, Zitat, S. 562.

31 Botzenhart, *Parlamentarismus*, S. 538–541; Huber, *Verfassungsgeschichte*, Bd. 2, S. 730ff.

32 Gerlach an Brandenburg, 2. November 1848, zitiert in: Bußmann, *Zwischen Preußen und Deutschland*, S. 232.

33 Hachtmann, *Berlin 1848*, S. 749–752; Botzenhart, *Parlamentarismus*, S. 545–550; Barclay, *Friedrich Wilhelm IV*, S. 179ff.; Sabrina Müller, *Soldaten in der deutschen Revolution von 1848/49*, Paderborn 1999, S. 299.

34 Sperber, *Rhineland Radicals*, S. 314–336.

35 Reinhard Vogelsang, »Minden-Ravensberg im Vormärz und in der Revolution von 1848/49; in: Reininghaus (Hg.), *Die Revolution*, S. 141–169, hier S. 154.

36 Sperber, *Rhineland Radicals*, S. 360–386.

37 Barclay, *Friedrich Wilhelm IV*, insbesondere S. 138–184. Dieselbe Sichtweise wird vertreten in Bußmann, *Zwischen Preußen und Deutschland*, passim; vgl. Blasius, *Friedrich Wilhelm IV*.

38 Wolfgang Schwentker, *Konservative Vereine und Revolution in Preußen, 1848/49. Die Konstituierung des Konservativismus als Partei*, Düsseldorf 1988, S. 142, 156–174, 176, 336ff.

39 Trox, *Militärischer Konservativismus*, S. 207ff.

40 Müller, *Soldaten in der deutschen Revolution*, S. 124 und passim.

41 Trox, *Militärischer Konservativismus*, S. 162ff. und passim.

42 Müller, *Soldaten in der deutschen Revolution*, S. 81, 83, 85, 299, 300.

43 Albert Förderer, *Erinnerungen aus Rastatt 1849*, Lahr 1899, S. 104, zitiert in: Müller, *Soldaten in der deutschen Revolution*, S. 310.

44 Zum preußischen Fokus auf eine »liberale Geopolitik« siehe Simms, *Struggle for Mastery*, S. 168–194; Harald Müller, »Zu den außenpolitischen Zielvorstellungen der gemäßigten Liberalen am Vorabend und im Verlauf der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/49 am Beispiel der ›Deutschen Zeitung‹«, in: Helmut Bleiber (Hg.), *Bourgeoisie und bürgerliche Umwälzung in Deutschland, 1789–1871*, Berlin 1977, S. 229–266, Zitat S. 233, Anm. 45; derselbe, »Der Blick über die deutschen Grenzen. Zu den Forderungen der bürgerlichen Opposition in Preußen nach außenpolitischer Einflußnahme am Vorabend und während des ersten preußischen vereinigten Landtags von 1847«, in: *Jahrbuch für Geschichte*, 32 (1985), S. 203–238.

45 Text in Wilhelm Angerstein, *Die Berliner Märzereignisse im Jahre 1848*, Leipzig 1865, S. 65.

46 Friedrich Wilhelm, Kabinettsorder vom 21. März 1848, abgedruckt in Prittwitz, *Berlin 1848*, S. 392. Eine ausführliche Darstellung des Rittes durch Berlin findet sich in Schulze, *Der Weg zum Nationalstaat*, S. 47.
47 Friedrich Wilhelm IV., «An Mein Volk und an die deutsche Nation», abgedruckt in Prittwitz, *Berlin 1848*, S. 392.
48 Eine vollständige Beschreibung des Dombaufestes gibt Thomas Parent, *Die Hohenzollern in Köln*, Köln 1981, S. 50-61.
49 Friedrich Wilhelm IV. an Metternich, 7. März 1842, zitiert in: Barclay, *Friedrich Wilhelm IV*, S. 188.
50 Friedrich Wilhelm IV. an Friedrich Christoph Dahlmann, 24. April 1848, in: Anton Springer, *Friedrich Christoph Dahlmann, 2* Bde, Leipzig 1870,1872, Bd. 2, S. 226ff.
51 Zitiert in: David E. Barclay, *Anarchie und guter Wille. Friedrich Wilhelm IV. und die preussische Monarchie*, Berlin, 1995, S. 276.
52 Friedrich Wilhelm IV. an Friedrich August II. von Sachsen, 5. Mai 1848, in: Hellmut Kretzschmar, «König Friedrich Wilhelms IV. Briefe an König Friedrich August II. von Sachsen», in: *Preussische Jahrbücher*, 227 (1932), S. 28-50,142-153,245-263, hier S. 46; Barclay, *Friedrich Wilhelm IV*, S. 190.
53 Baumgart, *Europäisches Konzert*, S. 324h; Werner Mosse, *The European Powers and the German Question, 1848-1871: with special Reference to England and Russia*, Cambridge 1958, S. 18f.
54 Zitiert in Bussmann, *Zwischen Preussen und Deutschland*, S. 289.
55 Roy A. Austensen, «The Making of Austria's Prussian Policy, 1848-1851», in: *Historical Journal, 27* (1984), S. 861-876, hier S. 872.
56 Karl Marx und Friedrich Engels, «Review: Mai-Oktober 1850», in: *Neue Rheinische Zeitung. Politisch-ökonomische Revue*, London, 1. November 1850, online unter http://www.mlwerke.de/me/me07/me07_421.htm; letzter Zugriff am 21.11.2006.
57 Ebenda.
58 Heinrich von Sybel, *Die Begründing des Deutschen Reiches durch Wilhelm I., 6* Bde., 2. Volksausg., München und Berlin 1913, Bd. 2, S. 48h
59 Bismarck, *Gedanken und Erinnerungen*, S. 95.
60 Zitiert in: Felix Gilbert, *Johann Gustav Droysen und die preussisch-deutsche Frage*, München, Berlin 1931, S. 122.
61 Johann Gustav Droysen, «Zur Charakteristik der europäischen Krisis», in: Minerva. Ein Journal für Geschichte, Politik und Literatur, Nr. 63, Mai 1854, S. 271-289, und Fortsetzung in: November 1854, S. 215-245, hier Fortsetzung S. 244 f. Der Ausdruck «Vorwärts» ist eine Anspielung auf Blücher, der von Freunden liebevoll «Marschall Vorwärts» genannt wurde.
62 Zur Funktionsweise des preussischen Dreiklassenwahlrechts und einer umfassenden Analyse der Wahlmuster während seines Bestehens siehe Thomas Kühne, *Handbuch der Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus 1867-1918. Wahlergebnisse, Wahlbündnisse und Wahlkandidaten*, Düsseldorf 1994.
63 Eberhard Naujoks, *Die parlamentarische Entstehung des Reichspressegesetzes in der Bismarckzeit (1848/74)*, Düsseldorf 1975; Wolfram Siemann, *Gesellschaft im Aufbruch 1849-1871*, Frankfurt am Main 1990, S. 42,65ff.
64 Vgl. G. R. Elton, *The Tudor Revolution in Government. Administrative Changes in the Reign of Henry VIII*, Cambridge 1969, das sich natürlich mit einem gänzlichen anderen Thema befasst, aber von einer Periode spricht, in der «die Notwendigkeit einer guten Regierung Vorrang über das Bedürfnis nach einer freien Regierung» hatte und «Ordnung und Frieden wichtiger sind als Prinzipien und Rechte» (S. 1); ferner werden administrative Neuerungen als Prozess des «kontrollierten Aufstandes» betrachtet (S. 427).
65 Eine nützliche vergleichende Studie des damaligen Verfassungswandels in Europa bietet Martin Kisch und Pierangelo Schiera (Hg.), *Verfassungswandel um 1848 im europäischen Vergleich*, Berlin 2001; siehe insbesondere den einleitenden Aufsatz

von Kisch, »Verfassungswandel um 1848 – Aspekte der Rezeption und des Vergleichs zwischen den europäischen Staaten«, S. 31–62.

66 Barclay, *Friedrich Wilhelm IV*, S. 183.

67 H. Wegge, *Die Stellung der Öffentlichkeit zur oktroyierten Verfassung und die preußische Parteibildung 1848/49*, Berlin 1932, S. 45–48; Zitat S. 48.

68 Barclay, *Friedrich Wilhem IV*, S. 221.

69 Günther Grünthal, *Parlamentarismus in Preußen 1848/49–1857/58: Preußischer Konstitutionalismus – Parlament und Regierung in der Reaktionsära*, Düsseldorf 1982, S. 185.

70 Ebenda, S. 392.

71 William J. Orr, »The Prussian Ultra Right and the Advent of Constitutionalism in Prussia«, in: *Canadian Journal of History*, 11 (1976), S. 295–310, hier S. 307; Heinrich Heffter, »Der Nachmärzliberalismus: Die Reaktion der fünfziger Jahre«, in: Hans-Ulrich Wehler (Hg.), *Moderne deutsche Sozialgeschichte*, Köln 1966, S. 177–196, hier S. 181ff.; Hans Rosenberg, »Die Pseudodemokratisierung der Rittergutsbesitzerklasse«, in: Derselbe, *Machteliten und Wirtschaftskonjunkturen. Studien zur neueren deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, Göttingen 1978, S. 94.

72 Eine exzellente vergleichende Darstellung der konservativ-liberalen Modernisierung in Preußen und Österreich ist von Arthur Schlegelmilch, »Das Projekt der konservativ-liberalen Modernisierung und die Einführung konstitutioneller Systeme in Preußen und Osterreich, 1848/49«, in: Kisch und Schiera (Hg.), *Verfassungswandel*, S. 155–177.

73 James Brophy, *Capitalism, Politics and Railroads in Prussia, 1830–1870*, Columbus 1998, S. 165–175.

74 Grünthal, *Parlamentarismus*, S. 281–286.

75 Wilhelm I. an Otto von Manteuffel, Direktor im Innenministerium unter Camphausen, 7. April 1848, zitiert in: Karl-Heinz Börner, *Wilhelm I. Deutscher Kaiser und König von Preußen. Eine Biographie*, Berlin 1984, S. 81.

76 Grünthal, *Parlamentarismus*, S. 476.

77 Charles Tilly, »The Political Economy of Public Finance and the Industrialization of Prussia 1815–1866«, in: *Journal of Economic History*, 26 (1966), S. 484–497, hier S. 490.

78 Ebenda, S. 494.

79 Ebenda, S. 492.

80 Brophy, *Capitalism, Politics and Railroads*, S. 58.

81 Grünthal, *Parlamentarismus*, S. 476.

82 H. Winkel, *Die deutsche Nationalökonomie im 19. Jahrhundert*, Darmstadt 1977, S. 86f., 95. Zu dieser Sichtweise als ein Beispiel für die deutsche Beschäftigung mit dem »Smithianismus« siehe E. Rothschild, »›Smithianismus‹ and Enlightenment in Nineteenth-century Europe«, King's College Cambridge: Centre for History and Economics, Oktober 1998.

83 David Hansemann, zitiert in: Brophy, *Capitalism, Politics and Railroads*, S. 50.

84 Brophy, *Capitalism, Politics and Railroads*, S. 50, 56, 58. Von der Heydts Politik der Germanisierung wurde in den 1860er Jahren eingestellt.

85 James Brophy, »The Political Calculus of Capital: Banking and the Business Class in Prussia, 1848–1856«, in: *Central European History*, 25 (1992), S. 149–176; derselbe, »The Juste Milieu: Businessmen and the Prussian State during the New Era and the Constitutional Conflict«, in: Holtz und Spenkuch (Hg.), *Preußens Weg*, S. 193–224.

86 Zum Techen-Skandal siehe Barclay, *Friedrich Wilhelm IV*, S. 252ff.

87 D. Fischer, *Handbuch der politischen Presse in Deutschland, 1480–1980. Synopse rechtlicher, struktureller und wirtschaftlicher Grundlagen der Tendenzpublizistik im Kommunikationsfeld*, Düsseldorf 1981, S. 60f., 65; Kurt Koszyk, *Deutsche Presse im 19. Jahrhundert*, Berlin 1966, S. 123; F. Schneider, *Pressefreiheit und politische Öffentlichkeit*, Neuwied 1966, S. 310.

88 Kurt Wappler, *Regierung und Presse in Preußen. Geschichte der amtlichen Pressestellen, 1848–62*, Leipzig 1935, S. 94.

89 R. Köhnen, *Pressepolitik des deutschen Bundes. Methoden staatlicher Pressepolitik nach der Revolution von 1848*, Tübingen 1995, S. 174.
90 Wappler, *Regierung und Presse*, S. 3f.
91 Ebenda, S. 16f.
92 Barclay, *Friedrich Wilhelm IV*, S. 262.
93 Wappler, *Regierung und Presse*, S. 5.
94 Manteuffel an Rochow, 3. Juli 1851, zitiert in: Wappler, *Regierung und Presse*, S. 91. Zum Übergang von der Vörabzensur zur Steuerung der Presse in den deutschen Klein- und Mittelstaaten siehe Abigail Green, *Fatherlands. Statebuilding and Nationhood in Nineteenth-century Germany*, Cambridge 2001, S. 148-188.

Kapitel 15: Vier Kriege

1 *The Times*, 23. Oktober 1860, zitiert in: Raymond James Sontag, *Germany and England. Background of Conflict 1848-1898*, New York 1938, Nachdruck 1969, S. 33-
2 Ernst Portner, *Die Einigung Italiens im Urteil liberaler deutscher Zeitgenossen*, Bonn 1959, S. 65,119-122,172-178; Angelow, *Von Wien nach Königgrätz*, S. 190-200.
3 Mosse, *The European Great Powers*, S. 49-77.
4 Siehe, mit Literaturangaben, Dierk Walter, *Preussische Heeresreformen 1807-1870. Militärische Innovation und der Mythos der ‚Roonschen Reform'«*, Paderborn 2003.
5 Prinzregent Wilhelm an Schweinitz, Berlin 26. März 1860, in: Christian Friese (Hg.), *Die Auswärtige Politik Preussens 1858-1871. Erste Abteilung: Vom Beginn der Neuen Ära bis zur Berufung Bismarcks*, Bd. II: *1. Januar bis Dezember 1860*, Oldenburg, Berlin 1938, S. 263.
6 Börner, *Wilhelm I.*, S. 17,21.
7 Kronprinz Wilhelm an General O. von Natzmer, Berlin, 20. Mai 1849, in: Ernst Berner (Hg.), *Kaiser Wilhelm des Grossen Briefe, Reden und Schriften*, 2 Bde, Berlin 1906, Bd. 1, S. 202f. Zitat vom April 1851 in Börner, *Wilhelm I.*, S. 115. Zu Wilhelms Nationalismus im Allgemeinen siehe S. 96-101.
8 Craig, *Politics of the Prussian Army*, S. 136-179. Eine überzeugende revisionistische Darstellung der Heeresreform, die mit vielen alten Mythen aufräumt (darunter der Ansicht, dass die Mobilmachung von 1859 ein völliges Fiasko war) findet sich bei Walter, *Heeresreformen*.
9 Zu Manteuffel siehe Otto Pflanze, *Bismarck, der Reichsgründer*, aus dem Englischen von Peter Halbrock, München 1997, S. 175-178,2O9f.; Ritter, *Staatskunst*, Bd. 1, S. 174ff., 231-234; Craig, *Politics of the Prussian Army*, S. 149E, 232-235.
10 Craig, *Politics of the Prussian Army*, S. 151-157.
11 Sheehan, *German History*, S. 879.
12 Lothar Gall, *Bismarck, der weisse Revolutionär*, Stuttgart 1982, S. 42.
13 Ebenda, Bd. 1, S. 3-34; vgl. auch Ernst Engelberg, *Bismarck. Urpreusse und Reichsgründer, 2* Bde., Berlin 1998, Bd. 1, S. 39f. Engelberg argumentiert, dass Menkens Einfluss in keiner Weise das Standesbewusstsein der Bismarcks schwächte und findet unter Bismarcks Vorfahren wenig Hinweise auf eine «selbstbewussste bürgerliche» Mentalität.
14 Zitiert in: Gall, *Bismarck, der weisse Revolutionär*, S. 89.
15 Brief an seinen Cousin, 13. Februar 1847, zitiert ebenda, S. 44.
16 «Gesprächsäusserungen zu dem Redakteur Hofmann in den neunziger Jahren in Friedrichsruh», in: Hermann von Petersdorff u.a. (Hg.), *Bismarck. Die Gesammelten Werke*, 15 Bde, Berlin 1924-1932, Bd. 9, S. 397-401, hier S. 399.
17 Allen Mitchell, «Bonapartism as a Model for Bismarckian Politics», in: *Journal of Modern History*, 49 (1977), S. 181-199.
18 Bismarck an Kronprinz Friedrich Wilhelm, 13. Oktober 1862, in: Kaiser Friedrich III., *Tagebücher von 1848-1866*, hrsg. von H. O. Meisner, Leipzig 1929, S. 505.

19 Craig, *Die preußisch-deutsche Armee*, S. 190.
20 Nachdem der Schleswig-Holsteinische Krieg von 1848 mit dem Waffenstillstand von Malmö zu Ende gegangen war, wurde die Frage (nach allgemeinem Dafürhalten) in mehreren 1851 und 1852 unterzeichneten Verträgen beigelegt. Darin wurde das Recht des voraussichtlichen Nachfolgers Friedrichs VII., Kronprinz Christian von Glücksburg, anerkannt, als Souverän über das Königreich Dänemark und die Herzogtümer zu herrschen; im Gegenzug mussten die Dänen versprechen, Schleswig nicht zu annektieren oder am Verfassungsstatus der Herzogtümer zu rütteln, ohne zuvor die (größtenteils deutschen) Stände der beiden umstrittenen Fürstentümer zu konsultieren.
21 Eine ausführliche Analyse von Bismarcks Argumentation findet sich in Pflanze, *Bismarck, der Reichsgründer*, S. 241–271. Eine hilfreiche Übersicht über die Entwicklungen im Vorfeld des Krieges liefern Dennis Showalter, *The Wars of German Unification*, London 2004, S. 117–122, und Craig, *Politics of the Prussian Army*, S. 180–184.
22 Showalter, *Wars of German Unification*, S. 126.
23 Wolfgang Förster (Hg.), *Prinz Friedrich Karl von Preußen. Denkwürdigkeiten aus seinem Leben*, 2 Bde, Stuttgart 1910, Bd. 1, S. 307ff.
24 Roon an Bismarck, 29. Mai 1864, in: *Denkwürdigkeiten aus dem Leben des General-Feldmarschalls Kriegsminister Grafen von Roon* (2 Bde Breslau, 1892), Bd. 2, S. 186 ff.
25 Siehe Sitzung des Hauses der Abgeordneten, Dienstag, 13. Juni 1865, in: Horst Kohl (Hg.), *Die politischen Reden des Fürsten Bismarck. Historisch-kritische Gesamtausgabe*, 14 Bde, Stuttgart, 1892–1905, Bd. 2 (1892) S. 376–390; auch Pflanze, *Bismarck, der Reichsgründer*, S. 280–288.
26 Siemann, *Gesellschaft im Aufbruch*, S. 99–123; Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3: *Von der »Deutschen Doppelrevolution« bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849–1914*, S. 66–97.
27 Bismarck an Karl Friedrich von Savigny, Berlin, 24. März 1865, in: Kohl, *Die politischen Reden*, Bd. 14, S. 693.
28 Bismarck an Baron Karl von Werther, Berlin, 6. August 1864, in: Helmut Böhme (Hg.), *Die Reichsgründung*, München 1967, S. 143ff.
29 Zitiert in: Mosse, *European Powers*, S. 133.
30 Zu diesem Treffen siehe Pflanze, *Bismarck, der Reichsgründer*, S. 296; Ernst Engelberg, *Bismarck*, S. 570. Es war nicht, wie häufig behauptet, Bismarck, der den Krieg mit der Notwendigkeit begründete, die Liberalen zu besiegen. Dieses Argument wurde von einem anderen Teilnehmer der Konferenz vorgebracht und von Bismarck explizit zurückgewiesen.
31 Heinrich von Srbik, »Der Geheimvertrag Österreichs und Frankreichs vom 12. Juni 1866«, in: *Historisches Jahrbuch*, 57 (1937), S. 454–507; Gerhard Ritter, »Bismarck und die Rheinpolitik Napoleons III.«, in: *Rheinische Vierteljahrsblätter*, 15/16 (1950/51), S. 339–370; E. Ann Pottinger, *Napoleon III and the German Crisis. 1856–1866*, Cambridge, MA, 1966, S. 24–150; Pflanze, *Bismarck, der Reichsgründer*, S. 304ff.
32 Zur russischen Perspektive siehe Dietrich Beyrau, *Russische Orientpolitik und die Entstehung des deutschen Kaiserreichs 1866–1870/71*, Wiesbaden 1974; derselbe, »Russische Interessenzonen und europäisches Gleichgewicht 1860–1870«, in: Eberhard Kolb (Hg.), *Europa vor dem Krieg von 1870*, München 1987, S. 67–76; derselbe, »Der deutsche Komplex. Rußland zur Zeit der Reichsgründung«, in: Eberhard Kolb (Hg.), *Europa und die Reichsgründung. Preußen-Deutschland in der Sicht der großen europäischen Mächte 1860–1880*, (Historische Zeitschrift: Beiheft; N.F. 6), München 1980, S. 63–108.
33 Zu den Entwicklungen im Vorfeld des Krieges von 1866 siehe Showalter, *Wars of German Unification*, S. 132–159; Sheehan, *German History*, S. 899–908; Pflanze, *Bismarck, der Reichsgründer*, S. 295–321.
34 Frank J. Coppa, *The Origins of the Italian Wars of Independence*, London 1992, S. 122, 125.

35 Walter, *Heeresreformen*.
36 Zu diesem Punkt siehe Voth, »The Prussian Zollverein«, S. 122ff.
37 Showalter, *Wars of German Unification*, S. 168.
38 Wawro, *Austro-Prussian War*, S. 130–135, 145ff.
39 Ebenda, S. 134.
40 Kommuniqué an von der Goltz, Berlin, 30. März 1866, in: Petersdorff u. a. (Hg.), *Bismarck. Die gesammelten Werke*, Bd. 5, S. 429.
41 Zitiert in: Johannes Ziekursch, *Politische Geschichte des neuen Kaiserreiches*, 3 Bde, Frankfurt am Main, 1927–1932, Bd. 1, S. 203. Zu Siemens, siehe Jürgen Kocka, *Unternehmerverwaltung und Angestelltenschaft am Beispiel Siemens, 1847–1914. Zum Verhältnis von Kapitalismus und Bürokratie in der deutschen Industrialisierung*, Stuttgart 1969, S. 52f.
42 Rudolf Stadelmann, *Moltke und der Staat*, Krefeld 1950, S. 73; Sheehan, *German Liberalism*, S. 109–118.
43 Eine englische Übersetzung der Rede Wilhelms I. vor dem Landtag am 5. August 1866, in der er das Indemnitätsgesetz vorschlägt, findet sich in Theodor Hamerow, *The Age of Bismarck. Documents and Interpretations*, New York 1973, S. 80ff.
44 Pflanze, *Bismarck, der Reichsgründer*, S. 335.
45 Hagen Schulze, »Preußen von 1850 bis 1871. Verfassungsstaat und Reichsgründung«, in: Büsch u. a. (Hg.), *Handbuch der preußischen Geschichte*, Bd. 2, S. 293–374, Zitat S. 357.
46 Bericht über das Gespräch von Gelzer an Großherzog Friedrich, Berlin, 20. August 1866, in: Hermann Oncken (Hg.), *Großherzog Friedrich I. von Baden und die deutsche Politik von 1854 bis 1871: Briefwechsel, Denkschriften, Tagebücher*, 2 Bde, Stuttgart 1927, Bd. 2, S. 23ff., hier S. 25.
47 Ebenda, S. 25.
48 Katherine Lerman, *Bismarck*, Harlow 2004, S. 145.
49 David Wetzel, *A Duel of Giants. Bismarck, Napoleon III and the Origins of the Franco-Prussian War*, Madison 2001, S. 93.
50 Zu Bismarcks Plänen siehe Jochen Dittrich, *Bismarck, Frankreich und die spanische Thronkandidatur der Hohenzollern*, München 1962; Eberhard Kolb, *Der Kriegsausbruch 1870*, Göttingen 1970; Josef Becker, »Zum Problem der Bismarckschen Politik in der spanischen Thronfrage«, in: *Historische Zeitschrift*, 212 (1971), S. 529–605 und derselbe, »Von Bismarcks ›spanischer Diversion‹ zur ›Emser Legende‹ des Reichsgründers«, in: Johannes Burkhardt u. a. (Hg.), *Lange und kurze Wege in den Ersten Weltkrieg. Vier Augsburger Beiträge zur Kriegsursachenforschung*, München 1996, S. 87–113. Becker argumentiert für einen geplanten Präventivkrieg, die Gegenposition wird vertreten in Eberhard Kolb, »Mächtepolitik und Kriegsrisiko am Vorabend des Krieges von 1870: Anstelle eines Nachwortes«, in: Derselbe (Hg.), *Europa vor dem Krieg von 1870. Mächtekonstellation, Konfliktfelder, Kriegsausbruch*, München 1987, S. 203–209.
51 Martin Schulze Wessel, *Rußlands Blick nach Preußen, Die polnische Frage in der Diplomatie und der politischen Öffentlichkeit des Zarenreiches und des Sowjetstaates 1697–1947*, Stuttgart 1995, S. 131f.; Barbara Jelavich, »Rußland und die Einigung Deutschlands unter preußischer Führung«, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 19 (1968), S. 521–538; Klaus Meyer, »Rußland und die Gründung des Deutschen Reiches«, in: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands*, 22 (1973), S. 176–195.
52 Zitiert in: Pflanze, *Bismarck, der Reichsgründer*, S. 760.
53 Zitiert in: J.-S. Bled, *Franz Joseph*, Oxford 1994, S. 178. Siehe auch Steven Beller, *Francis Joseph*, Harlow 1996, S. 107–110.
54 Claude Digeon, *La Crise allemande dans la pensée française 1870–1914*, Paris 1959, S. 535–542.
55 Volker Ullrich, *Otto von Bismarck*, Hamburg 1998, S. 93.

56 Zitiert in: Eckhard Buddruss, »Die Deutschlandpolitik der Französischen Revolution zwischen Tradition und revolutionärem Bruch«, in: Karl Otmar von Aretin und Karl Härter (Hg.), *Revolution und konservatives Beharren. Das Alte Reich und die Französische Revolution*, Mainz 1990, S. 145–152, hier S. 147; Simms, *Struggle for Mastery*, S. 44f.

57 Martin Schulze Wessel, »Die Epochen der russisch-preußischen Beziehungen«, in: Neugebauer (Hg.), *Handbuch der preußischen Geschichte*, Bd. 3, S. 713.

58 Paul W. Schroeder, »Lost intermediaries«; Rainer Lahme, *Deutsche Außenpolitik 1890–1894: von der Gleichgewichtspolitik Bismarcks zur Allianzstrategie Caprivis*, Göttingen 1990, S. 488ff. und passim; Wolfgang Canis, *Von Bismarck zur Weltpolitik. Deutsche Außenpolitik 1890–1902*, Berlin 1997, S. 400f. und passim.

Kapitel 16: In Deutschland aufgegangen

1 Der Text der Reichsverfassung von 1871 ist abgedruckt in Ernst Rudolf Huber (Hg.), *Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte*, Bd. 2: *Deutsche Verfassungsdokumente 1851–1900*, 3., neubearb. Aufl., Stuttgart u. a. 1986, S. 384–402, hier S. 385; hilfreiche Kommentare enthält E. M. Hucko (Hg.), *The Democratic Tradition. Four German Constitutions*, Leamington Spa, Hamburg, New York, 1987, S. 121. Alle Zitate stammen aus Huber. Online ist der vollständige deutsche Wortlaut erhältlich unter *http://www.deutsche-kaiserreich.de/* siehe Verfassungsurkunde; letzter Zugriff am 17. November 2006.

2 Nach Artikel 3. Allgemeiner zur Definition der Staatsbürgerschaft, siehe Andreas Fahrmeir, *Citizens and Aliens. Foreigners and the Law in Britain and the German States, 1789–1870*, New York 2000, insbesondere S. 39–43, 232–236.

3 Reichsverfassung von 1871, Artikel 6, in: Huber (Hg.), *Dokumente zur Verfassungsgeschichte*, S. 387.

4 Michael Stürmer, »Eine politische Kultur – oder zwei? Betrachtungen zur Regierungsweise des Kaiserreichs«, in: Oswald Hauser (Hg.), *Zur Problematik Preußen und das Reich*, Köln 1984, S. 35–48, hier S. 39f..

5 Friedrich-Christian Stahl, »Preußische Armee und Reichsheer 1871–1914«, in: Hauser (Hg.), *Preußen und das Reich*, S. 181–246, hier S. 234.

6 Thomas Kühne, *Dreiklassenwahlrecht und Wahlkultur in Preußen 1867–1914. Landtagswahlen zwischen korporativer Tradition und politischem Massenmarkt*, Düsseldorf 1994, S. 57f.

7 Zum *Herrenhaus* und seiner Rolle im preußischen sozialen und politischen System siehe das aktuelle Standardwerk Hartwin Spenkuch, *Das Preußische Herrenhaus. Adel und Bürgertum in der Ersten Kammer des Landtags 1854–1918*, Düsseldorf 1998. Zur »Ballastfunktion« des Hauses, siehe S. 552.

8 Kühne, *Dreiklassenwahlrecht*, S. 59, 62, 71ff., 79f.

9 Bernhard Fürst von Bülow, *Denkwürdigkeiten*, 4 Bde, Bd. 1, Berlin 1930, S. 32, 42, 58, 382ff.; vgl. englische Ausgabe: *Memoirs*, übersetzt von F. A. Voigt, 4 Bde, London, New York, 1931/32, Bd. 1 S. 233f., 291; H. Horn, *Der Kampf um den Bau des Mittellandkanals. Eine politologische Untersuchung über die Rolle eines wirtschaftlichen Interessenverbandes im Preußen Wilhelms II.*, Köln, Opladen 1964, S. 40–43.

10 Lothar Gall, »Zwischen Preußen und dem Reich: Bismarck als Reichskanzler und Preußischer Ministerpräsident«, in: Hauser (Hg.), *Preußen und das Reich*, S. 155–164. Allgemeiner zu Preußens »bahnbrechender Rolle« siehe Hagen Schulze, »Preußen von 1850 bis 1871« in: Büsch u. a. (Hg.), *Handbuch der preußischen Geschichte*, Bd. 2, S. 293–373, hier S. 367–370; Spenkuch, »Vergleichsweise besonders?«, passim.

11 Simone Lässig, »Wahlrechtsreform in den deutschen Einzelstaaten. Indikatoren für Modernisierungstendenzen und Reformfähigkeit im Kaiserreich«, in: Dieselbe

u. a. (Hg.), *Modernisierung und Region im wilhelminischen Deutschland*, Bielefeld 1995, S. 127–169.

12 Helmut Croon, »Die Anfänge der Parlamentarisierung im Reich und die Auswirkungen auf Preußen«, in: Hauser (Hg.), *Preußen und das Reich*, S. 105–154, hier S. 108.

13 Zur Kluft zwischen Ost und West innerhalb der preußischen politischen Kultur siehe Heinz Reif, »Der katholische Adel Westfalens und die Spaltung des Adelskonservatismus in Preußen während des 19. Jahrhunderts«, in: Karl Teppe (Hg.), *Westfalen und Preußen*, Paderborn 1991, S. 107–124.

14 Shelley Baranowski, »East Elbian Landed Elites and Germany's Turn to Fascism: The Sonderweg revisited«, in: *European History Quarterly* (1996), S. 209–240; Ilona Buchsteiner, »Pommerscher Adel im Wandel des 19. Jahrhunderts«, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 25 (1999), S. 343–374.

15 James Sheehan, »Liberalism and the City in Nineteenth-century Germany«, in: *Past & Present*, 51 (1971), S. 116–137; Dieter Langewiesche, »German Liberalism in the Second Empire«, in: Konrad Jarausch und Larry Eugene Jones (Hg.), *In Search of Liberal Germany. Studies in the History of German Liberalism from 1789 to the Present*, New York 1990, S. 217–235, insbesondere S. 230–233.

16 Bernhard von Bülow an Philipp zu Eulenburg, Bukarest, 9. Januar 1893, in: John Röhl (Hg.), *Philipp Eulenburgs Politische Korrespondenz*, 3 Bde, Boppard am Rhein, 1976–1983, Bd. 2, S. 1007.

17 Wolfgang Mommsen, »Kultur und Politik im deutschen Kaiserreich«, in: Derselbe, *Der autoritäre Nationalstaat. Verfassung, Gesellschaft und Kultur des deutschen Kaiserreiches*, Frankfurt am Main 1990, S. 257–286, hier S. 271.

18 Zitiert in Rudolf Braun und David Guggerli, *Macht des Tanzes – Tanz der Mächtigen. Hoffeste und Herrschaftszeremoniell 1550–1914*, München 1993, S. 289 und S. 318.

19 Bernd Nicolai, »Architecture and Urban Development«, in: Gert Streidt und Peter Feierabend (Hg.), *Prussia. Art and Architecture*, Köln 1999, S. 416–455 (dt.: Gert Streidt u. a., *Preußen - Kunst und Architektur*, Köln 1999).

20 Margrit Bröhan, *Walter Leistikow, Maler der Berliner Landschaft*, Berlin 1988.

21 Beispiele für Gebäude, die den »preußischen Stil« angreifen, sind Messels Kaufhaus Wertheim (1896–1898) und das Versicherungsgebäude (1903/04), sowie Behrens' AEG Kleinmaschinenfabrik (1910–1913) und AEG Turbinenfabrik (1909), alle in Berlin.

22 Margaret Lavinia Anderson, *Windthorst. A Political Biography*, Oxford 1981, insbesondere S. 130–200 (dt.: *Windthorst. Zentrumspolitiker und Gegenspieler Bismarcks*, Düsseldorf 1988); David Blackbourn, *Marpingen: Apparitions of the Virgin Mary in Bismarckian Germany, 1871–1887*, Oxford 1993, S. 106–120; Ronald J. Ross, *The Failure of Bismarck's Kulturkampf. Catholicism and State Power in Imperial Germany, 1871– 1887*, Washington 1998, S. 49, 95–157.

23 Zitiert und diskutiert in Pflanze, *Bismarck, der Reichsgründer*, S. 372, 701; Petersdorff u. a. (Hg.), *Bismarck. Gesammelte Werke*, Bd. 14, S. 340.

24 Christa Stache, *Bürgerlicher Liberalismus und katholischer Konservatismus in Bayern 1867–1871. Kulturkämpferische Auseinandersetzungen vor dem Hintergrund von nationaler Einigung und wirtschaftlich-sozialem Wandel*, Frankfurt 1981, S. 66–108.

25 Lerman, *Bismarck*, S. 176.

26 Michael Gross, *The War Against Catholicism. Liberalism and the Anti-Catholic Imagination in Nineteenth-century Germany*, Ann Arbor, MI, 2004; Roisín Healy, *The Jesuit Spectre in Imperial Germany*, Leiden 2003.

27 Pflanze, *Bismarck, der Reichsgründer*, S. 718.

28 Vgl. Gordon A. Craig, *Deutsche Geschichte 1866–1945. Vom Norddeutschen Bund bis zum Ende des Dritten Reiches*, München 1980, S. 73.

29 Die folgenden Beispiele sind entnommen aus Ross, *Failure*, S. 53–74, 95–101.

30 Günther Dettmer, *Die Ost- und Westpreußischen Verwaltungsbehörden im Kulturkampf*, Heidelberg 1958, S. 117.

31 Jonathan Sperber, *The Kaiser's Voters. Electors and Elections in Imperial Germany*, Cambridge 1997; Margaret Lavinia Anderson, *Practicing Democracy. Elections and Political Culture in Imperial Germany*, Princeton, NJ, 2000, S. 69–151.
32 Reichstagsrede vom 24. Februar 1881, in: Petersdorff u. a. (Hg.), *Bismarck. Die gesammelten Werke*, Bd. 12, S. 188–195, hier S. 195.
33 Rede vom 24. Februar 1870 des Abgeordneten Kantak aus Inowrocław-Mogilno (Provinz Posen), *Verhandlungen des Reichstages des Norddeutschen Bundes. Stenographische Berichte*, Bd. 1 (1870), S. 74.
34 Hagen, *Germans, Poles and Jews*, S. 106.
35 Klaus Helmut Rehfeld, *Die preußische Verwaltung des Regierungsbezirks Bromberg (1848–1871)*, Heidelberg 1968, S. 25. Zu zwischenethnischen Spannungen siehe Kazimierz Wajda, »The Poles and the Germans in West Prussia province in the 19th and the beginning of the 20th century«, in: Jan Sziling und Mieczysław Wojciechowski (Hg.), *Neighbourhood Dilemmas. The Poles, the Germans and the Jews in Pomerania along the Vistula River in the 19th and the 20th century*, Torun 2002, S. 9–19.
36 Siegfried Baske, *Praxis und Prinzipien der preußischen Polenpolitik vom Beginn der Reaktionszeit bis zur Gründung des deutschen Reiches*, Berlin 1963, S. 209.
37 Hagen, *Germans, Poles and Jews*, S. 121; Baske, *Praxis*, S. 78.
38 Baske, *Praxis*, S. 186ff.
39 Ebenda, S. 123, 224; Manfred Laubert, *Die preußische Polenpolitik von 1772–1914*, 3. Aufl., Krakau 1944, S. 131f.
40 Bericht vom 16. August 1870, zitiert in: Pflanze, *Bismarck, der Reichsgründer*, S. 619.
41 Staatsministerialsitzungsprotokoll, Berlin 13. Oktober 1871, in: Adelheid Constabel, *Die Vorgeschichte des Kulturkampfes*, Quellenveröffentlichung aus dem Deutschen Zentralarchiv (2. Aufl., Berlin 1957), S. 127/128.
42 Lech Trzeciakowski, *The Kulturkampf in Prussian Poland*, übers. v. Katarzyna Kretkowska, Boulder, CO, 1990, S. 88–95.
43 Kossert, *Masuren*, S. 196–205. Zu den Litauern siehe Forstreuter, »Die Anfänge der Sprachstatistik« und derselbe, »Deutsche Kulturpolitik im sogenannten Preußisch-Litauen«, in: Derselbe, *Wirkungen*, S. 312f. und 334–344.
44 Pflanze, *Bismarck, der Reichsgründer*, S. 622f.; Hagen, *Germans, Poles and Jews*, S. 128ff., 145.
45 Serrier, *Entre Allemagne et Pologne*, S. 286.
46 Hagen, *Germans, Poles and Jews*, S. 180–207.
47 Zu den Historikern siehe Michael Burleigh, *Germany Turns Eastwards. A Study of Ostforschung in the Third Reich*, Cambridge 1988, S. 4–7; Wolfgang Wippermann, *Der deutsche ›Drang nach Osten‹. Ideologie und Wirklichkeit eines politischen Schlagwortes*, Darmstadt 1981.
48 Werner T. Angress, »Prussia's Army and the Jewish Reserve Officer Controversy Before World War I«, in: *Leo Baeck Institute Yearbook*, 17 (1972), S. 19–42; Norbert Kampe, »Jüdische Professoren im deutschen Kaiserreich«, in: Rainer Erb und Michael Schmidt (Hg.), *Antisemitismus und jüdische Geschichte. Studien zu Ehren von Herbert A. Strauss*, Berlin 1987, S. 185–211.
49 Till van Rahden, »Mingling, Marrying and Distancing. Jewish Integration in Wilhelmine Breslau and its Erosion in Early Weimar Germany«, in: Wolfgang Benz, Arnold Paucker und Peter Pulzer (Hg.), *Jüdisches Leben in der Weimarer Republik – Jews in the Weimar Republic*, Tübingen 1988, S. 193–216; derselbe, *Juden und andere Breslauer. Die Beziehungen zwischen Juden, Protestanten und Katholiken in einer deutschen Großstadt, 1860–1925*, Göttingen 2000.
50 Stephanie Schueler-Springorum, *Die jüdische Minderheit in Königsberg/Pr. 1871–1945*, Göttingen 1996, S. 192. Siehe auch die Aufsätze in Andreas Gotzmann, Rainer Liedtke und Till van Rahden (Hg.), *Juden, Bürger, Deutsche: Zur Geschichte von Vielfalt und Differenz 1800–1933*, Tübingen 2001.
51 Moritz Lazarus, »Wie wir Staatsbürger wurden«, in: *Im Deutschen Reich*, 3 (1897), S. 239–247, hier S. 246; Reinhard Rürup, »The Tortuous and Thorny Path to Legal

Equality. ›Jew Laws‹ and Emancipatory Legislation in Germany from the Late Eighteenth Century«, in: *Leo Baeck Institute Yearbook*, 31 (1986), S. 3–33. Zur »Staatsbürgerschaft« siehe insbesondere anonym, »Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens am Schlusse seines ersten Lustrums«, in: *Im Deutschen Reich*, 4 (1898), S. 1–6; anonym, »Die Bestrebungen und Ziele des Centralvereins«, in: *Im Deutschen Reich*, 1 (1895), S. 142–158; anonym, »Unsere Stellung«, in: *Im Deutschen Reich*, 1 (1895), S. 5f.

52 Christopher Clark, »The Jews and the German State in the Wilhelmine Era«, in: Michael Brenner, Rainer Liedtke und David Rechter (Hg.), *Two Nations. British and German Jews in Comparative Perspective*, Tübingen 1999, S. 163–184.

53 Ernst Hamburger, *Juden im öffentlichen Leben Deutschlands*, Tübingen 1968, S. 47; anonym, »Justizminister a. D. Schönstedt«, in: *Im Deutschen Reich*, 11 (1905), S. 623–626.

54 Heeringen, Reichstagsrede vom 10. Februar 1910, zitiert in: Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte, XII. Legislaturperiode, Bd. 259, 32. Sitzung, S. 1105; siehe auch Angress, »Prussia's Army«, S. 35.

55 Norbert Kampe, *Studenten und die »Judenfrage« im deutschen Kaiserreich. Die Entstehung einer akademischen Trägerschicht des Antisemitismus*, Göttingen 1988, S. 34–37.

56 Dietz Bering, *The Stigma of Names. Anti-Semitism in German Daily Life, 1812–1933*, Oxford 1992, insbesondere S. 87–118.

57 Werner T. Angress, »The German Army's Judenzählung of 1916. Genesis – Consequences – Significance«, in: *Leo Baeck Institute Yearbook*, 23 (1978), S. 117–137.

58 Eva G. Reichmann, »Der Bewußtseinswandel der deutschen Juden«, in: Werner E. Mosse und Arnold Paucker (Hg.), *Deutsches Judentum in Krieg und Revolution, 1916–1923*, Tübingen 1971, S. 511–612, hier S. 516. Der Text des Dekrets zur Judenzählung ist abgedruckt in Werner T. Angress, »Das deutsche Militär und die Juden im Ersten Weltkrieg«, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen*, 19 (1976), S. 77–146; Helmut Berding, *Moderner Antisemitismus in Deutschland*, Frankfurt am Main 1988, S. 169. Der Kommentar stammt aus R. Lewin, »Der Krieg als jüdisches Erlebnis«, in: *Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums*, 63 (1919), S. 1–14, hier S. 9.

59 Helmut Walser Smith, *The Butcher's Tale. Murder and Antisemitism in a German Town*, New York 2002, insbesondere S. 180–184 (dt.: *Die Geschichte des Schlachters. Mord und Antisemitismus in einer deutschen Kleinstadt*, Göttingen 2002); Christoph Nonn, *Eine Stadt sucht einen Mörder: Gerücht, Gewalt und Antisemitismus im Kaiserreich*, Göttingen 2002, S. 169–187.

60 Christoph Cobet, *Der Wortschatz des Antisemitismus in der Bismarckzeit*, München 1973, S. 49.

61 Zitate aus Michael Stürmer, *Das ruhelose Reich*, Berlin 1983, S. 238. Zu Bismarcks Dominanz über Wilhelm I. siehe Börner, *Wilhelm I.*, S. 182–185, 218–221.

62 Börner, *Wilhelm I.*, S. 239, 265; Franz Herre, *Kaiser Wilhelm I. Der letzte Preuße*, Köln 1980, S. 439f., 487.

63 Christopher Clark, *Kaiser Wilhelm II*, Harlow, 2000, S. 161.

64 Thomas Kohut, *Wilhelm II and the Germans: A Study in Leadership*, New York und Oxford, 1991, S. 235–238. Zur Steuerung der Reden durch das zivile Kabinett siehe Eisenhardt an Valentini, 11. August 1910, Kommentar mit Bleistift, GStA Berlin-Dahlem, HA I, Rep. 89, Nr. 678. Zu Friedrichs Reden als Kronprinz siehe Victoria, Kaiserin Friedrich an Königin Victoria, September 1891, in: Frederick E. G. Ponsonby (Hg.), *Letters of the Empress Frederick*, London 1928, S. 427ff.

65 Thomas Kohut, *Wilhelm II and the Germans: A Study in Leadership*, New York, 1991, S. 138. Zur »Charismatisierung« siehe Isobel V. Hull, »Der kaiserliche Hof als Herrschaftsinstrument«, in: Hans Wilderotter und Klaus D. Pohl (Hg.), *Der Letzte Kaiser. Wilhelm II. im Exil*, Berlin 1991, S. 26f.

66 Siehe zum Beispiel die Rede, die er auf einem Galaabend in Münster hielt, 31. August 1907, anhand von persönlichen Notizen Wilhelms, GStA Berlin-Dahlem, HA I, Rep. 89, Nr. 673, Akte 28.

67 Stenogramm einer Rede in Memel, 23. September 1907, GStA Berlin-Dahlem, HA I, Rep. 89, Nr. 673, Akte 30.
68 Otto Pflanze, *Bismarck, der Reichskanzler*, München 1998, S. 634f.; Graf Waldersee, Tagebucheintrag, 21. April 1891, in: Heinrich Otto Meisner (Hg.), *Denkwürdigkeiten des General-Feldmarschalls Alfred Grafen von Waldersee*, 3 Bde, Stuttgart und Berlin 1923–1925, Bd. 2, S. 206. Partikularistische Reaktionen in: Röhl (Hg.), *Politische Korrespondenz*, Bd. 1, S. 679, Anm. 2.
69 Siehe z. B. Wilhelms Reden vor dem Reichstag am 24. Februar 1892 und 24. Februar 1894, in: A. Oskar Klaußmann (Hg.), *Kaiserreden. Reden und Erlasse, Briefe und Telegramme Kaiser Wilhelms des Zweiten. Ein Charakterbild des Deutschen Kaisers*, Leipzig 1902, S. 400ff., S. 403ff.; dazu auch Louis Elkind (Hg.), *The German Emperor's Speeches. Being a Selection from the Speeches, Edicts, Letters and Telegrams of the Emperor William II*, London 1904, S. 292, 295.
70 Eulenburg an Wilhelm II., München, 10. März 1892, in: Röhl (Hg.), *Politische Korrespondenz*, Bd. 2, S. 798, Hervorhebung im Original.
71 Eulenburg an Wilhelm II., Berlin, 28. November 1891, in: Röhl (Hg.), *Politische Korrespondenz*, Bd. 1, S. 730.
72 Olaf Gulbransson, »Kaisermanöver«, *Simplicissimus*, 20. September 1909. Die Karikatur wird erörtert in Jost Rebentisch, *Die vielen Gesichter des Kaisers. Wilhelm II. in der deutschen und britischen Karikatur (1888–1918)*, Berlin 2000, S. 86, 299.
73 Holstein an Eulenburg, 27. Februar 1892, in: Röhl (Hg.), *Politische Korrespondenz*, Bd. 2, S. 780.
74 Helga Abret und Aldo Keel, *Die Majestätsbeleidigungsaffäre des »Simplicissimus«-Verlegers Albert Langen. Briefe und Dokumente zu Exil und Begnadigung, 1898–1903*, Frankfurt am Main 1985, insbesondere S. 40f.
75 Konsistorialrat Blau an Lucanus (Chef des zivilen Kabinetts), Wernigerode, 4. April 1906, GStA Berlin-Dahlem, HA I, Rep. 89, Nr. 672, Akte 17; Carl von Wedel, Tagebucheinträge vom 20., 22. April 1891, in: Derselbe (Hg.), *Zwischen Kaiser und Kanzler. Aufzeichnungen des Generaladjutanten Grafen Carl von Wedel aus den Jahren 1890–1894*, Leipzig [1943], S. 176f.
76 Bernd Sösemann, »Die sogenannte Hunnenrede Wilhelms II. Textkritische und interpretatorische Bemerkungen zur Ansprache des Kaisers vom 27. Juli 1900 in Bremerhaven«, in: *Historische Zeitschrift*, 222 (1976), S. 342–358; Clark, *Kaiser Wilhelm II*, S. 169ff.
77 Bernd Sösemann, »›Pardon wird nicht gegeben; Gefangene nicht gemacht‹. Zeugnisse und Wirkungen einer rhetorischen Mobilmachung«, in: John Röhl (Hg.), *Der Ort Kaiser Wilhelms II. in der deutschen Geschichte*, München 1991, S. 79–94, hier S. 88.
78 Vgl. Walther Rathenau, *Der Kaiser. Eine Betrachtung*, Berlin 1919, S. 28f.
79 Isobel Hull, »Persönliches Regiment«, in: Röhl (Hg.), *Der Ort*, S. 3–24.
80 Siehe zum Beispiel *Norddeutsche Allgemeine Zeitung*, 30. August 1910 (Ausschnitte in GStA Berlin-Dahlem HA I, Rep. 89, Nr. 678, Akte 43).
81 »Der schweigende Kaiser«, in: *Frankfurter Zeitung*, 14. September 1910.
82 Gevers an holländisches Außenministerium, Berlin, 12. November 1908, *Algemeen Rijksarchief Den Haag*, 2.05.19, Bestanddeel 20.
83 Willibald Guttsmann, *Art for the Workers. Ideology and the Visual Arts in Weimar Germany*, Manchester 1997.
84 Werner K. Blessing, »The Cult of Monarchy, Political Loyalty and the Workers' Movement in Imperial Germany«, in: *Journal of Contemporary History*, 13 (1978), S. 357–373, hier S. 366–369.
85 Siehe M. Cattaruzza, »Das Kaiserbild in der Arbeiterschaft am Beispiel der Werftarbeiter in Hamburg und Stettin«, in: Röhl (Hg.), *Der Ort*, S. 131–144.
86 Richard J. Evans (Hg.), *Kneipengespräche im Kaiserreich. Stimmungsberichte der Hamburger Politischen Polizei 1892–1914*, Reinbek 1989, S. 328, 329, 330.

87 F. Wilhelm Voigt, *Wie ich Hauptmann von Köpenick wurde: Mein Lebensbild*, Leipzig und Berlin 1909. Nähere Einzelheiten zu dem Fall siehe insbesondere S. 107–127; Wolfgang Heidelmeyer, *Der Fall Köpenick. Akten und zeitgenössische Dokumente zur Historie einer preußischen Moritat*, Frankfurt am Main 1967; Winfried Löschburg, *Ohne Glanz und Gloria. Die Geschichte des Hauptmanns von Köpenick*, Berlin 1998. Viel nützliches Material ist zusammengestellt unter http://www.koepenickia.de/index.htm; letzter Zugriff am 16. September 2004.

88 Beschreibung aus Löschburg, *Ohne Glanz und Gloria*, S. 12; *Vorwärts!*, 18., 19., 20., 21., 23., 28. Oktober 1906.

89 Nicholas Stargardt, *The German Idea of Militarism. Radical and Socialist Critics, 1866–1914*, Cambridge 1994, S. 3.

90 *Vorwärts!*, 19. Oktober 1906.

91 Philipp Müller, »›Ganz Berlin ist Hintertreppe‹. Sensationen des Verbrechens und die Umwälzung der Presselandschaft im wilhelminischen Berlin (1890–1914)«, Dissertation, European University Institute, Florenz (2004), S. 341–353.

92 Franz Mehring, »Das Zweite Jena«, in: *Neue Zeit*, Berlin, 25. Januar 1906, S. 81–84.

93 Stache, *Bürgerlicher Liberalismus*, S. 91f.

94 Werner Conze, Michael Geyer und Reinhard Stumpf, »Militarismus«, in: Otto Brunner u. a. (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, 8 Bde., Stuttgart 1972–1997, Bd. 4, S. 1–47; Bernd Ulrich, Jakob Vogel und Benjamin Ziemann (Hg.), *Untertan in Uniform. Militär und Militarismus im Kaiserreiche 1871–1914*, Frankfurt am Main 2001, S. 12; Stargardt, *German Idea*, S. 24f.

95 Ein Beispiel dafür, inwiefern militärische Traditionen und Rituale in das öffentliche Zeremoniell Einzug hielten, bietet Klaus Tenfelde, *Ein Jahrhundertfest. Das Krupp-Jubiläum in Essen 1912*, Essen 2004.

96 Dieter Düding, »Die Kriegervereine im wilhelminischen Reich und ihr Beitrag zur Militarisierung der deutschen Gesellschaft«, in: Jost Dulffer und Karl Holl (Hg.), *Bereit zum Krieg. Kriegsmentalität im wilhelminischen Deutschland 1890–1914*, Göttingen 1986, S. 99–212; Thomas Rohkrämer, *Der Gesinnungsmilitarismus der »kleinen Leute«. Die Kriegervereine im deutschen Kaiserreich 1871–1914*, München 1990; derselbe, »Der Gesinnungsmilitarismus der ›kleinen Leute‹ im deutschen Kaiserreich«, in: Wolfram Wette (Hg.), *Der Krieg des kleinen Mannes*, München 1992, S. 95–109.

97 Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3, S. 880–885. Siehe auch Spenkuch, »Vergleichsweise besonders?«

98 Jakob Vogel, *Nationen im Gleichschritt. Der Kult der »Nation in Waffen« in Deutschland und Frankreich, 1871–1914*, Göttingen 1997.

99 Anne Summers, »Militarism in Britain before the Great War«, in: *History Workshop Journal*, 2 (1976), S. 104–123; John M. Mackenzie (Hg.), *Popular Imperialism and the Military, 1850–1950*, Manchester 1992.

100 Ulrich, Vogel und Ziemann, *Untertan in Uniform*, S. 21.

101 Stargardt, *German Idea*, S. 132f., 142; Jeffrey Verhey, *The Spirit of 1914. Militarism, Myth and Mobilisation in Germany*, New York 2000 (dt.: *»Der Geist von 1914« und die Erfindung der Volksgemeinschaft*, Hamburg 2000).

102 Robert von Friedeburg, »Klassen-, Geschlechter- oder Nationalidentität? Handwerker und Tagelöhner in den Kriegervereinen der neupreußischen Provinz Hessen-Nassau 1890–1914«, in: Ute Frevert (Hg.), *Militär und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1997, S. 229–244.

103 Roger Chickering, »Der ›Deutsche Wehrverein‹ und die Reform der deutschen Armee 1912–1914«, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen*, 25 (1979), S. 7–33; Stig Förster, *Der doppelte Militarismus. Die deutsche Heeresrüstungspolitik zwischen Status-quo-Sicherung und Aggression 1890–1913*, Stuttgart 1985, S. 208–296; Volker Berghahn, *Germany and the Approach of War in 1914*, London 1973, insbesondere S. 5–24.

104 Huber (Hg.), *Dokumente zur Verfassungsgeschichte*, S. 398f.

105 Zur Frage von Militärausgaben als »struktureller Schwäche« im Verfassungssystem des Reiches siehe Huber, *Verfassungsgeschichte*, Bd. 4: *Struktur und Krisen des Kaiserreichs*, S. 545–549; Dieter C. Umbach, *Parlamentsauflösung in Deutschland. Verfassungsgeschichte und Verfassungsprozeß*, Berlin 1989, S. 221, 1227ff.; John Iliffe, *Tanganyika Under German Rule, 1905–1912*, Cambridge 1969, S. 42.

106 Stahl, »Preußische Armee«, in: Hauser (Hg.), *Preußen und das Reich*, S. 181–246.

107 Wilhelm Deist, »Kaiser Wilhelm II. als Oberster Kriegsherr«, in: Röhl (Hg.), *Der Ort*, S. 30; derselbe, »Kaiser Wilhelm II in the context of his military and naval entourage«, in: John C. G. Röhl und Nicolas Sombart (Hg.), *Kaiser Wilhelm II. New Interpretations*, Cambridge 1982, S. 169–192, hier S. 182f.

108 Wilhelm Deist, »Oberster Kriegsherr«, in: Röhl (Hg.), *Der Ort*, S. 30; derselbe, »Entourage« in: Röhl und Sombart (Hg.), *Wilhelm II.*, S. 176ff.

109 Ernst Rudolf Huber, *Heer und Staat in der deutschen Geschichte*, Hamburg 1938, S. 358.

110 Deist, »Oberster Kriegsherr«, in: Röhl (Hg.), *Der Ort*, S. 25–42, hier S. 26. Allgemeiner zur militärischen Dimension der Herrschaft Wilhelms siehe Elisabeth Fehrenbach, *Wandlungen des Kaisergedankens 1871–1918*, München 1969, S. 122ff., 170ff.

111 Leutwein an den Generalstab, Okahandja, 25. April 1904, Reichskolonialamt: »Akten betreffend den Aufstand der Herero im Jahre 1904, Bd. 4, 16. April 1904–4. Juni 1904«, Bundesarchiv Berlin, R1001/2114, Bl. 52. Ich bin Marcus Clausius sehr dankbar, dass er mir seine Transkripte der Korrespondenz bezüglich Südwestafrika aus dem Bundesarchiv Berlin zur Verfügung stellte.

112 Proklamation, Kommando der Kolonialtruppen, Osombo-Windhuk, 2. Oktober 1904, Kopie in Reichskanzlei, »Differenzen zwischen Generalleutnant v. Trotha und Gouverneur Leutwein bezügl. der Aufstände in Dtsch. Südwestafrika im Jahre 1904«, Bundesarchiv Berlin, R1001/2089, Bl. 7; zitiert nach Helmut Bley, *Kolonialherrschaft und Sozialstruktur in Deutsch-Südwestafrika 1894–1914*, Hamburg 1968, S. 204.

113 Trotha an den Generalstabschef, Okatarobaka, 4. Oktober 1904 in Bundesarchiv Berlin, R1001/2089, Bl. 5f. Vgl. Bley, *Kolonialherrschaft*, S. 204f. Noch drastischer formuliert Trotha seine Ziele in einem Schreiben an Leutwein, Windhuk, 5. November 1904 (Kopie), in ebenda, Bl. 100ff.: »Ich kenne genug Stämme in Afrika. Sie gleichen sich alle in dem Gedankengang, daß sie nur der Gewalt weichen. Diese Gewalt mit krassem Terrorismus und selbst mit Grausamkeit auszuüben, war und ist meine Politik. Ich vernichte die aufständischen Stämme mit Strömen von Blut und Strömen von Geld. Nur auf dieser Aussaat kann etwas Neues entstehen, was Bestand hat. Auszüge in: Jürgen Zimmerer, *Deutsche Herrschaft über Afrikaner. Staatlicher Machtanspruch und Wirklichkeit im kolonialen Namibia*, Münster 2002, insbesondere S. 37.

114 Leutwein an die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes, Windhuk, 28. Oktober 1904 in ebenda, Bl. 21f.

115 Leutwein an das Auswärtige Amt, Windhuk, 23. Oktober 1904, Auszüge in ebenda.

116 Telegramm (chiffriert) an Trotha, Berlin, 8. Dezember 1904, in ebenda, Bl. 48. Der Streit um den Inhalt des Telegramms ist dokumentiert in Bl. 14–20. Die genaue Zahl der Todesopfer ist kaum zu ermitteln, weil die Schätzungen zur Größe des Stamms der Herero vor dem Konflikt zwischen 35.000 und 80.000 schwanken. Eine Zählung in der Kolonie von 1905 ergab 24.000 Bewohner vom Stamm der Herero. Man nimmt an, dass einige Tausend über die Grenze flohen und nicht zurückkehrten. Die übrigen, vielleicht 6.000, vielleicht aber auch 45 oder gar 50.000, waren tot. Einige waren bei Kämpfen gefallen, andere hatte man erschossen, als sie sich deutschen Feldlagern näherten, um sich zu ergeben, oder man hatte sie gefangen genommen und nach formellen Prozessen durch Militärfeldtribunale hingerichtet; Tausende – Männer, Frauen und Kinder – waren an Durst, Hunger oder Krankheit gestorben, während sie in den Wüstenzonen, in denen man sie ausgesetzt hatte, nach Wasser suchten. Auf deutscher Seite starben 1.282 – die Mehrzahl an Krankheiten, die sie sich während des Feldzuges eingefangen hatten. Zum Krieg gegen die Herero siehe insbesondere Jan Bart Gewald, *Towards Re-*

demption. A Socio-political History of the Herero of Namibia between 1890 and 1923, Leiden 1996; Horst Drechsler, *Südwestafrika unter deutscher Kolonialherrschaft: Der Kampf der Herero und Nama gegen den deutschen Imperialismus*, Berlin [DDR] 1966; Helmut Bley, *Kolonialherrschaft und Sozialstruktur in Deutsch-Südwestafrika, 1894–1914*, Hamburg 1968; Jürgen Zimmerer und Joachim Zeller (Hg.), *Völkermord in Deutsch-Südwestafrika. Der Kolonialkrieg (1904–1908) in Namibia und seine Folgen*, Berlin 2003, insbesondere die Aufsätze von Zimmerer, Zeller und Caspar W. Erichsen.

117 Hans-Günter Zmarzlik, *Bethmann Hollweg als Reichskanzler, 1908–1914. Studien zu Möglichkeiten und Grenzen seiner innerpolitischen Machtstellung*, Düsseldorf 1957, S. 103–129; David Schoenbaum, *Zabern 1913. Consensus Politics in Imperial Germany*, London 1982, S. 87–105, 118f., 148f.; Konrad Jarausch, *Enigmatic Chancellor. Bethmann Hollweg and the Hubris of Imperial Germany*, Madison, WI, 1966, S. 101; Lamar Cecil, *Wilhelm II*, 2 Bde, Chapel Hill, NC, 1989 und 1996, Bd. 2: *Emperor and Exile: 1900–1941*, S. 189–192.

118 Johannes Burkhardt, »Kriegsgrund Geschichte? 1870, 1813, 1756 – historische Argumente und Orientierungen bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges«, in: Derselbe u. a. (Hg.), *Lange und Kurze Wege*, S. 9–86, hier S. 19, 36, 37, 56, 57, 60f., 63.

119 Kossert, *Masuren*, S. 241.

120 Benjamin Ziemann, *Front und Heimat. Ländliche Kriegserfahrungen im südlichen Bayern 1914–1923*, Essen 1997, S. 272.

121 Gerald D. Feldman, *Army, Industry and Labor in Germany, 1914–1918*, Princeton, NJ, 1966, S. 31ff. (dt.: *Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914–1918*, Berlin 1985); der Begriff »Schattenregierungen« stammt aus Kronprinz Rupprecht von Bayern, *In Treue fest. Mein Kriegstagebuch*, 3 Bde, München 1929, Bd. 1, S. 457, zitiert in ebenda, S. 32.

122 Einen Überblick über die Partnerschaft bietet John Lee, *The Warlords. Hindenburg and Ludendorff*, London 2005.

123 Zitiert aus einer Rede des Industriellen Duisberg in dem Schreiben Treutler an Bethmann Hollweg, 6. Februar 1916, GStA Berlin-Dahlem, HA I, Rep. 92, Valentini, Nr. 2. Zum Hindenburg-Kult siehe Roger Chickering, *Imperial Germany and the Great War 1914–1918*, Cambridge 1988, S. 74 (dt.: *Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg*, München 2002); Matthew Stibbe, »Vampire of the Continent. German Anglophobia during the First World War, 1914–1918«, Dissertation, University of Sussex (1997), S. 100.

124 Lansing an Oederlin, Washington, 14. Oktober 1918, in: US Department of State (Hg.), *Papers Relating to the Foreign Relations of the United States* (Suppl. I), Bd. 1, 1918, S. 359; deutscher Text online zugänglich unter: http://www.stahlgewitter.com/18_10_14.htm.

125 Cecil, *Wilhelm II*, Bd. 2, S. 286.

126 Ernst von Heydebrand und der Lasa, Rede vor dem Landtag vom 5. Dezember 1917, zitiert in: Croon, »Die Anfänge der Parlamentarisierung«, S. 124.

127 Toews, *Hegelianism*, S. 62.

128 Hermann Beck, *The Origins of the Authoritarian Welfare State in Prussia. Conservatives, Bureaucracy and the Social Question, 1815–1870*, Providence, RI, 1993, S. 93–100.

129 Zu Wagener und Gerlach siehe Hans-Julius Schoeps, *Das andere Preußen. Konservative Gestalten und Probleme im Zeitalter Friedrich Wilhelms IV.*, 3. Aufl., Berlin 1966, S. 203–228.

130 Zu den Verbindungen zwischen Stein und Schmoller siehe Giles Pope, *The Political Ideas of Lorenz Stein and their Influence on Rudolf Gneist and Gustav Schmoller*, Dissertation, Oxford University (1985); Karl Heinz Metz, »Preußen als Modell einer Idee der Sozialpolitik. Das soziale Königtum«, in: Bahners und Roellecke (Hg.), *Preußische Stile*, S. 355–363, hier S. 358.

131 James J. Sheehan, *The Career of Lujo Brentano: A Study of Liberalism and Social Reform in Imperial Germany*, Chicago 1966, S. 48–52, 80–84.

132 Erik Grimmer-Solem, *The Rise of Historical Economics and Social Reform in Germany 1864–1894*, Oxford 2003, insbesondere S. 108–118.
133 Hans-Peter Ullmann, »Industrielle Interessen und die Entstehung der deutschen Sozialversicherung«, in: *Historische Zeitschrift*, 229 (1979), S. 574–610; Gerhard Ritter, »Die Sozialdemokratie im Deutschen Kaiserreich in sozialgeschichtlicher Perspektive«, in: *Historische Zeitschrift*, 249 (1989), S. 295–362; Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3, S. 907–915.
134 Gerhard Ritter, *Arbeiter im Deutschen Kaiserreich, 1871 bis 1914*, Bonn 1992, insbesondere S. 383; J. Frerich und M. Frey, *Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland*, Bd. 1: *Von der vorindustriellen Zeit bis zum Ende des Dritten Reiches*, 3 Bde, München 1993, S. 130ff., 141f.
135 Andreas Kunz, »The State as Employer in Germany, 1880–1918: From Paternalism to Public Policy«, in: W. Robert Lee und Eve Rosenhaft (Hg.), *State, Society and Social Change in Germany, 1880–1914*, Oxford 1990, S. 37–63, hier S. 40f.

Kapitel 17: Das Ende

1 Harry Graf Kessler, Tagebucheintrag, Magdeburg, 7. November 1918, in: Derselbe, *Tagebücher 1918–1937*, hrsg. von Wolfgang Pfeiffer-Belli, Frankfurt/Main 1961, S. 18.
2 Ebenda, S. 24.
3 Jürgen Kloosterhuis (Hg.), *Preußisch Dienen und Genießen. Die Lebenszeiterzählung des Ministerialrats Dr. Herbert du Mesnil (1857–1947)*, Köln 1998, S. 350.
4 *Bocholter Volksblatt*, 14. November 1918, zitiert in: Hugo Stehkamper, »Westfalen und die Rheinisch-Westfälische Republik 1918/19. Zentrumsdiskussionen über einen bundesstaatlichen Zusammenschluß der beiden preußischen Westprovinzen«, in: Karl Dietrich Bracher, Paul Mikat, Konrad Repgen, Martin Schumacher und Hans-Peter Schwarz (Hg.), *Staat und Parteien. Festschrift für Rudolf Morsey*, Berlin 1992, S. 579–634.
5 Edgar Hartwig, »Welfen, 1866–1933«, in: Dieter Fricke (Hg.), *Lexikon zur Parteiengeschichte*, 4 Bde, Leipzig, Köln 1983–1986, Bd. 4, S. 487–489.
6 Peter Lesniewski, »Three Insurrections: Upper Silesia 1919–21«, in: Peter Stachura (Hg.), *Poland between the Wars, 1918–1939*, Houndsmills 1998, S. 13–42.
7 Als Folge der territorialen Veränderungen nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg verlor Preußen ca. 16 Prozent seiner Fläche, u. a. das Memelland (bis 1923 unter Völkerbundmandat, dann von Litauern annektiert), den Teil Westpreußens, aus dem die Freie Stadt Danzig gebildet wurde, einen Großteil der ursprünglichen Provinzen von Westpreußen und Posen, sowie Gebiete in Pommern und Ostpreußen (an Polen), Nordschleswig mit den Inseln Alsen und Röm (an Dänemark), Eupen-Malmedy (an Belgien), einen Teil des Saarlandes (der internationaler Aufsicht unterstellt wurde; die Kontrolle der Kohlebergwerke lag in den Händen Frankreichs), das Hultschiner Ländchen in Oberschlesien (an die Tschechoslowakei) und weitere Gebiete Oberschlesiens (nach örtlichen Volksabstimmungen an Polen). Insgesamt summierten sich die Gebietsverluste auf 56.058 km², bei einer Gesamtgröße (am 1. November 1918) von 348.780 km².
8 Zitiert in: Horst Möller, »Preußen von 1918 bis 1947: Weimarer Republik, Preußen und der Nationalsozialismus«, in: Wolfgang Neugebauer (Hg.), *Handbuch der preußischen Geschichte*, Bd. 3: *Vom Kaiserreich zum 20. Jahrhundert und Große Themen der Geschichte Preußens*, Berlin 2001, S. 149–301, hier S. 193.
9 Möller, »Preußen«, S. 179; Gisbert Knopp, *Die preußische Verwaltung des Regierungsbezirks Düsseldorf in den Jahren 1899–1919*, Köln 1974, S. 344.
10 Möller, »Preußen«, S. 177–179; Henry Friedlander, *The German Revolution of 1918*, New York 1992, S. 242, 244.
11 Heinrich August Winkler, *Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie*, München 1993, S. 66.

12 Hagen Schulze, »Democratic Prussia in Weimar Germany, 1919–33«, in: Dwyer (Hg.), *Modern Prussian History*, S. 211–229, hier S. 213.
13 Gerald D. Feldman, *The Great Disorder. Politics, Economics and Society in the German Inflation 1914–1924*, Oxford 1997, S. 134, 161.
14 In einer klassischen Studie der Beziehungen von Staat und Militär in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg hat John Wheeler Bennett argumentiert, der Ebert-Groener-Pakt habe das Schicksal der Weimarer Republik besiegelt; andere Historiker neigen mehrheitlich zu einer gemäßigteren Sichtweise. Siehe John Wheeler Bennett, *The Nemesis of Power. The German Army and Politics 1918–1945*, London 1953, S. 21 (deutsch: *Die Nemesis der Macht: die deutsche Armee in der Politik 1918–1945*, Düsseldorf 1954); vgl. Craig, *Prussian Army*, S. 348; Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 4, *Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten*, München 2003, S. 69–72.
15 Craig, *Politics of the Prussian Army*, S. 351.
16 Mit »Kabinett« bzw. »Rat der Volksbeauftragten« ist die neue SPD/USPD-Regierung gemeint, von der die frühere preußisch-deutsche Exekutive abgelöst wurde. Der »Vollzugsrat«, der am 10. November gewählt wurde, repräsentierte die diffusen Interessen, die in den Arbeiter- und Soldatenräten in Berlin artikuliert wurden. In den Anfangsmonaten der Republik war das Verhältnis zwischen diesen beiden Gremien strittig.
17 Diese Rede wurde abgedruckt in: *Die Freiheit* (Berlin), 16. und 17. Dezember 1918.
18 Möller, »Preußen«, S. 188f.
19 Susanne Miller, *Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918–1920*, Düsseldorf 1979, S. 226.
20 Hagen Schulze, *Weimar. Deutschland 1917–1933*, Berlin 1982, S. 180.
21 Tagebucheinträge vom 6. und 7. Januar in: Kessler, *Tagebücher*, S. 97, 95.
22 Annemarie Lange, *Berlin in der Weimarer Republik*, Berlin (Ost) 1987, S. 47, 198f.
23 Die Erstveröffentlichung dieses Bildes erfolgte in *Die Pleite*, einer Zeitschrift des linksgerichteten Malik Verlags, der später einer der wichtigsten Verlage für kommunistische Intellektuelle in der Weimarer Republik würde.
24 Auch in Halle, Magdeburg, Mühlheim, Düsseldorf, Dresden, Leipzig und München kam es zu Repressionen. Besonders brutal war das Vorgehen der Freikorps in München, wo es den Kommunisten gelungen war, für kurze Zeit die Macht an sich zu reißen und eine »Räterepublik Bayern« auszurufen.
25 Craig, *Prussian Army*, S. 388.
26 Hans von Seeckt, »Heer im Staat«, in: Derselbe, *Gedanken eines Soldaten*, Berlin 1929, S. 101–116, hier S. 115.
27 Zum »Preußischen Étatismus« der Koalitionsparteien, siehe Dietrich Orlow, *Weimar Prussia, 1918–1925. The Unlikely Rock of Democracy*, Pittsburgh 1986, S. 247, 249; Hagen Schulze, *Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung*, Frankfurt am Main 1977, S. 316–323 und passim; Winkler, *Weimar*, S. 66f. Zu den Katholiken, siehe Möller, »Preußen«, S. 237.
28 Zitiert in Schulze, »Democratic Prussia«, in: Dwyer (Hg.), *Modern Prussian History*, S. 211–229, hier S. 214.
29 Heinrich Hannover und Christine Hannover-Druck, *Politische Justiz 1918–1933*, Bornheim-Merten 1987, S. 25ff. und passim.
30 Peter Lessmann, *Die preußische Schutzpolizei in der Weimarer Republik. Streifendienst und Straßenkampf*, Düsseldorf 1989, S. 82.
31 Ebenda, S. 88.
32 Hsi-Huey Liang, *The Berlin Police Force in the Weimar Republic*, Berkeley 1970, S. 73–81 (dt.: *Die Berliner Polizei in der Weimarer Republik*, Berlin 1977); Schulze, »Democratic Prussia«, S. 215.
33 Lessmann, *Schutzpolizei*, S. 211–214; Christoph Graf, *Politische Polizei zwischen Demokratie und Diktatur*, Berlin 1983, S. 43–48; Eric D. Kohler, »The Crisis in the

Prussian Schutzpolizei 1930–32«, in: George Mosse (Hg.), *Police Forces in History*, London 1975, S. 131–150.

34 Henning Grunwald, »Political Trial Lawyers in the Weimar Republic«, Diss., University of Cambridge, 2002.

35 Orlow, *Weimar Prussia*, S. 16f. Zur »alten« und »neuen« Rechten, siehe Hans Christof Kraus, »Altkonservativismus und moderne politische Rechte. Zum Problem der Kontinuität rechter politischer Strömungen in Deutschland«, in: Thomas Nipperdey u.a. (Hg.), *Weltbürgerkrieg der Ideologien. Antworten an Ernst Nolte*, Berlin 1993, S. 99–121. Über den Enthusiasmus einiger Rechter für die Idee einer radikalen »konservativen Revolution«, die die Grenzen des traditionellen preußischen Konservativismus sprengen sollte, siehe Jeffrey Herf, *Reactionary Modernism. Technology, Culture and Politics in Weimar and the Third Reich*, Cambridge 1984, insbesondere S. 18–48; Armin Mohler, *Die konservative Revolution in Deutschland, 1918–1932*, Darmstadt 1972; George Mosse, »The Corporate State and the Conservative Revolution«, in: Derselbe, *Germans and Jews: the Right, the Left and the Search for a ›Third Force‹ in Pre-Nazi Germany*, New York 1970, S. 116–143.

36 Zum agrarischen Sektor nach 1918, siehe Shelley Baranowski, »Agrarian transformation and right radicalism: economics and politics in rural Prussia«, in: Dwyer (Hg.), *Modern Prussian History*, S. 146–165; Shelley Baranowski, *The Sanctity of Rural Life. Nobility, Protestantism and Nazism in Weimar Prussia*, New York 1995, S. 128–144.

37 Zum Verhältnis von Landwirtschaft und Politik in der Weimarer Zeit siehe Wolfram Pyta, *Dorfgemeinschaft und Parteipolitik 1918–1933: Die Verschränkung von Milieu und Parteien in den protestantischen Landgebieten Deutschlands in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1996; Dieter Gessner, *Agrarverbände in der Weimarer Republik. Wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen agrarkonservativer Politik vor 1933*, Düsseldorf 1976; derselbe, »The Dilemma of German Agriculture during the Weimar Republic«, in: Richard Bessel und Edward J. Feuchtwanger (Hg.), *Social Change and Political Development in Weimar Germany*, London 1981, S. 134–154; John E. Farquharson, *The Plough and the Swastika. The NSDAP and Agriculture in Germany 1918–1945*, London 1976, S. 25–42; Robert G. Moeller, »Economic Dimensions of Peasant Protest in the Transition from the Kaiserreich to Weimar«, in: Derselbe (Hg.), *Peasants and Lords*, S. 140–167.

38 Siehe Klaus Erich Pollmann, »Wilhelm II. und der Protestantismus«, in: Stefan Samerski (Hg.), *Wilhelm II. und die Religion. Facetten einer Persönlichkeit und ihres Umfelds*, Berlin 2001, S. 91–104.

39 Nicholas Hope, »Prussian Protestantism«, in: Dwyer (Hg.), *Modern Prussian History*, S. 188–208. Die Standardwerke zur Preußischen Union sind: Daniel R. Borg, *The Old Prussian Church and the Weimar Republic. A Study in Political Adjustment 1917–1927*, Hannover, London 1984, sowie Kurt Nowak, *Evangelische Kirche und Weimarer Republik: zum politischen Weg des deutschen Protestantismus zwischen 1918 und 1932*, Göttingen 1981.

40 Bemerkung von Generalsuperintendent Walter Kähler, zitiert in: Baranowski, *Sanctity of Rural Life*, S. 96.

41 Ein Überblick über diese Gruppierungen findet sich bei Friedrich Wilhelm Kantzenbach, *Der Weg der evangelischen Kirche vom 19. bis zum 20. Jahrhundert*, Gütersloh 1968, insbesondere S. 176–178.

42 Zitiert in Doris L. Bergen, *Twisted Cross. The German Christian Movement in the Third Reich*, Chapel Hill, WI, 1996, S. 28 (vgl. dies., »Die ›Deutschen Christen‹ 1933–1945: ganz normale Gläubige und eifrige Komplizen?«, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 29 (2003), S. 542–574).

43 Clark, *Politics of Conversion*, S. 286f.

44 Berliner Gesellschaft zur Beförderung des Christentums unter den Juden an alle Konsistorien und Kreiskirchenräte, 5. Dezember 1930, Evangelisches Zentralarchiv Berlin 7/3648.

45 Richard Gutteridge, *Open Thy Mouth for the Dumb! The German Evangelical Church and the Jews*, Oxford 1976, S. 42. Zum Kirchentag von 1927 und der Entwicklung einer »völkischen« Religion, siehe Klaus Scholder, *The Churches and the Third Reich, 1. Preliminary History and the Time of Illusions 1918–1934*, London 1987, S. 99–119 (dt.: *Die Kirchen und das Dritte Reich*, Bd. 1: *Vorgeschichte und Zeit der Illusionen, 1918–1934*, Frankfurt am Main 1977). Die überragende Studie zu den »Deutschen Christen« ist Bergen, *Twisted Cross*. Zu den preußischen Akademikern, siehe Marijke Smid, »Protestantismus und Antisemitismus 1930–1933«, in: Jochen-Christoph Kaiser und Martin Greschat (Hg.), *Der Holocaust und die Protestanten*, Frankfurt am Main 1988, S. 38–72, insbesondere S. 50–55; Hans-Ulrich Thamer, »Protestantismus und ›Judenfrage‹ in der Geschichte des Dritten Reiches«, in: ebenda, S. 216–240. Zur protestantischen Presse, siehe Ino Arndt, »Die Judenfrage im Lichte der evangelischen Sonntagsblätter 1918–1933«, Diss., Universität Tübingen 1960.

46 Siehe Manfred Gailus, *Protestantismus und Nationalsozialismus. Studien zur Durchdringung des protestantischen Sozialmilieus in Berlin*, Köln 2001; derselbe, »Deutsche, Christen, Olias, Olias! Wie Nationalsozialisten die Kirchengemeinde Alt-Schöneberg eroberten«, in: Derselbe (Hg.), *Kirchengemeinden im Nationalsozialismus: sieben Beispiele aus Berlin*, Berlin 1990, S. 211–246.

47 Stephan Malinowski, *Vom König zum Führer: Sozialer Niedergang und politische Radikalisierung im deutschen Adel zwischen Kaiserreich und NS-Staat*, Berlin 2003, S. 220.

48 Zitiert in ebenda, S. 221.

49 Kossert, *Ostpreußen*, S. 267.

50 Malinowski, *Vom König zum Führer*, S. 212–228; siehe auch Klaus Theweleit, *Männerphantasien*, Hamburg 1980 – ein erstaunlicher Anteil der von Theweleit analysierten Erzählungen stammt von Adeligen. Zur Durchdringung des agrarischen Milieus, siehe Baranowski, *Sanctity of Rural Life*, S. 145–176.

51 Malinowski, *Vom König zum Führer*, S. 239.

52 Zum Einfluss des »Führer«-Gedankens auf preußische Adelige, siehe ebenda, S. 246, 247, 251, 253, 257–259.

53 Tagebucheinträge vom Juni 1926 und März 1928, zitiert in: Eckart Conze, *Von deutschem Adel. Die Grafen von Bernstoff im zwanzigsten Jahrhundert*, München 2000, S. 164, 166.

54 Jürgen W. Falter, *Hitlers Wähler*, München 1991, S. 110–123.

55 Marcus Funck, »The Meaning of Dying: East-Elbian Noble Families as ›Warrior-Tribes‹ in the Nineteenth and Twentieth Centuries«, übersetzt von Gary Shockey, in: Greg Eghigian und Matthew Paul Berg, *Sacrifice and National Belonging in Twentieth-century Germany*, Arlington, TX, 2002, S. 26–63, hier S. 53. Zu Nazi-Wählern östlich der Elbe allgemein, siehe Falter, *Hitlers Wähler*, S. 154–163.

56 Kossert, *Ostpreußen*, S. 266.

57 Gotthard Jasper, *Die gescheiterte Zähmung. Wege zur Machtergreifung Hitlers 1930–1934*, Frankfurt am Main 1986, S. 55–87; Schulze, »Democratic Prussia«, S. 224f.

58 Lessmann, *Schutzpolizei*, S. 285.

59 Richard Bessel, *Political Violence and the Rise of Nazism. The Storm Troopers in Eastern Germany (1925–1934)*, London 1984, S. 29–31; Ulrich Herbert, *Best: Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989*, Bonn 1996, S. 249ff.

60 Zum Ausmaß der Gewalt in dieser Zeit und den Auswirkungen auf das politische Klima, siehe Richard J. Evans, *The Coming of the Third Reich*, London 2003, S. 269–275.

61 Heinrich August Winkler, *Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegungen in der Weimarer Republik 1930 bis 1933*, Bonn 1987, S. 514.

62 Karl Dietrich Bracher, *Die Auflösung der Weimarer Republik: Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie*, Villingen 1960, S. 511–517.

63 Gemäß den Bestimmungen der Weimarer Reichsverfassung war der Reichstag nicht gezwungen, eine unpopuläre Notverordnung auf unbestimmte Zeit zu akzeptieren. Nach einer bestimmten Zeit konnte der Reichstag eine solche Verordnung mit einfacher Mehrheit zu Fall bringen.
64 Hagen Schulze, *Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie*, Frankfurt am Main 1981, S. 623, 627.
65 Zitat aus Schulze, »Democratic Prussia«. Zur Rolle Gayls, siehe auch Horst Möller, *Weimar. Die unvollendete Demokratie*, München 1997, S. 304; Martin Broszat, *Die Machtergreifung. Der Aufstieg der NSDAP und die Zerstörung der Weimarer Republik*, München 1984, S. 145–156; Schulze, *Otto Braun*, S. 735–744.
66 Horst Möller, *Parlamentarismus in Preußen*, Düsseldorf 1985, S. 555–569; Möller, »Weimar«, S. 304.
67 Zu diesem Staatsstreich, dem sog. »Preußenschlag«, siehe Möller, *Weimar*, S. 57–78; Bracher, *Die Auflösung der Weimarer Republik*, S. 491–526; Rudolf Morsey, »Zur Geschichte des ›Preußenschlags‹«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 9 (1961), S. 430–439; Andreas Dorpalen, *Hindenburg and the Weimar Republic*, Princeton, NJ, 1964, S. 341–347.
68 Zitiert in: Heinrich, *Geschichte Preußens*, S. 496; vgl. Otto Braun, *Von Weimar zu Hitler*, 2. Aufl., New York 1940, S. 409ff.
69 Kloosterhuis (Hg.), *Preußisch Dienen und Genießen*, S. 433; Schulze, *Otto Braun*, S. 584–590, 689ff.
70 Lessmann, *Schutzpolizei*, S. 302–318.
71 Joseph Goebbels, *Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei. Eine historische Darstellung in Tagebuchblättern (Vom 1. Januar 1932 bis zum 1. Mai 1933)*, München 1934, S. 131, 132f.
72 Evans, *Coming of the Third Reich*, S. 284.
73 Evans, *Rituals of Retribution*, S. 613f.
74 Goebbels, Tagebucheintrag vom 22. Juli 1932, in: Derselbe, *Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei*, S. 133.
75 Der Plan Papens war nicht so naiv, wie er aus heutiger Sicht erscheint. Er sah vor, dass das neue Kabinett kurz nach seiner Vereidigung dem Reichstag ein Ermächtigungsgesetz vorlegen sollte, das der Regierung für eine bestimmte Zeitspanne das Recht einräumen würde, Gesetze einzubringen. Mit der Unterstützung Hitlers, so Papens Kalkül, sollte es kein Problem sein, die für ein solches Gesetz notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit zustande zu bringen. Das Patt zwischen Kabinett und Reichstag könnte endlich aufgebrochen werden. Und da jedes Gesetz zunächst von einer Mehrheit im *Kabinett* verabschiedet werden musste, könnten die Konservativen Hitler mit Hilfe ihrer Kabinettsmehrheit in Schach halten. Papen ahnte nicht, zu welcher Radikalisierung es nach dem Reichstagsbrand kommen würde, und unterschätzte die Rolle der politischen Maschinerie der NSDAP, durch die konservative, nationalistische Politiker eingeschüchtert und marginalisiert wurden.
76 Ewald von Kleist-Schmenzin, »Die letzte Möglichkeit«, in: *Politische Studien*, 10 (1959), S. 89–92, hier S. 92.
77 Alan Bullock, *A Study in Tyranny* (überarbeitete Ausgabe), London 1964, S. 253 (dt.: *Hitler - eine Studie über Tyrannei*, Düsseldorf 1967).
78 Spenkuch, *Herrenhaus*, S. 561f.
79 Dietz Bering, »›Geboren im Hause Cohn‹. Namenspolemik gegen den preußischen Innenminister Albert Grzesinski«, in: Dietz Bering und Friedhelm Debus (Hg.), *Fremdes und Fremdheit in Eigennamen*, Heidelberg 1990, S. 16–52.
80 Grzesinskis eigene Darstellung seines Lebens wurde herausgegeben von Eberhard Kolb: *Albert Grzesinski. Im Kampf um die deutsche Republik. Erinnerungen eines Sozialdemokraten*, München 2001. Die neueste Biographie stammt von Thomas Albrecht: *Für eine Wehrhafte Demokratie. Albert Grzesinski und die preußische Politik in der Weimarer Republik*, Bonn 1999.
81 Zitiert in Heinrich, *Geschichte Preußens*, S. 497.

82 Schulze, *Otto Braun*, S. 488–498.
83 »Randpreußen« ist ein von Gerd Heinrich geprägter Begriff, der sich auf die Verschwörer von 1932 bezieht; siehe Heinrich, *Geschichte Preußens*, S. 495.
84 Zu Schleicher und seinen Motiven, siehe Henry Ashby Turner, Jr., *Hitler's Thirty Days to Power. January 1933*, London 1996, S. 19–21 (dt.: *Hitlers Weg zur Macht. Der Januar 1933*, München 1997); Theodor Eschenburg, »Die Rolle der Persönlichkeit in der Krise der Weimarer Republik: Hindenburg, Brüning, Groener, Schleicher«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 9 (1961), S. 1–29. Schleichers demokratische und verfassungstreue Gesinnung betont Wolfram Pyta, »Konstitutionelle Demokratie statt monarchischer Restauration: Die verfassungspolitische Konzeption Schleichers in der Weimarer Staatskrise«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 47 (1999), S. 417–441.
85 Zu dieser Szene, siehe Craig, *Politics of the Prussian Army*, S. 372; vgl. John Wheeler-Bennett, *Hindenburg: the Wooden Titan*, London 1967, S. 220f. (dt.: *Der hölzerne Titan. Paul von Hindenburg*, Tübingen 1969).
86 *Vorwärts!*, 10. März 1932, zitiert in: Winkler, *Der Weg*, S. 513; Evans, *Coming of the Third Reich*, S. 279.
87 Friedrich Wilhelm I. hatte ursprünglich geplant, dass er und seine Frau in der Krypta der Garnisonkirche ihre letzte Ruhestätte finden sollten. Als Königin Sophie Dorothea 1757 starb, wurde sie jedoch im Berliner Dom begraben. Der Platz neben dem König blieb daher leer, bis er am 18. August 1786 die sterblichen Überreste seines Sohnes aufnahm.
88 Elke Fröhlich (Hg.), *Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente*, Teil 1, *Aufzeichnungen, 1924–1941*, 4 Bde, Bd. 2, München 1987, S. 393f.
89 Brendan Simms, »Prussia, Prussianism and National Socialism«, in: Dwyer (Hg.), *Modern Prussian History*, S. 253–273.
90 Werner Freitag, »Nationale Mythen und kirchliches Heil: Der ›Tag von Potsdam‹«, in: *Westfälische Forschungen*, 41 (1991), S. 379–430.
91 Goebbels, Tagebucheintrag vom 21. März 1933, in: Goebbels, *Vom Kaiserhof*, S. 285f.
92 Fritz Stern, *The Politics of Cultural Despair: a Study in the Rise of the Germanic Ideology*, Berkeley 1974, S. 211ff.
93 Adolf Hitler, *Mein Kampf*, 851.-855. Aufl., München 1943, S. 167, 169. Das Thema Preußen taucht auch in Hitlers »Zweitem Buch« wieder auf, das er 1928 geschrieben hat, das in der NS-Zeit jedoch nie veröffentlicht wurde. Siehe Manfred Schlenke, »Das ›preußische Beispiel‹ in Propaganda und Politik des Nationalsozialismus«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung ›Das Parlament‹*, 27 (1968), S. 15–27, hier S. 16.
94 Alfred Rosenberg, *Der Mythus des 20. Jahrhunderts*, München 1930, S. 198.
95 Zitiert in Schlenke, »Das ›preußische Beispiel‹«, S. 17.
96 Ausführlicher zeitgenössischer Bericht zur Ausgrabung des »Hindenburgsteins« mit zahlreichen Fotografien: Alfred Postelmann, »Der ›Hindenburgstein‹ für das Reichsehrenmal Tannenberg«, in: *Zeitschrift für Geschiebeforschung und Flachlandsgeologie*, 12 (1936), S. 1–32, Zitat S. 1. Dieser Artikel ist im Internet zugänglich unter http://www.kristallin.de/rapakiwis/posthi/anfang.htm; letzter Zugriff am 22. November 2006.
97 Josef Schmid, *Karl Friedrich Schinkel. Der Vorläufer neuer deutscher Baugesinnung*, Leipzig 1943.
98 Zu nationalistischen Untertönen bei der Darstellung Preußens in Kinofilmen der Weimarer Republik siehe Helmut Regel, »Die Fridericus-Filme der Weimarer Republik«, in: Axel Marquardt und Hans Rathsack (Hg.), *Preußen im Film. Eine Retrospektive der Stiftung Deutsche Kinemathek*, Hamburg 1981, S. 124–134.
99 Wolfgang Jacobsen und Klaus Nothnagel, »Kommentierte Filmografie ›Preußen im Film‹«, in: Marquardt und Rathsack (Hg.), *Preußen im Film*, S. 234–282, hier S. 256f.
100 Beispiele: *Der höhere Befehl* (1935), *Kadetten* (1941), *Kameraden* (1941), *Der große König* (1942), *Affäre Roedern* (1944) und *Kolberg* (1945).

101 Friedrich S. Kahlenberg, »Preußen als Filmsujet in der Propagandasprache der NS-Zeit«, in: Marquardt und Rathsack (Hg.), *Preußen im Film*, S. 135–77, hier S.161.
102 Ian Kershaw, *Hitler. Nemesis 1936–1945*, London 2000, S. 277. (dt.: *Hitler 1936–1945*, Stuttgart 2000).
103 Zitiert in Schlenke, »Das ›preußische Beispiel‹«, S. 23.
104 Kershaw, *Hitler. Nemesis*, S. 581.
105 Zitiert in Schlenke, »Das ›preußische Beispiel‹«, S. 23.
106 »Aus der Rede des Ministerpräsidenten Göring vor dem preußischen Staatsrat vom 18. Juni 1934 über Preußen und die Reichseinheit«, in: Herbert Michaelis und Ernst Schraepler (Hg.), *Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart*, 29 Bde, Bd. 9: *Das Dritte Reich. Die Zertrümmerung des Parteienstaats und die Grundlegung der Diktatur*, Berlin 1958, S. 122ff., hier S. 122.
107 Sigurd von Ilsemann, *Der Kaiser in Holland. Aufzeichnungen des letzten Flügeladjutanten Kaiser Wilhelm II.*, hrsg. von Harald von Königswald, 2 Bde., München 1968, Bd. 2, S. 154.
108 Clark, *Kaiser Wilhelm II*, S. 251.
109 Georg H. Kleine, »Adelsgenossenschaft und Nationalsozialismus«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 26 (1978), S. 100–143, hier S. 125; Stephan Malinowski, »›Führertum‹ und ›neuer Adel‹. Die Deutsche Adelsgenossenschaft und der Deutsche Herrenklub in der Weimarer Republik«, in: Heinz Reif (Hg.), *Adel und Bürgertum in Deutschland. Entwicklungslinien und Wendepunkte im 20. Jahrhundert*, 2 Bde, Berlin 2001, Bd. 2, S. 173–211.
110 Malinowski, *Vom König zum Führer*, S. 476–500; Heinz Reif, *Adel im 19. und 20. Jahrhundert*, München 1999, S. 54f., 115–118.
111 Christian Graf von Krockow, *Warnung vor Preußen*, Berlin 1981, S. 8.
112 Ulrich Heinemann, *Ein konservativer Rebell. Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg und der 20. Juli*, Berlin 1990, S. 25, 27–34.
113 Brief von Generalmajor Stieff (ein Offizier, der unter Blaskowitz diente) an seine Frau, Truppenübungsplatz Ohrdruf, 21. August 1932, in: Horst Mühleisen (Hg.), *Hellmuth Stieff, Briefe*, Berlin 1991, Brief Nr. 36, S. 71.
114 Rede von Johannes Blaskowitz anlässlich der Einweihung eines Denkmals für die Gefallenen des Ersten Weltkriegs in Bommelsen am Sonntag, 17. März 1935 (Kopie), BA-MA Freiburg, MSg 1/ 1814. Blaskowitz spielt auf die Remilitarisierung des Rheinlandes im März 1935 an.
115 Christopher Browning, *Ordinary Men. Reserve Police Battalion 101 and the Final Solution*, New York 1992 (dt.: *Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die »Endlösung« in Polen*, Reinbek bei Hamburg 1993).
116 Simon Wiesenthal schätzt, dass von den sechs Millionen Juden, die die Nationalsozialisten und ihre Verbündeten ermordet haben, etwa drei Millionen durch Österreicher den Tod gefunden haben. Siehe Andreas Maislinger, »›Vergangenheitsbewältigung‹ in der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und Österreich. Psychologisch-Pädagogische Maßnahmen im Vergleich«, in: Uwe Backes, Eckhard Jesse und Rainer Zitelmann (Hg.), *Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus*, Berlin 1990, S. 479–496, hier S. 482.
117 Eckart Conze, »Adel und Adeligkeit im Widerstand des 20. Juli 1944«, in: Reif (Hg.), *Adel und Bürgertum*, Bd. 2, S. 269–295; Baranowski, *Sanctity of Rural Life*, S. 183.
118 Zu den Mitgliedern des Potsdamer Infanterieregiments 9, die nach dem 20. Juli 1944 aufgrund ihrer Teilnahme an der Verschwörung hingerichtet wurden, gehörten Oberst i. G. Ottfried von Linstow, Oberst Alexis Freiherr von Roenne und Oberstleutnant i. G. Hasso von Boehmer. Oberstleutnant Hans-Alexander von Voß beging am 8. November Selbstmord. Generalleutnant Hans Graf von Sponeck, der in Ungnade gefallen war, weil er 1941/42 entgegen anderslautender Befehle die Halbinsel Kertsch geräumt hatte, wurde am 23. Juli 1944 ebenfalls von einem Erschießungskommando hingerichtet, obwohl er mit den Ereignissen des 20. Juli

nichts zu tun hatte. Zur Stellung des 9. Potsdamer Infanterieregiments im deutschen Widerstand, siehe Ekkehard Klausa, »Preußische Soldatentradition und Widerstand«, in: Jürgen Schmädeke and Peter Steinbach (Hg.), *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler*, München 1985, S. 533–545.

119 Spenkuch, *Herrenhaus*, S. 562.

120 Zitiert in Bodo Scheurig, *Henning von Tresckow. Ein Preuße gegen Hitler. Biographie*, Frankfurt 1990, S. 167. Siehe auch Ger van Roon, *Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung*, München 1967; Wolfgang Wippermann, »Nationalsozialismus und Preußentum«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung ›Das Parlament‹*, 52/53 (1981), S. 13–22, hier S. 17.

121 Annedore Leber, *Das Gewissen steht auf. 64 Lebensbilder aus dem deutschen Widerstand 1933–1945*, Berlin, Frankfurt am Main 1954, S. 164.

122 Rudolf Pechel, *Deutscher Widerstand*, Erlenbach-Zürich 1947, S. 209f.; Gerhard Ritter, *Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung*, 3. Aufl., Stuttgart 1956, S. 274; vgl. Eberhard Zeller, *Der Geist der Freiheit: Der 20. Juli*, München 1952, S. 30–32.

123 Ritter, *Carl Goerdeler*, S. 352.

124 Christian Schneider, »Denkmal Manstein. Psychogramm eines Befehlshabers«, in: Hannes Heer and Klaus Neumann (Hg.), *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944*, Hamburg 1995, S. 402–417.

125 Julius Leber, *Ein Mann geht seinen Weg*, Berlin 1952, S. 173.

126 Ramsay Muir, *Britain's Case Against Germany. An Examination of the Historical Background of the German Action in 1914*, Manchester 1914, S. 3.

127 Siehe die detaillierte Analyse in Stefan Berger, »William Harbutt Dawson: The Career and Politics of an Historian of Germany«, in: *English Historical Review*, 116 (2001), S. 76–113.

128 S. D. Stirk, *The Prussian Spirit. A Survey of German Literature and Politics 1914–1940*, Port Washington, NY, 1941, S. 16.

129 Thorstein Veblen, *Imperial Germany and the Industrial Revolution*, 2. Aufl., London 1939, S. 66, 70, 78, 80.

130 Ralf Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1965, insbesondere S. 54f.

131 Verrina (Pseudonym), *The German Mentality*, 2. Aufl., London 1946, S. 10, 14.

132 Edgar Stern-Rubarth, *Exit Prussia. A Plan for Europe*, London 1940, S. 47.

133 Joseph Borkin und Charles Welsh, *Germany's Master Plan. The Story of Industrial Offensive*, London, New York [1943], S. 31.

134 Zitiert in: Stirk, *Prussian Spirit*, S. 18.

135 Zitiert in: Lothar Kettenacker, »Preußen in der alliierten Kriegszielplanung. 1939–1947«, in: L. Kettenacker, M. Schlenke und H. Seier (Hg.), *Studien zur Geschichte Englands und der deutsch-britischen Beziehungen. Festschrift für Paul Kluke*, München 1981, S. 312–340, hier S. 323.

136 Zitiert in: T. D. Burridge, *British Labour and Hitler's War*, London 1976, S. 60.

137 Burridge, *British Labour*, S. 94; siehe auch den Bericht Attlees als Vorsitzender des Armistice and Post-War Committee vom 11. Juli 1944, PRO CAB 86/67, Bl. 256.

138 Anne Armstrong, *Unconditional Surrender. The Impact of the Casablanca Policy upon World War II*, Westport, CT, 1961, S. 20f. (deutsch: *Bedingungslose Kapitulation: Die teuerste Fehlentscheidung der Neuzeit*, Wien und München 1965).

139 Zitiert in: J. A. Thompson, *Woodrow Wilson*, Harlow 2002, S. 176f.

140 Kettenacker, »Preußen in der alliierten Kriegszielplanung«.

141 Martin Schulze-Wessel, *Russlands Blick auf Preußen. Die polnische Frage in der Diplomatie und der politischen Öffentlichkeit des Zarenreiches und des Sowjetstaates, 1697–1947*, Stuttgart 1995, S. 345.

142 Gerd R. Ueberschär (Hg.), *Das Nationalkommittee Freies Deutschland und der Bund deutscher Offiziere*, Frankfurt am Main 1995, S. 268, 272; Schulze-Wessel, *Rußlands Blick auf Preußen*, S. 334, 373.

143 Memorandum von C. E. Steel, Abteilung Politik, Kontrollkommission für Deutschland (British Element) Advance HQ BAOR, 11. Oktober 1945, PRO FO 1049/226.
144 Memorandum vom 27. September 1945, HQ IA&C Abteilung C. C. für Deutschland, BAOR, PRO 1049/595.
145 Koordinationsausschuss des Alliierten Kontrollrates, Abschaffung des Staates Preußen, britisches Memorandum vom 8. August 1946, PRO FO 631/2454, S. 1.
146 Arnd Bauerkämper, »Der verlorene Antifaschismus. Die Enteignung der Gutsbesitzer und der Umgang mit dem 20. Juli 1944 bei der Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone«, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 42 (1994), S. 623–634; derselbe, »Die Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg«, in: Werner Stang (Hg.), *Brandenburg im Jahr 1945*, Potsdam 1995, S. 265–296.
147 Eine Überblicksdarstellung über das Schicksal der ostelbischen Adelsfamilien und ihrer Güter bietet Walter Görlitz, *Die Junker. Adel und Bauer im deutschen Osten. Geschichtliche Bilanz von 7 Jahrhunderten*, Glücksburg 1957, S. 410–424. Kossert, *Ostpreußen*, S. 330.
148 Heiger Ostertag, »Vom strategischen Bombenkrieg zum sozialistischen Bildersturm. Die Zerstörung Potsdams 1945 und das Schicksal seiner historischen Gebäude nach dem Kriege«, in: Bernhard R. Kroener (Hg.), *Potsdam: Staat, Armee, Residenz in der preußisch-deutschen Militärgeschichte*, Berlin 1993, S. 487–499; Andreas Kitschke, *Die Potsdamer Garnisonkirche*, Potsdam 1991, S. 98; Olaf Groehler, »Der Luftkrieg gegen Brandenburg in den letzten Kriegsmonaten«, in: Stang (Hg.), *Brandenburg*, S. 9–37.
149 Zitiert in Kossert, *Ostpreußen*, S. 341.
150 Henning Köhler, *Das Ende Preußens in französischer Sicht*, Berlin 1982, S. 13, 18, 20, 23, 25, 29, 40, 43, 47, 75, 96.
151 Uta Lehnert, *Der Kaiser und die Siegesallee: réclame royale*, Berlin 1998, S. 337–340.
152 Zur Umerziehungspolitik der Alliierten siehe Riccarda Torriani, »Nazis into Germans: Re-education and Democratisation in the British and French Occupation Zones, 1945–1949«, Diss., Cambridge 2005. Ich bin Dr. Torriani zu Dank verpflichtet, weil sie mir eine Kopie ihres noch unvollendeten Manuskripts zur Verfügung gestellt hat. Zu Bismarck, siehe insbesondere Lothar Machtan, »Bismarck«, in: François und Schulze (Hg.), *Deutsche Erinnerungsorte*, Bd. 2, S. 620–635, hier S. 634.
153 Franz-Lothar Kroll, »Friedrich der Große«, in: François und Schulze (Hg.), *Deutsche Erinnerungsorte*, Bd. 2, S. 86–104, hier S. 101.
154 Theodor Fontane, »Mein Erstling: Das Schlachtfeld von Großbeeren«, in: Kurt Schreinert und Jutta Neuendorf-Fürstenau (Hg.), *Meine Kinderjahre* (= *Sämtliche Werke*, Bd. XIV), München 1961, S. 189–191.
155 Theodor Fontane an Alexander von Pfuel, Berlin, 18. Januar 1863, zitiert in Kenneth Attwood, *Fontane und das Preußentum*, Berlin 1970, S. 146f.
156 Zitiert in Attwood, *Fontane und das Preußentum*, S. 146.
157 Gordon A. Craig, *Über Fontane*, München 1997, S. 71f.
158 Rüdiger Schütz, »Zur Eingliederung der Rheinlande«, in: Peter Baumgart (Hg.), *Expansion und Integration. Zur Eingliederung neugewonnener Gebiete in den preußischen Staat*, Köln 1984, S. 195–226, hier S. 225.
159 Kurt Jürgensen, »Die Eingliederung Westfalens in den preußischen Staat«, in: Baumgart (Hg.), *Expansion*, S. 227–254, hier S. 250.
160 Walter Geschler, *Das Preußische Oberpräsidium der Provinz Jülich-Kleve-Berg in Köln 1816–1822*, Köln 1967, S. 200f.; Oswald Hauser, *Preußische Staatsräson und nationaler Gedanke. Auf Grund unveröffentlichter Akten aus dem Schleswig-Holsteinischen Landesarchiv*, Neumünster 1960; Arnold Brecht, *Föderalismus, Regionalismus und die Teilung Preußens*, Bonn 1949.
161 Siehe Hans-Georg Aschoff, »Die welfische Bewegung und die Deutsch-Hannoversche Partei zwischen 1866 und 1914«, in: *Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte*, 53 (1981), S. 41–64.
162 Kurt Jürgensen, »Die Eingliederung der Herzogtümer Schleswig, Holstein und

Lauenburg in das preussische Königreich», in: Baumgart (Hg.), *Expansion*, S. 327-356, hier S. 350-352.

163 Georg Kunz, *Verortete Geschichte. Regionales Geschichtsbewusstsein in den deutschen Historischen Vereinen des 19. Jahrhunderts*, Göttingen 2000, S. 312-322. Zur Austauschbarkeit lokaler, regionaler und nationaler Konzepte von «Heimat», siehe Alon Confino, «Federalism and the Heimat Idea in Nineteenth-century Germany», in: Maiken Umbach (Hg.), *German Federalism*, London 2002, S. 70-90.

164 Attwood, *Fontane und das Preussentum*, S. 15-30. Eine detaillierte Monografie liefert Gerhard Friedrich, *Fontanes preussische Welt. Armee – Dynastie – Staat*, Herford 1988.

165 Theodor Fontane, «Preussens Zukunft», *Berliner Zeitungshalle*, 31. August 1848, abgedruckt in: Charlotte Jolies (Hg.), Theodor Fontane, *Politik und Geschichte* (= Sämtliche Werke, Nymphenburger Ausgabe, Bd. XIX), München 1969, S. 445f.

166 Attwood, *Fontane und das Preussentum*, S. 166f.

167 Andreas Dorpalen, «The German Struggle Against Napoleon: The East German View», in: *Journal of Modern History*, 41 (1969), S. 485-516.

168 Siehe Jan Palmowski, «Regional Identities and the Limits of Democratic Centralism in the GDR», in: *Journal of Contemporary History* 3/2006, S. 503-526. Mein Dank gilt Jan Palmowski, der mir diese faszinierende Arbeit zugänglich gemacht hat, bevor sie erschienen ist.

169 Ebenda. Über Klüss siehe auch die interessanten Bemerkungen in Karl-Heinz Steinbruch, «Gemeinde Brunow. Geschichte der Dörfer der Gemeinde Brunow», http://www.thies-site.com/loc/brunow/steinbruch_history_preface.htm; letzter Zugriff am 14. November 2006.

Auswahlbibliographie

Althaus, Horst, *Hegel und die heroischen Jahre der Philosophie. Eine Biographie*, München, Wien 1992

Anderson, Margaret Lavinia, *Windthorst. A Political Biography*, Oxford 1981, (deutsch: *Windthorst. Zentrumspolitiker und Gegenspieler Bismarcks*, Düsseldorf 1988)

-, *Practicing Democracy. Elections and Political Culture in Imperial Germany*, Princeton, NJ 2000

Archenholtz, Johann Wilhelm von, *Geschichte des Siebenjährigen Krieges in Deutschland von 1756 bis 1763*, Berlin 1793

Aretin, Karl Otmar von, *Heiliges Römisches Reich 1776-1806. Reichsverfassung und Staatssouveränität*, *2* Bde., Wiesbaden 1967

Angelow, Jürgen, *Von Wien nach Königgrätz. Die Sicherheitspolitik des deutschen Bundes im europäischen Gleichgewicht (1815-1866)*, München 1996

Atorf, Lars, *Der König und das Korn. Die Getreidehandelspolitik als Fundament des Brandenburg-preussischen Aufstiegs zur europäischen Grossmacht*, Berlin 1999

Attwood, Kenneth, *Fontane und das Preussentum*, Berlin 1970

Austensen, Roy A., «The Making of Austria's Prussian Policy, 1848-1851», in: *Historical Journal*, 27 (1984), S. 861-876

Baack, Lawrence J., *Christian Bernstorff and Prussia. Diplomacy and Reform Conservatism 1818-1832*, New Brunswick, NJ 1980

Bahners, Patrick und Gerd Roellecke (Hg.), *Preussische Stile. Ein Staat als Kunststück*, Stuttgart 2001

Bär, Max, *Westpreussen unter Friedrich dem Grossen*, 2 Bde., Leipzig 1909

Bailleu, Paul, *Königin Luise. Ein Lebensbild*, Berlin 1908

Baranowski, Shelley, «East Elbian Landed Elites and Germany's Turn to Fascism: The Sonderweg revisited», in: *European History Quarterly* (1996), S. 209-240

-, «Agrarian transformation and right radicalism: economics and politics in rural Prussia», in: Dwyer (Hg.), *Modern Prussian History*, S. 146-165

-, *The Sanctity of Rural Life. Nobility, Protestantism and Nazism in Weimar Prussia*, New York 1995

Barclay, David E., *Frederick William IV und the Prussian Monarchy 1840-1861*, Oxford 1995, S. 73f. u. S. 287h (deutsch: *Anarchie und guter Wille: Friedrich Wilhelm IV. und die preussische Monarchie*, Berlin 1995)

Barkin, Kenneth, «Social Control and Volksschule in Vormärz Prussia», in: *Central European History*, XVI (1983), S. 31-52

Baske, Siegfried, *Praxis und Prinzipien der preussischen Polenpolitik vom Beginn der Reaktionszeit bis zur Gründung des deutschen Reiches*, Berlin 1963

Bauerkämper, Arnd, «Der verlorene Antifaschismus. Die Enteignung der Gutsbesitzer und der Umgang mit dem 20. Juli 1944 bei der Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone», in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 42 (1994), S. 623-634

-, «Die Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg», in: Werner Stang (Hg.), *Brandenburg im Jahr 1945*, Potsdam 1995

Baumgart, Peter, «Der Grosse Kurfürst. Staatsdenken und Staatsarbeit eines europäischen Dynasten», in: Heinrich (Hg.), *Ein Sonderbares Licht*, S. 33-57

-, «Wie absolut war der preussische Absolutismus?», in: Manfred Schlenke (Hg.), *Preussen. Beiträge zu einer politischen Kultur*, Reinbek 1981, S. 103-119

-, «Die preussische Königskrönung von 1701, das Reich und die europäische Politik», in: Oswald Hauser (Hg.), *Preussen, Europa und das Reich*, Köln und Wien 1987, S. 65-86

-, «Der Adel Brandenburg-Preussens im Urteil der Hohenzollern des 18. Jahrhunderts», in: Rudolf Endres (Hg.), *Adel in der Frühneuzeit. Ein regionaler Vergleich*, Köln und Wien 1991, S. 141-161

-, «Zur Geschichte der kurmärkischen Stände im 17. und 18. Jahrhundert», in: Büsch und Neugebauer (Hg.), *Moderne Preussische Geschichte,* Bd. 2, S. 509-540
-, «Zur Geschichte der kurmärkischen Stände im 17. und 18. Jahrhundert», in: Dieter Gerhard, *Ständische Vertretungen in Europa im 27. und 18. Jahrhundert,* Göttingen 1969, S. 131-161
-, «The Annexation and Integration of Silesia into the Prussian State of Frederick the Great», in: Mark Greengrass (Hg.), *Conquest and Coalescence. The Shaping of the State in Early Modern Europe,* London 1991, S. 155-181
- (Hg.), *Expansion und Integration. Zur Eingliederung neugewonnener Gebiete in den preussischen Staat,* Köln 1984
Baumgart, Winfried, *Europäisches Konzert und nationale Bewegung 1830-1878* (= Handbuch der Geschichte der Internationalen Beziehungen, Bd. 6), Paderborn 1999
Beck, Hermann, «Conservatives and the Social Question in Nineteenth-century Prussia», in: Larry Eugene Jones und James Retailack (Hg.), *Between Reform, Reaction and Resistance: Studies in the History of German Conservatism from 1789 to 1945,* Providence 1993, S. 61-94
-, «State and Society in pre-März Prussia: the Weavers' Uprising, the Bureaucracy and the Association for the Welfare of Workers», in: *Central European History,* 25 (1992), s. 303-331
-, *The Origins of the Authoritarian Welfare State in Prussia. Conservatives, Bureaucracy and the Social Question, 1815-70,* Ann Arbor 1995
Becker, Josef, «Zum Problem der Bismarckschen Politik in der spanischen Thronfrage», in: *Historische Zeitschrift,* 212 (1971), S. 529-605
-, «Von Bismarcks spanischer Diversiom zur ‚Emser Legende' des Reichsgründers», in: Johannes Burkhardt u.a. (Hg.), *Lange und Kurze Wege in den Ersten Weltkrieg. Vier Augsburger Beiträge zur Kriegsursachenforschung,* München 1996, S. 87-113
Beckers, Thomas, *Abkehr von Preussen. Ludwig Dehio und die deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945,* Aichach 2001
Berdahl Robert, *The Politics of the Prussian Nobility. The Development of a Conservative Ideology 1770-1848,* Princeton 1988
Bergen, Doris L., *Twisted Cross. The German Christian Movement in the Third Reich,* Chapel Hill, WI1996
-, «Die ‚Deutschen Christern 1933-1945: ganz normale Gläubige und eifrige Komplizen?», in: *Geschichte und Gesellschaft,* 29 (2003), S. 542-574
Berger, Irene, *Die preussische Verwaltung des Regierungsbezirks Bromberg (1815-1847),* Köln 1966
Berger, Stefan, *The Search for Normality. National Identity and Historical Consciousness in Germany since 1800,* Providence, RI, und Oxford 1997
Bering, Dietz, «‚Geboren im Hause Cohn'. Namenpolemik gegen den preussischen Innenminister Albert Grzesinski», in: Dietz Bering und Friedhelm Debus (Hg.), *Fremdes und Fremdheit in Eigennamen,* Heidelberg 1990
Billinger, Robert D. Jr., *Metternich and the Germans. States, Rights and Federal Duties, 1820-1834,* Newark, DE 1991, S. 50-109
Birtsch, Günther, «Die preussische Sozialverfassung im Spiegel des Allgemeinen Landrechts für die preussischen Staaten von 1794», in: Wolff (Hg.), *Das Preussische Allgemeine Landrecht,* S. 133-147
-, «Gesetzgebung und Representation im späten Absolutismus. Die Mitwirkung der preussischen Provinzialstände bei der Entstehung des Allgemeinen Landrechts», in: *Historische Zeitschrift,* 202 (1969), S. 265-294
Biskup, Thomas, «The Hidden Queen: Elisabeth Christine of Prussia und Hohenzollern Queenship in the Eighteenth Century», in: Clarissa Campbell-Orr (Hg.), *Queenship in Europe 1660-1815. The Role of the Consort,* Cambridge 2004, S. 300-332
-, «The Politics of Monarchism. Royalty, Loyalty and Patriotism in Later 18th-century Prussia», Dissertation, Cambridge 2001
Bismarck, Otto von, *Gedanken und Erinnerungen,* Stuttgart, Berlin 1928

Blackbourn, David, *History of Germany 780-1918. The Long Nineteenth Century*, 2. Aufl., Oxford 2003
-, *Marpingen: Apparitions of the Virgin Mary in Bismarckian Germany, 1871-1887*, Oxford 1993
Blanning, T. C. W, «The Death and Transfiguration of Prussia», in: *Historical Journal*, 29 (1986), S. 433-459
-, *The Culture of Power and the Power of Culture. Old Regime Europe 1660-1789*, Oxford 2002
-, «Frederick the Great and Enlightened Absolutism», in: H. M. Scott (Hg.), *Enlightened Absolutism. Reform and Reformers in Later Eighteenth-century Europe*, London 1990, S.265-288
-, *The French Revolutionary Wars, 1787-1802*, London 1996
-, *Joseph II*, London 1994
-, *Origins of the French Revolutionary Wars*, London 1986
Blaschke, Karl-Heinz, «Von Jena 1806 nach Wien 1815: Sachsen zwischen Preussen und Napoleon», in: Gerd Fesser und Reinhard Jonscher (Hg.), *Umbruch im Schatten Napoleons. Die Schlachten von Jena und Auerstedt und ihre Folgen*, Jena 1998, S. 143-156
Blasius, Dirk, «Der Kampf um die Geschworenengerichte im Vormärz», in: Hans-Ulrich Wehler (Hg.), *Sozialgeschichte heute. Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag*, Göttingen 1974
-, *Friedrich Wilhelm IV, 1795-1861. Psychopathologie und Geschichte*, Göttingen 1992
Bleiber, Helmut, «Die preussischen Agrarreformen in der Geschichtsschreibung der DDR», in: Sösemann (Hg.), *Gemeingeist und Bürgersinn*, S. 109-125
Bömelburg, Hans-Jürgen, *Zwischen polnischer Ständegesellschaft und preussischem Obrigkeitsstaat. Vom Königlichen Preussen zu Westpreussen (1756-1806)*, München 1995
Borg, Daniel R., *The Old Prussian Church and the Weimar Republic. A Study in Political Adjustment 1917-1927*, Hannover, London 1984
Börsch-Supan, Helmut und Lucius Griesebach (Hg.), *Karl Friedrich Schinkel. Architektur, Malerei, Kunstgewerbe*, Berlin 1981
-, «Zeitgenössische Bildnisse des Grossen Kurfürsten», in: Gerd Heinrich (Hg.), *Ein Sonderbares Licht in Teutschland. Beiträge zur Geschichte des Grossen Kurfürsten von Brandenburg (1640-1688)*, Berlin 1990, S. 151-166
-, «Friedrich der Grosse im zeitgenössischen Bildnis», in: Oswald Hauser (Hg.), *Friedrich der Grosse in seiner Zeit*, Köln 1987, S. 255-270
Boockmann, Hartmut, «Wie weit reicht die preussische Geschichte?», in: *FBPG* Neue Folge 6 (1996), S. 145-162
Borsche, Tilman, *Wilhelm von Humboldt*, München 1990
Botzenhart, Manfred, *Deutscher Parlamentarismus in der Revolutionszeit 1848-1850*, Düsseldorf 1977
Bracher, Karl Dietrich, *Die Auflösung der Weimarer Republik: Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie*, Villingen 1960
Brecht, Arnold, *Föderalismus, Regionalismus und die Teilung Preussens*, Bonn 1949
Brecht, Martin, «Philipp Jakob Spener, Sein Programm und dessen Auswirkungen», in: Derselbe (Hg.), *Geschichte des Pietismus*, 4 Bde., Göttingen 1993, Bd. 1: *Der Pietismus vom 17. bis zum frühen 18. Jahrhundert*, S. 278-389
-, «August Hermann Francke und der Hallesche Pietismus», in: Derselbe (Hg.), *Geschichte des Pietismus*, Bd. 2, S. 440-540
-, «Der Haifische Pietismus in der Mitte des 18. Jahrhunderts – seine Ausstrahlung und sein Niedergang», in: Derselbe und Klaus Deppermann (Hg.), *Der Pietismus im achtzehnten Jahrhundert*, Göttingen 1995, S. 319-357
Breuer, Mordechai, «The Early Modern Period», in: Michael A. Meyer und Michael Brenner (Hg.), *German-Jewish History in Modern Times*, 4 Bde., New York 1996, Bd. 1: *Tradition and Enlightenment 1600-1780*, S. 79-260, hier S. 146-149 (deutsch: Mordechai Breuer, Michael Graetz (Hg.), *Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit*, Bd. 1: *Tradition und Aufklärung, 1600-1780*, München 1996)

Breysig, Kurt (Hg.), *Ständische Verhandlungen*, Berlin 1894-1899, Bd. 3: *Preussen*, Teil 1 (= UuA, Bd. 15)
- (Hg.), *Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte der Inneren Politik des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg*, Teil 1: *Geschichte der brandenburgischen Finanzen in derZeit von 1660 bis 1697*, Bd. 1: *Die Centralstellen der Kammerverwaltung*, Leipzig 1895
Brinkmann, Carl, *Wustrau. Wirtschafts-und Verfassungsgeschichte eines brandenburgischen Rittergutes*, Leipzig 1911
Brophy, James M., *Joining the Political Nation. Popular Culture and the Public Sphere in the Rhineland, 1800-1850* (in Kürze: Cambridge 2007).
-, «Violence between Civilians and State Authorities in the Prussian Rhineland 1830-1848», in: *German History, 22* (2004), S. 1-35
-, *Capitalism, Politics and Railroads in Prussia, 1830-1870*, Columbus 1998
-, «The Political Calculus of Capital: Banking and the Business Class in Prussia, 1848-1856», in: *Central European History*, 25 (1992), S. 149-176
Brose, Eric Dorn, *The Politics of Technological Change in Prussia. Out of the Shadow of Antiquity*, Princeton, NJ 1993
Brüggemann, Franz (Hg.), *Der Siebenjährige Krieg im Spiegel der zeitgenössischen Literatur*, Leipzig 1935
Buchsteiner, Ilona, «Pommerscher Adel im Wandel des 19. Jahrhunderts», in: *Geschichte und Gesellschaft*, 25 (1999), S. 343-374
Burkhardt, Johannes, «Kriegsgrund Geschichte? 1870,1813,1756 – historische Argumente und Orientierungen bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges», in: Derselbe u.a. (Hg.), *Lange und Kurze Wege in den Ersten Weltkrieg. Vier Augsburger Beiträge zur Kriegsursachenforschung*, München 1996
Büsch, Otto (Hg.), *Das Preussenbild in der Geschichte. Protokoll eines Symposions*, Berlin 1981
-, *Militärsystem und Sozialleben im alten Preussen*, Berlin 1962
- und Monika Neugebauer-Wölk (Hg.), *Preussen und die revolutionäre Herausforderung seit 1789*, Berlin 1991
Bussmann, Walter, *Zwischen Preussen und Deutschland. Friedrich Wilhelm IV. Eine Biographie*, Berlin 1990
Carl, Horst, *Okkupation und Regionalismus. Die preussischen Westprovinzen im Siebenjährigen Krieg*, Mainz 1993
-, «Unter fremder Herrschaft. Invasion und Okkupation im Siebenjährigen Krieg», in: Kroener und Pröve (Hg.), *Krieg und Frieden*, S. 331-348
Carsten, Francis L., «The Resistance of Cleves and Mark to the Despotie Policy of the Great Elector», *English Historical Review*, 66 (1951), S. 219-241
-, *Die Entstehung Preussens*, Köln 1968
-, *Geschichte der preussischen Junker*, Frankfurt am Main 1988
Chickering, Roger, *Imperial Germany and the Great War 1914-1918*, Cambridge 1988, S. 74 (deutsch: *Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg*, München 2002)
Clark, Christopher, *The Politics of Conversion. Missionary Protestantism and the Jews in Prussia 1728-1941*, Oxford 1995
-, «The Napoleonic Moment in Prussian Church Policy», in: David Laven und Lucy Riall (Hg.), *Napoleons Legacy. Problems of Government in Restoration Europe*, Oxford, 2000
-, «Confessional Policy and the Limits of State Action: Frederick William III and the Prussian Church Union 1817-1840», in: *Historical Journal*, 39 (1996), S. 985-1004
-, «The Limits of the Confessional State: Conversions to Judaism in Prussia 1814-1843», in: *Past & Present*, 147 (1995), S. 159-179
-, «The Jews and the German State in the Wilhelmine Era», in: Michael Brenner, Rainer Liedtke und David Rechter (Hg.), *Two Nations. British and German Jews in Comparative Perspective*, Tübingen 1999
-, *Kaiser Wilhelm II*, Harlow 2000

Conrady, Emil Karl Georg von, *Leben und Wirken des Generals Carl von Grolman, 3* Bde., Berlin 1894-1896
Conze, Eckart, *Von deutschem Adel. Die Grafen von Bernstoff im zwanzigsten Jahrhundert,* München 2000
-, «Adel und Adeligkeit im Widerstand des 20. Juli 1944», in: Reif (Hg.), *Adel und Bürgertum,* Bd. 2, S. 269-295
Corni, Gustavo, Stato assoluto e società agraria in Prussia nell' età di Federico II f=Annali dell' Istituto storico italo-germanico, 4), Bologna 1982
Cosmar, J. W. C., *Beiträge zur Untersuchung der gegen den Kurbrandenburgischen Geheimen Rath Grafen Adam zu Schwarzenberg erhobenen Beschuldigungen. Zur Berichtigung der Geschichte unserer Kurfürsten Georg Wilhelm und Friedrich Wilhelm,* Berlin 1828
Craig, Gordon, *The Politics of the Prussian Army, 1640-1945,* London und New York 1964 (dt.: *Die preussisch-deutsche Armee, 1640-1945,* Düsseldorf 1960)
Croon, Helmuth, *Stände und Steuern in Jülich-Berg im 17. und vornehmlich im 18. Jahrhundert,* Bonn 1929
-, «Die Anfänge der Parlamentarisierung im Reich und die Auswirkungen auf Preussen», in: Hauser (Hg.), *Preussen und das Reich,* S. 105-154
Demandt, Philipp, *Luisenkult. Die Unsterblichkeit der Königin von Preussen,* Köln 2003
Deppermann, Klaus, «Die Kirchenpolitik des Grossen Kurfürsten», in: *Pietismus und Neuzeit,* 6 (1980), S. 99-114
-, *Der Hallesche Pietismus und der preussische Staat unter Friedrich III. (L),* Göttingen
1961 Dickey, Laurence, *Hegel. Religion, Economics and the Politics of Spirit,* Cambridge
1987 Dietrich, Richard (Hg.), *Die politischen Testamente der Hohenzollern,* Köln 1986
-, «Die Anfänge des preussischen Staatsgedankens in politischen Testamenten der Hohenzollern», in: Friedrich Benninghoven und Cécile Lowenthal-Hensel (Hg.), *Neue Forschungen zur Brandenburg-Preussischen Geschichte* (= Veröffentlichungen aus den Archiven Preussischer Kulturbesitz 14); Köln 1979, S. 1-60
Digeon, Claude, *La Crise allemande dans la pensée française 1870-1914,* Paris 1959
Dorwart, Reinhold August, *The Prussian Welfare State before 1740,* Cambridge (Massachusetts) 1971
Droysen, Johann Gustav, *Geschichte der preussischen Politik,* 14 Bde., Berlin 1855-1865
-, *Das Leben des Feldmarschalls Grafen Yorck von Wartenburg,* 3 Bde., 7. Aufl., Berlin
1875 Duchhardt, Heinz, «Das preussische Königtum von 1701 und der Kaiser», in: Heinz Duchhardt und Manfred Schlenke (Hg.), *Festschrift für Eberhard Kessel,* München 1982,S.89-101
-, «Die preussische Königskrönung von 1701. Ein europäisches Modell?» in: Derselbe (Hg.), *Herrscherweihe und Königskrönung im Frühneuzeitlichen Europa,* Wiesbaden 1983, S. 82-95
Düding, Dieter, *Organisierter gesellschaftlicher Nationalismus in Deutschland (1808-1847). Bedeutung und Funktion der Turner- und Sängervereine für die deutsche Nationalbewegung,* München 1984
Duffy, Christopher, *Frederick the Great. A Military Life,* London 1985
-, *Russia's Military Way to the West: Origins and Nature of Russian Military Power 1700-1800,* London 1981
Dwyer, Philip G., «The Politics of Prussian Neutrality 1795-1805», in: *German History,* 12 (1994), S. 351-373
- (Hg.), *The Rise of Prussia 1700-1830,* Harlow 2000
- (Hg.), *Modern Prussian History 1830-1947,* Harlow 2001
Eisler, B. (Hg.), *Peter Thieles Aufzeichnungen von den Schicksalen der Stadt Beelitz im Dreissigjährigen Kriege,* Beelitz 1931
Enders, Lieselott, *Die Uckermark. Geschichte einer kurmärkischen Landschaft vom 12. bis zum 18. Jahrhundert,* Weimar 1992
Engel, Martin, *Das Forum Fridericianum und die monumentalen Residenzplätze des 18. Jahrhunderts,* Disseration in Kunstgeschichte, Freie Universität Berlin (2001)

Engelberg, Ernst, *Bismarck. Urpreusse und Reichsgründer, 2* Bde., Berlin 1998
Engelen, Beate, «Warum heiratet man einen Soldaten? Soldatenfrauen in der ländlichen Gesellschaft Brandenburg-Preussens im 18. Jahrhundert», in: Stefan Kroll und Kristiane Krüger (Hg.), *Militär und ländliche Gesellschaft in der frühen Neuzeit,* Münster 2000, S. 251-274
-, «Fremde in der Stadt. Die Garnisonsgesellschaft Prenzlaus im 18. Jahrhundert»; Klaus Neitmann, Jürgen Theil und Olaf Grundel (Hg.), *Die Herkunft der Brandenburger. Sozial- und Mentalitätsgeschichtliche Beiträge zur Bevölkerung Brandenburgs vom hohen Mittelalter bis zum 20. Jahrhundert,* Potsdam 2001
Epstein, Klaus, *The Genesis of German Conservatism,* Princeton, NJ1966, S. 360-368 (deutsch: *Die Ursprünge des Konservatismus in Deutschland. Der Ausgangspunkt: Die Herausforderung durch die Französische Revolution 1770-1806,* Frankfurt/Main 1973).
Erdmannsdörffer, Bernhard (Hg.), *Politische Verhandlungen, 4* Bde., Berlin 1864-1884, Bd. 1 (= UuA, Bd. 1)
Evans, Richard J., *Rituals of Retribution. Capital Punishment in Germany, 1600-1987,* London 1997, S. 113 (deutsch: *Rituale der Vergeltung. Die Todesstrafe in der deutschen Geschichte 1532-1987,* Berlin 2001)
-, *Tales from the German Underworld,* New Haven, CT 1998, S. 31-35,46 (deutsch: *Szenen aus der deutschen Unterwelt. Verbrechen und Strafe, 1800-1914,* Reinbek 1997)
Eylert, Rulemann Friedrich, *Charakterzüge und historische Fragmente aus dem Leben des Königs von Preussen Friedrich Wilhelm III.,* 3 Bde., Magdeburg 1844-6
Faber, Karl Georg, «Die kommunale Selbstverwaltung in der Rheinprovinz im neunzehnten Jahrhundert», in: *Rheinische Vierteljahrsblätter,* 30/1 (1965), S. 132-151
Fahrmeir, Andreas, *Citizens and Aliens. Foreigners and the Law in Britain and the German States, 1789-1870,* New York 2000
Fay, Sidney B., «The Beginnings of the Standing Army in Prussia», *American Historical Review,* 22 (1916/17), S. 763-777
Feig, Johannes, «Die Begründung der Luckenwalder Wollenindustrie durch Preussens Könige im achtzehnten Jahrhundert», in: *FBPG,* 10 (1898), S. 79-103
Feldman, Gerald D., *Army, Industry and Labor in Germany, 1914-1918,* Princeton, NJ 1966, S. 31ff. (deutsch: *Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914-1918,* Berlin 1985)
-, *The Great Disorder. Politics, Economics and Society in the German Inflation 1914-1924,* Oxford 1997
Fischer, Fritz, *Moritz August von Bethmann Hollweg und der Protestantismus,* Berlin 1937
Fischer, Horst, *Judentum, Staat und Heer in Preussen im frühen 19. Jahrhundert. Zur Geschichte der staatlichen Judenpolitik,* Tübingen 1968
Förster, Stig, *Der doppelte Militarismus. Die deutsche Heeresrüstungspolitik zwischen Status-quo-Sicherung und Aggression 1890-1913,* Stuttgart 1985
Fontane, Theodor, *Wanderungen durch die Mark Brandenburg,* Hg. Edgar Gross, 2. Aufl., 6 Bde., München 1963
Ford, Guy Stanton, *Stein and the Era of Reform in Prussia, 1807-1815,* 2. Aufl., Gloucester, MA 1965
Franz, Günther, *Der Dreissigjährige Krieg und das deutsche Volk,* 3rd edn, Stuttgart 1961
Freitag, Werner, «Nationale Mythen und kirchliches Heil: Der ‚Tag von Potsdams, in: *Westfälische Forschungen,* 41 (1991), S. 379-430
Freund, Ismar (Hg.), *Die Emanzipation der Juden in Preussen unter besonderer Berücksichtigung des Gesetzes vom 11. März 1812. Ein Beitrag zur Rechtsgeschichte der Juden in Preussen,* 2 Bde., Berlin 1912
Frevert, Ute, *Frauen-Geschichte zwischen bürgerlicher Verbesserung und neuer Weiblichkeit,* Frankfurt/Main 1986
-, *Die kasernierte Nation. Militärdienst und Zivilgesellschaft in Deutschland,* München 2001
- (Hg.), *Militär und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert,* Stuttgart 1997

Frey, Linda und Marsha, *Frederick I: The Man und His Times,* Boulder, CO 1984 (deutsch: *Friedrich L: Preussens erster König,* Graz 1984)
Nils Freytag, *Aberglauben im 19. Jahrhundert. Preussen und die Rheinprovinz zwischen Tradition und Moderne (1815-1918),* Berlin 2003
Frie, Ewald, *Friedrich August Ludwig von der Marwitz, 1777-1837. Biographien eines Preussen,* Paderborn 2001
Friedrich II., *Oeuvres de Frédéric II, Roi de Prusse,* hrsg. von J. D. E. Preuss 33 Bde., Berlin 1846-1857
Friedrich II., *De la Littérature Allemande; des defauts quon peut lui reprocher; quelles en sont les causes; et par quels moyens on peut les corriger,* Berlin 1780; nachgedruckt Heilbronn 1883, S. 4Ê, 10 (deutsch: *Über die deutsche Litteratur,* hrsg. von Heinrich Simon, Leipzig 1886
Friedrich II., *Anti-Machiavell oder Prüfung von Machiavells «Fürst»,* bearbeitet von Voltaire, übers, von Helga Bergmann, Leipzig 1991
Friedrich, Karin, «The Development of the Prussian Town, 1720-1815», in: Dwyer (Hg.), *Rise of Prussia,* S. 129-150
Friedrich, Martin, *Die preussische Landeskirche im Vormärz. Evangelische Kirchenpolitik unter dem Ministerium Eichhorn (1840-1848),* Waltrop 1994
-, «Die preussische Landeskirche im Vormärz. Kirchenpolitik und Verfassungsfrage», in: Bärbel Holtz u. Hartmut Spenkuch (Hg.), *Preussens Weg in die politische Moderne. Verfassung – Verwaltung – politische Kultur zwischen Reform und Reformblockade,* Berlin 2001,141-167
Friedrichs, Otto, *Das niedere Schulwesen im linksrheinischen Herzogtum Kleve 1614-1816. Ein Beitrag zur Regionalgeschichte der Elementarschulen in Brandenburg-Preussen,* Bielefeld 2000
Frost, Robert I., *The Northern Wars 1558-1721,* Harlow 2000
Fürbringer, Christoph, *Nécessitas und Liberias. Staatsbildung und Landstände im 17. Jahrhundert in Brandenburg,* Frankfurt/Main 1985
Fulbrook, Mary, *Piety and Politics: Religion and the Rise of Absolutism in England, Württemberg and Prussia,* Cambridge 1983
Funck, Marcus, «The Meaning of Dying: East-Elbian Noble Families as ‚Warrior-Tribes' in the Nineteenth and Twentieth Centuries», übersetzt von Gary Shockey, in: Greg Eghigian und Matthew Paul Berg, *Sacrifice and National Belonging in Twentiethcentury Germany,* Arlington, TX 2002
Füssl, Wilhelm, *Professor in der Politik. Friedrich Julius Stahl (1802-1861),* Göttingen 1988
Gailus, Manfred, «Moralische ökonomie' und Rebellion in Preussen vor 1806: Havelberg, Halle und Umgebung», in: *FBPG* (Neue Reihe), 11 (2001), S. 77-100
-, «Food Riots in Germany in the Late 1840s», in: *Past & Present,* 145 (1994), S. 157-193
-, *Strasse und Brot. Sozialer Protest in den deutschen Staaten unter besonderer Berücksichtigung Preussens, 1847-1849,* Göttingen, 1990
-, «The Revolution of 1848 as Politics of the Streets», in: Dieter Dowe, Heinz-Gerhard Haupt, Dieter Langewiesche und Jonathan Sperber (Hg.), *Europe in 1848. Revolution and Reform,* New York 2001, S. 778-796
-, *Protestantismus und Nationalsozialismus. Studien zur Durchdringung des protestantischen Sozialmilieus in Berlin,* Köln 2001
-, «Deutsche, Christen, Olias, Olias! Wie Nationalsozialisten die Kirchengemeinde Alt-Schöneberg eroberten», in: Derselbe (Hg.), *Kirchengemeinden im Nationalsozialismus: sieben Beispiele aus Berlin,* Berlin 1990
Gall, Lothar, «Zwischen Preussen und dem Reich: Bismarck als Reichskanzler und Preussischer Minister-Präsident», in: Hauser (Hg.), *Preussen und das Reich,* S. 155-164
-, *Bismarck, der weisse Revolutionär,* Stuttgart 1982
Gawthrop, Richard L., *Pietism and the Making of Eighteenth-century Prussia,* Cambridge 1993
Gessner, Dieter, *Agrarverbände in der Weimarer Republik. Wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen agrarkonservativer Politik vor 1933,* Düsseldorf 1976

Gestrich, Andreas, *Absolutismus und Öffentlichkeit: Politische Kommunikation in Deutschland zu Beginn des 18. Jahrhunderts*, Göttingen 1994

Giersberg, Hans-Joachim und Claudia Meckel (Hg.), *Friedrich II und die Kunst, 2* Bde., Potsdam 1986

-, *Friedrich II als Bauherr. Studien zur Architektur des 18. Jahrhunderts in Berlin und Potsdam*, Berlin 1986

Gilbert, Felix, *Johann Gustav Droysen und die preussisch-deutsche Frage*, München, Berlin 1931

Gleixner, Ulrike, *«Das Mensch» und «Der Kerl». Die Konstruktion von Geschlecht in Unzuchtsverfahren der Frühen Neuzeit (1700-1760)*, Frankfurt 1994

Görlitz, Walter, *Die Junker. Adel und Bauer im deutschen Osten. Geschichtliche Bilanz von 7 Jahrhunderten*, Glücksburg 1957

Göse, Frank, *Ritterschaft – Garnison – Residenz. Studien zur Sozialstruktur und politischen Wirksamkeit des brandenburgischen Adels 1648-1763*, Berlin 2005

-, «Zur Geschichte des neumärkischen Adels im 17./18. Jahrhundert –, Ein Beitrag zum Problem des ständischen Regionalismus», in: *FBPG* Neue Folge 7 (1997), S. 1-48

Gotthard, Axel, «Zwischen Luthertum und Calvinismus (1598-1640)», in: Frank-Lothar Kroll (Hg.), *Preussens Herrscher. Von den ersten Hohenzollern bis Wilhelm II*, München 2000

-, «Der «Grosse Kurfürst» und das Kurkolleg», in: *FBPG* Neue Folge 6,1996, S. 1-30

Gotthelf, Rodney, «Frederick William I und Prussian Absolutism, 1713-1740», in: Philip G. Dwyer (Hg.), *The Rise of Prussia 1700-1830*, Harlow 2000, S. 47-67

-, «Absolutism in Action. Frederick William I and the Government of East Prussia, 1709-1730», Diss., St Andrews 1998

Graetz, Michael, «The Jewish Enlightenment», in: Meyer und Brenner (Hg.), *German-Jewish History*, Bd. 1, S. 261-380 (deutsch: Mordechai Breuer, Michael Graetz (Hg.), *Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit*, Bd. 1: *Tradition und Aufklärung, 1600-1780*, München 1996)

Granier, Hermann, «Ein Reformversuch des preussischen Kanzleistils im Jahre 1800», in: *FBPG*, 15 (1902), S. 168-180

-, *Berichte aus der Berliner Franzosenzeit 1807-1809*, Leipzig 1913

Green, Abigail, «The Federal Alternative: A New View of Modern German History?» in: *Historical Journal* 4,1 (2003), S. 187-202

-, *Fatherlands. Statebuilding and Nationhood in Nineteenth-century Germany*, Cambridge 2001

Grünthal, Günther, *Parlamentarismus in Preussen 1848/49-1857/38: Preussischer Konstitutionalismus – Parlament und Regierung in der Reaktionsära*, Düsseldorf 1982

Gundermann, Iselin, «Die Salbung König Friedrichs I. in Königsberg», in: *Jahrbuch für Berlin-Brandenburgische Kirchengeschichte*, 63 (2001), S. 72-88

Haake, Paul, «König Friedrich Wilhelm III., Hardenberg und die preussische Verfassungsfrage», in: *FBPG, 26 (1913), S.* 523-573; 28 (1915), S. 175-220; 29 (1916), S. 305-369; 30 (1917), S. 317-365; 32 (1919), S. 109-180

-, «Die Errichtung des preussischen Staatsrats im März 1817», in: *FBPG*, 27 (1914), S. 247-265

Hachtmann, Rüdiger, *Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution*, Bonn 1997

Hackmann, Jörg, *Ostpreussen und Westpreussen in deutscher und polnischer Sicht. Landeshistorie als beziehungsgeschichtliches Problem*, Wiesbaden 1996

Haeften, August von (Hg.), *Ständische Verhandlungen*, Bd. 1: Kleve-Mark, Berlin 1869 (= Bd. 5 der Reihe *Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg-*, im Folgenden UuA)

Haffner, Sebastian, *Preussen ohne Legende*, Hamburg 1978

Hagemann, Karen, «Der ‚Bürger' als Nationalkrieger. Entwürfe von Militär, Nation und Männlichkeit in der Zeit der Freiheitskriege», in: Karen Hagemann und Ralf Pröve (Hg.), *Landsknechte, Soldatenfrauen und Nationalkrieger*, Frankfurt/ Main 1998, S. 78-89

-, *«Männlicher Muth und Teutsche Ehre»: Nation, Militär und Geschlecht zur Zeit der Antinapoleonischen Kriege Preussens,* Paderborn 2002
Hagen, William W, *Ordinary Prussians. Brandenburg Junkers and Villagers, 1500-1840,* Cambridge 2002
-, «Seventeenth-century Crisis in Brandenburg: The Thirty Years' War, the Destabilization of Serfdom, and the Rise of Absolutism», in: *American Historical Review,* 94 (1989), S. 302-335
-, «Die brandenburgischen und grosspolnischen Bauern im Zeitalter der Gutsherrschaft 1400-1800», in: Jan Peters (Hg.), *Gutsherrschaftsgesellschaften im europäischen Vergleich,* Berlin 1997, S. 17-28
-, «The Junkers' Faithless Servants», in: Richard J. Evans und W Robert Lee (Hg.), *The German Peasantry,* London 1986, S. 71-101
-, *Germans, Poles and Jews. The Nationality Conflict in the Prussian East, 1772-1914,* Chicago 1980
-, «The Partitions of Poland and the Crisis of the Old Regime in Prussia, 1772-1806», in: *Central European History,* 9 (1976), S. 115-28
Hahn, Peter-Michael, «Landesstaat und Ständetum im Kurfürstentum Brandenburg während des 16. und 17. Jahrhunderts», in: Peter Baumgart (Hg.), *Ständetum und Staatsbildung in Brandenburg-Preussen. Ergebnisse einer international Fachtagung,* Berlin 1983, S. 41-79
-, «Aristokratisierung und Professionalisierung. Der Aufstieg der Obristen zu einer militärischen und höfischen Elite in Brandenburg-Preussen von 1650-1725», in: *FBPG,* 1 (1991), S. 161-208
Harnack, Adolf, *Geschichte der Königlich-Preussischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin,* 3 Bde., Berlin 1900
Harnisch, Hartmut, «Preussisches Kantonsystem und ländliche Gesellschaft», in: Kroener und Pröve (Hg.), *Krieg und Frieden,* S. 137-165
-, «Die agrarpolitischen Reformmassnahmen der preussischen Staatsführung in dem Jahrzehnt vor 1806-1807», in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte,* 3 (1977), S. 129-154
-, «Vom Oktoberedikt des Jahres 1807 zur Deklaration von 1816. Problematik und Charakter der preussischen Agrarreformgesetzgebung zwischen 1807 und 1816», in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* (Sonderband, 1978), S. 231-293
Hartlieb von Wallthor, Alfred, «Die Eingliederung Westfalens in den preussischen Staat», in: Peter Baumgart (Hg.), *Expansion und Integration. Zur Eingliederung neugewonnener Gebiete in den preussischen Staat,* Köln 1984, S. 227-254
Hartmann, Stefan, «Gefährdetes Erbe. Landesdefension und Landesverwaltung in Ostpreussen zur Zeit des Grossen Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg (1640-1688)», in: Heinrich (Hg.), *Ein Sonderbares Licht,* S. 113-36
Hattenhauer, Hans, «Preussen auf dem Weg zum Rechtsstaat», in: Jörg Wolff (Hg.), *Das Preussische Allgemeine Landrecht: politische, rechtliche und soziale Wechsel- und Fortwirkungen,* Heidelberg 1995, S. 49-67
- (Hg.), *Allgemeines Landrecht für die preussischen Staaten von 1794,* Frankftirt/Main 1970 Haug-Moritz, Gabriele, *Württembergischer Ständekonflikt und deutscher Dualismus: ein Beitrag zur Geschichte des Reichsverbands in der Mitte des 18. Jahrhunderts.* Stuttgart 1992
-, «Friedrich der Grosse als ‚Gegenkaiser' : Überlegungen zur preussischen Reichspolitik, 1740-1786», in: Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Hg.), *Vom Fels zum Meer. Preussen und Südwestdeutschland,* Tübingen 2002, S. 25-44
Hauser, Oswald (Hg.), *Zur Problematik Preussen und das Reich,* Köln 1984
-, *Preussische Staatsräson und nationaler Gedanke. Auf Grund unveröffentlichter Akten aus dem Schleswig-Holsteinischen Landesarchiv,* Neumünster 1960
Haussherr, Hans, *Verwaltungseinheit und Ressorttrennung. Vom Ende des 17. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts,* Berlin 1953
Heffter, Heinrich, «Der Nachmärzliberalismus: Die Reaktion der fünfziger Jahre», in: Hans-Ulrich Wehler (Hg.), *Moderne deutsche Sozialgeschichte,* Köln 1966, S. 177-196

Heinemann, Ulrich, *Ein konservativer Rebell. Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg und der 20. Juli,* Berlin 1990

Heinrich, Gerd, *Geschichte Preussens. Staat und Dynastie,* Frankfurt 1981

- (Hg.), *Ein Sonderbares Licht in Teutschland. Beiträge zur Geschichte des Grossen Kurfürsten von Brandenburg (1640-1688),* Berlin 1990

-, «Religionstoleranz in Brandenburg-Preussen. Idee und Wirklichkeit», in: Manfred Schlenke (Hg.), *Preussen. Politik, Kultur, Gesellschaft,* Reinbek 1986, S. 83-102

-, «Staatsaufsicht und Stadtfreiheit in Brandenburg-Preussen unter dem Absolutismus (1660-1806)», in: Wilhelm Rausch (Hg.), *Die Städte Mitteleuropas im 17. und 18. Jahrhundert,* Linz 1981, S. 155-172

Hellmuth, Eckhart, «Die ‚Wiedergeburt' Friedrichs des Grossen und der ‚Tod fürs Vaterlands Zum patriotischen Selbstverständnis in Preussen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts», *Aufklärung,* 10/2 (1998), S. 22-54

-, Immo Meenken und Michael Trauth (Hg.), *Zeitenwende? Preussen um 1800,* Stuttgart 1999

Henderson, William O., *Studies in the Economic Policy of Frederick the Great,* London 1963

Hermand, Jost, «Dashed Hopes: On the Painting of the Wars of Liberation», übersetzt von J. D. Steakley, in: S. Drescher, D. Sabean und A. Sharlin (Hg.), *Political Symbolism in Modern Europe. Essays in Honor of George L. Mosse,* New Brunswick, London 1982, S. 216-238

Herrmann, Alfred, «Friedrich Wilhelm III. und sein Anteil an der Heeresreform bis 1813», in: *Historische Vierteljahrsschrift,* 11 (1908), S. 484-516

Hertz, Deborah, *Jewish High Society in Old-regime Berlin,* New Haven und London 1988

-, «Seductive Conversion in Berlin, 1770-1809», in: Todd Endelman (Hg.), *Jewish Apostasy in the Modern World,* New York und London 1990, S. 48-82

Hinrichs, Carl, *Friedrich Wilhelm I. König in Preussen. Eine Biographie,* Hamburg 1941

-, *Preussen als historisches Problem,* hg. Gerhard Oestreich, Berlin 1964

-, *Preussentum und Pietismus. Der Pietismus in Brandenburg-Preussen als religiös-soziale Reformbewegung,* Göttingen 1971

Hintze, Otto, *Die Hohenzollern und ihr Werk. Fünfhundert Jahre Vaterländischer Geschichte,* 7. Aufl., Berlin 1916

-, «Preussische Reformbestrebungen vor 1806», in: *Historische Zeitschrift, 76* (1896), S. 413-443

Hirsch, Ferdinand, «Die Armee des Grossen Kurfürsten und ihre Unterhaltung während der Jahre 1660-1666», in: *Historische Zeitschrift* 17/1885, S. 229-275

- (Hg.), *Politische Verhandlungen,* Berlin 1864-1930, Bd. 11 (= UuA, Bd. 18) Berlin 1902

Hodenberg, Christina von, *Die Partei der Unparteiischen. Der Liberalismus der preussischen Richterschaft 1815-1848/49,* Göttingen 1996

Hötzsch, Otto, *Stände und Verwaltung von Kleve und Mark in der Zeit von 1666 bis 1697* (=Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte der inneren Politik des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg 2), Leipzig 1908

-, «Fürst Moritz von Nassau-Siegen als brandenburgischer Staatsmann (1647 bis 1679)», *FBPG,* 19 (1906), S. 89-114

Hofmann, Jürgen, *Das Ministerium Camphausen-Hansemann: zur Politik der preussischen Bourgeoisie in der Revolution 1848/49,* Berlin (Ost), 1981

Hofmeister-Hunger, Andrea, *Pressepolitik und Staatsreform. Die Institutionalisierung staatlicher Öffentlichkeitsarbeit bei Karl August von Hardenberg (1792-1822),* Göttingen 1994

-, «Presse und Staatsform in der Reformzeit», in: Heinz Duchhardt und Karl Teppe (Hg.), *Karl vom und zum Stein: Der Akteur, der Autor, seine Wirkungs-und Rezeptionsgeschichte,* Mainz 2003

Holtz, Bärbel u.a. (Hg.), *Die Protokolle des preussischen Staatsministeriums, 1817-1934/38,* 12 Bde., Hildesheim 1999-2004

-, «Wider Ostrakismos und moderne Konstitutionstheorien. Die preussische Regierung im Vormärz zur Verfassungsfrage», in: Dieselbe und Hartin Spenkuch (Hg.), *Preussens Weg in die politische Moderne. Verfassung – Verwaltung – politische Kultur zwischen Reform und Reformblockade,* Berlin 2001, S. 101-139
-, «Der vormärzliche Regierungsstil von Friedrich Wilhelm IV», in: *FBPG,* 12 (2002), s. 75-113.
Hubatsch, Walther, *Friedrich der Grosse und die preussische Verwaltung,* Köln 1973
- (Hg.), *Freiherr von Stein. Briefe und amtliche Schriften,* 10 Bde., Stuttgart 1957-1974
Huber, Ernst Rudolf, *Heer und Staat in der deutschen Geschichte,* Heidelberg 1938
-, *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789,* 8 Bde., Stuttgart 1957-1990
Hunter, Ian, «Kant and the Prussian Religious Edict. Metaphysics within the Bounds of Political Reason Alone», Thesenpapier, Centre of the History of European Discourses, University of Queensland, online zugänglich unter *http:// eprint.uq.edu.au/archive/ 00000396/01/hunterkant.pdf,* letzter Zugriff am 30. Dezember 2003
Hüttl, Ludwig, *Friedrich Wilhelm von Brandenburg, der Grosse Kurfürst 1620-1688, eine politische Biographie,* München 1981
Ibbeken, Rudolf, *Preussen. Geschichte eines Staates,* Stuttgart 1970
Isaacsohn, Siegfried, *Geschichte des preussischen Beamtenthums vom Anfang des* 15. *Jahrhunderts bis auf die Gegenwart,* 3 Bde., Berlin 1874-1884
- (Hg.), *Ständische Verhandlungen,* Bd. 2 (= UuA, Bd. 10), Berlin 1880
Jany, Curt, «Lehndienst und Landfolge unter dem Grossen Kurfürsten», *FBPG* 8/1895, S. 419-467
Jehle, Manfred (Hg.), *Die Juden und die jüdischen Gemeinden Preussens in amtlichen Enquêten des Vormärz,* 4 Bde., München 1998
Jeismann, Karl-Ernst, *Das preussische Gymnasium in Staat und Gesellschaft,* 2 Bde., Stuttgart, 1996
Jelavich, Barbara, «Russland und die Einigung Deutschlands unter preussischer Führung», in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht,* 19 (1968), S. 521-538
Jersch-Wenzel, Stefi, «Minderheiten in der preussischen Gesellschaft», in: Büsch und Neugebauer (Hg.), *Moderne preussische Geschichte,* Bd. 1, Teil 2, S. 486-506
-, «Legal Status and Emancipation», in: Michael A. Meyer und Michael Brenner (Hg.), *German-Jewish History in Modern Times,* Bd. 2: *Emancipation and Acculturation: 1780-1871,* New York 1997, S. 5-49, hier S. 24-27 (deutsch: Michael Brenner, Stefi Jersch-Wenzel, Michael A. Meyer (Hg.), *Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit,* Bd. 2: *Emanzipation und Akkulturation, 1780-1871,* München 1996).
Kamiehski, Andrzej, *Polska a Brandenburgia-Prusy w drugiej potowie XVII wieku. Dzieje polityczne,* Poznan 2002
-, «Das Ringen der Stände von Kleve-Mark mit den absolutistischen Bestrebungen des Grossen Kurfürsten», in: *FBPG* Neue Folge 3 (1993), S. 145-166
Kaufhold, Karl Heinrich, *Das Gewerbe in Preussen um 1800,* Göttingen 1978
Keinemann, Friedrich, *Westfalen im Zeitalter der Restauration und der Juli-Revolution 1815-1833. Quellen zur Entwicklung der Wirtschaft, zur materiellen Lage der Bevölkerung und zum Erscheinungsbild der Volksstimmung,* Münster 1987
Kemper, Dirk (Hg.), *Missbrauchte Aufklärung? Schriften zum preussischen Religionsedikt vom 9. Juli 1788,* Hildesheim 1996
Kérautret, Michel, «Frédéric II et l'opinion française (1800-1870). La compétition posthume avec Napoléon», in: *Francia,* 28/2 (2001), S. 65-84
Kettenacker, Lothar, «Preussen in der alliierten Kriegszielplanung. 1939-1947», in: L. Kettenacker, M. Schlenke und H. Seier (Hg.), *Studien zur Geschichte Englands und der deutsch-britischen Beziehungen. Festschrift für Paul Kluke,* München 1981
Klausa, Ekkehard, «Preussische Soldatentradition und Widerstand», in: Jürgen Schmädeke and Peter Steinbach (Hg.), *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler,* München 1985, S. 533-545
Klein, Ernst, *Von der Reform zur Restauration. Finanzpolitik und Reformgesetzgebung des preussischen Staatskanzlers Karl August von Hardenberg,* Berlin 1965

Klenke, Dietmar, «Nationalkriegerisches Gemeinschaftsideal als politische Religion. Zum Vereinsnationalismus der Sänger, Schützen und Turner am Vorabend der Einigungskriege», in: *Historische Zeitschrift,* 260 (1995), S. 395-448

Kliem, Manfred, *Genesis der Führungskräfte der feudal-militaristischen Konterrevolution 1848 in Preussen,* Berlin 1966

Knapp, Georg Friedrich, *Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter in den älteren Theilen Preussens, 2* Bde., Leipzig 1887

Kocka, Jürgen, *Unternehmerverwaltung und Angestelltenschaft am Beispiel Siemens, 1847-1914. Zum Verhältnis von Kapitalismus und Bürokratie in der deutschen Industrialisierung,* Stuttgart 1969

Köhler, Henning, *Das Ende Preussens in französischer Sicht,* Berlin 1982

Köhnen, Joseph (Hg.), *Königsberg. Beiträge zu einem besonderen Kapitel der deutschen Geistesgeschichte des 18. Jahrhunderst,* Frankfurt/Main 1994

Kolb, Eberhard, *Der Kriegsausbruch 1870,* Göttingen 1970

-, «Mächtepolitik und Kriegsrisiko am Vorabend des Krieges von 1870: Anstelle eines Nachwortes», in: Derselbe (Hg.), *Europa vor dem Krieg von 1870. Mächtekonstellation, Konfliktfelder, Kriegsausbruch,* München 1987, S. 203-209

-, *Albert Grzesinski. Im Kampf um die deutsche Republik. Erinnerungen eines Sozialdemokraten,* München 2001

Koselleck, Reinhart, *Preussen zwischen Reform und Revolution. Allgemeines Landrecht, Verwaltung und soziale Bewegung von 1791 bis 1848,* Stuttgart 1967

-, «Kriegerdenkmale als Identitätsstiftungen der Überlebenden», in: Odo Marquard und Karlheinz Stierle (Hg.), *Identität,* München 1979, S. 255-276

Koser, Reinhold, *Friedrich der Grosse als Kronprinz,* Stuttgart 1886

-, *Zur preussischen und deutschen Geschichte,* Stuttgart 1921

-, «Umschau auf dem Gebiete der brandenburg-preussischen Geschichtsforschung», in: *FBPG,* 1 (1888), S. 1-56

Kossert, Andreas, *Masuren. Ostpreussens vergessener Süden,* Berlin 2001

-, *Ostpreussen. Geschichte und Mythos,* München 2005

Kraus, Hans-Christof, «Konstitutionalismus wider Willen. Versuche einer Abschaffung oder Totalrevision der preussischen Verfassung während der Reaktionsära (1850-1857)», in *FBPG* Neue Folge 5,1995, S. 157-240

Krockow, Christian Graf von, *Warnung vor Preussen,* Berlin 1981

Kroener, Bernhard R. und Ralf Pröve (Hg.), *Krieg und Frieden. Militär und Gesellschaft in der frühen Neuzeit,* Paderborn 1996

- (Hg.), *Potsdam: Staat, Armee, Residenz in der preussisch-deutschen Militärgeschichte,* Berlin 1993

Kroll, Frank-Lothar (Hg.), *Preussens Herrscher. Von den ersten Hohenzollern bis Wilhelm II,* München 2000

-, *Das geistige Preussen. Zur Ideengeschichte eines Staates,* Paderborn 2001

-, «Moltke als politischer Denker», in: *FBPG* Neue Folge 1 (1991), S. 111-128

Kroneberg, Lutz und Rolf Schloesser (Hg.), *Weber-Revolte 1844. Der schlesische Weberaufstand im Spiegel der zeitgenössischen Publizistik und Literatur,* Köln 1979

Kühne, Thomas, *Handbuch der Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus 1867-1918. Wahlergebnisse, Wahlbündnisse und Wahlkandidaten,* Düsseldorf 1994

-, *Dreiklassenwahlrecht und Wahlkultur in Preussen 1867-1914. Landtagwahlen zwischen korporativer Tradition und politischem Massenmarkt,* Düsseldorf 1994

Kunisch, Johannes, *Friedrich der Grosse. Der König und seine Zeit,* München 2004

- (Hg.), *Aufklärung und Kriegserfahrung. Klassische Zeitzeugen zum Siebenjährigen Krieg,* Frankfurt/Main 1996

Langewiesche, Dieter, «‚Für Volk und Vaterland kräftig zu wirkenc Zur politischen und gesellschaftlichen Rolle der Turner zwischen 1811 und 1871», in: Ommo Grupe (Hg.), *Kulturgut oder Körperkult? Sport und Sportwissenschaft im Wandel,* Tübingen 1990, S. 22-61

La Vopa, Anthony J., *Grace, Talent, and Merit. Poor Students, Clerical Careers and Professional Ideology in Eighteenth-century Germany*, Cambridge 1988
Laing, Samuel, *Notes of a Traveller on the Social and Political State of France, Prussia, Switzerland, Italy and Other Parts of Europe during the Present Century*, London 1854
Lehnert, Uta, *Der Kaiser und die Siegesallee: réclame royale*, Berlin 1998
Lerman, Katherine, *Bismarck*, Harlow 2004
Peter Lessmann, *Die preussische Schutzpolizei in der Weimarer Republik. Streifendienst und Strassenkampf*, Düsseldorf 1989
Levinger, Matthew, «Hardenberg, Wittgenstein and the Constitutional Question in Prussia, 1815-22», in: *German History*, 8 (1990), S. 257-277
-, *Enlightened Nationalism. The Transformation of Prussian Political Culture 1808-1848*, Oxford 2000
Liang, Hsi-Huey, *The Berlin Police Force in the Weimar Republic*, Berkeley 1970, S. 73-81 (deutsch: *Die Berliner Polizei in der Weimarer Republik*, Berlin 1977)
Lowenstein, Steven M., *The Berlin Jewish Community. Enlightenment, Family and Crisis, 1770-1830*, New York 1994
Lüdtke, Alf, *«Gemeinwohl», Polizei und «Festungspraxis»: staatliche Gewaltsamkeit und innere Verwaltung in Preussen, 1815-1850*, Göttingen 1982
Lukowski, Jerzy, *The Partitions of Poland. 1772,1793,1795*, Harlow 1999
McKay, Derek, *The Great Elector, Frederick William of Brandenburg-Prussia*, Harlow
2001 McMillan, David A., «‚... die höchste und heiligste Pflicht...' Das Männlichkeitsideal der deutschen Turnbewegung, 1811-1871», in: Thomas Kühne (Hg.), *Männergeschichte, Geschlechtergeschichte*, Frankfurt/Main 1996, S. 88-100
Malinowski, Stephan, *Vom König zum Führer: Sozialer Niedergang und politische Radikalisierung im deutschen Adel zwischen Kaiserreich und NS-Staat*, Berlin 2003
-, «‚Führertum' und ‚neuer Adele Die Deutsche Adelsgenossenschaft und der Deutsche Herrenklub in der Weimarer Republik», in: Heinz Reif (Hg.), *Adel und Bürgertum in Deutschland. Entwicklungslinien und Wendepunkte im 20. Jahrhundert, 2* Bde., Berlin 2001
Marquardt, Axel und Hans Rathsack (Hg.), *Preussen im Film. Eine Retrospektive der Stiftung Deutsche Kinemathek*, Hamburg 1981
Marriott, J. A. R. and C. Grant Robertson, *The Evolution of Prussia. The Making of an Empire*, Oxford 1917
Marschke, Benjamin, *Absolutely Pietist: Patronage, Factionalism, and State-building in the Early Eighteenth-century Prussian Army Chaplaincy*, Halle 2005
Maurice, Florian, *Freimaurerei um 1800. Ignaz Aurelius Fessler und die Reform der Grossloge Royal York in Berlin*, Tübingen 1997
Mehring, Walter, *Die Geschichte Preussens*, Berlin 1981
Meier, Brigitte, «Städtische Verwaltungsorgane in den brandenburgischen Klein-und Mittelstädten des 18. Jahrhunderts», in: Wilfried Ehbrecht (Hg.), *Verwaltung und Politik in den Städten Mitteleuropas. Beiträge zu Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit in altständischer Zeit*, Köln 1994, S. 177-181
-, «Die ‚Sieben Schönheitem der brandenburgischen Städte», in: Pröve und Kölling (Hg.), *Leben und Arbeiten*, S. 220-242
-, *Neuruppin 1700 bis 1830. Sozialgeschichte einer kurmärkischen Handwerker- und Garnisonstadt*, Berlin 1993
Meinardus, Otto (Hg.), *Protokolle und Relationen des Brandenburgischen Geheimen Rates aus derZeit des Kurfürsten Friedrich Wilhelm*, 4 Bde., Leipzig 1889-1919
-, «Schwarzenberg und die brandenburgische Kriegführung in den Jahren 1638-1640», *FBPG, 12/2*,1899, S. 87-139
-, «Beiträge zur Geschichte des Grossen Kurfürsten», *FBPG*, 16/2 (1903), S. 173-99
Melton, Edgar, «The Prussian Junkers, 1600-1786», in: H. M. Scott (Hg.), *The European Nobilities in the Seventeenth und Eighteenth Centuries, 2* Bde., Harlow 1995, Bd. 2: *Northern Central and Eastern Europe*, S. 71-109
Melton, J. Van Horn, *Absolutism and the Eighteenth-century Origins of Compulsory Schooling in Prussia and Austria*, Cambridge 1988

Menze, Clemens, *Die Bildungsreform Wilhelm von Humboldts,* Hannover 1975
Mertineit, Walter, *Die fridericianische Verwaltung in Ostpreussen. Ein Beitrag zur Geschichte der preussischen Staatsbildung,* Heidelberg 1958
Messerschmidt, Manfred, «Menschenführung im preussischen Heer von der Reformzeit bis 1914», in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.), *Menschenführung im Heer,* Herford 1982, S. 81-112
Metz, Karl Heinz, «Preussen als Modell einer Idee der Sozialpolitik. Das soziale Königtum», in: Bahners und Roellecke (Hg.), *Preussische Stile,* S. 355-363
Mieck, Ilja, «Die verschlungenen Wege der Städtereform in Preussen (1806-1856)», in: Bernd Sösemann (Hg.), *Gemeingeist und Bürgersinn,* S. 53-83
-, «Preussen von 1807 bis 1850. Reformen, Restauration und Revolution», in: Büsch u.a. (Hg.), *Handbuch der preussischen Geschichte,* Bd. 2, S. 3-292
Mies, Horst, *Die preussische Verwaltung des Regierungsbezirks Marienwerder (1830-1870),* Köln 1972
Mirabeau, Honoré-Gabriel Riquetti, Comte de, *De la monarchie Prussienne sous Frédéric le Grand,* 8 Bde., Paris 1788
Mirow, Jürgen, *Das alte Preussen im deutschen Geschichtsbild seit der Reichsgründung,* Berlin 1981
Mittenzwei, Ingrid, *Preussen nach dem Siebenjährigen Krieg. Auseinandersetzungen zwischen Bürgertum und Staat um die Wirtschaftsgeschichte.* Berlin 1979
-, *Friedrich II. von Preussen: eine Biographie,* Köln 1980
Möller, Horst, *Vernunft und Kritik. Deutsche Aufklärung im 17. und 18. Jahrhundert,* Frankfurt/Main 1986
-, «Aufklärung, Judenemanzipation und Staat. Ursprung und Wirkung von Dohms Schrift über die bürgerliche Verbesserung der Juden», in: W. Grab (Hg.), *Deutsche Aufklärung und Judenemanzipation. Internationales Symposium anlässlich der 250. Geburtstage Lessings und Mendelssohns (Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte,* Suppl. 3), Tel Aviv 1980, S. 119-149
-, *Aufklärung in Preussen. Der Verleger, Publizist und Geschichtsschreiber Friedrich Nicolai,* Berlin 1974
-, «Preussen von 1918 bis 1947: Weimarer Republik, Preussen und der Nationalsozialismus», in: Wolfgang Neugebauer (Hg.), *Handbuch der preussischen Geschichte,* Bd. 3: *Vom Kaiserreich zum 20. Jahrhundert und Grosse Themen der Geschichte Preussens,* Berlin 2001, S. 149-301
-, *Parlamentarismus in Preussen,* Düsseldorf 1985
-, *Weimar. Die unvollendete Demokratie,* München 1997
Mommsen, Wolfgang, *Der autoritäre Nationalstaat. Verfassung, Gesellschaft und Kultur des deutschen Kaiserreiches,* Frankfurt/Main 1990
Morsey, Rudolf, «Zur Geschichte des ‚Preussenschlags'«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte,* 9 (1961), S. 430-439
Mortimer, Geoff, *Eyewitness Accounts of the Thirty Years' War 1618-1648,* Houndmills 2002
Mosse, George L., *The Nationalization of the Masses. Political Symbolism and Mass Movements in Germany from the Napoleonic Wars through the Third Reich,* Ithaca, NY 1975, S. 28 (deutsch: *Die Nationalisierung der Massen. Politische Symbolik und Massenbewegungen in Deutschland von den Napoleonischen Kriegen bis zum Dritten Reich,* Frankfurt/Main 1976)
-, *Fallen Soldiers. Reshaping the Memory of the World Wars,* New York, Oxford 1990
Mosse, Werner E., *The European Powers and the German Question, 1848-1871: with special Reference to England and Russia,* Cambridge 1958
Müller, Michael G., *Die Teilungen Polens: 1772,1793,1795,* München 1984
Müller, Philipp, «‚Ganz Berlin ist Hintertreppen Sensationen des Verbrechens und die Umwälzung der Presselandschaft im wilhelminischen Berlin (1890-1914)», Dissertation, European University Institute, Florenz (2004)
Müller, Sabrina, *Soldaten in der deutschen Revolution von 1848/49,* Paderborn 1999

Münchow-Pohl, Bernd, *Zwischen Reform und Krieg. Untersuchungen zur Bewusstseinslage in Preussen 1809-1812,* Göttingen 1987
Museumsverband des Landes Brandenburg (Hg.), *Ortstermine. Stationen Brandenburg-Preussens auf dem Weg in die moderne Welt,* Berlin 2001
Nachama, Andreas, *Ersatzbürger und Staatsbildung. Zur Zerstörung des Bürgertums in Brandenburg-Preussen,* Frankfurt/Main 1984
Naudé, Wilhelm und Gustav Schmoller (Hg.), *Die Getreidehandelspolitik und Kriegsmazinverwaltung Brandenburg-Preussens bis 1740,* Berlin 1901
Neugebauer, Wolfgang, «Zur neueren Deutung der preussischen Verwaltung im 17. und 18. Jahrhundert in vergleichender Sicht», in: Otto Büsch und Wolfgang Neugebauer (Hg.), *Moderne preussische Geschichte 1648-1947. Eine Anthologie,* 3 Bde., Berlin 1981, Bd. 2, S. 541-597
-, *Absolutistischer Staat und Schulwirklichkeit in Brandenburg-Preussen,* Berlin 1985
-, *Politischer Wandel im Osten. Ost- und Westpreussen von den alten Ständen zum Konstitutionalismus,* Stuttgart 1992
Nicolai, Friedrich, *Anekdoten von König Friedrich dem Zweiten von Preussen,* Berlin und Stettin 1788-1792; Nachdruck Hildesheim 1985
Nipperdey, Thomas, *Deutsche Geschichte, 1800-1860. Bürgerwelt und starker Staat,* München 1983
Nippold, Friedrich (Hg.), *Erinnerungen aus dem Leben des Generalfeldmarschalls Hermann von Boy en, 3* Bde., Leipzig 1889/90
Nischan, Bodo, *Prince, People and Confession. The Second Reformation in Brandenburg,* Philadelphia 1994
Nolte, Paul, «Preussische Reformen und preussische Geschichte: Kritik und Perspektiven der Forschung», in: *FBPG, 6* (1996), S. 83-95
-, «Vom Paradigma zur Peripherie der historischen Forschung? Geschichten der Verfassungspolitik in der Reformzeit», in: Stamm-Kuhlmann, *«Freier Gebrauch der Kräfte»,* S. 197-216
-, *Staatsbildung als Gesellschaftsreform. Politische Reform in Preussen und den süddeutschen Staaten 1800 bis 1820,* Frankfurt/ Main 1990
Nonn, Christoph, *Eine Stadt sucht einen Mörder: Gerücht, Gewalt und Antisemitismus im Kaiserreich,* Göttingen 2002
Notbohm, Hartwig, *Das evangelische Kirchen-und Schulwesen in Ostpreussen während der Regierung Friedrichs des Grossen,* Heidelberg 1959
Nowak, Kurt, *Geschichte des Christentums in Deutschland. Religion, Politik und Gesellschaft vom Ende der Aufklärung bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts,* München 1995
-, *Evangelische Kirche und Weimarer Republik: zum politischen Weg des deutschen Protestantismus zwischen 1918 und 1932,* Göttingen 1981
Nugel, Otto, «Der Schoppenmeister Hieronymus Roth», *FBPG,* 14/2 (1901), S. 19-105
Obenaus, Herbert, *Anfänge des Parlamentarismus in Preussen bis 1848,* Düsseldorf, 1984
Oestreich, Gerhard, *Friedrich Wilhelm I. Preussischer Absolutismus, Merkantilismus, Militarismus,* Göttingen 1977
Opgenoorth, Ernst, *Friedrich Wilhelm der Grosse Kurfürst von Brandenburg, 2* Bde., Göttingen 1971-1978
-, «Johan Maurits as the Stadtholder of Cleves under the Elector of Brandenburg», in: E. van den Boogaart (Hg.), *Johan Maurits van Nassau-Siegen, 1604-1679: A Humanist Prince in Europe and Brazil. Essays on the Tercentenary of his Death,* Den Haag 1979, S. 39-53
- (Hg.), *Handbuch der Geschichte Ost-und Westpreussens. Von der Teilung bis zum Schwedisch-Polnischen Krieg, 1466-1655,* Lüneburg 1994
Orlich, Leopold von, *Friedrich Wilhelm der Grosse Kurfürst. Nach bisher noch unbekannten Original-Handschriften,* Berlin 1836
Orlow, Dietrich, *Weimar Prussia, 1918-1925. The Unlikely Rock of Democracy,* Pittsburgh 1986
Orr, William J., «The Prussian Ultra Right and the Advent of Constitutionalism in Prussia», in: *Canadian Journal of History,* 11 (1976), S. 295-310

Oschlies, W., *Die Arbeits- und Berufspädagogik August Hermann Franckes (1663-1727). Schule und Leben im Menschenbild des Hauptvertreters des halleschen Pietismus*, Witten 1969

Pabst, Klaus, «Die preussischen Wallonen – eine staatstreue Minderheit im Westen», in: Hans Henning Hahn und Peter Kunze (Hg.), *Nationale Minderheiten und staatliche Minderheitenpolitik in Deutschland im 19. Jahrhundert*, Berlin 1999

Palmowski, Jan, «Regional Identities and the Limits of Democratic Centralism in the GDR», in: *Journal of Contemporary History* 41 (2006), S. 503-526

Parent, Thomas, *Die Hohenzollern in Köln*, Köln 1981

Paret, Peter, *Yorck and the Era of Prussian Reform 1807-1813*, Princeton, NJ 1966

Pertz, Georg Heinrich, *Das Leben des Generalfeldmarschalls General Grafen Neidhardt von Gneisenau*, 5 Bde., Berlin, 1864-1869

Peters, Jan, Hartmut Harnisch und Lieselott Enders, *Märkische Bauerntagebücher des 18. und 19. Jahrhunderts. Selbstzeugnisse von Milchviehbauern aus Neuholland*, Weimar 1989

Petersdorff, Hermann von, «Beiträge zur Wirtschafts-, Steuer- und Heeresgeschichte der Mark im Dreissigjährigen Kriege», *Forschungen zur Brandenburgischen und Preussischen Geschichte* (im Folgenden *FBPG)*, 2/1889, S. 1-73

-, *Der Grosse Kurfürst*, Gotha 1926

Pflanze, Otto, *Bismarck, der Reichsgründer*, aus dem Englischen von Peter Halbrock, München 1997

Philippson, Martin, *Der Grosse Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg*, 3 Bde., Berlin 1897-1903

Plat, Wolfgang, *Deutsche und Polen. Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen*, Köln 1980

Prass, Rainer, «Die Brieftasche des Pfarrers. Wege der Übermittlung von Informationen in ländliche Kirchengemeinden des Fürstentums Minden», in: Ralf Pröve und Norbert Winnige (Hg.), *Wissen ist Macht. Herrschaft und Kommunikation in Brandenburg-Preussen 1600-1850*, Berlin 2001, S. 69-82

Preisendörfer, Bruno, *Staatsbildung als Königskunst. Ästhetik und Herrschaft im preussischen Absolutismus*, Berlin 2000

Press, Volker, «Friedrich der Grosse als Reichspolitiker», in: Heinz Duchhardt (Hg.), *Friedrich der Grosse, Franken und das Reich*, Köln 1986, S. 25-56

Pribram, Alfred (Hg.), *Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg*, Bd. 14, Berlin 1890

Prittwitz, Karl Ludwig von, *Berlin 1848. Das Erinnerungswerk des Generalleutnants Karl Ludwig von Prittwitz und andere Quellen zur Berliner Märzrevolution und zur Geschichte Preussens um die Mitte des 19. Jahrhunderts*, bearb. und mit einer Einleitung von Gerd Heinrich, Berlin 1985

Pröve, Ralf, «Der Soldat in der ‚guten Bürgerstube'. Das frühneuzeitliche Einquartierungssystem und die sozioökonomischen Folgen», in: Kroener und Pröve (Hg.), *Krieg und Frieden*, S. 191-217

Pyta, Wolfram, «Von der Entente Cordiale zur Aufkündigung der Bündnispartnerschaft. Die preussisch-britischen Beziehungen im Siebenjährigen Krieg 1758-1762», in: *FBPG*, New Series 10 (2000), S. 1-48

-, *Dorfgemeinschaft und Parteipolitik 1918-1933: Die Verschränkung von Milieu und Parteien in den protestantischen Landgebieten Deutschlands in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1996

-, «Liberale Regierungspolitik im Preussen der «Neuen Ära» vor dem Heereskonflikt: Die preussische Grundsteuerreform von 1861», *FBPG*, New Series 2 (1992), S. 179-247

Quataert, Jean, *Staging Philanthropy. Patriotic Women and the National Imagination in Dynastic Germany*, Ann Arbor, MI 2001

Rachel, Hugo, *Der Grosse Kurfürst und die Ostpreussischen Stände (1640-1688)*, Leipzig 1905

-, «Der Merkantilismus in Brandenburg-Preussen», in: *FBPG* 40 (1927), S. 221-266

Rahden, Till van, «Mingling, Marrying and Distancing. Jewish Integration in Wilhelmine Breslau and its Erosion in Early Weimar Germany», in: Wolfgang Benz, Arnold Paucker und Peter Pulzer (Hg.), *Jüdisches Leben in der Weimarer Republik – Jews in the Weimar Republic*, Tübingen 1988, S. 193-216
-, *Juden und andere Breslauer. Die Beziehungen zwischen Juden, Protestanten und Katholiken in einer deutschen Grossstadt, 1860-1925*, Göttingen 2000
Real, Willy, «Die preussischen Staatsfinanzen und die Anbahnung des Sonderfriedens von Basel 1795», in: *FBPG*, 1 (1991), S. 53-100
Reif, Heinz, «Die Junker», in: Etienne François und Hagen Schulze (Hg.), *Deutsche Erinnerungsorte*, 3 Bde., München 2001, Bd. 1, S. 520-536
-, «Der katholische Adel Westfalens und die Spaltung des Adelskonservatismus in Preussen während des 19. Jahrhunderts», in: Karl Teppe (Hg.), *Westfalen und Preussen*, Paderborn 1991, S. 107-124
- (Hg.), *Adel und Bürgertum in Deutschland. Entwicklungslinien und Wendepunkte im 20. Jahrhundert*, 2 Bde., Berlin 2001
Reininghaus, Wilfried, *Die Stadt Iserlohn und ihre Kaufleute (1700-1815)*, Dortmund 1995
- (Hg.), *Die Revolution 1848/49 in Westfalen und Lippe*, Münster 1999
Ritter, Gerhard, *Stein. Eine politische Biographie*, Stuttgart 1958
Röhl, John (Hg.), *Der Ort Kaiser Wilhelms II. in der deutschen Geschichte*, München 1991
Rohkrämer, Thomas, *Der Gesinnungsmilitarismus der «kleinen Leute». Die Kriegervereine im deutschen Kaiserreich 1871-1914*, München 1990
Rosenberg, Hans, *Bureaucracy, Aristocracy & Autocracy. The Prussian Experience, 1660-1815*, Cambridge, MA 1966
-, «Die Ausprägung der Junkerherrschaft in Brandenburg-Preussen 1410-1648», in: Derselbe, *Machteliten und Wirtschaftskonjunkturen*, Göttingen 1978, S. 24-82
-, «Die Pseudodemokratisierung der Rittergutsbesitzerklasse», in: Derselbe, *Machteliten und Wirtschaftskonjunkturen. Studien zur neueren deutschen Sozialund Wirtschaftsgeschichte*, Göttingen 1978
Ross, Ronald J., *The Failure of Bismarck's Kulturkampf. Catholicism and State Power in Imperial Germany, 1871-1887*, Washington 1998
Rothfels, Hans, *Theodor von Schön und die Revolution von 1848*, Halle 1937
Rowe, Michael, *From Reich to State. The Rhineland in the Revolutionary Age, 1780-1830*, Cambridge 2003
Rüdersdorf, Manfred und Anton Schindling, «Kurbrandenburg», in: Anton Schindling / Walter Ziegler (Hg.), *Die Territorien des Reiches im Zeitalter der Reformation und Konfessionalisierung. Land und Konfession 1500-1650*, 6 Bde., Münster 1990, Bd. 2, *Der Nordosten*, S. 34-67
Rumpler, Helmut (Hg.), *Deutscher Bund und Deutsche Frage 1815-1866*, Wien, München 1990
Sabrow, Martin, *Herr und Hanswurst. Das tragische Schicksal des Hofgelehrten Jacob Paul von Gundling*, München 2001, insbesondere S. 62-67
Sauter, Michael J., «Visions of the Enlightenment: The Edict on Religion of 1788 and Political Reaction in Eighteenth-century Prussia», Doktorarbeit, Department of History, University of California, Los Angeles 2002
Scharfe, Martin, *Die Religion des Volkes. Kleine Kultur-und Sozialgeschichte des Pietismus*, Gütersloh 1980
Scheel, Heinrich und Doris Schmidt (Hg.), *Das Reformministerium Stein. Akten zur Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte aus den Jahren 1807/08*, 3 Bde., Berlin 1966-1968
Scheurig, Bodo, *Henning von Tresckow. Ein Preusse gegen Hitler. Biographie*, Frankfurt 1990
Schieder, Theodor, *Friedrich der Grosse. Ein Königtum der Widersprüche*, Frankfurt am Main u.a. 1983
Schiemann, Theodor, «Zur Würdigung der Konvention von Tauroggen», in: *Historische Zeitschrift*, 84 (1900), S. 210-243

Schissler, Hanna, «The Junkers: Notes on the Social and Historical Significance of the Agrarian Elite in Prussia», in: Robert G. Moeller (Hg.), *Peasants and Lords in Modern Germany. Recent Studies in Agricultural History,* Boston 1986, S. 24-51
-, *Preussische Agrargesellschaft im Wandel. Wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Transformationsprozesse von 1763 bis 1847,* Göttingen 1978
Schlegelmilch, Arthur, «Das Projekt der konservativ-liberalen Modernisierung und die Einführung konstitutioneller Systeme in Preussen und Österreich, 1848/49», in: Martin Kisch und Pierangelo Schiera (Hg.), *Verfassungswandel um 1848 im europäischen Vergleich,* Berlin 2001, S. 155-177
Schlenke, Manfred, «Von der Schwierigkeit, Preussen auszustellen. Rückschau auf die Preussen-Ausstellung, Berlin 1981», in: Derselbe (Hg.), *Preussen. Politik, Kultur, Gesellschaft, 2* Bde., Hamburg 1986
-, «Das ‚preussische Beispiel in Propaganda und Politik des Nationalsozialismus», in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung ‚Das Parlament'* 27 (1968), S. 15-27
Schmidt, Georg, *Geschichte des alten Reiches, Staat und Nation in der frühen Neuzeit 1495-1806,* München 1999
Schmoller, Gustav, «Das Brandenburg-preussische Innungswesen von 1604-1806, hauptsächlich die Reform unter Friedrich Wilhelm L», in: *FBPG* 1/2 (1888), S. 1-59
- und Otto Hintze (Hg.), *Die Behördenorganisation und die allgemeine Staatsverwaltung Preussens im 18. Jahrhundert,* 15 Bde., Berlin 1894-1936
Schneider, Hans, *Der preussische Staatsrat, 1817-1914. Ein Beitrag zur Verfassungs- und Rechtsgeschichte Preussens,* München 1952
Schöllgen, Gregor, «Sicherheit durch Expansion? Die aussenpolitischen Lageanalysen der Hohenzollern im 17. und 18. Jahrhundert im Lichte des Kontinuitätsproblems in der preussischen und deutschen Geschichte», in: *Historisches Jahrbuch,* 104 (1984), S. 22-45
Schoeps, Hans-Joachim, *Preussen. Geschichte eines Staates,* Frankfurt/Main, Berlin 1966, nachgedruckt 1981
-, *Das andere Preussen. Konservative Gestalten und Probleme im Zeitalter Friedrich Wilhelms IV,* 3. Aufl., Berlin 1966
Schroeder, Paul W, *The Transformation of European Politics 1763-1848,* Oxford 1994
-, «The Lost Intermediaries: The Impact of 1870 on the European System», *International History Review,* 4 (1984), S. 1-27
Schröer, Fritz, *Das Havelland im Dreissigjährigen Krieg. Ein Beitrag zur Geschichte der Mark Brandenburg,* Köln 1966
Schueler-Springorum, Stephanie, *Die jüdische Minderheit in Königsberg/Pr. 1871-1945,* Göttingen 1996
Schultz, Helga (Hg.), *Der Roggenpreis und die Kriege des grossen Königs. Chronik und Rezeptsammlung des Berliner Bäckermeisters Johann Friedrich Heyde 1740 bis 1786,* Berlin 1988
Schultze, Johannes, *Die Mark Brandenburg,* 4 Bde., Berlin 1961-1969
Schulze, Hagen, *Der Weg zum Nationalstaat. Die deutsche Nationalbewegung vom 18. Jahrhundert bis zur Reichsgründung,* München 1985
-, «Preussen von 1850 bis 1871. Verfassungsstaat und Reichsgründung», in: Büsch u.a. (Hg.), *Handbuch der preussischen Geschichte,* Bd. 2, S. 293-374
-, «Democratic Prussia in Weimar Germany, 1919-33», in: Dwyer (Hg.), *Modern Prussian History,* S. 211-229
-, *Weimar. Deutschland 1917-1933,* Berlin 1982
-, *Otto Braun oder Preussens demokratische Sendung,* Frankfurt/Main 1977
Schulze Wessel, Martin, *Russlands Blick nach Preussen, Die polnische Frage in der Diplomatie und der politischen Öffentlichkeit des Zarenreiches und des Sowjetstaates 1697-1947,* Stuttgart 1995
Schumann, Axel, «Berliner Presse und Französische Revolution: Das Spektrum der Meinungen unter preussischer Zensur 1789-1806», Doktorarbeit, Technische Universität, Berlin (2001)

Schwartz, Paul, *Der erste Kulturkampf in Preussen um Kirche und Schule (1788-1798)*, Berlin 1925
Schwentker, Wolfgang, *Konservative Vereine und Revolution in Preussen, 1848/49. Die Konstituierung des Konservativismus als Partei*, Düsseldorf 1988
Schwennicke, Andreas, *Die Entstehung der Einleitung des Preussischen Allgemeinen Landrechts von 1794*, Frankfurt/Main 1993
Schwieger, Kurt, *Das Bürgertum in Preussen vor der Französischen Revolution*, Kiel 1971
Scott, H. M., «Prussia's Emergence as a European Great Power, 1740-1763», in: Dwyer (Hg.), *Rise of Prussia*, S. 153-176
-, «1763-1786: The Second Reign of Frederick the Great», in: Dwyer (Hg.), *Rise of Prussia*, S. 177-200
-, *The Emergence of the Eastern Powers, 1756-1775*, Cambridge 2001
Seeley, J. R., *Life and Times of Stein, or Germany and Prussia in the Napoleonic Age*, 3 Bde., Cambridge 1878, Bd. 1, S. 32 (deutsch: *Stein. Sein Leben und seine Zeit. Deutschland und Preussen im Zeitalter Napoleons*, *3* Bde., Gotha 1883-1887)
Serrier, Thomas, *Entre Allemagne et Pologne. Nations et Identités Frontalières, 1848-1914*, Paris 2002, insbesondere S. 37-51 (deutsch: *Provinz Posen, Ostmark, Wielkopolska. Eine Grenzregion zwischen Deutschen und Polen, 1848-1914*, Marburg 2005).
Sheehan, James, *German History 1770-1866*, Oxford 1993, S. 293; deutsch: *Der Ausklang des alten Reiches. Deutschland seit dem Ende des Siebenjährigen Krieges bis zur gescheiterten Revolution, 1763-1850*, Berlin 1994
-, *German Liberalism in the Nineteenth Century*, Chicago 1978
Showalter, Dennis, *The Wars of Frederick the Great*, Harlow 1996
-, «Hubertusberg to Auerstädt: The Prussian Army in Decline?», in: *German History*, 12 (1994). s. 308-333
-, *The Wars of German Unification*, London 2004
Siemann, Wolfram, «Public Meeting Democracy in 1848» in: Dieter Dowe, Heinz-Gerhard Haupt, Dieter Langewiesche und Jonathan Sperber (Hg.), *Europe in 1848. Revolution and Reform*, New York 2001, S. 767-776
-, *Die deutsche Revolution von 1848/49*, Frankfurt/Main 1985
-, *Gesellschaft im Aufbruch 1849-1871*, Frankfurt/Main 1990
Simms, Brendan, *The Struggle for Mastery in Germany, 1779-1850*, London 1998
-, *The Impact of Napoleon. Prussian High Politics, Foreign Policy and Executive Reform, 1797-1806*, Cambridge 1997
-, «The Road to Jena: Prussian High Politics, 1804-06», in: *German History*, 12 (1994), S. 374-394
-, «Prussia, Prussianism and National Socialism», in: Dwyer (Hg.), *Modern Prussian History*, S. 253-273
Simson, Bernhard Eduard, *Auswärtige Acten. Erster Bd. (Frankreich)* (=Urkunden und Actenstücke zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg, Bd. 2), Berlin 1865
Sösemann, Bernd (Hg.), *Gemeingeist und Bürgersinn. Die preussischen Reformen*, Berlin 1993, S. 137-160
Spannagel, Karl, *Konrad von Burgsdorff. Ein brandenburgischer Kriegs-und Staatsmann aus der Zeit der Kurfürsten Georg Wilhelm und Friedrich Wilhelm*, Berlin 1903
Spenkuch, Hartwin, «Vergleichsweise besonders? Politisches System und Strukturen Preussens als Kern des deutschen Sonderwegs», in: *Geschichte und Gesellschaft*, 29 (2003), S. 262-293
-, *Das Preussische Herrenhaus. Adel und Bürgertum in der Ersten Kammer des Landtags 1854-1918*, Düsseldorf 1998
Sperber, Jonathan, *Rhineland Radicals. The Democratic Movement and the Revolution of 1848-1849*, Princeton, NJ 1991
Spiel, Hilde, *Fanny von Arnstein oder die Emanzipation. Ein Frauenleben an der Zeitenwende*, Frankfurt/Main 1962

Stadelmann, Rudolf, *Preussens Könige in ihrer Tätigkeit für die Landescultur,* 4 Bde., Leipzig, 1878-1887, nachgedruckt Osnabrück, 1965
-, *Moltke und der Staat,* Krefeld 1950
Stahl, Friedrich-Christian, «Preussische Armee und Reichsheer 1871-1914», in: Hauser (Hg.), *Preussen und das Reich,* S. 181-246
Stamm-Kuhlmann, Thomas (Hg.), *«Freier Gebrauch der Kräfte». Eine Bestandaufnahme der Hardenberg-Forschung,* München 2001
-, *König in Preussens grosser Zeit. Friedrich Wilhelm III., der Melancholiker auf dem Thron,* Berlin 1992
-, «War Friedrich Wilhelm III. von Preussen ein Bürgerkönig?», in: *Zeitschrift für Historische Forschung,* 16 (1989), S. 441-460
-, «Pommern 1815 bis 1875», in: Werner Buchholz (Hg.), *Deutsche Geschichte im Osten Europas: Pommern,* Berlin 1999, S. 366-422
Stargardt, Nicholas, *The German Idea of Militarism. Radical and Socialist Critics, 1866-1914,* Cambridge 1994
Stedman Jones, Gareth, «Introduction» to K. Marx and F. Engels, *The Communist Manifesto,* London, 2002, S. 3-185
-, «Civilising the People: Hegel», unveröffentlichtes Manuskript
Steiner, Uwe, «Triumphale Trauer. Die Trauerfeierlichkeiten aus Anlass des Todes der ersten preussischen Königin in Berlin im Jahre 1705», in: *FBPG* Neue Folge 11 (2001), S. 23-52
Stern, Selma, *Der preussische Staat und die Juden,* 8 Bde. in 4 Teilen, Tübingen 1962-1975
Stievermann, Dieter, «Preussen und die Städte der westfälischen Grafschaft Mark», in: *Westfälische Forschungen,* 31 (1981), S. 5-31
Stollberg-Rilinger, Barbara, «Höfische Öffentlichkeit. Zur zeremoniellen Selbstdarstellung des brandenburgischen Hofes vor dem europäischen Publikum», in: *FBPG* Neue Folge 7 (1997), S. 145-176
Straubel, Rolf, *Kaufleute und Manufakturunternehmer. Eine Empirische Untersuchung über die sozialen Träger von Handel und Grossgewerbe in den mittleren preussischen Provinzen (1763 bis 1815),* Stuttgart 1995
-, *Frankfurt (Oder) und Potsdam am Ende des Alten Reiches. Studien zur städtischen Wirtschafts- und Sozialstruktur,* Potsdam 1995
-, «Bemerkungen zum Verhältnis von Lokalbehörde und Wirtschaftsentwicklung. Das Berliner Seiden- und Baumwollgewerbe in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts», in: *Jahrbuch für Geschichte,* 35 (1987), S. 119-149
-, *Carl August von Struensee. Preussische Wirtschafts-und Finanzpolitik im ministeriellen Kräftespiel (1786-1804/06),* Potsdam 1999
Streidt, Gert und Peter Feierabend (Hg.), *Prussia. Art and Architecture,* Köln 1999
Stribrny, Wolfgang, *Die Könige von Preussen als Fürsten von Neuenburg-Neuchâtel (1707-1848),* Berlin 1998
Stürmer, Michael, «Eine politische Kultur – oder zwei? Betrachtungen zur Regierungsweise des Kaiserreichs», in: Oswald Hauser (Hg.), *Zur Problematik Preussen und das Reich,* Köln 1984
Sybel, Heinrich von, *Die Begründing des Deutschen Reiches durch Wilhelm I.,* 6 Bde., 3. Volksausg., München und Berlin 1913
Sziling, Jan und Mieczyslaw Wojciechowski (Hg.), *Neighbourhood Dilemmas. The Poles, the Germans and the Jews in Pomerania along the Vistula River in the 19th and the 20th century,* Torun 2002
Tenfelde, Klaus, *Ein Jahrhundertfest. Das Krupp-Jubiläum in Essen 1912,* Essen 2004
Teppe, Karl (Hg.), *Westfalen und Preussen,* Paderborn 1991
Terveen, Fritz, *Gesamtstaat und Retablissement. Der Wiederaufbau des nördlichen Ostpreussen unter Friedrich Wilhelm I. (1714-1740),* Göttingen 1954
-, «Stellung und Bedeutung des preussischen Etatministeriums zur Zeit Friedrich Wilhelms 1.1713-1740», in: *Jahrbuch der Albertus-Universitätzu Königsberg/Preussen,* 6 (1955), S. 159-179

Thadden, Rudolf von, *Fragen an Preussen. Zur Geschichte eines aufgehobenen Staates,* München 1981
J. C. Thiebault, «The Demography of the Thirty Years War Revisited: Günther Franz and his Critics», *German History, 15/1997,* S. 1-21
Toews, John Edward, *Hegelianism. The Path Toward Dialectical Humanism, 1805-1841,* Cambridge 1985
Torriani, Riccarda, «Nazis into Germans: Re-education and Démocratisation in the British and French Occupation Zones, 1945-1949», Dissertation, Cambridge 2005
Townsend, Ann Mary, *Forbidden Laughter. Popular Humour and the Limits of Repression in Nineteenth-century Prussia,* Ann Arbor 1992
Trzeciakowski, Lech, *The Kulturkampf in Prussian Poland,* übers, v. Katarzyna Kretkowska, Boulder, CO 1990
Trox, Eckhard, *Militärischer Konservatismus. Kriegervereine und «Militärpartei» in Preussen zwischen 1815 und 1848/49,* Stuttgart 1990
Ullrich, Volker, *Otto von Bismarck,* Hamburg 1998
Ulrich, Bernd, Jakob Vogel und Benjamin Ziemann (Hg.), *Untertan in Uniform. Militär und Militarismus im Kaiserreiche 1871-1914,* Frankfurt/Main 2001
Umbach, Maiken, «The Politics of Sentimentality and the German Fürstenbund, 1779-1785», *Historical Journal,* 41,3 (1998), S. 679-704
Valentin, Veit, *Geschichte der deutschen Revolution von 1848-49, 2* Bde., Berlin 1931
Fritz Valjavec, «Das Woellnersche Religionsedikt und seine geschichtliche Bedeutung», in: *Historisches Jahrbuch,* 72 (1952), S. 386-400
Vetter, Klaus, «Zusammensetzung, Funktion und politische Bedeutung der kurmärkischen Kreistage im 18. Jh», in: *Jahrbuch für die Geschichte des Feudalismus,* 3 (1979), S. 393-416
Vogel, Barbara, *Allgemeine Gewerbefreiheit. Die Reformpolitik des preussischen Staatskanzlers Hardenberg (1810-1820),* Göttingen 1983
Vogel, Jakob, *Nationen im Gleichschritt. Der Kult der «Nation in Waffen» in Deutschland und Frankreich,* 1871-1914, Göttingen 1997
Voth, Joachim, «The Prussian Zollverein and the Bid for Economic Superiority», in: Dwyer (Hg.), *Modern Prussian History,* S. 109-125
Wachowiak, Bogdan, «Die schwedisch-polnischen Konflikte und die brandenburgischen Kurfürsten im Herzogtum Preussen in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts « in: *FBPG Neue Folge* 1 (1991), S. 145-160
Waddington, Albert, *Le Grand Electeur Frederic Guillaume de Brandenbourg: sa politique extérieure, 1640-1688, 2* Bde., Paris 1905-1908
-, *Histoire de Prusse, 2* Bde., Paris 1922
Wagner, Patrick, *Bauern, Junker und Beamte. Lokale Herrschaft und Patrizipation im Osteibien des 19. Jahrhunderts,* Göttingen 2005
Wallmann, Johannes, «Das Collegium Pietatis», in: M. Greschat (Hg.), *Zur neueren Pietismusforschung,* Darmstadt 1977, S. 167-223
Walser Smith, Helmut, *The Butcher's Tale. Murder and Antisemitism in a German Town,* New York 2002, insbesondere S. 180-184 (deutsch: Die Geschichte des Schlachters. Mord und Antisemitismus in einer deutschen Kleinstadt, Göttingen 2002
Walter, Dierk, *Preussische Heeresreformen 1807-1870. Militärische Innovation und der Mythos der ‚Roonschen Reform'«,* Paderborn 2003
Wappler, Kurt, *Regierung und Presse in Preussen. Geschichte der amtlichen Pressestellen, 1848-62,* Leipzig 1935
Weber, Christoph, *Aufklärung und Orthodoxie am Mittelrhein 1820-1850,* München 1973
Wegge, H., *Die Stellung der Öffentlichkeit zur oktroyierten Verfassung und die preussische Parteibildung 1848/49,* Berlin 1932
Wehler, Hans-Ulrich, *Das deutsche Kaiserreich 1871-1918,* Göttingen 1973
-, *Preussen ist wieder chic. Politik und Polemik in zwanzig Essays,* Frankfurt/Main 1983
-, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, 4 Bde., München 1987-2003

Welskopp, Thomas, «Sattelzeitgenossen. Freiherr Karl vom Stein zwischen Bergbauverwaltung und gesellschaftlicher Reform in Preussen», in: *Historische Zeitschrift,* 271/2 (2000), S. 347-372

Wex, Norbert, *Staatliche Bürokratie und städtische Autonomie. Entstehung, Einführung und Rezeption der Revidierten Städteordnung von 1831 in Westfalen,* Paderborn 1997

Widder, Ellen (Hg.), *Soest. Geschichte der Stadt. Zwischen Bürgerstolz und Fürstenstaat. Soest in der frühen Neuzeit,* Soest 1995

Wienfort, Monika, «Preussisches Bildungsbürgertum auf dem Lande 1820-1850», in: *FBPG,* 5 (1995), S. 75-98

-, «Zwischen Freiheit und Fürsorge. Das Allgemeine Landrecht im. 19. Jahrhundert», in: Patrick Bahners und Gerd Roellecke (Hg.), *Preussische Stile. Ein Staat als Kunststück,* Stuttgart 2001, S. 294-309

-, *Patrimonialgerichte in Preussen. Ländliche Gesellschaft und bürgerliches Recht 1770-1848/49,* Göttingen 2001

-, «Preussen in der Revolution 1848/49. Eine Zwischenbilanz», in: *FBPG Neue Folge* 9 (1999), S. 229-243

Williamson, George S., «What killed August von Kotzebue?», in: *Journal of Modern History,* 72 (2000), S. 890-943

Winkler, Heinrich August, *Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie,* München 1993

-, *Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegungen in der Weimarer Republik 1930 bis 1933,* Bonn 1987

Winter, Martin, «Preussisches Kantonsystem und städtische Gesellschaft», in: Ralf Pröve und Bernd Kölling (Hg.), *Leben und Arbeiten auf märckischem Sand. Wege in die Gesellschaftsgeschichte Brandenburgs 1700-1914,* Bielefeld 1999, S. 243-265

Wippermann, Wolfgang, «Nationalsozialismus und Preussentum», in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung ‚Das Parlament^* 52/53 (1981), S. 13-22

Wojahn, Willi, *Der Netzedistrikt und die sozialökonomischen Verhältnisse seiner Bevölkerung um 1773,* Münster 1996

Wolff, Jörg (Hg.), *Das Preussische Allgemeine Landrecht: politische, rechtliche und soziale Wechsel- und Fortwirkungen,* Heidelberg 1995

Wunder, Heide, *Er ist die Sonn ', sie ist der Mond: Frauen in der frühen Neuzeit,* München 1992

Zernack, Klaus, «Polen in der Geschichte Preussens», in: Otto Büsch u.a. (Hg.), *Handbuch der preussischen Geschichte,* Bd. 2: Das Neunzehnte Jahrhundert und grosse Themen der Geschichte Preussens, Berlin, 1992, S. 377-448

-, «Preussen-Frankreich-Polen. Revolution und Teilung», in: Büsch und Neugebauer-Wölk (Hg.), Preussen, S. 22-4

Ziekursch, Johannes, *Das Ergebnis der friderizianischen Städteverwaltung und die Städteordnung Steins. Am Beispiel der schlesischen Städte dargestellt,* Jena 1908

-, *Hundert Jahre Schlesischer Agrargeschichte,* Breslau 1915

Zimmerer, Jürgen und Joachim Zeller (Hg.), *Völkermord in Deutsch-Südwestafrika. Der Kolonialkrieg (1904-1908) in Namibia und seine Folgen,* Berlin 2003

Register

Personenregister

Abbt, Thomas 264-269,274
Abegg, Wilhelm 719
Albrecht Friedrich, Herzog von Preussen 30
Albrecht, Herzog von Brandenburg-Ansbach 30
Alexander I., russischer Zar 357,360 f., 409,411,414,420,422
Altenstein, Karl von 366,385,388,393, 468 f., 478,497 f.
Ancillon, Jean Pierre Frédéric 419,436, 483 f.
Anna von Preussen 30,33,36,50,103,149
Anton, Paul 156,167
Archenholtz, Johann Wilhelm *262 f.*
Arndt, Ernst Moritz 436,443,462,504
Arnim, Bettina von 519
Arnim, Johann von 80
Arnim-Boitzenburg, Dietlof Graf von 726
Arnim-Suckow, Heinrich Alexander von 547,562 f.
Attlee, Clement 764 f.
Auerswald, Hans Jakob von 411 f.
Auerswald, Rudolf von 549 f., 580
August Wilhelm, Prinz von Preussen 266
Augustenburg, Prinz Friedrich von 598 ff., 608 f.

Bach, Carl Philipp Emmanuel 222
Baculard d'Arnaud, François Marie 224 f.
Bamberger, Ludwig 653
Barsewisch, Ernst von 192,247,249 f.
Behrens, Peter 644 f.
Below, Carl und Gustav von 477
Benedek, Ludwig 619
Benedetti, Vincent de 627 f.
Bennigsen, Rudolf von 588, 623
Berends, Julius 549
Berenhorst, Georg Heinrich 297
Bernadotte, Jean Baptiste Jules 423 fr., 427, 429
Bernhard, Isaak 310
Bernstorff, Christian Günther Graf von 454 ff., 585
Bernstorff, Johann Hartwig Ernst Graf von 257
Bernstorff-Wedendorf, Andreas Graf von 726
Besser, Johann von 94,106
Bestuschew-Rjumin, Alexej P. 236
Bethmann-Hollweg, Theobald von 695 f., 714,742
Beust, Friedrich Ferdinand von 625, 632
Bevin, Ernest 764
Beyme, Karl Friedrich von 401,464
Biester, Johann Erich 295,298
Binn, Nikolaus 248
Bismarck, Otto von 484,546,572,580 ff., 591-598,601,603-610,612,620-623, 625-629, 631f., 634E, 637f., 641,649ff., 653-657,660-663,670 f., 674, 677,702f., 729, 736,747, 761,772,776 f.
Blaskowitz, Johannes 756
Blücher, Gebhardt Leberecht von 406,410, 421,424 f., 429-432
Bodelschwingh, Ernst von 540
Bonaparte, *siehe* Napoleon Borcke, Johann von 347f., 359
Boyen, Hermann von 379,411,446,464f., 504, 587
Brandenburg, Friedrich Wilhelm Graf von 551
Brass, August 521
Braun, Otto 717,719,728 f., 731,734 f., 739 f., 743
Braunschweig-Lüneburg, Karl Wilhelm Ferdinand Herzog von 337,378
Breithaupt, Joachim Justus 156,167
Breton, William 106,125
Brüning, Heinrich 729-732,736,738 f.
Bülow, Bernhard von 641 f., 663,665,689,691
Bülow, Friedrich Wilhelm Freiherr von 426-431,443
Bunsen, Christian Karl Josias 502
Burg, Meno 488 f.

Callenberg, Johann Heinrich 166
Camphausen, Ludolf 547 ff.
Carsted, Samuel Benedikt 127
Cavour, Camillo Benso di 584,586,596,610
Charlotte, Prinzessin von Preussen, später Alexandra Fjodorowna von Russland 459,566
Chodowiecki, Daniel 270-273,309
Christian IX. von Dänemark 599
Christian VIII. von Dänemark 562
Christian Wilhelm, Markgraf 46
Churchill, Winston 9,764
Clausewitz, Carl von 379 ff., 406,411,415, 430,765,779

Cocceji, Samuel von 200,288,299
Colbert, Jean-Baptiste 113,119
Cranach, Lucas 28,146

Dahlmann, Friedrich Christoph 561,563
Dahrendorf, Ralf 762
Darget, Claude E., 226
Dawson, William Harbutt 761
Derfflinger, Georg 69
Diestel, Heinrich 486
Disraeli, Benjamin 631
Dohm, Christian Wilhelm von 313,335, 385,391^487,667
Domhardt, Johann Friedrich 280 f.
Dorothea von Holstein 131
Droste-Vischering, Clemens August Graf von 483 f.
Droysen, Johann Gustav 563,572 f.
Duhan de Jandun, Jacques-Egide 134,227

Ebel, Johann Wilhelm 486
Ebert, Friedrich 706,708-711,742
Edelmann, Johann Christian 301
Eden, Anthony 764
Ehrhardt, Hermann 714
Eichel, August Friedrich 291
Eichhorn, Emil 711
Eichhorn, Johann Albrecht Friedrich 496, 504,510
Elisabeth Christina von Braunschweig-Bevern, preussische Königin 139 f., 226, 232
Elisabeth, russische Zarin 236, 238,246, 253,290
Engel, Andreas 145
Engels, Friedrich 532,559,571 f., 643
Eosander, Johann Friedrich 99
Ephraim, Veitel Heine 304 f., 307
Ernst, Markgraf von Brandenburg 65
Eylert, Rulemann Friedrich 479

Falkenhayn, Erich von 694 f.
Fäsch, Johann Rudolf 219
Fassmann, David 107,110
Ferdinand II., Habsburger Kaiser 40,44,47
Ferdinand III., Habsburger Kaiser 74
Fichte, Johann Gottlieb 312,436 f., 446
Firmian, Erzbischof Anton 174
Flottwell, Eduard Heinrich 473,504, 535
Fontane, Theodor 204,440,773 ff., 778
Francke, August Hermann 155 f., 159-163, 165,170
Franz I., Kaiser des Heiligen römischen Reichs 260
Franz II., österreichischer König, später Kaiser Franz 1.346,400
Franz Joseph, österreichischer Kaiser 609 f., 632,678
Frick, Heinrich 729
Friedländer, David 309,315,390 f.
Friedrich August I., König von Sachsen 362
Friedrich August II., König von Sachsen 562
Friedrich August II., Kurfürst von Sachsen, zugleich König August III. von Polen 231
Friedrich Heinrich von Oranien, Statthalter 64
Friedrich I., Burggraf von Nürnberg, Kurfürst von Brandenburg 24
Friedrich I., König in Preussen, zuvor Friedrich III., Kurfürst von Brandenburg 91,93,96 f., 100,102 f., 106 f., 110 f., 121,131,156,162,173,183,269,297,631
Friedrich II., «der Grosse» 16,40,46,48, 100,102,112,129,143,168,183,191,193, 200,211,214,220,223,237,260,263,268, 275,277,285,299 f., 303 f., 306,316 f., 327, 331f.,334, 608f., 752,772
Friedrich III., deutscher Kaiser 619,671 f.
Friedrich Karl, Prinz, von Preussen 604
Friedrich V., Kurfürst von der Pfalz 49,62, 171
Friedrich VII. von Dänemark 562f., 598
Friedrich Wilhelm I., preussischer König 105,110,115,123,142 f., 163-167,169, 174 ff., 183,191 f., 194,199,217,224,229, 234,260,284,290 f., 297,305,744,747, 750
Friedrich Wilhelm II., preussischer König 112,316,322,334f., 339,342,390, 609, 698,752
Friedrich Wilhelm III., preussischer König 349,351,355 f., 359 ff., 364-367,372,375 f., 381,388,398,401f., 406, 421f., 436, 447, 455,463f., 472,477f., 481, 483,488f., 500 f., 560,760
Friedrich Wilhelm IV., preussischer König 366,458,482,500-503,512,519,525,528, 535,542,553,560,565-570,591, 610,635, 640,752
Friedrich Wilhelm, «der Grosse Kurfürst» 15,61-83,86 f., 91 f., 104,113,121 f., 130 f., 135 f., 150,171,184,698,746
Friedrich Wilhelm, Kronprinz, *siehe* Friedrich III., deutscher Kaiser
Friedrich, Caspar David 442 f.
Fuchs, Paul von 77
Füssel, Martin 146

Gayl, Friedrich von 732,741
Gedike, Friedrich 295
Gedike, Lampertus 163
Gentz, Friedrich 314, 438
Georg Wilhelm, Kurfürst 35,41-51,60,64, 77,80,103,130,135,362
Gerhardt, Paul 151
Gerlach, Ernst Ludwig von 384,596,653,701
Gerlach, Leopold von 384,421,445,501, 509 f., 529,551,579
Gigas, David 151
Gleim, Johann Wilhelm Ludwig 261,265 f., 268 f., 296 f.
Gneisenau, August Wilhelm Neidhardt 379,406,409 ff., 421,431,464 f., 750,760, 765
Goebbels, Joseph 735,739,744-747,750 f., 760
Goldbeck, Heinrich Julius von 372
Goltz, August Friedrich Ferdinand von der 401,405
Göring, Hermann 738,753 f., 764
Görres, Joseph 484
Gossler, Christoph 219
Götzen, Sigismund von 49
Gotzkowsky, Ernst 219
Grattenauer, Karl Wilhelm 313
Gregor XVI., Papst 483
Groeben, Karl Graf von der 501
Groener, Wilhelm 708 ff., 742
Grolman, Carl Wilhelm Georg von 379, 430,446,465
Grosz, George 712 f.
Grumbkow, Friedrich Wilhelm von 134, 140,225
Grün, Karl 521
Gruner, Justus 404 f., 411,464
Grunholzer, Heinrich 519 f., 520,522
Grzesinski, Albert 729,733,739
Gundling, Jakob Paul von 107-110
Gustav Adolf, schwedischer König 44 f.

Hamann, Johann Georg 170,296
Hansemann, David 528 ff., 547,549 f.
Hardenberg, Karl August von 327f., 352ff., 356,360,366,371,373 f., 385,388-399, 409 f., 418-421,446,449,463-466,487, 525 f., 577,752
Haugwitz, Christian Graf von 343,352 f.
Haugwitz, Friedrich Wilhelm Graf von 254
Hauptmann, Gerhard 643
Hecker, Johann 165
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 170,366, 495-499,530,593, 622,701,752
Heimannsberg, Marcus 720,733
Heine, Heinrich 518,530,532
Heinitz, Friedrich Anton von 213 f., 286
Herklot, Karl Alexander von 368
Hermes, Hermann Daniel 321
Hertzberg, Ewald Friedrich Graf von 335 f., 339
Herz, Henriette 312 f.
Heyde, Johann Friedrich 266
Heydt, August von der 578
Hillmer, Gottlob Friedrich 321
Hindenburg und Beneckendorff, Paul von 694 f., 709,714,728-733,737f., 740-745, 747f.
Hippel, Theodor Gottfried 420
Hitler, Adolf 10 f., 729,731 f., 737fr., 743-747, 749, 751f., 754ff., 758ff., 763 ff., 768, 770
Hobbes, Thomas 59
Hohenzollern-Sigmaringen, Prinz Leopold von 627
Hoym, Carl Georg Heinrich von 214
Hufeland, Gottfried 320
Humboldt, Wilhelm von 312,328,366, 385-388,391,396,449,*464*^ 493,550

Itzig, Daniel 304 f., 307,311
Itzig, Isaak Daniel 309

Jacoby, Johann 507
Jahn, Friedrich Ludwig 407f., 421,436, 443 f., 460,462
Joachim Friedrich, Kurfürst 26,29 f., 35
Joachim I., Kurfürst 26,28
Joachim II., Kurfürst 28,30
Johann Georg II. von Anhalt-Dessau 87
Johann Georg von Brandenburg-Jägerndorf, Markgraf 146
Johann Georg, Kurfürst 26,29
Johann II. Kasimir, König von Polen 74
Johann Sigismund, Kurfürst 30,36 ff., 62, 64,144 f., 147-150,698
Joseph I., Kaiser 229
Joseph II., Kaiser 246,254,334

Kamptz, Karl Albert von 464,504 f.
Kant, Immanuel 169,293 f., 296,299,302, 318,386
Kanter, Johann Jakob 296
Kapp, Wolfgang *714 f.*, 718 f.
Karl Albrecht, Kurfürst von Bayern, später Kaiser 232,235
Karl Emmanuel, Prinz 130
Karl VI., Kaiser 176,228,231
Karl X. von Schweden 67,73
Karsch, Anna Luise 269
Katharina II., russische Zarin 246,253,256, 339

Katte, Hans Hermann von 135,137-140, 160,750
Kaunitz, Wenzel Anton Graf von 236 f., 240,253, 259
Keist-Retzow, Hans Hugo von 581
Keith, Jakob (James) 247
Kessler, Harry 704 f., 712,714
Kircheisen, Friedrich Leopold von 328
Klein, Ernst Ferdinand 298,321,324,385
Kleist, Andreas Joachim von 202,205
Kleist, Christian Ewald von 264 f.
Kleist, Hans von 653
Kleist, Heinrich von 72,312,407,550
Kleist, Maria Elisabeth von 205
Kleist-Schmenzin, Ewald-Heinrich von 758
Kleist-Wendisch-Tychow, Ewald Graf von 754
Knesebeck, Karl Friedrich von dem 378,414
Knesebeck, Levin von 49
Knobelsdorff, Georg Wenzeslaus von 286
Knyphausen, Dodo von 113
Kolbe von Wartenberg, Johann Casimir 115
Kollwitz, Käthe 645
Körner, Theodor 438,440
Kosciuszko, Tadeusz 339,342
Kottwitz, Hans Ernst von 475
Kotzebue, August von 459 f., 462

Laing, Samuel 493
Lavater, Johann Kaspar 312 f.
Leber, Julius 760
Leistikow, Walter 645
Leopold, Kaiser 72,76,78,131,153
Lessing, Gotthold Ephraim 265,296,309,311
Lestwitz, Charlotte Helene von 106
Leuchtmar, Johann Friedrich von 66
Leuthinger, Nicolaus 21
Leutwein, Theodor Gotthilf von 688-691
Levin, Rahel 312,314,434
Leyen, Johann und Friedrich von der 219
Lieberkühn, Philipp Julius 189
Liebermann, Max 644 f., 740
Liebknecht, Karl 712
Louis Ferdinand, Prinz 355
Louise Henriette von Oranien 62
Ludendorff, Erich 694 ff., 708,714
Ludwig I., bayerischer König 455,503,537
Ludwig XIV. von Frankreich 16,68,71,75, 102, 172, 345, 375
Ludwig XV. von Frankreich 238,252
Ludwig XVI. von Frankreich 252, 301, 337 f.
Luise von Mecklenburg-Strelitz, Königin von Preussen 349,354,362,364,368-371, 409,435,447,463,478, 692
Lünig, Johann Christian 95
Lüttwitz, Walther von 711,714f., 718 f., 734
Lützow, Ludwig Adolf Wilhelm von 421, 438 ff.
Luxemburg, Rosa 709,712
Lysius, Heinrich 166

Macdonald, Alexandre 414 f., 424,427
Manteuffel, Edwin von 590 f., 597
Manteuffel, Otto von 572,575-582,590, 596, 660
Maria Eleonora von Brandenburg 44,50,103
Maria Theresia, Kaiserin 176,228,231 f., 236 ff., 240,246,254,259 f.
Marie Antoinette von Frankreich 252 f., 334
Marwitz, Friedrich August Ludwig von der 384,509
Marwitz, Johannes von der, Bischof von Kulm 654
Marx, Karl 499,524,553,571f. 643
Massenbach, Christian von 376 f.
Mazarin, Kardinal 68,172
Meisner, Balthasar 149 f.
Mendelssohn, Moses 296,298,308-315
Menzel, Adolph 273
Messel, Alfred 644 f.
Metternich, Fürst Clemens Wenzel Lothar Nepomuk von 21,423,430,453,462, 464f., 539,561
Mettrie, Jules Offray de la 224
Mevissen, Gustav 621
Mieroslawski, Ludwik 659
Minutoli, Julius von 537,540
Miquel, Johannes 623
Mirabeau, Honoré-Gabriel Riquetti, Comte 215 f., 316
Mittenzwei, Ingrid 779
Moeller van der Bruck, Arthur 746
Möllendorf, Wichard Joachim Heinrich 378
Moltke, Helmuth von 525,601,612,614, 616,622,630
Motte Fouqué, Friedrich Karl de la 369, 500
Motz, Friedrich von 454
Muir, Ramsay 761
Müller, Hermann 738
Münchow, Ludwig Wilhelm Graf von 285 f.
Mylius, Christian Otto 136

Napoleon Bonaparte, Erster Konsul, Kaiser 16,333,344-347, 351-362,365 f., 375 f,, 381,388,393,395 f., 400 f., 404, 406-414, 419-431,436,443-447,471,478, 750, 773, 779

Napoleon III., französischer Kaiser 584-587,596,600, 610 f., 626, 631
Nassau-Siegen, Johann Moritz von 87 f.
Nicolai, Friedrich 160,266 f., 271 f., 296, 298,311,321 f.
Nikolaus I., Zar 459,766
Noske, Gustav 711-714

Oppenheimer, Moritz Daniel 441 f.

Panin, Nikita 257
Papen, Franz von 732-738,741,753
Pfalz-Neuburg, Herzog von 34,36 ff.
Pfuel, Ernst Heinrich Adolf von 539,540 f., 550 f.
Plehwe, Hans Rudolf von 462 f.
Poelzig, Hans *644 f.*
Poniatowski, Stanislaw August 275
Preuss, Hugo 705 f.
Prittwitz, Karl Ludwig von 539,541 f.
Pufendorf, Samuel 59 f., 71,98,285,288, 495,700

Quantz, Johann Joachim 222

Raby, Lord 98,105
Radowitz, Joseph Maria von 567f., 570, 572,585,610
Radziwill, Fürst Boguslaw 84,87 f.
Ramler, Karl Wilhelm 261,296 f.
Ranke, Leopold von 499
Rebeur, Jean-Philippe 132
Rechberg, Johann Bernhard von 600 f.
Recke, Adalbert Graf von der 475
Reden, Friedrich Wilhelm von 216
Ritter, Doris 137
Rochlitz, Friedrich 426
Rochow, Gustav Adolf Rochus von 481, 505 ff., 510
Rodbertus, Carl 701 f.
Roon, Albrecht von 591,604
Roosevelt, Franklin Delano 751 f., 764 f.
Rosenberg, Alfred 746
Rosenberg, Hans 197
Roth, Hieronymus 84 ff.
Rüchel, Ernst Wilhelm Friedrich von 347f., 354
Rüge, Arnold 524
Rühle von Lilienstern, Johann Jakob Otto August 455 f.
Rumbold, Sir George 351 f.

Sack, August Friedrich Wilhelm 261 ff.
Sack, Johann August 400,404 f.
Sand, Karl 459-462,512
Sayn-Wittgenstein, Fürst Wilhelm Ludwig Georg von 456,462-465
Schack, Major von 137
Schadow, Johann Gottfried 324,369
Scharnhorst, Gerhard Johann David von 377,379 f., 393,411, 417, 419 ff., 443,504
Scharnweber, Christian Friedrich 394
Scheidemann, Philipp 698,704,710
Schill, Ferdinand von 402-406,421,750
Schinkel, Karl Friedrich 441,645,749
Schleicher, Kurt von 732 f., 735,737 f., 741
Schleiermacher, Friedrich 312,366,752
Schleinitz, Alexander von 584,586
Schlüter, Andreas 99
Schmalz, Theodor Anton Heinrich 437
Schmoller, Gustav 217,702
Schön, Theodor von 382,384,393,413,443, 487,505-508,527,767
Schroetter, Friedrich Leopold von 329 f., 382,384,390,767
Schuckmann, Kaspar Friedrich von 328
Schulenburg, Fritz-Dietlof von der 755,758 f.
Schulz, Johannes Heinrich 318,320
Schwarzenberg, Adam Graf zu 49,51 f., 57, 66,130,135
Schwarzenberg, Fürst Felix zu 565,568-571
Schwarzenberg, Fürst Karl Philipp 424 f., 430
Schwerin von Schwanenfeld, Ulrich Wilhelm Graf 767
Schwerin, Kurt Christoph von 234
Schwerin, Otto von 69,78,84f., 87f., 92
Seckendorff, Friedrich Heinrich Graf von 133 f., 140
Seeckt, Hans von 715
Sessa, Karl Borromäus 314
Severing, Carl 719 f., 728,732
Siemens, Werner 621
Sigismund, Kaiser 24 Solms-Laubach, Friedrich Graf von 462, 464
Sophie Charlotte, Königin in Preussen 98, 101 ff.
Sophie Dorothea, Königin in Preussen 134
Speer, Albert 749,770
Spener, Philipp Jakob 154-159,162,166 f.
Staël, Germaine Necker, Madame de 332
Stahl, Friedrich Julius 490,576
Stanislaw August, polnischer König 338
Stein, Heinrich Friedrich Karl Freiherr vom und zum 326 f., 353 f., 356,366, 370 f., 373 f., 376,379, 382,385,388,390, 393 f., 396 ff., 406,411,417,420, 446,
Stein, Julius 550
Stein, Lorenz 701
Stepney, George 95

Stolberg-Wernigerode, Anton Graf von 501
Striepe, Sebastian 172
Struensee, Carl August von 298,372
Sulzer, Johann Georg 296
Svarez, Carl Gottlieb 298,481
Sybel, Heinrich von 572

Tauentzien, Friedrich Bogislaw Emanuel 402,405,410
Thile, Ludwig Gustav von 501,510
Treitschke, Heinrich von 332,474
Tresckow, Henning von 758 f.
Troost, Paul Ludwig 749
Trotha, Lothar von 689 ff.
Truchsess von Waldburg, Karl Heinrich 118,123
Tschech, Heinrich Ludwig 514 f., 534
Twesten, Karl 591,622

Ursinus, Erhard 214,218

Valentin, Veit 204
Varnhagen von Ense, Karl August 434,531, 539,542
Veblen, Thorstein 761 f.
Vincent, Philipp 54 f.
Vincke, Friedrich Ludwig von 402,405
Virchow, Rudolf 651
Voigt, Friedrich Wilhelm 680-683 Voltaire, François-Marie Arouet de 16,224 f., 299,301

Wagner, Adolph 702
Waldeck, Benedikt 549
Waldeck, Georg Friedrich Graf von 87
Wehler, Hans-Ulrich 13
Weiss, Bernhard 733
Wellington, Arthur Wellesley, Herzog von 430 f.
Wels, Otto 710
Westphalen, Ferdinand von 580 f.
Wette, Wilhelm de 462
Whitworth, Charles 107
Wilhelm I., preussischer König, später deutscher Kaiser 103,584,591,595,627, 629,631,633,646,670 f., 677,752
Wilhelm II., deutscher Kaiser 112,644-647, 672-679,681, 686, 688, 695-699,703,723, 745
Wilhelm III. von England 131
Wilhelmine, Prinzessin von Preussen 134
Wilson, Woodrow 696,765
Winterfeld, Samuel von 49
Wittgenstein, siehe Sayn-Wittgenstein Witzleben, Erwin von 758
Wolff, Christian 101,285,299,308,495
Wolff, Friedrich Wilhelm 520 f., 524
Wöllner, Johann Christoph 317f., 320 f., 480
Wrangel, Friedrich Heinrich Graf Ernst von 551,601,603
Wrangel, Gustav 66,70

Yorck von Wartenburg, Hans David Ludwig Graf 414-418,426,431,440,446, 759 f., 765
Yorck von Wartenburg, Peter Graf 758

Zedlitz, Karl Abraham Freiherr von 291, 317
Ziel, Alwin 12
Zieten, Hans-Karl Graf von 430 f.
Zimmermann, Georg 180
Zöllner, Johann Friedrich 295,320
Zweibrücken, Karl Herzog von 259

Ortsregister

Alt-Friedland 206
Altmark 22,42,58,73,209,218
Alt-Quilitz 206 f.
Ansbach, Fürstentum 259,328,331 f., 397
Australien 481,502

Baden 345 f., 395 f., 453, 467, 49°, 537,555 f., 567,570 f., 624f., 635 f.
Bayern 47,100,228 f., 232 f., 235,258 f., 334, 345 395 400,451,453,455 f., 467,567, 570, 613, 624ff., 635 f., 666, 675, 679, 694, 756
Bayreuth, Fürstentum 259,328,331 f., 397
Belgien 258,334,449,451
Berg, Herzogtum 33,37,49,81 f., 229 f., 258, 337, 449
Berlin, Teilung, Mauer 772 f.
Bielefeld 37,217
Böckenberg 203
Brandenburg, Stadt 52,56,69
Breslau 220,232,309,314,418 f., 421,445, 489,508,518,520f., 545,555, 666

Charlottenburg 99

Dänemark 40 ff., 49,448,559,562,564, 598-601,603 ff., 607,611
Danzig 276,336,339,362
Dresden 106,156,424,430,556,636
Düsseldorf 476,513,552,555,685
Düsselthal 475 f.

Elbe 10,22,58,122,425
Elsass-Lothringen 632
Emmerich 251
Ermland 276,281
Eupen-Malmédy 492

Frankfurt am Main 161,301,449,547,558, 568,620,631
Frankfurt an der Oder 45,58,188,219,299, 489
Friedrichswalde 216

Glogau 286,463
Grossbeeren 773 f.
Grossbritannien 100,134, 228, 233, 236 f., 240,274, 283,350,353,355,396, 422 f., 518, 534, 571, 629, 634, 685,700
Gross-Friedrichsburg 64,121
Gross-Salze 213 f.
Gumbinnen 413,492

Halberstadt 73,87,142,153,188,191,194, 290,297,349
Halle 120,156,158-163,165-170,213,307, 321,387,498,685
Hannover, Kurfürstentum, später Königreich 237,240,258,343,350 f., 353,355, 448 f., 453,567,571,612,620
Havelberg 69,180 f.
Havelland, Kreis 23,52 f., 56,58,70,120,153
Hessen-Darmstadt 451,453,613,624,647
Hessen-Kassel 260,450,568 f., 620
Hildesheim 346

Jülich-Kleve, Gebiet 33 f., 36
Jütland 68,74,563,603

Kleve 37,49, 66,76,80,82 f., 117,119,153, 184,191,251,266,326,492
Kolberg 192,379,402,462,484,750
Köln 345,484f. 494,502,508,510,513,537, 545,552, 654
Königlich Preussen, *siehe auch* Westpreussen 275-280
Königsberg 66,78 f., 83-86,93,95,102 f., 142,151 f., 163,166,182,294,309,401-404, 408,41/ff., 486,489,503,505-508,545, 666,769
Köpenick 45,680-683
Krefeld 217,219,267
Kulm 282 f., 430
Küstrin 45 f., 61,136-140,289,364

Langenbielau 515 ff., 533
Leipzig 45,110,156,161 f., 217,219,735
Lenzen 56 f.
Litauen, Preussisch 166,176,624
Löcknitz 58,200,202
Luckenwalde 216
Lüttich, Bistum von 335 f.

Magdeburg 45 f., 73,87,117,120,142,158, 191 f., 194,217,263,290,508
Mainz 345
Malapane, Eisenhütte 213
Mark, Grafschaft 33,37,42,49,81 f., 89,117, 119,153,183,217,251,266,326
Masuren 254,492,662,693,727,778
Minden 73,121,141,326 f.
Mittelmark 22, 90,191, 202
Mohrungen 470 f.

Nassau, Grafschaft von 344,453,556,620, 686
Netze-Distrikt 276 f., 281 ff., 659
Neuenburg/Neuchâtel 290
Neumark 22,43,45 f., 191,194,198,251,411, 419
Neumarkt 276
Neurath 486
Neuruppin 189
Neustadt 413
Niederlande 33,35,36 f., 40,62,66,76,121, 130,172,448,698
Niederlande, spanische, später österreichische 33,37,68,239,258 f., 344

Oberbarnim, Bezirk 54
Oder 22,58,122,230,282,481
Oderbruch 58,120
Ortelsburg 364,727
Österreich-Ungarn 632ff., 678
Osterwieck 188
Ostpreussen, zuvor Herzogtum Preussen 30,33 f., 41,44,48,50, 68,73 f., 79, 81, 83, 86, 88,91,93,104,119 f., 142,152 f., 189-192,198,251,256, 289 f., 393 f., 411, 417 f., 470 f., 492, 693,718,726 f., 748,769

Paderborn 346,484,776
Peitz 22,85
Perleberg 780
Pfalz 35 f., 52,62,68,455,610
Plaue 52,56
Polen 30,34,49, 66 ff., 73 f., 81,97,231, 239, 252,274-284,333,338 f., 342 ff., 472 f., 492, 504,535» 557f., 650, 657-665,74f. 755
Pommern 41,45,47,66,73 ff., 77,80,82, 189,191 f., 194,250 f., 362,411,491,502, 554,558

Posen, Grossherzogtum, später Provinz 448,472 f., 484,489-492,504,508,548, 658 ff., 662,705
Potsdam 22,58,137,163,270,546,725, 743-747
Prenzlau 184,188
Preussen, Herzogtum, *siehe* Ostpreussen
Prignitz 22,42,53,59,128,198-202,780

Rastatt 345,556
Rathenow 69
Ravensberg, Grafschaft 33,37,42,326 f.
Ravenstein 37
Rheinland, Provinz 451,467,470,473 f., 483,485,490 f., 511ff., 521.532f., 545, 551ff., 555 f., 568,585 f., 705 f., 755
Russland 49,236 f., 246,253,256,274 fr, 339, 344, 349-353,355 ff, 360-363,409, 411-414,419 f., 459,569, 571,598, 610 f., 632, 634,766

Sachsen, Kurfürstentum, später Königreich 23,37,41,47,61,100,158,191,211, 222,228 f., 231 ff., 235,238 ff., 259,355,357, 362 f., 420,422,427,448 f., 555,567,570, 612, 614, 620,756
Salzburg, Erzbistum 120,166,174-177
Schlesien 213,220,222,228,230-240, 251-254,256,258,263,277,280,290,360, 432, 479 ff., 492,518,523,545,554,608, 658, 730,767
Schleswig-Holstein 68,74,559,562fr., 598-601,607 ff., 620
Schweden 40 f., 44-52,54,56 f., 59,65-70, 72-76,78,82 f., 92,103,239,241,246, 250,253,262,423,443,448,564,571
Soest 89,183,188
Spandau 46,59,115,137,151,215
Stapen 209
Stavenow 190,198 f., 202,205
Stendal 218,401
Stettin 74,121,213,231,364,489
Stralsund 74,404
Strausberg 53

Tannenberg 692,694,748
Teltow 57,773
Thorn 276,336,339
Tilsit 360,366
Torgau 448,485
Trier 345,482 f., 552

Uckermark 22 f., 42,58,121,184,191,201 ff.,
Wesel 121,184,289
Westfalen 401,403 ff., 449,475,490 f., 545, 555,568,710,776
Westpreussen 275-284,362,419,432,492, 506,658,767
Wittenberg 156,448
Württemberg 170,254,345 f., 395 f., 451, 453,467,490,537,555f., 567,624 f., 635h
Wusterhausen 114

Zips 276

Sachregister

Aachener Friede (1748) 233,236
Absolutismus 83,141-143,152,162,253,301
Antisemitismus 665-670,724
Auerstedt, Schlacht von (1806) 348,357ff., 363 f. 376,378,760
Aufklärung 293-332
Augsburger Religionsfrieden (1555) 27,29, 36,38,144,481
Augsburgisches Bekenntnis (Confessio Augustana; 1530) 145,149,479
Austerlitz, Schlacht von (1805) 351f. 355,357

Basel, Friedensvertrag von (1796) 342 ff., 350
Bauern 196-203,208 ff., 319,381-384
Bautzen, Schlacht bei (1806) 422
Befreiungskriege 422-432,437-445,504, 554,752,759,779
Braunschweiger Manifest 337
Breslau, Frieden von (1742) 233,263
Bundesversammlung in Frankfurt 449, 462,530,610 f.

Calvinismus 35,38,47,87,103,144,148 ff., 172 Chotusitz, Schlacht von (1742) 234

Deutsch-Dänischer Krieg (1864) 598-607
Deutscher Bund 449 ff., 569,574,601
Deutscher Krieg (1866) 611-624
Deutsches Kaiserreich, Verfassung 635-641,670 ff., 687 ff.
Deutsch-Französischer Krieg (1870/71) 629 ff.
Dreiklassenwahlrecht 639 f., 642,699,722
Dreissigjähriger Krieg (1618-1648) 24, 40-60,68,80,88,92,154,172,262
Dresden, Frieden von (1745) 233
Dualismus, preussisch-österreichischer 258,448-459,632,766

Fehrbellin, Schlacht bei (1675) 68-72,75, 262,746
Freimaurerei 188,294,297,299,316,318, 324,373
Fürstenbund (1785) 259

Gastein, Konvention von (1865) 609,611
Geheimer Rat 35,51,88
Generaldirektorium 116 f., 121,139,211,291, 330,372,382
Generalprivilegien für Juden (1730,1750) 305 f.
Germanisierung 472,535,660-665
Grossbeeren, Schlacht bei (1813) 424, 430, 442
Grossgörschen, Schlacht bei (1813) 422,442
Gutsbesitzer 129,196-203,207 f., 381,384, 547,722 f.

Habsburger Monarchie 25,27,40 f., 73 f., 97,176,228-233,236 ff., 254,258,261,288, 33$_4$f., 449,558,564-567,569,571,601, 618, 678 f.
Heiliges Römisches Reich deutscher Nation 24,27,39,258,261,288,343,346, 355,408
Heiratspolitik, der Hohenzollern 29,33,35
Militärreform 324 f., 376-381,431f. 549, 587-591,597,611 f., 621
Herero-Aufstand 688-691
Herrenhaus, im preussischen Landtag 574, 640,669,699,759
Hochkirch, Schlacht von (1758) 246 f.
Hohenfriedeberg, Schlacht bei (1745) 233 ff.
Holocaust 756 f.
Hubertusburg, Frieden von (1763) 246, 252-261

Italienischer Krieg (1859) 583-591

Jena, Schlacht von (1806) 347ff., 357ff., 362 ff., 376,378,447
Juden, Aufklärung 305-315
Judenemanzipation 335,385,390 ff., 396, 441,491
Judenmission 166 f., 475,487-490,724
Judenzählung (1916) 668
Junker, der Typus 203 ff.

Kabinettssystem 291f. 350-354,372,374 f, 464
Kantonsystem, Militär 126-129,164,185, 266,289,418
Kaschuben 492
Katholiken 152 f. 174,212,283,319,344,467, 482 ff., 498,501,552,625,648-657,660 ff., 670,717
Kesselsdorf, Schlacht bei (1745) 233
Kolin, Schlacht von (1757) 243
Kommunisten 711 f., 730-733
Königgrätz, Schlacht von (1866) 258, 612, 619 ft, 741
Konservative 391,406,417,465-469,506, 509,511,513,523,529,547,570,574,576,57 8, 591,593,595, 605, 621 ff. 640 f., 643, 656, 662, 664,700,722,731 £, 735,737f., 776
Krimkrieg (1854-1856) 458,573,579,583, 585, 610, 629
Kunersdorf, Schlacht von (1759) 243 £, 249, 253,264

Landrecht Preussens, Allgemeines 11,287f., 330 ff., 467,481,489,491,493
Landreform 319,381-384
Landtag, preussischer (nach 1848) 660, 662 f., 665,669,716 f., 728 ff., 753
Landtag, Vereinigter (1847) 525-530
Landtag, Zweiter vereinigter (1848) 547
Landwehr 380,418,424,428,432 f., 438 ff., 465,555,587,683
Leipzig, Schlacht von, «Völkerschlacht» (1813) 425 f., 428 f., 437,439,443 f.
Leuthen, Schlacht von (1757) 242,249
Liberale 267,329,472,500,504 f., 507-511, 523,527ff., 531f., 536,545,547, 550,552f, 557,559, 563,569,572,574f., 578,588 ff., 595.598, 605 f., 620-623, 639f., 651, 653, 656, 683,718,720
Liegnitz, Schlacht bei (1760) 241
Ligny, Schlacht bei (1815) 430
Lobositz, Schlacht bei (1756) 241,248
Luthertum 27 ff., 36,144 f. 148 ff., 154 ff., 158,166 f., 170,177,478-482,501

Malmö, Waffenstillstand von (1848) 564
Militarismus 682-687
Mittwochsgesellschaft 298,321,324
Mollwitz, Schlacht bei (1741) 232,234
Müller-Arnold-Affäre 289

Nantes, Edikt von 172
Nationalismus 443,446,490,493,557 ff, 585.599, 665,711,778
Nationalsozialisten (NSDAP) 725, 727-730,732-739,746-761
Nationalversammlung, in Berlin (1848) 547-552,555
Nationalversammlung, in Frankfurt (1848) 556,558,564-567,636
Neostoizismus 62

Norddeutscher Bund 620,623-626, 629, 636,650, 665
Nordischer Krieg (1655-1660) 66 f., 73,77,83
Nymphenburg, Bündnis von 232f., 235,288

Oliva, Frieden von (1660) 75,79,84
Olmützer Punktuation 569-572,587 österreichischer Erbfolgekrieg 232 f.

Paris, Vertrag von (1763) 246
Parlament, *siehe* Landtag, Nationalversammlung, Herrenhaus, Reichstag
Patrimonialgerichte 199 f., 206,393 f., 396, 575
Pietismus 154-171
Pillnitz, Deklaration von (1791) 336
Polnischer Thronfolgekrieg (1733-1738) 228
Potsdam, Edikt von (1685) 152,172
Prag, Frieden von (1635) 47
Prag, Schlacht von (1757) 242,262 f.
Pragmatische Sanktion 176,228 ff.
Preussische Schule, Geschichtsforschung 9, 9f., 499
Preussische Union, protestantische Kirche 477 ff., 483,488,502
Provinziallandtage 183,395,417 ff., 466, 503,506,508,525-528,776

Reformation 10,27-33
Reichenbach, Konvention von (1790) 335
Reichenbach, Vertrag von (1813) 422h
Reichstag, nach 1870 637,639-642,650, 656 f., 667,687E
Reichstag, nach 1918 704,711,717,727 f., 730-737, 743,754
Revolution 1918/19 704-716
Rosenkreuzer 316 ff.
Rossbach, Schlacht von (1757) 240 f., 250, 252,261,268

Saalfeld, Schlacht von (1806) 357
Schönbrunn, Vertrag von (1805) 352f.
Schulwesen 163,165,187,189,282,323,386, 396,468 f., 472,489,492 f., 504,535,648, 660 f., 664, 666,763
Siebenjähriger Krieg (1756-1763) 193,214, 217,237,244,247,250 f., 253,256-262, 269-273,290,304,433,445,750 f.
Sonderweg 10-13,182,197,762 f.
Soor, Schlacht von (1745) 233
Sozialdemokraten 640-643,647,656,704, 706,709,712,716-719,729,731,733 f., 736,741
Spanischer Erbfolgekrieg 98,102,125,229, 235,262
St. Germain, Frieden von (1679) 75
St. Petersburg, Konvention von (1755) 237
St. Petersburg, Vertrag von (1793) 274,339
Staatsministerium 388,398,464,488,504, 550,638,699
Städteordnung 388 ff., 491
Stände 34,41,43 f. 49 ff., 60,78-90,93,95, 102,113,143,147,152 f., 158,182 f., 188,260, 263,267,303,331,388,417f., 465-471, 506,525
Steuersystem 35,50 f., 53 f., 80 ff., 90,306, 389,392,395, 527f., 551,597, 636,707

Tabakskollegium 107,109,111
Tauroggen, Konvention von 415,440
Teschen, Vertrag von (1779) 253,259
Tilsit, Frieden von (1807) 361 f., 371,375, 378,382,402,409,429
Toleranz, religiöse nf., 36,151-154,168 f., 173,299,313
Türken, Krieg gegen die (1737-1739) 228
Turnbewegung 407,436,444

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) 706-711
Universitätsreform 386 ff.

Valmy, Schlacht von (1792) 338
Versailler Verträge (1756-1759) 238-241
Versailles, Friedensvertrag von (1919) 705, 707,714 f., 742,755,765

Warschau, Schlacht von (1656) 68,71,73
Waterloo, Schlacht von (1815) 430 f., 439-442
Wehlau, Vertrag von (1657) 73 f., 84
Wehrpflicht 126,129,257,380,409,418 f., 423,683
Weimarer Republik 704-707,716-731, 735 f., 741,750
Weltkrieg, Erster 679,691-698,704 f.
Wenden 22,75,492
Westfälischer Friede (1648) 73,91,144,158, 174, 319
Westminster-Konvention (1756) 237 f.

Zabern-Affäre 691
Zensur 170,299,303,318,320-323,326,458, 462,465,470,504,509,514,531,580,582, 643,696
Zentrum, Partei 656,702,716-720,723,731
Zollverein, Deutscher (1834) 453 f., 458, 559,597f., 626
Zorndorf, Schlacht von (1758) 243 f., 249, 253,269